



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



Deutsche Revue

Eine Monatsschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer



Inhalts-Verzeichnis

Seite

Brief einer Baltin	1
Prof. Dr. Rudolf v. Scala: Otto v. Bülow. Ein Mitarbeiter Bismarcks beim deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnis	5
Dr. Wilhelm Szatmári, Titularbischof von Urbe: Kritik des Dreibundvertrags .	13
Lilli v. Werner: Ein Kapitel aus den noch unveröffentlichten „Jugenderinnerungen“ nebst einigen Briefen von Anton v. Werner. Aus seinem Nachlaß der „Deutschen Revue“ zur Verfügung gestellt	24
Dr. Freiherr v. Jettel: Wofür kämpfen Frankreich und Rußland noch? . . .	34
Prof. Czerny (Heidelberg): Ursache und Ziele des Krieges 1914/15	39
Prof. Dr. Hugo Ribbert (Bonn): Alkohol und Krankheit	43
Donna Laura Minghetti	53
Ueber die Kriegsmacher. Brief eines gewesenen Ministers	56
Friedrich Deliusch: Die Welt des Islam	57
Prof. August Sourmier (Wien): 1812 und 1915. Ein Wort zu Krieg und Frieden	71
Der Selbstherr Hindenburg	83
Politische und unpolitische Erinnerungen aus Rumänien	90
Der Zusammenbruch Serbiens und das gescheiterte Balkanexperiment der Entente- mächte. Von einem österreichisch-ungarischen Diplomaten a. D.	99
H. Wittmaack: Die Durchsuchung neutraler Schiffe durch englische Behörden .	105
Literarische Berichte	123
Eingefandte Neuigkeiten des Büchermarktes	127

Stuttgart

Deutsche Verlags-Anstalt

Leipzig

1916

Preis des Jahrgangs 24 Mark

Die zweigespaltene Nonpareille-Zeile
oder deren Raum kostet 60 Pfennig.
Inseratannahme bei der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, u. sämtl. Annoncenerpeditionen des In- u. Auslandes.

Anzeigen

Bei größeren Aufträgen angemessener
Rabatt. Prospektbeilagen nach Tarif.

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit.

Bisher beantragte Versicherungen 1500 Millionen Mark.
Dividendenzahlungen an die Versicherten in den beiden
Kriegsjahren mehr als 15 Millionen Mark.
Mitversicherung der Kriegsgefahr.

Bromwasser von Dr. A. ERLLENMEYER
Erprobt und bewährt bei

Schlaflosigkeit und Nervosität

In Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer. Einzel-
gabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3 mal täglich.
Größere Gaben auf ärztliche Verordnung.

Dr. Carbach & Cie. in Bendorf am Rhein

Verlag von Schmeißer & Thal in Leipzig

Soeben erschien:

Kampf und Sieg an der Westfront

Schilderungen und Erlebnisse aus meinem Kriegstagebuch
von

Alex-Victor von Frankenberg u. Ludwigsdorff

Preis M. 1.50, geschmackvoll gebunden M. 2.25.

Das Buch ragt aus der Menge der Kriegsschriften turmhoch empor.
Nicht des Verfassers Kriegserlebnisse als solche allein beanspruchen Be-
achtung, so interessant sie auch sind — denn solche werden täglich genugsam
erzählt — sondern die Sprache, die Phantasie, die lebendige Blut des
geistreichen Schriftstellers.

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Berausgegeben von • • • • •

Richard Fleischer

Einundvierzigster Jahrgang. Erster Band
Januar bis März 1916

UNIV. OF
CALIFORNIA



Stuttgart und Leipzig

1916

Deutsche Verlags-Anstalt

AP30
D4
V.9111-2

NO. 1000
APPROX. 100

Inhalt

des

Ersten Quartal-Bandes des Jahrgangs XLI

(Januar bis März 1916)

	Seite
Brief einer Ballin	1
Prof. Dr. Rudolf v. Scala: Otto v. Bülow. Ein Mitarbeiter Bismarcks beim deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnis	5
Dr. Wilhelm Stratnói, Titularbischof von Urbe: Kritik des Dreibundvertrags	15
Anton v. Werner: Ein Kapitel aus seinen noch unveröffentlichten „Jugend- erinnerungen“ nebst einigen Briefen. Aus seinem Nachlaß der „Deutschen Revue“ zur Verfügung gestellt von Eilli v. Werner. 24.	168
Dr. Freiherr v. Jettel: Wofür kämpfen Frankreich und Rußland noch?	34
Prof. Czerny (Heidelberg): Ursache und Ziele des Krieges 1914/15	39
Prof. Dr. Hugo Ribbert (Bonn): Alkohol und Krankheit	43
Donna Laura Minghetti	55
Ueber die Kriegsmacher. Brief eines gewesenen Ministers	56
Friedrich Deltzsch: Die Welt des Islam	57
Prof. August Sourmier (Wien): 1812 und 1915. Ein Wort zu Krieg und Frieden	71
Der Feldherr Hindenburg	85
Politische und unpolitische Erinnerungen aus Rumänien	90. 186
Der Zusammenbruch Serbiens und das gescheiterte Balkanexperiment der Ententemächte. Von einem österreichisch-ungarischen Diplomaten a. D.	99
H. Wittmaack: Die Durchsuchung neutraler Schiffe durch englische Behörden	105
John L. Stoddard (Meran): Der Dank Amerikas	129
Das Vabanquespiel auf dem Balkan	150
Kurd v. Schlözer: Jugendbriefe	151
Prof. Dr. G. Anton (Halle a. S.): Ärztliches zur Erhaltung und Ver- mehrung der deutschen Volkskraft	157
Dr. Wilhelm Stratnói, Titularbischof von Urbe: Die letzte Erneuerung des Dreibundvertrages im Jahre 1912	179

441481

Eberhard Gothein: Die Finanzen Deutschlands und seiner Gegner in Krieg und Frieden	192.	347
Dr. H. v. Langermann (Dresden): Zwei Staatsdokumente zum Problem des mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses		205
Prof. Dr. Halle: Entfernen sich Europa und Nordamerika voneinander?		217
Prof. Dr. J. Schwalbe (Berlin): Religiöse Kurpfuscher		222
Archivrat Dr. J. Lulvès (Hannover): Der Nestor der deutsch-römischen Künstlerschaft: Heinrich Gerhardt		231
Warum England geschwächt werden muß		239
Prof. Dr. Siegm. Günther (München): Irland	240.	338
Die Haltung des Präsidenten Wilson in dem „Lusitania“-Konflikt und dessen friedliche Beilegung		253
Italien und die Adria		255
Soll man opfern und schlagen sich noch immer unsere Gegner?		258
Die Verlegenheitspartie		261
Dr. Wilhelm Stratóni, Titularbischof von Arbe: Italien und Montenegro (1908—1914)		262
Generalarzt und Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Goldscheider: Krieg und Wille		278
Karl v. Stengel: Die völkerrechtliche Stellung des Papstes		301
H. Wittmaack: England und die neutrale Flagge		316
Die Möglichkeit eines Waffenganges zwischen Japan und Amerika. Von einem österreichisch-ungarischen Diplomaten a. D.		321
Geh. Regierungsrat Dr. Breger (Berlin-Nikolassee): Kriegsfeuchen einst und jetzt		323
General İzzet Suad-Pascha: Die gute Türkei		365

Kleine Neuuen

Literarische Berichte	125. 250. 369
Eingefandte Neuigkeiten des Büchermarktes	127. 371

Brief einer Baltin

Mitau, im Dezember.

Ein Jahr lang haben wir in einer moralischen, gemäßigst ausgedrückt, Vorhölle gelebt. Von Mißtrauen, Verrat, Denunzianten, Lug und Trug umgeben! Und was noch schlimmer, vielfach selbst zum Lügen gezwungen, jedenfalls zum Theaterspiel. — Mit all unsern besseren Gefühlen ganz auf deutscher Seite, weil wir Deutsche sind und nicht Slawen, mußten wir doch Kaiser und Reich Treue halten, mußten unsre Männer, Brüder, Söhne ufm. gegen Deutschland in den Kampf ziehen lassen, mußten unsre Arbeit in den Dienst für die russische Armee stellen, mußten Haß und Gut hergeben — vielfach einfach dem Verderben, Verhungern preisgeben, nur damit nicht der „Feind“ davon etwas Gutes haben könnte! — Und dafür, daß man das alles gehorsam tat, wurde man auf Schritt und Tritt belauert, behorcht, ausespioniert, verdächtigt, verleumdete — unsre Sprache verboten. — Ein geheßtes Wild waren wir, den Hunden preisgegeben, schutz- und rechtslos — und trotzdem unserm Gewissen, unsrer Pflicht treu — weil wir Deutsche sind! — Es läßt sich gar nicht aussprechen und unmöglich nachfühlen, was wir durchgemacht haben, das muß man erlebt haben! Hoffend und sehrend waren unsre Blicke auf Deutschland gerichtet; nahte die Rettung oder mußten wir untergehen?! Einmal im April glaubten wir uns schon gerettet, atemlos, zitternd warteten wir auf unsre Retter, die vor den Toren Mitaus waren — es war eine bittere Enttäuschung, und die Schläge, die hier dann uns Unschuldige trafen, waren härter denn je! Die Denunziationen häuften sich in beängstigendem Maße, Unzählige wurden ganz unschuldig, nur auf aus der Luft gegriffene Lügen hin ins Gefängnis geworfen — von Untersuchung war meist keine Rede; nach einigen Wochen, während welcher sie oft dem Verhungern nahe gewesen, weil die Kost so maßlos schlecht war, wurden sie dann losgelassen, öfters auch verschickt.

Zur Nachtzeit drang Gendarmerie in die Wohnungen und machte Haus-suchungen, wobei die wichtigsten Dinge verdächtig sein sollten — man verlernte jedes Erstaunen, jedes Fragen nach einem Rechtsgrund aller schlechten Behandlung, der ja auch nie existierte. Alter Haß und ohnmächtige Wut hatten sich zusammengetan, um uns zu verderben. Pläne machte man längst nicht mehr, man lebte von einem Tag zum andern und dankte Gott, wenn einer vorüber war, der nicht neue Schreckensbotschaften von Verhaftungen, Verschickungen und Gewaltmaßregeln gegen uns Deutsche hier gebracht. — Nun, nach einem Jahr der steigenden Verfolgung und Dual erbarmte sich Gott unsrer und schickte uns

die Rettung! Am Jahrestage der Kriegserklärung zogen die deutschen Truppen hier in Mitau ein. Seiden sind wir wieder Menschen — befreite, dankbare, aus tiefster Finsternis ans Licht gerettete Menschen! — Wohl kann für uns noch nicht alles Licht sein — zu viele von uns sind noch auf der andern Seite, und Sorge und Angst um sie lasten schwer auf unserm Herzen. Aber Glaube und Zuversicht sind durch die eigne wunderbare Errettung so gestärkt, daß wir voller Hoffnung auf die Unsern warten und wissen, Gott wird auch sie nicht verlassen.

H. mußte in S. eine Evaluation über sich ergehen lassen. Die ganze schöne Herde, soweit sie noch nicht requiriert war, wurde ihr genommen, mit großer Mühe und andern Hilfsmitteln konnte sie drei Kühe zurückbehalten, um doch wenigstens dem Knecht und auch Familien, die kleine Kinder hatten, etwas geben zu können, denn da die Leute dort im großen Hof kein Vieh haben, sondern auf Milchdeputat stehen, so wären zum mindesten die kleinen Kinder wohl alle umgekommen. Alle Pferde und alle eßbaren Tiere, Rindvieh, Schafe, Schweine, eigentlich auch Hühner, Enten usw. mußten fort — zu Tausenden wurden sie fortgetrieben aus dem bedrohten Rayon, was sie dort fressen sollten, war ganz gleichgültig; aber jeder requirierten Kuh, die nicht einmal bezahlt wurde, mußten 60 Pfund gutes Heu mitgegeben werden, war es nicht da, so mußte es für schweres Geld beschafft werden. Es waren einfach himmelschreiende Zustände! Du kannst Dir die armen Leute denken. Manche gingen in die Wälder mit ihren Tieren, aber die meisten flohen vor dem drohenden Feind und seinen Greuelthaten. — In den Gefinden (Vorwerken) sollten zwei Pferde und ein Fuhrwagen, auf den Gütern vier Pferde und zwei Fuhrwagen bleiben, die der Krone zur Verfügung standen; es sollten alle Vorräte an Getreide, Kartoffeln, Heu, sogar Fleisch, Salz und Gemüse, überhaupt alle Vorräte fortgeschafft oder vernichtet werden, die Felder umgepflügt und alles Wachsende vernichtet werden. — Es hat doch sogar der Befehl vorgelegen, alle Gebäude und Wälder niederzubrennen! Nun, gottlob, kamen die Deutschen zu schnell herein, ehe alle diese Befehle ausgeführt werden konnten! Unsere Heimat, unser Gottesländchen, wäre zur Wüstenei geworden! Auch so ist schon übergenuß geschehen.

Mitau war voll von Militär. — Das ganze Ritterschaftskomitee, der Kreditverein, d. h. zum größten Teil, mußten fort; manche Privatpersonen gingen auch mit, aber die große Mehrzahl blieb, obgleich man sich bewußt war, daß es für uns Deutsche sehr ernst stand. Einmal war hier schon ein Deutschengrogrom im letzten Moment verhütet worden. Dann war etwa vierzehn Tage alles still — nur ewigen Kanonendonner hörte man, und daß die Deutschen auf zwölf Werst, stellenweise noch näher von hier, sich befestigt hätten. Schwarzseher glaubten schon, daß es wieder nur eine Demonstration wie im April sei und sie gar nicht kommen würden. Jede Postverbindung war unterbrochen, meist war die Eisenbahn für Privatverkehr gesperrt, hin und wieder durfte ein Personenzug gehen. Am 5. Juli war Tukum besetzt worden. Nun ging es ernstlich los! Die Polizei zog ab, und es wurde, wie schon im April,

schnell eine Bürgermiliz gegründet. Der „sieghafte Rückzug“ begann; aber da jetzt an verschiedenen Stellen dafür schon diverse Brücken über die Na geschlagen worden waren, so war der nicht so konzentriert und sichtbar wie im April. In der Nacht vom 18. zum 19. wurden hier alle Fabriken, elektrische Stationen, Bahnhof und Nebengebäude usw. gesprengt, verbrannt. — Alle Holzplätze verbrannt mit Hilfe von viel Petroleum, natürlich brannten eine Menge Privathäuser mit ab — es war entsetzlich! Am Vormittag durchzogen betrunkene Kosaken und andre russische Militärhorden die Straßen, plünderten die Läden, drangen sogar in einzelne Wohnungen und bedrohten die Deutschen — einer Frau wurde auf der Straße von einem Kosaken der Schädel gespalten. Gottlob hatte ein deutscher Flieger am Morgen früh die Zerstörung hier gesehen und Nachricht gebracht; daraufhin waren dort Telegramme gewechselt worden und der Befehl gekommen, sofort Mitau zu nehmen. Um Mittagzeit etwa ging das Bombardement los. Die Granaten heulten, es war ein Getöse, wie es von uns allen wohl noch nie jemand gehört hatte. Dazwischen noch die letzten Sprengungen der Eisenbahnbrücken und die letzte und tollste, die der Brücke von der Bachstraße zum Schlosse hin! Was nur konnte, war in die Steinhäuser geflüchtet, viele in Keller. Wir saßen zusammen im Zimmer eines Steinhäuses nebenan und beschäftigten uns auf verschiedene Art. Doch ist in der näheren Umgebung nicht eine Fensterscheibe heil geblieben, sondern alle wie Mehl zerstoßen; die Kirchenfenster nach der Brückenseite hin sind alle in Fetzen. Und dabei sind von vier Sprengkörpern in der Brücke nur zwei losgegangen, wie wäre das gewesen, wenn alle vier losgegangen wären!? Die Einwohner der nächsten Umgebung waren ausgezogen. Da wir so versteckt wohnen, so hörten wir erst um 5 Uhr, daß die Deutschen in der Stadt seien. Sie waren schon gegen 4 Uhr von den verschiedensten Seiten eingezogen, aber nicht durch die Palaisstraße. — Von einem Balkon her, ganz oben, sahen wir sie zuerst bei der russischen Kirche stehen und liegen — unsere Retter! — Aus durchaus glaubwürdigen Quellen hörten wir nachher von verschiedenen Seiten, daß um 5 Uhr ein Deutschenpogrom hatte stattfinden sollen. Nun, ob wahr oder nicht wahr — daß wir in größter Gefahr waren, zeigte die Vormittagsstimmung, und wir alle hatten das Gefühl, daß Gott uns in den deutschen Truppen unsere Lebensretter geschickt hatte! Dies Gefühl brach sich mit so elementarer Raith Bahn, daß die Retter als solche empfangen wurden und mit Willkommengrüßen, Zigarren, Essen usw. ihnen entgegengestürzt wurde.

Subelstürme, Lob- und Dantlieder durchtobten das Herz! Die Deutschen in Mitau! Unser Mitau, wir Balten hier in deutschen Händen, in deutschem Schutz! Deutschland zu uns gekommen: frei, frei! Wer dies Jahr nicht durchlebt hat, kann es nicht fassen, was das für ein Gefühl war. Ich hatte das Gefühl, gar nicht von den Knien aufstehen zu sollen, für so viel haben wir Gott zu danken! Vorher wußten wir bei jedem russischen Soldaten auf der Straße, das ist dein Feind. Jetzt ist jeder Soldat unser Freund und Beschützer. Vorher ging man stumm und gedrückt durch die Straßen, entweder gedämpft

Französisch oder leise, sich sehen nach allen Seiten umsehend, Deutsch sprechend. Jetzt trägt man das Haupt hoch: „Ich bin ein Deutscher,“ darf seine geliebte Muttersprache frei und laut sprechen, hört fast nur Deutsch. — Mitau ist wieder eine deutsche Stadt! Alle Straßennamen in deutscher Sprache, alle Ladenschilder; in allen Handlungen wird nur Deutsch gesprochen, jeden Soldaten könnte man umarmen dafür, daß er ein Deutscher ist! Sie sollen aber auch alle, Offiziere und Soldaten, entzückt von dem Empfang hier, von Kurland überhaupt sein und einstimmig erklären: „Dies Land geben wir nicht wieder heraus!“ Gott gebe es, das ist unser aller Gebet!

Seitdem sind acht Wochen vergangen. Große Teuerung, viele Lebens- und vor allem Beleuchtungsmittel gar nicht zu haben, keine Bahn, keine Post, auf den Gütern fast überall gar kein Vieh, keine Pferde, keine Leute. Die Gutbesitzer sind fast alle auf ihre Güter zurückgekehrt, es sind von der deutschen Verwaltung Arbeiterkolonnen organisiert, größtenteils von Kriegsgefangenen unter militärischer Aufsicht, die die Felder bearbeiten, wo gar keine Leute sind oder viel zu wenige. Großer Pferdemangel herrscht dabei! Die Güter haben es sehr schwer, und wie es im Winter sein wird, ist noch nicht recht abzusehen. Aber Gott wird helfen, wie er bisher geholfen hat. Die Zeit ist so groß, daß all diese Dinge wie kleine Nebensachen klingen und man diese kleinen Hindernisse und Unbequemlichkeiten, auch Sorgen mit ganz anderm Maß mißt. Jetzt sind wir auf der Seite, auf der unser Herz mitschlägt, wo wir hingehören! Wie wir bisher im stillen über jeden deutschen Sieg gejubelt haben, so können wir uns jetzt ganz anders derselben freuen! Und welch ein Siegeszug ist es! Herrlich! Unsere Söhne kämpfen auf jener Seite und unterliegen, und das deutsche Herz in uns kann doch nicht anders, als sich dessen jubelnd freuen, daß Deutschland siegt! Und wenn wir hier auch alle untergehen, wenn nur Deutschland siegt, so standen, so stehen wir hier noch, wir deutschen Balten! Aber nun reißt es uns mit sich, das große Deutsche Reich, reißt uns an sich und wird uns schützen und behalten, seine wiedereroberten Kinder! Wir bekommen hier die „Tägliche Rundschau“ und lesen sie mit Entzücken nach all dem ekelregenden Geschimpfe und Lügengewebe der bisherigen Zeitungslektüre, die nur noch in der Rigaschen Zeitung bestand, alles andre Deutsche war sistiert.

Die Landesschule ist auch auf ganz andrer Grundlage, nämlich auf ganz deutscher, Russisch nur als Nebensach, eröffnet, auch andre deutsche Schulen. Russische und lettische Schulen gibt es gar nicht; es gibt ja auch nur einzelne, wenige Russen hier, Letten noch viel weniger, Juden gar nicht! Mitau ist überhaupt oft unheimlich leer und still, fast alle Läden geschlossen, weil diese doch überwiegend in jüdischen und lettischen, auch russischen Händen waren. Eine deutsche Kommandantur sitzt im Gymnasium, oben vom Turm weht die schwarzweißrote Fahne, die wir von unsern Fenstern sehen können und vor der ich oft mit andächtig gefalteten Händen im Divanzimmer stehe, „ist es ein Traum oder Wahrheit“? Im Bezirksgericht sitzt die Zivilverwaltung. Und die Herren sind alle von einer Liebenswürdigkeit und Zuvorkommenheit, daß man immer

aufs neue entzündet ist. Nachdem man mit Füßen getreten worden ist, jetzt dieses Entgegenkommen; und daß man mit ihnen allen unsre Muttersprache, unser geliebtes Deutsch sprechen kann!

Auf den Gütern ist da, wo keine Herrschaft zu Hause war, furchtbar gehaust und gestohlen worden, von russischem Militär sehr viel, aber wohl am tollsten von den zurückgebliebenen Letten, die wahre Raubzüge unternommen haben, sich für die Herren der Situation haltend.

In A. sind auch zuerst Kosaken gewesen, die aber sehr bald, nach etwa zwei Stunden, von deutschem Militär vertrieben worden sind. Als dieses dann weitergezogen ist, haben die lieben Letten ihr Schäfchen geschoren. Zehn bis zwölf Tage nach unsrer Einnahme durch die Deutschen fuhr S. nach A., d. h. zum Teil ging sie zu Fuß, denn jetzt Equipage zu bekommen, ist entweder unmöglich, oder aber man muß ein Vermögen bezahlen. Ueberhaupt ist man sehr bescheiden geworden. Da weder Petroleum noch Lichte zu haben sind, so sitzt man abends beim Nachtlichtchen und geht früh schlafen. Zucker ist lange schon nicht mehr zu haben, Milch oft gar nicht, ebenso fehlt es manchmal völlig an Brot, Fleisch und sonst allerlei. Dabei unglaubliche Preise. Jetzt ist es schon etwas besser als anfangs, was das Angebot anbetrifft. Man bekommt mehr, aber nichts billiger. Schmand (Sahne) existiert überhaupt nicht, Kaffee ist nur ein Traum.

Noch habe ich Dir gar nicht erzählt, daß in der Nacht nach dem Einzug der deutschen Truppen große Brände stattfanden, jedenfalls von den Letten angelegt; einer von ihnen kam uns so nahe, daß ich alle unsre Sachen ganz aufgegeben hatte, denn zum Retten gab es keine Menschen! Es war schrecklich! Gott half auch da. Kurz vor unserm Nebenhause machte das Feuer halt, zog sich mehr seitwärts und konnte dann eingedämmt werden.

Otto v. Bülow

Ein Mitarbeiter Bismarcks beim deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnis

Von

Prof. Dr. Rudolf v. Scala

Die tiefe Bedeutung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses hat sich uns mit Flammenschrift in die Seele geprägt. Hat schon vor dem Daseinskampf Deutschlands und Oesterreich-Ungarns der nordische Geschichtschreiber Njellén dies Bündnis „die stärkste Realität in der jetzigen internationalen Situation Europas“, „eine Lebensversicherung“¹⁾ genannt, so ist nun aus dem gemein-

¹⁾ In der Tat schrieb Andrásffy an Bismarck (1. September 1879): „Eine Gattung Versicherung“, und Bismarck (an Kaiser Wilhelm, 7. September 1879) übernimmt den Ausdruck.

samen Kampfe, den wundervolle Eintracht der Pläne und ihre Ausführung kennzeichnen, ein Einheitsgefühl emporgestiegen, das auch neue Aufgaben für die Ausgestaltung der Bismarckschen Form stellt. All das unerhört Gewaltige konnte militärisch nur ausgeführt werden, weil zwei voll ausgeprägte Staatsindividualitäten sich in meisterhafter Einheit durch Zusammenarbeit ergänzten. Politisch, sozialpolitisch und wirtschaftlich den dauernden Untergrund für solche militärische Zusammenarbeit zweier voll unabhängiger Gemeinwesen zu schaffen, die lebensvolle Zweieit durch ein diese Zweieit nirgends drückendes, nirgends hinderndes organisches Band zum Kerne der vereinigten Mittel- und Ostmächte von Europa zu gestalten, ist Bismarcks Erbschaft und Ausgestaltung seiner Wirksamkeit, vor allem des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Steht unsre Zeit so sehr unter seinem Zeichen, so gebietet der Dankbarkeit Pflicht, allen Mitarbeitern Bismarcks und Andrássys am Zustandekommen des Bündnisses zu ihrem Rechte zu verhelfen. Längst war bekannt, daß Bismarck seiner Vertretung beim Kaiser in der Bündnisfrage dankbares Lob zollte. In den „Gedanken und Erinnerungen“ (II, S. 245) nennt er bloß Stolberg, und Erich Marcks kann dementsprechend das Verdienst Stolbergs hervorheben und dabei sein Zusammenwirken mit dem Kronprinzen erwähnen (Kaiser Wilhelm I., Leipzig 1899, S. 362). Aber in einem Briefe an den Grafen Andrássy (Gastein, 20. September 1879) spricht Bismarck von mehreren Vertretern des Bündnisplanes: „Ich habe über die Situation nach Maßgabe des Inhaltes unsrer hiesigen Besprechungen wiederholt und ausführlich Bericht erstattet, und die Uebereinstimmung meines mich vertretenden Kollegen mit meinen Eurer Exzellenz bekannten Ansichten hat es mir ermöglicht, die Schwierigkeiten, welche durch die geographische Entfernung und durch entgegengesetzte Einwirkungen von andrer Seite hervorgebracht wurden, insoweit zu überwinden, daß ich die Uebereinstimmung Seiner Majestät des Kaisers mit der Auffassung, welche mich bei den jüngsten Besprechungen geleitet hat, im Prinzip habe feststellen können. Nach der Mitteilung meines Stellvertreters, des Grafen Stolberg-Wernigerode, ist der Kaiser bereit, einer Verabredung zuzustimmen, vermöge deren beide Mächte sich gegenseitig versprechen, auch ferner für die Erhaltung des Friedens und namentlich für die Pflege ihrer friedlichen Beziehungen mit Rußland einzutreten, in dem Falle aber, daß eine von ihnen von einer oder von mehreren Mächten angegriffen werden sollte, diesen Angriff mit ganzer Macht gemeinsam abzuwehren.“ Unter diesen Bismarck vertretenden Kollegen, die auch für diese Fassung des Bündnisses sehr in Betracht kommen, ist natürlich der Vizekanzler Graf Stolberg zu verstehen, aber mit ihm auch derjenige, von dem Stolberg in seinem Briefe an Bismarck vom 17. September 1879 einbekennt, daß ohne die nötige Vorbereitung des Kaisers durch den Legationsrat Otto v. Bülow er nie zu einem Ende gekommen wäre. Dieser Brief ist ebenso wie andre Briefe und Berichte Stolbergs und Bülows dem Verfasser der trefflichen Lebensbeschreibung Andrássys, Eduard v. Wertheimer, zugänglich gemacht worden, so daß Wertheimer aus der Kenntniß dieser Urkunden heraus wärmstens von Otto v. Bülow spricht, „dem

in diesem welthistorischen Kampfe um die Allianz als einem der vorzüglichsten und geschicktesten Mitarbeiter Bismarcks ein ganz hervorragendes Verdienst zukommt“ (304). Mit dieser ganzen, von fernstehender Seite kommenden Beurteilung trifft zusammen, was der Verfasser dieser Zeilen aus den mündlichen und schriftlichen Mittheilungen seines Schwiegervaters längst wußte, aber trotz langjähriger, sich oft wiederholender freundlicher Aufforderung des Herausgebers dieser Zeitschrift bisher zu formen sich nicht entschließen konnte, aus ihm gebotener Zurückhaltung und verwandtschaftlicher Bescheidenheit. Nun aber, da der Bann der Zurückhaltung gebrochen ist und von andrer Seite das Werturteil über die Mitarbeiterschaft Otto v. Bülows in so glänzender Weise ausgesprochen wurde, kann als Beitrag zur Bündnisgeschichte die Lebensbahn dieses Mannes, dessen Wirksamkeit in diesem Bündnisjahre 1879 so stark hervortritt, gezeichnet und seine Entwicklung umrissen werden. Es erscheint das um so nötiger, als noch in verschiedenen Veröffentlichungen Verwechslungen mit andern Bülow und entgegengetreten.¹⁾

Dem Legationsrat Friedrich Wilhelm v. Bülow bei der preussischen Gesandtschaft am Bundestage in Frankfurt a. M. (späteren Direktor im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten) schenkte am 28. Dezember 1827 seine Gattin Pauline, geborene v. Carlowitz, einen Knaben, dessen Geburt von der Diplomatentolonie der Krönungsstadt mit Freuden begrüßt wird — unter den Glückwünschen klingen besonders warm die Worte des Oesterreichers Baron Handel-Mazzetti. Auf dem französischen Gymnasium in Berlin findet er seine Ausbildung, besucht 1847 die Universität Berlin und genügt gleichzeitig seiner Militärpflicht als Einjährig-Freiwilliger im Kaiser-Franz-Garderegiment. Als solcher wurde er im Straßenkampf des 18. März 1848 am rechten Bein schwer verwundet und nach dem königlichen Schlosse gebracht.²⁾ In dieser schweren Nacht knüpften sich die ersten Fäden des Vertrauens und Wohlwollens, das den Prinzen von Preußen und nachmaligen Kaiser Wilhelm I. später mit dem Diplomaten viele Jahrzehnte verband: das lahme Bein des Vertrauensmannes mochte Kaiser Wilhelm immer an jene Märznacht erinnern!

1849 und 1850 vollendete Bülow seine Studien in Heidelberg und Halle, wo er fröhliche Studentenzeit verlebte und auch den Karzer in Halle kennen lernte. In den stillen Jahren in Minden, wo er als Auskultator eingetreten war, kam er dort in das Haus des Rates Dr. Meyer, wo Goetheerinnerungen

¹⁾ So „Deutsche Revue“ 1906, 122.

²⁾ Theodor Fontane, Von Zwanzig bis Dreißig, 593 ff.: Denn so ziemlich in demselben Augenblicke, wo draußen der Ulanenoffizier (Leutnant v. Zastrow) aus dem Sattel geschossen wurde, begann auch das Gefecht an allen Stellen. Vom Schloßplatz her, nachdem ein paar Sechspfünderlugeln den Kampf eröffnet hatten, rückte das 1. Garderegiment in die Königinstraße ein, von den Linden her ein halbes Bataillon Alexander in die Charlottenstraße, wo vor dem Heßschen Hause der als „Einjähriger“ eben sein Jahr abdienende Herr v. Bülow, später Gesandter am Päpstlichen Stuhle, durch einen Schuß in den Oberschenkel schwer verwundet wurde.

gepflegt wurden,¹⁾ und eine liebliche Tochter des Hauses, Marie, sein Herz eroberte. 1857 bestand Bülow die Assessorprüfung und trat in das Auswärtige Ministerium zunächst als Hilfsarbeiter über. Ein Jahrzehnt ernster Arbeit, ruhiger Erfahrungssammlung ging vorüber; ein Sohn Otto wurde ihm 1859 geschenkt, der vor kurzem (27. September 1915) als Mitglied des Tribunal mixte von Alexandrien zu Berlin kinderlos starb. 1865 hatte er sich, nachdem seine erste Frau schon 1860 gestorben war, mit der verwitweten Freifrau v. Schele vermählt, mit der er fünfundzwanzig Jahre in glücklichster Ehe lebte. Im Ministerium schätzte man den unermüdlich tätigen, in der Erledigung schwieriger Aufgaben gewandten Mann mit den freundlichen, wohlwollenden Augen, der weichen Stimme und der stets gleichbleibenden Liebenswürdigkeit sehr hoch. Seine staunenswerte literarische Belesenheit und reiche Personenkenntnis, über die ein nie versagendes Gedächtnis frei verfügte, machte ihn zum trefflichen Gesellschafter und glänzenden Erzähler. 1867 wurde er nicht bloß Vortragender Rat, sondern, was noch wichtiger war, mit den Verhandlungen des Friedensvertrages mit Bayern und Hessen betraut. Fünf Jahre später ward ihm als Zeichen besonderen Vertrauens das Dezernat für persönliche Angelegenheiten anvertraut, das bisher v. Reudell, der spätere Botschafter in Rom, verwaltet hatte. Im selben Jahre bestimmte ihn Kaiser Wilhelm zum Vertreter des Auswärtigen Amtes auf seinen Reisen. Als solcher hatte er die Aufgabe, alle während der Reise auftauchenden Angelegenheiten der auswärtigen Politik zur Kenntnis des Kaisers zu bringen und die Verbindung des Monarchen mit dem Auswärtigen Amte herzustellen. In diesem Amte genoß nun Otto v. Bülow das vollste Vertrauen des Kaisers und Bismarcks, konnte so auch 1879 durch seine klugen und taktvollen Vorschläge in den schwierigsten Augenblicken die Verhandlungen beim Kaiser, als sie ganz ins Stocken zu geraten drohten, über den toten Punkt hinwegbringen und den segensreichen Bündnisplan zum Siege führen.

Bekannt ist, wie Kaiser Wilhelm durch die Zusammenkunft in Alexandrowo mit Kaiser Alexander am 3. September 1879 beeinflusst wurde. Wir wissen durch den Bericht Otto v. Bülows vom 7. September 1879 an Bismarck, daß der Zar alle Schwierigkeiten aus dem Wege räumen wollte, ja sogar so weit ging: „Ich muß gestehen, eine Dummheit begangen zu haben.“ Die Friedensbeteuerungen Alexanders hatten tiefsten Eindruck auf die offene und gerade Natur Wilhelms gemacht. So kann Bülow sogar von dem durch Manteuffel angeregten Ordensregen berichten, der auch Miljutin beglücken sollte, der doch Kriegshexer und Kriegstreiber erster Güte war. Bismarck erwidert ihm in höchster Aufregung, daß er diese Ordensgeschichte nur als goldene Brücke im Falle der Einigung mit Oesterreich in den Kauf nehmen wolle, und läßt den

¹⁾ Gespräche mit Eckermann, I, 77, erscheint der Sohn des Hauses als Ahtzehnjähriger vor Goethe, der seine Gedichte so sehr lobt. „Ich habe einen angenehmen Besuch gehabt..., ein sehr hoffnungsvoller junger Mann, Meyer aus Westfalen, ist vorhin bei mir gewesen, er hat Gedichte gemacht, die sehr viel erwarten lassen. Er ist erst achtzehn Jahre alt und schon unglaublich weit.“

Schatten des Grafen Brandenburg aufsteigen, dem seine Warschauer Erlebnisse das Herz gebrochen hätten (Bismarck an Otto v. Bülow, 5. September 1879). Hier in Königsberg setzen schon die Kämpfe um das Bündnis ein. Bülow hofft, so sehr er entschlossen ist, immer wieder alle Gründe vorzuführen, wenig auf eine Sinnesänderung des Kaisers, der damals besonders frisch und klar ist, dazu von großer Entschlossenheit und Ruhe. Aber er läßt sich nicht entmutigen und bittet Radowiz, ihm bei dem harten Strauße den Daumen zu halten. „Persidie gegen Rußland“ will der Kaiser nicht begehen, und durch Allianzen solle sich Deutschland nicht die Hände binden. Wir fühlen mit Bülow, wenn er in der Einsicht, wie furchtbar Großes auf dem Spiele stände, klagt, Gott wisse, wie er gerungen habe, allein seine Kräfte reichten nicht aus, um die in Alexandrowo empfangenen Eindrücke zu erschüttern. Die Dual dieser Königsberger und Stettiner Tage, in denen schließlich der Kaiser angesichts der ständigen Erneuerung der Bündnisvorschläge die Geduld verlor, leuchtet aus Bülows Berichten wie aus seinen späteren Erörterungen hervor, bei denen seine sonst ruhig gelassene und harmonische Stimme die innere Verzweiflung jener Tage durchklingen ließ. Daß Bülow Bismarck herbeiwünschte, war natürlich, aber vergeblich: Bismarck fühlte sich zu erschöpft und wünschte sehr, daß jüngere Kräfte ihn ablösten. So mußte Bülow die schwere Arbeit fortsetzen, obwohl er doch nicht die Autorität eines verantwortlichen Ministers besaß, wie er scharf betonte. Auch Hohenlohes Telegramme über russisch-französische Ententebestrebungen damals, da doch der Kaiser Beweise für russische Feindseligkeiten gegen Deutschland wünschte, wurden mit dem Hinweis auf des Zaren mündliche Äußerungen heftig zurückgewiesen. Aber erreicht wurde zunächst ein Brief des Kaisers an Bismarck vom 10. September, in dem er die Ermächtigung zu Unterredungen über künftige Maßnahmen gegenüber einer in der Zukunft möglichen Bedrohung durch Rußland gab. Diese „bedingte“ Ermächtigung konnte Bismarck unmöglich zufriedenstellen; der Zwiespalt konnte mit der Ankunft dieses Briefes zur Katastrophe führen! In diesem so bedrohlichen Augenblick kommt Bülow ein rettender Gedanke, so ganz aus der Kenntnis des Kaisers geschöpft. Am 13. September fragt Bülow bei Radowiz an, ob ihm gestattet würde, eine Aenderung des Bismarckschen Antrages so vorzunehmen, daß Rußland nicht genannt, sondern nur generell eine oder mehrere Mächte als Friedensstörer bezeichnet würden. Bismarck stimmt, wenn auch mit Bedenken, zu, und nun entwickelt sein Vertreter, dem vorläufig ein Boden geschaffen ist, auf dem er weitere Gründe entwickeln kann, vor dem Kaiser seine ganze Ueberzeugungskraft, die generelle Bezeichnung der Gegner hervorzuheben, nicht das amtliche Rußland, sondern die antideutsche panslawistische Revolutionspartei als den gefährlichen Gegner der Zukunft zu bezeichnen (wie richtig hat sich 1914 die Einschätzung dieser treibenden Kraft bewiesen!). Aber den Vogel schießt der Bülowsche Vorschlag ab, die Mitteilung der Verabredung dem Zaren zukommen zu lassen. Damit ist des Kaisers eigenster Gedanke getroffen, Bismarck stimmt zu. Aus dem Tagebuche Otto v. Bülows (unter dem 29. September 1879) wissen wir, daß der Kaiser gegenüber Manteuffel Bülows

Verdienste gerühmt hatte, ihm in Stettin gute, sympathische und vor allem annehmbare Ratschläge gegeben zu haben. Aber schon die Meldung Stolbergs zum sofortigen Vortrag durch Bülow wird abgelehnt. Bismarck selbst läßt nun seine allerschwersten Gründe wirken; sie sind in seinem Schreiben vom 15. und 16. September aus Gastein an Kaiser Wilhelm niedergelegt. Selbst wenn Kaiser Wilhelm die Defensivallianz mit der österreichisch-ungarischen Monarchie abgelehnt hätte und diese nachher von Rußland angegriffen würde, müßte Deutschland auch ohne Vertragspflicht Oesterreich-Ungarn beistehen, falls dieses Gefahr liefe, zu unterliegen. Das Deutsche Reich dürfe es nie darauf ankommen lassen, auf dem europäischen Kontinent zwischen Rußland und Frankreich neben dem niedergeworfenen und von Deutschland im Stich gelassenen Oesterreich-Ungarn isoliert zurückzubleiben. Deutschland müßte also auch ohne Gegenseitigkeit so handeln, als befände es sich im Besitze eines Bündnisses. Wir wissen, daß Feldmarschall Moltke zuerst Bülow gegenüber, später in einem Vortrag vor dem Kaiser (26. September) in ähnlicher Weise scharf für das Bündnis sich ausgesprochen hat. Bei dem Vortrag Stolbergs am 17. September 1879 wird neuerlich der Plan der Gefinnung des Kaisers durch die Ausschaltung der Hilfsverpflichtung bei einem Angriffskriege näher gebracht und so die Zustimmung des Monarchen erwirkt — bei dieser Gelegenheit gedenkt Stolberg in schon erwähnter dankbarer Weise der Vorbereitung des Kaisers durch Bülow, der inzwischen an diesem Tage in Straßburg mit dem Kronprinzen konferiert, dabei durch den Besuch des Großherzogs und der Großherzogin unterbrochen wird. Wir sehen aus der mit dem 17. September einsetzenden Tagebuchstizze Bülows für seine Frau, die nirgends über den Inhalt der jeweiligen Verhandlungen Aufschluß gibt, wie alle Kräfte vereint ihrem großen Ziele entgegenstreben: die Hilfe des Kronprinzen hatte Otto v. Bülow schon am 11. September herbeigerufen. Am 22. September erscheint Hohenlohe auf den Wunsch Bismarcks beim Kaiser und tritt für das Bündnis ein (Denkwürdigkeiten, II, 275 ff.). Die Unmöglichkeit, Rußland im Vertragsentwurf nicht zu nennen, war in Wien vollkommen deutlich geworden; Bismarck stellte sich auf diesen Wiener Standpunkt, den er ja eigentlich von Beginn an für richtig gehalten hatte, und legte in die Hände Bülows die Erklärung seiner Abdanfung für den Fall der Ablehnung des österreichisch-ungarischen Antrages. Noch einmal hofft Bülow von dem persönlichen Auftreten Bismarcks alles, aber dieser lehnt ab. Und Kaiser Wilhelm äußert sich wieder über die allfällige Nennung Rußlands sehr scharf: dann könnte ihn Alexander wegen Alohalität zum Duell fordern; auch der Hinweis Bülows, daß doch Bismarck selbst früher stets für Rußland gewesen sei, macht wenig Eindruck. Stolberg hält am 1. Oktober seinen Vortrag beim Kaiser, bei dem der Kronprinz zugegen war, kommt 12¹/₂ Uhr zu Bülow, während der Unterredung erscheint der Kronprinz, der eine halbe Stunde mit berät.

Die Beratungen werden am 2. Oktober bei Bülow fortgesetzt, an ihnen nehmen Lehndorff und Stolberg teil.

Der springende Punkt endlich war schließlich doch die allenfällige Mitteilung an den Zaren. Andrassy stimmt zu, daß nach Unterzeichnung des Vortrages dies dazu führende Memorandum dem Zaren mitgeteilt werde. So urteilt an diesem 3. Oktober Bülow schon günstiger über die Zukunft (Vh.). „Seit dem Tage, an dem wir nach Baden abgereist sind, hat die Lage sich verändert und habe ich seither kritische Stunden voller Sorgen hinter mir, in letzter Zeit geteilt mit dem Grafen Stolberg, den Bismarck zum Kaiser sandte, um das Gewicht seiner Meinung als Vizetanzler und Vizeministerpräsident in die Waagschale zu werfen. Auch Graf Lehnendorff wurde zu diesem Zweck ins Geheimnis gezogen. Graf Stolberg wird diese Nacht wieder abreisen, und somit wird die ganze Verantwortung von jetzt ab wieder auf meinen Schultern ruhen. Uebrigens sind die Aussichten einer guten Lösung seit gestern günstiger. Beide, Kaiser und Kanzler, wollen im Grunde dasselbe: den Frieden für die Zukunft sichern und dabei gute Beziehungen zu Rußland unterhalten. Aber es herrscht eine große Meinungsverschiedenheit über die zu diesem Ziele führenden Wege. Das Gute an der ganzen Sache ist, daß ich durch sie dem Kronprinzen sehr viel näher getreten bin.“ Auf dem Wilbe, daß am nächsten Tage der Kronprinz ihm sandte, stehen unter den Namen die Orte: Königsberg, Stettin, Meß, Baden-Baden, September und Oktober 1879, als die Orte, an denen sich das Ringen um das Bündnis abgespielt hatte.

Aber gewonnen ist der Kampf noch nicht. Am 12. Oktober, 1 $\frac{1}{2}$ Uhr, erscheint Moltkes Adjutant v. Beust bei Bülow, um ihn zu Moltke zu bitten, der ihm den Entwurf seines Gutachtens vorlegt; es ist eine besonders wertvolle Unterstützung Bismarcks, die ganz tief wirkt. Der Hinweis auf den am 21. Oktober ablaufenden Termin wird von Bülow wiederholt gemacht, und schließlich kann Bülow melden, daß am 16. Oktober, 10 Uhr vormittags, die Sanktionierung des Bundesvertrages durch Kaiser Wilhelm erfolgt sei. So klingt am 17. Oktober die Tagebuchstizze wie eine Jubelhymne: „Glücklicherweise habe ich in diesen letzten Tagen weniger zu arbeiten. Der Friede zwischen Seiner Majestät und dem Fürsten Bismarck ist wiederhergestellt — durch meine Bemühungen. Wenigstens habe ich einen guten Feldzug hinter mir und weiß, daß man mit mir zufrieden ist.“¹⁾ Bei der besonderen Bescheidenheit Bülows, die nicht etwa seinen Anteil an der sachlichen Arbeit, der Durchsetzung des Bündnisses, hervorhebt, obwohl dies seine Berechtigung gehabt hätte, kann es als sicher angenommen werden, daß alle seine angestrengte Arbeit in diesen Tagen neben der Erreichung des sachlichen Zieles darauf gerichtet war, die letzten Schatten zwischen Kaiser und Kanzler zu zerstreuen. Daß die ganze erfolgreiche Tätigkeit Bülows auch zu einer großen Selbständigkeit in seinem Ressort geführt hat, wie sie Bülow selbst in seiner Tagebuchstizze²⁾ hervorhebt, später auch

¹⁾ La paix entre S. M. et B. est rétablie, grâce à mes sollicitudes. Du moins j'ai fait une bonne campagne et je sais qu'on est content de moi.

²⁾ Auch herrscht ein republikanisches System im Auswärtigen Amt, niemand will dem andern gehorchen; Otto Bülow, Radowiz, Bucher und Philippsborn (Denkwürdigkeiten II, S. 278 vom 20. Januar 1880).

Hohenlohe übertreibend bemerkt, ist nur natürlich. Als 1880 Bülow zum Gesandten in Stuttgart ernannt wurde, auch als er diesen Posten 1882 mit dem eines kaiserlichen Gesandten in Bern vertauschte, wollte der Kaiser ihn nicht missen, er blieb der Begleiter für die Sommeraufenthalte in Ems, Gastein, Baden-Baden und derjenige, bei dem sich deutsche Staatsmänner zuerst zu unterrichten suchten (vgl. Hohenlohe, II, S. 398 vom 15. Oktober 1886). Erst der Tod des Kaisers hat dieses schöne Verhältnis gelöst.

Als Kaiser Wilhelm II. 23. April 1893 zum Papste Leo XIII. fuhr, da hielt auch er sich bei dem preussischen Gesandten am Päpstlichen Stuhle, Otto v. Bülow, auf, in dem schönen Villino Santa Fiora in der Via Torino, wo ein wahres Heim für deutsches Geistesleben erstanden war, die einzige Tochter des Hauses statt der verstorbenen Hausfrau waltete, Staatsmänner, Kardinäle, Gelehrte, Künstler sich versammelten. Hohe Goldmöbel aus der Zeit Louis' XV. in zarten Farben, glitzernde Muranoluster, farbenfreudige Gemälde unsrer neueren Malerschulen gaben den Gesellschaften die stimmungsvolle Umwelt. Die vorzüglichsten Beziehungen, die Preußen zur Kurie besaß, sind zum Teil auf den bewundernswerten Takt Bülows zurückzuführen, der das besondere Vertrauen Leos XIII. besaß, auch durch herzliche Freundschaft mit Kardinal Kopp verbunden war. Schwierige Fragen wurden gelöst, manche Gegensätze gemildert.¹⁾

1898 trat Bülow in den Ruhestand, den er zum Teil in Rom, zum Teil in Innsbruck verlebte. Als er 22. November 1901 mit Hinterlassung eines Sohnes, einer Tochter und zweier Enkel zu Rom starb, da durfte an seinem Grabe in der Nähe der Cestiuspyramide der Prediger den alten deutschen Edelmann rühmen, der dahingegangen war, lauterer Herzensgold besessen hatte. Seine Erfolge hat er vor allem dieser seiner tiefwahren, schlichten, geraden Natur zu verdanken, die überall die Richtlinien mit dem Gefühle auffand und sie mit der Tatkraft eines klaren Geistes verfolgte.

¹⁾ „In lui risplendono inoltre tutti i più eletti ornamenti di perfetto gentiluomo, e la squisitezza di sentire nobilissimo, ed una singolare amabilità e cortesia oltremodo insinuante.“ So treffend die sonst nicht sehr individualisierende Galleria biografica d'Italia. Roma 1892.

Kritik des Dreibundvertrags

Von

Dr. Wilhelm Fratnói, Titularbischof von Urbe¹⁾

Von Jahr zu Jahr wurden in den Parlamenten in Berlin, Rom, Wien und Budapest mit den Zielen und Verpflichtungen des Dreibundes zusammenhängende politische Fragen eingehend erörtert; die Regierungen erteilten interessante Aufschlüsse, sie hüteten sich aber, Inhalt und Text des Vertrages zu veröffentlichen. Auch eine reiche Literatur beschäftigte sich mit dem Dreibundvertrage; jedoch keiner der Geschichtsschreiber und Publizisten vermochte den Schleier des Geheimnisses, der dieses Dokument bedeckte, zu lüften. Erst jetzt, im Frühjahr 1915, wurden die wesentlichsten Bestimmungen des Dreibundvertrages, die Artikel I, III, IV, VII in dem österreichisch-ungarischen Rotbuche veröffentlicht.²⁾

Sie fordern eine eingehende kritische Analyse.

Artikel I.

„Die hohen Vertragsschließenden versprechen sich gegenseitig Frieden und Freundschaft; sie werden keine Allianz oder Verpflichtung eingehen, welche gegen einen ihrer Staaten gerichtet ist.

Sie verpflichten sich, daß sie in betreff der politischen und ökonomischen Fragen allgemeiner Natur, welche auftreten können, sich in Gedankenaustausch einlassen werden, und versprechen sich gegenseitig Unterstützung in den Grenzen ihrer eignen Interessen.“

Es ergeben sich aus diesem Artikel für die drei Mächte vier Pflichten:

- a) Frieden und Freundschaft untereinander zu halten;
- b) Bündnisse und Verpflichtungen nicht einzugehen, insofern diese gegen eine von ihnen gerichtet sind;
- c) Gedankenaustausch zu pflegen, wenn politische und ökonomische Fragen allgemeiner Natur auftreten;

¹⁾ Vgl. den Artikel „Zur Entstehungsgeschichte des Dreibundvertrags“ im Dezemberheft 1915, S. 241.

²⁾ Diplomatische Aktenstücke, betreffend die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Italien, in der Zeit vom 20. Juli 1914 bis 23. Mai 1915. (Wien 1915.) Anhang Nr. 1, 14, 15, 16. Leider ist nicht angegeben, ob diese Artikel dem Vertrage vom Jahre 1882 oder dem des Jahres 1887 entnommen sind. Auf meine an das I. und I. Ministerium des Aeußern gerichtete Anfrage erhielt ich die Antwort, daß mir darüber kein Aufschluß erteilt werden könne. In einer früheren Publikation des Ministeriums („Zur Vorgeschichte des Krieges mit Italien“, S. 7) wird erwähnt, daß Artikel VII „im Jahre 1887 auf Wunsch Italiens in den Vertrag aufgenommen wurde“. Daraus muß man den Schluß ziehen, daß die Artikel I, III, IV schon im Vertrage von 1882 vorhanden gewesen sind. Diese Annahme und meine weiteren Kombinationen in der Analyse der Artikel wurden von dem kompetentesten Sachmanne, Dr. Friedjung, dessen Ansicht ich mir erbat, als begründet erklärt.

d) sich Unterstützung gegenseitig zu bieten in den Grenzen der eignen Interessen.

In betreff der Formulierung und des Inhaltes muß man folgendes bemerken:

I. Es fehlt die Konsequenz in der Anwendung des wichtigsten Ausdruckes.

In der Verpflichtung a) und d) wird der Ausdruck „sie versprechen“ (se promettent), in der Verpflichtung c) der Ausdruck „sie verpflichten sich“ (s'engagent) benützt; in der Verpflichtung b) wird weder der eine noch der andre Ausdruck benützt, sondern einfach gesagt, die Vertragsschließenden werden „nicht eingehen“ (n'entreront) solche Bündnisse usw.

Es ist klar, daß in einem Vertrage Verpflichtungen, welche gleichwertig geltend sein sollen, mit identischen Ausdrücken bezeichnet werden müssen. Ebenso ist es klar, daß „versprechen“ und „sich verpflichten“ nicht identisch ist.

II. Es fehlt die notwendige Klarheit in der Formulierung der Verpflichtung c).

Es ist unverständlich, was man unter der „allgemeinen Natur“ der Fragen, die den Gegenstand eines gegenseitigen Gedankenaustausches bilden sollen, verstanden hat; es ist zweifelhaft, ob man nur die drei Vertragsschließenden gemeinschaftlich oder die ganze Menschheit interessierende Fragen gemeint hat.

Ferner ist es ganz unbestimmt, wie und wann man den Gedankenaustausch pflegen soll. Wenn einer der Verbündeten meint, daß der Fall eingetreten ist, in welchem der andre sich in einen Gedankenaustausch hätte einlassen sollen und dieser es zu tun unterlassen hat, kann diese Unterlassung als ein Vertragsbruch betrachtet werden? Wenn zwei Verbündete sich in einen Gedankenaustausch einlassen und zu keiner Verständigung gelangen, darf diese Tatsache die Auflösung des Bundes herbeiführen?

III. Die Verpflichtung des Gedankenaustausches c) ist mit der Verpflichtung der gegenseitigen Unterstützung d) in einem nur durch ein Komma getrennten Satz verbunden; man müßte demnach annehmen, daß die Verpflichtung der gegenseitigen Unterstützung sich in den Fällen ergibt, wenn in betreff politischer und ökonomischer Fragen allgemeiner Natur der Gedankenaustausch zu einer Verständigung führt.

Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß zwischen den in einem Satze verbundenen zwei Verpflichtungen gar kein Zusammenhang existiert und daß die Verpflichtung der gegenseitigen Unterstützung im allgemeinen für alle Fälle, wenn ihrer einer der Vertragsschließenden bedarf, Geltung hat. Aber wenn es wirklich so ist, hätte diese Verpflichtung nach der ersten und zweiten folgen sollen. Eigentlich hätte sie gar nicht in den Artikel I aufgenommen werden sollen; nachdem Artikel III und IV bestimmen, wann und wie die Vertragsschließenden einander Unterstützung zu bieten verpflichtet sind.

IV. Jedenfalls ist es eigentümlich, daß sich die Vertragsschließenden die gegenseitige Unterstützung in den Grenzen ihrer eignen Interessen (dans la

limite de leurs propres intérêts) versprechen. Da aber den Punkt, wo die Grenzen des eignen Interesses beginnen und aufhören, selbstverständlich ein jeder Vertragsschließende allein bestimmt und auch nur allein zu bestimmen vermag, bedeutet diese Bestimmung nicht mehr, als daß jeder Vertragsschließende nach seinem Ermessen seinen Verbündeten zu unterstützen verpflichtet ist. Eine Bestimmung, welche wertlos erscheint und hätte daher in den Vertrag nicht aufgenommen werden sollen.

Artikel III.

„Falls einer oder zwei der hohen Vertragsschließenden, ohne direkte Herausforderung von ihrer Seite, von zwei oder mehreren Großmächten, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet haben, angegriffen und in einen Krieg mit ihnen verwickelt würden, würde sich der Casus foederis für alle hohen Vertragsschließenden gleichzeitig ergeben.“

Ganz bestimmt ist aus diesem Text ersichtlich, daß es sich um ein Schutzbündnis, um einen Vertrag defensiver Natur handelt, welcher keinem offensiven Zwecke dienen soll. Sogar in dem defensiven Kriege eines Verbündeten wird die Verpflichtung der beiden andern, ihm Hilfe zu leisten, auf das Minimum reduziert.

Ein Verbündeter kann nämlich die Hilfe der beiden andern nur dann in Anspruch nehmen, wenn

a) er ohne eine von seiner Seite erfolgte direkte Herausforderung angegriffen wird,

b) gegen ihn zwei Großmächte den Angriff gleichzeitig unternehmen.

Demzufolge kann ein Verbündeter auf die Hilfe der beiden andern nicht rechnen, wenn derselbe

a) selbst angreift,

b) nach einer von seiner Seite erfolgten direkten Herausforderung angegriffen wird,

c) nur von einer Großmacht oder von Staaten, die zu den Großmächten nicht gezählt werden, angegriffen wird.

I. Die Feststellung dieser Bedingungen bietet auffallenderweise die größten Vorteile für Deutschland.

Es war nicht denkbar, daß Oesterreich-Ungarn (solange es Italiens Bundesgenosse ist), oder Italien (solange es Oesterreich-Ungarns Bundesgenosse ist), ohne direkte Herausforderung von zwei Großmächten angegriffen würde.

Nur dem Deutschen Reiche drohte die Gefahr, auch ohne direkte Herausforderung von zwei Großmächten (Frankreich und Rußland) angegriffen zu werden.

Im Gegensatz dazu war die Feststellung der Bedingungen mit den größten Nachteilen für Oesterreich-Ungarn verbunden.

Weder das Deutsche Reich noch Italien mußten fürchten, daß es ohne direkte Herausforderung von einem kleineren Staate oder von mehreren kleineren Staaten angegriffen wird.

Nur Oesterreich-Ungarn war der Gefahr ausgesetzt, daß es ohne direkte Herausforderung von den angrenzenden ehrgeizigen, auf dem Gebiete der Monarchie Stammesgenossen zählenden kleineren Staaten (Serbien, Montenegro, Rumänien) angegriffen würde. In dem Falle eines solchen Angriffes, selbst auch wenn diese kleineren Staaten mit einer Großmacht den Angriff unternahmen, konnte Oesterreich-Ungarn zum Schutze seiner gefährdeten Integrität von seinen Bundesgenossen auf Grund Artikels III Beistand nicht fordern.

Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, daß diese gefährdende Situation eintreten könne, ist der Aufmerksamkeit jener österreichisch-ungarischen Diplomaten, welche den Vertrag geschlossen und wiederholt erneuert haben, entgangen.

II. Wohl aus Versehen ist eine merkwürdige Bestimmung in den Artikel aufgenommen worden, die zu einer absurden Interpretation Anlaß bieten konnte. Es wird nämlich bestimmt, daß der Vertragsschließende Hilfe nur dann beanspruchen kann, wenn ihn solche zwei Großmächte angreifen, „die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet haben.“

Der Wortlaut fordert die Interpretation, daß, wenn eine der angreifenden Großmächte den Dreibundvertrag unterzeichnet hat und treubruchig den Bundesgenossen angegriffen hat, der *Casus foederis* nicht eintritt. Z. B. wenn Oesterreich-Ungarn von Rußland, das den Dreibundvertrag nicht unterzeichnet hat und von Italien, das den Dreibundvertrag ja unterzeichnet hat, angegriffen wird, Deutschland Hilfe zu leisten nicht verpflichtet ist.

III. Der Artikel enthält auch eine große Reihe von Ausdrücken, die infolge ihrer unbestimmten Anwendung und Verfügungen, die infolge unrichtiger Formulierung Komplikationen hervorrufen konnten.

Die Frage, ob ein Staat angegriffen wird oder selbst angreift, scheint leicht zu lösen sein. Und doch beweisen Ereignisse des jetzigen Krieges das Gegenteil.

Oesterreich-Ungarn konnte, als es den Krieg an Serbien erklärte, behaupten, daß es zur Wahrung seiner territorialen Integrität einen Defensivkrieg führe. Selbst Italien, obwohl es von Oesterreich-Ungarn nicht im geringsten bedroht gewesen ist, wagte Ähnliches zu verkünden.

Zur Beseitigung jeden Zweifels hätte man den Satz so formulieren sollen: „Wenn einem der Vertragsschließenden von zwei Großmächten der Krieg erklärt wird,“ oder „wenn einer der Vertragsschließenden gegen zwei Großmächte Krieg führt“.

IV. Noch sicherer mußte Anlaß zu Kontroversen und Konflikten die Bestimmung geben, daß „eine direkte Herausforderung“ den Krieg nicht herbeiführen darf.

Es ist unmöglich, den Begriff der „Herausforderung“ und den Unterschied zwischen einer „direkten“ oder „indirekten“ Herausforderung derart präzise zu

definieren und festzustellen, daß alle interessierten Faktoren die Definition annehmen müssen. Alte und Tatsachen, welche die Wahrung berechtigter Ansprüche des einen Teiles bezwecken, können vom anderen Teile als „Herausforderung“ betrachtet werden. Auch ist es unmöglich, in betreff der Frage, ob ein Krieg durch Herausforderung veranlaßt worden ist, beide Teile zu demselben Ergebnisse zu zwingen.

Der Fall, in welchem ein Staat, welcher angegriffen worden ist, selbst zugegeben hätte, daß er durch eine Herausforderung von seiner Seite den Angriff verschuldet habe, ist gewiß nie vorgekommen. Im Gegenteil, der angreifende Teil wird immer in der Behauptung, daß er durch Herausforderung gezwungen war, die Waffen zu ergreifen, Entschuldigung oder Rechtfertigung suchen.

Angeichts dieser Lage werden die Bundesgenossen stets nach ihrem Ermessen und Interesse entscheiden, ob der Angriff der zwei Großmächte durch eine direkte Herausforderung veranlaßt worden sei oder nicht. Und in dem Falle, wenn sie sich infolge ihrer Entscheidung der Bundespflicht enthoben erklären, verfügt der Angegriffene und im Stich Gelassene nicht über Mittel, um seine entgegengesetzte Auffassung geltend zu machen, seine Bundesgenossen zur Erfüllung ihrer Pflicht zu zwingen.

Die Bundesgenossen werden nur dann Hilfe leisten, wenn sie es in ihrem eignen Interesse für wünschenswert erachten. Dazu bedarf es aber keines Vertrages.

Die Bestimmung also, welche die Bundesgenossen zur Hilfeleistung verpflichtet, wenn ihr Verbündeter ohne direkte Herausforderung von seiner Seite von zwei Großmächten angegriffen wird, macht insofern auch den ganzen Inhalt des Artikels III wertlos.

V. Die Verfügung, daß in den bezeichneten Fällen sich für die Vertragsschließenden „der Casus foederis“ ergibt, kann zu Mißverständnissen nicht Anlaß geben. Das internationale Recht gestattet keinen Zweifel darüber, was dieser Ausdruck bedeute und welche Verpflichtungen das Eintreten des Casus foederis den Vertragsschließenden auferlegt. Trotzdem müssen wir behaupten, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, den Wortlaut des Zweibundvertrages zu übernehmen und klar zu sagen, daß „die Kontrahenten verpflichtet seien, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen“.

Artikel IV.

„Falls eine Großmacht, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet hat, die staatliche Sicherheit eines der hohen Vertragsschließenden bedrohen würde und der Bedrohte gezwungen wäre, ihr den Krieg zu erklären, so verpflichten sich die beiden andern, ihrem Verbündeten gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Ein jeder behält sich in diesem Falle

vor, an dem Kriege teilzunehmen, wenn er es für angezeigt erachtet, um mit seinem Verbündeten gemeinsame Sache zu machen.“

Dieser Artikel bestimmt den Fall, in welchem die Bundesgenossen von der Pflicht, sich gegenseitig Hilfe zu leisten, enthoben, aber zur Beobachtung der wohlwollenden Neutralität verpflichtet sind. Dieser Fall tritt ein, wenn

- a) die staatliche Sicherheit eines der Verbündeten bedroht ist,
- b) die Bedrohung von einer Großmacht, und zwar einer solchen, welche zu dem Dreibunde nicht gehört, erfolgt,
- c) der Bedrohte infolge der Bedrohung gezwungen ist, den Krieg zu erklären.

I. Aus diesen Bestimmungen ist es ersichtlich, daß, wenn einer der Vertragsschließenden, z. B. Oesterreich-Ungarn, in seiner staatlichen Sicherheit von einem kleineren Staate, z. B. von Serbien, oder von mehreren kleinen Staaten, z. B. vom Balkanbunde, bedroht, ihnen den Krieg zu erklären gezwungen wäre, Deutschland und Italien nicht einmal eine wohlwollende Neutralität beobachten müßten. Die Bedingungen also, von denen die Verpflichtung der Beobachtung einer wohlwollenden Neutralität abhängig gemacht wird, machen die Verpflichtung illusorisch.

Die Fälle, in welchen eine Macht in ihrer staatlichen Sicherheit wirklich bedroht wird und durch diese Bedrohung Krieg zu erklären wirklich gezwungen ist, kann man unmöglich derart feststellen, daß eine Divergenz der Auffassungen ausgeschlossen bliebe. Das lehren die Erfahrungen, welche wir in dem jetzigen Kriege machen mußten. Es wurden unbezweifelbare Beweise dafür, daß die staatliche Sicherheit Oesterreich-Ungarns von Serbien bedroht worden ist, vorgelegt, und trotzdem erklärten die Ententemächte, daß der Fall, in welchem der Staat Krieg zu erklären gezwungen sei, nicht vorliege.

Auch den Bundesgenossen wird es demnach stets freistehen, nach ihrem Ermessen und den Eingebungen ihrer Interessen zu entscheiden, ob ihr Verbündeter in seiner staatlichen Sicherheit wirklich bedroht und Krieg zu erklären wirklich gezwungen ist.

In dem Fall einer negativen Entscheidung müssen sie sich zur wohlwollenden Neutralität nicht verpflichtet fühlen; der Bedrohte aber verfügt nicht über Mittel, um seine entgegengesetzte Auffassung geltend zu machen, seine Bundesgenossen zur wohlwollenden Neutralität zu zwingen.

Die Bundesgenossen werden die wohlwollende Neutralität nur dann beobachten, wenn sie es in ihrem eignen Interesse für wünschenswert erachten. Dazu bedarf es aber keines besonderen Vertrages.

Die Bestimmung also, welche die Bundesgenossen dem bedrohten Verbündeten gegenüber zur wohlwollenden Neutralität verpflichtet, macht somit auch den Artikel IV vollkommen wertlos.

II. Es hat den Anschein, daß die Vertragsschließenden diese Tatsache erkannten. Deshalb fügten sie zur erwähnten Bestimmung noch folgende ergänzende Er-

klärung: „Ein jeder (Verbündete) behält sich vor, an dem Kriege teilzunehmen, wenn er es für angezeigt erachtet, um mit seinem Verbündeten gemeinsame Sache zu machen.“

Aber ein Bündnisvertrag soll nur darüber verfügen, was die Verbündeten auf Grund und während der Gültigkeitsdauer des Vertrages gegenseitig zu fordern berechtigt und zu leisten verpflichtet sind. Was sie, ohne Vertrag zu schließen, freiwillig leisten können und wollen, was auch eine andre Macht, die den Vertrag nicht mit eingegangen ist, leisten kann, ist überflüssig, in den Vertrag aufzunehmen.

Die ergänzende Erklärung enthält also nichts mehr als eine überflüssige Phrase. Diese vermag die Vertragsschließenden des Dreibundvertrages nicht gegen den Vorwurf zu schützen, daß sie einen dem Geiste und den ethischen Forderungen eines Bündnisvertrages widersprechenden Akt begingen, indem sie klar und bestimmt zwei Bundesgenossen das Recht einräumten, aus den bequemen Logen der wohlwollenden oder unparteiischen Neutralität zuzuschauen, wie der dritte, in seiner staatlichen Sicherheit bedroht, im Kampfe auf Leben und Tod mit mächtigen Feinden ringt, eventuell besiegt, gedemütigt, verstimmt wird.

III. Auch in diesem Artikel wird, ebenfalls aus Versehen, von dem Vorteile der wohlwollenden Neutralität ausgeschlossen der Vertragsschließende, wenn denselben in seiner staatlichen Sicherheit eine solche Großmacht bedroht, die den Dreibundvertrag unterschrieben hatte. Also z. B. Oesterreich-Ungarn könnte, wenn es vom treubruchigen Italien bedroht und zur Kriegserklärung gezwungen würde, auf Deutschlands Hilfe, sogar auch auf dessen wohlwollende Neutralität keinen Anspruch erheben. Eine solche absurde und unmoralische Absicht mußte natürlich den Vertragsschließenden fernliegen!

Artikel VII.

„Oesterreich-Ungarn und Italien, die nur die möglichste Aufrechterhaltung des territorialen Statusquo im Orient im Auge haben, verpflichten sich, ihren Einfluß geltend zu machen, damit jede territoriale Veränderung, die der einen oder andern der den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnenden Mächte nachteilig wäre, hintangehalten werde. Sie werden einander zu diesem Behufe alle Aufschlüsse geben, die geeignet sind, sie gegenseitig über ihre eignen Verfügungen,¹⁾ sowie über die anderer Mächte aufzuklären. Sollte jedoch der Fall eintreten, daß im Laufe der Ereignisse die Aufrechterhaltung des Statusquo in den Gebieten des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen und Ägäischen Meere unmöglich würde, und daß, entweder infolge des Vorgehens einer dritten Macht oder sonst-

¹⁾ In der offiziellen deutschen Uebersetzung steht für das französische Wort „dispositions“ „Absichten“. Ich begründe weiter unten, daß diese Uebersetzung nicht richtig ist.

wie, Oesterreich-Ungarn oder Italien genötigt wären, den Statusquo durch eine zeitweilige oder beständige¹⁾ Besetzung ihrerseits zu verändern, so würde diese Besetzung nur stattfinden nach einer vorausgegangenen Uebereinkunft zwischen den beiden Mächten, welche auf dem Prinzip einer gegenseitigen Kompensation für alle territorialen oder anderweitigen Vorteile, die eine jede von ihnen über den gegenwärtigen Statusquo hinaus erlangen würde, zu beruhen und die Interessen und berechtigten Ansprüche der beiden Teile zu befriedigen hätte."

I. Der Inhalt dieses Artikels ist von dem der vorangehenden wesentlich verschieden, steht sogar mit dem Geiste des Vertrages im Widerspruche.

Ein Defensivbündnis, das nur gegen Angriffe die Vertragsschließenden sichern soll, stellt zweien von ihnen territoriale Erwerbungen in Aussicht.

In einem Bündnisse, das den drei Vertragsschließenden gleiche Rechte gewähren und gleiche Pflichten auferlegen soll, werden zweien von ihnen, mit Ausschluß des dritten, Vorteile gesichert und Pflichten vorgeschrieben.

II. Die Stilisierung des Artikels verrät, daß er aus zwei Teilen besteht, die nicht gleichzeitig verfaßt wurden. Denn in ihnen wird dasselbe Gebiet mit zwei verschiedenen und nicht gleichwertigen Ausdrücken bezeichnet. Im ersten Teile wird im allgemeinen vom „Orient“, im zweiten „von den Gebieten des Balkans, den ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen und Ägäischen Meere“ verfügt; wenn nun der ganze Artikel gleichzeitig verfaßt gewesen wäre, hätte man beidemale die letztere präzise Bestimmung aufgenommen; oder eigentlich hätte man denselben so verfaßt, daß es genügend gewesen wäre, die Bestimmung des Gebietes einmal aufzunehmen.

Ferner ist es auffallend, daß im ersten Teile die zwei Vertragsschließenden sich verpflichten, territoriale Veränderungen zu verhindern, die einer von beiden den Vertrag unterfertigenden Mächten (& l'une ou l'autre des Puissances signataires) nachteilig sind. Diese Bestimmung konnte bei dem Vertrag vom Jahre 1882 für die zwei vertragsschließenden Unterfertigten bestimmt gewesen sein. Sie konnte aber für den Vertrag vom Jahre 1887 nicht bestimmt sein, weil diesen drei Mächte unterfertigten, ferner weil dadurch Deutschland ein Veto-recht, angesichts der Veränderungen am Balkan, zugesichert worden wäre, was außerhalb der Intentionen der Vertragsschließenden stand. Dieser erste Teil ist demnach zweifellos aus Versehen unverändert in den Vertrag des Jahres 1887 aufgenommen worden.

Im zweiten Teil, der im Jahre 1887 verfaßt wurde, verpflichten sich Oesterreich-Ungarn und Italien, wie im ersten Teile, zur möglichsten Aufrechterhaltung des Statusquo, den sie aus eigener Initiative nicht stören wollen,

¹⁾ Daß im französischen Texte verwendete Wort „permanente“ wird in der offiziellen deutschen Uebersetzung mit „dauernde“ übersetzt; gewiß nicht richtig.

aber sie erklären offen, daß sie in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung des Statusquo „unmöglich würde“, die Situation zu territorialen Erwerbungen selbst auch zu benützen entschlossen seien. Sie sagen, daß, sobald die Aufrechterhaltung des Statusquo am Balkan unmöglich wird, die beiden Staaten „genötigt wären...“, den Statusquo am Balkan durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung ihrerseits zu verändern“.

III. Angesichts dieses Entschlusses war es von der allergrößten Wichtigkeit, im vorhinein festzustellen, wie und wann der Fall eintritt, in welchem die Aufrechterhaltung des Statusquo unmöglich wird, und wann die beiden Staaten genötigt sind, ihn zu verändern.

Das Eintreten dieses Falles ist jedoch in einer Weise formuliert, welche der Willkür das weiteste Tor öffnet. Es wird nämlich nur davon gesprochen, daß dieser Fall „infolge des Vorgehens einer dritten Macht oder sonstwie“ eintreten könne. Wenn schon der Ausdruck „Vorgehen einer Macht“ ganz unbestimmt klingt, gibt der Zusatz „oder sonstwie“ dem Satze eine derart unbestimmte Form, daß er keinerlei Indikation oder Beschränkung enthält, demnach völlig bedeutungslos wird und füglich ganz hätte wegbleiben können.

Infolgedessen bleibt es den Regierungen Oesterreich-Ungarns und Italiens (auf Grund ihrer Vereinbarungen) anheimgestellt, nach ihrem eigenen Ermessen den Zeitpunkt zu bestimmen, wann sie die Aufrechterhaltung des Statusquo unmöglich erachten und sich genötigt sehen, ihn zu verändern. Diese Bestimmung legte also die Erhaltung des Statusquo und infolgedessen des Weltfriedens ganz in die Hände der beiden Mächte, indem es klar war, daß die Veränderung des Statusquo den Weltkrieg entfesseln mußte.

Die Bestimmung stellte auch den Bestand des italienisch-österreichisch-ungarischen Bündnisses in Frage und drohte mit der Gefahr, zwischen den beiden Bundesgenossen unheilvolle Konflikte heraufzubeschwören. Diese konnten nämlich nicht ausbleiben, wenn der eine Staat die Aufrechterhaltung des Statusquo für unmöglich hielt und sich genötigt sah, durch Besetzung türkischen Gebietes den Statusquo seinerseits zu verändern, der andre Staat aber die Ueberzeugung hegen und auf ihr beharren sollte, daß die Aufrechterhaltung des Statusquo nicht nur möglich, sondern notwendig sei, demnach die Besetzung türkischen Gebietes seinem Bundesgenossen nicht gestatten würde.

Diese Möglichkeit wünschten die beiden Regierungen auszuschalten, indem sie sich verpflichteten, „einander alle Aufschlüsse zu geben, die geeignet sind, sie gegenseitig über ihre eigenen Verfügungen sowie über die anderer Mächte aufzuklären“. Aber daß Aufschlüsse und Aufklärungen geeignet sind, die Klüft widersprechender Auffassungen und Verfügungen zu überbrücken, wird niemand behaupten.

Ferner wurde bestimmt, daß, bevor einer der beiden Staaten zu der Besetzung türkischen Gebietes schreite, „eine Uebereinkunft zwischen beiden Staaten vorausgehen solle“. Es mußte ein Konflikt zwischen ihnen unabwendbar werden,

wenn das Zustandekommen der Uebereinkunft von dem einen Staate gefordert und von dem andern vereitelt werden sollte.

IV. In der Absicht, das Zustandekommen einer Uebereinkunft zu erleichtern, wurde in dem Artikel die Erklärung aufgenommen, die Uebereinkunft solle „beruhen auf dem Prinzip der gegenseitigen Kompensation für alle territorialen und anderweitigen Vorteile, die eine jede von den beiden Mächten über den gegenwärtigen Statusquo hinaus erlangen würde“. Dieses Prinzip ist richtig und klar; aber die Anwendung mußte unüberwindliche Schwierigkeiten hervorrufen. Selbst schon in dem Falle, wenn nur die eine der beiden Mächte gesonnen ist, territoriale Vorteile zu erringen, dagegen die andre geneigt ist, sich passiv zu verhalten, wird die Uebereinkunft bezüglich der Natur und des Ausmaßes der Kompensation, welche die letztere beanspruchen kann, nur schwer zustandekommen.

Noch schwieriger wird der Fall sein, wenn beide Mächte territoriale Erwerbungen machen wollen und sich im vorhinein darüber einigen müssen, ob dieselben äquivalent sind, oder ob die eine von der andern noch Kompensationen zu fordern hat.

Ganz unmöglich wird aber das Uebereinkommen, wenn der eine Staat nicht territoriale Erwerbungen, sondern „anderweitige“ Vorteile anstrebt. In dem Artikel VII wird nicht angedeutet, welche diese Vorteile sind. Aus den Verhandlungen, welche über die Anwendung dieser Verfügung in den ersten Monaten 1915 zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien geführt worden sind, ist es ersichtlich, daß an die Erlangung eines „politischen Einflusses“ oder „wirtschaftlicher Privilegien“ gedacht war. Es ist undenkbar, daß man den Wert dieser Vorteile im vorhinein taxieren und das Äquivalent an Kompensationen in einer beide Teile befriedigenden Weise feststellen könne.

An das einzige sichere Mittel, Konflikte zu verhüten, nämlich an die Bestimmung, daß, wenn sich die beiden Bundesgenossen in der Kompensationsfrage nicht einigen können, der dritte entscheide, hat man nicht gedacht.

Im Texte des Artikels erhoben sich auch noch andre Klippen, die den Dreibund mit der Gefahr des Schiffbruches bedrohten.

V. Das Gebiet, auf das die Verfügungen des Artikels angewendet werden sollten, ist nicht klar und präzise festgestellt. Mit Bezug auf die Aufrechterhaltung des Statusquo wird im ersten Satze vom „Orient“ im allgemeinen, im dritten Satze vom „Gebiet des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Ägäischen und Adriatischen Meere“ gesprochen. Diese beiden geographischen Bestimmungen sind aber nicht identisch; die erstere (im Orient) ist ganz unpräzise.

Wir wissen, daß die Vertragsschließenden im Artikel VII die Regelung des künftigen Schicksals der Türkei bezweckten; ferner, daß sie an der Aufrechterhaltung des Statusquo nur im ottomanischen Reiche und nicht im entfernten Orient interessiert waren; endlich, daß sie an Besetzungen weder im entfernten Orient noch in den unabhängigen Balkanstaaten denken konnten.

Es muß demnach die Schlußfolgerung gezogen werden, daß ausschließlich in betreff der Gebiete des ottomanischen Reiches in seiner 1887 bestandenen Ausdehnung die Verfügungen getroffen worden sind. In dieser Weise wurde auch der Artikel VII in einem späteren Vertrage interpretiert.¹⁾

Aber der Wortlaut und die angewendeten Ausdrücke konnten eine andre Interpretation nicht ausschließen und gaben im Jahre 1914 der italienischen Regierung Anlaß zu der Behauptung, daß die Besetzung serbischen Gebietes den Verfügungen des Artikels unterstehe.

VI. Der Ausdruck „die Küsten“ im Adriatischen und Ägäischen Meere (des côtes) ist nicht präzise. Die Intention der Vertragsschließenden war gewiß nicht die, daß die Verfügungen auf die Küsten der an den beiden Meeren liegenden ottomanischen Gebiete beschränkt werden, sondern auf die Küstenländer in Anwendung kommen (z. B. nicht nur auf die Küsten Albaniens, sondern auf ganz Albanien).

VII. Ebenso wenig präzise ist der Ausdruck, der auf die zu einer Kompensationsforderung berechtigenden Besetzungen angewendet wird. Es sollen zu dieser Forderung nicht nur ständige, sondern auch zeitweilige Besetzungen (occupation temporaire ou permanente) berechtigen. Im Jahre 1914 entstand in betreff der Interpretation des Ausdruckes „zeitweilig“ ein wesentlicher Meinungsunterschied zwischen den Regierungen Oesterreich-Ungarns und Italiens. Die erstere behauptete, daß im Jahre 1887 an solche Okkupationen gedacht worden sei wie die Bosniens und der Herzegowina, die letztere aber, daß auch jede während militärischer Operationen verfügte allerkürzeste Besetzung eines Gebietes den Bestimmungen des Artikels VII untergeordnet sei.

VIII. Oesterreich-Ungarn und Italien verpflichten sich „à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions“. Auf Grund dieser Bestimmung betrachtet die italienische Regierung im Sommer 1914 als eine Pflichtverletzung die Tatsache, daß die österreichisch-ungarische Regierung von dem an Serbien gerichteten Ultimatum im vorhinein keine Mitteilung machte. Die offizielle deutsche Uebersetzung, in der der Ausdruck „dispositions“ mit „Absicht“ übersetzt wird, scheint diese Auffassung zu begründen. Aber „dispositions“ hat vielerlei Bedeutungen: „Verfügung, Anordnung, Stimmung, Vorhaben usw.“ In diplomatischen Schriftstücken wird gewöhnlich „Verfügung“ damit bezeichnet,²⁾ indessen die „Absicht“ mit „vue, intention, but“ wiedergegeben wird. Es ist auch wahrscheinlicher, daß der Artikel die Mitteilung der Verfügungen, nicht aber der Absichten fordert. Jedenfalls hätte man vermeiden sollen, einen Ausdruck zu benützen, der zu Mißverständnissen Anlaß bot.

Gewiß ist der höchste Scharfsinn und die größte Vorsicht nicht imstande, in der Abfassung von Verträgen im allgemeinen und von Staatsverträgen im

¹⁾ 15. Dezember 1909. Rotbuch, S. 203.

²⁾ So z. B. im Rotbuche, S. 204.

besonderen eine jede Oeffnung zu verschließen, durch welche der Vertragsschließende seinen Verpflichtungen entflüpfen kann. Aber der Dreibundvertrag öffnet weite Tore, durch welche der Vertragsschließende, wenn er seinen Bundesgenossen im Stich zu lassen wünscht, bequem und erhobenen Hauptes sich zu entfernen vermag.

Wichtiger noch als diese formalen Mängel des Artikels VII war der Umstand, daß Oesterreich-Ungarn und Italien auf dem ganzen Gebiete der Orientpolitik auf ihr selbständiges Bestimmungsrecht, auf die Freiheit der Aktion verzichteten. Mit dem kompliziertesten Ketten- und Schloßwerk schließen sie sich aneinander. Die Folge mußte selbstverständlich die sein, daß, wenn sie nicht imstande waren, sich gegenseitig wie Geschwister zu lieben, sie sich wie Feinde hassen mußten.

Man muß der staatsmännischen Einsicht Andrássy's Anerkennung zollen, der im schärfsten Tone die Orientpolitik seines Nachfolgers rügte, weil dieser den sichersten politischen Schatz, das Selbstbestimmungsrecht der Monarchie, für problematische Vorteile opferte.

Ein Kapitel aus den noch unveröffentlichten „Jugenderinnerungen“ nebst einigen Briefen von Anton v. Werner

Aus seinem Nachlaß der „Deutschen Revue“ zur Verfügung gestellt

Von

Lilli v. Werner

1. Stubenmalerlehrejahre 1857 bis 1860.

Mein erster Lehrmeister hatte vielfache und außerordentliche Eigenschaften. Er war eine geschätzte Autorität auf dem Gebiete der — Schmetterlingskunde, sang und spielte Gitarre und hatte zwei ungefähr in meinem Alter stehende Töchter, von denen sich die ältere auf das Lehrerinnenexamen vorbereitete, während der älteste Sohn sich dem Forstfach widmete. Meine erste Aufgabe in meinem neuen Berufe war, den niedrigen Staketenzaun eines kleinen Gartens, der hinter dem Theatergebäude gelegen, dem Privatgebrauche des Direktors Meyfel diente, mit grüner Oelfarbe zu bemalen und mit weißen Köpfen zu verzieren. Ich führte sie mit Ernst, Eifer und zur Zufriedenheit meines Lehrherrn aus. Meine Lehrzeit ließ sich gut an, denn ich machte vielfach Musik mit der einen Tochter, mit der ich auch gemeinschaftlich Englisch trieb, während mich der Vater Gitarrespielen lehrte und mich auch an schönen Sommertagen gern auf die Schmetterlingsjagd in die weitere Umgebung Frankfurt's mitnahm. Mit Arbeit wurde ich also nicht überlastet, und eigentliche Bau-

arbeit gab es wenig, aber der Meister war ein besonderer Kenner der Schriftmalerei und mit Arbeit für die Herstellung der Firmenschilder zu den Messen immer überhäuft, ebenso wie mit Inschriften auf Apothekergefäßen und ähnlichem. Er führte mich in die Schönheit und organische Konstruktion der verschiedenen Schriftarten ein, was gar nicht so einfach ist, wie man glauben mag, gleichviel, um welche Schrift es sich in großem und kleinem Format handelt. Auch mit den Geheimnissen der im Lactierofen behandelten Gegenstände wurde ich bekannt gemacht und habe u. a. manches Duzend Schnapsflaschen mit ein paar Rosen und einem Sprüchlein in Gold bemalt und dem Ofen zum feinen Schmelz anvertraut. War aber gar nichts zu tun, so sangen wir beide Duette, die der Meister mit der Gitarre begleitete, z. B. aus Weigels „Schweizerfamilie“:

„Seh dich, liebe Emmeline,
Nah, recht nah zu mir,
Daß uns recht vertraulich plaudern,
Niemand laufet hier.“

Oder aus dem „Unterbrochenen Opferfest“:

Myrrha: „Wenn mir dein Auge strahlet,
Ist mir so leicht, so gut,
Wenn meine Wangen malet
Noch nie gefühlte Glut!“

Murnah: „Ach, dämpfe dieses Feuer,
Uns trennet meine Pflicht.
Dem Freunde bist du teuer,
Nur fordre, fordre Liebe nicht“ usw.

Myrrha war ich und Murnah der Lehrmeister. Ueberwältigte ihn die Macht der Musik ganz, so sang er, vollkommen hingerissen, rollenden Auges mit Gitarrebegleitung einen ganz wilden Kantus: „Der Rache Schwur“ von Abhemar, dessen zweiter Vers lautete — zuerst Allegro furioso und tremolando:

„Schwöre mir Treu bei der Mutter Gebirn,
Schwöre sie mir bei dem Heil deiner Seele!
Daß sich mein Herz nicht mit Ahnungen quäle,
Reich soll geschmüdet Madonna dann sein!“

Und dann, im schmelzenden Andante anschließend, zur beruhigten Gitarre:

„Oh, wie ich dich liebe, über alle Schranken,
Du bist mein Gedanken,
Du bist mein Gebet;
Wahnsinn kann mich morden,
Doch in jenem Leben
Bin ich dir ergeben,
Wo die Palme weht.“

Das Gesicht meines Lehrherrn, das mehr den Typus eines soliden Gelehrten als den eines leidenschaftlichen Baritonisten vom Theater trug, paßte zwar ebensowenig zu dem fürchterlichen Racheschwur, wie unsre Umgebung in der Werkstatt mit ihren vielen Farbentöpfen, lackierten Eimern und Apothekergefäßen,

in welche die Sonne, vom Hofe einer schmalen Gasse mit einem endlos langen Seitengebäude her, ihre unbarmherzigen hellen Strahlen sandte. Eine Stelle an der alten Stadtmauer, um Mitternacht, wenn der Mond sein bleiches Licht nur spärlich durch das dicke Gezweig der alten Bäume sandte, wäre für die Arie passender und stimmungsvoller gewesen, aber wir hielten unsre Romantik in gegebenen Grenzen.

Meine erste Lehrzeit war ein Leben herrlich und in Freuden! Ob aber Schmetterlingfangen, Singen und Gitarrespielen, so lehrreich und angenehm es auch war, gerade das war, was ich für mein Fach als Maler zu erlernen hatte, erschien doch etwas zweifelhaft. Da sich nun in dieser Zeit der erste langjährige Gehilfe selbst als Meister etablierte, so schied ich à l'amiable von meinem bisherigen Lehrherrn und trat bei dem Jungmeister als Lehrling ein. Dieser betrieb nebenbei die Porträtmalerei, trug lange gekräuselte Haare und einen breiten, umgeschlagenen Hemdkragen, spielte auch Gitarre und sang mit einer durch einen Polyp in der Nase etwas behinderten Stimme dazu Lieder. Seine Porträts hielten sich weit über dem Niveau, das man heute als modern bezeichnet; er malte seine Bilder meist auf dem unverwüßlichen Material verzinnter Blechtafeln und hat auch mich so, die Geige im Arm, gemalt. Ich hatte übrigens schon als Schulknabe bei ihm Köpfe in schwarzer Kreide gezeichnet. Da er sein junges Geschäft möglichst schnell in die Höhe bringen wollte, so lernte ich bei ihm auch allerlei nicht gerade schöne Geschäftstricks kennen, z. B. daß man beim Anstrich von Türen und Fenstern statt mit gutem Bleiweiß mit schlechter Schlemmkreide in Del grundiert; auch benutzte er mich, obgleich ich Volontär war, als Arbeitsmann und Lastträger. Ich mußte schwere Leitern und Körbe mit Farben und Farbeimer auf die Arbeit schleppen, und da ich klein und schwächlich war, so legten sich zuletzt fremde Leute, die mich auf der Straße sahen, ins Mittel und machten meinen Vater auf die Leuteschinderei aufmerksam. Dieser aber antwortete: „Der Junge muß alles lernen, mir ist auch kein Bedienter nachgelaufen,“ und zu mir: „Arbeit schändet nicht, wenn du auch adlig bist und deine Vorfahren Offiziere und vornehme Leute waren.“ — Als aber die Sommerarbeit aufhörte, die vorwiegend im Delanstrich von Hausfassaden, Türen, Fenstern, Gewächshäusern u. dgl. mehr bestand, benutzte der geehrte Lehrmeister mich und meinen Lehrkameraden in einer alten Dachkammer als Maschinen zum Bleiweißbeuteln. Das ist ein stark gesundheitsgefährliches Geschäft, denn das Bleiweiß, anstatt auf dem Stein oder der Mühle gerieben zu werden, wird, auf Del angerührt, in einen wurstartigen Leinwandbeutel getan und dieser muß mit den Händen dann so lange geknetet werden, bis die Farbe, die feiner und besser ist als die geriebene, durch die Poren der Leinwand hindurchbringt und im Topf gesammelt wird.

Ganz abgesehen davon, daß diese Arbeit, wochenlang fortgesetzt, doch die Kräfte eines vierzehnjährigen schwächlichen Knaben erheblich übersteigt, läßt sich auch gegen die in Aussicht stehende Möglichkeit einer lebensgefährlichen Bleiweißvergiftung nicht das geringste sagen. Mein Vater konnte sich zuletzt auch nicht

der Einsicht verschließen, daß ich einem Leuteschinder in die Hände gefallen war, dem wohl viel an meiner Ausnutzung, aber an meiner Ausbildung nicht das allergeringste gelegen war. Es wurde also ein dritter Versuch gemacht, der vollkommen glückte und der für meine ganze Zukunft mit entscheidend geworden ist: ich kam zu dem trefflichen E. Akenroth in die Lehre, der mit Umsicht und Erfolg ein großes Stubenmalergeschäft leitete, in welchem zeitweise hundert bis hundertzwanzig Arbeiter tätig waren und dessen Arbeitsgebiet sich weit über die Mark Brandenburg hinaus bis nach Pommern und Schlesien erstreckte.

Der Meister war zwar eine knorrige Natur von etwas mürrischem Wesen, kurz angebunden und unfreundlich von Manieren, sang auch nicht und spielte nicht Gitarre, war aber von glühender Liebe für die Kunst beseelt und einem jeden Freund, bei dem er dafür der gleichen Neigung begegnete. Er war der rascheste und tüchtigste, der erste unter allen seinen Arbeitern, der bei jeder Arbeit, auch der alleruntergeordnetsten, wo es galt, nachzuhelfen oder anzufeuern, energisch mit eingriff, auch einen guten Posten Grobheit zur Anwendung brachte, wo es die Sache verlangte. Wohnung und Geschäft lagen im Parterre eines Hauses der Nichtstraße, schräg gegenüber der Oberschule, dem alten Universitätsgebäude. Von der kleinen, nach dem Hofe hinaus gelegenen Werkstatt zogen frühmorgens die Kolonnen der in der Stadt beschäftigten Maler und Anstreicher auf ihre Arbeitsstätten, gefolgt von den die Leitern und Körbe mit Farbensöpfen tragenden Arbeitsleuten — ich brauchte hier keine mehr zu tragen.

Die Mehrzahl der Arbeiter befand sich den Sommer über meist auf den außerhalb Frankfurts gelegenen Arbeitsstätten der kleinen Städte und Güter, die sehr begehrt waren und die auch mich in den nächsten Jahren fast unausgesetzt im Sommer fern von Frankfurt hielten und wahrscheinlich dazu beigetragen haben, meiner schwächlichen Körperkonstitution aufzuhelfen.

Gleich meine erste Arbeit bei Akenroth führte mich noch im November 1857 aufs Land nach Liebenfelde bei Soldin, einem dem als Landwirt berühmten Amtsrat Koppe gehörigen Gute, wo das neugebaute Gutshaus noch für den Winter gebrauchsfähig fertiggestellt werden sollte; es mußte also scharf gearbeitet werden. Meister Akenroth nahm mich, bis Küstrin in der Bahn und von da weiter zu Wagen, selbst dorthin mit und führte mich in den Kreis der dort beschäftigten sechs bis acht Gehilfen ein, die unter Anspannung aller Kräfte in der Regel bis in die Nacht hinein arbeiteten. Ich schwärmte im Vollgenuß der Arbeit; alles kam mir so poetisch vor, selbst die Dorfstüche, an die ich doch nicht gewöhnt war.

Daß ich wegen meines adeligen Namens vielfach Neckereien und Ungezogenheiten der Herren Gehilfen auszuhalten hatte — „das ist ja ein Herr von“ hieß es, andrer aus Anstands Rücksichten hier nicht wiederzugebender Roseworte nicht zu gedenken —, genierte mich ebensowenig, wie daß ich mir beim Wasserholen und Pinselwaschen in bitterer Kälte die Hände bis zur Unbrauchbarkeit erfror. Ich sah nur die Lichtseiten der Arbeit, dachte auch nicht mal darüber nach, daß es gerade keine Heldentat seitens der Herren Gehilfen war, besonders

des Herrn Obergehilfen, einen vierzehnjährigen Knaben wegen seines Namens zu verhöhnen. Die Herren hatten auch von der Arbeit, die mir, nachdem ich mal erst so recht hineingekommen war, als etwas Hohes und Heiliges erschien, ganz andre Begriffe, wie ich aus ihren Stoßseufzern erfuhr, wo es manchmal hieß: „Wer die Arbeit erfunden hat, der verdiente heute noch gehentt zu werden!“ oder „Arbeit macht det Leben scheene — sauer!“ oder „Na, heute könnte der Tag ooch mit dem Feierabend anfangen“ u. a. m., aber gearbeitet wurde trotzdem fleißig und dazu ertönten zur Arbeit, wenn der Meister nicht da war, unausgesetzt Lieder, deren Text allerdings nicht immer für das Ohr eines Vierzehnjährigen geeignet war. Aber wenn der Obergehilfe, mit seinem Van-Dyck-Kopf und seinen Säbelbeinen auf der Laufleiter stehend — ihrem langjährigen Gebrauch verdankte er die Säbelbeine —, seine Schnörkel an die Decke malte und dazu, von den andern begleitet, sang:

„Wir saßen still am Fenster,
Das Licht war ausgebrannt,
Ihr Herzen hört ich schlagen,
Sie drückte mir stumm die Hand“ usw.

oder wenn die ganze Mannschaft die Nacht hindurch auf der Erde liegend die Fußböden ver kittete und anstrich und der Vorsänger intonierte:

„Drei muntre Burschen saßen
Gemüthlich bei dem Wein,
Und schenkten ihn gar munter
In ihre Gläser ein, in ihre Gläser ein,“

oh, das werde ich nie vergessen! Es war ja zu schön! Auch der Humor kam zu seinem Recht, wenn mitunter auch in etwas derber Weise. Unter der Kompanie befand sich immer einer, der wegen irgendwelcher kleiner Schwächen gehänselt wurde, nicht immer zart und fein, sondern mehr der herrschenden Jahreszeit angepaßt. Hier hatte es besonders einer mit den andern, die in dieser Jahreszeit gern früh zu Bett gingen, verdorben, weil er von seinen abendlichen Streifzügen im Dorfe immer erst zurückkehrte, wenn die andern Gehilfen längst zur Ruhe waren. Dafür fand er dann allerlei kleine Ueberraschungen vor. So u. a., wenn er sich im Dunkeln behaglich ins Bett legen wollte, eine mit eiskaltem Wasser gefüllte Waschküßel unter seinem Bettlaken, oder auch eine wohlkonstruierte und kostümierte große Stroh puppe im Bett, und wenn es ihm gelungen war, sie unter vielen Flüchen aus dem Bett auf die Erde zu werfen, so fand er statt eines weichen Pfühls ein hartes Polster von faustdicken Feldsteinen als Lager vor. Vermittels einer sinnreichen, mit unsern Schlagischnüren hergestellten Kombination wurde ihm ein andermal das warme Deckfederbett, nachdem er sich eben niedergelegt, mit einem Ruck entzogen, und während er im Begriffe war, es wieder an sich zu ziehen, flog ihm das Kopfkissen unter dem Kopfe fort; das Spiel wiederholte sich, bis wir alle, bis dahin mäusehinstill, in schallendes Gelächter ausbrachen. Auch er sang und spielte Gitarre, wie die Mehrzahl der Herren, gerierte sich aber besonders als „Künstler“,

wie es etwa seine Kollegen von heute durch Anlegung einer Sezeßionskrawatte beim Deckenanstreichen zu tun pflegen.

Von Meister Agenroth selbst war ich, solange er in Liebenfelde mitarbeitete, in alle Arten der stubenmalerischen Kunst und Technik eingeführt worden, soweit sie mir noch nicht bekannt waren, wie Striche ziehen, „wie aus der Pistole geschossen“, Marmor- und Holzmalen mit Essig- und Wachsfarbe, Ornamentzeichnen, Schablonenschneiden und Pausenstechen, Vereiten oder Zusammensetzen aller Arten Firnisse usw. Als er abreiste, übergab er mich zur weiteren Ausbildung dem mir sympathischsten unter seinen Gehilfen, welche übrigens inzwischen wohl alle die Abneigung gegen den „Herrn von“ überwunden hatten, namens Bild.

Mitte Dezember wurden wir, nachdem unsre Arbeit fertiggestellt war, nebst unsern Leitern, Farbentöpfen und Eimern auf zwei offenen Bauernwagen verladen und bei bitterer Kälte nach Hause befördert. In dem Städtchen Neudamm mußte ein kurzer Aufenthalt gemacht werden, weil es am Zifferblatt der Turmuhr noch irgend etwas zu reparieren gab. Es wurden zwei Kistbäume zur Luke hinausgesteckt, Bretter darüber gelegt und dann eine Leiter daraufgestellt, die einer von unten hielt. Da ich der Leichteste war, so mußte ich mit Farbentopf und Pinsel hinaufklettern und machte in ein paar Minuten die Sache, dachte auch gar nicht daran, daß das gefährlich sein könne und daß meine Mutter vielleicht Angst haben könne, wenn sie ihren Einzigen jetzt hier in schwindelnder Höhe erblickte. — Mit unserm Einrücken bei den häuslichen Penaten trat die winterliche, alljährliche Arbeitslosigkeit für die Stubenmaler ein. Meister Agenroth behielt von seinen hundert Leuten nur noch vier oder fünf mit halbem Lohn in Arbeit, und es begann nun für ihn die Zeit, in der er sich auf seine Art der höheren Kunst widmen konnte. Er und der erste Obergehilfe kopierten in seinem kleinen Arbeitszimmer Landschaften in Del nach Ed. Hildebrand, Holgers u. a., oder malten Ornamente nach Vorbildern und nach Gips, und ich durfte nun auch mitmalen. Auch technisch sehr vollendete Landschaften, Figuren und Frucht- und Blumenstücke in Temperafarbe von Lombard dienten als Vorbilder, deren Schmelz und glänzende Technik wir aber niemals erreichten. Agenroth hatte längere Zeit in Athen und Wien vortrefflich Blumen in Leim- und Temperafarbe so „aus dem Handgelenk“ malen gelernt, wie sie für das Geschäft gebraucht wurden, deren Kraft und Farbenzauber wir aber als Kopisten auch nie wiederzugeben vermochten. Sie waren zweifellos viel besser als die von Cézanne und van Gogh, für deren Bedeutung man damals aber noch kein Verständnis gehabt haben würde, weil man in der Kunst noch nicht so weit vorgeschritten war wie heute und manches kurzweg als Schmiererei bezeichnet hätte, was heute als Meisterwerk angestaunt oder angepriesen wird.

Agenroth war auch ein sehr geschickter Ornamentzeichner, und eine reiche Sammlung von Ornamentwerken, für die er viel Geld ausgab, war ihm dabei zur Hand.

Aus diesen Werken habe ich meine erste Kenntniß der Architektur und Ornamentik geschöpft, besonders aus den genialen Federzeichnungen von Julien

(Paris) und aus Heydeloffs „Gotik“, die ich eifrig durchpauste und dadurch nicht nur eine umfassende Kenntnis des Stoffes, sondern zugleich eine leichte und geschickte Hand gewann — ein Verfahren, das ich nur bestens empfehlen kann. Hier dienten diese Studien noch einem ganz praktischen Zweck, da ich bald, nachdem ich mit allen Grundlagen und Handgriffen des Handwerks vertraut war, vom Meister vorwiegend mit dem Zeichnen, Entwerfen oder Uebertragen von Ornamenten zu Decken- und Wanddecorationen beschäftigt wurde. Nebenher versäumte ich nicht, mich durch eifriges Studium von „Harleß' plastischer Anatomie“ und „Guido Schreibers malerischer Perspektive“ auf den Besuch der Akademie vorzubereiten, auch zeichnete ich im Atelier des Landschaftsmalers v. Kemnitz, wo aber an Material von Studien nach der Natur nichts zu sehen war. Das Haus, in dem sich das Atelier — einfache Zimmer mit gewöhnlichen Fenstern — befand, wurde nur während der drei Messen als Lager- und Kaufhaus vermietet und stand in der übrigen Zeit dem Künstler — ich glaube gratis — zur Verfügung. Außer einigen Damen zeichneten und malten zwei junge Frankfurter, welche die Berliner bzw. die Düsseldorfer Akademie bezogen, bei Kemnitz, und ein junger Offizier, der sich später 1871 bei Orleans das Eisene Kreuz I. Klasse erwarb, der jetzige General a. D. von Garnier, der später zur Tafelrunde des Prinzen Friedrich Karl in Dreilinden gehörte, den Prinzen auch auf seiner Orientreise begleitete, die Illustrationen zu dem Buche des Prinzen über seine Reise gezeichnet hat und mit dem mich noch heute herzliche, freundschaftliche Beziehungen verbinden. Einer der im Kemnitzschen Atelier malenden Damen, Frau v. Wartenberg, geborenen Eszmarck, verdanke ich die Bekanntschaft mit dem Roman „Ettehard“, der mir wie eine Offenbarung erschien, und später die mit seinem Autor F. W. Schaffel.

So verging der Winter in eifrigem Studium, und dann führte uns die praktische Arbeit schon früh im Frühjahr in den als ein reiches, gesegnetes Gefilde bekannten Oberbruch, das durch hohe Dämme vor den Ueberflutungen durch die Oder geschützte fruchtbare, flache Land längs der Oder zwischen Frankfurt und Küstrin. Th. Fontane hat den Oberbruch als Schauplatz einer seiner düstersten Novellen gewählt, ich lernte ihn nur von der sonnigen Seite kennen und muß nach der Güte der Verpflegung, die uns zuteil wurde, wohl an die Richtigkeit der Mitteilung glauben, daß die Bauernknechte sich weigerten, mehr als zweimal in der Woche Hasenbraten zu essen — so viel Wild, Geflügel und Fische sollen zeitweise dort im Buschwerk an der Oder mühelos zu fangen gewesen sein, wenn das Wasser stieg oder fiel. Die prachtvollen Ochsengespanne, die des Morgens zum Pflügen aufs Feld gingen, trugen nicht das in andern Orten der Mark gebräuchliche unschöne hölzerne Halsgeschirr, sondern zogen den Pflug mit glänzendem messingbeschlagenen Stirngeschirr, und in den Wohnstuben der Bauernhäuser waren Klaviere, die von den in einer guten Pension erzogenen Bauernknechten benutzt wurden, nichts Seltenes. Das Dorf, in dem wir einen ziemlich großen Tanzsaal auszumalen hatten, hieß, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, Neuenfelde, und besaß außer drei Tanzsälen auch noch

fünf Villards. Zu dem Dorfstruge, dem wir unsre künstlerische Tätigkeit widmeten, gehörte eine beträchtliche Gutswirtschaft mit großem Viehbestand an Pferden, Ochsen, Kühen usw. Die Honneurs des Hauses machten die drei Wirtstöchter, und zum Glanze des Hauses gehörte für uns ganz besonders das tägliche zweite Frühstück wegen seiner Leppigkeit, bei dem außer Schinken, Wurst und Braten in Ueberfülle Spickaal, Sardellen, Kaviar und andre Leckerbissen aufgetischt wurden. Die Hübscheste der drei jungen Mädchen, die mich besonders ins Herz geschlossen hatte, war leider taubstumm. Durch ihr tatkräftiges Eingreifen rettete sie mich eines Tages, als ich aus Versehen auf dem Gerüst einen Farbtopf umgestoßen hatte und die Leimfarbe einem der unten herumlungern den handfesten Bauernburschen gerade ins Gesicht geflossen war, aus einer bedrohlichen Lage.

Unsre Arbeit — ich versage es mir, von ihrer künstlerischen Bedeutung zu sprechen — ging leider nur zu rasch zu Ende, und wir übersiedelten auf einen in Sichtweite gelegenen, aber weiter von der Oder entfernten Gutshof, wo es auch ebenso hoch herging, also, daß von einem notleidenden Agrariertum nichts zu merken war, der Begriff scheint damals glücklicherweise noch gänzlich unbekannt gewesen zu sein. Nach einem kurzen Abstecher zu allerlei kleinen Arbeiten auf den Bahnhöfen der Niederschlesisch-Märktischen Bahn, der mich bis zu dem berühmten Kloster Neuzelle führte, lehrte ich wieder in den Oberbruch nach Reitwein zurück, einem dem Grafen Fintenstein gehörigen Gut. Hier galt es, eine neue, abseits vom Dorfe auf einem Hügel schön gelegene Kirche, die der Gutsherr nach den Plänen des Geheimen Oberhofbau rats Stüler hatte errichten lassen, auszumalen, wozu außer mir noch einige Malergehilfen hingeschickt wurden. Zu der Verpflegung auf den Bauernhöfen, wo wir kurz vorher gewesen waren, stand das Leben hier in einem herben Gegensatz, dem aber seine interessante Seite durch einen starken Einschlag von Bohème nicht fehlte. Wir wohnten unsrer fünf in einem verlassenen, schon zerfallenden Häuschen am Fuße des Hügels, das von blühenden Alazien beschattet war und in dessen beiden kleinen Zimmern für unser Nachtlager Stroh gestreut war, das sich die Ratten und Mäuse bestens zunutze machten. Neben dem Hause befand sich ein Ziegenstall mit einigen dieser nützlichen Tiere, die des Morgens von einem dieses Geschäftes kundigen Künstler gemolken wurden, während ich zu dem ziemlich entfernt wohnenden Dorfbäcker lief, um die Semmeln zu unserm frugalen Frühstück zu holen. Das Mittagessen im Dorfwirtshaus war auch nicht gerade befriedigend, wir eilten deshalb, mit unsrer Arbeit so rasch wie möglich fertig zu werden, und ich würde an den Aufenthalt in Reitwein nur eine bedauerliche Erinnerung haben, wenn nicht der Dorfbäcker gewesen wäre. Dieser bestellte mir nämlich nach seinen eignen genauen Angaben ein Firmen- oder Ladenschild, auf dem ein Bäckerjunge dem Beschauer entgegengestürzt kommt, dem aus seinem umgestülpten Korbe Brote, Semmeln und andre Backwaren nach allen Seiten entfallen, mit der Unterschrift:

„Juvate, juvate, aliter cado!“

Sollte dieser Dorfbäcker vielleicht einst cand. phil. oder theol. gewesen sein? Es war mein erster künstlerischer Auftrag.

Des Abends nach der Arbeit saßen wir Maler auf dem die Kirche überragenden Hügel und sahen in die fruchtbare Ebene hinunter, die auf der einen Seite von dem breiten Oberstrom, auf der andern von dem nach Küstrin führenden Schienenstrang begrenzt wurde, und während der Eisenbahnzug die Ebene nach Norden durchbrauste, sang der Obergehilfe zur Gitarre:

„Wenn ich mich nach der Heimat sehn’,
Wenn mir im Aug’ die Tränen stehn,
Wenns Herze brüht mich gar zu sehr,
Dann fühl ichs Alter um so mehr . . .“

Er war ein Schlesier. Unsr Arbeit in der Kirche hatte diesen Gefühlsausbruch gewiß nicht veranlaßt, denn sie war weder zu Tränen rührend, noch das Herz bedrückend.

Kirchenarbeiten beschäftigten uns in diesem Sommer übrigens vorwiegend. Zunächst ging's nach Kalau, dem Eldorado der Schuster und dem vermeintlichen Ursprungsort schlechter Witze, wovon ich aber an Ort und Stelle nichts gemerkt habe. In der Hauptkirche sollte der alte Hochaltar und die Kanzel, beide im Bopfstil, mit vielen geschnitzten Figuren und Reliefs, frisch vergoldet und aufgemalt werden. Das war nun eine Freude für mich! Während meine Kollegen anstrichen und vergoldeten, führte ich den künstlerischen Teil unsrer Aufgabe aus und setzte die Himmelfahrt Christi auf dem Hochaltar und die Erschaffung der Welt, den Sündenfall und andre Darstellungen aus der Bibel, die als Reliefs die Füllungen der Kanzel schmückten, frisch in Farbe. Und wie! Gewiß ganz modern für damals, da mir das bloße Bemalen der Gesichter, Gewänder und Hintergründe mit schlichten Lokalfarben durchaus nicht genügte. Was für einen Paradiesgarten habe ich da z. B. hingezaubert! Da mich die in Holz en relief geschnitzten, an ein Kalbsgetröse erinnernden Wolken über die Maßen ärgerten, weil sie so gar keine paradiesische Stimmung auskommen ließen, so bemühte ich mich, daraus milde und dürftig wirkende Gebilde herzustellen, indem ich in die tiefen, scharfen Schatten das höchste Licht hineinschmierte und die hochgeschnitzten Teile entsprechend abtönte. Mit Hilfe eines gemalten Hintergrundes von unbekannten Pflanzen erreichte ich denn auch ungefähr die Wirkung, die mir vom Paradies vorschwebte. Meine Leistung würde, wenn sie 1884 auf der Ausstellung polychromer Skulptur in Berlin hätte aufgestellt werden können, als die Frage aufgeworfen wurde: „Sollen wir unsre Statuen bemalen?“ sicher auch die Anerkennung der Herren Dr. Jordan und Dr. Treu gefunden haben, denn die Bemalung von Reinhold Begas' Relief an seiner Statue A. v. Humboldts war einfach Dilettantenarbeit dagegen. Hier in Kalau fand sie jedenfalls allseitige Anerkennung, bei der Kirchenbehörde sowohl wie besonders seitens des Ehepaares, eines fleißigen Tischlermeisters und seiner Frau, bei dem wir in der Nähe der Kirche in Logis und Kost waren und wo wir wieder recht verwöhnt wurden. Schon früh morgens gab's zum Kaffee Brot und Semmel mit Zucker

bestreut, und nachmittags wurden wir mit „Plinken“, einem eiertuchenartigen Gebäck, traktiert. Wo einer der Bürger „die Klappe hatte“, d. h. für einen Abend die Schankgerechtigkeit, was durch ein an einer langen Stange in die Gasse hinausragendes hölzernes Schildchen markiert wurde und die höhere Bürgerschaft dann vor dem Hause, im Hausflur und Garten oder Hof zu ehrbarem Trunkte einheimischen Bieres versammelte, wurden wir mitgenommen und waren gern gesehene Gäste. Auch Ausflüge in diesen östlichen Teil des Spreewaldes, nach Betschau und anderen Orten, machten wir mit unsern freundlichen Wirten, nur schien es mir zuletzt, als ob der brave Meister über die Aufmerksamkeit, die seine Gehälfte dem Gitarre spielenden und singenden Herrn Obergehilfen mit Zuckerbrot und Plinken zuwandte, einiges Mißbehagen verspürte.

Von Kalau ging es dann nach Peitz, einem durch seine Tuchfabrikation bekannten Hauptorte des Spreewaldes, wo in der neuerbauten Kirche die halbrunde Altarnische auszumalen war. Ich malte rechts und links in die Zwickel der Wölbung zwei große geflügelte Engelstöpfe grau in grau, was zum Teil, da wir uns schon im Oktober befanden, bei Licht geschehen mußte. Wir trugen alle an den Nützen brennende Kerzen befestigt, und das Arbeiten damit auf den Leitern und Gerüsten in tiefster Dunkelheit war nicht gerade behaglich.

Ganz besonders interessant war es, wenn zu den Sonn- und Markttagen die Bauern in ihrer Festtracht in die Stadt kamen, die Männer in weißen Röcken mit roten Aufschlägen und großen blanken Knöpfen, die Frauen in etwas andrer Tracht als die der bekannten Spreewälder Ammen. Auch das originelle Fest des großen Fischfangs, zu dem die ganze Umgegend zusammenströmt, konnten wir mitmachen. Die in der Nähe der Stadt liegenden großen Fischteiche werden dann abgelassen und die auf dem trockenen Grunde zappelnden Fische, besonders riesige Karpfen, Aale und Hechte, mühelos gefangen; in allen Wirtshäusern herrscht Freude und Jubel bis in die späte Nacht hinein.

Auf dem Rückwege nach Frankfurt hielt ich mich noch in Guben auf, wo gerade das Fest der Weinlese war, und besuchte meinen Musiklehrer Wolff, der seit einem Jahre dort als städtischer Musikdirektor wirkte.

Der Winter verging wieder in üblicher Weise mit allerlei malerischen Studien in arbeitsamer Stille, nur unterbrochen durch den Jubel über die Geburt des jüngsten Hohenzollern, unsres jetzigen Kaisers, die ebenso freudig gefeiert wurde wie ein Jahr zuvor die Vermählung seiner Eltern. Der spätere Kronprinz Friedrich Wilhelm war ja die Hoffnung aller! (Schluß folgt)

Wofür kämpfen Frankreich und Rußland noch?

Von

Dr. Freiherrn v. Sittler

Im Deutschen Reichstag und im ungarischen Abgeordnetenhaus ist kürzlich die Friedensfrage zur Sprache gekommen. Auf die bezüglichen Anregungen erwidern, haben der Deutsche Reichskanzler und Graf Tisza übereinstimmend erklärt, daß man jederzeit bereit sei, Friedensvorschläge in Erwägung zu ziehen, die die nötigen Bürgschaften für die Sicherheit der beiden Reiche bieten würden, daß es aber an den Gegnern sei, mit solchen Anträgen hervortreten. Schon vorher war im englischen Oberhaus die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht möglich wäre, einen Ausweg für die Beendigung des Krieges zu finden. Die Reden der Lords führten aber nur dazu, daß da und dort in der englischen Publizistik ganze Listen phantastischer Forderungen auftauchten, die angesichts der heutigen Kriegslage ein bedenkliches Licht auf die Zurechnungsfähigkeit ihrer Autoren werfen mußten. So hielt, nach der „Morning Post“, ein Professor Pigou einen Vortrag, worin er nach einer ganz vernünftigen Einleitung zu dem Schlusse kam, Belgien, Serbien und die besetzten Teile Frankreichs müßten geräumt, Russisch-Polen und die okkupierten Teile Rußlands dürften nicht dem Deutschen Reiche einverleibt werden, über das Schicksal Mazedoniens, des Trento und Elsaß-Lothringens aber hätten „die Gefühle dieser Provinzen“ zu entscheiden. Ungleich härtere Bedingungen wären Deutschland und Oesterreich-Ungarn nach der Ansicht der „National Review“ aufzuerlegen. Sie sind in zwanzig Punkten zusammengefaßt, unter denen sich als neunzehnter die Besetzung von Berlin bis zur Erfüllung aller Vertragsbestimmungen befinden werde. Der liberale Führer E. F. G. Masterman endlich versteigt sich in einem vom „Daily Chronicle“ veröffentlichten Artikel gar zu dem Verlangen nach Wiederherstellung der Rheingrenze, Abtretung Schleswig-Holsteins an Dänemark und der polnischen Provinzen Oesterreichs und Preußens an ein Königreich Polen, das unter der Oberherrschaft des Zaren stünde. Daß die Engländer in so ernsten Zeiten noch so viel Humor aufbringen können, hätte man nicht gedacht.

Wann werden nun unsre Feinde mit ernst zu nehmenden Vorschlägen an uns herantreten? Man sollte meinen, bis sie die Ziele, die sie sich gesteckt, erreicht haben, oder einsehen, daß sie sie auch bei noch so langer Kriegsführung nicht erreichen können. Welche diese Kriegsziele waren und wie es heute damit steht, soll in folgendem untersucht werden.

Oesterreich-Ungarn wollte, als es Serbien den Krieg erklärte, Bürgschaften für ein friedfertiges Verhalten seines südöstlichen Nachbarn sich verschaffen, es wollte den Umtrieben der dortigen Politiker, der Verheerung seiner Grenzbevölkerung ein Ende machen. Schon vor Jahren hatte Graf Aehrenthal einem französischen Publizisten gegenüber geäußert, früher oder später werde man

Serbien „eine Lektion geben“ müssen. Um mehr sollte es sich auch jetzt nicht handeln. Die österreichisch-ungarische Regierung erklärte von Anfang an in aller Form, daß sie die territoriale Integrität Serbiens nicht anzutasten beabsichtige. Was aber Deutschland anbelangt, dachte es nie an etwas anderes, als sich gegen den seit langem drohenden Angriff von zwei Fronten zur Wehre zu setzen. Nichts lag ihm ferner als die Absicht, Eroberungen zu machen. Es wollte nichts von Frankreich, nichts von Rußland, es wollte nur seine Ruhe und Sicherheit und seinen Platz an der Sonne. Die Stellung der beiden Mittelmächte war also eine rein defensive.

Anders die Mächte des vormaligen Dreiverbandes. Was zunächst Frankreich betrifft, enthält weder der Aufruf Poincarés, noch das Manifest des Kriegsministers Messimy eine Andeutung darüber, welche die positiven Kriegsziele Frankreichs seien. Es ist nur von einem „Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei“ die Rede. „Alle Franzosen müssen sich vereinigen,“ heißt es, „im Kampfe gegen einen Feind, der keinen andern Zweck verfolge, als die Nation zu vernichten.“ Daß es sich hauptsächlich darum handle, Elsaß-Lothringen wiederzugewinnen, wird nicht mit einem Worte gesagt. Wie steht es nun heute damit? Nach 16 Monaten blutigen Ringens ist Frankreich von den Vogesen bis zum Aermellanal von den siegreichen deutschen Armeen umfassen, seine volkreichsten und wertvollsten Departements sind im Besitze des Feindes. Fast 3 Millionen seiner besten Söhne hat es verloren. Woher soll der Ersatz kommen bei einer stagnierenden Bevölkerung? Dabei ist das reiche Land finanziell erschöpft und ein Kostgänger Englands geworden. Seine letzte innere Anleihe mußte es zum Kurse von 88 mit fünfprozentiger Verzinsung und kurzer Laufzeit begeben. An Menschenmaterial und an finanziellen Mitteln erschöpft, kann Frankreich bei einem Friedensschlusse nicht mehr erwarten als die Wiederherstellung des Status quo ante bellum. Das hätte es auch ohne Krieg haben können, wenn man in London auf die deutschen Anerbietungen eingegangen wäre. So verblutet sich Frankreich für England, das sich schließlich vielleicht noch Calais, Dünkirchen oder Boulogne als Andenken zurückbehält.

Ueber die Gründe, aus denen Rußland den Weltkrieg heraufbeschworen, gibt das Manifest des Zaren vom 2. August nur einen unzureichenden Aufschluß. „Rußland,“ heißt es dort, „das mit den slawischen Völkern durch das Blut und den Glauben verbunden ist, hat getreu seiner Ueberlieferung das Schicksal dieser Völker nie mit gleichgültigen Augen verfolgt.“ Das wird niemand bestreiten wollen.

Man kennt die Tonart. Panlawismus, richtiger Panrussifizismus und Orthodoxie sind ja seit Jahrhunderten die Schlagworte, hinter denen Rußland seine wahren Absichten verbirgt. Das Wohl der Balkanslawen steht in zweiter Linie. Sie sind nur Werkzeuge, deren sich Rußland bedient und die es wegwirft, wenn sie sich nicht gebrauchen lassen. Rußland hat Serbien beim Bukarester Frieden von 1912 und auf dem Berliner Kongresse im Stiche gelassen, es wird ihm auch jetzt nicht helfen, trotz allen schönen Redensarten. Es

hat Bulgarien den Rücken gekehrt, sobald es ihm nicht mehr zu Willen war, und wie wurde Rumänien behandelt, ohne dessen Hilfe der letzte Balkanrieg für Rußland ein schlimmes Ende hätte nehmen können! Schon im Januar 1878 erklärte Fürst Gortschakow, der Kaiser habe die Absicht, den südlichen Teil von Bessarabien zurückzunehmen, und auf die Einwendungen Rumäniens erwiderte er, dieser Entschluß sei unabänderlich. Und doch hatte Rußland im Artikel 2 der Konvention vom 4./16. April 1877 sich ausdrücklich verpflichtet, die territoriale Integrität Rumäniens aufrecht zu erhalten und zu beschützen. Als später Rußland, gemäß Artikel 8 des Friedens von San Stefano, die Haltung von Etappenstraßen durch rumänisches Gebiet verlangte und man dagegen in Bukarest Protest erhob, drohte Rußland mit der Besetzung Rumäniens und der Entwaffnung der rumänischen Armee. So interpretiert Rußland seine Sympathien für die Balkanländer. In einer Zuschrift des russischen Professors Mitrofanow, die seinerzeit in den „Preussischen Jahrbüchern“ abgedruckt war, ist das offene Geständnis zu lesen, daß Rußland der Balkanstaaten als Rückendeckung für die Meerengen bedürfe. Das Serbien, über das Rußland seine schützende Hand halten wollte, der stete Dorn im Fleische der Donaumonarchie, hat aufgehört zu bestehen. Rußland kann ihm nicht helfen, es müßte zuerst sein eignes Land, die 15 Gouvernements, die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn besetzt sind, von den feindlichen Heeren säubern.

Das weitere und eigentliche Ziel der russischen Politik aber, die „Lösung des historischen, von den Ahnen überkommenen Problems an den Gestaden des Schwarzen Meeres“, wie es im Kriegsmanifest vom 3. November 1914 heißt, rückt in immer weitere Ferne. Da es infolge der Widerspenstigkeit Bulgariens nicht gelang, den Balkanbund zu galvanisieren und ihn als Sturmbock gegen Konstantinopel zu verwenden, rief Rußland den Beistand seiner Bundesgenossen an, damit sie ihm vom Meere aus die Pforte der Glückseligkeit öffnen helfen. Sie mußten wohl oder übel darauf eingehen, denn die Dampfwalze mußte geölt werden, damit sie nicht den Dienst versage. Nachdem die vereinigten Flotten am 18. März mit blutigen Köpfen heimgeschickt worden waren, entschloß man sich zu dem Versuche, den Dardanelleneingang von der Halbinsel Gallipoli aus zu erzwingen. Das Abenteuer hat Hunderttausenden das Leben gekostet, allein die Engländer und Franzosen sind ihrem Ziele auch nicht um ein Kilometer nähergerückt. Es ist interessant zu hören, wie sich die englische Regierung gegen die wegen des Dardanellenabenteuers erhobenen Vorwürfe zu verteidigen sucht. Am 2. November erklärte Asquith im Unterhause, ohne den Angriff auf die Dardanellen wären die Russen im Kaukasus in ernste Gefahr geraten und, was für England die Hauptsache ist, die Türken hätten, wären ihre Streitkräfte nicht gebunden gewesen, einen Angriff auf Aegypten organisieren und die mesopotamische Expedition vernichten können. Danach wäre also der Zweck des Unternehmens nicht die Eröffnung der Meerengen für den russischen Export gewesen, wie der englische Botschafter in St. Petersburg die Vertreter der Moskauer Presse versicherte, sondern nur eine Ablenkung der Türken, um sie,

wie wieder Asquith zugestand, zu verhindern, in andern Gegenden unermesslichen Schaden anzurichten. Auch dort, wo es aktiv eingreift, hat also England nur seine eignen Interessen im Auge, und nichts liegt ihm ferner als ein selbstloser Liebesdienst. Zu all seinen militärischen und diplomatischen Mißerfolgen gesellt sich bei Rußland noch eine verzweifelte Finanzlage. Der russische Finanzminister Bark hat erst unlängst gestanden, er wisse noch nicht, aus welchen Quellen Rußland Zinsen und Amortisationen seiner bisherigen Anleihen bestreiten solle. Sein Auslandskredit aber werde ihm höchstens gestatten, noch ein Jahr lang Krieg zu führen.

So sind heute in Anbetracht ihrer militärischen und finanziellen Situation Frankreich und Rußland weiter denn je von der Verwirklichung ihrer Träume entfernt, ja der Krieg hat nur dazu geführt, die Ausichtslosigkeit ihrer Pläne zu erweisen. Wenn sie dennoch weiterkämpfen, kann dadurch der deutsche Militarismus nur noch in ein helleres Licht gesetzt werden, und sie besorgen damit ausschließlich die Geschäfte Englands, dessen Minister ganz offen davon sprechen, daß der Krieg noch sechs Jahre dauern müsse. England wäre damit freilich gedient, denn es hat unter dem Kriege bisher am wenigsten zu leiden gehabt und dabei am meisten gewonnen.

Nach einigem scheinbarem Zögern ist England angeblich nur deshalb in den Krieg eingetreten, weil Deutschland die Neutralität Belgiens verletzt hat. Nun darf man nicht vergessen, daß in dem deutschen Ultimatum vom 2. August Belgien ausdrücklich sein Besitzstand und seine Unabhängigkeit verbürgt wurde, falls es eine freundschaftliche Haltung einnehmen wollte, und daß Deutschland dieses Anerbieten nach dem Falle von Lüttich wiederholte. Damit wäre aber England nicht gedient gewesen, denn bei ihm handelte es sich um ganz andre Dinge. Belgien und Holland sind die natürlichen Brückenköpfe zum Schutze der englischen Kanalküste. Ueber ihren strategischen Wert war man sich längst klar. Deshalb der große Lärm, als die Holländer an die Befestigung Blißingens schreiten wollten, deshalb die bekannten Abmachungen über die „Intervention anglaise en Belgique“, darum auch die moralische Entrüstung über die Verletzung eines Vertrages durch Deutschland, der unter ganz andern Voraussetzungen abgeschlossen worden war. England fürchtete, die Südküste des Kanals könnte den schwachen Händen Belgiens entrissen und zu einer Operationsbasis für die deutsche Flotte gemacht werden. In dieser Erwägung hat es den Widerstand Belgiens ermutigt und es ebenso geopfert, wie Rußland Serbien opferte. Nicht der Respekt vor den Verträgen von 1830 und 1839 war es, der England zum Kampfe rief, sondern, wie die „Times“ am 8. März 1915 einbekannte, das eigne Interesse, zu verhindern, daß sich irgendeine Großmacht gegenüber der englischen Ostküste festsetze. Sir Edward Grey hat sich in seiner Rede vom 3. August 1914 auf den Präzedenzfall von 1870 und die damaligen Äußerungen Gladstones berufen. Gladstone hatte erklärt, er könne der Ansicht nicht zustimmen, daß die Tatsache des Bestandes des Garantievertrages von 1839 allein schon bindend sei. Weder Lord Aberdeen noch Lord Palmerston hätten diese rigorose, ja unpraktische Auffassung gehabt. Es gebe noch eine andre

Erwägung, nämlich die, daß das englische Staatsinteresse gegen jede maßlose Vergrößerung irgendeiner andern Macht sein müsse. Der Vertrag von 1839 gründe sich übrigens nicht auf eine Rücksicht für Belgien, sondern auf das Interesse aller, die die Neutralität gewährleistet haben. Diese Reminiszzenzen haben bei den englischen Parlamentariern sicher mehr Verständnis gefunden, als wenn sich Grey einfach auf den Buchstaben des Vertrages berufen hätte, was er sonst andern gegenüber so gerne tut. Sie sind auch eine prächtige Illustration zu dem beliebten Schlagworte: England kämpfe für die Freiheit und Unabhängigkeit der kleinen Staaten. Wie stimmt das mit dem Raubzuge gegen die Burenrepubliken, glaubens- und stammverwandte Länder, mit der Eskamotierung Ägyptens, mit der Aufteilung Persiens, mit der Terrorisierung der Griechen, mit der Drangsalierung des Handels der Neutralen während des gegenwärtigen Krieges? Nein, nichts liegt England ferner als selbstloser Idealismus. Gewiß, auch die Politik andrer Staaten wird durch ihre Interessen bestimmt, allein sie verbergen sie nicht hinter der heuchlerischen Maske altruistischer Gefühle. Je länger der gegenwärtige Krieg dauert, um so deutlicher treten die wahren Kriegsziele Englands an den Tag. Ganz offen bezeichnet es heute bereits den Schutz des Suezkanals und Ägyptens als die wichtigste Frage auch für seine Alliierten, wichtiger als der Balkan, Konstantinopel und Bagdad. Als nach dem Zusammenbruch der französischen Offensive im vorigen September in Frankreich sich eine gewisse Friedensstimmung fühlbar machte, drohte England mit der dauernden Besetzung der französischen Kanalhäfen. England, die ungeheure Seespinne, kann eben nicht dulden, daß ihm eine andre Macht seine Hegemonie zur See, sein Welthandelmonopol streitig mache. Es muß dies mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Vor mehr als 200 Jahren schon schrieb Thomson seine Nationalhymne „Rule, Britannia, rule the waves“, und von Palmerston stammt das Wort „Right or wrong, my country“.

Nur im Interesse der Aufrechthaltung der Weltstellung Englands und zum Zwecke der Niederringung seines gefährlichen Konkurrenten müssen die Verbündeten den Krieg fortführen. Die englische Regierung erwartet wohl kaum, daß sich das Kriegsglück noch wenden werde, aber sie rechnet auf die endliche Erschöpfung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Nun wird ja niemand leugnen, daß der Krieg den Mittelmächten schwere Opfer auferlegt, daß sich ihre Bevölkerung manche Entbehrungen gefallen lassen muß, aber trifft dies bei den Gegnern nicht auch zu? England hat angeblich jetzt 3 Millionen Mann im Felde, und Asquith soll angeblich die Erhöhung des Standes auf 4 Millionen beantragen wollen. Das wären ungefähr 20 Prozent der männlichen Bevölkerung Großbritanniens. Ohne die Einführung einer verschämten allgemeinen Wehrpflicht wird das kaum zu erreichen sein. Auch müßten diese 4 Millionen über die ganze Welt verstreut werden, um alle gefährdeten Positionen zu halten. Frankreich ist kaum imstande, viel mehr Leute hinauszustellen, und was das unererschöpfliche Rußland anbelangt, kann es gewiß noch manche Million nachschieben, aber nur unausgebildete Truppen. „Die Bouillon wird immer dünner,“

wie sich Generalfeldmarschall Hindenburg unlängst zu einem Interviewer äußerte. Es entscheidet ja auch in letzter Linie nicht die Zahl, sondern vor allem die Qualität der Truppen.

Oder rechnet man in England noch immer auf die „silbernen Kugeln“ Lloyd Georges? Auch Englands Reichtum ist kein unbegrenzter. Es muß nicht nur seine eignen Kriegskosten decken, sondern auch die seiner Verbündeten. Der Staatssekretär der Finanzen, Montagu, sagte im Oktober, England habe ihnen so viel geliehen, daß sie 3 Millionen Mann im Felde halten können. Wie lange Zeit? Unter diesen Umständen ist es begreiflich, wenn Minister Bonar-Law die Finanzlage Englands als „äußerst gefährlich“ bezeichnete. Bis zum März 1916 werden nach seinen Mitteilungen die den Alliierten gewährten Subsidien den Betrag von 900 Millionen Pfund, das sind rund 18 Milliarden Mark, betragen. Dabei bleibt der größte Teil dieses Geldes nicht im Lande, sondern fließt nach Amerika und Japan ab, so daß das Volkvermögen Großbritanniens eine merklliche Schmälerung erfahren muß.

Auf der Voraussetzung der andauernden militärischen Leistungsfähigkeit aller Alliierten, aber auch der Uner schöpflichkeit der finanziellen Hilfsquellen Englands beruht also die Wahrscheinlichkeit einer Besserung der Kriegschancen und günstigerer Friedensbedingungen. Versagen Englands Finanzen, oder scheint ihm der Augenblick zu einer Verständigung mit Deutschland gekommen, dann wird es Frieden schließen, trotz dem Septembervertrag und ohne Rücksicht auf seine Bundesgenossen. Mit der Verwirklichung ihrer Kriegsziele wird man sie auf bessere Zeiten vertrösten. Die Frage ist deshalb berechtigt: Wofür kämpfen Frankreich und Rußland noch? — Darauf gibt es nur eine Antwort: Für Englands Weltmachtstellung.

Ursache und Ziele des Krieges 1914/15

Von

Professor Černý (Heidelberg)

Wir sind gewohnt anzunehmen, daß alles Geschehen auf der Welt vernünftigen Gesetzen gehorcht. Da liegt die Frage nahe, was für einen Zweck wohl der jetzige Weltkrieg zu erfüllen hat.

Es ist sehr schwer, der Vorsehung in ihre Karten zu sehen. Aber irgendeinen Zweck muß sie wohl mit dem Massenmord gehabt haben. Am nächsten liegt der Gedanke, daß der Krieg die Aufgabe hat, der Uebervölkerung, die im letzten Jahrhundert enorm zugenommen hat, Einhalt zu tun. Schon Thuchydidēs hat als Ursache des Peloponnesischen Krieges die Uebervölkerung und Ueberfeinerung der Sitten hingestellt.

Die Engländer lassen keinen Zweifel übrig, daß es sich für sie um die Ursache aller Kriege: um einen Kampf um die Futterplätze, die sie uns

Deutschen nicht gönnen, in erster Linie handelt. Und doch haben sie durch ihre verkehrte Agrarpolitik auf ihrer Insel fruchtbares Ackerland in Hutweiden verwandelt und sich auf die freie Einfuhr von Nahrungsmitteln zur See verlassen, die unsre Unterseeboote jetzt gefährden. Sie besitzen in Kanada und Australien noch Nährboden für ungezählte Millionen Menschen und hätten es wirklich nicht nötig, uns den bescheidenen Platz an der Sonne zu mißgönnen. Ebensovienig hätte es Rußland nötig, uns um unsern largen Boden zu beneiden. Am ehesten verstehen wir noch die Franzosen, welche die verlorene Vorherrschaft nicht verschmerzen können. Von Serben, Japanern, Italienern wollen wir nicht weiter reden.

Vielleicht wollte es die Vorsehung verhindern, daß die Welt zwischen Engländern und Russen geteilt wird. Alle Weltreiche hatten bisher eine beschränkte Lebenszeit, und so haben sich wohl auch diese Weltreiche überlebt. Die Natur liebt es, neue Erscheinungsformen hervorzubringen und wird deshalb an Stelle der einförmigen Anglisierung und Russifizierung wieder neue Volkseinzelnheiten schaffen, wachsen, gedeihen und erstarken lassen. So streben jetzt die Bulgaren, unsre neuesten Kampfgenossen, mächtig empor.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die herrlichste Blüte menschlicher Kultur aus dem kleinen Griechenland hervorgegangen ist. Das römische Weltreich hatte seinen Ursprung in dem kleinen Latium. Das Christentum ist aus dem kleinen Juda hervorgegangen. Die modernen Kämpfe um die Freiheit der Völker haben aus den kleinen Niederlanden ihren Ausgang genommen. Wie man einem Knaben nicht voraussagen kann, was er durch Willenskraft, Erziehung, Charakterstärke, Ausnützung günstiger Umstände und Zeitverhältnisse fertig bringen wird, so darf man auch junge, kleine Völkerindividualitäten nicht geringschätzen und unterdrücken. Aber sie müssen Charakter und guten Willen haben, sich auch der nötigen Erziehung und Ausbildung durch vorgeschrittene Völker unterwerfen, wenn sie noch nicht reif sind, sich selbständig im Kampf ums Dasein, der für Individuen wie für Völker gleich gilt, zu behaupten. Daraus entstehen nicht selten Kämpfe, weil die jungen Völker ihren Vormündern entwachsen zu sein glauben, während diese ihre Erziehungsgewalt nicht aufgeben wollen. Einen solchen Drang nach Selbständigkeit haben die Balkanvölker durchgemacht und sind noch lange nicht fertig. Dasselbe Ringen sehen wir in Oesterreich und stellenweise in Deutschland. Das Endergebnis dieser Kämpfe wird davon abhängen, ob die Vorteile der Unterordnung groß genug sind, um die teilweise Beschränkung der Freiheit wettzumachen. Auch hängt es von einer hochentwickelten Staatskunst ab, das Joch der Erziehung so sanft zu machen, daß dadurch die Individualität der Jungvölker nicht unterdrückt wird. Satte Völker sind leichter zu regieren als darbenende. Man muß ihnen also Gelegenheit geben zu ihrer materiellen und geistigen Entwicklung.

Das Schicksal Belgiens und Serbiens ist eine Mahnung für die kleinen Staaten, sich eng zusammenzuschließen oder in Verbindung mit größeren Machtgebieten zu treten, wodurch sie allerdings einen Teil ihrer Selbständigkeit einbüßen.

Vielleicht war aber auch die zunehmende Ueberfeinerung und Verderbtheit der Sitten ein genügender Anlaß, um das Strafgericht über die Völker hereinbrechen zu lassen. Wer wollte leugnen, daß das Leben, namentlich in den Großstädten, einen Luxus entfaltet hat, der kaum mehr überboten werden konnte! Das ganze Sinnen und Trachten ging auf Gelderwerb hinaus und die beste Methode, wie man für das erworbene Geld sich Sinnenfelig aller Art verschaffen konnte. Von einem Streben nach idealen Zielen, von der Fähigkeit, sich für höhere Zwecke zu opfern, war keine Rede mehr. Selbst die Bande der Familie waren gelockert. Der notwendige, weil von der Natur gebotene Respekt der Kinder vor den Eltern, der Jüngeren vor den Älteren war geschwunden, die Bande der Ehe, die den vernünftigen Zweck haben, eine gesunde Familie zu erziehen, waren gelockert. Die Ehescheidungen an der Tagesordnung bildeten den Hauptgegenstand aller belletristischen Literatur und der Bühnenerzeugnisse. Selbst die an und für sich sehr wohlthätigen Vergnügungen des Sports, die zur Kräftigung unsrer Jugend sehr wichtigen Vereinigungen der Pfadfinder, der Wandervögel, von Jungdeutschland wurden benutzt, um die Autorität der Eltern und Lehrer den Kindern gegenüber zu untergraben. Diese Bestrebungen wurden unterstützt durch die Gleichgültigkeit, Genußsucht und Faulheit der Eltern, die die Erziehung der Kinder ganz allein der Schule oder bezahlten Lehrern überlassen wollten. Diese Bequemlichkeit wurde durch die Ausrede entschuldigt, daß die Eltern durch die erhöhten Ansprüche der Familie genötigt sind, ihre ganze Kraft und Zeit ihrem Berufe, dem Geschäft, dem Gelderwerb zu widmen.

Wie ein reinigendes Gewitter fiel der Weltkrieg über uns her, den wir in Deutschland wahrlich nicht gewollt haben, der uns aber nötigte, alle nationalen Kräfte aufzubieten, um uns gegen eine Welt von Feinden, die unsre Vernichtung offen als Kriegsziel aufgestellt haben, zu verteidigen. Das gelang uns mit Gottes Hilfe in dem sechzehn Monate währenden Kampfe über alles Erwarten, trotzdem uns die englische Flotte von allen Meeren abgeschlossen hat und Engländer, Russen und Franzosen uns nicht nur mit den Waffen des Krieges bekämpfen, sondern auch mit dem Geifer des Hasses, der Lüge und der Vernichtung zu schädigen suchten, wo sie nur konnten, und allen durch Sitte und Gesetz festgelegten Gebräuchen des Völkerrechtes ins Gesicht schlugen.

Noch war es nicht zu spät für uns. Die Fäulnis der Sitten hatte den Kern unsres Volkes bisher nicht geschädigt. Alle guten Eigenschaften der deutschen Rasse waren trotz der langen Friedenszeit zum Teil durch die allgemeine Wehrpflicht nicht nur erhalten, sondern seit dem Jahre 1870, das uns zusammengeschnitten hat, noch wesentlich verstärkt. Dank der Pflichttreue und Vaterlandsliebe, welche um so lebendiger ins Bewußtsein trat, je mehr wir in Gefahr waren, unser Vaterland zu verlieren, strömte jung und alt begeistert zu den Waffen; die alte germanische Kampflust scheute sich nicht, gegen eine Welt von Teufeln anzukämpfen, die organisatorische Arbeit des Staates nützte die zehnfachen Kräfte, welche uns eine vierzigjährige fleißige Friedensarbeit verliehen hat, zum endgültigen Siege aus. Wie die Männer im Felde allen Angriffen tapfer stand-

hielten, so schaffte auch die Bevölkerung im Heimatlande, vor allem unsere Frauen, tapfer an den Mitteln zum Widerstande. Die Tapferkeit und Ausdauer unsrer Krieger teilte sich auch unsern Bundesgenossen mit, die ebenso wie wir um ihre Existenz und um die Erhaltung ihrer nationalen Kultur kämpfen.

Der Siegende hat immer recht, und so werden wir auch schließlich recht behalten. Wir wollen ja nicht, wie unsere Gegner, bis zur gegenseitigen Vernichtung kämpfen. Wir kämpfen für die Freiheit der Meere, für das Recht, durch unsere Arbeit unsern Anteil an der Sonne zu behaupten, für Gerechtigkeit im Handel und Wandel der Nationen untereinander.

Allerdings müssen wir, nachdem man uns meuchlings überfallen hat, mit der Absicht, uns zu vernichten, schon um uns vor einem neuen Ueberfall zu sichern, festhalten an dem, was wir mit übermenschlichen Kräften und zahllosen Opfern erobert haben, und wäre es auch nur, um es teilweise beim Friedensschluß gegen andre, für uns wertvollere Güter auszutauschen. Leider haben sich unsere Gegner so hartnäckig in ihre Absicht, uns und unsere Bundesgenossen zu vernichten, verbissen und haben das ihren mitleidenden Volksgenossen so oft und eindringlich gepredigt, daß es ihnen unendlich schwer wird, einzugestehen, daß sie sich in der Abschätzung unsrer Kräfte geirrt haben und daß ihr Kriegsziel unerreichbar bleiben wird.

Sie wollen den sinkenden Mut ihrer Leidensgefährten dadurch aufpeitschen, daß sie behaupten, wir seien kriegsmüde und am Ende unsrer Hilfsmittel. Man müßte ja kein Mensch sein, wenn man nicht, der ewigen Menschenjählichkeit müde, Sehnsucht hätte nach einem Friedensschluß. Aber diese Sehnsucht muß bei den Franzosen und Russen, die am meisten unter den Schrecknissen des Krieges leiden, sicher noch viel tiefer begründet sein als bei uns. Wir können ruhig warten, da wir tief im Feindeslande sitzen. Wie mögen sich die Millionen Gefangener nach dem Friedensschluß sehnen! Hören wir doch, daß unsere und die österreichischen Kriegsgefangenen den Russen die strategische Polarbahn nach der Murmanküste erbauen müssen. Wie viele mögen der mörderischen Arbeit und dem eisigen Klima erlegen sein? Warum lassen wir unsere Million gefangener Russen nicht den so notwendigen Mittellandkanal, warum nicht die Verbindung zwischen Rhein und Donau ausbauen? (Vgl. Mitteleuropäische Verkehrspolitik. Abendblatt der Frankf. Ztg. vom 9. November.) Wir können und wollen jedenfalls so lange aushalten, bis unsere Gegner einsehen, daß sie uns nicht besiegen können.

In England, wo die Zensur noch am ehesten eine Meinungsäußerung zuläßt, scheint sich bei einigen einsichtsvollen Männern allmählich der Gedanke durchzuringen, daß das ewige Blutvergießen keinen rechten Zweck mehr hat und daß Europa nur durch einen baldigen Friedensschluß vor einem vollständigen Zusammenbruch gerettet werden kann. Lord Courtney sagte in der Oberhaus-sitzung vom 8. November, daß der Krieg an einem toten Punkt angekommen sei und daß etwas geschehen müsse, um aus der Sackgasse herauszukommen. Er verlangte einen Ausgleich auf Grundlage der Befreiung Belgiens und Frank-

reichs ohne Zahlung einer Kriegsentschädigung. Ueber die Freiheit der Meere ließe sich verhandeln. Das sind Bedingungen, auf die wir nicht eingehen können, weil sie nicht dem gegenwärtigen Stande des Krieges entsprechen. Immerhin bedeuten sie einen Fortschritt gegen die ursprünglichen Kriegsziele der Ententemächte. Und Lord Loreburn behauptet, aus guter Quelle zu wissen, daß auf allen Schlachtfeldern zusammengekommen 15 Millionen Männer entweder getötet oder für ihr ganzes Leben unfähig gemacht worden seien. Viele Tausende von Millionen Kriegsschulden seien angehäuft worden, und bevor das Ende kommt, werde der Kontinent wenig mehr als eine Wildnis mit einer Bevölkerung von alten Männern, Frauen und Kindern sein. (Abendblatt der Frankf. Ztg. vom 10. November.)

Wollen wir hoffen, daß unsre Gegner zur Einsicht kommen, bevor es so weit kommt, und sich zu einem Frieden entschließen, der unsern Siegen, Opfern und Anstrengungen entspricht und unserm Vaterlande volle Sicherheit gegen neue heimtückische Angriffe gewährt.

Alkohol und Krankheit

Von

Prof. Dr. Hugo Ribbert (Bonn)

Daß der unmäßige Genuß des Alkohols wegen seiner sozialen Folgen mit allen Mitteln bekämpft werden muß, dafür tritt heute jeder ein, der dem Mißbrauch nicht selbst verfallen ist. Das große Elend, das der Trinker in ethischer und pekuniärer Hinsicht über seine Familie bringt, die ungeheure Menge von Delikten und Verbrechen, die von Säufnern begangen werden, machen das Vorgehen gegen den Alkoholismus auch dann zur Pflicht, wenn nicht außerdem noch die gesundheitlichen Schädigungen hinzukämen, die ihm zur Last gelegt werden. Sie vervollständigen das Schuldkonto des Alkohols, aber es ist fraglich, ob sie auch für sich allein hinreichen würden, den Kampf gegen ihn wirkungsvoll zu gestalten. Denn wenn wir von der allgemeinen Ueberzeugung, daß der Alkoholmißbrauch die Gesundheit beeinträchtigen kann und von dem Delirium absehen, das eine sehr auffällige Krankheitserscheinung darstellt, nach dessen Verschwinden aber der Mensch nicht wesentlich geschädigt zu sein braucht, so gibt es nur wenige Krankheitsbilder beim Menschen, die auf den Alkoholgenuß mit derselben wissenschaftlichen Sicherheit zurückgeführt werden können wie etwa die Tuberkulose auf den Tuberkelbazillus. Die Krankheiten, die wir zum Alkohol in Beziehung setzen, können in der gleichen oder doch in sehr ähnlicher Weise auch aus anderer Veranlassung entstehen, so daß es in jedem einzelnen Falle erst einer Untersuchung bedarf, ob der Alkohol in ihm überhaupt irgendeine Rolle gespielt hat. Müssen wir das aber annehmen, dann bleibt doch oft noch

zu entscheiden, ob er für sich allein oder ob er neben anderen ebenfalls nachteiligen Einflüssen zur Geltung gekommen ist. Nimmt man nun noch hinzu, daß nicht nur die Menschen, die eine mittlere Menge von Alkohol genießen, aber deshalb doch von vielen Seiten zu den Trinkern gerechnet werden, sondern auch viele, denen diese Bezeichnung mit Recht zukommt, ein hohes, ja das höchste Alter erreichen können, ohne deutlich nachweisbaren Schaden genommen zu haben, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Alkohol die Gesundheit nicht unter allen Umständen schädigt. Es hängt auch nicht nur von seiner Menge, sondern auch von der Beschaffenheit des Körpers, in den er gelangt, und von anderen Umständen ab, ob er wirksam wird. Diese Einschränkung gilt aber freilich nicht nur hier, sondern für die gesamte Krankheitslehre, sie wird aber gern übersehen. Die Schädlichkeiten, die uns krank machen, tun es nicht stets und nur für sich allein, sondern nur unter besonderen Umständen. Bakterien schaden uns nur, wenn wir für sie empfänglich sind, und der leichtere oder schwerere Verlauf einer Krankheit, die Heilung oder der tödliche Ausgang hängt von den jedesmaligen Bedingungen ab, die im Organismus maßgebend sind. Das nimmt den Bakterien nichts von ihrer Bedeutung und entlastet auch den Alkohol nicht; es muß nur jedesmal berücksichtigt werden. Unter diesen Umständen werden wir uns gern einmal Rechenschaft über die Bedeutung geben wollen, die dem Alkohol von der wissenschaftlichen Forschung für die Entstehung von Krankheiten zugeschrieben wird. Dabei wird sich zeigen, wieviel Arbeit noch zu leisten bleibt, bis der gesundheitsschädigende Einfluß des Alkohols sicher abgeschätzt werden kann.

Es sind zunächst einige allgemeine Wirkungen, auf die wir hinzuweisen haben.

Ein höchst bedeutsamer indirekter Nachteil ist darin zu erblicken, daß der Alkohol, weil er die Selbstbeherrschung aufhebt, einen nicht hoch genug zu veranschlagenden Einfluß auf die Verbreitung der sexuellen Krankheiten hat, die sich so außerordentlich verheerend geltend machen.

Weiterhin kommt die nachteilige betäubende Wirkung des Alkohols vor allem auf das Gehirn in Betracht. Er trifft die Ganglienzellen in ähnlicher Weise wie andere Betäubungsmittel und setzt demgemäß ihre Leistungsfähigkeit, auch schon bei geringen Quantitäten, herab. Doch auch darüber hinaus, nach Ablauf der Markose, wird er die Ganglienzellen bei immer wiederholter stärkerer Einwirkung kaum intakt lassen. Und in der Tat kann ja eine Abnahme der psychischen Arbeitsfähigkeit bei Trinkern in den meisten Fällen nicht verkannt und wohl niemals ganz in Abrede gestellt werden. Auch ein Nachlassen der moralischen Empfindungen und eine gewisse Minderwertigkeit ist bei ihnen oft anzutreffen, doch ist der Zusammenhang mit dem Alkoholismus gerade hier nicht leicht zu beurteilen. Er soll uns nachher noch mehr beschäftigen.

Der Alkohol erhöht ferner die Empfänglichkeit für verschiedene Infektionen. Durch Experimente ist nachgewiesen worden, daß mit ihm behandelte Tiere für die Bakterien der Cholera und der Lungenentzündung

empfindlicher sind als normale. Zu dem gleichen Resultat gelangt man auch bei der Tuberkulose. Man ging so vor, daß man Kaninchen und Meer-schweinchen mit Tuberkelbazillen infizierte und ihnen dann lange Zeit Alkohol in täglichen Dosen verabreichte, die von ihm, auf das Körpergewicht berechnet, so viel enthielten, wie der Mensch etwa in einem Viertelliter Bier zu sich nimmt. Auch größere Mengen wurden beigebracht. Es ergab sich, daß von diesen Tieren in einem bestimmten Zeitraum ein höherer Prozentsatz zugrunde ging als von den gleich infizierten, aber alkoholfreien Kontrolltieren. Es wurden ferner Alkoholtiere erst längere Zeit nach dem Aussetzen der Vergiftung mit Tuberkulose infiziert und erwiesen sich auch dann noch weniger widerstandsfähig als sonst.

Auch die anatomischen Veränderungen der Tuberkulose waren bei den mit Alkohol behandelten Tieren schwerer als bei den nicht vergifteten Kontrolltieren.

Beim Menschen hat man festzustellen versucht, ob unter den Trinkern eine größere Anzahl an Tuberkulose erkrankter Individuen vorhanden ist als unter den Nichttrinkern. Man ist aber nicht in allen Statistiken zu positiven Resultaten gekommen. Doch liegen auch Angaben vor, nach denen unter den Alkoholikern mehr Todesfälle an Tuberkulose vorkommen, als es dem allgemeinen Durchschnitt entspricht. Aber dagegen wurde eingewendet, daß nicht der Alkohol als solcher die Schuld zu tragen brauche, sondern daß dieses Ergebnis auch seine Erklärung darin finden könne, daß der Trinker sich durch die Ausgaben für die Getränke der Mittel und durch die Betäubung der Energie beraubt, um seiner Krankheit mit Erfolg entgegenzutreten zu können. Indessen würde dadurch natürlich nichts an der Tatsache geändert, daß der Alkoholismus die Todesfälle an Tuberkulose vermehrt.

Zu den allgemeinen Wirkungen gehört ferner auch der experimentell begründete Umstand, daß Wunden bei alkoholdurchseuchten Menschen schlechter heilen als bei nüchternen.

Wir wenden uns nun zu den Veränderungen der einzelnen Organe. Keine andere Schädlichkeit wird für so viele von ihnen in Anspruch genommen wie der Alkohol, aber der Nachteil, den er ihnen bringt, wechselt bei den einzelnen sehr beträchtlich.

Ein Einfluß des Mißbrauches auf das Herz ist unzweifelhaft. Es gibt zunächst einmal das sogenannte (Münchener) Bierherz, d. h. ein ungewöhnlich großes und deshalb mit dem des Ochsen verglichenes Herz, das auf den Genuß ganz enormer Quantitäten von Bier (bis zu 20 Liter am Tag) zurückgeführt wird. Und wenn es auch fraglich ist, ob der in dem Bier enthaltene Alkohol an der Vergrößerung den maßgebenden Anteil hat, so ist sie doch sicher die Folge des unmäßigen Trinkens. Sie führt schließlich zum Tode.

Bei Alkoholikern finden wir ferner ein freilich auch sonst oft genug vorkommendes Fett Herz, d. h. ein von Fettgewebe durchwachsenes und deshalb schwaches Herz, ferner eine sogenannte fettige Entartung des Muskels und ohne

deutlich hervortretende mikroskopische Veränderung ein schlaffes, sich mit verringerter Kraft zusammenziehendes Herz. Alle diese Zustände, die unter gewöhnlichen Verhältnissen lange ertragen werden können und für sich allein nicht tödlich zu enden brauchen, sind dann sehr gefährlich, wenn an das Herz erhöhte Anforderungen gestellt werden. So wissen wir vor allem, daß Trinker dann besonders ungünstig gestellt sind, wenn sie eine Infektionskrankheit bekommen. Es stirbt von ihnen ein weit größerer Teil als von mäßigen Menschen.

Nächst dem Herzen kommt auch das übrige Blutgefäßsystem in Betracht. Man hat immer wieder die Arteriosklerose vom Alkohol abhängig machen wollen. Allein hier gelingt der Nachweis nicht oder doch nur sehr unsicher. In einer neueren Statistik wurden unter 308 Trinkern nur 35 mit ausgesprochener Arteriosklerose gefunden, und im gleichen Zeitraum wurden 319 Fälle von Arteriosklerose ohne Alkoholkwirkung beobachtet. Durch Tierversuche wurde nichts Sicheres beigebracht.

Von besonders großem Interesse ist die Leber. Wir sprechen von ihrer Schrumpfung (Cirrhose) durch Alkoholmißbrauch, von einer Schnapsleber. Aber es ist nicht entfernt so, als ob jeder Säufer daran leiden und sterben müßte. In einer Zusammenstellung wurde bei 309 Alkoholikern nur dreizehnmal eine Cirrhose gefunden, aber während der gleichen Zeit kam nur eine Schrumpfleber vor, die ohne Alkohol entstanden war. In einer andern Statistik war unter 100 Cirrhosen sechzigmal Alkoholmißbrauch sichergestellt, sechsundzwanzigmal fehlte eine Angabe darüber, und nur vierzehnmal wurde er verneint. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß mehrfach bei Kindern, die größere Alkoholmengen bekommen hatten, eine Schrumpfleber vorkam.

Wie ist nun die Beziehung des Alkohols zur Cirrhose? Die gewöhnliche Alkoholveränderung des Organs ist nicht die Schrumpfung, sondern die Fettleber, d. h. die an Fett außerordentlich reiche Leber, die aber an sich keine besonderen Gefahren mit sich bringt. Wann und aus welchen Gründen entsteht nun eine Cirrhose? Wenn man den Alkohol allein verantwortlich machen wollte, fehlte es an einer Erklärung für die Tatsache, daß er nur relativ selten die Schrumpfung bewirkte. Daher liegt die Deutung nahe, daß nicht der Alkohol für sich allein die Cirrhose macht, sondern daß er die Leber nur zugänglich, disponiert macht für die Einwirkung anderer Schädlichkeiten, so etwa verschiedener aus dem Darm stammender giftiger Substanzen, die ohne den Alkohol in der Leber vernichtet, oder für Bakterien, die sonst in ihr zugrunde gehen würden.

Man hat die Frage auch experimentell geprüft, und zwar brachte man den Tieren den Alkohol auf sehr verschiedenen Wegen bei. Man gab ihn vom Munde aus oder man spritzte ihn in die Blutbahn, und zwar in einem Teil der Versuche in die Gefäße, die zur Leber führen, man ließ ihn einatmen oder man brachte ihn unter die Haut. Wenn man ihn vom Munde aus mit der Schlundsonde in den Magen einführte, weil die Tiere ihn nicht freiwillig schlucken, entstand keine Cirrhose, sondern nur Fettleber. Nach Einspritzung ins

Blut erzielte ein Beobachter zweimal nach zweijähriger Dauer des Versuches Zirrrose. Aber er hatte nur äußerst minimale Mengen, nur $2\frac{1}{2}$ Kubikzentimeter im ganzen, verabreicht, so daß man zweifeln muß, ob die Leberschrumpfung davon abhängig war. Ein anderer gab auf demselben Wege relativ große Alkoholmengen und beobachtete ebenfalls nach $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Jahren Zirrrose. Wieder ein anderer sah die Schrumpfung nach Alkoholeinatmung entstehen, und ein letzter beobachtete nach verschiedenen Methoden teils Fettleber, teils Untergangserscheinungen in der Leber, teils Entzündung, teils (dreimal) Zirrrose. Die Tierversuche ergänzen und bestätigen also die Erfahrungen am Menschen.

Mit der Leber steht in naher Verbindung die Bauchspeicheldrüse. Man fand sie neben Leberzirrrose, aber auch unabhängig von ihr bei Trinkern fast immer verändert, und zwar in ähnlichem Sinne wie die Leber bei der Schrumpfung. Daher ist man geneigt, auch ihre Schädigungen von dem Alkoholmißbrauch abhängig zu machen.

Ein weiteres Organ, die Niere, wird vom Alkohol nicht sicher beeinflusst. Bei 300 Säufern traf man achtmal Nierenentzündung, aber in der gleichen Zeit kam diese elfmal ohne Alkoholismus vor. Es ist auch sehr selten, daß man eine Schrumpfniere, die der Leberschrumpfung analog ist, mit dieser zugleich antrifft, wie man doch in den Fällen erwarten müßte, in denen die Zirrrose auf den Alkohol zurückgeführt wird.

Der Magen kann vom Alkohol, wenn auch keineswegs der Regel nach, geschädigt werden. Man sieht in ihm langsam verlaufende Entzündungen mit Unebenheit und Verfärbung der Schleimhautfläche, ferner im Experiment ebenfalls Entzündung und auch wohl Geschwüre. Im Darm kommt eine die Gesundheit nicht nachweislich schädigende Braunfärbung der Muskulatur vor.

Das Nervensystem hat enge Beziehungen zum Alkohol. Von seinem Einfluß auf die psychische Tätigkeit im allgemeinen war schon die Rede, und auf spezielle Störungen, auf die Geisteskrankheiten, werden wir noch eingehen. An der harten Hirnhaut kennen wir eine flächenhafte, mit Bildung gefäßreicher Membranen einhergehende, durch Blutungen zuweilen tödlich endende Entzündung. Man hat sie oft vom Alkoholismus abhängig machen wollen. Aber bei 300 Säufern war sie nur achtmal vorhanden, und im gleichen Zeitraum fand sie sich ebenso oft ohne Alkoholmißbrauch. Mit größerer Wahrscheinlichkeit kann man Trübungen der weichen Hirnhaut auf ihn zurückführen. Sie sind vielleicht verantwortlich für jene Anomalien der geistigen Tätigkeit. Im Gehirn selbst sind Veränderungen, die mit voller Sicherheit auf den Alkohol bezogen werden können, nicht festgestellt. Dagegen gibt es an den Nerven eine sicher mit ihm zusammenhängende Entzündung, die während des Lebens schwere Störungen macht und anatomisch in Untergangserscheinungen an den Nervenfasern besteht.

Wir kommen nun zu der Einwirkung des Alkohols auf die männlichen und weiblichen Keimdrüsen.

Der Hoden erleidet deutliche, zum Teil sehr auffallende Veränderungen. In einer auf 57 Trinker ausgedehnten Untersuchungsreihe waren sie in allen Fällen vorhanden. Sie bestanden in einem Aufhören der Bildung oder in einem Untergang der schon vorhandenen Samenfäden, in einer Verdickung der Wände der Samentanälchen und in Zunahme des Bindegewebes. In einer anderen Reihe waren bei verunglückten Trinkern (also ohne zum Tode führende, den Hoden vielleicht auch schädigende Krankheiten) in 69 Prozent der Fälle jene Veränderungen vorhanden, während sie bei verunglückten Nichttrinkern durchweg fehlten. Was folgt nun aus solchen Befunden? Selbstverständlich, daß die Zeugungsfähigkeit schließlich leiden muß. Aber es dauert doch immerhin längere Zeit, bis sie ganz erlischt, weil jene Schädigungen erst allmählich entstehen und nicht immer die höchsten Grade erreichen. So erklärt es sich, daß die Trinker nicht weniger Kinder haben, als es dem Durchschnitt entspricht.

Im Tierversuch wurden ähnliche Verhältnisse festgestellt wie durch die Beobachtung am Menschen. Unter 28 Fällen sah man teils abnorme Ablösung der samenbildenden Zellen, teils Verkleinerung und Schwund dieser Elemente bis zum völligen Verschluß der Samentanälchen.

Von anatomischen Veränderungen des Eierstocks, die unter dem Einfluß des Alkohols zustande kamen, wissen wir nichts. Es ist freilich anzunehmen, daß wie die Samenfäden auch die Eier geschädigt werden, aber man hat es bisher nur aus den Folgen für die Fortpflanzung und für die Nachkommenschaft schließen können. So hat man an Hühner Alkohol verabreicht und gesehen, daß sie dann in einem längeren Zeitraum nicht halb soviel Eier legten, wie es der Regel entspricht. Es ist hier freilich, wie eingewendet wurde, nicht ganz sicher, daß der Alkohol selbst den Eierstock geschädigt hat, denn die Tiere magerten erheblich ab, und so könnte auch in dieser Unterernährung der Grund für die mangelhafte Eibildung gelegen sein. Aber auch dann wäre es natürlich in letzter Linie der Alkohol, der die verminderte Eiproduktion herbeiführte.

Von den Folgen für die Nachkommenschaft wird unten die Rede sein.

Die Keimdrüsen leiten uns über zur Brustdrüse, die der Alkohol nach einer von mehreren Seiten verteidigten Ansicht so ungünstig beeinflusst, daß die Frauen stillunfähig werden. Darüber hat es einen lebhaften Streit gegeben. v. Bunge war es, der den Satz aufstellte, daß, wenn der Vater ein Trinker war, die Tochter die Fähigkeit, ihre Kinder zu stillen, verliert, und daß diese Stillunfähigkeit sich auf die folgenden Generationen überträgt. Er schloß dies aus statistischen Untersuchungen, die er mit Hilfe zahlreicher an Aerzte versandter Fragebogen ausführte. Er fand, daß unter den Töchtern von Alkoholikern, zu denen er alle die rechnete, die mindestens ein Liter Bier oder Wein täglich zu sich nehmen, nur 13 Prozent stillen konnten, 87 Prozent dagegen nicht, und zwar auch dann nicht, wenn ihre Mütter gestillt hatten, so daß man nicht sagen konnte, sie hätten ihren Mangel ererbt. Demgegenüber kam Agnes Blum in einer entsprechend angelegten Statistik zu dem Ergebnis, daß unter den Trinkerstöchteren 64 Prozent stillten, 36 Prozent nicht. Den Widerspruch

erklärt sie daraus, daß v. Bunge's Untersuchungen sich auf Gegenden bezögen, in denen gewohnheitsgemäß nicht gestillt werde, ihre eignen dagegen auf Gebiete, in denen es zu geschehen pflegt. Darauf hat Bunge erwidert, daß seine Resultate auch aus Ländern (der Türkei) stammten, in denen das Stillen Sitte ist. Eine wissenschaftlich gesicherte Entscheidung ist noch nicht möglich, vor allem auch deshalb, weil die Beurteilung der Stillfähigkeit große Vorsicht erfordert. Viele Frauen, die nicht stillen wollen und angeben, es nicht zu vermögen, können bei Zureden und entsprechender Anleitung sehr wohl dazu gebracht werden. Auf diese Möglichkeit wird bei weiteren statistischen Untersuchungen in erster Linie zu achten sein.

Tierversuche, die von A. Blum angestellt wurden, sprechen nicht für den Einfluß des Alkoholmißbrauchs des Vaters auf die weiblichen Nachkommen. Es wurden männliche Ratten mit Alkohol bis zu zehn Monaten vergiftet. Sie bekamen die relativ sehr hohe Dosis von 3 Kubitzentimeter Alkohol täglich in Portwein, den sie so gern tranken, daß sie, um nicht zugrunde zu gehen, tagesweise auf Milchdiät gesetzt werden mußten. Die Weibchen bekamen Alkohol nur, während sie bei den Männchen waren. Die weiblichen Nachkommen stillten ihre Jungen meist gut, und zwar sogar nur mit einer Brustdrüse, weil die andre zum Zwecke mikroskopischer Untersuchung jedesmal herausgeschnitten wurde. Sie erwies sich durchschnittlich als gut, nur teilweise als etwas mangelhaft entwickelt.

Die Frage der Stillunfähigkeit bei den Trinktöchteren führt uns weiterhin zu der Bedeutung des Alkohols für die Nachkommen im allgemeinen.

Wir sahen schon, daß der Alkohol in der männlichen Keimdrüse die sich entwickelnden Samenfäden beeinträchtigt oder vernichtet. Aber er tut es meist erst in späterer Zeit, nachdem der Trinker schon Kinder in die Welt gesetzt hat. Nun ist aber anzunehmen, daß die Schädigung der Samenfäden schon viel früher beginnt, daß sie dann aber noch nicht zugrunde gehen, sondern zur Befruchtung dienen können. Sie werden aber in diesen Fällen doch schon irgendwie gelitten haben, und so besteht die Gefahr, daß die aus der von ihnen befruchteten Eizelle hervorgehenden Nachkommen in irgendeiner Weise krank sein werden. Nach der geläufigen Annahme handelt es sich dabei vor allem um Geisteskrankheiten, die deshalb auftreten würden, weil der Alkohol in den Keimzellen die Teile trifft, die für die spätere Entwicklung des Gehirns maßgebend sind. Aber auch andre Krankheiten macht man von der Alkoholvergiftung der Keimzellen abhängig. Was aber für die Samenfäden gilt, wird auch für die Eizellen angenommen werden dürfen. So spricht man also ganz allgemein von einer keimschädigenden Wirkung des Alkohols, die, weil ja von der Beschaffenheit der Keime die der Nachkommen abhängt, in diesen sich notwendig in Gestalt von allerlei Krankheitszuständen geltend machen muß.

Wir führen zunächst einige Tierversuche an.

Man hat Meerschweinchen längere Zeit Alkoholdämpfen ausgesetzt und dann zur Paarung gebracht, und zwar alkoholische Männchen mit normalen

Weibchen, alkoholische Weibchen mit normalen Männchen und alkoholische Männchen mit eben solchen Weibchen. Am besten ist die erste Kombination, weil in ihr allein mit Sicherheit nur eine Keimvergiftung in Betracht kommt, während bei alkoholvergifteten Weibchen ein Uebergang des Alkohols auch erst nach der Befruchtung auf den Embryo oder erst nach der Geburt durch die Milch auf das Neugeborene möglich wäre. In solchen Versuchen kamen u. a. auf 24 Paarungen 5 tote und 5 lebende Würfe, auf letztere 12 lebend geborene Tiere, von denen nur 5 sich dauernd erhielten, aber auch nicht völlig normal waren.

In andern Experimenten wurde das Verhalten der Nachkommen der mit Tuberkulose infizierten und alkoholvergifteten Kaninchen und Meerschweinchen, von denen schon oben die Rede war, untersucht. Es starben in einer Reihe von den Jungen der alkoholischen Eltern 60, von denen der zur Kontrolle nur mit Wasser behandelten Tiere nur 10 Prozent in dem gleichen Zeitraum.

Diese und andere Versuche lassen nicht daran zweifeln, daß der Alkohol eine keimschädigende Wirkung hat oder wenigstens haben kann. Was aber für das Tier angenommen werden muß, darf auch für den Menschen als möglich vor allem dann vorausgesetzt werden, wenn der Alkohol in größerer Konzentration und dauernd auf die Keimzellen einwirkt.

Bei ihm können wir uns freilich nicht auf das Experiment stützen, sondern nur durch ausgedehnte statistische Untersuchungen Aufklärung erwarten. Man hat gefunden, daß das Gewicht der Trinkerlinder bei der Geburt geringer ist als das der Kinder nüchterner Eltern. Die Verschiedenheit der Zahlen ist allerdings nicht erheblich. Weiter sah man, daß die Nachkommen der Alkoholiker durchschnittlich später zählten, als es sonst der Fall ist. Sodann erreichte in Trinkerfamilien die Kindersterblichkeit eine abnorme Höhe. Es starben 32 unter 100 Kindern gegenüber 13 in Familien ohne Alkoholmißbrauch, und dort kamen 7 Prozent Totgeburten vor, hier nur 1 Prozent. Die frühe Kindersterblichkeit darf allerdings nicht ohne weiteres der Alkoholvergiftung als solcher zur Last gelegt werden, da sie jedenfalls zum Teil auch daraus erklärt werden könnte, daß die Pflege der Nachkommen, wenn die Eltern Trinker sind, schlechter ist, als wenn sie es nicht sind.

Diesen und andern Erfahrungen gegenüber wurde von englischen Beobachtern in Abrede gestellt, daß die Trinker häufiger, als es dem Durchschnitt entspricht, minderwertig und daß die Nachkommen Erkrankungen ausgesetzt sind. Sie wollten sogar gefunden haben, daß die Trinkerlinder bei der Geburt kräftiger seien, daß die erwachsenen Trinker kaum weniger leisteten als die nüchternen Arbeiter, daß ihre allgemeine Gesundheit besser sei, und zwar weil die kräftigsten Menschen am leichtesten dem Alkoholismus verfielen und weil die schwachen Nachkommen früh zugrunde gingen. Aber diese und andre Einwände erklären sich aus einer unbrauchbaren Statistik. Wir können hier darauf nicht eingehen, verweisen aber den, der Genaueres zu wissen wünscht, auf das Archiv für Rassenbiologie, Bd. 8.

Neben den ebengenannten Schädigungen hat man den Hauptnachdruck auf das Vorkommen von Geisteskrankheiten bei den Nachkommen der Alkoholiker gelegt und sich hierbei u. a. auf folgende Beobachtungen gestützt. In einer großen Statistik wurde geprüft, wie sich die Kinder verhalten, wenn ihre Konzeption in Zeiten großen Alkoholgenußes (Fastnacht, Neujahr) der Eltern stattfand. Es zeigte sich, daß unter ihnen, deren Gesamtzahl relativ gering war, mehr blödsinnige Individuen als sonst vorkamen. Danach würde also, wenn die Statistik eindeutig wäre, die Zeugungsfähigkeit der Eltern durch den Alkohol gelitten und gleichzeitig eine Schädigung der zur Befruchtung gelangenden Keime, wie sie oben besprochen wurde, stattgefunden haben. Aber um sicherzugehen, müßte man doch wissen, wie die Eltern der blödsinnigen Kinder beschaffen und ob sie nicht auch schon geistig abnorm waren. Ein entsprechendes Ergebnis glaubt man auch in bezug auf die Verbrechen und für das Auftreten der Epilepsie festgestellt zu haben. Doch wird im letzteren Falle bestritten, daß der Alkohol die Epilepsie als solche bei sonst gesunden Individuen hervorriefe, er bewirke aber, daß eine vorhandene Anlage zur Epilepsie zutage trete.

Ueber die Beziehung des Alkohols zu den Geisteskrankheiten gibt natürlich auch die Statistik der Irrenanstalten Aufschluß. Alkoholbelastung der Kranken durch die Vorfahren ist häufig, und zwar hat sich herausgestellt, daß mit Vorliebe die Form der geistigen Störung, die bei den Eltern neben dem Alkoholmißbrauch vorhanden war, auch bei den Kindern gefunden wurde. Auf die Bedeutung dieser Erscheinung kommen wir sogleich zurück. Zugleich aber machten bei den Nachkommen der alkoholbelasteten Kranken sich die oben erwähnten Zeichen einer Keimschädigung geltend. Unter 130 Ehen waren 98 fruchtbar. In ihnen wurden 205 zunächst gesunde Kinder geboren, 118 mit unbekanntem Schicksal und 200 abnorme. Darunter waren 52 nicht ausgetragen, 20 tot geboren, 75 kurz nach der Geburt, 21 unter Krämpfen und 32 an frühen Infektionen gestorben.

Sehr gewöhnlich ist es, daß der Alkoholmißbrauch als solcher bei den Kindern wieder auftritt, ohne daß in beiden Generationen eine eigentliche Geisteskrankheit vorhanden ist. Doch findet sich Potatorium nicht selten auch bei Nachkommen, deren Eltern nicht Trinker, aber psychisch krank waren und diese Beschaffenheit auch irgendwie auf die Kinder übertrugen.

Wenn nun auch nach diesen Erfahrungen nicht bezweifelt werden kann, daß ein Zusammenhang zwischen Alkoholmißbrauch und geistiger Störung besteht, so bedarf die Frage doch in einer bestimmten, schon angedeuteten Richtung noch einer weiteren Klärung. Können nämlich außer dem Delirium auch andre, und zwar auch erblich auftretende geistige Erkrankungen bei bis dahin völlig gesunden Menschen durch den Alkohol hervorgerufen werden? Das läßt sich nicht ohne weiteres mit Sicherheit behaupten. Sind doch nicht selten Menschen ausgesprochene Trinker bis ins höchste Alter, ohne im eigentlichen Sinne geisteskrank zu werden. Wie mag es also sein, wenn sich wirklich

psychische Störungen einstellen? Man wird dann dazu gedrängt, anzunehmen, daß die Individuen Trinker wurden, weil sie vorher schon minderwertig oder geisteskrank waren und deshalb dem Alkoholmißbrauch nicht widerstehen konnten, der dann freilich ihre psychische Abnormität oft erst voll und ganz zutage treten ließ und sie wohl auch zu größerer Intensität steigerte. Ist das aber die richtige Auffassung, dann braucht man auch die Geisteskrankheit der Nachkommen nicht notwendig aus einer Schädigung der elterlichen Keime abzuleiten. Sie kann auch so erklärt werden, daß die Keime schon von Hause aus verändert waren und deshalb minderwertige oder kranke Nachkommen lieferten, daß aber ihre krankhafte Veränderung unabhängig war von dem Alkoholismus der Eltern oder doch durch ihn höchstens geweckt oder verstärkt wurde. So lassen sich alle die Stammbäume deuten, in denen man Alkoholismus und Geisteskrankheiten nebeneinander durch zahlreiche Generationen verfolgen kann. Für diese Auffassung läßt sich anführen, daß nicht selten auch die belasteten Nachkommen nichttrinkender Geisteskranker dem Alkoholismus verfallen und daß sich in Trinkerfamilien die psychische Abnormität in ihren bestimmten einzelnen Formen überträgt. Gerade daraus ergibt sich, daß sie als solche von dem Alkohol unabhängig ist und daß sie von den Eltern ererbt wurde. Es wurde ja auch schon angeführt, daß die Epilepsie der Nachkommen nicht auf den Alkoholmißbrauch der Vorfahren zurückgeführt werden muß, sondern daß eine schon bei ihnen vorhandene Anlage sich vererbte und durch den Alkohol ausgelöst wurde.

Nach dieser Auffassung wäre also der Alkoholismus nur der Ausdruck der erblich vorhandenen Minderwertigkeit, und die Keimschädigung träte für das Zustandekommen der Geisteskrankheiten in den Hintergrund. Man wird sie freilich nicht völlig beiseite schieben dürfen, aber ihr Eintritt kann nicht als Regel angesehen werden. Doch bedarf diese ganze Frage zweifellos noch weiterer eingehender Untersuchungen.

Sie führt uns aber weiter zu der vielbesprochenen Ansicht, daß man den Erkrankten der Nachkommen von Alkoholikern dadurch begegnen müsse, daß man ihnen das Heiraten verbiete. Das ist, theoretisch betrachtet, sicherlich durchaus berechtigt, und man kann dagegen nicht etwa auf Grund der eben angestellten Erwägungen geltend machen, daß ja die direkte Wirkung des Alkohols bei der Uebertragung erblicher Geistesstörungen nicht nachgewiesen sei. Denn auch wenn der keimschädigende Einfluß des Alkohols nicht in Betracht käme, bliebe der Trinker doch unter allen Umständen ein minderwertiger oder ausgesprochen geisteskranker Mensch, der seine psychische Abnormität vererben würde und dessen Fortpflanzung daher ausgeschlossen werden sollte. Denn als abnormes oder psychisch krankes Individuum und zugleich als Trinker ist er außerstande, seine Nachkommenschaft ordentlich aufzuziehen. Und aus allen diesen Gründen ist denn auch in einzelnen nordamerikanischen Staaten den Trinkern das Heiraten gesetzlich untersagt.

Aber praktisch gestaltet sich dieses Vorgehen ungleich schwieriger, als es auf den ersten Blick zu sein scheint. Denn erstens ist es schwer, in einer für

das Gesetz brauchbaren Weise die Grenze festzustellen, jenseits der ein Mensch als Trinker betrachtet und behandelt werden soll. Zweitens aber ist er im jugendlichen Alter, in dem die meisten Heiraten stattfinden, gewöhnlich noch kein Trinker, er wird es ausgesprochen erst später, und dann ist er verheiratet. Man wird also auf diesem Wege völlig durchgreifend kaum helfen können, aber durch ein brauchbares Eheverbot würde doch immerhin etwas zu gewinnen sein. Darüber aber darf man natürlich nicht versäumen, auch alle die andern Mittel ausgiebig in Anwendung zu bringen, die den Alkoholmißbrauch verhindern und ihm vorbeugen können.

Donna Laura Minghetti

Dieser Krieg wird mein Tod sein," sagte sie, als sie in schwerem Trennungsweg die heißgeliebte Tochter zum letzten Male umarmte. Aber noch ein andres, vielleicht tieferes Leid drückte ihre Seele nieder: die Zeugin einer großen Vergangenheit, die letzte aus dem Kreise Savours, vermochte den Niedergang ihres Vaterlandes nicht zu überleben. Ein Herzkrampf löschte das reiche Leben Donna Laura Minghettis aus. Und ein sonniges Leben war es zugleich gewesen; schien doch ihre ganze Persönlichkeit die Strahlen jener Auferstehungszeit Italiens aufgenommen zu haben und widerzuspiegeln. Aber, wiewohl begeisterte Patriotin, war sie nur staatsrechtlich und nach Herzenzneigung Italienerin; in ihren Adern floß das Blut eines englischen Vaters, eines in neapolitanische Dienste getretenen Edelmannes aus dem Hause der Acton, und dasjenige einer vornehmen französischen Emigrantentochter, vermischt mit einem nicht unbeträchtlichen Teil deutschen Blutes, denn der Graf d'Albon — ihr Großvater — hatte die ersten Jahre seines Exils in Deutschland zugebracht und dort ein deutsches Edelfräulein heimgeführt.

Die schöne Laura Acton ward in früher Jugend dem sizilianischen Fürsten Camporeale angetraut und schenkte ihm einen Sohn und eine Tochter, die jetzige Fürstin Bülow. Aber von dieser nach einer kurzen Spanne Zeit durch den Tod getrennten Ehe hören wir wenig. Nicht das sieche Neapel sollte der Wirkungskreis dieses hochfliegenden Geistes werden, der dem Licht der aufgehenden Sonne zustrebte. In Turin, dem Sitz des werdenden Königreichs, fand die junge Fürstin den Mann ihrer Wahl, Marco Minghetti, den Gehilfen, vertrauten Freund und geistigen Erben Savours, und wurde ihm mehr als Gefährtin: eine Egeria, deren Seherauge seine politischen Pfade erhellte, eine Muse, deren Begeisterung seine wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeiten belebte; ja, verführt durch den nahezu antiken Zauber der Gestalt, möchten wir die Vergleiche fortsetzen und sie als die Hebe jenes geistigen Olymps bezeichnen, welcher sich in den gastlichen Räumen des italienischen Staatsmannes zusammenfand und den sprühenden Witz der Hausfrau wie verjüngenden Trank genoß. Alle, welche den Salon Donna Lauras gekannt haben, werden aus Erfahrung bestätigen, wie diese nicht nur mit klassischer Schönheit, sondern auch bezaubern-

der Anmut und hinreißender Liebenswürdigkeit geschmückte Frau die Unterhaltung zu lenken, Gegensätze auszugleichen, Annäherungen zu vermitteln, peinliche Gesprächsstoffe zu vermeiden, willkommene herbeizuführen verstand, und das alles mit einer Ursprünglichkeit, die nie eine Absicht ahnen ließ. Welche unschätzbaren Dienste die Geschicklichkeit dieses weiblichen Anwalts der Sache des Königreichs Sardinien geleistet hat, das wußten auch die Diplomaten jener Tage zu rühmen.

Es ist schwer zu entscheiden, welche Seite ihres Wesens stärker ausgeprägt war, der politische Verstand oder die künstlerische Begabung. Der Zauber der Persönlichkeit ruhte jedenfalls in der letzteren. Sie hat unsres Wissens nie selbst ein nennenswertes Gedicht in Worten oder Tönen verfaßt; aber ein Gedicht war sie selbst, eine wunderbare Schöpfung Gottes, ein Kunstwerk von hoher Vollkommenheit, wann und wie immer sie sich zeigen mochte; ein Gedicht auch ihr Heim, welches sie zum Paradiese schuf — gleichsam ein Abglanz ihres Wesens, das mit leidenschaftlicher Freude alles Schöne in Natur, Kunst und Leben erfaßte und pflegte und diese Sorgfalt bis in die kleinsten Einzelheiten des täglichen Lebens und der häuslichen Umgebung ausdehnte. „Wir andern Frauen,“ sagte eine Freundin von ihr, „sind zumeist Gestirne, die ihr Licht von andern Himmelskörpern erhalten. Sie hatte eignes Licht.“ Eine überschwängliche Begabung, die Fähigkeit, auf demjenigen Gebiet, welches augenblicklich ihr Interesse fesselte, Außerordentliches zu leisten, machte sie ihrem Gatten ebenbürtig, einem Mann von universellen Fähigkeiten und Kenntnissen, ja gab ihrem Auftreten selbst dem Genie gegenüber eine unnachahmliche Sicherheit und Freiheit, das Wahrzeichen jener Ausgewählten, welche sich rühmen dürfen, selbst den Kuß des Genius empfangen zu haben. Richard Wagner erzählt in seiner Selbstbiographie: „Ich erlebte das Seltsame (es war im Salon des preussischen Gesandten Grafen Pourtalès in Paris), daß eine neapolitanische Fürstin Camporeale die Schlußszene der Isolde mit schöner Aussprache des Deutschen und überraschender Sicherheit der Intonation uns zum Vortrag brachte.“ Diese Gabe, rasch in das Innerste des Kunstwerks einzudringen und so dem Lieddichter erst recht eigentlich seine innersten Intentionen zu enthüllen, hatte sie auch im Alter nicht verlassen; denn mit derselben Unfehlbarkeit des Ausdrucks, welche Wagner im Jahre 1861 rühmte, sang sie noch achtundzwanzig Jahre später Lieder von Egambati und Brahms vom Blatt, und ihr Vortrag wirkte wie eine Offenbarung auf alle, die zuhören durften. Dem Meister von Bayreuth aber hat sie bis ins Alter jene heiße Glut der Begeisterung bewahrt. Es war im Jahre 1898, als wir sie jener Schlußszene des „Tristan“ am Klavier lauschen und in Tränen ausbrechen sahen.

Auch heiterste Ausgelassenheit war dieser überschäumenden Natur eigen. Aber mochte sie, wie es Freunden erinnerlich, am Meeresstrand sitzend, mit fester Sorglosigkeit gleich einem Weibe aus dem Volke Frutti di mare verzehren, oder mochte sie im Tanz die Bewegungen der Neapolitanerinnen nachahmen, in jeder Bewegung und in jedem Kleide blieb sie — jeder Zoll die

große Dame. Und auch die Grazien haben ihr die Treue gehalten. Schon über siebzig Jahre alt, zeigte sie einst der Jugend, wie man Tarantella tanzen müsse, und keiner der Anwesenden wird sich dieser Szene erinnern, ohne den Eindruck festzuhalten, daß er bis dahin nie in ähnlicher Unmut hat tanzen sehen und nie wieder sehen wird.

Man hätte es verstehen können, wenn diese Tochter einer großen Zeit sich als Witwe in das Heiligtum der Vergangenheit zurückgezogen und in diesem Kultus Genüge gefunden hätte. Allein solche beschauliche Rolle war der Regsamkeit ihrer Natur gänzlich fremd. Mit einer nahezu unvergänglichen äußeren Schönheit hielt eine innere Jugend gleichen Schritt, welche alles werdende aufmerksam beobachtete, jede neue Bewegung mit Eifer verfolgte; ja das Interesse für die Gegenwart konnte sie so fesseln, daß sie darüber Beziehungen, die in der Vergangenheit wurzelten, vernachlässigte — gleich jenen Figuren des Cinquecento eine Meisterin des Lebens, für welche das Gegenwärtige fast ausschließliche Geltung besaß. Hatte ihr auf das Große und Erhabene gerichtetes Streben in der Musik sie mit Sgambati zu den Füßen unsrer Klassiker und Richard Wagners geführt, in der Politik ihr bewunderndes Auge auf die großen Baumeister des Deutschen Reiches gelenkt, hatte ihr klarer Geist mit ihrem Gatten erkannt, welche Kraft das eigne Vaterland aus einem Freundschaftsbund mit diesem Reiche saugen könne, so übertrug sie nun beides, die Flamme der Zuneigung und das Licht des Urteils auch auf die neuen Verhältnisse: sie verehrte mit ihrer ganz deutsch gewordenen Tochter die deutsche Tüchtigkeit, würdigte jene Kräfte, die Wilhelm II. innerhalb des neuen Gebäudes zu entfalten verstand, und schätzte den Nutzen, welchen der italienischen Monarchie der Bund mit dem monarchischen Deutschland, der italienischen Zivilisation die Berührung mit dem deutschen Erwerbsleben, der italienischen Kultur der Austausch geistiger Werte zwischen der Apenninenhalbinsel und dem Vaterland der Dichter und Denker gewähren mußte.

Welch bittere Enttäuschungen hat sie erleben müssen! Nicht die Macht des neuen Königreichs wuchs, sondern nur sein unruhiger Ehrgeiz. Die Menschen wurden kleiner, ihre Ziele unklarer, ihre Mittel schlechter. An Stelle des Staatsmanns trat der Demagoge; an Stelle einer weisen Staatskunst, die in der Beschränkung erst ihre Meisterschaft bewährt, der Irredentismus und Imperialismus. Unvergeßlich ist uns eine Klage der Witwe Minghetti's, zu der die Niederlage der Italiener bei Adua Veranlassung gab: „Warum gingen wir nach Afrika," sagte sie, „hatten wir nicht genug Aufgaben in Sardinien, Apulien und Kalabrien zu erfüllen? Mein verstorbener Gatte war der Ansicht, daß die Italiener erst daheim zeigen sollten, was sie in Kolonisation leisten können, ehe sie weiter hinausgingen." Sollte nicht dieses Wort auch prophetisch das Heilmittel andeuten, durch welches Italien allein wieder gesunden kann: Rückkehr von den Truggebilden der Irredenta und den Irrlichtern des Imperium zu einer Politik der Mäßigung nach außen und der Sammlung im Innern!

Ueber die Kriegsmacher

Brief eines gewesenen Ministers

Ich hatte früher in der „Deutschen Revue“ meinen Gedanken über den Werdegang wie über die Möglichkeit eines Abchlusses der gegenwärtigen Situation kurz Ausdruck verliehen, ohne mich mit Persönlichkeiten zu befassen, die mir eben nur als vom allgemeinen Werdegange gefundene Werkzeuge erscheinen.

Wir hörten unser Zeitalter als solches der Volksaufklärung rühmen, und nie sind in der ganzen Weltgeschichte Völker — nicht nur von einzelnen, sondern von herausgebildeten ganzen Organisationen (nicht zuletzt die Presse!) — so betrogen, so belogen, so mißbraucht, getnebelt, zu Unmenslichkeiten geheßt, zur Verleugnung jedes Rechtsgefühls, aller Lehren des Christentums getrieben worden wie unsre Gegner im Zeitalter „freieitlicher Zivilisation“!

Es ist eben eine verheerende Krankheit über die Menschen gekommen. Da mögen Aerzte herumdoktern — „Operateure“ sehen wir ja zu Millionen am Werke —; heilen kann nur die Natur, Heilung muß stets aus dem Innern des erkrankten Organismus selbst kommen: Die Völker müssen erkennen lernen. Diese Ueberzeugung habe ich in meinen angezogenen Aufsätzen bekundet; machen können es einzelne nicht — das müssen die vielen Millionen.

Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß die Erkenntnis am Wege sei. Die leitenden, richtig informierten Kreise unserer Gegner, die den Krieg gemacht hatten, müssen längst erkannt haben, daß ihre Erwartungen über den Verlauf, über die Ergebnisse und die zu bringenden Opfer getäuscht wurden; allein um ihre eigene Existenz zu wahren, wollen sie dieses nicht zugeben, auf die Ueberlegenheit an Zahl, Raum und Ressourcen zur Fortsetzung des Kampfes pochen, mit ihren Meuten die öffentliche Meinung weiter heßen, jede entgegengesetzte Regung despotisch unterdrücken und verfolgen.

Indem sie urbi et orbi verkünden, von einem Frieden vor siegreicher Erreichung ihrer weitgesteckten Ziele nichts wissen zu wollen, erschweren sie es aber, daß von der anderen Seite Neigung zum Frieden geäußert werde, welche nur als Zeichen der Schwäche, der Erschöpfung gedeutet werden würde.

Dennoch muß die Erkenntnis in den Kreisen unserer Gegner unwillkürlich weiter greifen. Sie beginnt mit dem Gefühle der ungeheuren Opfer an Gut und Blut, der Bedrängnis in den Lebensbedingungen, dem Unmute über die Dauer und verlustreichen Ergebnisse der Kriegsführung, mit der Meinungsverschiedenheit und herben Kritik über die Art derselben und über die leitenden Persönlichkeiten. Schon sind einzelne gefallen, aber die andern müssen nach; mit diesen Leuten am Ruder wird eine Verständigung naturgemäß nie möglich sein; — die Völker müssen sich verstehen lernen.

Mögen sie es hören, mögen sie es wissen: Ja, wir auf unserer Seite sind jederzeit zu einem gerechten Frieden bereit. Wir haben den Krieg, die Schädigung

anderer nie gewollt; wir haben ihn gezwungen aufgenommen zur Verteidigung unserer Existenz, einige entschlossen, ihn bis zum letzten Blutstropfen durchzuführen; unsere Erfolge berechtigen uns zum unerschütterlichen Vertrauen auf unsere Kraft; in diesem Vertrauen sind wir bereit, mit jedem zu reden, der mit uns reden will, über eine allen gerechte, ein künftiges friedliches Gedeihen sichernde Verständigung, ohne welche wir uns alle — Feind und Freund — zugrunde richten.

Diese Erkenntnis muß aller Welt beigebracht werden. Möge sie nicht zu spät kommen und dann die entfesselte Volkswut nicht zerstören, was der Krieg noch übrig gelassen haben sollte.

Die Welt des Islam¹⁾

von

Friedrich Delisch

„Ein Nagel kann einen Huf, ein Huf ein Pferd, ein Pferd einen Mann, ein Mann ein Land retten.“ Wir erleben jetzt die Wahrheit dieses türkischen Sprichwortes an der Türkei selbst. Denn die Türkei, mit der wir in engste Waffenbrüderschaft getreten sind und mit welcher immer engere allseitige Beziehungen zum Segen beider Völker zu knüpfen der mancherlei deutsch-türkischen Vereinigungen und Bestrebungen Zweck und Ziel ist, diese Türkei ist nicht mehr die alte Türkei, der alttürkische, an Haupt und Gliedern morisch gewordene und bis in seine fernsten Gebiete aus tausend Wunden blutende Staat, der „kranke Mann“, der unrettbar der Auflösung entgegenging, umlauert von England und Rußland, seinen Totengräbern und lachenden Erben zugleich — von dieser alten Türkei wollen wir nicht länger sprechen, ja jede Erinnerung an sie aus unsrem Gedächtnis tilgen. Vielmehr sehen wir jetzt nur die hart vom Rande des Abgrundes zurückgerissene, mit flammendem Patriotismus sich aufraffende und von Grund aus sich verjüngende Türkei, an deren Neugestaltung so viele edle, begeisterte, willensstarke Jungtürken mitgearbeitet haben, die aber für uns mit dem einen Namen, Enver Pascha, als dem Retter seines Vaterlandes verknüpft ist, als dem von der Vorsehung auserkorenen Manne, der mit zäher Zielbewußtheit und eiserner Tatkraft die Türkei einer neuen Zukunft mit allen notwendigen Reformen zuzuführen am Werke ist.

Aber bevor wir uns dieser wiedergeborenen Türkei zuwenden, ihren Aufgaben und Hoffnungen, unsren Aufgaben und Hoffnungen, bleibt es für uns eine Grundvoraussetzung, das nicht zu erschütternde Fundament des türkischen

¹⁾ Vortrag, gehalten in Elberfeld bei Begründung der dortigen deutsch-türkischen Vereinigung. Vergleiche des Verfassers ausführlicheres Ullstein-Buch „Die Welt des Islam“.

Staates, des neuen ebenso gut wie des alten, nämlich die türkische Staatsreligion, den Islam, kennen zu lernen. Denn wie es schon im Privatleben wünschenswert und ersprießlich ist, den sittlich-religiösen Standpunkt desjenigen kennen zu lernen, mit dem man Freundschaft schließen und halten will, so ist dies gegenüber den islamitischen Völkern ganz besonders angezeigt, da bei ihnen die Religion alle Gebiete und Verhältnisse des öffentlichen wie privaten Lebens ungleich merkbarer durchdringt als bei uns Abendländern, und da der Koran nicht allein das Grundbuch der Religion und Ethik, sondern zugleich das Rechtsbuch der islamitischen Völker bildet.

Schon das Wort Islam ist ja ein Glaubensbekenntnis. Zurückgehend auf den auch in Jerusalem, Salomo, Salamis enthaltenen dreikonsonantigen Wortstamm, der uns allen aus dem orientalischen Friedensgruß *selām alaika* bekannt ist, bedeutet der Infinitiv *Islām* „sich vollständig hingeben an Gott“, während das Partizipium *Muslim* „Moslem“, wohl auch *Muslimān*, woraus „Muselman“, denjenigen bezeichnet, „der sich voll und ganz Gottes Willen ergibt“. Es kann nicht anders sein, als daß schon dieses Bekenntniswort *Islām*, *Muslim*, uns die islamischen Völker von vornherein congenial und sympathisch macht. Die Idee des Einen, einigen Gottes hat in der Religion Muhammeds ihren reinsten, gewaltigsten, konsequentesten Ausdruck gefunden. Darum findet der erste Teil des aus zwei Sätzen bestehenden muhammedanischen Glaubensbekenntnisses: *la ilah illa 'llah*, „Es gibt keinen Gott außer Allah“, d. h. dem wahren Gott, seitens Juden und Christen vollkommenste Zustimmung. Wir fühlen uns mit dem Muslim in diesem Haupt- und Kernpunkte eins. Und wenn man immer wieder es Muhammed zum Vorwurfe macht, daß er seine religiösen Anschauungen zu einem großen Teil dem Alten und Neuen Testamente entlehnt hat, so kann es meines Erachtens doch nur mit Dank begrüßt werden, daß Muhammed diese jüdischen und christlichen Anschauungen unter Millionen von Menschen propagiert und für sie eine Form gefunden hat, die bei seinen Landsleuten und so vielen zum Teil halbwilden Völkern Interesse und Verständnis erweckte. Von Abraham an, der Muhammed als der erste Rechtgläubige, als der erste Muslim gilt, bis zu der Ausschau auf die letzten Dinge: Auferstehung und Gericht, Hölle und Paradies, ist Muhammed von der Bibel abhängig und können seine Lehren höchstens in etlichen phantasievollen Ausmalungen beanstandet werden. Aber im großen und ganzen ist der Islam Fleisch von unfrem Fleisch und Blut von unfrem Blut, wie ja Muhammed selbst den Islam die „Religion Abrahams“ nennt.

„Es ist nur Ein Gott.“ Und da dieser Eine Gott kein anderer ist und sein kann als der Gott des Judentums und Christentums, und Muhammed, wie gesagt, mit den jüdischen und christlichen Glaubensanschauungen im allgemeinen wohlvertraut war, so sind auch die Lehren des Koran von dem höchsten absoluten geistigen Wesen, arabisch Allah, unfren Anschauungen wesentlich gleich.

Gott ist allmächtig. Er macht, was Er will. Er hat die Erde aus nichts geschaffen in sechs Tagen. Und wie schön und zweckmäßig hat er alles ge-

ordnet! Der Himmel aufgerichtet ohne sichtbare Säulen; Sonne, Mond und Sterne Gottes fronpflichtige Knechte, dem Menschen zur Leuchte und Zeitbemessung zu dienen; der Wandel von Tag und Nacht, der belebende und befruchtende Regen, des Menschen wunderbare Geburt — alles ist nach der Lehre des Koran ein Wunderzeichen Gottes, verkündet Gottes Allmacht und Güte und ruft den Menschen zum Lobpreis des Schöpfers. Auch die wie ein Teppich sich breitende Erde mit ihren Saatsfeldern und Fruchtbäumen, die Haustiere, auf denen wir reiten und von denen wir essen, das stolze Pferd und die fleißige Biene — alles zeugt von Gottes Allmacht und Weisheit und predigt dem Menschen Demut, wie ja die Dinge selbst rechts und links Schatten werfen, Gott fußfällig anbetend und in den Staub sich erniedernd.

Gott hört und sieht alles und kennt die geheimsten Gedanken der menschlichen Brust. Auch was geschehen wird, weiß Er. Insbesondere sind es „fünf Dinge, die Gottes Rat zu wissen sich vorbehalten hat. Er weiß, wann er wird Regen schicken, um eure Saaten zu erquickern. Er weiß, wann er am Jüngsten Tag wird wecken, was in Gräbern lag. Wer weiß, was Mutterschoß verborgen? Und wer, was dich wird treffen morgen? Und niemand weiß als Gott allein, in welchem Lande dein Grab wird sein“.

Eine der heiligsten und zugleich kürzesten Suren (d. i. Abschnitte) des Korans, die 112., die sog. „Sure der lauterer Gottesverehrung“, lautet: „Sprich: so ist's! Gott ist Einer, Gott ist das Ziel. Er hat nicht gezeugt und ward nicht gezeugt, und niemand ist ihm ebenbürtig.“ Wenn wir die große Schiffsbrücke über das Goldene Horn von Galata aus überschreiten, dann gewahren wir an der Mauer einer der großen Moscheen von Stambul mit zwei goldenen, weithin leuchtenden Buchstaben das Wort hūa geschrieben — es ist das „so ist's!“ unsrer Sure, jenes hūa, ja hūa, welches bei den Gebetsübungen der heulenden wie tanzenden Dervische in ununterbrochener Wiederholung deren Lippen entströmt und sie in weltfernste Verzückung und Ekstase versetzt. „Sprich: hūa! Gott ist Einer, er hat nicht gezeugt und ward nicht gezeugt.“ Gott hat nicht gezeugt. Muhammed macht mit diesem Bekenntnis nicht nur gegen seine heidnischen Landsleute Front, die in den Engeln Töchter Gottes verehrten, sondern auch gegen das Christentum, das in Jesus den Sohn Gottes sieht und verehrt. Wir werden in diesem Punkte den Muslim niemals überzeugen, dürfen aber dabei nicht vergessen, daß, wenngleich Muhammed die Gottesjohnschaft Jesu im Sinne der christlichen Orthodogie in Abrede stellt, er doch auch seinerseits an Jesu übernatürliche Geburt glaubt, nur daß er diese auf Eine Linie stellt mit der Schöpfung Adams.

Als ich im Jahre 1902 zum ersten Male Nord- und Südbabylonien bereiste, kam ich auch nach dem Städtchen Samaua und war dortselbst Mittagsgast des würdigen, siebzugjährigen Mubir. Nach dem Essen erhob sich der alte Herr und sagte, nun wolle er mir das Kleinod seines Hauses zeigen, stieg auf einer kleinen Leiter zu einem an der Wand hängenden Spind, öffnete es in feierlicher Gemessenheit und entnahm ihm eine kleine verschlossene Truhe. Diese

öffnete er — ein goldener Siegelring mit großem rotem Stein kam zum Vorschein, und diesen führte der greise Muslim mit einer Inbrunst ohnegleichen an seine Lippen und küßte ihn und sagte: „Es ist das Bild unsres Herrn Jesu, Friede sei über ihm!“ Er vertraute mir den Ring nur für flüchtige Augenblicke an, die nicht hinreichten, zu erkennen, was die Gravierung zeigte, aber das Erlebnis bleibt mir unvergeßlich, denn es spricht beredter als Worte vermöchten, wie der Muslim in der Verehrung Jesu, des letzten großen Propheten vor Muhammed, viele Namenschristen beschämt.

Und wie steht es mit jenem andern Punkte in Muhammeds Lehre von Gott, der sich uns, sobald wir das Wort Islam hören, auf die Lippen drängt, nämlich mit Muhammeds Lehre von der Prädestination, der Vorherbestimmung, dem Kadar- oder Kismetglauben des Muslim? Muhammed lehrt: „Keine Seele kann sterben außer mit Gottes Zulassung in schriftlich dem Zeitpunkt nach bestimmter Weise.“ „Wenn ihr in euren Häusern gewesen wäret, so hätten doch die, denen getötet zu werden im Buche verzeichnet war, hinaus gemußt zu ihren Ruhestätten.“ Also Todesstag und Todesart ist jedem Sterblichen bei Gott schriftlich bestimmt. Auch sein sonstiges Geschick. „Nicht hat ein harter Schlag getroffen auf Erden noch euch selbst, der nicht in einem Buche stand, bevor wir ihn verfügten.“ Alles, was ist und geschieht, weiß Gott, weiß er vorher. „Bei Ihm sind die Schlüssel des Geheimen, sie kennt nur Er. Er kennt, was ist zu Land und Meer, und nicht ein Blättlein fällt, daß er's nicht wüßte, und nicht ein Körnlein in der Erde Finsternis, nichts Grünes und nichts Dürres, daß es nicht stünd' in einem klaren Buche.“ Angesichts solches von Ewigkeit her feststehenden göttlichen Ratschlusses, der alles menschliche Tun und Erleben bis ins kleinste vorausbestimmt hat, kann das menschliche Tun folgerichtig nur als ein „Sichaneignen“ der vorausbestimmten Tätigkeit gelten, und es bleibt gar vieles dunkel, obenan, wie der Mensch ob seiner Taten bestraft werden kann. Indes trotz solchen Rätselfragen und Widersprüche — der Muslim glaubt an solche göttliche Vorsehung alles irdischen Geschehens, an Gottes ewigen Willen. Unser christliches „so Gott will!“ hat das muhammedanische, immer und immer wieder gehörte in-scha-lläh, „wenn Gott will“, zu seinem gleichbedeutenden, doch beträchtlich inhaltsschwereren Gegenstück. Es klingt mir noch immer in Ohr und Herz nach, als ich zum ersten Male die Aja-Sofia-Moschee besuchte und beim Abendwerden dem mich begleitenden Imam mit weißem, niederwallendem Barte dankte und sagte: „Morgen komme ich wieder!“ — wie dieser seinen Finger erhob und mit ernster, rügender Stimme zu mir sagte: „Inschalläh.“

Und diese Lehre Muhammeds von Gottes alles durchwaltendem Willen gießt über das innere und äußere Leben des Muslim so viel Licht aus, daß die Schattenseiten fast ganz davor verblassen. Dem resignierten Sichfügen in Gottes Ratschluß entspricht eine musterhafte Geduld in schweren Lebenslagen, nach einem unglücklichen Ereignis eine bewunderungswürdige Geistesstärke, die auch in den düstersten Stunden des Lebens jeden Gedanken an Selbstmord von der Seele der Muslims aller Zeiten und Länder fernhält. Ebenso in Krankheit,

während auf dem Sterbebett dem Muslim das Wort des Propheten auf den Lippen schwebt: „Gottes sind wir und zu Ihm kehren wir zurück“, „Zu Gott geht die Reise“. Wie manchmal kommt es bei den die Wüste durchziehenden Karawanen vor, daß ein tödlich erkrankter Reisegefährte zurückgelassen werden muß, weil sein starrer Körper die Strapazen der Reise nicht mehr erträgt! Ein Krüglein voll Wasser neben sich, gräbt er sich mit eigener Hand ein flaches Grab in den Wüstenand, gottergeben seinen Tod erwartend, ja mit leuchtenden, siegesfrohen Augen dem Augenblick entgegenharrend, da nach kurzer Grabesruhe aus den Toren des Paradieses die Engel treten, mit dem himmlischen selām alaika ihn zu begrüßen. „Armut“ — sagt ein türkisches Sprichwort — „ist der schlimmste Tod.“ Aber auch in der drückendsten Armut bleibt das Vertrauen zu Gott, dem Allversorger, lebendig, und der Bettler verstummt, sobald man zu ihm sagt: „Allah wird dir geben.“ — Was aber das Schlachtfeld betrifft, so haben wir alle von Jugend auf von den bewunderungswürdigen Beispielen todesmutiger Tapferkeit gehört, die den türkischen Soldaten durch alle Jahrhunderte hindurch ausgezeichnet, haben gelesen, wie in den Laufgräben von Plewna die türkischen Helden in langer Reihe an die Erde gelehnt standen und entwaffnet werden sollten, als man erkannte, daß das Leben aus den Körpern entflohen — keiner war auch nur um Handbreite von seinem Standort gewichen. Und wie dereinst Plewna, sind in unsren Tagen die Dardanellen Zeuge gewesen der löwenmutigen Tapferkeit unsrer türkischen Bundesgenossen, die den „Kampf auf dem Wege Gottes“, den Dschihad oder heiligen Kampf kämpfen, getreu des Propheten Befehl und Verheißung. „O ihr Gläubigen!“ — lesen wir im Koran — „ich weise euch hin auf einen Handel, der euch errettet aus schmerzlicher Strafe, indem ihr glaubt an Gott und seinen Gesandten und den heiligen Kampf kämpfet mit eurem Gut und eurem Leben. Das ist am besten für euch, wenn ihr einsichtig seid. Dann wird er euch eure Sünden vergeben und euch hineinführen in Gärten, von Strömen durchflossen, in gute Wohnstätten, in Wonnegärten — das ist die große Glückseligkeit.“ Wie ja auch Enver Pascha's Armeebefehl zu Beginn dieses Weltkrieges mit den Worten schloß: „Dreihundert Millionen Muslims, die unter Ketten stöhnen und die unsre alten Vaterlandsgenossen sind, beten für unsern Sieg. Niemand schrecke vor dem Tode zurück! Höchster Ruhm denen, die vorwärts stürmend als Märtyrer fallen auf dem Wege der Religion und des Vaterlandes. Vorwärts immerdar, vorwärts! Rückwärts liegt die Erniedrigung, vorwärts Sieg und Macht, Martyrium und Paradies!“

Es kann und soll ja nicht geleugnet werden, daß das fatalistische Sichfügen unter die göttliche Vorherbestimmung auch Gefahren in sich birgt. Aber wenn vielleicht bei den Türken der alten Generation eine gewisse Gleichgültigkeit gegen alle irdischen Dinge und ein durch ungewöhnliche Genügsamkeit im Essen und Trinken unterstützter, zudem durch das Klima begünstigter Hang zum „Kef“ oder Nichtstun und, getreu dem türkischen Sprichwort: „Eilen ist vom Satan“, die Parole: „Jawasch, jawasch“, d. i. „langsam, langsam“, im privaten wie öffent-

lichen Leben nicht so schnell völlig auszurotten sein wird, so läßt doch der wiedergeborene osmanische Staat keinerlei Befürchtungen etwaigen Sichgehenlassens infolge von Mißdeutung des göttlichen Kadar aufkommen. Wie wenig etwa Muhammeds eigener Lehre Gleichgültigkeit gegen die Anforderungen des irdischen Lebens schuld gegeben werden kann, lehrt eine Unzahl von Koranstellen, denen zufolge der Glaube an Gottes Vorwissen die menschliche Willensfreiheit und Verantwortlichkeit nicht aufhebt. Wie würde sich sonst, um nur eines zu erwähnen, der Glaube an die Schreiberengel rechtfertigen? Wenn wir einen Muslim sein Gebet beenden sehen, so beobachten wir, daß er zunächst nach rechts, dann nach links über die Schulter blickt — er begrüßt die beiden Schreiberengel, die dem Menschen allüberall folgen, der zur Rechten, um die guten, der zur Linken, um die bösen Taten aufzuschreiben. Ihre Mission wäre doch nutzlos, wenn die Taten jedes Einzelnen bereits von Ewigkeit her im Buche verzeichnet wären. — Es wird erzählt, daß eines Tages jemand zu dem Gesandten Gottes kam und ihn fragte, ob er seinem Kamel die Beine binden und Vortehrungen zu seinem Schutze treffen oder ob er es mit gelöster Halfter gehen lassen solle, es Gottes Schutze befehlend. Muhammed antwortete: „Binde dein Kamel an und dann vertraue auf Gott.“ Auf dieser Erzählung ruht das türkische Sprichwort: „Erst binde den Esel an und dann befehl ihn Gott!“ Gottes Segen und des Himmels Beistand sind abhängig von der Umsicht, der Tatkraft, der Pflichterfüllung des Menschen auch nach muslimischem Glauben. Daher das schöne Wort, das am 15. April 1915 der Sultan zu den von ihm empfangenen Journalisten sagte: „Alles ist Kadar, aber man muß trotzdem immer tätig sein.“

Was aber den zweiten Teil des muhammedanischen Glaubensbekenntnisses betrifft: „und Muhammed ist der Gesandte Gottes,“ so haben wir, glaube ich, dem Islam gar manchen auf Voreingenommenheit beruhenden Vorwurf und Muhammed nur allzuvieler Berunglimpfungen seiner Person abzubitten.

Um 570 in Mekka geboren, war Muhammed (d. h. der Hochgepriesene) frühzeitig Waise, seine Familie dürftig. Sein Vater Abdallah, ein kleiner Kaufmann, starb schon zwei Monate nach des Knaben Geburt, und die Mutter folgte nur wenige Jahre später ihrem Gatten in den Tod nach. So wuchs der Waisenknabe zuerst unter der Obhut seines Großvaters, später unter der seines Oheims auf und trat alsdann in die Dienste einer reichen Kaufmannswitwe Chadißcha, die das von ihren beiden ersten Männern ererbte Geschäft weiterführte. Muhammed gab schon damals Beweise hervorragender Begabung, so daß seine Prinzipalin, obwohl etwa fünfzehn Jahre älter als er, eine tiefe Neigung zu ihm faßte und ihm selbst die Ehe antrug. Die Ehe gestaltete sich ideal, und Muhammed war obendrein mit einem Male aller materiellen Sorgen enthoben. Vier Töchter und zwei Söhne, die beide jedoch in zartem Alter starben, entsprossen dieser ehelichen Verbindung.

Für religiöse Fragen herrschte eben damals bei den Arabern weitverbreitetes Interesse. Es war in ihren religiösen Vorstellungen eine Gärung eingetreten. Das vom Judentum und Christentum ausstrahlende Licht reiner Gottesverehrung

hatte in ernsteren Naturen Unbefriedigtheit und Zweifel an der arabischen Verehrung all der weiblichen Götzen geweckt, die in Mekka innerhalb der Kaba angebetet wurden. Auch Muhammed, der mehrfach mit Juden und Christen verkehrt hatte, war, etwa vierzig Jahre alt, von der Eitelkeit alles Götzendienstes durchdrungen. Die Erkenntnis des Einzigen, Allmächtigen, des Schöpfers der Welt; die Ueberzeugung, daß der Tag des Gerichtes nahe sei und seine Stammesgenossen der Verdammnis verfallen würden, wenn sie sich nicht rechtzeitig bekehrten; daneben aber der Zweifel, ob er, der von Natur furchtjame Mann, dem Spott und der Verachtung seiner Landsleute gewachsen sei — dies alles hatte Muhammed in einen Zustand von Gemütsregung gebracht, die der Verzweiflung nahe war. Fasten und Beten und einsames Umherirren brachten keine Erlösung.

Da auf einmal kam die Berufung. „Ich ging aus“ — so erzählt Muhammed selbst — „mit dem Plan, mich von einem Felsen herabzustürzen, um Ruhe zu erlangen. Als ich aber mitten auf dem Berge war, hörte ich eine Stimme vom Himmel, die sagte: „O Muhammed! du bist der Gesandte Gottes, und ich bin Gabriel!“ Ich hob das Haupt gen Himmel und siehe! Gabriel in der Gestalt eines Mannes, mit den Füßen (wie beim Gebet) nebeneinander gestellt, am Horizont des Himmels, der sagte: „O Muhammed! du bist der Gesandte Gottes, und ich bin Gabriel!“ Ich fing an, nach ihm zu schauen, mein Antlitz nach verschiedenen Richtungen des Horizontes zu wenden, doch wo ich hinblickte, sah ich ihn. Nicht hörte ich auf zu stehen, bis Chadidscha ihren Boten ausschickte, mich zu suchen, und dieser nach Mekka zu ihr zurückkehrte, während ich auf derselben Stelle stand. Dann verschwand er, und ich lehrte zu meiner Familie am Fuße des Hira zurück. Ich rief: „Wickelt mich ein und bespritzt mich mit Wasser!“ Sie hüllten mich ein und übergossen mich mit Wasser. Da ward mir offenbart: „O du, der du liegst bedeckt, Steh auf und lehr erweckt, Und deinen Herrn preis' unerschreckt, Mach rein dein Kleid, das ist befleckt, Und wirf den Greuel weg! Tu nichts Gutes, das Lohn bezweckt, Und harre auf den, der dein Ziel dir steckt!“ Nun auf einmal trat der ursprünglich so schüchterne Mann mutig auf, überzeugt, daß die Stimme in seinem Innern von einer höheren Macht komme. Aber wenn immer er die Stimme Gottes in seinem Innern zu hören meinte und er sich den Anblick des Himmelsboten vor seinem geistigen Auge vergegenwärtigte, ergriffen ihn mit Fieber verbundene Nervenansfälle gleich jenem ersten, bis er sich wieder erholte, worauf er dann das geoffenbarte Wort sprach.

Es fehlt jede Spur von Berechtigung, Muhammeds Vision als frommen Betrug zu bezeichnen. Wer im Orient gereist und Augenzeuge der oft wunderbaren Luftspiegelungen gewesen ist, mag geneigt sein, mit dem holländischen Arabisten de Goeje bei Muhammeds Vision an das bekannte „Brocengespens“ zu denken, welches darin besteht, daß, wenn der Beobachter sich zwischen der niedrig stehenden Sonne und einer Wolkenbant befindet, er bisweilen seinen eignen Schatten auf letzterer riesig vergrößert sieht. Der „Mann in betender

Haltung“ würde hiernach ein Nebelbild von Muhammed selbst gewesen sein. Aber selbst diese Möglichkeit, Muhammeds Vision auf naturwissenschaftlichem Wege zu erklären, schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß (ähnlich wie der Apostel Paulus nach seiner Vision auf dem Wege nach Damaskus) Muhammed in der Kraft jener Vision zu predigen begann und zu predigen fortfuhr, und daß die Macht seiner Persönlichkeit und Predigt, seinen Tod überdauernd, zunächst die Araber, dann aber durch sie 300 Millionen Menschen von China bis Marokko zu fanatischen Anhängern und Befennern des Islam gemacht hat, und daß seine Sendboten noch heute in Afrika andauernd mit großem Erfolg wirken. Muhammed, der „Gesandte Gottes“, bleibt jedenfalls eine weltgeschichtliche Persönlichkeit ersten Ranges, wie selbst seine leidenschaftlichsten Gegner zugeben, ja Gustav Weil, der ausgezeichnete Erforscher des Lebens und der Lehre Muhammeds, kommt, obschon er auch deren Schattenseiten hervorhebt, dennoch zu dem Schluß, daß ein Araber, der, unbestimmt um das eigne Leben, der Vielgötterei ein Ende machte und die Lehre von der Unsterblichkeit der Seele seinem Volke einprägte, nicht nur den größten Männern der Geschichte an die Seite gesetzt zu werden, sondern auch den Namen eines Propheten verdiene.

Was uns überdies die höchste Bewunderung abnötigt und zugleich das beliebte Schlagwort von dem „falschen Propheten“ zufanden macht, das ist Muhammeds Ueberzeugungsstreue und die aus ihr geborene, durch keinerlei Unbilden niederzuzwingende Ausdauer bis in den Tod.

Das Wort Jesu: „Ein Prophet gilt nirgends weniger denn in seiner Vaterstadt“ sollte durch Muhammeds Prophetenlaufbahn wie durch ein Musterbeispiel bestätigt werden. Seit dem Jahre 609, in welchem Muhammed seine erste Offenbarung erhielt, blieb der Islam lange Zeit hindurch auf sein eignes Haus beschränkt. Schon seine nächsten Anverwandten verhielten sich ablehnend, und gar seine weiteren Stammesgenossen, die Bewohner von Mekka, hatten für den Betrüger, den Poeten, wohl gar Verrückten, wie sie Muhammed nannten, nichts übrig denn Feindschaft, Hohn und Verachtung. Die reichen Mekkaner Kaufherren sahen sich durch Muhammeds schroffes Auftreten gegen den Götzendienst der Kaba in ihren Vorrechten und ihrem Handel gefährdet, und seine nie verstummende Predigt gegen irdischen Besitz wie gegen falsches Maß und Gewicht und seine fortwährenden Drohungen mit furchtbaren Höllestrafen entflammten sie zu äußerstem Hass. Muhammeds Familie ward geächtet, er selbst wie ein Hund mit Steinwürfen aus den Ortschaften vertrieben, aber er hielt durch. Und als ihm plötzlich in Mekkas Schwesterstadt Medina immer mehr Anhänger zufließen, die sich im Jahre 621 auf das Bekenntnis einigten: „Wir wollen Gott niemand zugesellen, keinen Diebstahl begehen, keine Unzucht treiben, unsre Kinder nicht töten, niemand verleumden und dem Propheten in allem, was recht ist, unweigerlich folgen,“ und als weiter der am 16. Juli 622 nach Medina übergesiedelte Prophet zum offenen Kampf gegen Mekka überging, wurde er zwar in der Schlacht am Berge Ohod durch Steinwürfe bewußlos zu Boden gestreckt, aber er hielt durch, bis Mekka fiel, die Kaba, das uralte arabische Heiligtum,

für den Islam erobert und die Macht des Heidentums in Arabien gebrochen war. Nach Jahrzehnten tiefster seelischer Erregungen schmerzlicher und freudiger Art kann es nicht wundernehmen, daß Muhammeds physische Kraft allmählich erlahmte. Im Frühling 632 unternahm er seine letzte Pilgerfahrt nach Mekka. Vor mehr denn 40 000 Pilgern hielt der Prophet eine Ansprache, in der er seinen Gläubigen noch einmal die Satzungen des Islam einschärfte. „Heute habe ich meine Religion für euch vollendet und habe erfüllt das Maß meiner Huld gegen euch, und es ist mein Wille, daß der Islam eure Religion sei. Ich habe meine Sendung erfüllt. Hinterlassen habe ich euch den Koran, das Buch Allahs, und deutliche Gebote. So ihr sie haltet, werdet ihr nimmer irregehen.“ Von dieser „Abschiedswallfahrt“ nach Medina heimgekehrt, erkrankte er an heftigem Fieber. Die Leitung des täglichen Gebetes übertrug er seinem treuen Freunde Abu Bekr, dem Vater seiner Lieblingsfrau Aischa. Immer mehr schwanden seine Kräfte, trübten Fieberphantasien sein Bewußtsein. Am Morgen des 8. Juni flackerte die erlöschende Lebensflamme noch einmal auf, und aus der Thür, die Aischas Hütte mit der Moschee verband, trat plötzlich der Prophet unter die zum Gebet versammelten Gläubigen und hielt mit fester Stimme, jedoch den Tod im Auge, eine letzte kurze Ansprache. Um die Mittagstunde des 8. Juni 632 fühlte Aischa seine Hand in der ihren erkalten — unter Phantasien von Paradies und Engeln war der Prophet, dreiundsechzig Jahre alt, sanft entschlafen.

Ein reichgesegnetes Leben hatte seinen Abschluß gefunden und sollte nach dem Tode von noch reicherm, ja in der Geschichte der Menschheit beispiellosem Erfolge gekrönt sein.

Der Prophet hinterließ keinen Sohn. Aber seine Nachfolger: Abu Bekr, der erste Khalif, ferner Omar, Othman, Ali erweiterten in nie dagewesenem Siegeslauf die Herrschaft des Islam. Binnen fünfundzwanzig Jahren waren Syrien, Aegypten, Mesopotamien, Armenien, Persien und Rhodos der arabischen Herrschaft unterworfen. Der ganze Norden Afrikas folgte wie von selbst. Damaskus, der Herrscheritz der Omajjaden; Bagdad, die Residenz des Abbasiden Harun al-Raschid, des mächtigen Zeitgenossen Karls des Großen, strahlten bis in das Abendland ihren blendenden Glanz. Und als das arabische Weltreich in muhammedanische Einzelstaaten sich auflöste, gelangten die türkischen Prätorianerführer der Abbasiden, durch neue turkomanische Scharen verstärkt, zu immer größerer Macht. Sie wurden ebenfalls Muslimes, ebenso wie die mongolischen Horden des Dschingis Khan, die vorübergehend die islamischen Länder überschwemmten, den Islam annahmen und dadurch seine Verbreitung nach Indien und noch weiter ostwärts bis China förderten. Um 1300 gründete Osman I., nach welchem sich die Türken Osmanen nennen, in Kleinasien den türkisch-islamischen Staat. Im Jahre 1354 faßten die Osmanen Fuß in Europa durch die Besetzung von Gallipoli, seit 1365 residierten ihre Sultane in Adrianopel, am 29. Mai 1453 erlag Konstantinopel dem Ansturm der Osmanen unter Muhammed II., 1517 wurde auch Aegypten türkisch. Seitdem hat der Gang der Weltgeschichte erwiesen, daß es kein Schaden ist für den Frieden der

Völker, wenn von Konstantinopels Zinnen das Banner des Halbmondes weht, daß im Gegenteil dieses Banner allein die Ruhe und den Frieden der abendländischen Völker verbürgt.

Die staatsmännische Weisheit und zugleich Milde des Propheten zeigt sich in eben unsern Tagen, nach über zwölfhundert Jahren, in denkbar hellstem Lichte. Gewiß hat Muhammed durch eine Reihe von Aussprüchen den persönlichen Stolz jedes einzelnen Muslim gewaltig gesteigert, indem er ihn den „Auserwählten“ zuzählt, die Gott zum wahren Glauben bestimmt hat, die Allah selbst rechtleiten wollte. Aber daneben lesen wir doch, sogar wiederholt, im Koran jenes Wort, das ich gar manchmal, in weltentrückter Einsamkeit unter fanatischen Muslims als einziger Christ sitzend, rezitiert habe, ohne Widerspruch zu finden: „Fürwahr, die Gläubigen und die, welche Juden sind, und die Christen — wer an Gott glaubt und den Ältesten Tag und Gutes tut, denen ist ihr Lohn bei ihrem Herrn, und keine Furcht bedrückt sie, und sie sollen nicht traurig sein.“ So werden wir Christen, wenn wir uns jedes zweck- und nutzlosen Missionierens enthalten, in Sachen des Glaubens mit dem Islam vortrefflich auskommen.

Auch was den Dschihad, den „Heiligen Krieg“, gegen die Ungläubigen betrifft, nötigt uns die hohe sittliche Mäßigung und Weisheit des Stifters des Islam Bewunderung ab, insofern er die Verpflichtung zum Dschihad nur in der Abwehr von Angriffen erblickte. „Kämpfen,“ sagt er, „ist besser als Unruhe,“ d. h. als fortwährende Beunruhigung durch ungerechte Angreifer. „Bekämpfet auf dem Wege Gottes die, welche euch bekämpfen, bekämpfet sie, bis daß keine Unruhe mehr ist. Wenn sie aber absteigen — alle Feindschaft richtet sich nur gegen die Ungerechten.“ In vollkommener Uebereinstimmung mit diesen Grundsätzen des Propheten ließ der Fetwa des Scheich-ul-Islam keinen Zweifel, daß auch der gegenwärtige Heilige Krieg nicht ein Krieg sei gegen die Nichtmuhammedaner überhaupt, sondern nur gegen die Angreifer, die jahrzehntelangen Dränger und erbitterten Feinde der Türkei und ebendamit des Kalifats, des Islam. Ja fürwahr, Kampf ist besser als Unruhe! Seit einem Jahrhundert sieht das friedliebende Volk der Osmanen seinen und seines Staates Bestand unablässig beunruhigt, ja auf das schwerste bedroht, offen und versteckt, durch ungerechtes Losreißen von Gebietsteilen und heimtückisches Unterminieren mittels Aufreizung bald der Kurden, bald der Armenier, bald der Araber mit russischem oder englischem Gold gegen ihr rechtmäßiges Herrscherhaus. Durch nichts hat die Türkei die Feindschaft jener drei Völker herausgefordert, die sich seit Jahrzehnten anmaßen, die allein konzeSSIONierten Baumeister der Welt zu sein, und deren Diplomatie wesentlich darin besteht, Einbrüche in fremden Besitzstand vorzubereiten, Verschwörungen, wie den Balkanbund, anzuzetteln und die Welt, vornehmlich die islamitische, unter sich zu verteilen: Cypern, Aegypten, Ruweit, Algier, Tunis, Marokko, bis zu guterleht Rußland und England in schamloser Ländergier auch noch Persien unter sich theilten, solchen Raub eine „Garantie für Persiens Freiheit und Selbständigkeit“ nennend. Wer immer noch

an Gerechtigkeit im Himmel und auf Erden glaubt, kann nur beten, daß die Türkei, für die es sich um Sein oder Nichtsein für ewige Zeiten handelt, aus diesem wahrhaft heiligen Kriege siegreich hervorgehe, daß das türkische Wahrzeichen: der zunehmende Mond, gepaart mit dem großen Glückstern des Jupiter, unter Allahs, des Allmächtigen und Barmherzigen Beistand die Türkei vor der ihr zugebachten Verschmetterung in Europa und Asien bewahre, und in vertrauensvollem Zusammenwirken mit den deutschen Kameraden das osmanische Heer und mit ihm der osmanische Staat einer neuen glorreichen und ruhigen Zukunft zugeführt werde.

Und sowenig wie gegen den Dschihad ist gegen die sonstigen religiösen Vorschriften des Propheten irgend etwas einzuwenden. Nur erinnert sei an Muhammeds unendlich segensreiches Alkoholverbot, mit welchem der Islam uns allen über ist; an das auch in sanitärer Hinsicht so heilsame Gebot der fünfmaligen täglichen Waschung vor dem Gebete; an die Forderung des Almosengebens. Auch Muhammed galt der Glaube ohne Werke als tot. „Die Frömmigkeit ist nicht das, daß ihr euer Gesicht nach Osten und nach Westen wendet, sondern die Frömmigkeit ist: wer an Gott, den Jüngsten Tag und die Propheten glaubt und sein Vermögen, so sehr er es liebt, den Verwandten, Waisen, Armen, dem Wanderer und Bettler gibt und auf die Sklaven wendet.“ Almosen ist „ein schönes Darlehen, das Gott doppelt zurückgeben wird, denn Gott ist dankbar“. Und wie im Koran, wird auch in der türkischen Spruchweisheit die Mildtätigkeit schier unerschöpflich gepriesen. „Almosen ist ein stilles Gebet“, oder jenes schöne Wort, das eben jetzt auch in allen deutschen Häusern und Herzen fortklingen möge: „Du nimmst nur das mit in die Ewigkeit, was du gegeben hast.“

Was aber endlich die Sittenlehre des Islam betrifft, so ist mit Recht gesagt worden, daß der Koran „von den schönsten sittlichen Vorschriften wie mit Goldfäden durchzogen sei“. In der Tat straft der Prophet als gottlose Untugenden: Ungerechtigkeit und Rachsucht, Eitelkeit und Hochmut, Lüge, Heuchelei, Verleumdung, Schmähung und Spott, Geiz und Verschwendung, Ausschweifung jeglicher Art, und empfiehlt als Gott wohlgefällige Tugenden: Redlichkeit und strenge Rechlichkeit, vollkommenste Meidung jeglichen Wuchers, Nachsicht, Versöhnlichkeit, Barmherzigkeit auch gegen die Tiere, Demut und Bescheidenheit, Wahrhaftigkeit, vornehmeres Sichfernhalten vom Geschwätz, Züchtigkeit und Genügsamkeit, Geduld und Ausdauer, Treue im Halten von Versprechen und Verträgen. Insbesondere wird den Kindern eingeschärft, die Eltern bis ins Greisenalter zu lieben, ihnen Gutes zu tun, sie freundlich anzureden und höchste Ehrerbietung ihnen zu erweisen. Und wie viele schöne Aussprüche aus dem Munde des Propheten hat die Ueberlieferung auf uns gebracht! „Soll ich euch sagen, welche Tat auf höherer Stufe steht als alles Beten, Fasten und Almosengeben? Wenn jemand zwei Feinde miteinander ausöhnt.“ — „Niemand kommt ins Paradies, der seinem Nächsten Schaden verursacht.“ — „Wer das Haupt einer Witwe streichelt, erhält für jedes Haar, das seine Hand berührt, ein Licht

am Tage der Auferstehung.“ — „Jede Sache hat einen Schlüssel; der Schlüssel des Paradieses ist die Liebe der Kleinen und Armen.“

Es ist ein Jammer, wie gegenüber den sog. guten Werken des Islam und seinen sittlichen Vorschriften nur allzuoft christlicher Pharisäismus sich breit macht mit dem — besonders auch in englischen Büchern zu lesenden — Vorwurf, daß der Islam es versäume, den inneren Menschen zu erfassen“. Ich weiß nun freilich nicht, was sich der einzelne Muslim bei seinem fünfmaligen täglichen Gebete denkt. Aber ich weiß, welch tiefen Eindruck es macht, den Araber selbst im Sonnenbrande der Wüste zur vorgeschriebenen Stunde sein Gebet verrichten zu sehen; wie feierlich es stimmt, wenn auf einem Schiffe die Muhammedaner in langen Reihen, das Gesicht nach Mekka gewendet, zur Anbetung Allahs betend niedersinken. Ueberdies gilt auch nach Muhammed das Gebet als am höchsten bei Gott stehend, „daß jemand in seinem Hause spricht, wo ihn niemand sieht als Allah allein“. Auch im Islam gilt die Gesinnung, in der die Werke geübt werden, als Maßstab ihres religiösen Wertes, kommt alles an auf ein reines Herz. Der innere Mensch des schmutzigsten, zerlumptesten Dervisch steht mir für meine Person höher als jener der Herren Schwab und Morgan. Und wie erbärmlich steht es um den inneren Menschen jener außerordentlich frommen Mitglieder der englischen Hochkirche, deren einer mir persönlich bekannt ist, die die Armenier mit englischem Golde vergiften und zum Verrat an ihrer gottverordneten Obrigkeit verleiten und dann im Verein mit den amerikanischen Brüdern Tränen der Menschenliebe vergießen, wenn die Türken für solchen Verrat blutige Rache nehmen!

Und nun noch zum Schlusse der muslimischen Sittenlehre ein kurzes Wort zur Stellung der Frau im Islam. Auch hier muß manches festgewurzelte Vorurteil fallen: insbesondere der Glaube an weitverbreitete Polygamie und an vermeintliche Kerkerhaft hinter Haremsgittern. Als vor Jahren Pierre Loti seinen der türkischen Frauenfrage gewidmeten Roman „Les Désenchantées“ herausgegeben hatte, forderte ihn der türkische Gesandte im Haag öffentlich auf, ihm 20, ja auch nur 10 Polygamisten in der ganzen Türkei zu nennen. In der That dürfen wir bei der Stellung der muslimischen Frau nicht an den Harem des Sultans und einzelner Paschas oder arabischer Wüstenscheichs denken. Selbst der vornehme Araber, der sich den Luxus mehrerer Frauen leisten könnte, hält es für ungeziemend, neben der Frau, die ihm Kinder geschenkt, noch eine zweite Frau zu nehmen. Der petuniäre Aufwand für eine zweite Frau und die Gefährdung des häuslichen Friedens („ein Haus mit vier Frauen ein Raub im Sturm,“ sagt ein türkisches Sprichwort) lassen auch den Muslim mit Monogamie sich begnügen. Innerhalb der Haremsgitter aber waltet die muhammedanische Frau in der Instandhaltung ihres Hauses und der Aufziehung der Kinder als unbeschränkte Gebieterin. Die muslimische Frau ist stolz darauf, in ihrem Hause als Schatz eifersüchtig gehütet zu werden, durch den Schleier, das uralte orientalische Symbol der Keuschheit, vor zubringlichen Blicken geschützt zu sein. Und klug, wie alle Frauen der Regel nach sind, weiß sie ihre Herrschaft

auch über ihren Mann innerhalb der vier Pfähle auszudehnen und den Pantoffel zu schwingen. Wir erleben es ja drüben in Assur und Babylon gar oft, daß von unsern arabischen Arbeitern keiner, der wegen Ungebühr aus der Grabung fortgeschickt wird, es wagt, nach Hause zu seinem Schatze zurückzulehren, sondern sich lieber den ganzen Tag in der heißen, schattenlosen Wüste herumtreibt, um sich dann abends unvermerkt unter seine heimkehrenden Dorfgenossen zu mischen.

Es dürfte nach dem Gesagten klar sein, daß wir als Christen keinerlei Grund haben, gegen unsre deutsch-türkische Verbrüderung Bedenken zu hegen, wie denn unser erhabener Kaiser selbst schon 1898 nach dem Besuch von Saladin's Grab in Damaskus das feierliche Gelöbniß öffentlich kundgegeben, daß „dem Sultan und allen in Ehrfurcht zu ihrem Khalifen emporblickenden Muhammedanern der Deutsche Kaiser zu allen Zeiten ein treuer Freund sein werde“. Ein in sich geeintes festes osmanisches Reich wird sich bis in eine ferne Zukunft als ein mächtiges Bollwerk des Weltfriedens auch gegenüber hinterasiatischen Ränken erweisen.

Ein türkisches Sprichwort lautet: „Es gibt einen Weg vom Herzen zum Herzen.“ Wer immer auf türkischem Boden gelebt hat, bringt dem Türken als Menschen Zuneigung und Achtung entgegen. Im Unterschied von andern östlichen und halböstlichen Völkerschaften ist der echte geborene Türke edelmütig, zuverlässig, von wahrhaft vornehmer Gesinnung. In seinem durch patriarchalische Einfachheit ausgezeichneten Privatleben übt das türkische Volk noch heute die Tugenden seiner Vorfahren: den geraden, rechtlichen Sinn, die Wahrhaftigkeit, den Respekt gegen Eltern und Vorgesetzte, die Mildtätigkeit gegen Arme und Unglückliche, und die von allen Orientalen, am freudigsten und taktvollsten aber von den Muhammedanern erwiesene Gastfreundschaft.

Uebrigens verbindet uns Deutsche mit der Türkei und den islamischen Völkern so eine Art romantisch-schwärmerischer Jugendliebe. Seit den Tagen der Kreuzzüge wohnt in der Seele des Volkes der Denker und Dichter eine an Sehnsucht grenzende Liebe zum Osten, zu den östlichen Denkern und Dichtern, ihren verträumten Gefängen von Rosen und Nachtigallen, ihren Märchen-erzählungen, ihren Weisheitsprüchen hohen ethischen Gehalts und erzieherischer Kraft und jenen schönsten aller orientalischen Poesien, die, wie die Bierzeiler des großen persischen Dichterphilosophen Omar des Beltmachers, die Sehnsucht der Kreatur nach der Vereinigung mit dem Schöpfer in immer neuen Bildern von wunderbarer Zartheit und Innigkeit besingen — Perlen der Weltliteratur, die gerade von deutschen Forschern erschlossen worden sind. Sollen wirklich alle diese Völker voll ruhmreicher Erinnerung, die in Prosa und Poesie, in allen Kunstformen, vornehmlich der Architektur, ewige Werte erlesensten Geschmacks für die Menschheit geschaffen haben und von denen noch Großes erhofft werden darf, mit einem Male ausgelöscht werden dürfen, nur um brutaler Eroberungssucht und erbärmlichem Krämergeiste zum Sieg zu verhelfen?

Zum Schluß noch — absichtlich nur angedeutet — die Hauptsache! So wahr es ist, daß Deutschland an der Türkei vollkommen desinteressiert ist, indem niemand von uns daran denkt und denken kann, auch nur ein Fußbreit türkischen Bodens als deutsches Eigentum zu beanspruchen, so wahr bleibt es andrerseits, daß Deutschlands Lebensinteresse den Sieg des Islam erheischt. Denn läme es zur Teilung des europäischen und asiatischen Besitzstandes der Türkei und Persiens, so würden England, Rußland, Frankreich eine solch riesige Uebermacht gewinnen, daß Deutschland unrettbar zu einer Macht zweiten Ranges herabgedrückt werden würde. Umschließt doch das Gebiet der asiatischen Türkei alle jene weiten Länderstrecken, in deren Beherrschung sich dereinst so gewaltige Könige wie die Pharaonen Aegyptens und die Könige Assyrien-Babyloniens teilten, die Königreiche von Juda und Israel, von Hamat und Damascus, von Thrus und Sidon, von Lybien, Armenien, Medien und wie sie alle heißen, unermessliche Gebiete, überreich an Korn wie Nordsyrien, überreich an Metallen wie Kleinasien, überreich an Erdöl und Bodenerzeugnissen aller Art wie Mesopotamien. Würde England, das gleich den Meereswogen ewig unruhige, tückische und unersättlich alles verschlingende, das mit seinen Zwingburgen an allen Ecken und Enden des Erdbereichs die menschlichen Völker in eiserne Fesseln geschlagen, zu Aegypten auch noch halb Persien und Mesopotamien, das höchste Ziel seiner Sehnsucht, erreichen, so wäre es geschehen um die Bagdadbahn, die uns allen wie ein Kleinod am Herzen liegt, wären wir ausgeschlossen von aller kulturellen Mitarbeit in den weiten Ländern des Ostens. Dagegen dürften wir berufen sein, mit unseren reichen Kräften auf allen Gebieten von Handel und Technik, Wissenschaft und Kunst das neu erstehende türkische Reich zu fördern und zu stützen, würden in erster Linie berufen sein, bei der Lösung der der Türkei bevorstehenden gigantischen Aufgaben mitzuwirken: die märchenhaften Schätze ihrer Länder zu heben und zu verwerten, die zum Teil noch wenig kultivierten Völkerschaften durch den Bau von Eisenbahnnetzen allmählich an sesshaftes Leben zu gewöhnen und für die Segnungen menschlicher Kultur zu gewinnen, die physische und geistige Gesundheit aller osmanischen Untertanen mit Einschluß der Frauen zu fördern, Seuchen und Plagen aller Art zu steuern, und was dergleichen Aufgaben hunderte mehr sind. Diese unsre Mitarbeit rechtzeitig anzubahnen und rechtzeitig vorzubereiten ist eine Hauptaufgabe aller deutsch-türkischen Bestrebungen. Ich selbst sagte, daß ich in dieser Richtung absichtlich nur andeuten möchte. Denn noch sind wir fern vom heißerklämpften, heißerbeteten Ziel. Noch lastet auf der Welt die brutale Faust des Greater Britain, wie sie vor etlichen Jahren an allen Ecken Londons in Niesenplakaten sich malte, die nahezu den ganzen bewohnten Erdbereich rot bepinselft zeigten, während Deutschland als ein kleines schwarzes, kaum sichtbares Pünktchen erschien, dem deutschen Beschauer die Kornröbte in das Gesicht treibend! Noch lastet auf den Völkern der Erde das Uebel der englischen Meerherrschafts- und Weltherrschaftsjucht. Darum gilt es noch weiter zu kämpfen und durchzuhalten mit den Waffen unsrer Ehre und Brüder draußen im Felde und dem Gebete

der Zurückgebliebenen daheim: Herr, erlöse uns von dem Uebel! Herr der Heerscharen! wir lassen dich nicht, du segnest uns denn — auch fernerhin, wie du es bisher über Bitten und Verstehen getan hast!

1812 und 1915

Ein Wort zu Krieg und Frieden

Von

Professor August Fournier (Wien)

Man braucht die Verwendbarkeit historischer Kenntnisse im öffentlichen Leben nicht zu überschätzen; einiges Beachtenswerte, Mahnende, Ratende ragt doch aus jeder Vergangenheit in die Gegenwart herein. Auch in die unsrige, so wenig der großen Zeit, die wir heute durchleben, in der Geschichte gleichkommen mag. Zu dem wenigen gehört aber wohl die beispiellose Uebermacht der einzelnen Persönlichkeit Napoleons I. über die Gewalten eines ganzen Erdteils. Daß diese Uebermacht damals in Rußland ihre Grenzen fand, und wie und warum, ist seither ein dauerhafter Gegenstand allgemeinen Interesses geblieben. In die Tausende zählen die Schriften über die Ereignisse des Jahres 1812 und über den Untergang der größten Armee des größten Feldherrn aller Zeiten. Muß sich dieses Interesse nicht noch erhöhen in einem Augenblick, wo wir gegen daselbe, nur noch weit stärkere Rußland den Kampf aufgenommen und unsere Truppen bereits begonnen haben, den Spuren Napoleons zu folgen? Wäre schon dadurch ein historischer Rückblick auf jene Vorgänge gerechtfertigt, so würde er überdies durch die in der Öffentlichkeit vielbesprochene Rede des russischen Kriegsministers nahegelegt worden sein, der in der Reichsduma — es war im verfloffenen August, noch vor dem Falle Warschau — sagte, man wolle den Feinden einen Teil von Polen einräumen, um in neuen Stellungen die Offensive wieder aufzunehmen; dies sei das Ziel, das das im Jahre 1812 erprobte Verfahren krönen solle. Man wolle ihnen Warschau überlassen, wie man ihnen damals Moskau überlassen habe, um den schließlichen Sieg zu sichern. Bald darauf waren in der Tat, wenn auch nicht ohne Kampf, Warschau und Zwangorod von uns genommen worden; die Russen aber mußten ihren Feinden noch viel mehr als nur „einen Teil“ Polens überlassen: das ganze Polen, fast ganz Kurland, ein großes Stück Litauen mit allen Festungen an der Weichsel, am Narew und am Niemen und überdies zwei vom Festungsbreieck in Wolhynien, und bis in die Pripjetsümpfe hinein trugen die verbündeten Heere ihren Ruhm. Erst 350 Kilometer von Warschau weg kam die Front zum Stehen, und auch nur, weil bereits neue Kampfziele anderwärts ins Auge gefaßt waren. Mit vollem Recht konnte Kaiser Wilhelm in seiner Ansprache an die Garde den Feldzug von 1915 ins russische Land hinein

als einen der glänzendsten bezeichnen, die in der Geschichte dagewesen sind. Hat doch seit hundert Jahren eine Invasion ins Barenreich als eine vermessene Herausforderung von Schicksalen gegolten, die die historische Ueberlieferung mit allen ihren Schrecken in unserm Gedächtnis lebendig erhalten hat. Durch sie erscheint auch die Absicht der Worte des russischen Ministers bloßgelegt: der Rückzug der russischen Truppen von Warschau sollte als ein vorbedachtes Manöver erscheinen, wie es 1812 der Rückzug vor Napoleon bis Moskau und die Preisgabe dieser Stadt gewesen seien. Da damals das Heer Napoleons in der Folge zugrunde ging, so habe man alle Aussicht, durch das gleiche „erprobte“ Mittel heute den gleichen Erfolg zu erzielen. Das sollte die Deutschen einschüchtern, zugleich aber den Russen zum Trost gereichen, die das beständige Zurückweichen vor ihnen seit dem Anfang des Mai über den Ausgang des Krieges besorgt gemacht hatte. Im Hinblick auf diese Absicht und da der Krieg mit Rußland noch keineswegs zu Ende ist, verlohnt es sich wohl, die historischen Voraussetzungen der Aeußerung des russischen Regierungsmannes auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen.

*

Rußland war im Jahre 1812 zwar noch nicht entfernt so reich bevölkert wie heute — es zählte am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts 42 Millionen, am Ende (1897) 128 Millionen und schon dreizehn Jahre später mehr als 160 Millionen Seelen — aber es galt immerhin als eine der größten von den wenigen „gebietenden“ oder „herrschenden“ europäischen Mächten, wie die Statistiker die Großmächte von dazumal bezeichneten. (Der deutsche Ausdruck „Großmacht“ war zu jener Zeit noch nicht üblich.) Es hatte, nachdem Zar Alexander I. im Jahre 1807 ein Bündniß mit Napoleon eingegangen war, seinen Landbesitz wesentlich (um Finnland und Bessarabien) vermehrt, und das zu einer Zeit, wo seine Nachbarn Preußen und Oesterreich große Einbußen erlitten, dieses mit seiner Bevölkerung weit unter 20, Preußen aber gar auf 5 Millionen heruntersank. Die beiden hatten unter anderm auch große Stücke ihres polnischen Besitzes verloren: Preußen das Weichsel- und Narewgebiet von Kalisch hinauf bis Suwalki mit Warschau als Hauptstadt und Oesterreich den Raum südlich davon mit Krakau und Radom, Lublin und Chelm, und alles sonstige Land zwischen Weichsel und Bug, kurz, dieselben Territorien, die heute wieder von deutschen und österreichischen Offizieren ganz trefflich verwaltet werden. Dieses gesamte polnische Land, in unseren Tagen der Schauplatz so heftiger und glorreicher Kämpfe, bildete von 1807 ab ein nationales „Herzogtum Warschau“, eine Schöpfung Napoleons, die er lose mit Sachsen verband und wie dieses mit seinem Einfluß beherrschte. Nur das alte Königreich wiederherzustellen, wie es die Polen von ihm erhofften, lag nicht in seinem Sinn. Darauf sann aber der Zar, um sich selbst zum König zu machen, was ihm später mit einer gewissen Einschränkung — Posen kam an Preußen — auch wirklich gelungen ist. Diese polnische Frage nun war eine von denen, über die sich die beiden Alliierten

von 1807 zertrugen. Eine andre lag darin, daß Alexander auch nach dem Besitz von Konstantinopel und der Dardanellen strebte, wie seine Großmutter Katharina, und nach einer Machtstellung im Mittelmeer, wie sein Vater Paul, was der Franzosenkaiser noch weniger zuließ. Denn Konstantinopel, antwortete er auf das Begehren des Verbündeten, bedeute die Weltherrschaft. Und die gönnte er keinem außer sich. Wir vermuten nicht ohne Grund, daß er schließlich das Werk seiner Oberherrlichkeit über Europa und sich selbst am Bosphorus hat krönen wollen. Und noch ein dritter Zwist entstand zwischen ihm und Rußland deshalb, weil er den Riesenplan gefaßt hatte, seinen mächtigsten Gegner, Großbritannien, das ihm seine Flotten zertrümmert hatte und seitdem das Weltmeer als seine Domäne ansah, zu bezwingen, indem er den englischen Produkten den ganzen europäischen Markt versperrte, während Rußland den Handelsverkehr mit den Briten, seinen besten Abnehmern, nicht entraten konnte und ihn durch neutrale (amerikanische) Schiffe aufrecht erhielt. England hatte mit einer Blockade der kontinentalen Häfen geantwortet. So sehen wir zum Teil dieselben politischen Fragen schon vor hundert Jahren wirksam, die es auch heute sind. Als dann der Imperator so mächtig geworden war, daß er eine Armee von mehr als einer halben Million Berufs-soldaten — allgemeine Wehrpflicht gab es noch nirgends — gegen Rußland führen konnte, von der nur die kleinere Hälfte aus Franzosen bestand, während die größere von den abhängig gewordenen Ländern gestellt wurde, kam es zum Krieg. Auch Oesterreich nahm daran mit 30 000 Mann unter Schwarzenberg teil, und Preußen suchte seine Existenz zu retten, indem es 20 000 zu dem Heerzug gegen den langjährigen Freund seines Königs beisteuerte.

Napoleon hat sich nicht leicht zu diesem Waffenstreit entschlossen. Er kannte bereits die Unwirtlichkeit des polnischen Landes vom Winter 1806 auf 1807 her, wo seine Truppen in knietiefem Morast hatten fechten müssen und zu murren begannen. Auch mochte ihn die Unermeßlichkeit Rußlands bedrücken. Aber vor der letzten Konsequenz seiner Politik zurückzusehen, die sein Feldherrngenie bisher so sieghaft durchgefochten hatte, brachte er nicht über sich, und so ging er am 24. und 25. Juni bei Rowno über den Niemen, der zu jener Zeit die russische Grenze bildete.

Rowno war damals noch nicht befestigt. Ueberhaupt hatte Rußland nur wenig feste Plätze, die dem Begriff einer Festung entsprachen: Riga und Kronstadt im Norden und einige im Süden, von der Türkei oder gegen sie errichtet. Alles übrige waren entweder stark ummauerte Städte oder Palisadenwerke und ähnliche Befestigungen minderer Art. Im übrigen galt ziemlich allgemein die Meinung, die beste Festung Rußlands sei seine Unzugänglichkeit. So drückte sich z. B. der angesehene Göttinger Geograph Georg Hassel in seinem „Statistischen Abriss des russischen Kaiserthums“ vom Jahre 1807 aus, worin er bereits die Möglichkeit einer russischen Expedition Napoleons ins Auge faßte, ihr aber kein gedeihliches Ende zusprach: sein Heer würde dort entweder aufgerieben oder durch Mangel an Subsistenz zu schnellem Rückzug gezwungen werden.

„Noch kann in Rußland nur der Russe kämpfen.“ Und er rühmt den russischen Soldaten, rühmt namentlich die russische Infanterie als die erste Europas, obgleich damals, als das Buch erschien, die Franzosen — Sieger bei Austerlitz und Jena — in Ostpreußen standen. Den Umfang des russischen Heeres beziffert Hassel, und gleich ihm tun es die andern Statistiker, mit 550 000 Mann, darunter 100 000 Irreguläre, d. i. Kosaken, Kalmücken, Baschkiren u. dgl., die militärisch organisiert waren und sich selbst zu equipieren hatten. Die reguläre Armee war im Wesen ein Bauernheer, denn der Adel, die Geistlichkeit und die Beamtenschaft, die Kaufmannsgilden und die Kreise der Intelligenz, auch die deutschen Ansiedler, waren von der Wehrpflicht frei, und das kleine Handwerk zählte nicht viele Repräsentanten. Die Rekrutierung erfolgte durch einen Ulas, der anordnete, wie viele von je 500 kriegstauglichen Männern einzurücken hätten; das Los entschied dann oft über ein ganzes Menschenleben, denn die Dienstzeit betrug 25 Jahre und gewährte dem, der sie durchhielt, nur die Vergünstigung persönlicher Freiheit statt der Leibeigenschaft, in der der Bauer noch lebte. Die irregulären Kosaken hatten ihre eignen Pferde, waren mit einer Pike bewaffnet und dienten ganz vortrefflich, wie zur Aufklärung beim Vormarsch, so zur Verschleierung beim Rückzug. Dagegen galten sie als feuerscheu und überaus raubgierig; vielleicht waren sie es, um die Kosten der Ausrüstung hereinzubringen; jedenfalls scheint sich dieser Hang dann fortgeerbt zu haben. Seit 1807 war auch eine Nationalgarde (Miliz) eingeführt, die, im Krieg aufgeboten, sich zur Verteidigung des heimischen Bodens gleichfalls aus den Bauern rekrutierte und vom Adel und den Städten erhalten wurde. Sie blieb an Zahl und Qualität weit unter der Erwartung und konnte nur allenfalls in einem Nationalkriege wie dem von 1812 immerhin eine nützliche Beihilfe abgeben.

Die 550 000 Mann der russischen Streitmacht standen übrigens auch nur auf dem Papier, und das war die Regel. In der politischen Welt galt es wenigstens für eine ausgemachte Sache, daß von einer russischen Armee immer nur die Hälfte der Ziffer vorhanden sei, die in den offiziellen Listen stand. (Friedrich Geng z. B. erwähnt diese Tatsache in einer Denkschrift vom Jahre 1813.) Ueber das Verbleiben der andern Hälfte gab es mehr oder weniger naheliegende Vermutungen. Und so war es auch zu Beginn der Invasion Napoleons. Was man dessen Riesenheer entgegenstellte, waren nur 180 000 Mann, in drei Armeen geteilt, von denen zwei, eine größere unter des Livländers Barclay Befehl und eine kleinere unter dem Fürsten Bagration, mit dem Gegner den Kampf aufnehmen oder vor seiner dreifachen Uebermacht bis an die Dina zurückgehen sollten, wo ein befestigtes Lager bei Drissa den Widerstand zu unterstützen hatte; der dritten Armee fiel die Aufgabe zu, in Wolhynien die Oesterreicher unter Schwarzenberg und ein Sachsenkorps aufzuhalten. Das war der russische Feldzugsplan. Von einer von vornherein gefaßten Absicht, Napoleon bei einem fortwährenden Rückzug russisches Land, ihm sogar Moskau zu „überlassen“, um ihn dann zu vernichten, ist da nicht entfernt die Rede, und das

dürfte auch heute kaum mehr von einem russischen Historiker vertreten werden. Nein, die Russen wollten kämpfen, an der Düna, wenn nicht früher, und nur für den Fall ihrer entscheidenden Niederlage bestand die Absicht Alexanders I., sich ins Innere des Reichs zurückzuziehen. „Wenn irgendeine Katastrophe uns zwingen sollte,“ schrieb er an den Gouverneur von Südrußland.

Napoleon seinerseits hat wohl wiederholt von Moskau als letztem Ziel gesprochen, von der Märchenstadt, die mit ihrer Pracht und ihrem Reichtum die Phantasie seiner Krieger ebenso beschäftigte wie vor Jahren Kairo. Aber sie jetzt schon aufzusuchen, auf sie loszurücken, wie 1805 oder 1809 auf Wien, das war nicht seine Absicht. Das Schicksal des unglücklichen Schwedenkönigs war ihm bekannt, der in der russischen Steppe zum Teil sein Heer und bei Poltawa die Schlacht verlor; Voltaires „Karl XII.“ hatte ihn seinerzeit nach Aegypten begleitet. Er wollte denn auch höchstens bis an die Grenze des alten polnischen Reiches gehen, wo das Land der Moskowiter beginnt, um den Feind zu schlagen und dann in Wilna zu überwintern. So hat er sich vor Beginn des Krieges wiederholt zu seiner Umgebung geäußert und einmal, als er schon bis Wilna vorgerückt war, zu General Sebastiani gesagt, die Düna zu überschreiten wäre das unfehlbare Verderben. Erst wenn Alexander nicht Frieden machen wollte, würde er im nächsten Jahr bis ins Zentrum des Landes vordringen, um etwa im Mai „das Geschäft zu beendigen“. Darum hat er auch in seinem ersten Armeebefehl sein Unternehmen als „zweiten polnischen Krieg“ bezeichnet.

Es kam aber doch ganz anders, als beide Teile erwarteten.

Napoleon hat die Stärke des russischen Heeres überschätzt und danach seinen Plan entworfen. Er wird ein Armeekorps, Franzosen und Preußen, unter Macdonald links gegen Riga und Petersburg entsenden, seine Rechte durch die Oesterreicher sichern lassen, im Zentrum aber die Hauptarmee, über 400 000 Mann, in drei Teilen staffelförmig wie einen Keil zwischen die beiden Armeen Barclays und Wagration treiben, sie voneinander trennen und einzeln schlagen. Das Trennen gelang, zum Schlagen aber wollte es nicht kommen. Denn gerade wegen ihrer Trennung wagten es die zwei Russen nicht, den Kampf gegen die Uebermacht vereinzelt aufzunehmen, und gingen zurück, um die verlorene Fühlung miteinander wiederzugewinnen. Sogar über die vorbereitete Stellung bei Drißa hinaus wich Barclay, da er sich auch dort mit Wagration noch nicht zusammengefunden hatte. Und die Franzosen eilig hinter den beiden her, wobei sie es jedoch immer nur mit Nachhuten zu tun bekamen, die sich zwar tapfer schlugen, dann aber auch halb hinter einem Vorhang von Kosaken verschwanden — eine Taktik, auf die sich die Russen heute noch meisterhaft verstehen.

Auf diesen Eilmärschen nun durch das arme und unendlich öde Litauen hat die Armee Napoleons ihre ersten schweren und man kann sagen entscheidenden Verluste erlitten. Der Kaiser hatte wohl gewußt, daß er in dem weitgedehnten und dünn bevölkerten Lande nicht werbe requirieren können wie in Oesterreich oder Preußen, und deshalb in Danzig, in Polen und Ostpreußen enorme

Magazine anlegen lassen, um von da der Armee ihren Bedarf an Lebensmitteln nachzuschicken. Das sollte teils zu Wasser, teils auf Tausenden von Wagen geschehen, die man mit Ochsen bespannte, deren Fleisch die Soldaten zu ernähren hatte. Nun kam es aber, daß die Truppen, als sie hinter dem weichenen Feind einhermarschierten, sich immer weiter von den langsam folgenden Trains entfernten und nur zu bald zu hungern begannen. Denn die Gegner hatten alle am Wege vorhandenen Vorräte mit sich genommen oder vernichtet. Da kamen nicht wenige vor Entkräftung um, andre nahmen sich verzweifelt das Leben und, was das wichtigste war, Tausende verließen die Reihen, um sich selbst ihre Nahrung zu suchen, die ihnen die Intendanz nicht schaffen konnte, und kehrten nicht wieder. In kurzer Zeit gab es an fünfzigtausend Marodeure, die rottenweise in die Dörfer einbrachen und dort plünderten, bis die flüchtig gewordenen Bauern heimkamen und sie totschlugen. Und zum Hunger gesellte sich der Durst mit seiner entnervenden Qual an den heißen Tagen des russischen Sommers und konnte oft nur mit faulem Sumpfwasser gestillt werden. Da wütete dann die Ruhr und forderte zahlreiche Opfer, da die Zeit fehlte, für all die Kranken Baracken zu bauen; sie verbarben zumeist am Wege oder in den öden Höhlen verlassener Gemäuer. Und fast noch mehr als die Menschen litten die Pferde, für die es weder Heu noch Hafer, sondern nur das von häufigen Gewitterregen durchnäßte Grünfutter der Felder oder das dürre Stroh der Hüttenächer zur Nahrung gab. Von schweren Koliken befallen, fielen sie auf dem Marsch zu Tausenden und verpesteten die Luft. Es werden später Tage kommen, wo man ihnen dazu nicht Zeit lassen wird, weil man selbst die Aeser wird genießbar finden müssen. So bröckelte schon in den ersten Wochen das Heer ab, und als es am 25. Juli nach Witebsk gekommen war, antworteten 130 000 Mann nicht mehr beim Appell. Und noch immer war es nicht zur Schlacht gekommen; auch hier, wo Napoleon sicher darauf rechnete, wird es nicht dazu kommen, weil Barclay mit Bagration noch immer keine Fühlung hat. Erst bei Smolensk treffen sie sich, und da ergreifen sie auch sofort die Offensive gegen den heranrückenden Feind, der sie durch ein Umgehungsmanöver in die Stadt zurücknötigt. Den Geschützen des Kaisers gelingt es zwar, deren Holzhäuser in Brand zu schießen, nicht aber, ihre starken Mauern zu erschüttern, und so wird nur erreicht, daß die Russen sie räumen und ihren Rückzug wieder aufnehmen. Eine Entscheidung hatten die verlustreichen Kämpfe nicht gebracht.

Da stand man nun am Tor des altrussischen Gebietes, bis wohin der Kaiser seinen Feldzug in diesem Jahr erstrecken wollte. Der „verderbliche“ Schritt über die Dina war bereits getan; man war am Dniepr angekommen und keine 400 Kilometer mehr von Moskau entfernt. Aber die Armee zählte nur noch 160 000 Mann, da man zur Sicherung der Flanken Truppen hatte detachieren müssen. Ohne genügend Pferde für den Aufklärungsdienst, ohne verlässliche Spione, hatte Napoleon manchen günstigen Augenblick versäumt — z. B. bei Witebsk —, den Gegner festzuhalten, und man staunt darüber, wie der russische Kriegsminister den ungeheuren Unterschied übersehen konnte, der

zwischen damals und heute in den Fortschritten der Technik, des Verpflegungs- und Etappendienstes liegt, mit denen in unsern Tagen einer Invasion in Rußland unter allen Umständen ein ganz anderes Schicksal beschieden sein mußte. Denn Eisenbahnen und Flieger, Telegraph und Telephon, Automobile und Fahrräder, von Scheinwerfern, Maschinengewehren und beweglichen Riesenermörkern abgesehen, denen sicher Smolensk nicht widerstanden hätte: all das hat Napoleon entbehren müssen. Auf rasch erbauten Schienensträngen, soweit sie nicht schon vorhanden waren, wäre seinem Heer die nötige Nahrung in Eile nachgeführt worden; Aeroplane hätten ihn über den Schleier der Kosaken hinüber informiert; Telegraph und Telephon, Automobile und Fahrräder würden ihn mit all seinen Streitkräften in steter Verbindung erhalten haben, und der gerade damals an Dysurie empfindlich leidende Mann wäre nicht genötigt gewesen, täglich zu Pferde zu steigen, was ihn schmerzte und erschöpfte und seine Energie mit Lähmung bedrohte. Seine Truppen wären nicht aus den Reihen gewichen, Menschen und Pferde am Leben und kampffähig geblieben, und der böse Anfang hätte nicht schon über das Ende entschieden, das daher ein moderner General nicht in Parallele mit dem heutigen Krieg ziehen durfte, ohne sich dem Vorwurf unbedachter oder unverantwortlicher Agitation auszusetzen.

Und ebenso steht es um den Vergleich zwischen Moskau und Warschau. Moskau ist die alte Hauptstadt Großrußlands, und die Großrussen sind von jeher die Träger des russischen Imperialismus, der seit Jahrhunderten nach außen strebt. Sie sind das Herrenvolk des Russenreichs, voll von einem Selbstbewußtsein, wie man es in gleicher Stärke nur noch in Old England findet. Dieses Selbstgefühl der Moskowiter, auf der traditionellen Ueberhebung ausschließlicher Rechtgläubigkeit erwachsen, ertrug es damals sehr schwer, daß Smolensk, die Stadt der heiligen Jungfrau, den fremden „Heiden“ und dem „Antichrist“ Napoleon preisgegeben worden war.¹⁾ Man war empört. Alexander I. mußte, der öffentlichen Meinung folgend, dem Livländer Barclay den Oberbefehl entziehen und Kutusow damit bekleiden, der zwar ein schlechter Heerführer, aber ein „echtrussischer Mann“ war, von dem man sicher sein durfte, daß er „die heilige Stadt“ verteidigen werde. Der Zar selbst hatte in Moskau dem stolzen Adel und der reichen Kaufmannschaft das feierlichste Versprechen gegeben — er pflegte bei solchen Gelegenheiten sein Ehrenwort zu verpfänden —, daß die Hauptstadt geschützt und er selbst zu ihrem Schutze wiederkehren werde,

¹⁾ Von dieser religiösen Ueberhebung, die in den Moskowitern schon bald nach der Eroberung Konstantinopels durch die Türken von schmeichelnden südslawischen und rumänischen Patriarchen genährt worden war, ist bis auf den heutigen Tag noch ziemlich viel übrig geblieben. Im letzten November sagte Sasonow einem Berichterstatter der Londoner „Morning Post“: „Wir sind keine Deutschen, sondern drei (!) große christliche Nationen, die die Heiligkeit internationaler Verpflichtungen hochzuhalten haben.“ („Wossische Zeitung“ vom 12. November über Amsterdam.) Und im Oktober predigte in der Moskauer S.-Anastassios-Kirche der Pfarrer: „Rechtgläubige! Wilhelm-Antichrist kommt schon näher! Tuet Buße!“

was er dann allerdings unterlassen hat. Dieser Schutz moskowitischer Bodens, und insbesondere Mosklaus, war fortan die einzige Aufgabe des russischen Heeres. Es mußte demnach bei der ersten günstigen Gelegenheit, die das Gelände darbot, eine Defensivschlacht liefern. Nur um dieses Gelände zu finden, ging Kutusow noch weiter zurück.

Sollte ihm Napoleon folgen? Für seinen Plan, in Litauen zu überwintern, fehlte noch die notwendigste Voraussetzung: der Sieg über den Feind. Ohne ihn durfte man den Frieden nicht erwarten. Man hatte bisher die Schlacht, die ihn bringen sollte, heiß ersehnt und sie in drängender Eile unter namenlosen Opfern vergebens gesucht. Sollte man jetzt stehenbleiben, wo der Russe endlich zum Schlagen entschlossen war? Denn es wurde aus mancherlei Anzeichen klar, daß er Moskau aufs äußerste verteidigen würde. War doch nummehr, auf dem altrussischen Boden, auch noch das nationale Moment schärfend und schürend in den Krieg eingetreten und rief zum Kampf auf. Die Bewohner vernichteten die eigne Habe und gingen davon, um sich zum Vandalenkrieg zu waffnen oder in die Miliz einzureihen und „für den Glauben und den Zar“ zu kämpfen. Napoleon entschloß sich, den Russen zu folgen. Er traf sie bei Borodino, wo sie ihn in guter Stellung erwarteten. Die Schlacht war da. Es war die fürchterlichste jener Zeit, die den Russen 50 000, den Franzosen 30 000 Mann kostete und Napoleon den Sieg brachte. Nur war es kein voller Triumph, da Kutusow die Möglichkeit blieb, sein geschlagenes Heer in guter Ordnung gegen Moskau weiterzuführen, vielleicht auch, sich davor noch einmal zu stellen. Und das kam, weil Napoleon für die Aktion nur noch 135 000 Mann übrig gehabt und es nicht gewagt hatte, die 20 000 Mann alter Garde zu einem letzten Sturm anzusetzen — ein Fehler, den er oft genug bereut haben mag. Denn von diesen 20 000 wird er nur fünfhundert in einem elenden Zustand zurückbringen, während er hier mit ihnen voraussichtlich sein Schicksal hätte wenden können.

Aber auch das Schicksal Mosklaus war nun unabwendbar geworden. Die riesigen Blutopfer hatten die stolze Stadt nicht retten können. Sie fiel, nachdem sie von den überraschten Behörden und der entsehten Einwohnerschaft — bis auf geringe Reste — in den letzten Stunden geräumt worden war, den Feinden in die Hände. Nur unversehrt sollte sie ihnen nicht zu willkommenen Raub dienen. Wie bereits andre altrussische Städte, ging auch sie, auf Veranlassung des russischen Gouverneurs Klostowski, den niemand darob tadelte, zum großen Teil in Flammen auf. Von einer freiwilligen, von langer Hand geplanten Ueberlassung an den Gegner ist da wohl nicht zu reden. Im Gegenteil. Ihr Verlust wirkte geradezu verblüffend in den Regierungskreisen und am Hofe zu Petersburg wie im ganzen Volke, und die Stimmung war hier wie dort eine verzweifelte. Man überhäufte den Zar mit Vorwürfen, daß er das Unerträgliche geschehen ließ, und Alexander hätte es jetzt nicht wagen dürfen, an Frieden zu denken. Seine Schwester Katharina, die getrennt von ihm in Exil lebte, mußte ihn in ihren Briefen damit beruhigen, daß die Bewegung in der Bevölkerung

leine revolutionäre sei.¹⁾ Damit hatte sich aber auch schon das Blatt gewendet. Sobald Alexander den Entschluß gefaßt hatte, den Gedanken an Frieden abzulehnen, war Napoleons Zweck in Moskau verfehlt, um so mehr, als seines Bleibens hier ohnehin nicht lange sein konnte. Denn die Verstärkungen, die er auf der langen Operationslinie an sich ziehen konnte, waren gering, während der nahe Feind seine Rücken durch eine neue Aushebung auffüllen und sich reichlich kräftigen und verpflegen konnte. Und daneben bestand die Gefahr, durch russische Streitkräfte, die im Westen zurückgeblieben waren, den Rückweg verlegt zu finden. Es wurde zur Notwendigkeit, ihn anzutreten. Man hatte ohnehin schon zuviel Zeit, bis tief in den Oktober hinein, verloren, indem man auf den Frieden wartete, der nicht kommen wollte; und nun stand der Winter, der russische Winter, vor der Thür.

Manche von den deutschen Offizieren der Rheinbundtruppen, die den Feldzug mitmachten, hatten, als sie Moskau brennen sahen, das richtige Gefühl gehabt, daß dies das Ende sei. Einer von ihnen, ein Linsingen, schrieb in sein Tagebuch: „Das Ungeheure, daß die Russen ihr heiliges Moskau den Flammen geopfert, um uns seine Hilfsmittel zu entziehen, lag lähmend auf uns allen.“ Ein anderer schrieb an seine Frau: „Auch nicht ein Soldat wird in der Armee sein, der nicht fühlt, daß Alexander keinen Frieden mit Napoleon machen kann.“ Ein dritter hört einen einfachen Unteroffizier ausrufen: „Diese brennende Stadt beleuchtet das Ende des Kaisers! Wenige werden so glücklich sein, den Rhein wiederzusehen!“²⁾ Diese Aufzeichnungen deutscher Augenzeugen bieten überhaupt, aneinander gewogen, eine verlässliche Quelle zu dem, was man die innere Geschichte des Feldzugs nennen könnte, und insbesondere auch für die Ereignisse der fürchterlichen Retraite. Sie ist oft erzählt worden, und eine neue Schilderung davon zu entwerfen liegt nicht im Rahmen dieser Darstellung, die ein Hauptgewicht darauf legen möchte, daß es der russische Sommer war, der den größeren Teil des Franzosenheeres dahinraffte und dem Winter, dem Napoleon hinterher alle Schuld auf lud, nur eine, allerdings schauerliche Nachlese übrig ließ. Dagegen soll auf einzelnes, vielleicht weniger Beachtetes noch hingedeutet werden.

Eine auffallende Tatsache, die wie eine Ankündigung künftiger Schicksale erscheint, ist es, daß die zwei Flügelarmeen, Macdonald mit den Preußen im Ostseegebiet und Schwarzenberg mit den Oesterreichern im Süden, nicht entfernt Verluste erlitten haben wie das Hauptheer. Sie waren eben im Sommer lang-

¹⁾ „Eine der hauptsächlichsten Anlagen wider Sie ist, daß Sie Moskau Ihr Wort nicht gehalten haben, als es Sie voll Ungeduld erwartete, und die Stadt ihrer Hilflosigkeit überließen, was nun den Schein erweckt, als hätten Sie sie verraten. Fürchten Sie übrigens keine Katastrophe revolutionärer Art.“ Die im Jahre 1910 vom Großfürsten Nikolaus Michailowitsch herausgegebene Korrespondenz der beiden Geschwister ist für die Geschichte des Jahres 1812 noch nicht genügend verwertet worden.

²⁾ Zitiert nach Holzhausen, Die Deutschen in Rußland 1812. Leben und Leiden auf der Moskauer Heerfahrt. Berlin 1912.

samer und bedächtiger, der eine in Kurland gegen Jakobstadt und Riga, der andre in Wolhynien um die großen Sümpfe herum gegangen, an deren Austrocknung damals kaum gedacht worden war, und in ihren Begegnungen mit dem Feind hatten Politik und Stimmung ein Wort mitgesprochen. So hat Schwarzenberg, ohne dem Gegner auszuweichen, doch die Verpflichtung gefühlt, seinem Herrn die 30 000 Mann, die damals einen starken Bruchteil der österreichischen Streitkräfte darstellten, möglichst vollzählig zu erhalten und sie wenigstens vor großen Einbußen zu bewahren, während anderseits die Preußen wenig Lust hatten, sich für Napoleons Ehrgeiz aufzuopfern. (Uebrigens hatte sie auch ihr französischer Kommandant nicht.) Nicht daß sich beide nicht wacker geschlagen hätten, die Preußen bei Eckau, die Oesterreicher bei Gorodetschna, aber dann legten sich jene doch recht ausdauernd vor Riga und diese in ein Lager bei Luck, aus dem sich Schwarzenberg zwar wieder erhob, jedoch ohne, was von ihm erwartet wurde, einer von der türkischen Grenze herandrückenden russischen Armee den Weg zu verlegen. Namentlich die Preußen hatten verhältnißmäßig wenig Mannschaft verloren. Sie wurden durch einen ehrlichen französischen Intendanten — wenige waren es — leidlich gepflegt, und ihre Offiziere wurden den deutschen Gutbesitzern stets willkommene Gäste. Auch die Kriegsführung war auf diesem Schauplatz beiderseits eine humane: man tauschte z. B. die gefangenen Aerzte aus; Kranken und Verwundeten ward die Möglichkeit geboten, zu genesen; beim Herannahen des Winters bekam jeder Mann seinen Pelz; die Gefangenen wurden erträglich behandelt — alles ganz anders als bei der Hauptarmee. Da war das Schicksal der Gefangenen, hier wie dort, ein verzweifelter. Solche, die auf den endlosen Märschen ermattet niederbrachen, wurden sofort getötet. Und den Kranken in den Spitälern in Smolensk und Wilna ging es kaum besser. Zur Ruhr war nur zu bald die „Kriegspest“ hinzugetreten, wie man den Flecktyphus nannte; an vermittelnden Insekten fehlte es ja niemandem; selbst den Pelz des großen Kaisers sollen sie nicht respektiert haben. Schon am 8. November stellt der württembergische Generalchirurgus fest, daß in den Wilnaer Krankenhäusern 16 000 Mann gestorben seien. Bei der weiten Entfernung von der Heimat, die so wenigen wieder erreichbar schien, wurde auch das Heimweh zur tödlichen Krankheit, von der namentlich die Bayern befallen wurden. Und schließlich forderte die Kälte unter den mangelhaft gekleideten Truppen zahllose Opfer. Als sie im Dezember bis zu 30 Grad Réaumur herabstieg, die zweite Sonne am Himmel erschien und die Vögel aus der Luft tot zur Erde fielen, da erfroren von den kaum ernährten Mannschaften viele sogar auf dem Marsch, sobald sie nur einen Augenblick erschöpft stillstanden. Sie wurden starr, verloren die Sprache, fielen willenlos zu Boden und starben — das gewöhnliche Schicksal der Vorposten. „Um drei Uhr morgens,“ schreibt einer der Offiziere zum 7. Dezember, „befahl der Marschall Victor den Abmarsch. Als das Signal dazu gegeben werden sollte, war der letzte Tambour erfroren.“ Dabei ergab sich übrigens, daß auch die Feinde nicht verschont blieben, ja daß die dürftig genährten

Deutschen und Polen die Kälte noch leichter ertrugen als die verfolgten Russen, obgleich sie gut verpflegt und sämtlich in warme Pelze gekleidet waren. Und was diesen düsteren Schicksalen der retirierenden Armee — wenn man das Wort für den wüsten Haufen gebrauchen darf, der sich da durch Litauen zurückwälzte — überdies noch einen moralischen Makel anheftete, das war eine trankhafte Habgier, die den Kameraden Diebstahl zu unerhörter Blüte trieb, da jeder in dem Nebenmann einen Todgeweihten sah, den er beizeiten zu beerben strebte, ehe die nachrückenden Kosaken besorgten. Gar mancher Kranke oder Verwundete wurde vorzeitig in die Ewigkeit befördert, weil man ihn bis aufs Hemd entkleidete und so seinem Schicksal überließ. Ein tröstliches Moment ist nur dabei, daß die deutschen „Kerle“, heute „Burschen“ genannt, sich ihre Gutmütigkeit bewahrten und mancher Offizier seinem „Kerl“ es verdankte, wenn er am Leben blieb. Diese „guten Kerle“ waren auch dafür bekannt, und französische Generale trachteten danach, deutsche Diener zu bekommen.

Doch genug — das Thema ist unerschöpflich. Die schließliche Rechnung ergab, daß der Feldzug von 1812 fast die ganze große stolze Hauptarmee des Imperators, 400 000 Mann, verschlungen hatte. Nicht deshalb, weil ihr in berechnender Absicht russisches Land und die Hauptstadt Moskau eingeräumt worden waren, wie man, die historische Wahrheit beugend, den gläubig aufhörenden Abgeordneten des Petersburger Parlaments vorgespiegelt hat, sondern aus ganz anderen Gründen, die aber zu kennen doch nicht völlig unnütz ist.

*

Wenn wir nun heute, wo wir selbst im Krieg mit Rußland liegen und unsre Truppen tief im feindlichen Lande stehen, auf diese schaudervollen Dinge ruhigen Blutes zurückblicken, so geschieht es, weil wir die feste Ueberzeugung gewonnen haben, daß derlei, selbst wenn wir den russischen Winter herausfordern wollten, bei der umsichtigen Energie der Kriegführung und bei der Sorgfalt, die der Staat dem Heer und die Bevölkerung jedem einzelnen Soldaten zuteil werden läßt, vollständig ausgeschlossen wäre.¹⁾ Nun hat aber schon im Oktober Kaiser Wilhelm in jener Ansprache an die Garde den Angriffsfeldzug in Rußland für beendet erklärt; die Ostfront steht und steht ebenso unerschütterlich wie die Fronten in Frankreich und gegen Italien; man kämpft nur noch um feste Stützpunkte und die Knoten der eisernen Verkehrsstränge, indes die Mittelmächte ihrer Offensive andre Ziele gesetzt haben. Ob sie bei gelegener Zeit den Angriff gegen die Russen wieder aufnehmen werden, entzieht sich der Erörterung. Dagegen wird man vielleicht heute schon die Mittel eines zureichenden

¹⁾ Im November hat das „Russkoje Slowo“ seinen Landsleuten nicht ohne Reiz erzählt, wie gut die deutschen Soldaten mit Wollschäcken, warmer Unterkleidung, mit warmen Mänteln und vielfach auch mit Schlaffäden versehen, die Schützengräben mit Strohmatte verkleidet und mit transportierbaren Oefen ausgestattet waren und daß Kaiser Wilhelm und Hindenburg befohlen hätten, es solle kein deutscher Soldat unter der Kälte zu leiden haben.

Landsschutz erwägen dürfen, wenn es einmal, über kurz oder lang, doch zum Frieden kommen wird; die Erfahrungen in Ostpreußen, in Galizien und in der Bukowina fordern dazu auf. Und da ließe sich etwa folgende Meinung gewinnen: Sollte es im allgemeinen, einige Korrektur vorbehalten, bei der heutigen Demarkationslinie (Riga—Dünaburg — östlich von Wilna — über Pinsk und die Sümpfe, den Styr und die Itwa entlang bis an die ostgalizische Grenze) bleiben — es ist nahezu genau die Grenze des altpolnischen Reiches nach der zweiten Teilung und wurde von Hindenburg als die denkbar günstigste Linie bezeichnet — und sollte dem von ihr umfaßten Okkupationsgebiet beschieden sein, für Zeit und Dauer den Besitz der beiden verbündeten Mächte zu bilden, so könnte dies gewiß nur unter militärischer Verwaltung der Fall sein, wie sie sich bereits in Belgien und Polen so ersprießlich erweist. Ja, es ließe sich denken und wohl auch wünschen, daß die militärische Organisation ins Volk getragen werde durch Ansiedlung und Einbürgerung soldatischer Kolonisten, an denen es nach dem Krieg ebenso wenig fehlen wird wie an bebaubarem Land. Die Bewohner haben ja zu vielen Tausenden auf das Geheiß ihrer Behörden ihr Eigentum zerstört und ihre Scholle verlassen. Auch läme zu erwägen, daß nach Friedensschluß der Arbeitsmarkt ein überreiches Angebot von Kräften aufweisen und jede Entlastung willkommen sein dürfte. Schließlich könnte dabei auch den Anforderungen der Bevölkerungspolitik entgegengekommen werden, indem man verheiratete Krieger bei der Kolonisation bevorzugte. Das Ganze wäre dann eine „Militärgrenze“, wie sie sich seinerzeit in Oesterreich so gut gegen das offensive Osmanentum bewährt hat, bestehend etwa aus einem baltisch-litauischen Reichsland unter deutscher und einem wolhynisch-ukrainischen unter österreichisch-ungarischer Administration. Eine solche zum Grenzschutz verpflichtete, für ihn geschulte, von einem starken einheitlichen Staatsgefühl befeelte Bevölkerung würde gewiß einen viel festeren Damm gegen feindliche Anschläge von russischer Seite her abgeben als ein ganzer Gürtel kostspieliger und am Ende doch zerbrechlicher Festungen. Wer vermöchte ohne Dankbarkeit der heroischen Leistungen österreichischer Gendarmen und der einheimischen Landsturmlente im äußersten Osten der Donaumonarchie in diesem Kriege zu gedenken!

Zu feindseligen Anschlägen dürfte es freilich in nächster Zeit wohl noch nicht kommen, da Rußland, von inneren Sorgen bedrückt, von allen seinen Zielen im Westen zurückgewiesen, militärisch und finanziell geschwächt, seine Politik voraussichtlich nach andrer Richtung orientieren wird. Vielleicht erinnert sich dabei der Zar der Mahnungen seines Jugendfreundes Uchtomski, der seinerzeit auf die zahlreichen und lohnenden Aufgaben hingewiesen hat, die für Rußlands Staatskunst und Kultur in Asien liegen. Dort, auf den immensen Gefilden des eignen Reichs, ließe sich der Landhunger des russischen Bauern gewiß viel leichter und mit weit weniger Opfern stillen als in Europa auf Kosten immerhin streitbarer Nachbarn. Und hat sich dann auch Frankreich in sein Schicksal gefügt und schließlich sogar England sich herabgelassen, den andern Mächten gleiches Recht auf freien Meeren zuzubilligen, ohne daß seine Selbstsucht an jeder Meer-

enge Posten steht, dann steht Rußlands friedlicher Entwicklung zu neuer Größe, wenn auch nicht mehr in den alten Bahnen, kaum ein Hindernis im Wege. Ist nur erst der schwerverwundete Erbteil ruhig gebettet, um unter den Händen gescheiter und menschlich besorgter Ärzte zu gesunden, dann wird ja wohl allenthalben ein neues Leben beginnen, wie wir gerne annehmen möchten: mit weniger Zwist und etwas mehr Völkerehrlichkeit.

Der Feldherr Hindenburg

Es ist eine eigentümliche Fügung, daß einem außer Dienst befindlichen General — dem General der Infanterie z. D. v. Benedendorff und v. Hindenburg, dem früheren kommandierenden General des IV. Armeekorps — im gegenwärtigen Weltkriege eine Rolle zugefallen ist, die ihm Gelegenheit bot, der Held des deutschen Volkes, der Nationalheld, ein zweiter Blücher zu werden. Und nicht von Kriegsbeginn an trat er in Tätigkeit. Erst nach Ablauf der ersten drei Kriegswochen ward er zum Oberbefehlshaber im Osten ernannt. Unter überaus schwierigen Verhältnissen trat er sein Kommando an. Mitte August 1914 hatten die Russen ihre erste große Offensive gegen Ostpreußen begonnen. Mit fünf Armeekorps (I., VI., VIII., XV., XXIII.) und drei Kavalleriedivisionen (6., 13., 15.) zog die russische Narew-Armee über Mlawka in Richtung Reidenburg—Allenstein heran, und die Njemen-Armee (II., III., IV., XX. Armeekorps) bewegte sich in der Richtung Stallupönen—Gumbinnen—Insterburg. Ihre Armeekorps bildeten im Frieden den Militärbezirk Wilna, daher wird sie auch Wilna-Armee genannt. Ein fünftes Armeekorps sollte im Frieden bis spätestens 1. Oktober gebildet werden. Angegliedert waren der Njemen-Armee die 1. und 5. Schützenbrigade, die 53., 54., 56., 57., 72. und 76. Reservedivision, die 1. und 2. Gardekavalleriedivision. Der Narew- und der Njemen-Armee gemeinsames Marschziel war Königsberg. Jede von ihnen dürfte etwa 230 000 Mann stark gewesen sein. Von deutschen Kräften waren das I., XVII. und XX. Armeekorps (im Frieden Korpshauptquartier Königsberg, Danzig, Allenstein) nebst den entsprechenden Reserve-, Landwehr- und Landsturmtruppen, etwa 225 000 Mann, in Ostpreußen vorhanden. Da zur Verbindung der beiden Armeen schwächere russische Abteilungen gegen die Linie Lyda—Goldap voringen, mußten deutsche Entsendungen dort belassen werden, andre schützten Tilsit und Memel, zu Besatzungs-, Sicherungs- und Etappenzwecken waren weitere Truppen erforderlich, so daß 90 000 Mann nicht zur eigentlichen verfügbaren Feldarmee gehörten. Diese achte Armee war vielmehr in den drei Armeekorps, einem Reserve- und einem Landwehrkorps nur etwa 135 000 Mann stark. An ihrer Spitze aber stand ein Mann wie Generaloberst v. Hindenburg. Er erkannte natürlich den Vorteil, der sich aus der räumlichen Trennung der feindlichen Armeen für die Deutschen ergab. Daß auch

jeder der beiden russischen Armeen die seinige um etwa 90 000 Mann unterlegen war, hinderte ihn nicht. Er gedachte vielmehr durch die Art der Verwendung seiner Armee, also durch seine Führungsüberlegenheit, das zahlenmäßige Mißverhältnis auszugleichen und beschloß, sich zunächst gegen die Narew-Armee zu wenden. Er tat dies wohl aus der Erwägung, daß bei selbst siegreichem Vorgehen gegen die Njemen-Armee jene andre ihm unweigerlich in den Rücken kommen und ihn zur Umkehr unter schwierigsten Verhältnissen nötigen mußte. Noch am 20. August war im Treffen von Gumbinnen das preußische I. Armeekorps vor der Njemen-Armee siegreich gewesen, hatte 8000 Russen gefangen, 8 Kanonen erbeutet. Da entschloß sich nach der Kommandollbernahme am 22. Hindenburg, mit der oben näher bezeichneten achten Armee sich gegen die Narew-Armee zu wenden. Gegen das Njemen-Heer blieben die Besatzungstruppen von Königsberg, Heereskavallerie und Landsturm zurück. Unter ausgiebigster Benutzung der Eisenbahnen wurden die Truppen von östlich der Angerapp nach dem Südwesten der Provinz übergeführt. Das russische Narew-Heer hatte am 24. die Höhe von Willenberg in Ostpreußen — Mława in Polen erreicht, befand sich im Vormarsch auf Allenstein — Osterode. Der deutsche Oberbefehlshaber stellte ihm zunächst das Landwehrkorps in der Front entgegen, welches die Weisung erhielt, nötigenfalls in nordwestlicher Richtung zu weichen. Die Heranführung der deutschen Heereskräfte erfolgte derartig, daß gegen den rechten, nördlichen russischen Flügel das XVII. (Bischofsburg) und das Reservekorps (nördlich Allenstein) vorgehen konnten, während gegen den linken, südlichen Flügel das preußische I. Korps (Gilgenburg) und eine Landwehrdivision (Lautenburg) eingesetzt wurden. Das XX. Korps blieb zur Verfügung. Das Moor-, Sumpf- und Seengelände zwischen Passenheim und Usbau sollte den auf die russischen Flügel angesetzten deutschen Hauptkräften die Gelegenheit bieten, die in diesem Gelände auf verhältnismäßig schmaler Front eingeleiteten russischen Marschtiefen aus den Flanken zusammenzudrängen und zu vernichten. Man führt auch diesen Plan der Vernichtungsschlacht auf das Beispiel von Cannä (2. August 216 v. Chr.) zurück, in welcher Hannibal das um zwei Fünftel überlegene Heer des Terentius Varro vernichtend schlägt. Wer sich für die Sache interessiert, möge „Cannä“ von Generalfeldmarschall Graf Alfred Schlieffen studieren.

Das Narew-Heer erreichte am 26. Allenstein mit seinem rechten Flügel. Von diesem war ein Armeekorps zur Verbindung mit der Njemen-Armee auf Bischofsburg abgezweigt. Die Mitte der Narew-Armee ging auf Hohenstein — Tannenberg, der linke Flügel auf Usbau — Lautenburg. Während die deutsche Mitte vor der russischen Uebermacht zurückwich, wurde das russische rechte Seitenkorps vom XVII. preußischen Armeekorps auf Ortelsburg geworfen, die Umlammerung damit eingeleitet. Der linke deutsche Flügel hielt sich in der Gegend von Usbau — Lautenburg der Uebermacht gegenüber.

Am 27. ging der deutsche linke Flügel in südwestlicher Richtung weiter vor, während der rechte auf Reidenburg bis Soldau vorschritt. Hierbei kam es den

Deutschen zustatten, daß die Russen dem linken Flügel Truppen entnahmen, um sie in der Mitte einzusetzen, wo sie durchbrechen wollten.

Am 28. setzt der Generaloberst das XX. Korps in der Mitte ein. Diesem aktiven Korps mit dem Landwehrkorps und dem halben Reservekorps gelingt es, über Hohenstein hinauszukommen, die Russen gegen die Seen östlich davon und östlich Wapliß zu drücken. Die Landwehrdivision des rechten Flügels kommt über Solbau hinaus.

Am 29. erfolgt die Umgehung durch den rechten Flügel. Wienztown wird erreicht, und anschließend kamen die Deutschen bis Reidenburg. Der linke Flügel bringt bis gegen die Seen von Passenheim vor. Den Russen blieb nur noch übrig zu versuchen, zwischen den Seen und Wäldern östlich zu entkommen.

Die Entscheidung brachte der 30. 100 000 Mann wurden gefangen, 70 000 Mann betrug der blutige Verlust, 60 000 bis 70 000 Mann mögen entkommen sein. Fast die gesamte Artillerie und die Trains fielen in die Hände der Deutschen, deren blutige Verluste etwa 15 000 Mann betrugen (von 135 000).

Nach Erlebigung der Narew-Armee wandte „unser Hindenburg“ sich gegen das Njemen-Heer Kennenkampf. Dort befand sich auch Großfürst Nikolai Nikolajewitsch. Völlig rätselhafter Weise hatte das Njemen-Heer in einer Entfernung von weniger als 80 Kilometer nichts getan, um durch Bedrohung des linken Flügels der achten deutschen Armee das Narew-Heer wirksam zu entlasten. Kennenkampf zog in den Tagen nach dem 20., als das I. preußische Korps von seiner Front fort und nach dem Südwesten geführt wurde, plündernd und verwüstend auf Königsberg weiter und besetzte Tilsit.

Die Njemen-Armee bewegte sich nicht — wie das Narew-Heer — in schmaler Front und großer Tiefe, sondern nahm eine Front von mehr als 100 Kilometern ein. Als die Nachricht vom Mißerfolge der Nachbararmee einging, sagte sich Kennenkampf wohl, daß die Deutschen nunmehr sich gegen ihn wenden würden. Er nahm eine Verteidigungsstellung derart, daß er den rechten Flügel seinem eigentlichen Marschziel Königsberg gegenüber in Tapiau anhielt. Mit unterer Alle und Dmet vor der Front, zog sich die Stellung über Gerdauen — Nordenburg nach Angerburg und östlich der masurischen Seen bis über Löben in südöstlicher Richtung hinaus. Die Front stand also nach Westen und Südwesten mit zurückgebogenem linken Flügel.

Generaloberst v. Hindenburgs achte Armee wurde durch Verstärkungen auf etwa 175 000 gebracht, denen 235 000 bis 250 000 Russen in der Verteidigung gegenüberstanden. Der eigenen Anmarschrichtung aus Südwest entsprechend beschloß der deutsche Oberfeldherr, den russischen linken, also südöstlichen Flügel umfassend anzugreifen. Die deutsche Mitte hielt er zurück und der linke Flügel sollte den russischen rechten umfassen. Unter Zurücklassung des Landwehrkorps zur weiteren Verfolgung der Trümmer des Narew-Heeres wurde das I. preußische Armeekorps mit einer Kavalleriedivision über Groß-Gabliß, also in allgemeiner Richtung auf Goldap, zur Umfassung des linken russischen Flügels angesetzt. Das XVII. preußische Korps hatte beiderseits des südlicheren Löbener Sees

(Löwentinsee) auf Freudental—Possessern, das XX. nördlich des nördlicheren Löbener (Mauer-) Sees auf Angerburg—Drengfurt, das (neu eingetroffene) XI. Armeekorps auf Nordenburg, gegen Gerdaun—Nordenburg endlich das Reservekorps und die Hauptreserve von Königsberg (eine Division) vorzugehen. Diese letzteren beiden Heeresteile sollten den russischen Nord- (rechten) Flügel umfassen, falls dieser sich nach Süden wenden sollte.

Zum Schutze des deutschen rechten Flügels (I. Armeekorps) gegen etwaige Bedrohung durch neue russische Kräfte aus Osten war die Landwehrdivision Morgen in der Gegend von Lyd gestaffelt bereitgestellt. Tatsächlich hat diese Division ein neu auftretendes sibirisches Armeekorps vom 7. bis 9. September zurückgeworfen.

Der Angriff auf Krennenskampfs Armee verlief nun wie folgt. Nach erfolgreichen Vorhutgefechten am 8. wurde am 9. der russische linke Flügel östlich der Löbener Seen von Groß-Gablick bis Allenburg geworfen und ging auf Goldap, Gumbinnen, Insterburg zurück. Die oben erwähnte Kavalleriedivision hatte die östlichen Rückzugsstraßen gesperrt. Das I. Armeekorps schlug den russischen linken Flügel und drängte ihn — infolge der Tätigkeit der Kavalleriedivision — nach Norden. Am 10. stand der russische linke Flügel in nach Norden offenem Bogen zwischen der Straße Nordenburg—Insterburg und der Rominter Heide. Dort wurde er am 11. zusammengebrochen und vernichtend geschlagen. Mitte und rechter (Nord-) Flügel der Russen entzogen sich rechtzeitig, unter Opferung des linken Flügels, in der Nacht vom 9. auf 10. der Vernichtung. Ueber Insterburg—Stallupönen zog er sich auf russisches Gebiet zurück. Damit entging dieser Teil des Njemen-Heeres dem Mißgeschick der Narew-Armee. 30 000 Mann und 150 Geschütze waren die Siegesbeute der Deutschen. Die blutigen Verluste der Russen betrugen auch etwa 30 000 Mann.

In kaum drei Wochen hatte Hindenburgsche Feldherrnkunst die Njemen- und die Narew-Armee aus Ostpreußen entfernt. Letztere war vernichtet, erstere mit einem Verluste von 60 000 Mann davongekommen. Noch schwerer wog der Verlust von 650 Geschützen, die in Rußland schwerer als Menschen zu ersetzen sind. „Mit ganz Deutschland bin Ich stolz auf diese Leistung der Armee unter Ihrer Führung,“ drahlte der Kriegsherr seinem siegreichen Feldherrn.

Da Ende September die österreichisch-ungarische Armee im Zurückgehen über San und Wislota begriffen war, wurden die durch die beiden großen Erfolge in Ostpreußen verfügbar gewordenen deutschen Kräfte nach Südpolen befördert, um durch eine Offensive über die mittlere Weichsel, also in den Rücken der über den San gesetzten russischen Kräfte, die Bundesgenossen zu unterstützen. Zu diesem Zweck waren in der Zeit von Mitte bis 28. September die deutschen Heeresteile aus dem ostpreussisch-russischen Grenzbezirk in den galizisch-oberschlesischen mit Hilfe der Eisenbahnen verschoben worden. Generaloberst v. Hindenburg führte auch hier den Oberbefehl. Der deutsche Vormarsch begann aus der Linie Kratau—Kreuzburg, Oberschlesien, gegen Zwangorod—

Warschau. Ihm schloß sich der linke Flügel der Verbündeten, unterstützt durch deutsche Truppen, an, indem er die Russen über den San warf.

Auf dem linken Weichselufer wichen etwa sechs russische Kavalleriedivisionen vor dem deutschen Anmarsche unter zum Teil erheblichen Verlusten zurück. Hinter der russischen Kavallerie, also östlich derselben, wurden starke russische Kräfte im Marsche und Abtransport aus Galizien gegen die Linie Lublin—Ragimierz gemeldet, die Entlastung der Bundesgenossen war also bereits eingetreten.

Der Hindenburgschen Offensive gegenüber beabsichtigten die Russen anscheinend mit Teilen die Weichsel zwischen Sandomierz und Opatow zu überschreiten, die deutsche Front zu fesseln und über Zwangorod gegen die linke Flanke der Deutschen vorzustoßen. Die übergegangenen russischen Heeresteile wurden Anfang Oktober von den Deutschen auf rechte Ufer zurückgedrängt. Die Vorhut des Hindenburgs erreichten mit ihrer Mitte, über Kielce vorgehend, schon am 10. Oktober die Weichsel zwischen Zwangorod und Warschau. Die russische Absicht, über Zwangorod gegen die deutsche linke Flanke vorzustoßen, war vereitelt. Man versuchte nun russischerseits die Fesselung vor Zwangorod mit fünf Armeekorps, während zehn andre den Flankenstoß über Warschau ausführen sollten. Generaloberst v. Hindenburg beschließt zur Vereitelung dieser gegnerischen Absicht den Vorstoß auf Warschau. „Bis dicht vor die Tore von Warschau“ wird vorgeedrungen, während schwächere Kräfte zur Abwehr und Sperrung vor Zwangorod bleiben. Nun aber taten die Russen, was ihnen bei Zwangorod und Warschau mißglückt war, an dritter Stelle. Mit vierfacher Ueberlegenheit gehen sie über Nowo-Georgiewsk gegen die linke Flanke der vor Warschau kämpfenden Deutschen vor. Der Feldherr Hindenburg entschließt sich, die dicht vor Warschau stehenden Truppen in die starke Stellung Rawa—Stierniewice zurückzunehmen, die vor Zwangorod zurückgelassenen Teile heranzuziehen und gegen die linke Flanke der etwa von Warschau folgenden Russen vorgehen zu lassen. Oesterreicher lösen vor Zwangorod die Deutschen ab. Schon hatten die von dort herandrückenden Deutschen die Pilica erreicht, schon sind russische Angriffe gegen die Stellung Rawa—Stierniewice abgewiesen, da geht die Meldung ein, daß die Oesterreicher vor Zwangorod sich nicht zu halten vermögen. Schwere Herzen, aber sehr weise entschließt sich Generaloberst v. Hindenburg zum Rückzuge, solange ein solcher noch ohne Gefahr möglich ist. „In Polen mußten die deutschösterreichischen Truppen vor neuen russischen Kräften, die von Zwangorod—Warschau und Nowo-Georgiewsk vorgingen, ausweichen, nachdem sie bis dahin in mehrtägigen Kämpfen alle russischen Angriffe erfolgreich abgewiesen hatten. Die Russen folgten zunächst nicht. Die Loslösung vom Feinde geschah ohne Schwierigkeit. Unsere Truppen werden sich der Lage entsprechend neu gruppieren.“ (Mitteilung des Großen Hauptquartiers vom 28. Oktober 1914.) Auf der Gesamtfront löste man sich vom Feinde und ging in die Linie Kratau—Czenstochau—Sieradz zurück. Bahn-, Straßen- und Telegraphenanlagen wurden so gründlich zerstört, daß die Russen nur langsam folgen konnten. In großangelegter Offensive

folgte die russische Menschenampfwalze. Diese Offensive mußte Hindenburg brechen. Das konnte nur im Angriff geschehen, in der Verteidigung war vielleicht Zeit zu gewinnen, über kurz oder lang aber wäre man von den Massen erdrückt worden. Des Generalobersten Plan war folgender: „Die Entscheidung sollte in Polen und Galizien durch Angriff gegen die im Weichselbogen und östlich Krakau vorrückenden russischen Hauptkräfte gesucht werden, während auf den Flügeln in Ostgalizien und Ostpreußen die Verbündeten sich gegen die gegenüberstehenden erheblichen feindlichen Kräfte defensiv verhalten sollten. Für die Entscheidung in Polen galt es, alle an anderer Stelle irgend entbehrlichen Kräfte zusammenzufassen. Das äußerst langsame Folgen der Russen gab die Zeit zu der notwendigen neuen Versammlung.“ Während in der Gegend von Krakau und an der oberschlesischen Grenze eine aus Truppen beider Verbündeten zusammengelegte Heeresgruppe gebildet wurde, ward in der Mitte zwischen Breschen und Thorn eine Armee Macdensen zusammengezogen. Während erstere Gruppe die russischen Hauptkräfte band, ging die Armee Macdensen am linken Weichselufer vor. Bei Kolo und Kutno warf deutsche Kavallerie die russische. Vom 18. November an durchbrach bei Wlozlawet die Armee Macdensen den rechten russischen Flügel. Der schon genannte General v. Morgen drängte ihn auf Warschau, während das Heer Macdensen nach Hindenburgschem Plane sich südlich gegen die rechte Flanke der russischen Zentrumsgruppe wendet. Die folgenden Ereignisse führen zur Wiedereinnahme von Lodz (6. Dezember) und zu dem langen Stellungskampfe an der Wzura und Pillica. In dieser Zeit eines gewissen Stillstandes in Russisch-Polen hat das Feldherrngenie Hindenburgs wiederum Gelegenheit, sich glänzend zu betätigen. Als „Oberbefehlshaber sämtlicher Streitkräfte im Osten“ hatte Hindenburg, als er nach dem Siege über die Njemen-Armee zu der ersten Offensive in Russisch-Polen schritt, das Heer Below in Ostpreußen zurückgelassen. Auf Veranlassung des Generalobersten (seit 28. November 1914 Generalfeldmarschall) waren die drei großen Straßenzüge Kowno—Gumbinnen—Insterburg, Biełostok—Lyda—Löben, Warschau—Mława—Allenstein durch feste Verteidigungsstellungen gesperrt, welche die Landengen der masurenischen Seen, die Angerapp- und Insterlinie, weiter bis Tilsit nördlich und die Linie Lautenburg—Soldau—Neidenburg südwestlich der Seen schlossen. Die Reserve-, Landwehr- und Landsturmformationen des Heeres Below hatten die Angriffe der zehnten russischen Armee (acht bis neun Armeekorps) unter General Sievers monatelang abzuwehren. Mit diesem Gegner wollte unser Held abrechnen, als die Kämpfe in Russisch-Polen stehende geworden waren. Er fand die Russen Anfang Februar in Stellungen vom Njemen östlich Tilsit bis Johannesburg und am Pißet den Deutschen gegenüber. Die 160 Kilometer lange Stellung war von 220 000 Russen besetzt. Der deutsche Feldherr verfügte infolge eingetroffener Verstärkungen (neu ausgebildete Truppen) über 250 000 Mann, von denen drei Korps unter Generaloberst v. Eichhorn nördlich des Pregel standen. Südlich desselben stand die Armee Below, an welche westlich des Johannesburger Forstes das Korps Falk anschloß, neben welchem noch süd-

licher das Reservekorps Vismann stand, das seinerseits gegen etwaige Bedrohung von Lomza her durch ein Seitendetachment geschützt wurde. Wir sahen in der Schlacht von Angerburg, wie der Generalfeldmarschall die Landwehrdivision Morgen bei Lyd ähnlich und mit großem Nutzen als Flügelschutz verwendete. Hindenburgs großzügiger Plan war Umfassung der feindlichen Flanken, ungeachtet der frontalen Ausdehnung. Hierbei sollte der eigne rechte Flügel den Feind in dem Wald- und Sumpfgelände von Lyd—Augustowo zusammendrängen, die deutsche Mitte hatte sich zunächst zurückzuhalten, der linke Flügel gegen den russischen rechten umfassend einzuschwenken. So geschah's!

Am 7. Februar warf der rechte deutsche Flügel die Russen über den Pißet und stieß am 9. gegen Lyd vor.

Der linke Flügel (Eichhorn) schwenkte aus der Linie Insterburg—Tilsit nach Südost. Ueber den Schoreller Forst und die Gzezcupze wurden die Russen am 8. und 9. zum Teil auf Rowno, zum Teil südöstlich auf Mariampol geworfen.

Die Armee Below schloß sich dem Vordringen der Armee Eichhorn an und drängte gleichfalls in südöstlicher Richtung die Russen auf Kalwarja.

Vorbereitete russische Aufnahmestellungen und Gunst des Geländes, namentlich in der Gegend von Lyd, führten zu den erbitterten Kämpfen der folgenden Tage. Am 11. erreichte der linke Flügel (Eichhorn) die nördlichste der früher genannten Straßen Gumbinnen—Rowno an fünf Stellen, am 12. besetzte er Kalwarja und Mariampol. Am 10. und 11. kam der rechte Flügel (Vismann) über Grajewo hinaus. Die vor der Mitte (Below) zurückgehenden Russen hatten nur noch die Straße über Sejn zur Verfügung, auf der sie am 12. bis westlich Suwalki kamen. Am 13. und 14. war die Umgehung von Nord und Süd mit Besetzung aller nach Osten führenden Straßen beendet. Bei Lyd hielten sibirische Truppen bis zum 14. Februar aus. Dem Schlussschlafte wohnte der Deutsche Kaiser bei. Ein vom Dobr her mit frischen russischen Kräften unternommener Vorstoß wurde von dem früher erwähnten rechten Seitendetachment bei Kolno südlich Biälla abgewiesen. Das Endergebnis waren 110 000 Gefangene, 300 Geschütze, 200 Maschinengewehre, unermessliches Kriegsmaterial, von dem bei eingetretenem Tauwetter vieles stecken geblieben war. Die Trümmer der X. russischen Armee flüchteten von Lyd in den Wald von Augustowo, wo sie am 15. Februar eingeschlossen wurden.

„Das war Hindenburgs Werk, und Gott war mit ihm,“ schließt Hans Niemann seine „Winterschlacht in Masuren“. „Zum dritten Male hatte unser Hindenburg eine russische Armee vernichtet.“

Eine anderweitige Heeresenteilung und Neuregelung der Kommandoverhältnisse, nach welcher Generalfeldmarschall v. Hindenburg den linken nördlichsten Flügel befehlt, die Ereignisse in Galizien, die große Offensive über Weichsel und Bug, der Feldzug gegen Serbien, haben die Person Hindenburgs vorübergehend etwas in den Hintergrund treten lassen. Der Generalfeldmarschall — dessen unterstellte Truppen bis an die Duna vorgerückt sind — aber ist als Held von Tannenberg und der masurischen Seen, als Befreier Ostpreußens

von russischer Ueberschwemmung, der Dankbarkeit des deutschen Volkes schon jetzt für immer sicher. Gerade seiner ruhmreichen Vergangenheit wegen ist er mit dem östlichen Kriegsschauplatz des Weltkrieges so verwachsen, daß man sich ihn anderswo kaum tätig vorstellen kann.

Der verstorbene Feldmarschall Graf v. Moltke bezeichnete einmal den Anmarsch räumlich getrennter Heeresteile zum Handeln für gemeinsamen Zweck und ihre Vereinigung auf dem Schlachtfelde, im Gegensatz zur Versammlung vor der Schlacht, als die größte Leistung des Feldherrn. Der gleichfalls verstorbene General der Infanterie v. Schlichting schrieb einmal: „Das Anwachsen der Heere eines Staates ist ein sehr problematisches Geschenk für einen Feldherrn, wenn er die Gesetze ihrer Bewegung nicht kennt oder sie nicht durchzuführen versteht.“ Weil Feldmarschall v. Hindenburg diese Gesetze nicht nur kennt, sondern sie durchzuführen versteht, deshalb ist ihm jene erfolgreiche Vereinigung seiner Korps auf dem Schlachtfelde so glänzend gelungen!

v. G.

Politische und unpolitische Erinnerungen aus Rumänien

Im Jahre 18.. führte mich eine Reise nach Südrußland und dem Kaukasus durch Rumänien.

Herrn Louis Bassot, dem Geheimsekretär des Königs, dankte ich die Anregung, hier einen längeren Aufenthalt, als vorgesehen, zu nehmen. Ich habe es niemals zu bereuen gehabt. Meine Erinnerungen an die herrlichen rumänischen Karpathen, die ich zu jeder Jahreszeit seitdem besuchte, an die braven und ehrlichen Bauern und die feingebildete, liebenswürdige und geistreiche rumänische Gesellschaft, an das glänzende, pflichttreue und patriotische Offizierkorps zählen zu den schönsten meines Lebens.

Mr. Louis Bassot, ein französischer Schweizer, der in hohem Maße die geschäftliche Klugheit und die sympathischen Umgangsformen seiner Landsleute vom Genfer und Neuenburger See besaß, war die rechte Hand des Königs Carol in allen geschäftlichen Fragen und auch in manchen andern ein treuer, loyaler Berater.

Seiner unermüdlichen und ehrlichen Mitarbeit, die sich immer fern von gewagten Spekulationen hielt, dankte der König das Emporblühen seines eignen bedeutenden Hausvermögens, das fast ausschließlich in rumänischen Werten angelegt war. Den Grundstock hierzu bildeten die zukunftsreichen rumänischen Eisenbahnaktien — besonders der Orientbahn —, die ja bekanntlich ursprünglich zum Ruin ihrer ersten Gründer — in erster Linie Stroussbergs — geführt hatten.

Die Orientierung, welche mir Herr Basset über Rumäniens Land und Leute gegeben, wurde sehr bald vertieft durch die für mich hochinteressanten Unterhaltungen mit unserm damaligen Gesandten, dem späteren Reichskanzler und Fürsten v. Bülow.

Bülow's Tätigkeit in Rumänien, seine so außerordentlich chevalereske und im besten Sinne des Wortes vornehme Persönlichkeit, seine so überaus lebenswürdigen und gewinnenden Umgangsformen, sein klarer politischer Blick, verbunden mit einem energischen Willen zur Durchführung seiner Ideen, ohne jede verletzende Schärfe in den gewählten Mitteln, und endlich nicht zum wenigsten seine umfassende Bildung, sein vielseitiges Interesse allem und jedem gegenüber, seine glänzende Rednergabe sind dort, wie in Rom und in Deutschland, unvergessen geblieben. Er stand mit diesen Eigenschaften in einem gewissen Gegensatz zu einem späteren Gesandten — Riederlen-Wächter, der bei allem Mutterwitz und geistigen Fähigkeiten doch durch einzelne persönliche Schwächen, wenig konziliante Umgangsformen und launenhafte Bidschsprünge gesellschaftlicher und politischer Natur unter Deutschen wie Rumänen sich nicht vieler Verehrer zu erfreuen hatte.

Ein Ehrenmann von echtem Schrot und Korn, von außerordentlich taktvollem, zuvorkommendem Wesen, hochgebildet und von schärfster Auffassungsgabe, vermochte sein Nachfolger — Rosen —, unterstützt von seiner überaus feinsinnigen, geistig hochstehenden und musikalischen Gattin, manches ganz oder halb verlorene Terrain zurückzugewinnen; leicht ist es gewiß nicht geworden, dafür waren die Einflüsse der Tripelentente zu stark und auch ein guter Teil der Wojaren allzu sehr französiert worden. Man kann wohl behaupten, daß dieser übermäßige Einfluß in mancher Beziehung der allzu bequemen und luxuriösen Verbindung durch die Orientexpressbahn zuzuschreiben ist.

Der reiche Rumäne oder die Rumänin setzt sich heute in den eleganten Schlafwagen, um zwei Tage später in Paris zu erwachen — man läßt sich nicht die Zeit, in Wien oder München auszustiegen. In Wien soll ja das Leben langweilig sein, man schließt um 7 Uhr die Läden und um 10 die Häuser, in München gibt es nur Maler — glaubt der Rumäne —, was interessiert das?

Man will Toiletten kaufen und sich amüsieren — koste es, was es wolle —, das alles findet man in Paris, und gar viele Rumänen und Rumäninnen, besonders in jüngeren Jahren, betrachten Paris als den rechten und einzigen Sammelpfad für ihre mehr oder weniger oberflächlichen Bestrebungen und Genüsse.

Natürlich gibt es auch unzählige junge Leute — Herren wie Damen —, besonders aus den mittleren Klassen, welche aus höheren, rein geistigen Interessen Paris als einen Mittelpunkt der Kunst und Wissenschaft aufsuchen. Hierzu gehören in erster Linie gar viele Mediziner, Juristen, Chemiker, Maler, Bildhauer, Musiker und Schauspieler beiderlei Geschlechts.

Die Rumänin, ganz ähnlich wie ihre nächstverwandten Schwestern, die Russin und die griechische Levantinerin, ist vielfach außerordentlich musikalisch

und sprachlich begabt und literarisch — wenigstens in der belletristischen und Tagesliteratur — sehr gebildet.

Aber auch ihre Vorliebe wendet sich — wie selbstverständlich in der Toilettenfrage — auch literarisch meist den französischen Erzeugnissen zu.

Nur einem Erzeugniß des eignen Landes gibt sie den Vorzug vor allen Produkten — wenigstens den eßbaren der Welt — dem Konfekt und den Mäschereien von Capşa, dem berühmten Hof Konditor der Galea Vittorei. Was Wunder, daß die in ihrer Jugend hübschen, schlanken Damen im reiferen Alter an Weisheit wie an Körperfülle bedenklich zunehmen. Das behagliche Wohlleben mit seinen fetten Speisen, der Mangel an jeder vernünftigen Bewegung — und wie gesagt, die ewigen Mäschereien beginnen sich zu rächen.

Sportsdamen gibt es leider wenige in Rumänien, wenn auch die Königin Marie mit trefflichem Beispiel und eisernem Training vorangeht und sich durch ihre Willensstärke und ihr Leben in der freien Natur ihre Jugendfrische, körperliche Leistungsfähigkeit und Schönheit bewahrt hat.

Wie in ihrem eignen Heim — das sie bis ins kleinste Detail selbst in künstlerischer Vollendung geschaffen — in Cotroceni als Märchenprinzessin oder eine neue Kaiserin des Morgenlandes, so kann der Rumäne auch seine Königin bewundern, wie sie auf ungezügelterm Rosse über die weiten Brachfelder stürmt oder im Schlitten die vereisten Hänge der Karpathen hinunterfaßt.

Eine echte Künstlerin, eine stolze Herrscherin, ein echtes, feinsinniges, fein empfindendes Weib im Körper einer Amazone!

Eine andre, allen Deutschen so wohlbekannte, liebenswürdige Erscheinung hat sich leider nach dem Hinscheiden ihres Gemahls nahezu vollständig aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen — Carmen Sylva, die edle Königin Elisabeth, deren Geist und so überaus sympathische seelische Eigenschaften in ihren zahlreichen phantasievollen und poetischen Schriften eines jeden Herz bereits gewonnen hat, bevor er noch die Schwelle Rumäniens überschritten.

Aber Königin Elisabeth war nicht nur eine hochbegabte, sympathische Schriftstellerin; in ihrer hohen Stellung wußte sie auch ihren Einfluß in intensivster Weise für alle kulturellen Zwecke ihres Landes geltend zu machen.

Die Schulen, das Rote Kreuz, die Krankenanstalten, vor allem aber ihre letzte Fürsorge Stiftung, die Blindenanstalten, die „Vatra luminoasă“, verdanken ihr außerordentlich viel. Es ist selbstverständlich, daß eine so künstlerische Natur wie Carmen Sylva auch der Heimatkunst und den Landestrachten, die gerade in allen rumänischen Landen überaus geschmackvoll und prächtig sind, ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden mußte.

In diesem Sinne regte sie an, daß auch die vornehmsten Damen in ihrem Heim oder auf Ballfestlichkeiten sich der bäuerlichen Landestracht bedienen sollten, und ging hierbei am Hofe selbst mit bestem Beispiele voran. Unzählige Bilder zeigen die Königin Elisabeth, die damalige Kronprinzessin Marie und ihre Tochter Prinzessin Elisabeth in der malerischen Tracht der rumänischen Bäuerinnen mit den in allen Farben gestickten Hemden, Blusen und langgefrans-

Schürzen. Dank dieser Fürsorge hat sich daher von allen osteuropäischen Trachten die rumänische am längsten, reinsten und schönsten erhalten. Hand in Hand hiermit ging naturgemäß die Fürsorge für alle andern häuerlichen, originellen Heimarbeiten, die besonders in Lederarbeiten und Holzschnitzereien teilweise Vorzügliches bieten. Die große rumänische Ausstellung in Bukarest im Jahre 1906 zeugte von dem großen künstlerischen Verständnis der einzelnen Bauern sowohl wie von den enormen Fortschritten der einheimischen Landwirtschaft und Industrie.

Einer der interessantesten Pavillons war vom Kunstgewerbemuseum von Czernowiz errichtet, angefüllt mit häuerlichen Erzeugnissen von Rumänen der Bulowina. In schmählicher Weise haben die Russen bei ihrer Okkupation dieses einzig dastehende Volksmuseum geplündert und die unersetzlichen Mustersammlungen vieler Jahrhunderte in alle Winde zerstreut.

Vielleicht haben die kräftigen Schläge deutscher und österreichischer Truppen gegen die Russen in Galizien und Wolhynien die Museen und Privatsammlungen Rumäniens auf Jahrzehnte hinaus vor ähnlichen Prüfungen bewahrt!

Die künstlerischen Empfindungen Carmen Sylvas wie besonders auch des Königs selbst finden sich in dessen Lieblingschöpfung, dem Schloßbesitz von Sinaja, niedergelegt.

Es mag ein poetischer Wunsch Carmen Sylvas für die Wahl des Ortes anregend gewesen sein, die Durchführung des Planes, die vielen gewaltigen Baulichkeiten in ihrem einheitlichen Stile lassen überall König Carol als Schöpfer erkennen, der sich mitten in den unwirtlichen Karpathen ein Paradies geschaffen hat, in welchem er in königlicher Gastlichkeit und doch wieder in abgeklärter Lebensweisheit und Ruhe waltete und regierte.

Dank der liebenswürdigen Vorstellung unsers Gesandten war es mir bereits am ersten Tage vergönnt, die gastliche Schwelle des königlichen Lustkolums zu überschreiten.

Im Dorfe Sinaja liegt ein altes Kloster mit friedlich stillen Wandelgängen und einigen wenigen einfachen Gemächern, in welchen das königliche Ehepaar den Neubau des prächtigen Schlosses in einem Seitentale der Karpathen überwacht hatte.

Ueberraschend baut sich der Königsbau mit seinen Bädern und Türmen, Umbauten und Vorbauten in malerischer Silhouette über einer weiten, stark abfallenden Wiesenmatte auf, vor einem Hintergrunde und umsäumt von himmelanstrebenden dunklen Tannen, die wieder überragt werden von den senkrechten Kalkfelsen der Karpathenhöhen.

Schön ist's hier, in abendlicher Dämmerung die grauen Felsen erglücken zu sehen, schöner noch, wenn die ganze Landschaft in tiefen Schnee gebettet ist, schwere Schneemassen die breiten Tannenzweige bedecken und nur die hochragende Holzarchitektur des Königschlosses sich wie in Kupfer gestochen aus dieser Phantasie in Weiß erhebt.

Tritt man dann näher, so vermitteln italienische Terrassen und Loggien mit Marmorbildern und Rosenlauben den Uebergang aus der gewaltigen, ur-

sprünglichen Karpathennatur, dem Fichtenurwald, zur Kunst und Kultur des feinsinnigen Herrscherpaares. Es war die letzte Schöpfung des verstorbenen Königs.

Früher war Pelischor entstanden, das Schloß, bestimmt für das Kronprinzenpaar, und ein ganzes Dorf im Hintergrunde des Parks, das, den steigenden Bedürfnissen des Hofhalts wie des Staatswesens entsprechend, sich immer mehr vergrößerte.

Auch mancherlei Ueberraschungen gibt es im Park zu sehen, wie das „Neß der Prinzessin“, ein Blockhaus hoch oben in den Wipfeln einiger mächtigen Fichten, an herrlicher Aussichtsstelle über einem gähnenden Abgrund erbaut. Ein Zufluchtsort für Naturen, die, fern von Etikette, Zwang und geräuschvollem Leben des Hofes, einmal mit ihren Gedanken und ihrer Phantasie in Ruhe und allein leben möchten.

Hier mögen wohl manche der Studien Carmen Sylvas entstanden sein, die, wie die Peleschmärchen, eine echte deutsche Frauenseele, ein tief empfindendes rheinisches Gemüt in ein rumänisches Gewand kleiden; hier mag auch die geniale Kronprinzessin, die jetzige Königin Marie, manche Anregung für ihre so vielseitigen künstlerischen Leistungen gefunden haben, die sie dann in Cotroceni zur Ausführung brachte.

Der Empfang auf dem Schlosse, das darauffolgende Frühstück vereinigte echt königliche Würde mit der Gastlichkeit des vornehmen, abgeklärten und aufgeklärten Privatmannes, der sich im Kreise seiner Freunde und ihrer Damen Erholung von seiner vielseitigen anstrengenden Tätigkeit sucht.

Der König beherrschte meisterhaft die Unterhaltung der ganzen Tafel und wußte sehr bald auch die Interessen ihm noch fremder Persönlichkeiten zu berühren und durch seine liebenswürdige Fragestellung sowohl das Herz seiner Gäste zu gewinnen, wie das für ihn Wissenswerteste zu ergründen.

An jenem Tage zeigte er sich besonders gnädig gegenüber seinem Flügeladjutanten, dem Obersten Candiano Popescu, den er als Helden beim Sturm der Grivigareboute vor Plewna feierte — war doch Candiano als erster in die türkischen Gräben eingebrungen, um das Rumänenbanner aufzupflanzen.

Nach Tische, beim Einnehmen des Kaffees in der Halle, hatte der König die Gnade, mich zur Teilnahme an den Königsmanövern in seinem Gefolge einzuladen.

Er machte dann selbst noch die Honneurs und zeigte uns einige interessante Kunstwerke, wie historische Waffen und das Gemälde von jener Szene beim Rückzuge aus der verlorenen Schlacht von Nitopolis, als der Johannitergroßprior von Deutschland, Graf Eitel Fritz von Hohenzollern — nach einigen Nachrichten zusammen mit dem Johanniterkomtur Amadeo VI. von Savoyen —, den Kaiser Sigismund auf einer Ordensgaleere rettete.

Die beiden Ritter sollen dann in echter Ordensstreue und Loyalität den Kaiser durch alle Gefahren hindurch, die ihnen von türkischen Korsaren im Schwarzen Meere, der Aegäis und der Adria drohten, glücklich über Rhodus und Venedig wieder in die Heimat gebracht haben.

Mit stolzer Freude sprach der König bei der Erwähnung dieser Schlacht und der Tat seines Ahnen von deutscher Mannentreue, der Hohenzollernentreue zu Kaiser und Reich. Auch des Savoyers Ordensstreue war ein Zeichen echten Edelsinns. Zur ewigen Erinnerung für seine Nachkommen an seine Loyalität nahm er das Wappen seines Ordens als das eigne an, das heute noch als Wappen Savoyens und Italiens gilt, das weiße Balkentreuze auf rotem Felde — darf es heute noch als das Zeichen der Treue gelten?

Auf Befehl des Königs setzte Candiano die Führung bei der Besichtigung des Schlosses fort und erwies sich als trefflicher Mentor.

Im Schlafzimmer des Königs rief er mit Emphase: „Voilà le lit nuptial de Leurs Majestés, je meurs pour mon roi!“ Auf diese etwas auffallende Bemerkung erklärte mir nachher ein vornehmer Rumäne aus der Umgebung des Königs:

„Ja, mit Candiano, das ist so eine eigne Sache. Er hat einmal Rumänien zur Republik machen wollen und sich selbst zum Präsidenten. In Pitesti gab's dann einen kleinen Aufstand. Ein Bataillon Jäger rückte dagegen aus. Als es auf dem Marktplatz angelangt war, ging ihm Candiano allein entgegen, von seinen Anhängern sah man niemand wieder.

Man wollte ihn gefangen setzen oder gar fusilieren.

Der König machte ihn aber zu seinem Flügeladjutanten.

Jetzt ist er begeisterter Royalist.

Aus Ueberzeugung oder weil er sich's einredet.“

Nicht immer herrschte eine so freudige Stimmung an der königlichen Tafel wie an jenem Vorabend vor den großen Manövern. Habe ich doch den König wiederholt schwer erkrankt wiedergesehen, wenn er auch seine Gäste nichts merken lassen wollte und direkt unwillig werden konnte, wenn die Königin in einer fast mütterlichen Bärtlichkeit und Sorge ihm allzuviel Schonung empfahl. Oder in politischen Krisen, wenn seine Stirn umbüßert war von den gehässigen Angriffen einer verächtlichen, jeder Autorität hohnsprechenden Presse, die nicht einmal vor der ehrwürdigen Persönlichkeit König Carols, des Patriarchen unter den europäischen Fürsten, haltmachte!

Einmal hatten ihn die Ärzte auf Milchdiät gesetzt. Gott sei Dank, wie sich nach sechs Wochen herausstellte, überflüssigertweise, denn das vermutete schwere Magen- oder Leberleiden existierte tatsächlich damals nicht. Der König befand sich aber ganz wohl bei seiner frugalen Selbstigung und war ebenso lebhaft wie sonst in der Unterhaltung. Die Gäste, die er in diese zog, waren außerstande zu essen. Und ich war gerade sehr hungrig von einer weiten Gebirgspartie zurückgekehrt. Nach Tisch erbarmte die Königin sich meiner, befahl mich in ihr Boudoir zu Tee und Gebäck und erzählte mir von ihren Lebenserinnerungen und ihrer rheinischen Heimat.

Zur Erinnerung schrieb sie mir auf ihr Porträt mit ihrer energischen Handschrift: „Die Seele soll sein wie ein Fenster, das die Sonne hineinläßt und den Wind und Frost abhält. Carmen Sylva. Sinaja, den 28. September 1906.“

Die Königsmanöver gaben mir Gelegenheit, eine Reihe von Persönlichkeiten kennen zu lernen, die zum Teil später eine große politische Rolle zu spielen berufen waren. So vor allem den schweigsamen, gedankenvollen Obersten Brusati, den italienischen Militärattaché — einen der Helden von Abua —, später Generaladjutant und vielleicht einzigen Freund des Königs Viktor Emanuel. Es heißt, er habe seinem König bringend von dem Isonzoabenteuer abgeraten. Ob es wahr ist, wer weiß es? Wahrscheinlich ist es, denn der so außerordentlich kluge und militärisch hochgebildete Brusati wird über die Ausichtslosigkeit des hinterlistigen Ueberfalls nicht einen Augenblick im Zweifel gewesen sein.

Daß der persönlich überaus rechtschaffene, gerade und ehrliche General, ebenso wie sein im Privatleben unantastbarer und im politischen Leben sonst sehr klug und unparteiisch handelnder König, über die Loyalität des ganzen Vertrags- und Vertrauensbruchs nicht einen Augenblick im Zweifel sein konnte, muß ebenso ohne weiteres angenommen werden.

Brusati geistig und an militärischem Talent nahestehend, wenn auch eine ganz andre Natur, war der russische Stabskapitän Baron Taube — dem man die erste Anknüpfung der russischen Intrigen neuerer Zeit in den Balkanländern zuschreibt.

Er hat meines Wissens später eine sibirische Schützendivision kommandiert und ist am Yalu tapfer kämpfend gefallen.

Sein bester Freund war der französische Militärattaché Comte de Billeneuve-Bargemont, ein eleganter, sehr liebenswürdiger Kavallerieoffizier aus alter royalistischer Familie. Ueber seine weiteren Schicksale ist mir nichts bekannt. Wahrscheinlich wird er in seiner militärischen Karriere dem französischen politischen Realismus später zum Opfer gefallen sein.

Der englische Militärattaché Capitain Douglas-Dawson war natürlich Sportsmann und ist nachher Stallmeister König Eduards geworden.

Wie wohl einer seiner Nachfolger in Wien und Bukarest, der hervorragend tüchtige und militärisch gebildete Herzog von Teck — Bruder der Königin von England —, wird auch er kaum ein sonderliches Vertrauen zur Besiegung der Mittelmächte durch die englischen Söldnerheere gehabt haben.

Als Generalstäbler war wahrscheinlich der Deutsche — Major Müller — auch auf vielen andern Gebieten ein äußerst gebildeter und amüsanter Herr — wohl der tüchtigste unter seinen Kollegen und schien eine große Zukunft vor sich zu haben. Seinem Vaterlande und seinen Freunden ist er leider nur allzufrüh verstorben, vielleicht hätte man ihn sonst unter den heutigen Armeeführern wiedergefunden.

Unter den Gesandten war nach Bülow der ungarische Magnat Graf Szécsen de Temerin die markanteste Erscheinung, der denn auch später auf zwei Botschafterposten seinem Vaterlande die hervorragendsten Dienste leisten und die sprichwörtliche Energie, Liebenswürdigkeit und Gastlichkeit der Ungarn repräsentieren konnte.

*

An einem schönen Herbstmorgen fuhr der königliche Extrazug ins Manöverterrain.

Unterwegs wurde angehalten, weil der König eine Dorobanzen-Division auf dem Marsche inspizieren wollte. Diese Dorobanzen waren damals noch eine Art Landsturminfanterietruppe, welche allsonntäglich zu kurzen Uebungen einberufen wurde — ebenso wie bei der Kavallerie die Kalarascher.

Diese Organisation lehnte sich an die österreichische der Landwehr bzw. die Honved der Ungarn an.

Heute ist die Ausbildung für die ganze Armee die gleiche geworden.

Die Dorobanzen machten einen ganz vorzüglichen Eindruck, und es schien fraglos, daß das abgehärtete und anspruchslöse Menschenmaterial, in welchem sich vielfach ein gewisser Zigeunertyp zeigte, außerordentlich zäh in der Ertragung von Anstrengungen und Beschwerden der Witterung wie auch genügsam und bescheiden in der Ernährung sein müsse.

Die Manöver waren in ihrer Anlage sehr geistreich und geschickt durchgeführt. Als ihr Leiter wurde uns der noch sehr jugendliche Major im Generalstabe Jacques Lahovary genannt. Ich lernte später — als er wiederholt den Posten des Kriegsministers bekleidete — seine ganz hervorragende militärische und politische Einsicht und Begabung schätzen. Sein außerordentlicher Scharfsinn, verbunden mit eifrigem Studium auf allen Gebieten des militärischen Wissens, vorzügliche Belesenheit in der militärischen Literatur Europas, treffliche Kenntnis der Kriegsgeschichte und hervorragende Rednergabe befähigten ihn zur Stellung des Kriegsministers wie zum Leiter der Konservativen Partei, wenngleich er bei seinem energischen, etwas cholertischen und selbstherrlichen Temperament auch hier und da auf heftigen Widerstand stieß.

Schwierigkeiten, welche sogar einmal zum Duell führten, in welchem der tapfere General von einem jungen Offizier schwer verwundet wurde.

War der alte Herr doch bei dieser Gelegenheit ebenso schneidig und brav vorgegangen wie der Chevalereske, allen Rheinländern unvergeßliche Feldmarschall Freiherr v. Loß bei der bekannten Salamanca-Affäre!

Die Rolle der „politischen“ Generale mag uns militärisch anders erzogenen Deutschen recht bedenklich erscheinen. Die Verbindung des Politikers mit dem Militär hat aber in Rumänien wie in der Türkei ihre zweifellos sehr guten Seiten gehabt. Im Gegensatz zu Frankreich, Italien und Griechenland.

In Frankreich und Italien, zum Teil auch in England, spielt das Offiziercorps gar keine politische Rolle.

Die politische Macht liegt in den Händen weniger zunftmäßiger Politiker — zumeist Advokaten und „politischer Geschäftemacher“, jedenfalls aber Parlamentarier oder Senatoren.

Militärisches oder gar seemannisches Verständnis haben diese Herren sehr wenig — man denke nur an die Taten mancher französischer und englischer Kriegs- und Marineminister — wie Pelletan oder Churchill.

Dafür mißbrauchen aber diese Politiker vielfach ihren persönlichen Einfluß zu Intrigen und einer Nepoten- und Parteiwirtschaft, welche das Offiziercorps zerlegen müssen.

Die militärische Unfähigkeit dieser Politiker läßt sie sowohl die Kriegsvorbereitungen wie die Kriegsziele und Operationen in ganz dilettantischer Weise beeinflussen, welche Oberflächlichkeit sogar die eignen Landsleute Churchill und andern vorgeworfen haben.

Nur der Mangel eines Poincaré, Salandra, Sonnino und zuletzt eines Benizelos an jedem militärischen Verständnis lassen die Kopflosigkeit begreifen, mit welcher sich diese Politiker in politisch-militärische Abenteuer stürzten, deren Zweck- und Aussichtslosigkeit drei Viertel ihrer Generalität, Generalstäbe und Offiziercorps zweifellos erkannten. In Frankreich und Italien wagte die Armee nicht Einspruch zu erheben — vielleicht hatten auch einige Führer eine letzte, wie sich erwies, unberechtigte Hoffnung auf ihre Alliierten gesetzt, in Griechenland und Rumänien unterstützte dagegen der Generalstab die einsichtsvollen Könige und bewahrte dadurch jedenfalls ihre Länder vor schweren Prüfungen.

In Rumänien hat fast jeder Politiker ein recht bedeutendes militärisches Verständnis — es gibt zwar einige unrühmliche Ausnahmen, wie den demagogischen Advokaten Take Jonescu und den Leiter des Heftblattes „Adevărul“, Konstantin Mille —, und alle diese Politiker sind sich vollständig darüber klar, daß bei der geographischen Lage Rumäniens dessen Platz nur an der Seite der Mittelmächte sein kann.

Während nämlich voraussichtlich eine rumänische Offensive bereits in den während des jetzigen Krieges stark befestigten Karpathenpässen wie die italienische in den Alpen scheitern oder zum mindesten im Berglande Siebenbürgens endigen würde, trifft eine Offensive der österreichisch-ungarischen Truppen, in deren Hand die Rämme der Karpathen sind, welche, ähnlich wie die Vogesen im Elsaß, nach Rumänien hin steil und kurz abfallen, sofort auf ebenes, schwer zu verteidigendes Gelände und nach kaum 200 Kilometer in das Herz des Landes, auf Bukarest.

Nahezu alle für die Mobilmachung, die Operationen und die Verpflegung in Betracht kommenden Bahnen laufen parallel zu den Karpathen und der ungarischen Grenze und können von dort aus in verhältnismäßig leichtem senkrechten Stöße unterbrochen werden.

An eine Munitionsergänzung könnte nach Ausbruch des Krieges überhaupt nicht mehr gedacht werden. Bei einem Fortschreiten unsrer Offensive in Wolhynien muß dagegen auch Bessarabien von den Russen geräumt werden, und Rumänien ist in der Lage, ohne Schwertstreich oder nur mit geringer Mühe Bessarabien zu besetzen, das ihm so schmählich und undantbar 1878 von den Russen geraubt wurde.

Diese rein militärischen Verhältnisse erklären die Politik Rumäniens, dessen Politiker vorzügliches militärisches Verständnis und dessen ausgezeichnete, weit-sichtige Generale genügend politischen Einfluß besitzen, um ihre Ansichten zur

Geltung zu bringen, die kraftvolle Regierung des Königs zu unterstützen und die den einsichtigen Liberalen wie Bratianu und den Konservativen wie Carp, Majorescu und Marghiloman gemeinsame „Neutralitätspolitik bis zum rechten Augenblick“ zu fördern.

Die Russen haben natürlich begriffen, daß dieser „rechte Augenblick“ den Einmarsch der rumänischen Armee in Bessarabien bedeutet, um ihre unter der russischen Knute seufzenden Brüder zu befreien, und suchen ihn durch erbitterten Widerstand an der Syr- und Serethfront zu verhindern oder wenigstens zu verzögern.

Lange wird es aber wohl nicht mehr dauern, bis auch Rowno gefallen und die besarabische Front überflügelt ist. Dann werden wir wohl mehr von Rumänien hören, das gerüstet und gewaffnet ist und auf die von König Carol und König Ferdinand organisierte und ausgebildete Armee mit gutem Grunde vertrauen kann.

(Schluß folgt)

Der Zusammenbruch Serbiens und das gescheiterte Balkanexperiment der Ententemächte

Von einem österreichisch-ungarischen Diplomaten a. D.

Seit dem Mißlingen des letzten, in der Champagne und in Flandern angelegten großen Offensivstoßes der Franzosen und Engländer läßt sich an den beiden weit ins Feindesland hineingeschobenen Fronten im Westen wie im Osten ein relativer Stillstand beobachten. Im Süden zerschellen die unausgesehenen Anstürme der Italiener im Isonzogebiet und an der kärntnerisch-tirolischen Grenze unter unerhörten Verlusten des Angreifers vor den mit bewundernswürdiger Zähigkeit festgehaltenen Verteidigungsstellungen eines Teiles der österreichisch-ungarischen Streitkräfte. Während auch die Türken ihre seit Monaten behauptete Position am Eingang der Dardanellen den allmählich abflauenden Angriffen des anglo-französischen Expeditionskorps gegenüber fester denn je in Händen behalten, herrscht im gegenwärtigen Abschnitt des Weltkrieges die lebhafteste Bewegung auf der Balkanhalbinsel. Dort, d. i. in Serbien und in den westlich angrenzenden Gebieten, entwickelten sich nämlich die politischen und militärischen Ereignisse in ungeahnt rascher Weise und gewannen eine immer größer werdende Bedeutung.

Weder der tapfere Widerstand des Serbenheeres noch auch die infolge des frühzeitigen Wintereinbruchs bis aufs äußerste gesteigerte Untwegsamkeit des Landes vermochten die deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte, nach glücklicher Bewältigung des mächtigen Save-Donau-Stromhindernisses, in ihrem weiteren Siegeszuge aufzuhalten. An diesem hatten auch die alsbald von Osten her vordringenden bulgarischen Armeen hervorragenden, rühmlichsten Anteil, und so

ist, dank dem unübertrefflichen Zusammenwirken der dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls v. Mackensen unterstellten Heereskörper, in der kurzen Frist von wenigen Wochen der ganze Umfang des Königreichs Serbien, bis auf unbedeutende Grenzgebiete, und darüber hinaus auch schon ein Teil von Montenegro vom Feind gesäubert worden. Mit dem landflüchtigen König Peter und seiner Regierung sehen die spärlichen Reste der zersprengten serbischen Armee sich gezwungen, jenseits der Steinwüsten des albanisch-montenegrinischen Hochgebirges Zuflucht zu suchen, und nur Trümmer dieses vor kurzem noch so siegesbewußten Heeres sind es, die in aufgelösten Verbänden, nach ungeheuren Verlusten an Toten, Verwundeten und Gefangenen wie an Kriegsmaterial aller Art, in jammervoller Verfassung und der Möglichkeit beraubt, ohne fremde Hilfe sich zu retablieren, den nachdrängenden Verfolgern vorläufig entkamen.

Diese in der Geschichte kaum je übertroffene Katastrophe hat aber nicht Serbien allein ereilt, sie berührt auch das Ansehen seiner Alliierten in empfindlichster Weise, ihre gewichtigen Folgen für die weitere Kriegsführung im allgemeinen wie ihr Einfluß auf den Gang der Politik werden voraussichtlich bald deutlich erkennbar werden.

Für den in seinen alten Tagen heimatlos gewordenen König Peter und seine schuldbeladene Regierung aber kommt das Wahrtwort zur Geltung: die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Bei allem Mitleid, welches das irregeleitete und jetzt in so schweres Unglück gestürzte serbische Volk gewiß verdient, steht doch fest, daß dieses Unglück die harte, aber gerechte Sühne für die von seinen Machthabern verübten Frevel darstellt. Jahre hindurch gehäufte Schuld belastet die Belgrader Regierung; verleitet durch auswärtige Einflüsterungen und im blinden Vertrauen auf Zusagen, die sie als gesicherte Rückendeckung bewertete, verlor diese Regierung mehr und mehr den Wirklichkeitsinn, der dem phantasievollen Südslawen im allgemeinen freilich nicht sehr zu eigen ist, sie überschätzte in maßloser Weise die dem kleinen Land zur Verfügung stehenden moralischen und materiellen Mittel und verstieg sich zu einem geradezu als pathologisch zu bezeichnenden Größenwahn. In dieser ungesunden Geistesverfassung hatten die Belgrader Machthaber sich vermessen, durch revolutionäre Anstiftungen aller Art die Nachbarmonarchie jahrelang in unerhörter Weise frech herauszufordern, bis endlich das unter Vorwissen und mit Vorschubleistung serbischer Amtspersonen verübte scheußliche Verbrechen von Serajewo und die dieser Schandtat gegenüber seitens der serbischen Regierung eingenommene, nicht anders als zynisch zu bezeichnende Haltung die Geduld selbst einer so durchaus friedliebenden Macht wie Oesterreich-Ungarn erschöpfen mußte.

Innerhalb der kurzen, aber so schicksalschweren Frist von zwölf Tagen, vom 23. Juli 1914, dem Datum des österreichisch-ungarischen Ultimatus an Serbien, bis zum 4. August, wo England dem Deutschen Reich den Krieg erklärte, überstürzten sich die Ereignisse in verwirrender Plöblichkeit und führten zu dem unheilvollen Ergebnis, daß an der nur allzu gerechtfertigten Forderung, welche die Monarchie den Machthabern in Belgrad zu stellen bemüht war, und

— wie es das unparteiischste Urteil der Geschichte jener Zeit mit unwiderleglicher Gewißheit immer klarer bezeugen wird — ohne jedes Verschulden der Centralmächte der nun schon seit bald anderthalb Jahren wüthende Weltbrand sich entzündete.

Unter dem Eindruck des über Serbien hereingebrochenen Strafgerichts, des Schwindens aller Illusionen über die Wirksamkeit der sei es überhaupt nicht, sei es mit unzulänglichen Mitteln ins Werk gesetzten Hilfeleistung von seiten des Vierverbandes, mag jetzt wohl bei so manchem unsrer haßerfülltesten Gegner im Lande jenseits der Save und Donau die Erkenntnis aufdämmern, daß Serbien einen falschen Weg gegangen ist. In der That, um wie viel besser wäre Serbien gefahren, wenn seine leitenden Männer, anstatt haltlosen Phantomen nachzujagen und das Land als Werkzeug fremder Interessen mißbrauchen zu lassen, die altbewährten freundschaftlichen Beziehungen zur Monarchie aufrechterhalten hätten. Diese Beziehungen reichen bis in die Zeit zurück, wo mit ihrem aus Spet nach Karlowitz unter den Schutz Kaiser Leopolds flüchtenden Patriarchen so viele Tausende von Serben in Südungarn gastliche Aufnahme gefunden haben; die Majorität der Angehörigen des serbischen Volksstammes gehört zu den vollberechtigten Staatsbürgern der Monarchie; diese als den Erbfeind des Serbentums hinzustellen ist Verleumdung und Widerfynn. Speziell die Tatsache, daß Oesterreich-Ungarn im Verlauf des Berliner Kongresses eine Gebietsverweiterung zugunsten Serbiens durchgesetzt sowie daß ein Abgesandter der Monarchie den siegreich ins Land vorrückenden Feind zum Stehen gebracht hat, stehen zu grell von den Errungenschaften der mit dem Belgrader Königsmord eingeleiteten neuen Periode ab, als daß nicht die Erinnerung an vergangene bessere Zeiten gerade in diesen Tagen tiefsten Verfalles im serbischen Volk aufleben und von dem Gefühle reuevollen Bedauerns begleitet sein sollte.

Freilich, solche verspätet angestellte Reflexionen bleiben ohne Einfluß auf die praktische Politik, sie können das einmal ins Rollen gebrachte eiserne Rad des Geschehens in seinem Lauf nicht mehr zum Stillstand bringen.

In dem historischen Moment, der auch für die Geschichte der Balkanhalbinsel eine neue Aera einzuleiten scheint, mag ein ganz flüchtiger Rückblick auf die der heutigen Situation vorausgegangene politische Entwicklung von Interesse sein.

Von dem Zeitpunkt ab, wo die einst so gewaltige Macht des Halbmondes mehr und mehr abzubröckeln und zugleich das Streben der christlichen Balkanvölker nach Autonomie stärker hervortreten begann, also etwa vom Anfang des vorigen Jahrhunderts ab bis zu dem Ende der absolutistischen Regierung des Sultans Abd-ul-Hamid II., als dieser Herrscher, durch eine Militärrevolte gezwungen, die von ihm verliehene Verfassung wiederherstellen mußte — rund hundert Jahre hindurch —, standen die Verhältnisse in jenem Teil des Kontinents mehr oder weniger ausgesprochen unter der Kontrolle des europäischen Konzertes. Wohl hatte Rußland während dieser Periode unter dem Vorgeben, die christlichen Untertanen der Pforte zu befreien, tatsächlich aber doch nur zum

Zwecke seiner eigenen Machterweiterung, wiederholt Feldzüge gegen die Türkei unternommen, aber der Abschluß der dieser Epoche angehörenden internationalen Vereinbarungen — um nur den Meerengendenvertrag, dann die Pariser und die Berliner Kongresse zu nennen —, brachten immer wieder das Prinzip des europäischen Konzertes zur Geltung. Unter diesem Regime erlangten die Donaufürstentümer und Montenegro die Anerkennung erst ihrer Autonomie, dann ihrer Unabhängigkeit, wurden der bulgarische Staat und die später mit diesem vereinigte privilegierte Provinz Ostrumelien konstituiert, Bosnien und die Herzegowina der österreich-ungarischen Verwaltung unterstellt. Auch die Grenzerweiterung zugunsten Griechenlands wie die Angelegenheit Kretas und die ganze Reformaktion für die restlichen europäischen Provinzen der Türkei wurde im Sinn der Bestimmungen des Berliner Vertrages im gemeinschaftlichen Einvernehmen der Großmächte behandelt. Angesichts der bei dieser Behandlung sich ergebenden Schwierigkeiten, der natürlichen Folge der zwischen den Mitgliedern des hohen Rates bestehenden und von der türkischen Regierung bestens ausgenützten Interessengegensätze, trug die europäische Aktion stets den Stempel der Langsamkeit, oft auch den fast völliger Unfruchtbarkeit, immerhin half sie dazu, daß ein schlimmeres Uebel, nämlich ein offener Zusammenstoß der Großmächte, verhütet wurde. Die Antwort auf die Frage, ob dieses Unglück sich auch dann ereignet hätte, wenn das trotz seinen vielen Dissonanzen dort ausgleichend wirkende europäische Konzert nicht zerfallen wäre, hat höchstens eine rein spekulative Bedeutung, sicher ist nur, daß ein harmonisches Zusammenwirken der Mächte im europäischen Osten selbstverständlich zu Ende kommen mußte, sobald die dem Dreiverband angehörende Gruppe gerade auf der Balkanhalbinsel den Hebel ansetzen zu sollen vermeinte, um dort im Interesse ihrer politischen Sonderzwecke neue Hilfsmannschaften zu gewinnen.

Diese Wendung bereitete sich langsam vor. Während der Zeit, wo Rußland mit Japan um die Vorherrschaft in Ostasien rang, ist auch das Petersburger Kabinett aus naheliegenden Gründen bemüht, das Einvernehmen mit Wien rücksichtlich des europäischen Orients vor jeder Störung zu bewahren. Kaum war aber der Mißerfolg jenes Ringens besiegelt, so nahm die russische Politik ihre alten Traditionen auf der Balkanhalbinsel wieder auf, die nunmehr immer offener dahin zielten, die Macht des türkischen Reiches zu zerstören und an dessen Stelle einen Balkanbund zu setzen, der geeignet schiene, als Werkzeug Rußlands gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland ins Feld geschickt zu werden. Diese Kombination stand in vollem Einklang mit der von König Eduard VII. befolgten Einkreisungspolitik, und in diesem Sinn lautete denn auch das bei der Monarchenbegegnung in Reval vereinbarte Aktionsprogramm. Im ersten Jubel über die Wiederherstellung der Verfassung glaubte die damals am Ruder befindliche jungtürkische Partei, daß die Konstitution wie mit magischer Kraft alle Völkerschaften des Reiches im Osmanentum friedlich einigen werde. Von Reformen unter Mitwirkung der Mächte sollte fortan, da ja alle Staatsbürger gleiche Rechte hätten, nicht mehr die Rede sein. Die Begeisterung war nur zu schnell verflogen,

die nüchterne Wirklichkeit trat in ihr Recht. Es zeigte sich, daß eine Politik, welche den Gegnern der Türkei den Vorwand zu schärferem Auftreten gab und gleichzeitig ihre Freunde verstimmt, die gänzliche Vereinsamung der Pforte zur Folge hatte. Geschwächt durch den Krieg mit Italien, dem sich jener mit dem Balkanbund, der ihr den größten Teil des europäischen Besitzes entriß, unmittelbar anreichte, vermochte die Türkei doch überraschend schnell ihre Kräfte zu reorganisieren, um zur Verteidigung ihrer Existenz an der Seite der Mittelmächte und Bulgariens machtvoll mit glänzenden Erfolgen in den Weltkrieg einzugreifen.

Der bekannte österreichische Geschichtsforscher G. Friedjung zitierte in seinem kürzlich über das Thema Mitteleuropa und Bulgarien gehaltenen Vortrag den Ausspruch Bismarcks: „In Kairo bin ich englisch, in Tunis französisch, in Sofia russisch.“ Dieses Wort erscheint der jetzigen Generation paradox, aber der Wiener Historiker meint mit Recht, der Eiserne Kanzler sei darum nicht kleiner, weil die Zeit selbst über sein Riesenmaß hinausgewachsen ist.

Heute, wo deutsche Truppen ihre siegreichen Fahnen im Verein mit den Verbündeten über alle Gebirge und Täler des Balkans hinüber fast bis ans Gestade des Ägäischen Meeres getragen haben, wo ganz Deutschland der Größe seiner dort ebenso wie in Vorderasien gelegenen Interessen sich bewußt und entschlossen ist, dauernd dafür einzustehen, hat auch der Ausspruch von den gefunden Knochen des pommerischen Grenadiers seine Geltung verloren. Heute zeigt es sich aber auch, wie sehr der schon durch den Grafen Andrassy proklamierte Grundgedanke der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik, nämlich das Programm: Der Balkan den Balkanvölkern, sich als richtig erwiesen hat, und daß das Wiener Kabinett nicht nur zum eigenen, sondern zugleich zum evidenten Vorteil seiner Verbündeten gehandelt hat, als es, selbst zur Zeit des berühmten deutsch-russischen Rückversicherungsabkommens, an jenem Programm mit Entschiedenheit festhielt und dem Ansinnen widerstrebte, den Osten der Balkanhalbinsel dem Einfluß Rußlands zu überantworten und dafür im Wege des Austausches den eigenen im Westen sicherzustellen.

Die militärischen Ereignisse der letzten Wochen machen die außerordentliche strategische Bedeutung der Balkanhalbinsel selbst dem Laien verständlich. Und noch überzeugender weisen die verzweifeltsten Anstrengungen unserer Gegner, sich dieser Position zu bemächtigen, darauf hin.

Erst versuchten sie es, die Meerengen in die Hand zu bekommen. Die russische Schwarze-Meer-Flotte beschränkte sich dabei mehr oder minder auf Demonstrationen gegen den Bosporus, deren erste allerdings insofern entscheidend war, daß sie Anlaß zum Eintritt der Türkei in den Weltkrieg gab. Um so nachdrücklicher gestaltete sich der Ansturm englischer und französischer Land- und Seestreitkräfte zur Bezwingung der Dardanellen. Die Geschichte dieses nun so viele Monate andauernden Ringens, in dessen Verlauf die Angreifer eine geradezu ungeheure Zahl von Schiffen und Landungstruppen an die Front brachten, dabei enorme Verluste an Mannschaften wie an Material erlitten, ohne den heldenmütigen Verteidigern gegenüber nur einen nennenswerten Erfolg zu er-

zielen, wird für alle Zeiten ein Ruhmesblatt in der Geschichte der türkischen Armee sowie der in ihren Reihen mitkämpfenden deutschen Offiziere und Abteilungen bleiben. Gegenwärtig steht den Verteidigern dank der Eröffnung des Verkehrswegs nach Mitteleuropa auch ein für alle Fälle vollkommen ausreichender Nachschub von Kriegsmaterial zur Verfügung, an dem sie vormem Mangel hatten; es wäre daher sehr begreiflich, daß die Führer der anglo-französischen Expedition nunmehr, wo die gänzliche Aussichtslosigkeit des Unternehmens feststeht und angesichts der drohenden Gefahr eines völligen Zusammenbruches, ihren Regierungen die Heimberufung der Expedition anempfehlen würden. Den leitenden Staatsmännern wird die Zustimmung hierzu freilich schwerfallen.

Sie wären genötigt, begangene Irrtümer offen zu bekennen, ihre eigenen großsprecherischen Voraussagungen Lügen zu strafen. Die Stimmung daheim müßte, angesichts der durch alle Künste der offiziellen Presse nicht abzuleugnenden Tatsache, daß die gewaltigen, für das Unternehmen gebrachten Opfer auch nicht den geringsten Erfolg hatten, denn doch recht flau werden. Die größte Bedeutung aber hätte der laute Widerhall, den die Kunde von dem epochalen Sieg der Türkei über die Ententemächte in der ganzen Welt des Islam finden würde. Die Rückwirkung dieser Nachricht auf die Haltung der mohammedanischen Untertanen dieser Mächte, besonders dort, wo sich, wie Aegypten, Indien und anderwärts, schon vorher bedenkliche Symptome der Unbotmäßigkeit gezeigt haben, ist kaum zu überschätzen.

Die Beherrschung der Meerengen äußerte einen ganz hervorragenden Einfluß auf den ganzen bisherigen Verlauf des Weltkriegs. Heute, wo deren Besitz keinen Gegenstand des Zweifels mehr bildet und wo Besorgnisse um ihr Geschick, welche vormem wohl nicht unbegründet waren, vollkommen zerstreut sind, kann ruhig gesagt werden, daß, wäre unsern Gegnern die Eroberung der Dardanellen und des Bosporus gelungen, die militärische und politische Situation in bedenklicher Weise zugunsten der Ententemächte sich verschoben hätte. Der Verkehr durch die Meeresstraßen hätte dem Munitions- und Waffenmangel Rußlands abgeholfen und zum Vorteil seiner Finanzen die Verkaufsmöglichkeit für die in den Schwarze-Meer-Häfen aufgestapelten Getreidemassen geschaffen. Konstantinopel mit seinem Hinterland wäre in Feindezhand geraten, die Türkei, auf ihre asiatischen Provinzen beschränkt, von ihren Verbündeten gänzlich abgeschnitten worden. Daß diese Wendung auf die politische Haltung Bulgariens, Griechenlands und Rumäniens einen tiefgreifenden Einfluß ausgeübt hätte, bedarf keiner Ausführung. Das, was heute auch einen großen Faktor der wirtschaftlichen Stärke des Viererbundes bildet, der Zusammenhang des, wie der Reichskanzler in seiner letzten Rede erwähnte, „von Arras bis nach Mesopotamien reichenden Gebiets“, das wirtschaftlich nicht erdrückt werden kann“, wäre vereitelt gewesen.

Das militärische Experiment der Entente auf Gallipoli wird seit einigen Wochen von Saloniki aus wiederholt; zwar ist die Inszenierung eine andre, der Mißerfolg aber, wie sich immer deutlicher zeigt, der gleiche. Nicht als Feinde, wie vor den Dardanellenbefestigungen, erschienen die anglo-französischen Ex-

peditionstruppen an Bord ihrer Transportschiffe im Haupthafen Neugriechenlands, sondern zu dem Zweck, nach Passierung des schmalen griechischen Küstenstreifens den Serben militärische Hilfe zu bringen. Inwiefern dieses Vorgehen darauf berechnet erschien, die Athener Regierung zu bestimmen, ihrerseits an dem Kriegszug teilzunehmen, und wie es mit der griechischerseits proklamierten Neutralität irgendwie in Einklang zu bringen war, möge unerörtert bleiben. Tatsache ist, daß die geplante Unterstützung aus dem einfachen Grund entfallen mußte, weil angesichts des unerwartet raschen Zusammenbruches der gesamten serbischen Macht der Empfänger, dem die Hilfe zugebach war, aufgehört hatte zu existieren. Es bleibt abzuwarten, ob die von den Besiegern des serbischen Heeres hart bedrängten und schon bis an die griechische Landesgrenze zurückgeworfenen Truppen der Westmächte versuchen werden, das jedenfalls verunglückte Experiment fortzusetzen, auf die Gefahr hin, auch mit Griechenland in offenen Konflikt zu geraten, oder ob sie es nicht vorziehen, ein Gebiet zu verlassen, dessen Bevölkerung die unliebsamen Gäste lieber heute als morgen loswerden möchte.

Wie dem auch sein mag, schon heute kann gesagt werden, daß das von den Verbandsmächten mit hochtönenden Worten und unter Aufgebot gewaltiger Land- und Seestreitkräfte sowie von Material aller Art eingeleitete Balkanexperiment nach ungeheuren Verlusten an Gut und Blut und einer nicht wieder gutzumachenden Einbuße an politischem Ansehen kläglich mißglückt ist.

Um so glänzender heben sich von diesem Hintergrund die auf dem Balkankriegsschauplatz erzielten Erfolge des Viererbunds ab; sie rechtfertigen, in Verbindung mit der Tatsache, daß auch auf den übrigen Fronten die Gegner überall zurückgedrängt sind, die Zuversicht, es werde beim Abschluß des beispiellosen Weltkrieges die Palme des endgültigen Sieges der gerechten Sache der Mittelmächte und ihren Verbündeten zuteil werden.

Mitte Dezember 1915.

Die Durchsuchung neutraler Schiffe durch englische Behörden

Von

H. Wittmaack

Neutrale Schiffe, welche sich auf der Fahrt zwischen neutralen Häfen, z. B. zwischen einem Hafen der Vereinigten Staaten von Nordamerika und einem skandinavischen Hafen, befinden und einen deutschen Hafen nicht anlaufen, werden von britischen Kriegsschiffen angehalten und nach einem britischen Hafen gebracht. Dort werden sie durchsucht und Lebensmittel, z. B. Schweinefleisch und gewisse andre Waren, die sich unter der Ladung befinden, mit Beschlagnahme belegt und entweder zurückgehalten und für gute Preise erklärt oder den Eigentümern gegen

die Uebernahme gewisser Beschränkungen bezüglich der Verwendung der Waren wieder ausgeliefert. Entspricht ein solches Verfahren dem Völkerrecht?

Das Recht ist der gesunde Menschenverstand und nichts als der gesunde Menschenverstand. Diese Regel trifft für das Völkerrecht in einem höheren Grade als für das Privatrecht zu, denn in dem letzteren wird die Wirksamkeit des gesunden Menschenverstands durch positive Bestimmungen in einem größeren Umfange beeinträchtigt als in dem ersteren. Schon hieraus ergibt sich, daß das Verfahren der britischen Regierung mit dem Völkerrecht in Widerspruch stehen muß. Die hier zur Anwendung kommende völkerrechtliche Regel ist einfach die, daß neutrale Schiffe auf einer Fahrt zwischen neutralen Häfen von einer kriegsführenden Macht nicht belästigt werden dürfen, auch nicht unter dem Vorwand, daß sie sog. Konterbande führen, denn der Begriff der Konterbande setzt voraus, daß die Waren nach einem Hafen einer kriegsführenden Macht bestimmt sind. Diese Regel ist bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts allgemein anerkannt. Erst seitdem ist sie in Frage gestellt. Sehen wir nun, wie sich dieses zugetragen hat.

Früher wurde von den Staaten, die auswärtige Kolonien besaßen, meistens die Politik beobachtet, daß der Handel mit diesen Kolonien ausschließlich den Schiffen des Mutterlandes vorbehalten blieb. Während des Krieges zwischen England und Frankreich im Jahre 1756 war wegen der Uebermacht Englands zur See der Verkehr zwischen Frankreich und seinen Kolonien durch französische Schiffe nicht möglich. Frankreich hob nun jene Regel auf und gestattete den holländischen Schiffen, den Verkehr zwischen ihm und seinen Kolonien zu vermitteln. Die englische Regierung erklärte hierauf, daß sie dieses nicht dulden würde, und die englischen Prisengerichte gaben dieser Erklärung Erfolg. Während des Krieges in Anlaß der französischen Revolution suchte man nun den Wirkungen der englischen Erklärung dadurch zu entgehen, daß nordamerikanische Schiffe den Verkehr zwischen Frankreich und seinen Kolonien in der Weise vermittelten, daß sie inzwischen einen nordamerikanischen Hafen anliefen. Dieses wäre fatal gewesen, wenn nicht der englische Prisengerichtsrat William Scott (Lord Stowell) Rat gewußt hätte. Er erfand die Theorie von der einheitlichen Reise (*continuous voyage*), indem er entschied, daß, wenn die Waren von Anfang an bestimmt gewesen seien, von dem Mutterlande nach den Kolonien zu gehen oder umgekehrt, dann die Regel aus dem Jahre 1756 Anwendung finde, obgleich die Waren zunächst nach einem neutralen Hafen gegangen und dort vielleicht gelöscht und verzollt seien. Diese englische Theorie stand ohne Zweifel mit dem Völkerrecht nicht in Uebereinstimmung. Gegen sie richtete sich auch die sog. bewaffnete Neutralität aus den achtziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts. Die Sache hatte aber mit der inzwischen eingetretenen Aenderung in den kolonialpolitischen Anschauungen ihre praktische Bedeutung verloren. Indessen, ein großer Gedanke geht nie ganz zugrunde. Die Lehre von der einheitlichen Reise lebte, allerdings in anderer Weise, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nach langer Zeit wieder auf. Sie wurde, wie der Staatssekretär Bryan sagt, von den nordamerikanischen Gerichtshöfen „not only asserted, but extended“.

Während des Sezessionskrieges verhängte die Regierung der Vereinigten Staaten eine Blockade über die Küste der Südstaaten. England machte damals mit den Südstaaten ein großes Geschäft. Englische Schiffe brachten, da der Zugang zu den Südstaaten selbst durch die Blockade verhindert war, die Waren nach einem neutralen Hafen, der einem südstaatlichen benachbart war. Dort wurden sie auf Leichter geladen und dann in die Südstaaten eingeschmuggelt. Eine besondere Bedeutung für einen solchen Verkehr erlangte der Ort Nassau auf der englischen Insel New Providence. Dieser Handel war natürlich der nordamerikanischen Regierung sehr ärgerlich, aber sie war nach dem Völkerrecht hiergegen wehrlos. Wegen Blockadebruchs konnte ein Schiff nur angehalten und aufgebracht werden, wenn es nach einem blockierten Hafen bestimmt war. Das war nicht der Fall, wenn das Schiff nach einem neutralen Hafen segelte. Soweit es sich um absolute Konterbande handelte, durfte die englische Regierung, wenn sie ihre Neutralität wahren wollte, nicht gestatten, daß derartige Waren aus ihrem Gebiet in die Häfen einer kriegführenden Macht transportiert wurden. Auf diese völkerrechtliche Regel konnte sich aber die Regierung der Vereinigten Staaten nicht berufen, da sie wenige Jahre vorher, während des Krimkrieges, die Ausfuhr von Kriegsmaterial an die kriegführenden Mächte nicht verhindert, vielmehr den Standpunkt vertreten hatte, daß ein solcher Handel mit der Neutralität vereinbar sei. Außerdem war die Regierung der Vereinigten Staaten natürlich wenig geneigt, dadurch, daß sie einen derartigen Standpunkt einnahm, ihren Staatsangehörigen ein solches einträgliches Geschäft für die Zukunft zu verderben. Bezüglich der übrigen Waren, die nicht zur Kriegskonterbande gehörten, blieb der Regierung der Vereinigten Staaten nichts übrig, als die Bewachung der südstaatlichen Küsten so zu verstärken, daß der Schmuggel unmöglich wurde. In dieser Verlegenheit wurde der selige englische Priisenrichter William Scott zu Räte gezogen, und man war so glücklich, bei ihm ein Hilfsmittel in dem Begriff der einheitlichen Reise zu finden. Zwar hatte Scott diesen Begriff auf einen ganz andern Fall bezogen, aber es stand nichts im Wege, ihn auszu dehnen.

Die englische Bark „Springbot“ war am 8. Dezember 1862 mit einer Ladung von verschiedenen Waren von London nach Nassau bestimmt und wurde am 3. Februar 1863 auf dieser Fahrt in einer Entfernung von 150 englischen Meilen von dem Bestimmungsort durch ein nordamerikanisches Kanonenboot genommen. Die nordamerikanischen Priisengerichte kondemnierten die Ladung. Priisengericht höchster Instanz ist in den Vereinigten Staaten der allgemeine höchste Bundesgerichtshof. Dieser Gerichtshof führte in einem Urteil aus dem Jahre 1866 aus: Es ließe sich nicht bezweifeln, daß die Ladung des Schiffes „Springbot“ von Anfang an in der Absicht eingeschifft sei, die Blockade zu brechen; daß die Eigentümer der Ladung die Absicht gehabt hätten, die Waren in Nassau auf Schiffe mit geringerem Tiefgang schaffen zu lassen, die einen blockierten Hafen eher erreichen könnten. Die Reise von London nach dem blockierten Hafen sei daher in bezug auf die Ladung sowohl rechtlich wie nach

der Absicht der Parteien eine Reise gewesen; die Ladung unterliege, auf welchem Teil der Reise das Schiff auch genommen sein möge, der Kondemnation.

Dieses Urteil, welches übrigens nur mit knapper Majorität (fünf gegen vier Stimmen) beschlossen war, erregte das größte Aufsehen, weil es mit einer bis dahin allgemein anerkannten und unbestrittenen Regel des Völkerrechts brach und den neutralen Handel beeinträchtigte und gefährdete. Eine Schiffsladung konnte danach auch in einer großen Entfernung von dem Bestimmungsort unter dem Vorwande beschlagnahmt werden, daß sie schließlich für einen blockierten Hafen bestimmt sei. Namentlich in England entstand in der Handelswelt eine große Erregung. Schon im Jahre 1863 hatten die englischen Kronjuristen (law officers of the Crown) ausgesprochen, es liege nichts vor, was die Nehrung des Schiffes „Springbot“ rechtfertigen könne. Die Proteste gegen das nordamerikanische Urteil waren auf dem europäischen Kontinent nicht weniger lebhaft als in England. Auch nordamerikanische Juristen sprachen sich, zum Teil mit großer Schärfe, gegen das Urteil aus. So bemerkt Hall in seinem berühmten Lehrbuch des Völkerrechts, daß die fraglichen Entscheidungen selbst in den Vereinigten Staaten wahrscheinlich nicht einen einzigen Verteidiger finden würden. Ueber die damaligen Verhältnisse beim höchsten Bundesgerichtshof äußerte sich ein Mitglied desselben, Nelson, „whose knowledge of international law was not equaled by that of any of his associates“ (Wharton), und der bei der Entscheidung im Falle „Springbot“ in der Minorität geblieben war: „The truth is, that the feeling of the country was deep and strong against England, and the Judges, as individual citizens, were no exception to that feeling. Besides the Court was not then familiar with the law of blockade.“

Die Engländer, welchen die Ladung des Schiffes gehörte, verlangten von ihrer Regierung, daß sie auf diplomatischem Wege bei der nordamerikanischen Regierung wegen Freigabe der Waren interveniere. Die Regierung lehnte indessen das Ersuchen ab, obgleich sie sogar anerkannte, daß auch die Beweiswürdigung nicht überzeugend und nicht frei von Irrtümern sei. Sie überließ den Ladungsinteressenten, selbst ihre Ansprüche zu verfolgen. Nach der Beendigung des Sezessionskrieges wurde zwischen England und den Vereinigten Staaten eine Vereinbarung getroffen, daß über die Reklamationen wegen der aus dem völkerrechtswidrigen Verhalten der Kontrahenten entstandenen Schäden (abgesehen von dem sog. Alabamafall) von einer Kommission, die aus einem Engländer, einem Amerikaner und dem italienischen Gesandten in Washington gebildet wurde, entschieden werden sollte. Vor dieser Kommission machten die Eigentümer der Ladung ihre Ansprüche geltend, indessen vergeblich. Die Kommission erklärte einstimmig, auch unter Zustimmung des englischen Kommissars, die Ansprüche für unbegründet. „It is not strange, that the British commissioner should have declined to set aside a ruling, so consistent with the older British precedents and so favorable to belligerent maritime ascendancy“ (der Nordamerikaner Wharton).

Damit kam aber die Bewegung gegen die Verletzung des Völkerrechts nicht zur Ruhe. Der Verein internationaler Rechtsgelehrter, welcher sich als das Institut de droit international bezeichnet, beauftragte seine Kommission für Priisenrecht, die Angelegenheit sorgfältig zu prüfen, da es unmöglich sei, die Augen vor den Gefahren zu schließen, welche die neue Theorie für den neutralen Handel herbeiführe; es handle sich um einen Schritt rückwärts, den man brandmarken müsse und gegen den man nicht genug protestieren könne. Die Kommission, welche aus 11 Mitgliedern verschiedener Nationalität (2 Belgier, 1 Holländer, 3 Deutsche, 2 Engländer, 1 Russe, 1 Italiener und 1 Franzose) bestand, kam einstimmig zu folgendem Gutachten: Die Theorie von der Einheitlichkeit der Meise, wie sie von dem höchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten in dem Falle „Springbot“ zur Anwendung gebracht sei, stehe im Widerspruch mit einer anerkannten gewohnheitsrechtlichen Regel des Seekriegsrechts. Der Verkehr zwischen zwei neutralen Häfen mittels eines neutralen Schiffes sei von jeher als nach dem Völkerrecht vollständig frei anerkannt. Die neue Theorie würde den neutralen Handel während eines Krieges noch mehr als bisher belasten, sie gestatte, ihn sozusagen zu vernichten. Es sei daher sehr wünschenswert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die erste Gelegenheit ergreife, in einer ihr angemessen erscheinenden Form zu erklären, daß sie nicht die Absicht habe, die fragliche Theorie anzunehmen und zu bestätigen, und daß sie wünsche, daß die Kondemnierung der Ladung des Schiffes „Springbot“ von den Gerichtshöfen nicht als Regel für ihre Entscheidungen angenommen werde. Ob die Herren wirklich geglaubt haben, daß dieser Appell an die Regierung der Vereinigten Staaten von Erfolg sein werde?

Das Verlangen der Kommission ist jedenfalls nicht in Erfüllung gegangen. Der Rechtszustand in den Vereinigten Staaten ist gegenwärtig folgender. Nach dem englischen und nordamerikanischen Recht sind, abweichend von dem in Deutschland und auf dem europäischen Kontinent geltenden Rechte, die Gerichte selbst und alle Gerichte unterer Instanz für die zukünftigen Urteile an die in einer Entscheidung aufgestellten Grundsätze gebunden, solange die Gesetzgebung nicht eingreift. Es gilt also für die Vereinigten Staaten die Regel, daß die Ladung neutraler Schiffe auch auf der Fahrt von einem neutralen Hafen zu einem andern von einer kriegsführenden Macht mit Beschlag belegt und für gute Priise erklärt werden kann, wenn angenommen wird, daß die Waren nicht an ihrem ursprünglichen Bestimmungsort bleiben, sondern nach einem blockierten Hafen gebracht werden sollen.

Während des Burenkrieges wollte England nach seiner hergebrachten Praxis, den Krieg auch dazu zu benutzen, die neutrale Schifffahrt und den neutralen Handel möglichst zu schädigen, die deutsche Schifffahrt und den deutschen Verkehr nach Südafrika vernichten oder stören. Am 29. Dezember 1899 und am 4. und 7. Januar 1900 wurden die deutschen Postdampfer „Bundesrat“, „General“ und „Herzog“ auf der Fahrt von Deutschland nach einem portugiesischen Hafen an der Delagoabai, also von einem neutralen Hafen nach einem andern, von

der englischen Regierung angehalten und die Ladung zweier dieser Schiffe durchsucht. Es war zwar bekannt, daß die Postdampfer Konterbande nicht führten, aber die englische Regierung stellte sich, als ob sie Verdacht hätte, daß dennoch Konterbande für die Buren an Bord sein könne. Diese Verletzung des Völkerrechts war um so empörender, als das Verfahren unbestreitbar mit der im Jahre 1888 ausgearbeiteten Instruktion der Admiralität für die englischen Seeoffiziere in Widerspruch stand. Hierin hieß es, daß ein Schiff neutral sei, wenn sowohl der Hafen, nach dem es bestimmt, wie jeder Zwischenhafen, den es im Laufe der Reise anlaufen sollte, neutral sei; die Bestimmung des Schiffes sei für die Bestimmung der Ladung entscheidend. Der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck reklamierte sofort wegen der Verletzung des Völkerrechts. Die englische Regierung war sich anscheinend nicht bewußt gewesen, daß seit dem Jahre 1870 eine große Veränderung in den deutschen Verhältnissen eingetreten war. Sie scheint angenommen zu haben, daß die Sache wie früher verlaufen würde, indem gegen ihr völkerrechtliches Verhalten ein Protest erhoben werde, über welchen sie sich bei der Ohnmacht des Gegners ohne Bedenken hinwegsetzen könnte. Danach glaubte sie, die Sache zunächst dilatorisch behandeln zu können, indem sie die deutsche Note nicht beantwortete. Erst nachdem sie zwei weitere scharfe deutsche Noten, deren Ton sie selbst als „very unusual in diplomatic correspondence“ charakterisierte, erhalten, verstand sie sich zu einer Antwort. Sie konnte nicht in Abrede stellen, daß ihr Verhalten mit der erwähnten Instruktion in Widerspruch stehe, rechtfertigte sich aber damit, daß es sich gezeigt habe, daß die Instruktion für die neueren Verhältnisse nicht mehr passe. Das war richtig, wenn man davon ausgeht, daß die seerechtlichen Regeln nur so weit passen, als sie die englischen Interessen fördern. Der Reichskanzler beruhigte sich bei dieser Erklärung nicht. Er machte gegen das Verfahren der englischen Regierung außerdem geltend, daß es bei dem Mangel eines Verdachts ungerechtfertigt gewesen sei, eine Durchsuchung der Ladung vorzunehmen. Die englische Regierung hatte sich inzwischen überzeugt, daß jetzt ein anderer Geist in Deutschland herrsche wie früher und daß die deutsche Bevölkerung nicht geneigt sei, die Verletzung ihrer Rechte und die Kränkung der Ehre ihrer Flagge geduldig hinzunehmen. Der Burenkrieg wurde von England mit großer Grausamkeit geführt, und das Entsetzen hierüber durchzitterte die ganze zivilisierte Welt.¹⁾ Der englischen Regierung war es bei der hierdurch hervorgerufenen Antipathie nicht möglich, eine europäische Großmacht zu finden, die geneigt war, an einem Kriege gegen Deutschland teilzunehmen und die Hauptlast desselben auf sich zu laden, und ohne eine solche Hilfe führt England keinen Krieg mit einer europäischen Großmacht. Es blieb also nichts übrig, als nachzugeben. Die Beschlagnahme der Schiffe sollte zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstage gemacht

¹⁾ Der englische General Pittcher ließ in den sog. Konzentrationslagern über 26 000 unschuldige Frauen und Kinder der Buren verhungern. Ein Denkmal auf englischem Boden im südlichen Afrika lündet der Nachwelt die graue Tat.

werden, und unmittelbar bevor diese Interpellation zur Verhandlung kam, am 18. Januar 1900, erklärte die englische Regierung sich bereit, den Postdampfer „Bundesrat“ freizugeben (die beiden andern waren schon früher freigelassen) und den durch die Beschlagnahme dieser Schiffe und die Durchsuchung entstandenen Schaden zu ersetzen; ferner, ihren Seecoffizieren die Weisung zu erteilen, alle deutschen Handelsschiffe außerhalb der Nähe des Kriegsschauplatzes nicht zu behelligen; weiter, Dampfer unter der deutschen Postflagge überhaupt nicht anzuhalten. Außerdem gab die englische Regierung ihrem Bedauern über das Vorgefallene Ausdruck. Sie behielt sich aber ihren Rechtsstandpunkt vor und lehnte es ab, die Regel anzuerkennen, daß für die auf einem neutralen Schiffe verfrachteten und nach einem neutralen Hafen konsignierten Waren der Begriff der Kriegskonterbande ausgeschlossen sei. Eine Einigung über die Rechtsregel wurde indeß nicht erzielt. So hatte die deutsche Diplomatie innerhalb einer Frist von weniger als drei Wochen einen entschiedenen Erfolg davongetragen.

Zwischen dem nordamerikanischen Standpunkt und demjenigen, welchen die englische Regierung im Jahre 1900 einnahm, besteht ein erheblicher Unterschied. Durch die Blockade wird jeder Verkehr mit dem blockierten Hafen ausgeschlossen. Wird ein Schiff, das nach einem solchen Hafen bestimmt ist, von einem Kreuzer der blockierenden Macht auf der Fahrt angetroffen, so kann es mit der Ladung, einerlei, in welchen Waren diese besteht, ob es Konterbandeartikel sind oder nicht, beschlagnahmt und schließlich für gute Prise erklärt werden. Die in dem Falle „Springbok“ aufgestellten Grundsätze unterbinden jeden Verkehr mit dem neutralen Hafen, falls anzunehmen ist, daß die schließliche Bestimmung der Waren ein blockierter Hafen ist. Der englische Standpunkt will dagegen nur die nach dem neutralen Hafen gehenden Konterbandeartikel treffen.

Auf der vom Dezember 1908 bis zum Februar 1909 in London abgehaltenen Seerechtskonferenz kam die Frage der Einheitlichkeit der Meise, wie sie durch den Fall „Springbok“ und die englischen Prätionen im Jahre 1900 angeregt war, zur Erörterung.

Bezüglich der Frage, ob bei einer Blockade eine einheitliche Meise anzunehmen sei, wenn die Waren nach einem neutralen Hafen verladen, aber schließlich nach einem blockierten Hafen bestimmt sein sollten, wurde von der Konferenz in dem Art. 19 der Deklaration folgendes beschlossen: „Ein die Beschlagnahme des Schiffes rechtfertigender Blockadebruch ist nicht als vorliegend anzunehmen, wenn sich das Schiff auf der Fahrt nach einem nichtblockierten Hafen befindet, wie auch immer die spätere Bestimmung von Schiff oder Ladung sein mag.“ Der nordamerikanische Standpunkt wurde verworfen. Eine entgegengesetzte Regelung der Frage war nicht wohl möglich, da der energische Widerspruch, den das Urteil im Falle „Springbok“ gefunden hatte, noch in Erinnerung sein mußte. Ein französisches Mitglied der Konferenz, Renault, welches einen hervorragenden Anteil an den Verhandlungen nahm, hatte sogar als Mitglied der Kommission des Institut de droit international die oben erwähnte Erklärung mit unterschrieben.

Bei der Konterbande unterscheidet die Londoner Deklaration, wie solches gebräuchlich ist, die absolute und die relative Konterbande. Unter der ersteren werden die Gegenstände und Stoffe, die ausschließlich für den Krieg verwendet werden, verstanden. Als solche werden im Art. 22 verschiedene Gegenstände aufgezählt. Außerdem wird im Art. 23 eine allgemeine Klausel hinzugefügt, nach welcher ein kriegsführender Staat auch andre Gegenstände und Stoffe dieser Beschaffenheit für absolute Konterbande erklären kann. Relative Kriegskonterbande sind Gegenstände und Stoffe, die für kriegerische wie für friedliche Zwecke verwendbar sind, wenn sie für den Gebrauch der Streitmacht oder der Verwaltungsstellen des feindlichen Staates bestimmt sind (*destinés à l'usage des forces armées ou des administrations de l'État ennemi*), indessen ausgenommen, wenn sie im letzteren Falle nach den Umständen tatsächlich für den gegenwärtigen Krieg nicht benutzt werden können (Art. 24 und 33). Als Konterbande dieser Art werden eine Anzahl Gegenstände und Stoffe aufgeführt, darunter Lebensmittel (Art. 24). Außerdem ist eine ähnliche Bestimmung, wie bei der absoluten Konterbande, bezüglich der Ausdehnung der Liste getroffen.

Was nun die einheitliche Reise anlangt, so wird die absolute und relative Konterbande verschieden behandelt. Bezüglich der ersteren wird im Art. 30 bestimmt, daß sie der Beschlagnahme unterliegt, wenn bewiesen wird, daß ihre Bestimmung das feindliche oder vom Feinde besetzte Gebiet oder die feindliche Streitmacht ist. „Es macht keinen Unterschied, ob die Zuführung unmittelbar erfolgt oder ob sie noch eine Umladung oder Beförderung zu Lande erfordert.“ Dagegen ist die sog. Einheitlichkeit der Reise bei der relativen Konterbande ausgeschlossen. Es heißt im Art. 35: „Die Gegenstände der relativen Konterbande unterliegen der Beschlagnahme nur auf einem Schiff, das sich auf der Fahrt nach dem feindlichen oder vom Feinde besetzten Gebiet oder zur feindlichen Streitmacht befindet und das diese Gegenstände nicht in einem neutralen Zwischenhafen ausladen will.“

Danach würde der Rechtszustand folgender sein: Während eines Krieges ist eine kriegsführende Macht befugt, die Handelsschiffe der neutralen Staaten auf der Fahrt zwischen neutralen Häfen unter dem Vorgeben anzuhalten und zu durchsuchen, daß es festgestellt werden müsse, ob sie nicht absolute Konterbande an Bord hätten. Die hiermit verbundene Störung und Verzögerung des neutralen Handels wird erlaubt. Man könnte einwenden, diese Durchsuchung sei nur gestattet, wenn besondere Verdachtsgründe vorliegen. Dieses ist grundsätzlich richtig, aber es ist bekannt, daß die englische Regierung eine andre Ansicht hat. Sie hält es nicht für erforderlich, daß die an sich widerrechtliche Anhaltung und Durchsuchung eines neutralen Schiffes durch Verdachtsgründe entschuldigt werden müsse, sondern nimmt an, daß eine kriegsführende Macht sozusagen ein positives Recht hierauf habe. So wurden die deutschen Postdampfer im Jahre 1900 von englischen Behörden angehalten und zum Teil durchsucht, obgleich besondere Verdachtsgründe nicht vorlagen. Der englische Grundsatz findet durch ein Urteil des schon erwähnten Präsenrichters William Scott aus

dem Jahre 1799 seine Bestätigung oder Begründung. Damals handelte es sich darum, ob ein neutrales Schiff, welches sich unter dem Konvoi eines Kriegsschiffes seiner Nation befand, in bezug auf welches also durch die Erklärung des Kommandanten des Konvoi jeder Verdacht, daß Konterbande an Bord sein könnte, ausgeschlossen war, von einem englischen Kreuzer angehalten und durchsucht werden dürfe. Der Prisenrichter bejahte die Frage, indem er ausführte, die Regierung eines neutralen Landes sei rechtlich nicht befugt, das Recht des Kreuzers einer kriegführenden Macht, ein Schiff anzuhalten und zu durchsuchen, zu beschränken.

Die Londoner Deklaration hat zwar in den Art. 61 und 62 die Regel aufgestellt, daß neutrale Schiffe unter dem Geleit ihrer Kriegsflagge von der Durchsuchung frei seien. Aber diese Bestimmung bezieht sich nur auf den Fall des Geleits. Die Artikel sind weit davon entfernt, allgemein aussprechen zu wollen, daß die Durchsuchung eines neutralen Schiffes nur dann gestattet sei, wenn bestimmte Verdachtsgründe vorliegen. In dem Generalbericht des Redaktionsausschusses der Konferenz, welcher als eine Art authentischer Erklärung zu der Deklaration angesehen werden kann, wird ausgeführt: Der Kommandant des Kreuzers einer kriegführenden Macht könne die von dem Führer des geleiteten Kriegsschiffes „als einem amtlichen Vertreter einer neutralen Regierung“ gegebene Versicherung über die Ladung des geleiteten Schiffes nicht in Zweifel ziehen, „ohne die internationale Höflichkeit zu verletzen“. Die Bestimmungen der Art. 61 und 62 werden also nicht auf allgemeine Grundsätze gestützt, sondern als ein Gebot der internationalen Höflichkeit angesehen. Weiter heißt es: Wenn die neutralen Regierungen zulassen, daß die ihre Flagge führenden Schiffe von den kriegführenden durchsucht werden, so geschieht das, weil sie die Aufgabe der Ueberwachung dieser Schiffe nicht übernehmen wollen und deshalb den kriegführenden gestatten, sich selbst zu schützen. Bei den unter Geleit fahrenden Schiffen übernehme die neutrale Regierung eine solche Ueberwachung. Abgesehen also von dem Falle des Geleits wird das Recht der kriegführenden Kreuzer, ohne weiteres die neutralen Schiffe auch auf der Fahrt zwischen neutralen Häfen anzuhalten und zu durchsuchen, nicht bestritten.

Findet sich bei der Durchsuchung keine absolute, aber relative Konterbande, wozu beispielsweise auch Gold und Geld sowie Luftschiffe und Flugmaschinen gehören, so sollen diese freigegeben werden, auch wenn sie für die feindliche Macht bestimmt sind. Sollte es einen Staat geben, welcher diese Vorschrift immer beobachten würde? Der Art. 30 verlangt zwar, daß es bewiesen werde, daß die Bestimmung der Gegenstände das feindliche oder vom Feinde besetzte Gebiet oder die feindliche Streitmacht sei. Diese Bestimmung ist aber wenig geeignet, den neutralen Handel zu schützen, weil im Prisenprozeß bezüglich des Beweises besondere Grundsätze beobachtet werden. Ein bekannter englischer Jurist, Travers Twiss, bemerkt: „The Prize Courts of Belligerent States are anomalies of jurisprudence in the present day, as regards their relations to neutrals, for they are in fact Courts of Inquisition, in which the burden of

proof is cast by the Belligerent State upon the neutral trader to establish his right of exemption from capture.“ Die deutsche Regierung hat auf der Konferenz den Standpunkt, welchen sie im Jahre 1900 vertrat, aufgegeben.

Die Deklaration ist nicht ratifiziert, also nicht bindend geworden. Die englische Regierung hat aber durch königliche Verordnungen (Orders in Council) vom 20. August und 29. Oktober 1914 erklärt, daß dieselbe mit gewissen Modifikationen während des Krieges zur Anwendung gebracht werden solle. Bezüglich der Einheitlichkeit der Reise enthält die Verordnung vom 29. Oktober die Bestimmung, daß ungeachtet der Regel des Art. 35 relative Konterbande auf einem neutralen Schiffe auch auf der Fahrt nach einem neutralen Hafen genommen werden dürfe, wenn die Güter „an Order“ adressiert seien, oder wenn die Schiffs-papiere nicht ergäben, wer der Destinatar sei, oder wenn sie einen Destinatar in feindlichem Gebiet auswiesen. In diesen Fällen soll es dem Eigentümer der Güter obliegen, den unschuldigen Charakter derselben nachzuweisen. Die englischen Preisengerichte sind an diese Bestimmungen, soweit sie eine weitere Beschlagnahme, als völkerrechtlich erlaubt ist, gestatten, nicht gebunden, sie haben sich vielmehr nach den völkerrechtlichen Regeln zu richten. Das ist selbstverständlich, denn sonst könnte man für die Preisjurisdiktion auch nicht den Schein einer Rechtsprechung in Anspruch nehmen.

Ein am 16. September 1915 gefälltes Urteil¹⁾ des Präsidenten der Probate, Divorce and Admiralty Division, als Preisengericht erster Instanz, hat die Konfiskation einer großen Masse Schweinefleisch, welches sich auf neutralen Schiffen auf der Fahrt von Newyork nach Kopenhagen, also zwischen zwei neutralen Häfen, befand, ausgesprochen. Es handelte sich um Waren im Werte von Millionen Pfund Sterling. Die Schiffe „Alfred Nobel“, „Björnsterne Björnson“, „Fridland“ und „Kim“, norwegischer und schwedischer Nationalität, fuhren in der Zeit zwischen Ende August und November 1914 von Newyork nach Kopenhagen und hatten große Quantitäten Schweinefleisch an Bord. Es gehörte fünf großen nordamerikanischen Exportfirmen und einer Anzahl dänischer Firmen, die es von den nordamerikanischen erworben zu haben behaupteten. Die Schiffe wurden von englischen Kriegsschiffen aufgebracht und die Ladungen mit Beschlagnahme belegt, weil sie relative Konterbande seien. Die Lebensmittel werden in den englischen Verordnungen unter den gleichen Bedingungen wie in der Londoner Deklaration für relative Konterbande erklärt.

Der Richter hielt es für zweckmäßig, im Eingang seines Urteils seine Gehässigkeit gegen Deutschland zu erkennen zu geben. Es wird ausgeführt: Ungeachtet des Kriegszustands stehe nichts im Wege, daß neutrale Schiffe mit deutschen Nordseehäfen Handel trieben, abgesehen von den Gefahren, die Deutschland selbst dadurch geschaffen habe, daß es in völkerrechtswidriger Weise und in flagranter Verletzung der Haager Konvention unterschiedslos in der Nordsee

¹⁾ Es ist mir nicht bekannt, ob gegen das Urteil ein Rechtsmittel eingelegt ist, es bleibt aber immer interessant, da es zeigt, wie es bei den englischen Preisengerichten hergeht.

Minen gestreut habe. Der Richter wollte dadurch nachweisen, daß ein großer Teil des Handels der Neutralen mit den deutschen Nordseehäfen nach skandinavischen Häfen abgelenkt werde. Hierzu genügte es, darzulegen, daß die Nordsee mit Minen verseucht sei; woher die Minen stammten, war gleichgültig. Außerdem fehlt jeder Beweis dafür, daß die Minen von Deutschland herührten. Es handelt sich um einen böshaften Ausfall gegen Deutschland, der in ein Urteil nicht hineingeht.¹⁾

In dem Urteil wird zunächst die Rechtsfrage erörtert. Es wird ausgeführt, daß zwei rechtliche Gesichtspunkte in Betracht kämen; der erste beziehe sich auf die Einheitlichkeit der Reise und der zweite auf die schließliche feindliche Bestimmung der Güter. In betreff der Einheitlichkeit der Reise erkannte der Richter an, daß man diesen Begriff in England früher auf die Beförderung von Konterbande nicht angewandt habe. Es fehlte ihm also an einer rechtlichen Grundlage dafür, ihn hier zur Anwendung zu bringen. Allerdings berief er sich auf Urteile nordamerikanischer Gerichte zur Zeit des Sezessionskrieges und darauf, daß die englische Regierung den damals aufgestellten Grundsätzen zugestimmt habe. Das ist aber nach englischem Recht für ihn keine Autorität, sondern sozusagen literarisches Hilfsmittel. Der Richter bezog sich insbesondere auf ein Urteil des höchsten amerikanischen Bundesgerichtshofs in der Sache des englischen Schiffes „Peterhoff“, welche er als die für den Fall maßgebende Entscheidung bezeichnete. Das Schiff „Peterhoff“ wurde auf der Fahrt von London nach Matamoras in Mexiko, also auf der Fahrt zwischen zwei neutralen Häfen, von einem amerikanischen Kriegsschiff aufgebracht, weil der Verdacht bestand, daß seine wirkliche Bestimmung die im Blockadezustand befindliche Küste der Südstaaten sei, und daß es Konterbande an Bord habe. Matamoras liegt am Rio Grande, etwas oberhalb der Mündung. Auf der andern Seite des Flusses befindet sich eine zum Staate Texas, einem der Südstaaten, gehörige Stadt. Der höchste Gerichtshof verneinte nun, daß ein Blockadebruch vorliege. Das Schiff hatte aber eine Quantität absoluter und relativer Konterbandewaren an Bord. In betreff der absoluten Konterbande wurde ausgeführt, daß diese unmittelbar, ohne in Mata-

¹⁾ Dieses Verhalten des Sir Samuel Evans ist für deutsche Leser, insbesondere für Juristen und Richter, so unglaublich, daß ich, um zu beweisen, daß meinerseits kein Irrtum vorliegt, den Passus aus dem Urteil hier wörtlich anführen will. Das Urteil steht in den „Times“ vom 17. September 1915. Es heißt dort: „Notwithstanding the state of war, there was nothing to prevent neutral ships from trading to German ports in the North Sea except the perils which Germany herself had created by the indiscriminate laying and scattering of mines outside territorial waters in the open sea on the routes of maritime trade, in defiance of international law and of the rules of conduct of naval warfare and in flagrant violation of the Hague Convention, to which Germany was a party.“ Die „Times“ äußern in einer Besprechung des Urteils die Hoffnung, daß die einschlagenden Regeln des Völkerrechts künftighin with as much care and impartiality and regard to neutrals angewandt werden möchten, wie in dem Urteil. Der Richter ist als Präsenrichter von der Regierung besonders bestellt. Es ist nicht anzunehmen, daß er vorher aus seiner Gehässigkeit gegen Deutschland ein Fehl gemacht haben sollte.

moras zum Kaufe ausgedoten zu werden, an die feindliche Streitmacht befördert werden sollte. Bezüglich der zur relativen Konterbande gehörigen Güter wurde die feindliche Bestimmung für nicht erwiesen erklärt. Diese wurden also nicht verurteilt, soweit sie nicht demselben Eigentümer wie die absolute Konterbande gehörten und nach völkerrechtlichen Grundsätzen ihr Schicksal teilen mußten. Der Fall ist also hier, daß der höchste Gerichtshof die nordamerikanischen Kriegsschiffe für berechtigt erklärte, die für den Feind bestimmten, ausschließlich zum unmittelbaren Gebrauch im Kriege dienenden Waren zu beschlagnahmen. Solches ist selbstverständlich. Es ist unmöglich, einer Streitmacht eines kriegsführenden Staates zuzumuten, die Beförderung von Gegenständen, die ausschließlich Militärzwecken dienen, an den Feind zu dulden. Nun heißt es allerdings in dem Urteil, daß die kondemnierten Gegenstände auch dann der Konfiskation unterlägen, wenn sie nicht als absolute Konterbande anzusehen wären, da selbige unmittelbar für die feindlichen Streitkräfte bestimmt seien. Diese Bemerkung bezieht sich aber nur auf die Begriffsbestimmung der absoluten Konterbande gegenüber der relativen. Die relative Konterbande, d. h. solche Waren, die ebensogut für nichtmilitärische Zwecke wie für den Krieg gebraucht werden konnten, ist von dem Gerichtshof freigelassen. Solches ist schon deshalb selbstverständlich, weil sich nicht erweisen läßt, daß derartige Waren direkt an die feindlichen Streitkräfte gehen sollen. Auch bei der absoluten Konterbande findet nach dem Urteil die Kondemnation nicht statt, wenn sie zunächst in dem neutralen Hafen zum Verkauf gelangen, in den dortigen Lagerbestand (general stock) übergehen sollen.

In dem Falle, welcher dem Preisenrichter zur Entscheidung vorlag, handelte es sich um Lebensmittel, die zum allgemeinen Gebrauch dienen, von denen also nicht erwiesen werden kann, daß sie an die feindlichen Streitkräfte oder den feindlichen Staat gehen und nicht anderweitig in dem neutralen Hafen verkauft werden sollen.

Der Richter beruft sich dann darauf, daß Lord Salisbury, der damalige Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, im Jahre 1900 der deutschen Regierung gegenüber denselben Standpunkt eingenommen habe, er unterläßt es aber, anzuführen, daß diese Ansicht dem Widerspruch der deutschen Regierung begegnet ist, und daß der englische Minister vollständig nachgegeben hat. Ebenfalls vergißt er, zu erwähnen, daß die von dem englischen Minister aufgestellte Regel neu war.

Der Richter führt dann aus, daß die Regel von der einheitlichen Reise bezüglich der absoluten Konterbande in der Londoner Deklaration anerkannt sei. In dem vorliegenden Falle handelte es sich aber um relative Konterbande, und für diese hatte die Deklaration die Regel der einheitlichen Reise ausgeschlossen. Der Richter hilft sich in folgender Weise: Die Bestimmung über die relative Konterbande beruhe auf einem Kompromiß, und dieses sei, wie häufig Kompromisse, unlogisch. Es sei nicht einzusehen, weshalb zwischen absoluter und relativer Konterbande in der fraglichen Beziehung zu unterscheiden sei. Es mag

sein, daß es unlogisch ist, hier zwischen absoluter und relativer Konterbande zu unterscheiden. Daraus würde aber nicht folgen, daß auch die relative Konterbande der Regel über die Einheitlichkeit der Reise unterliegen müsse. Im Gegenteil, wenn diese Regel auf die relative Konterbande nicht Anwendung finden kann, so muß sie auch für die absolute ausgeschlossen sein. Im übrigen hat der Richter die Sache anscheinend nicht recht verstanden. Auch absolute Konterbande, die nach einem neutralen Hafen konsigniert ist, kann nicht als gute Priße kondemniert werden, wenn nicht erwiesen ist, daß sie direkt an den Feind geht. Soll sie zunächst in den Warenbestand der Kaufleute in dem neutralen Hafen übergehen, so ist sie, auch nach der strengen Doktrin, frei, mag man auch beabsichtigen, sie vorzugsweise in Feindesland abzusetzen. Bei Gegenständen, die zur relativen Konterbande gehören, also auch dem nichtmilitärischen Gebrauch dienen, ist es unmöglich oder so gut wie unmöglich, nachzuweisen, daß der Empfänger im neutralen Hafen sie nicht anderweitig verkaufen, sondern sie unmittelbar an die feindliche Regierung oder die feindliche Streitmacht abführen will. Dadurch hat die Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Konterbande, wie sie sich in der Deklaration findet, doch eine gewisse Berechtigung.

Der Richter bemerkt dann, daß bei der Leichtigkeit des Transports zur See und zu Lande, wie sie jetzt vorhanden sei, das Recht einer kriegsführenden Macht, Konterbande zu nehmen, nur einen scheinbaren Wert haben würde, wenn die bloße Verladung nach einem neutralen Hafen solche Gegenstände schützen könne. Wäre denn das ein Unglück? Der Prißenrichter steht auf dem Standpunkt: in dubio für die Konfiskation. Sonst heißt es: in dubio pro reo.

So ist der Richter glücklich zu dem Resultat gekommen, der Umstand, daß die in England beschlagnahmten Waren nach einem neutralen Hafen, Kopenhagen, bestimmt gewesen seien, stehe nicht entgegen, sie als Konterbande zu behandeln. Lebensmittel sind nur Konterbande, wenn bewiesen wird, daß sie für den Gebrauch der Streitmacht oder der Verwaltungsstellen des feindlichen Staates bestimmt sind. Die Beweislast wird also ausdrücklich der Anklagebehörde oder der Krone zugewiesen. Die feindliche Bestimmung der nach einem neutralen Hafen konsignierten Waren muß ferner eine unmittelbare oder unvermittelte sein. Es leuchtet ein, daß es unter diesen Umständen in Ermangelung bestimmter positiver Beweismittel, wie Urkunden und Zeugen, unmöglich war, darzutun, daß die Speckseiten für die deutsche Streitmacht oder eine deutsche Verwaltungsstelle bestimmt waren. Speck ist ein allgemein gebräuchliches Nahrungsmittel, und die Speckseiten konnten daher sehr wohl auch in Dänemark oder andern benachbarten Staaten zur Verwendung kommen sollen, auch zum Ersatz für andres Material, das vielleicht nach Deutschland geschickt war. Der Richter hilft sich nun auf folgende Weise. Er führt aus, ein wichtiges Moment für die Frage, ob die Bestimmung nach dem neutralen Hafen die wirkliche oder nur eine scheinbare sei, bilde die Konsignierung des Specks an Order oder Bevollmächtigte (to order or assigns), ohne einen bestimmten Destinatar zu nennen. In dem berühmten Falle des Schiffes „Springhof“, sowie auch in andern

Fällen, habe der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten aus diesem Umstand eine Folgerung bezüglich der Bestimmung der Waren gezogen. Es sei allerdings zuzugeben, daß die Konsignierung an Order die übliche sei. Ein derartiger Einwand sei bereits in dem Falle „Springbot“ vorgebracht, und zwar unterstützt durch ein Gutachten einiger der Hauptmatler in London. Die britische Regierung sei unter Berufung auf diesen in dem Urteil enthaltenen Irrtum angegangen worden, für die Ladungsinteressenten diplomatisch zu intervenieren; sie habe dieses aber aus dem Grunde abgelehnt, daß die Form ohne Zweifel in Friedenszeiten üblich gewesen sei, daß aber ein Verfahren, welches in Friedenszeiten vollständig in der Ordnung sei, nicht immer dem Völkerrecht in Kriegszeiten entspreche. Der Richter tritt diesem Grunde bei. Der Sachverhalt ist folgender: Der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten legte in dem Falle „Springbot“, um die feindliche Bestimmung der Ladung zu begründen, auch darauf Gewicht, daß die Konnossemente nicht auf eine bestimmte Person lauteten. Darum, ob diese Form eine ungewöhnliche oder übliche sei, kümmerte er sich nicht. Ein Mitglied des Gerichtshofs hat uns ja, wie oben erwähnt, Auskunft gegeben, wie es damals mit seinen Kollegen stand. Nun wandten die englischen Ladungsinteressenten sich an ihre Regierung um diplomatischen Schutz, indem sie insbesondere auch darauf hinwiesen, daß die von dem Gerichtshof als verdächtig bezeichnete Form der Konnossemente die gewöhnliche und übliche sei. Die Regierung wollte nicht intervenieren, wahrscheinlich um die Erbitterung, die damals in den Vereinigten Staaten gegen England wegen der Lieferung von Kriegsmaterial an die Südstaaten herrschte, nicht zu steigern.

Man fragt sich, wie kann es ein Verdachtsmoment sein, daß die Konnossemente in der üblichen Form ausgestellt sind. Nach gewöhnlichen Anschauungen spricht dieses für die Unbefangenheit der Ablader. Verdächtig würde es im Gegenteil sein, wenn plötzlich eine bisher nicht übliche Form der Konnossemente zur Anwendung gebracht würde. Man darf wohl annehmen, daß der Präsenrichter auch dieses als verdächtig angesehen hätte. Also immer verdächtig. Der Richter meint nun, der aus der Form der Konnossemente sich ergebende Verdacht müsse widerlegt werden. Ist es denn nicht eine genügende Widerlegung, wenn gezeigt wird, daß die Form üblich und allgemein gebräuchlich sei? Ueberdies zeigt der Umstand die Unbefangenheit der Absender, daß die erste Sendung nach dem 20. August und die letzte erst nach dem 29. Oktober abging, daß also inzwischen die Anhaltung der ersten Sendung in den Vereinigten Staaten bekannt geworden war und daß man sich dadurch nicht veranlaßt gesehen hat, die Form der Konnossemente zu ändern. Interessant ist übrigens, daß Sir Samuel Evans das Urteil im Falle „Springbot“, das sonst allgemein, ebensowohl von englischen wie von nordamerikanischen Juristen, als unrichtig angesehen wird, zu Ehren bringt.

Der eigentliche Beweis des Richters dafür, daß der Speck für Deutschland bestimmt sei, ist folgender: in den vier Schiffen sei innerhalb eines Monats eine dreizehnmal größere Quantität Speck nach Dänemark verladen, als durch-

schnittlich jährlich in den letzten drei Jahren vor dem Kriege dort eingeführt sei. Diese Tatsache ergebe eine praktische Gewißheit dafür, daß ein überwältigender Teil, so überwältigend, daß er fast das Ganze erreiche, für Deutschland bestimmt sei. Mit einem solchen Beweise begnügt sich der Preisrichter. Die nordamerikanischen Firmen haben, soweit ersichtlich, nicht im Einverständnis miteinander gehandelt, sie machen einander Konkurrenz. Die einzelnen haben wohl nicht gewußt, wie viel Speck von andern Firmen nach Dänemark abgeschickt sei oder werden sollte. Man versteht daher nicht, wie der Richter aus dem Umstand, daß zusammen eine so große Quantität Speck nach Kopenhagen verladen worden sei, schließen kann, daß jede einzelne Firma den Bedarf ungeheuer überschätzt haben müsse. Wenngleich auch jede einzelne Firma in den erwähnten Schiffen mehr Speck nach Kopenhagen versandt hat, als vorher durchschnittlich jährlich eingeführt wurde, so liegt doch eine große Uebertreibung auf seiten des Richters vor. Darauf ferner, in welchem Zeitraum die Versendung stattgefunden hat, kommt es nicht an, sondern darauf, in welcher Zeit die Sendungen konsumiert werden sollten. Weiter berücksichtigt der Richter nicht, ob nicht vor dem Krieg neben der direkten Einfuhr aus den Vereinigten Staaten eine indirekte, vielleicht über Hamburg, stattgefunden habe und ob nicht auch aus anderen Ländern Schweine oder Schweinefleisch nach Dänemark eingeführt seien. Außerdem fragt es sich, ob nicht die Verhältnisse infolge des Krieges sich ganz anders gestaltet haben, indem von Dänemark Schweine und andres Vieh sowie Fleisch mehr ausgeführt und zur Deckung des dadurch entstandenen Fehlbetrags aus Amerika ungewöhnlich viel Schweinefleisch eingeführt werden mußte. Dieses ist natürlich der Fall. In dem Zeitraum vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 sind von Dänemark gegen das Vorjahr für 33 Millionen Kronen (1 Krone = $1\frac{1}{8}$ Mark) Schweinefleisch und für 79 Millionen Kronen Hornvieh mehr ausgeführt. Die Mehrausfuhr an Schweinefleisch hat also mehr betragen als die beschlagnahmte Quantität Speck, ganz abgesehen davon, daß höchstwahrscheinlich auch eine größere Ausfuhr an Geflügel, Fischen usw. stattgefunden hat. Die von dem Preisrichter hervorgehobenen Zahlen sind also keineswegs erstaunlich. Im übrigen würde auch die beschlagnahmte Quantität Speck nur eine Mehreinfuhr von etwa 7 Pfund pro Kopf über den Durchschnitt der vorhergehenden Jahre ergeben, also nicht auffallend sein, wenn man berücksichtigt, daß durch den Krieg auch Verschiebungen in der Zahl der ortsanwesenden Personen und den Bedürfnissen des Verkehrs entstanden sein können. Es fehlt also jede sichere Grundlage dafür, daß nach Kopenhagen unerklärlich große Quantitäten Speck durch die Schiffe haben eingeführt werden sollen. Ueberdies fehlt jeder auch nur scheinbare Grund dafür, daß der etwa überschüssige Speck überhaupt und in seiner ganzen Quantität nach Deutschland und nicht nach andern Ländern hat gehen sollen. Man ersieht aus dem Urteil, daß eine von den nordamerikanischen Firmen vor dem Krieg von Kopenhagen nach andern skandinavischen Staaten, nach Finnland und Rußland Speck vertrieben hat. Dies war also dem Preisrichter sehr wohl bekannt. Aber selbst wenn von Nordamerika nach

Dänemark Speck versandt wäre, der nach Deutschland gehen sollte, so fehlt jeder Beweis dafür, daß gerade die mit Beschlag belegten Speckseiten nicht in Dänemark konsumiert werden sollten.

Der Richter war nun zu dem Resultat gekommen, daß der Speck direkt und unvermittelt nach Deutschland bestimmt war, aber das genügte zur Beurteilung nicht. Es mußte vielmehr bewiesen werden, daß der Speck, und zwar in seiner ganzen Quantität, da alles konfisziert werden sollte, für den Gebrauch der deutschen Streitmacht oder Verwaltungsstellen, nicht für Zivilpersonen oder Gemeinden bestimmt sei. Dafür konnte auch die kühnste Phantasie keinen Anhaltspunkt finden. Hier half sich nun der Richter folgendermaßen: „They were destined for some of the nearest German ports where some of the forces were quartered. It is by no means necessary that the Court should be able to fix the exact port.“ Dann wird hinzugefügt, man müsse auch Rücksicht auf den Stand der Dinge in Deutschland nehmen in bezug auf die Streitkräfte und die Zivilbevölkerung und auf die bei der Beweisaufnahme beschriebene Methode, welche von der Regierung angenommen sei, um Vorräte für die Streitkräfte zu erhalten. Was letzteres bedeuten soll, ist unerklärlich. Es handelt sich um die Zeit von August bis Oktober 1914, als der Speck nicht knapp war, und noch nicht die besonderen Maßnahmen zur Sicherung des Unterhalts für alle Klassen der Bevölkerung getroffen waren. Der Art. 34 der Londoner Deklaration ergibt nun, wie dieses übrigens auch selbstverständlich ist, daß unter dem Ausdruck, die Güter müßten für die feindliche Streitmacht usw. bestimmt sein, verstanden werden soll, daß die Güter an die feindliche Streitmacht adressiert sind. Es heißt nämlich da, die Art. 33 vorgesehene Bestimmung wird vermutet, wenn die Sendung an die feindlichen Behörden oder an einen im feindlichen Lande ansässigen Händler gerichtet (adressé) ist, von dem es feststeht, daß er dem Feinde Gegenstände und Stoffe dieser Art liefert. Wie sich der Richter nun die Bestimmung des Specks für die deutschen Streitkräfte gedacht hat, ist nicht einzusehen. Er hat wohl nicht geglaubt, daß die nordamerikanischen Firmen der deutschen Militärverwaltung mit dem Speck ein Geschenk machen wollten. Von irgendeinem Uebereinkommen mit einer deutschen Behörde über den Verkauf des Specks ist nicht die Rede. Wohl um diese Lücke zu ergänzen, fügt er hinzu, es sei nicht nötig, daß nachgewiesen werde, die Ablader hätten die Absicht, den Speck der feindlichen Militärverwaltung zuzuführen, schon bei Beginn der Reise gehabt. Die Ablader waren nicht an Bord der Schiffe. Wenn sie also bei Abfahrt der Schiffe nicht die Absicht gehabt haben, die Ladung den feindlichen Streitkräften zuzuführen, wie läßt es sich dann erweisen, daß sie inzwischen ihre Absicht geändert hatten? Dann fährt der Richter fort: „If at the time of the seizure the goods were in fact on the way to the enemy Government or its forces as their real ultimate destination by the action of the shippers, whenever the project was conceived or however it was to be carried out; if in truth it is reasonably certain that the shippers must have known that that was the real destination of the

goods (apart of course of any genuine sale in any intermediate place) the belligerent had a right to stop the goods on their way.“ Unter den Umständen des Falls und in Ermangelung eines Gegenbeweises seitens der Beklagten hätte jedes unbefangene Gericht, wie Geschworene oder ein Schiedsrichter nicht allein zu dem Schlusse kommen können, sondern müssen, daß zur Zeit der Beschlagnahme die Waren, die im Eigentum der Ablader geblieben seien, wenn nicht in ihrem ganzen Umfange, doch jedenfalls in einem wesentlichen Teile auf dem Wege zum Feinde für dessen feindlichen Gebrauch sich befänden. — Ein hübsches Kompliment für die englischen Gerichte und Geschworenen.

Nachdem also der Richter zunächst davon abgesehen hat, festzustellen, ob die feindliche Absicht bei den Abladern zur Zeit der Abfahrt der Schiffe vorhanden gewesen sei, erklärt er es ohne weiteres für bewiesen, daß diese Absicht zur Zeit der Beschlagnahme bestanden habe. Weiter zeigt der Richter dadurch, daß er anerkennt, die Güter hätten in einem Zwischenhafen, also in Kopenhagen ganz oder zum Teil verkauft werden können, daß er selbst an seine schließliche Feststellung, die Ladungen hätten nicht in den common stock von Dänemark inkorporiert werden sollen, nicht glaubt. Schließlich erkennt der Richter an, es sei möglich, daß die Bestimmung des Specks für die feindlichen Streitkräfte sich nicht auf das ganze Quantum bezöge, sondern nur auf einen wesentlichen Teil. Trotzdem wird das Ganze konfisziert, obgleich der Speck in verschiedenen Schiffen befördert wurde und verschiedenen Eigentümern gehörte. Dieser Unsinn ist selbst den „Times“ zu stark. Sie bemerken, die Krone hätte einen weit härteren Beweis liefern sollen. Sie meinen dann aber, unter den Umständen ergebe sich als unvermeidliche Folgerung, daß mindestens ein Teil der Waren zum Unterhalt der Streitkräfte des Feindes dienen sollte, dann müsse aber die ganze Masse des Specks konfisziert werden, einerlei, welchem Eigentümer die einzelnen Speckseiten gehörten. Es ist jedenfalls sehr klug gewesen, die Verhandlungen in den verschiedenen Sachen zu einem Verfahren zu vereinigen. Je größere Massen der Prozeß betrifft, desto leichter ist es, Umstände dafür anzuführen, daß ein Teil davon für den Feind bestimmt ist, und je größer die Masse, welche von dem Verfahren betroffen wird, ist, desto größer ist das Quantum, welches aus diesem Grunde konfisziert wird.

Sehen wir von allem Beiwerk ab, so beruht das Urteil auf folgenden Erwägungen. Die Quantität Speck, die auf den vier Schiffen mit Beschlagnahme belegt wurde, war viel zu groß, als daß sie in Kopenhagen oder in Dänemark konsumiert werden konnte. Daher muß der ganze Speck für die deutschen Streitkräfte bestimmt gewesen sein. Für den englischen Priisenrichter gilt materiell der Art. 33 der Londoner Deklaration. Dieser Artikel bestimmt ausdrücklich, es müsse von der Krone oder der Anklagebehörde erwiesen werden usw. Man sieht, wie man sich in England über solche Bestimmungen hinwegsetzt. Es werden einige Umstände angeführt, die, wenn sie auch in Wirklichkeit unerheblich sind, für verdächtig erklärt werden, und dann wird den Eigentümern der Gegenbeweis zugemutet.

Von dem Urteil sind hauptsächlich nordamerikanische Staatsangehörige betroffen, dänische Staatsangehörige scheinen nicht in erheblichem Maße beteiligt zu sein. Ob die nordamerikanische Regierung die Ansprüche ihrer Staatsangehörigen, die durch das Urteil geschädigt sind, vertreten wird? Ihre Lage ist eine etwas eigentümliche. Was die rechtliche Grundlage des Urteils anlangt, so steht die von dem Prisenrichter aufgestellte Theorie bezüglich der einheitlichen Reise ohne Zweifel mit dem Völkerrecht in Widerspruch. Aber der Standpunkt, den die Vereinigten Staaten bezüglich der sog. einheitlichen Reise eingenommen haben, verletzt das Völkerrecht in keinem geringeren Grade und noch in einem größeren Umfang. In einem in dem Urteil des Prisengerichts mitgeteilten amtlichen Schreiben des früheren amerikanischen Staatssekretärs Bryan vom 20. Januar 1915 wird bemerkt: Einige von den Regeln, welche in dem gegenwärtigen Kriege schwer auf dem neutralen Handel lasteten, seien denjenigen, welche die Vereinigten Staaten, als sie im Kriege waren, beobachtet hätten, analog oder aus ihnen hervorgegangen. Die Regierung könne daher konsequenterweise nicht gegen die Anwendung solcher Regeln protestieren. Die letzte Note der Regierung der Vereinigten Staaten an England vom Anfang November 1915 scheint auch die Anwendung der Grundsätze von der einheitlichen Reise nicht zu betreffen, sondern sich auf die englische Verordnung vom 11. März 1915 in Beziehung auf die Verhängung einer sog. Blockade gegen Deutschland zu beziehen. Allerdings scheint es, daß die Note sich auch über die Beweiswürdigung der englischen Prisenrichter beklagt, und insofern könnte sie auch für das hier besprochene Urteil in Betracht kommen. Aber wie in dem Schreiben Bryans anerkannt wird, sind die Entscheidungen der nordamerikanischen maritimen Gerichte nicht frei von Kritik, auch bezüglich der Beweiswürdigung. Einstweilen scheint der Notenkrieg, der sich zwischen den Vereinigten Staaten und England über die Verletzung der Neutralität seitens des letzteren entsponnen hat, sehr langwierig zu werden. Der Deutsche Reichskanzler wurde im Jahre 1900 innerhalb dreier Wochen des englischen Uebermutz Herr.

Was die dänischen Interessen anlangt, so hat der Krieg Dänemark einen ungeheuren, früher nie geahnten Nutzen gebracht. Diesem Umstand gegenüber wird man sich dort durch kleine Nasenstüber von dem sonst so sympathischen England die Laune nicht verderben lassen.

Literarische Berichte

Auf griechischer Erde. Im Sommer 1912, vor dem Kriege. Von Adolf Gelber. Illustriert von Hans Temple. Preis geb. K 10.—. Wien, Verlag von Moritz Perles, I. und I. Hofbuchhandlung.

In diesem Buch ist ein farbenreiches Gesamtbild der hellenischen Heimat und ihrer Schicksale von der Antike bis zur Neuzeit entworfen, wobei das Griechenland der Gegenwart stets zum Ausgangspunkt genommen ist. Auf historischen Stätten wird mit künstlerischer Gestaltungsgabe die Vergangenheit wieder lebendig gemacht, und in verlodenden, prächtigen Farben wird das Bild der griechischen Landschaft vorzeigend. Aber vor allem ist es das neu erwachende Griechenland, welches der Verfasser eingehend geschildert hat, wobei er die geistigen Kräfte aufzudecken sucht, welche gegenwärtig im Hellenentum nach Entfaltung ringen: die Arbeit, der Fleiß, die Nationalliebe und Opferfreudigkeit, der Mut und Stolz. Diese durch treffende Episoden veranschaulichten Charakterbilder zerstören für immer die bei uns landläufige Anschauung von dem verwaorsten modernen Griechentum. Von hohem Interesse sind auch die Einblicke in die griechische Politik vor dem Balkankriege, wie sie immer mehr nach Befreiung vom türkischen Joch suchte, und wie diese Sehnsucht und Hoffnung dann in dem gesamteten Bolle auslebten. Aus diesem Buch aber, welches ein so lebendiges Bild des gegenwärtigen Griechenland gibt und dabei immer wieder ein Stück seiner großen Vergangenheit hervorzuhebt, kann man auch lernen, welchen mannigfaltigen Reichtum jeder Mensch für sich auf Reisen in unbekannten Ländern gewinnen kann, wenn er nur der Gesamtheit der fremden Erscheinungen mit aufgeschlossenem Sinn gegenübertritt.

Dr. F. Adler.

Epemanns Alpenkalender 1916.

Auch in diesem Jahre erscheint der beliebteste Wandkalender in vortrefflicher Ausstattung. Er bringt eine Fülle von schönen Bildern aus den Bergen, die so tabellos wieder gegeben sind, daß sie in uns nicht nur liebe Erinnerungen wecken, sondern auch den Wunsch, recht bald wieder unsre Schritte in die schöne Bergwelt lenken zu können.

— n.

Von Jena bis zum Wiener Kongreß. Von Prof. Dr. G. Koloff. („Aus Natur und Geisteswelt“, 465. Bändchen.) Leipzig, B. G. Teubner. M. 1.25.

Das Jahrzehnt von 1806 bis 1815 auf nur 114 Seiten darzustellen, wäre bei der

großen Wichtigkeit dieser Periode für die deutsche Geschichte kaum möglich gewesen, wenn Koloff nicht den glücklichen Gedanken gehabt hätte, durch näheres Eingehen auf einige besonders wichtige Fragen, wie die Haltung der öffentlichen Meinung, die Umwandlung Preußens und die Entstehung des Deutschen Bundes, eine Beschränkung zu üben, die zur Stärke wurde. So aber entspricht das Werkchen, auch unterstützt durch die kräftige, bewegte Darstellungsweise, durchaus dem Zwecke erster Einführung, dem schon die zwölfstündige Vorlesung vor Berliner Lehrern und Lehrerinnen diene, aus dem es in gedrängterer Wiebergabe entstanden ist.

Dr. Hans Zimmer.

Das große Weltpanorama der Reisen, Abenteuer, Wunder, Entdeckungen und Kulturtaten in Wort und Bild. 15. Bd. Stuttgart, Verlag von W. Spemann.

Der neueste Band des „Großen Weltpanorama“ steht ganz auf der Höhe seiner Vorgänger. Er bringt eine Fülle von interessanten Aufsätzen aus Naturwissenschaft, Länder- und Völkerkunde usw., die alle mit zahlreichen Abbildungen geschmückt sind. Besonders Interesse verdient die Erzählung aus dem Großen Krieg: „Mit Emden und Ayesha“ von Otto Tormann, in der die Schicksale und Abenteuer der heldenhaften Emdenmannschaft anschaulich geschildert werden, und außerdem ein spannendes Fliegererlebnis: „Auf Tod und Leben“ von Oskar Klaußmann. Der hübsche Band kann als Geschenk für die reifere Jugend warm empfohlen werden. S.

Russikalische Aufsätze. Von Otto Nicolai. Zum erstenmal herausgegeben von Georg Richard Kruse. Regensburg, Gustav Hoffe.

Der bekannte Vorkinglener bietet mit dieser Sammlung von Briefen, Tagebuchblättern, Aufsätzen einen wichtigen Beitrag zum Verständnis auch jenes deutschen Meisters, der sich durch seine Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ (1849) einen dauernden Namen gesichert hat. Was man aus dem Mitgeteilten über die Persönlichkeit Nicolais erfährt, das verstärkt den Eindruck des Liebenswerten, der vom ganzen Wirken des früh Verstorbenen ausgeht: Nicolai, 1810 in Königsberg geboren, war 1833—1841 meist in Rom, gründete in Wien 1841—1847 die philharmonischen Konzerte und trat für Beethoven's Symphonien ein; sein Leben beschloß er in Berlin (1849). Was er über die Sixtinische Kapelle schreibt, hat für die musikalische

geschichtliche Erkenntnis großen Wert; denn im Verkehr mit dem Palästinabiographen Baini erfuhr Nicolai so manches, was sich nicht aus Büchern lernen läßt. Die von Kruse besorgte Sammlung bildet den zehnten Band der Deutschen Ruslibücherei (von Gustav Boffe in Regensburg), auf die wir die Leser als auf ein werdendes Ganzes nachdrücklich hinweisen möchten.

Dr. R. Gr.

Der Fall Gogol. Von Otto Raus. Verlag von Ernst Reinhardt in München.

Zu den Anhängern Sigmund Freuds gehörte ebendam der Wiener Nervenarzt Alfred Adler. Als seine Ueberzeugungen sich nicht mehr mit denen des „Meisters“ deckten, trat er mit andern, Gleichgesinnten aus Freuds „Psychoanalytischer Vereinigung“ aus und gründete einen „Verein für freie psychoanalytische Forschung“. Dieser Verein veröffentlicht Schriften, von denen die Raus'sche eine Nummer bildet. Damit ist gesagt, daß die von Raus vorgenommene Fergliederung des Menschen und Künstlers Gogol sich den Adlerschen Lehren unterordnet, insbesondere also der Lehre von einer im Individuum herrschenden Zielvorstellung und von dem aus Kinderwertigkeitsgefühlen hervorgehenden Kompensationsbedürfnis. Die Anpassung der Tatsachen an diese Theorien wird mit Geschick vorgenommen. D.

Was die deutschen Kinder singen. Eine Blütenlese der heimatischen Kinderlieder. Für Klavier gesetzt von L. Windsperger. Verlag von E. Schott's Söhne, Mainz. Preis M. 2.40.

Gottlob, unsre Kinder können noch singen, und heute vielleicht noch mehr als sonst. Wir können unsrer Jugend nichts Besseres tun, als wenn wir bei ihr die Freude am Gesang wecken und pflegen. Das vorliegende Buch, in dem das Wertvollste aus dem Schatze unsrer Kinderlieder vereinigt ist, kann als guter Führer und Helfer bezeichnet werden, um so mehr, als die den Weisen hinzugefügte Klavierbegleitung auf künstlerischer Höhe steht. Die schöne Ausstattung des Buches macht es auch zu Geschenkzwecken sehr geeignet.

D.

Dante. Vier Vorträge zur Einführung in die Göttliche Komödie von Fritz Kern. Tübingen, F. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Gebunden M. 3.—.

Hervorgegangen aus einem Vortragszyklus, den der Kieler Universitätsprofessor Kern dort und anderwärts seit dem Wintersemester 1911/12 wiederholt gehalten hat, bietet das lebenswürdige Werkchen eine auf weiteste Kreise von Gebildeten berechnete erste Führung in die Gedankenwelt der „Göttlichen Komödie“ vor deren Vektüre. Die

Hauptvorzüge dieser ersten Führung, wie sie gerade bei Dante durchaus willkommen ist, liegen einmal darin, daß Kern soviel wie möglich den Dichter selbst zu Worte kommen läßt, sogar in dem einleitenden Kapitel über Dantes Leben, zweitens aber in der strengen Beschränkung auf alles wirklich Zweckdienliche, d. h. das Verständnis der gewaltigen Dichtung fördernde, und gerade in dieser Beschränkung zeigt sich Kern als Meister. Auch seine Darstellung ist seinem Zwecke trefflich angepaßt: ruhig bei aller Beweglichkeit, schlicht bei aller ansprechenden Geschmeidigkeit.

Dr. Hans Zimmer.

Englische Weltpolitik in englischer Beleuchtung. Von Ferdinand Tönnies, ordentlicher Professor der Staatswissenschaften in Kiel. Berlin, Julius Springer.

Das Eigentümliche dieser Schrift liegt darin, daß die englische Eroberungspolitik mittels englischer Urteile in ihrem gewalttätigen und räuberischen Wesen aufgedeckt wird. Das Vorgehen unter Elisabeth, Karl I., Cromwell, Pitt dem Älteren (dem viel Verherrlichten, der in Wahrheit die Kriege als Handelsgeschäft betrachtete und behandelte), die Eroberung Indiens, der Raubzug von 1807 gegen Dänemark u. a. werden in dieser Weise mit unanfechtbaren Zeugnissen beleuchtet. Die Schrift mag auch in neutralen Ländern ausflürend wirken und verdient darum weitest Verbreitung. E.

Defensor Pacis. Von Marsilius von Padua. Für Übungszwecke bearbeitet von Richard Scholz. Leipzig und Berlin, W. G. Teubner. M. 2.20.

In Brandenburgs und Seeligers nützlicher „Quellenammlung zur deutschen Geschichte“ durfte das bedeutendste Erzeugnis politischen Denkens aus dem Mittelalter nicht fehlen. In Richard Scholz hat es einen gewissenhaften Herausgeber gefunden, der vor allem den praktischen Bedürfnissen des historischen Universitätsunterrichts mit seiner Arbeit gerecht wurde, durch glücklich gewählte Kürzungen die Hauptgedanken und die Gliederung des Ganzen schärfer hervortreten ließ und mit einem Verzeichnis der wichtigeren Literatur sowie mit einem guten, die Auffindung und Verfolgung der Hauptbegriffe erleichternden Sachregister dankenswerte Beigaben bot.

Z.

Signal B. S. und andre Erzählungen aus meinem Seemannsleben. Von John William Nylander. (Seewoll, dritte Folge). Leipzig, W. Neßaburger. 232 S. M. 2.50 (3.50).

Der Finnländer Nylander ist den deutschen Lesern kein Unbekannter mehr. Die Skizzen aus dem Seemannsleben, die der ehemalige

Natrose entwirft, haben etwas sozusagen Unliterarisches und wirken darum zwar manchmal etwas formlos, aber in ihrer Schlichtheit und Treue eindringlich und oft pädend. Besonders gilt dies von tragischen Stoffen, während das Humoristische auch wohl etwas plump herauskommt. Dr.

Die Freimaurerei. Eine Einführung in ihre Anschauungswelt und ihre Geschichte von Ludwig Keller. („Aus Natur und Geisteswelt“, 463. Bändchen). Leipzig und Berlin, W. G. Teubner. Geb. M. 1.25.

Dank seiner absoluten Beherrschung des Stoffes und strengster Raumökonomie ist es dem hervorragenden Kenner der Freimaurerei gelungen, auf knapp anderthalbhundert Seiten eine durchaus gründliche Einführung in Wesen und Werden der Freimaurerei darzubieten. Sie ist um so nützlicher, als sich seit etwa zehn Jahren erneuert ein lebhafteres Interesse für die Freimaurerei bemerkbar macht, um so fesselnder, als überall die feinen Fäden zwischen der Freimaurerei und den jeweiligen politischen und geistesgeschichtlichen Strömungen bloßgelegt sind. In den Literaturangaben kommen auch die Gegner zu Worte.

Dr. Hans Zimmer.

Goethes Mannedjahre. Von Johannes Höffner. Mit 41 Abbildungen, darunter 9 in farbiger Wiedergabe. — **Goethe im Alter.** Von Johannes Höffner. Mit 45 Abbildungen, darunter 6 in farbiger Wiedergabe. Viefelfeld und Leipzig, Veflhagen & Klafing. (Veflhagen & Klafings Volksbücher. Nr. 104 und 105). Je 42 S. Je 60 Pf.

Die beiden Goethehefte, die sich an das früher erschienene Heft „Der junge Goethe“ von demselben Verfasser anschließen, reden wenig von dem Dichter und seinem Schaffen und lassen so die wichtigsten Züge ihres Selbsten im Dunkel. Dagegen wird das Menschliche lebendig und im ganzen gewiß auch richtig dargestellt. Manches scheint mir freilich etwas kleinlich zu wirken. Christiane wird einseitig im ungünstigen Sinne beurteilt. Die fesselnde Darstellung wird durch ausgezeichnete Abbildungen ergänzt, unter denen die farbigen, zum Teil wahre Kunstwerke, besonderes Lob verdienen. S. Brömse.

Kaiser Wilhelm II. und die Triebkräfte des neu-deutschen Sozial- und Wirtschaftslebens. Von Prof. Dr. Paul Harns. Jena, Gustav Fischer. M. 1.—.

Diese hochinteressante und offenerzige Festschrift, gehalten zur Feier des Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelms II. in der Aula der Universität Kiel, wirft die Frage auf,

welches die tiefere Ursache sein mag, daß im monarchischen Deutschland in dem Verhältnis zwischen Kaiser und Volk der Zeit allseitiger Zustimmung und freudiger Unterordnung unter die Führerschaft lange Jahre hangen Zweifelus vorangehen mußten. Nicht im Kaiser selbst sucht Harns die Ursache für diesen Wandel der Dinge: der Kaiser ist sich und der zu Anfang von ihm ins Auge gefaßten Zielrichtung treu geblieben. Gemeingut des deutschen Volkes aber ist heute geworden, was damals und immer den Kaiser geleitet hat: die Einsicht, daß Deutschland an der Schwelle eines neuen Zeitalters stand und steht, daß eine gewaltige Verchiebung seiner sozialen und wirtschaftlichen Struktur eine Aenderung seiner Politik im Innern und nach außen gebieterisch forderte. S. B.

Das Libretto. Von Dr. Edgar Hstel. Berlin, Verlag Schuster & Loefler. Preis M. 3.—, geb. M. 4.—.

Der deutsche Untertitel lautet: Wesen, Aufbau und Wirkung des Opernbuchs nebst einer dramaturgischen Analyse des Librettos von Figaros Hochzeit. In der Tat findet man hier von sachkundiger und erfahrener Hand alles beieinander, was sich über die Gesetze der dramatischen Spannung mit Rücksicht auf die musikalischen Bedürfnisse des Komponisten sagen läßt. Im wesentlichen haben Trauerspiel und Lustspiel dieselben Anforderungen des Aufbaus. Zweckmäßig werden daher viele Beispiele aus Wagner genommen, und es fallen über seine Bühnenkunst treffende und lehrreiche Bemerkungen; auch über das Verhältnis von Handlung und Charakter gibt der Verfasser beherzigenswerte Rinte. Das Buch gilt besonders den Tonbildnern, sofern sie die Kenntnis des dramatischen Wirkens verschmähen. Die Erläuterung von Mozarts Figaro, der auf Beaumarchais' Lustspiel zurückweist, ist eine vortreffliche Leistung des Musikgelehrten, der sich durch seine geschichtlichen Werke (besonders auf dem Gebiete der komischen Oper und des Melodramas) einen Namen gemacht hat. Doch müssen wir zugleich betonen, daß gerade vorliegendes Buch dem heutigen, neuesten Leben mit aufgeschlossenem Sinne zugewandt ist, wie es den Verfasser ja auch zur Betätigung auf dem Gebiete der Opernkomposition gedrängt hat. Dr. R. G.

Die Flucht des Prinzen von Preußen, nachmaligen Kaisers Wilhelm I. Nach den Aufzeichnungen des Majors O. im Stabe des Prinzen von Preußen. Stuttgart, Greiner & Pfeiffer. M. 2.—.

Es lag wohl eigentlich kein Grund vor, den Namen des Majors O. nicht voll auszusprechen, auch wäre es erwünscht gewesen, wenn das Schlufwort der Frau Major O.

angegeben hätte, welcher Art die Aufzeichnungen ihres Mannes waren, die der hier gegebenen Darstellung zugrunde lagen. Diese scheint das Resultat einer besonderen Uebersetzung zum Zweck der Veröffentlichung zu sein, und die Uebersetzung ist vielleicht nicht von der Frau Major selbst vorgenommen worden, die 1848, wo sie bereits mehrere Kinder hatte, doch wohl mindestens 25 Jahre alt gewesen sein muß und jetzt also rund 90 wäre. Das Schriftchen hätte als geschichtliche Quelle wesentlich gewonnen, wenn wir über diese Dinge aufgeklärt worden wären, sofern es aber Zuverlässiges aus erster Hand bietet, wie es ja gewiß den Anschein hat, soll es dankbar begrüßt sein als lebendige Fülle interessanter Einzelheiten zu einem historischen Ereignis, das von jeher in der neueren deutschen Geschichte ein besonderes Interesse gefunden und verdient hat.

Dr. Hans Zimmer.

Limitation des armements. Von Dr. Hans Wehberg. Relevé des projets émis pour la solution du problème, précédé d'une introduction historique. Brüssel 1914.

Eine der wunderlichsten Blüten des Pazifismus war der Gedanke der Rüstungsbeschränkungen. Es entbehrt nicht des kulturhistorischen Interesses, sich über den Entwicklungsgang dieses utopistischen Problems und über die einzelnen, zu seiner Förderung gemachten Vorschläge zu unterrichten. Hierzu bietet die lebendig berichtende, sehr gründliche Schrift Wehbergs vortreffliche Gelegenheit. Im Auftrage des Bureau interparlementaire verfaßt, sollte sie einer Kommission der Union interparlementaire als Grundlage für Erwägungen über die Möglichkeit eines einschlägigen internationalen Abkommens dienen.

Frankfurt a. M. Prof. Dr. F. Giese.

Die Quellen des künstlerischen Schaffens. Versuch einer neuen Ästhetik von Erich Major. Leipzig, Klinckschardt & Hermann. M. 5.—

Vielleicht wächst aus diesem Werkchen einmal ein Werk heraus, aus dieser Skizze eines Systems ein System. Denn ein einheitlicher Grundgedanke ist schon jetzt geschlossen durchgeführt: die künftige Ästhetik nicht mehr aufzubauen auf das Genießen des Betrachtenden, auf die Wirkung eines Kunstwerkes auf den Beschauer, vielmehr auf die Produktivität des schaffenden Künstlers. Nichts Geringeres als eine völlige Umkehrung der bisherigen Ästhetik wird also in der übrigens nicht bloß für Fachgelehrte, sondern auch für gebildete Laien dank ihrer lichtvollen Darstellungsweise verständlichen Schrift erstrebt, und trotz der gelegentlich etwas rhapsodischen Knappheit der Durch-

führung erscheint dieser Grundgedanke als durchaus anregend, ja fruchtbar. Weiter ans Werk! Dr. Hans Zimmer.

China, das Land der Mitte, einst und jetzt. Von Dr. Joseph Lauterer. Leipzig, Verlag von Otto Spamer. 412 S. mit 154 Abbildungen.

Auf Grund eigener Reisen und eingehender Studien weiß Lauterer viel Wissenswertes und Neues aus China, dem sich ja gegenwärtig wieder die Aufmerksamkeit größerer Kreise zuwendet, zu schildern. Der mittlere Teil des Werkes, der der Reiseschilderung gewidmet ist, leidet aber ebenso wie die zusammenfassenden Kapitel am Anfang und am Schluß unter der Fülle ungefilterten Materials, das in bunter Reihenfolge dargeboten wird, und diesen Mangel kann auch das sehr umfangreiche Inhaltsverzeichnis nicht völlig ausgleichen. Die Ausstattung an Bildern ist sehr reich, unbegreiflicherweise fehlt aber dem Werke eine Karte.

Dr. Joh. Niedel.

Die Eisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck. Von Prof. Dr. Alfred von der Lehen. Berlin, Julius Springer. M. 6.—

Mit souveräner Beherrschung des weit-schichtigen und verstreuten, hier aber in der zweiten Hälfte des Werkes übersichtlich zusammengestellten Materials hat der bedeutende Kenner des wichtigen Eisenbahnwesens und seiner Politik eine zusammenhängende, klare und erschöpfende geschichtliche Darstellung der Tätigkeit des Reichstanzlers Fürsten Bismarck auf dem Gebiete des deutschen Eisenbahnwesens dargeboten. Sie zeigt uns, streng kritisch und vorsichtig wägend, wieviel auch in dieser Beziehung Bismarcks persönlichem nachdrücklichen Eingreifen zu verdanken ist, namentlich hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung der Eisenbahnen für das Leben der Nation, wiewgleich das letzte Ziel, das sich der große Staatsmann gesteckt hatte, auch die Eisenbahnen zu einem Werkzeug der nationalen Festigung des Deutschen Reiches umzugestalten, nicht in vollem Umfange erreicht worden ist. Ich glaube dem Werke hohes Lob zu zollen, wenn ich sage, daß es nicht bloß für Fachleute wertvoll, sondern auch für gebildete Laien eine anregende Einführung in ein fesselndes Kapitel der jüngsten deutschen Geschichte ist. Z.

Russische Expansionspolitik 1774 bis 1914. Von Dr. Franz Quabflieg. Berlin, Dümmler.

Diese Schrift entwickelt den Gedanken, daß Rußland mit seinem rastlosen Ausdehnungsbestreben eine Gefahr für das festländische Europa bedeute, wie der französische Histo-

riter Martin in seiner Schrift „La Russie et l'Europe“ 1766 dies anerkannt und „la fédération Européenne vis-à-vis de l'Amérique et de la Russie“ als notwendig bezeichnet hat; andernfalls werde Europa zugrunde gehen und Russen, Engländer und Amerika sich in die Welt teilen. Das ist gewiß wahr; aber die Ereignisse von 1914

haben leider den Zusammenschluß Europas auf lange hinaus unmöglich gemacht. Quadriges Schrift ist nützlich; aber seine Kenntnisse sind manchmal ungenügend. Daß er z. B. S. 251 behauptet, Bismarck habe 1875 einen Krieg gegen Frankreich geplant, den Kaiser Wilhelm I. unterjagt habe, ist geradezu ungeheuerlich. E.

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Nas Natur und Geisteswelt. Bd. 542: Lornius, B. Die baltischen Provinzen. Leipzig, B. G. Teubner. Geh. M. 1.25.

Blut, Theodor, Schüler der Politiker im Licht unserer großen Gegenwart. Stuttgart, J. G. Cotta'sche Buchhandlung. In Pappband 80 Pf.

Dittel, Dr. Karl, Ueber die Zukunft der Konfessionsgesellschaften. 6./7. Heft. Göttingen a. M., Wilhelm Langguth. 40 Pf.

Doehlich, Ernst, Goethes Propyläen. Stuttgart, J. B. Metzler'sche Buchhandlung G. m. b. H. Brosch. M. 6.—

Döfke, Wilhelm, Die deutsche Landschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Mit 146 Bildern und einem farbigen Kunstblatt. Bita, Deutsches Verlagshaus G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg. Preis kart. M. 1.75, geb. M. 2.80.

Dufe, Prof. Dr. H., Plagiator Vergson. Charlottenburg 4, Friedrich Guths Verlag. Brosch. M. 1.20.

Doss, Roman, Der europäische Krieg und unser Schweizer Krieg. Zürich, Schweizer Druck- und Verlagshaus. Geh. M. 1.50.

Chamberlain, Houston Stewart, Deutsches Wesen. München, F. Bruckmann U. G. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.—

Chamberlain, Houston Stewart, Politische Ideale. München, F. Bruckmann U. G. M. 1.—

Damaske, Adolf, Die Bodenreform. Jena, Gustav Fischer. Brosch. M. 3.25, geb. M. 3.85. Das deutsche Kleid. Dresden, Modehaus Kemmer.

Das große Welt-Panorama. 15. Bd. Stuttgart, W. Spemann.

Deutsche Form im Kriegsjahr. Jahrbuch des deutschen Werkbundes 1915. München, F. Bruckmann U. G. Preis M. 3.—

Deutsches Barenbuck. Herausgegeben von der Dürerbund-Werkbund-Genossenschaft Heleran bei Dresden. Berlin W 86, Geschäftsstelle des Deutschen Werkbunds.

Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege. Nachtrag Oktober 1915. Berlin, Direktion der Disconto-Gesellschaft.

Die weißen Blätter. Eine Monatschrift. 10. Heft. Leipzig, Verlag der weißen Bücher. M. 2.—

Douzon, Dmitro, Groß-Polen und die Zentralmacht. Berlin S 14, Carl Kroll. M. 1.—

Dress, Dr. C. J., Italien und das Garantiegesetz. Köln, J. P. Bachem. M. 1.20.

Faulhaber, Dr. Michael v., Bischof von Speyer. Waffen des Lichts. Gesammelte Kriegsbreden. Freiburg i. Br., Herberichs Verlagshandlung. Kart. M. 1.80.

Fischer, Max, Heinrich v. Kleist, der Dichter des Preußentums. Stuttgart, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf. In Pappband 80 Pf.

Gall, Dr. Gottfried, Dschihad. Der heilige Krieg des Islams und seine Bedeutung im Weltkrieg. Freiburg i. Br., C. Trocmers Universitätsbuchhandlung. 70 Pf.

Geddel, Heinrich, 1914/15 Kriegsnovellen Band 8: Helden. Berlin, Morawe & Scheffelt. Brosch. M. 1.—

Geddel, Ernst, Ewigkeit. Weltkriegsgeanken über Leben und Tod, Religion und Entwicklungstheorie. Berlin, Georg Reimer. Geheftet M. 1.50, in Pappband M. 2.—

Gering, Theodor, Lieder in der Heimat 1914/15. Tübingen, F. Laupp'sche Buchhandlung. In Pappband 80 Pf.

Gardou, Thea v., Die deutsche Frau im Weltkrieg. Leipzig, Giese & Becker. Geh. M. 1.50, geb. M. 2.50.

Gasthagen, Justus, Das Studium der Zeitgeschichte. Bonn, Friedrich Cohen. Brosch. 80 Pf.

Geddel, Hans, Das Don-Juan-Problem in der neueren Dichtung. Stuttgart, J. B. Metzler'sche Buchhandlung G. m. b. H. Geh. M. 6.—

Gilgenreiter, Universitätsprofessor Dr. Karl, Die römische Frage nach dem Weltkrieg. Prag II, Bonifatius-Druckerei. M. 1.—

Ginge, Otto, Die Hohenzollern und ihr Wert. Berlin, Paul Parey. M. 5.—

Gronsdorff, Paul Graf v., Wenn die Toten erwachen. Leipzig, Breitkopf & Härtel. 10 Pf.

Internationale Monatschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik. Heft 1, Jahrgang 10. Leipzig, B. G. Teubner.

Kampffmeyer, Prof. Dr. Georg, Die Welt des Islams. Heft 2. 8. Bd. Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Islamkunde. Berlin, Dietrich Reimer (Ernst Vohsen). à M. 4.— (Jahresabonnement M. 12.—).

Kaibel, R., Ein ärztliches Kulturbild aus Südpolen. Sonderabdruck aus den historischen Monatsblättern für die Provinz Posen. Posen, W. Deder & Co.

Keppler, Bischof Dr. Paul Wilhelm v., Unsere toten Helden und ihr letzter Wille. Freiburg i. Br., Herberichs Verlagshandlung. 80 Pf.

Riefe, H. G., Die Theorien des modernen Sozialismus über den Ursprung des Christentums. Rempten und München, Jos. Kölsche Buchhandlung. Geh. M. 3.—.

Roth, Leonard, Mittagsgespenster. Deutsche Studien und Wanderbilder. Köln, J. P. Bachem. Brosch. M. 2.50, geb. M. 3.20.

Kriegsbildertagebuch des Malers Ernst Dollbehr. München, F. Bruckmann u. G. Geh. M. 12.—.

Runk und Handwerk. Zeitschrift des Bayer. Kunstgewerbe-Vereins München. Heft 1. 66. Jahrgang. Berlin-München, H. Oldenbourg. Jährlich 12 Hefte, Preis M. 16.—. Einzelheft M. 2.—.

Söhr, Joseph, Der Krieg und das Schicksal der Kirchen Frankreichs. Köln, J. P. Bachem. Geh. M. 1.—, geb. M. 1.40.

Mahrhofer, Johannes, Spanien. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagsbuchhandlung. Geh. M. 4.20.

Rehls, Prof. Dr. Georg, Gestalten des Krieges. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Geh. M. 1.50.

Reiß, Eduard, Karl Gustow als Dramatiker. Stuttgart, J. B. Metzlersche Buchhandlung G. m. b. H. Geh. M. 6.80.

Montanus-Wäcker. Herausgeg. von Waltherr Stein. Bd. 9: Padenberger, Willi, Deutschlands Eroberung der Luft. Siegen, Hermann Montanus. M. 2.—.

Müller, Alfred Leopold, Das Gedächtnis und seine Pflege. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Francksche Verlagsbuchhandlung. Geh. M. 1.—, geb. M. 1.80.

Nordert, Wilh., Tommy's Tagebuch. Aufzeichnungen eines gefallenen Engländers. Berlin-Charlottenburg, Vita Deutsches Verlagshaus. Geh. M. 1.50, geb. M. 2.—.

Nordert, Wilh., Passional's Tagebuch. Aufzeichnungen eines gefallenen französischen Landwehrmannes. Berlin-Charlottenburg, Vita Deutsches Verlagshaus. Geh. M. 1.50, geb. M. 2.—.

Planitsch, Leo, Denkmale der Kunst in den südlichen Kriegsgebieten. Wien, Anton Schroll & Co. M. 2.— (K 2.40).

Plenge, Prof. Dr. Johann, Eine Kriegsvorlesung über die Volkswirtschaft. Berlin, Julius Springer. Geh. 80 Pf.

Quenzel, Karl, Vom Kriegsschauplatz. Feldpostbriefe und andere Berichte. 2. Bd. Leipzig, Fesse & Beder. Brosch. M. 1.50, geb. M. 2.—.

Ranke's Reiterwerke. Wohlfeile Ausgabe Bd. 6, 7, 8. München und Leipzig, Dunder & Humblot.

Schmecker, Ludwig, Deutschland und seine Feinde. Ein Bühnenfestspiel. München und Berlin, H. Oldenbourg. 60 Pf.

Schmitz, J., Antonius Kardinal Fischer. Köln, J. P. Bachem. Brosch. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Schöngemauer-Steindal, Franz, Helden der Heimat. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagsbuchhandlung. M. 2.20.

Schöngemauer-Steindahl, Franz, Kriegssaat und Friedensernte. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagsbuchhandlung. Kart. M. 1.20.

Seiffert, Willibald, Ratgeber für die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer. Potsdam, Stiftungsverlag. 40 Pf.

Spemann's Alpen-Kalender 1916. Stuttgart, W. Spemann. M. 2.—.

Stenfeld, Universitätsprofessor Dr. R., Richard Wagner und der heilige deutsche Krieg. Oldenburg, Gerhard Stalling. M. 1.—.

Stieve, Dr. Friedrich, Schwedische Stimmen zum Weltkrieg. Leipzig, B. G. Teubner. M. 2.40.

Tschernsacher, Dr. Hans, Reichsfinanzreform und innere Reichspolitik 1906—1913. Berlin, Julius Springer. M. 2.—.

Tillemann, Heinrich, Woher das Selbstgefühl der Engländer? Hannover und Leipzig, Hahn'sche Buchhandlung. 75 Pf.

Trentler, Ewald, Herders dramatische Dichtungen. Stuttgart, J. B. Metzlersche Buchhandlung G. m. b. H. Geh. M. 7.50.

Umer, Friedrich, Sturmgeboren! München, Paul Müller. M. 1.—.

Wagemann, Dr. Ernst, Die deutschen Kolonisten im brasilianischen Staate Espirito Santo. München und Leipzig, Dunder & Humblot. Geh. M. 5.—.

Werner, Heinrich, Das Auskunfts-Besen. Berlin, Spree-Verlag Paul Werner.

Wiegert, Josef, Das Dorf entlang. Ein Buch vom deutschen Bauerntum. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagsbuchhandlung. Geh. M. 5.—, geb. M. 6.20.

Weltkultur und Weltpolitik. Heft 5. Lenz, Friedrich: Macht und Wirtschaft I. Die Voraussetzungen des modernen Krieges. München, F. Bruckmann u. G. Brosch. M. 6.—, geb. M. 8.—.

Wieber, Walter, Die Ursachen der französischen Revolution. Cassel, Willard & Augustin. M. 1.25.

Wiener, Oskar, Anno 15. Kriegsanalekten aus Oesterreich. Prag-Smichow, Koppe-Wellmann. Brosch. K 1.—.

Zöllner, Friedrich, Gelüste Welträtsel. (Teil 3 und 4 der Sammlung „Die Brücke zum Jenseits“, 12 Teile kompl. M. 6.—). Wiesbaden, Emil Abigt. M. 1.20.

== Regensfondsexemplare für die „Deutsche Revue“ sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten. ==

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal
in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

== Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen. ==

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Der Dank Amerikas¹⁾

Von

John L. Stoddard (Meran)

„Es kann unter den Menschen kein gerechterer Grund zum Schmerz entstehen, als wenn sie von einer Seite, von der sie mit Recht Dank und Wohlwollen erwarten mußten, Kränkung und Schaden zu erleiden haben.“

Um dem Thema „Der Dank Amerikas“ gerecht zu werden, erörtern wir die Frage: Was lehrt die Geschichte über a) die Behandlung Amerikas durch England, b) die Behandlung Amerikas durch Deutschland, c) seinen Dank an beide?

In den Vereinigten Staaten gibt es eine Vereinigung, „die Gesellschaft der Pilger“ genannt; die meisten ihrer Mitglieder hält man für Nachkommen der „Pilgerväter“ — jener englischen Konkonformisten (Dissidenten), welche auf der berühmten „Mayflower“ nach Amerika auswanderten und an der Küste des jetzigen Staates Massachusetts am 21. Dezember 1620 landeten. Eine zweite Gemeinschaft Religionsverbesserer aus England, die unter dem Namen „Puritaner“ bekannt ist, landete dort neun Jahre später. Der Grund, warum diese englischen Auswanderer — Männer und Frauen unbescholtenen Charakters und edler Bestrebungen — damals ihre Heimat mit einer unbekannten, von Wilden wimmelnden Wüstenei und rauhem, unwirtlichem Klima vertauschten, war, der englischen Verfolgung ihres Glaubens zu entgehen und sich das zu sichern, was die Dichterin Felicia Hemans in ihrer erhabenen Ode an die Pilgerväter mit Recht die Freiheit der Gottesverehrung nennt. Die Behandlung also, welche Amerika von England erfahren hat, begann mit Verfolgung; und Verfolgung in der einen oder andern Gestalt hat seinem Betragen gegen die Vereinigten Staaten seither den Stempel aufgedrückt. Trotzdem spendeten bei Gelegenheit eines vor zwei Monaten von ihrer Vereinigung veranstalteten Festes entartete Nachkommen jener Pilger dem Vorgehen Englands im jetzigen Weltkriege Beifall und begrüßten

¹⁾ Vgl. den Aufsatz desselben Verfassers, „Amerikas Stellung zum Weltkriege“, im Dezember-Heft des vorigen Jahrgangs der „Deutschen Revue“.

die Aufforderung ihres Vorsitzenden, auf König Georg und den Zaren ein Hoch auszubringen, mit Jubel! Offenbar hatten sie vergessen, was ihre Väter vor 300 Jahren von England erlitten hatten. Aber sie hatten gar nicht nötig, so weit zurück zu denken; viele Tatsachen jüngeren Datums hätten sie sich recht gut ins Gedächtnis rufen können. Frischen wir ihnen das Gedächtnis ein wenig auf!

Es ist allgemein bekannt, daß es die Bedrückungsmaßregeln Englands waren, welche die Vorfahren der jetzigen kriechenden Anglophilen in den Revolutionskrieg 1776 stürzten, durch den sie endlich das verhasste Joch des Mutterlandes abwarfen und ihre Unabhängigkeit errangen. Wie oft habe ich in Concord (Massachusetts) — in der Nähe meines Geburtsortes — vor dem Standbilde des „Minute-Man“ (Schußfertiger Patriot) gestanden und mit tiefer Rührung am Sockel die ergreifenden Emersonschen Worte gelesen:

„By the rude bridge that spans the flood,
Their flag to April's breeze unfurled,
Twas here the embattled farmers stood
And fired the shot heard round the world!“

(An der ländlichen Brücke, die über das Flüsschen sich spannt, standen unter den im Aprilwinde wehenden Fahnen die bewaffneten Landmänner und feuerten den Schuß ab, der die ganze Welt durchdröhnte.) Man kann sich nicht wundern, daß diese „bewaffneten Landmänner“ den ersten Schuß lösten und viele andre außerdem. Abgesehen von den politischen Bedrückungen, welche sie zu diesem Schritte trieben, hatten die „Hände über der See“ zur selben Zeit noch andre Gewalttaten verübt. Am 16. Oktober 1775 bombardierte eine von einem britischen Marineoffizier befehligte Schwadron Portland (Maine) und steckte die Stadt in Brand. Alle öffentlichen Gebäude und drei Viertel der Häuser wurden verzehrt, und Tausende obdachloser Menschen wurden in die anbrechende Winterkälte hinausgejagt. Am 1. Januar 1776 ließ Lord Dunmore, der britische Statthalter von Virginia, die Stadt Norfolk niederbrennen, deren Bevölkerung von ungefähr 9000 Menschen entsetzlichem Elende mitten im Winter preisgegeben wurde. Im Jahre 1778 wurde die Insel Martha's Vineyard ganz ausgeplündert; New Bedford und Fair Haven wurden niedergebrannt, New Haven in Brand gesteckt und Fairfield ganz zerstört. An der Küste von New Jersey richteten sie ähnliche Verwüstungen an. 1779 wurden Portsmouth und das teilweise wieder aufgebaute Norfolk (Virginia) mit entsetzlicher Grausamkeit gebrandschaft und zerstört. Jedes Haus wurde niedergebrannt, die Männer wurden ermordet und schwächliche amerikanische Frauen den Roheiten der britischen Soldaten preisgegeben.

Im Revolutionskriege sowohl wie in dem von 1812 waren Tausende wilder, blutgieriger nordamerikanischer Indianer die Verbündeten der britischen Truppen, kämpften unter dem Befehle britischer Offiziere und verübten teuflische Grausamkeiten an Amerikanern — den Blutsverwandten der Engländer und den Kindern des „Mutterlandes!“ — Im

Jahre 1812 war der Häuptling der Shawneeindianer, Tecumseh, Brigadegeneral in britischen Diensten und befehligte in der Schlacht am Eriesee den rechten Flügel der verbündeten Engländer und die Indianerstreitkräfte gegen meine Vorfahren! Die Indianer wurden dazu verwendet, die Amerikaner an der ganzen Waldbgrenze anzugreifen. Wir wissen, welche Art Krieg die Indianer führen!

Es genügt, einen einzigen geschichtlichen Zug aus dem Kriege zu erzählen, den die mit den Indianern verbündeten Briten gegen Amerika entzündet hatten. Er bezieht sich auf die Einnahme des Forts Mims im Dezember 1812. „Die Indianer brachen die Pfähle nieder und schlachteten kaltblütig die Einwohner. Die Kinder wurden bei den Weibern genommen und mit dem Schädel gegen die Palisaden geschlagen. Den Frauen riß man die Eingeweide aus und schleuderte die noch ungeborenen Kinder in die Luft. Der britische Agent in Pensacola hatte pro Skalp 5 Dollar ausgesetzt, und die langen Flechten der Frauen und die Bedeckungen der Männerköpfe waren bald in den Händen der Wilden als Marktartikel auf einem christlichen Jahrmarkte ausgestellt! Ein Teil dieser Indianer blieb den nächsten Tag in der Nähe, um zu plündern und zu morden; andre gingen nach Pensacola, die Skalpe als Trophäen auf Stangen tragend, um sich ihre Belohnung von dem dortigen britischen Agenten zu holen.“

Und das geschah vor nur 104 Jahren! Was für ein kurzes Gedächtnis viele Leute haben! Und hat England seine Methode, Krieg zu führen, seither wesentlich geändert? Nicht, wenn der Zufall ihm hold ist, sein altes Spiel zu spielen. Seither und auch bis auf den heutigen Tag hat es oft Wilde und Heiden gegen die weißen Christen ins Feld geführt. Es verwendete Zulus im Burenkriege gegen die Holländer. Heute tut es dasselbe mit Gurrhas und andern indischen Eingeborenen und fügt zu diesen buntfarbigen Kriegern einige Fidschi-Insulaner, deren Väter manchen schmachhaften Witten Menschenfleisch verzehrt haben!

Dies nennt England salbungsvoll den Krieg der Zivilisation gegen den Barbarismus!

Verfolgen wir weiter den Faden der Geschichte, so finden wir, daß Amerika im Jahre 1812 an Großbritannien den Krieg mit der offiziellen Begründung erklärte, „weil man amerikanische Bürger, die auf See waren, auf die englischen Kriegsschiffe geschleppt und sie gezwungen hatte, gegen den Vereinigten Staaten befreundete Völker zu kämpfen“ — „wegen Verletzung der Rechte und wegen Friedensbruches an unsern Küsten und in unsern Häfen“ — „wegen Plünderung unsrer Handelschiffe auf allen Meeren unter angeblicher Blodierung“ — „wegen Anwendung geheimer Agenten innerhalb der Vereinigten Staaten zum Zwecke, unsre Regierung zu stürzen und unsre Union aufzuteilen“ und „wegen Aufreizung der Indianerstämme zum Kriege gegen die Amerikaner der Union“. Allerdings, damals war Amerika in militärischer Beziehung ein schwaches Volk, aber moralisch war es stark. Heute liegen die Verhältnisse umgekehrt.

Ich will durchaus nicht dem Kriege das Wort reden, aber warum haben die Amerikaner den Mut verloren, für ihre eignen Rechte und für die der kleineren neutralen Völker einzutreten? Sie könnten diese Rechte erzwingen, wenn sie den Mut dazu hätten, und würden sich die Dankbarkeit der kleineren Völker erwerben, die jetzt mit Verachtung auf sie herabblicken. Sie sollten nicht vergessen, daß die britische Flotte auch in dem Kriege von 1812 soweit als möglich die Küste von New England verwüstete, Stonington bombardierte und den „gewaltigen Instruktionen“ nachkam, welche der Admiral Cockburn von seiner Regierung erhalten zu haben behauptete — nämlich „alle Städte und Bezirke der Vereinigten Staaten zu zerstören und zu verwüsten, die einem Angriffe der britischen Kriegsausrüstung zugänglich wären!“ In Befolgung dieser „mütterlichen“ Befehle nahmen die Briten am 25. August 1814 Washington, brannten das Kapitol nieder, das Präsidentenhaus und alle öffentlichen Gebäude mit Ausnahme eines einzigen und richteten unbarmherzig unermesslich grausamen Schaden an. Vier Tage später griffen sie Alexandria an und erpreßten von der Stadt ein ungeheures Lösegeld. Die britische Regierung verurteilte diese Gewalttätigkeiten nicht. Im Gegenteil wurde der dafür verantwortliche Beamte, Kapitän Roß, im Oberhause als Held verherrlicht und über alle Maßen von der Londoner „Times“ gepriesen.

Wenn wir nun Englands Haltung gegenüber Amerika im großen Bürgerkriege von 1861 bis 1865 betrachten, finden wir, daß die britische Regierung, der Adel und fast alle Führer der englischen öffentlichen Meinung, Gladstone inbegriffen, die Südstaaten in dem Versuche begünstigten, die Republik zu entzweien und die Sklaverei aufrechtzuerhalten. Der bekannte englische Schriftsteller Frederick Harrison schrieb über Englands damalige Stimmung gegen Amerika folgendes: „Höhnisch und frohlockend beobachteten wir seine Entwicklung (des Bürgerkrieges). Wir vergrößerten und bejubelten jedes Unglück. Wir überhäufte sie (die Amerikaner) mit Schmähungen. Wir erfüllten die Welt mit verhängnisvollen Prophezeiungen und ungerechten Anklagen.“ So groß waren damals das in Großbritannien vorherrschende Vorurteil und der Haß gegen den Norden, daß drei ausgewählte Amerikaner hingeschickt wurden, um den Briten die Lage der Dinge klarzulegen. Einer von ihnen war Henry Ward Beecher, der glänzendste aller amerikanischen Prediger. Aber trotz seiner klaren und berechtigten Auseinandersetzung der Sachlage wurde er von der britischen Presse geschmäht und von dem Volke, das seine Aussagen nicht anhören wollte, überschrien. In Manchester wurden Anschlagzetteln folgenden Inhalts angeschlagen: „Was für einen Empfang könnt Ihr diesem Schurken bereiten, außer vollster Verachtung und Verabscheuung? Allen gutgesinnten Menschen geziemt es, diesen zweiten Versuch, eine öffentliche Kundgebung zugunsten des Nordens herbeizuführen, wirkungslos wie den ersten zu machen, da die Nordstaaten jetzt den Krieg mit einer rachsüchtigen Grausamkeit führen, wie die Weltgeschichte eines christlichen Landes noch nie gesehen hatte!“ Es ist gewiß kein Wunder, daß das amerikanische Blatt „Harper's Weekly“ vom 27. Dezember 1862

folgendes veröffentlichte: „Der Niedergang dieses Landes ist offenbar das von der britischen Regierung heißest Ersehnte!“

Die englische Presse war damals gegen Amerika ebenso bössartig, wie sie es jetzt gegen Deutschland ist, und einer der edelsten Männer der Geschichte, Präsident Abraham Lincoln, wurde mit den gemeinsten Schimpfworten wie Affe, Clown überschüttet, gerade wie auch jetzt gleicher Schimpf dem Deutschen Kaiser angetan wird. Außerdem schrieben im Jahre 1862 die Londoner „Times“ über das amerikanische Volk folgendermaßen: „Den Schwachen einschüchtern, über den Hilflosen herfallen, jedes Gesetz des Landes und der Sitte mit Füßen treten, wissentlich die heiligsten Interessen der menschlichen Natur verletzen, herausfordern, solange man keiner Gefahr ausgesetzt ist, und sobald wirkliche Gefahr droht, davonschleichen und sich aus dem Staube machen — dies sind die Tugenden jener amerikanischen Rasse, welche beansprucht, an der Spitze der Zivilisation zu schreiten und der Prophet menschlichen Fortschrittes in diesen Zeiten zu sein.“

Dieselbe Zeitung veröffentlichte auch folgendes über Captain Wilkes von der Marine der Vereinigten Staaten: „Er ist das vollendete Urbild eines Yankes. Prahlerei und Raubgier auf einem Sockel von Gemeinheit und Feigheit, dies sind die wesentlichen und vorherrschenden Merkmale, an welchen man im allgemeinen seine Landsleute in der ganzen Welt erkennt!“ Aber Großbritannien begnügte sich nicht mit tadelnden Worten. Es erlaubte, daß Kaperschiffe in seinen Werften ausgerüstet wurden, besonders die berühmte „Alabama“, welche den amerikanischen Schiffsverkehr in so schamlosem Maße vernichtete, daß England schließlich durch das Schiedsgericht in Genf gezwungen wurde, 15½ Millionen Dollar Entschädigung an die amerikanische Regierung zu zahlen. Hingegen! Gerade in jenem höchst kritischen Augenblick, als die Einheit und die Zukunft der Republik ins Schwanken geraten waren, kämpften 180 000 Mann deutscher Geburt für die Erhaltung der Union und für die Freiheit von 4 Millionen Sklaven.

Ehe wir an die Betrachtung der schmachvollen Behandlung der Vereinigten Staaten durch England in dem jetzigen Weltkriege gehen, wollen wir sein Verhalten gegen die Amerikaner in den dazwischen liegenden Friedenszeiten uns vor Augen führen: Dies war ein Zeitraum ohne wirkliche Kriege zwischen den beiden Ländern, aber mögliche Kriege waren häufig in Sicht. Mangel an Raum gebietet mir, diese gefährlichen Vorfälle nur anzudeuten, zu denen die Streitigkeiten über die Alaskagrenze, die Neufundlandfischereifrage, die Fischerei im Behringsmeer, die Frage über den Nicaraguanal und die britische Verletzung der Monroe doktrin in Venezuela gehören, in der Präsident Cleveland im Jahre 1895 so energisch eingriff.

Auf dem sozialen Gebiete war die Haltung der Engländer gegen die Amerikaner während dieser fünfzig Jahre sogar noch unverschämter herablassend als gegen ihre eignen Kolonisten.

Begeisterte Sommerausflügler nach Britannien werden, von seinen Altertümern entzückt, dies nicht glauben wollen. Aber mögen sie nur einmal für

eine Weile in England leben, dann werden sie erkennen, daß die Geringschätzung und Herablassung gegen die Amerikaner für jeden unerträglich ist, außer für einen Schmarotzer. Augenblicklich paßt es gerade den Engländern, sie zu preisen und ihnen zu schmeicheln, um sie auszunutzen. Wer aber jemals von Indien auf einem englischen Dampfer nach Europa gereist ist, wird nie die Beweise der Unerzogenheit und geradezu der Frechheit vergessen, welche die reisenden Briten und die nachhaffenden Kellner an Bord gegen die Amerikaner und sogar auch gegen die Australier an den Tag legen. Wie oft habe ich die letzteren voll Empörung sich darüber beklagen hören! Die Erfahrung lehrt uns, daß es nur einen Weg gibt, um sich sein Recht zu wahren, wenn man es mit einzelnen Engländern oder mit einer Mehrheit zu tun hat, nämlich sie mit gleicher Münze bezahlen. Ein sanftes Wort legt der Brit als Schwäche aus, und England, ein Schwert in einer Hand, ein Choralbuch in der andern, tritt den Schwachen stets unter die Füße. Vor einigen Jahren hielt ein hervorragender Engländer in den Vereinigten Staaten Vorlesungen. Er war der Gast eines feingebildeten Amerikaners, der ihm zu Ehren eines Abends eine Gesellschaft gab. Gegen 6 Uhr erschien der Engländer in dem charakteristischen Halbtuchanzug und streckte sich auf dem Sofa aus, um zu ruhen. Als die Zeit verrann und er keine Anstalt traf, sich in sein Ankleidezimmer zu begeben, wurde sein Wirt, der im Gesellschaftsanzug war, unruhig. Nach einigen erfolglosen Andeutungen fragte er schließlich seinen Gast, ob er nicht wüßte, daß die Gäste bald erscheinen würden und dann sogleich zu Tische gegangen würde. „O ja,“ erwiderte der Engländer, „aber ich möchte mich heute abend nicht noch umziehen. Es ist so lästig, wissen Sie.“ — „Und doch werden Sie es tun,“ erwiderte der erzürnte Amerikaner. „Sie würden es nicht wagen, in Ihrem eignen Lande sich bei Tische vor Gästen so gekleidet sehen zu lassen; das wissen Sie recht wohl. Entweder erweisen Sie meinen Gästen und mir die schulbige Achtung oder Sie verlassen mein Haus.“ Der Engländer, welcher instinktiv die Rolle des Frechbaches und des herablassenden „Snobs“ gespielt hatte — eine Rolle, in der sein Volk Leuten andern Stammes gegenüber Fachmann ist —, ging geduckt in sein Zimmer und kleidete sich gebührendermaßen.

Noch eine Anekdote. Alle Welt weiß, wie grob der Dichter Tennyson gegen einen schüchternen, ehrerbietigen und bewundernden Amerikaner sein konnte. Der amerikanische Dichter L. Buchanan Reid machte im Jahre 1861 dem Verfasser von „In Memoriam“ einen Besuch. Daß er über Tennysons äußere Erscheinung enttäuscht war, hat nichts weiter zu sagen; aber gleich von Beginn an war das Benehmen des letzteren beleidigend. Die Unterhaltung hatte kaum begonnen, als der englische Dichter ausrief: „Ich möchte Ihnen nur sagen, Mr. Reid, daß ich früher Ihr Land liebgehabt habe, aber da es jetzt auf den Hund gekommen ist, muß ich Ihnen gestehen, daß Sie von uns Engländern weder Teilnahme noch Hilfe zu erwarten haben.“ Durch diese unverzeihliche Grobheit tief gekränkt, antwortete Mr. Reid mit berechtigter dichterischer Freiheit: „Machen Sie sich keine Sorge um unser Land, Mr. Tennyson. Wir machen

uns nicht einen D — aus Ihnen oder Ihrer Teilnahme oder Ihrer Hilfe. Wir werden ohne Rücksicht auf Europa unsern Bürgerkrieg selbst ausfechten. Unfertwegen kann John Bull und seine edle Sippe zum Teufel gehen. Wir Amerikaner gehen augenblicklich noch nicht dahin!“ Im Nu zog Tennyson andre Saiten auf. Diese Art Rede verstand er. Einen andern Ton anschlagend, erging er sich nun in Lobeserhebungen über Amerika. Mr. Reid sagte später: „Hätte ich zu seiner Unverschämtheit geschwiegen, würde er vor mir keine Achtung gehabt haben.“

Treten wir nun an die Gegenwart heran, dann finden wir die britische Regierung vollkommen unverändert, wenn nicht tatsächlich viel schlimmer. Vor einigen Monaten schrieb ich an meine englandfreundlichen Landsleute: „Wir sind einfach sprachlos vor Erstaunen über Eure Haltung gegen den Erzheuchler unter den Völkern, England, dessen ungeheures Riesenreich Grausamkeit und Eroberungssucht gründeten, und dessen Höchstleistung — der Opiumfluch in China, die Ausshungerung Indiens, die Konzentrationslager in dem Burenfreistaate, der Verfall Irlands und sogar die Feindseligkeiten gegen Amerika — eine unvergängliche Schmach ist. Wie Ihr wißt, will es jetzt diese beiden betriegten Reiche aushungern und Millionen Nichtkämpfern die notwendigen Lebensbedürfnisse, Tausenden von Leidenden die unentbehrliche ärztliche Hilfe entziehen. Und dann wundert Ihr Euch, daß die Deutschen, Oesterreicher und Ungarn wiedervergelten, indem sie bei Androhung der Zerstörung alle Rauffahrtsschiffe warnen, ihm Munition zuzuführen? In seiner Anmaßung mißachtet bekanntlich England die Rechte neutraler Völker, es erdreistet sich sogar, die Post der Vereinigten Staaten aufzuhalten und zu beschlagnahmen, und unterschlägt auch Kabeltelegramme von Amerika nach neutralen Ländern, beispielsweise der Schweiz. England behandelt Euch wie im Jahre 1812. Es vernichtet Euren Handel, demütigt Euch in den Augen der neutralen europäischen Länder und sogar der eignen Verbündeten. Ihr habt die Verachtung der Welt und Ihr verdient sie. Nichts hat die Deutschen, Oesterreicher und Ungarn so überrascht und nichts die Tausende von im Auslande lebenden Amerikanern und wahrscheinlich Millionen Amerikaner daheim so gedemütigt, wie die wenig mutige Art, in welcher Eure Regierung sich von England hat einschüchtern lassen.“

Ihr habt den englischen Kriegsschiffen gestattet, vor dem Newyorker Hafen zu liegen und ausfahrende Dampfer nach Konterbande zu durchsuchen, deren Feststellung England zum größten Teil überlassen blieb. Ihr habt angesehen, wie diese Dampfer diesseits des Atlantischen Ozeans wieder angehalten und nach britischen Häfen gebracht, wieder durchsucht, zurückgehalten und manchmal beschlagnahmt wurden. Eure Regierung hat ruhig zugeesehen, während ein britischer Kommandant das Sternen- und Streifenbanner von dem Dampfer „Greenbriar“ herunterholte und statt dessen die englische Flagge hißte! Sie hat erlaubt, daß amerikanische Bürger deutscher Herkunft von neutralen Dampfern weg nach den schlecht gehaltenen Konzentrationslagern in England gebracht wurden. Wann werdet Ihr Euch darüber klar werden, daß England sich als unumschränkte

Herrin der Meere betrachtet? Wann werdet Ihr nicht mehr glauben, daß England je etwas andres tut, als was es selbst will? Und ebenso, warum kriecht Ihr so vor einer Regierung, deren spezielle Kunst es jederzeit gewesen ist, untergeordnete Rassen, schwächere Nationen und auch stärkere, solange sie es sich gefallen ließen, einzuschüchtern, zu vernichten und auszubeuten? Ihr habt es nicht immer ertragen. Ihr seid nicht immer ohne Rückgrat gewesen! Ist es möglich, daß Ihr vor England so zu Kreuze kriecht, weil es Euch in den Mann der verbrauchten Lösungsworte: „War Lord“, „Zweiter Napoleon“ und „Barbaren“ gefesselt hätte? Das will ich nicht hoffen. Eher möchte ich glauben, daß Eurer Willfährigkeit eine sentimentale, nicht sehr kritische Bewertung der Bande des gemeinsamen Ursprunges der Sprache und Literatur zugrunde liege, die Euch oft veranlaßt, England mit dem Namen „Mutterland“ zu belegen. Wie weit das stichhaltig ist, das ist mir vollkommen klar. Nicht ein Tropfen deutschen Blutes fließt in meinen Adern. Meine beiderseitigen Vorfahren gehörten zu den ersten englischen Auswanderern nach Amerika. Aber ich wiederhole die Frage: wie können wir, deren Vorfahren aus England kamen, vergessen, warum sie kamen? Sie kamen, wie schon gesagt wurde, um englischer Tyrannei und Verfolgung zu entgehen. Ihr werdet mir vielleicht die Frage stellen: „Vergessen Sie Shakespeare, Milton, Wordsworth, Dickens, Browning und Tennyson?“ Durchaus nicht. Wir denken an sie und sind Gott für sie dankbar. Aber wir denken auch an Beethoven, Mozart, Mendelssohn, Wagner, Luther, Goethe, Schiller und danken ebenfalls Gott für diese Männer. Darum laßt uns betreffs der großen internationalen Welt der Kunst und Wissenschaft und ebenso der kleineren, der persönlichen Freunde sagen: „Honors are easy!“ (Krämpfe gleich auf beiden Seiten!)

Wir in Deutschland-Oesterreich weilenden Amerikaner gedenken innig unsrer alten Freunde drüben noch heute. Wir senden Euch über die todsäenden Schützengräben hinweg Grüße als Zeichen jener alten Freundschaft. Aber solange Ihr diese edlen, gegen eine feige Verschwörung kämpfenden Völker Barbaren nennt, solange Ihr einen der edelsten, großherzigsten Männer, die die heutige Welt zählt — den Kaiser Wilhelm II. — verleumbet, und solange Ihr einen Erfolg ersehnt, der für uns und die Welt ein Verhängnis bedeutet: wie könnt Ihr denken, daß wir die alten Freunde von einst sein können? Täuscht Euch nicht! Deutschland wird nie besiegt werden. Nie! Die prahlerischen Prophezeiungen, daß die Indier in Berlin und die Kosaken in Wien ihr Lager aufschlagen werden, werden sich nicht erfüllen. Kein bewaffneter Engländer oder Franzose, keiner ihrer farbigen Wilden wird jemals über den Rhein ziehen oder die Spree sehen. Alles kann geschehen, das nicht.

Aber England, Euer geliebter Herr und Meister, hat schon viel verloren — sehr viel, was er nie wieder erobern wird. Auch die Zahl seiner Verluste ist noch nicht am Ende. Englands wahnsinnige Eifersucht auf Deutschland hat auch den ganzen Orient auf den Kopf gestellt, sein eignes Ansehen geopfert und Japan zum Herrn des Stillen Ozeans gemacht. Lange sind auch Indien und

Ägypten nicht mehr sein unbestrittener Besitz, und zum Schluß steht die Nemesis vor seiner Tür. Vielleicht werdet Ihr eines Tages einsehen, wie töricht Ihr wart, nicht gleich von Anfang an begünstigend den Teutonen in ihren Bestrebungen entgegenzukommen, die Slawen zurückzudrängen und für alle die Freiheit der Meere zu erkämpfen.“

Diese Worte sind durch die gegenwärtige Haltung der Anglophilen Amerikas, den Präsidenten eingerechnet, völlig gerechtfertigt. In NeuYork und besonders in den Neuenglandstaaten herrscht ein so starkes „Für-England-Gefühl“, daß es schon beinahe an Verrat grenzt. Gerade wie damals während des Unabhängigkeitskrieges und auch wieder im 1812er Kriege es eine große Körperschaft von sog. „Tories“ gab, welche Untertanen Englands bleiben wollten, so gibt es jetzt in den Vereinigten Staaten Bürger, welche — es fehlt nicht viel daran — am liebsten sähen, daß die amerikanische Republik wieder ein Teil des britischen Reiches würde! Ein eben von einem sehr geschickten Rechtsgelehrten mir aus Philadelphia zugegangener Brief sagt: „In solchen Torystädten wie dieser, sind die gebildet sein wollenden Klassen, die absolut nichts andres als was englisch ist, kennen, Seiner Majestät dem König Georg mehr ergeben, als der kleinste englische Krämer. In diesem Gasthof machen sich die Gäste durch ihre „ergebene Treue gegen das Mutterland“ höchst lächerlich. Gewisse Zeitungen setzen Himmel und Erde in Bewegung, Amerika zugunsten Englands und zu Ruß der Kriegsmateriallieferanten in diesen Krieg zu zerren. Aber Gott sei Dank gibt es auch andre Millionen, deren Vorfahren gegen dieses Seeräubervolk kämpften, die auch ein Wort mitzusprechen haben.“ In Boston haben einzelne dieser Anglophilen offen den Wunsch ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten wieder zu England gehören möchten. Bei einer Versammlung der „Söhne der amerikanischen Revolution“ in Boston vom 22. November 1914 wurde nach einem Hoch auf König Georg, das britische Heer und seine Marine der Vorschlag gemacht, auf dem Boston Common der britischen Tapferkeit ein Denkmal zu setzen! Einen Einspruch erhob niemand. Du lieber Gott, sind das die Revolutions söhne?! Sind sie wirklich die Sprößlinge der Revolutionspatrioten, dann entehren sie die Gräber ihrer Väter! Denn heute begeht England an ihrem Lande schamlos dasselbe, was jene Väter veranlaßte, Gut und Blut dem Widerstande zu opfern. Dennoch haben solche Leute die Keckheit, uns, die wir solche nationale Kriecherei verachten, „unamerikanisch“ zu nennen! Solche herabgekommenen Nachkömmlinge der alten 1776er Helden sollten die folgenden Worte ihres großen Staatsmannes und früheren Präsidenten Thomas Jefferson, des Verfassers der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, lesen. Er schrieb im Jahre 1789 also: „Wir stimmen der Meinung zu, daß Englands Regierung völlig unmoralisch, unerträglich anmaßend, von Eitelkeit und Ehrgeiz aufgeblasen, nach der alleinigen Herrschaft zur See strebend, in Bestechlichkeit und tiefwurzelndem Hass gegen uns versunken, jeder Freiheit, wo immer sie ihr Haupt erhebt, feindselig gesinnt und der ewige Störenfried des Weltfriedens ist.“

Es ist jetzt Zeit, die zweite der von uns aufgestellten Fragen zu beantworten: „Welche Behandlung wurde Amerika von Deutschland zuteil?“

Erstens und vor allen Dingen hat Deutschland, in schneidendem Kontraste zu der ursprünglichen Verfolgung und der darauf folgenden Feindseligkeit Großbritanniens, Amerika eine ununterbrochene Freundschaft von seinem Entstehen als Volk bis zur jetzigen Zeit bewiesen. Friedrich der Große von Preußen war der erste europäische Herrscher, der die Selbständigkeit der Vereinigten Staaten anerkannte. Ein berühmter Offizier seines Stabes kam 1777 dem amerikanischen Volke in dem verzweifeltsten Kampfe um die Befreiung vom englischen Joch zu Hilfe. Es war General v. Steuben, einer der feinstgebildeten und erfahrensten deutschen Offiziere. Er stammte aus einer adeligen, schon durch mehrere Jahrhunderte wegen hervorragender Leistungen berühmten Familie. Sein Großvater war ein berühmter Theologe, sein Onkel ein bedeutender Mathematiker, sein Vater ein anerkannter Offizier im Geniekorps gewesen, und er selbst diente unter Friedrich dem Großen im Siebenjährigen Kriege. Bei seiner Landung in Amerika schrieb General v. Steuben an den Kongreß: „Ich komme aus dem entlegensten Teile Deutschlands auf eigne Kosten, nachdem ich einen ehrenvollen und einträglichen Rang aufgegeben habe. Mein einziger Ehrgeiz ist, Ihnen als Freiwilliger zu dienen, mir das Vertrauen Ihres Oberbefehlshabers zu erwerben und ihm in allen seinen Kriegsoperationen zu folgen, wie ich es bisher beim König von Preußen in sieben Feldzügen getan habe.“ Der Geschichtschreiber John Fiske sagt von dem General v. Steuben, daß unter allen ausländischen Offizieren, die unter Washington dienten, er in vieler Beziehung der bedeutendste war. In dem „Dictionary of American History“ wird er mit Recht der „Disziplinhalter des amerikanischen Revolutionsheeres“ genannt, denn er arbeitete unermüdlich, um die tapferen, aber unerfahrenen amerikanischen Truppen zu drillen und zu ordnen. Als Generalinspekteur führte v. Steuben einige vortreffliche Verbesserungen ein und ersparte dadurch seinem Adoptivvaterlande Hunderttausende Dollars. In der Schlacht bei Monmouth befehligte er den linken Flügel und beteiligte sich an der Belagerung von Yorktown. Es nimmt daher nicht wunder, daß seine Leistungen von General Washington, vom Kongreß und von dem ganzen amerikanischen Volke hoch eingeschätzt wurden.

Wie hat aber die heutige amerikanische Regierung diese edle Hingebung des preußischen Generals an die junge Republik vergolten? Das will ich euch sagen. Am 9. Oktober des verflossenen Jahres wurde eine dem Andenken dieses erlauchten Deutschen gewidmete Bildsäule in Valley Forge enthüllt. Warum in Valley Forge? Weil dort gerade im schrecklichen Winter 1777/1778, in der dunkelsten Stunde des Ringens um Unabhängigkeit, General v. Steuben sein großes Werk begann.

Der Zustand der armen Soldaten, die er einexerzierte und deren Mühsale er teilte, war erbarmungswürdig. Ihre Schritte konnte man im Schnee an dem Blute erkennen, das aus den schlecht beschuhten und erfrorenen Füßen sickerte. Da sie keine Decken hatten, mußten sie oft die ganze Nacht an Lager-

feuern sitzen; viele starben vor Kälte, weil es an Stroh mangelte, den gefrorenen Boden zu bedecken, auf dem sie lagerten. Darum erschien es geeignet, gerade an dieser Stelle das Denkmal für General Steuben zu errichten. Möchte es da nicht scheinen, daß das bloße Anstandsgefühl, um nicht zu sagen die Dankbarkeit, den Präsidenten der Vereinigten Staaten hätte antreiben sollen, an dieser Feierlichkeit teilzunehmen? Indessen — er war nicht zugegen, und man weiß auch nichts von einem Sendschreiben, das man von ihm bei dieser Gelegenheit vorgelesen hätte. Auch vertrat ihn keiner der Beamten der Regierung. Sogar die amerikanische, von Engländern geleitete und beherrschte Presse — deutsche Zeitungen ausgenommen — schenkte diesem feierlichen Akte keine Beachtung! Warum wurde dieser historische und national wichtige Vorgang so von der amerikanischen Presse und dem Präsidenten mit Stillschweigen übergegangen? Dafür kann es nur eine Antwort geben. Die Ursache dieser schäbigen Handlung war die Furcht, England zu beleidigen, wenn man einen Deutschen ehrte!

Außerdem ist es geschichtliche Tatsache, daß, als Washingtons Soldaten Hungersnot litten, die Männer, welche ihre Pfandbriefe im Werte von 100 000 Dollar zum Einkauf von Vorräten für sie gaben, neun Deutschamerikaner waren. Tatsächlich war das teutonische Element im Volke ein mächtiger Faktor in dem entscheidenden Ausgange des Revolutionskrieges. In dem prachtvollen Buch von Professor Burgeß, Lehrer des internationalen Rechts der Kolumbiuniversität in Newyork, liest man folgendes: „Beim Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges versammelten Hertimer, Mühlenberg und Schalthers die Deutschen in der Mohawk- und Virginiaebene und organisierten sie zu einer Armee. Ein anderer deutscher Offizier, Baron v. Ottenhoff, rekrutierte und drillte die bekannte „Deutsche Legion“. Und als Washingtons erste Leibwache verräterischer Pläne und Gefinnungen verdächtig war, bildete man eine neue Leibwache, die ganz aus Deutschen bestand. Diese neue Leibwache wurde von einer ausschließlich aus Deutschen bestehenden Kavallerieabteilung unterstützt, welche von Major Barth v. Heer, einem der besten Kavallerieoffiziere Friedrichs des Großen, befehligt wurde. Diese Truppe stand Washington während des ganzen Krieges bei, und zwölf Angehörige der Truppe bildeten, als er sich aus dem aktiven Leben auf seinen Landsitz Mount Vernon zurückzog, seine ständige Eskorte. Auch später, in Amerikas zweitem Kriege gegen England, während des britischen Angriffes auf Baltimore 1814, zu der Zeit, als der Verfasser der amerikanischen Volkshymne „Das sternbesäte Banner“ als Ausdruck seines begeisterten Wunsches, zu wissen, „ob die Flagge noch da wäre“, diese berühmten Verse schrieb, war der Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte, der die Briten zurücktrieb und dem sternbesäten Banner ermöglichte, auch fernerhin zu wehen, General John Stricker, welcher ebenso wie sein Adjutant deutschen Ursprungs war.“

Die hervorragendsten Dienste aber von allen, die der amerikanischen Union durch Deutsche geleistet wurden, sind die im großen Bürgerkriege 1861 bis 1865.

Als beim Ausbruche die verschiedenen Staaten sich auf die eine oder die andre Seite des Konfliktes stellten, von dem die Einheit der Republik abhing, wurde der zweifelhafte Staat Missouri für die Union durch Blair Sigel und andre vortreffliche Deutsche gerettet. Die Tatsache, daß 188000 in Deutschland geborene Amerikaner in jenem Kriege ihr Leben einsetzten, um die Union zu stützen, als England und Frankreich sie zu vernichten hofften und strebten, ist schon erwähnt worden; aber wir finden auch bei der Berücksichtigung der deutschen Abkunft, daß in dem Unionsheere fast 500000 Deutschamerikaner und Deutsche unter dem Kommando tapferer Generale wie Heintzelmann, Rosenkrantz, Karl Schurz, Sigel und vieler anderer mehr standen. Wohl die klarste Aufstellung der Schuld, die Amerika in diesem Bürgerkrieg an Deutschland abzutragen hat, verdanken wir einem bei den Deutschen in gutem Andenken gehaltenen und verehrten Manne, Dr. Andrew D. White, der früher der Präsident der Cornelluniversität und dann einige Jahre Gesandter in Berlin war. In einer von ihm im Jahre 1882 gehaltenen öffentlichen Ansprache sagte er unter anderem: „Ich kann nie vergessen, daß während des langen Kampfes gegen die Sklaverei in diesem Lande nur ein europäisches Volk christlich genug war, auf unsrer Seite gegen das siegende Unrecht zu stehen, und das war Deutschland. Dieses allein hielt an dem Glauben fest, daß es in der Welt noch Gerechtigkeit geben muß, und gab uns Herz und Hand.“

Betrachten wir jetzt andre, noch innigere Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika, dann finden wir Amerikas Schuld fast unberechenbar. Tausend amerikanische Gelehrte wissen z. B., was sie Deutschland verdanken, und diejenigen, die es jetzt zu vergessen vorgeben, sind tatsächlich Renegaten. Gibt es für ernste Amerikaner etwas Schöneres als das deutsche Studentenleben? Es bietet nicht nur die höchst wertvollen Vorlesungen, welche die edelsten Ideale pflegen, sondern es treten als Begeisterung weckende Hilfsmittel in solches Leben die zahlreichen für die großen deutschen Bühnen obligatorischen Aufführungen der klassischen Werke eines Shakespeare, Goethe, Schiller, Lessing und die wundervollen Opern und Konzerte, die durch mäßige Preise auch den bescheidenen Börsern zugänglich gemacht werden, dazu die Museen, Kunstgalerien in Dresden, München und Berlin. Selbst jetzt, trotz der schrecklichen, modernen Richtung, die sozusagen die Welt überflutet hat, gibt es in Deutschland noch viele ruhige Orte, wo man das deutsche Leben in seiner schönen Einfachheit wieder findet; etwas Lieblicheres, Schöneres und doch Kräftigeres findet sich nicht auf der Welt. Das Auge füllt sich mit Tränen, wenn man diese stillen Plätze betritt oder ihrer Denkwürdigkeiten sich erinnert, und dabei die unwissenden Betrogenen der „British made“ Schauergeschichten in gemeinen Schimpfwörtern, „Hunnen“, „Barbaren“, sich ergehen hört gegen die gutmütigen Einwohner des Landes, das einen Luther, Kant, Bach, Beethoven und Wagner gebor! Studenten, die einmal in Deutschland gelebt haben, verspüren ein Heimweh danach bis an ihr Lebensende.

Was Amerika auf dem Gebiete der Musik Deutschland verdankt, ist unberechenbar. Vor vielen Jahren schrieb Viktor Hugo von dem Volke, das die

irreführten Franzosen jetzt als Hunnen bezeichnen, folgendermaßen: „Der deutsche Geist ist einer ungeheuren geistigen Wolke zu vergleichen, durch welche die Sterne leuchten. Sie verflüchtigt sich und schwebt über den Völkern. Der höchste Ausdruck des deutschen Gemütes kann vielleicht nur durch die Musik gegeben werden. Die Musik ist die Sprache Deutschlands. Ueberall in Deutschland gibt es Musikgesellschaften, Gesangsvereine und Kirchenchöre. Die Musik des deutschen Liedes ist ein Teil des deutschen Daseins. Gesang ist für den Deutschen Lebensatem. Da also ein musikalischer Ton die Silbe einer allgemeinen Sprache ist, setzt sich Deutschland durch seine Harmonien mit der ganzen Welt in Verbindung, und das ist ein erster Schritt zur Einheit und Eintracht, der unsre Bewunderung verdient. Wie aus dem Weltmeere die Wolken aufsteigen, um die Erde in Gestalt von Regen zu befruchten, so kommt aus Deutschland die Musik, die alle Herzen rührt. Daher kann man sagen, daß Deutschlands größte Dichter seine Komponisten sind — jene wundervolle Familie mit ihrem Haupte Beethoven.“

Man kann mit Sicherheit behaupten, daß Deutschland mehr als irgendein Volk der Erde zur musikalischen Bildung Amerikas beigetragen hat. Zahllose deutsche Musiker haben sich in den Vereinigten Staaten niedergelassen, und buchstäblich haben sich Tausende von Männergesangsvereinen gebildet und Hunderttausende von Deutschamerikanern gehören ihnen als Mitglieder an.

Es ist kaum nötig, hinzuzufügen, daß ebenso wie die amerikaniſchen Colleges von den deutschen Universitäten viel übernommen haben, am andern Ende der Erziehungsstufenleiter der jetzt so allgemeine Kindergarten deutschen Ursprungs ist und die ersten Lehrer dieses Systems Deutsche waren.

Außerdem ist Amerika ein Land, an das der Fortschritt der Kunst und Wissenschaft starke Ansprüche macht. Es sollte sich darum ins Gedächtnis prägen, daß im Jahre 1910 aus einer Gesamtsumme der in der ganzen Welt erschienenen 15 540 technischen Büchern 10 400 in deutscher, 2000 in französischer Sprache geschrieben waren, während die technischen Werke aller englischsprechenden Völker zusammen sich nur auf 2100 Bände beliefen. In einem im Jahre 1911 von einem amerikanischen Gelehrten geschriebenen „The Passing of the American“ betitelten Buche sagt Mr. Munroe Royce (Seite 26 bis 29):

„Wir wenden uns an Deutschland, um in allem Gründlichkeit zu lernen. Der Deutsche ist die ausschlaggebende Berufungsinstanz für kleine und große Dinge. Die Deutschen sind in jedem Wissenszweige und in der Literatur die Gelehrten der Welt, und es gewinnt den Anschein, als ob die Gelehrsamkeit etwas mit dabei zu tun hat, ein Volk zu schaffen. Jedenfalls steht das deutsche Volk an der Spitze der Zivilisation, wenn die Anzahl großer Männer ein Maßstab für die Zivilisation ist. Dies ist weder nur eine bloße Mutmaßung noch eine persönliche Abschätzung, sondern es ist das Urteil des Nobel-Komitees der schwedischen Akademie, welche den Nobelpreis zuerkennt. In den ersten zehn Jahren dieser Gründung erhielten 56 Personen diesen Preis, und zwar in folgender Länderordnung: Deutschland 15, Frankreich 10, England 7,

Holland, Rußland, Italien, die Schweiz je 4, Schweden 3, Dänemark, Spanien und die Vereinigten Staaten je 2."

Ich brauche wohl kaum zu erwähnen, daß, was ehrliche Verwaltung, Reinlichkeit und Gesundheitspflege angeht, die Städte Deutschlands vorbildlich für die Welt und besonders für Amerika sind. (Siehe Steffens: „The Shame of the Cities“, Newhork, Mc. Lure, Philipps & Co., 1904.)

Es unterliegt keiner Frage, daß Amerika an Deutschland eine große Schuld abzutragen hat, schon bloß deshalb, weil es ihm durch bürgerliche Ordnung, Fortschritt und Rechtlichkeit als Vorbild geleuchtet hat.

Deutschland lehrt uns auch unter anderm, wie man Streite umgehen kann, wie das Problem der Arbeitslosen zu lösen ist und wie man für die Alten und Kranken sorgen sollte. Ferner, schon bei einem flüchtigen Blicke auf die persönlichen Beziehungen zwischen Amerika und dem Kaiser sehen wir, daß er den Amerikanern als einzelnen und als Volk stets die größte Achtung erwiesen hat. In Kiel und in Berlin sind ihm die Amerikaner bevorzugte Gäste gewesen. Er leitete das Austauschsystem der Lehrkräfte zwischen Amerika und Deutschland ein und wohnte stets wenigstens der Eröffnungsvorlesung der amerikanischen Professoren bei. Dem ehemaligen Dirigenten des Bostoner Sinfonieorchesters ermöglichte es nur das Entgegenkommen des Deutschen Kaisers, daß er Deutschland zur Leitung der musikalischen Aufführungen verlassen konnte. Dem deutschen Museum der Harvard-Universität schenkte er eine wundervolle Sammlung von Abgüssen großer Bildhauer- und Bauwerke. Dennoch, obgleich dies alles von der amerikanischen Presse vor zwei Jahren volle Anerkennung fand, konnte nichts Gemeineres und Roheres von ihm gesagt werden, als was der Newhorker „Herald“ und mehrere andre Zeitungen jüngst über ihn veröffentlicht haben!

Unter den andern Posten, welche die Schuld der Vereinigten Staaten gegen Deutschland bilden, muß jetzt ein Vorfall aus dem Spanisch-Amerikanischen Kriege von 1898 angeführt werden. In jener Zeit wollte ein mit Munition für die Spanier in Kuba beladenes Schiff von Hamburg absegeln, als Dr. White bei der deutschen Regierung darüber vorstellig wurde und das Schiff sofort den Befehl erhielt, auszuladen. Obgleich Spanien sich mit dem großen Amerika nicht messen konnte, erinnerte sich Deutschland nur an unsre Bitte und an unsre Freundschaft. Dr. White erzählt den Vorfall in folgenden Worten: „Ich eilte zum Auswärtigen Amte und drängte auf energische Maßnahme mit dem Erfolge, daß das Schiff an der Elbemündung genau durchsucht wurde. Deutschland hätte leicht einwerfen können, daß bisher Amerika nie Verschiffungen von kleinen Waffen an Kriegführende angefochten habe. Es konnte auch die Pflicht, Schiffe wegen Banngut zu durchsuchen, nicht als die seinige anerkennen und sich darauf stützen, daß diese Pflicht dem betreffenden kriegführenden Volke zukomme; aber es tat dies nicht!“

Wie haben wir diesen Freundschaftsdienst vergolten? Meine Hand sträubt sich beinahe, die Antwort zu schreiben.

Die größte, mit diesem Weltkriege verbundene „Unmenschlichkeit“ ist gerade Amerikas riesenhafte Fabrikation und Ausschiffung von Munition gewesen, die das Gemetzel verlängert, Unzähligen das Leben gekostet und zahllose Heimstätten verwüstet hat.

Im Vergleiche zu diesen schrecklichen Resultaten ist das Versenken der „Lusitania“ ein reines Nichts. War sie doch mit todbringenden Werkzeugen zur Vernichtung der Deutschen beladen! Gleichviel, ob tollkühne Fahrgäste sich darauf befanden, man hätte ihnen nicht die Ueberfahrt auf ihr erlauben sollen. Das Haupt einer Regierung, das die Schuld dieses abscheulichen Handels auf sich nehmen muß, sollte nicht „Unmenschlichkeit“ zwei Völkern vorwerfen, die um ihr Bestehen gegen eine Welt von Feinden kämpfen!

Die Freunde der gegenwärtigen amerikanischen Verwaltung behaupten ohne jeden wirklichen Grund, Mr. Wilson habe Amerikas ungeheure, beispiellose Fabrikation und Verschiffung von Kriegsrüstungen für den Bierverband nicht verbieten, nicht einmal widerrufen können. Es gibt genügende Präzedenzfälle für ein solches Verbot von seiten Amerikas. Im Anfange des Bestehens der Republik z. B. befand sich Washington in einer schwierigen Lage, als Frankreich mit England Krieg führte. Verschiedene Franzosen, darunter Lafayette, hatten uns geholfen, unsre Unabhängigkeit zu erlangen. Frankreich sah mit bittenden Blicken nach unsrer Hilfe hinüber in seinem Kriege gegen England. Mit diesem hatten wir gerade erst Frieden geschlossen und es zur völligen Anerkennung unseres selbständigen Volksstaates gezwungen. Wenn die Amerikaner jemals versucht waren, in einem Kriege Partei zu ergreifen, war es damals. Aber der weise Washington war der Lage gewachsen. Er erließ eine strenge Neutralitätserklärung und verbot jedem Bürger der Vereinigten Staaten, irgendeiner Seite Beistand zu gewähren, indem er es als ein mit der größten Strenge zu ahnendes Vergehen bezeichnete, wenn ein Bürger Kriegswaffen an eine der streitenden Mächte geben oder verkaufen würde. Aber durch seine Weigerung, die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Europa zu verbieten, und durch seine Einwilligung in eine weitgreifende Umgestaltung der industriellen Fabriken des Landes in eine große Werkstatt des Elends und Jammers (nur wegen Geldgewinnes!) hat Mr. Wilson auf sich und sein Land die Nemesis für Tausende von getöteten oder verkrüppelten Verteidigern ihres Vaterlandes sowie für zahllose Wittwen und Waisen herabgerufen. Auch die folgenden Zeilen schrieb ich vor wenigen Monaten an meine Landsleute nach Amerika:

„Ihr sagt, es liegt kein Rechtsbeispiel vor, um die Ausschiffung von Waffen zu verbieten. Nun dann, im Namen des Christentums und der Menschlichkeit geht uns eins! Dieser Krieg selber hatte früher auch niemals seinesgleichen. Niemand sah jemals zwei Völker gegen einen Bund von Mächten kämpfen, die doch sozusagen die Welt beherrschen. Wenn meine Tränen aus Mitgefühl für die ergrauten Eltern eines einzigen Sohnes fließen, dessen Körper von amerikanischen Schrapnells zerfetzt worden ist, oder wenn ich im Krankenhause den von Euren Kugeln verwundeten Vater der Kinder sterben sehe, denen einzelne

gute Herzen unter Euch jene Weihnachtsgaben schicken, kommt es mir schwer an, diese zu überzeugen, daß die Vereinigten Staaten ihnen freundlich oder neutral gesinnt sind. Wenn nur einer Eurer Kanonenabfender, wie ich, eine verwitwete Mutter sehen könnte, die mit angstentstellten Zügen die Liste derjenigen prüft, welche für das Vaterland gefallen sind, und deren müdes Antlitz sich plötzlich vor Schreck entfärbt . . . ich glaube, alle ärmlichen Entschuldigungen müßten auf seinen Lippen ersterben. Die Frage der Neutralität 4000 Meilen vom Schauplatz des Krieges erörtern, ist eins, aber ein andres ist es für uns, den Erfolg Eurer Auslegung in diesem lieblichen Tale Andreas Hofers zu sehen, welches durch so viele brave Streiter das Schattental des Todes geworden ist. Die Wahrheit ist, daß Ihr nicht neutral seid. Ihr seid die stummen Parteigänger der Slawen, der Serben und der Singalesen. Solange Ihr Todeswerkzeuge unsern zahllosen Feinden sendet, ist Eure Neutralität nur Blendwerk. Aller schönen Redensarten entkleidet, welche in der Wagschale Gottes doch nichts wiegen, ist die Tatsache einfach diese: Wenn Präsident Wilson kräftig das sittliche und religiöse Gefühl der Amerikaner anriefe, um die Sendung des Heilmaterials für die Molochschlünde zu verhindern, könnte er es durchsetzen; kann er dies nicht, dann würden die Versender eine solche Schmach auf sich laden, daß sie gerne davon abstehen würden. Versucht, Euch zu entschuldigen, so viel Ihr wollt, keiner Eurer Verteidigungsgründe wird vor Eurem Gewissen bestehen, wenn Ihr in nächstlichem Wochen Euch mit diesem auseinandersetzt. Wenn diese heldenhaften Völker ihre edlen Toten zur Ruhe bestattet haben und sich zu neuem Kampfe erheben, um den von Nord, Süd, Ost und West drohenden Feinden entgegenzutreten, sehen sie die Waffensendungen unbarmherzig auf sich eindringen, welche den Kampf verlängern und noch mehr ihrer braven Söhne aufs Schlachtfeld strecken sollen! Man sagt, daß der Präsident jüngst einer Abordnung österreichischer und deutscher Frauen geantwortet habe, daß, selbst wenn durch den Kongreß ein Gesetzesvorschlag eingebracht würde, um der Auslieferung von Kriegsmaterial Einhalt zu tun, er sein Veto dagegen einlegen würde! Wenn er tatsächlich diese Aeußerung getan hätte, sollte er daran denken, daß es ein höheres Veto gibt: Du sollst nicht töten!

Uebrigens liegt in der düsteren Geschichte aller solcher Handlungen etwas, das mir sagt, daß unser eignes Volk dafür bestraft werden wird. Selbst die Einzelpersonen, welche dieses im stillen guthießen, können sich nicht der Verantwortlichkeit dafür entziehen. Vor der göttlichen Gerechtigkeit kann keiner sich mit Erfolg in der Menge verstecken."

Leider hat sich jedoch die Undankbarkeit der amerikanischen Regierung und des englandfreundlichen Elementes in der Bevölkerung nicht auf die Waffen- auslieferung für Deutschlands Feinde beschränkt. Die gesellschaftliche Behandlung der Deutschamerikaner in den Vereinigten Staaten hat während der letzten achtzehn Monate viel seelisches Elend angerichtet. Durch die böswillig erfundenen Geschichten von vorsätzlichen Mordtaten, Verstümmelungen, unnötigen, von deutschen Soldaten verursachten Zerstörungen, die man von England herüber kanelte,

in But verjagt, wurde die Stimmung der Masse des amerikanischen Volkes von Anbeginn in falsches Fahrwasser geleitet und von den Zeitungen immer darin erhalten. Das war ja leicht, da die Provinzblätter ihre Nachrichten den „New York Dailies“ entnehmen. Jetzt besteht auch kein Zweifel mehr darüber, daß die großen, von den Plutokraten der Wall Street beherrschten Körperschaften tatsächlich die Besitzer jener großen Zeitungen sind, die im Dienste Großbritanniens stehen. Das ganze Verfahren erkennt man am besten aus folgender Anekdote, für deren Wahrheit ich bürgen kann. Der Verleger einer liberalen, aber durchaus nicht deutschfreundlichen Zeitung in einer amerikanischen Stadt erhielt vor kurzem von einigen Bankherren die Mitteilung, daß ihnen die Richtung seines Blattes nicht gefiele, und daß, wenn mehr Artikel von Herrn X darin aufgenommen würden und wenn die Leitartikel und Ueberschriften sich nicht denen der andern Zeitungen der Stadt anpaßten, sie ihre Anzeigen seinem Blatte entziehen würden. Dieser Verleger (*rara avis!*) war zufällig ein Mann von Mut und schrieb diesen Bankherren, daß, wenn sie ihre Ankündigungen aus diesem Grunde zurückzögen, er auf die erste Seite seiner Zeitung ein Facsimile ihrer Briefe und einen genauen Bericht über ihr schamloses Betragen drucken würde. Ihre Anzeigen wurden nicht zurückgezogen! Aber wie viele Verleger haben den Mut dazu? Kaum weniger einflußreich als die Presse in ihrer Wirkung auf die amerikanische öffentliche Meinung ist in gewissen Teilen des Landes die Macht der Kanzel. Es ist erstaunlich, wie viele englische Geistliche in den letzten Jahren sich in den Vereinigten Staaten ansässig gemacht haben. Alle besten Stellen bei den Baptisten, den Presbyterianern und in den Episkopalkirchen in Newyork sind jetzt mit Geistlichen aus dem Ausland besetzt. Die größte und reichste Episkopalgemeinde in Amerika steht jetzt unter dem Rektorat eines Engländers. Das gilt auch von der größten Baptistentirche und von der berühmten Presbyterkirche in der vornehmen Fifth Avenue. Es scheint wirklich Mode in Amerika zu sein, englische Pastoren zu haben! Kirchlicher Snobismus! Man kann kaum daran zweifeln, daß der Einfluß dieser englischen Geistlichen arg antideutsch war, denn die sog. Religionszeitungen der Episkopalkirche in den Vereinigten Staaten haben zu ihrer ewigen Schande die Verschiffung von Kriegsmaterial an die Ententemächte befürwortet und verteidigt. Man begreift leicht, daß eine solche Lawine von Unwahrheiten, Entstellungen und Lügen, wie sie sich über Amerika beinahe anderthalb Jahre hindurch ergoß, Millionen guter, treuer Amerikaner deutschen Ursprungs (und viele anderer Herkunft) unsagbar betrübt und entrüstet hat. Die Wirkung hat sich auch in einem gesellschaftlichen Ostrazismus der Deutschamerikaner gezeigt, welche in vielen Fällen von ihren Jugendfreunden links liegen gelassen und gemieden wurden.

Sie konnten kaum eine Zeitung in englischer Sprache in die Hand zu nehmen wagen oder ins Kino, ins Theater oder manchmal sogar ins Gotteshaus gehen, ohne fürchten zu müssen, beleidigt oder beschimpft zu werden. Obgleich sie und ihre Eltern vielleicht ihr ganzes Leben in den Vereinigten Staaten verlebt hatten, mußten sie nun fühlen, daß sie Eindringlinge sind! Und doch gibt

es kein Gebiet des Lebens, auf dem nicht deutsche Kraft entscheidend im Dienste der Aufgaben Amerikas mitwirkte, daß es zum größten Teil den Deutsch-amerikanern zu verdanken hat, daß es so reich, blühend und mächtig ist. Wenn aber diese wagten, ein Wort zur Verteidigung Deutschlands oder seines gemein verleumdeten Kaisers zu sagen, wurden sie „Windestrichamerikaner“ (German-Americans), wenn nicht gar Verräter geschimpft. Nichtsdestoweniger sahen sie gleichzeitig eine andre Klasse „Windestrichmänner“, die Anglo-Amerikaner, wie sie laut ihre Treue für die Ententemächte bekannten und die Vorteile ihres Landes in niedriger Weise verrieten, indem sie sich Englands allbekannten tyrannischen Forderungen unterwarfen. Mr. Charles W. Eliot, der Expräsident der Harvard-Universität, einer der giftigsten antideutschen Anglophilen in den Vereinigten Staaten, schrieb neulich an eine deutschamerikanische Dame, daß, wenn ihr das Wohl ihrer Kinder lieb wäre, sie sich ganz ruhig halten müsse, da alle „Windestrichamerikaner“ und alle, von denen man wisse, daß sie Deutschland begünstigen, nach dem Kriege dafür büßen würden!

Sollen wir nebenbei diesem Herrn und Herrn Roosevelt ein paar Worte schenken, par nobile fratrum betreffs ihrer Schmähung Deutschlands? Eigentlich sind sie unsrer Beachtung nicht recht wert, denn was sie heute schreiben und sagen, steht in trasssem Widerspruche mit dem, was sie noch kurz vorher, im Jahre 1913, sagten und schrieben!

Jetzt ergeht sich Herr Eliot in so bissigen Äußerungen wie: „Die Deutschen wissen nicht, was politische und soziale Freiheit ist. Sie haben keinen Begriff von der Freiheit, die wir genießen... Was Amerika anbelangt, so muß es einem geborenen Amerikaner profan erscheinen, Bismarck und den gegenwärtigen Deutschen Kaiser im selben Atemzug mit Washington und Lincoln zu nennen... Deutschland hat das Dogma angenommen, daß Macht vor Recht geht. Dadurch hat es die christliche Lehre über Demut und Sanftmut, Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, Bruderliebe und Menschenliebe gering achtend verworfen. Stärke, rücksichtsloser Wille und Macht sind seine Götzen geworden. Die zivilisierte Welt kann jetzt sehen, wo hinaus die neue deutsche Sittenlehre (sei kriegslüchsig, sei stark, sei hart, sei blutgierig, sei Herrscher) führt. Die Deutschen wissen nicht, wie freie Leute die Heiligkeit der Kontrakte wahren, geschweige die Ehrenpflichten“... usw. Derselbe Mann jedoch sagte in einer Rede über „Amerikas an Deutschland abzutragende Schuld“, die er in Newyork am 9. Mai 1913 hielt: „Die Verpflichtungen Amerikas gegen Deutschland sind auf dem Gebiete der Erziehung allerdings groß und tief. Sie beziehen sich auf Literatur, Wissenschaft, Kunst und Religion. Natürlich ist Amerika für diesen vervollkommnenden Geist und die Forschungsmethode nicht allein gegen Deutschland zu Dank verpflichtet, sondern auch gegen England, Skandinavien, Frankreich, Italien und neuerdings gegen Rußland; aber es ist Deutschland mehr als irgendeinem andern Volke verpflichtet, weil das Gebiet deutscher Erforschung größer und tiefer gewesen ist als dasjenige irgendeines der erwähnten Völker. Die teutonischen Völker legen auf Wahrheit in Gesinnung, Wort

und Tat höheren Wert als alle andern Nationen.“ Er bemerkte auch: „Es ist unmöglich zu beschreiben oder auszubedenken, welch unendlich großes Geistesgeschenk Amerika von Deutschland empfangen hat.“ Daß dieser Achtzigjährige seine früheren Lobpreisungen Deutschlands widerrufen hat und sich zu törichtem Auslassungen jetzt hat hinreißen lassen, wollen wir nachsichtig der Altersschwäche zuschreiben, wenn auch natürlich die Engländer und die Anglophilen ihn als einen zweiten Salomo hinstellen.

Ungefähr dasselbe läßt sich von dem weitbekannten Theodor Roosevelt sagen. Es gab eine Zeit, als er sich seiner Spur Abstammung von deutschem Blute rühmte und mit dem Lobe Deutschlands und seines Kaisers sehr verschwenderisch umging. So veröffentlichte die „New York Sun“ vom 16. April 1906, während Herr Roosevelt noch Präsident war, folgendes: „Die Rede, die Herr Roosevelt neulich an die deutschen Veteranen in Washington richtete, scheint in Deutschland tiefen Eindruck gemacht zu haben. In dieser Rede erkannte er die aufrichtige Friedensliebe an, die der Deutsche Kaiser durch seine Vertreter in der Marokkokonferenz an den Tag legte. Ohne Zweifel gaben die herzlichen und lobreichen Worte des Präsidenten die Gefühle der großen Gemeinschaft seiner Landsleute wieder, die einen außerordentlichen Umschwung aufweisen, nachdem die Ereignisse gelehrt haben, daß kein Grund vorliegt, dem deutschen Herrscher Angriff- und Eroberungspläne unterzulegen.“ Aber jetzt ist Herr Roosevelt das Wander-Kriegsmegaphon des Moneytrust geworden. Er stürmt durch das Land, indem er flammende Reden für den gegen Deutschland zu führenden Krieg hält, klagt die Deutschen barbarischer Greuelthaten an und erklärt die Deutschamerikaner für gefährliche Bürger. Die Rolle, die Herr Roosevelt im Spanisch-Amerikanischen Kriege spielte, brachte ihn ins Weiße Haus, und so denkt er, daß ein neuer Krieg ihn vielleicht wieder hineinbringen könnte! Aber er wird nie wiedergewählt werden. Amerika hat genug von ihm gehabt. Man hält ihn jetzt fast allgemein für einen Demagogen, der verzweifelte Anstrengungen macht, wieder zur Macht zu gelangen, und darum werden alle seine Kundgebungen nicht beachtet. Ein Amerikaner schrieb neulich über ihn in der „Continental Times“ (Berlin) folgendes: „Roosevelts beste Freunde sind von ihm abgefallen. Alles, was er in der Politik zu erringen strebte, hat er verloren. Seine Macht über das amerikanische Volk ist dahin. Wenn er wüßte, daß seine ehemaligen Freunde sich dessen schämen, ihn jemals geachtet zu haben, würde er innehalten, fasten und beten, und vielleicht würden ihm die Schuppen von seinen „englischen“ Augen fallen.“ Von diesen beiden zu Deutschenfeinden umgewandelten Männern gilt, was Dante zu Virgil über einzelne Unglückselige in dem „Inferno“ sagte:

„Non raggionam' di lor', ma guarda e passa!“

Aber was besonders die Deutschamerikaner überrascht und gekränkt hat, ist die scharfe und drohende Sprache gewesen, deren sich jüngst der Präsident Wilson ihnen gegenüber bedient hat; etwas Ähnliches hat sich nie ein Präsident früher erlaubt. Offenbar fürchtet er bei den nächsten Wahlen im November ihren

Widerspruch, denn er weiß recht gut, daß seine äußere Politik jeden Versuch, sie zu versöhnen und zurückzugewinnen, wirkungslos gemacht hat. Daher sein augenscheinlicher Entschluß, eine unterscheidende Rassenlinie durch das Land zu ziehen, auf deren einer Seite besonders die Deutschamerikaner und die Irländer sich gruppieren, während auf der andern Seite sich um ihn seine geliebten Anglophilen scharen sollen. Er wird jedoch erleben, daß Tausende andre Amerikaner, durch deren Adern weder deutsches noch irisches Blut fließt, auch gegen ihn stimmen werden, um ihr Mißbilligungsvotum einer Verwaltung zu geben, welche den guten Ruf der Vereinigten Staaten durch ganz Europa, sogar in den neutralen Ländern, zum Sprichwort für gewissenlose Geldgier, Heuchelei und Unterwürfigkeit unter die britische Tyrannei gemacht hat. Aus einer Stadt an der Küste des Atlantischen Ozeans erhielt ich neulich einen von einem Amerikaner englischer Herkunft geschriebenen Brief, welcher sagte: „Ich lege die Hand auf den Mund und berge das Gesicht vor Scham in den Staub, so erniedrigt fühle ich mich durch den wahnsinnigen Wunsch meines Landes, Geld durch Anfertigung von Mordwerkzeugen zu verdienen, durch seine kriechende, eines Amerikaners unwürdige Stellungnahme gegen die britische Regierung und durch die Scheinheiligkeit und Heuchelei des „Humanitätspredigers“ im Weißen Hause“! Ein anderer Amerikaner schreibt: „Ich ärgere mich im höchsten Grade über das Betragen des Mannes, der jetzt den Präsidentenstuhl entwürdigt. Er hat uns zu Vasallen Großbritanniens gemacht und prahlt mit „Humanität“, die niemand mehr mit Füßen tritt als er selbst. Diesem Elenden, den Millionären, die ihn beherrschen, und den britischen Großmäuern, die ihm gebieten, muß viel von den Schrecken der heutigen Weltlage zugeschrieben werden. Wenn nicht eine gründliche Aenderung getroffen wird, werden sich der Charakter und der Einfluß Amerikas maßlos verschlechtern, jetzt, wo es vom Blute Europas trunken und von dem befleckten Golde, das es durch seinen Mordwaffenhandel erworben hat, prozig geworden ist.“ Solche Gefühle sind in Amerika viel häufiger als im allgemeinen angenommen wird. Andre, die Herrn Wilsons unneutrale Politik verurteilen und gegen seine probritischen Methoden sich aufzulehnen wagen, werden in seiner letzten Botschaft als Bürger bezeichnet, die Treulosigkeit predigen und üben. So? Ist es dazu gekommen, daß Treue gegen die Vereinigten Staaten Treue gegen Mr. Woodrow Wilson bedeuten muß? Wenn man Herrn Roosevelt Redefreiheit gewährt, der offen den Krieg gegen Deutschland befürwortet, Herrn Eliot, der darauf besteht, daß Amerika sich den Ententemächten, wenn diese erschöpft sein werden, anschließen soll, und Herrn Choate, dem Haupte der Pilgergemeinschaft, der bei einem Festgelage der englisch-französischen Finanzkommission sagte, daß Amerika ihr alles, was sie brauche, geben würde: warum sollte dieselbe Redefreiheit jenen loyalen Amerikanern versagt sein, welche sich der Regierung schämen, die derartige Worte durchgehen läßt und ihnen sogar völlig zustimmt? Jede parlamentarische Regierung hat eine „Opposition“, deren Pflicht es ist, die regierende Majorität im Zügel zu halten. Zudem ist es bei der amerikanischen Regierung nutzlos, das Ministerium anzugreifen, da seine

Mitglieder dem Kongreß nicht verantwortlich sind. Sie sind einfach die Beamten des Präsidenten, von ihm erwählt, und bleiben in ihren Stellungen ganz unabhängig von einer ungünstigen Abstimmung des Kongresses. Folglich ist es Herr Wilson selbst, der verantwortlich gemacht werden muß, und wenn er sich als seiner hohen Stellung unwürdig erwiesen hat, so ist er es, der getadelt und — ersetzt werden sollte. Mit andern Worten, wenn Postreisende bemerken, daß der Postillion, einem Kaufbold auf dem Kutscherbock furchtsam nachgebend, die sichere, von den Vätern gebaute Landstraße verläßt und seinen Wagen gefährlich nahe an einen Graben oder gerade auf einen Abgrund zu fährt, dann bleibt den Postreisenden nichts andres übrig, als zuerst den Kaufbold hinabzuwerfen und, wenn das nicht genügt, den Kutscher ihm nachzusenken und selbst die Zügel zu ergreifen.

*

Bei unsrer Prüfung der beiden großen Bilanzen Englands und Deutschlands in der Abrechnung mit Amerika haben wir auf den ersten einen langen, fast ununterbrochenen Rekord unfreundlicher Handlungen gesehen, die sich von höhnischer Kritik zur Vernichtung des amerikanischen Handels erstreckten und zwei große Kriege mit sich brachten, in denen wilde Indianer gegen amerikanische Ansiedler verwendet wurden. Auf der andern Seite der Bilanz findet sich eine ununterbrochene Reihe freundschaftlicher Handlungen und Wohltaten jeglicher Art. Von der englischerseits in der Vergangenheit erfahrenen Behandlung keine Notiz nehmend, setzt Amerika der jetzigen Gewaltherrschaft Englands keinen wirklichen Widerstand entgegen, sondern gibt untätig nach. Andererseits zeigt Amerika für Deutschlands dauernde, wohlthuende Freundschaft nicht nur zynische Undankbarkeit, sondern tatsächliche Feindseligkeit! Denn Deutschland hat den Amerikanern von seinem Besten gegeben, und sie haben ihm von ihrem Schlechtesten gegeben, die Werkzeuge, seine Söhne zu verstümmeln oder zu töten. Jedoch ist mit diesem Ausdruck „Amerika“ in erster Linie das offizielle Amerika gemeint einschließlich des großen Plutokratentreibes, der Kriegsmateriallieferanten, des käuflichen Teils seiner Presse und aller seiner „Tory“-Anglophilien.

Aber Gott sei Dank, machen diese nicht die ganzen Vereinigten Staaten aus; denn es sind Unzählige darin, welche die jetzige Regierung durchaus verurteilen und dankbar die große Schuld ihres Volkes gegen Deutschland anerkennen. Die Sonne der amerikanischen Republik geht augenblicklich durch eine Verfinsterung hindurch, aber eines Tages wird sie wieder leuchten. Die bösen Mächte der Finsternis können wohl für eine Weile die Bewunderung verdunkeln, aber niemals vernichten, welche Millionen Amerikaner auch heute noch für teutonische Ideale und Tüchtigkeit empfinden. Ihre Herzen sind nicht undankbar, sondern glühen von echter Liebe für diese großen, unbefiegbaren Völker — Deutschland-Oesterreich, — du gelobtes Land deutschen Sanges, deutscher Sage, deutschen Herdes, deutschen Herzens!

Das Babanquespiel auf dem Balkan

Morningpost“ führte gelegentlich des Beginnes des Darbanellenunternehmens aus: „Wir wissen natürlich nicht, welche Pläne die Armeeleitung hat. Eins aber ist sicher, wir spielen um den höchsten Einsatz in unsrer ganzen Geschichte. Wenn wir Erfolg haben, werden wir viel reicher sein. Verlieren wir aber, so wird unsre Position im Westen zwar nicht sehr geschwächt werden, doch erleiden wir dann eine moralische Niederlage, die uns in den Augen unsrer mohammedanischen Untertanen herabsetzt und unsern Feinden neuen Mut einflößen wird.“

Wir wissen heute, daß der Einsatz samt Nachzahlungen tatsächlich verloren ist und die spielenden Ententemächte „kalte Füße“ bekommen haben. In dem Bestreben, sich „mit gutem Anstande“ in das Unvermeidliche zu fügen, wie der Korrespondent Ashmead Bartlett forderte, hat man das Salonikiunternehmen an Stelle desjenigen von Gallipoli gesetzt.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es sich in Saloniki sogar um ein Babanquespiel der Entente handelt.

Das Unternehmen, ohne militärische Zwangslage sich das Land eines durchaus wohlwollend neutralen Staates zum Kriegstheater zu wählen, ist ungewöhnlich. Griechenlands Protest war zwar zu des verflorenen Venizelos Zeiten ein recht matter, immerhin ist er erfolgt. Ob Griechenland jemals auf französisch-englische Seite getreten wäre, wie Belgien es unbedingt auch dann getan hätte, wenn die Deutschen nicht fixer gewesen wären als die Ententemächte, ist recht zweifelhaft. Jedenfalls hat König Konstantin nach Beseitigung des ententefreundlichen Venizelos der Anforderung des Anschlusses an die Entente sich widersetzt. Ist es nun also an sich schon ein schwieriges Unternehmen, in einem fremden Lande Krieg zu führen, wenn man sich nur auf die — doch immerhin nicht ganz ungefährdete — Flotte basieren kann, so ist die Sache noch bedenklicher, wenn das ausgewählte Land die Eindringlinge doch nicht gerade mit offenen Armen aufnimmt. Auch über die natürlichen und künstlichen (z. B. Bahnen und Straßen) Hilfsmittel eines Landes, welches neutral bleiben will, kann schließlich doch schwer so unbeschränkt und ausgiebig verfügt werden wie über diejenigen des eignen oder feindlichen. Völlige Unabhängigkeit aber ist erforderlich, denn solcher bedarf man bei offensiver Kriegsführung hinter der eignen Front. Offensiv aber muß, wie nach Möglichkeit stets, gerade in diesem Falle von der englisch-französischen Heereseileitung gehandelt werden, weil das Kriegsziel, die Störung des Verkehrs Belgrad—Konstantinopel, ja auch durch die stärkste Stellung von Saloniki unerreichbar ist. Von der völkerrechtlichen Seite der ganzen Frage will ich nicht reden. Daß aber der neutrale König Konstantin sein Land den kriegführenden Staaten zu diesem Zwecke zur Verfügung stellte, war damals doch recht eigenartig, als die mobile griechische Armee den anfänglich gelandeten

80 000 Mann der Entente überlegen war. Was Prinz Andreas von Griechenland damals ausgesprochen haben soll, als Frankreich und England mit dem Bombardement durch die Flotte drohten, haben wohl viele andre auch empfunden, daß nämlich Griechenland an den gelandeten Ententetruppen ein Faustpfand hatte. Ob aus der angedrohten Beschießung des Piräus und Athens viel geworden wäre, wenn auf jeden scharfen Schuß der Ententeschiffe hundert Köpfe der rechtzeitig internierten Landungstruppen gesetzt worden wären, ist doch recht fraglich. Bis jetzt ist, von einigen Schiffsverlusten durch Unterseeboote und den Gefechtsverlusten in nicht glücklichen Kämpfen auf serbischem Boden abgesehen, ja noch alles gut gegangen. Was aber nach einer verlorenen Schlacht aus den aufs Meer basierten Ententeheeren werden soll, hätte man sich im Kriegsrat der verblündeten Eindringlinge doch recht sehr überlegen müssen.

Unter Berücksichtigung all dieser Fragen erscheint das Salonikiispiel tatsächlich als ein Babanquespiel. Glückt es, dann ist die Verbindung Berlin—Bagdad wieder lahmgelegt, mißlingt es, dann sitzen Ententeheere im Meere, die anderswo im Westen oder am Suezkanal besser verwendet worden wären. Die moralische Niederlage aber wird in den Augen der Mohammedaner noch größer sein als diejenige auf Gallipoli.

v. G.

Jugendbriefe¹⁾

Von

Rud v. Schlözer

(Fortsetzung; vgl. Dezember-Heft 1915.)

Brüssel, 10. Juli 1845.

So weit wäre ich denn glücklich gekommen; noch einen kleinen Sprung, und ich bin in Valenciennes. Von da fliege ich mit der „Diligence des Messageries Royales“ nach Paris.

Die Fahrt hierher war sehr unterhaltend.

Sobald der Zug bei Herbesthal die belgische Grenze überschreitet, kommt er in die Niederung eines Maasnebenflusses und folgt dessen Windungen getreulich trotz aller Hindernisse, die ihm die Bodengestaltung entgegentürmt. Wahre Riesenbauten sind da angelegt! Durch achtzehn der großartigsten Tunnel rast unter höllischem Geraffel die Wagenreihe, den finstern Weg sich selbst erleuchtend — durch flackernde Kohlen, die rechts und links trachend von der Lokomotive herabstürzen. Oft steht die leuchtende Maschine, während das Ende des Zuges

¹⁾ Anmerkung der Redaktion. Die folgenden Auszüge aus den „Jugendbriefen“ von Rud v. Schlözer, deren Veröffentlichung bis nach dem Krieg hinausgeschoben wurde, dürften den zahlreichen Freunden seiner „Römischen Briefe“, herausgegeben von Karl v. Schlözer, willkommen sein.

sich noch im Ausgang eines eben passierten Felsenschlundes befindet, bereits am Eingang des folgenden, indes die mittleren Waggonen auf hohem Viadukt über der Tiefe schweben.

Lüttich! Der alte malerische Fürstbischofsitz mit seinen ragenden Domen! Die Pracht der majestätischen Jakobskirche überwältigte mich. In den herrlichen Gewölben knieten fromme Veteranen. Das Glockenspiel des schlanken Turms erfreut die Bevölkerung alle halbe Stunden mit der Arie aus Figaro: „Dort vergiß leises Fleh'n“, beim ganzen Stundenschlag läßt das pflichtvergessene Wert statt eines Choralen sogar „Robert den Teufel“ singen: „Ja, das Gold ist nur Schimäre“ und streut das gottlose Lied weithin über die ehrwürdigen Giebelhäuser der Stadt. Solche Kontraste findet man öfters in diesem halb erzkatholischen, halb revolutionär-rationalistischen Land.

In der Umgegend der Stadt, über dem Ort Seraing, schweben Tag und Nacht dicke Rauchwolken, im Wind hin- und herschwankend wie ein Büschel schwarzer Straußenfedern. Das ist die Helmzier einer modernen Dynastie — der Cockerill'schen Fabrik! Einer der Vorsteher, der Hanseat Heinrich Brodmann, führte mich in den mächtigen Anlagen herum. Viele tausend Arbeiter fördern hier Steinkohlen und zugleich Eisenerze zutage. Die letzteren verwandeln sich mit Hilfe der ersteren an Ort und Stelle in Maschinen! Selbst im reichen England gibt es kein Unternehmen, das gleichzeitig Kohlenbergwerke, Erzlager, Hochofen, Metallfabriken und Maschinenhallen umfaßt. Der ganze Kontinent wird von hier mit rollendem Material versorgt. Den Mittelpunkt aller belgischen Eisenbahnen aber bildet Mecheln, die geistliche Hauptstadt Belgiens. Täglich schleppt die Lokomotive (diese neueste Erfindung des Satans!) an des frommen Erzbischofs Mauern, hinter denen sich die Geislichkeit betruizigt, vierunddreißig Züge vorüber, die außer den Reisenden ungeheure Warenmassen nach allen Himmelsrichtungen der Welt befördern.

Nun Antwerpen, die prächtige, vom Schimmer altdeutscher Herrlichkeit umwobene Handelsstadt! Im belebtesten Teile des Hafens erhebt sich auf weithin vorgeschobenem Damm ein großes, viereckiges, palastartiges Gebäude. Ueber dem Eingang prangen die Wappen Lübecks, Hamburgs und Bremens. Es ist das alte hanseatische Haus, 1599 erbaut. Jetzt steht es öde und leer, von Zeit zu Zeit nisten sich hier fremde Warenlager ein — an derselben Stelle, die früher für den überall bevorrechtigten Hanseaten reserviert war. Dann nach Gent, Karls V. Geburtsort, würdig, die Wiege eines gekrönten Mäzen zu sein. Kreuz und quer durchziehen Kanäle die Stadt, auf Schritt und Tritt laden geschwungene Brücken zum Ueberschreiten, schöne alte Häuser zum Eintreten ein. Viele von ihnen zeigen noch den Einfluß der spanischen Herrschaft. Man glaubt sich manchmal nach Venedig versetzt, so ähnlich sehen sich beide Städte.

Am nächsten Tage wanderte ich über das bemooste Straßenpflaster, durch die hochgewölbten Kirchen des stillversunkenen Brügge. In einer kleinen Kapelle des Johannis'hospitals, in dem unser Lübecker Memling von tödlicher Erkrankung

geheilt wurde, hat er zum Dank eines seiner schönsten Werke gestiftet: Die „Anbetung der drei Könige“.

Lärm, Musik. Soldaten in hohen Bärenmützen: Brüssel! Im Theater trat abends der berühmte Zwerg Tom Pouce auf. Man gab ein eigens für ihn geschriebenes Stück. Darin spielte diese winzige Karikatur der Menschheit die Hauptrolle. Er ist vierzehn Jahre alt und 2 Fuß hoch. Alle möglichen Schnurren erzählt man von ihm. Bei einem Gastmahl in London sei eine große Pastete aufgetragen. Als der Gastgeber feierlich den Deckel abnimmt, steigt der Däumling heraus und hält eine witzige Ansprache.

Wunderbar ist der historische Marktplatz, der Reichtum an Kunstschätzen, die Lage der Guldenturk, die moderne Stadt aber macht einen leeren, nichts-sagenden Eindruck und der Wischmasch der Bewohner scheint mir ebenso wie ihre Sprache und der ungelente Stil der Presse, eine mißlungene Pariser Kopie zu sein. Die Brabanter Einwohner täten besser, sich des guten, alten Flamländertums und der glorreichen Ueberlieferungen ihrer deutschen Geschichte zu erinnern.

*

Paris, 17. Juli 1845.

Ein kleiner Zug führte die Reisenden nach Quiévrain, dem letzten belgischen Ort: Hier warteten bereits die verschiedenen Mailposten. Drei Privatgesellschaften lassen ihre zweistöckigen Kutschen zwischen Paris und Brüssel hin- und herfahren und wettsfahren für 36 Franken um die Ehre, die Reisenden aufs bequemste fortzuschaffen. Höfliche französische Douane, dann setzten sich die drei Diligencen in Bewegung und alsbald entwickelte sich ein immer zunehmend wüthendes Wagenrennen. Ich war in die erste Etage geseilt, neben mir saßen zwei Engländer, langweilig, die karrierten Beine weit von sich gestreckt, so daß ich die beiden ignorierte. Als vierter der Kondukteur. Mit einem Pflichteifer, wie ich ihn bei dieser Raste nicht kannte, trieb er die ganze Nacht die Postillone zur äußersten Eile an, damit seine Gesellschaft nur ja den Sieg davontrüge! Hinten am Wagen schwankte die enorme Bagage, ein Ballast von vielen Körben mit Tauben. Tief unter uns, im Innern des Wagens saßen die verschiedenartigsten Nationalitäten, darunter auch flüchtige Polen. Vorne, auf einer engen, in der Luft schwebenden Bank, balancierte der Postillon in blauem Kittel und kleiner Ledermütze, unter fortwährendem Singen und Fluchen auf seine sechs Hengste losschlagend, die dann stets von neuem in langem Galopp davonsprengten. Alle anderthalb Stunden wurden die Pferde gewechselt. Das Umspannen darf nicht länger als eine Minute währen. Von Zeit zu Zeit angelte ich mir vom Postillon an der „Schmücke“ — hier heißt sie „mèche“ — die Peitsche herauf, um mich im Knallen zu üben. Dann zogen beide Engländer ängstlich ihre Storchbeine ein. So tobten und karambolierten nun diese drei Riesentwagen die ganze Nacht hindurch nebeneinander her. An Schlafen war nicht zu denken. Bald war das eine Gespann, bald das andre vorn. In zweiundzwanzig Stunden mußte jeder den Weg zurückgelegt haben. Die Sonne ging auf. Noch war

von Paris nichts zu sehen. Endlich, um 11 Uhr, erblickten wir den Montmartre, und nun erschienen auch die Türme von Paris. Zugleich tauchten rechts und links von der Chaussee Befestigungen auf: detachierte Forts — Vorarbeiten mächtiger Verteidigungsanlagen.

Also jetzt nahen wir dem Ziel! Jetzt sollte die Hoffnung, die ich schon seit der Kindheit gehegt, zur Wirklichkeit werden! Ich konnte es fast nicht glauben! Plötzlich eine Barriere! Mit echt französischem Pathos rief unser Kondukteur: „Voilà Paris!“ Nun rasselten wir durch den Faubourg St. Martin, rollten über die Boulevards, und als die dampfenden Pferde endlich auf dem großen Posthof hielten — da mußte ich mich denn schon überzeugen, daß ich wirklich in dieser sagenhaften Metropole angelangt sei.

*

Paris, 10. August 1845.

Etwas vermisse ich hier sehr — was ich am allerwenigsten erwartet hätte: die Pflege der vokalen Bühnenmusik. Die Franzosen scheinen mir entsetzlich unmusikalisch, sie müssen gar kein Gehör haben. Orchester und Ballett sind einzig; als ich aber hier die erste große Oper hörte — „Othello“ — fiel ich aus allen Himmeln. Die Menschen sangen so falsch, daß ich nach dem zweiten Akt davonstürzte, während das Publikum entzückt war. Die Opéra Comique ist gut, doch hört man dort meist abgedroschene Sachen: „Zampa“, „Fra Diavolo“ u. a. chevaux de bataille, die in Deutschland schon seit Jahren nicht mehr ziehen. Ein herrliches Klavier habe ich mir gemietet; die Studien von Bertini liegen dort stets aufgeschlagen.

Als ich gestern nach Inselle, der Sommerwohnung der berühmten Frau v. Wacheracht fuhr, um Eure Grüße zu überbringen, verweilte ich mehrere Stunden in St. Denis, um die Kathedrale mit der Königsgruft zu sehen. Seit den Zeiten der alten Merowinger sind dort alle Herrscher und Prinzen Frankreichs beigesetzt. Schöne Monumente schmücken ihre Grabstätten. Als 1795 die Wut des Volkes alles, was an die königliche Würde erinnerte, in Scherben schlug, wurden auch die Gebeine der Fürsten nicht geschont. Man öffnete die Gräber, zerstückelte die Skelette und warf sie in eine große Grube. Dabei gab es aber Hindernisse. Einige Leichname hatte der Zahn der Zeit verschont. Heinrich IV., der, seit ihn der Dolch Ravallacs traf, 200 Jahre in seinem Sarkophag schlummerte, war noch so unverfehrt, daß die Unmenschen stutzten und schweigend zurückwichen. Da trat ein Soldat an den Toten heran, schnitt ihm mit dem Säbel den Anebelbart ab, zeigte diese Siegesbeute triumphierend der Menge und spaltete dann mit einem Hieb den morschen Schädel. Eine billige Heldentat! Ludwig XIV. hatte sich gleichfalls sehr gut konserviert, freilich soll der Leib ganz schwarz gewesen sein. Als man ihn eilig in die Grube zu seinen Vätern werfen wollte, blieb er aufrecht stehen, so hat der Stolz sich selbst im Tode vor niemanden gebeugt! Napoleon und Louis Philippe haben die zerstörten Gräber möglichst wieder hergestellt. Doch welche merkwürdige Wertwechselung der Gebeine wird da stattgefunden haben! Vielleicht ist in den neuen Särgen die

Zahl IX. auf den Kopf gestellt, so daß der fromme, sanfte Louis IX. das Haupt des tyrannischen Louis XI. erhielt und dieser die frivolen Hände von Louis XV. Die Kathedrale, eines der schönsten Denkmale Frankreichs, ist merkwürdigerweise ganz erhalten. Wenn man sie betritt, scheinen alle Schatten der Vergangenheit zu verschwinden. Die Sonne leuchtete durch die gothischen Bogenfenster und malte auf die Reihen der schlanken Pfeiler bunte Heiligenbilder.

*

Montag nachmittag.

Gestern ging ich durch die Säle des Palais Royal. Jeder dieser Räume besitzt seinen individuellen geschichtlichen Reiz. Was hat das Gebäude alles gesehen, welche Stürme überstanden! Richelieu legte den Grund dazu, vereinigte auf diesem Erdenfleck alles, was die Kunst seiner Zeit an Schönerm hervorbrachte. Später fiel der Palast an die Krone. Die Jahre kamen und gingen, aber glücken sich nicht. In den auswärts liegenden Flügeln wurden Cafés etabliert, die während der Revolutionszeit zu Herden aller Unruhen, zu Versammlungs-orten des aufgeregten Volkes wurden. Dort bereitete am 22. Juli Desmoulins die Zerstörung der Bastille vor. Zehn Jahre später saß in einem jener Räume der siegreiche Blücher mit seinen Generalen beim Würfelspiel. 1830 wohnte Louis Philippe im Palais. Noch zeigt man den Saal, wo er die Deputation, die ihm die Königswürde brachte, empfang, den Balkon, wo er, vom Bankier Lafitte der Menge vorgestellt, das Volk als General en chef der Stadt Paris anredete. Alle diese historischen Erinnerungen — mit Ausnahme der für die französische Eitelkeit etwas peinlichen an „Marschall Vorwärts“ — sind in einer langen Galerie des Palais durch Horace Bernet und andre Künstler verewigt. Kein andres Pariser Schloß hat solchen geschichtlichen Wert, weil allein das Palais Royal in beiden Revolutionen von der Wut des Pöbels verschont blieb. Auch die verschiedenen Säle sind mit Gemälden geschmückt, die besonderen Wert für die königliche Familie haben: sie zeigen Louis Philippe bald als tapferen Krieger in den Reihen der Jakobiner fechtend, bald als Wanderer auf Norwegens Eisfeldern umherirrend, bald als Lehrer in der Schweiz Kindern Unterricht erteilend. Auch die Ereignisse des verhängnisvollen Juli und August fehlen nicht. Jetzt begeht Paris die fünfzehnjährige Feier jener Tage in großartiger Weise. Wenn aber am nächsten Morgen eine Dame ihr Täschchen Schokolade an die rosignen Lippen führt und dabei im Journal liest: „Voici le quinzième anniversaire de la révolution. Le Gouvernement qu'elle a fondé n'a été ni héroïque, ni magnanime ni même sincèrement liberal, dès le 30. Juillet c'est l'intrigue et le mensonge qui règnent en France,“ so würde die Schöne doch vielleicht zweifelhaft werden, ob sie die Orleans zu der Uebersiedlung aus dem Palais Royal in die königlichen Tuilerien beglückwünschen soll! Besonders beißende Wiße schleudert bei solchen Gelegenheiten der Faubourg St. Germain, dessen Bewohner jetzt wehmütig der schönen Zeiten gedenken, wo sie am Hofe Karls X. diejenige Rolle spielten, die heute bei Louis Philippe die Bankiers und andre Roumiers übernommen haben. Die Legitimisten haben ein eignes

Journal, „La Mode“, gegründet. Es ist elegant ausgestattet, beschäftigt sich meist mit den Bourbonn und bringt deren treuen Anhängern täglich Berichte, die aus dem „Exil“, aus Frohsdorff, Götz und von der Duchesse de Berry aus Venedig einlaufen. Ein Vicomte Walsch, ein feiner Wißbold, leitet das Unternehmen. Eine Probe: Vor den Tuileries spielte am 30. Juli abends ein großes Musikcorps in einem mit blauen, weißen und roten Lampen erleuchteten Tempel. Sogleich meint Walsch: „Par une inconcevable maladresse, dans les lanternes de papier peint, décoration essentiellement économique, on avait outrageusement prodigué la couleur jaune.“ Und dann, um Louis Philippes Unbeliebtheit zu bezeichnen: „Le roi parut au balcon et fit trois saluts, la foule resta muette.“ Daß ein Junge auf einen Mastbaum kletterte und sich oben mit der Trikolore die Nase schnäuzte, war gleichfalls von den Legitimisten inszeniert.

Auch einer Sitzung der „Académie des Beaux Arts“ wohnte ich kürzlich bei. In Gegenwart der ersten Künstler Frankreichs wurden Preise an die jungen Eleven verteilt. Bei solchen Gelegenheiten, wo der Eitelkeit geschmeichelt und selbst das unbedeutendste Werk jedes Anfängers als neues Ruhmesblatt dem goldenen Buch der „Großen Nation“ eingefügt wird, steigert sich das Interesse der Zuschauer bis zum Siedegrad. Schon zwei Stunden, bevor sich die mächtigen Flügeltüren des Instituts öffneten, wogte eine ungeheure Menge, darunter die elegantesten Damen, die Kunsttrichter, bekannte Journalisten, den Seinelai auf und ab. Für Fremde ist es fast unmöglich, sich zu solcher Feier Einlaßkarten zu verschaffen. Der hier sehr populäre und stets hilfsbereite Hase¹⁾ hatte mir eine solche zugesandt. Endlich um 2 Uhr schlug die Erlösung. Die Massen strömten ins Institut, und wenige Minuten später waren alle Plätze — sie umgeben amphitheatralisch den Mittelraum — von einem aufgeregten flüsternden Publikum besetzt. Dann erschienen die Mitglieder der Akademie, unter denen ich Auber, Halévy, Meyerbeer und andre Koryphäen bemerkte.

Plötzlich atemlose Stille. Eine Ouvertüre von Maillard setzt ein, von den Hauptkräften des Conservatoire mit großem entrain ausgeführt. Enthusiasmus auf allen Reihen. Jetzt werden mit durchdringender Stimme — als wären es Posaunenstöße des Jüngsten Gerichts — die Namen der Erlorenen ausgerufen. Mit frommen Schaudern tritt einer nach dem andern in die Mitte des Saales, dort steht Halévy, umarmt und küßt (!) ihn, worauf geschäftige Hände auf das Haupt des Glücklichen einen Lorbeerfranz drücken, der sich über dem feingestriegelten Henriquatre und enganschließenden Frack höchst ulkig ausnimmt. Nach jeder einzelnen dieser Ceremonien durchbraust den Saal wahnsinniger Applaus, während die Damen sich zugischeln: „Regardez cet air intéressant, ces yeux expressifs!“ — „Comme il est beau!“ Die Feier schloß mit einer Kantate von Eugène Ortolan, dem Sohn eines einflußreichen Vaters und

¹⁾ Karl Benedikt Hase (1780—1864), Philologe, seit 1832 „Conservateur en chef au département des manuscrits“ an der Königlichen Bibliothek zu Paris.

Freundes unsres Gesandten. Die Komposition ist zwar schwächlich, voll von Bellinischen Reminiscenzen, als aber die Worte gesungen wurden: „Je te promets de te rester toujours fidèle“ mit Terzenbegleitung, wobei nach dem pathetisch in C-Dur schwebenden ersten „uh“ des „toujours“ das zweite „uh“ voll tiefer Rührung in Es-Moll tremulierte — da schien das ganze schöne Geschlecht für einen Augenblick die Sinne zu verlieren. Ueber die Wangen mancher edlen Jungfrau von der Seine rollten Tränen. Mit den feinsten, sorgfältig für diesen Moment mitgebrachten Spizentüchern trocknete sich alt und jung des schönen Geschlechts die Augen und stöhnte: „Ah, que c'est beau, que c'est ravissant!“ Im Grunde hinterließ die ganze Komödie bei Unbeteiligten einen etwas süßlich-faden Geschmack — falls man nicht vorzog, sich nachträglich totzulachen über diese tollten Franzosen. Am folgenden Tage waren natürlich alle Blätter voll vom jungen Ortolon und prophezeiten ihm „un avenir brillant!“

Die Mühe, die man sich gibt, damit ein solches Opus zustande kommt, ist geradezu großartig. Die armen Konkurrenten werden 24 Tage hindurch eingesperrt, täglich eine Stunde unter Aufsicht spazieren geführt, kommen mit keinem Menschen zusammen und müssen in stiller Zelle ihre Melodien, die oft recht unmelodisch sind, zu Papier bringen.

Arztliches zur Erhaltung und Vermehrung der deutschen Volkskraft¹⁾

Von

Prof. Dr. G. Anton (Halle a. S.)

Die Frage nach dem Geseze der Vererbung birgt in sich die Frage nach unserm Dasein und nach unsrer Herkunft und Zukunft. Sie stellt das Problem der Probleme dar bei Erforschung des Lebens und Gedeihens organischer Wesen.

Allen Pflanzen und Tieren wohnt das Vermögen inne, gleichgeartete, besser gejagt, sehr ähnlich geartete Individuen hervorzubringen. So vollzieht sich ständig unter unsern Augen eine neue tausendfältige Schöpfung in der organischen Welt. Die neuen Wesen zeigen zum Teil neue Veränderungen, neue Anpassungen, welche zu neuen Fortentwicklungen und neuen Arten führen.

Die Individuen, in der Welt der Wirbeliere hervorgebracht, entstammen einem Elternpaare, dessen Eigenschaften sie in verschiedenem Maße erben. Sie stellen zunächst gewissermaßen einen Altkord dar, aus den Eigenschaften, Vorzügen und Fehlern des väterlichen und mütterlichen Organismus.

¹⁾ Vortrag, gehalten im Deutschen Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien in Stuttgart.

Für niedere Tiere ist bereits der Nachweis gelungen, daß auch erworbene Eigenschaften vererbt werden können. Freilich bleibt noch die Frage bestehen, wie lange es währt, bis dauernde Merkmale entstehen, die sich in allen Generationen weiter vererben.

Bezüglich der Fortentwicklung in der Tierwelt darf ich den Ausspruch eines zu wenig beachteten deutschen Forschers, des Professors Tiedemann, welcher lange vor Darwin schrieb, an die Spitze stellen: „Wer sich wundern sollte, daß aus einfachen Arten höhere und kompliziertere Wesen sich entwickeln, der sehe doch nach dem wunderbaren Vorgange, wie aus dem einfachen Gallertthäufchen des Säugetierieres die stolzesten Organismen der Natur in kurzer Zeit heranwachsen.“

Für die Vererbung beim Menschen hat Darwin folgende Normen aufgestellt, die wohl die Geschehnisse nicht alle in sich fassen, aber der Häufigkeit der Fälle Rechnung tragen.

1. Das Gesetz der direkten und unmittelbaren Vererbung, nach welchem die Eltern ihre körperlichen und seelischen Eigenschaften auf die direkten Nachkommen übertragen.

2. Das Gesetz des Uebergewichtes bei der direkten Vererbung, nach dem die Eigenschaften des einen oder beider Erzeuger bei dem Nachkommen vorherrschen.

3. Das Gesetz der rückläufigen Vererbung, welches auf das oft beachtete Wiedererscheinen von Eigenschaften eines weitentfernten Vorfahren bei den Nachkommen die Anwendung findet. Dies Wiedererscheinen von Eigenschaften früherer Ahnen wird als Atavismus bezeichnet.

4. Das Gesetz der gleichzeitigen Vererbung, d. h. das Erscheinen der erblich übertragenen Eigenschaften sowohl bei den Vorfahren wie bei den Nachkommen in demselben Lebensabschnitte.

Mit eherner Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit vererben sich die artheigenen Merkmale der Rasse, aber auch der Familie. Doch erfolgen ebenso ständig neue Abänderungen durch die Artmischung selbst, sowie durch äußere und innere Einflüsse während der Wachzeit, so daß bei uns Menschen die Nachkommen ähnlich, sehr ähnlich, aber nie vollkommen gleich sein können.

Es liegt zum Teile in unsrer Macht, ob diese Abänderungen zum Bessern, also zur Höherentwicklung oder zum Mindertauglichen, also zur Herabminderung der Gesamtmerkmale führen.

Der hochverdiente Forscher Weißmann hat vielfältig nachgewiesen, wie konstant, wie stetig wiederkehrend die artheigenen Merkmale erscheinen, und seine Lehre von der Konstanz des Keimplasmas verdient die volligste Beachtung. Trotzdem wissen wir, daß dieses Keimplasma ein Bestandteil des Körpers ist und an seinen Schicksalen teilnimmt, d. h. vielfach abgeändert werden kann.

Wir wissen, daß den Geschlechtsdrüsen ein entscheidender Einfluß bei der artheigenen Entwicklung des Körpers zukommt. Aber auch sie unterliegen der

Abänderung durch andre Drüsen des Körpers. Die neuere Forschung hat gezeigt, daß zahlreiche, auch scheinbar unbedeutende Drüsen in einem wahrscheinlich gemischten Tätigkeitsverbande sich befinden, so daß die Ausbildung und Fortentwicklung der einzelnen Drüsen von der Tätigkeit anderer Drüsen abhängig ist. Als solche Drüsen sind die Schilddrüse am Halse, auch kleine verstreute Drüsen, die sog. Epithelkörper daselbst, der Gehirnanhang an der Basis des Schädels, die Nebenniere, welche im Mutterleibe relativ viel größer ist und für die Fortentwicklung des Kindes große Bedeutung hat, auch das Bries unterhalb des Brustbeines, vielleicht auch die Hautdrüsen. Wir können also das Schicksal des werdenden Organismus nicht allein abhängig machen von der Entwicklung der Geschlechtsdrüsen, sondern von dem Zustande des gesamten Drüsenapparates, des polyglandulären Apparates, dessen wichtigster Bestandteil die Geschlechtsdrüsen sind.

Wer diese vielerwiesenen Tatsachen anerkennt, der gibt auch zu, daß es eine Hygiene, eine Gesundheitslehre der Vererbung gibt, welche zum Teile durch zielgerechte Vorsehrung zu beeinflussen ist, welche also in den Machtbereich menschlicher Erkenntnis fällt. Die Vererbung ist also nicht ein unabänderliches Schicksal, nicht eine antike Schicksalstragödie, welcher wir untätig und still ergehen zuzusehen haben.

Für uns Aerzte ist es eine stetige und zweifelloße Erfahrung, daß die vererbten Eigenschaften in hohem Maße abhängig sind von dem momentanen Zustande der Eltern und auch von dem Grade des Unterschiedes in den wesentlichen Merkmalen der Eltern. Wir wissen, daß eine mäßige Verschiedenheit der Eigenschaften und Rassenmerkmale von Vater und Mutter für die Kreuzung günstig ist. Dagegen ist die Kreuzung von Individuen aus sehr verschiedenen Rassen von entschiedenem Nachteile.

Wir kommen damit auf unsern eigentlichen Vortragstoff des heutigen Abends, auf die Vererbung von Schädlichkeiten und Krankheiten beim Menschen und deren Vermeidung.

Es ist kein Zweifel, daß viele Erkrankungen der Ahnen durch Generationen, selbst durch Jahrhunderte auf die Nachkommen sich vererben und sogar schließlich das Aussterben einzelner Bestände bewirken. Es ist aber ebenso sicher, daß diese Vererbung von Krankheiten nicht so notwendig, so ständig und so gesetzmäßig geschieht, wie die Vererbung der arzeitigen Eigenschaften der Rasse.

Die Versuche an Tieren, aber auch die Erfahrungen am Menschen haben ergeben, daß ein inniger Zusammenhang besteht zwischen der Entwicklung des Gesamtnervensystems, einschließlich des Gehirns, mit der Entwicklung des Gesamtkörpers, insbesondere der Drüsen.

Im Anfange der Entwicklung wird das Nervensystem durch die Körperlichkeit bestimmt. Allgemach aber gebietet das Nervensystem allen Organen, und seine Tätigkeit ist entscheidend für die Funktion der Drüsen, der Muskel, selbst des Stoffwechsels. Die Beziehungen der Körperteile verschieben sich also im Verlaufe von der ersten Entwicklung bis zur völligen Fertigstellung des Menschen.

Die Gehirntätigkeit des Menschen wird also allgemach unmittelbar und mittelbar ein entscheidender Faktor für das ganze körperliche Leben einschließlich der Geschlechtsdrüsen.

Weiterhin wirkt das den Körper durchströmende Blut als entscheidender Faktor. Das Blut ist ein flüssiges Gewebe und stellt die Bilanz des Stoffwechsels aller Organe dar. Die wichtigen Untersuchungen von Abderhalden, sowie die Forschungen von Fausser lassen uns derzeit durch die Blutuntersuchung erkennen, von welchem Organe die Erkrankung und Entwicklungsstörung stammt, in welchem Organe der Stoffwechsel und damit der Gesamthaushalt des Körpers gestört wird. Wir haben auf diese Art neue Gesichtspunkte für die Beeinflussung des werdenden Organismus erhalten.

Die Zahl der erblichen Krankheiten ist eine sehr große; ihre Aufzählung kann kurz in zwei großen Gruppen erfolgen. Zunächst jene große Gruppe der wirklich ererbten Krankheiten, welche schon mit dem Träger erzeugt werden, welche also im Keimplasma liegen als Resultat der bisherigen Züchtung. Sie werden als endogene bezeichnet.

Jene zahlreichen Erkrankungen, welche durch krankhafte Störung der Entwicklung selbst im Mutterleibe oder später in der Kindheit und in der Geschlechtsreife hervorgerufen werden.

Sie sind zum großen Teile durch äußere vermeidbare Ursachen bedingt. Sie liegen zum Teile im Machtbereiche unsrer Vorkehrungen und werden als äußere, als exogene Ursachen bezeichnet.

Diese Ursachen will ich mit Binzwanger u. a. in folgenden Gruppen aufzählen:

1. Schädigungen der Eltern und des elterlichen Organismus durch Vergiftungen.

Von äußeren Giften sind hier praktisch besonders wichtig die Vergiftung durch geistige Getränke, durch Morphinum, durch Blei, durch Quecksilber, auch durch gewerbliche Vergiftungen, wie z. B. Cyridin, Schwefelkohlenstoff, welcher bei der Kautschuffabrikation verwendet wird. Die Schädlichkeit aller dieser Keimvergiftungen ist mit voller Sicherheit nachgewiesen. Das häufigste Gift aber stellt der Alkohol dar, das Keimgift, dessen Schädlichkeit für die Rasse allein für sich einen Vortrag beanspruchen würde.

2. Schädigungen des elterlichen Organismus durch infektiöse Erkrankungen.

Alle Infektionen, welche die Mutter während der Schwangerschaft treffen, können für die Nachkommen verhängnisvoll werden, z. B. Typhus, Rotlauf, Blutvergiftung, Tuberkulose u. a. Eine besondere Beachtung verdient die Syphilis, weil sie ein Leben lang wirkt und längst erkannt ist als ein Keimgift, welches die Entwicklung stört und welches auf die nächste Generation fortwirken kann.

3. Die Erkrankungen des Fötus, des werdenden Kindes selbst, welche meist durch Schädigung des mütterlichen Organismus bedingt sind.

In praktischer Beziehung sollen hier angeführt sein: Ueberanstrengung der schwangeren Frau während des Berufes, auch mangelnde Ernährung, Schreck, Gemütsbewegung und körperlicher Unfall der Mutter.

Um die erblichen und in der Entwicklung erworbenen Schäden mit Systematik zu bekämpfen, müssen sie rechtzeitig erkannt werden, und eine Schilderung derselben ist daher notwendig.

Ich will mich darauf beschränken, die Gruppen solcher Erkrankungen aufzuzählen, welche sich in einzelnen Familien öfter wiederholen und offenbar von den Eltern auf die Kinder übertragen sind. Die körperlichen und geistigen Entwicklungsstörungen stehen dabei in innigem Zusammenhange. Denn es besteht auch hierin eine innere lebhaftere Wechselbeziehung zwischen Körper und Geist.

Hierher gehören zunächst die zahlreichen schweren und leichten Muskelverbildungen.

Die größte Zahl dieser Fehlbildungen aber ist überhaupt nicht lebensfähig und geht vorzeitig oder in den ersten Tagen zugrunde. Es übt also Mutter Natur eine wohlthätige Auslese, welche das Entartete vertilgt. So können Gehirnlose, Herzlose, Einäugige (Zyklopen) und zahlreiche Mißbildungen frühzeitig ausgeschieden werden.

Zahllos sind dagegen die abwegigen Entwicklungen, welche das Leben und die Fortpflanzung des einzelnen nicht wesentlich beeinträchtigen. Ich nenne hier noch den Zwergwuchs, den Riesenwuchs, die zahlreichen Schädelverbildungen, die blasenförmigen Ausstülpungen des Gehirnes und Rückenmarkes, Fehlen des Gaumens (Wolfstrachen), Fehlen der Finger, überzählige Finger, Klumpfüße, Anbildung von Schwimmhäuten. Auch diese Verbildungen wiederholen sich oft in einzelnen Familien. An Klumpfuß hatte z. B. der berühmte englische Chirurg Little drei Generationen hindurch eine Familie zu operieren. Die Zahl der äußeren körperlichen Abweichungen ließe sich noch enorm erweitern.

Fast sind wichtiger für die Rassenhygiene die milderen Formen, welche oft übersehen werden. Um nur ein Beispiel anzuführen, ist das Kindähnliche in der Körperformation häufig verbreitet (Infantilismus). Hier findet sich ein graziler Körperbau, kindlicher Aufbau, Kleinheit der Hände und Füße, auch des Herzens und damit oft, aber nicht immer, einhergehend alle geistigen Merkmale des geistigen Kindbleibens. Solche Menschen bleiben zeitlebens unselbständig, sind nur für einen kleinen Berufskreis gut geeignet, bei Schwierigkeiten und Gefahren sehr rasch versagend. Sie sind aber sonst wohl zu erziehen, gut beeinflusbar und disziplinabel.

In erblich belasteten Familien kommen auch Typen vor, welche auf einer jugendlichen Entwicklungsstufe stehen bleiben und relativ lange den Greisenveränderungen widerstehen.

Die mangelhafte Anbildung macht sich oft bemerkbar im Blutgefäßsystem, so daß es solche gibt mit zu kleinem Herzen, zu kleinen Gefäßen. In einzelnen Familien wieder ist eine vorzeitige Arterienverkalkung zu verzeichnen, so daß oft bei Männern und Frauen bereits mit dem vierzigsten Lebensjahre und früher

Arterienverkalkung eintreten kann. Es gibt eben langlebige und kurzlebige Familien.

Unter den Entwicklungsstörungen, welche zum großen Teil durch äußere Schädlichkeiten hervorgerufen werden, ist der Kretinismus zu nennen. Ganz gesunde Familien können in kretinistischen Gegenden sofort die nächste Nachkommenschaft entartet erkennen lassen, wie ich selbst durch Beispiele belegen kann. Die Zahl in den einzelnen Ländern ist bisweilen eine große. In Steiermark werden zirkla 3000 Kretins gezählt. Eine größere Zahl aber weist nur mäßige kretinistische Veränderungen auf. Trotzdem stellt die ursprüngliche Bevölkerung einen durchwegs tüchtigen, sympathischen deutschen Stamm dar. Viele Kretins lassen schon in der Pubertätszeit Arterienverkalkung erkennen. Andre wiederum lassen bis zum siebzigsten Jahre die typischen Greisenveränderungen vermissen. Die Verbildungen des Skelettes und des ganzen Typus bewirken bei allen Kretins in der ganzen Welt eine geschwisterliche Ähnlichkeit. Es liegt also ein endemischer Schaden vor, welcher imstande ist, den ganzen Rassentypus zu verändern und zu verschlechtern.

Besondere Beachtung verdient auch die krankhafte Umänderung der Blutbeschaffenheit durch erbliche Einflüsse. Bekannt ist, daß die sog. Bluter durch viele Generationen in einer Familie sich finden. Es werden aber außerdem erworbene Eigenschaften im Blute in den Nachkommen wiedergefunden. Um nur ein Beispiel zu erwähnen, sind die Rälber widerstandsfähiger gegen Mizinus, welche von Röhren gesäugt werden, die allgemach an Mizinus gewöhnt wurden. Wir wissen heutzutage, daß die Reaktionen des Blutes viel zahlreicher sind, als wir vor zwanzig Jahren gedacht haben, so daß es nicht abenteuerlich erscheint, wenn das Blut eines Kindes auf seine verwandtschaftlichen Reaktionen geprüft werden wird.

Auch die Tätigkeit der Sinnesorgane wird vielfach durch erbliche Störungen abgeändert. So können wir am Auge häufig konstatieren Kleinbleiben der Augen, übermäßige Größe, Fehlen der Linse, Mongolenfalte am Augenlide, Spaltbildungen in der Regenbogenhaut, vorzeitiges Erblinden, mangelhafte Anbildung der Netzhaut, sog. Daltonismus usw.

Häufig machen sich Entwicklungsstörungen am Knochensystem geltend, wodurch die ganze Körpergröße und Körpergestalt schwer verändert wird.

Besonders wichtig sind die Abnormitäten am Schädel, welche uns zum Teil einen Fingerzeig geben, daß das Gehirn frühzeitig gestört war. Denn im Anfange bildet sich das Gehirn den Schädel. Späterhin jedoch, bei Starrwerden des Schädels, ist andererseits die Schädelform bestimmend für die Gehirntätigkeit. Viele Abnormitäten des Schädels können wir erst durch das Röntgenbild evident machen und dadurch klarlegen, welche Schädlichkeiten ihrerseits die Gehirntätigkeit beeinträchtigen.

Besonders häufig und wichtig sind die Mißbildungen an den Geschlechtsorganen.

Alle diese Abnormitäten sind relativ leicht zu erkennen, weil sie tastbar und sichtbar sind.

Keineswegs müssen sie immer die seelischen Eigenschaften in Mitleidenschaft ziehen. Doch sind sie immer ein Merkmal gestörter Entwicklung, welche möglicherweise auch auf die geistige Entwicklung ihren schädigenden Einfluß ausüben konnte.

Am häufigsten studiert und am wichtigsten ist wohl der Einfluß der Vererbung bei Nerven- und Geisteskrankheiten. Letztere haben für die Existenz des Menschen und der Familie den entscheidendsten Einfluß, und doch sind sie schwerer erkennbar als die körperlichen Abweichungen. Sie sollen daher hier kurz skizziert werden.

Längst ist man übereingekommen, von einer großen Familie erblicher Nervenkrankheiten zu sprechen, welche in unzähligen Formen und Varianten bei den Kindern und Kindeskindern wieder erscheinen. Die Nervenkrankheiten treten nicht stets in gleicher Art wieder auf, so daß in einer belasteten Familie ein Epileptiker, ein Rückenmarkskranker, ein Schwachsinniger, ein Genialer erscheinen können.

Am schwierigsten zu erkennen sind die geistigen Merkmale der erblichen Belastung, und doch hängt gerade von ihrer Artung das Schicksal des Betroffenen, auch das Schicksal ganzer Generationen ab.

Außer dem kindlich Gebliebenen und Kretinoiden wären noch folgende Typen anzuführen: von geistigen Fehlbildungen, welche teils der erblichen Anlage, teils den Störungen in der Fortentwicklung entstammen.

Sie sind nicht immer leicht als krankhafte Typen zu erkennen.

1. Die mannigfache Form des Schwachsinnes.

Darunter wird eine große Summe von krankhaften geistigen Typen zusammengefaßt, welche in den höheren geistigen Funktionen nachweislich hinter der Norm der Gattung zurückblieben. Der Mangel betrifft die geistigen Leistungen nicht in gleichem Maße, so daß ein artfremder Typus, ein Zerrbild der normalen Psyche, entsteht. Besonders gestört sind die Urteilsleistungen, während das Gedächtnis relativ gut erhalten sein kann. Mitunter findet sich auch eine einseitige Begabung. Ihre Leistungen sind auffällig ungleichmäßig, und neben dem Fehlen der Intelligenz sind häufig schwere Abweichungen im Gemütsleben.

2. Die krankhafte moralische Abartung.

Es gibt eine große Zahl geistig Abgearteter, bei denen weniger das Minus an Auffassung, des Gedächtnisses, des Urteils in die Erscheinung tritt, wo aber viel stärker die Abnormitäten im Gemütsleben, das Fehlen höherer Gefühlsqualitäten sich ausprägt. Es fehlen insbesondere jene Gefühle, welche für das menschliche Zusammenleben von Wichtigkeit sind und welche durch das menschliche Zusammenleben erst entstehen. Jene herrliche Gabe, welche den sozialen Menschen erst vollwertig macht, die Gabe der Einfühlung in andre Menschen, fehlt ihnen meist vollständig.

Die Frage, ob es denn Krankheiten und Entwicklungsstörungen gibt, welche relativ einseitig das Gemütsleben betreffen, läßt sich entschieden nach analogen Erfahrungen bei andern Krankheiten bejahen. Auch die Trinker, die Epileptiker,

die krankhaft Senilen, die beginnenden Paralytiker zeigen längere Zeit hindurch Phasen, in denen es zunächst zu krankhafter Abartung des Charakters kommt.

Bei den obengenannten Kranken zeigt das Gefühlsleben einerseits eine hochgradige Abstumpfung und deutliche Lücken, anderseits hochgradige Erregbarkeit. Auffällig ist bei ihnen geradezu die zwangsartige Ablehnung gegen alles, was Pflicht, Gebot und Autorität heißt. Es besteht eine negativistische Willensrichtung, welche oft seit der Jugend oder seit der Geschlechtsreife sich untorrigierbar geltend macht.

Sie fühlen ihre fremde Artung selbst und haben für gleiche Typen eine rassenhafte Anziehungskraft. Aus ihren Reihen entstammen zum Teil die Typen der jugendlichen Verbrecher und deren Organisationen.

Zum Troste muß jedoch bemerkt werden, daß auch diese schwere Verzerrung des Charakters und des Gefühlslebens nicht immer zeitlebens anhalten muß. Vielmehr konnten wir durch spätere Nachfragen von der Klinik aus doch viele Fälle nachweisen, welche sich im späteren Leben sozial zu vollwertigen Wesen fortgebildet haben. Trotzdem empfehle ich die Heirat mit einem derart krankhaft Abgearteten nicht.

Um die Gefahr solcher Typen anschaulich zu machen, möchte ich im folgenden eine kurze Schilderung geben. Ihre Rücksichtslosigkeit macht sich nach allen Richtungen und in jedem Milieu geltend. In ihrem Liebesleben können sie oft als erotische Apachen bezeichnet werden. Einer mit solchem Typus hat sich mit Stolz gerühmt, daß er sich vorwiegend an die kleinen Mädchen halte, weil ihm dadurch die Gefahr der Nachkommenschaft erspart bleibe. Oft verschafft ihnen ihr gewandtes, völlig strupellooses Wesen viel Erfolg bei den Frauen. Mit Recht wiederholt sich stets das gerechtfertigte Entsetzen der Autoren: wieviel Lumpen durch einen solchen wieder in die Welt gesetzt werden! Sie imponieren oft durch ihre Sicherheit, durch jeden Mangel an Bedenken, auch durch körperliche Gewandtheit. Viel Kummer und viel Bersezung kann ein einziger derart Abgearteter im ganzen Familienbestande hervorrufen. Hier ist die Humanität zum Nachteil der berechtigten Typen wenig am Platze, besser vielmehr entschiedene Abwehr.

3. Außer den geschilderten Typen gibt es noch eine große Anzahl milderer, zum Teil schwer erkennbarer Fälle, welche unter dem Sammelnamen der Abgearteten, der organisch Belasteten, der Minderwertigen, der Deblen zusammengefaßt werden.

Es gibt unter ihnen solche von geringer, aber auch von höherer Intelligenz und Begabung. Das Schwierige in der Schilderung besteht darin, daß solche Jugendliche oft ein bizarres Gemisch darstellen von Vorzügen und Talenten, anderseits aber oft von einschneidenden Fehlern. Für einen großen Teil dieser ist charakteristisch das Zwangsartige, das Unfreie in ihrer Denkrichtung, in ihren Gefühlen und in ihren Handlungen.

Die Zwangsgebanten finden sich bei nervös veranlagten Kindern häufig. Ihnen stehen nahe jene eigenartigen Zwangszustände, welche bezeichnet werden

als Fragefucht, Grübelsucht, Zweifelsucht, auch als Zahlenzwang. Der Ursprung solcher Gedankenrichtung liegt oft in fremdartigen Gefühlen. So kann man sprechen von einer Berührungsfurcht, von einer übermäßigen Dunkelfurcht, von einer Furcht vor dem Alleinsein und von der so häufigen Platzangst. Diese fremden Gefühlskategorien sind oft jenen verwandt, welche man zusammenfassend als Schwindel bezeichnet.

Am häufigsten und am wichtigsten dabei sind die Angstgefühle. Auch bei den leistungsfähigen Erwachsenen gibt es eine objektlose Angst. Dabei ist es von Wichtigkeit, jene Reaktionen zu erkennen, mit denen bewußt und unbewußt die Angst abgewehrt wird, die scheinbar unbegründeten Angsthandlungen. Beim Kinde und beim Erwachsenen gibt oft die Beachtung dieser Angstgefühle erst den Schlüssel zum seelischen Verständnis ihrer Handlungen, welche durch äußere Motive nicht verständlich sind.

Besonders häufig ereignet sich das wiederholte Entweichen, die Neigung zum Bagabondieren. Bei den Soldaten geben die Angstgefühle öfter die eigentliche Triebkraft ab für ihr Entweichen und sinnloses Desertieren. Das Zwangsartige im ganzen seelischen Aufbau, im Psychomechanismus, prägt sich bei Kindern und bei Erwachsenen oft aus in überraschenden Triebhandlungen.

Außerlich unmotiviert oder nur mangelhaft motiviert tritt oft auf der Trieb zum Zerstören, zum Stehlen, zum Feueranlegen, zu allerlei bizarren Handlungen. Leider findet sich bei derart Abgearteten häufig auch zwangsartig der Trieb zu Mord und zu Selbstmord.

Meist ist erst der Trieb da und dann die Motivierung. Diese nachträgliche Motivierung ist konstruiert und nicht zutreffend. Es fehlen dabei die Vorhergeschehnisse, die entsprechenden Gemütsbewegungen, die Ueberlegungen, wie wir sie bei Normalen als selbstverständlich annehmen.

Die normale Seelenkenntnis aber reicht zum Verständnis dieser Zustände nicht aus.

Bei vielen, besonders höheren Typen, zeigt sich auch das Geschlechtsleben abnorm gerichtet. Die affektvollen Erlebnisse im Geschlechtsleben werden bei ihnen zwangsmäßig fixiert zu einer verkehrten Richtung der Geschlechtsgefühle, auch für spätere Zeit. Die Zahl der Perverfen ist größer, als irgendeine Statistit nachweist. Häufig besteht die Sehnsucht nach Rückkehr zu art-eigner Sexualität, nach Gründung eines Familienlebens. Freilich besteht ebenso häufig die Gefahr eines Rückfalles. Da ich als Nachfolger Krafft-Ebing's darin lange Erfahrung besitze, fasse ich meine Ansicht dahin zusammen: Durch den perversen Geschlechtstrieb werden viele Belastete von der Fortpflanzung abgehalten, was ich als ein Glück für die Rasse bezeichne. Die Gesetzgebung hat dabei nur zu verhindern die Verführung der Jugendlichen und Abhängigen und alles öffentliche Aergernis. Keineswegs möchte ich dabei den Standpunkt vertreten, daß die Perversitäten immer durch krankhafte Artung bedingt sein müssen.

In besonderer Weise ist die Stimmungslage geeignet, erblich Belastete zu kennzeichnen. Sie sind erregbarer, in ihren Stimmungen sehr veränderlich, un-

berechenbar. Ihr Affektleben ist ein sehr schlecht reguliertes und tendiert nicht wie bei Normalen zum Ausgleichen. Wir Menschen sind eben nicht nur in der Körperhaltung, sondern auch im Binnenleben den Aufstiehmännchen vergleichbar. Auch im Affektleben gibt es beim normalen Menschen Vorrichtungen zum allmählichen Ausgleich des Affektes. Diese Selbstregulierung, um mit Roux zu sprechen, fehlt in den Affekten der nervös Veranlagten.

Nach dem Geschilderten ist es wohl zu erwarten, daß auch der schließliche Endaffekt aller Vorgänge im seelischen Organismus, nämlich der Wille und die Willenshandlung, auffällig abweichen von denen der Normalen. Die Stimmungen, die Auffassungen und die Motive sind eben anders konstruiert. Bald ist es die Schwäche des Willens, bald die explosive Stärke des Antriebes, welche über Tun und Lassen entscheidet. Häufig sind solche Belastete selbst innerlich gebunden, nach außen befehlsempfänglich, suggestibel für jeglichen äußeren Antrieb. Bemerkenswert ist, daß eine übermäßige Befehlsempfänglichkeit, Suggestibilität sich häufig vereinigt findet in einem Individuum mit krankhafter Ablehnung, mit Zwang und Negativismus nach der andern Seite.

Die körperlichen Merkmale lassen oft, keineswegs immer, die übeln erblichen Verhältnisse erkennen. Es war daher mein Bestreben, auch in seelischer Beziehung die erblich Belasteten zu signalisieren. Ein rechtzeitiges Erkennen derselben erscheint wohl für die richtige Auslese, selbst für die richtige Eheswahl von praktischer Bedeutung. Es wird damit vielem Unheile rechtzeitig vorgebeugt.

Nicht jeder kann verfügen über psychiatrische Schulung. Wir haben aber in uns selbst einen Schutz, eine unbewußte Leistung, welche nur eben deswegen wenig erörtert wird, weil sie sich unbewußt vollzieht. Wir alle sind unbewußt Physiognomiker. Die mimischen Ausdrucksbewegungen anderer sind für uns gleichzeitig mimische Eindrucksbewegungen. Gerade weil sie unbewußt und absichtslos vor sich gehen, sind sie auffällig wirksam. Sie wirken auf gleichgeartete Lebewesen. Sie sind Signale von inneren Gefühlen und Affekten, mit denen sie innig verbunden sind. Dieser Signalapparat der inneren Vorgänge wird schon von sprachlosen Kindern empfunden. Die nächste Folge in uns ist die Anregung zu gleichen Bewegungen oder wenigstens zur Wiederholung gleicher Gefühle, also ein Vorgang der Nachahmung. Es gibt in uns Gehirnbestandteile, welche als Aufnahmestation dienen und die Wahrnehmung der Mimik ermöglichen mit der ganzen innern Folgenreihe. Es gibt also Organe in uns selbst für die menschliche Gegenseitigkeit.

Vermöge dieser Organisation können wir die inneren Gefühle anderer Menschen unmittelbar (meist unbewußt) mitempfinden. Wir gelangen allgemach zum Vermögen der menschlichen Einfühlung. Wir sind unsrer innersten Anlage nach nicht nur angelegt als Menschen, sondern als Mitmenschen. So erwächst uns auch ein Vermögen der Menschenkenntnis, welches den Gefühlsregungen entstammt.

In der Tat ist diese seelische Resonanz eine Wirkung, welche uns selten trügt, vielleicht eben deswegen, weil sie unmittelbar und unbewußt wirkt.

Die Menschen sind demnach am besten an ihren unmittelbaren Wirkungen zu erkennen, die sie entfalten. Die Erscheinungen der Antipathie und Sympathie sind meist wohlberechtigt und mitunter vernünftiger als die bürgerliche Vernunft. Der mimische Sinn, der uns in der Anlage gegeben ist, stellt einen beachtenswerten Schutz dar gegen zerfahrene, unharmonische, nervöse Konfliktsnaturen.

Unter diesen Psychopathen gibt es mitunter Hochbegabte, Edelgesinnte; doch wir müssen uns an den Durchschnittstypus halten, dessen Wirkungen auf einzelne Personen und auf ganze Familien sich meist übel entfalten. Die Wissenschaft läßt bei ihnen Kategorien unterscheiden: die Indolenten, die Reizbaren, die periodisch Schwankenden und Zirkulären, die Phantasten und Lügner, die krankhaft Unbeständigen, die Verschrobenen. Das Zusammenleben mit solchen Persönlichkeiten ist für jugendliche Gemüter meist mit bleibendem Nachteile verbunden. Besonders werden die üblen seelischen Wechselwirkungen in der Ehe empfunden. Es ist eine ärztliche Erfahrung, daß gerade die krankhaft Gearteten füreinander eine auffällige Anziehungskraft entfalten.

Dadurch wird häufig eine wirksame Zusammenlegung, eine Kumulierung der Erblichkeit hervorgerufen; durch diese Tatsache, ebenso durch Inzucht erblich Belasteter, entsteht die progressive Erblichkeit, welche schließlich zum Verfall führt.

Möge aus diesen Erörterungen wirksam und deutlich die ernste Mahnung herausklingen: Suchen Sie nach Möglichkeit den Verkehr mit gesund und edel gearteten Menschen!

Die geschilberten Merkmale der erblichen krankhaften Entwicklung sind tief einschneidend in Lebenserfolg und Schicksal des einzelnen und der ganzen Nation. Sie bestimmen aber auch das Schicksal der kommenden Geschlechter. Andererseits wirken sie auf die Mitmenschen und sind schwere Grundschäden im staatlichen Betriebe.

In letzterer Beziehung läßt sich wohl leicht erweisen, daß die staatliche Fürsorge zuerst bei der Züchtung einer gesunden und gutgearteten Rasse anzufangen hat und weiterhin, daß die staatliche Fürsorge nach Möglichkeit die Abartung zu verhüten hat. Hier fallen zusammen Lebensinteresse der einzelnen Bürger und der Gesamtheit, aber auch die Fürsorge für die kommenden Generationen.

Die Erbwerte entscheiden über das Schicksal. Die Rassenhygiene muß daher aufgenommen werden in die Lebensziele und den Denkinhalt jedes einzelnen. Hier muß individuelle und gesamtstaatliche Arbeit einsetzen.

Schon der Gedanke an die schweren Opfer und an die schweren Verluste, der Gedanke an das Leid vieler Familien muß mit dem Wunsche beseelen, daß in unsrer schweren Zeit alle Aufopferung, alle Maßnahmen geschehen für eine edle und lebensfähige Rasse.

Die Ursachen der erblichen Krankheiten und damit der Herabminderung der Qualität und Quantität der Rasse wurden hier mit Absicht mehrfach genannt. Die Vermeidung dieser Ursachen ist das notwendige Gebot.

Indem wir an die Zukunft denken und an die Besserung der Qualitäten der kommenden Geschlechter, tun wir keineswegs unsern Lebenswerten Abbruch. Vielmehr bekommt dadurch alle Mühe, Plage und Entsagung ein Ziel und eine Richtung. Die Eltern, welche ihre Kinder lieben, resignieren gerne und unbewußt zugunsten der Kinder, welche die größeren Zukunftsmöglichkeiten aufweisen.

Wie in der Familie, so muß es sich auch im Gesamtvolke einbürgern. Insbesondere soll diese Mahnung gerichtet sein an die Edelsten unseres Volkes, welche die humanitären Vereine geschaffen haben. Ihr Hauptziel soll sein:

Schutz und Förderung der gesund Gearteten.

Ein Kapitel aus den noch unveröffentlichten „Jugenderinnerungen“ nebst einigen Briefen von Anton v. Werner

Aus seinem Nachlaß der „Deutschen Revue“ zur Verfügung gestellt

Von

Lilli v. Werner

(Schluß)

Der Sommer 1859 führte mich wieder auf zwei märktische Güter: Sieversdorf, ein dem Amtsrat Karbe gehöriges Rittergut, dessen Herrenhaus stark vom Zahn der Zeit mitgenommen war. Das Haus, ein einfacher symmetrischer Bau mit Rampe und Ziegeldach, wie alle älteren Gutshäuser in der Mark, lag mit seinem Gutshof, Scheunen, Stallungen und einer Spiritusbrennerei, umgeben von einem Park mit schönen alten Bäumen, Teichen und Obstgärten mitten im Dorf, das etwa anderthalb bis zwei Stunden von Frankfurt entfernt war. Der neue Herr, seines Zeichens Jurist, der das Gut nach dem Tode seines Vaters als ältester Sohn übernommen hatte, fühlte das Bedürfnis einer gründlichen Renovation des Hauses und der Stallungen und hatte dazu eine Menge Handwerker dorthin berufen, unter ihnen natürlich auch eine Anzahl Maler, zu denen auch ich für einige Monate gehörte. Sie alle brachten reges Leben und Treiben in Haus und Hof des Junggesellenheims. Obgleich ich bei der Arbeit meinen Mann stand, wie nur irgendeiner, so wurde ich doch immer noch als Kind behandelt, weil ich klein war und blaß und schwächlich aus sah, und es wurden mir viel Freistunden bewilligt, die ich dazu benutzte, im Park und am Teich Bleistiftskizzen nach der Natur zu zeichnen. Auch fand sich immer jemand, der den „Kleinen“ unter seinen besonderen Schutz nahm. Hier waren es der alte Gärtner Siler, der schon den Feldzug 1812 nach Rußland und die Befreiungskriege mitgemacht hatte, und ein riesiger schöner Neufundländer, der mir auf

Schritt und Tritt folgte, mich umschmeichelte und mir auf den leisesten Wink gehorchte, wenn selbst die Autorität seines Herrn versagte. Der alte, sonst wortlange Silex erzählte mir viel aus seinen Kriegsjahren und führte mich zu den besten Himbeer- und Erdbeerbeeten seines Obstgartens, aus denen ich nach Herzenslust naschen durfte.

Das Schloß hatte übrigens einige aus dem Jahrhundert vorher stammende, gut mit Blumengirlanden und Fruchtstücken dekorierte Räume, die, obwohl schon etwas durch Feuchtigkeit hier und da verdorben, doch nicht einer modernen Renovation zum Opfer fielen.

Im Spätsommer ging es dann von Sieversdorf hinüber nach dem einige Meilen entfernten Schlosse Falkenhagen, den Baronen von Eckardstein gehörig. Das Schloß, malerisch auf einer Anhöhe über einem See, eine Viertelstunde vom Gutshof und Dorf entfernt, gelegen, war ganz neu vor einigen Jahren im englischen Tudorstil erbaut und außen vollkommen fertig. Zwei hohe Türme überragten die Zinnen des Hauptbaues; ein weiter Altan, den zwei Kanonen schmückten, dehnte sich vor der nach der Seeseite zu gelegenen Front des Schlosses aus, während der Schloßgarten auf den andern Seiten unmerklich in märkischen Kiefernwald überging. Das Innere des Schlosses war nicht ausgebaut und litt unter den Einflüssen der Bitterung so, daß die gotische, schön geschnitzte Holzdecke in der großen Halle schon auseinanderzufallen drohte. Es handelte sich zunächst darum, einige der unfertigen Räume zum Wohngebrauch für den einen der beiden jungen Barone von Eckardstein herzurichten, der die Bewirtschaftung des Gutes, nachdem er seinen Dienst bei den Garbedragonern quittiert, übernommen hatte, und ich hatte die Aufgabe, nunmehr als jugendlicher Werkführer die Arbeiten zu leiten, die nötigen Ornamente usw. zu zeichnen und alles nach dem Wunsche und den Angaben des jungen blonden Barons ausführen zu lassen, mit dem ich dadurch in lebhaften persönlichen Verkehr trat. Ich zeichnete nebenbei auch viel nach der Natur und kopierte nach den Bildern und Stichen, die sich im bunten Durcheinander mit Möbeln, Uniformen, Sätteln und Reitzzeug auf dem Boden des Schlosses vorfanden, und die mir der junge Baron bereitwilligst zur Verfügung stellte. Die schönen Abende verbrachte ich mit den Kollegen auf dem See, im Rahne Geige spielend, die ich mitgenommen hatte. Die Situation war zwar nicht so zauberhaft-wundersam, wie zehn Jahre später, als ich meine Geige durch die stille Nacht vom Plateau der Casa Balbi in Olevano aus über die Campagna zu den Volskerbergen hinüberklingen ließ, aber der stille märkische See mit seinen bewaldeten Ufern im Mondenschein hatte doch auch seine Reize. Das schöne, unfertige Schloß ist später in den Besitz der in der Mark weitverbreiteten Familie Schulz übergegangen, die es als Getreidespeicher benutzt hat. Als die Tage kürzer wurden, versuchte ich, meinen älteren Kollegen auch die Grundbegriffe der Perspektive und die Entwicklung des Ornamentis beizubringen, lieber aber verlebten wir die Abende im Wirtshause des Dorfes mit den anderen auf Schloß und Gut beschäftigten Handwerkern zusammen, die nach dem Abendessen allerlei Spiele und Tollereien,

Maskeraden und dramatische Improvisationen aufführten, nicht zart und fein, aber auch nicht gerade roh und wüßt. Viel urwüchziger Humor kam da zutage und allerlei Schnurren und Geschichten, die auf alter Handwerks-tradition beruhten, und ich bedaure nur, daß ich darüber nicht genauere Aufzeichnungen gemacht habe, weil gewiß manches des Festhaltens wert gewesen wäre.

Mit Anfang November waren unsere Arbeiten auf Schloß Falkenhagen beendet, und am 10. November 1859, an Schillers hundertstem Geburtstag, war ich wieder im Elternhause und wohnte abends der Aufführung von Wallensteins Lager mit meinen Eltern bei. Gleichzeitig erreichte mit diesem Tage meine Lehrzeit ihr Ende, und nachdem ich die vorgeschriebenen Prüfungsarbeiten gemacht hatte, stellte mir mein Lehrmeister in aller Form den Gesellenbrief aus, und ich reiste bald darauf nach Berlin, um mich bei dem Vizedirektor Herbig zur Aufnahme in die Kunstakademie anzumelden.

Glücklich mag sich schätzen, wer den 10. November 1859 mit Bewußtsein miterlebt hat, jenen Tag, an dem das deutsche Volk, soweit die deutsche Junge klingt, sich wohl wieder zum ersten Male als ein Volk von Brüdern fühlte, das dem Genius Schillers, dem Dichter des „Liedes an die Freude“ und seinem weltumfassenden Idealismus von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit huldigte! Ein unbeschreiblicher Zug von Wucht und Größe, von Begeisterung und Freude durchbrauste diesen Festtag des deutschen Volkes!

In der Elementarklasse hatten wir Kinder mitten in den Wirren des Jahres 1849 v. Salis'-Servis Lied: „Traute Heimat meiner Lieben“ gesungen; in der Sexta kursierten unter der Schuljugend schon allerlei Bücher, Flugblätter und Gedichte über die kaum vier Jahre zurückliegenden Märztage von 1848 und die „Reaktion“, von deren Bedeutung wir natürlich ebensowenig wie von den Stieler'schen Schulregulativen oder der Aera Manteuffel irgendeine Ahnung hatten. Nur erinnere ich mich noch einiger nicht gerade schöner Lieder oder Verse, die dieser Zeit entstammten, von der mir F. W. Scheffel zwanzig Jahre später schrieb: „Wenn ich keinen aus der Dir glücklicherweise unbekannten Reaktionszeit der fünfziger Jahre stammenden Rost in der Seele angelegt hätte, so usw.“

Aber Rost hatte sich bei mir nicht angelegt, und 1857 hatte man mit Jubel die Uebernahme der Regentschaft durch den Prinzen von Preußen als den Anbruch einer neuen Zeit, den Beginn einer Aera voller Glück und freierlicher Entwicklung und Förderung alles Guten begrüßt, welcher der Schillerfesttag vom 10. November 1859 die Signatur aufdrückte. Freilich sollten noch viel schwere Jahre der Irrungen und Wirrungen kommen, und ob sich Schiller'sche Ideale verwirklichen lassen, dürfte heute mehr denn je berechtigten Zweifeln begegnen.

Meine Stubenmalerlehrjahre hatten mir eine gewisse Handfertigkeit, Bekanntschaft mit der Technik und einen raschen Ueberblick für die Bewältigung einer Arbeit verschafft, wie es das Handwerk mit sich bringt. Sie haben mich auch gelehrt, Mühen und Widrigkeiten als Dinge zu betrachten, die eben

zum Leben und zum Geschäft gehören, und haben mich andrerseits für alle Freundlichkeiten, die mir erwiesen wurden, doppelt empfänglich gemacht. Darum gedenke ich vor allem meines waderen Lehrmeisters E. Azenroth mit innigster Verehrung und Dankbarkeit und schließe dies Kapitel mit dem Spruche, den er mir zu seinem Selbstporträt in mein Album schrieb, als ich in die Fremde ging:

„Wie der Fels dem Wogenrang und Stürmen,
Trotzt dem Schicksal der beherzte Mann;
Ob die Wellen himmelhoch sich türmen,
Mutig lenkt er seinen Lebenslahn!“

2. Briefe Anton v. Werners an J. W. Scheffel

Wartburg, den 27. September 1863.

Liebster, bester Freund!

Seit vier oder fünf Tagen sitze ich hier auf dem Kapitol Deutschlands — wie es ein Redner beim Feste nannte — dank Ihren freundlichen Empfehlungen, die Gastfreundschaft des waderen Herrn v. Arnswald genießend. Er selbst muß gerade jetzt selber sehr aushalten: eine heftige Augenentzündung bannt ihn seit vierzehn Tagen in das Zimmer, hoffentlich ist damit aber die größte, längste Schmerzenszeit vorüber.

Ihren lakonischen Brief vom 4. September habe ich in Blankenburg empfangen; ich war bis heute vor acht Tagen in Kloster Michaelstein bei Blankenburg, wo ich indessen bei fortwährend schlechtem Wetter nicht allzuviel Studien habe machen können. Seit Mittwoch bin ich hier auf der Wartburg und male Rüstungen, Krüge, Kannen, Interieurs u. a., von denen Sie namentlich eine Ansicht des Wohnzimmers des Kommandanten interessieren wird.

Herr v. Arnswald ist ein vortrefflicher Mann — ich wünsche nur, ich könnte länger genießen! Aber die Zeit eilt unaufhaltsam vorwärts, und so muß denn ich auch eilen, aus dem Schlendrian der Reise heraus wieder an Arbeit, an tüchtiges, ununterbrochenes Schaffen zu kommen. Uebermorgen denke ich bereits auf dem Wege nach Karlsruhe zu sein.

Oh, wie lebhaft freue ich mich auf den Augenblick des Wiedersehens mit Ihnen, verehrter Freund! Sie werden mein Atelier jetzt mit einigen Studien mehr ausstaffiert sehen als im Frühjahr, als wir voneinander schieden.

In fünf bis sechs Wochen, hoffe ich, ist der ersehnte Augenblick gekommen. In Ihren Bergen wird es jetzt wohl nach und nach auch kalt, neblig und stürmisch, und Sie denken gewiß schon mit Schrecken wieder an die Winterquartiere.

Ja ja, es ist etwas Herrliches um das Schaffen in Gottes freier, hehrer Natur, um das Schöpfen aus den unerschöpflichen Quellen der letzteren. Mir hat die Reise so viele Motive geliefert, daß ich fürchte, ich werde diesen Winter auch etwas in Landschaft sündigen, um einiges von dem Material zu verarbeiten, das ich gesammelt.

Hier auf der Wartburg könnte ich monatelang sitzen und in der Rüstammer herumtramen und in allen Ecken sitzen, an jeden Strauch klopfen und überall würden mir goldene Äpfel in den Schoß resp. Malkasten fallen.

Doch ich schließe. Leben Sie wohl, teurer Freund und lassen Sie nicht zu lange auf die Freude des Wiedersehens warten

Ihren aufrichtigen, treuen

Anton v. Werner.

Adressiert an:

Herrn Dr. J. B. Scheffel

Prinzenuau

bei Miesbach in Oberbayern,
Eisenbahnstation Thalham

*

Karlsruhe, den 2. Januar 1865.

Mein sehr verehrter teurer Freund!

Soll ich gleich beim Eintritt ins neue Jahr zu schelten anfangen, wozu ich wohl Grund habe?! Nein, ich rufe Ihnen und Ihrer von mir hochgeschätzten Gemahlin meine herzlichsten Glückwünsche zum Jahre 1865 aus der Ferne zu; möge aus des Schicksals Urne Glück und Segen ohne Ende auf Ihr Haus herniederströmen, und — möge Ihnen das neue Jahr auch einiges Gedächtnis schenken, Ihre alten aufrichtigen Freunde trotz Ihres jetzigen Wohnestandes nicht ganz zu vergessen. Ich habe im Jahre 1864 vier, schreibe vier lange Monate auf ein Lebenszeichen von Ihnen vergebens gewartet, jetzt reißt mir der Geduldsfaden, schreiben Sie mir, oder befürchten Sie das Äer — daß — eines Abends jemand zu Ihnen in Ihre Burg einrückt und sagt: „Daß bin Ich!“ und dieses Ich wäre eben ich und dann dürfen Sie sich gratulieren. Verhindern Sie zu meinem (Sie sehen, ich bin ein wenig egoistisch) und zu Ihrem eignen Besten diesen Zug!

Doch jetzt heraus aus holperigem Trab und zurück zu besonnenem Schritt.

Ich war etwas unwohl zwischen Weihnachten und Neujahr, habe auch einige Tage im Bett liegen müssen, jetzt bin ich seit gestern wieder wohl auf und frisch an der Arbeit. Alles, was ich im vorigen Jahre gemalt, habe ich verkauft; die Waldbandschaft in Berlin, die Landschaft mit Kiefern, die ich im Sommer malte, nach Baden, die Mönche nach Mannheim (die Klosterlinde schon früher nach Braunschweig), Göß von Berlichingen hat der Großherzog gekauft und mit seinem Porträt nach Lessings Original bin ich auch noch im Jahre 1864 fertig geworden. Jetzt judt's mich schrecklich in den Fingern, an einem recht großen Stück Leinwand meine Kunst zu proben, und ich tu's auch; vielleicht verbrenne ich mir die Finger dabei — was tu's, ich bin noch jung und kann dann auf der andern Seite nachholen, was ich auf der einen verloren. Ihre Mama hat mir die Photographie nach dem Eccehardus geschickt; ich sage Ihnen, bester Doktor, meinen herzlichsten Dant; die Photographie ist auch gut gelungen.

Setzt bitte ich aber dringend, schreiben Sie mir doch etwas von Ihrem Leben in Ihrer Einsiedelei — anders kann ich mir bis jetzt Ihren Wohnort nicht vorstellen —, ich lechze nach einigen Zeilen von Ihnen!

Ich bitte Sie, mich Ihrer Frau Gemahlin, der ich tausendmal die Hand küsse, bestens zu empfehlen!

Leben Sie wohl und gedenken Sie ein klein wenig

Ihres

Sie aufrichtig verehrenden

Anton v. Werner.

Adresse: Stephanienstraße 86. In Eile und bei Licht, deshalb bitte Stil und Schrift zu entschuldigen.

*

Karlsruhe, den 19. Januar 1865.

Mein verehrter Freund!

Meinen besten Dank zuvor für das freundliche Briefchen, das ich so schnell nicht erwartete; ich ersehe daraus, daß sich Ihre Teilnahme am Leben und Treiben Ihrer Freunde und Ihre freundschaftliche Zuneigung zu mir nicht vermindert hat.

Ihre Ernennung zum weimarischen Hofrat hat hier in den weitesten Kreisen freudige Teilnahme und Anerkennung gefunden; nehmen Sie auch meine herzlichsten Glückwünsche zu dieser wohlverdienten Anerkennung Ihrer Verdienste, die den Geber mehr ehrt, als sie Ihnen von Wert sein würde, läme sie eben nicht von ihm.

Den Ueberfall in Ihre Einsiedelei führe ich, so Gott will, aus, ob Ostern oder im Mai weiß ich nicht genau zu sagen. Aber ich bringe nicht nur Papier und Bleistift mit, sondern auch mein vollständiges Handwerkszeug, um die Studien zu Ihrem Porträt zu machen. Sie mögen nun sagen und tun, was sie wollen, aber davon kommen Sie nicht los — ich lasse mir dies herrliche Motiv für ein Porträtbild nicht rauben —, Sie müssen auf die Leinwand, lebensgroß, versteht sich, nebst Ihrer Frau Gemahlin.

Buhlmann hat so viel zu tun, daß er erst jetzt anfangen kann, sich ernstlich mit der Aventure zu beschäftigen; ich bin im Begriff, die ersten sechs Zeichnungen noch einmal für ihn zu zeichnen, da die Platten der ersten Aufnahme bereits verborben sind. Die Originale der letzten sechs Zeichnungen habe ich eben erst von ihm zurückbekommen und werde dieselben demnächst aufs Kupferstichkabinett schicken.

v. Arnswald hat einst an mich geschrieben, die Adresse wahrscheinlich aber so unleserlich, daß der Brief als unbestellbar zurückgegangen ist. Professor F. Eggers hat die Besprechung in Westermanns Illustrierten Monatsheften in der Tat gebracht; der Holzschnitt, den ich dazu gezeichnet habe, hatte so kleines Format, daß nicht viel damit zu machen war; außerdem ist er auch noch verschnitten worden. Westermann hat indes von einer Bezahlung, obgleich bis

jetzt etwa acht Monate seit Ueberlieferung des Holzstodes verfloßen, mir nichts hören lassen, mir nicht einmal geschrieben, ob er den Holzstoß empfangen, was mich eigentlich doch ein wenig ärgert. Ich soll Ihnen schreiben, ob wieder einiges künstlerische Zusammenleben und Geselligkeit hier herrscht.

Doch, lieber Freund, und mehr denn sonst, und bedaure ich lebhaft, gerade Sie in unserm Kreise zu missen. Professor Gude macht ein sehr geselliges, liebenswürdiges Haus und entwickelt ungemein viel Anziehungskraft allen Kreisen und künstlerischen Richtungen gegenüber. Kurz vor Weihnachten gab er allen seinen Schülern ein Fest, in welchem wir einen kleinen improvisierten Schwant aufführten, die ideale und reale Richtung der Kunst karikierend. Alle Montag oder Donnerstag versammelt Lessing einen Kreis von Künstlern um sich, jeden Sonntagnachmittag ist bei Schroedters offenes Haus für dieselben. Am Samstag, den 28. Januar, feiern wir alle zusammen einen Maskenscherz in der „Rose“ — ich werde Ihnen das von mir dazu gezeichnete Programm später senden.

Am letzten Sonntag lernte ich bei Schroedters Gustav Freytag kennen, der zum Besuch bei Stadtrat Matthys hier war, und Dr. Wilhelm Jordan, der uns seitdem im Museum zwei Vorträge über und von seinem Nibelungenepos gehalten hat. Ich bin von letzterem in der Tat entzückt — ich weiß nicht, ob Sie es schon kennen; ist dies der Fall, so bitte ich Sie, mir darüber zu schreiben. Im andern Falle schreibe ich Ihnen nächstens von dem Gange seiner Dichtung, die in altdeutschen Stabreimen verfaßt ist und ungemeine Schönheit des Klanges der Sprache beim Vortragen besitzt.

Sie möchten wissen, was für Gestalten auf das große Stück Leinwand gemalt werden sollen? Ernst, Tragik muß mitunter mit Scherz und Humor wechseln — der Humor dürfte sonst leicht in fade Oberflächlichkeit und Witzerei ausarten —, ich werfe mich deshalb diesmal der Tragik in die Arme und male: Die Beurteilung Konrads von Hohenstaufen. Die Farbenskizze dazu ist mir bereits gelungen, und ich gehe mit Heißhunger, sobald die Vorstudien beendet sind, an die Arbeit. Ich muß einmal etwas haben, an dem ich mich austoben kann. Professor Schroedter malt den Hans Sachs, Lessing geht mit nächstem an seine Disputation, nachdem er bis jetzt noch drei reizende Landschaften angelegt hat.

Ich war die letzte Zeit ein wenig unwohl, jetzt geht es wieder. Gestern sprach ich Ihre Mama bei Herrn v. Cornberg, der eine größere Gesellschaft aus Anlaß der Anwesenheit der Klavierspielerin Frau Biardot-Louis gab. Ich konnte leider nicht, wie Sie wohl denken können, zu einem ruhigen Gespräch mit ihr kommen.

So, jetzt habe ich Ihnen alles Erzählenswerte berichtet und sieben Seiten gebraucht, um alles niederzuschreiben.

Werden Sie mir nun auch etwas von dem schreiben, was Sie jetzt treiben und namentlich schaffen?

Frau Schroedter läßt sich Ihnen bestens empfehlen, sie harret eines Sprüchleins von Ihnen. Auch E. v. Stetten läßt Sie grüßen, wenn er nicht schon vor mir geschrieben hat.

Doch ich schließe; empfehlen Sie mich angelegentlichst Ihrer Gemahlin, bleiben und leben Sie heiter und glücklich, es umarmt Sie in — nein, das geht wohl jetzt mit dem Herrn Hofrat nicht mehr gut an —

Ihr

Anton v. Werner.

*

Rom, den 21. November 1868.

Beste Freund!

Da bin ich endlich in Rom angekommen, habe schon den Papst gesehen, einer Zeremonie in St. Peter beigewohnt und Atelier und Wohnung in der auch Dir bekannten Kaserne Via Felice 123, wo zu Deiner Zeit, glaube ich, Willers sein Atelier hatte, gefunden. Eben lasse ich mir Holz bringen, denn trotz heiteren Wetters ist es abscheulich kalt, und in Florenz habe ich im Bett so gefroren wie noch nie in Deutschland. Meine Reise von München aus ist übrigens, einige Touren im Postwagen, durch Strecken, die noch überschwemmt waren, abgerechnet, gut gegangen. Ich habe mich in Bozen, Verona, Padua, Venedig, Bologna und Florenz aufgehalten, freilich nicht lange, doch aber so, um einen allgemeinen Eindruck von jeder Stadt einzunehmen. In Venedig hatte ich zwei Tage schönes Wetter, in Florenz mittelmäßig, sonst war es durchgehends kalt und regnete fast unaufhörlich. Dies ungünstige Wetter zwang mich auch, auf die Fahrt nach Riva und über den Gardasee zu verzichten. Bekannte und Kollegen habe ich hier schon genug gefunden, meine Besuche denke ich erst nächste Woche zu machen, wenn ich etwas zur Ruhe gekommen sein werde. In der Malerkaserne sind mit mir noch sechs andre deutsche Maler, teils Norddeutsche, teils Münchner, und ich habe mich rascher hier heimisch gefunden, als es bei meiner Ankunft in Paris der Fall war; ich hoffe Günstiges davon für meine Arbeiten.

In Deutschland soll unterdes der Winter rauh eingerückt sein, und ich war froh, Deutschland schon hinter mir zu haben, als ich die Nachricht von dem Eisenbahnunglück auf der Geislinger Steige erfuhr.

Vielleicht hast Du von Wonz jetzt schon Nachricht über die Ankunft der Bergpsalmzeichnungen und seine Intentionen für die Form der Herausgabe; ich bitte Dich, in diesem Falle mir davon mitzuteilen, und wenn Du an ihn schreibst, ihm als meine sicherste Adresse Café Greco, Via Condotti, anzugeben, wohin ich alle Briefe zu adressieren bitte.

Venedig hat mir — was seine koloristischen Kunstschätze betrifft — bedeutend imponiert und den Gedanken, dort einige Monate zuzubringen, wesentlich in mir verstärkt. Für das Original befindet sich jetzt in S. Giovanni e Paolo eine Kopie des Martyriums St. Petri von Tiziano, die allerdings, wohl gegen das Original gehalten, schwach sein wird, indessen immerhin eine Idee des Bildes gibt. Am gewaltigsten hat mich die Himmelfahrt Mariä in der Accademia di belle Arti gepackt, ich habe so lange davor gesehen, wie bis jetzt noch vor keinem andern Bilde. Es hängt übrigens auch in ziemlich gutem Lichte, so daß

man es wirklich genießen kann, während das Martyrium S. Lorenzi in der Jesuitenkirche und die Madonna mit der Familie Pesaro, in den dunklen Kirchen und halb verdeckt durch die auf den Altären stehenden Blumen und Kerzen, fast nicht zu sehen sind.

Wie viel ich hier zum Malen kommen werde, weiß ich noch nicht. Ich habe mein Atelier auf sechs Monate genommen, also bis zum Mai, und in dieser Zeit werde ich vollauf mit meinen Zeichnungen beschäftigt sein, und dazwischen nur etwas malen, vielleicht einige Studien und Kopien machen können. Doch davon später.

Hergliche Grüße an Deinen Papa, den Oberkollegen Rotsch und Herrn v. Stetten, die besten Dir, mit meinen innigsten Wünschen für einen für Deine Arbeiten erfolgreichen Winter.

Lebe wohl und sende mir bald Nachrichten aus der deutschen Heimat.

In treuer Liebe und Freundschaft Dein

A. v. Werner.

*

Berlin, den 3. November 1879.

Mein lieber Freund!

So hat also der Tod Deinen armen Bruder von seinen langen Leiden erlöst! — es war wohl das beste, was ihm zu wünschen war, und wenn ich Dir meine Teilnahme ausspreche über diesen Dich so nahe berührenden Todesfall, so will ich gleichzeitig doch nicht verschweigen, daß es mir auch für Dich gut scheint, dort einer Sorge enthoben zu sein, wo doch nicht zu helfen war!

Hier im Hause geht's gut; ich enthalte mich jeder gesellschaftlichen Tätigkeit, lebe regelmäßig, bin abends fast in der Regel zu Hause und skizziere zumeist am Ettehard.

Schade, daß sich die großen Zeichnungen, für welche Modell nötig ist, nicht abends machen lassen und auch, daß ich meine Augen ebenso wie meine Nerven schonen muß! Ich halte mir alles Unnötige vom Halse und hoffe, so wieder zu jenen Kräften zu kommen, deren ich mich zu jener Zeit erfreute, als ich noch Zeit im Ueberfluß hatte und gar nicht wußte, daß man von der Arbeit auch müde werden kann . . . es war damals, als ich „Aventiure“, „Juniperus“, „Gaudamus“ und „Trompeter“ illustrierte . . . meine Zeit war damals allerdings weniger kostbar als jetzt, und ich stand zwischen dem zwanzigsten und siebenundzwanzigsten Jahr!

Karlsruhe und sein Emporblühen, seine Verschönerungen haben mich (als ich von der Seehalbe nach dort kam) recht erfreut, und ich hatte ordentlich Heimweh — knüpfen mich doch zu liebe Jugenderinnerungen an die Stadt — welcher Du so gern fern bist! Viktor habe ich damals auch besucht, ich traf ihn im Vaterhause und freute mich, wie er groß und stark und verständig und geschult geworden ist. Meine Schwiegermutter altert nicht, den Onkel Lessing fand ich auch besser, als ich erwartet hatte; ich habe ihn gezeichnet und sende Dir nächstens eine Reproduktion davon.

Meine Frau sendet Dir und Viktor schönste Grüße, die besten von Deinem
Freund
A. v. Werner.

*

Berlin, den 2. März 1884.

Mein lieber teurer Freund!

Herzlichen Dank für Deinen Brief vom 12. Februar und die Sendung der
Oberzeller Freskenabbildungen. Ettehard ist nicht vergessen, ich habe seither
mehreres dafür gezeichnet, und ich sehne mich wahrhaft danach, einige ruhige
Wochen — als Ausruhe von meinen großen Arbeiten — demnächst darauf ver-
wenden zu können.

Ich bin zurzeit noch an die Vollenbung des Sedanpanoramas gebunden,
d. h. betreffs der drei Bilder, welche das eigentliche Schlachtfeld (1. Sep-
tember 1870, mittags 2 Uhr) vervollständigen. Es sind: I. Abends 7 Uhr:
General Reille bringt dem König Wilhelm Napoleons Brief (30 Fuß zu 15 Fuß
groß). II. Nachts 12 Uhr: Kapitulationsverhandlungen zwischen Molke und
Wimpffen in Donchery (15 Fuß zu 12 Fuß). III. Morgens 5 Uhr am 2. Sep-
tember: Bismarcks und Kaiser Napoleons Zusammentreffen auf der Chaussee von
Sedan—Donchery (19 Fuß zu 12 Fuß). Nr. I und III sind in zirka vierzehn
Tagen vollendet; mit den drei Bildern hat die große Arbeit dann ihren Abschluß
erreicht. Du mußt doch mal nach Berlin kommen!

Bei uns im Hause war und ist in den letzten Wochen wieder Krankheit
gewesen. Der Zwilling Paul hatte Lungenentzündung, ist aber auf der Besserung;
aber alle fünf husten, eine Art leichteren Reuchhusten. Mir geht es in diesem
Winter besser als sonst; die Anstrengungen, welche mit meinem Amt und der
Art Führerrolle, welche mir ohne mein Zutun in der Künstlerschaft hier zu-
gefallen ist, verbunden sind, kosten Zeit und Kraft. Zurzeit gerade müssen wir
allen Wiß und Verstand zusammennehmen, um die Bestrebungen der Kunst-
gelehrten für ihre Sammlungen nicht zum Nachteil für uns produzierende
Künstler und des modernen Kunstlebens ausfallen zu lassen. Bismarcks „Leute“
fangen schon an über „Kunstsimpelei“ zu reden und zu schreiben, gelegentlich
der 4 $\frac{1}{2}$ Millionen für die Museen, und darunter könnten wir Künstler nach-
träglich zu leiden haben. Sei froh, daß Du nicht in diesen Kämpfen und in unserm
Lothwabbahu stichst! Ich beneide jeden um seine Ruhe — aber wer von der
Natur zum Kampf begabt und zum Rufer im Streit ausersehen ist, hat kein
Recht, still zu liegen und sich zu sonnen! Und die Licht- und Sonnenblicke
fehlen hier und da auch nicht.

Wöge Dir Gesundheit und froher Sinn bewahrt bleiben, und Freude an
Viktor, dem ich alles Gute wünsche!

Von Frau Malve herzliche Grüße!

In treuer Freundschaft

Dein

A. v. Werner.

*

An den Musketier N. in Hannover.

Berlin, den 16. Juli 1910.

Aus Ihrem Brief vom 1. Juli d. J. ersehe ich, daß Sie sich in einer bedauerlichen Stimmung befinden und daß ich Ihnen einen Rat schreiben soll!

Sie wollen nicht „stumpfsinnig unter solch einem Menschenpaß leben“. Wen Sie mit diesem Ausdruck meinen, geht aus Ihrem Brief nicht hervor. Aber ich bin selbst Handwerker gewesen, wie Sie, habe meine Lehrzeit in harter, strenger Arbeit durchgemacht und sie ist mir wertvoll und unschätzbar für das ganze Leben gewesen. Ich bin auch, wie Sie richtig bemerken, Menschenkenner, d. h. ich bin während eines langen Lebens mit Menschen aller Berufsarten, vom Kaiser bis zum Bettler, in persönliche Beziehungen getreten, aber ich bin nie auf den Gedanken gekommen, sie verächtlich als „Menschenpaß“ zu behandeln oder zu betrachten. Ich habe immer meine Freude und meine Ruhe darin gefunden, innerhalb und außerhalb meines Berufes oder Faches für dies „Menschenpaß“ tätig zu sein, ihm zu dienen und zu nützen, so viel ich konnte. Und dazu hat mir die Arbeit gebient! Sie sind Arbeiter wie ich, haben als Schlosser etwas gelernt, was an sich ein Kapital ist wie jedes Können — und das wollen Sie aufgeben, warum? Weil Sie keine Ruhe darin finden und weil Sie glauben, daß Sie das in künstlerischer Beschäftigung finden? Ob Sie künstlerische Begabung haben, ist aus Ihrem Brief nicht zu ersehen, natürlich; aber auch ob Sie in diesem Beruf Ruhe und Befriedigung finden würden, ist mir mehr als zweifelhaft, denn die Künstlerlaufbahn ist eine sehr unbequeme und dornenvolle, und die schlimmsten Enttäuschungen sind beim Künstler an der Tagesordnung. Also besinnen Sie sich recht sehr, ehe Sie Ihren Beruf wechseln, denn solche künstlerische Beschäftigung, die ich Ihnen nachweisen soll, und „wären es auch nur Laufjungendienste“, kommen wohl in Romanen oder Novellen vor, aber nicht in der Wirklichkeit, und ich bin ganz außerstande, Ihnen etwas Derartiges nachzuweisen, es sei denn, Sie eigneten sich vermöge Ihres Körperbaues zum Modellsteher — ein unsicherer Beruf, für die jüngeren Jahre passend, für die älteren weniger oder gar nicht.

Wenn Sie in Ihrem Beruf stets daran denken, daß Sie dazu da sind, andern Freude durch Ihre Arbeit zu bereiten und nicht voraus verlangen, daß alle andern dazu da sind, Ihnen Freude zu machen, so werden Sie auch Ruhe und Befriedigung finden. Ueber der Tür zu meinem Arbeitsraum steht die Inschrift:

„Wem das genüget, was er hat,
Der ist allzeit reich und satt!“

und damit bin ich aus den kümmerlichsten Lebensverhältnissen bis heute froh und glücklich durchgekommen. Ich wünsche Ihnen dasselbe!

Ergebenst

A. v. W.

Die letzte Erneuerung des Dreibundvertrages im Jahre 1912

Von

Dr. Wilhelm Frankó, Titularbischof von Urbe

I.

Der Zündstoff, den am Balkan nationale Ambitionen und fremde Intrigen im Laufe von vielen Jahrzehnten aufspeicherten, geriet im Herbst des Jahres 1912 gleichzeitig auf vier Seiten in Brand. Heere der im Balkanbunde vereinigten Staaten Bulgariens, Griechenlands, Montenegros und Serbiens überfluteten die Gebiete der europäischen Türkei, die sie in kürzester Zeit besetzten.

Angeichts dieser Ereignisse standen die Mächte des Dreibundes untereinander und mit denen des Dreiverbandes scheinbar in vollem Einverständnis. Sie trachteten den Krieg zu verhindern, indem sie verkündeten, daß, im Falle die Verbündeten siegen, der Status quo ante wieder hergestellt werden müßte. Dann, nachdem ihre Schritte erfolglos blieben, wurde beschlossen, daß eine Konferenz der Großmächte in London die Schöpfung eines selbständigen Staates in Albanien und die Regelung der Darbanellenfrage durchführen, zugleich auf die Friedensverhandlungen der Balkanmächte mit der Türkei Einfluß nehmen solle.

Damit in London der Dreibund mit erhöhter Autorität auftreten könne, wünschten die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns die Beziehungen zu Italien zu befestigen und meinten dies durch die Erneuerung des Dreibundvertrages, trotzdem dessen Gültigkeit noch bis zum 8. Juli 1914 dauerte, zu erreichen.

Zwei Motive konnten sie dazu bestimmen: die Hoffnung, daß ein jetzt erneuerter Vertrag für die Erfüllung der Bundespflichten größere Garantie bieten könne wie ein schon viele Jahre bestehender; und die Befürchtung, daß nach der Londoner Konferenz, inmitten der neuen Gestaltungen am Balkan, Italien vielleicht nicht mehr geneigt sein werde, den Dreibund zu erneuern.

Es hätte jedoch als fraglich erscheinen müssen, ob dieses Mittel zum Ziele führen könne. Man dürfte behaupten, daß vor dem Gewissenstribunale der Diplomaten und dem der andern Sterblichen dieselben Gesetze Geltung besitzen; demnach muß man annehmen, daß, wenn jemand bereit ist, sich über Pflichten, die ihm ein vor mehreren Jahren eingegangener Vertrag auferlegt, sich hinwegzusetzen, ihn davon die vor einigen Wochen erfolgte Erneuerung desselben nicht zurückschrecken wird. Ferner, wenn nach der Londoner Konferenz sich die Verhältnisse derart gestalten, daß Italien dann nicht geneigt wäre, den Vertrag zu erneuern, würde es die früher schon vollzogene Erneuerung bereuen und aufhören, ein verlässlicher Bundesgenosse zu sein.

Italien machte jedoch gegen die Erneuerung keinerlei Einwendung.

Die seit dem Jahre 1908 und besonders die in den letzten Monaten auf den Gebieten der Türkei vollzogenen bedeutenden Ereignisse hätten wohl einen genügenden Grund geboten, um im Vertrage wesentliche Änderungen vorzunehmen. Aber man hütete sich davor, da man fürchten mußte, daß im Laufe der Verhandlungen zwischen den Bundesgenossen bisher latente Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze in den Vordergrund treten würden, an deren Klippen der Dreibund scheitern könnte. Laut den Eröffnungen des italienischen Ministers des Außern am 18. Dezember 1912 in der römischen Kammer hatte keine der Mächte eine Änderung vorgeschlagen und war eine solche vom Standpunkte Italiens nicht notwendig, „indem der Vertrag in der bisherigen Form alle Interessen des Landes befriedigte und für dessen Sicherheit sorgte“.

Der auf weitere sechs Jahre verlängerte Vertrag wurde unverändert am 5. Dezember 1912 unterfertigt.¹⁾

Es blieb also in voller Geltung der Artikel VII, trotzdem derselbe infolge der Ereignisse gegenstandslos wurde und aus dem Vertrage hätte eliminiert werden sollen.

Es ist wahrlich unfasslich, daß am 5. Dezember 1912, als der allergrößte Teil der europäischen Türkei im Besitze der Balkanstaaten war, Oesterreich-Ungarn und Italien erklären, daß sie

a) „die möglichste Aufrechterhaltung des (im Jahre 1887 bestandenen) territorialen Status quo im Orient im Auge haben“;

b) sich verpflichten, „ihren Einfluß geltend zu machen, damit jede territoriale Veränderung, die der einen oder andern Macht nachteilig wäre, hintangehalten werde“;

c) den schon eingetretenen Fall, daß die Aufrechterhaltung des Status quo unmöglich wäre, als eine mögliche, ferne Eventualität betrachten;

d) die Absicht manifestieren, auf den Gebieten der europäischen Türkei ihrerseits Besetzungen vorzunehmen;

e) sich verpflichten, im Falle, wenn keines von ihnen solche Besetzungen durchführt, dem andern Bundesgenossen Kompensationen zu bieten.

Ebenso unbegreiflich ist es, daß am 5. Dezember infolge der Erneuerung des Ende 1909 zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien geschlossenen Vertrages die erstere Macht die Verpflichtung übernahm, im Falle sie das Gebiet des Sandschaks von Nowibasar wieder besetzen würde, auch für diese Besetzung an Italien Kompensationen zu bieten.

Am 5. Dezember durften doch die Staatsmänner Oesterreich-Ungarns nicht daran denken, daß sie am Balkan und speziell auf dem in den Besitz Serbiens und Montenegros übergegangenen Sandschatgebiet Besetzungen, Gebietserwerbungen vornehmen werden.

¹⁾ Dies erfahren wir auch aus der Note des Barons Burian vom 21. Mai 1915. Rotbuch Nr. 200.

Während aber die Erneuerung des Artikels VII und des Sandschatvertrages der Monarchie keine Vorteile versprach, sollten infolge der Aufrechterhaltung von Italiens Kompensationsansprüchen, für den Fall, daß Oesterreich-Ungarn gezwungen wäre, gegen Serbien oder Montenegro Krieg zu führen, gefährliche Komplikationen erwachsen. Denn die korrekte Interpretation des Artikels VII gestattete zwar nicht, dessen Verfügungen auf die Gebiete, welche die beiden Länder im Jahre 1887 besaßen, anzuwenden, forderte aber ihre Anwendung auf die Gebiete, welche die beiden Länder im Jahre 1912 auf Kosten der Türkei erwarben.

Oesterreich-Ungarn durfte demnach ohne Italiens Zustimmung die beiden Länder mit Krieg überziehen, mußte aber an der Grenze der neuen Erwerbungen sich den Kompensationsansprüchen Italiens gegenüber befinden!

In den am 5. Dezember unterfertigten Vertrag war die Verfügung aufgenommen worden, daß eine Kündigung seitens der vertragschließenden Mächte nur ein Jahr vor dem Verfall des Vertrages, also nicht vor dem 8. Juli 1919 erfolgen könne.

Aber diese Verfügung durfte nicht als eine Garantie für den Bestand des Dreibundes betrachtet werden.

Ein Vertragsschließender entschließt sich zum Rücktritt von einem Bündnis in zwei Fällen: a) wenn seine Bundesgenossen ihm gegenüber die Bundespflichten nicht erfüllen; b) wenn er seiner Politik eine neue Richtung gibt, die mit den Zielen des Bündnisses und den Interessen seiner Bundesgenossen im Gegensatz steht. In keinem dieser zwei Fälle ist es denkbar, daß er abwartet, bis der Kündigungstermin eintritt und dann auch nach der Kündigung noch ein Jahr im Bunde verbleibt.

Wenn z. B. Italien im Jahre 1915 den Entschluß faßte, sich dem Dreiverbände anzuschließen, so war es doch unmöglich, daß es noch fünf Jahre, bis zum 8. Juli 1919, im Dreibunde bleibt, dann kündigt und erst nach einem weiteren Jahre endlich seinen Entschluß ausführt!

Wenn aber der Vertragsschließende sich um die Verfügung nicht kümmert, werden die im Stiche gelassenen Bundesgenossen nicht die Mittel besitzen, um ihn zur Erfüllung seiner Bundespflichten zu zwingen!

II.

Nach der Verlängerung des Dreibundvertrages hatte Oesterreich-Ungarn die ernste und ehrliche Absicht, sich weiterhin als treuen Bundesgenossen Italiens zu bewähren.

Der Botschafter der Monarchie erschien bei der Londoner Konferenz mit dem Auftrage, dahin zu wirken, daß Italien im Besitze der unrechtmäßig besetzten ägäischen Inseln nicht gestört werde.¹⁾

Am 16. April legten er und der italienische Botschafter das von ihren Regierungen für Albanien gemeinsam ausgearbeitete Statut der Konferenz vor.

¹⁾ Theodor v. Sosnosty: Geschichte der Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns. II, 300.

Den Beschlüssen vorgreifend, erklärte sich der König von Montenegro, in Albanien einzubrechen und Skutari zu belagern, dessen er sich am 23. April bemächtigte.

Am selben Tage sprach Graf Berchtold in würdevollen Worten die Erwartung aus, daß die Mächte den ihnen angetanen Affront nicht ruhig hinnehmen und Montenegro zur sofortigen Räumung der Stadt zwingen würden. Als dann die Konferenz zwar einen Kollektivschritt in Cetinje zu unternehmen beschloß, diesen aber von Tag zu Tag hinauschoß, sandte er am 27. April eine Depesche nach London, in welcher er für den Fall einer weiteren Verzögerung erklärte, die Monarchie werde nun selbständig vorgehen. Die nötigen Vorbereitungen wurden unverzüglich in Angriff genommen.

Nun trat aber Italien gegen die Ausführung dieses Vorhabens auf. San Giuliano teilte der k. k. Regierung mit, daß sie zur Besetzung Montenegros laut Artikel VII des Dreibundvertrages nur dann schreiten dürfe, nachdem sie in betreff der dafür zu leistenden Kompensation mit Italien ein Uebereinkommen getroffen haben würde.

Das Verlangen war ganz unbegründet. Artikel VII betraf Besetzungen auf Gebieten, die zur Zeit des Vertragsschlusses unter türkischer Herrschaft standen. Ferner lag es in der Absicht Oesterreich-Ungarns, Montenegro zur Räumung von Skutari zu zwingen, nicht aber Gebietsbesetzungen zu veranlassen. Diese Auffassung billigte und unterstützte die deutsche Regierung.¹⁾

Gewiß rechnete der italienische Minister nicht darauf, daß die österreichisch-ungarische Regierung nachgeben werde. Sie wünschte ihr Hindernisse in den Weg zu legen, ihre Absichten zu vereiteln, sich zugleich als Protektor Montenegros, des Landes, in welchem der Vater der italienischen Königin herrschte, geltend zu machen.

Anläßlich der Kontroverse erbat sich San Giuliano den Rat seines Vorgängers Tittoni. Dieser antwortete am 30. April 1913 folgendermaßen: „Die Spitzfindigkeiten der Vertreter Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, die sich an den Wortlaut des Artikels VII klammern, sind wertlos. Der Sinn desselben ist klar; eine jede Störung des Gleichgewichtes zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn würde nicht nur den Artikel VII, sondern den ganzen Vertrag verletzen. An dem Tage, an welchem Oesterreich-Ungarn die Störung des Gleichgewichtes an der Adria beabsichtigen sollte, würde der Dreibundvertrag aufhören zu bestehen.“

Die Gefahr eines Konfliktes zwischen den Bundesgenossen des Dreibundes wurde dadurch abgewendet, daß sich der König von Montenegro entschloß, nachzugeben; doch tat er dies in einer für Oesterreich-Ungarn verlegenden Weise. Am 4. Mai teilte er dem englischen Minister des Aeußern mit, „seine und seines

¹⁾ Ueber diese Vorgänge erhalten wir Kenntnis aus den Enthüllungen Tittonis, des italienischen Botschafters in Paris, die in den ersten Tagen des Monats Juni 1915 erfolgten.

Volkes Würde verbiete ihm, sich der Drohung einer Macht zu fügen; er lege das Schicksal Stutariis in die Hände der Großmächte“.

Trotzdem das Benehmen der italienischen Regierung im Widerspruche mit den Bundespflichten stand und geeignet war, ernste Besorgnisse einzulösen, ließ die österreichisch-ungarische Regierung ihre Verstimmung nicht durchblicken, arbeitete weiter mit dem unverlässlichen Bundesgenossen an dem Aufbau Albaniens und unterstützte sogar mit Erfolg Italiens Wunsch, demgemäß die Entscheidung über die okkupierten Inseln des Ägäischen Meeres erst getroffen werden sollte, nachdem die Bestimmungen des Lausanner Friedensschlusses vollzogen wären.

In seinem Bestreben, den Dreibund vor jeder Erschütterung zu bewahren, ging Graf Berchtold wohl zu weit, als er am 18. November 1913 in seinem den österreichischen und ungarischen Delegationen vorgelegten Exposé behauptete: „Mit Italien standen wir in vollkommenster Harmonie; wir konnten mit ihm gemeinschaftliche Aktionen unternehmen, deren solidarische Durchführung die Intimität der gemeinsamen Beziehungen noch bestärkt hat.“

III.

Die Erfolge, die Serbien in dem ersten Balkankriege erzielte, hatten den großserbischen Wahn in einer derartigen Weise gefördert, daß die österreichisch-ungarische Monarchie sich in ihrem Besistande ernstlich bedroht sehen mußte. Die Gefahr steigerte sich im zweiten Balkankriege, als Serbien auf Kosten Bulgariens eine weitere Vergrößerung erreichte.

In den Tagen, die dem am 10. August 1913 erfolgten Bukarester Friedensschlusse, der Serbiens Besitzwerbungen sanktionieren sollte, vorangingen, faßte die österreichisch-ungarische Regierung den Entschluß, sich in die geschaffene neue Lage nicht zu fügen, sondern die Revision der Friedensbedingungen zu fordern. Da sie aber voraussah, daß diese Aktion von seiten Serbiens auf Widerstand stoßen werde, scheute sie sich nicht, es auf den Krieg ankommen zu lassen, offensiv aufzutreten.

Das Benehmen des kleinen Nachbarstaates, die provokatorischen und agitatorischen Schritte, die es sich seit vielen Jahren zuschulden kommen ließ, genügten, um ein Ultimatum oder auch eine unvermittelte Kriegserklärung zu rechtfertigen.

Graf Berchtold machte am 8. August den Regierungen Deutschlands und Italiens die Mitteilung, daß die Monarchie im Interesse der Sicherung und Verteidigung des eignen Gebietes einen Feldzug gegen Serbien vorbereite, und da diese Aktion als eine defensive betrachtet werden müsse, hoffe sie, daß die beiden Bundesgenossen anerkennen werden, der im Dreibundvertrage vorgesehene Casus foederis sei eingetreten, und daß sie ihren Bundespflichten nachkommen würden.¹⁾

¹⁾ Diese Tatsache erfahren wir aus dem Telegramm, das der italienische Minister des Außern an den abwesenden Ministerpräsidenten richtete und letzterer in der am 5. Dezember 1914 abgehaltenen Sitzung der italienischen Kammern vorlegte: „Austria ha comunicato a noi e alla Germania la sua intenzione di agire contro la Serbia e definisce tale azione come defensiva, sperando applicare casus foederis Triplice Alleanza.“

Es ist auffallend, daß Graf Berchtold im Kriege gegen Serbien auf die militärische Kooperation Italiens rechnete,¹⁾ die als überflüssig erscheinen mußte. Unmöglich kann Berchtold der Ansicht gewesen sein, im Falle eines gegen Serbien geführten Feldzuges, auch wenn dieser einen unbezweifelbaren defensiven Charakter besäße, würde der *Casus foederis* eintreten, und auf die militärische Kooperation Deutschlands oder Italiens gerechnet haben; diese nämlich konnte laut Artikel III nur in dem Falle, wenn einer der Vertragsschließenden von zwei Großmächten angegriffen würde, gefordert werden.²⁾

Wenn er aber trotzdem mit dem Ansinnen an Italien herantrat, konnte er nur von dem Wunsche geleitet sein, sich Klarheit darüber zu verschaffen, welche Stellung dem Unternehmen gegenüber die italienische Regierung einnehmen würde; besonders darüber, ob Italien nicht etwa mit Rußland geheime Vereinbarungen getroffen habe, die es verpflichteten, einen Angriff Oesterreich-Ungarns gegen Serbien zu verhindern, und wenn das nicht gelänge, Serbien zu unterstützen.

Der italienische Minister des Aeußern, indem er dem fern von Rom weilenden Ministerpräsidenten die wichtige Mitteilung zukommen ließ, äußerte die Meinung, es handle sich nicht um einen defensiven Krieg, insofge dessen sei der *Casus foederis* nicht vorhanden.³⁾

Der Ministerpräsident teilte diese Anschauung. Er antwortete: „Es ist klar, daß, wenn Oesterreich-Ungarn gegen Serbien die Waffen ergreift, der *Casus foederis* nicht vorliegt. Es würde eine Aktion auf eigne Verantwortung unternehmen, wobei es sich nicht um die Verteidigung des eignen Gebietes handelt, indem niemand daran denkt, es anzugreifen. Dieses muß in der bestimmtesten Form erklärt werden.“⁴⁾

¹⁾ Wenn Graf Berchtold nur im Falle einer Intervention Rußlands zugunsten Serbiens die italienische Kooperation in Anspruch zu nehmen gewünscht hätte, würde dies in seiner und San Giulianos Mitteilung erwähnt worden sein.

²⁾ Es ist nicht ausgeschlossen, daß Graf Berchtold sich auf den Artikel VII stützte, in welchem sich Oesterreich-Ungarn verpflichtete: „seinen Einfluß geltend zu machen, damit jede territoriale Veränderung (am Balkan), die der einen oder andern Macht nachteilig wäre, hintangehalten werde.“ Graf Berchtold hat auch später verkündet, daß die Monarchie berechtigt sei, „gegenüber einer ohne ihr Zutun erfolgten Aenderung des Status quo am Balkan die eignen Interessen zu wahren“ (20. Juli 1914, Rotbuch Nr. 2). Nun war die Vergrößerung des serbischen Gebietes ohne das Zutun der Monarchie erfolgt und von ihr als für sie nachteilig betrachtet. Aber aus der Bestimmung, daß Italien verpflichtet sei, „seinen Einfluß“ zur Hintanhaltung der Oesterreich-Ungarn nachteiligen territorialen Veränderungen geltend zu machen, war schwer die Verpflichtung abzuleiten, daß Italien der Monarchie in dem Kriege gegen Serbien beistehe.

³⁾ „Noi non consideriamo tale eventuale azione come defensiva e perciò non crediamo esista il *casus foederis*.“

⁴⁾ „Se Austria interviene contro Serbia, è azione che non si verifica il *casus foederis*. È un' azione che essa compie per conto proprio, poichè non si tratta di difesa, poichè nessuno pensa ad attaccarla. È necessario, che ciò sia dichiarato all' Austria nel modo più formale.“

Diese zwei Telegramme enthalten mehr als die Erklärung, daß es sich um einen offensiven Krieg handle und daß der *Casus foederis* nicht vorliege. Sie verkünden offen die Auffassung der beiden Staatsmänner, daß Oesterreich-Ungarn, wenn es von Serbien angegriffen werden sollte und der Krieg einen defensiven Charakter hätte, den militärischen Beistand Italiens in Anspruch nehmen konnte.

Diese Anschauung ist ganz unerklärlich, weil man nicht annehmen kann, daß die beiden Minister die Bestimmungen des Dreibundvertrages nicht kannten oder den klaren Text irrtümlich interpretierten.

Indessen bemühte sich der italienische Minister des Außern sowohl unmittelbar als auch durch die Vermittlung Deutschlands auf den Grafen Berchtold in der Richtung zu wirken, daß die projektierte Aktion unterbleibe.¹⁾ Dieses Vorgehen billigte der Ministerpräsident und äußerte den Wunsch: „es möge Deutschland gelingen, Oesterreich von dem überaus gefährlichen Abenteuer zurückzuhalten.“²⁾

Die intime Natur der gewechselten Depeschen läßt keinen Zweifel zu, daß sich die beiden Staatsmänner offen und aufrichtig gegeneinander ausgesprochen haben. Es ist auch begreiflich, daß sie sich in ihren Mitteilungen auf das Allernotwendigste beschränkten. Aber aus dem, was sie sagen, und aus dem, was sie verschweigen, läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß die italienische Regierung im Sommer 1913

a) entschlossen gewesen sei, die im Dreibundvertrage übernommenen Pflichten zu erfüllen;

b) durch geheime Vereinbarungen zugunsten Serbiens nicht gebunden gewesen sei;

c) im Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens aufrichtig wünschte, Oesterreich-Ungarn möge sein Vorhaben aufgeben;

d) wenn seine Ratschläge nicht erhört worden wären, den Krieg gegen Serbien nicht als eine Verletzung des Dreibundvertrages betrachtet hätte.

Giolittis Hoffnungen gingen in Erfüllung. Oesterreich-Ungarn verzichtete auf seinen Plan und erteilte dem Bukarester Friedensschlusse seine Zustimmung. Deutschland und Italien gelang es diesmal, Serbien vor den strafenden Waffen ihres Bundesgenossen zu schützen.

¹⁾ „Io cerco“ — schreibt er — „concertare con la Germania gli sforzi, per impedire tale azione austriaca.“

²⁾ „È da augurarsi l'azione della Germania per dissuadere l'Austria della pericolosissima avventura.“

Politische und unpolitische Erinnerungen aus Rumänien

(Schluß)

Man muß es als ganz besonderes Verdienst der Heeresverwaltung, insbesondere der Kriegsminister Manu, Lahovary, Sturdza, Grainiceanu, Filippescu und hochbegabter Generale wie Coanda, Georgescu, Ghenea, Iliescu und des über die Grenzen seines engeren Vaterlandes als einer europäischen artilleristischen Kapazität bekannten Obersten Rudeanu betrachten, die rumänische Armee technisch in hervorragender Weise ausgerüstet zu haben. So sind die Infanterie mit einem vorzüglichen kleinkalibrigen Mannlichergewehr, die Artillerie mit ganz modernen Kruppschen Geschützen ausgerüstet, welche letztere sogar über moderne Ehrhardtsche Einheitsgeschosse — Granate und Schrapnell in einem Geschosse verbunden und beiden Zwecken dienlich — verfügt. Die rumänische Heeresverwaltung war mit der norwegischen, amerikanischen und holländischen die erste, welche nach jahrelangen, außerordentlich kostspieligen und eingehenden Versuchen, dies seit lange allen Artilleristen vorschwebende Problem löste und mit diesem Geschosse ihre gesamte Feldartillerie dotierte.

Das Offiziercorps der kleinen, aber mit gutem Torpedobootsmaterial ausgerüsteten Marine hat seine Schulung meist in Pola genossen. Der rumänische Seeoffizier gedenkt mit Vergnügen seiner Erinnerungen von der Adria und der Kameradschaft unter dem rotweißen Banner, und will man unverfälschten „Weaner“ Dialekt hören, so ist das im Marineministerium möglich.

Die Taktik im Manöver vor einigen zwanzig Jahren war nicht immer ganz einwandfrei — man hat auch in manchen andern Armeen zu jener Zeit noch mancherlei Paradebilder sehen können — aber um so deutlicher war dann das energische Eingreifen des Königs zu bemerken, und in ganz hervorragend aufmerksamer Weise wurden bereits am nächsten Tage die gerügten Fehler vermieden.

Wenn sich die Kavallerie Fehler zuschulden kommen ließ, so erlaubte sich allerdings manchmal der russische Militärattaché boshafte Kritiken, die man ihm als vorzüglichem Reiter weniger verübeln konnte. Auch ist das rumänische Volk, der Natur seiner durchweg angebauten Felder und seines noch nicht ganz genügenden Pferdmaterials nach, weniger ein Reitervolk wie etwa das ungarische mit seinen weiten, menschenleeren Büschen, oder einzelne russische Steppenvölker. Jedenfalls hat aber auch die Kavallerie dank der Aufmerksamkeit König Carols und besonders in letzter Zeit dank ihrem ganz hervorragenden Führer und Lehrmeister, dem sportbegeisterten König Ferdinand, der selbst ein unerschrockener, eleganter und rücksichtsloser Reiter ist, außerordentlich viel gelernt und wird auch im Ernstfalle ihrem Führer nicht versagen.

Die Kosaken — wie Baron Taube einer war — braucht sie nicht mehr zu fürchten.

Zum Schlusse der Manöver erhielten wir eine Einladung zur Besichtigung der Curtea de l'Argeş, eines alten byzantinischen, mitten in den Karpathen liegenden Domes.

Künstlerische und historische Erinnerungen hat Rumänien sonst wenige.

Die Trajanszeit verkörpert das Grabmal bei Costanza, die Stadt Turnu Severin mit Brückenresten und der hochinteressante römische Treidelweg in den Stromschnellen des Rasanpasseş, oberhalb des Eisernen Tores. Hier hatten die Römer an der senkrechten Felswand einen viele Kilometer langen Saumpfad auf Holzstreben erbaut, deren Balkenlöcher noch in der Felswand zu sehen sind. Auch eine römische Gedenktafel in der Felswand verehrt das Werk Trajans.

In den Karpathen findet man einzelne malerische alte Klöster und noch ältere Ruinen von Deutschherrenritterburgen, die ja auch zum Teil Siebenbürgen besiedelt haben.

Für den Mangel an historischen Erinnerungen entschädigen aber den Wanderer die herrliche Natur in den Karpathen und der Wild- und Fischreichtum in den Donauauen, besonders in der Nähe der Schwarze-Meer-Küste.

Die rumänischen Karpathen sind fast durchweg mit hochstämmigen Rot- und Weißtannen bedeckt, nur in den niederen Regionen und nach dem Banat zu finden sich ausgedehnte Buchen- und Eichenwälder.

Leider sind die rumänischen Karpathen, ihrem Kaltboden und der südlichen Lage entsprechend, nicht sehr wasserreich; sie entsenden nur einzelne, in ihrem Wasserstande außerordentlich wechselnde Zuflüsse zur Donau. Dabei war an verschiedenen Stellen eine Raubwirtschaft in den Wäldern durch wenig skrupulöse ausländische Holzhändler und begünstigt durch mangelnde Forstgesetze zu bemerken.

Seit einigen Jahren hat man eingesehen, daß durch die vielen und großen Kahlschläge und die fortschreitende Entwaldung der Wassermangel zu einer Katastrophe werden müsse, und sucht gesetzgeberisch einzuschreiten. Ebenso soll dem Wilde jetzt ein größerer Schutz gewährt werden, wie bei den sehr demokratischen Jagdgesetzen ursprünglich vorgesehen war.

Der Fischreichtum in der Donau und ihren Nebenarmen ist außerordentlich groß und wird von der königlichen Domänenverwaltung in ganz hervorragender Weise gepflegt und gefördert. Der kostbarste Fisch ist der Donauaesterlet, infolge seiner großen Verbreitung und Preiswürdigkeit fast zu einem Volksnahrungsmittel geworden. Auch wird bis nach Belgrad hinauf ein sehr guter Störkaviar gewonnen. An den Stromschnellen ist der Donaulachs — der rote Huchen (*Salmo hucho*) — noch häufig, nach der Mündung zu sind in großen Massen Karpfen, Bärse und Quappen, in Oesterreich auch Waller genannt, die größten europäischen Binnenwasserfische, zu Hause.

Das Domänenministerium ist so ziemlich das einzige, das sich in seiner Zusammensetzung ohne Rücksicht auf Parteigruppierungen fast stets ungeschmälert zu erhalten weiß. Sonst wechseln die Ministerien bei jedem Kabinettssturz wie in England oder in Amerika. Auch in Rumänien kennt man wie dort eigentlich

nur zwei Parteien — die Liberalen und die Konservativen, wie die Whigs und Tories, die Republikaner und Demokraten.

Aber wie in England die Parnelliten und Sozialisten, so haben sich auch hier einzelne Sektierer abgetrennt, die aus egoistischen Gründen das Bünglein an der Wage bilden möchten und diesmal mit den Liberalen, dann mit den Konservativen mitlaufen oder der regierenden Partei Opposition machen. Sie heißen mit ihrem sonderbaren Namen Konservativ-Demokraten.

Ihr Hauptvertreter ist der Advokat Tate Jonescu, zweifellos eine hochbegabte, interessante Persönlichkeit von schärfster, schnellster Auffassung und glänzendster Rednergabe. Aber ein Demagoge!

Seine forensische Tätigkeit soll ihm 600 000 Lei im Jahre einbringen, seine Gastfreundschaft und noblen Passionen ihm und seiner Gattin — einer ebenso schönen wie klugen Engländerin — noch viel mehr kosten. Die englischen Sympathien sind bei ihm daher nicht sehr verwunderlich.

Um russische Sympathien in Rumänien zu haben, muß man schon, wie dies Herrn Konstantin Mille, dem Direktor des „Adeverul“, des russophilen Heftblattes, nach Zeitungsnachrichten jüngst passierte, in der Lage sein, eine Banknotentasche, mit 80 000 Rubel gefüllt, auf der Straße verlieren zu können. Französische Sympathien soll Herr Filippescu haben, ein konservativer Führer, vielleicht aus Opposition gegen die herrschende Regierung, früher hatte er sie nicht.

Ehrlicher, offener und konsequenter in ihren Ueberzeugungen sind jedenfalls die konservativen Parteiführer Carp, Majorescu und Marghiloman.

Ihre ganze klare, einfache und würdevolle Lebensauffassung hat nichts mit den republikanischen Gaukeleien und politischen Phantastereien der Männer an der Seine zu tun.

Sie sind Männer Goethes und Bismarcks, aber nicht Voltaires und Mirabeaus.

Carp und Majorescu bilden den Typus des vornehmen Staatsmannes und Gelehrten, Marghiloman den des reichen, sportliebenden Magnaten, die wohl wissen, welches Elend der Krieg über ihre Bauern, ihre Felder, ihre Schlösser und ihre Heimat bringen würde. Denn alle drei sind Bojaren, wie alle Regierungsleiter, alle Konservativen und fast alle Liberalen; die politischen Ziele Rumäniens sollten daher auf dem Gebiet einer vernünftigen Wirtschaftspolitik liegen, die vor allem die Vorteile und Fortschritte der Landwirtschaft und Industrie im Auge behält. Es scheint daher auch, daß diese Bestrebungen in letzter Zeit an Boden gewannen und nur wenige Schreier, die nichts zu verlieren haben, einem unvernünftigen Kriege, der Rumänien ruinieren könnte, das Wort reden.

Bedauerlich ist nur, daß diese Einsicht so spät gekommen ist und ein übermäßiger Fiskalismus in Gestalt von Ausfuhrzöllen und Verboten die Ausfuhr des rumänischen Ueberflusses an Brotgetreide und Delprodukten nahezu zu verhindern gewußt hat.

Sehr zum Schaden der Produzenten, deren Unzufriedenheit immer größere Kreise ziehen muß und zum Sturze des Kabinetts führen kann, wenn nicht Remedur geschaffen wird. Das wäre teilweise zu bedauern, da die Verdienste des talblütigen und taktvollen Ministerpräsidenten Bratianu um die Erhaltung des Friedens nicht hoch genug angeschlagen werden können.¹⁾

Ein weit größerer französischer Einfluß als — Gott sei Dank — in der Politik, wo man nicht mit solcher Verehrung auf die republikanische Schwester schielt wie in Italien, zeigt sich in der rumänischen Lebenshaltung und Kunststrichtung. Gesellschaftliche Formen nehmen sich den guten Ton des Faubourg St. Honoré zum Muster, man parliert meistens Französisch, und die nach Rumänien importierte Kunst zeigt einen direkt pariserischen Einfluß, hier und da mit etwas wienerischem Einschlag.

In den reichen Häusern finden sich zum Teil außerordentlich kostbare Kunstwerke, neben ganz roher und geschmackloser Handelsware — dem, was man in Westeuropa unter „Kitsch“ zu verstehen pflegt.

Öffentliche Denkmäler und Anlagen finden sich selbst in der Hauptstadt nur in geringer Anzahl — sie hat sich dafür zu schnell und amerikanisch entwickelt; eine vorsorglichere Stadtverwaltung, wie etwa in Berlin, München und Wien, hat ihr infolge der politischen Unstetigkeit gefehlt, und damit fehlen auch weitausschauende, großzügige und einheitliche Pläne fast auf allen Gebieten.

Die städtische Architektur ist sehr unregelmäßig.

Neben herrlichen Palästen, wie dem Postgebäude, den Stadtpalais der Fürsten Cantacuzeno und Souzo (jetzt Ministerium des Außern) finden sich elende Hütten und einstöckige Häuser an ungepflasterten, schmutzigen Straßen. Aber auch die Prachtpalais sind nur aus verputztem Ziegelmauertwerk erbaut, das zum Teil mit mehr oder weniger überladenen Zementstuck verziert ist. Die Häuser sind größtenteils einstöckig, der Erdbeben wegen, die in den großen Palais schon manche Verwüstungen angerichtet haben.

Die Hotels sind in Bukarest außerordentlich teuer und bieten geringen Komfort, dagegen ist durchweg die Küche, welche der wienerischen und ungarischen ähnelt und noch etwas gewürzter ist, sehr schmackhaft.

Hervorragende Zigeunerkapellen — der rumänische Zigeuner ist vielleicht noch musikalischer als der ungarische — sorgen für die Abendunterhaltung.

Im „Athenaeum“ werden vorzügliche Konzerte gegeben — auch eine permanente Kunstausstellung ist in seinen Räumen untergebracht. Ein städtisches Theater mit guten Kräften kann auch einem verwöhnteren Geschmack genügen, geringere Ansprüche müssen schon an die Musikhallen und unvermeidlichen Kinos gemacht werden.

Die französische Industrie hat sich neben dem Kunstgewerbe auf dem Markte der Kraftwagen Einfluß erworben, amerikanische Produkte zeigen sich bei den

¹⁾ Mittlerweile ist das rumänische Finanzministerium zur Einsicht gekommen und hat entsprechende Ausführungsregeln veranlaßt.

landwirtschaftlichen Maschinen, englische — besonders Glasgower — Schiffbau-firmen und der ungarische Danubius teilen sich in den Bau der Donau- und Schwarze-Meer-Dampfer. Neben dem deutschen Kapital arbeitet französisches, englisches und in letzter Zeit besonders amerikanisches auf dem Gebiete der Petroleumindustrie.

Es wäre zu bedauern, wenn der amerikanische Standard Oil Trust größeren Einfluß gewänne, da das galizische und rumänische Petroleum für die Del-versorgung der ganzen Mittelmächte ausreicht und diese vom Bezuge des ausländischen — insbesondere amerikanischen — Petroleums vollständig unabhängig machen würde.

Es ist zu erhoffen, daß nach dem Kriege in dieser Richtung durch zweck-entsprechende Zollmaßregeln Schritte getan werden, denn niemand in Deutschland wird auf das so überaus selbstsüchtige und mißgünstige Verhalten der Amerikaner in diesem Kriege mit besonderer Sympathie zurückblicken können.

Das gleiche gilt von der Unterstützung der rumänischen Land- und Forst-wirtschaft. Auch in dieser Beziehung ist Rumänien ein starker Konkurrent Nord-amerika; Rumäniens intensivere Heranziehung kann daher für beide Teile nur von Vorteil sein.

Sein landwirtschaftliches Hauptprodukt — der Mais — ist qualitativ wie quantitativ vollständig ausreichend, um in Verbindung mit der Produktion Ungarns und Galiziens die Bedürfnisse der Mittelmächte vollständig zu befriedigen und den amerikanischen Kulturuz vom Markte zu verdrängen.

Eine Verbesserung und Vermehrung der Donauschiffahrt bis Regensburg würde hierbei von großem Vorteil sein.

Die Bedürfnisse der Landwirtschaft und Petroleumindustrie haben den König in erster Linie zur Schaffung des vorzüglichen Hafens von Costanza mit seinen großartigen Silo- und Lantanlagen veranlaßt.

Der König betrachtete die Gründung des Costanzahafens als eine seiner vornehmsten Lebensaufgaben, die erst der Erwerbung der Dobrudscha die rechte Bedeutung gab.

Die Fortführung der Orientseisenbahn dorthin mit der kilometerlangen Donau-brücke von Cernavoda, die direkte, viele hundert Kilometer lange Rohrleitung aus den Delgebieten von Campina und Buzenari und endlich die vorzügliche Schiffsverbindung von Costanza nach Konstantinopel auf geräumigen, schnell-fahrenden, mit Del geheizten, eleganten Dampfern gaben dem Hafen seine volle Ausnutzungsfähigkeit. Die Fortführung dieser rumänischen Schifffahrtslinie mit Hilfe des Norddeutschen Lloyd bis Alexandrien und damit der Anschluß an die internationalen Linien und den Weltverkehr und die Legung eines eignen, von England unabhängigen Seelabels nach Konstantinopel mit Hilfe deutschen Kapitals und deutscher Industrie waren weitere Schritte zum Emporblühen des Hafens und zur Selbständigkeit des rumänischen Handels.

Eine größere Industrie auf allen Gebieten, die den Bedürfnissen des Landes vollständig gerecht werden könnte, hat sich bisher noch nicht in

Rumänien entwickelt. Rumänien ist in dieser Beziehung noch auf starke Einfuhr angewiesen.

Selbst die Zuckerindustrie, die infolge hoher Schutzzölle und der zur Kultur der Zuckerrübe vielfach außerordentlich geeigneten klimatischen und Bodenverhältnisse eine große Zukunft haben sollte, hat bisher noch nicht sehr emporblühen können. Es liegt dies zum Teil an den noch ungeschulten Arbeitskräften.

Mit einer klimatischen Schwierigkeit hat natürlich auch der Zuckerrübenbau — wie die ganze rumänische Landwirtschaft — zu kämpfen, der zeitweiligen Wassernot in einem heißen, niederschlagarmen Sommer. Und diese große Kalamität steht wieder in Wechselbeziehung zu der außerordentlichen Entwaldung der rumänischen Tiefebene, die jetzt bereits leider in die Karpathen überzugreifen droht.

Ein Caveant Consules! an die rumänische Gesetzgebung ist hier angebracht.

Das wirksamste Mittel, eine Entwaldung zu verhüten — wie es sich seit Jahrhunderten in Oesterreich-Ungarn bewährt hat —, besteht zweifellos in der Festlegung großer, selbständig verwalteter und mit möglichst kleinem Abtrieb bewirtschafteter Waldkomplexe, mögen dieselben nun in der Hand des Staates, der Kirche oder anderer Korporationen, der Gemeinden oder reicher, pekuniär unabhängiger Privatpersonen, möglichst in Gestalt von Waldfideikommissen, sich befinden.

Leider aber verlangt der Landhunger des rumänischen Bauern immer weitere Aufteilung der Domänen und des Kirchenbesitzes — er wird aus demagogischen Rücksichten von gewissenlosen, Wahlstimmen werbenden Politikern hierin unterstützt. Einzelne reiche Bojaren oder die Regierung selbst verschachern weite Waldstrecken an in- und ausländische Unternehmer zum Abtrieb, ohne daß diese sich die Mühe gäben oder gesetzlich gezwungen würden, die nötigen Wiederaufpflanzungen vorzunehmen.

Trotz dem sehr großen Verbrauch der rumänischen Regie, die ganz vorzügliche Zigaretten fabriziert, ist Tabak wenig im Lande angebaut; beim Erwerb Bessarabiens, das vorzüglichen Tabak produziert, würde sich das wesentlich ändern.

Der Weinbau steht auf hoher Stufe und wird durch einzelne Großgrundbesitzer, wie die Ghilas und Cantacuzenos, sehr gefördert. Die beste Weingegend liegt bei Dragasani. Aber auch in Bessarabien gibt es vorzügliche Marken. Ob die Rumänen sie ihr Eigen nennen werden?

Zu gönnen wäre es dem schönen Lande, sich nach dieser Seite hin zu entwickeln!

Aber freilich, noch nicht allzulange glaubte man den gleichnerischen Versprechungen der Ententediplomaten und schielte nach der Erbschaft des angeblich so morschen österreichisch-ungarischen Staates — nach dem Banat, der Bukowina, Siebenbürgen! Mit einem nassen, einem trockenen Auge!

Denn kaum ein Rumäne des Königreichs konnte im Zweifel darüber sein, wie gut es doch eigentlich die Rumänen unter dem Doppelaar und der Stephanskrone haben (es wird ihnen zweifellos noch besser ergehen nach den vielen Beweisen von Loyalität und Tapferkeit, die sie im Feldzuge gezeigt haben), welchen

Wohlstandes sie sich erfreuen und wie wenig sie — genau wie die Triestiner und Welschtiroler — die Vereinigung mit dem Mutterlande herbeisehnen, die sie zunächst nur die Vernichtung ihrer Heimstätten kosten würde.

Und da die rumänischen Politiker klüchtige Strategen, die Generale aber schlaue Politiker sind, ist wohl niemand sich über die ungünstige strategische Stellung gegenüber einem Einbruch aus Ungarn im unklaren, während ein Einmarsch in das offene Mesopotamien, wenn die siegreichen Armeen der Mittelmächte die linke Flanke decken — die rechte ist ohnehin durch das Meer gesichert, das die Russen nicht beherrschen —, mit verhältnismäßig schmaler Front und langen, voll ausnutzbaren, absolut geschützten rückwärtigen Verbindungslinien nicht zu den schwersten militärischen Problemen gehört.

Wann wird dieser Einmarsch erfolgen?

Es bedeutet die Zukunft Rumäniens, hier den richtigen Augenblick, der sich bald bieten kann, nicht vorübergehen zu lassen und die politische enge Verbindung mit den Zentralmächten anzubahnen, die militärisch und wirtschaftlich gegenüber dem drohenden Slawenreiche natürlich und geboten ist!

Schon beginnt auch für Rumänien der neue Tag anzubrechen, der die Balkanvölker von der Bemutterung Rußlands befreit — und Mütterchen Rußland konnte seit 1878 häufig recht unbequem werden —; die Dämmerung zog herauf, als Rußland verhindert wurde, sich mit Hilfe der Entente Konstantinopels zu bemächtigen und das Schwarze Meer zu einem russischen See zu machen, und heller leuchtet das Tagesgestirn, nachdem der ewige Störenfried, die Serben, niedergeworfen wurde!

Möge es zum Frieden und Emporblühen des schönen Dazierlandes und seiner liebenswürdigen Bewohner erstrahlen!

Die Finanzen Deutschlands und seiner Gegner in Krieg und Frieden

Von

Eberhard Gothein

Professor an der Universität in Heidelberg

Ein Feldherr des Dreißigjährigen Krieges, Montecuculi, hat auf die Frage, was das Wichtigste im Kriege sei, bekanntlich geantwortet: Erstens Geld, zweitens Geld, drittens Geld — und unzählige Male ist dieses dem bürgerlichen Menschenverstande so einleuchtende Schlagwort seitdem wiederholt worden. Allein schon 150 Jahre früher war von dem größten Dilettanten, der über Kriegswesen geschrieben, von Machiavelli, diese Ansicht im voraus bekämpft und widerlegt worden; er hatte durch den Vergleich seines kapitalreichen Vaterlandes mit der armen, aber volksträchtigen Schweiz den Erweis erbracht und die Mahnung

daran geknüpft, daß nicht das Geld, sondern die Kriegstüchtigkeit des Volkes das Entscheidende sei. Für ein Zeitalter der Solbheere mag Montecuculi recht haben, und der Minister jenes Staates, der sich bis vor kurzem auf reine Solbheere verlassen hat, um erst jetzt notgedrungen Schritt um Schritt zum Volksheer zu gelangen, Lloyd George, konnte im Beginn des Krieges mit einer geringen Aenderung das alte Wort dahin erneuen: „Derjenige Staat werde Sieger sein, welcher die letzte silberne Kugel zu versenden habe,“ worunter natürlich England zu verstehen war; aber die Erfahrungen aller Kriege seit der Französischen Revolution belehren uns vom Gegenteil; und wenn wir heute eine Rangordnung aufstellen wollten, so würde sie vielleicht dahin ausfallen: das erste und wichtigste im Kriege ist die Volkskraft, das zweite die gute militärische und diplomatische Führung, das dritte die leistungsfähigste Bewaffnung und erst das vierte: das Geld, die Finanzen.

Räumen wir ihnen demnach erst die letzte Stelle ein, so ist doch auch sie bedeutsam genug, nicht nur für den Krieg selber, sondern vor allem auch für den Frieden, der ihm nachfolgt und um dessentwillen er geführt wird. Zumal in Kriegen, die zuletzt ein Wettlauf um die Erschöpfung werden, kann Lloyd Georges Wort eine gewisse Wahrheit erlangen. Auch Friedrich der Große hat gemeint, daß er den Siebenjährigen Krieg, der zuletzt diesen Charakter trug, gewonnen habe, weil er noch für ein Jahr Geld im Kriegsschatz und Getreide in den Magazinen gehabt habe; jedenfalls haben diese Mittel ihm dazu dienen können, das „Retablissement“ Preußens im Frieden so glänzend durchzuführen. Heute rechnen unsre Gegner auf einen solchen Erschöpfungskrieg gegenüber Deutschland, während er in Wahrheit Rußland und Frankreich eher drohen dürfte. Uns aber hat es weniger Sorge zu machen, wie wir diesen Krieg finanziell durchhalten und die Volkswirtschaft während seiner Dauer im Gange erhalten, als vielmehr, wie wir im Frieden, in den sich diese Aufgaben fortsetzen, ihnen gerecht werden. Eines ist klar: Dieser Krieg, der in allen Stücken eine neue Epoche für Deutschland bedeutet, muß auch grundsätzliche organisatorische Veränderungen in unsre Finanzen bringen, damit in Zukunft ihr Aufbau in besserem Einklang mit dem Aufbau des Reichs, mit seinem Verhältnis zu den Einzelstaaten, mit seinen innern und äußern Aufgaben stehe als bisher.

Fünfundvierzig Jahre haben wir in einem latenten Kriegszustand gelebt, ehe er zuletzt zu einem offenen ausgebrochen ist. Bismarck hat am Ende seiner Laufbahn in einer Art von politischer Schlußabrechnung in einer seiner berühmtesten Reden gezeigt, wie fast jedes Jahr seit 1871 ein Krieg gedroht habe und immer durch Redlichkeit und diplomatische Kunst beschworen worden sei. Wir haben uns vielleicht in einem zu weitgehenden optimistischen Fatalismus politisch damit abgefunden; auf den Finanzen des Reichs aber hat der Schatten der beständigen Kriegsdrohung gelegen; und da die Finanzen zu den lichtbedürftigen Gewächsen gehören, konnten sie sich in ihm nicht gesund entwickeln. Sie hätten es besser können, wenn ihre Organisation von Anfang an ihren Aufgaben angemessener gewesen wäre. Die deutsche Reichsverfassung, die doch

anfangs nur ein Werk mühsamer Vermittlung, behaftet mit allen Schwächen eines Kompromisses zu sein schien, hat sich in allen andern Stücken glänzend bewährt und ohne nennenswerte Schwierigkeiten organisch fortentwickelt; nur in ihren finanziellen Bestimmungen war sie sogleich ein Nothbehelf. Sie versagte bald völlig, als jener Wettlauf der Rüstungen und Umrüstungen begann, der eben jenen latenten Kriegszustand ausmacht, als jene Schlachten auf den Schießplätzen und den Werften geschlagen wurden, die zwar den Frieden immer wieder auf eine Spanne Zeit sicherten, aber ganz gewaltige Kriegskosten mit sich brachten. Die Unzulänglichkeit des finanziellen Zustandes zeigte sich auf Schritt und Tritt; alles, was dagegen geschah, war Stückwerk, ein Flicker auf ein altes Kleid.

Das grundlegende System der Matritularbeiträge war die einzige Einrichtung, die wir dem alten heiligen Reiche entlehnt hatten; es versagte sofort, als es ernsthaft angewendet werden mußte; es zeigte sich sogar ganz gegen die Absicht, die man mit ihm verfolgt hatte, als ein System der Ungleichheit gerade für die schwächeren Schultern. Stundungen, Nachlässe wurden nötig, gerade wie es im alten Reich gewesen war. Eine „Veredelung“ durch Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit wurde angestrebt und erwies sich als ein ungangbarer Weg. Im Grunde war das ganze System ein Schein geworden, eine bloße Rechnungsmanipulation, mit der man das Geld in die eine Tasche der Einzelstaaten tat, um es aus der andern wieder herauszunehmen. Bismarck, der von ihm sehr bald eine Reichsverdrossenheit befürchtete, zumal durch sie das Verhältnis von Reichstag und Einzellandtagen immer verwickelter wurde, ging mit steter Energie, aber nicht immer mit glücklicher Hand damit vor, das Reich finanziell selbständig zu machen, um es aus der Rolle eines „lästigen Kostgängerz“ zu der geschätzteren eines freigebigen Sponsors zu erheben. Auch dieser Weg stellte sich als ein Nothbehelf heraus, und der schöne Traum der ständigen Ueberweisungen aus der Reichskasse an die Einzelstaaten zerging nach einigen Jahren wieder. Daß die Ausnützung von Schutzzöllen als Finanzzölle schon begrifflich und nun vollends in der praktischen Anwendung nur ein zeitweiliger Behelf sein kann, bedarf erst keiner Begründung. Aber auch indem das Reich seine inneren Verbrauchssteuern entwickelte und auf einem Einzelgebiete, dem der Branntweinsteuer, auch das System der Gewinnbeteiligung der Gliedstaaten sich gut bewährte, mußte man dennoch auch hier die künstlichsten Kompromisse schließen.

Da immer nur eine unzulängliche Maßregel zu einer früheren unzulänglichen hinzugefügt wurde, so entfernte man sich in allen Steuerfragen des Reichs immer mehr von jener systematischen Einheit, in der die Stärke der Finanzen unsrer Gegner, zumal Englands, aber auch Frankreichs, besteht. Der Kredit mußte ausbelfen — Schulden, die zur Deckung eines Defizits dienen müssen, sind aber der schlimmste der Nothbehelfe, wenn man die Dauer oder die ziemlich sichere Wiederkehr eines solchen Zustandes vorherseht. Das war hier der Fall; denn bei der Teilung der Aufgaben war dem Reich die undantbare Hälfte,

Heer und Marine, zugefallen — gewiß eine segensreiche Notwendigkeit, die aber in ihren finanziellen Folgen zu dem absurden Zustand führte, daß die Einzelstaaten oder wenigstens der größte und reichste immer mehr ihre Schulden abstoßen und zur Vermögenssammlung übergehen konnten, während das Reich rasch zu der erheblichen Summe von etwa 5 Milliarden Schulden, denen kein Vermögen gegenüberstand, gelangte. Da war es ein schlechter Trost, daß schließlich doch die Finanzkraft der Einzelstaaten hinter dem Reiche steht.

Das ganze finanzielle Verhältnis zwischen beiden verschob sich immer mehr. Es mußte zu einer Auseinandersetzung kommen, und die Gefahr, daß sie einer Liquidation ähnlich sehen werden, war keineswegs ausgeschlossen. Es ist in aller Erinnerung, wie Fürst Bülów durch einen großgedachten Reformplan diesem Zustand ein Ende machen wollte. Neben einer starken Erhöhung der Verbrauchssteuern sollte zum ersten Male dem Reiche das Gebiet der Personalsteuern erschlossen werden, indem das Reich den einzigen Zweig derselben, der noch nicht von den Einzelstaaten stark in Beschlag genommen war, die Erbschaftssteuern, heranziehen wollte. Der Plan scheiterte, da mit ihm eine neue Orientierung der inneren Politik verbunden war und der kluge Rechner die Imponderabilien der Parteien nicht richtig geschätzt hatte. Bülów selber stürzte darüber, und so bedeutend war der Eindruck, daß man auch unter veränderten Verhältnissen nicht zum Auskunftsmittel der Erbschaftssteuern zurückzulehren wagen durfte. Die alleinige Erhöhung der Verbrauchsabgaben sprach jedoch jeder sozialen Rücksicht, die heute in der Haushaltsordnung jedes entwickelten Staates eine entscheidende Rolle spielt, so offen Hohn, daß man binnen kurzem zu andern ergänzenden Steuern seine Zuflucht nehmen mußte. Man suchte sie aus allen Ecken und Enden zusammen; jede einzelne für sich unvollständig, sie alle notdürftig zusammengeleimt, so tragen sie die Zeichen der Gelegenheits- und Verlegenheitsprodukte deutlich an sich.

In diesem chaotischen Zustande, der schließlich das Ergebnis aller dieser „großen und kleinen Finanzreformen“ war, meldete sich wohl gar die selbstzufriedene Routine, der schlimmste Feind der Reform. Finanzbeamte und auch jene wenigen fleißigen Parlamentarier, die aus langer Übung den Ariadnefaden durch die Irrgänge des Budgets zu finden wissen, und die das Scheitern so vieler Reformversuche in frischer Erinnerung hatten, lebten sich in dieses systemlose System ein. In manchen Einzelstaaten kannten schon die vielgeplagten Finanzleute keinen höheren Gesichtspunkt mehr, als nur den Einbruch des Reiches in das wohlumhegte Gebiet ihrer Einnahmequellen zu vermeiden. Sie verwahrten sich eifrig und mit Recht davor, wenn man sie deshalb als Partikularisten ansprach, und wiesen auf ihre Sorgen, auch nur im eignen Lande auszukommen und besonders auf die bereits schwere und doch notwendige Belastung der erwerbenden Stände durch die Ertragssteuern hin. Wohin sollte es kommen — so urteilen sie —, wenn auf der einen Seite diese von den Kommunen nach dem Vorbilde Preußens immer lebhafter begehrt wurden und auf der andern das Reich nach den Personalsteuern seine Blicke richtete!

Die fremden Staaten, jetzt unsre Gegner, haben sich im ganzen wohl ziemlich wenig um unsre finanziellen Zustände gekümmert, sonst hätten sie aus ihnen mit mehr Recht, als sie es sonst taten, einen Schluß auf die Zerfahrenheit Deutschlands ziehen können, die sehr wohl als Schwäche ausgelegt werden konnte. Endlich brachte die große, allgemeine Spannung, wie sie dem Kriege voranging, den Entschluß zum Wehrbeitrag; mit ihm jenen gefürchteten Einbruch des Reichs ins Gebiet der Personalsteuern und gerade jener beiden, die man bisher so ängstlich gehütet hatte: Vermögenssteuer und Einkommensteuer in organischer Verbindung. Einer persönlichen Initiative des Kaisers, einem plötzlichen Aufschwung des Verantwortlichkeitsgefühls der besitzenden Stände, die gerade durch den Eindruck solcher Opferwilligkeit hoffen konnten, den Frieden zu sichern, verdankte er seinen Ursprung. Er wollte von vornherein nichts anderes sein als ein einmaliger Nothbehelf, und ist insofern noch eine letzte Bestätigung dafür gewesen, daß man auf normalem Wege, der Dauer versprach, nicht vorwärts kam. Die Umstände und die Art seiner Erhebung haben es dahin gebracht, daß dieser Wehrbeitrag schon zum Theile ein Kriegsbeitrag geworden ist.

Dieser gewiß nicht erfreuliche Zustand der Reichsfinanzen hat indessen nicht gehindert, daß das deutsche Volk dank diesem selben Reiche fortwährend an Wohlstand, also auch an finanzieller Leistungsfähigkeit zunahm, und daß es für jeden Wechselfall der Zukunft gerüstet war. Es hat zwar nicht an düsteren Bildern der wirtschaftlichen Schrecknisse, die schon der Ausbruch eines Krieges mit sich bringen müsse, gefehlt, aber auch nicht an sorgfältigen Erwägungen über unsere Kriegsbereitschaft. Sie wurden in den letzten Jahren vor dem Kriege, als man aus den politischen Krisen schon gar nicht mehr herauskam und jede folgende bedrohlicher war als die vorhergehende, ein Lieblingsgegenstand kluger, junger wie alter Volkswirte. Blicken wir auf sie zurück, so zeigen sie jedoch, was ihnen keineswegs zum Vorwurf gemacht werden kann, neben vielem Richtigen auch Befürchtungen, die nicht eingetreten, Vorschläge, die undurchführbar gewesen sind. Allerseits wurde richtig erkannt, daß in der Stärkung des Barvorraths der Reichsbank die beste Sicherung liege; und der ausgezeichneten Erziehung, die der Reichsbankpräsident den privaten Banken zuteil werden ließ, sowie der bereits vor dem Krieg vollzogenen, wenn auch einstweilen noch oberflächlichen Bekanntschaft des Publikums mit den kleinen Noten war es zu danken, daß dieser Ratschlag verwirklicht werden konnte. Jedoch es wurde auch — vom Standpunkt friedlichen Verkehrs mit vollem Recht — besonderer Nachdruck darauf gelegt, fremde Devisen zu erwerben, damit bei Kriegsausbruch genügend Geld von außen hereingenommen werden könne und unser Umlauf möglichst wenig gestört werde; hegte man doch vor seiner Unterbrechung die größten Sorgen. Und wenn man auch den Zwangskurs der Banknote nicht völlig ablehnte, so erschien er doch als das letzte bedauerliche Hilfsmittel. Es war nur von seiten der strengen volkswirtschaftlichen Theorie her, daß durch Knapps glänzenden Erweis der staatlichen Natur des Geldes die richtige Bedeutung des Papiergeldes wie des Metallvorraths festgestellt wurde. Der Krieg

hat die Probe aufs Exempel gebracht. Die fremden Devisen hätten uns beim Kriegsbeginn wenig genützt, da das feindliche Ausland die Zahlungsverbote gegen uns erließ und wir auch von den Neutralen wenig kaufen konnten; erst jetzt beginnt ihr Mangel lästig zu werden. Daß wir hingegen zum Unterschied von dem „Rentnervoll“ der Franzosen, denen die Realisierung ihrer auswärtigen, im Werte sinkenden Anlagen keineswegs leicht wird, unser Kapital wesentlich im Lande haben, was früher eher als ein Zeichen mangelnden Reichtums, wenn auch erhöhter Betriebsamkeit gegolten hat, sollte sich als unser größter Vorteil erweisen. Der Zwangskurs der Banknote aber erwies sich sofort als das geeignete Heilmittel schon in den ersten Tagen unvermeidlicher Panik des Bargeldversteckens. Dank der Verständigkeit des Publikums und der ausgezeichneten Organisation unsers Bankwesens gelangten wir rasch dahin, daß der Zwangskurs wohl eine gesetzliche Sicherung, aber wirtschaftlich nur ein Schein zu sein brauchte. Denn die Deckung der umlaufenden Noten entsprach noch diese ganze Zeit hindurch den gewöhnlichen Vorschriften, so daß jede falsche Inflation des Notenumlaufs vermieden, jede einheimische Entwertung ausgeschlossen ist. Am Tage des Friedensschlusses könnten wir ohne weiteres die Barzahlung aufnehmen, wenn nicht etwa die Gefahr eines plötzlichen Abströmens des Metallvorrats für langverschobene Auslandskäufe es rätlich erscheinen lassen sollte, auch dann noch eine Weile den Zwangskurs beizubehalten, bis im innern Verkehr gar kein Begehren nach Gold statt der Zwanzigmarktscheine mehr vorhanden ist und wir das gelbe Metall seinem einzigen dauernden Zweck, als letztes Ausgleichsmittel internationaler Zahlungen zu dienen, voll zuführen können.

Welchen Vorteil dieser günstige Zustand des Zentralorgans unsers Geld- und Kreditwesens wie für die gesamte Volkswirtschaft so auch für die Finanzen des Staates gewährt, zeigt der Vergleich mit unsern Gegnern, womit nicht gesagt sein soll, daß nicht eine immer fortgesetzte Einlieferung versteckten Goldes auch für uns noch wünschenswert wäre. Selbst Englands und Frankreichs Banken haben nicht nur eine etwas geringere Deckung als die Reichsbank, nachdem Frankreich sich früher einer Deckung von zwei Dritteln rühmen konnte, sondern England ist, um dies zu erreichen, auf die Einrechnung der kanadischen Barreserven angewiesen, und Frankreich, das die längste Zeit lieber keine Bankausweise gab, hat unablässig sich von seiner Bank zu dem billigsten Zinsfuß, zu dem diese verpflichtet ist, Vorschüsse geben lassen, die sich nachgerade auf 6,1 Milliarden Franken belaufen, während wir nur in erhöhtem Maße den Mehrgewinn, den die Reichsbank durch die Ausdehnung ihres Geschäftes macht, herangezogen haben. Weshalb man sich in Frankreich lieber an den Barvorrat der Bank zur Vermehrung des Notenumlaufs gehalten hat, während wir denselben stärken, liegt auf der Hand, ebenso wie die Gefahren einer solchen Notenvermehrung: Frankreich wollte solange wie möglich eine Kriegsanleihe vermeiden, um nicht sofort durch ihre hohe Verzinsung und ihren ungünstigen Kurs die frühere Staatsrente, die allgemeine Sparkasse des französischen Volkes, beträchtlich zu entwerten und so die ungeheuren Einbußen an Vermögen diesem selber vor

Augen zu führen. Darum half es sich weiter mit kurzfristigen Schatzwechseln, die naturgemäß rasch wieder zurückströmen, dann mit Nationalverteidigungsobligationen, deren spätere Umwandlung in Rente nur in Aussicht gestellt wurde und die ungern genommen wurden. Vom befreundeten Ausland erhielt es nur unter lästigen Bedingungen eine Anleihe gegen Pfandbestellung. Amerika ist dabei so weit gegangen, daß es die Hinterlegung amerikanischer Papiere selber forderte, die nun der französische Staat teuer ankaufen mußte, denn „Uncle Sam“ macht gern gleich drei vorteilhafte Geschäfte auf einmal: er verkauft teures Kriegsmaterial, läßt es sich mit einer teuer verzinslichen Anleihe, die bei ihm selber aufgenommen wird, bezahlen und verlangt für diese Sicherung in seinen eignen teuren Papieren. Einem solchen Geschäftsfreund wendet er dann freilich mehr Sympathien zu als dem, der bei ihm weder kauft noch borgt.

Ein Krieg, der bisher in sieben Monaten Frankreich 31 Milliarden Franken gekostet hat und dessen weitere Kosten von der Regierung selbst auf 2½ Milliarden monatlich veranschlagt werden, läßt sich auf solche Weise nicht weiterführen, zumal die steuerkräftigsten industriellen Gebiete des Landes in unsrer Hand sind und der Mangel an Personalsteuern sich jetzt erst ganz rächt, nachdem die Versuche, ihn zu beseitigen, noch vor Kriegsausbruch zu inneren Tragödien geführt hatten. So mußte sich Frankreich schweren Herzens doch zu einer inländischen Anleihe entschließen. Wie niederdrückend muß es für diesen Staat, der von jeher mit dem niederen Zinsfuß und hohen Kursstand seiner Rente geprunkt hat, sein, daß er sie zu einem Kurse von 88 bei 5 Prozent Zinsen und der üblichen Steuerfreiheit, die sonst immer einem Zuschlag zum Kurs gleichkam, ausgeben mußte! Weit mehr: er mußte bewilligen, bisherige Rententitel zu einem Kurse von 66 in Zahlung darauf zu nehmen, was schon eine Begünstigung der alten Staatsgläubiger erscheint, da ihr Kurs um 1½ Prozent niedriger steht. Es ist aber klar, daß eine solche Operation, die man sonst eine Konversion, aber eine solche zugunsten der Gläubiger, genannt haben würde, dem Staat kein neues Kapital ins Haus bringt, daß vielmehr diese Summen vom Gesamtertrag der Anleihe von vornherein abzuziehen sind. Dem Deutschen Reich hat der englische Schatzkanzler vorgeworfen, daß es mit seinen Anleihen nur Papier auf Papier lege — mit Unrecht, denn wir haben jede ungesunde Vermehrung der Umlaufmittel, jede Verschleierung der Sachlage durch Aufblähung der schwebenden Schuld, jede Einzahlung mit Scheinwerten verhindert —; für Frankreich würde dieser Vorwurf passen. Die „Siegesanleihe“ hat man in Frankreich diese Anleihe genannt, um nach Landesbrauch durch Lorbeeren auf Vorschuß die Lust zur Beteiligung anzufeuern; die Anleihe sieht man, den Sieg nicht, und wird ihn nicht sehen. Schon stellt sich heraus, daß der Erfolg nur mäßig ist, obwohl sich auch die englischen Freunde ziemlich eifrig an der Zeichnung beteiligt haben.

In weit höherem Maße noch als Frankreich haben die kapitalschwachen Länder Italien und Rußland von jenen bedenklichen Mitteln der Vermehrung der schwebenden Schuld, besonders durch übermäßige Banknotenausgabe Gebrauch

gemacht. Sie war in Italien bis Ende Oktober auf 4861 Millionen Franken gestiegen, wovon fast $1\frac{1}{2}$ Milliarden fiskalische Banknoten waren; kein Wunder, daß die italienische Währung einer fortschreitenden Entwertung verfällt und auf den Märkten, wo Italien seine teuren Munitionsankäufe vollzieht, nur durch ein Aufgeld von mehr als 25 Prozent anzubringen ist. Bei monatlichen, verhältnismäßig noch geringen Kriegsausgaben von $\frac{1}{2}$ Milliarde Lire ist die Summe in den wenigen Kriegsmonaten für Italien bereits auf 5 Milliarden angewachsen. Italien hat versucht, durch eine Reihe planloser Steuererhöhungen den Krieg zu führen. Es war in dem wirtschaftlich schlecht organisierten Lande ein gefährliches, fast aussichtsloses Unternehmen. Es hat nacheinander drei innere Anleihen ausgegeben; die jetzt angekündigte dritte kann, auch wenn sie bessere Erträge als die früheren, die wenig über 2 Milliarden Lire (2124 Millionen) einbrachten, ergeben sollte, allenfalls zur Umwandlung der verderblichen schwebenden Schuld in eine Rentenschuld dienen. Italien, das so viel später als unsere andern Feinde in den Krieg eingetreten ist, hat schon jetzt vielleicht am meisten durch ihn gelitten; seine besten Erwerbsquellen sieht es verstopft, kaufen muß es vom Ausland am meisten, seine Leistungsunfähigkeit auf finanziellem Gebiete liegt klar zutage; Bürgschaften, wie sie sonst nur von halbzivilisierten Staaten verlangt werden, werden ihm bereits für auswärtige Vorschüsse zugemutet. Selbst dieses verblendete Volk — wir wählen den mildesten Ausdruck, da wir auch einer treulosen Geliebten nicht alle Neigung entziehen können — muß am Ende einsehen, wie töricht es handelte, als es vorzog, das, was es umsonst haben konnte, mit den Waffen zu erobern, um es schließlich nicht zu bekommen und sich dabei zu verbluten.

Weit günstiger stand vor dem Kriegsausbruch Rußland da, dank seinen ausgezeichneten Finanzministern Bunge und Witte und dank der unerschöpflichen Freigebigkeit des französischen Geldmarktes, der dem kreditbedürftigen Bundesgenossen, auf den man alle Hoffnungen setzte, immer offen stand. Es hatte den schweren Stoß des Japanischen Krieges und der nachfolgenden Revolution ziemlich leicht verwunden, es hatte wesentlich aus den in Gold gezahlten Böllen einen freien Vorrat von mehr als einer halben Milliarde Rubel (514,2 Millionen) aufgehäuft, der durch Auslandsbestände noch erhöht wurde; aber es war immer von fremder Kapitalzufuhr abhängig geblieben. Während die Kosten des Japanischen Krieges, des ersten großen Fehlschlages, sich auf 6 Milliarden Rubel beliefen, hat ihm der jetzige Krieg schon bis Ende Oktober 1915 gegen 10 Milliarden Rubel auf seiner einen Front gekostet, also etwa nur 3 Milliarden Mark weniger als unser Krieg auf vier Fronten. Seine wichtigste Steuerquelle, das Branntweinmonopol, hat es sich sofort bei Beginn des Krieges durch Verbot des Branntweingenußes verstopft — gewiß eine notwendige und großartige Maßregel, die uns wie manches andre von der Disziplin des russischen Volkes doch eine höhere Vorstellung gibt, als wir sie haben möchten, allein finanziell ein Opfer von einer Milliarde jährlich. Polen, Litauen, Kurland, fast die entwickeltesten seiner Provinzen, hat es verloren, auch die Steuerkraft der übrigen ist gelähmt. Von

jenen 10 Milliarden sind nur 1,9 Milliarden in festen Anleihen untergebracht, 5,2 Milliarden (= 11,2 Milliarden Mark) sind schwebende Schulb, Schatzscheine und Banknoten. Sie stellen eine ungeheuerliche Inflation dar, eine Zwangsanleihe, die alle wirtschaftlichen Verhältnisse in Unordnung bringen muß. So hofft man von dem allgemeinen Geldgeber der Verbündeten, von England, oder von seiner Vermittlung alles. Es heißt, daß England schon für seine früheren Vorschüsse sich die russische Ernte habe verpfänden lassen, wobei nur die Frage ist, wie es sie herausbekommen soll. Neue Vorschüsse von 2 Milliarden Rubel, die sein jetziger Finanzminister Bark in London vermittelt hat, sollen gar nicht nach Rußland überführt werden, sondern als Auslandsdeckung weiterer Notenemissionen, das ist einer weiteren Geldinflation, im Inland dienen — eine höchst zweifelhafte Schiebung, die mehr der Vorsicht der Engländer als dem russischen Finanzkünstler Ehre macht.

Es wäre verfehlt, aus solchen finanziellen Kalamitäten zu schließen, daß Rußland deshalb bald den militärischen Widerstand werde aufgeben müssen. Dieser Krieg hat uns hinreichend gelehrt, daß es in ihm auf die Naturalvorräte des Landes ankommt und daß das Geld nur eines der Mittel ist, um zu ihnen zu gelangen. Trotz des Flüchtlingselends, trotz der enormen, vielfach an Hungersnot grenzenden Teuerung, die in einem Exportlande, das diesmal zwangsweise seine Vorräte bei sich behalten muß, fast wundernehmen könnte, wird ein despotischer Staat wie Rußland, solange es noch irgendeine militärische Hoffnung hat, für seine Soldaten zu dem Nötigen zu kommen wissen — und die Organe, deren sich der Staat hierbei bedient, zu dem ihrigen. Daß der Notstand in diesem Land, das im Frieden so viel blutige Umsturzverschwörungen sah, im Krieg zu Unruhen führen werde, darauf haben wir lange vergebens gewartet, der Krieg hat in Rußland wie überall seine einigende Kraft bewährt. Nach dem Kriege werden sie wohl nicht auf sich warten lassen, wenn der wirtschaftliche Zusammenbruch vor aller Augen liegen wird, und wenn — was wir doch alle hoffen — die jetzt von uns besetzten, lange von Rußland getrennten Provinzen ihre Selbständigkeit erlangt haben werden. Ob Rußland mit seinen geschmälernten Finanzen dann seinen auswärtigen Verpflichtungen wird gerecht werden können, muß die Zukunft zeigen. Wahrscheinlich wird es mit seinem früheren Geldgeber Frankreich durch eine gewaltige Herabsetzung des Kapitals oder der Zinsen liquidieren müssen und dafür in Abhängigkeit zu seinem neuen Gläubiger England, früher seinem traditionellen Hauptgegner, geraten. Seine sichere Währung, das mühevollte Werk seiner Finanzminister, wird es jedenfalls nicht wiederherstellen können. Selbst wenn es friedliche Verhältnisse behält und einer Assignatenwirtschaft entgeht, wird der Rubelturs und mit ihm die russische Volkswirtschaft wieder zum Spielball des Zufalls werden.

So stehen die Finanzen unsrer Gegner außer England, das selbstverständlich ein ganz anderes Fundament seiner Finanzen und seiner Volkswirtschaft besitzt als jene, das jetzt aber verdientermaßen zu seinen eignen Sorgen auch die jener zu tragen hat. England wird sich zu Verzweiflungstreichen, wie die

Inflation der Umlaufsmittel und die spielermäßige Ausdehnung der schwebenden Schuld, zu dieser ganzen Finanzpolitik nach der Weise des Vogel Strauß, nicht so leicht verleiten lassen. Lieber sucht es durch große finanzielle Opfer, durch einen Anlauf aller ausländischen Devisen von Staats wegen, die vielleicht bis zur Zwangsenteignung gehen könnte, den Sterlingkurs zu halten, der so lange der ruhende Pol in allen Bewegungen des Geldmarkts gewesen ist und England als den geeignetsten Platz für alle Zahlungen des großen Weltverkehrs hat erscheinen lassen. Da ist es denn von entscheidender Bedeutung, daß selbst England gegenüber unsre Kriegsfinanzen jetzt das günstigere Bild ergeben. Unsre Anleihspolitik ist eben geschickter gewesen als die Englands, und sie ist unsrer Volkswirtschaft im Kriege ebenso zugute gekommen, wie jene die seinige beeinträchtigt hat.

Hierin liegt der eigentlich springende Punkt. Es stellt sich immer mehr heraus, daß ohne unsre Schuld und unsern Wunsch dieser Weltkrieg immer mehr zwischen Deutschland und England ausgelämpft wird. Es ist ja auch nicht unwahrscheinlich, daß er sein Ende erst dann finden wird, wenn England seine Weltmachtstellung ernstlich bedroht findet, weil man dort sehr wohl weiß, wie es unser Reichsschatzsekretär ihm warnend zurief, daß es sie in Jahrtausenden nicht wiedergewinnen könnte, wenn es sie erst einmal verloren hat.

Sehr alt ist die Streitfrage, ob es vorteilhafter sei, einen Krieg mit Anleihen oder mit Steuern zu führen. Sie hat von jeher in der Finanzwissenschaft eine bedeutende Rolle gespielt, und diese hat sich immer nur an die Erfahrungen der Staaten halten können. Soll man die Lasten auf die Zukunft verschieben — oder soll man aus dem gegenwärtigen Vorrat schöpfen? Zum erstenmal hat dieses Problem eine Rolle gespielt, als Frankreich im spanischen Erbfolgekriege, im Kampf um seine Vorherrschaft, opferwillig die Lasten großer Personalsteuern auf sich nahm, zu denen es später seit der Revolution nie mehr den Rückweg zu finden gewußt hat, und als es doch unterlag. Damals hat man den Sieg Englands nicht nur dem Genie Marlboroughs und Eugens, sondern ebenso der Leichtigkeit zugeschrieben, mit der es stets auf dem Wege der Anleihe Geldmittel flüssig zu machen wußte. Es hatte dies der Schöpfung seines genialen Organisators, Wilhelm III., der alle Maßregeln auf den notwendigen Krieg mit Ludwig XIV. berechnete, der Bank von England, zu danken. Frankreich suchte sie unter ausdrücklicher Berufung auf diese Erfahrung im Frieden nach den Plänen des Schotten John Law nachzuahmen und scheiterte damit. Dann hat weder Steuererhöhungen vermieden und durch geschickte Ausnützung seines persönlichen Ansehens bei den Bankiers mit einem leichtflüssigen, vorzugsweise schwebenden Kredit den letzten siegreichen Krieg des Ancien régime, den amerikanischen Befreiungskrieg ermöglicht; aber das Gleichgewicht der Finanzen war vollends zerstört und konnte nicht wiederhergestellt werden. Defizit und Staatsschuld wurden die Hebel der Revolution; aber diese zerstörte erst recht alle regelmäßigen Steuern und kam mit ihrer Inflation eines schlecht fundierten, auf Domänen statt auf Barvorrat angewiesenen Papiergeldes rasch zum völligen Bankrott.

Die Frage wurde wieder brennend in jenem zwanzigjährigen Kampf Englands gegen die Revolution und Napoleon, mit dessen Wiederholung in einer leeren historischen Reminiszenz Sir E. Grey uns gedroht hat. Damals übte England die Kunst, Schulden im eignen Lande zu machen, in einem Umfang, den man bisher für unmöglich gehalten hätte. Man kam damit auf fast 900 Millionen Pfund Sterling, also ungefähr jenen Betrag, wenn wir die Veränderung des Geldwerts berechnen, den Deutschland bisher in einem Krieg von 17 Monaten ausgegeben hat. Es hatte bei guter Verzinsung über keinen Mangel an Zeichnungen zu klagen; im Gegenteil strömte das flüssige Kapital um so lieber in diese Anlage, als England nach alter Weise Krieg und Handel miteinander zu verbinden wußte und hier wie dort dem Kapitalisten zu verdienen gab. Eine Opposition gegen diese Art, sich die Mittel zur Kriegsführung zu beschaffen, konnte um so weniger ausbleiben, als sich gleichzeitig die sozialen Verhältnisse unter dem Druck der Steuerung, mehr aber noch unter dem der Industrie, die damals noch ihren Gewinn an der absichtlichen Verklümmung des Arbeitslohnes zu machen suchte, beträchtlich verschlimmerten. Diese Opposition griff die Staatsschulden als solche grundsätzlich an; sie erklärte es für einen bloßen Trugschluß, daß auf solche Weise die Last auf die Zukunft, die die Vorteile des Sieges und des gesicherten Friedens genieße, verschoben würde; denn in Wahrheit müsse doch ihr gesamter Betrag sofort aus dem vorhandenen Kapital gezahlt werden. Hierdurch aber, so schloß sie, werde ausschließlich jener Teil des nationalen Kapitals betroffen, der nach der nationalökonomischen Lehre jener Tage für die Zwecke der Entlohnung ausgesondert sei, von dem also der Arbeiter allein lebe, dem sog. Lohnfonds, Karl Marx' „variables Kapital“. So habe der Arbeiter die ganze Last der Schulden zu tragen; es sei so gut, als ob man eine Sondersteuer auf ihn legen wolle. Diese Lehre, deren falsche Voraussetzungen im einzelnen nachzuweisen hier nicht der Ort ist, hat alsdann weiter gegolten. John Stuart Mill und auch Adolf Wagner haben sie mit nur geringen Aenderungen wiederholt, und die Uebertreibungen, die sich ihr Gegner Mac Leod zuschulden kommen ließ, der die Staatsschuld ohne weiteres als Vermehrung des nationalen Kapitals ansah, waren nicht geeignet, ihr Abbruch zu tun, obwohl er immerhin der kapital-schaffenden Funktion des Kredits näherkam als die ängstlichen Nationalökonomien, die alles Kapital bar aufgezehrt sehen wollen.

Den nächsten Erfolg hatte ihr die vollberechtigte Forderung verschafft, daß endlich diejenigen, welche alle Vorteile des Krieges genossen und ihren Patriotismus wesentlich darin betätigten, vom Staat für ihr wohlgesichertes Kapital gute Zinsen zu bekommen, auch den Beutel zögen und Steuern zahlten. So ist damals England unter Pitts Leitung dazu gelangt, neben der Schuldenvermehrung die Einkommensteuer einzuführen als besondere Kriegsteuer. Ungern wurde sie noch gezahlt und verschwand wieder mit dem Friedensschluß; aber die Erinnerung blieb, und als seit 1843 die Einkommensteuer wieder eingeführt wurde, zeigte sich, daß das reichgewordene Volk sie leicht ertrug, daß die Besitzenden sie gern zahlten, so daß sie im Frieden wie im Krieg zum Rückgrat der englischen

Finanzen und auch zum Vorbilde für die deutschen Staaten werden konnte. Seine Staatsschuld hatte England im Frieden ohne Schwierigkeit auf einen angemessenen Stand zu bringen gewußt, während alle Finanzmänner und Volkswirte des Kontinents, die noch nicht mit großen Zahlen zu rechnen gewohnt waren, seinen unvermeidlichen Verfall durch sie weißagten, aber seine Kriege hat es seitdem mit Steuern geführt. Es hat dabei ein Steuersystem, das man in seiner Art bewunderungswürdig nennen darf, namentlich wenn man es mit der Unvollkommenheit unserer Reichsfinanzen vergleicht, ausgebildet. Unablässig in Kriege verwickelt, da es immer den Frieden im Munde geführt hat, um zuzugreifen, sobald sich irgendwo ein lohnender Gewinn zeigte, hat England die Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit seiner Finanzen auf den höchsten möglichen Punkt gesteigert, indem nicht nur die Einkommensteuer je nach Bedürfnis durch Parlamentsbeschluß von Jahr zu Jahr herauf- oder herabgesetzt wird, sondern ein gleiches auch von wichtigen Konsumtionsabgaben, wie vom Zeezoll, gilt. Es hat dabei die Belastung der Volksmasse immer weiter verringert, bis zu einem Maße, die uns mit Recht als Verwöhnung gelten würde, und sie den besitzenden Klassen auferlegt. Nur ein sehr reiches Volk mit sehr gesichertem Gang der Volkswirtschaft konnte sich ein solches Finanzsystem leisten; und durchzuführen war es nur, wenn die Kriege kurz und siegreich verliefen, wie es der Engländer, dem die wechselseitige Eifersucht aller andern Völker Vorschub leistete, von den seinigen von vornherein annahm. Schon im Burenkrieg, der diesen Erwartungen nicht mehr völlig entsprach, bekam es einen Riß es sollte völlig versagen in dem gegenwärtigen Riesenkampfe.

Auch diesmal hatte England die Absicht, den Krieg mit Steuern zu führen. Da es nicht nur für sich, sondern guten Theils für seine Bundesgenossen aufzukommen hatte, versagte dies Mittel rascher als man dachte, obwohl man es immer weiter rühmt. Nach den geringsten Berechnungen seiner Staatsmänner, die sich auch der Reichsschatzsekretär Helfferich zu eigen gemacht hat, kostet ihm jetzt jeder Tag Kriegführung 100 Millionen Mark; andre Berechnungen sagen sogar 41 Millionen Pfund Sterling, über 820 Millionen Mark wöchentlich. Seine eignen Konsumsteuern hat es um 60 Prozent erhöht; die Teuerung in diesem Land, dem doch die ganze Welt offensteht, führt sich wenigstens zum Theil hierauf zurück. Auch England mußte zur inneren Anleihe greifen; es hielt den Schein eines niederen Zinsfußes von $3\frac{1}{2}$ Prozent fest — immerhin 1 Prozent mehr als sonst —, aber doch nur den Schein. Denn die Bank, die hier zugleich die Rolle einer Regierungshauptkasse spielt, erklärte sich bereit, die Stücke zu einem so günstigen Zinsfuß zu beleihen, daß er in Wirklichkeit einen Zuschlag zur Staatsverzinsung bedeutet. England hat also seine Anleihe nur um wenig billiger, als wir die unsrige. Von einer Beteiligung der weitesten Kreise des Volkes, auf die wir mit einem gewissen Stolz hinweisen, war ohnehin nicht die Rede.

Es sollte schlimmer kommen. Obwohl auch in England mit einer Anspannung aller Mittel der Ueberredung ein großer Teil seiner Industrie und seiner Arbeiterschaft zur Herstellung von Kriegsbedarf veranlaßt worden ist, obwohl

es in der Umschaltung seiner Industrie unzweifelhaft Großes geleistet hat, genügte dies bei weitem nicht. Es wollte sich aber auch die große Konjunktur, die durch die vorübergehende Ausschaltung Deutschlands vom Weltmarkt sich zeigte, nicht ganz entgehen lassen, wozu es seiner alten Industrien bedarf, denen ohnehin große Arbeitermassen entzogen sind, seitdem auch England, wenn auch ohne allgemeine Dienstpflicht, Volksheere, die jedermann hier für ausgeschlossen hielt, aufzustellen gezwungen war. So mußte es in steigendem Maße Waffen und Munition, bald auch andern Bedarf im Ausland, in Amerika, kaufen. Es mußte dort in bar zahlen, sei es direkt, sei es mit den nicht allzu starken Mitteln, die ihm sein getreues Tochterland Kanada zu Gebote stellte. Wir sahen schon, wie der Staat mit allen Mitteln amerikanische Werte zu kaufen sucht, um die Goldausfuhr nach Möglichkeit zu vermindern; aber diese werden von ihren Inhabern doch auch zu eignen Zwecken gebraucht, und eine solche eifrige Nachfrage ist nicht gerade das geeignete Mittel, um ihren Kurs zu vermindern.

So kam man — gewiß nicht gern — dazu, die Amerikaner mit ihrem eignen Gelde zu bezahlen. Zu diesem Zweck wurde die erste Anleihe bei ihnen gemacht und trotz allen emphatischen Freundschaftsbeteuerungen muß es dem Stolze Englands hart angekommen sein, daß dieses Geschäft sich nicht so glatt abwickelte, wie man gehofft hatte, daß sich nur ein kleiner Bruchteil der erwarteten Summe, statt 2 Milliarden Dollar nur 500 Millionen, ergab. Mit inniger Genugtuung haben wir es gesehen, daß die Deutschen in Amerika, die die Munitionsausfuhr nicht haben verhindern können, wenigstens den Erfolg dieser Anleihe durchkreuzt haben. England aber muß, um den Geldansprüchen seiner Bundesgenossen zu genügen, mehr und mehr auf den amerikanischen Kredit zurückgreifen und immer die neue Erfahrung machen, wie viel lästiger es ist, im fremden als im eignen Lande zu borgen. Es muß weiter amerikanische Effekten von ihren Besitzern gegen hohen Zins sogar zu leihen suchen, um sie als Pfand zu bestellen; es erlebt ein weiteres Sinken des Kurses seiner Anleihe, und jetzt muß es, wie die andern kriegsführenden Mächte auch, zur fünfprozentigen Anleihe greifen. Freilich, es hat den Zwangskurs seiner Banknote, die zeitweilige Aufhebung ihrer Einlösung, vermieden; es glaubt an das alte Idol, das Deutschland ohne jeden Schaden aufgegeben hat; das Weichen ihres Kurses hat es nicht vermeiden können. Gewiß bleiben Englands Hilfsquellen ungeheuer, auch wenn es sich allmählich aus einem Gläubigerstaat in einen Schuldnerstaat verwandelt; gewiß wird es, wenn es noch rechtzeitig Frieden macht, bei seinem ausgezeichneten Finanzsystem leichter in der Lage sein, seine Finanzen herzustellen, ja vielleicht die Staaten, die es jetzt an der Kette seiner Politik und seiner Vorschüsse hält, weiter in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu erhalten. Einstweilen hat es mit allen diesen Anstrengungen, Opfern, ärgerlichen, um nicht zu sagen demütigenden Erfahrungen nichts erreicht als Stillstand auf einer Front, schwere Niederlagen auf der andern, Beängstigung und Bedrohung überall. Es weiß, daß es mehr zu verlieren hat als jeder andre.

(Schluß folgt)

Zwei Staatsdokumente zum Problem des mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses

Von

Dr. S. v. Langermann (Dresden)

Naum eines der Probleme, an deren Lösung man bei uns nach dem Friedensschluß herangehen wird, findet heute bereits eine so lebhafte Erörterung in der Öffentlichkeit, in Abhandlungen der Presse, in Zeitschriften, in Broschüren, Vorträgen, Versammlungen, wie dasjenige eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Centralmächte. Das ist gut so. Erst neulich sagte sehr richtig mit Bezug auf dieses Problem der ungarische Reichstagsabgeordnete und Universitätsprofessor Dr. Béla Földes: „Daß die Publizistik und die Wissenschaft schon unter dem Donner der Kanonen sich mit der Friedensarbeit der wirtschaftlichen Politik beschäftigt, ist eine jedenfalls erfreuliche Erscheinung.“

Weite Kreise sind heute in Deutschland, Oesterreich und Ungarn von der Notwendigkeit eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Länder überzeugt, wenn auch über den Grad und die Form, etwa Zwischenzolllinien oder Zollunion (Zollverein) Meinungsverschiedenheit herrscht. Es sind aber auch große Widerstände vorhanden, und höchst schwierige Fragen türmen sich in großer Zahl auf.

Unter solchen Umständen dürfte es denn von besonderer Wichtigkeit sein, darauf hinzuweisen, daß bereits Ende der vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts die österreichische Regierung den Versuch gemacht hat, mit Deutschland zu einer solchen Einigung zu gelangen. Es liegen darüber zwei Denkschriften vom 30. Dezember 1849 und 30. Mai 1850 des damaligen österreichischen Finanzministers Freiherrn v. Bruck, eines geborenen Elberfelders, vor. Ihr Inhalt ist in vielen Punkten volkswirtschaftlich vielfach ausgezeichnet und mutet durchaus modern an. Seine hervorragenden Gedankengänge vermögen uns daher zur Lösung unsers Problems manchen wertvollen Fingerzeig zu geben. Dies wird, neben dem historischen Interesse, meine Ausführungen rechtfertigen. Für diejenigen, die sich weiter mit der Sache beschäftigen werden, bemerke ich, daß die offiziellen Denkschriften, die „Brucksche Idee“, eine Reihe von privaten Flugschriften und Zeitungsabhandlungen hervorgebracht hat, so „die Stellung Oesterreichs vom Gesichtspunkte der Handelspolitik“ von M. Schwarz, Wien 1851, Druck von Karl Gerold & Sohn, ferner „Ueber den deutsch-österreichischen Zoll- und Handelsverein“, Göttingen, Verlag der Dieterichschen Buchhandlung, 1852, ferner „Die Zollkonferenz zu Wien“, Leipzig 1852, Gustav Klemmelmann u. a. m.

Aus der ersten Denkschrift des kaiserlich österreichischen Handelsministers erfahren wir zunächst, daß es sich nicht nur um eine „kommerzielle Annäherung“ an den Deutschen Zollverein, sondern darum handle, eine neue gemeinsame Grundlage der ökonomischen Verhältnisse und der ganzen Volkswirtschaft für

Deutschland und Oesterreich zu begründen und die Verschmelzung der beiderseitigen Interessen herbeizuführen. Darum handelt es sich ja auch heute. Eine bloße Annäherung im Zollwesen oder ein Vertrag zur Erleichterung und besseren Ueberwachung des Grenzverkehrs genügt nicht mehr. Das angestrebte Endziel war deshalb der völlige Anschluß Oesterreichs in Zoll und Handel an ganz Deutschland. Darum hatte denn auch Oesterreich bereits die gründliche Reform seines ganzen Zollwesens vor der Herausgabe der Denkschriften nachdrücklich in Angriff genommen.

Als praktisch leitenden Grundsatz für die Verhandlungen stellt die Denkschrift die auch jetzt notwendige Forderung auf, daß die Zolleinigung (tunlichst) so durchzuführen sei, daß darunter kein wesentliches Interesse des einen oder andern Handelsgebietes verletzt werde, daß vielmehr die verschiedenen Bedürfnisse und Wünsche möglichst ihre Befriedigung erhalten.

Wesentlich für die Gegenwart ist dann auch der schon angedeutete Hinweis: „Die Tarifarbeiten der österreichischen Zollrevisionskommission sind fast durchweg dem Systeme des Zollvereins homogen und vollkommen zur Grundlage einer weiteren Verhandlung mit demselben geeignet. Es wäre nur zu wünschen, daß auf ähnliche Weise die Revision auch der übrigen deutschen Zolltarife entgegenkommend vor sich ginge.“ Das bezieht sich auf die niederdeutsche Handelsgruppe an der Nord- und Ostsee, die infolge ihrer Lage besondere Interessen und sich deshalb dem Zollverein mit seinen 29 Millionen Einwohnern nicht angeschlossen hatte. Dieses Verhältnis ändere sich aber, so meint die Denkschrift, wenn der Anschluß an ein Gebiet von 70 Millionen Bewohnern zum freien innern Verkehr in Frage steht. Ähnliche Erwägungen wirken jetzt auch bei uns auf Schaffung eines räumlich möglichst großen wirtschaftlichen Interessengebietes, um nach innen, besonders aber nach außen um so stärker und unabhängiger zu sein.

Die Vorteile, welche man für Oesterreich selbst aus der Zolleinigung erwartet, werden dann in folgende beachtenswerte Worte gekleidet:

„Die Zollvereinigung verheißt bei bedeutend erhöhtem rohem Zollertrage umfassende Ersparnisse in der Verwaltung, sie wird die wirtschaftlichen Kräfte der sich zusammenschließenden Körper in hohem Maße steigern. Sie wird bewirken, daß die österreichische Industrie, gestützt auf glückliche Vorbedingungen, durch die günstige Lage und durch den noch unermesslich zu entwickelnden Naturreichtum des Kaiserstaates, mit der deutschen Industrie gegenseitig sich spornend und ergänzend, in den erweiterten Raumverhältnissen bei einem kräftigen Zoll- und Handelssysteme jedem fremden Nebenbuhler gegenüber bald auch für die Weltkonkurrenz befähigt sein wird. Ueberhaupt erscheint die volkswirtschaftliche Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs der österreichischen Regierung als ein Ziel, das, ungeachtet der entgegenstehenden Hindernisse und Vorurteile, deren Größe sie sich nicht verhehlt, erreicht werden muß, um alle Bedürfnisse der beiderseitigen Völker zu befriedigen, um eine wahrhaft fruchtbare, feste Ordnung der Dinge zu begründen.“

Das sind Worte, die, völlig modern, auch für unser neues Problem — wenn auch mit einiger Einschränkung — gelten und der Erinnerung wert sind. Sie galten damals als die Grundlinie für eine allgemeine Verständigung, die „gewiß nicht unmöglich ist, wenn man sie nur allseits mit Aufrichtigkeit sucht“. Darum handelt es sich auch heute.

Oesterreich war nun der Ansicht, daß der Uebergang in das neue Verhältnis durch einen Vertrag erleichtert und beschleunigt werden sollte. „Ohne Erschütterungen im Volks- und Staatshaushalte hervorzurufen, scheint die Zollunion nur allmählich mit der nötigen ökonomischen Vorbereitung und von Stufe zu Stufe fortschreitend nach festem Plane durchgeführt werden zu können. Da dieser Plan auf allen Seiten gleichmäßig befolgt werden muß, so ist er vertragsmäßig festzustellen.“ Oesterreich wünschte deshalb baldige Ernennung von Zollkommissarien, „die auf Grund ihrer besonderen Erhebungen und bereits vorhandener allgemeiner leitender Grundsätze den Plan und Gang zur Herbeiführung der österreichisch-deutschen Zolleinigung vertragsweise festzustellen hätten“.

Oesterreich legte besonderen Wert auf diese erste Periode seiner Vorschläge, die der eignen Reform, die es selbst ja schon in die Hand genommen hatte. Um schon in dieser ersten Periode die künftige Einigung anzubahnen und die innern verwandten Beziehungen nach außen hin auszuprägen, schlug es vor, durch die einzuberufenden Zollkommissionen als ein Minimum der gegenseitigen Zugeständnisse folgende Punkte verhandeln und stipulieren zu lassen:

- a) Den gegenseitigen zollfreien Austausch sowohl bei der Einfuhr als bei der Ausfuhr vieler einheimischer Roherzeugnisse und Nahrungstoffe, ebenso mehrerer inländischer Halbfabrikate, wenn für letztere ein gleichmäßiger ausgiebiger Zollschutz an den Grenzen der gegenseitigen Zollgebiete gegen die nicht zu denselben gehörenden Länder zu erzielen ist;
- b) ebenso die freie Durchfahrt durch die deutschen Staaten nach Oesterreich und umgekehrt;
- c) eine durchgreifende wechselseitige Erleichterung in der Grenzbewachung;
- d) Regelung der Flußschifffahrt und Ermäßigung der Flußzölle;
- e) Regelung der gemeinsamen Post-, Eisenbahn-, Telegraphen- und Dampfschiffahrtslinien.

Ob in dieser ersten Periode, deren Eintritt man im Interesse von Verkehr und Industrie möglichst beschleunigen wollte, auch noch andre Gegenstände, wie etwa über ein gemeinsames Münz-, Maß- und Gewichtssystem und eine gemeinsame Gesetzgebung in allen Handels-, Gewerbe- und Schifffahrtsangelegenheiten, vereinbart werden sollten, wünschte man füglich den Verhandlungen der Zollkommissarien selbst vorzubehalten. Doch sollten die Gegenstände zwar gleichzeitig, doch völlig unabhängig von den Verhandlungen über die Zoll- und Handelsfrage vorgenommen werden.

„Durch die erste allgemeine Verständigung und durch die eigne Reform ist zwar die Hauptrichtung auf das gemeinsame Ziel angebahnt, doch für den letzten Schritt zur völligen Zoll- und Handelseinigung ist ein Uebergang erforderlich.“ Diesen wünschte Oesterreich auf möglichst wenige Jahre zu beschränken, so daß „zwischen die erste Periode der bloßen Gleichartigkeit des Systems und gegenseitiger Verkehrserleichterungen und jene zu erstrebende Periode der völligen Zolleinigung bloß eine kurze Zwischenperiode einzuschalten wäre, die den letzten großen Schritt selbst einzuleiten hätte“. Alles, was diesen Uebergang und seine weitere Abstufung anbetrifft, sollte wie die Dauer der ersten Periode nach umfassenden Erwägungen vertragsmäßig geregelt werden. Die österreichische Regierung sah deshalb auch davon ab, in der Denkschrift schon näher darauf einzugehen, und gab nur einige Hauptpunkte, die ihr für die mittlere Periode von Bedeutung erschienen, an. Das Wesentliche war, daß, wenn die erste Periode dem innern freien Verkehre in den eignen Rohstoffen und verschiedenen Halbfabrikaten die Bahn gebrochen hat, im weiteren Uebergange nun auch den eignen Ganzfabrikaten wechselseitig allmählich das Thor zu öffnen war. Im gegenseitigen Verkehre zwischen Oesterreich und Deutschland hätten in dieser Periode die Zölle auf einheimischen Erzeugnissen, die nicht schon frei ein- und ausgingen, nur um die Hälfte, vielleicht nur ein Drittel „des allgemeinen Zollsatzes gegen fremde Staaten“ zu betragen.

Auch eine gemeinsame Weiterausbildung des gemeinsamen Schifffahrtssystems, die Anbahnung einer gemeinsamen Handelsvertretung im Auslande, überhaupt einer Gemeinsamkeit in der gesamten Handelspolitik, ebenfalls durch vertragsmäßige Festsetzung, sind jetzt vorgeschlagen. Es heißt dann wörtlich: „Einer Verständigung über eine gemeinsame Handels- und Schifffahrtspolitik bedarf es namentlich schon deshalb, damit von der einen und andern nicht sich widersprechende Schifffahrtsverträge abgeschlossen werden. Zu dem Ende könnte allerdings jedem von einem Teile zu schließenden Handels- und Schifffahrtsvertrage, und soweit es möglich, nachträglich den schon bestehenden Verträgen eine Klausel beigelegt werden, daß die besonderen Begünstigungen, welche Oesterreich und die übrigen deutschen Staaten unter sich einführen, keinen Anspruch irgendeiner Art zugunsten des fremden Staates begründen. Dies wären wohl die den Verhältnissen angemessenen Grundlinien, innerhalb deren die Zollkommissarien behufs des Abschlusses des Hauptvertrages sich frei zu bewegen, auf welche sie sich aber auch zu beschränken hätten. Die Zollvereinigung selbst schon in den ersten Vertrag mit einzuschließen, wie wünschenswert auch in prinzipieller Hinsicht, scheint doch aus praktischen Gründen nicht zulässig, schon weil es schwierig sein und das ganze Werk unnötigermassen verzögern dürfte, wenn bereits jetzt ein allgemeines Zollvereinsgesetz auch nur in seinen Grundsätzen und die Modalität in bezug auf die Zolleinkünfte und ihre Verteilung aufgestellt werden müßte, ohne daß namentlich in letzterer Hinsicht irgend bestimmte und dafür maßgebende Erfahrungen schon vorliegen.“

„Der letzte entscheidende Schritt, der Uebergang zur völligen Zollvereinigung, bleibe demnach einem neuen Vertrage vorbehalten. Es wird sich dann erst herausstellen, ob noch während eines bestimmten Zeitraumes eine Zwischenzolllinie bestehen bleiben soll.“ Zwischenzolllinien spielen bekanntlich, besonders auf Seiten der österreichisch-ungarischen Wirtschaftspolitik, auch bei den jetzigen Debatten eine große Rolle.

Der ganze Plan Oesterreichs läßt sich nun seinem Wesen nach in folgende Sätze zusammenfassen:

1. Allseitige unmittelbare Reform des Zollwesens in den verschiedenen Gebieten im Sinne eines rationellen Schutzollsystems, um den Abschluß der Zolleinigung zwischen Deutschland und Oesterreich zu erleichtern und zu ermöglichen.
2. Zur Verständigung darüber, sowohl was das möglichst gleiche Zollariffsystem gegen das gemeinsame Ausland, als was die gleichartigen, zweckmäßigen Erhebungsnormen anbetrifft, tritt baldigst eine gemeinsame Zollkonferenz zusammen.
3. Außer diesem allgemeinen Zweck liegen dieser Zollkonferenz noch folgende Aufgaben ob:
 - a) Sofort alle tunlichen wechselseitigen Erleichterungen im Grenzverkehre, bei der Ein-, der Aus- und der Durchfuhr, sowie in der Grenzbewachung einzuleiten.
 - b) Die Fluß- und Seeschifffahrt nach übereinstimmenden Grundsätzen zu regeln.
 - c) Erleichterungen im gegenseitigen Austausch der eignen Erzeugnisse anzubahnen, indem bei solchen, welche durch einen gleichen Grenzzoll gegen das allgemeine Ausland und die fremde Konkurrenz zu schützen sind und die sich daheim einer ziemlich gleichen Ausbildung erfreuen, allmählich bis zu völliger Zollfreiheit im Innern vorgegangen werden kann. Alle einheimischen Rohstoffe, Nahrungsmittel und verschiedene Halbfabrikate werden dagegen dem zollfreien Austausch sofort übergeben bei der Ein- und der Ausfuhr.

Hinsichtlich der Halbfabrikate und Fabrikate eigener Erzeugung, welchen freier Zugang, anfänglich unter Begleitung von Ursprungszeugnissen, gegenseitig gewährt werden wird, müssen jedoch die schützenden Zölle auf die gleichartigen Waren des Auslandes festgestellt werden.

Auf solche Weise kann stufenartig bis zur völligen Ausbildung eines einheitlichen freien Handelsgebietes für alle einheimischen Erzeugnisse vorgeritten werden, wobei vorläufig noch jeder Teil sein eignes Finanzwesen behielt.

- d) Eine Verständigung auch über die einer gemeinsamen Handels- und Schifffahrtspolitik nach außen zugrunde zu legenden Prinzipien, sowie

über den Modus einer gemeinsamen Handelsvertretung im Auslande eines gemeinsamen Abschlusses von Handelsverträgen.

- e) Eine weitere Vereinbarung in bezug auf Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesen, Handelsstraßen, Dampfschiffahrtslinien usw. einzuleiten.
- f) Endlich Vorbereitung und Erzielung eines allgemeinen österreichisch-deutschen Zolltarifs.

Auf die sich nunmehr von selbst ergebende Frage, in wessen Hände nun die Anbahnung und Leitung des ganzen Zollzuges des Zolleinigungswerkes gelegt werden solle, gibt die österreichische Regierung ihre Ansicht dahin kund: „In keine andern Hände, als in die der als deutsches Zentralorgan bestellten Bundeskommission, deren Kompetenz in dieser hochwichtigen Frage unzweifelhaft aus dem Bundesrechte hervorgeht.“ Auf diese bedeutungsvolle Erklärung wird später noch kurz zurückgekommen werden.

So stellte denn die kaiserlich österreichische Regierung an die provisorische deutsche Bundeskommission den Antrag, sofort eine Zollkonferenz aus Bevollmächtigten deutscher Staaten zur Beratung der Zoll- und Handelsfrage zu veranlassen.

Die zweite Denkschrift vom 30. Mai 1850 gibt im ganzen die staats- und verwaltungsrechtliche Ausführung der ersten. Sie soll dieser „ihre weitere grundgesetzliche Begründung“ verleihen. Deshalb begründet sie zunächst die Ansicht der österreichischen Regierung, durch die Bundeszentralcommission einen Zollkongreß einzuberufen, weil „die deutsch-österreichische Zoll- und Handelseinigung doch vor allem eine Bundesache ist“.

Die Kompetenz der Bundeskommission wurde nämlich von Preußen bestritten, und die Denkschrift sucht das Mißverständnis aufzuklären.

Sehr wichtig aus ihrem Inhalte sind für die heutige Betrachtung des Problems die Ausführungen über die staatlichen Organe des Wirtschaftsbandnisses und ihre Kompetenzenbestimmung und -verteilung.

Der Gedanke der österreichischen Regierung ging dahin, daß ein Grundgesetz des deutsch-österreichischen Zoll- und Handelsbundes geschaffen und dasselbe in die Bundesverfassung aufgenommen werden sollte.

Nach diesem Entwurfe sollte nun die Bundesgewalt volle Souveränität in Zoll-, Handels- und Schifffahrtsangelegenheiten besitzen. Ihr trat ein Bundesrat für Handel und Schifffahrt zur Seite, dessen Gutachten in allen Schifffahrts- und Handelsachen sowie über alle Zollbestimmungen, Handels- und Schiffsverträge, Aufstellung und Ernennung von handelspolitischen Vertretern einzuholen die Bundesgewalt die Pflicht hatte.

Dieser Bundesrat sollte aus einem regelmäßig jedes Jahr zusammenzubrufenden Großen Räte, welcher in Fällen von Wichtigkeit auch außerordentlich von der Bundesgewalt versammelt werden konnte, und aus einem permanenten, der Bundesgewalt als bleibendes Organ zur Seite stehenden Ausschüsse bestehen.

Der Große Rat war aus Abgeordneten zu bilden, welche zum größten Teile von Vertretern der gewerblichen Interessen, und zwar dort, wo Handel- und Gewerbelammern bestanden, von diesen gewählt, und zum geringeren Teile von den Regierungen ernannt werden sollten. Die Zahl der Abgeordneten jedes Staates wurde nach seiner handelspolitischen Bedeutung bemessen. Der Große Rat hatte selbst seinen Präsidenten, Vizepräsidenten und Schriftführer sowie die Ausschußmitglieder zu wählen, letztere in der Art, daß Österreich, Preußen, die norddeutschen Küstenländer und Süddeutschland darin immer vertreten sein sollten.

Die Bundesgewalt besitz ihr Handelsamt als Oberaufsichtsbehörde für Handel, See- und Flußschifffahrt, Verkehrsmittel, Wahrung des geistigen Eigentums, Münz-, Maß- und Gewichtswesen, ferner ihr Statistisches Bureau und ihre Zollkontroll- und Rechnungskammer.

Genug. Der Fehler war hier, daß dieser österreichische Gesetzentwurf eine Bundesgewalt mit solcher zentralen Machtbefugnis voraussetzte, wie sie bei der damaligen schwächlichen Organisation des deutschen Staatenbundes tatsächlich nicht bestand, sondern erst durch eine neue Bundesverfassung hätte geschaffen werden müssen. Andererseits aber verlangte die Denkschrift und damit die österreichische Regierung die tatsächliche Aufgabe der zoll- und handelspolitischen Autonomie der Einzelstaaten, eines großen Teiles ihrer Souveränität zugunsten der Zoll- und Handelseinigung.

Wichtig auch für heute ist dann die Erkenntnis, daß kein Volk „des Beirates Sachverständiger bei Würdigung der großen gewerblichen Interessen entbehren könne“. Damit dieser Beirat ein wohlgeordneter sei, sollen die Sachverständigen durch das Vertrauen ihrer Fachgenossen wie der Regierungen zu ihren Posten berufen werden, und nicht einseitig aus diesem oder jenem Lande, sondern genau im Verhältnis der handelspolitischen Wichtigkeit ihrer Heimat gleichmäßig aus allen Teilen der Zolleinigung hervorgegangen sein. Dieser Beirat soll ein permanenter sein. Es soll die einheitliche Leitung der Handelspolitik auf einer sorgfältigen organischen Gesamtvertretung der Interessen sowie auf umfassender sicherer Kenntnis derselben beruhen. Alles Verlangen, die auch für unser heutiges Problem durchaus zutreffen und von großer Bedeutung sind. Das gleiche gilt insbesondere auch von folgenden Ausführungen: „Daß durch die gemeinsame Leitung aller handelspolitischen Angelegenheiten durch eine Zolllinie um einen Körper von 70 Millionen, eine Zollverfassung, ein Konsularsystem die natürlichen günstigsten Verhältnisse hergestellt und bei ungleich größerer Wirksamkeit für das Gesamtwohl auch ungemein viel an Kosten und Kräften erspart werden, dadurch zur Linderung einzelner Klassen sowie zur Erhöhung der Wohlfahrt der Gesamtheit mehr als durch sonst etwas beigetragen werden würde, dem kann nicht widersprochen werden.“

Eine tiefe volkswirtschaftliche Erkenntnis verrät es, wenn auf die Frage nach der zukünftigen Handelspolitik der zollvereinten Staaten die Antwort kommt: „In der Regel wird es bei der jetzigen raschen und großartigen Bewegung des

Handels allerdings ratsam erscheinen, die Handelspolitik eines Staates nicht auf allzu bestimmte Grundsätze stellen zu wollen. Die Verkehrsbeziehungen der Völker werden durch den Gang der Zeit, die Fortschritte der Industrie, die Wandelbarkeit der Produktion und die Bedürfnisse des Verbrauchs in ihren Bedingungen unaufhörlich abgeändert. Ein handelspolitisch vorgeschrittener Staat hat keine festgezogenen Normen, er handelt nach den Umständen für sein Interesse." Diese gereifte Erkenntnis, welche wir der neuesten Zeit vorbehalten glaubten, mutet recht modern an. Durch den europäischen Krieg erhalten auch die folgenden Worte eine aktuelle Bestätigung:

"... So ist auch die Ehre von Staaten und Völkern nie gesichert, ihre internationale Stellung nie selbständig, wenn es nur vom guten Willen oder vom Interesse fremder Mächte abhängt, wie weit ihr Handel ungefährdet bleiben soll!"

"Der Gedanke, den mitteleuropäischen Kontinent zu einem großen Handelsbunde zu vereinigen, um die Zukunft auf der politisch-materiellen Solidarität der verbündeten Staaten gegen jene Eventualitäten zu sichern, denen die bisherigen Einrichtungen nicht zu begegnen vermochten, ist nur dann zu verwirklichen, wenn die volkswirtschaftlichen Zustände dieser Staaten wesentlich auf der gleichen Grundlage beruhen."

Bei dieser Nachweise, daß die Interessen der Zentralmächte die gleichen seien, fallen dann die auch für unsre Zeit höchst beachtlichen Worte: „Im großen sind ihre Wirtschafts- und Handelsangelegenheiten ganz die gleichen, und hieran ändert der Umstand nichts, daß die verschiedenen Zweige der nationalen Produktion noch nicht überall zu gleicher Höhe ausgebildet sind, was gerade durch die Zollvereinigung am vollständigsten erreicht werden wird.“ Diese Worte sollten sich heute besonders die österreichischen und ungarischen Politiker und Industriellen einprägen! Eine Warnung vor unnatürlicher Zersplitterung wird mit dem Hinweis auf die Niederlande vorgebracht: „In dem vereinigten Königreiche der Niederlande waren die vielfach verwandten nördlichen und südlichen Teile zwar durch die wichtigsten materiellen Bande verknüpft, dennoch reichten diese innerhalb der engen Grenzen zur Vermittlung des in den Interessen vorhandenen Dualismus nicht aus, und dieser führte weiter und weiter bis zur Wiederabtrennung Belgiens von Holland, die vielleicht nie erfolgt wäre, wenn das vereinigte Königreich einem größeren handelspolitischen Bunde angehört hätte, in dessen weiten Grenzen jene Gegensätze sich auszugleichen und zu versöhnen hinlänglich Raum gefunden hätten.“

Danach müssen die unbefangenen Freunde der Handelsfreiheit im mitteleuropäischen Handelsbunde einen sehr wichtigen Schritt zur wahren Verkehrsfreiheit erblicken. Andererseits „müssen aber auch die Anhänger eines rationellen Schutzoll- und Reziprozitätssystems jenem großen Handelsbunde den Vorzug

geben, nicht bloß, weil hier die nationale Grundlage die breiteste und umfassendste, sondern auch weil dieser Handelskörper allein imstande ist, jenes System zur vollständigsten Durchführung zu bringen. Handelsfreiheit und Schutzollsystem bilden nicht im Prinzipie notwendige Gegensätze“.

„Die Wissenschaft hat den scheinbaren Gegensatz von Handelsfreiheit und Schutzoll überwunden, seitdem sie nicht mehr bei der Abstraktion stehen geblieben, sondern zu dem lebendigen Menschenvolle fortgeschritten ist. Sie will die Handelsfreiheit, aber sie läßt auch Schutz- und Differentialzölle als Mittel dazu, zur industriellen Erziehung, zur Machtentwicklung und als Waffe zu. Alles kommt nur auf die Anwendung an. Selbstzweck ist sowenig die Handelsfreiheit als der Schutzoll.“ Eine reife Erkenntnis, zu der unsre Parlamentsgeschichte leider einen nicht auf gleicher Höhe stehenden Kommentar lieferte.

Die Worte: „Nur durch den Freihandel nach innen, durch die harmonische Verbindung und Verschmelzung aller eigentümlichen Gegensätze gewinnen die Nationen allmählich die Fähigkeit und Kraft, auch den Freihandel nach außen sich zu erringen“ könnten heute von Lujo Brentano gesprochen sein.

In der weiteren Ausführung heißt es dann: „Jeder Deutsche und Oesterreicher, vornehmlich aber der Staatsmann, muß also den Blick auf jenen Tag richten, an welchem die deutschen Häfen der Nord- und Ostsee und die österreichischen im Süden als Stapelplätze eines großen Handelskörpers sich brüderlich die Hand reichen werden, weil durch diese enge Vereinigung die Wohlfahrt, die Macht, die Sicherheit Deutschlands und Oesterreichs sich auf festerer, breiterer Grundlage erheben werden, als sie jemals in der Geschichte gehabt haben.“ Erst dann würde es auch möglich sein, „die vorteilhaftesten Handelsverträge mit den überseeischen Ländern abzuschließen“.

Das österreichische Handelsministerium ist ferner der Ansicht, daß ein völliger Zollanschluß des einen oder andern Nachbarlandes an die Zollvereinigung den Verhältnissen ganz entsprechend und als ein natürlicher Zuwachs an wirtschaftlicher und maritimer Kraft zur Erreichung gemeinschaftlicher Ziele erscheinen würde.

„Wer kann,“ so fragt es, „heute noch leugnen, daß in der Vereinigung aller volkswirtschaftlichen Anliegen, daß in dem Gewinn eines großen, durch keinerlei Schranken verklümmerten Handelsgebietes eine Fülle von Kraft und eine Gewähr der Ordnung und Befriedigung gegeben wäre, wodurch die Verleugnung des einen oder andern Sondervorteils mehr als aufgewogen würde? Oder ist es nicht wahr, daß dort, wo auf den Weltmärkten die Nationen sich messen, auch die größte Tüchtigkeit der einzelnen nicht mehr das Zusammenwirken des Ganzen, nicht die handelspolitische Größe der Nation ersetzen kann?“ — „Ja, die Zeit drängt, daß Deutschland und Oesterreich sich einigen zu einem Ganzen, daß sie als solches ihre wichtigen gemeinsamen Anliegen erkennen und durch die Tat unterscheiden zwischen Freund und Feind. Sie sollten sich den neuen Zustand einer wirklichen deutsch-österreichischen Handels-

freiheit mit der Waffe der Unterscheidungszölle erringen, dort, wo ihnen die wahre Gegenseitigkeit verweigert wird. Schon dieser Gegensatz, dieser energisch kundgegebene Wille wird nicht ohne Einfluß in der Gesetzgebung fremder Staaten oder bei den Verhandlungen mit ihnen bleiben; er wird wie eine herbe Medizin wirken und die mannigfaltigsten Schranken aufheben, welche den deutsch-österreichischen Handel noch einengen und oft sogar gegenüber bevorzugten dritten Nationen zurücksetzen.“

Die Denkschrift weist dann die Einwendung zurück, die Interessen der Schifffahrt seien andre als des Handels und schließt diesen Punkt mit folgenden interessanten Ausführungen: „Vielleicht würden Holland und Belgien als vermittelndes Seegebiet Deutschlands nach dem Westen es bald in ihrem Interesse finden, sich unter solchen Umständen in die völlige maritime Gemeinschaft (mit Deutschland-Oesterreich) zu begeben.“ Es wird dabei der Ausspruch des niederländischen Ministers und Staatsmannes Nothomb vom 23. April 1844 zitiert: „Nach dem Beitritt Hannovers und der Hansestädte wird der größte Teil des Zollvereins Seehäfen besitzen; dann erst wird er imstande sein, die 200 Millionen an Kolonialerzeugnissen, die er jährlich einführt, gegen die Erzeugnisse seiner eignen Industrie einzutauschen. Deutschland ist der Hauptmarkt für die Produkte der niederländischen Kolonien, und man kann noch erleben, daß Niederland (und dann auch Belgien) selbst sich dem Zollverein anschließt.“

Zu einer ähnlichen Erörterung kam es übrigens — wenn mir hier eine kleine Abschweifung gestattet ist — auch in der ersten deutschen konstituierenden Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. (1848), als es sich um die Aufnahme der belgischen Provinz Limburg in das Deutsche Reich handelte. Damals ergriff zuerst der greise Ernst Moritz Arndt das Wort und wies darauf hin, wie der Außenhandel der Niederlande von Gefahren umdroht und ein großes und starkes Deutschland sein fester Rückhalt sei. Seine weiteren Worte über Belgien, den alten burgundischen Kreis mit dem mächtigen, reichen Bistum Lüttich, sind zurzeit von höchstem aktuellem Interesse. Leider muß ich mir versagen, mit Rücksicht auf mögliche Empfindlichkeiten neutraler Staaten, weiter auf sie einzugehen. Jeder kann sie in den „Stenographischen Parlamentsberichten“ nachlesen. Deshalb genüge dieser Hinweis. Zu den weiteren hervorragenden Parlamentsmitgliedern, die noch das Wort in dieser Angelegenheit ergriffen, gehörte auch der Abgeordnete v. Beckerath-Krefeld, der spätere Reichsfinanzminister.

Zum Schluß wirft dann die zweite Denkschrift noch einen Blick auf das große Gebiet der Handelseinigung, welches das gleiche ist, das diesmal in Frage kommt. „Ein Gebiet, das über die ganze Mitte und den Hauptteil Europas reicht, das im österreichischen Kaiserstaate allein 38 Millionen Menschen (damals) auf allen volkswirtschaftlichen Bildungsstufen, vom einfachsten Ackerbau bis zum ausgebildeten Fabriks- und Handelsleben hinauf, zählt; erschließt sich ferner dem deutschen Norden der Donauhandel, der einst schon so vielen Städten in Schwaben, Bayern, Franken und weiterhin die höchste Blüte verlieh, welchen

Oesterreich auf eine Länge von 186 geographischen Meilen unmittelbar in seinen Händen hat und der sich jetzt mit wunderbarer Kraft wieder belebt und großartiger als jemals gestaltet; erschließen sich ihm die naturreichen Länder an der unteren Donau und dem Schwarzen Meere, deren Warenverkehr, deren Produktion, deren Einfuhr, zumal donauabwärts an deutschen und österreichischen Fabrikaten in rascher Progression von Jahr zu Jahr sich ausdehnt; erschließen sich ihm endlich die Adria und das Mittelmeer, wo der Handelsverkehr der Völker sich von neuem konzentriert und in seinen Verbindungen mit dem Osten seit Jahrhunderten verlassene Richtungen wieder einschlägt, und noch weit über diese Meere hinaus die Perspektive nach Ostindien und Ozeanien.“ — Diese bedeutenden Gedanken und Worte, die geradezu als prophetisch gelten müssen, haben heute infolge der militärischen und politischen Vorgänge auf der Balkanhalbinsel ganz besondere Bedeutung. Die beiden Denkschriften machten tiefen Eindruck. Dennoch blieb ihre Wirkung gering. Ihre Aufnahme und besonders die Haltung Preußens, das im Gegensatz zu Oesterreich nicht der Ansicht war, daß das Zustandekommen der österreichisch-deutschen Zollvereinigung eine staatsrechtlich gemeinsame Bundesangelegenheit sei, geht aus einer umfangreichen Depesche des k. k. österreichischen Ministers des Aeußern Fürsten v. Schwarzenberg an den österreichischen Gesandten in Berlin, Freiherrn v. Prokesch, vom 21. Juli 1850, hervor.

Genug. Es soll hier nicht auf die damaligen leidigen politischen Gegensätze zwischen Preußen und Oesterreich, die ja bald zum Waffenaustrage führten, eingegangen werden, ebensowenig auf die bekannte Entwicklung des Zollvereins. Das würde der Sache wenig dienlich sein. Es ist besser, das alles heute, wo wiederum eine wirtschaftliche Einigung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn in Aussicht genommen ist, ruhen zu lassen. Nur so viel sei gesagt, daß tatsächlich politische Gründe, der latente preußisch-österreichische Gegensatz, das Ziel der Denkschriften vereitelten. Keineswegs aber waren es volkswirtschaftliche Momente.

Heute haben sich die politischen Verhältnisse völlig geändert; aus den mißtrauischen Rivalen sind in Blut und Eisen erprobte Freunde geworden.

Deshalb ist es jetzt gut, ja notwendig, unter Fortlassung der politischen Seite auf den hervorragenden wirtschaftlichen Inhalt der beiden Denkschriften hinzuweisen, der nach vielen Richtungen hin ein Wegweiser zum Ziele des neuen großen Problems sein kann. Das ist der Zweck dieser Ausführungen. Natürlich darf er nicht einfach übernommen werden, denn selbstverständlich geht die Denkschrift für die heutigen Verhältnisse bezüglich der Handelseinigung oder Zollunion zu weit. Das liegt vor allem an den ganz andern staatsrechtlichen Verhältnissen damals, der engeren politischen Bindung zwischen Deutschland und Oesterreich. Auch stand man damals wohl allzusehr auf dem Standpunkt einer Staats- und Kabinettsaktion von oben (wodurch übrigens das ganze Unternehmen besonders leicht dem Verdachte politischer Hintergedanken ausgesetzt wurde).

Demgegenüber müßte heute das Vorgehen ein anderes sein. Dies ist ja bereits durch die Initiative des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsvereins und die große öffentliche Diskussion in glücklicher Weise eingeleitet worden. In allen drei Staaten haben auch die wirtschaftlichen Interessenvertretungen bereits vielfach ihre praktischen Ansichten und Wünsche geäußert. Nach dem wird man sich dann auch in den offiziellen Kreisen und Volksvertretungen mit dem Thema befassen. „Unter dem mächtigen Eindruck der jüngsten Weltereignisse und der tiefen Wirkung der gemeinsamen Opfer und Erfolge wird diese Sache sicherlich in rascherem Tempo fortgesetzt werden,“ so drückte sich kürzlich der Präsident des ungarischen Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, Ministerpräsident a. D. Dr. A. Weterle, aus.

Große Schwierigkeiten freilich sind zu überwinden. Aber das Werk wird gelingen, wenn bei allen Teilen jene zuversichtliche, warme und begeisterte Hingabe vorhanden sein wird, mit der jene beiden Denkschriften angefüllt sind.

Die Hauptsache aber ist, worauf beide Denkschriften eindringlich hinweisen, daß die vertragsschließenden Teile sich freundlich, nicht wie zum Kampfe gerüstet, entgegentreten. Daß die Unterhändler nicht mit hohen allgemeinen Zollarifen kommen und sich in wochenlangen Kämpfen jedes kleine Entgegenkommen mühsam durch Gegenleistungen entreißen lassen. Es darf sich nicht um das Uebervorteilen und Düpieren des einen Teiles durch den andern handeln, sondern der Gesamtnutzen steht im Vordergrund. In seinem Interesse muß die Abwägung des Möglichen geschehen.

Ist diese wirtschaftliche Einigung einmal erzielt, dann ist auch der Weg frei für die großzügige Politik unsers Friedrich List, „des Bismarck des deutschen Wirtschaftslebens“, der als erster, in den vierziger Jahren bereits, Deutschland den Weg nach Osten gewiesen hat, dem schon direkte Eisenbahnverbindungen über Wien—Konstantinopel nach Kleinasien (Bagdadbahn!) und Aegypten vorgeschwebt haben; Friedrich List, der in bezug auf diesen Zug nach Osten, zur uns jetzt engbefreundeten Türkei und weiter nach Osten und auf das uns ebenfalls so nahe stehende Ungarn, einen der Partner der künftigen Zollunion, einst ausgerufen hat: „Allein der Weg dahin geht über Ungarn, und solange Ungarn nicht mit Leib und Seele eins ist mit Deutschland, ist weder dort noch weiterhin etwas Tüchtiges zu machen, im Verein mit Ungarn dagegen alles! Ungarn ist für Deutschland der Schlüssel zur Türkei, zur Levante, zum Orient und zugleich ein Bollwerk gegen nördliche Uebermacht!“

Das eine steht fest: mögen die einzelnen Fragen ökonomisch und zolltechnisch noch so schwierig zu lösen und zuweilen zweifelhaft sein, das wirtschaftspolitische Abkommen zwischen unsern Staaten muß kommen, ist eine Notwendigkeit unsrer Zukunft und des zwanzigsten Jahrhunderts. Es ist ganz so, wie Paul Rohrbach in Nr. 31 des „Größeren Deutschland“, S. 1020, schreibt: „Die beiden Großstaaten in Zentraleuropa sind politisch so absolut auf eine enge Gemeinschaft angewiesen, und es ist darüber hinaus so vollkommen klar, daß sie gemeinsam zur Verfolgung ihrer die Türkei stützenden und entwickelnden Orientinteressen

berufen sind, daß ein ganzes Stück politischen Krämerfinns dazu gehört, um über die Grundzüge des Wirtschaftsblündnisses zu feilschen oder gar die Einigung selbst als fraglich zu behandeln.“

Entfernen sich Europa und Nordamerika voneinander?

Von

Prof. Dr. Galle

Wenn man die Ostküste Südamerikas und die Westküste Afrikas miteinander vergleicht, so zeigt sich in großen Zügen ein in die Augen springender Parallelismus. Zwischen dem Kap S. Roque und Rio de Janeiro auf der einen und dem Nigerdelta und Benguela auf der andern Seite entsprechen die Vorsprünge der einen Küste den Einbuchtungen der andern. Und neben dieser äußeren Ähnlichkeit des Küstenverlaufs, dessen Figur übrigens noch einmal in einem unterseeischen Gebirge mit Höhen bis etwa 1600 Meter in den Tiefen des Atlantischen Ozeans sich wiederholt, hat man zuerst bei den Käfern eine Verwandtschaft der Tierwelt auf den benachbarten Seiten der beiden Erdteile bemerkt. Sie wurde dann auch bei den Säugetieren erkannt, besonders bei jenen stumpfsinnigen Geschöpfen, die nach ihrem zahnarmen Gebiß Edentaten heißen, zu denen die Gürteltiere und die Faultiere gehören. Sie sind ursprünglich wohl in Afrika heimisch gewesen, zahlreiche fossile Arten wurden aber auch in Patagonien gefunden, und die lebenden Vertreter dieser Tierklasse kommen fast nur in Südamerika vor.

Denkt man sich ferner Südamerika an Afrika herangeschoben und so weit gedreht, daß beide aneinander passen, so ist es auch sehr merkwürdig, daß die Streichrichtung der Gebirge, die mit dem Amazonasstrom gleichläuft, mit jener von Nordost nach Südwest gerichteten der uralten Gneißgebirgszüge des Sudans übereinstimmt, daß dann südlich von Kap S. Roque und südlich von Kamerun die Streichrichtung einer geologisch jüngeren Formation den Biegungen der Küste folgt, und daß endlich die Gebirgszüge südlich von Buenos Aires in Richtung, Bau und Geschichte die Fortsetzung des ganz anders gearteten Kapgebirges bilden.

Wenn man dies sich nicht anders erklären kann, als daß einstens beide Kontinente zusammengehangen haben, so wird dadurch dem Glauben an die Unveränderlichkeit der Verteilung von Land und Wasser auf der Erde, der Lehre von der Permanenz der Ozeane, der Todesstoß gegeben. Die Verbindung stellte man sich zunächst durch einen in den Fluten des Atlantischen Ozeans versunkenen Erdteil vor, dem man den Namen Atlantis gab. Ein solcher Vorgang lag nahe bei den Anschauungen, die man sich von der Bildung der Erdteile und der Gebirge machte. Man nahm an, daß sich das Antlitz der alternden Mutter Erde mit Runzeln bedecke. Diesen traurigen Zustand sollte die Abkühlung in dem

frostigen Weltraum verursacht haben. Bei dem hierdurch veranlaßten Zusammenschrumpfen des Innern folge die Rinde nicht schnell genug, lege sich in Falten und einzelne Stücke stürzen in die Tiefe.

Aber wenn auch die Geologen mit langen Zeiträumen rechnen dürfen, so sind doch die Wanderungen jener erwähnten schwerfälligen Tiere von Afrika über ein 5000 Kilometer breites Land nach Amerika nicht ohne weiteres verständlich und das Aneinanderpassen der Streichrichtungen dreier verschiedenen Gebirgssysteme ist noch unerklärlicher.

Dabei haben wir die Frage der Abkühlung der Erde und der Art dieses Vorgangs ganz aus dem Spiele gelassen. Sedenfalls ist das Bild vom vertrocknenden Apfel, das man gebraucht hat, wenig glücklich gewählt. In einfacherer Weise würde vielmehr den einstigen Zusammenhang und das jetzige Auseinanderklaffen zweier Erdteile die geplante Kruste eines Kuchens verfinnlichen, wo beide Seiten den ursprünglichen Zusammenhang verraten. Wer einmal die Bruchspalten am Nordende der Insel Hibbensee gesehen hat, weiß, daß solche Zerreißungen im kleinen vorkommen, und die Geologen kennen sie auch in größerem Maßstabe. Ein Beispiel ist der Grabenbruch in Ostafrika, von dem das Rote Meer einen Teil bildet.

Wenn man nun auch nicht die Ursache der Losreißung Südamerikas von Afrika ohne weiteres angeben kann, so muß man sich doch die Möglichkeit der horizontalen Verschiebung eines ganzen Erdteils vorstellen können.

Man wird dabei an schwimmende Eisschollen denken dürfen, die ja nur wenig spezifisch leichter als Wasser sind. In ähnlicher Weise stellt man sich die in der Hauptsache aus Gneis bestehenden Festlandsschollen auf einer spezifisch etwas schwereren, lavaähnlichen Flüssigkeit schwimmend vor, nur daß die spezifischen Gewichte in diesem Falle ungefähr das Dreifache desjenigen des Wassers betragen. Wie man auf diesen Gedanken gekommen ist und durch welche Tatsachen er seine Berechtigung erhält, wird in einer kleinen Schrift von Alfred Wegener über die Entstehung der Kontinente und Ozeane (in der Sammlung Bieweg) auseinandergesetzt. Daß der Meeresboden am Grunde der Ozeane sich wie eine zähflüssige Masse verhält, wird bereits durch die auffallende und für die Kabellebung sehr vorteilhafte Eigenschaft wahrscheinlich gemacht, daß er fast eben ist und eigentliche Gebirge mit Ausnahme des erwähnten nicht vorkommen, wofür sonst schwer eine Erklärung zu finden ist.

Man würde sich von der Erde etwa folgende Vorstellung machen müssen: Eine Kugel aus Nideleisen von fast 5000 Kilometer Halbmesser bildet den Kern, den jene zähflüssige Magmaschicht in einer Mächtigkeit von 1500 Kilometer umgibt. Auf ihr ruht schwimmend eine anfangs geschlossene Kruste von 120 Kilometer Dicke, die sich aus Ursachen, die wir nicht kennen, teilweise zusammengeschoben hat, wobei die stärker belasteten Schollen etwas tiefer einsinken.

Solche Theorien, wie die soeben angedeutete, können freilich nicht ohne weiteres als neueste Errungenschaften der Wissenschaft angesprochen werden, aber sie können einen großen Wert als sog. Arbeitshypothesen erlangen. Werden

sie als richtig vorausgesetzt, so kann man die Folgerungen daraus mit den Beobachtungen, die man besitzt oder zur Vergleichung anstellt, entweder in Einklang finden oder man wird durch die Widersprüche zur Verbesserung der Theorie geführt.

Daß sie einer Anzahl von Tatsachen gerecht wird, kommt in den soeben angeführten Zahlenangaben zum Ausdruck. Sie beruhen auf Schlüssen, die man aus Beobachtungen von Richtung und Größe der Schwerkraft und aus Erdbebenaufzeichnungen ziehen konnte. Diese interessanten Ergebnisse, die uns gewissermaßen in das Innere der Erde blicken lassen, zu beleuchten, soll hier nicht unsere Aufgabe sein. Die andre Frage soll uns vielmehr beschäftigen, ob tatsächlich horizontale Verschiebungen von Kontinenten vorgekommen sind; sie bildet das Experimentum crucis, mit dem die Theorie steht und fällt.

Die merkwürdigen Zusammenhänge zwischen Südamerika und Afrika sind nur ein Beispiel unter vielen, die auf der Erdoberfläche entdeckt wurden. Eine besondere Wichtigkeit für unsere Frage haben die Beziehungen zwischen Nordamerika, Grönland und Europa, da man aus der Fauna, Flora und den geologischen Verhältnissen geschlossen hat, daß die Trennung dieser Landmassen erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit stattgefunden hat. Nach den aufgefundenen Fossilien muß man annehmen, daß Europa und Nordamerika noch im Anfange der Tertiärzeit zusammengehangen haben und erst am Ende derselben in der Hauptsache ohne Verbindung waren. Jedoch scheint zwischen Irland und Neufundland noch zur Eiszeit eine Landbrücke vorhanden gewesen zu sein. Hierfür ist unter anderm das gemeine Heidekraut ein Beweis, das sich außer in Europa nur in Neufundland und seiner Umgebung findet, und es gibt anderseits nordamerikanische Arten, die nur noch im Westen von Irland auftreten. Außerdem sind Anzeichen für eine nördliche Verbindung über Grönland noch bis in die Diluvialzeit vorhanden, worauf beispielsweise das Vorkommen der Gartenschnecke außer in Europa auf Island, Grönland, Labrador und Neufundland und ebenso die Flora Grönlands hinweisen.

Wenn man Schätzungen der Dauer der verschiedenen geologischen Zeitalter, die sich auf verschiedenen Wegen anstellen lassen, vertrauen darf, so kann man aus der Annahme, daß Europa und Amerika sich vor einer Million Jahren getrennt haben, und aus dem jetzigen Abstand beider Erdteile von etwa 3500 Kilometer schließen, daß sie sich im Durchschnitt jährlich um 3,5 Meter voneinander entfernt haben. Mir scheint diese Zahl noch etwas zu groß zu sein, auch wenn man die von Wegener angenommenen Zeiträume gelten läßt. Wenn die Trennung bereits im Pliozän erfolgt ist, wie manche Geologen meinen, so würde man ein Viertel davon oder rund einen Meter ansetzen können. Grönland dagegen, das sich erst zur Eiszeit, etwa vor 50 000 bis 100 000 Jahren, von Europa gelöst hat, würde eine jährliche Verschiebung von 10 bis 20 Meter zeigen müssen.

Gelingt es, solche Verschiebungen zu messen, so zeigt sich damit umgekehrt ein Weg, die Dauer der geologischen Zeitalter genauer, als dies bisher möglich war, kennen zu lernen und damit auch einen ersten Schritt zur Kenntnis des Alters der Erde zu tun.

Ein Mittel, Verschiebungen in ostwestlicher Richtung festzustellen, bieten die astronomischen Bestimmungen der geographischen Längen. Der Längenunterschied zweier Orte wird, woran kurz erinnert werden möge, durch Bestimmung der Ortszeit und Vergleichung der Uhren beider Orte in ein und demselben Augenblick erhalten. Die mitteleuropäische Zeit, die mit der Ortszeit auf dem Meridian durch Kolberg und Görlitz übereinstimmt, unterscheidet sich von der Greenwicher (Londoner) Zeit um eine Stunde. Einer Stunde Zeitunterschied entspricht ein Längenunterschied von 15 Grad. In verschiedenen geographischen Breiten ist die Länge der Längengrade verschieden, in der Breite von Greenwich und nahe übereinstimmend von Halle a. S. ist der Längengrad 69,5 Kilometer lang. Man erkennt aus diesen Bemerkungen, wie die astronomische Beobachtung die Verückung in Metermaß zu messen verstatet.

Wenn man freilich bedenkt, daß hiernach in unsern Breiten einer Zeitskunde nahezu 300 Meter entsprechen, so wird man den unsicheren älteren, durch Beobachtungen erlangten Längenbestimmungen keinen entscheidenden Wert bei Beantwortung unsrer Frage beimesen können. Hat doch z. B. Lalande 1797 behaupten können, daß es nicht vier Orte auf der Erde gäbe, bei denen man (zu seiner Zeit) die Differenz der Meridiane auf 2 Sekunden kenne. In Grönland sind nur drei solche Längenbestimmungen vorhanden, die sich über den Zeitraum von 1823 bis 1907 erstrecken. Immerhin fordert die daraus folgende jährliche Zunahme der Entfernung um 25 Meter unsre Aufmerksamkeit heraus.

Abgesehen von der Vervollkommenung der Zeitbestimmungen ist es besonders die Methode der Uhrvergleichung, welche durch die Erfindung des elektrischen Telegraphen mit einem Schlage die Längenbestimmungen zu einer vorher ungeahnten Genauigkeit erhoben hat. Zuerst hat man vor siebzig Jahren in Nordamerika die telegraphischen Signale diesem Zwecke dienstbar gemacht. Nachdem schon 1844 der Längenunterschied zwischen Washington und Baltimore so bestimmt worden war, führte die Coast Survey der Vereinigten Staaten diese Methode 1846 ein. In Deutschland ist zuerst der Längenunterschied von Berlin und Frankfurt a. M. 1852 auf diese Weise erhalten worden. Man konnte die Lage der wichtigsten Orte sowohl der Vereinigten Staaten von Nordamerika wie in Europa nach ihrer geographischen Länge dann mit immer fortschreitender Genauigkeit in bezug auf eine Hauptstation desselben Kontinents festlegen. Aber bis zum Jahre 1866 fehlte die Möglichkeit, diese Hauptpunkte, Washington und Greenwich, selbst telegraphisch miteinander zu verbinden.

Dieser große Fortschritt der Verknüpfung der Alten und der Neuen Welt wird der Legung des transatlantischen Kabels verdankt, die bereits 1865 durch die Atlantische Telegraphen-Kompanie versucht wurde. Das Kabel brach aber mitten im Ozean. Im folgenden Jahre gelang es dem Kabeldampfer „Great Eastern“ der Englisch-Amerikanischen Kompanie, von Irland ausgehend in Neufundland mit einem neuen Kabel zu landen, und fast gleichzeitig war es gelungen, das verlorene Kabel wiederzufinden, so daß die Verständigung zwischen beiden Erdteilen sogleich auf zwei Wegen möglich war.

Es war wiederum die Coast Survey, die gerade vor einem halben Jahrhundert das neue Hilfsmittel für wissenschaftliche Zwecke dienstbar machte. Bereits in demselben Jahre 1866 sehen wir einen Beobachter in Heart's Content auf Neufundland und einen zweiten in Foilhommerum auf der Insel Valencia bei Irland, dem europäischen Endpunkt des Kabels, in Tätigkeit, um in beiden Richtungen die Signale aufzufangen. Da sich nämlich die Ankunft des Signals gegen seinen Abgang in dem 3500 Kilometer langen Kabel etwa 0,3 Sekunden verzögerte, so würde aus den europäischen Signalen die amerikanische Station 0,3 Sekunden oder etwa 90 Meter westlicher zu liegen scheinen und nach den amerikanischen Signalen die europäische Station um ebensoviel östlicher. Erst der Mittelwert gibt die wirkliche Längendifferenz.

Während die vor 1860 aus Mondbeobachtungen erhaltenen Längen oft mehrere Sekunden untereinander abwichen, gab dieser erste Versuch der Verwendung eines Kabels eine Bestimmung, die sich nur etwas über eine Zehntelsekunde von den 1870 und 1872 wiederholten und verbesserten Messungen unterschied. Die folgende Wiederholung im Jahre 1892 zeigte mit den letzten bereits eine Uebereinstimmung bis auf einige Hundertstel der Sekunde, und die neueren Arbeiten weisen eine weitere Zunahme der Genauigkeit auf, bei der einige Tausendstel der Sekunde verbürgt werden.

Wieder wurde ein neues Hilfsmittel in den Jahren 1913/14 durch die Franzosen und Amerikaner angewendet, das allerdings auf kleinere Entfernungen auch sonst und auch in Deutschland mit Erfolg gedient hat, nämlich die drahtlose Telegraphie. Bis jetzt sind allerdings nur die Ergebnisse der amerikanischen Beobachter bekannt geworden.

Auch das Geodätische Institut in Potsdam hatte im Hinblick auf die hier behandelte Frage der Verschiebung der Kontinente eine drahtlose Verbindung der europäischen und amerikanischen Längen geplant. Die Verhandlungen mit Amerika führten aber nicht zum Ziele. Als dann die Operation unter Leitung des um die telegraphischen Längenbestimmungen sehr verdienten, im Jahre 1915 verstorbenen Geheimrats Theodor Albrecht mit Benutzung des Kabels über die Azoren von Deutschland allein unternommen wurde, brach der Krieg aus. Die Zerstörung des Kabels von Vorkum nach Horta bereitete den Arbeiten ein vorzeitiges Ende. Das infolgedessen nicht ganz gesicherte Ergebnis stimmt bis auf einige Tausendstelsekunden mit dem von 1892 überein, so daß man hieraus auf ein Abrücken Amerikas in der Zwischenzeit von 22 Jahren nicht schließen kann.

Die Vergleichung mit den alten Beobachtungen vor 1860 ist zu unsicher, und man muß die hoffentlich nicht mehr ferne Friedenszeit abwarten, um Fragen, wie die vorliegende, endgültig entscheiden zu können.

Religiöse Kurpfuscher

Von

Prof. Dr. J. Schwalbe (Berlin)

Das Aufsehen, das der Berliner Gesundbeterprozeß hervorgerufen hat, wurzelte mehr in den Mitteilungen über das tragische Ende zweier hochbegabter und beliebter Schauspielerinnen als in den Enthüllungen über das Wesen der christlichen Wissenschaft. Schon vor Jahren ist dieses Produkt amerikanischer Kultur bei uns heimisch geworden. Zeitungsartikel und Einzelschriften verbreiteten bereits damals über ihr Wesen die nötige Aufklärung, satirische Berichte über die Versammlungen der Scientisten wurden veröffentlicht, es wurde angegeben, daß der Kaiser den Mitgliedern der Hofgesellschaft, unter der diese geistige Epidemie wie so viele andre vordem recht beträchtlich herrschte, den Besuch der Sitzungen verboten habe. Schließlich hatten auch bei der Ausdehnung, die diese Austerwissenschaft gewann, wohl nicht wenige Gelegenheit, durch diesen oder jenen Bekannten in die Pforten ihres Tempels eingeführt zu werden; ich selbst erhielt die erste Kenntnis von dieser Lehre durch die Tochter eines hochangesehenen Berliner Pfarrers, die nicht nur den Glaubenssätzen der Christian Science in voller Ueberzeugung anhing, sondern auch in deren Dienste praktisch tätig war.

Auch die Rechtspflege hat schon früher Anlaß gehabt, sich mit der Christian Science zu beschäftigen. Im Jahre 1908 wurde eine Gesundbeterin in Charlottenburg, die ein Kind wegen starken Haarverlusts und dessen Vater wegen rheumatischer Beschwerden erfolglos „in Arbeit genommen“ hatte, vom Schöffengericht wegen Betrugs verurteilt, vom Berufsungsgericht aber — wie es zumeist in den Kurpfuscherprozessen geht — freigesprochen, weil ihr der „gute Glauben“ zugebilligt wurde.

In demselben Jahre hat ein Berliner Landgericht den „Heilungsvertrag“ zwischen einem Gesundbeter und einem Kranken für nichtig erklärt, weil er gegen die guten Sitten verstoße. In dem Urteil hieß es unter anderm: „Es würde mit gesunden sozialen Zuständen völlig unvereinbar sein, wenn der gewerbsmäßige Abschluß von Verträgen rechtliche Anerkennung fände, bei denen der Vertragswille der Parteien darauf gerichtet ist, daß die eine Partei gegen feste Bezahlung ihr angeblich besonders enges Verhältnis zu Gott benutzen soll, um einen angeblichen Eingriff übersinnlicher Kräfte in das Leben der andern Partei herbeizuführen. Der Glaube, daß jemand kraft besonderer göttlicher Gnade in der Lage sei, Kranke zu heilen, mag in mehr oder minder weiten Kreisen bestehen; die Anmaßung einer solchen Heilkraft aber in Verbindung mit der Ausübung eines auf diese Heilkraft sich gründenden, den Gelderwerb bezweckenden Gewerbebetriebes widerspricht dem allgemeinen Sittlichkeitsempfinden, zum mindesten der gebildeten Kreise als der Kulturträger, und kann daher rechtlichen Schutz nicht genießen.“ Das Urteil verweist dann darauf, daß „die gewerbsmäßige

Ausnutzung vom Geseze nicht anerkannter übersinnlicher Kräfte" bestraft werden könne, und betont dann: „Außerdem endlich erscheint das öffentliche Interesse an einer geregelten Gesundheitspflege im Volke dadurch gefährdet, daß durch den Einfluß der Christian Science Kranke der sachgemäßen und rechtzeitigen Behandlung durch den Arzt, den berufenen Hüter der Gesundheit des Volkes, entzogen werden.“

Auch an diese beiden Prozesse schlossen sich, wie jetzt, Abwehrartikel von ärztlichen und juristischen Sachverständigen, die die wissenschaftliche Seite der Lehre, von Theologen, die ihren angeblich christlichen Inhalt aufs schärfste bekämpften. Wie wenig Erfolg, wenigstens für die Dauer, sie erzielt haben, ist durch den neuen Prozeß nur zu deutlich erwiesen worden.

Denjenigen, der das Kurpfuschertum aus der Geschichte und aus eigener Erfahrung kennt, wird dieses Ergebnis nicht überraschen. In der Natur der religiösen Kurpfuscherei ist es gegründet, daß sie unter allen Arten der unwissenschaftlichen Heilbehandlung am leichtesten in die Köpfe der Empfänglichen Eingang findet und am schwersten daraus zu vertreiben ist.

Wie der Glaube, so stützt sich auch der Aberglaube auf die Bibel. Will man völkerpsychologisch weit zurückgehen, so gelangt man zur Ursprungsquelle des Zauber- und Dämonenglaubens, dessen Elemente auch heute noch viel mehr als man annimmt, offensichtlich und verhüllt im Seelenleben der Völker eine Rolle spielen. Auch heute noch, wie in den Zeiten des geistigen Erwachens der Menschheit, sind abergläubische Vorstellungen vornehmlich an Krankheit und Tod — die sinnfälligsten und eindrucksvollsten Veränderungen im Ablauf des Lebens — geknüpft. Schon bei den primitiven Menschen entwickelte sich das Verlangen, gegen diese Störungen ihres Daseins Schutz zu finden, und so wurden, teils aus eigenem innerem Antrieb, teils von den Hilfebedürftigen dazu geschaffen, die Medizinmänner oder Schamanen geboren, die noch heute bei den wilden Völkern ihres Amtes walten. „Der Medizinmann der Wilden ist in Wahrheit der Vorfahre des heutigen Arztes und daneben in gewissem Sinn auch der des heutigen Priesters“ (Wundt) und — kann man hinzufügen — des religiösen Kurpfuschers. In seiner weit fortgeschrittenen Entwicklung finden wir dann den „Medizinmann“ als Priester in den Tempeln der Griechen, wohin die Kranken in Scharen pilgerten, um die Stimme der Götter zu vernehmen. Hier wie in der Folgezeit mußten die Wundertaten, die gegen Krankheit und Tod gerichtet waren, auf die Menschen den stärksten Eindruck machen. Den Religionsstiftern, den Heiligen, den gottseligen Priestern wurde deshalb vornehmlich die Errettung von Kranken und die Erweckung von Toten zugeschrieben. Diese Wunder waren die stärksten Beweise für die überirdische Kraft der Ausgewählten. „Wenn ihr nicht Zeichen und Wunder sehet, so glaubet ihr nicht“ (Joh. 4, 48). Das Wunder ist in der Kirchengeschichte nicht nur „des Glaubens liebstes Kind“, sondern oft genug erst das Piedestal gewesen, auf dem der in seinem besonderen Wesen erkannte Gebenedeite „erhöhet“ worden ist. Und immer wieder sind es namentlich Krankheitsheilungen gewesen, die um die Häupter von

Menschen, aber auch um Werke der Natur und Menschenhand die Gloriole des Ueberirdischen gewoben haben.

Es wäre erstaunlich, wenn die wundertätige Fähigkeit, Krankheiten zu beseitigen, nicht allmählich erwerbsmäßig ausgebeutet worden wäre. Die dankbaren Genesenen drängten ja selbst zu dieser Entwicklung. Zu den Wehegeschreien, die in den Tempeln den Göttern und später in den Kirchen den Heiligen gestiftet wurden, gesellten sich naturgemäß Gaben, die man den irdischen Vertretern der Himmlischen darbrachte. Der Priester, der nicht nur den Teufel aus dem Reher, sondern auch den Dämon (!) aus dem Besessenen mit Beschwörungen trieb und Hexen die Fähigkeit, Vieh und Menschen krank zu machen, raubte, der konnte auch darauf vertrauen, daß er seine Kraft leblosen Gegenständen zu übertragen vermöchte. So kamen, um nur ein Beispiel zu nennen, die verschiedenen Amulette¹⁾ zustande, die den Träger nicht nur gegen den bösen Blick, gegen Krankheiten und Verwundungen schützen, sondern auch von Krankheiten erlösen sollten. So erhielten ferner manche Quellen schon dadurch, daß an ihrem Orte Heilige, vornehmlich aber die Mutter Gottes, erschienen, eine Heilkraft, die (das ist nicht kritisch, sondern chronologisch bemerkt) so lange anhielt, bis eine neue Quelle auf die gleiche Weise zauberhaft wurde und — aus diesem oder jenem Grunde — die Gläubiger stärker anzog.

Manche Menschen vollführten sogar ohne priesterliche oder überirdische Weiße Handlungen, denen nach den Worten der Bibel eine wundertätige Wirkung zukommen durfte. Dahin gehört unter anderm das Handauslegen, das Salben mit Kirchenöl, das „Besprechen“ — mit und ohne Hilfe von kreuzweise übereinander gelegten Stäbchen usw. (was übrigens auch bei Juden angewandt wurde) — und andere ähnliche Manipulationen. Dahin gehört auch das einfache Gebet. Freilich handelt es sich hier nicht um den Hilferuf, mit dem sich ein Leidender oder seine Angehörigen tief bekümmert an den Weltenlenker um Erlösung von einem Uebel wenden, sondern um ein Wundermittel in Worten, denen unmittelbar eine Einwirkung auf die Krankheit innewohnen soll, etwa gleich dem Geheiß Jesu: „Stehe auf und wandle!“ oder „Weib, du bist von deiner Krankheit erledigt!“ (Luc. 13, 11—13).

Hier stehen wir an der Schwelle der Christian Science. Der Anhänger der Lehre will nicht durch Erflehung göttlicher Gnade sich oder einem andern Kranken die Gesundheit erwirken, sondern er selbst glaubt sich befähigt, das Leiden zu bannen und seinen eignen Leib oder den seines Mitmenschen genesen zu lassen. Ein Zeit- und Geistesgenosse von Mrs. Eddy (Sweet Marden) begründet diesen Anspruch eines jeden Gläubigen auf Wundermacht mit den Worten:²⁾ „Warum sollten wir nicht göttliche Kräfte besitzen, da wir doch göttlichen Ursprungs sind? Ist es so unglaublich, daß wir an den Eigenschaften

¹⁾ Dazu gehört übrigens in gewissem Sinne noch das elektrisch aufgepuppte Volta-Kreuz, das bis vor kurzem berufen war, Krankheiten zu heilen.

²⁾ Zitiert nach R ü e g g, Die Christian Science in biblischer Beleuchtung. Berlin 1915.

unser Schöpfers Anteil haben? Wir wundern uns doch auch nicht, wenn unsre Kinder uns ähnlich sind und unsere Kräfte und Eigenschaften besitzen. Warum sollten sich Gottes Kinder wundern, wenn in ihnen Göttliches ist?"

Er scheint schon nach dieser Vorstellung die Macht eines jeden über den sterblichen Leib nahezu schrankenlos, so wird sie freilich vollendet durch die Lehre von Mrs. Eddy, nach der es einen Leib überhaupt nicht gibt, die also auch die Gebrechen des Leibes „a priori“ nicht anerkennt. „Leben, Wahrheit, Intelligenz oder Substanz existiert nicht in der Materie. Alles ist unbegrenzter Geist und seine unbegrenzte Manifestation, denn Gott ist alles in allem. Der Geist ist unsterbliche Wahrheit; die Materie ist sterblicher Irrtum. Der Geist ist das Reale und Ewige; die Materie ist nicht wirklich und zeitlich. Der Geist ist Gott, und der Mensch ist sein Bild und Gleichnis. Darum ist der Mensch nicht materiell; er ist geistig.“ Da Gott alles in allem ist, so kann auch das Schlechte, das Uebel gar nicht existieren, es kann also auch keine Krankheiten geben. Sobald wir uns das durch tiefe Versenkung in das göttliche Prinzip klargemacht, mit Gott eins geworden sind, verlieren wir Schmerzen und Krankheit. Solange aber Menschen nicht so stark sind, sich diesen Glauben zu „erdenken“, kann ihnen durch vollendete Gläubige geholfen werden, indem diese sich mit der Vorstellung erfüllen, daß die Schmerzen und das Leiden des Patienten, der sich in ihre Behandlung begibt, nicht existieren. Ob dabei der Patient gegenwärtig ist oder sich an einem andern Ort befindet, spielt begreiflicherweise gar keine Rolle, denn Materie gibt es nicht, und denken kann man selbst an jemand, der auf dem Mond weilt.

Wie absurd auch dieser Vorstellungskreis, namentlich der naturwissenschaftlich gerichteten Erkenntnis, erscheinen mag, so wird doch eine scharfe Trennung der Christian Science von der wortgläubigen Bibelorthodoxie für unmöglich angesehen. „Die orthodoxe Kirche und die Gesundheitsbeter gehören zusammen,“ schreibt (offenbar) ein Geistlicher in der „Voss. Ztg.“ vom 18. Oktober 1908. „Nur wer dem Neuen Testament selbständig und frei gegenübersteht . . ., wer in Krankheitsfällen nicht die Gemeindevorstände kommen läßt, daß sie ihn mit Öl salben und für seine Genesung beten (Jakobusbrief), sondern sich dem Arzt anvertraut: also nur der kirchliche Liberalismus hat eine freie und ehrliche Position gegen die Gesundheitsbeter.“

Gleichwohl haben auch die kirchlich-Konservativen aus ihrem Widerstand gegen die „Christliche Wissenschaft“ kein Hehl gemacht. Sie ist — wie die „Deutsche Tageszeitung“ ausführt — „trotz des guten Glaubens und des christlichen Sinnes wohl vieler ihrer Anhänger mit dem gesunden biblischen Christentum unvereinbar“. Was aber die besonders lebhafteste Verwahrung der Redaktion dieser Zeitung hervorruft, ist der „geschäftsmäßige Anstrich der Gebetsleistung“. „Wenn gewisse Leute aus der Fürbitte ein Geschäft machen, so ist das eine gräßliche, frevelhafte Versündigung gegen das Christentum. Hier kann auch guter Glaube nicht als mildernder Umstand wirken.“

Wer die Geschichte der Christlichen Wissenschaft und ihrer Verkünderin kritisch prüft, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß, wenn auch vielleicht nicht der Ausgangspunkt, so doch die Haupttriebfeder für ihr ganzes Wirken weder das Christentum noch die Wissenschaft, sondern das Streben nach kurpfuscherischem Erwerb gebildet hat. Als Kind puritanischer Eltern war Mary Baker Eddy für jene Weltanschauung prädestiniert, die durch die Verbindung von kapitalistischem Geist mit religiöser Gesinnung eine charakteristische Prägung aufweist. „Der Erwählte bewährt sich durch treue Erfüllung seiner irdischen Berufspflicht. Als solche erscheint unter gegebenen Verhältnissen der bürgerliche Gelderwerb“ (v. Schulze-Gaevernitz). Ihre höchste Blüte hat diese Weltanschauung ja im jetzigen Kriege durch das Zusammenwirken der Kriegsmaterialfabriken mit der salbungsvollen Friedensbewegung Amerikas getrieben.

Zu ihrer puritanischen Denkwiese gesellte sich bei Mary Baker eine nervöse Konstitution, die sich frühzeitig in hysterischen Erscheinungen kundgab. In ihren ersten beiden Ehen, in ihrem Verhältnis zu ihrem eignen Kinde und zu ihrem Adoptivsohn offenbart sie Eigenschaften, die die Zeichnung ihrer Persönlichkeit, welche der Reverend Wiggim in Boston von ihr gab („Sie ist eine furchtbar geriebene Frau, schlau und durchtrieben“), berechtigt erscheinen läßt. Angeblich in einer lebensgefährlichen Erkrankung und schon sterbend — beides hat ihr damaliger Arzt eidllich bestritten! —, will sie durch die Versenkung in das Evangelium Matthäi und durch ein inniges Gebet plötzlich erleuchtet und „durch ein Wunder, das Gott an ihr getan“, errettet worden sein. „Vorbereitet“ war sie offenbar für dieses Wunder durch das Studium von theosophischen und sonstigen sektiererischen Schriften, insbesondere eines Doktor Quimby. Es erscheint unzweifelhaft, daß sie, die „weder belesen noch irgendwie gelehrt“ war, ihre „ganze Wissenschaft von Quimby hatte, den sie nach seinem Tode als den großen Führer und ihren speziellen Lehrer gefeiert hat“ (Wiggim). Aber sie wußte diese Wissenschaft anders als er „materiell“ auszunutzen, trotzdem sie die Existenz der Materie überhaupt leugnete. Welche Reichtümer sie mit ihren Unterrichtskursen der „Christlichen Wissenschaft“ (erst zwölf Lektionen für 100 Dollar, später sieben Lektionen für 300 Dollar) und mit ihrem Buche „Science and Health“ erworb, ist bekannt. Bezeichnend für das Land, in dem sie diese Erfolge errungen hat, ist die Tatsache, daß sie in Boston mit staatlicher Autorisation das Metaphysical College of Massachusetts gründen konnte, von dem nicht weniger als 4000 Schüler, in der Lehre unterrichtet, als ihre Apostel in das Land hinauszogen. Kein Wunder, daß in Amerika die Adepten dieser „Wissenschaft“ ins Ungemessene sich vermehrten.

Auf ihrer Wanderung durch die übrige Welt fand die Christian Science auch in Deutschland Eingang und Verbreitung. Wir können leider dem — wohl nur aus dem Pathos unsrer Zeit geborenen — Schlußsatz des im Berliner Prozeß gefällten Urteils: „Es handelt sich um eine Lehre, die mit dem deutschen Geist, dem deutschen Wesen und dem deutschen Empfinden nicht das geringste gemein hat“, nicht zustimmen. Es wäre sehr zu wünschen, daß es so wäre.

Aber die Kulturgeschichte unsers Vaterlandes lehrt, daß auch bei uns sowohl die religiöse Sektiererei — und oft genug der Pietismus im besonderen — geblüht hat, als auch das Kurpfuschertum im weiten Umfange von jeher bodenständig gewesen ist. Und ebensowenig hat es an Vertretern der religiösen Kurpfuscherei, die sich im Namen Gottes und der Heiligen Schrift ihre Künste bezahlen ließen, bei uns gefehlt. Immerhin ist zuzugeben, daß Lehre und Praxis der Christian Science bei ihren Anhängern einen besonders hohen Grad von Urteils-mangel voraussetzt. Wenn sie trotzdem auch bei zahlreichen Mitgliedern der sog. gebildeten Gesellschaft Eingang gefunden hat, so ist diese Tatsache wohl zum Teil als Ergebnis einer allgemeineren Zeitströmung anzusehen. Der radikale Materialismus mit seiner geist- und gemütlosen Mechanisierung des Lebens löste, nachdem er im wesentlichen abgewirtschaftet hatte, eine Reaktion aus, die — wie gewöhnlich — nicht wenige zum entgegengesetzten Extrem und damit in die Arme der stets lauernden Mystik führte. Nicht nur in den religiösen Richtungen, sondern auch in der Kunst, insbesondere in der Literatur machte sich dieser Umschwung geltend. Auf solchem Boden konnte ein Gewächs wie die Christian Science schnell Wurzeln schlagen. Schärfer konnte in der Tat die Gegnerschaft gegen den Materialismus nicht ausgedrückt werden als in der (angeblich) Eddyschen Lehre, daß es überhaupt keine Materie gebe. Wenn unter den Adepten Mitglieder des Geburtsadels besonders zahlreich vertreten sind, so wird auch diese Tatsache denjenigen, der die Entwicklungsgeschichte des Geisteslebens verfolgt, nicht überraschen. Mit der Wissenschaft hat der über der gemeinen bürgerlichen Welt thronende Adel von jeher auf gespanntem Fuße gestanden, und „die freien Ritter in ihrem furchtbaren Aberglauben, in ihrer ozeantiefen Unwissenheit“ (Detlev v. Siliencron) haben sich auch in das zwanzigste Jahrhundert hinübergerettet.

Der Tod der beiden Schauspielerinnen hat ein grelles Licht auf die Höhe der Gefahren geworfen, die die Christian Science im besonderen und das Kurpfuschertum im allgemeinen für die Kranken heraufbeschwören kann. Von allen Seiten ist der Ruf nach Schutz und Abhilfe erschollen. Ärzte, Lehrer, Geistliche sind auf den Plan gerufen worden, damit sie das Volk aufklären. Des Appells an die Ärzte hätte es nicht bedurft. Seit Jahr und Tag bemühen sich die deutschen Ärzte in Wort und Schrift, persönlich und durch ihre Standsvertretungen, die Öffentlichkeit über das Wesen und die Gefahren des Kurpfuschertums zu belehren. Wiederholt sind auch Sammlungen von Kurpfuscherwerkzeugen dem Publikum vorgeführt worden, um durch Anschauung die Natur und die Folgen der pfuscherischen Behandlungsmethoden zu erweisen. Der Berliner Gesundbeterprozeß hat aber wieder gezeigt, wie wenig mit allen diesen Bemühungen erreicht worden ist. Wird doch den Ärzten auch von Vertretern der Intelligenz oft genug entgegengehalten, daß sie in ihrem Kampfe gegen die Laienbehandlung Partei seien, oder gar, daß sie dabei für ihre eignen materiellen Interessen besorgt wären. Als zweites Gegenargument wird mit Nachdruck der Hinweis ins Feld geführt, daß die Heilkunde oftmals von Laien hervorragend

gefördert worden sei: und man stützt sich dabei immer wieder besonders auf die Namen Priessniß, Kneipp, Hefling. Ferner wird geltend gemacht, daß auch die medizinische Wissenschaft und die Aerzte nicht weniger als die Kurpfuscher Irrtümer begehen und Mißerfolge erleben.

Ich kann mich an dieser Stelle nicht ausführlich auf die Zurückweisung dieser und anderer Rechtfertigungsmittel der Kurpfuscherfreunde einlassen; nur in wenigen Worten möchte ich folgendes bemerken. Die Bereicherungen, die die praktische Krankenbehandlung durch einige wenige Laien erfahren hat, stellen fast durchweg Methoden dar, die schon früher in der Heilkunde benutzt, aber — auch die praktische Wissenschaft hat ihre Moden — wieder vergessen worden waren. Von den Laien wiedererweckt, erlangten sie erst in den Händen der Aerzte eine sachgemäße Gestalt durch wissenschaftliche Ergründung, durch Beschränkung auf geeignete Fälle, durch Ausbau nach zulässigen Richtungen. Die grobe Wasserbehandlung eines Priessniß war das wiederangewandte Verfahren des Arztes Sigismund Hahn und wurde erst zu einer neuen rationellen Heilmethode durch den ausgezeichneten Wiener Professor Winterniß erhoben. Die heutige außerordentlich vielfältige Hydrotherapie ist das Werk der wissenschaftlichen Medizin; weder von Priessniß (abgesehen von dem noch seinen Namen tragenden „Umschlag“) noch von Kneipp ist bei ihren Anwendungsarten etwas Wesentliches übriggeblieben.

Daß auch die medizinische Wissenschaft und ihre Vertreter Fehler begehen, soll gewiß nicht bestritten werden. Diesen Einwand werden wir so lange geduldig ertragen können, als auch alle anderen Werke menschlichen Schaffens der Unzulänglichkeit unterworfen sind. Aber ich lasse mir doch deshalb nicht ein Haus von einem Schneider bauen, weil Architekten sich als minderwertig erwiesen haben, und ich übergebe nicht meinen Prozeß einem Winkelkonsulenten, weil auch in der Rechtspflege bis hinauf zum Reichsgericht Irrtümer vorkommen.

Die Heilkunde ist wie die Jurisprudenz, die höhere Technik, die Philosophie usw. eine Wissenschaft. Zu ihrer vernunftgemäßen Ausübung bedarf es der Kenntnis des Baues des Körpers und seiner Einrichtungen, der Einsicht in die Ursachen, das Wesen und den Verlauf der Krankheiten, des Verständnisses für die Wirkung der Behandlungsmethoden. Ohne diese weitsichtige und tiefgehende Vorbildung tappt jeder, der heilen will, im Dunkeln, wie der Blinde unter den Farben, und wer trotzdem kuriert, handelt — wie es oft genug die Gerichte ausgesprochen¹⁾ und Tausende von Kranken an ihrem Leibe erfahren haben — fahrlässig am Leben derer, die sich ihm anvertrauen.

¹⁾ „Jeder, der die Heilkunde gewerbmäßig betreibt, ist verpflichtet, sich die zu deren Ausübung erforderlichen Fähigkeiten anzueignen. Versäumt er dies und übernimmt er trotzdem die Behandlung einer Krankheit, die er nach dem Stande seiner Kenntnisse und seiner Ausbildung entweder nicht richtig zu erkennen oder nicht richtig zu behandeln versteht, so kann er im einzelnen Falle schon dadurch fahrlässig handeln, daß er trotz seiner mangelnden Ausbildung die Behandlung übernimmt, ohne sorgfältig zu prüfen, wie weit er nach seinen individuellen Fähigkeiten sachgemäße Hilfe leisten kann“ (Urteil des Reichsgerichts vom 15. Oktober 1906).

Mit einer solchen Beweisführung wird man leider nur auf die wirklichen „Intellektuellen“ Eindruck machen. Bei einer Bevölkerung, in der ein „Heilbuch“ des Kurpfuschers Wilz — dessen „Sanatorium“ trotz (oder vielleicht wegen) der Mitwirkung approbierter ärztlicher Heilgehilfen von der Behörde wegen gesundheitswidriger Mißstände geschlossen worden ist — zu Hunderttausenden von Exemplaren verkauft worden ist, müssen die Hebel zur Aufklärung früher angelegt werden. Schon in der Schule, und zwar nicht nur in der höheren, müssen die Grundelemente der Gesundheits- und Krankheitslehre dem Verständnis des Volkes nahegebracht werden. Diese Aufgabe kann nicht besser als durch die Einführung oder Verstärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts gelöst werden. Erst wenn die heranwachsende Generation eine bessere Vorstellung als bisher von den biologischen Vorgängen in unserm Organismus und von den Naturzusammenhängen überhaupt erhält, werden ihre Gehirne im allgemeinen gegen die schlimmsten Vorspiegelungen von Scharlatanen verschiedener Gattung gerüstet sein. Auch in dem zweiten Bericht (1906) der von der Deutschen Naturforscherversammlung eingesetzten Unterrichtskommission wird der Wert eines richtig erteilten naturwissenschaftlichen Unterrichts für die nationale Volkserziehung begründet und dabei bemerkt: „Würde z. B. das Kurpfuschertum bei einem nur einigermaßen naturwissenschaftlich aufgeklärten Volke wohl je zu solcher Blüte haben gelangen können, wie es jetzt tatsächlich der Fall ist?“

Freilich, die Dummheit und der Aberglauben wird gewiß auch auf diesem Wege nicht ausgerottet werden. Wenn im Berliner Gesundbeterprozeß ein Hauptmann und ein Oberstleutnant sich als überzeugte Anhänger der Christian Science bis zu allen Konsequenzen bekennen, wenn ein Ingenieur auf Befragen des Gerichtsvorsitzenden erklärt, daß eine Tonne Dynamit, auf der ein Scientist säße, nicht explodieren würde, so erhält man einige Proben für das Maß von Urteilslosigkeit, die selbst gebildete Männer solchen Irrlehren gegenüber beweisen können. Die Geschichte des Aberglaubens erweitert diese Erfahrung in nicht geringem Maße. Wir wissen, daß auch hervorragende Ärzte bei Verringerung ihrer Verstandesschärfe, namentlich im vorgerückten Alter, der Mystik verfielen: ich brauche nur an die Beziehungen des alterschwachen Lombroso zum Spiritismus zu erinnern. Ein Hang zur Mystik ist — man kann es wohl ohne Uebertreibung sagen — jedem Menschen eingeboren, und dieser Hang wird um so mehr in Erscheinung treten, je schwächer ihm die Erkenntnis der Naturgesetze im allgemeinen und der Lebensvorgänge im besonderen entgegenwirkt, je mehr der Verstand dem Gemüt, die Erfahrung der Spekulation die Zügel überläßt.

Ist somit nicht zu erwarten, daß auch durch weitgehende Aufklärungsarbeit allein, sei es in der Schule oder späterhin, ein genügender Schutz gegen die Schäden des religiösen und profanen Kurpfuschertums gewonnen werden kann, so muß die Fürsorge des Staates im öffentlichen Interesse weitere Maßnahmen zugunsten seiner Bürger treffen. Nun hat ja unser Strafgesetzbuch und das Bürgerliche Gesetzbuch eine Reihe von Bestimmungen, durch die die Kurpfuscher zur Rechenschaft gezogen werden können. Aber einmal gab und gibt

es viele Gerichte, die den Kurpfuschern für ihre Tätigkeit — auch wenn sie für den Laienverstand noch so sehr den Stempel des Betruges trägt — den „guten Glauben“ beimessen und sie deshalb freisprechen. Andererseits wird, wenn die Kurpfuscher verurteilt werden, damit doch nur eine Sühne für begangene Schuld geschaffen: der Schaden an Gesundheit und Leben ist geschehen und oft genug nicht wieder gutzumachen. In richtiger Würdigung dieser Tatsache hat die Reichsregierung im Jahre 1910 dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der durch eine Reihe von Bestimmungen — insbesondere die Meldepflicht der Kurpfuscher bei den Polizeibehörden; ihre Verpflichtung zur Buchführung; die Möglichkeit, den Heilgewerbebetrieb unter gewissen Umständen zu untersagen; das Verbot der Fernbehandlung, der Behandlung der Geschlechtskrankheiten; Verbot des Verkehrs mit Gegenständen, die bei Menschen die Konzeption verhüten oder die Schwangerschaft beseitigen sollen, mit Arzneien, Apparaten usw., die zur Verhütung oder Beseitigung von Krankheiten dienen, wenn davon eine Schädigung oder Täuschung zu befürchten ist; Verbot von Geburtshilfeleistungen; die Einschränkung der Kellame — vorbeugend zu wirken und die schlimmsten Auswüchse des Kurpfuschertums zu verhüten versuchte. Meine trübe Ahnung über das Schicksal, das diesem Entwurf in unserem Parlament beschieden sein würde, bestätigte sich. Wahrnehmung materieller Interessen, mangelnde Einsicht in die Schäden des Kurpfuschertums, Feindschaft gegen die medizinische Wissenschaft und deren Vertreter, mancherlei Rücksichtnahme auf freie Ausübung des Heilgewerbes und andre Motive bewirkten in der zur Beratung eingesetzten Kommission eine solche Verschlechterung des Entwurfs, daß die Regierung mit Recht auf weitere Verhandlungen verzichtete und den Entwurf zurückzog. Wer die damaligen Kommissionsberichte prüft, muß das Maß von Unverständnis, das eine Reihe von Volksvertretern gegenüber wesentlichen Fragen der Heilkunde bewies, erstaunlich finden und wünschen, daß die auch jetzt wieder verlangte „Aufklärung“ zunächst den durch den Stimmzettel Ausgewählten des Volkes selbst zuteil werden möge. So wurde von Abgeordneten auf die Heilung des Krebses mit der damals noch gepriesenen Elektrohomöopathie (wo ist sie heute?), auf die Genesung eines „ungefunden“ Knaben nach Behandlung mit fettem Hundefleisch, auf die Beseitigung von Warzen, Kopfschmerzen u. dergl. durch „Besprechen“, auf die Heilkraft der Magnetisierer und ähnliche „Tatsachen“ verwiesen: kurz, der krassste Aberglaube und die weitestgehende „Vorurteilslosigkeit“ gegen alle Kurpfuschermethoden blühten in den Köpfen von Reichstagsabgeordneten aller Parteien, die dazu berufen waren, das Volk vor den Schäden unwissender, zum Teil betrügerischer Krankenheiler durch ein Gesetz zu schützen.

Wie auf manchen andern Gebieten, so hat auch in der Bekämpfung des Kurpfuscherschwindels während des Krieges die Militärdiktatur schnell und sicher — von der „Erwägungen“ Blässe nicht angetrunkelt — eingegriffen. Die Ankündigung und Verbreitung von Behandlungsarten für Geschlechtskranke durch Nichtärzte und ebenso die Behandlung geschlechtskranker Soldaten durch Nichtärzte ist von zahlreichen stellvertretenden Generalkommandos verboten. Die

öffentliche Anpreisung und der Verkauf von Abtreibemitteln, das Angebot „diskreten Rates“ an Frauen und Mädchen, die Ankündigung und der Hausiervertrieb von empfängnisverhindernden Mitteln ist untersagt worden. Die Veröffentlichung von Kurpfuscheranzeigen wird im Bezirke eines Generalkommandos nicht zugelassen u. dgl. m.

Man kann nur wünschen, daß auch von diesen kriegsgeborenen Einrichtungen die Friedenszeit befruchtet werden möge. In den Erörterungen über die Maßnahmen zur Geburtenvermehrung haben wir schon gemerkt, daß hinsichtlich des Verbots des Hausierbetriebs mit empfängnisverhütenden und abtreibenden Mitteln mancher von den Volksvertretern aus einem Saulus ein Paulus geworden ist.

Jeder hat für seinen Teil dazu beizutragen, daß die ungeheuren Opfer, die dieser Krieg an Leib und Leben erfordert, nicht ohne Not vermehrt werden. Nicht der Kurpfuscher, sondern der Arzt ist, wie der Richter sagt, „der berufene Hüter der Gesundheit des Volkes“.

Der Nestor der deutsch-römischen Künstlerschaft

Von

Archivrat Dr. J. Lulvès (Hannover)

Rom! Was alles bedeutete dieser Name vor Jahrzehnten für ein Künstler-gemüt! Wer nicht einige Jahre in der Künstlergemeinde Roms gearbeitet und gerungen, wer nicht in den Stenzen und Loggien des Raffael, vor dem Moses des Michelangelo die Weihen empfangen hatte, der konnte nicht Anspruch darauf erheben, als Künstler für voll zu gelten.

Anderß heute! Die Kunst hat längst abweichende Bahnen eingeschlagen. Von dem Klassizismus, von der Romantik, speziell in der Malerei, ist sie über den Realismus zum Impressionismus und zu den weiteren modernen Neubildungen dahingeschritten. Auch die verhältnismäßig wenigen deutschen Künstler, die noch heute in Rom studieren und wirken, gehen im Sinne der modernen Kunstströmungen ihre eigenen Wege, wenngleich Roms Boden und Italiens Sonne häufig genug besondere Kräfte in ihnen erwecken.

Aus jener alten Zeit war in Rom ein einziger Künstler übrig geblieben, der mit seinen zweiundneunzig Jahren über eine bedeutungsvolle Zwischengeneration hinweg uns mit jener früheren Epoche als lebendiger, geistesfrischer Zeuge verband: der Bildhauer Heinrich Gerhardt, der nunmehr ebenfalls heimgegangen ist; er starb am 24. Oktober 1915 in seiner Vaterstadt Kassel, die er wenige Wochen zuvor hatte aufsuchen müssen in Rücksicht auf die kriegerischen Verwicklungen, an denen nun ebenfalls Italien durchaus teilnehmen wollte.

Am Weihnachtsabende 1844 hatte Gerhardt als einundzwanzigjähriger Jüngling (geboren am 24. August 1823) seinen stillen Einzug in Rom gehalten, in der Stadt des reaktionär gesinnten Papstes Gregor XVI.

Der Bildnerei, welcher er seine Kraft und sein Leben widmen wollte, war dort durch den Dänen Bertel Thorwaldsen in fünfundvierzigjähriger Tätigkeit die Richtung gewiesen worden; eben war dieser in seiner Heimat Kopenhagen gestorben.

1844! Wir stehen in den ersten Regierungsjahren des kunstsinigen Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, in den letzten des ebenso kunstsinigen Ludwig I. von Bayern. Beider Einfluß als Mäzenatenfürsten macht sich in Rom geltend, mittelbar auch in Gerhards Leben. Friedrich Wilhelm, der gleich nach seiner Thronbesteigung Peter v. Cornelius nach Berlin berufen hatte, ohne ihn damit Rom zu entfremden, war durch die Erteilung eines Auftrages an den Kasseler Bildhauer Werner Henschel der Urheber von dessen Uebersiedelung nach Rom geworden; Henschel sollte bald sein Schüler Heinrich Gerhardt nachfolgen.

Der Künstlerkreis, den er in Rom vorfand, stand in reger Verbindung mit dem gekrönten Kunstfreund aus dem Hause Wittelsbach, er ist uns teilweise bildlich überliefert in Franz Catels bekanntem Gemälde der Münchner Alten Pinakothek: „König Ludwig in der Weinschenke des Raffaele Anglada“: Außer Cornelius, der in jenen Jahren bereits für seinen neuen Gönner die großen Kompositionen zu dem in Berlin geplanten Kampofanto des Hohenzollernhauses, so die apokalyptischen Reiter, an seiner altvertrauten Wirkungsstätte schuf — acht Jahre später sollten an gleicher Stelle die Entwürfe zur „Erwartung des Weltgerichtes“ folgen —, Joh. Friedr. Overbeck, der ebenfalls noch auf der Höhe seiner Wirksamkeit tätige Führer der Nazarenerschule, Bildhauer Joh. Mart. Wagner, der treue Freund und Diener König Ludwigs, der Hüter seiner Villa Malta, und zwei nicht unbedeutende Maler, welche als Nestoren der römisch-deutschen Künstlerchaft Vorgänger Gerhards werden sollten: der Landschaftler Joh. Chr. Reinhardt, der 1789 den Ponte Molle überschritten hatte,¹⁾ und August Nidel, der die zumeist etwas süßlichen italienischen Motive für Genrebilder zur Mode zu erheben verstand, sodann Friedr. Preller, der Meister der heroischen Landschaft, Willers, Gurlitt und Andreas Achenbach, die Geschichtsmaler Joh. Veit, R. Rahl, der durch seinen Aachener Bilderzyklus aus der Geschichte Karls des Großen bekannte Alfr. Rethel, der Aquarellist R. Werner, die Bildhauer Schiesselbein, Steinhäuser, Jerichau aus Dänemark und als Vertreter der religiösen Plastik W. Achtermann, ein Schüler Rauch, der ebenfalls einst unter römischem Himmel gearbeitet hatte. Für diesen Kreis, dem natürlich außerdem eine Reihe geringwertigerer Künstler angehörte, war ein unermüdlicher Mäzen und Freund der in Rom ansässige hannoversche Diplomat Aug. Restner, neben der strahlenden Gnaden-

¹⁾ Daten und einzelne Angaben über römische Künstler verdanke ich dem grundlegenden Buche von Friedr. Noack, „Deutsches Leben in Rom 1700/1900“, dessen zweite, vielfach vermehrte Auflage jetzt in Aussicht steht. Persönliche Erinnerungen an Gerhardt hat derselbe Verfasser niedergelegt in dem Literatur- und Unterhaltungsblatt der „Römisches Zeitung“ vom 31. Oktober 1915 (Nr. 1110).

sonne, König Ludwig; dieser konnte ja bloß vorübergehend sein römisches Besitztum, die Villa Malta, besuchen.

Die letzten der ausgelassenen, vielbejungenen damaligen Künstlerfeste, die Versammlungen der Ritter vom Bajotto in der Ponte-Molle-Gesellschaft, welche 1845 dem Künstlerverein Platz machen mußten, und die Frühlingsfeste in den Cervaro-Grotten, die sich in der Hauptsache nur bis zum Revolutionsjahre halten konnten, hatte Gerhardt noch mitgemacht.

Er ist dann ein Mitbegründer des „Deutschen Künstlervereins“ geworden, der in seiner Blütezeit die Heimstätte und der Mittelpunkt für die Deutschen in Rom werden sollte; dabei gehörte er aber auch zu jener Künstlergruppe, die, wie manche andere, in zeitweiligem Gegensatz zu dem zu elegant erscheinenden Künstlervereine, sich zu einer besonderen Gesellschaft vereinigt hatte, zum „Tugendbunde“. Sie versammelte sich nach alter Künstlerfitt in einer kleinen Osteria bei gutem Weine.

Dort hat sie im Herbst 1852 Paul Heyse aufgesucht. Ihn führte Arnold Böcklin ein. Neben Gerhardt saßen da seine beiden Hausgenossen aus der Wohnung, die er nach dem Tode seines Lehrers Henschel übernommen hatte (Passaggiata di Ripetta 33—35), der tüchtige Landschaftler Franz-Dreher und Gerhardts Landsmann und Kunstkollege G. Kaupert. Zu diesem Kreise traten später außer einem weiteren Kasseler, Maler Guntel, ein Schüler Thormaldsens, P. Schöpf, und ein Schüler Böcklins, R. Schick, hinzu. Sie bildeten in den sechziger Jahren einen Vociatklub, der sich nach getaner Arbeit im Hofe der Villa Malta am italienischen Kugelspiel ergözte.

Schon die Namen Franz-Dreher und Arnold Böcklin beweisen, daß die Künstlerumgebung Gerhardts sich gegenüber dem Kreise, in den er ursprünglich eingetreten war, in ihren Tendenzen bedeutend geändert hatte. Vor allem war in der Landschaftsmalerei eine Wandlung eingetreten. An die Stelle der historischen Landschaft eines Friedrich Preller, der als Schüler des knorrigen J. A. Koch noch „an den Traditionen der heroisch-dekorativen Landschaft festhielt“, traten düstere Stimmungseffekte. Der Genremalerei wiesen in jener Epoche neue Wege Anselm Feuerbach, der als einer der ersten deutschen Maler nach Paris zum Studium gegangen war und damit gewissermaßen eine künstlerische Abwendung von Rom einleiten sollte — in den letzten sechs Jahren seines römischen Aufenthalts (1867—1873) verkehrte er mit Gerhardt schon als Nachbar näher —, Johann R. v. Piloty und F. Lenbach, der sich bald zum gefeierten Porträtisten herausarbeitete, ferner der Gerhardt persönlich befreundete Meister der modernen Freskomalerei Hans v. Marées, der Kupferstecher J. Allgeyer, Feuerbachs Freund und Biograph, u. a.

Eine einzigartige Stellung nahm damals ein russischer Maler ein, A. A. Swanow, als einer der ersten Vertreter des historischen Realismus in Rom, den er in einem Gemälde von gewaltigen Dimensionen zum Ausdruck brachte. Er hatte ein Vierteljahrhundert lang daran gearbeitet: „Die erste Erscheinung des Messias im Volke“; es erregte bei seiner Vollenbung die allgemeine Bewunderung. Der bereits 1858 mit einundfünfzig Jahren verstorbene Künstler stand Gerhardt

nahe. Als später nach Jahrzehnten Nachkommen des russischen Malers in dem Freunde durch die unerwartete Uebersendung einer Photographie des Bildes die Erinnerung an jenes Werk und seinen Schöpfer wachriefen, konnte er seine Freude kaum bemeistern.

Auch in der Bildnerei meldete sich damals nach und nach das Aufdämmern einer neuen Zeit, die durch Joh. Schilling, A. Wittig, R. Cauer, F. Kopf und Ed. Müller, vor allem durch Reinhold Begas bezeichnet wurde, dessen revolutionäre Größe Gerhardt stets neidlos anerkannte. Ihm selbst war es nur gegeben, in der hergebrachten klassischen Richtung ehrlich und strebsam weiterzuarbeiten. Ehrlich, ohne fremdem Geschmack oder der Mode Zugeständnisse zu machen, aber durchaus nicht ohne künstlerische Erfolge. Das beweisen schon die bekannteren seiner Arbeiten, wie „Amor und Bacchus“, „Nymphe mit Amor“, die „Schauellerin“, welche er, verschiedenen Wünschen Rechnung tragend, viermal wiederholte, ferner ein „Paris“, die mehrmals ausgeführte „Mutter, die ihr Kind unterrichtet“, „Pan und Syring“ (1880) usw.

Einige von diesen Arbeiten waren, ebenso wie die im Stile Donatellos 1876 ausgeführte „Madonna mit dem Christusknaben“ und aus dem folgenden Jahre die „Religio“ auf rotem Sarkophag, ein Grabmonument, ferner 1885 die kleinen Figuren „Rebetta“ und „Flora“, auf Bestellung entstanden.

Eine größere Zahl Gerhardtscher Werke wußte ein kunstsiniger Deutsche, E. H. Brandt, in seiner prachtvollen Villa Brunnenhof bei Zürich zu vereinigen: die „Eurydike“ auf einem Postament mit vier Reliefs, die in dramatischer Lebendigkeit Szenen aus ihrer Geschichte wiedergeben, ferner Reliefdarstellungen der Goetheschen Balladen „Der Fischer“ und „Die Spinnerin“, alle drei Werke um 1876 entstanden, ein „Erzengel Michael im Kampfe mit dem Drachen“ von 1881 und als bestes das Brunnenrelief „Rebetta und Elieser“ von 1880. — Auch Graf Schack zählte zu den Gönnern des Künstlers.

Gerhardts bildnerische Leistungen sind nicht bloß durch ehrenvolle Aufträge anerkannt worden. Kaiser Wilhelm II. verlieh ihm den Professortitel, die römische Accademia dei Lincei ehrte ihn durch Ernennung zum Mitgliede ihrer Körperschaft.

Hatte Gerhardt während seines siebenzig Jahre umfassenden Aufenthalts in Rom die durchgreifendsten Wandlungen in der Kunst und in den künstlerischen Anschauungen miterlebt, so waren vielleicht noch größer und noch gewaltiger die politischen Veränderungen, deren Zeuge er in der Ewigen Stadt wurde. Bereits im Pontifikate Gregors XVI. hatte er Rom betreten, die letzten Äußerungen der Unduldsamkeit des ehemaligen Mönchs gegen alle freiheitlichen Regungen im Kirchenstaat miterlebt. Des Papstes deutscher Arzt, Clem. Aug. Alerz, der den Mut gehabt hatte, eine Nasenoperation an dem schwer zu behandelnden Greise vorzunehmen, die seinen Ruhm begründen sollte, ward mit ihm befreundet.

Zu Pfingsten 1846 war der Papst gestorben, und alle Welt erwartete die Wahl des allmächtigen, Gregor gleichgesinnten Kardinals Lambruschini. Aber wieder einmal sollte sich die alte römische Volksbeobachtung bewahrheiten: „Wer

als Papst in das Konklave hineingeht, kommt als Kardinal wieder heraus.“ Kardinal Mastai-Feretti bestieg den heiligen Stuhl als Papst Pius IX. Eine weitgehende Amnestie für die wegen politischer Vergehen Verfolgten, ein milderes Zensurgesetz, eine Art von Verfassung durch Einsetzung einer Consulta (Beirats) und eines Ministerrats, die teilweise aus Laien bestanden, die Wiederherstellung der römischen Gemeindeautonomie, die Einrichtung einer Bürgergarde und andere vielversprechende liberale Maßregeln des Papstes lösten in Rom auch bei den deutschen Künstlern große Begeisterung aus.

Um so verstimmender wirkte die nur gar zu bald anhebende Reaktion. Der Flucht Pius' IX. im November des Revolutionsjahres 1848 folgte die Proklamation der römischen Republik Mazzinis; von Garibaldi ward sie tapfer verteidigt gegen den General der französischen Republik Dubinot. Nach dem Bombardement der Stadt durch die Franzosen erfolgte die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes ganz im absolutistischen Sinne. Mit Hilfe des französischen Okkupationskorps wurden alle freiheitlichen und nationalen Bewegungen unterdrückt. Gerade für diese schwärmte mit den meisten der jüngeren deutschen Künstler ebenfalls Gerhardt; das französische Regiment in der päpstlichen Hauptstadt war ihm zuwider. Wiederholt erzählte er von der Herzlosigkeit der Franzosen, mit der sie z. B. ihn und seine Freunde einmal bei der Heimkehr von einem Ausfluge spät abends nicht mehr in die Stadt hineinließen und ihn zwangen, die feuchtkalte Nacht in einem Schuppen vor dem verschlossenen Tore zu verbringen. Eine ähnliche Erfahrung hatte übrigens in jenen Jahren auch der damals Gerhardt bestens bekannte, später berühmte Dichter F. B. Schöffel gelegentlich machen müssen. Ihm war ebenso bei der Heimkehr das Tor „vor der Nase“ zugeschlagen worden, aber nicht wie Gerhardt das Tor der ehrwürdigen Via Appia, die Porta San Sebastiano, sondern die Porta del Popolo, durch welche die rombegeisterten Deutschen die Stadt ihrer Träume zu betreten pflegten. Doch Schöffel kannte „aus gelehrten studiis über die römischen Stadtmauern und diverse Belagerungen aus der Gotenzeit eyn Schleichweg an der Thybris und eyn schwache Stell der Befestigung, durch die eyn nächtlich Eynsteigen ermöglicht ward“. ¹⁾

Von allen Placereien und Unzuträglichkeiten der geistlichen Bevormundung und der gegen Kezer besonders argwöhnischen Priesterherrschaft, die ihren Stempel durch die Reaktionspolitik des Kardinalstaatssekretärs Antonelli erhielt, bedeutete der Einzug der italienischen Truppen durch die Bresche nahe der Porta Pia am 20. September 1870 Rettung und Erlösung. Mit freudiger Genugtuung hat sie Gerhardt begrüßt.

Daß jedoch die „befreite“ Roma, nunmehr die Hauptstadt des geeinten Italiens, allmählich zu einer modernen Durchschnittsgrößtadt umgebaut wurde, daß sie das Opfer wüster Bauspekulationen ward, das verletzte Gerhardts

¹⁾ Also meldete er mit Genugtuung im Römischen Epistel vom 6. January 1853 seinen Freunden in der Heimat.

künstlerisches Empfinden tief. Wie schön war die Aussicht aus seiner Wohnung am vielbesungenen gelben Tiber mit den romantischen Ufern gewesen! Drüben die grünen, dicht mit Sträuchern und Bäumen bewachsenen Prati. Unvergesslich in jedem Frühjahr der herübertönende Nachtigallengesang.

Aber die „Wiesen der Engelsburg“ wurden mit schrecklich nüchternen Mietskasernen bebaut, die Tiberufer, zur Verhütung der berüchtigten Ueberschwemmungen, durch poesielose Steinmauern eingedämmt. Andere Stadteile verloren ebenfalls ihr charakteristisches Gepräge. Die herrliche Villa Ludovisi wurde abgeholzt.

Malerische Poesie war vornehmlich noch außerhalb Roms unangetastet geblieben, so dort draußen im stimmungreichen Sabinergebirge, wo die alten F. A. Koch und Reinhardt die Motive zur Wiedergeburt der geschichtlichen Landschaftsmalerei gefunden hatten. Der durch ihre Tätigkeit geweihte Eichenhain, die Serpentara bei Olevano, sollte 1873 aus Spekulationsrücksichten niedergelegt werden. Da brachten unter Ed. Knoldts Führung deutsche Künstler, mit ihnen Gerhardt nicht an letzter Stelle, das Kaufgeld für den kleinen Wald zusammen, dem vor Jahren Schefel im „Gaudeamus“ ein poetisches Denkmal gesetzt hat. Der gerettete Wald ward später Eigentum des Deutschen Reichs, zugleich aber ein Gegenstand liebevoller Fürsorge Gerhardts. Seine Idee, in ihm ein Erholungsheim für Künstler zu gründen, kam allerdings nicht zur Ausführung.

Generationen von Künstlern starben allmählich dahin, Lehrer, Studien-genossen, gleichaltrige und viele der jüngeren Freunde waren heimgegangen. Aus jenen Zeiten blieb allein Gerhardt übrig mit seinem wunderbaren Gedächtnis für die Vergangenheit, mit seiner mitteilbaren Lust, andächtigen Zuhörern vom Einst zu erzählen. Da erschien dann so mancher längst Dahingegangene in der plastischen, oft humorvollen Schilderung des letzten Zeitgenossen wieder lebendig, häufig charakteristisch beleuchtet im Zusammenhange der intimeren Umgebung.

Als Veteran der deutschrömischen Künstlerschaft ward Gerhardt geschätzt von Romfahrern mit mehr oder weniger künstlerischen Interessen, von Diplomaten und Fürsten begrüßt, zu ihren Empfängen eingeladen, auch in näheren Verkehr gezogen. Niemand hat natürlich von ihnen sein Atelier so oft besucht wie einst König Ludwig I. von Bayern. Eine Fülle geistvoller Menschen hat Gerhardt derartig im Laufe der Jahrzehnte um sich gesehen.

Er war unvermählt geblieben.

Den liebevollen Nachstellungen seiner ersten römischen Wirtin war er standhaft ebenso entgangen wie denen schöner Modelle. Das Schicksal so vieler deutscher Künstler, von italienischen Mädchen aus dem Volke in Liebes- und dann Ehebande gefesselt und herabgezogen zu werden, womöglich den alten Glauben dabei einzubüßen, hat Gerhardt von sich abzuwenden gewußt.

Dafür gehörte sein Herz der Kunst und der Künstlerschaft. Wenn er auch einmal Mitglied des „Eugenbunds“ gewesen war, als Kunstgenossenschaft im eigentlichen Sinne erschien ihm der Künstlerverein. Ihn zusammenzuhalten, aller Gegenbildungen ungeachtet, der ewigen Zwietracht der Deutschen zum Trost, die gerade im Auslande dem Deutschtum so bitter geschadet hat, war Gerhardts

Bestreben, besonders in seinen späteren Lebensjahrzehnten. Dahin hat er viele Jahre als Präsident des Vereins gewirkt, unermüdlich, bis die Last der Jahre ihm gebot, sich vom öffentlichen und gesellschaftlichen Leben mehr und mehr zurückzuziehen.

Festlich war sein fünfzigjähriger Aufenthalt in Rom vom Künstlerverein gefeiert worden (Ende 1894). Zum Danke stiftete er diesem ein patriotisches Denkmal, das überlebensgroße Reliefbildnis unsers Kaisers in einen Kalkfelsen der „deutschen“ Serpentara eingemeißelt, das in Gegenwart des Botschafters Bernhard v. Bülow und einer erlesenen deutschen Gesellschaft enthüllt wurde. Es war, neben der 1892 entstandenen Gruppe: „Alcibiades trägt den verwundeten Sokrates aus der Schlacht“, wohl eine seiner letzten Arbeiten, ehe er den Meißel endgültig aus der Hand legte — ein „alter Krüppel“, wie er sich mit leiser Selbstironie, aber tatsächlich zu Unrecht nannte.

Das letzte Ehrenamt, das ihm übertragen ward, war der Vorsitz im Deutschen Flottenverein. Mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit hat er das Amt bis zuletzt verwaltet. Denn er war in seiner gewinnenden Schlichtheit und Charakterfestigkeit stets ein treuer, warm empfindender Patriot, nicht im geringsten der deutschen Heimat entfremdet, auch seiner engeren heissigen Heimat nicht, wenngleich er für das 1866 entthronte Herrscherhaus nicht viel übrig hatte. Er kannte zu genau dessen allzu arge Mißwirtschaft. Ein patriotischer Festtag, den er nie vergaß, den er einst so 1852 zusammen mit den Tugendbündlern „in allen Wunden des herrlichsten Tages“, zuletzt mit einem Tanz ums Feuer in der noch milden Abendluft und mit einem Abschiedshymnus in der Grotte der Egeria gefeiert hatte, wie Paul Heyse¹⁾ berichtet, — war der Gedenktag der Völkerschlacht bei Leipzig; nachweislich hatten diesen bereits 1816 deutsche Künstler in Rom auf den Zinnen der Caecilia Metella festlich begangen. In seinen letzten Lebensjahren mußte Gerhardt an jenem Tage wenigstens bei einem „guten Schluß“ des gewohnten Frascati gleich empfindende Freunde um sich haben.

Seit Anfang der neunziger Jahre war er, der peinlich pflichtgetreue Vertreter der Berliner Akademie in Rom, betraut mit der Wahrnehmung der Interessen der dortigen preussischen Künstler, mit der Förderung der Studien der Stipendiaten der Akademie sowie mit der Beaufsichtigung der für sie gemieteten römischen Ateliers in der herrlich gelegenen Villa Strohl-Fern.

Den Stipendiaten, den jungen Künstlern, war er ein wirklicher Vater. Liebevoll ging er auf ihre Interessen, nach Möglichkeit auf ihre Wünsche ein. Mit Vorliebe verlebte er die Abende ungezwungen in ihrer Gesellschaft. Im schönen Sabinergebirge, das er alljährlich mehrmals aufsuchte, einst im „Altord mit dem Betturin“ für Fahrt und Belöstigung, dann halbwegs mit der Eisenbahn, halbwegs mit der Post, die ständig zwei Karabinieri nach altem Herkommen begleiteten, und schließlich im knatternden Kraftomnibus — in der Sabina bei Névano sorgte er in ganz besonderer Art für die Studien und das Wohl seiner

¹⁾ „Jugenderinnerungen und Bekenntnisse“ (1900), S. 130.

Schutzbefohlenen. Als „Unterschlupf“ für sie ließ er auf eigenem, am Eingang der Serpentara erworbenen Grund und Boden ein schmuckes Häuschen erbauen. Zu Pfingsten 1906 ward es eingeweiht, ein selbstgeschaffenes Denkmal an Gerhards urdeutsches, echtes Künstlergemüt. Den verehrten „Alten“ dort in seinem Heim oder zu Olevano in seinem „Albergo“ zu besuchen und mit ihm sich in vergangene Zeiten fern von dem Getriebe der Welt zu versetzen, war ein Genuß, der manchem, wie dem Schreiber dieser Zeilen, unvergeßlich bleiben wird.

Auch sonst dachte Gerhardt an die Zukunft der deutschen Künstler, insonderheit der jungen in Rom. Da begrüßte er mit verständnisinniger Begeisterung die unvergleichliche Schöpfung Geheimrat Arnholds, den reichen Künstleratelierbau vor Porta Pia. Zu seiner Ausschmückung beabsichtigte er aus seinen Kunstschätzen mit beizutragen.

Sein neunzigster Geburtstag wurde am 24. August 1913 in der Serpentara zu Füßen seines Kaiserbildnisses im Beisein eines wegen der Sommerszeit kleinen Freundeskreises gefeiert. Unzählig viele Grüße aus Deutschland und Italien trafen ein, an Ehrungen der preussische Kronenorden II. Klasse, von der Akademie eine Glückwunschurkunde, eine Silberplättchen mit dem Bildnis des Kaisers, und nicht zuletzt die Ehrenbürgerschaft des Städtchens Olevano, die der Greis wohl zu würdigen wußte. Gerhards Vorausicht und Wunsch, daß er einmal in seinem Atelier, wie einst sein Lehrer, aufgebahrt werden und auf dem historisch-idyllischen Friedhofe der Protestanten an der Cestiuspyramide, neben Carstens, Reinhart, Frey, Emil Wolff, Hans v. Marées und anderen Künstlern seine letzte Ruhestätte finden würde, haben die Kriegereignisse dieses Jahres vereitelt; sie zwangen auch den Nestor der deutschen Kolonie, nach langem Widerstreben, schließlich zum Weichen aus der feindselig gewordenen Hauptstadt Italiens. Wenige Wochen später hat „die neidische Parze seinen Lebensfaden abgeschnitten“, um einen seiner eignen Ausdrücke hier anzuwenden. Im Kreise der Seinigen, in der Familie seines Neffen, in der Heimat ist er sanft entschlafen, der letzte Zeuge einer längst verschwundenen Epoche, als Rom noch die hohe Schule und das Eldorado der Künstler war, der treue und charakterstarke Vertreter eines fast drei Generationen umfassenden Abschnittes deutscher Geschichte und Entwicklung in der ewigen Roma.

Warum England geschwächt werden muß

Daß eine und zwar erhebliche Schwächung Englands ein wesentliches Kriegsziel für Deutschland geworden ist, wird kein Einsichtiger bei uns mehr bestreiten wollen. All die braven und sehr korrekten Mitglieder der verschiedenen Vereinigungen, welche vor dem Kriege darauf rechneten, die deutsch-englische Annäherung herbeiführen zu können, sind still geworden. Sie haben sich überzeugt, daß sie genasführt sind und diejenigen sog. „Ueberpatrioten“ recht hatten, welche in England seit König Eduards VII. Zeiten Deutschlands Todfeind erkannten. Die Frage ist, wie solches Kriegsziel bei der insularen Lage zu erreichen ist. Wie ich schon im Oktober-Heft 1912 hervorhob, ist es für Deutschland wünschenswert, daß im Kriegsfall mit England dieses einen kontinentalen Bundesgenossen hat, an dem Deutschland sich schadlos halten kann. Gegenwärtig liegt die Sache noch günstiger. Durch die Sorge um Antwerpen wurde England am Kriegsbeginn zur Entsendung von Landtruppen nach Belgien veranlaßt. Die Hilfe war der Zahl nach anfänglich recht bescheiden, und wenn sie auch heute noch in Flandern und im Artois der großen französischen Ostfront gegenüber unverhältnismäßig klein ist, obgleich sie ja doch auf dem Kontinent „für Englands Boden“ („Times“) kämpft, so ist ein Heer doch eben zur Stelle und stellt mit seinen Nachschüben fortgesetzt den Deutschen ein greifbares Etwas gegenüber. Ähnlich werden sich hoffentlich die Verhältnisse zwischen Saloniki und der griechischen Nordgrenze gestalten. Auch am Suezkanal bereitet sich ähnliches vor. Das alles hat aber doch den Cithleuten von London den Krieg mit seinen Schrecken noch nicht genügend nahe geführt. Empfindlicher waren schon die früheren Angriffe von Teilen unsrer Flotte auf Englands Küste. Sehr richtig bemerkte im Dezember 1914 die „New York World“ nach dem Vorstoß auf Hartlepool: „Der Krieg ist nun auch den Engländern nahe vor die Augen gerückt, wie den übrigen Kombattanten.“ Diese Vorstöße haben schon längere Zeit nicht mehr stattgefunden und ebenso hört man vom U-Boot-Kriege im Kanal nichts mehr. Dieser ist wohl aus Rücksicht auf die Vereinigten Staaten eingestellt, denn man kann ja natürlich die Engländer nicht hindern, daß sie auf jedem Schiffe einige Angehörige der Vereinigten Staaten als Sauwagarde mit sich führen, denen bei einem U-Boot-Angriff etwas Menschliches zustoßen könnte. Dann aber würde die empfindsame öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten wieder „zittern vor Enttäuschung“.

So bleibt nur noch der Weg durch die Luft übrig. Ihn haben unsre Zeppeline ja schon einige Male recht wirksam unternommen. Man darf wohl hoffen, daß er recht bald und erfolgreich wieder beschritten werden wird. Hoffentlich geschieht bei solcher Gelegenheit nicht auch einem Nordamerikaner etwas Unangenehmes! Vor mir liegt ein Blatt aus der sehr niedlichen Mappe des „Paris assiégé“ von 1870. Ein ganz charakteristisch gezeichneter Engländer hat die Flagge mit dem Genfer Kreuz aus seinem Fenster gesteckt. Ein Bediensteter vom Roten Kreuz tritt mit der Frage ein: „Sie haben also Verwundete

im Hause?" Antwort: „Ja, ich allein! Ich bin sehr verletzt durch das Bombardement, das begonnen wurde, ohne vorherige Warnung der britannischen Untertanen.“ Vor fünfundsiebzehn Jahren betrachtete man solche Ansprüche als Scherz und verwertete sie in derartigen Veröffentlichungen als „Witz“. Heute werden derartige nordamerikanische Ansprüche als bitterer Ernst empfunden. Ein durch eine Zeppelin-Bombe etwa in London verletzter Nordamerikaner würde durch seine Regierung ebenso vertreten werden, wie das bei deutschen U-Boots-Angriffen auf Schiffe in mehreren entsprechenden Fällen mit Erfolg geschehen ist.

Irland

Von

Professor Dr. Siegm. Günther (München)

Nicht bloß in Deutschland, sondern weit über dessen Grenzen hinaus hat es Aufsehen erregt, als Präsident Wilson den Münchener Generalkonsul der Vereinigten Staaten von seinem Posten abrief. Herr Gaffney stand bei den Mitgliedern der amerikanischen Kolonie der bayerischen Hauptstadt in hohem Ansehen, und auch die noch daselbst zurückgebliebenen Briten mußten ihm nachzuerkennen, daß er ihre Interessen stets mit voller Hingebung vertreten habe. Aber es waren gegen ihn von englischer Seite Denunziationen eingelaufen, wie sie von dieser „edlen Nation“, um die Bezeichnung eines bekannten Blattes der Schweiz anzuwenden, zum eisernen Bestande ihrer Kampfmittel gerechnet zu werden pflegen, und zudem hatte der Konsul das Unglück, einer irischen Familie anzugehören. Deutsche und Irländer liebt man gegenwärtig in Washington nicht, denn sie sind Windestrich-Amerikaner, d. h. Leute, die sich auch noch gerne an ihr ursprüngliches Vaterland erinnern, und das ist nach der Meinung der Schriftgelehrten nur dann erlaubt, wenn dieses Vaterland Großbritannien ist. Da war denn eine Maßregelung unausbleiblich.

Es ist merkwürdig, daß der Name Gaffney in der Geschichte der unglücklichen „Grünen Insel“ schon einmal vor mehr denn zweihundert Jahren eine Rolle gespielt hat, und zwar ebenfalls eine für England recht wenig ehrenvolle. An einem Manne, der so hieß, wurde nämlich ein roher Justizmord verübt. Macaulay, der in seinem mit Recht berühmten Geschichtswerke sich sonst stets möglichster Objektivität befleißigt, kann bei dieser Gelegenheit nicht umhin, dem beschränkten Standpunkte der in Irland sesshaften Engländer von 1690 eine Konzession zu machen;¹⁾ jeder Irländer, der sich gegen die herrschende Rasse

¹⁾ Hauptsächlich durch die überaus abenteuerliche, leider aber nur zu wahre Geschichte des früheren englischen Diplomaten Roger Casement und durch eine Reihe sich mit jener beschäftigender Zeitungsartikel ist das Verhältnis Englands zu seinem Untertanenlande in unsern Tagen mehr in den Vordergrund gerückt worden. Umfassender beschäftigen sich mit dieser Frage: H. Rost, Deutschlands Sieg — Irlands Hoffnung, E. Jäcks Politische Flug-schriften „Der Deutsche Krieg“, Nr. 51; R. Ottmann, Die Iren und der Weltkrieg, Reclams

verging, ist ihm ein „Rapparee“, ein Mordbrenner und Räuber. Besagter Gaffney war bei einem der täglich sich ereignenden Streifzüge und Scharmügel zwischen irischen Freischärlern und englischen Besatzungstruppen in deren Hände gefallen und zum Tode ohne jedes Prozeßverfahren verurteilt worden; da auch weder Hentler noch Galgen vorhanden waren, hing man ihn ohne weiteres an einer Lafette auf. Ein gerecht denkender Abgeordnete brachte den Fall später vor das Londoner Parlament, ohne natürlich bei den ehrenwerten Interessenpolitikern, in deren Augen die Insel nur als Ausbeutungsobjekt in Frage kam, irgend Gehör zu finden.

Die beiden Ereignisse, deren wir vorstehend gedachten, stehen gewiß nicht in unmittelbarer Beziehung zueinander, und trotzdem haben sie das Gemeinsame, daß beiden Trägern des Namens Gaffney die Gesinnung des englischen Volkes in besonders drastischer Weise bezeugt worden ist. Und Irland selbst ist nur die ungeheure Verallgemeinerung der beiden Einzelsvorkommnisse, ein tieftrauriger Beweis dafür, wie die Despotie eines Volkes ein andres unter Druck und Ungerechtigkeit niederzuhalten bestrebt ist. So mag es sich denn wohl verlohnen, das Schicksal Erins, so lautet der alte keltische Name, an der Hand der geschichtlichen Entwicklung der Gegenwart vor Augen zu führen und darzutun, daß ein Staat, der sich mit Stolz auf seine Freiheit beruft, gleichwohl für die, denen, sehr gegen ihren Willen, diese Freiheit aufgezwungen ward, ein Zwingherrnstaat allerersten Ranges werden kann.

Irlands Urgeschichte ist begreiflicherweise in Dunkel gehüllt. Aus diesem tritt sie erst im fünften nachchristlichen Jahrhundert heraus, als St. Patricius (Patrick, abgekürzt Pat, der bekannte Spitzname des Irländers) seine segensreiche Missionsstätigkeit hier ausübte. Allmählich wurde das Eiland der Sitz einer für jene Zeit höchst aner kennenswerten Gelehrsamkeit; seine Klöster wurden Mittelpunkte für Bildung und Lehre. Die Mönche waren durchweg keltischen Namens,¹⁾ ebenso wie die der schottischen Inseln, mit denen erstere die lebhafteste Fühlung unterhielten, und so bildete sich der für die Geographie des frühen Mittelalters charakteristische Name Scotia major heraus. Zunächst nach dem germanischen Nordengland, dann aber auch nach andern christlichen Gebieten brachten die irischen Mönche ihre Wissenschaft, die bis zum heutigen Tage in einer Anzahl sog. „Schottenklöster“ (vom Orden der Benediktiner) ihre Geltung behauptet hat. Auch das entlegene Island ist schon in grauer Vorzeit von

Universum vom 18. November 1915. Unsere eigne Darstellung stützt sich, neben Macaulay, größtenteils auf ein verdienstvolles, viel zu wenig gekanntes Werk von Prof. Dr. Haßencamp (damals in Ostrowo), Leipzig 1886, betitelt: Geschichte Irlands von der Reformation bis zu seiner Union mit England.

¹⁾ Es sei hier auch an die lebensvolle, von eifrigem geschichtlichem Studium zeugende Schilderung der irischen Mönche erinnert, die wir in Schöffels „Ellehard“ finden. Zumal der alte Moengal, der vom richtigen Wäckerwurme sich zum Verehrer der „frischen Luft“ durchgerungen hat und aus dessen erster Lebensperiode St. Gallen noch jetzt Dokumente aufweist, ist prächtig gezeichnet.

hier aus besucht und bis zu einem gewissen Grade „besiedelt“ worden, obwohl der Anhömlinge nur wenige waren. Als im zehnten Jahrhundert die Normannen zuerst dort eintrafen, fanden sie fromme Einsiedler fremder Art und Sprache vor, die als „Papar“ (papa = Papst) bezeichnet wurden, sich indessen widerstandslos vor den gewaltsamen Seefahrern zurückzogen. Um dieselbe Zeit hört infolge von Umständen, die sich unsrer näheren Kenntnisnahme entziehen, das gelehrte Zeitalter Irlands allmählich auf, und es hat auch aus naheliegender Ursache keine Wiederauferstehung erlebt. Die Universität Dublin, die Colleges von Belfast, Cork und Galway sind englische Anstalten, in denen das einheimische Element nur eine ziemlich untergeordnete Stellung einnimmt.

Politisch haben wir in jenen Jahrhunderten uns Irland als einen Feudalstaat mit ausgesprochenster Clanverfassung vorzustellen, wie sie auch im keltischen Hochschottland üblich war und dort sogar die Zeit der Stuarts überdauert hat. Daß einige solcher fast ganz unabhängigen Fürstentümer sich enger aneinander schlossen und einen König an die Spitze der Regierung stellten, hatte wenig zu besagen, denn der einzelne Häuptling behauptete im wesentlichen seine Unabhängigkeit. Solcher „Königreiche“ gab es um 1100 fünf: Ulster, Connaught, Munster, Leinster und Meath. Letzteres ist gegenwärtig eine Grafschaft von Leinster; von ihm abgesehen, bestehen also, wie ein Blick auf die Karte lehrt, noch jetzt die vier Hauptprovinzen von Altirland fort. Normannen und Dänen suchten auch diese ihnen so bequem gelegene Insel heim, und normannische Edelleute setzten sich auf ihr lange fest, ohne allerdings ihre Eigenart beibehalten zu können. Nicht der bewaffnete Widerstand der Bezwungenen, wohl aber die Vermischung mit diesen entnationalisierte sie nach und nach, und späterhin hat man behaupten wollen, diese normannischen Grundherren, die nur noch durch Familiennamen und Wappen kenntlich waren, seien irischer als die eingeborenen Insulaner geworden. Jedenfalls war um die Mitte des zwölften Säkulums die neue Religion St. Patricks nach vielen Wandlungen zur unbedingten Herrschaft gelangt, und die vier Erzbistümer, deren Primat dasjenige von Armagh übte, wurden 1152 auf der großen Kirchenversammlung zu Drogheda feierlich dem päpstlichen Stuhle unterstellt.

Das war kein Glück für das Land. Denn die Tiara trug damals einer der wenigen nichtitalienischen Päpste, von denen die Annalen zu berichten wissen, und dieser, Hadrian IV., überließ im Jahre 1152 ganz Hibernien samt den es umgebenden Inseln gegen eine unbedeutende Geldverpflichtung der Krone England. Das ist wohl verständlich; der Pontifex konnte sich, wie noch in unsern Tagen der Fall, als geborener Engländer kein größeres Glück für irgendein Gemeinwesen denken, als daß es eben englisch wurde. Die Absicht war also gewiß gut, die Folgen waren es weniger. König Heinrich II. hatte fürs erste zwar keine Gelegenheit, das Geschenk nutzbar zu machen, aber als 1167 ein Teilsfürst von Leinster sich um Schutz gegen den Oberherrn Roderich O'Connor flehend nach London wandte, erinnerte man sich des päpstlichen Rechtes und

begann mit der Besitzergreifung der Insel.¹⁾ Die Bulle Hadrians brachte sofort die Geistlichkeit auf die Seite der Eroberer, und nach mehrjährigen Kämpfen sah sich O'Connor zur Unterwerfung gezwungen. Er behielt als englischer Vasall den Westteil der Insel, während der Osten unmittelbares Eigentum der Krone England wurde. Glück brachte diesem Landesteile die neue Herrschaft in keiner Weise. Alle Augenblicke wechselte der Statthalter, den man nicht zu größerer Machtfülle kommen lassen wollte, und gleich in den ersten Jahrzehnten trat derselbe Krebschaden hervor, der noch immer das Verhältnis zwischen der größeren und kleineren Insel schädigt. Die angelsächsischen Einwanderer, denen man auf Kosten der Autochthonen umfangreiche Ländereien angewiesen hatte, ließen diese von den Pächtern verwalten, lebten aber als „Absentees“ in der Heimat und sorgten nur dafür, daß die Pachtgefälle regelmäßig über den St. Georgs-Kanal herüberlamen.

Wie schlecht es den Iren unter dem neuen Regimente ging, erhellt schon aus der Beschwerde, welche Papst Johann XII. betreffs der Behandlung dieser Stiefkinder an König Eduard II. richtete. Gebessert wurde dadurch nichts; im Gegenteile erließ dessen Nachfolger, Eduard III., im Jahre 1367 ein geradezu draconisches Gesetz, wodurch zwischen den Kolonisten, den mehr und mehr verhaßten „Sassenach“ (Sachsen), und den Kelten eine bis ins kleinste herabreichende Abschließung durchgeführt wurde. Wer irische Kleider- und Barttracht annahm, hatte Einziehung seines Vermögens zu gewärtigen; wer eine irische Frau nahm, riskierte sogar das Leben. Gleichzeitig wurden alle die alten keltischen Statuten aufgehoben, nach denen die Häuptlinge bisher ein gewiß nicht sehr vollkommenes, ihren Untertanen aber geläufiges und vertrautes Recht gesprochen hatten, und die englische Jurisprudenz trat an ihre Stelle. Zweifellos war diese an und für sich besser, allein wenn der Richter nicht einmal die Landessprache redete, die sich anzueignen er viel zu hochmütig war, so konnte das Volk unmöglich Zutrauen zu dem fassen, was die uralten Sagen verdrängt hatte. Der Haß zwischen beiden Volksstämmen ist seitdem nicht erloschen. Während der Rosenkriege hörte übrigens Englands Einfluß fast ganz zu wirken auf, und erst Heinrich VII. verstand es, durch eine kluge Politik wenigstens Leinster wieder zu gewinnen. Die Machtvollkommenheit der Lordleutnants mußte sich starke Beschränkungen gefallen lassen, und der König selbst, dem bei aller Strenge und Geldgier doch ein lebhafter Sinn für die Bedürfnisse des kleinen Mannes nicht abzusprechen war, trachtete nach Herbeiführung eines Ausgleiches. Ein solcher wäre auch vielleicht zu erreichen gewesen, wenn nicht ein ganz neues

¹⁾ Wir sind über die englische Okkupation ungewöhnlich gut unterrichtet, weil Heinrich einen Oxford-er Priester und Professor in seinem Gefolge hatte, der mit gewandter Feder alles aufzeichnete, was zu seiner Kenntnis gelangt war. Des Giraldus Cambrensis Werke hat Brewer 1861 in London herausgegeben; hier handelt es sich erstens um eine Geschichte der irischen Eroberung und sodann um eine mehr wissenschaftliche Beschreibung der Insel. Ist diese auch nur mit dem Maßstabe des Mittelalters zu messen, so überrascht sie doch durch zahlreiche Bemerkungen, die gesunden geographischen Sinn verraten.

Moment eine tiefgehende Verschärfung der ganzen Sachlage bedingt hätte. Das war die Reformation. Bis dahin hatten die herrschende und die unterworfenen Partei wenigstens die Religion miteinander gemein, die doch auch vielfach mildernd in die sozialen Verhältnisse eingriff; nun aber begannen beide Teile sich auch in schärfster konfessioneller Abstempelung einander gegenüberzustellen. Und damit nimmt erst die wahre Leidenszeit der Insel ihren Anfang.

Man weiß, wie rücksichtslos, unter wie niedrigen Motiven von Heinrich VIII. die Glaubenserneuerung in seinen Staaten durchgeführt worden ist; man weiß, daß sein Cäsaropapismus mit den großen Gedanken, welche die deutschen Reformatoren beseelten, nicht das mindeste gemein hatte. Demgemäß war der Aufstand, zu dem sich die gewichtige Familie Fitzgerald hinreißen ließ, nicht zu verwundern, und ebenso war es nur allzu natürlich, daß ihn die herrschende Kaste mit Greueln aller Art unterdrückte. Das 1536 einberufene „Parlament“, ein Zerrbild wahrer Volksvertretung, schaffte die Suprematie der Kurie endgültig ab und ließ durch eines seiner hervorragendsten Mitglieder, den Erzbischof Browne, den für das „freie“ England über ein Jahrhundert nachwirkenden Satz aussprechen, daß derjenige, der des Landesherrn Anschauungen nicht teile, keinen Anspruch darauf erheben könne, ein treuer Untertan zu sein. Mit Henterbeil und Scheiterhaufen wurden die gegnerischen Bestrebungen unterdrückt, und der furchtbare Tyrann gebot nunmehr über ein Land, in welchem vollständige Kirchhofsruhe waltete. Unter Eduard VI. setzten sich die „reformatorischen Bestrebungen“ fort, um gleich darauf den Verfolgungen Platz zu machen, die von der blutigen Maria gegen die Protestanten inszeniert wurden. Immerhin stand es nach dieser Seite hin in Irland bei weitem nicht so schlimm wie drüben auf der Hauptinsel. Selbstredend schaffte das erste unter Elisabeth einberufene Parlament die katholischen Strafbestimmungen wieder ab. Das war sehr in der Ordnung; minder billigenswert war es, daß man nun rasch in das übliche Gegenextrem verfiel und die „Refusanten“, die am alten Glauben festhielten, in oft sehr empfindliche Geldstrafen nahm. Auch Todesurteile sind unter der „jungfräulichen“ Königin wiederholt gefällt worden. Selbst ihr Nachfolger Jakob I., der im Herzen mehr Katholik als Protestant war, beging aus Habgier derartige Sünden. Doch war es erst der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts vorbehalten, die irischen Uebel sich über jedes erträgliche Maß hinaus steigern zu sehen.

Solange Karls I. Stellvertreter, Thomas Wentworth, nachmaliger Earl of Strafford, in Dublin das Rzepter führte, waren Irlands Zustände erträglich. Zwar war auch ihm zügellose Herrschbegier eigen, aber er hatte dieselbe ganz in den Dienst seines Monarchen gestellt, den er vom konstitutionellen zum autokratischen Könige zu machen beflissen war. Damit das jedoch geschehen konnte, mußten „innere Krisen“ im Untertanenlande tunlichst hintangehalten werden, und auf die Betonung der religiösen Gegensätze konnte um so eher verzichtet werden, weil Wentworth selbst alles eher als ein Fanatiker war. Zudem hegte er Teilnahme für das Aufblühen von Handel und Gewerbe, und wenn

ihn dabei auch mehr wirtschaftliche als humanitäre Beweggründe leiten mochten, so hob sich doch während seiner Amtsführung der Wohlstand des ganzen Volkes, nicht bloß des englischen Bestandtheiles. Bekanntlich hatte Karl die Niederträchtigkeit, seinen stärksten Helfer heimzurufen und ihn, obgleich er des königlichen Schutzes sicher sein durfte, der Rache seiner zahlreichen Feinde zu überlassen. Straffords Hinrichtung leitete den großen Bürgerkrieg ein, der dem Herrscher das gleiche Geschick bereitete, und daß die Wellen dieser gewaltigen Bewegung auch die Irländer in Mitleidenschaft ziehen mußte, konnte von vornherein als sicher angesehen werden. Die Art und Weise jedoch, wie dies geschah, war eine so eigenartige, daß es für uns heute schwer hält, diese verwinkelten Zustände richtig zu durchschauen. Alleingeseffene Irländer und Katholiken bildeten ja so ziemlich einen homogenen Block, wie man sich in unsern Tagen ausdrücken würde. Aber auf der andern Seite, unter den englischen Ansiedlern, also unter der Herrentaste, war die Zersplitterung sehr groß. Es gab Protestanten, die treu zu ihrem Könige standen und darum auch, wenn dieser aus politischen Gründen den Katholiken Zugeständnisse machte, ihren früheren Widerstand gegen die Heeloten nicht mehr in der alten Schärfe aufrecht zu erhalten vermochten; es gab aber auch solche, für die der König schon um deswillen ein Greuel war, weil er eben von der „Abgötterei“ nicht energisch genug abrückte. Die letzteren waren vorwiegend Puritaner aus Schottland, während die protestantischen Royalisten mehr aus England selbst stammten und sich zum anglikanischen Glauben bekannten. Die Nichtirländer zerfielen somit auch ethnographisch in zwei nichts weniger denn gleichartige Klassen, denn vor dreihundert Jahren war der — noch immer keineswegs ganz vermischte — Unterschied zwischen den englischen und den niederschottischen Angelsachsen ein Faktor, mit dem gerechnet werden mußte. Nur eine wahrhaft weise, das Privatinteresse des Herrschers zurückstellende und von vollster Unparteilichkeit gegenüber Aborigenern und Eingewanderten durchdrungene Regierung hätte Irland vor dem Bürgerkriege bewahren und die seit Straffords Amtsantritt bestehende leidliche Ruhe aufrecht erhalten können, aber von solcher Erkenntnis war man in Karls Kronrate weit entfernt. So mußte denn das Verhängnis sich erfüllen, und mehr als ein Halbjahrhundert lang ward die unglückliche Insel der Schauplatz wütender Kämpfe, die sich nicht selten zu wahren Greuelthaten steigerten.

Der Aufstand, welcher im Oktober 1641 ausbrach, war so sorgfältig, nach Art einer „Negerverschwörung“, ¹⁾ vorbereitet worden, daß die Oberschicht fast vollständig dadurch überrascht ward. Nach neueren, auf Originaldokumente sich stützenden Forschungen darf indessen nicht an der älteren Annahme festgehalten werden, die Ursache der Erhebung sei wesentlich eine religiöse gewesen; es lagen ihr vielmehr zunächst nur nationalitäts- und wirtschaftliche Motive zugrunde. Man wollte den verhassten „Sachsen“ aus dem Lande jagen, die einheimische Rasse

¹⁾ F. C. Dahlmann, Geschichte der englischen Revolution, 4. Auflage, Leipzig 1846, S. 192.

von der Knechtschaft befreien und zugleich dem „Landlord“, dem nicht auf der Insel selbst wohnhaften Großgrundbesitzer, sein Besitztum nehmen, das dann an die notleidenden Pächter verteilt werden sollte. Wie ernst die Führer anfänglich diese Richtlinien einhielten, erhellt schon aus der einen Tatsache, daß man zwischen Engländern und Schotten einen wesentlichen Unterschied machte. Die letzteren sollten unbehelligt bleiben, obwohl sie doch nicht minder angelsächsischen Ursprungs waren¹⁾ und zudem dem Katholizismus noch weit gründlichere Feindschaft entgegenbrachten; immerhin wohnten sie als Kolonisten meist auf eigener Scholle, hatten keine „Absentees“ unter sich und mochten so mit einigem Rechte als Irländer gelten können. Selbstverständlich ließ sich die Trennung in südliche und nördliche Bewohner der britischen Hauptinsel nicht auf die Dauer aufrecht erhalten, denn die Schotten griffen sogleich zu den Waffen, um ihren Mitbürgern Beistand zu leisten. Auch neuere Geschichtsschreiber sind bei der alten Behauptung verblieben, die Zahl der hingeschlachteten Opfer sei eine ungeheure, nach Zehntausenden zählende gewesen, und in London hieß es unter den Mitgliedern des dem Könige feindlich gesinnten Parlamentes sogar, es seien 200 000 Menschen gemordet worden. Die Briten hatten von jeher Übung darin, Schauermären zu verbreiten, und wie jetzt die „German Atrocities“, so verwerteten sie 1641 die angeblichen irischen Missethaten als erwünschte Reklame. Die Jetztzeit weiß, daß es damit auch nicht annähernd so schlimm bestellt war. Mordtaten wurden anfänglich so gut wie ganz vermieden, aber als englischerseits der Blutbefehl ausgegeben worden war, den Rebellen keinen Pardon mehr zu gewähren, wandte sich begreiflicherweise das Blatt in jeder Richtung. Die „Konföderation von Kilkenny“ verlieh dem Aufruhr den bisher fehlenden Charakter des Glaubenskrieges, und daß ein solcher immer als schlimmste Form des Bürgerkrieges sich darstellt, weiß man in Deutschland nur allzugut. Die Hauptschuld, daß es so kam, trägt ohne Zweifel das englische Parlament und mit ihm König Karl, der verwerflich genug auf zwei Achseln trug, im stillen mit den Iren sympathisierte und trotzdem sich anstellte, als stehe er auf der Seite der Kolonisten. Auch diese letzteren zersplitterten sich auf Grund der Beschlüsse der Synode von Kilkenny, denn die gut katholischen Engländer unter ihnen, freilich eine Minderzahl, sahen sich nunmehr zu ihren Glaubensverwandten hinübergedrängt. Lord Butler, Marquis von Ormond, der im Jahre 1644 die Statthaltertschaft antrat, war trotz der redlichsten Bemühungen nicht imstande, den Frieden wiederherzustellen, und es erscheint wahrhaft tragisch, daß dieser brave Mann, eine der wenigen Lichtgestalten auf dem dunkeln Hintergrunde dieses Zeitalters, zuletzt von der Schaubühne wieder abzutreten genötigt war, ohne sein Ziel erreicht zu haben.

¹⁾ Gewiß befanden sich unter den Schotten auch keltische Hochländer, die den Vorteil genossen, sich mit der irischen Umwelt in einer nur dialektisch abweichenden Sprache verständigen zu können. Groß kann deren Zahl aber nicht gewesen sein, denn der harte, unbeugsame Geist des Kalvinismus hatte in den Gebirgsgegenden noch keinen Eingang gefunden.

Zu diesem tief betrübenden Ausgange trug wesentlich der Umstand bei, daß sich 1645 ein päpstlicher Nuntius in Hibernien einstellte, der von den dortigen Katholiken herbeigerufen worden war. Monsignore Rinuccini arbeitete Ormonds Streben nach Möglichkeit entgegen und suchte zuletzt Irland gänzlich vom britischen Königreiche loszulösen. Inzwischen hatte auch die Parlamentspartei einen vollkommenen Sieg über den zu den Schotten geflüchteten König davongetragen, und so wurde der Vordileutnant vor die grausame Alternative gestellt, entweder die Parlamentsherrschaft oder die landesfeindlichen Tendenzen der irischen Radikalen anzuerkennen. Er entschied sich für das erstere, und im Juli 1647 verließ er Dublin, während ein puritanischer Oberst an seine Stelle kam. Doch blieb Ormond nicht lange in England, denn als Rinuccinis Uebermut ihn seine Rolle rasch hatte ausspielen lassen, lehrte der treue Anhänger seines Königs zurück und suchte die Insel für diesen zu retten. Das gelang ihm einstweilen auch über Erwarten gut, und selbst die Hinrichtung Karls I. schien die neue Heimstätte des Royalismus nicht ernstlich zu gefährden, denn Karl II. wurde vom Großtheile der Irländer beider Konfessionen zum Könige ausgerufen. Freilich sollte dieser günstige Umschwung nicht lange dauern, denn Ormonds Kriegsmittel reichten nicht aus, um sich gegen den furchtbaren Gegner zu behaupten, den das siegreiche Parlament gegen ihn aussandte. Am 15. August 1649 landete zu Dublin ein mit diktatorischer Machtfülle ausgerüsteter Vordileutnant. Er hieß Oliver Cromwell.

Der Geist, in dem das Haupt der Partei der Independenten seine Kriege führte, war der des Alten Testaments, das die „Gottseligen“, die furchtbaren Streiter von Marston Moor und Naseby, ja ohnehin weit über das Neue zu stellen gewohnt waren. Cromwell war Josua, die Amalekiter und Moabiter lebten wieder auf in den Altgläubigen Irlands, und sie mußten ausgerottet werden mit der Schärfe des Schwertes. Das zeigte sich noch im gleichen Jahre 1649 bei den Blutbädern, welche das Parlamentsheer in den erstürmten Festungen Drogheda und Wexford anrichtete. Was Waffen trug, wurde niedergemetzelt; Tausende, darunter auch Frauen und Kinder, mußten als eine neue Gattung von Sklaven nach den Zuckerplantagen von Barbados auswandern. Und als Cromwell abgerufen ward, um den in Schottland gelandeten Karl II. zu bekämpfen, setzte sein Schwiegersohn Ireton das Werk des Diktators in dessen Sinne fort. Ormond wandte 1650 dem Lande, das zu retten ihm nicht vergönnt gewesen war, da zuletzt alle Parteien den Vertreter einer hoffnungslos gewordenen Sache verließen, den Rücken, und die Schlächterei unter den Katholiken wurde fortgesetzt. Ireton zwar starb an der Pest, die über die in Trümmern und Elend versinkende Insel gekommen war, aber sein Nachfolger Ludlow¹⁾

¹⁾ Edmund Ludlow verließ nach der Restauration sein Land, in welchem er als Beisitzer des „Königsmordgerichtes“ seines Lebens nicht mehr sicher gewesen wäre, und siedelte in die Schweiz über, wo die Mordmörder der Stuarts ihm vergeblich auflauerten. Im hohem Alter dort verstorben, wurde er in einer Kirche nächst Lausanne beigesetzt, und noch befindet sich dort die seinem Gedächtnis gewidmete Tafel, deren Inschrift den Haßgefühlen des Puritaners gegen das katholische Irland deutlichen Ausdruck verleiht.

legte die Waffen nicht nieder vor dem 27. September 1652, an welchem Tage das „Lange Parlament“ den Krieg für beendet und, was ja an sich gewiß nicht zu beanstanden gewesen wäre, Irland zum selbständigen Gliede des großbritischen Reiches erklärte.

Außerlich war nun der Friede wiederhergestellt, aber das so furchtbar mitgenommene Land bot auch einen entsprechenden Anblick dar. Die Wölfe streiften vor den Toren der Hauptstadt umher; Vieh mußte in das durch seine herrlichen Weiden berühmt gewesene Land aus England eingeführt werden; weit über ein Drittel der Bevölkerung war im Verlaufe von elf Jahren vernichtet worden. Zum zweiten Male hatten die Engländer die Verwandlung in eine Wüstenei durchgeführt. Nicht weniger als 34 000 junge, kräftige Iren wanderten aus, um in spanischem, polnischem und französischem Kriegsdienste ein Landsefnechtseisein zu führen.

Mit heißer Eier stürzten sich die Engländer auf die herrenlos gewordenen Gefilde, denn alle Eigentümer, die gegen die Parlamentstruppen die Waffen getragen hatten, waren ihres Besitzes beraubt worden, und die Bestimmungen der Enteignungsakte waren so getroffen, daß nur wenige ihr Gut behalten konnten. Was von Nationalirländern noch übrig war, unterlag einem zweiten drakonischen Gesetze, kraft dessen diese Unglücklichen in der Provinz Connaught zusammengedrängt wurden. Und nicht bloß auf dem Kopfe eines jeden katholischen Priesters lastete ein die Todesstrafe nach sich ziehender Preis, sondern ein gleiches Schicksal drohte auch dem Bürger, der eine so verfemte Person in seine Wohnung aufgenommen hatte. Wahrlich, England, „der Beschützer aller Unterdrückten“, hatte ganze Arbeit getan; sein Untertanenland schien für alle Zeiten gebändigt und gegen freiheitliche Gelüste gefeit zu sein.

Doch — „vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Menschen erzittert nicht“. Die kleinen Erleichterungen, welche von Karls II. Regierung den irischen Pariaß gewährt wurden, hatten wenig zu bedeuten, während Irlands Seehandel und Export durch neue Parlamentsverfügungen schwer geschädigt wurden. Kluge und wohlwollende Abgeordnete bewiesen, als wie unvernünftig diese Maßnahmen selbst vom englischen Standpunkte aus zu betrachten seien, allein sie predigten tauben Ohren,¹⁾ und selbst Ormonds anerkannt guter Wille versagte bei solcher Engherzigkeit der maßgebenden Stellen. Jenem Manne war ein sonderbares Geschick zuteil geworden. Wir wissen, daß er schon zweimal irländischer Statthalter gewesen war; unter Karl II. wurde er es zum dritten Male, und aufß neue tat er, was in seinen Kräften stand, um das ihm anvertraute Gebiet wirtschaftlich wieder in die Höhe zu bringen. Allein kaum hatte mit Jakobs II. Thronbesteigung die katholische Reaktion, die

¹⁾ Haßencamp, a. a. O., S. 95. „Was fruchteten alle diese Erwägungen gegenüber jener Interessenvertretung, wie sie das damalige englische Parlament darstellt? Da möchte man die Frage anhängen: „Verhält es sich in unsern Tagen vielleicht anders?“

nicht einmal durch das Abtreten des mildgesinnten Papstes zu beschwichtigen war, das Heft in die Hand bekommen, so berief man den alten Mann auch wieder zurück; angeblich, um ihn sein Amt als Obersthofmeister antreten zu lassen, in Wirklichkeit jedoch, um der nationalistischen Agitation in Irland Tür und Tor zu öffnen.

Oberst Richard Talbot Earl of Tyrconnel, einer jener altnormannischen Edelleute, die für keltischer als die Kelten selbst galten, wurde Ormonds Nachfolger. Sein einziger Lebenszweck war die Vertreibung der Sachsen, und die Religion diente ihm hierbei bloß als durch diesen Zweck geheiligtes Mittel. Der schwache und bigotte König ließ ihn ruhig gewähren, und so wurde durch Wahlkorruption ein neues Parlament zusammengebracht, das in seiner Art ebenso wenig das Recht auf den Ehrennamen Volksvertretung hatte wie das frühere. Denn wenn in diesem letzteren die einheimischen Katholiken so gut wie gänzlich fehlten, gab es im neuen fast keine englischen Ansiedler mehr; der Teufel war durch Beelzebub ausgetrieben. Gerade im kritischen Jahre 1688 wurde Jakob vertrieben, und der neue König, der Dranier Wilhelm III., versuchte umsonst, durch Unterhandlungen auf Tyrconnel einzuwirken. Im März des nächstfolgenden Jahres landete der verjagte Fürst mit französischer Unterstützung in Irland und bestätigte — ungerne freilich, denn er mußte sich doch selbst als einer der verhassten Sachsen fühlen — alle die sinnlosen Beschlüsse des Reichstages, durch welche die Engländer bürgerliche Rechte und Eigentum verlieren sollten. Gewiß, auch deren Rechtsvererbung war, wie wir sahen, mit schweren Rechtsbrüchen verbunden gewesen, doch hätte ein gut beratener Regent recht wohl einen Mittelweg einschlagen können, der beiden Teilen gerecht ward. Jakob tat dies nicht und mußte seine Sünde furchtbar büßen. Wilhelm III. kam mit einem starken Heere herüber, errang am Boyne einen entscheidenden Sieg und veranlaßte seinen nichts weniger denn mutvollen Gegner, von neuem Zuflucht unter den schützenden Flügeln Ludwigs XIV. zu suchen. Noch verteidigten sich die zur Verzweiflung gebrachten Iren ein volles Jahr lang gegen die Uebermacht, und während dieser Periode machte die keltische Guerilla den Engländern viel zu schaffen; damals trug sich auch jener „Fall Gaffney“ zu, dessen oben Erwähnung geschehen ist. Aber zu Anfang Oktober 1691 schloß der tapfere irische Oberbefehlshaber Sarsfield, von allen Hilfsquellen abgeschnitten, den „Vertrag von Limerick“ mit General Ginkell ab, durch den, wenn auch der König gegen die Personen Gnade übte und sich der üblichen Bluturteile völlig enthielt, die Entrechtung der Eingeborenen für alle Zeiten ausgesprochen wurde. Nur etwa der elfte Teil aller Kulturländereien verblieb im Besitze der katholischen Iren, denen wenigstens eine immer noch sehr beschränkte Religionsübung zugestanden wurde. Die Verarmung Irlands hatte die Sanktion des herrschenden Volkes empfangen; seitdem stand es fest, daß die Iren nur noch „als Holzfäller und Wasserträger“ der Engländer eine Existenzberechtigung beanspruchen könnten. Man wird nicht in Abrede stellen, daß die von Jakob und Tyrconnel geleitete Gegenrevolution die Irländer gleichfalls an dem Gedeihen dieses stets zu Extremen verurteilten

Volkstammes sich schwer versündigen ließ, aber man hat sich nur immer gegenwärtig zu halten, daß das angeführte Wort Schillers für diesen geschichtlichen Fall ganz besonders paßt. Heinrich VIII. und Cromwell, die beiden großen Tyrannen, hatten Land und Volk niedergetreten; eine kurze Frist war letzterem gegeben, um sich der vollen Rügellostigkeit der Rache hinzugeben; nunmehr aber trat eine dritte Unterdrückung ein, die ja an schrecklichen Einzelheiten weit ärmer als jede frühere war, die jedoch um so zielbewußter und klüger ihre Ziele verfolgte. Ein volles Jahrhundert, das achtzehnte, wird durch das Martyrium Irlands gekennzeichnet, und wie es dort aussah, hat uns ein Schilderer, der zu den größten aller Zeiten gehört und selbst geborener Dubliner war, in krasser Darstellung beschrieben: Jonathan Swift (1667—1745).

(Schluß folgt)

Literarische Berichte

Russisches. Erlebnisse und Eindrücke aus elfmonatiger Gefangenschaft 1914/15. Von Max Pfau. Kartonierte M. 1.— Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Der Verfasser begnügt sich nicht, wie manche seiner Leidensgefährten es in der Öffentlichkeit übergebenen Berichten getan haben, mit der Erzählung dessen, was er erfahren und erlitten hat; er sieht die Dinge, die ihm und seinen Leidensgenossen zugefallen sind, in ihrem größeren Zusammenhang, sieht sie als Ergebnisse und Zeugnisse des russischen Chaos, des Chaos der russischen Verwaltung wie des russischen Volkscharakters. Bei allem Schmerzen, das er durchzumachen hat, bei allem Furchtbaren, das er andre Landsleute leiden sieht, hört doch der Verfasser nie auf, nach den inneren Gründen dieser rätselhaften russischen Seelenbeschaffenheit zu fragen und hebt jeden schönen Zug, jede freundliche, menschliche Regung, die er im Volks- und Seelenleben unsrer Feinde beobachtet, gern und dankbar hervor. Wie es scheint, hat Max Pfau diese seine „Erlebnisse und Eindrücke“ selbst nur als Gelegenheitschrift gedacht und ohne schriftstellerischen Ehrgeiz niedergeschrieben; das kann aber in diesem Fall den menschlichen Reiz, den seine Aufzeichnungen haben, nur erhöhen, wie es auch der überaus frischen, fesselnden Art seiner Darstellung nicht den geringsten Eintrag getan hat.

Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jädh. Heft 67—69. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis des Heftes 50 Pf.

Die Rüstigmachung unsrer Jugend für den Seeresdienst ist eine nationale Aufgabe, deren

Wichtigkeit heute allgemein anerkannt ist. Es ist selbstverständlich, daß die geistige Ausbildung nicht etwa hinter der körperlichen zurückstehen darf. Mit rationalen Maßregeln, wie manche Heißsporne sie vorschlagen, würde da nichts erreicht, aber viel geschadet werden. Ueber den ganzen Umfang und die Vielseitigkeit des Problems, vor das sich hier unsre Jugendberziehung gestellt sieht, gewinnen wir einen Ueberblick aus der kleinen Schrift von Dr. G. v. Graevenitz: Die militärische Vorbereitung der Jugend in Gegenwart und Zukunft (Heft 67 der Sammlung). Einer kurzen geschichtlichen Einleitung folgt die Darstellung des Wesens und der Tätigkeit der heute schon bestehenden Organisationen, die diesem Zweck dienen. Die Schwierigkeiten, die zurzeit noch bestehen, werden geschildert; auch zu ihrer Ueberwindung ist das Mittel nötig, dem Deutschland in diesem Kriege so viel verdankt: eine großzügige, einheitliche, aber nicht schablonisierende Organisation. Es werden dann praktische Vorschläge im einzelnen für die Ermöglichung und für die Ausgestaltung der vormilitärischen Jugendberziehung gegeben; besonders dankenswert erscheint endlich eine klare Uebersicht der Forderungen und Ziele, wie die verschiedenen heute neben-, teilweise auch gegeneinander wirkenden Richtungen in der Wehrbarmachung der Jugend sie aufgestellt haben. — Eines der wichtigsten Kapitel der künftigen deutschen Auslandspolitik behandelt in Heft 68: „Deutschland und Südamerika“ ein gründlicher Kenner der einschlägigen Verhältnisse, Professor Dr. P. Gasi, der Leiter des Deutsch-Südamerikanischen Instituts in Aachen. Der Verfasser geht davon aus, daß auch in Südamerika

die jahrzehntelang ausgestreute Saat des Deutschenbasses in den ersten Kriegsmonaten kräftig in die Palme geschossen ist, trotz allem, was deutsche Auswanderer, deutsche Gelehrte, Instrukteure und Unternehmer bisher in den südamerikanischen Staaten zur Hebung des dortigen wirtschaftlichen und geistigen Lebens getan haben. Diese Kulturarbeit würdigt Professor Gast eingehend; sie bildet für die künftige zu erneuernde Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Südamerika eine Grundlage, die jene Erschütterungen überstehen wird und auf der noch erfolgreicher wie bisher weiter gearbeitet werden kann, wenn Staat und Private sich zu wirkungsvoller Kulturpropaganda, zu gründlicher Bearbeitung der öffentlichen Meinung in den südamerikanischen Staaten zusammentun. Für diese Forderungen findet Professor Gast gute Wink und Ratsschlage; die kleine Schrift sollte daher von jedem beachtet werden, der sich praktisch oder theoretisch für die Beziehungen zwischen Deutschland und Südamerika interessiert. — Wie die erste Rede, die unser jetziger Reichschatzsekretär am 10. März 1915 im Reichstag gehalten hat und die einen so wirkungsvollen und würdigen Auftakt für sein Zusammenarbeiten mit der deutschen Volksvertretung bildete, sind auch seine Reden vom 20. August und vom 14. Dezember des gleichen Jahres von der gesamten Öffentlichkeit als überaus bedeutungsvolle Kundgebungen begrüßt worden. Auch diese beiden Reden Dr. Helfferichs haben wegen ihres reichen sachlichen Inhalts wie durch die in ihnen sich ausprechende Gesinnung und durch die klare, fesselnde Form einen den Tag überbauenden geschäftlichen Wert, und so wird es vielen willkommen sein, daß auch diese Reden jetzt in Sonderdruck unter dem Titel „Kriegsfinanzen. Zweiter Teil“ als 69. Heft der Fächlichen Flugschriftensammlung vorliegen, deren 41. und 42. Heft schon die Rede vom 10. März gebracht hatte, so daß nun alle drei Reden in einheitlicher, gut ausgestatteter Ausgabe zu haben sind.

Verdeutschungen. Wörterbuch fürs tägliche Leben von Dr. Friedrich Dösel. Braunschweig, Berlin, Hamburg, George Westermann. 176 S. M. 1.50.

Auch neben dem großen Verdeutschungswörterbuch von Sarrajin besteht dies Werk in Ehren. Es bietet für die meisten fremden Ausdrücke eine größere Anzahl guter deutscher Ersatzwörter und erleichtert es so in ungemein anregender Weise, das meist allgemeinere Fremdwort nicht nur gut deutsch, sondern auch bestimmter und anschaulicher wiederzugeben. Das reichhaltige, handliche und wohlfeile Buch kann ausgezeichnete Dienste tun — besonders auf dem Arbeitstisch derer, die für die Öffentlichkeit schreiben. Der Hinweis

auf bekannte Schriftsteller als Bürgen für ungewöhnliche Prägungen ist sehr dankenswert. Vielleicht ließe sich noch überall die Herkunft des Fremdwortes andeuten. Ein paar Lücken, die mir beim Durchblättern aufgefallen sind: Amulett, Bandit, Florett, Karaffe, Katarrh, Krawall, Troubadour, Wiper. S. Brömse.

Brehm's Tierleben. Kleine Ausgabe für Volk und Schule. Mit etwa 500 Abbildungen im Text und 150 Tafeln. Dritte Auflage, vollständig neubearbeitet von Dr. Walter Kahle. Zweiter Band: Die Fische, Lurche und Kriechtiere. Leipzig und Wien, Bibliographisches Institut. Geb. M. 12.—

In das Erscheinen des neuen „Volksbrehm“, dessen dritter Band (Die Vögel) an dieser Stelle seinerzeit besprochen wurde, hat der Krieg störend eingegriffen, indem er den Herausgeber von der Arbeit an dem vorliegenden zweiten Bande nach Beendigung der Abschnitte über die Lurche und die Kriechtiere ins Feld abrief. Trotzdem konnte ein längeres Stoden dieser für so weite Kreise wertvollen Publikation dadurch vermieden werden, daß Dr. D. Steche und Dr. B. Franz, die für das große Hauptwerk das wichtige Kapitel von den Fischen beigezeichnet hatten, es übernahmen, dieses auch für die Volksausgabe zu bearbeiten. Dank ihrer vollendeten Beherrschung des Stoffes und ihrem feinsüchtigen Eingehen auf die Bedürfnisse der Volksausgabe läßt der neue Band nicht nur an Gehalt und wissenschaftlicher Gediegenheit, sondern auch an Gemeinverständlichkeit und Einheitlichkeit der Darstellung laum etwas zu wünschen übrig. Man braucht nur an die durch die neuere Meeresforschung gewonnenen überraschenden Aufklärungen über die Physik und das Leben der Heringe, Lachse und Aale zu erinnern, um die Notwendigkeit wie die Schwierigkeiten einer wissenschaftlichen Modernisierung des alten „Brehm“ darzutun; erfreulicherweise läßt auch der vorliegende Band wieder feststellen, daß die Fachmänner, denen diese Aufgabe übertragen ist, ihr gerecht zu werden wissen, ohne die reizvolle, werbeträchtige Eigenart und den noch heute wertvollen Kerngehalt des so beispiellos volkstümlichen Werkes zu beeinträchtigen. Auf die illustrative Ausstattung ist wiederum alle Sorgfalt verwendet; hervorragend schön sind besonders mehrere Schlangendarstellungen. B—r.

Der Deutsche Krieg in Dichtungen. Herausgegeben von Walter Eggert-Windegg. München, C. S. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. Preis M. 2.50. In dem vorliegenden Buche ist eine Auswahl der besten Dichtungen vereinigt, die aus dem gewaltigen Erlebnis des Krieges

entstanden sind. Es sind darin Gedichte der besten deutschen Dichter, wie Ludwig Fulda, Sudermann, Falke, Dehmel, Pressler, Frisch, Flaischlen, Thoma, M. G. Conrad, Hesse usw., und man muß dem Herausgeber zugestehen, daß er die Sammlung nicht nur mit Geschmack zusammengestellt hat, sondern daß er feinhörig die vielartigen Töne, die erklangen, aufgefangen und die wechselvollen Bilder, die vor Aug und Seele kamen, so zu einem Ganzen vereinigt hat, daß es uns ein Bild gibt, was wir Deutschen in diesen unerhörten Tagen geschaut und empfunden haben.

An den frühen Gräbern unserer Helden.

Stimmen der Klage und Erhebung aus Dichter- und Denkmund. Ein Trostbrevier, gesammelt von H. Gilow. Berlin, Weidmann. 80 Pf.

Die Sammlung umfaßt vier Abschnitte: „Nach tritt der Tod den Menschen an“, „Das Glück eines kurzen Erdenlaufs“, „Kein sel'gerer Tod als auf grüner Heide“ und „Schau empor!“ Der Herausgeber beansprucht natürlich keine Vollständigkeit, aber was er bietet, kann manchem zum Trost in seinen Klagen dienen. Für eine Neuauflage verweisen wir ihn auf M. Opizens „Trostgedichte in Widerwärtigkeiten des Krieges“ (1920), die zu dem Besten gehören, das Opitz geschrieben hat. E. M.

Mein Kriegstagebuch. Von M. Herbert. Köln, Verlag von F. P. Bachem. Preis geh. M. 1.80, geb. M. 2.40.

Die gemüthvolle Dichterin hat in dem Tagebuch alle Gedanken in Poesie und Prosa niedergelegt, die die Ereignisse des großen Krieges bei ihr ausgelöst haben: Tiefste Gebete, flammende Aufrufe und Trost im Leid. Es ist ein Buch für ernste Menschen und besonders für Frauen, die sich in stillen Stunden erbauen und aufrichten wollen.

Die Hohenzollern und ihr Werk. Fünfhundert Jahre vaterländischer Geschichte. Von Otto Hinz. Paul Parey, Berlin. Preis M. 5.—

Zum fünfhundertjährigen Hohenzollernjubiläum erschienen, ragt dieser stattliche Band

weit über den Durchschnitt der bei solchen Anlässen üblichen Feylliteratur hinaus. Bei aller durch die Tatsachen der Geschichte voll auf gerechtfertigten Bewunderung für die großen Herrschergestalten und für die Tüchtigkeit der Taten und Schöpfungen, die sich dem Rückblick auf dies halbe Jahrtausend hohenzollerischen Wirkens in der Mark Brandenburg, im Königreich Preußen, im Deutschen Reich darbieten, hält sich der Verfasser frei von aller byzantinischen Ueberschwänglichkeit und Schönfärberei. Was er gibt, ist eine großzügige, nie sich ins Kleine verlierende, nie in Allgemeinheiten sich verflüchtigende Darstellung, die gleichermaßen den Schicksalen der Gesamtdynastie, den einzelnen Persönlichkeiten, der äußeren politischen Geschichte wie der inneren kulturellen Entwicklung gerecht wird. Um den Stoff bei solch allseitiger Erfassung und Durchdringung in einen wenn auch recht starken Band zusammenzubringen und dabei doch nicht ein trodenes Kompendium, sondern ein mit Genuß zu lesendes abgerundetes Werk zu schaffen, dazu gehörten eine Beherrschung des Gegenständlichen und eine Meisterschaft der Darstellung, die nicht genug anerkannt werden können. Otto Hinz hat mit seinem Hohenzollernbuch die vollstündlich gehaltene geschichtliche Literatur um eine vorbildliche Leistung bereichert. —r.

Der Seekrieg 1914—1915. Schiffsposst- und Feldposstbriefe sowie andre Berichte von Mittkämpfern und Augenzeugen. Herausgegeben von Hermann Kirchhoff. Leipzig, Verlag von Hesse & Weller. Preis geh. M. 2.50, geb. M. 3.—

Das Buch gibt eine ganz vortreffliche Uebersicht über die deutschen Kriegstaten zur See. Die darin zusammengetragenen Berichte von Mittkämpfern und Augenzeugen sind außerordentlich lebendig und anschaulich und geben ein Bild, das von späteren Darstellungen schwerlich übertroffen werden dürfte. Die Erläuterungen des Vizeadmirals Kirchhoff, die dem schon ausgestatteten Buche beigegeben sind, führen den Leser in die verschiedenen Kriegssphären ein.

== Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue“ sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten. ==

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

== Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen. ==

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Die Haltung des Präsidenten Wilson in dem „Lusitania“-Konflikt und dessen friedliche Beilegung

Das nachstehende Schreiben enthält die Ansichten eines der hervorragendsten Kenner der amerikanischen Verhältnisse und ist für die Gegenwart von besonderem Interesse.

Die Redaktion der „Deutschen Revue“.

*

Ich bin der Ueberzeugung, daß der „Lusitania“-Konflikt zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten in friedlicher Weise beigelegt und weder zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch zu kriegerischen Verwicklungen führen wird.

Man muß sich gegenwärtig halten, daß dieser Konflikt unmittelbar nach der Versenkung der „Lusitania“, welche das amerikanische Publikum ebensosehr entsetzt als erbittert hatte, wirklich große Gefahren in sich barg. Präsident Wilson trat damals, getragen von den Wogen der aufschäumenden öffentlichen Meinung, mit äußerster Schroffheit auf. Seine erste Note konnte beinahe als ein allerdings unbefristetes Ultimatum gelten. Er stellte darin ein imaginäres geheiliges Recht, „sacred right“, eines jeden amerikanischen Staatsbürgers auf, überall auf der offenen See, selbst im Bereiche der kriegerischen Operationen, sogar auf einem feindlichen Munitionsschiffe unbehelligt zu bleiben. Er verlangte peremptorisch von der deutschen Regierung die Desavouierung des Aktes der Versenkung, die strenge Bestrafung des Kommandanten des Unterseebootes und Garantien für die Zukunft. — Als sich die Erregung der Gemüter in Amerika einigermaßen gelegt, wurden vielfach Stimmen laut, daß Präsident Wilson in seinen Forderungen zu weit gegangen, da im Fall einer ungünstigen Antwort aus Berlin nichts anderes übrig bliebe, als die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, was mit logischer Notwendigkeit zum Kriege führen mußte. Wilson wurde bald vor den Geistern hange, die er selbst gerufen. Mr. Bryans Rücktritt vom Staatsdepartement, im Interesse einer friedlicheren, versöhnlicheren Politik, trug viel dazu bei, der Auffassung Geltung zu verschaffen, daß, wenn Amerikaner sich auf britischen, bis zur Neige mit Waffen und Munition gefüllten Passagierdampfern einschiffen, sie dies auf eigene Gefahr täten; daß es ferner unpatriotisch von ihnen wäre, aus bloßer Bequemlichkeit die guten Beziehungen

ihrer Vaterlandes mit Deutschland zu gefährden; denn sie könnten ebensogut auf neutralen, also amerikanischen oder holländischen, etwas langsameren Dampfern gefahrlos den Atlantischen Ozean durchqueren. So kam es, daß Wilson in seiner zweiten „Lusitania“-Note zwar die deutschen Vorschläge zurückwies, allein in versöhnlicher Weise antwortete, so daß der Faden nicht abgerissen wurde, sondern ein neuerlicher Gedankenaustausch möglich war.

Dazwischen kamen neue, aus dem Unterseebootkrieg entstandene Krisen, wie z. B. die Torpedierung des „Arabic“, wobei allerdings nur zwei Amerikaner, darunter ein Neger, und vor allem kein Vanderbilt zugrunde gingen. Von beiden Seiten wurde ein versöhnlicher Ton angeschlagen, und es trat das auf-richtige Bestreben zutage, die Gegensätze zu überbrücken. Dies erklärt sich folgendermaßen. Ende Mai hatte Graf v. Bernstorff eine längere Besprechung mit Präsident Wilson, worin letzterer energisches Vorgehen gegen die britische Hochseeblockade in Aussicht stellte, sobald die „Lusitania“-Frage in befriedigender Weise geregelt worden wäre. Dieser nur mündliche Pakt, der zunächst geheimgehalten wurde, gab dem deutschen Botschafter die Handhabe, bei seiner Regierung immer wieder auf das weitestgehende Entgegenkommen in der Unterseebootfrage zu dringen. Denn nur dadurch eröffne sich die Aussicht auf eine Milderung der britischen Seeübergriffe, insbesondere der völkerrechtswidrigen Absperrungsmaßregeln selbst gegen den neutralen Handel, durch den zu erwartenden peremptorischen Einspruch der Unionsregierung. Das Berliner Kabinett ging trotz dem anhaltenden Widerstande der deutschen Admiralität auf diesen Gedanken ganz ein. Deutschland soll zu weitgehenden Konzessionen bereit sein, ohne allerdings die Aktion der wirksamsten Einheit seiner Flotte, des Unterseebootes, irgendwie beeinträchtigen zu wollen. — Wilson hat längst den Rückzug von der in seiner ersten Note eingenommenen unhaltbaren Position vollzogen. Ist es da wahrscheinlich, daß er auf der prinzipiellen Erklärung der deutschen Regierung von der Völkerrechtswidrigkeit der Versenkung der „Lusitania“ bestehen, eines bloßen Wortes wegen es auf den Bruch mit Deutschland ankommen lassen wird?

Hält man sich die bezeichnende Charakteristik vor Augen, welche Mr. Stoddard im Januar-Heft Ihrer geschätzten Revue vom Charakter Mr. Wilsons entworfen, so wäre diese Frage allerdings nicht ohne weiteres zu verneinen. Der Doktrinär Wilson wäre nach dieser Darstellung allerdings imstande, auf seinem prinzipiellen Standpunkt zu beharren, selbst wenn die deutsche Regierung ihn vertraulich gewarnt hätte, daß sie bis zum äußersten Punkte möglicher Nachgiebigkeit gegangen und aus militärischen Gründen nicht in der Lage wäre, auf den Unterseebootkrieg so gut wie zu verzichten. Allein auf der andern Seite ist zu erwägen, daß der Präsident soeben seine Wahlkampagne eröffnet; daß er, um seinem Rivalen Roosevelt den Wind aus den Segeln zu nehmen, genötigt ist, kriegerische Akzente anzuschlagen; daß er offenbar erkennt, wie seine Vorstellungen in London zugunsten der Freiheit der See und der Rechte des neutralen Handels an dem Mangel einer genügenden Sanktion, d. h. an der Schwäche und Rückständigkeit der amerikanischen Flotte scheiterten; und daß er daher im Interesse der mili-

tärischen und Flottenrüstungen die äußere Lage in düsteren Farben darstellen müsse, um namentlich seine eignen Anhänger im demokratischen Lager zum neuesten Rüstungsprogramm zu belehren. Daraus würde sich die Bickjacklinie seiner rednerischen Auslassungen erklären. Heute bedroht er England, morgen Deutschland. Heute spricht er von den Gefahren, welche die allernächste Zukunft, ja der morgige Tag mit sich bringen könnte; gleich darauf betont er seine Friedensliebe. Der durch die Presse unisono wohl auf einen geheimen Wink vom Weißen Hause aus künstlich konstruierten Spannung folgt alsbald — angesichts der entgegenkommenden, aber festen Haltung des Berliner Kabinetts — die Entspannung.

Vor allem will das amerikanische Volk weder einen Krieg noch diplomatische Verwicklungen. Es will Geld verdienen, seine Waren, und zwar nicht nur Munition und Kriegsbedarf, sondern auch Zerealien und Fleisch, Petroleum und Baumwolle in Sicherheit ausführen. Der Krieg mit Deutschland wäre in den Vereinigten Staaten (allerdings mit Ausnahme der Munitionsfabrikanten in Neu-England) überwiegend unpopulär. Niemand wünscht dort die gänzliche Niederwerfung und Verarmung Deutschlands, des zweitbesten Abnehmers amerikanischer Produkte. Aber auch Deutschland hat kein Interesse, durch den Krieg mit den Vereinigten Staaten den Alliierten einen neuen Goldstrom zu eröffnen, während jetzt noch immer 200 bis 300 Millionen Dollar der letzten englisch-französischen Anleihe in den Portefeuilles der Morganschen Banken ruhen, ohne Abnehmer im amerikanischen Publikum zu finden.

Kurz, das Interesse beider Staaten an der Vermeidung neuer Komplikationen oder gar eines kriegerischen Konfliktes ist so groß, daß dessen Hintanhaltung mit größter Wahrscheinlichkeit vorausgesagt werden kann.

Italien und die Adria

Verlässlichen Nachrichten zufolge, die aus Italien eintreffen, scheinen sich dort ernstste Ereignisse vorzubereiten. Es wäre in der Tat nicht zu verwundern, wenn das italienische Volk, das in seiner Mehrheit von Anfang an dem Kriege nicht geneigt war, nach acht Monaten eines an Verlusten aller Art so reichen Krieges die Männer zur Verantwortung ziehen würde, denen es mit Recht die Schuld an seinem Mißgeschick zuschreibt. Man erinnere sich nur, was alles Oesterreich-Ungarn Italien bloß als Lohn für die Einhaltung der Neutralität noch im Mai vorigen Jahres zugestehen bereit war: Welschtirol, die Isonzogrenze, Autonomie und Freihafen für Triest, Valona und völliges Desinteressement bezüglich Albaniens. Es war Italien zu wenig. Im Innern bedrängt von gewissenlosen Hekern, von England mit Geld, von Frankreich mit Versprechungen gelockt, fiel es, wie ein gedungener Meuchelmörder, seinem Bundesgenossen in den Rücken. Seine militärischen Informatoren versicherten und seine neuen Freunde bestärkten Italien in dem Glauben, es bedürfe nur eines kräftigen

Stoßes, um das morsche Habsburgerreich zu Boden zu strecken. Der Augenblick dafür schien günstig. Die Russen standen diesseits der Karpathen, die deutschen Armeen hatte an der Marne ein Mißgeschick ereilt, Konstantinopel war ernstlich bedroht. So schlug man denn los.

Wie anders haben sich die Dinge entwickelt, als man damals in Rom und wohl auch in andern Hauptstädten gehofft hatte. Wer denkt heute an die Abtretung auch nur des schmalsten Streifens von Südtirol! Die Italianissimi haben das Land freiwillig oder unfreiwillig verlassen, und die zurückgebliebene Bevölkerung hat inzwischen Gelegenheit gehabt, seine „Befreier“ kennen zu lernen. Am Isonzo spielen sich blutige Kämpfe ab. Italien hat Hunderttausende an Toten und Verwundeten verloren, vorwärts ist es nicht gekommen. Görz vermochten die italienischen Truppen nicht zu erobern, so bemühen sie sich, es zu zerstören. Triest aber bleibt auch weiterhin für Italien ein Nolimetangere, eine „deutsche Stadt“, wie man 1870 aus Berlin nach Florenz sagen ließ.

Um so fester klammert sich die italienische Regierung nach all den Mißerfolgen an ihre letzte Hoffnung, an den Besitz von Albanien. Seit Jahrzehnten war dem Volke die *altra sponda* als das Gelobte Land angepriesen worden, nach dem man nur die Hand auszustrecken brauchte, um es zu erlangen. Auch diese Beute steht im Begriff ihm zu entschlüpfen. Nach der Bewältigung des Loocen, nachdem Montenegro die Waffen gestreckt, haben sich die österreichisch-ungarischen Truppen des vielumstrittenen Scutari, Antivari, San Giovanni di Meduaß bemächtigt. Durazzo, wo sich der gleichzeitig von den Italienern und Serben bezahlte Kondottiere Essad-Pascha, der aber schließlich das Geschäft wohl auf eigne Rechnung machen möchte, zu behaupten sucht, steht vor dem Falle. Bleibt noch Valona, der einzig wertvolle Hafen, das einzige Stück Fleisch an dem albanesischen Knochen. Italien wird es gewiß an nichts fehlen lassen, um diesen Punkt gegen die von Berat und Elbassan heranrückenden Bulgaren zu verteidigen. Ob es sich halten kann, ist sehr fraglich. Den Verlust von Valona würde aber das italienische Volk kaum verschmerzen können. Sein Besitz ist zu einem Schlagwort geworden. In Valona sieht jeder Italiener das Symbol der Herrschaft über die Adria. Man dachte ein zweites Gibraltar oder Biserta daraus zu machen. Seit Jahrzehnten hat sich in ganz Albanien eine lebhafteste italienische Propaganda auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet entwickelt. Italienische Schiffahrtsgesellschaften und Bahnunternehmungen hatten dort Fuß gefaßt, und nun soll das alles verloren sein!

Für seine Ansprüche auf Albanien will Italien zunächst geschichtliche Ueberlieferungen geltend machen. Es betrachtet sich als den Rechtsnachfolger des alten Rom und der Republik Venedig. Aber wo ist Rom und wo ist Venedig! Eine Handbewegung Napoleons ließ die in sich faule Republik zusammenbrechen. Diskutabler ist das Argument, daß die wenig gegliederte Ostküste Italiens keine brauchbaren Häfen besitze und einem Angriff Oesterreich-Ungarns schutzlos preisgegeben wäre. Aber hat Italien nicht in Venedig einen Marinestützpunkt erster Klasse, wie es Admiral Bettolo nannte, der seither bedeutend verstärkt wurde?

Dazu kommen als Flottenbasen weiter in Betracht Ancona und Brindisi. Den Gedanken der Anlage von neuen Kriegshäfen in Comacchio, ferner in Ravenna und Manfredonia scheint man aufgegeben zu haben und zog vor, das schwimmende Material zu vermehren. Tatsächlich besitzt Italien heute eine Flotte, die der österreichisch-ungarischen mehr als zweifach überlegen ist. Man kann es zu dem Entschlusse, seine Kriegsflotte zu vermehren, nur beglückwünschen, denn die Italiener werden ihrer vielleicht einmal gegen andre Feinde als Oesterreich-Ungarn bedürfen. Gegen Angriffe von dieser Seite war es ja geschützt, solange es mit Oesterreich-Ungarn im Bunde war. Dieser Sicherung hat es sich mutwillig begeben.

Viel mehr Gründe zu Besorgnissen hatte Oesterreich-Ungarn, das in Anbetracht der ausgesprochenen Neigung Italiens zu einer Politik der Abenteuer vor ihm stets auf der Hut sein mußte. In einer Denkschrift des Generals Radezky vom 30. August 1856, also aus der Zeit unmittelbar nach dem Krimkriege (von Sosnoffi, „Balkanpolitik Oesterreichs“, im vollen Wortlaute veröffentlicht), heißt es, ein zweiter Orientkrieg werde nicht zu vermeiden sein. Oesterreich könne aber zu keinem Entschlusse kommen, ehe es nicht die Zerwürfnisse mit Piemont in Ordnung gebracht habe. England und Frankreich hätten diesem Lande, für den Fall als es angegriffen würde, ihre Hilfe zugesagt, sie duldeten jedoch, daß es seine Pläne weiter betreibe. Der Erfolg sei für Oesterreich die Notwendigkeit einer immerwährenden Bereitschaft, damit es nicht überfallen werde. Seine zweite Aufgabe aber sei das Einvernehmen mit Preußen und Deutschland „zum Gemeinfinn“! So lagen die Dinge damals und auch weiter bis in die jüngste Zeit. Zu der Bedrohung zu Lande kam später die zur See. Wollte die Donaumonarchie ihre Stellung als Großmacht, den freien Verkehr aus und nach ihren beiden Handelshäfen und damit ihre wirtschaftlichen Lebensinteressen nicht aufs Spiel setzen, so mußte sie verhindern, daß Italien aus dem Adriatischen Meere einen Binnensee mache. Es müßte in seinem entlegenen Winkel ersticken, wenn Italien in der Lage wäre, durch eine Sperrung der nur 66 Kilometer breiten Straße von Otranto es in der Adria einzusperren. Eben in Erkenntnis dieses Umstandes und zu diesem Zwecke, nicht zum Schutze seiner Küsten, streckt Italien die Hand nach Triest und der Westküste von Istrien, nach den die dalmatinische Küste beherrschenden Inseln, aber auch nach Albanien aus. *Oto toi que je m'y mette!* Allein es hat sich in seiner Berechnung getäuscht, die Widerstandskraft der Donaumonarchie unterschätzt. Während sich seine tapferen Soldaten an dem unerschütterlichen Wall in Tirol und am Isonzo die Köpfe einrennen, hat es allen Anschein, als ob auch die letzte Hochburg seiner usurpierten Herrschaft in Albanien demnächst fallen sollte. Die Italiener lieben es, Valona als den Schlüssel zur Adria zu bezeichnen. Dann mögen sie aber auch nicht vergessen, daß Valona gegenüber der italienische Kriegshafen von Brindisi liegt. Es ist nicht üblich, beide Schlüssel zu einem wertvollen Besitze in denselben Händen zu belassen.

Das Schicksal Italiens wird kaum irgend jemand eine Träne des Mitleids entlocken. Durch seinen Ueberfall auf Libyen hat es die Balkanvölker zum

Kriege gegen die Türkei ermutigt, dessen Ausgang einen nicht zu leugnenden Anteil der Schuld an dem Ausbruche des jetzigen Weltkrieges trägt. Und nun muß das arme Land die Folgen des Treubruches und des Uebermutes seiner verantwortlichen Männer auf sich nehmen.

Italiens Ländergier steht in keinem Verhältnisse zu seinen Kräften. Es hätte besser getan, sich zunächst inneren Aufgaben zu widmen, einer Reform seiner Agrarverfassung, der Bekämpfung der Malaria, der Milderung des Steuerdruckes. Von Massimo D'Azeglio, dem Vorgänger Cavour's als Ministerpräsidenten des Königreiches Sardinien, stammt das wahre Wort: Italien sei fertig, aber nicht die Italiener. Und Kjellen („Die Großmächte der Gegenwart“) vergleicht Italien sehr treffend mit einem Baume, der mehr auf das stolze Ausbreiten seiner Aeste bedacht ist, als auf das Vertiefen seiner Wurzeln in der Erde.

Von den Fesseln befreit, die ihm seiner Meinung nach der Dreibund auferlegt hat, wird Italien nun auf Gnade und Ungnade England und Frankreich sich in die Arme werfen. Ob es dort sehr glimpflich behandelt werden wird, bleibe dahingestellt. Trubekoi („Rußland als Großmacht“) gibt ein Gespräch wieder, das er mit einem die italienischen Verhältnisse sehr genau kennenden französischen Diplomaten gehabt hat. Dieser Diplomat, es wird wohl Herr Barrère gewesen sein, meinte, die Entente habe kaum ein Interesse daran, Italien zu sich herüberzuziehen, es würde dafür einen zu hohen Preis verlangen. Wie dem auch sei, die italienischen Sympathien gehören seit langem den Westmächten. Möge es ihnen folgen. Dann wird es aber auch für alle Zeiten auf seine Balkanpläne und auf seine Stellung im östlichen Mittelmeere verzichten müssen. Sie gehören in Zukunft in die Interessensphäre der Mittelmächte. Italien hat dort nichts mehr zu suchen.

Für wen opfern und schlagen sich noch immer unsre Gegner?

Man pflegte in neuerer Zeit zu sagen, daß infolge der Einführung konstitutioneller Regierungsform die sog. Kabinettskriege unmöglich geworden seien, weil eben der Volkswille mehr als früher zur Geltung käme. Angesichts des gegenwärtigen Weltkrieges und seiner Entstehung wird sich diese Auffassung nicht mehr unbedingt aufrechterhalten lassen. Es erscheint vielmehr fraglos, daß dieser Weltbrand, sein Ausbruch auf ganz bestimmte Persönlichkeiten und auf deren größere oder kleinere Gefolgschaft zurückzuführen ist. Der verstorbene König Eduard VII. und sein diplomatischer Erbe Sir E. Grey, Poincaré, Delcassé, Großfürst Nikolaus, Salandra, Sonnino u. a. sind die verantwortlichen staatsmännischen Massenmörder, für deren persönlichen und niedrigen

Ehrgeiz, bzw. zu dessen Bekämpfung, die europäischen und die zu Hilfe gerufenen außereuropäischen Völker sich schlagen und opfern.

Von jenen Ehrenmännern ausgehend, von ihnen geführt und beeinflusst, hat eine zum Teil käufliche Presse die ehrgeizigen Absichten und Gedanken der Volksmasse suggeriert. Die friedlichen und weniger ehrgeizigen Volksteile wurden von den Schreibern niedergehalten. Welcher Lügen, Verleumdungen und Fälschungen sich die Hezer noch heute bedienen und stets bedient haben, ist bekannt. Nur diesen fortgesetzten Unwahrheiten, diesen falschen Darstellungen der Lage bei den Mittelmächten ist es zuzuschreiben, daß die friedlich gesonnenen Kreise in den Ententestaaten sich nicht energisch der Fortsetzung des Krieges widersetzen. Die Hezer aber sind ganz genau unterrichtet. Um so unsäglich, um so unmoralischer ist es deshalb, wenn ein Mann von der Bildung und sozialen Stellung des Präsidenten der französischen Republik noch vor wenigen Tagen es gewagt hat, öffentlich bei einem von dem Blatte „Journal“ veranstalteten Feste für die mit dem Kriegskreuz ausgezeichneten Soldaten sich in folgender Art zu äußern: „Frankreich will nicht sein (Deutschlands) Opfer werden, es will nicht gezwungen werden zu einer erniedrigenden Vasallenschaft, es will nicht nur seine politische Souveränität bewahren, sondern auch seine wirtschaftliche, moralische und geistige Unabhängigkeit; es will seine Kultur, seinen Geist und seine Sitten unberührt erhalten. Wenn der Einsatz dieses Krieges für Frankreich furchtbar sei, so sei er es nicht minder für die Verbündeten Frankreichs, die ebenfalls nicht die Beute germanischer Gier werden wollten, ja selbst die Neutralen könnten, wenn sie eine klare Vorstellung von ihren dauernden Interessen hätten, dem Konflikte nicht gänzlich gleichgültig gegenüberstehen, auch sie hätten alles zu fürchten von den hinterhältigen Eindringlingen, die in den von ihnen unterzeichneten Verträgen nur Papierfetzen sähen und an der Vernichtung kleiner Völker ein wildes Vergnügen fänden.“ Zum Schluß kam Poincaré auf das Kriegsziel zu sprechen und sagte: „Wir wollen alle, daß der Frieden unserm Lande Freiheit, Arbeit und Wohlfahrt sichert. Damit aber unsre einmütigen Wünsche sich verwirklichen, ist es nötig, daß der Friede, der unsern besiegten Feinden unsre Bedingungen vorschreibt, uns die Provinzen wiedergibt, die uns die Gewalt geraubt hat, daß dieser Friede das zerstückelte Frankreich unverfehrt wiederherstellt und daß er uns ernsthafte Bürgschaften bietet gegen den kriegerischen Wahnsinn des kaiserlichen Deutschlands.“

Die Wendung von den Deutschen als „hinterhältigen Eindringlingen“ ist angesichts der Enthüllungen aus Brüsseler Archiven, diejenige von der Vernichtung kleiner Völker bzw. von der „Gleichgültigkeit“ der Neutralen im Hinblick auf das Vorgehen der Ententemächte Griechenland gegenüber und endlich die dritte von den „besiegten Feinden“ der tatsächlichen Lage wegen geradezu belustigend.

Sehr viel sachlicher wird die gegenwärtige Lage in einer Zuschrift beurteilt, welche zwar „Friedensgedanken eines österreichischen Diplomaten“ enthalten soll, ohne Zusatz aber von der „Times“ abgedruckt wird:

„Die englische und die französische Presse schreiben heute mit offensichtlicher Entstellung über den wachsenden Mangel an Lebensmitteln in Deutschland, über den Stillstand der Industrie, über die Kriegsunlust des Volkes. Die Entente-presse spricht sehr wenig über Oesterreich, und wenn, dann in einem spöttischen Tone, der sehr wenig zu den großen militärischen Leistungen des Reiches paßt. Auf der andern Seite bringt die Presse der Mittelmächte täglich Einzelheiten über Ministerkrisen in England, über Konflikte im Parlament, revolutionäre Bewegungen in Indien u. dgl. Keine Partei läßt irgendeinen Punkt außer acht, der die Schwäche des Gegners in lebhaften Farben und seine eigne Siegeszuversicht ausmalen kann. Was die Siegeszuversicht betrifft, so kann man nicht leugnen, daß die Sprache der Mittelmächte trotz ihrer glänzenden Lage weit weniger herausfordernd und viel ruhiger ist als die ihrer Gegner. Von Petersburg hören wir, daß der Zar erklärt, es sei kein Friede möglich, solange der Feind auf dem geheiligten Boden Rußlands stehe. Frankreich kämpft so lange, bis es den Feind über den Rhein geworfen und Elsaß-Lothringen wieder erobert hat. Und England will die Waffen nicht niederlegen, bis Belgien befreit und der preussische Militarismus gänzlich ausgetilgt ist, was also bedeutet, daß Deutschland wieder ein wehrloses Land und seine Armee aufgelöst werden muß. Man fragt sich unwillkürlich: Können die Leute ernstlich solche Dinge glauben? Glaubt der Sprecher oder der Journalist dies selbst? Offensichtlich nicht. Die, die solche Phrasen loslassen, rechnen eben darauf, daß der Patriotismus stärker ist bei ihren Hörern als die Vernunft.“

Der Verfasser des Briefes verweilt dann bei der hervorragend günstigen militärischen Lage der Mittemächte, die das Gelingen einer feindlichen Offensive im Westen ausschließe und ihnen im Osten freie Hand lasse. Er behandelt dann den Gegensatz zwischen Deutschland und England, der den Kernpunkt des Konflikts bilde. Wir bemerken, daß wir ihm hierbei nicht in allen seinen Schlüssen folgen. Indem er ausführt, daß England noch die Herrschaft der Meere behaupte, will er einen Wechsel der deutschen Meinung über England im Laufe des Krieges festgestellt haben, und er meint:

„Sachkundige Beurteiler glauben, daß die wirkliche Gefahr für Deutschland heute nicht von Westen, sondern von Osten kommt, daß die Welt groß genug ist, um Raum für die kaufmännische Entwicklung sowohl von Deutschland wie von England zu bieten, und daß es im Interesse beider liegt, wieder in einen ordentlichen Handelsverkehr zu treten. In England existiert eine fast sprichwörtliche Unkenntnis über die Lage und die Motive der Centralmächte, und es ist möglich, daß man in England, sobald diese in einem versöhnlichen Tone reden, sofort glaubt, es sei mit ihren Kräften zu Ende. Das würde eine beklagenswerte Blindheit sein, die jeden Tag Tausende von menschlichen Leben kosten würde, ohne etwas an dem Endresultat zu ändern. Beharrt England auf dem Standpunkt, daß jede Entschädigung an Deutschland als ein Zeichen von Schwäche betrachtet werde, so wird der Krieg noch lange dauern, und die Völker werden sich zum Nutzen von Japan und Amerika zerfleischen. Die

Furcht vor dem Frieden muß man heute nur bei den Staatsmännern suchen, die von der Last ihrer Verantwortlichkeit niedergebeugt sind. Die Völker selbst auf der andern Seite haben nur einen Wunsch — den nach Frieden."

Es wäre tatsächlich begreiflich, wenn die eingangs genannten Staatsmänner und deren Konsorten „von der Last ihrer Verantwortlichkeit niedergebeugt“ wären. So groß und entscheidend die Rolle gewesen ist, welche sie in ihrem Ehrgeiz im Beginn und Verlaufe dieses Krieges spielten und noch spielen, vor dem Richterstuhle Gottes und der Geschichte möchte doch wohl kein anderer an ihrer Stelle stehen!

v. G.

Die Verlegenheitspartie

An der deutschen Westfront, an der Ostfront beider Mittelmächte und an der Südfront Oesterreich-Ungarns steht im ganzen der Stellungskampf. Ein solcher bleibt ein Behelf, führt nicht zur Entscheidung des Ganzen, wenn er selbst ja auch natürlich in der einen oder andern Art entschieden werden kann. Man kann sich aber wohl denken, daß die Völker des Vierverbandes nach all den großmäuligen Verheißungen der letzten anderthalb Jahre eine Entscheidung in dem ihnen in sichere Aussicht gestellten Sinne oder mindestens einen großen Erfolg erwarten, der die erwünschte Entscheidung näher rückt. So hat man sich auf Vierverbandsseite nach einem andern Lokal umgesehen. Ein solches fand man auf dem Balkan. Balkan ist Trumpf! Seit Jahr und Tag (Februar 1915), seit General Pau, der jetzt bei den Russen als Spiritus rector weilt, seine erste Rundreise zu den Balkanstaaten ausführte, dauert das Liebeswerben der Entente um deren Hilfe. Die Serben und Montenegriner sind inzwischen erledigt, schmählich im Stiche gelassen von ihren Freunden, die sich die Schuld gegenseitig zuschieben. Die Bulgaren haben sie mit ihrem Werben abfallen lassen, Rumänien „ziert sich“ noch heute und Griechenland gegenüber heißt es, ungeachtet dessen wohlwollendster Neutralität, „und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt“. Um Albanien kämpft man noch.

Das glänzend mißglückte Gallipoliunternehmen ist von der Salonikiexpedition abgelöst, also auf die Balkanhalbinsel verlegt. Es liegt etwas Verführerisches in dem Gedanken, die Verbindung Ostende—Bagdad zu unterbrechen, und man kann sich wohl vorstellen, daß weite, nichtmilitärische Kreise in den Ententestaaten diesem Vorhaben zujubeln. Schwerer kann man sich denken, daß ernsthafte militärische Personen die Absendung starker Kräfte nach der Balkanhalbinsel für sehr praktisch halten. Zwar den heißblütigen Franzosen ist die Begeisterung für dieses neueste Unternehmen zuzutrauen. Der kühl wägende Engländer erwidert sich weniger dafür. Die Frage ist nur, ob man auf der langen Kampffront vom Kanal zur Schweizer Grenze so überflüssige Truppenmengen hat,

daß man sie im Südosten Europas unterbringen muß. Zudem wird die Aufgabe, wenn sie einen Zweck haben soll, natürlich auch in der „formidabelsten“ Stellung von Saloniki nicht gelöst, sondern ist nur in entschlossener Offensive gegen die Linie Belgrad—Konstantinopel zu erledigen. Die Engländer und Franzosen haben sich bei ihrem recht bescheidenen Vorgehen nach Serbien schon so blutige Köpfe geholt, daß sie die Italiener veranlaßt haben, auch nach dem Balkan zu kommen. Schon zu des Fürsten Wied Zeiten erfuhren die Völker des Stiefellandes, wie groß ihre Interessen an der Adria sind. Es wird Cadorna auch unter Voraussetzung guten Wetters nicht leicht geworden sein, der Entsendung von drei oder zwei Divisionen nach Albanien zuzustimmen. Diese sind in derselben mißlichen Lage wie die Armeen von Saloniki und Kavalla. Auch sie sind auf die nicht ungefährdete Flotte „basiert“. Ob sie nicht gegenüber dem Vormarsche der Armee Koeveß von Norden und der Bulgaren von Osten her trotz Essad Paschas Scharen und trotz der Reste von montenegrinischen und serbischen Truppen stark „ins Gedränge“ kommen werden, wird sich voraussichtlich gezeigt haben, ehe diese Zeilen im Druck erscheinen werden.

Der an der Führung und den Entschlüssen nicht beteiligte militärische Zuschauer hat für diese ganze Balkan„diversion“ nur die eine Erklärung, daß es sich nicht um einen wohlbegründeten und „fundierten“ Plan zur Störung unsrer Verbindung mit der Türkei, sondern um betrügerische Täuschung der Ententevölker, um einen militärischen Schwindel handelt, der einem Babanquespiel verzwweifelt ähnlich sieht, wie ich im Februarheft sagte. v. G.

Italien und Montenegro (1908—1914)

Von

Dr. Wilhelm Fraakó, Titularbischof von Urbe

Der Beherrscher des kriegslustigsten Volkes in Europa hätte, selbst ein Dichter, den einst den Habsburgern gewidmeten Hexameter: „Bella gerant alii, tu, felix Austria, nube!“ zur eignen Belehrung in die neue Form umprägen sollen: „Laß andre Kriege führen, du, glücklicher Montenegriner, stifte Ehen!“

König Nikita verdankte zwar nicht die Vergrößerung des ererbten Gebietes den Ehen, die er seine Kinder schließen ließ, aber wohl die erhöhte Machtstellung, die den geringsten der europäischen Monarchen zu einem bedeutenden Faktor in der Orientpolitik erhob.

Nicht weniger als das Zustandekommen der verwandtschaftlichen Beziehungen zur Harenfamilie verhalf ihm dazu die Verheiratung seiner Tochter mit dem Thronfolger Italiens.

Als König Umberto seinem Sohne die Lebensgefährtin suchte, richtete er vorerst den Blick nach Oesterreich-Ungarn. Treuer Anhänger des von ihm ge-

schlossenen Dreibundes, wünschte er diesen mit Hymens Banden enger und fester zu knüpfen. Der Ministerpräsident Crispi, einst Schüler Mazzinis und Anhänger Garibaldis, ein Saulus, der sich in einen echten Paulus umgestaltete, war mit dem Wunsche seines Königs ganz einverstanden. Man dachte an die reizende, geistreiche, energische Tochter des Erzherzogs Josef, die auch den Vorzug besaß, daß sie ungarische Erziehung erhalten hatte und schon deshalb den Italienern sympathischer gewesen wäre. Den Plan vereitelten die Rücksichten, die man dem Oberhaupte der Kirche gegenüber in Wien beobachten mußte, und die auch für andre katholische Dynastien maßgebend waren.

Nachdem man sich an nichtkatholische Höfe wenden mußte, meinte Crispi, daß eine slawische orthodoxe Prinzessin in Italien auf einen besseren Empfang rechnen dürfe als eine deutsche Protestantin. Aber auch hier traten Rücksichten auf, die man den Gefühlen der katholischen Bevölkerung schuldete und die gebieterisch forderten, daß die künftige Königin vor der Eheschließung der katholischen Kirche angehöre. Eine solche Konzession würde das Haus Romanow, das Apostasie nicht duldet, verweigert haben. Man erinnerte sich daran, daß vor einem Jahrhundert die russische Prinzessin, die ein Habsburger heiratete, im Gefolge von Priestern ihrer Religion in ihr neues Heim einzog und nach ihrem Ableben nicht in der Familiengruft, sondern in einer neu erbauten griechisch-orientalischen Kapelle die letzte Ruhestätte erhielt.

Da gelang es dem findigen und kühnen Geiste Crispi, die komplizierte Frage der erwünschten Lösung entgegenzuführen. Er brachte die montenegrinische Prinzessin in Vorschlag, deren Vater keine Einwendung dagegen erhob, daß sie als Katholikin den Boden Italiens betrete. Um die „bescheidene Partie“ der königlichen Familie und der öffentlichen Meinung in Italien in günstige Beleuchtung zu stellen, wußte er bedeutende politische Vorteile zugunsten seiner Kombination geltend zu machen. In einem später, am 5. Dezember 1896, an König Umberto gerichteten Vortrage führte er aus, wie vorteilhaft es sei, daß die Familie, mit der man Verwandtschaft geschlossen habe, nicht imstande sein werde, Einfluß auf die Geschicke Italiens auszuüben, und daß im Gegenteil Montenegro „im Falle eines Orientkrieges Italien einen Stützpunkt am Balkan bieten würde“. ¹⁾

Dieser Fall konnte eintreten, wenn Italien als Bundesgenosse Oesterreich-Ungarns auf Grund der Bestimmungen des Dreibundvertrages im Bereiche der Europäischen Türkei, in Albanien oder Mazedonien Gebietswerbungen anstrebte. Aber Crispi mußte auch an die Möglichkeit denken, daß im Laufe der Zeit

¹⁾ „In caso di guerra in Oriente avere un punto di appoggio nella penisola Balcanica“ — sagt er im letzten Punkte des mündlich erfolgten Vortrages. Crispi, der damals nicht mehr Ministerpräsident gewesen ist, zeichnete diesen Vortrag in sein Tagebuch (Diario) auf, aus welchem ihn sein Neffe Crispi-Palamenghi veröffentlichte: „Questioni internazionali“. Milano 1913. (S. 240.) Die Authentizität dieser Mitteilung, deren Inhalt wohl Aufsehen erregt, darf nicht bestritten werden und ist auch von gewichtiger Seite anerkannt worden.

Interessentkonflikte die Auflösung des Dreibundes herbeiführen könnten und Italien Gebietsertwerbungen mit den Waffen in der Hand seinem früheren Bundesgenossen abtrotzen sollte. In diesem letzteren Falle konnte die Kooperation Montenegro für Italien besonders wertvoll werden.

*

Der Segen, der die Prinzessin und den Thronfolger vereinigte, sanktionierte die Interessengemeinschaft des kleinen Gebirgslandes mit dem mächtigen Königreich. Aber Montenegro war es, nicht Italien, das daraus Vorteil zog.

Nitita wartete schon viele Jahre und sollte noch lange Zeit warten, bis er seinen politischen Zielen offen zustreben konnte: die Fesseln, die seiner Souveränität der Berliner Kongreß geschmiedet hatte, abzuschütteln, Oesterreich-Ungarn aus dem nahen Hafen von Spizza zu entfernen und sich den Weg nach dem Sandschat von Nowibasar zu bahnen.

Ihm gesellte sich zu als Bundesgenosse sein Schwiegersohn Peter Kara-georgewitsch, der im Jahre 1903 den blutbefleckten Thron Serbiens bestieg und gleich eine großserbische Aktion ins Werk setzte, um die von Südslawen bewohnten Länder der Nachbarmonarchie vorerst mit revolutionären Umtrieben zu unterminieren und dann, wenn die Weltlage dem frevelhaften Unternehmen günstig wäre, von ihr loszureißen.

Der günstige Moment schien ihm eingetreten zu sein, als am 7. Oktober 1908 der Monarch Oesterreich-Ungarns die definitive Annexion der vor dreißig Jahren okkupierten Provinzen Bosnien und Herzegowina proklamierte. Obwohl dieser Akt im Status quo am Balkan keinerlei Veränderungen zur Folge hatte, Oesterreich-Ungarn keinen neuen Vorteil sicherte, niemand einen Nachteil verursachte, rief er in ganz Europa allgemeine Erregung hervor.

Serbien und Montenegro, ohne sich auf irgendeinen Rechtstitel stützen zu können, protestierten gegen die Annexion und erklärten, daß ihre berechtigten Ansprüche auf diese Länder verletzt worden seien. Sie fanden Ermutigung und Unterstützung bei Rußland und Frankreich, die nun forderten, daß die Angelegenheit der Entscheidung der Großmächte, die am Berliner Kongreß teilgenommen hatten, unterbreitet werde.

Obwohl die österreichisch-ungarische Regierung sich weigerte, die vollendete Tatsache einer Revision unterziehen zu lassen, und Deutschland diesen Entschluß offen billigte, hatte sich Italien in dieser Frage nicht den Bundesgenossen, sondern den Ententemächten und deren Schülern angeschlossen. Kurz vorher nämlich war in italienischen Regierungskreisen eine den slawischen Bestrebungen freundliche Strömung zur Herrschaft gelangt. Anläßlich der persönlichen Begegnung der beiden Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, Tscholowski und Tittoni, wurde die Uebereinstimmung ihrer Ansichten und der Interessen ihrer Reiche vor der Öffentlichkeit feierlich konstatiert. Unter dem Einfluß dieser Ereignisse bekundeten die italienische Regierung und ihre Anhänger Sympathien zugunsten der Ansprüche Serbiens und Montenegros. Andererseits war Oesterreich-Ungarn

bestrebt, sowohl den Ausbruch eines Krieges als auch den Austritt Italiens aus dem Dreibunde zu verhüten.

Um Italien zu beruhigen und dessen Schützlinge einigermaßen zu befriedigen, entschloß sich das Wiener Kabinett zu dem Opfer, daß es auf das im Berliner Kongreß zugesicherte Recht, im Sandschal von Nowibasar Besatzungen zu halten, verzichtete und so die Möglichkeit, nach Saloniki vorzudringen, aufgeben, die Möglichkeit, in den Besitz dieses Landes zu kommen, Serbien und Montenegro eröffnen werde. Zugleich bot es sich an, seine Zustimmung zu geben, daß die für Montenegro nachteiligen Bestimmungen des Berliner Vertrages aufgehoben würden.

Tittoni, der zu jener Zeit italienischer Minister des Aeußern war, rühmte sich jetzt während des Krieges (1915, September), daß er es gewesen sei, der die Zugeständnisse von Aehrenthal erzwang. Das Wiener Auswärtige Amt stellte in einer offiziellen Mitteilung fest, daß diese Behauptung den Tatsachen nicht entspricht. Graf Lützow, der damalige österreichisch-ungarische Botschafter in Rom, spricht sich auch in diesem Sinne aus, bemerkt jedoch, daß es in den Absichten des Grafen Aehrenthal gelegen war, durch Aufhebung des Artikels 29 (betreffend den montenegrinischen Hafen) des Berliner Vertrages Italien gegenüber ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen.¹⁾

Dieses Entgegenkommen genügte Italien nicht. In der italienischen Kammer-session, anfangs Dezember 1908, erhoben sich nicht nur von den Bänken der radikalen und republikanischen Parteien, sondern auch seitens konservativer Politiker Stimmen, die Haß oder wenigstens Mißtrauen gegen Oesterreich, Sympathie für die südslawischen Aspirationen verkündeten. Der gewesene Ministerpräsident Fortis forderte unter anderm: „Die Besetzung Spizzas durch Oesterreich-Ungarn müsse ein Ende haben, da sie als eine beständige Bedrohung Montenegros zu betrachten sei.“

Die italienische Regierung überzeugte sich indessen, daß die Ententemächte es derzeit nicht zu einem Kriege kommen lassen wollten, und lenkte ein. Der Minister des Aeußern betonte in seiner Rede, daß er an dem Konferenzprojekt festhalte, jedoch die beiden südslawischen Länder mahnen müsse, sich vor gefährlichen Abenteuern zu hüten, da sie von Italien nur eine diplomatische Unterstützung zu erwarten haben.

Dem energischen Auftreten Deutschlands gelang es, die drohende Gefahr eines Weltkrieges dormalen zu beschwören. Fürst Bülow berichtete über die Schritte, die er unternahm, am 29. März 1909 in einer monumentalen Rede dem Reichstage. Es ist charakteristisch, daß er von den serbischen Ansprüchen in Ausdrücken der geringschätzenden Ironie sprach, Montenegro nicht einmal der Erwähnung würdigte.²⁾

¹⁾ Herr Tittoni und das Garnisonsrecht im Sandschal. Von Heinrich Grafen Lützow. („Neue Freie Presse“, 17. Oktober 1915.)

²⁾ Ich benütze den Text der Rede, so wie er im „Europäischen Geschichtskalender“, Jahrgang 1909, S. 113 bis 119 veröffentlicht ist.

Rußland und Italien verzichteten auf den Wunsch der Abhaltung einer Konferenz. Die Großmächte gaben jede einzeln auf das von der österreichisch-ungarischen Regierung an sie gerichtete Ersuchen die Zustimmung zur Außerkraftsetzung einerseits des auf die zeitweilige Okkupation von Bosnien und der Herzegowina bezüglichen Artikels (woburch die definitive Annexion anerkannt wurde), anderseits auch zur Außerkraftsetzung der auf das Besatzungsrecht im Sandschak von Nowibasar bezüglichen Bestimmung, wodurch dieses Gebiet in die unbeschränkte Herrschaft der Türkei zurückgelangte. Endlich erteilten alle Großmächte ihre Einwilligung zur Abänderung des Artikels 29 in der Weise, daß Oesterreich-Ungarn das Kontrollrecht in betreff des Hafens von Antivari verlor und Antivari als ein freier Hafen anerkannt wurde, mit der einzigen Beschränkung, daß es nicht zu einem Kriegshafen ausgebaut werden dürfe.

Während Serbien in einer Note vom 31. März in Wien Genugtuung leisten mußte und sich verpflichtete, „die Richtung seiner Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundschaftlicher Beziehungen zu leben“, blieb Montenegro diese Demütigung erspart. Im Gegenteil erklärte der Fürst von Montenegro erhobenen Hauptes in einer an den italienischen Gesandten am 9. April 1909 gerichteten Note: „Das Wohlwollen, das Oesterreich-Ungarn durch den Verzicht auf die ihm durch den Artikel 29 eingeräumten Rechte an den Tag gelegt hat, flöße Montenegro die volle Zuversicht in die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen ein, welche die österreichisch-ungarische Regierung einzuhalten gedenkt.“

Die Inauguration Antivaris als Freihafen erfolgte auf die Weise, daß am 23. Oktober ein französisches Geschwader feierlich einfuhr.

Oesterreich-Ungarn ist wahrlich mit der allergrößten Selbstverleugnung bestrebt gewesen, freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Als der Beherrscher von nicht einer halben Million Untertanen am 29. August 1910 den Königstitel annahm, anerkannte die Monarchie ohne weiteres diese Rangeshöhung, und im nächsten Jahre empfing ihn der Kaiser-König mit größter Freundlichkeit, verlieh ihm sogar die Inhaberschaft eines Regiments.

König Nikola erwiderte diese Manifestationen der Großmut mit Dank.

*

Italiens siegreicher Krieg gegen die Türkei im Jahre 1911 und die Eroberung von Tripolis ermunterte die Balkanmächte, den gegen den Bestand der Europäischen Türkei lange vorbereiteten entscheidenden Schlag zu führen. Sie schlossen einen Bund und rüsteten zum Angriff.

Die Großmächte machten Anstrengungen, um den Weltfrieden noch aufrechtzuerhalten. Sie erklärten, daß sie keine aus dem Konflikt sich ergebende territoriale Veränderung zugeben würden.

Als dann am 8. Oktober 1912 die Vertreter Oesterreich-Ungarns und Rußlands diese Erklärung in Cetinje dem König von Montenegro überreichten,

antwortete er, daß dieselbe verspätet komme; anderthalb Stunden vorher habe er die Kriegserklärung der Türkei zukommen lassen. Er gab das Signal zum Kriege. Einige Tage später folgten seinem Beispiele Griechenland, Serbien und Bulgarien. Ihre Truppen drangen in alle Gebiete der Europäischen Türkei. Die Pforte mußte nach den Niederlagen, die ihre Heere erlitten, um Frieden bitten. Die Verhandlungen wurden Anfang 1913 in London gepflogen, wo zu gleicher Zeit die Botschafter der Großmächte über die Errichtung eines selbständigen Staates in Albanien zu beraten hatten.

Im Zusammenhang mit der Geschichte der letzten Erneuerung des Dreibundvertrages wurde an dieser Stelle¹⁾ dargelegt, daß Montenegro sich weigerte, dem Beschluß der Großmächte Folge zu leisten, das von ihm besetzte Stutari zu räumen, demzufolge Oesterreich-Ungarn die Räumung mit Waffengewalt zu erzwingen sich vorbereitete; wie dann im letzten Moment König Nikita nachgab, zugleich aber der Monarchie einen schweren Insult zufügte mit der Erklärung, „seine und seines Volkes Würde verbiete ihm, sich der Drohung einer Macht zu fügen, er lege das Schicksal Stutaris in die Hände der Großmächte“.

Es wurde auch erwähnt, daß, um Oesterreich-Ungarn von dem Angriff gegen Montenegro zurückzuhalten, Italien auf Grund einer bewußt falschen Interpretation des Dreibundvertrages mit Forderungen auftrat, und daß ein italienischer Staatsmann, der erwähnte Minister des Aeußern, Tittoni, die Ansicht vertrat, die Ausführung des österreichisch-ungarischen Vorhabens sollte die Auflösung des Dreibundes zur Folge haben.

Es muß nun hier noch hervorgehoben werden, daß Italien, indem es sich als Protektor Montenegros geltend machte, die Beschützung dieses Landes höher stellte als die Bundesgenossenschaft Oesterreich-Ungarns und die Aufrechterhaltung des Dreibundes. Selbstverständlich waren dabei die verwandtschaftlichen Beziehungen der beiden Königshäuser nicht entscheidend.

Italien betrachtete auch jetzt wie zu Crispiis Zeiten Montenegro als seinen „Stützpunkt“. Da es aber diesen nun nach dem Balkankriege nicht mehr zu dem Zwecke von Gebietswerbungen am Balkan verwerten konnte, bestand der Wert dieses Stützpunktes ausschließlich darin, daß man ihn benützen konnte, um Oesterreich-Ungarn aus der Adria zu verdrängen.

Die Regierung der Monarchie in ihrer unerreichbaren Langmut und Selbstverleugnung vergaß den Insult Montenegros und die drohende Haltung Italiens. Sie erhob keine Einsprache dagegen, daß bei der Verteilung der Balkanbeute das montenegrinische Gebiet verdoppelt wurde, trotzdem hierdurch eine territoriale Veränderung eintrat, die Oesterreich-Ungarn nachteilig war, und die demnach laut Artikel VII des Dreibundvertrages Italien hätte „hintanhalten sollen“.

Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Monarchie und dem kleinen Nachbarstaate wurden auch diesmal erneuert.

*

¹⁾ Vgl. den im Februar-Heft erschienenen Aufsatz desselben Verfassers: „Die letzte Erneuerung des Dreibundvertrages im Jahre 1912.“

Nach dem Attentate in Serajewo, als die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien in den Vordergrund trat, war das Wiener Kabinett im Einverständnisse mit Deutschland von dem Wunsche geleitet, daß der Konflikt im Interesse des Weltfriedens lokalisiert bleibe, und daß auch Montenegro, trotz seiner intimen Beziehungen zu Serbien, sich davon fernhalte. Um sich die Neutralität dieses Landes für den Kriegsfall zu sichern, nahm es noch vor der Ueberreichung des Ultimatus die Vermittlung Italiens in Anspruch. Anlaß dazu gab die in dem französischen Blatte „Le Temps“ gewiß tendenziös veröffentlichte Mitteilung, daß Oesterreich-Ungarn einen Ueberfall auf den Lovcen beabsichtige.

Am 21. Juli 1914 erschien der österreichisch-ungarische Botschafter in Rom bei dem Minister des Aeußern und stellte im Auftrage seiner Regierung „kategorisch in Abrede, daß gegen Montenegro eine feindliche Absicht vorhanden sei“. Zugleich ersuchte er die italienische Regierung um ihren Einfluß, Montenegro im serbischen Konflicte „zur Einhaltung einer vollkommenen Ruhe zu bestimmen“. Ad captandam benevolentiam spendete er Montenegro das Lob, daß „die Haltung dieses Landes von jener Serbiens wesentlich verschieden sei“, und bemerkte, „dies wäre ja begreiflich, da Montenegro selbst auch üble Erfahrungen mit serbischen Bomben gemacht habe“. ¹⁾

Der Minister versprach, unverzüglich angemessene Weisungen nach Cetinje abgehen zu lassen.

Im Berichte des Botschafters über diese Besprechung ist charakteristisch seine Mitteilung, daß seine Erklärung in betreff des Lovcens vom Minister „mit schlecht verhülltem Jubel“ aufgenommen worden sei. ²⁾ Diese Beobachtung, wenn sie richtig gewesen ist, würde darauf deuten, daß Italien die Aufrechterhaltung der Neutralität Montenegros und also die Lokalisierung des Konfliktes und die Wahrung des Weltfriedens aufrichtig wünschte.

Dieser Wunsch war in Rom nach der Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien auch noch vorhanden; denn es wurde von dort eine in der Form ungeheuerliche Pression auf das Wiener Kabinett ausgeübt, damit man von dort nicht aus eigener Initiative offensiv gegen Montenegro auftrete.

Der Chef des italienischen Generalstabes, General Cadorna, sandte am 3. August an seinen österreichisch-ungarischen Kollegen folgende Depesche: „Reichte Mobilisation angeordnet. Wenn aber Oesterreich-Ungarn Lovcen nicht besetzt und Gleichgewicht in der Adria nicht stört, wird Italien niemals Oesterreich-Ungarn angreifen.“ ³⁾

¹⁾ Telegramm des Grafen Berchtold an den Botschafter in Rom vom 20. Juli 1914. Notbuch Nr. 1.

²⁾ Telegramm des Botschafters in Rom an den Grafen Berchtold vom 21. Juli 1914. Notbuch Nr. 3.

³⁾ Den Text des Telegrammes enthält das Telegramm des Grafen Berchtold an den Botschafter in Rom vom 4. August 1914. Notbuch Nr. 31.

Diese Zusage, die beruhigend wirken sollte, enthielt die offene Drohung, daß wenn österreichisch-ungarische Truppen den Lovcen besetzen, Italien den Krieg erklären werde.

Die politische Interessengemeinschaft zwischen Italien und Montenegro hätte man klarer nicht verkünden können.

Graf Berchtold beeilte sich, Italien darüber zu beruhigen, daß in Wien keineswegs die Absicht vorhanden sei, gegen Montenegro vorzugehen; ein Vordringen auf montenegrinisches Gebiet werde ins solange nicht stattfinden, als Montenegro von einer feindlichen Aktion gegen die Monarchie absehe. Infolgedessen wiederholte er die Bitte, Italien möge in Cetinje weiterhin zur Aufrechterhaltung der Neutralität Ratschläge erteilen.¹⁾

Der italienische Minister schien von dieser Mitteilung befriedigt und erklärte sich gerne bereit, in Cetinje „neuerlich zur Neutralität zu mahnen“.²⁾

Die Mahnungen blieben erfolglos. Montenegro erklärte am 7. August Oesterreich-Ungarn und Deutschland den Krieg.

Wir werden wohl nicht irren, wenn wir annehmen, daß diese Verzögerung nicht auf den Einfluß Italiens zurückzuführen sei.

Wenn es eines Beweises bedurfte, um festzustellen, daß inmitten des furchtbaren und grausamen Ringens im Weltkriege der greise Beherrscher Oesterreich-Ungarns der friedlichste und mildeste Fürst, der je eine Krone trug, geblieben sei; daß ferner sein vor dem Kriegsausbruche verkündetes Programm: „die Würde und Sicherheit der Monarchie zu wahren“, auch nach dem Kriege Geltung haben werde; daß endlich seine Völker an Rechlichkeit der Auffassung und Adel der Gefühle ihm ebenbürtig seien, so ist dieser Beweis nun erbracht.

Den ersten Appell an sein „Wohlmollen“ erhörte der Monarch bereitwillig, begrüßten die Völker mit allgemeinem Beifall.

Den Wert dieses Beweises erhöhen viele Umstände. Der Appell kam von dem geringsten und schon ganz niedergerungenen Feinde, dessen Verschwinden vom Kriegsschauplatz verhältnismäßig unbedeutende Vorteile verspricht. Er kam von dem Feinde, der Wohltaten mit Undank lohnte, und — wie wir sahen — die ärgsten Insulten der Monarchie zufügte.

Bei Beurteilung des Aktes, zu dem sich König Nikola entschloß, wird man demnach Illusionen ausschließen. Seine interessante Individualität besitzt nichts Rätselhaftes. Im Gegenteil, er trat stets mit rücksichtsloser Offenheit auf, die man eigentlich mit einem kräftigeren Ausdruck bezeichnen sollte. Er war auch nie ein Hazardspieler. Auf seinem Schachbrette spielt er so, daß man seine Züge im vorhinein erraten kann.

Auch jetzt ist sein Plan offenkundig. Er sieht sich vor zwei Eventualitäten gestellt: es werden entweder die Centralmächte oder der Vierverband siegen.

¹⁾ Telegramm des Grafen Berchtold an den Botschafter vom 4. August 1914. Rotbuch Nr. 33.

²⁾ Telegramm des Botschafters vom 5. August 1914. Rotbuch Nr. 34.

Deutsche Revue. XLI. März-Heft

Er meint, für den Fall, daß die Zentralmächte in der Lage sein werden, den Frieden zu diktieren, könne er, bevor auch seine Bundesgenossen Niedergerungen sind, günstigere Bedingungen jetzt erwirken als später bei dem allgemeinen Friedensschluß; er hofft, man werde ihn glimpflich behandeln, damit die andern Mächte sich leichter entschließen, seinem Beispiele zu folgen.

Für den Fall, daß die Ententemächte den Frieden diktieren sollten, denkt er dessen sicher zu sein, daß sie ihm alles, worauf er verzichten mußte, zurückerstatten werden; er rechnet zwar nicht auf ihre Sympathien, wohl aber auf ihr Bestreben, Oesterreich-Ungarn zu schwächen.

König Nikolaus zweifelt nicht daran, daß Oesterreich-Ungarn die Bedingungen, die es jetzt zugesteht, nach seinem und seiner Bundesgenossen definitivem Siege gewissenhaft erfüllen werde. Dagegen wird er wohl auch selbst nicht erwarten, daß man voraussetze, er würde im entgegengesetzten Falle seinen Verpflichtungen, die er jetzt eingeht, nachkommen.

Dies ist klar, wie man im diplomatischen Jargon sagt: „C'est cousu de fil blanc.“ Die Arbeit der Diplomatie wird sich danach richten. Die Kriegsführung wird die Vorteile der jetzt geschaffenen Situation erfolgreich verwerten.

21. Jänner 1916.

Der Suezkanal und dessen Beziehungen zur europäischen Mächtegruppierung

Von

Feldmarschalleutnant a. D. v. Wannisch

Der siegreiche, mit der Eroberung Serbiens, der Vertreibung der Franzosen und Engländer aus dem südlichen Mazedonien und der Waffenstreckung Montenegros abschließende Balkanfeldzug der Mittelmächte im Verein mit Bulgarien und sehr wirksam ergänzt durch den erfolgreichen Widerstand der türkischen Armee an den Dardanellen, welcher die Entente zuerst zur Aufgabe der Stellungen beiderseits der Suvalbai, dann jener von Sedbil Bahr am Eingange der Meerengen gezwungen hat, eröffnet für die Fortsetzung des Krieges weitreichende Perspektiven, welche durch die Ausbreitung der englisch-französischen Streitkräfte in und bei Saloniki sowie nördlich der Halbinsel von Kalkidike kaum wirksam gestört werden können.

Die Zentralmächte haben mit der nun offenen Verbindung von der unteren Donau über Sofia nach Konstantinopel nicht nur die früher bestandeneersperrung gesprengt, sondern auch ein weiteres Aktionsfeld nach Kleinasien einerseits bis zum Euphrat, anderseits bis zum Suezkanal frei bekommen und erhalten durch die Möglichkeit, die türkische Aktion gegen den Suezkanal und Aegypten zu unterstützen, den großen Vorteil, die Verbindung Englands mit Indien zu erschweren bzw. dieselbe auf den großen Umweg über das Kap der

Guten Hoffnung zu beschränken, welcher aus den englischen Häfen einundzwanzig Tage beträgt.

Nicht weniger hoch ist der moralische Eindruck zu veranschlagen, wenn ein türkisches Heer, direkt oder indirekt vom Dreibunde unterstützt, gegen den Suezkanal bzw. gegen Aegypten anrückt. Die mohammedanische Welt, schon durch die Proklamierung des Heiligen Krieges gegen die Entente in Erregung geraten, wird durch die Nachricht von dem gänzlichen Mißlingen des englisch-französischen Dardanellenangriffes und dem fluchtartigen Rückzuge der verbündeten Streitkräfte, die Mohammedaner in Asien noch mehr durch die empfindliche Niederlage der Engländer bei Mesiphon und der türkischen Offensive in Mesopotamien zur Teilnahme am Kriege gegen die Feinde der Türkei ermuntert. Wenn auch langsam, wird sich die Kunde von den türkischen Siegen immer weiter in Asien bis nach Indien verbreiten und wird die zunehmende Gärung in dem indischen Riesenreiche immer ansehnlichere englische Kräfte absorbieren.

Die fortgesetzte Verstärkung und Ausbreitung der Anglofranzosen im Vordfelde von Saloniki, da sie als Hilfsaktion für die Serben keinen Zweck mehr hat, kann nur dahin zielen, von dieser befestigten Basis aus die neueröffnete Verbindung der Mittelmächte über Sofia nach Konstantinopel zu bedrohen oder zu unterbrechen, und zu verhindern, daß namhafte türkische Kräfte sowie Unterstützungen der Mittelmächte gegen den Suezkanal in Marsch gesetzt werden. Es handelt sich da also um ausgesprochen englische Interessen, für welche aber auch wieder starke französische Kräfte eingesetzt werden. Es erscheint jedoch sehr zweifelhaft, daß die Anglofranzosen dermal so viele Truppen disponibel haben, um eine solche Operation mit einiger Aussicht auf Erfolg unternehmen zu können. Bis die Früchte der mit schwerer Mühe in England durchgepeitschten allgemeinen Wehrpflicht kriegsbereit und mobil sein werden, könnte es auch wieder „zu spät“ werden!

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß nun die Franzosen den Engländern direkt oder indirekt behilflich sein wollen oder müssen, feindliche Angriffe auf den Suezkanal und Aegypten abzuwehren, nachdem seinerzeit die Franzosen von ihren jetzigen Bundesgenossen aus Aegypten verdrängt wurden und auch die Herrschaft über den Kanal, welcher mit französischem Gelde erbaut wurde, an die Engländer verloren haben.

Der von dem Franzosen Ferdinand v. Lesseps, und zwar nach den Plänen des österreichischen Ingenieurs v. Negrelli trotz englischem Widerstande erbaute, unter Kaiser Napoleon III. mit großen Feierlichkeiten eröffnete Kanal, sowie der vorherrschende französische Einfluß in Aegypten war den Engländern Gegenstand großen Unbehagens, und sie benutzten deshalb um so lieber die Gelegenheit, dem durch seine Verschwendungssucht ganz verschuldeten Khedive Ismail den ägyptischen Aktienbesitz abzukaufen, aber auch den französischen Einfluß immer mehr zu verdrängen bzw. die Franzosen, wie bekannt, nach Marokko abzulenken. Die von England um 80 Millionen Mark erworbenen Aktien repräsentieren dermal einen Wert von 680 Millionen. Die Kanaleinnahmen bewegten sich bis zum Kriege stets in steigender Richtung.

Für England kommt aber nicht so sehr das finanzielle und wirtschaftliche Moment in Betracht als das politisch-militärische, nämlich die Beherrschung des kürzesten Seeweges von Europa zu den Gestaden der Südsee und nach Indien — darum seine Sorge um die jetzt durch die Eröffnung des freien Verkehrs mit der Türkei gefährdete Kanalverbindung, die Furcht vor einem Angriff durch die Sinaihalbinsel gegen den Kanal und Aegypten.

Der unmittelbare Besitz des Kanals allein kann England nicht genügen, es muß auch die Sinaihalbinsel, den östlichen Zugang zum Kanal beherrschen, aber auch Aegypten mit seiner mittelländischen und der langgestreckten Küste des Roten Meeres.

Ohne auf die notwendigen Vorbereitungen für einen Angriff von der asiatischen Seite, insbesondere die Vorarbeiten für die Passage durch die Sand- und Bergwüsten der Sinaihalbinsel und die Bedrohung Aegyptens von Westen her durch die Senussistämme einzugehen, kann jedoch festgestellt werden, daß infolge der für die Zentralmächte so außerordentlich günstigen militärischen Lage am Balkan die Möglichkeit einer aussichtsreichen Offensive gegen den Kanal und Aegypten sehr nahegerückt ist.

Hier ist der Punkt, wo der Hebel zur Erschütterung der englischen Welt-herrschaft am wirksamsten angelegt werden kann. In Aegypten verteidigt England nicht nur den kürzesten Seeweg nach Indien, sondern auch seine Stellung und Oberhoheit über den größten Teil der mohammedanischen Welt in Asien und Afrika! Schon der Umstand, daß dieses im Orient allgewaltige Reich sich gegen einen mächtigen Angriff zur Wehre setzen muß, erschüttert seinen Nimbus und ist geeignet, sein bisher ungeschmälertes Ansehen noch mehr zu untergraben als die englische Niederlage an den Dardanellen und bei Mesiphon, wo die Türken bisher sich verteidigen mußten und nur den englischen Angriff, wenn auch sehr erfolgreich, zurückgeschlagen haben. Da war England noch immer Angreifer; am Suezkanal und in Aegypten würde die Beherrscherin des Weges nach Indien in die Verteidigung gedrängt. England hat, indem es half, die Türkei in den Krieg zu treiben, den Zentralmächten selbst den Weg zu diesem Angriffsziel eröffnet, auf welchem das Inselreich am wirksamsten getroffen werden kann — trotz seiner bisher noch ungebrochenen Seeherrschaft!

Schon das Erscheinen einer starken Angriffsmacht am Suezkanal bedingt dessen Sperrung für den Verkehr und entzieht dem englischen und französischen Aktienbesitz das Erträgnis. Das ist aber nur die Einleitung der Aktion; diese selbst müßte auch besonders darauf gerichtet sein, in Zukunft den Suezkanal und Aegypten von der alleinigen Kontrolle Englands zu befreien. Der Kanal wäre so wie die Donaumündungen unter die Aufsicht einer Kommission zu stellen, in welcher den Zentralmächten ein maßgebender Einfluß zukommen müßte, und zwar unter Wahrung der wiederherzustellenden türkischen Oberhoheit. Bisher hat England den weitaus größten Nutzen aus dem Kanal gezogen, die eigentlichen Mittelmeerstaaten einen verhältnismäßig sehr geringen. Im Jahre 1913 haben 2951 britische, 778 deutsche, 342 holländische, ebenso viele französische

und nur 246 österreichisch-ungarische Schiffe den Kanal passiert, an sechster Stelle kommt Rußland mit 120 Schiffen. Die übrigen Mittelmeerstaaten haben diese wichtige, für sie so günstig gelegene Wasserstraße, welche schon seit dem Jahr 1869 dem Verkehr übergeben ist, viel weniger ausgenützt. Daran sind zum großen Teil die sehr hohen Kanalgebühren schuld — 6,5 Franken per Registertonne und 10 Franken für die Person. Ein mittlerer Frachtdampfer zahlt 40- bis 50 000, ein Postdampfer 80 000 Franken Abgaben, so daß im Jahre 1913 die Einnahmen 126 Millionen Franken gegen 45 Millionen Franken an Betriebskosten betrugen und das Betriebskapital sich mit 33 Prozent verzinst hat.¹⁾ Darum mußte in den Friedensverhandlungen eine ausgiebige Herabsetzung der Kanalgebühren einen für alle seefahrenden, insbesondere für die an den weitgedehnten Gestaden des Mittelländischen Meeres und seinen Verzweigungen liegenden Reiche, höchst wichtigen Vertragspunkt bilden, gleichviel, ob die englischen und französischen Aktionäre damit einverstanden sind oder nicht.

Das Mittelländische Meer, das bis zu der rasch eingelebten Entwicklung des Kanalverkehrs abseits des großen Ueberseeverkehrs blieb, ist durch denselben erst zur Weltverkehrsstraße geworden, ebenso wie das Rote Meer, welches bis dahin mit seinen öden Felsenufern und schlechten Hafenplätzen ein vollkommen totes Meer war, das zumeist nur von Korallenfischern und Meßkapilgern befahren wurde.

Es sei hier darauf hingewiesen, daß zum Teil auch infolge der hohen Kanalspesen der Adriaverkehr in seinen Relationen via Suezkanal noch viel zu wenig entwickelt ist, obwohl Triest und Fiume am Nordende des Adriatischen Meeres, das am weitesten nach Norden in den europäischen Kontinent hinein führt, also auch sehr günstig für den Kanalverkehr gelegen sind. Man sollte deshalb schon während des Krieges alle Vorbereitungen treffen, um nach erlangtem Frieden für diese Hafenstädte die für die Erweiterung und Entwicklung eines größeren Verkehrs erforderlichen Bedingungen zu schaffen bzw. die dermal bestehenden Hindernisse, als zu hohe Platzspesen, unzureichende Hafeneinrichtungen, hemmende Eisenbahnfahrordnungen und Tarife usw., zu beseitigen. Es sollte aber auch der Verkehr der kroatisch-dalmatinischen Küste, welche bisher höchst rückständig ist, mehr gehoben und den dortigen schönen Häfen die Möglichkeit geschaffen werden, sich am Weltverkehr zu beteiligen. Unter andern wäre ein Mittel hierzu die Verbindung der schmalspurigen bosnischen Ostbahn mit der serbischen Schmalspurbahn Stalac—Usice im westlichen Morawatale, wo noch das bei 40 Kilometer lange Stück von der bosnisch-serbischen Grenze nach Usice zu bauen wäre. Nachdem Serbien unterworfen ist, könnte dieser Bahnbau jetzt sichergestellt, nach Friedensschluß baldigst ausgeführt und so die kürzeste Verbindung aus Serbien über Sarajevo, Mostar nach Gravosa—Ragusa bzw. in die Bocche di Cattaro und damit eine der früher so sehr verlangten Donau-

¹⁾ Die Zahlenangaben sind einem vor kurzem in der „Vedette“, einer Beilage des Wiener „Fremdenblatts“, erschienenen Artikel „Der Suezkanal“ entnommen.

Adrialinien eröffnet werden. — Abgesehen von diesen eigentlich österreichisch-ungarischen Verkehrsfragen bedingt die, wie zu hoffen, auch nach dem gemeinsamen Kriege andauernde enge Verbindung beider Zentralreiche auch bezüglich der Relationen des Adria-Suezverkehrs ein näheres Interesse seitens des Deutschen Reiches. Hierbei drängt sich die Frage auf, ob infolge des treulosen Verhaltens Italiens, dessen Nachwirkungen auch nach dem Kriege kaum so bald verschwinden werden, es angezeigt erscheint, wie bisher einen Großteil des deutschen Orientverkehrs über Italien bzw. Genua zu lenken, und ob das enge Bundesverhältnis zu Oesterreich-Ungarn es nicht sicherer und berechtigter erscheinen lassen würde, diesen Verkehr mehr nach Triest und Fiume zu leiten. Die Lösung dieser Frage steht allerdings mit dem Gotthardverkehr, an dem das Deutsche Reich sehr interessiert ist, in enger Beziehung; vielleicht wird sich dies betreffend ein Ausweg finden lassen.

Es wurden die Beziehungen Serbiens zum Adriaverkehr überhaupt, also auch zum Suezkanal gestreift, aber es handelt sich auch um die Relationen der ganzen Balkanhalbinsel.

Durch die Eroberung ganz Serbiens, die Waffenstreckung Montenegros und Befezung von Teilen Albaniens, insbesondere Skutari mit dem umliegenden Gelände werden in diesen Gebieten nach dem Kriege wesentlich geänderte, geregeltere Verhältnisse und, wie zu erwarten, auch lebhaftere Verkehrsbeziehungen Platz greifen. Wie auch die unvermeidlichen neuen Besitzregulierungen sich gestalten mögen, sicher ist, daß Oesterreich-Ungarn über serbisches Gebiet in direkte Nachbarschaft mit Bulgarien treten und dann sowohl über den nicht an Bulgarien fallenden Teil Serbiens, wie über Montenegro und Albanien, namentlich dessen nördlichen Teil mit dem großen Becken von Skutari eine durch seine Macht bedingte Anziehungskraft ausüben wird, welche durch engere, politische und Verkehrsbeziehungen in einer weiteren oder engeren Angliederung zum Ausdruck kommen dürfte. Eine solche durch die geographischen Bedingungen geförderte Angliederung, ob in engerem oder weiterem Verbande, ist schon durch die Gruppierung und staatsrechtliche Organisation Oesterreich-Ungarns, der großen Donaumonarchie, gegeben und erleichtert, weil die bestehenden Verfassungseinrichtungen eine gewisse Selbständigkeit der Teile garantieren, demnach auch weitere Gebiete unter vollkommener Aufrechterhaltung ihrer historischen und nationalen Individualität in einer durch die jeweiligen Umstände gebotenen Form ohne Störung oder Aenderung des Organismus der Monarchie gesicherten Anschluß finden können. Dieser Anschluß an einen großen Kulturstaat wird aber nicht verfehlen, in kürzester Zeit eine ausgiebige Hebung des bisherigen Kulturstandes der sich neu angliedernden Gebiete sowie deren Verkehrswesens und ihrer Konsumtionsfähigkeit zu schaffen.

Namentlich würden die albanischen Häfen, welche bisher wegen der so sehr zurückgebliebenen Wirtschaftslage — bedingt durch die unsicheren inneren Zustände des Landes — brach liegen, wieder zu einem seit der Römerherrschaft verschwundenen Wohlstand und zu höherer Kultur gelangen können.

Man sollte auch nicht versäumen, weitergehende Vorkehrungen für den Fremdenverkehr an unsrer an klassischen Erinnerungen reichen und von der Natur glänzend ausgestatteten istrischen und kroatisch-dalmatinischen Küste einzuleiten, damit der Strom des deutschen Reisepublikums in Zukunft auch an der östlichen Adriaküste mehr Komfort und Anziehung findet.

Sinsichtlich des Adria-Suezkanal-Verkehrs kommen infolge ihrer Lage auch Italien und Griechenland in Betracht. Wie auch Italien aus dem Kriege, ob es überhaupt noch als Großmacht herauskommen wird, keinesfalls kann es in nächster Zeit wieder in nähere Beziehungen zu den beiden Mittelreichen treten — ein Umstand, welcher bei der künftigen Regelung des Handels- und Seeverkehrs und speziell in der Richtung via Suez in die Waagschale fällt.

Ganz anders ist das Verhältnis der Mittelmächte zu Griechenland, das infolge seiner sehr exponierten Lage während des Weltkrieges den brutalen, völkerrechtswidrigen Drangsalierungen seitens der Westmächte preisgegeben ist und in der schonungslosesten Weise behandelt wird. Es ist deshalb nicht mehr als billig, daß die Interessen Griechenlands schon beim Friedensschlusse möglichst gewahrt werden, und daß dieser Staat auch als nächster Nachbar des Suezkanals entsprechende Berücksichtigung findet.

Die neue Lage nach dem Kriege wird noch bedingen, daß die Mittelmächte sich auch die südliche Zufahrt zum Suezkanal nach Möglichkeit sichern — die Schifffahrt im und zum Roten Meere; deshalb mit dem Negus von Abessinien in nähere Berührung treten und in den Friedensverhandlungen sich vielleicht in italienischen, vielleicht auch französischen Häfen des Roten Meeres und der Somaliküste gewisse Rechte sichern.

Bezüglich der griechischen Interessen ist auch zu erwähnen, daß nach dem Kriege Saloniki einen hervorragenden Platz einnehmen dürfte, weil diese Hafenstadt durch die Zweiglinie Nisch—Branja—Saloniki der großen Orientbahn direkt mit dem österreichisch-ungarischen und deutschen Eisenbahnnetz verbunden ist, aber auch weil es bisher schon einen sehr ausgebreiteten Handels- und Schiffsverkehr sowie die besten Hafeneinrichtungen am europäischen Ufer des Ägäischen Meeres besitzt. Infolge seiner günstigen Lage zum Suezkanal hat diese Hafenstadt auch die kürzeste Ueberfahrtszeit, was speziell für den Personenverkehr zu berücksichtigen ist. Saloniki wird daher in Zukunft eine gefährliche Konkurrentin unsrer Hafenplätze Triest und Fiume, namentlich für den ganzen Orientverkehr werden, weshalb man schon dermal, d. h. schon während des Krieges, alle Vorbereitungen treffen muß, um gleich nach Friedensschluß in unsern Häfen eine großzügigere Ausgestaltung des Seeverkehrs unverweilt und mit möglichstem Nachdruck in Angriff nehmen und durchführen zu können. Diese Arbeiten gehören zur Kategorie der nach dem Kriege unaufschiebbaren Sanierungsvorkehrungen, zu welchen die Mittel ohne Verzug bereitgestellt sein müssen, um die Wunden des Krieges auch in diesem wichtigen Belange schnellst möglich zu heilen. Die auf eine rasche und ausgiebige Verkehrsentwicklung zu verausgabenden Gelder werden auch sehr bald goldene Früchte tragen,

schon darum, weil sie wesentlich dazu dienen, unsre jetzt sehr ungünstige Valuta zu heben.

Wenn hier speziell österreichisch-ungarischen Interessen und der Verkehrs-entwicklung der habsburgischen Monarchie sowie ihrem Adriaverkehr ein größerer Raum gegeben wurde, so ist dabei auch das Deutsche Reich sehr nahe beteiligt, da die als Folge des gemeinsamen Ringens sich ergebenden näheren wirtschaftlichen Beziehungen beider Mittelreiche es als selbstverständliche Folge mit sich bringen, daß die Förderung des einen Teils auch zum Nutzen des andern ausschlägt, weil das Deutsche Reich auch in Zukunft nicht nur ein militärisch, sondern auch ein wirtschaftlich starkes Donaureich als Bundesgenossen nötig haben wird. Wie wir im jetzigen Kriege sehen, ist die wirtschaftliche Stärke eine unentbehrliche Stütze der militärischen Macht!

Der erste Monat des neuen Jahres 1916 hat die Ausschaltung zweier Hilfsstaaten des Vierverbandes, Serbien und Montenegro, gebracht. Letzteres hat definitiv um die Eröffnung der Friedensverhandlungen gebeten, Serbien ist vollkommen unterworfen und steht unter österreichisch-ungarischer und bulgarischer Militärverwaltung; die Trümmer des serbischen Heeres, welche sich durch Albanien nach Korfu und Griechenland retten konnten, sind nur Schlacken, und ihre weitere Kriegsbrauchbarkeit ist sehr fraglich, repräsentiert jedenfalls nur ein sehr schwaches Hilfskontingent. Wenn es auch nur Kleinstaaten sind, die da aus dem Haben der Entente zu streichen sind, es wird dadurch nicht nur die Zahl der Gegner der Zentralmächte verringert und ein großer Teil der durch dieselben bisher gebunden gewesenen Streitkräfte frei, es wurde auch, und das ist weit ausschlaggebender, durch die mit solcher Raschheit durchgeführte Niederwerfung dieser Staaten und radikale Brechung ihrer Widerstandskraft eine ganz neue Kräftegruppierung auf der Balkanhalbinsel geschaffen, welche einer gänzlichen Verdrängung des bisherigen Uebergewichtes Rußlands und des Ansehens der Westmächte sowie der italienischen Aspirationen hinsichtlich Albaniens und Beherrschung der Adria gleichkommt; eine Wirkung, welche auch nach dem Kriege jedenfalls lange Zeit, wenn nicht für immer andauern und durch den sicher sehr nachhaltigen Eindruck, welchen die Gewalttätigkeiten gegen Griechenland zurüklaffen werden, noch wesentlich verstärkt wird.

Die Entente scheint zu glauben, daß sie durch die Besetzung griechischer Inseln, Häfen und sonstiger Territorien die glänzenden Resultate der Mittelmächte am Balkan wettmachen kann. Das dürfte sich jedoch sehr bald in der langen Reihe ihrer bisherigen schweren Fehlgriiffe und Irrtümer als ein neuer herausstellen, denn die gegen alles Völkerrecht auf Kosten des neutralen Griechenland in Szene gehenden Einbrüche in fremdes Eigentum können an der für die Mittelmächte sich von Woche zu Woche günstiger gestaltenden Lage am Balkan nichts ändern.

Die auf die Dauer nicht zu verschleiernde Erkenntnis dieser Uebermacht der Zentralmächte wird nicht verfehlen, sich im weiteren Kriegsverlaufe fühlbar zu machen und möglicherweise trotz Londoner Protokoll und volltönenden Neben der Ententeminister zur allmählichen Abbröckelung der kontinentalen Vierverbands-

mächte und separaten Friedensschlüssen führen, so daß schließlich nur England niederzuringen sein wird.

England, das in seinem Welt herrschaftsbüchel die Konkurrenz des Deutschen Reiches vernichten wollte, hat sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dem Waffen-, Munitions- und Lebensmittel-Lieferanten der Entente, einen neuen, sehr kräftigen Konkurrenten auf den Hals geladen und denselben zugleich auf Kosten der Finanzen des Vierverbandes wesentlich bereichert.¹⁾ Außer diesem überseeischen Vetter freut sich auch Japan nicht wenig des Krieges zwischen den europäischen Großmächten und hofft auf weitere Gewinne auf europäische Kosten, und diese wachsen mit der Dauer des Krieges. Hierbei erwächst aber den Mittelmächten der große, wenn auch nur relative Vorteil, daß sie sich die Kriegsgelder und Material selbst beschaffen können und sich nicht an das Ausland verschulden!

Wenn England schließlich seine bisherige Gefolgschaft verliert und den Kampf allein fortsetzt, so wird voraussichtlich der Suezkanal und Ägypten um so mehr eine große Rolle spielen und wird sich vielleicht hier das Schicksal der englischen Seeherrschaft entscheiden. Die da „während des Krieges“ in Frage kommenden militärischen Bedingungen können hier nicht erörtert, dagegen aber kann schon hervorgehoben werden, daß der Kanal „nach dem Kriege“ voraussichtlich an wirtschaftlicher Bedeutung um so mehr zunehmen wird, da die europäische Handelswelt bestrebt sein muß, nach einer durch die unmittelbaren Kriegsnachwehen veranlaßten Erholungspause den während der Kriegsperiode verlorenen Handelsverkehr wieder herzustellen. Die Garantien für eine in Zukunft gesicherte vorteilhafte Position im Suezverkehr der Mittelmächte und ihrer Bundesgenossen gehört darum zu den wichtigsten Kriegszielen, und es kann nach dem Kriege das östliche Ufer der Adria sowie die Balkanhalbinsel und deren Häfen einen großen Aufschwung nehmen!

Es wird naturgemäß nach dem Kriege eine geraume Zeit dauern, bis die politischen und Handelsbeziehungen zwischen den sich jetzt noch mit ungeschwächter Erbitterung bekämpfenden Staaten und Völkern wieder in normalen Gang kommen können. Der Krieg hat alle bisherigen Beziehungen zwischen den Gegnern annulliert und um so gründlicher zerrissen, weil unsre Gegner, insbesondere aber England, den Krieg in einer alle bisherigen Schranken mißachtenden Rücksichtslosigkeit führen. Gegenüber dem Bloke der Westmächte mit seinem Anhängsel, dem treubruchigen Italien, Oesterreich-Ungarns gehässigstem Gegner, wird noch lange der siegreiche, mächtige Bloke der beiden Mittelmächte mit seinen Bundesgenossen auf allen Gebieten streng geschiedene Wege einschlagen, welche insbesondere die beiden großen Zentralmächte, Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich, so wie während des Krieges auch nach demselben eng geschlossen wandeln werden. Es ist nur logisch, daß das Band, welches die beiden Mächte

¹⁾ Die Ausfuhr Nordamerikas ist in dem am 30. Juni 1915 abgelaufenen Geschäftsjahre 1914/15 gestiegen: nach England von 394 auf 912, nach Frankreich von 160 auf 369, nach Italien von 19 auf 186 Millionen Dollar.

in dem schweren Ringen unzerreißbar vereinigte und sie durch die stets bewahrte feste Einigkeit zu immer neuen Erfolgen und zur Niederringung der großen feindlichen Uebermacht geführt hat, nach siegreicher Beendigung des Krieges unbeschadet der souveränen Rechte beider Reiche aufrecht erhalten bleiben. So wie im Kriege beiderseits gewiß wiederholt partikuläre Wünsche dem großen, gemeinsamen Kriegszwecke geopfert werden müssen, werden sich auch im Frieden jene Wege finden lassen, auf welchen die durch die obwaltenden Verschiedenheiten in beiden Staatsgebieten bedingten Schwierigkeiten ohne Schädigung des einen oder andern Teiles ausgeglichen werden können. Man braucht nicht alles über einen Leisten zu schlagen, aber was geschieht, soll immer auf Grund gegenseitigen Einverständnisses, unter sorgfältiger Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse geschehen!

Wenn es also auch wirtschaftliche Fragen geben wird, welche im Frieden nur mit vorurteilsloser Sachlichkeit zu lösen sein werden, bezüglich des Suezkanals und Wiederherstellung der türkischen Oberhoheit über Ägypten sind die Interessen beider Centralmächte sicherlich ganz übereinstimmend.

Krieg und Wille¹⁾

Von

Generalarzt und Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Goldscheider

Die Macht des Willens tritt uns im gegenwärtigen großen Kriege eindrucksvoll entgegen. Unsre braven Truppen überwinden ungeheure Strapazen, ertragen die Witterungsunbilden des Winterfeldzuges, halten unerschüttelt Stand dem nervenzermürbenden Trommelfeuer. Unsre Verwundeten sind ausdauernd im Leiden und gehen freudig wieder ins Feld, sobald sie geheilt sind. Frisch Verwundete haben noch Wunder an Tapferkeit verrichtet. Kranke drängen, kaum genesen, vielfach wieder zur Front. Die Bevölkerung ist von einigendem Willen beseelt, ein großer Akt der Anpassung eines ganzen Volkes an die Bedürfnisse des Krieges ist der Erfolg dieses Willens. Leidende, Frauen nicht weniger als Männer, vergessen ihre Beschwerden, entdecken die in ihnen wohnenden Kräfte und vollbringen Leistungen, deren sie sich früher nie für fähig gehalten hätten. Das Bild des Willens ist so glanzvoll schön, daß auch einzelne Flecken überstrahlt werden.

Doch, was ist denn Wille? Können wir überhaupt wollen?

Die Frage nach der Natur des Willens beherrscht die Philosophie aller Zeiten und Völker. Aber weder die ältere Philosophie, welche den Willen zu den besonderen Seelenvermögen rechnete, noch die neuere Psychologie gibt uns

¹⁾ Vortrag, gehalten vor dem „Deutschen Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien“, Landesverband Württemberg, in Stuttgart am 15. Januar 1916.

eine einheitliche und durchweg befriedigende Antwort. Während einige Psychologen den Willen als eine gegebene Grundtätigkeit der Seele betrachten, welche das bewußte Geistesleben beherrscht, bestreiten andre die Existenz eines Willens überhaupt, welchen sie als einen bloßen Vorstellungs- oder Empfindungskomplex hinstellen; der willkürlichen Bewegung z. B. gehe eine Bewegungsvorstellung voran, welche sodann von der Empfindung der ausgeführten Bewegung gefolgt werde, woraus wir schließen, daß wir die ausgeführte Bewegung, weil sie mit der Bewegungsvorstellung übereinstimme, gewollt haben, während ein aktives Wollen in Wirklichkeit fehle. Man kann diese beiden Richtungen, welche sich mit mancherlei Abweichungen im einzelnen in den Lehren der maßgebenden Autoren niedergelegt finden, als positive und negative bezeichnen. Eine viel erörterte Frage ist ferner, ob die Willenstätigkeit einen rein intellektuellen Charakter habe oder der Gefühlssphäre, dem Affekt angehöre oder eine von Intelligenz und Affekt unabhängige Bewußtseinstätigkeit sei.

Es ist nicht meine Absicht, diese verschiedenen Theorien hier eingehender abzuwägen; wir wollen vielmehr uns selbst, von den physio-psychologischen Grundtatsachen ausgehend, einen Weg zum Verständnis zu bahnen versuchen.

Die heutige Psychologie baut sich auf die Nervenphysiologie auf. Wir wissen, daß die Bewußtseinsvorgänge an die Hirnsubstanz bzw. gewisse Teile derselben und an die in diesen ablaufenden physiologischen Vorgänge gebunden sind. Welcher Art freilich diese Beziehung ist, entzieht sich völlig unsrer Kenntnis. Die geistigen Vorgänge lassen sich auf Empfindungen und Bewegungen zurückführen. Diese sind an ganz bestimmte Hirnteile gebunden, so daß man Bezirke, welche der Gesicht-, Gehörs-, Tastempfindung usw. dienen, andre, welche die Bewegung der einzelnen Muskelgebiete veranlassen, sondern kann. Die Gehirns substanz besteht aus zahllosen Nervenzellen, welche durch lange Fasern mit den reizaufnehmenden Empfindungsorganen wie Auge, Ohr, Haut usw. bzw. mit den Muskeln sowie durch ein unendlich feines und vielfältiges Fasersystem miteinander und mit vermittelnden Zwischenstationen in Verbindung stehen. So bestehen auch zwischen den Zentralstätten der Empfindungen und der Bewegungen zahlreiche Verbindungswege. Ein äußerer Reiz z. B., aus Schallwellen bestehend, erzeugt eine Empfindung, indem er mittels des äußeren reizaufnehmenden Organs und der leitenden Nervenstrecke die zugehörigen Empfindungszellen im Gehirn erregt, also etwa eine Tonempfindung erzeugt. Von einer solchen Erregung bleibt nun eine „Marke“ zurück, das sog. Erinnerungsbild, welches um so fester haftet, je häufiger die Empfindung erzeugt worden ist. Demselben entspricht irgendeine, uns nicht näher bekannte bleibende Veränderung in den Nervenzellen oder ihren Verbindungen. Der gleiche Vorgang tritt auch bei zusammengesetzteren Wahrnehmungen ein. Das Erinnerungsbild schlummert, es ist latent vorhanden, aber es kann jederzeit geweckt werden, wenn jener äußere Eindruck oder ein ihm sehr ähnlicher wiederkehrt, welchen wir dann, da das Erinnerungsbild in uns auftaucht, als bekannt wahrnehmen. Wirken verschiedenartige äußere Eindrücke gleichzeitig oder in schneller Folge auf uns ein, besonders wenn sich diese

Koinzidenz öfter wiederholt, so treten die Erinnerungsbilder miteinander in enge Verknüpfung.

Ich höre es regelmäßig auf den Blitz donnern, das optische Erinnerungsbild oder die Vorstellung des Blizes hat sich folglich mit dem akustischen Erinnerungsbild, der Vorstellung des Donners, eng verknüpft. Durch diese Assoziation der Vorstellungen entstehen Gruppierungen, Vorstellungskomplexe, welche die Grundlage der Begriffe bilden. Die Erregung des einen Erinnerungsbildes läßt dann das mit ihm verknüpfte in der Vorstellung auftauchen. Fehlt nach einem Blitz der Donner, so fällt uns dies auf, weil die aufgetauchte Vorstellung des Donners die erwartete Schallwahrnehmung vermissen läßt. Das gleiche Objekt kann auf verschiedene Sinne wirken. Das Weilchen hat eine bestimmte Form, blaue Farbe, einen bestimmten Duft. Die eng miteinander assoziierten Erinnerungsbilder stellen in ihrem Komplex die Gesamtvorstellung des Weilchens dar. Die Vorstellungskomplexe verknüpfen sich mit zunehmenden Erlebnissen mehr und mehr mit andern Vorstellungskomplexen zu immer verwickelteren und immer fester gefügten Gruppierungen. Ich habe erfahren, daß das Weilchen im Verborgenen blüht, daß es im Frühjahr erscheint, ich habe selbst Weilchen gepflückt, habe sie einer Dame überreicht usw. So gruppiert sich Erinnerungsbild auf Erinnerungsbild an das Weilchen.

Wird durch einen äußeren Reiz irgendein Erinnerungsbild ausgelöst, so läßt dieses alsbald das assoziierte Bild oder einen ganzen assoziierten Vorstellungskomplex auftauchen, dieser weckt wiederum einen andern mit ihm verknüpften aus dem Schlummer, und so geht es in unendlicher Kette fort, bis ein neuer Reiz das Gangwerk unterbricht und eine neue Flucht von Erinnerungen und Vorstellungen eröffnet. Das Gehirn wird durch die Erlebnisse mit unzählbaren Marken erfüllt, etwa, um einen sehr groben Vergleich zu gebrauchen, wie die Walze eines Grammophons. Diese Marken stellen die materielle Grundlage des geistigen Besizes, der Erlebnisse und Erfahrungen, des Bildungszustandes dar. Wir denken, indem die Erinnerungsbilder und die aus ihnen geformten Vorstellungsgruppen (Begriffe) in uns lebendig werden und, auftauchend und wieder verschwindend, in uns abrollen, und zwar nach Maßgabe der Verknüpfungen, mit und in denen sie in uns niedergelegt wurden. Jeder denkt daher nach seiner Bildung, seinem Wissen, seinen Erlebnissen, nach den Vorstellungen, welche er bei Erziehung und Unterricht in sich aufgenommen hat.

Ganz entsprechende Assoziationen finden sich im Bereiche der Bewegungszentren. Ich führe eine willkürliche Bewegung aus, greife z. B. nach einem vor mir stehenden Wasserglase, weil ich Durst habe und zu trinken begehre. Um dieses Ziel zu erreichen, muß eine ganze Anzahl von Muskeln der Schulter, des Armes, der Hand in einer ganz bestimmten Weise in Bewegung gesetzt werden. Dieser Mechanismus wird ausgelöst durch eine bestimmte Vorstellung, namentlich diejenige von der Raumlage des Glases und seiner Form, während als Motiv der Durst dient. Es würde mir das Erfassen des Glases nicht ohne weiteres gelingen, wenn es nicht im Laufe des Lebens eingeübt

worden wäre. Das kleine Kind zeigt zunächst ganz ungeordnete Bewegungen; erst allmählich erwirbt es die Fähigkeit, Zielbewegungen mit Erfolg auszuführen. Es haben sich durch die Uebung eben Assoziationen zwischen der optischen Wahrnehmung und den Muskelinnervationen gebildet. Aber auch ohne den Gegenstand zu erblicken, vermag ich mit ziemlicher Sicherheit die Hand zu ihm hinzuführen. Zahlreiche Bewegungen werden ganz ohne Mitwirkung des Auges ausgeführt, indem an seiner Stelle Empfindungen von seiten der Haut, der Gelenke und der Muskeln selbst die Bewegung leiten. Hierbei handelt es sich um Assoziationen zwischen diesen genannten Empfindungen und der Muskelinnervation. Beim Musizieren spielen sich Assoziationen der Bewegungszentren mit Gehörsempfindungen ab. Ebenso bei der Sprache. Beim Schreiben kommen Assoziationen zwischen den Schalleindrücken der Wortlaute, den optischen Wahrnehmungen der Schriftzeichen und der Muskelinnervation des Schreibens in Betracht. Jeder eingelebten Bewegung also entspricht ein im Gehirn abgelagerter Komplex von Marken, den Erinnerungsbildern und ihren Verknüpfungen dienend, welcher, sobald er ausgelöst wird, in der bestimmten festgefügtten Art abrollt, wie ein Mechanismus, welcher durch den Druck auf einen Knopf in Tätigkeit gesetzt wird.

Wir hatten bisher angenommen, daß die Erinnerungsbilder und ihre Verknüpfungen durch bestimmte äußere, auf uns wirkende Anlässe ausgelöst werden, z. B. das Erblicken eines Gegenstandes, durch die Empfindung des Durstes usw. Nun können dieselben aber auch ganz spontan, durch innere Vorgänge, in uns auftauchen. Wenn wir uns, abgewandt von äußeren Eindrücken, unsern Gedanken überlassen, so taucht diese und jene Erinnerung und Vorstellung in uns auf, eine andre reiht sich an und wieder eine andre. Meistens wirken auch hierbei gewisse, von uns oft nicht oder kaum erkannte Zusammenhänge mit äußeren Eindrücken, kürzlichen Erlebnissen usw. mit. Oft aber tauchen Erinnerungsbilder, die wir längst begraben glaubten, so ohne merkbare Brücke in uns auf, daß wir uns sozusagen selbst überraschen. Das freiwillige Bewußtwerden der Erinnerungsbilder beweist, daß sie alle da und lebendig sind, wenn auch unterhalb der Schwelle des Bewußtseins.

Sehr häufig paßt uns bei diesem Spiel der Erinnerungen die eine oder andre besonders stark, gibt mit einem Ruck der Flucht der Vorstellungen eine andre Richtung, bricht die Gedankenkette ab und führt uns sprunghaft zu einer andern hinüber. Denn die Erinnerungsbilder sind von verschiedenartigem Wert für unser Bewußtsein, und durch diesen bestimmt sich die Richtung, welche der Gedankenablauf nimmt. Der Wert hängt von der Schärfe, dem gedanklichen Inhalt des Erinnerungsbildes und endlich seinem Gefühlswert ab.

Wir unterscheiden Empfindungen und Gefühle. Manche Empfindungen lassen uns gleichgültig, manche sind mit einem angenehmen, sog. Lustgefühlston, oder mit einem unangenehmen, sog. Unlustgefühlston verbunden. Ebenso die Erinnerungsbilder. Solche mit einem ausgesprochenen Gefühlswert, z. B. die Erinnerung an ein tragisches oder ein freudiges Er-

lebnis, drängen sich besonders leicht in das Spiel der Assoziationen ein, lenken es ab oder gebieten ihm Halt.

Das gleiche gilt von Erinnerungsbildern, welche durch ihren intellektuellen Inhalt fesseln, wenn auch unstreitig im allgemeinen die Gefühls-
werte obliegen.

Der Wert eines Erinnerungsbildes, einer Vorstellung hängt meist mit den persönlichen Erlebnissen und Neigungen sowie auch mit zeitlichen Umständen zusammen; ein und dieselbe Sache kann mich zu einer gewissen Zeit interessieren, zu einer andern nicht.

Auch die Festigkeit, mit welcher das Erinnerungsbild in uns verankert und mit andern verknüpft ist, hängt zu einem Teil von dem Werte desselben ab. Noch mehr freilich von der Häufigkeit, mit welcher sich die Eingrabung des Erinnerungsbildes und der Verknüpfungen wiederholt hat. Dies erklärt die fördernde Bedeutung der Uebung, aber auch die zwingende Macht der Gewohnheit.

Einer durch einen äußeren Reiz bedingten Empfindung oder einer Erinnerung, welche in das Bewußtsein tritt, wende ich eine gewisse Aufmerksamkeit zu. Dieselbe ist als eine Reaktion des Bewußtseins auf den dasselbe treffenden Reiz anzusehen und hat somit zunächst etwas Zwangsmäßiges an sich. In dem Grade der Aufmerksamkeit drückt sich der Wert des Sinnes-
eindrucks oder des Erinnerungsbildes oder Vorstellungskomplexes aus. Durch den Wert bestimmt sich Schärfe und Richtung unsrer beständig wechselnden, auf und ab, hin und her gleitenden Aufmerksamkeit.

Nun vermögen wir aber ohne Zweifel unserm Denken auch eine bestimmte, von uns gewollte Richtung zu geben, indem wir bei bestimmten Erinnerungsbildern absichtlich länger verharren, uns gleichsam in sie vertiefen oder auch Erinnerungsbilder unterdrücken. Ja wir können unserm Denken ein bestimmtes Ziel setzen, wie bei einer auszuführenden Bewegung, und lassen nun das Spiel der Assoziationen nach dieser leitenden Idee sich richten. Dies stellt eine sog. innere Willenshandlung dar, während z. B. das Ergreifen des Wasserglases eine äußere Willenshandlung ist.

Auch die äußere Willenshandlung braucht nicht immer durch einen äußeren Anlaß bedingt zu sein; wir können uns vielmehr auch aus freiwilligem, unserm Innern entspringenden Entschluß eine Zielvorstellung bilden. Ich will einige Schritte im Zimmer auf und ab gehen, ich will meine Hand über meinen Kopf heben; ich habe keinen besonderen Anlaß dazu, aber ich tue es, weil ich es will, weil ich gerade diese Zielvorstellung in meinem Innern habe auftauchen lassen.

Was geht nun bei einer solchen inneren oder äußeren Willens-
handlung in mir vor? Ich habe dasselbe, was sonst ein äußerer Reiz oder eine in mir geweckte Vorstellung von besonderem Werte zuwege bringt, aus eigener Kraft getan, d. h. ich habe eine bestimmte, in mir vorhandene Vorstellung so verstärkt, daß sie zur richtungsgebenden, leitenden wird, oder eine in

mir abgelagerte Bewegungsvorstellung, den oben erwähnten Assoziationskomplex so lebendig gemacht, daß die Muskelinnervation ins Rollen gekommen ist. Die Willenshandlung ist somit eine Belebung eines in mir abgelagerten Erinnerungsbildes oder Assoziationskomplexes.

Man beachte wohl: der Wille schafft nicht die Vorstellung, er belebt sie nur. Die Assoziationskomplexe sind ja vorhanden, es bedarf nur eines hinreichenden Reizes, um sie ins Bewußtsein zu heben. Sie glimmen beständig, aber so schwach, daß sie unterhalb der Bewußtseinschwelle bleiben; durch die Hinlentung der Aufmerksamkeit werden sie zu hellerem Leuchten angefaßt. Das ist natürlich nur ein Gleichnis; es ist ebenfogut möglich, daß die Hinlentung der Aufmerksamkeit das schwache Feuer für das Bewußtsein sichtbar macht. Bleiben wir aber der Einfachheit halber bei jener ersten Auffassung.

Das Aufleuchten des glimmenden Erinnerungsbildes kann nun durch einen von außen her zugeleiteten Reiz oder von einem assoziativ verknüpften Erinnerungsbilde aus oder auch durch die aktive Aufmerksamkeitsspannung geschehen. Letzteres entspricht der Willenshandlung. Man kann sich den Vorgang auch bildlich so vorstellen, daß unser geistiges Inventar aus unzähligen Erinnerungsbildern und -komplexen besteht, welche wirklich und beständig vorhanden sind, aber für gewöhnlich unter der Schwelle des Bewußtseins lagern. Durch die erwähnten Reize nun und ebenso durch den Willen können diese oder jene Gruppen zur Bewußtseinschwelle gehoben werden. Diese Vorstellung fügt sich auch passend der Anschauung ein, welche sich im Sprachgebrauch durch das Wort „Willenskraft“ ausdrückt.

Das Aufmerken an sich kann noch nicht als Willenshandlung angesehen werden. Die Hinwendung der Aufmerksamkeit auf eine Empfindung, auf ein auftauchendes Erinnerungsbild geschieht vielmehr, wie vorher gesagt, zunächst zwangsweise und ist als eine reflexartige Auslösung eines Bewußtseinszustandes durch einen das Bewußtsein treffenden Reiz aufzufassen. Dabei ist sowohl die Empfindung wie die durch sie ausgelöste Zuwendung der Aufmerksamkeit ein aktiver Vorgang des Bewußtseins, und ebenso ist das Auftauchen eines Erinnerungsbildes ein aktiver Prozeß. Es ist unstatthaft, wie man es hier und da in der psychologischen Literatur findet, von passiven Assoziationen zu sprechen. Was wir Aufmerksamkeit nennen, ist eine Verengerung des Bewußtseins um die Empfindung oder das Erinnerungsbild und stellt eine nur graduell von der Bewußtseinsstätigkeit, welche bei jeder Empfindung auftritt, verschiedene Äußerung des Bewußtseins dar. Die willensmäßige Aufmerksamkeit unterscheidet sich von der durch einen Reiz genötigten eben nur dadurch, daß sie eine selbsttätige Bewußtseinsverengerung ist.

Der Wille vermag nicht bloß Erinnerungsbilder zu heben, sondern auch zu unterdrücken. Wir sind imstande, in uns auftauchende Vorstellungen, Affekte, Bewegungen zu hemmen.

Dieses Vermögen, seinen Tätigkeitszustand selbsttätig quantitativ zu verändern, muß dem menschlichen Bewußtsein unbedingt zu-

gesprochen werden. Wie wir uns diesen Willensvorganges und seiner Stärke bewußt werden, ist eine andre Frage, auf welche ich an dieser Stelle nicht eingehen möchte. Der Wille ist hiernach weder ein Seelenvermögen besonderer Art, noch identisch mit der Aktivität des Bewußtseins, welche vielmehr auch ohne Willen vorhanden ist, sondern die selbsttätige Beeinflussung der Aktivität des Bewußtseins.

Der Einfluß des Willens auf die Bewußtseinstätigkeit ist an gewisse Grenzen gebunden; vor allem vermag der Wille niemals diese Tätigkeit zu erzeugen oder auszulöschen. Selbst wenn wir mittels unsrer willensmäßigen Aufmerksamkeit ganz fernliegende Erinnerungsbilder wecken, fassen wir nur ein glimmendes Feuer an. Jedes Erinnerungsbild, jede erlernte Bewegungsvorstellung ist in uns lebendig vorhanden, unter der Schwelle des Bewußtseins tätigkeitsbereit.

Auch die willensmäßige Aufmerksamkeitsspannung wird angeregt durch den Wert der Empfindung oder des Erinnerungsbildes, also durch Intensität, gedanklichen Inhalt, Gefühlswert.

Erst durch die selbsttätige Beeinflussung der Bewußtseinstätigkeit wird der Geist zum Herrscher. Ohne diese Eigenschaft wäre die geistige Organisation nur eine, wenn auch ungeheuer komplizierte Maschine, gänzlich abhängig von ihrem Nährwert.

Wundt, einer der Begründer der heutigen Psychologie, bedient sich der bildlichen Ausdrucksweise, welche das Bewußtsein als ein inneres Sehen bezeichnet. Er nennt die in einem bestimmten Moment gegenwärtigen Vorstellungen die im Blickfeld des Bewußtseins befindlichen, diejenigen, welchen die Aufmerksamkeit zugewendet ist, die im Blickpunkt befindlichen. Der Eintritt einer Vorstellung in das innere Blickfeld ist die Perzeption, der Eintritt in den inneren Blickpunkt die Apperzeption. Letztere ist durch eine Empfindung der inneren Tätigkeit gekennzeichnet. Mittels der Apperzeption werden also Vorstellungen aus einer Gruppe von andern herausgehoben. Die Tätigkeit der Apperzeption faßt Wundt als die primitive Willenstätigkeit auf. Die äußere Willenshandlung ist ihm identisch mit dieser inneren Willenstätigkeit, sie besteht in der Apperzeption einer Bewegungsvorstellung.

Gegen diese scharfe Unterscheidung von Perzeption und Apperzeption läßt sich jedoch manches einwenden. Man kann die Aufmerksamkeit an sich nicht als Apperzeption im Wundtschen Sinne bezeichnen und mit dem Willen identifizieren. Jede Empfindung oder Vorstellung zieht vielmehr in einem gewissen, sehr schwankenden und von ihrem Werte abhängigen Grade unsre Aufmerksamkeit zwangsmäßig auf sich. Auch erscheint es sehr fraglich, ob es eine eigentliche Empfindung der inneren Tätigkeit gibt. Die von Külpe modifizierte Wundtsche Lehre kommt meiner Darstellung am nächsten.

Von besonderem Interesse ist, daß Wundt außerdem als einen wesentlichen Teil des Willensvorganges das Gefühl bzw. den Affekt betrachtet.

Werfen wir nun noch einen kurzen Blick auf einen dem Wundtschen ganz entgegengesetzten Standpunkt, wie er von Biehn vertreten wird. Dieser leugnet

das Bestehen einer Willensfähigkeit überhaupt, und zwar sowohl einer inneren wie einer äußeren. Unser Denken ist gänzlich durch den Fluß der Assoziationen bestimmt. „Wir können nicht denken, wie wir wollen, sondern wir müssen denken, wie die gerade vorhandenen Assoziationen bestimmen.“ Eine innere Fähigkeit, die eine oder andre Vorstellung herauszuheben, bestreitet Ziehen. Es gibt keine willkürliche Aufmerksamkeit, also auch kein willkürliches Denken und Handeln. Die Aneinanderreihung der Assoziationen beim Denken vollzieht sich nach der jeder einzelnen Vorstellung anhaftenden Schärfe, ferner nach dem sie begleitenden Gefühlston und schließlich durch eine gewisse psychische Disposition, welche Ziehen als Konstellation bezeichnet. Das Gefühl der inneren Tätigkeit beim Denken ist eine Selbsttäuschung.

Auf die geistreiche, aber meines Erachtens unrichtige Begründung dieser Anschauung näher einzugehen, würde hier zu weit führen.

Immerhin muß man Ziehen darin recht geben, daß unser Denken in hohem Grade genötigt ist. Unser Denken bewegt sich im allgemeinen in den Bahnen der abgelagerten Vorstellungen und Verknüpfungen, ist vom Erlebnis, von Erziehung, Lehre abhängig. Daher ja auch die Voreingenommenheit, Beschränktheit und Ungerechtigkeit menschlichen Urteils. Aber dieser Gelehrte geht zu weit, wenn er eine innere Selbsttätigkeit völlig leugnet, wie ich an anderer Stelle zu begründen gedenke. Wir vermögen vielmehr unter bereitliegenden Vorstellungen diese oder jene zu verstärken oder zu unterdrücken. Die Auswahl derselben ist sicherlich bis zu einem gewissen Grade abhängig von dem Inhalt und der Gefühlsbetonung, auch von einer gewissen psychischen Konstellation, aber diese Abhängigkeit ist keine absolute, wir vermögen sie durch unsern Willen zu beeinflussen.

Wir kommen hier zu einem für die Willens Theorie sehr wichtigen Punkt, nämlich zur Frage der Wahl. Schon bei der Wahrnehmung einer Mehrheit von Sinnesindrücken wählen wir, welchem derselben wir unsre Aufmerksamkeit zuwenden wollen (Wundtsche Apperzeption). So kann jede innere oder äußere Willenshandlung eindeutig oder mehrdeutig bestimmt sein, so daß mehrere Motive einwirken und ich nun zu wählen und zu entscheiden habe. Es kommt dann zum sog. Kampf der Motive. Wie soeben erwähnt, handelt es sich dabei um einen Urteilsprozeß, bei welchem das Gefühl häufig mit spricht und dessen Abschluß in dem Sieg einer der konkurrierenden Vorstellungen besteht. Die Wahl mit der abschließenden Entscheidung ist eine besondere Form der Willenshandlung, aber nicht ein wesentlicher Teil derselben. Auch ohne jede Wahl ist Willensfähigkeit möglich. Daß bei der Wahl eine wirklich innere Tätigkeit vorliegt, daß wir uns für die sieghafte Vorstellung meistens, wenn auch wohl nicht immer durch einen selbsttätigen Bewußtseinsvorgang entscheiden, erscheint mir sicher.

Von manchen Psychologen wird gerade das Wesentliche des Willensvorganges in die Entscheidung verlegt, in die Billigung einer Vorstellung. Der eigentliche Willensimpuls wird dabei als eine Sache von

geringerer Bedeutung zur Seite geschoben. Ich kann dem nicht zustimmen. Die Entscheidung für eine Vorstellung ist schließlich nur die Vorstufe des eigentlichen Willensvorganges und führt zunächst nur zum Wunsch. Die Umsetzung des Wunsches in Handlung kommt dem Willensimpuls zu. Dieser ist sozusagen die bewegende Kraft. Dies gilt nicht nur für die äußere, sondern auch für die innere Willenshandlung; z. B. Sie haben eine Gemäldesammlung besucht und lassen in Ihrer Erinnerung die Eindrücke an sich vorüberziehen. Die Erinnerungen gehen etwas durcheinander, und Sie entschließen sich daher, sich eine Reihe von Bildern in einer gewissen Ordnung recht scharf ins Gedächtnis zurückzurufen. In der Zurückdrängung der sich Ihnen nach ihrem Gefühlswert anbietenden Erinnerungsbilder üben Sie bereits eine Willens-tätigkeit aus, aber es ist nicht die Wahl, auf die es hier ankommt, sondern eben das aktive Untertauchen der Vorstellungen. Sie überlegen sich nun, mit welchem Bilde Sie den Anfang machen wollen, und entscheiden sich für ein bestimmtes Bild, welches ein Ihnen bekannter Maler ausgestellt hat. Diese Wahl ist zunächst nur ein Wunsch: Ich werde mir dieses Bild vorstellen. Der eigentliche Willensakt wird erst dadurch ausgeführt, daß Sie sich nunmehr das Erinnerungsbild des Gemäldes und der sich anreihenden durch konzentrierte Hinlenkung der Aufmerksamkeit möglichst lebhaft in das Bewußtsein rufen.

Bei der entscheidenden Auswahl unter mehreren Vorstellungen spielen, wie bereits bemerkt, teils Ueberlegungen, teils Gefühle eine Rolle. Meumann stellt die intellektuellen Vorgänge in den Vordergrund. Andre, wie z. B. Wundt und Elfe Wentcher, betrachten das Gefühl als unbedingt mitwirkend. Es kommt aber sicherlich oft genug vor, daß beim Kampf der Motive der trockene Ton der Ueberlegung allein entscheidet. Z. B. bei der Auswahl zwischen mehreren möglichen Maschinenkonstruktionen. Jedoch ist die Entscheidung selbst häufig von einem Gefühl der Billigung, der Befriedigung, ja dem befreienden Gefühl einer Erlösung aus allen Zweifeln verbunden. Oft mag sich auch bei scheinbar rein verstandesmäßigem Wählen eine gefühlsmäßige Neigung fast unbemerkt von uns selbst mit einschleichen. Aber eine unbedingt erforderliche Beteiligung des Gefühls kann man nicht annehmen.

Das gleiche gilt für die einfachste Form der Willenshandlung, nämlich die eindeutig bestimmte. Eine Gefühlsregung ist ihr sehr oft beigemengt. Die der Willenshandlung zugrunde liegende Zielvorstellung ist ganz gewöhnlich von einem Gefühl der Begehrung begleitet, dessen Stärke auf die Energie und Ausdauer der Handlung von bestimmendem Einfluß ist. Aber notwendig ist dasselbe nicht. Wird z. B. eine Willenshandlung auf Befehl eines andern oder auf eine allgemein gegebene Vorschrift hin ausgeführt — sie bleibt selbstverständlich auch dann eine Willenshandlung —, so kann eine jede Gefühlsbeimengung fehlen. Denn das Gefühl der Pflicht oder der Billigung oder der Furcht vor Strafe wird zwar oft mitspielen, aber auch sehr häufig bei leicht zu erfüllenden Handlungen gar nicht auftauchen. Zahlreiche Willenshandlungen

des täglichen Lebens geschehen in der Tat ohne merkliche Beimengung von Gefühlsregungen. Trotzdem steht es außer Zweifel, daß letztere von starkem Einfluß auf die Willensstätigkeit sind.

Die Bedeutung des Gefühls für den Willensvorgang kann man bei den entschieden als Willenshandlungen anzusehenden sog. Triebhandlungen erkennen, welche von Hunger, Durst, Liebe und anderen Gefühlen geleitet werden.

Ebenso bei den Affekthandlungen. Der Anstoß, welchen der Affekt auf das Wollen ausübt, äußert sich sowohl in der Entschiedenheit und Schnelligkeit des Entschlusses wie in der Energie der Ausführung. Die Willenshandlung kann dabei einen triebhaften Charakter annehmen, so daß sich der Affekt gleichsam in sie entladet. Man denke an die Wucht der Handlungen unter dem Eindrucke ausbrechender Leidenschaft.

Ähnliche Wirkungen hat die Stimmung, welche als ein abgeschwächter Affekt anzusehen ist. Gehobene Stimmung erhöht die Willensbereitschaft, Depression lähmt den Willen. Die erhöhte Stimmung verleiht der Seele einen Schwung, welcher der Willenskraft zugute kommt. Daher der fördernde Einfluß der Begeisterung auf die Willenshandlung; Musik, insonderheit das Lied, ermunternde Ansprache, stimmungsvolle Umgebung, das gute, den Wettstreit anregende Beispiel, kurz alles, was auf die Hebung der Stimmung einwirkt, kräftigt den Willensvorgang. Ueberhaupt wirkt jedes Gefühl von sog. positivem Gefühlston fördernd auf den Willen: so der Ehrgeiz, Eltern- und Kindesliebe, Vaterlandsliebe, religiöse sowie sittliche Gefühle aller Art. Kein intellektueller Vorgang kann auch nur annähernd jene Energie des Willens hervorbringen, wie es die Gefühle, Affekte, Stimmungen vermögen.

Umgekehrt erfordert die Unterdrückung stark gefühlsbetonter Vorstellungen große Willenskraft.

Wie die gehobene Stimmung die Willenshandlungen fördert, so erzeugt anderseits die erfolgreiche Willenshandlung gehobene Stimmung. Die gelungene Tat erfüllt uns mit freudigem Stolz. Die erfolgreich vorschreitende Willenshandlung steigert auf dem Wege der zunehmenden Stimmung ihre eigne Energie in lawinenartigem Anschwellen. Das läßt uns die Stoßkraft einer siegreich vorwärtstürmenden Truppe verstehen, deren Wille weder Ermattung noch Schwierigkeiten kennt.

Der Wille führt ferner durch die erfolgreiche Ausführung des Gewollten zur Erkenntnis der eignen Leistungsfähigkeit. Der Kriegsteilnehmer erkennt z. B., daß er sich körperlich weit mehr zutrauen kann, als er geglaubt hat, daß er Wind und Wetter verträgt usw. Diese Wahrnehmung steigert sein Selbstvertrauen, was wiederum anregend auf seine Energie und auf mutiges Daransetzen seiner Kräfte wirkt. So wird der Willensvorgang selbst gefördert, der psychische Prozeß des Wollens selbst der Übung unterworfen.

Aber wie sehr auch das Wollen vom Gefühl geleitet wird, so bleibt doch bestehen, daß der Willensakt selbst diejenige Grundeigenschaft des

Geistes bildet, durch welche dieser befähigt ist, die geistigen Vorgänge selbst zu beeinflussen.

Aus dieser Erkenntnis folgt, daß die Ausbildung und Vervollkommnung des menschlichen Geistes und das Fortschreiten desselben zu höheren Zielen vom Willen abhängig ist. Erst der Wille gewährt dem Geiste die Möglichkeit der Einwirkung auf sich selbst, auf den Organismus, auf die Umgebung, auf die Welt. Ohne den Willen wäre das Denken nur ein Träumen, das Wollen nur ein Wünschen.

Jedes Erlernen einer körperlichen und geistigen Fertigkeit ist auf willensmäßige Übung zurückzuführen. Erst durch die aktive Aufmerksamkeit, durch das gewollte Denken erwerben wir eine wirkliche Herrschaft über die in uns abgelagerten Erinnerungsbilder und Assoziationen. Die Bedingungen zur Erreichung neuer und großer Ziele: Fleiß, Ausdauer, Mut, Organisation, Disziplin sind Willensäußerungen. Die gewaltigen Bauwerke, welche den Stürmen der Weltgeschichte getrotzt haben, sind Willensdenkmäler vergangener Geschlechter, aus mächtigen Gefühlen hervorgegangen, welchen der Wille Dauer verliehen hat.

Die Willensbildung ist der wesentlichste Teil der Erziehung, sowohl in moralischer wie körperlicher wie intellektueller Hinsicht. Selbstbeherrschung beruht auf Übung der willensmäßigen Hemmungen, d. h. der Unterdrückung von Affekten, Gefühlen, Stimmungen, Bewegungen.

Der Wille ist in der Tat bildungsfähig; er kann und muß geübt und entwickelt werden. Er übt sich durch seine Anwendung und paßt sich dem Bedürfnis an, d. h. er entwickelt sich an den Aufgaben, welche ihm durch die Verhältnisse, durch Neigung, durch Zwang gestellt werden. Er kräftigt sich durch Ueberwindung der Widerstände und findet zugleich an diesen eine wohlthätige Hemmung, welche ihn vor der Ausartung in launische Willkür schützt. Je bequemer es dem Menschen gemacht wird, desto mehr ist er in Gefahr, seinen Willen ungeübt zu lassen und ihn vor die flüchtigen Begehrungen des Augenblicks zu spannen. Eine beachtenswerte Lehre für die Erziehung!

Wir gewinnen durch diese Beziehungen auch ein Verständnis dafür, daß jemand für ein gewisses Gebiet der Betätigung willenskräftig, für ein andres willensschwach sein kann. Der energische Denker braucht im praktischen Leben nicht energisch zu sein, während der Mann, welcher genötigt ist, sich im Kampf des Lebens hindurchzuringen, Energie in äußeren Willenshandlungen besitzen wird, ohne deshalb notwendigerweise auch fähig zu sein, wissenschaftlichen Problemen mit Energie des Denkens nachzugehen. Die Gruppe von Zielvorstellungen, denen ein Mensch nachstrebt, an denen er seinen Willen übt, ist von seiner Anlage, seiner Neigung, seinem Charakter und von einer ganzen Menge äußerer, zum Teil zwingender Verhältnisse abhängig. Es gibt freilich Persönlichkeiten, welche durchweg, in inneren wie äußeren Willenshandlungen, energisch sind, aber auch diese zeigen oft Lücken ihrer Energie, eine Achillesferse, z. B. gegenüber ihren Gewohnheiten. Anderseits gibt es durchweg schlaffe Naturen, welche aber trotzdem auf einem umgrenzten Gebiet ihrer

Neigung, vielleicht einer verbrecherischen, sich einen gewissen Partialwillen ge-
züchtet haben. Es gibt alle möglichen Schattierungen der Willensanlage, z. B.
diejenige, bei welcher die Menschen zwar energisch im Wollen sind, sich aber
selbst keine bestimmte Zielvorstellung bilden können, welche man ihnen vielmehr
weisen muß, während andre wohl feste Willensziele haben, es aber aus Be-
quemlichkeit an der Ausdauer des Wollens fehlen lassen.

Man hat gesagt, daß, wenn das Denken ebenso ein Willensvorgang sei
wie das Handeln, eigentlich jeder intelligente Mensch auch in äußeren Willens-
handlungen energisch sein müsse. Aber diese Folgerung oder dieser Einwand
berücksichtigt eben nicht, daß die Willensstätigkeit sich nach ganz bestimmten Be-
dingungen entwickelt, wie ich auseinandergelegt habe.

Es scheint nun ein Widerspruch zu sein, daß der Wille zu höheren Zielen
aufsteigen kann, obwohl er nur bereits vorhandene Erinnerungsbilder und Vor-
stellungen zu verstärken vermag. Man sollte hiernach meinen, daß er nur Vor-
handenes bessern, aber nichts Neues schaffen könne.

Allein das, was wir neu nennen, ist ja stets in seinen Wurzeln bereits im
Früheren enthalten; einer steht auf den Schultern des andern. Man kann durch
Vergleichung, Gegenüberstellung, Analyse von Vorstellungen neue Beziehungen,
neue Gesetzmäßigkeiten finden, neue Vorstellungen bilden. Man kann durch
Kombinationen, Aneinanderreihung, Umgruppierung von Fertigkeiten zu neuen
Fertigkeiten gelangen.

So kann der Wille, obwohl er nur mit den im geistigen Archiv abgelagerten
Erlebnissen arbeitet, doch zu neuen, über diese hinausreichenden Leistungen ge-
langen. Ja, auch Zielvorstellungen, welche weit über die Erlebnisse hinausragen,
kann ein vorausschauender Geist realisieren, wenn er ihre Ausführbarkeit auf
Grund seiner Erfahrungen, d. h. seiner Erlebnisse, erkennt und wenn der Wille
den Weg dahin zu finden weiß. Die Erfindung des lenkbaren Luftschiffes durch
Graf Zeppelin ist ein klassisches Beispiel dafür, wie vorausschauende Genialität
in Verbindung mit eisernem Willen einen Fortschritt vollbringt, welcher das
Bild der Kulturwelt mit einem Schläge verändert.

Der Wille beherrscht jedoch nur das, was er erlebt und geübt
hat. Ohne Fleiß ist kein großer Erfolg zu erreichen. Die militärische Er-
ziehung ist psychologisch auf dem richtigen Wege. Der Drill vom kleinsten
hinauf ist nötig, wie für den Virtuosen die Fingerübung. Oft mißlingt
das Wollen nur deshalb, weil in kleinen Dingen Übungs-lücken vor-
handen sind.

Nun, dann wäre der Wille doch wohl weiter nichts als der genötigte Ab-
lauf der abgelagerten Assoziationen?

Keineswegs! Denn eben der Wille hat ja durch Übung die Assoziationen
gefügt! Ueberhaupt spielt er bei der Bildung der Erinnerungsbilder und Ver-
knüpfungen eine wesentliche Rolle. Denn die willensmäßig gespannte Auf-
merksamkeit befestigt dieselben ganz besonders. Wir behalten einen Eindruck viel
besser im Gedächtnis, wenn wir scharf aufpassen.

Indem der Wille Zielvorstellungen verwirklicht, eilt er der Gegenwart voraus; indem er Eindrücke festhält und Entschlüsse faßt, gibt er dem Gegenwärtigen Dauer; indem er Erinnerungsbilder wachruft, früher Erlerntes ausführt, beherrscht er Vergangenes. So verbindet der Wille Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und löst den Menschen aus der Umarmung des Augenblicks. Der Wille ist die vornehmste Eigenschaft des menschlichen Geistes, ein Funken der Göttlichkeit. So meint es Goethe in seinem Gedicht „Das Göttliche“:

Nur allein der Mensch
 Vermag das Unmögliche:
 Er unterscheidet,
 Wählet und richtet;
 Er kann dem Augenblick
 Dauer verleihen.

Doch nun zurück zu unserem Ausgangspunkt: den Erscheinungen des Willens in der großen Gegenwart.

Die Leistungen unsrer Truppen in dem gegenwärtigen Kriege lassen uns die Macht des Willens über den Körper in ihrer ganzen Bedeutung erkennen. Welche ungeheuren muskulären Leistungen sind dort stellenweise bei oft ungenügender Ernährung und unzureichendem Schlaf vollbracht worden, scheinbar gegen alle physiologischen Gesetze; welche Strapazen sind ertragen worden! Welche unerhörte Beanspruchung der Nervenkraft fordert das Aushalten im Trommelfeuer! Welche Fülle von Gemütsindrücken und Unlustgefühlen muß bei monatelangem Ausbarren in feuchten Erdböchern, verpestendem Leichengeruch, beständig den Tod vor Augen, niedergekämpft werden!

Alles dieses leistet der ungebeugte Wille. Die eisern festgehaltene Zielvorstellung entfaltet ihre bewegende und ihre hemmende Kraft. Und deutlich erkennen wir die Wurzeln dieser Kraft in den Gefühlen.

Die begeisterte Stimmung, das Begehren des Sieges sind mächtige Hebel des Willens. Die Gefühle sind umgewertet, so daß das Brausen der Schlacht schauerlich schön erscheint; die Gefahr lockt, es zieht den Mann hinein in alle Schrecken des Ringens, das gefürchtete Sterben selbst erhält einen Lustgefühlston — *dulce est pro patria mori*.

Aber es ist noch etwas mehr, was das Wollen richtet und ihm den Erfolg sichert. Wie man nicht ewig zornig sein kann, wie die Liebesglut nicht ewig währt, so bleibt auch die Begeisterung nicht stets auf gleicher Höhe. Sie kann wohl immer von neuem entfacht werden, aber sie bildet für sich einen nicht hinreichend verlässlichen Faktor. Sie ist auch nicht für alle Situationen brauchbar; im fröhlichen Angriff lodert ihr Feuer hoch, im zermürbendem Stellungskampf würde sie leicht an Bündstoff verlieren, wenn sie nicht noch einen dauerhaften Genossen besäße: die Pflicht.

Die Pflicht stellt eine Bindung des Willens in der Art dar, daß demselben bestimmte, bedingungslos zu erfüllende Ziele gesteckt sind, zum Teil von andrer Seite, zum Teil von uns selbst. Das Müssen hebt das Wollen keineswegs

auf. Die gemußte Handlung bleibt eine Willenshandlung, nur daß uns die Unbequemlichkeit der Wahl erspart ist. Ein besonders wichtiger Teil dieser pflichtmäßigen Willensbindungen hat zum Ziele die Förderung der menschlichen Gesellschaft in ihren verschiedenen Gruppierungen als Familie, Staat, Heer usw., auch die Förderung des Individuums, insofern es ein Teil dieser Gesellschaftsgruppen ist. Die pflichtmäßige Gebundenheit schließt die Unterordnung der persönlichen Willensziele unter allgemeinere und höhere Willensziele ein.

Die Pflicht beschränkt sich nicht auf die Erfüllung des gegebenen umgrenzten Willenszieles überhaupt, sondern erstreckt sich auch auf die Art, wie dieses zu erreichen ist: nämlich die größte Willensintensität aufzubieten und sich selbst wiederum diejenigen Unterziele zu setzen, welche geeignet sind, die Aufgabe zu erfüllen. Insofern besteht auch für den pflichtmäßig gebundenen Willen hinreichende Möglichkeit zur freien Entfaltung. Und eben deshalb wird auch die pflichtmäßige Willenshandlung durch Stimmung, Arbeitsfreudigkeit, Begeisterung wesentlich gefördert.

Das pflichtmäßig gebundene Wollen ist in gewissem Sinne ein freies Wollen, denn durch unser Pflichtgefühl billigen wir die Motive der pflichtmäßigen Gebundenheit, die wir uns übrigens oft selbst auferlegen. Daß das Pflicht- und Verantwortungsgefühl dem Menschen angeboren ist, erkennen wir z. B. aus der triebmäßigen Erfüllung der Mutterpflichten. Immerhin muß die Pflichterfüllung durch Erziehung und Übung geträgt werden. Denn die Stärke des pflichtmäßigen Wollens soll so beschaffen sein, daß es über alle andern Gefühle wie Furcht und Begehrungen aller Art, ja auch über körperliche Schmerzen und objektive Hemmnisse obsiegt. Der Militarismus ist die erfolgreichste Pflichtschule. Wie uns denn der Krieg das höchste Maß eiserner Pflichterfüllung zeigt: die unbedingte Hingebung des eignen Selbst.

Die Bindung des Willens durch die Pflicht folgt tiefbegründeten Gesetzen der Natur. Was wir als Pflicht fühlen, dient dem Wohle der Gemeinschaft und ist daher sittlich gut.

Auf pflichtmäßige Bindungen der Willensziele der einzelnen gründet sich zum großen Teil die Ordnung und Macht der Staatsgemeinschaft und anderer Bevölkerungsgruppierungen sowie auch der Kulturfortschritt. Die Entwicklung und Kräftigung des Pflichtbewußtseins stützt sich erfahrungsgemäß wiederum nicht allein auf Vernunftgründe, sondern auch auf Gefühle, wie Ehrgefühl, Furcht vor Strafe usw. So hat der Eindruck der unserm Vaterlande drohenden Gefahr die Gefühle der Vaterlandsliebe und damit das Bewußtsein der Pflichten gegen die staatliche Gemeinschaft in machtvoller Weise geweckt.

Wir erkennen hier die erzieherische Bedeutung des Krieges für die Entwicklung und Vervollkommenung der höchsten menschlichen Willensrichtung: der Pflicht. Was Einsicht und Vernunft nicht zuwege bringt, wird erfüllt durch die Not der Zeit und die ihr entsprossenen Gefühle. Diese Vervollkommenung wird uns nie wieder ganz verloren gehen: denn sie ist erlebt.

Von welcher Bedeutung für die Entwicklung des Pflichtbewußtseins Gefühlsmomente sind, erfahren wir bei der Kindererziehung. Sehr treffend nennen wir moralische Einwirkungen auf den Willen: jemand etwas zu Gemüte führen. Wie sehr kann z. B. der Appell an das Ehrgefühl auf die Willensrichtung wirken!

Das kleine Wollen des Alltagslebens ist jetzt verdrängt durch die großen Willensziele, welche die große Zeit geprägt hat, wie das Gefühlleben des Alltags von den Eindrücken der Weltkatastrophe überlagert ist. Wie drehte sich sonst das Leben in kleinem Kreise, der uns groß erschien! Und nun: die politischen Begebenheiten von weltgeschichtlicher Größe, in welche jeder einzelne sich hineingezogen sieht, die vaterländische Begeisterung, das erhebende Gefühl der Einmütigkeit, der verbindende Zorn, die Trennung von Angehörigen, Sorge und Trauer um sie, die Hinwendung zur göttlichen Vorsehung, die Nächstenliebe, das Elend so vieler Volksgenossen, die Todesopfer! Wie sollte das alles nicht Denken und Wollen verändern?

Nach psychologischen Gesetzen hängt die subjektive Wertung der Eindrücke und Gefühle vom Erlebnis ab. Das Ueberstehen einer Gefahr, ein Trauerfall in der Familie, eine schwere Sorge um Angehörige, eine große, das allgemeine Mitgefühl erregende Katastrophe läßt uns die alltäglichen Begebenheiten und Eindrücke kleiner erscheinen. Wie winzig kommen uns dann Dinge vor, welche wir vorher hoch bewertet, welche uns bewegt und erregt hatten. So ändern sich unsre Wertungen durch die Lebenserfahrungen. Uns erscheint das, was das Kind ernst bewegt, oft kleinlich, „kindisch“. Unsre Persönlichkeit wächst durch große Erlebnisse, weil uns das, was uns vorher bewegte, an dem gemessen, was wir inzwischen erlebt haben, klein erscheint. Der Gefühlswert eines Erlebnis-inhaltes hängt ab von der Bedeutung, welche wir demselben zuschreiben, und diese wiederum von unserm Erfahrungsumfang, von unsern Gesichtspunkten, unsrer Lebensstellung, unsrer Einsicht, kurz von der Konstellation der unser „Ich“ betreffenden Verhältnisse. Der Verlust einer Summe Geldes, welcher dem Unvermögenden großen Schmerz bereitet, wird dem Reichen keine nennenswerte Gemütsregung verursachen. Das Parteigetriebe erscheint uns, an den großen patriotischen Ideen gemessen, kleinlich. Wer von hochragenden Ideen erfüllt ist, sich umfassende, weitschauende, in den Zusammenhang der Dinge tief eindringende Gesichtspunkte zu eigen gemacht hat, sieht mit Mißbehagen auf Kleinliches, philiströses Gebaren, auf Zunftgeist hinab. Nicht anders ist es mit religiösem, mit künstlerischem Fühlen! Die Erlebnisse und Eindrücke des Krieges überlagern aber nicht bloß die Gefühle, welche uns bis dahin bewegten, sondern erfüllen uns mit Gefühlen von besonderer Art, nämlich solchen, die auf das Allgemeine, auf die Volksgenossenschaft gerichtet sind, Das Individuum sieht sich nicht mehr im Mittelpunkt des Daseins, sondern als Glied der großen ganzen Nation, mit deren Schicksal das seinige untrennbar verbunden ist.

Alle diese Gefühle, welche nicht bloß die Kriegsteilnehmer, sondern den gesamten Volkskörper betreffen, verleihen dem Wollen Schwingen, indem

sie einerseits Willensziele formen, anderseits die Intensität des Willens steigern.

Wenn aber jene Psychologen recht hätten, welche meinen, daß es keinen Willen gibt, sondern daß unsre Handlungen lediglich automatisch durch die Intensität und Gefühlsbetonung der Vorstellungen ausgelöst werden, so würde es mit der Verlässlichkeit auf den Siegeswillen schlecht stehen. Steuerlos würde das Schifflein unsers Handelns, vom Winde der Gefühle geblasen, dahinschwanken. So ist es aber nicht. Der Wille hält die Gefühle fest, ruft sie dem Bewußtsein immer wieder zurück, umklammert die einmal angeregten Zielvorstellungen und äußert sich in stetig sich erneuerndem Wollen. Und vielfach nehmen die aus dem Gefühl geborenen Willensziele die feste Form der Pflicht an, der freiwillig gewählten und übernommenen, welche nunmehr den Hauch der Gefühle überdauert.

Wie wäre auch die Wirkung des Willens bei unsern Kriegern denkbar, wenn wir kein aktives Wollen besäßen? Wie könnten wir sonst verstehen, daß der Wille all jene Gefühlseindrücke, welche für gewöhnlich das Wollen bestimmen, wie Hunger- und Durstgefühle, Ermattung und Schmerzen, Grauen und Schreck, im Dienste der Zielvorstellung überwindet, daß er die fast versagenden Muskeln immer aufs neue anpeitscht, den Organismus um seinen Schlaf betrügt?

Befolgen wir nun, welche weiteren Wirkungen der tyrannische Wille auf den Organismus ausübt.

Der letztere pflegt sich nach allgemeinen physiologischen Gesetzen den Anforderungen anzupassen; denn die Leistung verzehrt den Körper nicht, sondern die Übung kräftigt ihn. Der Muskel wird durch den Gebrauch stärker; ungewohnte Bewegungen vollziehen sich mit zunehmender Übung immer leichter und sicherer, worauf ja das Einüben von körperlichen Fertigkeiten beruht, ja die geübte Arbeit wird mit geringerem Stoffverbrauch geleistet, der Organismus arbeitet ökonomischer. Freilich gibt es gewisse Grenzen der Anforderungen, welchen der Organismus nicht mehr gewachsen ist und bei denen die Anpassung versagt; sie hängen von der Konstitution des Organismus ab. Im allgemeinen ist die Leistungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit des Körpers viel größer und in viel höherem Grade steigerungsfähig, als man glaubt. Ein Rest der ursprünglichen Wildnisnatur hat sich im menschlichen Organismus durch all die Zeiten verweichlichender Kultur hindurch doch noch erhalten. Wir wecken nur die verborgenen Kräfte nicht, weil wir es nicht nötig haben und weil die Gelegenheit fehlt. Der Sport springt hier ein, indem er die Gelegenheit gibt und den Willen anspornt. Dadurch, daß die Körperkräfte angespannt werden, daß aus dem Organismus herausgeholt wird, was er herzugeben vermag, erzwingt man seine Kräftigung, denn dieselbe steht gemäß der Anpassung im Verhältnis zur vollbrachten Leistung. Der Organismus lernt große Leistungen bei möglichst ökonomischer Muskel-tätigkeit zu vollbringen. Auch schwächliche Menschen können durch ausdauernden Willen ihren Körper stählen; nur muß eben das Maß der Anforderung ihrer Widerstandsfähigkeit entsprechend gewählt werden. Bei jungen

Freiwilligen sah man bei der Ausbildung und im Felde Wunder von Kräftigung eintreten. Soll die Leistung kräftigend wirken, so bedarf der Organismus eingetragener Ruhepausen, in welchen der Erfaß für die verbrauchte Substanz reguliert wird. Im Schlafbedürfnis drückt sich dieses natürliche Regulierungsbestreben aus. Eine wirkliche Kräftigung erfolgt nur durch Uebung. Ruhe an sich kann nicht kräftigen, sondern dient nur zum Ausgleich der Tätigkeit. Alles im Organismus ist auf Aktivität eingerichtet; durch sie erhält und erneuert sich die organische Substanz.

Die kräftigende Wirkung des Willens beschränkt sich dabei nicht auf die dem Willen unmittelbar zugängliche Muskulatur, sondern erstreckt sich auch mittelbar auf das Herz und die Blutzirkulation sowie die Atmung, auf die Drüsentätigkeit und den Stoffwechsel, welche sämtlich der Uebungsfähigkeit unterliegen. Auch die Leistungsfähigkeit der Nerven, deren Tätigkeit ja alle Bewegungen vermittelt und auch bei dem Blutumlauf, der Drüsenabsonderung und dem Stoffwechsel mitwirkt, wird erhöht.

Unstreitig wird endlich auch die Willenstätigkeit selbst als geistige Energie gestärkt.

Die Ueberwindung der Ermüdungsempfindungen und der durch die Strapazen verursachten Schmerzen und Unlustgefühle durch den Willen ist gleichfalls als eine Kräftigung des Nervensystems anzusehen. Denn diese Gefühle entfalten an sich eine hemmende Wirkung auf die Tätigkeit, welche nun durch das Schwungrad des Willens überwunden wird.

Aber ist dies nützlich? Dienen nicht gerade diese Schmerzen und Unlustgefühle als Signale für den Organismus, welche ihm zurufen: Genug! Es ist Zeit zu ruhen!? Gewiß. Es kommt auch vor, daß der Wille, solcher Zeichen nicht achtend, dem Körper Schaden zufügt. Das sehen wir z. B. im Leben und in der Praxis, wenn im zu schwachen Körper ein mächtiger Wille wohnt; das sah ich oft bei zarten Frauen mit großem Willen, mit hochragendem Pflichtbewußtsein. Das sahen wir im Felde, wenn, wie es vereinzelt vorkam, Kranke mit beginnendem Typhus, vor ihrem Krankheitsgefühl sich nicht beugend, Gesechte mitmachen.

Anderseits jedoch müssen die hemmenden Empfindungen bis zu einem gewissen Grade unterdrückt werden, falls der Organismus den Willenszielen dienstbar gemacht werden soll. Denn dies bedeutet den Sieg des Geistes über den Körper, wie wir ihn in gleicher Weise in der Unterdrückung der Angst, des Schreckens usw. erkennen. Die Beherrschung solcher Affekte durch den Willen bildet ja geradezu einen Teil der Erziehung. Die Affekte führen zu heftigen Muskelbewegungen, das Herz schlägt, die Atmung ist gesteigert, die Blutgefäße zeigen krampfhaftes Verengerungen und Erweiterungen, wie sie sich im Erblassen und Erröten kundgeben, die Drüsentätigkeit ist erhöht (Tränen- und Schweißabsonderung usw.), ja sogar die Magen- und Darmtätigkeit wird beteiligt. Diese Affektbewegungen sind als Entladungen der durch den Affekt gesetzten Nervenpannung anzusehen, wie denn auch mit solcher Entladung der Affekt sich löst. Der

Wille vermag nicht allein diese Entladung, sondern den Affekt selbst zu hemmen, und dies ist zweifellos von hygienischem Wert, indem das Nervensystem vor Erschütterungen bewahrt bleibt bzw. die Erschütterungen desselben wenigstens abgeschwächt werden. Menschen mit schwachem, reizbarem Nervensystem leiden bekanntlich an einem erhöhten Hervortreten von Gemütsregbarkeit und körperlichen Entladungen der Affekte. Die Kräftigung ihrer Nerven verrät sich durch das Wiedergewinnen der Selbstbeherrschung. Wenn schon für die Zwecke des alltäglichen Lebens eine willensmäßige Affektbeherrschung erforderlich ist, so erreicht dieselbe den denkbar höchsten Grad beim Krieger. Der stärkste Affekt: das Entsetzen vor dem drohenden Tode, muß ohne mit der Wimper zu zucken überwunden, die Willenshandlung des Kämpfens und Standhaltens darf durch den Affekt nicht gestört werden. Auch bei der Affekthemmung sehen wir die Wirkung des Willens tief hineinreichen in die seinem Einfluß sonst entzogenen Vorgänge. Die Tätigkeit des Herzens und der Blutgefäße, die Drüsentätigkeit und andre rein vegetative Vorgänge werden bei der Hemmung der Affekte mittelbar dem Willen zugänglich gemacht.

Eine weitere Willenswirkung erblicken wir in der Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegen äußere Schädlichkeiten (Kälte, Nässe, Wind und Wetter usw.). Um dies zu verstehen, müssen wir einen kurzen Ausblick auf die Vorgänge, welche im Organismus bei der Einwirkung äußerer Schädigungen ablaufen, werfen. Der Organismus ist so eingerichtet, daß er Störungen, welche durch eine irgendwie geartete äußere oder innere Einwirkung bedingt sind, auszugleichen sucht. Ohne diese Einrichtung wäre er nicht dauerfähig, ohne sie würde er sich im Kampf mit den Naturkräften nicht behaupten können; auf ihr beruht auch das Selbstheilungsbestreben des Organismus, welches die Grundlage jeder Möglichkeit der ärztlichen Behandlung bildet. Eine Abkühlung z. B. erzeugt Zusammenziehung der Blutgefäße der Haut, wodurch die Wärmeabgabe verringert und der Bestand der Blutwärme erhalten wird, eine Erwärmung im Gegenteil Erweiterung der Blutgefäße eventuell Schweißabsonderung, um durch vermehrte Wärmeabgabe bzw. Verdunstung einer Erhöhung der Eigenwärme des Körpers vorzubeugen, usw. Wir nennen diese Ausgleichungs- und Anpassungsvorgänge, welche wir in der verschiedensten Form vorfinden, Regulationen. Wenn es dem Organismus nicht gelingt, sich abnormen Lebensbedingungen, störenden äußeren oder inneren Einwirkungen vollständig anzupassen, tritt das auf, was man Krankheit nennt. Auch in dieser aber macht sich das Regulationsbestreben geltend und kann schließlich zur Heilung führen. Ja die Krankheits Symptome selbst sind zum großen Teil nichts andres als Regulierungsvorgänge. Eine in den Magen gelangte Schädlichkeit kann Erbrechen auslösen; wird sie nicht vollständig entfernt, so können beschleunigte Darmentleerungen auf ihre weitere Entfernung hinwirken. Wenn eingebrungene Bakterien eine Eiterung erzeugen, so ist dies an und für sich ein nützlicher Vorgang, durch welchen die Bakterien vernichtet und ihr weiteres Vorbringen in den Körper verhindert werden kann. Bei allgemeinen Infektionen

bildet der Körper Gegengifte, welche die Bakterien zu vernichten geeignet sind. Eine Verwundung löst sofort Vorgänge aus, welche auf die Heilung der Wunde hinzielen. Ja bei niederen Organismen können sogar ganz abgetrennte Teile sich wieder Neubilden. Ist bei einer Abkühlung des Körpers die Regulierung ungenügend, so tritt eine Erkältungskrantheit auf. Man kann sagen, daß jede dem Organismus widerfahrne Störung bis zum schwächsten Reiz hinunter sofort eine Reihe von Vorgängen auslöst, welche dahin wirken, die Störung zu beseitigen, was dem Organismus freilich nicht immer gelingt.

Diese Regulierungsvorgänge sind nun gleichfalls übungsfähig, wie wir es z. B. bei der Abhärtung erfahren. Der Einfluß der Übung betrifft nämlich auch solche Verrichtungen, welche dem Willen nicht unterworfen sind. Gewisse ärztliche Behandlungsmethoden, nämlich die sog. physikalische Behandlung (Wasserbehandlung usw.) haben zum Zweck, die Regulierungen anzuregen und zu üben. Durch die mit dem Kulturleben verbundene Verweichlichung sind dieselben vielfach abgeschwächt. Die Ansprüche des Feldlebens, der Aufenthalt in der frischen Luft, die Einwirkung von Kälte, Wind und Wetter ist geeignet, die Regulierungen zu üben und zu kräftigen. In der Friedenspraxis stoßen wir häufig auf einen ablehnenden Widerstand gegen abhärtende Maßnahmen, weil die willensschwachen Patienten die unangenehmen Kälteempfindungen scheuen oder sich zu erkälten fürchten. Die Erkältungsfurcht ist in allen Ständen in übertriebenem Maße anzutreffen. Im Kriege jedoch bestehen größere Gefahren, denen gegenüber die Scheu vor der Witterung wenig gewertet wird. Frohen Mutes und unbedenklich setzt man sich Tag und Nacht Wind und Wetter aus, mit andauernder und durch den Gebrauch gekräftigter Energie und mit dem Erfolg, daß die Widerstandsfähigkeit und Abhärtung zunehmend größer wird. So arbeitet der Wille im Dienste jener Regulierungen, und mancher weiche Stubensitzer wird ein wetterharter Mann und hat für sein ganzes künftiges Leben den Mut der Abhärtung gewonnen.

Auch der Mangel an Bequemlichkeit, das harte Leben im Felde wirkt, so sonderbar es klingt, kräftigend ein. Der Körper paßt sich an die Rauheiten des Naturlebens an. Man lernt auf hartem Lager ausruhen und schlafen, die Nerven finden Ruhe trotz den Druckempfindungen und dem Geschützdonner und gewinnen die Fähigkeit, sich schnell zu erholen. Die Muskeln wissen auch in unbequemer Lage zu erschlaffen. Der Kulturmensch lernt, daß Hunger der beste Koch, Ermüdung das beste Schlafmittel, ein hartes Lager bei einfacher Lebensweise besser beförmlich ist als weiche Kissen und üppige Kost. Der Wille zu einfacher, naturgemäßer Lebensweise ist sicherlich bei vielen Kriegsteilnehmern geweckt worden.

Wenn oben davon die Rede war, daß die Stimmung auf den Willen wirkt, so möge nun einer merkwürdigen Wechselwirkung des Willens auf die Stimmung gedacht werden. Der Wille vermag auf dem Wege der Vorstellungstätigkeit auf die Stimmung Einfluß zu gewinnen. Man kann sich willensmäßig Vorstellungsinhalte wachrufen, welche stimmungserhöhend oder im Gegenteil verstimmend wirken. Beim Auftauchen von Erinnerungsbildern, welche Erlebnisse

von bestimmtem Gefühlston betreffen, kommt es häufig genug vor, daß ganz plötzlich die Stimmung beeinflusst wird. Sie begegnen z. B. jemandem, von dem Sie wissen, daß er feindselig gegen Sie gehandelt hat; dies wird eine wenn auch vielleicht nur vorübergehende Mißstimmung bei Ihnen erwecken. Das gleiche ist der Fall, wenn man willkürlich seine Aufmerksamkeit auf bestimmte gefühlbetonte Vorstellungen lenkt. So kann der Wille, wie bereits oben bemerkt wurde, beim eignen Ich Stimmungen patriotischer Art zurückerufen und festhalten, sich selbst begeistern. Also nicht bloß die Hemmung, auch die Erzeugung von Stimmungen fällt dem Willen zu und damit wiederum eine mittelbare Beeinflussung vegetativer Vorgänge, wie wir sie oben kennen gelernt hatten. Denn die Stimmung ist eine Art von Affekt. Die gehobene Stimmung wirkt nicht allein auf das bewußte Empfinden, indem äußere und innere Reize, ja sogar Schmerzen weniger gefühlt werden, sondern sie entfaltet auch Erregungen, welche auf Herz, Blutgefäße, Drüsentätigkeit, Unterleibsorgane ausstrahlen, und kann triebartig Handlungen von großer Kraft hervorrufen. So schlägt der Wille einerseits wiederum Brücken in das Reich des Unbewußten und weiß anderseits Handlungen durch Vermittlung des Gefühlslebens einen mächtigen Anstoß zu geben.

Auch bei einem andern Kampf tritt uns der Einfluß des Willens entgegen: beim Kampf mit der Krankheit. Die gegenwärtige Zeit hat dies so recht erkennen lassen. Neurasthenische Patienten, welche sich bis dahin gern egozentrischer Selbstbeobachtung hingegeben hatten, sind von ihrem Weh und Ach abgezogen worden. Auch Kranke mit organischen Leiden fühlten ihre Beschwerden nach dem Kriegsausbruch weniger, schenkten ihnen weniger Beachtung. Leute, die aus Gesundheitsrücksichten nur ganz sich selbst lebten, stellten sich in den Wohlfahrtsdienst. Ja, ältere Kriegsteilnehmer, denen der Arzt dringend eine Badekur verordnet hatte, zogen anstatt dessen in den Feldzug — und es ging auch so!

Kein Wunder! Jede Krankheit hat zwei Gesichter, ein äußeres und ein nach innen gekehrtes, das sind die Krankheitsgefühle. Diese sind, ob organisch bedingt oder nicht, stets von dem gesamten Komplex des subjektiven Ich abhängig und somit durch stärkere Gefühle verdrängbar und der Hemmung durch den Willen zugänglich. Triumphiert doch der Wille auch über all die peinigenden Gefühle, welche die Strapazen dem Krieger auferlegen!

Nicht bloß die Ärzte, auch die Laien wissen es, wie der Wille des Kranken mitspricht. Der Willensschwache ergeht sich in Klagen, lechzt nach Mitleid und Teilnahme, befindet sich dauernd in gedrückter und unglücklicher Stimmung und überläßt sich widerstandslos seinem Krankheitsgefühl. Der Willenskräftige dagegen sucht sich über sein Leiden zu stellen. Er lenkt sich selbst von seinen Beschwerden ab, arbeitet mit an der Besserung, strebt, wo es möglich ist, den Gesundheitsdefekt auszugleichen, kommt mit Ausdauer den ärztlichen Verordnungen nach und ist bemüht, auch als Kranker sich möglichst innerhalb der menschlichen Gesellschaft zu stellen. Er leidet auch nicht selten tatsächlich

weniger als der Willensschwache, weil er sein Krankheitsgefühl durch Lebensgefühl verdrängt. Uebrigens wirkt unzweifelhaft der positive Gefühlston der Stimmung günstiger auf die vegetativen Organtätigkeiten ein als die Verstimmung. Aber oft weiß das stille Heldentum im Krankenzimmer nur die Klagen zu unterdrücken. Der Wille, der göttliche Funken, leuchtet durch die Finsternis des Leidens. „Lerne leiden, ohne zu klagen!“

Wie der Wille die natürlichen Affekte und die mit ihnen verbundenen Gefühle und Ausdrucksbewegungen zu hemmen vermag, so auch krankhafte, nervöse Erregungszustände wie Angst, Unruhe, Zuckungen, nervöse Unlustgefühle aller Art, nervöses Herzklopfen, gewisse Formen von Schlaflosigkeit. Diese Hemmungen geschehen durch Unterdrückung der krankhaften und Hinwendung der Aufmerksamkeit zu beruhigenden Vorstellungen und sind in hohem Grade Übungsfähig.

Der Wille des Kranken äußert sich ferner in der ausdauernden Durchführung von Heilkuren wie Bewegungsübungen, gymnastischen Prozeduren, Abhärtung, Diäturen usw. Sehr häufig macht der Arzt die Erfahrung, daß die Geduld der Patienten zu früh erlischt — der größte Fehler bei jedem Kampf. Wie die Ausdauer wichtig für die Erreichung großer Ziele, wie ohne Fleiß nichts Bedeutendes zu schaffen ist, so ist auch bei der physikalischen Krankheitsbehandlung Ausdauer von größter Bedeutung. Mögen unsre Kriegsverstümmelten dies bedenken und dem Ziele, zu der Möglichkeit einer Betätigung zu gelangen, durch unentwegtes Leben entgegenstreben.

Energie des Kranken und des noch Gesunden gehört auch zu gesundheitsgemäßer Lebenshaltung, zur Ablegung schädlicher Gewohnheiten und Neigungen. Das ist freilich der schwierigste Kampf, welchen der Wille zu bestehen hat: der Kampf gegen die eigene Front.

Wohl jeder hat den Gesundheitswunsch, aber nicht jeder den Gesundheitswillen. Man kann auch von einem Lebenswillen sprechen, welcher von einem sich unter allen Umständen durchsetzenden Lebensgefühl getragen wird. Er kann den Tod zwar nicht verscheuchen, aber ihm das Senseschwingen doch etwas sauer machen.

Doch nun von der Krankheit des Menschen zurück zur Krankheit der Welt, zum Kriege. Auch hier gilt es, die Krankheitsgefühle zurückdrängen, das Lebensgefühl aufrecht erhalten, das Gesundheitsziel vor Augen, ausdauernd zu sein, bis die Kur beendet ist. Unsre Willensziele beschränken sich aber nicht auf die Krankheit, sie umfassen auch die Rekoneszenz und die Vorbeugung vor neuen Erkrankungen.

Der Krieg zeigt uns, von welcher Bedeutung im nationalen Ringen die Gesundheit und körperliche Widerstandsfähigkeit eines Volkes ist. Der bei komplizierter werdendem Kulturleben stets drohenden Entartung muß zielbewußt entgegengetreten werden. Der Hochstand der Kultur braucht an sich nicht zur körperlichen und sittlichen Verweichlichung zu führen, im Gegenteil, wahre Kultur ist Pflege der körperlichen, sittlichen und geistigen Wohlfahrt.

Die Volksgesundheit in allen einzelnen Gliedern des Volkskörpers zu heben, muß unser Ziel sein. Wenn wir ein Volk von Helden sein und bleiben wollen, so sorgen wir auch dafür, daß wir nicht ein Volk von Stroluchsen werden. Vergessen wir auch nicht den schweren Kampf gegen die schädlichen Gewohnheiten der menschlichen Gesellschaft!

Vor allem aber muß, wenn das Willensziel der Gesamtheit erreicht werden soll, jeder Einzelne wie im Felde seinen Mann stehen. Der Krieg hat auch dem Indifferentesten die Augen darüber geöffnet, daß die Wohlfahrt jedes einzelnen auf der Wohlfahrt des Ganzen begründet ist und daß daher auch jeder zu seinem Teile an dieser mitwirken muß, um sich sein Anrecht an dem Mitgenuß zu verdienen und nicht als Parasit dazustehen. Auch hat der Krieg den Gesichtskreis für die Weltzusammenhänge und mit dem vertieften Verständnis auch den Umfang der vom einzelnen zu erfüllenden Willensziele erweitert. Der einzelne Mensch hat erkannt, daß er mit seiner Existenz sozusagen in der ganzen Welt wurzelt. Es kann ihm nicht mehr gleichgültig sein, was in fernen Ländern vor sich geht, ob die Völker dahinten aufeinander schlagen. Er hat erlebt, daß er zertrümmert werden kann, wenn ihn nicht der große Staatsorganismus, dem er angehört, schützt. Es ist zu hoffen, daß das so stark erlebte Gefühl der Zusammengehörigkeit der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und der Einzelindividuen, das Gefühl, mitwirken zu müssen, das in die Gehirnzellen durch die Wucht des Weltgeschehens eingedämmerte Willensziel „*Viribus unitis*“ uns nicht wieder gänzlich verloren gehen werde. Wäre dies der Fall, so wären wir des großen Erlebnisses nicht wert gewesen.

Die Volksgesundheit ist die unbedingte Voraussetzung politischer Machtstellung. Es wird nach dem Kriege viel über eine mehr hygienische Gestaltung unsres Daseins zu sprechen sein. Der ärztliche Stand muß noch viel mehr, als es bisher der Fall war, als sozialer Faktor und als hygienischer Berater in allen großen Fragen herangezogen werden. Von größtem Einfluß wird es sein, wenn auch nach dieser Richtung hin der Einzelne sein Tun und Lassen in Beziehung setzt zur allgemeinen Wohlfahrt und dessen eingedenk ist, daß er mit seiner Gesundheit nicht bloß sich selbst, sondern der Familie, dem Staat, den zukünftigen Geschlechtern verantwortlich ist. Das individualistische Sichausleben ist eine Verfehlung der natürlichen und sittlichen Gebote des Gemeinschaftslebens. Der Einzelne ist vergänglich, der Volkskörper unvergänglich — wenigstens nach unsrer irdischen Zeitrechnung.

Das Willensziel der Dauerhaftigkeit des Volkskörpers umschließt auch die Pflicht der Aufzucht von körperlich und seelisch gesundem Nachwuchs und der Erfüllung desselben mit konvergierenden vaterländischen Willensstreбungen.

Die Hingabe des Lebens seitens des Einzelnen im Kriege für die Erreichung des Willenszieles der Gesamtheit zeigt in höchster gefühlsmäßiger Ausprägung das Aufgehen des individuellen in den Massenwillen, welcher den Einzelwillen ebenso überlebt wie die Gemeinschaft das Individuum.

Der gegenwärtige Gesamtwille des Volkskörpers, welchen Blut und Tränen nur noch fester kitten sollen, das Gefühl der Verantwortlichkeit des Einzelnen für das Ganze, welches gegenwärtig in so erhebender Weise durch die allgemeine Dienstwilligkeit aller Bevölkerungsschichten in Erscheinung tritt, muß jedoch auch in der Zukunft als pflichtmäßige Willensrichtung dauernd festgehalten werden. Nur dann wird dem Schrecken eines Krieges ohnegleichen ein Glanz des Friedens ohnegleichen folgen. Denn stets wird dasjenige Volk sich der größten Wohlfahrt aller einzelnen Glieder erfreuen, bei welchem die Pflicht, für die Gesamtheit zu leben und zu wirken, in jedem Einzelnen dauernd lebendig ist.

Die Willensstärke der deutschen Frau in unsrer großen Zeit ist ein leuchtendes Beispiel für die zukünftigen Geschlechter. Mutig und zielbewußt füllt sie die Lücken aus, welche die Abwesenheit oder der Verlust des Mannes und Familienvaters gerissen hat. Im Felde wie in der Heimat wirkt sie erfolgreich mit an den gemeinsamen großen Aufgaben.

Ihr fällt auch für die Zukunft ein wichtiger Anteil zu. Die Gesundheit und die Willensbildung der künftigen Generationen ist zum großen Teil dem Mutterberuf der Frau überantwortet. Möchte sich die deutsche Frau stets ihrer großen Verantwortlichkeit bewußt bleiben! Nicht minder werden zahlreiche Zweige der Wohlfahrtspflege in noch viel größerem Umfange als bisher der Frauenarbeit bedürfen.

Der Krieg hat uns gelehrt und die Wissenschaft bestätigt es, daß wir in unserm Inneren Schätze des Willens besitzen, welche wir nur zu heben brauchen. In der Tat, es liegt alles in und an uns selbst. „In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne.“ Es ist an uns, das Fühlen und Wollen der Gegenwart festzuhalten und auf die kommenden Geschlechter zu übertragen.

Sagen wir es allen und sagen wir es immer wieder: in dem Boden eures Erinnerns trägt ihr reiche Schätze des Willens. Grabt, grabt! Lasset die Saat der Erlebnisse nicht verdorren! Das Vergessen ist der Tod des Willens! Grabt, schließet die Scholle auf, damit aus der Saat dauernd die reiche Frucht des Willens emporsprieße! Stabilisiert die gegenwärtigen Gefühle als einen „Rocher de bronze“, damit der Wille Dauer verleihe dem Augenblick!

Die völkerrechtliche Stellung des Papstes¹⁾

Von

Karl v. Stengel

I.

Solange der Papst Souverän des Kirchenstaates war, konnte nicht zweifelhaft sein, daß er als Oberhaupt eines souveränen Staates vollberechtigtes Mitglied der völkerrechtlichen Gemeinschaft und daher Subjekt des Völkerrechts sei.

Allerdings beruhte die internationale Stellung des Papsttums in Wirklichkeit nicht sowohl darauf, daß der Papst Souverän eines unbedeutenden italienischen Mittelstaates war, als darauf, daß er das Oberhaupt einer über die ganze Welt sich erstreckenden einheitlichen Religionsgesellschaft ist, die schon aus diesem Grunde, wenigstens in gewissem Sinne, internationalen Charakter an sich trägt,²⁾ und darauf, daß sich die katholische Kirche während des Mittelalters aus einer bloßen Religionsgesellschaft zu einem mächtvollen politischen Organismus entwickelt hatte. Daß bei der internationalen Stellung des Papstes seine Eigenschaft als Oberhaupt der katholischen Kirche in erster Linie in Betracht kam, zeigt sich namentlich darin, daß die päpstlichen Nuntzien und Legaten, auch wenn sie nicht oder nur nebenher die Interessen des Kirchenstaates zu vertreten hatten als Vertreter des Oberhauptes der Kirche von jeher als Gesandte im Sinne des Völkerrechts behandelt wurden und sogar im diplomatischen Korps eine bevorzugte Stellung einnahmen. Im übrigen wurde in der Praxis gewöhnlich der Unterschied zwischen der Eigenschaft des Papstes als Souverän des Kirchenstaates einerseits und seiner Stellung als Oberhaupt der Kirche andererseits nicht besonders hervorgehoben; man begnügte sich mit der Tatsache, daß der Papst unzweifelhaft Subjekt des Völkerrechts war. Anders gestaltete sich selbstverständlich die Sachlage, nachdem der Papst infolge der Besitzergreifung des Restes des Kirchenstaates im September 1870 durch die italienische Regierung seine weltliche Herrschaft vollständig verloren hatte. Allerdings konnte im Ernste nicht daran gedacht werden, den Papst völlig seiner völkerrechtlichen Stellung zu berauben. Dem stand nicht bloß der internationale Charakter der katholischen Kirche entgegen, sondern auch die Erwägung, daß alle Staaten, die katholische Untertanen besitzen, ein lebhaftes Interesse daran haben, daß der Papst nicht

¹⁾ Geffken, Die völkerrechtliche Stellung des Papstes in Holtendorff, Handbuch des Völkerrechts, Bd. II, S. 158 ff. — Vgl. auch die Ausführungen über „die römische Frage“ in den „Kirchenpolitischen Briefen“ VIII, X, XI, XII, XIII und XIV. Beilage der „Allgemeinen Zeitung“ v. J. 1896 Nr. 26, 51, 77, 101, 125, 150, 177 und die daselbst angegebenen Schriften.

²⁾ Bekanntlich zerfällt die griechische Kirche in eine Anzahl voneinander unabhängigen Landeskirchen; sie kann daher nicht in dem Sinne wie die einheitliche römisch-katholische Kirche auf internationale Stellung Anspruch machen.

Untertan weder des italienischen Staates noch irgendeines andern Staates werde, sondern in der Lage sei, in voller Unabhängigkeit und Selbständigkeit seines hohen Amtes zu walten.

Schon nachdem Sardinien im Jahre 1860 den größten Teil des Kirchenstaates besetzt und im März 1861 Cavour Rom als Hauptstadt des geeinten Italiens proklamiert hatte, warf sich die Frage auf, wie in Zukunft die internationale Stellung des Papstes zu regeln sei. Die italienische Regierung, welche hoffte, mit dem Papste zu einer Einigung zu gelangen, ließ den Entwurf einer Vereinbarung ausarbeiten, der deshalb beachtenswert ist, weil in demselben die Grundlage des späteren Garantiegesetzes zu erblicken ist.

Nach diesem Entwurfe sollte der Papst als Souverän, wenn auch ohne Gebiet, behandelt werden und deshalb persönlich unverleßlich und keiner Jurisdiktion unterworfen sein.

Dem Papste sollte so viel Vermögen — in erster Linie Grundbesitz — überwiesen werden, als nach gemeinsamer Uebereinkunft für die Bedürfnisse und die Würde des Heiligen Stuhles erforderlich erscheint. Dieses Vermögen sollte steuerfrei und jeder politischen Einwirkung der Regierung entzogen sein.

Gleiche Unverleßlichkeit wie dem Papst war dem Konklave und den während des Interims mit der Führung der Geschäfte des Heiligen Stuhles betrauten Würdenträgern in Aussicht gestellt. Dem Papst war das aktive Gesandtschaftsrecht zugesichert, alle seine Vertreter sollten unverleßlich sein, solange sie nicht notorisch die Aufgaben ihrer kirchlichen Mission überschritten. Jedermann sollte freien Zutritt zum Papste für kirchliche Unterhandlungen haben.

Für ein Uebereinkommen dieses Inhalts und mit dem Verzicht des Papstes auf die weltliche Herrschaft war die Eigenschaft eines Verfassungsgesetzes in Aussicht gestellt.

Bei Meinungsverschiedenheiten war die Anrufung zur Vermittlung der katholischen Mächte vorgesehen.

Der Vorschlag wurde durch Kardinal Santucci dem Papst Pius IX. vorgelegt, der sich keineswegs durchaus ablehnend gegen denselben verhielt. Die Vereinbarung scheiterte aber schließlich an dem entschiedenen Widerspruche Antonellis.

Als sich die italienische Regierung im September 1870 veranlaßt sah, den Rest des Kirchenstaates und die Stadt Rom selbst zu besetzen, machte sie nochmals den Versuch, zu einer Einigung mit der Kurie zu gelangen oder dieselbe wenigstens zu einer stillschweigenden Zustimmung zur Besitznahme des Kirchenstaates zu bewegen. Aber auch dieser Versuch scheiterte und mußte nach Lage der Sache scheitern, da sich die Kurie auf den sehr nahe liegenden Standpunkt stellte, daß die von der italienischen Regierung gemachten Zusicherungen in bezug auf die Stellung des Papstes lediglich den Charakter von Zugeständnissen hätten, und daß eine auf solche Zugeständnisse begründete Autorität niemals selbständig sein könne, weil sie von dem guten Willen desjenigen abhängen, der sie gewähre, während das Oberhaupt der Kirche einer eignen, nie

versagenden Autorität bedürfe, damit die Ausübung seiner geistlichen Gewalt in keiner Weise gebunden und in keinem Augenblick unterbrochen sei. Deshalb würde trotz aller Garantien, die man dieser Autorität geben wolle, dieselbe doch immer illusorisch sein, wenn sie einem Souverän oder einer Laienmacht unterworfen bleibe. Im übrigen sei die Besetzung Roms eine Handlung, die sich als Vernichtung des Katholizismus und Verneinung der obersten Autorität und der Freiheit der Kirche darstelle und daher jede Ausöhnung mit der italienischen Regierung ausschließe.

Es ist klar, daß die Kurie besonders darüber empört war, daß Rom nicht bloß mit dem italienischen Staate vereinigt, sondern sogar zur Hauptstadt des Königreichs und zum Sitz seiner Regierung gemacht wurde. Deshalb haben sich auch sehr angesehene und bedeutende italienische Staatsmänner seinerzeit gegen diese Maßregel ausgesprochen. Immerhin ist es mehr als zweifelhaft, ob eine Ausöhnung mit der Kurie möglich gewesen wäre, wenn die italienische Regierung überhaupt auf die Stadt Rom verzichtet hätte, da auch in der Wegnahme des Kirchenstaates ohne Rom von der Kurie eine Verabung der Kirche und ein schwerer Eingriff in die Stellung des Papstes erblickt worden wäre.

Sowenig eine Einigung zwischen der Kurie und der italienischen Regierung möglich war, ebensowenig war es damals möglich, die Stellung des Papstes durch eine internationale Abmachung der beteiligten Staaten, namentlich der Großmächte, zu regeln und sicherzustellen. Zunächst zeigten die betreffenden Staaten keine Neigung, eine solche Vereinbarung zu treffen, da die Kurie selbst von dieser Maßregel nichts wissen wollte, denn durch dieselbe wäre die Beseitigung der weltlichen Herrschaft durch die Vertragsschließenden ausdrücklich anerkannt und sanktioniert worden. Dies konnte aber die Kurie begreiflicherweise nicht wünschen, wie sie sich auch von ihrem Standpunkt aus einer derartigen Abmachung nicht unterwerfen konnte.

Außerdem sprach auch gegen eine internationale Abmachung der Umstand, daß die Staaten, die dieselbe eingegangen wären, auch die Verantwortlichkeit für deren Ausführung und damit Pflichten übernommen hätten, deren Umfang sich gar nicht übersehen ließ.

Unter diesen Umständen blieb nichts andres übrig, als daß der italienische Staat, dessen Regierung bei der Besitzergreifung des Kirchenstaates versprochen hatte, die Unabhängigkeit des Papstes sicherzustellen, die Angelegenheit einseitig regelte. Es geschah dies durch das sog. Garantiegesetz vom 13. Mai 1871 (*Legge sulle prerogative del Sommo Pontifice e della Santa Sede e sulle relazioni dello Stato colla chiesa*).

II.

Das Gesetz vom 13. Mai 1871 hat, wie schon seine Ueberschrift ersehen läßt, einen doppelten Inhalt. Der zweite Teil regelt die Beziehungen des italienischen Staates zur katholischen Kirche, betrifft also nur innere Angelegenheiten des italienischen Staates und kommt daher hier nicht in Betracht, da-

gegen hat der erste Teil des Gesetzes die internationale Stellung des Papstes zum Gegenstande und regelt dieselbe in der Hauptsache in der Weise, wie dies bereits im Jahre 1860 in Aussicht genommen war. Der wesentlichste Inhalt dieser Bestimmungen (§§ 1—13) ist folgender:

1. Die Person des Papstes ist heilig und unverletzlich; Attentate auf den Papst oder die Aufforderung, solche zu begehen, sowie Beleidigungen und Schmähungen des Papstes werden ebenso bestraft wie die gleichen Handlungen gegen den König. Ferner erweist die italienische Regierung dem Papste im Gebiete des Königreichs die den Souveränen zukommenden Ehrenbezeugungen und räumt ihm den Ehrevorrang ein, der ihm von den katholischen Fürsten zuerkannt ist, so daß der Papst bei einem etwaigen Zusammentreffen mit dem Könige den Vortritt haben würde. Eine Folge der persönlichen Unverletzlichkeit des Papstes ist, daß auch sein Wohnsitz und jede Vertlichkeit, wo er sich zeitweilig aufhält, unverletzlich sind; kein staatlicher Beamter hat ohne Ermächtigung des Papstes Zutritt zu diesen Vertlichkeiten. Außerdem ist dem Papste das Recht belassen, die bisher übliche Zahl von Garben als Leibwache für seine Person und zur Bewachung seiner Paläste zu halten (§§ 1—3, § 7).

2. Um die freie Ausübung der geistlichen Gewalt des Papstes zu sichern, dürfen die Beamten, die in Rom von Amts wegen an der Erlassung der Akte der geistlichen Gewalt des Heiligen Stuhles teilnehmen, von der italienischen Staatsgewalt in keiner Weise belästigt, nicht zur Untersuchung und nicht zur Verantwortung gezogen werden. Ebenso ist verboten, Untersuchungen, Nachforschungen oder Beschlagnahmen von Papieren, Urkunden, Büchern oder Registern in den ausschließlich mit einem geistlichen Wirkungskreise betrauten päpstlichen Aemtern und Kongregationen vorzunehmen (§§ 8, 10). Weiter ist zur Sicherung der geistlichen Wirksamkeit des Papstes und seiner geistlichen Organe bestimmt, daß jeder Ausländer, der in Rom ein geistliches Amt bekleidet, alle persönlichen Garantien genießen soll, die den italienischen Staatsangehörigen zugesichert sind (§ 10 Abs. 2). Solche Ausländer können also namentlich nicht ausgewiesen oder ausgeliefert werden.

3. Zu den Garantien der freien Ausübung seines geistlichen Amtes gehört ferner das Recht des Papstes, in voller Freiheit und ohne irgendwelche Einmischung der italienischen Regierung mit dem Episkopat der ganzen katholischen Welt zu korrespondieren. Zu diesem Zwecke hat der Papst das Recht, im Vatikan sowie in jeder andern Residenz ein Post- und Telegraphenamt zu errichten, dessen Dienst durch von ihm frei gewählte Beamte versehen wird. Das päpstliche Postamt kann in geschlossenen Briefpaketen direkt mit den Auswechselungsämtern des Auslandes verkehren oder seine Sendungen den italienischen Postämtern zur Beförderung übergeben. In beiden Fällen ist die Korrespondenz gebührenfrei; das gleiche gilt von den päpstlichen Telegrammen, die beim päpstlichen Telegraphenamte oder bei irgendeinem andern Telegraphenamte des Königreichs aufgegeben werden. Diese Telegramme genießen außerdem den für Staats-

telegramme festgesetzten Vorzug. Die an den Papst gerichteten Telegramme sind von den vom Empfänger zu bezahlenden Gebühren frei (§ 12).

4. In § 11 des Gesetzes ist ausdrücklich das aktive und passive Gesandtschaftsrecht des Papstes anerkannt. Da der Papst bis zum Verluste seiner weltlichen Herrschaft dieses Recht nicht bloß als Souverän des Kirchenstaats, sondern vor allem als Oberhaupt der katholischen Kirche ausübte, das Recht, in dieser letzteren Eigenschaft Gesandte zu senden und zu empfangen, durch das Aufhören seiner Eigenschaft als Souverän des Kirchenstaats nicht beseitigt sein konnte, so hat Art. 11 hauptsächlich die Bedeutung, daß der italienische Staat die aus dieser Tatsache sich ergebenden Folgerungen zog. Demgemäß sind in § 11 allen beim Papst beglaubigten Gesandten auswärtiger Regierungen alle Privilegien und Immunitäten zugestanden, die auf Grund des Völkerrechts den diplomatischen Agenten zukommen, d. h. also alle Rechte, welche die italienische Regierung den bei ihr beglaubigten Gesandten einräumt bzw. nach dem Völkerrecht einräumen muß. Insbesondere ist bestimmt, daß die strafrechtlichen Vorschriften über die Beleidigung der bei der italienischen Regierung beglaubigten Gesandten auswärtiger Mächte auch auf die Beleidigung der beim päpstlichen Stuhl beglaubigten Gesandten Anwendung finden. Ebenso können diesen Gesandten gegenüber nur diejenigen Vorbehalte und Einschränkungen gelten, die das Völkerrecht überhaupt den bei der Regierung beglaubigten Gesandten gegenüber zuläßt, namentlich hat die italienische Regierung kein Recht, irgendwelche Kontrolle über die Person der beim päpstlichen Stuhl beglaubigten Gesandten auszuüben; der Papst hat allein darüber zu entscheiden, ob er die betreffenden Personen annehmen will oder nicht.

Was die vom Papst an auswärtige Regierungen entsandten diplomatischen Agenten anlangt, so sind ihnen im § 11 Abs. 3 „im Gebiete des Königreichs die herkömmlichen völkerrechtlichen Prärogativen und Immunitäten sowohl beim Abgang nach dem Orte ihrer Mission als bei der Rückkehr von demselben zugesichert“. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß dieselben die Rechte genießen sollen, die herkömmlich fremden durchreisenden Gesandten gegenüber zugestanden werden.

Nur nebenbei mag bemerkt werden, daß für die Stellung, die die päpstlichen Gesandten an ihrem Bestimmungsort einnehmen, lediglich entscheidend ist, ob sie in dieser Eigenschaft von der betreffenden Regierung angenommen worden sind. Ist dies der Fall, so haben sie Anspruch auf alle dem Völkerrecht entsprechenden diplomatischen Privilegien. Wie schon angedeutet, ist das Aufhören der weltlichen Herrschaft des Papstes in dieser Hinsicht ohne Bedeutung, was sich schon daraus ergibt, daß der Vortritt, der den päpstlichen Nunzien und Legaten vor andern Gesandten zusteht, nicht mit Rücksicht auf die territoriale Hoheit des Papstes ihnen zugebilligt war, sondern mit Rücksicht darauf, daß der Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche den ersten Platz unter den Souveränen mit Erfolg beanspruchte.

5. Die dem Papst eingeräumte Exterritorialität und Unverletzlichkeit ist im § 6 des Gesetzes auch ausgedehnt worden auf das Konklave während der

liegt es in der Natur der Sache, daß jede, namentlich jede monotheistische Religion, sobald die Auffassung, daß die Religion eine nationale oder staatliche Einrichtung ist, aufgegeben wird, das Bestreben haben muß, „Weltreligion“ zu werden, wenn auch nicht verkannt werden kann, daß sich die großen Unterschiede, die sich bei den verschiedenen Rassen und Nationen zeigen, bei jeder Religion, also auch bei der christlichen, geltend machen und geltend machen müssen. Nebenbei bemerkt, trug der Umstand, daß das Christentum von Anfang an keinen ausgeprägten nationalen Charakter an sich trug, wesentlich dazu bei, daß die römischen Kaiser das Christentum als geeignetes Mittel betrachten konnten, um in das römische Weltreich, das der nationalen Geschlossenheit entbehrte und sich geradezu als ein Völkerchaos darstellte, durch die christliche Religion ein alle in diesem Reiche vereinigten Völker verbindendes Element einzuführen, wie ja auch der Islam bei den verschiedenen demselben angehörigen Völkern vielfach das nationale Band ersetzen muß.

Für die Stellung des Christentums kommt aber weiter in Betracht, daß die christliche Religion den Anspruch erhebt, als eine auf unmittelbarer göttlicher Offenbarung beruhende zu gelten, und daß daher auch die katholische Kirche ihre Entstehung auf göttliche Stiftung zurückführt. Beruht die christliche Religion auf unmittelbarer göttlicher Offenbarung und die Kirche auf göttlicher Stiftung, so muß der Staat nicht bloß in seiner Gesetzgebung und Verwaltung alles vermeiden, was im Widerspruch mit der christlichen Lehre stehen könnte, sondern auch den Vorrang der Kirche über sich anerkennen. So war auch die Lage im Mittelalter. Die Kirche, die als Gotteswerk betrachtet wurde, während der Staat nur als Menschenwerk oder nach Augustinus als Teufelswerk galt, hatte eine den Staat weit überragende Stellung, beeinflusste denselben in jeder Hinsicht und machte den staatlichen Organismus oft genug für ihre Zwecke dienstbar.

Aus dem universellen Charakter des Christentums und dem behaupteten göttlichen Ursprung desselben ergab sich endlich, daß die christliche Religion in der Kirche eine vom Staate unabhängige Organisation sich schuf mit einem bevorrechteten Priesterstand, der die Kirche zu regieren und zu verwalten und die Rechte und Interessen der Kirche gegenüber den Laien und namentlich auch dem Staate gegenüber geltend zu machen hat.

Das Christentum entwickelte sich in den ersten Jahrhunderten unabhängig vom Staate, der ihm zunächst feindlich gegenübertrat. Unabhängig vom Staate bildete sich auch die Organisation der christlichen Religionsgemeinschaft in den Synoden und im Bistum. Die Folge davon war, daß das religiöse Leben seine Selbständigkeit gegenüber dem Staate und den Einrichtungen der Kirche erlangte. Staat und Kirche fielen von nun an nicht bloß begrifflich, sondern auch tatsächlich auseinander, während in der vorchristlichen Zeit in den theokratischen Staaten des Orients die staatlichen Einrichtungen neben den religiösen Organisationen nur eine sehr untergeordnete und abhängige Rolle spielten, in andern Staaten aber, wie in Griechenland und Rom, die Religion als staatliche Einrichtung behandelt wurde, so daß das Oberhaupt des Staats bzw. dessen

diplomatischen Schritte bei Oesterreich, Preußen und Frankreich zum Ausdruck gebracht ist.

Immerhin war die Sache sehr zweifelhaft. Jedenfalls hat man in Italien niemals den internationalen Charakter des Garantiegesetzes zugegeben; besonders entschieden ist diese Auffassung während des Krieges zutage getreten, indem der italienische Justizminister Orlando im Parlamente erklärte, das Garantiegesetz habe keinen kontraktlichen Charakter; es brauche daher von keinem andern gutgeheißen und könne deshalb einseitig vom italienischen Staat wieder aufgehoben werden.

Noch bedeutsamer ist aber, daß in dem von Italien unterzeichneten Londoner Abkommen vom 4. September 1915, in welchem sich Italien verpflichtete, einseitig keinen Frieden schließen zu wollen, es sich von seinen Verbündeten die Zusicherung geben ließ, daß es bei einer Aufhebung oder Abänderung des Garantiegesetzes in einem ihm genehmen Sinne bei ihnen keinem Widerspruch begegnen werde.

Es ist zweifellos, daß durch die Beteiligung Italiens am Weltkriege die sog. römische Frage in ein neues Stadium getreten ist, da sich gezeigt hat, daß das Garantiegesetz dem Papste nicht diejenige Sicherheit, Unabhängigkeit und Freiheit geben konnte, die im Interesse der katholischen Kirche geboten erscheint. Es ist sehr wahrscheinlich, daß nach dem Kriege, er mag ausgehen, wie er will, der Versuch gemacht werden wird, die römische Frage einer andern, womöglich endgültigen Lösung entgegenzuführen, wobei es freilich recht zweifelhaft ist, ob dieses Ziel wirklich erreicht werden kann.¹⁾

III.

Während im Altertum die Religion bei allen Völkern, auch bei den Juden, einen durchaus nationalen Charakter an sich trug, trat das Christentum mit dem Anspruch auf, Weltreligion zu werden, d. h. eine Religion, die für alle Völker bestimmt ist und daher auch von allen Völkern angenommen werden soll. Ob die Worte des Evangeliums: „Gehet hin und lehret alle Völker“ wirklich in dem Sinne auszulegen sind, daß das Christentum zur Weltreligion werden sollte, oder ob durch dieselben nur der engherzige Standpunkt der Juden verworfen werden sollte, denen ihre Religion als Nationalreligion und der Gott Jehova als ausschließlicher Gott Israels galt, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls

¹⁾ Ob sich das Garantiegesetz bis zum Ausbruche des Krieges bewährt hat, kann hier dahingestellt bleiben. Vgl. darüber Geffcken, a. a. O., S. 183 ff.; dagegen muß hervorgehoben werden, daß, nachdem die italienische Regierung Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt hatte, die Gesandten Oesterreich-Ungarns, Preußens und Bayerns beim Vatikan Rom verlassen haben, weil sie sich, wohl mit Recht, dort nicht mehr sicher fühlten, und daß der Papst sich darüber beklagt hat, daß er sich in Rom, dem Herde fortwährender Unruhen, ebenfalls nicht mehr sicher fühle, und daß er in dem Verkehr mit den Gläubigen, wegen der vorgekommenen Verletzungen des Briefgeheimnisses, nicht mehr vollkommen frei erscheine.

liegt es in der Natur der Sache, daß jede, namentlich jede monotheistische Religion, sobald die Auffassung, daß die Religion eine nationale oder staatliche Einrichtung ist, aufgegeben wird, das Bestreben haben muß, „Weltreligion“ zu werden, wenn auch nicht verkannt werden kann, daß sich die großen Unterschiede, die sich bei den verschiedenen Rassen und Nationen zeigen, bei jeder Religion, also auch bei der christlichen, geltend machen und geltend machen müssen. Nebenbei bemerkt, trug der Umstand, daß das Christentum von Anfang an keinen ausgeprägten nationalen Charakter an sich trug, wesentlich dazu bei, daß die römischen Kaiser das Christentum als geeignetes Mittel betrachten konnten, um in das römische Weltreich, das der nationalen Geschlossenheit entbehrte und sich geradezu als ein Völkerchaos darstellte, durch die christliche Religion ein alle in diesem Reiche vereinigten Völker verbindendes Element einzuführen, wie ja auch der Islam bei den verschiedenen demselben angehörigen Völkern vielfach das nationale Band ersetzen muß.

Für die Stellung des Christentums kommt aber weiter in Betracht, daß die christliche Religion den Anspruch erhebt, als eine auf unmittelbarer göttlicher Offenbarung beruhende zu gelten, und daß daher auch die katholische Kirche ihre Entstehung auf göttliche Stiftung zurückführt. Beruht die christliche Religion auf unmittelbarer göttlicher Offenbarung und die Kirche auf göttlicher Stiftung, so muß der Staat nicht bloß in seiner Gesetzgebung und Verwaltung alles vermeiden, was im Widerspruch mit der christlichen Lehre stehen könnte, sondern auch den Vorrang der Kirche über sich anerkennen. So war auch die Lage im Mittelalter. Die Kirche, die als Gotteswerk betrachtet wurde, während der Staat nur als Menschenwerk oder nach Augustinus als Teufelswerk galt, hatte eine den Staat weit überragende Stellung, beeinflusste denselben in jeder Hinsicht und machte den staatlichen Organismus oft genug für ihre Zwecke dienstbar.

Aus dem universellen Charakter des Christentums und dem behaupteten göttlichen Ursprung desselben ergab sich endlich, daß die christliche Religion in der Kirche eine vom Staate unabhängige Organisation sich schuf mit einem bevorrechteten Priesterstand, der die Kirche zu regieren und zu verwalten und die Rechte und Interessen der Kirche gegenüber den Laien und namentlich auch dem Staate gegenüber geltend zu machen hat.

Das Christentum entwickelte sich in den ersten Jahrhunderten unabhängig vom Staate, der ihm zunächst feindlich gegenübertrat. Unabhängig vom Staate bildete sich auch die Organisation der christlichen Religionsgemeinschaft in den Synoden und im Bistum. Die Folge davon war, daß das religiöse Leben seine Selbstständigkeit gegenüber dem Staate und den Einrichtungen der Kirche erlangte. Staat und Kirche fielen von nun an nicht bloß begrifflich, sondern auch tatsächlich auseinander, während in der vorchristlichen Zeit in den theokratischen Staaten des Orients die staatlichen Einrichtungen neben den religiösen Organisationen nur eine sehr untergeordnete und abhängige Rolle spielten, in andern Staaten aber, wie in Griechenland und Rom, die Religion als staatliche Einrichtung behandelt wurde, so daß das Oberhaupt des Staats bzw. dessen

oberster Beamter gleichzeitig oberster Priester war, die Religionsdiener die Stellung staatlicher Beamten hatten und staatliche Gesetze die Verehrung der Götter regelten und auch bestimmten, welche Götter verehrt werden sollten.

Die mit der Organisation des Christentums in der Kirche eintretende grundsätzliche Scheidung der staatlichen und religiösen Einrichtungen verhinderte aber, wie bekannt, nicht, daß ziemlich bald eine innige Verbindung zwischen Staat und Kirche eintrat, in der zeitweise der Staat, später die Kirche das Uebergewicht hatte.

Schon im vierten Jahrhundert, unter Konstantin, sah sich, wie schon angedeutet, aus politischen Gründen der römische Staat veranlaßt, eine enge Verbindung mit der Kirche einzugehen und die christliche Religion zur allein berechtigten Staatsreligion zu erklären.

Die Tatsache, daß die byzantinischen Kaiser die christliche Religion zur Staatsreligion machten, hatte zur Folge, daß, wenn auch der Staat in seinem inneren Leben von den Lehrern der christlichen Religion und deren Priestern in der erheblichsten Weise beeinflusst war und die Kirche ihre selbständige Organisation behielt, dieselbe doch als eine staatliche Einrichtung betrachtet wurde, so daß die Kaiser Konzilien beriefen, Glaubensstreitigkeiten entschieden, die Bischöfe als ihre Beamten behandelten usw.

Dies erschien um so mehr als selbstverständlich, als der christliche Kaiser als Nachfolger des heidnischen auch in dessen Stellung als Pontifex maximus eingedrückt war und sich daher für befugt halten konnte, in Fragen der Religion und des Kultus maßgebend eingzugreifen.

Dazu kam noch, daß die Kirche im oströmischen Reiche einer alten, hochstehenden Kultur gegenüberstand, mit der sie sich erst auseinanderzusetzen hatte, und daß sie sich dort in ein altes, festgefügtcs Staatswesen einordnen mußte.

Ganz anders lagen die Verhältnisse in den neuentstandenen germanischen Staaten des Abendlandes, insbesondere im Frankenreiche. Hier hatte es die Kirche nicht mit einer älteren hohen Kultur zu tun, vielmehr trat sie den germanischen Volksstämmen als Trägerin einer höheren Kultur gegenüber. Allerdings war auch hier die Kirche zunächst dem Staate untergeben — Karl der Große betrachtete bekanntlich den römischen Bischof als den ersten Bischof seines Reiches — aber der fränkische König konnte doch nicht die Nachfolge in die Rechte des römischen Kaisers in bezug auf religiöse Fragen in Anspruch nehmen und konnte daher auch in kirchlichen Angelegenheiten nicht in gleichem Umfange entscheidend eingreifen. Die römische Kirche war in ihrem inneren Leben und ihrer Organisation dem fränkischen Staate gegenüber immerhin selbständiger als die griechische gegenüber dem oströmischen Reiche, so daß etwa vom zehnten Jahrhundert ab die Kirche in Gesetzgebung und Verwaltung vom Staate unabhängig und demselben schließlich überlegen wurde.

Von der größten Bedeutung für die Entwicklung der katholischen Kirche war aber die in der zweiten Hälfte des neunten Jahrhunderts erfolgte Trennung

der oströmischen oder griechischen Kirche von der weströmischen oder römisch-katholischen Kirche.

Das sog. Schisma war, äußerlich betrachtet, allerdings zunächst ein schwerer Verlust für die Kirche in ihrer Gesamtheit, weil sie von da an in zwei Teile zerfiel. Für die römisch-katholische Kirche war aber die Trennung vom Osten in mancher Hinsicht von Vorteil. Als orthodoxe Staatskirche war die Kirche in Ostrom von der Staatsgewalt in weitgehende Abhängigkeit geraten, von der sie sich, wie die griechisch-katholische Kirche bis zur Gegenwart zeigt, wohl schwer hätte befreien können, während, wie schon bemerkt, im Abendlande sich die katholische Kirche Unabhängigkeit vom Staat und später Ueberlegenheit über denselben zu erringen wußte.

Dazu kam, daß vor dem Schisma der römische Bischof in den Bischöfen und Patriarchen von Konstantinopel, Antiochien und Alexandrien machtvolle Konkurrenten hatte, während im Abendlande kein Bischofsitz sich mit Rom, auf dem stets der Nimbus einer großen Vergangenheit ruht, messen konnte.

Auf die Entwicklung der römisch-katholischen Kirche in den nächsten dem Schisma folgenden Jahrhunderten und die Ausbildung des Primats in dieser Zeit ist hier nicht genauer einzugehen; es genügt, darauf hinzuweisen, daß sich diese Entwicklung als ein Versuch darstellte, das römische Weltreich, dessen Hauptstadt auch der Mittelpunkt der Kirche war, fortzusetzen bzw. auf andern Grundlagen zu erneuern.

Allerdings übte der Papst nicht direkt und jedenfalls nicht in jeder Beziehung die weltliche Gewalt über die christlichen, in verschiedenen Staaten organisierten Nationen aus, aber in der Auffassung, daß die ganze Christenheit ein einheitliches Reich mit dem Kaiser als weltlichem und dem Papst als geistlichem Oberhaupt bilde, kam doch der Gedanke zum Ausdruck, daß dieses Weltreich sowohl in kirchlicher wie auch in weltlicher Hinsicht einen einheitlichen staatlichen Organismus mit theokratischem Charakter bilde, in welchem der Papst die erste Stellung beanspruchte.¹⁾

Solange die Auffassung, daß die ganze Christenheit ein einheitliches Weltreich bilde, herrschte, und der Papst auch wegen der innigen Verflechtung des staatlichen und kirchlichen Lebens im Mittelalter eine so überragende Stellung einnahm, konnte die Frage der „völkerrechtlichen Stellung“ des Papstes schon deshalb nicht aufgeworfen werden, weil es damals ein Völkerrecht im modernen

¹⁾ Mit Recht hat Chamberlain (Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts, S. 651) darauf hingewiesen, daß es unrichtig sei, den Streit zwischen Kaiser und Papst über den Vorrang in dem christlichen Weltreiche als Kampf zwischen Staat und Kirche zu bezeichnen, da es damals einen von der Kirche völlig unabhängigen, auf eignen Grundlagen ruhenden Staat nicht gegeben habe, Kirche und Reich vielmehr ein einheitliches theokratisches Staatswesen bildeten. Der Streit zwischen Kaiser und Papst war daher ein Streit innerhalb dieses Staatswesens darüber, ob der Kaiser oder der Papst in demselben die oberste Gewalt besitze, ein Streit, der bekanntlich zunächst wenigstens zugunsten des Papstes entschieden wurde.

Sinne gar nicht gab und gar nicht geben konnte. Das Völkerrecht setzt souveräne, d. h. selbständige, von einer fremden Macht nicht abhängige staatliche Gemeinwesen voraus, während die Idee eines christlichen Weltreichs grundsätzlich den Bestand einer Anzahl voneinander unabhängiger, gleichberechtigter Staaten ausschloß. Erst nachdem sich gegen das Ende des Mittelalters die großen Nationalstaaten England, Frankreich, Spanien usw. gebildet hatten, die ihre Unterordnung unter Kaiser und Papst mit Erfolg bestritten und überhaupt ihre Unabhängigkeit gegenüber jeder höheren Gewalt geltend machten und daher die Anerkennung als souveräne Gemeinwesen beanspruchten, war die Voraussetzung der heute geltenden Völkerrechtsordnung gegeben. Nachdem ferner die Reformation die Idee eines christlichen Weltreichs endgültig beseitigt hatte, trat mit dem Westfälischen Friedensvertrag von 1648 die Entwicklung und Ausbildung des heutigen Völkerrechts ein.

Ob der Papst Mitglied der zunächst die christlichen Staaten umfassenden völkerrechtlichen Gemeinschaft sei, wurde dabei nicht aufgeworfen, einmal deshalb nicht, weil offenbar die Auffassung von der Stellung des Papstes im Mittelalter auch später noch nachwirkte, und dann aus dem Grunde nicht, weil der Papst während des Mittelalters Herrscher eines Staatswesens, des sog. Kirchenstaates, geworden war, dem man die Zugehörigkeit zur völkerrechtlichen Gemeinschaft unmöglich versagen konnte.

Wie der Kirchenstaat entstanden und im Laufe des Mittelalters befestigt und erweitert worden ist, und ob dabei alles mit rechten Dingen zugeht, ist schließlich gleichgültig. Ebenso ist es müßig, darüber Betrachtungen anzustellen, ob die Wiederherstellung des infolge der sich an die Französische Revolution anschließenden Ereignisse beseitigten Kirchenstaates durch den Wiener Kongreß zweckmäßig war. Man muß sich daran halten, daß der Kirchenstaat bis zum September 1870 tatsächlich bestanden hat. Dagegen ist darauf hinzuweisen, daß, auch wer die weltliche Herrschaft des Papstes im Interesse der Unabhängigkeit und Freiheit des Heiligen Stuhles für unentbehrlich oder doch wünschenswert hält, anerkennen muß, daß die Frage der völkerrechtlichen Stellung des Papstes auf einer viel breiteren Grundlage als der Herrschaft über ein größeres oder kleineres Gebiet, sei es in Italien oder anderswo, behandelt werden muß.

Daß die machtvolle Stellung der Päpste im Mittelalter keineswegs auf ihrem vielfach bestrittenen weltlichen Besitz beruhte, der ihnen zudem oft genug politische Verlegenheiten bereitete, wird sich nicht in Abrede stellen lassen, auch wenn man annimmt, daß der Kirchenstaat die unentbehrliche materielle Grundlage für die Stellung des Papstes im Mittelalter bildete.

Auch in der Neuzeit beruhte, wie schon hervorgehoben, die internationale Stellung des Papstes nicht sowohl auf der weltlichen Herrschaft als darauf, daß der Papst Haupt einer sich über die ganze Welt erstreckenden, einheitlich organisierten Religionsgesellschaft ist. Allerdings wurde diese Tatsache durch die weltliche Herrschaft insofern verhüllt, als man mit Rücksicht auf den Besitz des Kirchenstaates die Frage nicht weiter untersuchte, ob denn die inter-

nationale Stellung, die der Papst einnahm, mit dem Grundsatz des Völkerrechts, daß nur Staaten Mitglieder der völkerrechtlichen Gemeinschaft sein können, durchaus vereinbar sei, obwohl diese Frage wohl aufgeworfen werden konnte. Nunzian und Legaten hat der Papst auch, solange er Souverän des Kirchenstaats war, nicht in dieser Eigenschaft abgesendet, ebenso hat er die Gesandten fremder Staaten nur als Oberhaupt der Kirche angenommen. In der gleichen Eigenschaft hat er die Konkordate abgeschlossen, die zwar nicht als wirkliche Staatsverträge betrachtet werden können, aber immerhin den völkerrechtlichen Verträgen analog behandelt werden müssen.

Auch dem Erlaß des italienischen Garantiegesetzes liegt die Auffassung zugrunde, daß dem Papst auch nach dem Verlust der weltlichen Herrschaft gewisse Rechte und Privilegien nicht als depossidiertem Herrscher, sondern als Oberhaupt der katholischen Kirche einzuräumen bzw. zu belassen seien. Wenn daher im Laufe des Weltkriegs die Frage aufgetaucht ist, ob nicht die Stellung des Papstes eine andre Regelung verlangt, als sie durch das italienische Garantiegesetz erhalten hat, so ist dabei ins Auge zu fassen, daß die Frage der weltlichen Herrschaft nur eine nebensächliche Bedeutung hat.

Es war für die Frage der völkerrechtlichen Stellung des Papstes auch wohl kaum von Vorteil, daß sie nur zu oft lediglich vom Standpunkte seiner weltlichen Herrschaft aus betrachtet und daher einseitig behandelt worden ist.

IV.

Seit dem Ende des Mittelalters haben sich die christlichen Staaten mehr und mehr dem übermächtigen Einflusse der katholischen Kirche entzogen, sich derselben gegenüber unabhängig gemacht und sich auf eigene Füße gestellt.

Diese Entwicklung wurde sehr wesentlich gefördert durch die Reformation, die zur Folge hatte, daß nun den Staaten mehrere grundsätzlich gleichberechtigte Religionsgesellschaften gegenüberstanden und die Staatsgewalt in der Lage war, von sich aus das Verhältnis der verschiedenen Kirchen zueinander und zum Staate zu regeln. Es kam dabei zum Ausdruck, daß der Staat auch der katholischen Kirche gegenüber die souveräne Gewalt besitzt und daher befugt ist, die Stellung aller Kirchen in seinem Gebiete zu regeln und die Grenze der Zuständigkeit zwischen sich und den Kirchen einseitig zu ziehen.

Die katholische Kirche erkennt allerdings diese Stellung des Staates ihr gegenüber nicht an und steht auch jetzt noch grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die Staaten der kirchlichen Autorität untergeordnet seien; jedoch ist dies deshalb von keiner besonderen Tragweite, weil die Kirche unter Festhaltung ihres grundsätzlichen Standpunktes in der Praxis mit der Auffassung von der Souveränität des Staates sich abzufinden weiß.

Es ist klar, daß sich infolge dieser Entwicklung die Stellung der Kirche und des Papsttums zu den Staaten, auch zu den katholischen Staaten in jeder Hinsicht erheblich veränderte.

Ebenso änderte sich die Auffassung von der Bedeutung der weltlichen Herrschaft des Papstes. Konnte nach der theokratischen Anschauung des Mittelalters der Kirchenstaat als eine notwendige Grundlage der Stellung des Papstes erscheinen, so mußte derselbe mit der modernen Staatsidee, wonach der Staat Selbstzweck ist und jedenfalls nur den Zwecken des staatlich geeinten Volkes zu dienen hat, in Widerspruch stehen, da der Kirchenstaat als Patrimonium Petri als im Interesse der Kirche und des Klerus zu verwaltes Kirchengut galt.

Dazu kam in der neuesten Zeit noch die Nationalitätsidee, die bewirkte, daß das in verschiedene selbständige Staaten zerfallende italienische Volk nach politischer Einigung strebte. Dieser Einigung stand aber, wie schon seinerzeit Machiavelli hervorgehoben hatte, das Papsttum mit seiner weltlichen Herrschaft so grundsätzlich entgegen, daß die unter Pius IX. gemachten Versuche einer Versöhnung des Papsttums mit den nationalen Bestrebungen des italienischen Volkes, etwa in der Form der Bildung eines italienischen Staatenbundes unter dem Präsidium des Papstes, scheitern mußten.

Unter diesen Umständen mußte der Kirchenstaat trotz allen päpstlichen Protesten den Einigungsbestrebungen des italienischen Volkes zum Opfer fallen. Inmitten des im übrigen geeinten Italiens hätte sich der Kirchenstaat weder in seinem früheren Umfange noch auch nur in einem kleinen Reste halten können. Die weltliche Herrschaft des Papstes wäre für ihn nur eine fortwährende Quelle der peinlichsten Verlegenheiten gewesen, wie anderseits die auf diesem Besitz beruhende Unabhängigkeit und Freiheit des Papstes in der Mitte des geeinten Italiens nur eine scheinbare gewesen wäre. Daß auch die katholische Kirche in Italien von den Strömungen im italienischen Volke sehr erheblich beeinflusst wird, beweist die Tatsache, daß der italienische Klerus nach Ausbruch des Krieges gegen Oesterreich in seiner Mehrzahl auf die Seite der Kriegsfreunde getreten ist. Hat doch selbst Papst Benedikt XV., obwohl er äußerlich wenigstens die Neutralität zu wahren sucht, dem „Vessillifero della Santa Romana Chiesa“ und den römischen klerikalen Abeligen der päpstlichen Nobelgarde die Erlaubnis gegeben, in das italienische Heer einzutreten.

Wer unbefangen die geschichtliche Entwicklung und die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Italien betrachtet, wird die Wiederherstellung des Kirchenstaats in größerem oder geringerem Umfange kaum ernsthaft ins Auge fassen können. Jeder in dieser Richtung gemachte Versuch könnte für den Papst im höchsten Grade bedenklich, ja selbst verhängnisvoll werden. Ebenso wenig ist daran zu denken, dem Papste ein außerhalb Italiens gelegenes Gebiet zur weltlichen Herrschaft einzuräumen. Ganz abgesehen davon, daß sich einem solchen Plane dieselben Schwierigkeiten entgegenstellen würden wie der Wiederherstellung des Kirchenstaates in Italien, so ist Rom als Mittelpunkt der katholischen Kirche so innig mit ihrer Entwicklung und ihrer Stellung verknüpft, daß eine Verlegung des Sitzes der Kurie in ein andres Land vollständig ausgeschlossen erscheint.

Wenn man daher zugeben muß, daß der Weltkrieg die sog. römische Frage neuerlich aufgeworfen hat, so ist es jedenfalls das richtigste, bei dem Versuche,

sie zu lösen, die weltliche Herrschaft des Papstes vollständig außer Betracht zu lassen und zu untersuchen, ob, ganz abgesehen von einer solchen Herrschaft, dem Papste eine unabhängige, seine Freiheit sichernde Stellung verschafft werden kann.

Man könnte nun versucht sein, zu sagen, daß das Völkerrecht nur Staaten als Mitglieder der völkerrechtlichen Gemeinschaft kennt, die katholische Kirche aber, eben weil sie nicht Staat ist, auch nicht als Mitglied der völkerrechtlichen Gemeinschaft betrachtet werden kann, und daß es deshalb ausgeschlossen erscheint, dem Papste eine internationale Stellung einzuräumen.

Es ist richtig, daß die katholische Kirche nicht Mitglied der völkerrechtlichen Gemeinschaft ist und daß der Papst in der Eigenschaft als Oberhaupt der Kirche nicht die Stellung eines Staatsoberhauptes beanspruchen kann. Darum handelt es sich aber auch gar nicht, sondern nur darum, dem Papste eine Stellung zu verschaffen, die in bezug auf Unabhängigkeit, Freiheit und Unverletzlichkeit der Stellung des Monarchen eines souveränen Staates gleich ist. Zu diesem Zwecke kann man wohl die Grundsätze des Völkerrechts analog zur Anwendung bringen, wie man ja auch auf die Nunzien und Legaten und die vom päpstlichen Stuhle abgeschlossenen Konkordate die bezüglich völkerrechtlichen Vorschriften analog zur Anwendung bringt. Das Recht muß sich eben den tatsächlichen Verhältnissen, die es nicht beseitigen kann, anzupassen suchen.

Selbstverständlich kann man sich auch nicht auf den Standpunkt stellen, daß es nach der Entwicklung, die in den letzten Jahrhunderten das Verhältnis des Staates zur Kirche genommen hat, auch den katholischen Staaten, wenn überhaupt von solchen noch gesprochen werden kann, durchaus gleichgültig sein muß, welche Stellung der Papst einnimmt, und daß es Sache der katholischen Kirche selbst sei, für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit ihres Oberhauptes zu sorgen.

Eine derartige Vogelschraupolitik wäre nicht bloß lächerlich, sondern selbst bedenklich. Jeder Staat, der katholische Untertanen hat, muß mit dem Papsttum und dem Einfluß, den dasselbe auf die Katholiken auszuüben vermag, rechnen. Dies gilt auch für diejenigen Staaten, die den Grundsatz der Trennung des Staates von der Kirche am folgerichtigsten durchgeführt haben. Man beachte doch, welche bedeutsame Stellung die katholische Kirche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Laufe der Zeit errungen hat.

Deshalb sind auch alle Staaten mit katholischer Bevölkerung gezwungen, in Beziehungen zum Papste zu treten, und haben ein Interesse daran, daß der Papst selbständig und unabhängig ist. Man braucht nur daran zu erinnern, wie unheilvoll während des Aufenthalts der Päpste in Avignon der Einfluß Frankreichs sowohl für die Kirche wie namentlich auch für Deutschland gewesen ist.

Da nun die katholische Kirche gegenwärtig nicht in der Lage ist, die internationale Stellung des Papstes selbst zu regeln, andererseits das italienische Garantiegesetz nicht bloß im Sinne der Kurie keine genügende Sicherheit für

die Unabhängigkeit und Freiheit des Papstes bietet, so liegt es nahe, neuerdings an eine internationale Regelung der Frage zu denken, etwa in der Weise, daß das italienische Gesetz grundsätzlich aufrecht erhalten bleibt, dessen ungehinderter Vollzug aber durch eine internationale Vereinbarung sichergestellt wird. Selbstverständlich könnte eine solche Regelung nur im Einverständnisse mit dem päpstlichen Stuhle erfolgen, da es undenkbar ist, demselben diese Regelung aufzudrängen.

Da die Kurie bisher bezüglich der weltlichen Herrschaft des Papstes auf dem Standpunkt der *Restitutio in integrum* stand, ist es freilich sehr zweifelhaft, ob die Zustimmung derselben zu einer internationalen Regelung zu erlangen ist, die diesem Standpunkte nicht gerecht werden würde.

Ganz abgesehen davon aber wirft sich die Frage auf, welche Staaten sich an dieser Regelung beteiligen sollen und welche Staaten namentlich in der Lage wären, die Initiative dazu zu ergreifen. Daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland nach siegreich durchgeführtem Kriege bereit wären, in dieser Weise der katholischen Kirche, die Zustimmung der Kurie vorausgesetzt, entgegenzukommen, ist um so mehr anzunehmen, als ein solches Entgegenkommen nur dazu beitragen könnte, den Einfluß des deutschen Elementes in der katholischen Kirche zu stärken.

Dagegen ist es mehr als zweifelhaft, ob die Ententemächte bereit wären, auf eine internationale Regelung der Stellung des Papstes einzugehen. Bei Italien ist dies nach seiner bisherigen Haltung von vornherein ausgeschlossen, ebenso ist nicht anzunehmen, daß Rußland, das von jeher der Kurie feindselig gegenüberstand, ein Interesse an der Regelung der Stellung des Papstes zeigen würde. Auch Frankreich, die „älteste Tochter der Kirche“, steht derselben gegenwärtig nichts weniger als freundlich gegenüber, und daß England auf die katholische Kirche besondere Rücksicht nehmen wird, dürfte wohl niemand annehmen.

Man mag daher die „römische Frage“ betrachten wie man will, so stellen sich der befriedigenden Lösung Schwierigkeiten entgegen, die unüberwindlich scheinen, so daß wahrscheinlich der Zustand, wie er durch das italienische Garantiegesez geschaffen wurde, noch längere Zeit aufrecht erhalten bleiben wird.

Jedenfalls wäre es vermessen, einen Vorschlag zur Lösung der Frage zu machen, namentlich jetzt zu machen, wo so vieles noch im Flusse ist und sich noch gar nicht absehen läßt, welchen Einfluß der Weltkrieg auf die Verhältnisse der Kirche überhaupt und deren Beziehungen zu den verschiedenen Nationen im besonderen haben wird.

Immerhin schien es angezeigt, den Gegenstand, wenn auch nur ganz allgemein, schon jetzt zu erörtern und darauf hinzuweisen, wie sich die „internationale Stellung“ des Papsttums entwickelt hat und welche Gesichtspunkte für eine unbefangene Beurteilung dieser Stellung auch in Zukunft in Betracht zu kommen haben.

England und die neutrale Flagge

Von

H. Wittmaack

Wie in Zeitungen berichtet wird, halten englische Kriegsschiffe Handelsschiffe unter neutraler Flagge an und bringen sie auf, auch wenn Konterbande oder ähnliche Artikel in der Ladung nicht zu finden sind, unter dem Vorwand, daß Deutsche, also Untertanen eines feindlichen Staates, an den Schiffen interessiert seien. Wie verhält sich dieses Verfahren zu dem Völkerrecht?

Die englische Regierung hat durch königliche Verordnung erklärt, daß sie sich im allgemeinen nach den Bestimmungen der Londoner Seerechtsdeklaration von 1909 richten werde. Zu solchen Bestimmungen gehört der Artikel 57, dessen erster Absatz lautet: „Vorbehaltlich der Bestimmungen über den Flaggenwechsel wird die neutrale oder feindliche Eigenschaft eines Schiffes durch die Flagge bestimmt, zu deren Führung es berechtigt ist.“

Die „London Gazette“ hat nun eine königliche Verfügung veröffentlicht, wonach die englische Regierung sich für die Dauer des Krieges auf Artikel 57 der Londoner Erklärung festlegt, wonach der neutrale oder feindliche Charakter eines Schiffes durch die Flagge bestimmt wird, die dieses Schiff das Recht hat zu führen. Reuter gibt dazu die Erläuterung, daß mit dieser Verfügung das Fahren von Schiffen unter neutraler Flagge, die tatsächlich ganz oder zum Teil Eigentum Deutscher seien, verhindert werden solle. Das englisch-amerikanische Prinzip, das nun wieder in Kraft getreten sei, trage der Nationalität der Eigentümer Rechnung und lasse (im preisengerichtlichen Verfahren) eine Verurteilung der bei dem Schiff beteiligten feindlichen Interessen zu. (Vgl. „Frankfurter Zeitung“ vom 26. Oktober 1915, Nr. 297, Abendblatt.) Im Anschluß daran wird aus Petersburg am 20. Januar d. J. berichtet, daß der russische Ministerrat „den Vorschlag des Ministers des Außern über die Bestimmung der Nationalität von Schiffen, die künftig nur nach der wirklichen Nationalität des tatsächlichen Schiffseigentümers bestimmt werden soll“, angenommen habe.

Die Flagge ist das Zeichen der Nationalität des Schiffes. Das Recht, die Flagge eines Staates zu führen, wird von dem betreffenden Staate verliehen. Der Staat erklärt damit, daß er den Schutz des Schiffes in Kriegs- und in Friedenszeiten übernehme. Ueber die Voraussetzungen, unter welchen das Recht, die Flagge eines Staates zu führen, verliehen werden kann, sind völkerrechtliche Bestimmungen nicht vorhanden, die Frage wird durch die Gesetzgebung der einzelnen Staaten geregelt. Die Folge hiervon ist, daß die Voraussetzungen in den verschiedenen Staaten ungleich sind. In den meisten Staaten wird verlangt, daß alle Aeeder eines Schiffes Inländer sein müssen. Zu diesen Staaten gehören insbesondere Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika und mit einer geringfügigen Ausnahme Rußland. Frankreich und

Italien verlangen nicht, daß die Reeder ausschließlich Staatsangehörige sein müssen. Was die hier besonders in Betracht kommenden neutralen Staaten anlangt, so gelten folgende Bestimmungen: Ein Schiff ist norwegisch, wenn es ausschließlich Norwegern gehört, oder, falls es im gemeinschaftlichen Eigentum norwegischer und schwedischer Staatsbürger steht, wenn der Korrespondentreeder Norweger ist. In Schweden wird verlangt, daß das Schiff zu mindestens zwei Dritteln schwedischen oder schwedischen und norwegischen Untertanen gemeinschaftlich gehört. In Dänemark muß das Schiff zu zwei Dritteln dänischen Staatsbürgern oder solchen Personen, die mindestens fünf Jahre innerhalb des dänischen Staates angesessen gewesen sind, gehören. In den Niederlanden genügt es, wenn fünf Achtel des Schiffes Einheimischen gehören. In Spanien und Portugal müssen alle Reeder Inländer sein. Aktiengesellschaften und juristische Personen pflegen den physischen Personen gleichgestellt zu werden. Abgesehen hiervon, ist das Recht zur Führung der Nationalflagge in einzelnen Staaten noch durch gewisse Voraussetzungen bedingt, die handelspolitischer Natur sind, die aber für die Frage, ob das Schiff im Kriege als feindliches behandelt werden könne, unerheblich sind, denn hierfür kommt es nur darauf an, ob das Schiff Angehörigen des einen oder des andern Staates gehört.

In verschiedenen Handels- und Schifffahrtsverträgen des Deutschen Reichs ist bestimmt, daß die Nationalität der Schiffe, für welche in den Verträgen gewisse Vergünstigungen ausbedungen sind, sich nach den Gesetzen des Staates richten solle, dessen Flagge das Schiff führt. Sind solche Gesetze in den kontrahierenden Staaten verschieden, so richtet sich die Nationalität der Schiffe nach verschiedenen Grundsätzen, vgl. z. B. die Verträge mit Italien vom 6. Dezember 1891, Artikel 11, mit Rußland vom 29. Januar/10. Februar 1894, Artikel 17. Die Verträge regeln an sich nur das Verhältnis zwischen den kontrahierenden Staaten. Vielleicht läßt sich aber aus der Praxis und aus den Umständen auch für die Fälle, in welchen eine derartige ausdrückliche Bestimmung in den Verträgen nicht getroffen ist, die allgemeine Regel herleiten, daß die Nationalität der Schiffe, für welche gewisse Vergünstigungen ausbedungen sind, sich nach den Gesetzen des Staates richtet, dessen Flagge das Schiff führt. Dagegen ist für den Fall eines Krieges eine solche Regel nicht vorhanden.

Die preußische und die deutsche Gesetzgebung sind im allgemeinen von dem Grundsatz ausgegangen, daß einem Schiff nur dann das Recht, die Nationalflagge zu führen, zugestanden werden dürfe, wenn es im ausschließlichen Eigentum von Inländern stehe. Die Motive zu dem im Jahre 1857 in Preußen aufgestellten Entwurf eines Handelsgesetzbuchs weisen den Vorschlag zurück, daß man, um die Beteiligung ausländischer Kapitalien an preußischen Schifffahrtsunternehmungen zu ermöglichen, davon absehen möge, das Recht, die preußische Flagge zu führen, daran zu knüpfen, daß das Schiff vollständig im Eigentum von Inländern stehe. Sie bemerken: „Solange die verschiedenen Handelsgesetzgebungen und das Völkerrecht noch einen Unterschied zwischen der nationalen und der fremden Flagge machen, ist es unzulässig, die Rechte und den Schutz

der preußischen Flagge solchen Schiffen zu gewähren, die gleichzeitig einer fremden Nationalität angehören könnten." Das jetzt geltende Reichsgesetz vom 22. Juni 1899 hält an dem Grundsatz fest, daß ein Schiff nur dann die Reichsflagge zu führen berechtigt ist, wenn es im ausschließlichen Eigentum von Reichsangehörigen steht oder einer inländischen Aktiengesellschaft, eingetragenen Genossenschaft oder andern juristischen Person ausschließlich gehört. Es ist indessen eine Modifikation hinzugefügt, indem bestimmt ist, daß, wenn ein Reeder die Reichsangehörigkeit verliert oder eine Schiffspart in andrer Weise als durch Veräußerung, also insbesondere durch Erbgang, auf einen Ausländer übergeht, das Schiff noch bis zum Ablauf eines Jahres das Recht zur Führung der Reichsflagge behält.

Die Vorschrift des Artikels 57 der Londoner Deklaration ist wohl so zu verstehen, daß sie die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Schiff zur Führung einer Flagge berechtigt ist, offen läßt. Man begreift allerdings nicht, daß man diese wichtige Frage unentschieden hat lassen wollen, aber bei unbefangener Betrachtung muß man solches annehmen.

Den Verhandlungen der Londoner Konferenz wurden gewisse, von der englischen Regierung formulierte Leitsätze zugrunde gelegt. Der Leitsatz 38 lautete: Die neutrale oder feindliche Eigenschaft eines Schiffes wird in erster Linie durch die Flagge bestimmt, zu deren Führung es berechtigt ist. Oesterreich-Ungarn, Spanien und Italien hatten vorher vorgeschlagen, daß das Recht zur Führung einer Flagge sich nach den Gesetzen des Staates richten solle, um dessen Flagge es sich handle. Nach einem Vorschlage Japans sollten Flaggen aller Schiffe, die ganz oder teilweise einem feindlichen Staat oder einer feindlichen Person gehörten, als feindlich angesehen werden. In den mündlichen Verhandlungen auf der Konferenz ist die Frage nicht eingehender erörtert. Der Vorschlag in dem Leitsatz hat nur die Abänderung erfahren, daß die Worte „in erster Linie“ weggefallen sind. Es ergibt sich hieraus, daß man dem englischen Standpunkt hat beitreten wollen. Uebrigens hätte es auch klarer zum Ausdruck gebracht werden müssen, wenn das Recht des Staats, dem das Schiff angehört, über seine Nationalität in völkerrechtlicher Hinsicht hätte entscheiden sollen. Die Handelsverträge sind in dieser Beziehung so deutlich, daß ein Zweifel nicht entstehen kann.

Es läßt sich nicht wohl behaupten, daß es mit dem Völkerrecht in Widerspruch stehe, wenn die englische Regierung davon ausgeht, daß die Frage, ob ein Handelsschiff als ein neutrales oder ein feindliches anzusehen sei, nach den in dieser Hinsicht in England geltenden Grundsätzen zu beurteilen sei. Diese sind aufgestellt, um im internationalen Verkehr und im Seekriege zu gelten, indem man davon ausgegangen ist, daß sie dem Völkerrecht entsprächen.

Nach dem englischen Recht ist ein Schiff nur dann ein englisches, wenn es ausschließlich im Eigentum von geborenen oder naturalisierten Engländern steht. Körperschaften, die unter den Gesetzen von Großbritannien oder einer seiner Kolonien begründet sind und die ihre hauptsächlichste Geschäftsstelle dort haben,

sind den Inländern gleichgestellt. Für den Fall, daß das Eigentumsrecht an einem Schiff oder einer Schiffspart durch Erbschaft, Heirat, Konkurs oder dergleichen auf eine Person übergeht, welcher die Eigenschaft, ein englisches Schiff zu besitzen, fehlt, hat das englische Recht eine ähnliche Bestimmung wie das deutsche Gesetz vom 22. Juni 1899 getroffen.

Danach läßt sich vom rein völkerrechtlichen Standpunkte aus der englischen Regierung wohl kaum ein Vorwurf machen, wenn sie die Schiffe solcher Staaten aufbringt, die das Recht zur Führung der Flagge auch einräumen, wenn das Schiff nicht ausschließlich in dem Eigentum von Staatsangehörigen steht. Die Staaten haben sich solches selbst zuzuschreiben, denn es war allgemein bekannt, daß nur dann auf eine völkerrechtliche Anerkennung der Neutralität einer Flagge gerechnet werden kann, wenn das Schiff im ausschließlichen Eigentum von Angehörigen des betreffenden Staates steht. Da das Völkerrecht gestattet, feindliche Handelsschiffe zu nehmen und sich anzueignen, so würde keine Verletzung desselben angenommen werden können, wenn der Teil eines neutralen Schiffes, der feindlichen Staatsangehörigen gehört, verkauft und der Erlös konfisziert wird. Man kann sogar den Zweifel aufwerfen, ob nicht in diesem Falle das ganze Schiff für gute Prise zu erklären sei, da der feindliche Teil von dem neutralen nicht getrennt werden könne, wie solches von der japanischen Regierung vorgeschlagen war.

Auch bei den Schiffen solcher Staaten, die ein dem englischen gleiches Recht bezüglich der Führung der Flagge haben, läßt sich die Anhaltung und Untersuchung der Eigentumsverhältnisse durch den Kreuzer einer kriegführenden Macht nicht als völkerrechtswidrig bezeichnen, falls man überhaupt einer kriegführenden Partei die Befugnis einräumt, die Nationalität eines Schiffes selbständig und ohne Rücksicht auf die Flagge, die es führt, prüfen zu lassen. Pfandgläubiger eines Schiffes darf zwar nach englischem Recht auch ein Ausländer sein, dagegen würde es schwerlich als zulässig angesehen werden, wenn der ins Register als Reeder eingetragene Engländer tatsächlich nur eine vorgeschobene Person ist und das Schiff oder die Schiffspart materiell einem Ausländer gehört, in der Weise, daß dieser den Nutzen von dem Schiff erhält und den Verlust zu tragen hat, und daß der eingetragene Reeder vertragsmäßig nur nach dessen Anweisung über das Schiff oder den Schiffsteil zu verfügen berechtigt ist. Man wird daher einer feindlichen Macht nicht wohl das Recht bestreiten können, auch nach dieser Richtung hin zu untersuchen, ob das unter neutraler Flagge fahrende Schiff nicht materiell ganz oder zum Teil den Untertanen einer feindlichen Macht gehört.

Wir haben ein Beispiel eines derartigen Verfahrens, und zwar ein solches, in welchem das Verfahren zu einem dem genommenen Schiffe günstigen Urteil geführt hat. Das Schiff „Palme“ war ursprünglich deutsch. 1866 wurde es an die Société du Commerce des Missions Protestantes, eine schweizerische Gesellschaft, verkauft. Die schweizerische Bundesregierung gestattet es den Schweizern nicht, ein Seeschiff unter der Bundesflagge fahren zu lassen, auch

hatte Frankreich im Jahre 1854 sich geweigert, eine schweizerische Flagge auf der See anzuerkennen. Die schweizerische Gesellschaft war somit genötigt, das angekaufte Schiff unter einer fremden Flagge fahren zu lassen. Sie behielt die deutsche Flagge bei. Zu diesem Zweck wurde das Schiff nominell an einen Agenten der Gesellschaft in Bremen übertragen, wirklicher Eigentümer blieb aber die Gesellschaft. Im Jahre 1871 wurde das Schiff von einem französischen Kreuzer genommen. Der Conseil des Prises entschied in letzter Instanz, abweichend von der Vorinstanz, daß das Schiff schweizerischen Staatsangehörigen gehöre und also ein neutrales sei, daß es daher den wirklichen Eigentümern herausgegeben werden müsse. Der Fall lag allerdings insofern eigentümlich, als die schweizerische Gesellschaft sich in der Notlage befand, eine fremde Flagge benutzen zu müssen. Sonst hätte man schließlich für die Konfiskation anführen können, daß das Schiff sich gefallen lassen müsse, nach der von ihm gewählten Flagge behandelt zu werden. Welche Praxis England und Rußland in dieser Hinsicht befolgen werden, steht noch nicht fest.

Der erwähnte Fall zeigt, daß aus der neutralen Flagge nicht unbedingt geschlossen werden kann, daß das Eigentum an dem Schiff neutralen Staatsangehörigen zusteht. Für die Frage, ob ein Handelsschiff feindlich oder neutral sei, kann es nur auf das materielle Interesse an demselben ankommen, nicht darauf, von welchen Staatsangehörigen das Eigentum formell vertreten wird.

Die von der englischen und russischen Regierung ins Auge gefaßten Maßnahmen sind wohl kaum gegen Deutschland gerichtet, denn es wird selten vorkommen, daß Deutsche an neutralen Schiffen ein vermögensrechtliches Interesse, wenn nicht etwa ein Pfandrecht, haben; es sei denn, daß man weiter gehen und annehmen will, daß auch eine Aktiengesellschaft eines neutralen Staates so weit als feindlich angesehen wird, als Angehörige eines feindlichen Staates Aktien besitzen. Nach der englischen Praxis wird der Krieg auch dazu benutzt, den Handel und die Schifffahrt der Neutralen möglichst zu schädigen. Auf dieser Praxis wird die fragliche Maßnahme wohl beruhen. Auch wenn es unmöglich ist, bei einem neutralen Schiff ein feindliches Interesse daran herauszufinden und es daher freigelassen werden muß, enthält doch die Anhaltung und Untersuchung eine mit Kosten verbundene Störung und Verzögerung des Verkehrs.

Man könnte es bedauern, daß man in der Londoner Deklaration davon abgesehen hat, eine Bestimmung dahin zu treffen, daß für das Recht zur Führung der Flagge ausschließlich die Gesetze des betreffenden Staates und die Entscheidungen seiner Behörden maßgebend sein sollten. Diese Deklaration ist aber nicht ratifiziert und also nicht rechtsverbindlich. Uebrigens würde das Resultat tatsächlich wohl dasselbe geblieben sein, wenn eine den Vorschlägen der österreichischen und italienischen Regierung auf der Konferenz entsprechende Regelung der Frage durch einen völkerrechtlich bindenden Vertrag zustande gekommen wäre. England hätte wohl keinen Anstand genommen, sich hierüber hinwegzusetzen.

Wenn eine völkerrechtliche Regel mit den englischen Interessen im Kriege in Widerspruch steht, so wird angenommen, daß diese Regel für die modernen Verhältnisse nicht mehr passe, und sie daher für obsolet und nicht mehr verbindlich erklärt.

Die Möglichkeit eines Waffenganges zwischen Japan und Amerika

Von einem österreichisch-ungarischen Diplomaten a. D.

Wie ein von der „Frankfurter Zeitung“ zitiertes russisches Blatt jüngst zu melden wußte, wäre die japanische Botschaft in Washington von ihrer Regierung beauftragt worden, gegen die Maßregeln Protest zu erheben, welche die Einschränkung der Einwanderung aus dem ostasiatischen Inselreich bezwecken.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Meldung sich bestätigt; aber so viel kann doch schon heute gesagt werden, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Annahme ihrer Richtigkeit nicht unbegründet sein mag.

Die Frage, um die es sich handelt, ist keineswegs neu, sie bildet vielmehr schon seit Jahren den wunden Punkt der Beziehungen Japans nicht bloß zur Nordamerikanischen Union, sondern auch zu den unter britischer Herrschaft stehenden Gebieten an den Küsten des Stillen Ozeans. Ihr Kernpunkt besteht darin, daß, während Japan in seiner Würde als Großmacht und gestützt auf Vertragsrechte, für das Prinzip eintritt, daß die japanischen Staatsangehörigen befugt seien, sich in jenen Landgebieten anzusiedeln, die Bürger der amerikanischen Weststaaten sowie Australiens und Polynesiens — dorthin strebt diese Einwanderung zumeist — den stärksten Widerstand dagegen erheben. Hierfür sind nebst dem in der angelsächsischen Welt bekanntlich besonders stark entwickelten Rassenbündel auch wirtschaftliche Gründe maßgebend, nämlich die Besorgnis vor dem Druck, den der Wettbewerb der billiger arbeitenden Farbigen auf die hohen Löhne der Weißen ausüben würde.

Die Londoner Regierung mußte diesen Streit als arge Verlegenheit empfinden, da er sie vor das Dilemma stellte, entweder die alliierte Macht oder die eignen, nicht immer leicht zu lenkenden überseeischen Mitbürger vor den Kopf zu stoßen. Indessen scheint es ihr durch geschickte Kompromisse bisher doch gelungen zu sein, einem offenen Konflikt vorzubeugen. Ob dies auch fernerhin möglich sein wird, ist wohl fraglich; man möchte eher vermuten, daß ebenso wie Japan auch Australien unter dem Eindrucke der dem alliierten bzw. dem Mutterland im Weltkrieg geleisteten Hilfe den Moment für günstig erachten werden, um ihre divergierenden Interessen in der Ansiedlungsfrage stärker zu betonen und die britische Regierung dadurch zu zwingen, offen Farbe für sie zu bekennen.

Das Kabinett in Washington war zwar durch Rücksichten, welche die Londoner Staatsmänner zu einer tastenden Haltung bestimmten, nicht gebunden, immerhin bemühte es sich Jahre hindurch, das intransigente Auftreten Kaliforniens, Oregons und anderer Pazifikstaaten tunlichst zu dämpfen, welche bestrebt waren, im Wege der Lokalgesetzgebung durch Verweigerung des Rechts auf Besitzerwerb von Grund und Boden, des Unterrichts u. dgl. m. die japanische Einwanderung zurückzustauen. Andererseits wollte auch Japan offensichtlich einen Zusammenstoß mit dem mächtigen Nachbar jenseits des Großen Ozeans vermeiden, sei es aus Furcht vor der Macht Amerikas, sei es, um nicht die im armen Land stets hochwillkommene Kundschaft der vermöglichen Amerikaner zu verlieren; gleichviel, die Regierung des Mikado hielt zwar an ihrem Rechtsstandpunkt fest, machte aber aus der Not eine Tugend, indem sie in aller Stille durch interne Maßregeln die Auswanderungsströmung nach den Unionsstaaten praktisch versiegen machte.

Sollte dieser Schwebezustand tatsächlich aufgehört haben, dann ist es wohl Japan, das den Burgfrieden gekündigt hat, wie dies auch mit der eingangs erwähnten Meldung im Einklang stehen würde. Hochtrabende Worte aus dem Munde des Präsidenten Wilson und seines gegenwärtigen Staatssekretärs zu vernehmen hatte man in Berlin und Wien im Laufe der letzten Zeit nur zu oft Gelegenheit. Die Staatsmänner des Inselreichs ziehen es vor, wenn sie die Notwendigkeit dafür gekommen erachten, rasch zu handeln; die Vorgänge bei Ausbruch des Russisch-Japanischen Krieges sind ein Beispiel dafür. Ein ausgeprägter Offenheitsgeist ist dem amerikanischen Wesen fremd, und die Republik, wo die Öffentlichkeit im Augenblick zudem durch Wahlbewegung, die mexikanischen Wirren und andre näherliegende Fragen in Atem gehalten wird, denkt gewiß viel mehr daran, ihren Inselbesitz im Großen Ozean womöglich ungestört zu behalten, als neuen Gebietserwerbungen nachzugehen.

Anders mag man neuestens in Japan die Streitfrage mit Amerika auffassen. Ueber den Grund, der den Inselstaat bestimmt haben könnte, diese alte Frage gerade in diesem Zeitpunkt zur Entscheidung zu bringen, darf der Außenstehende selbstverständlich sich bloß in Vermutungen ergehen. Die nächstliegende wäre wohl die, daß Japan den Zeitpunkt, wo es die Kräfte der europäischen Großmächte durch den Weltkrieg paralysiert sieht, und wo speziell England und Frankreich wie niemals früher bemüht sind, im Interesse der Wahrung ihres Besitzes in Indien und Ostasien die Regierung in Tokio in guter Stimmung zu erhalten, für günstig erkennt, um aus eigener Machtvollkommenheit, im klaren Bewußtsein seiner durch die Schwächung Europas erhöhten Stärke, jene Maßnahmen zu treffen, die dem Inselreich die moralische und materielle Vorherrschaft in Ostasien und auf weite Strecken des angrenzenden Weltmeeres sicherstellen sollen. Vielleicht besteht weiter ein Zusammenhang der angeblichen Aktionspolitik Japans mit den Nachrichten über größere Erdbeben an den Ufern des Panamakanals, welche die Benutzung dieser Wasserstraße, wie es heißt, für längere Dauer unmöglich gemacht hätten, ein Zwischenfall, der den Amerikanern die

im Fall eines kriegerischen Konflikts erforderliche Heranziehung ihrer atlantischen Flotte zur Verstärkung ihres der japanischen Kriegsmarine gegenüber schwachen pazifischen Geschwaders äußerst erschweren und dementsprechend die Philippinen, die hawaiischen Inseln, ja selbst die Küsten des amerikanischen Westens einem raschen japanischen Angriff preisgeben würde.

Wie dem immer sei, der Interessengegensatz zwischen Japan und Amerika ist so ernst, daß die Möglichkeit des Ausbruchs eines offenen Konflikts gewiß nicht in Abrede zu stellen ist. In dieser Beziehung sei auch auf ein kürzlich in Tokio unter dem Titel „Der Krieg zwischen Japan und Amerika“ erschienenenes Werk, anscheinend offiziösen Charakters, hingewiesen, in dem, freilich mit chauvinistischem Ueberschwang, die Gründe dargelegt werden, welche nach der Auffassung des Autors den Krieg zwischen den beiden Rivalen an den Ufern des Stillen Ozeans als unvermeidlich erscheinen lassen.

Mitte Februar 1916.

Kriegseuchen einst und jetzt

Von

Geh. Regierungsrat Dr. Bregcr (Berlin-Nikolassee)

Best, Krieg, Hungersnot und Tod sind jene gefürchteten apokalyptischen Reiter, die sich nach dem Bibelwort zur Vernichtung des Menschengeschlechts zusammengetan haben. Nicht ohne Grund sind diese vier graufigen, unheimlichen Gestalten von jeher ein beliebter Gegenstand der bildenden Kunst gewesen. Man denke an Dürer und in jüngerer und jüngster Zeit an Cornelius und Böcklin. Es kommt in diesem Symbol die Erfahrung zum Ausdruck, daß der Krieg, Hungersnot und verheerende Volksseuchen fast immer unzertrennliche Genossen waren. Unter ihnen waren diese Begleiter des Krieges meist schrecklicher als der grimme, grausame Krieg selbst. Wurde dieser von alters her bei allen Völkern in Dichtung und bildender Kunst verherrlicht, so waren jene Gegenstand der Furcht, des Abscheus und des Grauens. Der Tod, der in milden Friedenszeiten als Einzelereignis, am Krankenbette als Tröster, Bollender und sanfter Erlöser gelten mag, als Genius mit der erlöschenden Fackel, er wird im Kriege zum unheimlichen Massenwürger. Das mittelalterliche Bild des in wehenden Mantel gehüllten Knochenmanns auf dahinrasendem dürren Klepper, die mächtige Sense in der knöchigen Faust schwingend, wird ihm eher gerecht. Konnte man doch bis in die neuere Zeit bei allen kriegsführenden Völkern die Beobachtung machen, daß die Schar derer, die während eines Feldzuges durch Krankheit oder Seuchen dahingerafft wurden, um ein Erhebliches größer war als die Zahl derjenigen Krieger, welche unmittelbar auf dem Felde der Ehre blieben oder später den von dem Feinde erhaltenen Wunden erlagen.

Schon von Herodot erfahren wir, daß das Heer des Perserkönigs Xerxes, das im Jahre 480 v. Chr. Griechenland überschwemmte, von einer Seuche so mitgenommen wurde, daß das kleine griechische Landheer es siegreich überwinden konnte. Um das Jahr 200 v. Chr., während der Punischen Kriege, hatten die karthagischen Heere Hannibals mehr unter den sie dezimierenden Blattern=(Pocken=)Epidemien als unter den Schwertern und Speeren der Römer zu leiden. Auch das Heer des Gn. Pompejus wurde 86 v. Chr. im ersten Bürgerkriege durch eine Pest vernichtet. Nicht minder sprechen die Berichte aus der Zeit der Kreuzzüge eine ernste Sprache. Ramen doch die gewaltigen christlichen Heere vielfach nur als kleine Trümmer in dem Heiligen Lande an. Während des Dreißigjährigen und im Laufe des Siebenjährigen Krieges wurde Deutschland zu wiederholten Malen von ansteckenden Krankheiten durchseucht. Namentlich Ostpreußen, das unter häufigen Einfällen tatarischer und polnischer Horden viel zu leiden hatte, wurde von diesen mehrmals mit der „landverderblichen Kontagion“ der Pest bedacht, wodurch oft ganze Städte und Ortschaften entvölkert wurden. Einige schlichte Verse eines alten Volksliedes aus dem achtzehnten Jahrhundert geben der ungeheuren Not jener Zeit beredten Ausdruck:

Die wilde Pest heert weit und breit,
Mit Leichen ist die Welt bestreut.
Schon manchen Toten deckt kein Grab,
Der's graben wollt', sank selbst hinab.

Velleidet auf dem Felde liegt
Der Leichnam, bis der Hund ihn kriegt.
Verzweifelt wirft, den Raben gleich,
Das liebe Kind man in den Leich.

Das Elternpaar liegt auf der Bahr,
Verwaiset steht der Kinder Schar,
Sie weinen sich die Augenlein rot,
Bergehn in Frost und Hungerstot . . .

Hier preßt die Krankheit Seufzer aus,
Dort bricht die Pest blüßschnell ins Haus,
Entreißt im Flug die Deinen dir,
Denn sein darf keiner warten hier.

Die Menschen schwärmen auf dem Feld,
Ohn' Raß und Ruh' ist alle Welt,
Der Bruder fleucht den Bruder schen,
Und keiner bleibt im Tode treu . . .

O grauser Tod, o große Not,
Das harte Herz kennt kein Gebot.
Jetzt läßt die Seel' das Erdenkleid,
Wo findet sie Barmherzigkeit?

Wiederum war es die Pest gewesen, die in dem ägyptischen Feldzug, den Napoleon im Jahre 1798 gegen das Land der Pyramiden unternahm, den Gang der Weltgeschichte beeinflusst hat. Bald nach der Einnahme von Kairo brach die Seuche auf dem Marsche durch Syrien aus und zwang das französische Heer, die Belagerung des von den Engländern verteidigten Hafens von Akta aufzugeben. Der damals neunundzwanzigjährige General Bonaparte besuchte in Jaffa unter persönlicher Lebensgefahr das Pestlazarett, um das Los der Kranken, die ohne jegliche Wartung und Pflege ihrem Schicksal überlassen waren, zu bessern.

Abermals sollten Kriegsseuchen vierzehn Jahre später einem napoleonischen Heere zum Verhängnis werden und damit den Untergang des französischen Macht-habers vorbereiten. Auf dem Rückzuge der Großen Armee nach dem Brande der alten Kremlstadt Moskau waren es weniger die Waffen der Kosaken als die

vollkommene Hilflosigkeit gegenüber den Seuchen, die das stolze Heer in Trümmer fallen ließ.

Zust in Litauen und seiner ehemaligen Hauptstadt Wilna, das die tapferen Mannen unseres Hindenburg am 19. September 1915 in Besitz genommen, traten bei jenem Rückzuge des Jahres 1812 die Leiden eines von Hunger, Kälte und Seuchen geschlagenen und zermürbten Heeres am furchtbarsten in die Erscheinung. An der Spitze seiner Truppen war Napoleon am 12. Juni, umgeben von seinen berühmten Heerführern, in selbstbewußter Siegeszuversicht den Blick auf Moskau richtend, in Wilna eingezogen. Aber in welchem Zustande kehrte die stolze Armee kaum ein halbes Jahr später, am 8. Dezember, in die alte litauische Hauptstadt zurück! Zeitgenössische Schriftsteller haben diesen Rückzug nicht mit Unrecht einen Triumphzug des Todes genannt. Ein in Lumpen gehüllter, dahinschleichender, wankender Menschenhaufen zog in Wilna ein. Die Stadt war bald überfüllt. Als schon am 10. Dezember die nachdrängenden Russen in die Stadt einmarschierten, hatten sie es leicht, 30 000 Gefangene zu machen. Die Ärmsten waren vor Kälte, vor Hunger und Schwäche mehr tot als lebendig. Die Spitäler waren überfüllt. Der Jammer erreichte seinen Gipfel. Das Elend in den Krankenhäusern war unbeschreiblich. Ohne Nahrung, ohne die geringste Pflege, ohne Heizung bei einer echt russischen Winterkälte lagen Kranke, Erschöpfte und Sterbende dicht zusammen neben schon Gestorbenen. Es gab in diesem Wirrsal keinen Rat, keine Hilfe. Die Lazarette wurden zu Herden der schrecklichsten Epidemien. Am fürchterlichsten wütete der Flecktyphus. Die Anhäufung von Kranken steigerte die Epidemie zu einer so vernichtenden Wut, daß die unerhörtesten Szenen der Entartung und tierischer Selbstsucht in die Erscheinung traten. In den vollgepfropften Lazaretten und in den hierzu hergerichteten Gebäuden soll es mehr als einmal vorgekommen sein, daß Franzosen ihre sterbenden, aber noch atmenden Kameraden zum Fenster hinauswarfen, um für sich selbst Platz zu schaffen. Niemand kümmerte sich darum. Niemand nahm in dem allgemeinen Wirrwarr und Entsetzen Anstoß daran. Jeder, in dem nicht die letzte Spur von Willen erloschen und vernichtet war und in dem noch ein leises Flämmchen von Lebenshoffnung glimmte, war in diesem Chaos nur auf sich selbst bedacht und hatte jegliches Gefühl für das Ungeheuerliche verloren, das sich neben ihm zutrug. In die Krankenhäuser wurden dort im Laufe des Dezember 25 000 Soldaten aufgenommen. Von ihnen waren nach wenigen Wochen nur noch 3000 am Leben. Fast alle Häuser waren mit Kranken und Sterbenden angefüllt. In dem einzigen Kirchhof Wilnas wurden über 8000 Tote auf einen Haufen geworfen. Eis und Schnee bildeten bald ein friedliches Leichentuch über den ruhmlos, fern von der Heimat auf fremder Erde Beigesetzten. Sehr stark wurde auch die damals 30 000 Köpfe zählende jüdische Bevölkerung Wilnas heimgesucht; von ihr fiel fast ein Drittel der Seuche zum Opfer. Aber auch die Umgebung Wilnas wurde nicht verschont. Nach den Aufzeichnungen der damaligen Ärzte sind während jener traurigen Zeit in Wilna und seinen benachbarten Gemeinden 55 000 Leichen bestattet worden.

Leider hatte diese Katastrophe von Wilna für unser deutsches Vaterland noch eine schlimme Nachwirkung im Gefolge. Die Rückzugslinie der Großen Armee führte nach dem Rhein. Ueberall, wo die flüchtenden Franzosen hinkamen, brachten sie das „bössartige hitzige Fieber“ mit; Tod und Verderben waren ihre Begleitung. Zunächst kam es in Königsberg, Danzig, Torgau, Dresden zu schweren Fleckfieberepidemien sowohl bei der Besatzung als auch bei der Zivilbevölkerung. Dann aber begünstigten die Befreiungskriege des Jahres 1813, die wir sonst immer in dem schönen Lichte deutscher Begeisterung zu sehen gewohnt sind, die Ausbreitung dieser Krankheit und machten fast alle deutschen Städte zu verderblichen Seuchenherden, zu deren Opfern auch Johann Gottlieb Fichte als eines der edelsten gehörte.

Der Krimkrieg (1854—1856) brachte wiederum ein größeres Auftreten des Fleckfiebers. Die Franzosen verloren daran 17515 Mann. Ueber die Verluste der Türken und Russen ist nichts Sicheres bekannt; doch richtete das Fleckfieber unter ihnen gleichfalls große Verheerungen an. Während des Krimkrieges wurde auch die Cholera aus Südfrankreich nach dem Kriegsschauplatz eingeschleppt und forderte unter den Franzosen 11196 Opfer. Durch die verbündeten Truppen war die Seuche auf die Einwohner der dem Kriegesgebiet benachbarten Länder übertragen worden, so daß sie bald in Smyrna, an den Dardanellen, in Warna und in den Donaufürstenthümern erschien. Die gewaltigen Verluste, welche die Kriegsseuchen den kämpfenden Heeren beigebracht hatten, dürften damals die beteiligten Mächte zur Einstellung der Feindseligkeiten geneigt gemacht haben.

Auch der Ausgang des Krieges gegen Oesterreich im Jahre 1866 wurde durch die Cholera beeinflusst. Es geht dies aus einer Aeußerung Bismarcks hervor, die in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ niedergelegt ist. Bismarck vergewärtigte sich, daß die Preußen in dem Feldzuge in der Champagne im Jahre 1792 nicht durch die Franzosen, sondern durch die „blutige Ruhr“ zu dem verlustreichen Rückzug über den Rhein gezwungen worden seien. Daher war für ihn die Zunahme der Cholera im preußischen Heere ein Anlaß, bei einem Vortrag in Nikolsburg die Aufmerksamkeit seines Allerhöchsten Herrn auf die Möglichkeit ernstster Folgen zu lenken; das Ergebnis führte zu einem Präliminarfriedensvertrag mit Oesterreich. Durch die damaligen Kriegereignisse wurde die Seuche in die preußische Zivilbevölkerung getragen, so daß ihr im Laufe des Jahres 1866 nicht weniger als 120000 Menschen zum Opfer fielen.

Der Feldzug der Jahre 1870/71 zeigte zum erstenmal auf deutscher Seite die Tatsache, daß es möglich ist, in einer großen Armee die durch Krankheit verursachte Sterblichkeit so weit herabzumindern, daß sie hinter den durch Waffen bedingten Todesfällen zurückbleibt. Immerhin waren im deutschen Feldheere 74205 Erkrankungen (mit 8940 Todesfällen) an Typhus, deren 38652 (2380) an Ruhr und 4835 (278) an den Pocken zu verzeichnen.

Sehr viel schwerer als das deutsche Heer war jedoch in demselben Kriege die französische Feldarmee von den Pocken heimgesucht. Hierüber liegt

eine am 17. Juni 1889 abgegebene Erklärung des französischen Kriegsministers vor, der in einem Bericht an den Präsidenten der Republik sagte:

„Ich konnte nicht vergessen, daß im Jahre 1870/71, während die deutsche Armee mit einer Million geimpfter Soldaten nur 459 Mann¹⁾ durch die Pocken verlor, die weniger zahlreiche französische durch diese Krankheit einen Verlust von 23400 Mann hatte, welchen die vorbeugende Ausübung der obligatorischen Wiederimpfung Frankreich hätte ersparen können. Und die Zahl der Kranken, welche diesen Verlust von 23400 Todesfällen durch die Pocken ergeben hat, stellt sie nicht eine vollständige Armee dar, die man unter den drückendsten und schwierigsten Kriegsverhältnissen in die Lazarette schicken mußte?“

Diese Angaben sind acht Jahre später von einem andern französischen Kriegsminister, General Billot, in einem Privatschreiben widerrufen worden. Ihm zufolge sollen die Pockenverluste in der französischen Armee nur 6000 Mann betragen haben. Es hat deutscherseits nicht an wiederholten Versuchen gefehlt, diesen von Impfgegnern ausgeschlachteten Widerspruch amtlich aufzuklären. Wenngleich eine zuverlässige Auskunft nicht zu erlangen war, so steht doch auf Grund französischer Berichte soviel fest, daß durch die Pockenseuche die Schlagfertigkeit der französischen Truppen zeitweise in Frage gestellt war und daß in den Jahren 1870/71 diese Krankheit in Frankreich schlimmere Verheerungen als der Krieg selbst angerichtet hat.

Leider hatte diese Kriegsseuche für unser Vaterland noch eine bedauerliche Nachwirkung. Durch die gefangenen Franzosen war sie in die meisten deutschen Provinzen und Städte eingeschleppt worden. Es kam in den Jahren 1871 und 1872 zu einer schweren Pockenepidemie, durch die nicht weniger als 162111 Menschen dahingerafft wurden. Diese Opfer, die beinahe das Vierfache der Gesamtverluste des Krieges darstellen, waren der zwar hohe, aber nicht vergebliche Preis, um den wir das Impfgesetz vom 8. April 1874 erkaufte haben, denn seither sind die Pocken bei uns eine nahezu unbekannte Krankheit geworden.

Während des Russisch-Türkischen Krieges 1877/78 blieben der russischen Armee die Leiden einer schweren Fleckfieberepidemie nicht erspart. Dieß Heer zählte im ganzen während dieses Feldzuges 199537 Kranke und 43985 Todesfälle infolge von typhösen Erkrankungen, unter denen neben dem Rückfallfieber das Fleckfieber die schlimmsten Ansteckungsherde bildete. In manchen Truppenteilen blieben nur diejenigen Mannschaften von der Krankheit verschont, welche sie bereits früher überstanden hatten. Das russische Sanitätswesen war nicht kriegsbereit, und alle getroffenen Abwehrmaßnahmen wurden erst unter dem Eindruck der gewaltigen Ausdehnung der Epidemie vorbereitet und in Angriff genommen. Der Mangel an Beförderungsmitteln und Seuchenlazaretten führte zu einer gewaltigen Anhäufung von ansteckend Erkrankten auf dem Kriegsschauplatz. In den verfügbaren Hospitälern herrschte eine Ueberfüllung, und es

¹⁾ Genau genommen sind während des Krieges in der deutschen Feldarmee 278 Sterbefälle an Pocken und in der Heimatsarmee deren 162 vorgekommen.

kam zu einer Vernachlässigung der Kranken, die an die Zustände von Wilna zu Anfang des Jahrhunderts erinnerte. Die massenhaft vom Fleckfieber dahingerafften Krankenwärter wurden durch unerfahrene Soldaten ersetzt, die später zu einer Verbreitung der Seuche in ihren eignen Truppenteilen beitrugen.

Die folgenden Jahrzehnte sind in der Geschichte der Medizin durch die beispiellosen Fortschritte auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung gekennzeichnet. Den rastlosen Bemühungen genialer Forscher, wie Robert Koch, und ihrer Schüler ist es gelungen, über die Verbreitungsweise der Kriegseuchen größere Klarheit zu schaffen und das Wesen, die Lebensgewohnheiten, Schlupfwinkel und Einfallspforten ihrer Erreger aufzudecken. Damit war die Möglichkeit gegeben, zielbewusste und wirksame hygienische Maßnahmen zu ergreifen, um jene nur mikroskopisch sichtbaren Feinde abzuwehren. Diejenige Armee, welche im Felde zuerst Gelegenheit hatte, die Erfolge der neuzeitlichen Bakterienforschung mit ausgezeichnetem Ergebnis anzuwenden, war die japanische. Während des Russisch-Japanischen Krieges (1904) ist es ihr u. a. gelungen, durch Anwendung fahrbarer Kocheinrichtungen, in denen das Trinkwasser keimfrei gemacht wurde, das Vorkommen von Typhus und Ruhr erfolgreich einzuschränken. Die japanische Vorsicht war übrigens soweit gegangen, daß schon geraume Zeit vor Ausbruch des Krieges Militärärzte nach der Mandschurei geschickt worden waren, die in dem voraussichtlichen Operationsgebiete als gesundheitliche Rundschaffter die Wasserversorgung, Unterkunftsverhältnisse und Verpflegungsmöglichkeiten zu studieren hatten.

Demgegenüber trat sowohl während des Burenkrieges (1899—1900) als auch bei der Niederwerfung des Hereroaufstandes (1904) der Unterleibstypus in bedenklicher Weise auf. Hatte doch die englische Armee während des Burenfeldzuges 42 741 Typhuskrante und das kleine deutsche Heer in Südwestafrika deren 4700, entsprechend 42 Prozent des ganzen Bestandes. Hier war es der Wassermangel, der dem massenhaften Auftreten ansteckender Darmerkrankungen Vorschub geleistet hat. Was helfen alle Ratschläge der ärztlichen Wissenschaft, wenn unter dem Zwange der eisernen Notwendigkeit des Kriegsdienstes die ursprünglichsten Forderungen der Gesundheitspflege nicht befolgt werden können, wenn nicht einmal die Möglichkeit zur einfachsten Körperpflege, zur Reinigung der Hände und zu einer auch nur einigermaßen zweckmäßigen Beseitigung der Abfallstoffe gegeben ist! Und dies in einem Lande, das schon in Friedenszeiten reich an Ansteckungsstoffen war.

Daß trotz allen Fortschritten der ärztlichen Wissenschaft die Kriegseuchen ihren Schrecken immer noch nicht verloren haben, zeigte der dem gegenwärtigen Kriege vorangegangene Balkanfeldzug, der sehr zur Ausbreitung der Cholera im südöstlichen Europa beigetragen hat. Durch Aushebung türkischer Mannschaften in choleraverseuchten Gebieten Syriens war die Krankheit nach dem Kriegsschauplatz gebracht worden. Alle jene Orte, die bei den militärischen Operationen häufig genannt wurden, wie Kileh Burgas, Kirkilisse, Uesküb, Stara Zagora, Debeagatsch, Adrianopel sind zugleich gefährliche Choleraherde

gewesen. Hauptsächlich aber an der Tschataldschalinie kam es im Herbst 1913 auf der türkischen Seite zu einem Massensterben an der Cholera. Berichteten doch Reisende, daß in San Stefano ganze Eisenbahnzüge mit Cholerafranken angelangt seien und daß zahlreiche Choleraleichen längs der Bahn das Gelände bedeckt haben.

Auch das bulgarische Heer blieb von der Krankheit nicht verschont. Die Bulgaren erkrankten in großer Anzahl, nachdem sie von dem Wasser der Mariza, das Leichen von Türken mit sich führte, getrunken hatten. Es erging daher an die Truppen der strenge Befehl, den Genuß von ungekochtem Wasser zu vermeiden. Um dieser Anordnung einen besonderen Nachdruck zu verleihen, mußte an der Tschataldschalinie jeder einzelne Mann sein Versprechen, nur abgekochtes Wasser zu trinken, durch einen Eid bekräftigen, ein Verfahren, das sich als wirksam erwiesen haben soll. Außer dem bulgarischen und serbischen verlor auch das rumänische Heer, obgleich es an den militärischen Operationen kaum irgendwelchen Anteil hatte, bei seinem Vormarsch nach dem Süden 1500 Mann an der Cholera. Am wenigsten hatten die Griechen während des Balkankrieges unter der Cholera zu leiden. Bei ihnen wurde zum erstenmal in einem Feldzug von der Choleraimpfung Gebrauch gemacht. Die guten Erfolge, die damit erzielt worden sind, gaben neben den wissenschaftlichen Unterlagen den Anlaß dazu, in dem gegenwärtigen Kriege bei der deutschen und österreichisch-ungarischen Armee die allgemeine Anwendung dieses vorbeugenden Mittels vorzuschreiben.

Zu Beginn des jetzigen Völkerringens mußte sofort die Frage aufgeworfen werden: „Werden wir mit einem gefahrdrohenden Ausbruch von Kriegseuclien zu rechnen haben?“ Der Verfasser dieser Zeilen hat am 3. August 1914 hierzu an anderer Stelle folgendes geschrieben:

„Zwar ist für Deutschland die Gefahr der Kriegseuclien dank der im Laufe der Zeit eingetretenen Vervollkommenung der Kenntnisse über das Wesen und die Verbreitungsweise der in Betracht kommenden Krankheiten und im Hinblick auf den heutigen Stand des Medizinalwesens nicht mehr so groß wie ehemals. Andererseits darf aber die Gefahr der Kriegsepidemien nicht unterschätzt werden, weil die Ansammlung so erheblicher Menschenmassen auf dem Kriegsschauplatz wie kaum jemals zuvor und die Schnelligkeit der jetzigen Verkehrsmittel neue Momente bilden, die der Ausbreitung der Euclien förderlich sind. Bei dem nun ausgebrochenen Krieg mit Rußland ist hinsichtlich der Abwehr und Unterdrückung der Euclien um so mehr Wachsamkeit geboten, als das russische Reich ein Land ist, das schon in Friedenszeiten in hohem Maße von Infektionskrankheiten heimgesucht wird. Es sind im Jahre 1911 nach den eingegangenen Anzeigen in dem europäischen Rußland erkrankt: an Pocken 106065 Personen, an Unterleibstypheus 367029, an Fleckfieber 113473, an Ruhr 388813, an Cholera 3216 usw.¹⁾ Mit einer Einschleppung dieser Krank-

¹⁾ Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes 1913, S. 1071.

heiten in das Deutsche Reich während des Krieges wird gerechnet werden müssen, da durch Transporte von Verwundeten und Gefangenen sowie durch Proviant- und Munitionskolonnen ein reger Wechselverkehr mit dem Feindeslande stattfinden wird. Es werden daher die in Betracht kommenden Behörden mit aller Sorgfalt darauf zu achten haben, daß sie von Seuchenausbrüchen nicht überrascht werden und jetzt schon eine Bereitschaft gegenüber der erhöhten Seuchengefahr ins Auge fassen müssen, um auftretende Krankheitsfälle sofort im Keime ersticken zu können.

Die Cholera ist in der ersten Hälfte des Jahres 1914 in Konstantinopel und Adrianopel aufgetreten und hat sich im Juli in dem an Galizien grenzenden russischen Gouvernement Podolien und anscheinend kürzlich auch in den Gouvernements Wilna und Kowno gezeigt. Es muß daher mit einem Ausbruch der Seuche auf dem Kriegsschauplatz und zugleich mit einem Vordringen der Seuche in das Reichsgebiet gerechnet werden.“

Um zunächst auf das Anwachsen der Cholera Gefahr infolge des Krieges etwas näher einzugehen, sei hier darauf verwiesen, daß nach Mitteilungen aus neutralen Staaten im August 1914 die Cholera in Warschau ausgebrochen war. Ende September wurde berichtet, daß im serbischen Heer sich bereits 12 000 Cholerafälle ereignet hätten und daß täglich 200 bis 300 Heeresangehörige an dieser Krankheit starben. Als unsere Truppen in Russisch-Polen in raschem Siegeslauf vordrangen, stießen sie in der Gegend von Cholm, Siechanow (bei Mlawka) und in Pultusk, am unteren Narew, auf Choleraherde. In Lutsk (zwischen Warschau und Brest-Litowsk) sind 4000 choleraerkrankte Russen in Lazaretten untergebracht gewesen.

Durch eindringende russische Streitkräfte ist die Cholera nach Galizien verschleppt worden, wo sie infolge der absichtlichen und planmäßigen Verunreinigung der Brunnen durch die Eroberer festen Fuß faßte und noch lange über die Russenzeit hinaus schwere Opfer forderte. Durch russische und serbische Gefangene kam die Seuche in das Innere Oesterreichs und hat hier die meisten Kronländer befallen. Insgesamt sind für das erste Kriegsjahr in Oesterreich-Ungarn 22 000 Choleraerkrankungen (mit 7672 Todesfällen) amtlich bekannt geworden, von denen auf Galizien allein 9355 (4015) entfielen. Zwar wurden in den ersten drei Monaten des zweiten Kriegsjahres in Oesterreich-Ungarn immer noch 26 000 Choleraerkrankungen (mit 15 000 Todesfällen) festgestellt, von denen $\frac{9}{10}$ in Galizien sich ereignet haben. Ende Oktober 1915 konnte jedoch der Choleraherd daselbst als erloschen angesehen werden.

Günstiger als in Oesterreich-Ungarn gestaltete sich die Choleraabwehr im Deutschen Reich. Anscheinend war der russische Kriegsschauplatz in seinem nördlichen Teil nicht in demselben Grade verseucht wie Wolhynien und Serbien und daher die Gefahr der Einschleppung von Krankheitsstoffen geringer. Auch konnten die Russen während der kurzen Zeit der Besetzung der ostpreussischen

Landesteile auf gesundheitlichem Gebiet nicht so schädigend wirken, wie sie es die vielen Monate hindurch in Galizien getan haben.

In der deutschen Armee sind, wie in wissenschaftlichen Vorträgen leitender Armeehygieniker zum Ausdruck gelangt ist, nirgends gehäufte Fälle von Cholera vorgekommen. Einzelfälle haben sich allerdings bei dem Vorhandensein zahlreicher Ansteckungsquellen unter der polnischen Bevölkerung nicht immer vermeiden lassen. Seitens der Heeresverwaltung ist aber das Menschenmögliche geschehen, um Choleraeinschleppungen durch Heeresangehörige, die verwundet, erkrankt oder beurlaubt nach der deutschen Heimat kamen, zu verhüten. Vereinzelte Krankheitsausbrüche wurden jedesmal sofort entdeckt und mit den erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen umgeben, so daß eine Weiterverbreitung des Krankheitsstoffes im Inlande verhütet wurde.

Auch in den Gefangenenerlagern sind größere Choleraepidemien nicht aufgetreten. Ansätze hierzu sind schnell und erfolgreich bekämpft worden. Unter der Zivilbevölkerung des Deutschen Reiches haben sich im ersten Kriegsjahr 18 Erkrankungen (mit 1 Todesfall) und in den ersten vier Monaten des zweiten Kriegsjahres deren 55 (18) ereignet. Diese Cholerafälle betrafen hauptsächlich Angehörige der schiffahrttreibenden Bevölkerung in den Stromgebieten der Oder und Weichsel.

Das Fleckfieber hat während des gegenwärtigen Krieges in der serbischen Armee und Bevölkerung eine ungeheure Verbreitung gefunden und sich als eine Geißel erwiesen, die schlimmer war als der Krieg selbst. Viele Tausende aller Altersstufen sind dieser Krankheit zum Opfer gefallen. In Nisch betrug im Mai 1915 die tägliche Zahl der Todesopfer durchschnittlich 140 und stieg zeitweise auf 300. Die Kirchhöfe — sagt ein ärztlicher Bericht — können nicht alle die Toten aufnehmen. Typhuswagen, von Ochsen gezogen, rattern durch die Straßen, Menschen bergend, die in Fieber und Delirium rasen. In den Hospitälern sieht man gar keine Frauen, man fürchtet, daß sie aus Mangel an ärztlicher Hilfe in ihren Heimen dahinstirben. In ihrer Not ließ die serbische Regierung einen Hilferuf bei ihren Bundesgenossen und bei den neutralen Staaten erschallen. Zahlreiche Ärztekommmissionen aus England, Frankreich, Holland, Dänemark, Griechenland, der Schweiz und den Vereinigten Staaten begaben sich nach Serbien, um an der Bekämpfung des Fleckfiebers mitzuwirken. Es wurde ein „Internationales Gesundheitsamt“ gegründet, dessen Vorsitz der Kronprinz Alexander von Serbien übernahm. Als die fremden Ärzte aber an die Arbeit gehen wollten, fanden sie nach einer Mitteilung der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 6. April 1915 so trostlose Zustände vor, daß sie trotz des besten Willens, trotz ihrer menschenfreundlichen Begeisterung hilflos und ratlos einer unlösbaren Aufgabe gegenüberstanden. Es fehlte nicht nur an Betten, nicht einmal Räume waren vorhanden, in denen die Kranken hätten untergebracht werden können. Hiermit steht im Einklang die Schilderung, die ein aus serbischer Gefangenschaft befreiter österreichischer Offizier dem Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“, Mario Passarge, über die Leiden der fleckfieberkranken Gefangenen in Serbien gemacht hat:

„Die Gefangenen waren in einen engen Stall gesperrt, Kranke und Gesunde durcheinander, nein, nicht durcheinander, sie lagen übereinander, so eng war der Raum. Und die oben lagen und leben blieben, fühlten die Körper der Kameraden unter sich noch einmal zucken und erkalten. Die Ueberlebenden baten um frische Wäsche und erhielten die Wäsche der an der Seuche Gestorbenen. Es stand ihnen frei, der Gefahr der Ansteckung zu trotzen oder weiter in den schmierigen Lumpen zu bleiben.“ (!)

Auch die englische ärztliche Fachpresse redet ganz offen von den haarsträubenden Gesundheitsverhältnissen in Serbien. Die Entschuldigung für diese „mittelalterlichen Verhältnisse“ findet sie allerdings bezeichnenderweise in der „jahrhundertlangen Knechtung des Landes durch die Türken“. Diese Unzulänglichkeiten ließen es begreiflich erscheinen, daß die Ärzte bei ihrer Tätigkeit daselbst ihr wertvolles Leben aufs Spiel setzten, und daß nach einer Mitteilung aus London deren 60 infolge einer Ansteckung — allerdings nicht am Krankenbett — den Tod gefunden haben.

Nach einer aus Risch stammenden Meldung des „Pester Lloyd“ vom 1. Dezember 1915 sind sogar in jener Stadt allein 138 Ärzte an Fleckfieber, Cholera und Ruhr gestorben, während im serbischen Heer und in der dortigen Zivilbevölkerung 80 000 bis 90 000 Menschen an diesen Seuchen zugrunde gegangen sein sollen. Die serbische Presse brachte einigen der Opfer ihres menschenfreundlichen ärztlichen Berufs einen ehrenden Nachruf:

„Ein Gefühl des Dankes, der Achtung und der Liebe ergriff jeden Serben bei der Trauerkunde von dem Tode einiger Schweizer Ärzte, die freiwillig gekommen waren, unsre Verwundeten und Kranken zu pflegen. Aufrichtig ist unser Dank, groß unsre Achtung und tief unsre Liebe für diese Helden, welche, den Tod vor Augen, die Gefahr nicht achtend, sich aufmachten, um Schmerzen zu lindern. Sie verließen ihr schönes Vaterland, wo sie wohl geborgen waren, und gingen in die Ferne, getrieben von dem einen edlen Gedanken, den Armen und Kranken zu helfen. O! Ihr, die Ihr in der Erde unsers Vaterlandes ruht, Ihr habt gezeigt, daß es in dem schrecklichsten aller Kriege noch Männer gibt, denen Selbstlosigkeit, Barmherzigkeit, Nächstenliebe angeboren sind. — Euer geliebtes Vaterland beweint Euch, die Ihr es nimmer sehen werdet, und wird Euch zu seinen besten Söhnen zählen. Ruhet in Frieden, liebe Freunde unsers Volkes! Rings um Euch ruhen unsre besten Söhne. Viele von ihnen, die vor Euch dahingegangen, gaben Euch den letzten Blick, einen Blick des Dankes und der Bewunderung, wie wir Lebende es tun werden, indem wir Eure teuren Gräber mit Achtung, mit Liebe und mit Dankbarkeit grüßen.“

Das ist gewiß recht schön; aber trotzdem wird man auf jene andern Ärzte, die gar bald das Nutzlose ihres Wirkens einsahen und jener trostlosen Miß-

wirtschaft rechtzeitig entflohen, ehe sie deren Beute wurden wie ihre armen Kameraden, keinen Stein werfen dürfen.

Nur wenig besser sah es in gesundheitlicher Hinsicht in Serbien aus, als Anfang Oktober 1915 die deutschen Truppen im Verein mit ihren Bundesgenossen die Donau überschritten, um nach dem Süden vorzudringen. Bereits am 29. November konnte die Oberste Heeresleitung über den Abschluß dieses gewaltigen und siegreichen Unternehmens berichten und dabei die bedeutsame Erklärung abgeben: „Unter Krankheiten hat die Truppe überhaupt nicht zu leiden gehabt.“ Mitten im Seuchenerbe stand also hier die deutsche Armee, unberührt von den ringsum wütenden Krankheiten, wehrhaft auch diesen unsichtbaren und tödlichen Feinden gegenüber. Wahrlich ein schöner Erfolg deutscher Organisation!

In Oesterreich haben sich im ersten Kriegsjahr immerhin 12 201 Fleckfiebererkrankungen (mit 5339 Todesfällen) ereignet. Diese nicht unerhebliche Ausbreitung dürfte damit zusammenhängen, daß das Fleckfieber schon in Friedenszeiten in Galizien ein ständiger Gast war. Daß diese Krankheit in der russischen Armee große Verheerungen angerichtet hat, bewies der ungünstige Gesundheitszustand der russischen Ankömmlinge in unsern Gefangenenlagern. Waren doch große Scharen der Eingelieferten mit Kleiderläusen behaftet, jenem vielgenannten Ungeziefer, das mit dem Blut der Kranken beim Saugen den Ansteckungsstoff aufnimmt und ihn späterhin auf bisher Gesunde zu übertragen vermag. Die deutsche Heeresverwaltung hat kein Opfer gescheut, um den feindlichen Gefangenen jede, selbst den höchsten Anforderungen der Wissenschaft entsprechende gesundheitliche Fürsorge zuteil werden zu lassen. So ist es denn nach monatelanger, nicht ungefährlicher Arbeit gelungen, durch die mit größtem Eifer und Nachdruck betriebene, mehrmals wiederholte Entlausung der Insassen der Gefangenenlager der Fleckfieberkrankheit unter den Gefangenen Herr zu werden. Am Ende des ersten Kriegsjahres konnten sämtliche Gefangenenlager als fleckfieberfrei angesehen werden. Leider hat in diesem stillen Kampfe eine ganze Anzahl deutscher Ärzte und Sanitätsmannschaften als aufopfernde Beschützer des Lebens der Feinde den Heldentod erlitten. Unter ihnen befanden sich die namhaften Forscher Kochmann, v. Browatzki, Cornet und Luethje, deren Tod einen schweren Verlust für die ärztliche Wissenschaft bedeutet. Auch einige Zivilpersonen, die in den Gefangenenlagern als Bauhandwerker oder in der Küche beschäftigt waren, sind an Fleckfieber erkrankt. Im übrigen konnte aber ein Ueberspringen der Seuche auf die Zivilbevölkerung dank der Sicherheit und Zuverlässigkeit der angewandten Bekämpfungsmaßnahmen verhütet werden. Dabei sah sich die Heeresverwaltung vor vollkommen neue Aufgaben gestellt. Um zu verhindern, daß Ungeziefer und Krankheitsstoffe von dem östlichen Kriegsgebiet nach der Heimat gebracht wurden, sind von der Militärverwaltung an der Ostgrenze des Reichs von Ostpreußen bis hinunter nach Schlesien, dem Königreich Sachsen und Bayern elf „Sanierungsanstalten“ errichtet worden. Hier wurden die durchkommenden Leute (Soldaten, Kriegsgefangene oder polnische Arbeiter)

gebadet und außerdem die deutschen Krieger mit reiner Wäsche versehen. Die Kleidungsstücke und sämtliche Ausrüstungsgegenstände einschließlich der Gelbbörse wurden einer eingehenden Desinfektion unterzogen. Die Anordnung der Räume ist in den Sanierungsanstalten in bewährter Weise so getroffen, daß große Menschenmassen (12000 Mann) ohne Störung an einem Tage die Anstalt durchlaufen können und dabei von anhaftendem Ungeziefer und Krankheitskeimen befreit werden. Außer diesen ausgedehnten Anlagen sind noch Hunderte von kleineren Entlausungsanstalten und Behelfseinrichtungen im Osten und Westen gebaut worden. Mitunter sind diese auf Kraftwagen oder Flußschiffen untergebracht, um sie je nach Bedarf an verschiedenen Orten verwenden zu können.

Die Pocken (Blattern), die, wie oben erwähnt, zu Anfang der 1870er Jahre noch so zahlreiche Opfer gefordert hatten, sind im Deutschen Reich während dieses Krieges kaum in die Erscheinung getreten. Die Zahl der Erkrankungsfälle betrug im ersten Kriegsjahr nur 140, das ist weniger, als dem Durchschnitt der Friedensjahre entspricht. Diesen Erfolg verdanken wir in erster Linie der Durchführung des Reichsimpfgesetzes vom 8. April 1874, das die obligatorische Erst- und Wiederimpfung vorschreibt und dadurch dem deutschen Volke einen erheblichen Grad der Immunität gegen die Pocken gewährleistet. In gleicher Weise haben die Durchimpfung der mobilisierten Armee sowie die Impfungen der Pflegepersonen und der Kriegsgefangenen der Krankheit den Boden entzogen. Auch auf diesem Gebiete lagen die Verhältnisse weniger günstig in Oesterreich, das wegen der impfgegnerischen Mehrheit seines Abgeordnetenhauses immer noch eines Impfwanges entbehrt. Dieses Land hatte im ersten Kriegsjahr 9111 Pockenfälle zu verzeichnen, von denen 1613 auf Wien entfielen.

In Rußland scheinen die Pocken, wie aus Mitteilungen russischer Tageszeitungen hervorgeht, mehrfach in gefahrdrohender Weise ihr Haupt erhoben zu haben, so in St. Petersburg und in Charkow, wo sich die behördliche Anordnung von Massenimpfungen der Einwohnerschaft als notwendig erwiesen hat. Auch in Paris ist nach einer Mitteilung des „Journal of the American Medical Association“ zu Beginn des Krieges eine Wiederimpfung der gesamten Bevölkerung angeordnet worden, was darauf schließen läßt, daß die französische Regierung einen gefährlichen Pockenausbruch befürchtete oder schon zu unterdrücken sich genötigt sah. Das französische Heer war jedoch für diesen Krieg mit einem besseren Pockenschutz ausgestattet als im Jahre 1870. Sowohl die aktiven Truppen als auch die Reserve und die Territorialtruppen sind der Wiederimpfung unterzogen worden. Das Auftreten einer Pockenepidemie bei dem Feind an der Westfront kann daher diesmal als ausgeschlossen gelten.

Um so mehr mußte aber in Frankreich und in Belgien mit dem tödlichen Feinde des Unterleibstypheus gerechnet werden. War es doch in Fachkreisen bekannt, daß in Friedenszeiten diese Krankheit in der französischen Armee, auf die Kopfstärke berechnet, etwa zehnmal so häufig aufzutreten pflegte als im preussischen Heere. Auch bildete die Klage über die Häufung von

Typhusfällen in den französischen Städten einen ständigen Beratungsgegenstand der Pariser medizinischen Akademie. Wie wenig dort die schwungvollen Reden und Vorträge über die Entstehung und Beseitigung dieses Mißstandes die fruchtbringende Tat im Gefolge gehabt haben, beweisen die hygienischen Zustände, die unsre Sanitätsoffiziere nach ihren Berichten in Ostfrankreich und Belgien nicht selten angetroffen haben: „Unsauberkeit ist hier an der Tagesordnung, Aborte fehlen oder sind in verwahrlostem Zustande, Badeeinrichtungen gehören zu den größten Seltenheiten, selbst in den Städten. Auf dem Lande werden die Fäkalien im besten Fall neben oder auf dem Misthaufen entleert; gewöhnlich wird aber jede sich bietende Gelegenheit benutzt. Der Brunnen liegt vielfach unmittelbar neben dem Misthaufen, von der mangelhaften Beschaffenheit der Brunnen ganz zu schweigen. Vielfach sind die Straßen und Plätze ungepflegt und schmutzig. Selbst in den Schulgebäuden begüterter Gemeinden herrscht eine weitgehende hygienische Nachlässigkeit.“

Bei dem raschen Vordringen unsrer Truppen im Westen während der ersten Kriegsmomente war naturgemäß ein Schutz gegen eine Typhusansteckung nicht immer möglich, und es hat daher an typhösen Erkrankungen nicht gefehlt, wenngleich deren Zahl sich in mäßigen Grenzen hielt und hinter den Ziffern der Jahre 1870/71 weit zurückblieb. Sobald aber der Bewegungskrieg durch den Stellungskampf abgelöst wurde, konnten die Hygieniker unsers Heeres dazu übergehen, die französischen Ortschaften vom Typhus zu säubern. Denn nur wenn die einheimische Landbevölkerung, unter der die gefährlichen Typhusherde zu suchen waren, typhusfrei gemacht worden war, durfte man hoffen, daß auch die deutschen Feldtruppen vor weiteren Ansteckungen bewahrt bleiben würden. Zu diesem Zwecke wurden von unsern Sanitätsoffizieren sämtliche Ortschaften des Kriegsschauplatzes und der Etappe planmäßig durchsucht, um Typhuskranke und -verdächtige sowie anscheinend gesunde Träger der Typhuskeime (sog. Bazillenträger) ausfindig zu machen. In Begleitung des Bürgermeisters, des Ortsgeistlichen oder des Lehrers wurden Straße um Straße, Haus um Haus besichtigt, die Bewohner über gegenwärtige oder frühere Erkrankungen ausgefragt, die Wasserläufe, öffentliche Waschstellen und Tausende von Brunnen in Augenschein genommen, die Art der Milchversorgung geprüft und von kranken oder krankheitsverdächtigen Personen Blutproben oder sonstige für die ärztlich-bakteriologische Untersuchung geeignete Stoffe entnommen. Dieser Rundgang wurde von den Vertretern der militärischen Gesundheitsbehörden jede Woche wiederholt.

An vielen Orten hat jetzt im Kriege der deutsche Soldat als Erzieher gewirkt. Ganze Ortschaften sind noch nie so sauber gewesen wie jetzt. Das beste ist, daß nicht nur unsre Mannschaften selbst Hand anlegten, sondern daß auch die französischen Bauern zur Keilichkeit in Haus, Hof und Straße angehalten wurden. Der erfreuliche Erfolg dieser kulturbringenden Tätigkeit ist darin zu erkennen, daß der Typhus im Jahre 1915 in dem westlichen Kriegsgebiet ganz erheblich zurückgetreten ist.

Bei der deutschen Zivilbevölkerung war während des Krieges eine Zunahme des Unterleibstypheus nicht zu erkennen. Als ein vereinzelttes Vorkommnis sei jene Typhusepidemie erwähnt, die Mitte September 1915 die Universitätsstadt Jena befallen hat und sprunghaft in wenigen Tagen auf mehrere hundert Fälle in die Höhe stieg. Diese Massenerkrankungen waren dadurch zustande gekommen, daß durch einen nicht aufgeklärten unglücklichen Zufall Typhusbazillen in die dortige Wasserleitung gelangt waren, ein Ereignis, das mit den Kriegsverhältnissen in keinerlei Zusammenhang steht. An diese Typhusepidemie, die übrigens schon Mitte Oktober erloschen war, knüpfte sich ein Vorkommnis, das in Fachkreisen einiges Aufsehen erregte. Eine Studentin der Medizin, die in Jena vor dem Staatsexamen stand, forderte ihre Papiere von der Universität mit der Begründung zurück, sie könne infolge der Typhusepidemie ihre Staatsprüfung in Jena nicht ablegen; man solle ihre Papiere nach einer andern Universität schicken, dort wolle sie dann in die Prüfung eintreten. Von Jena aus wurde ihr der Bescheid zuteil, sie täte gut daran, wenn sie ihr ärztliches Studium aufgeben würde.¹⁾

Was die Typhushäufigkeit bei unsern Gegnern angeht, so ist aus Belgien nur so viel bekannt geworden, daß die belgische Armee auf ihrem Rückzuge von dem Unterleibstypheus stark heimgesucht wurde. England, das durch seine kolonialen Feldzüge den Wert einer sanitären Kriegsvorbereitung und planmäßigen Seuchenbekämpfung kennen und schätzen gelernt hat, scheint unter dem Typhus wenig gelitten zu haben. Nach einer Erklärung, die am 1. Juli 1915 im englischen Unterhaus abgegeben wurde, sind unter den englischen Truppen in Frankreich seit Kriegsbeginn bis zum 22. Mai 1915 827 Typhusfälle mit 128 Todesfällen vorgekommen. Die Mehrzahl der Erkrankungen betraf solche Heeresangehörige, die der Typhusimpfung nicht unterzogen worden waren, und zwar sollen Nichtgeimpfte vierzehnmal häufiger an Typhus erkrankt sein als Geimpfte; bei den letzteren soll die Gefahr, an Typhus zu sterben, zwei- und vierzigmal geringer gewesen sein als bei den Ungeimpften. Auch in der deutschen Armee, wo übrigens die Typhusimpfung nicht wie in England eine freiwillige, sondern eine für Offiziere und Mannschaften vorgeschriebene Einrichtung ist, hat diese Maßregel viel dazu beigetragen, die Typhusgefahr zu bannen. Ist es doch diesem Vorbeugungsmittel zu verdanken, wenn neuerdings von 100 typhuskranken deutschen Soldaten nur noch einer gestorben ist, gegenüber 12 bis 15 in früherer Zeit.

Die Ruhr hat sich in der deutschen Armee sowohl im Westen wie im Osten in mäßigen Grenzen gehalten und war meist durch einen milden Verlauf gekennzeichnet, der kaum eine Dienstunfähigkeit bedingte. Auch das Rückfallfieber, das in ähnlicher Weise wie das Fleckfieber durch Ungeziefer übertragen wird, war für uns in diesem Krieg von keiner Bedeutung. Obgleich in den Gefangenenslagern unter den russischen Kriegsgefangenen einige hundert Erkrankungsfälle

¹⁾ Münchener Medizinische Wochenschrift 1915, Nr. 43, S. 1486.

sich ereignet haben, ist doch keine einzige Uebertragung auf Zivilpersonen vorgekommen. Von sonstigen Kriegsseuchen ist noch der Genickstarre zu gedenken, die durch kanadische Truppen nach mehreren Bezirken Englands eingeschleppt wurde und dort die Behörden dem Gedanken nähertreten ließ, ein Verbot des Rüssens (!) zu erlassen. Schließlich ist zu erwähnen, daß unter den Truppen der deutschen Westfront jene eigentümliche, fieberhafte übertragbare Gelbfucht — die Weilsche Krankheit — in einer gewissen Häufung aufgetreten ist. Zwei deutschen Forschern, Uhlenhuth und Fromme, ist es gelungen, die Ursache dieser Krankheit, die bisher noch völlig dunkel war, zu enthüllen. In Laboratorien, die sie nur wenige Kilometer hinter der Gefechtslinie behelfsmäßig eingerichtet hatten, konnten sie den Nachweis führen, daß diese Krankheit durch eine Spirochäte (einzelliges Lebewesen) von Kleiderbügelähnlicher Form hervorgerufen wird. Der Donner der Kanonen hat also hier den deutschen Forschergeist nicht gehindert, die Wissenschaft um eine Großtat zu bereichern.

Nicht ohne Genugtuung dürfen wir daher sagen: Der jetzige Krieg stellt für Deutschland nicht nur einen militärischen, sondern auch einen hygienischen Erfolg dar. In langjähriger Friedensarbeit haben Heeresverwaltung und Zivilbehörden in engster Anlehnung und in ständigem Austausch mit der Wissenschaft die Seuchenbekämpfung vorbereitet. Zu diesen Kräften gesellte sich während des Krieges die unbegrenzte private Liebestätigkeit des deutschen Volkes in dem Bestreben, die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Heeres zu erhalten und zu mehren und würdig der Tapferkeit unsrer braven Truppen diesen furchtbaren Krieg einem für uns gedeihlichen Ende näher zu bringen.

Die bisher erzielten Erfolge unsrer gesundheitslichen Maßnahmen, die heute in den zahlreichen leerstehenden Seuchenlazaretten der Stappengebiete ihren sichtbaren Ausdruck finden, rechtfertigen das Vertrauen und die Zuversicht, daß auch für die Zukunft Heer und Vaterland von einer ernststen Seuchengefahr nichts zu befürchten haben.

Es entspricht daher nach der ganzen Sachlage das eingangs erwähnte Symbol kaum mehr unserm Vorstellungskreise. Unter den apokalyptischen Reitern haben die beiden gefürchtetsten, Pest und Hungersnot, für uns ihre Bedeutung verloren. Aber auch der Tod auf dem Felde der Ehre läßt eine andre Darstellung zu, als die Ueberlieferung des finstern Mittelalters sie mit sich bringt. Die bildenden Künstler werden nach andern, unserm Gefühlleben näherstehenden Motiven Umschau halten müssen. Soll uns die germanische Sagenwelt, die uns der Genius Wagner in seinen Werken nähergebracht hat, nutzlos geschenkt worden sein? Der Leichnam Siegfrieds, von Walküren auf herrlichen Rossen nach Walhall getragen, — dies Bild kommt gewiß dem Sinne und der Vorstellung der deutschen heldischen Jugend am nächsten.

Irland

Von

Professor Dr. Siegm. Günther (München)

(Schluß)

Direkt ausgerottet konnte der Katholizismus dem Buchstaben der Limerider Abmachung zufolge nicht wohl werden, aber nichts schien im Wege zu stehen, den Anhängern der geächteten Konfession wenigstens alle bürgerlichen Rechte zu nehmen. Königin Anna und König Georg I., zwei Herrschergehaltnen subalternster Art, setzten ihre Namen unter die Gesetze, durch die eine Klasse von Staatsangehörigen unterster Gattung geschaffen werden sollte und auch geschaffen ward. Das irische Parlament schloß die Katholiken von allen staatlichen und militärischen Aemtern aus, versagte ihnen das Recht des — vor zweihundert Jahren noch allseitig anerkannten — Waffenführens, erschwerte ihnen durch vexatorische Anordnungen jede Art von Handels- und Gewerbebetrieb, machte ihnen zugleich jedoch, und das wäre für viele unter ihnen ein letzter Ausweg gewesen, die Erlangung von Pachtrechten nahezu unmöglich, erschwerte den Religionsunterricht nach Kräften, verbot den Uebertritt zur gehassten „popery“ und verhängte die Todesstrafe über jeden Priester, der eine Mißhege einsegnete. Ein Altgläubiger von einiger Wohlhabenheit, der noch ein Gütchen aus dem allgemeinen Verfall gerettet hatte, mochte, wenn er auf alle Lebensfreuden verzichtete und seine Kinder privatim unterrichtete, vielleicht sein Dasein ohne größere Störung hinbringen; sowie er jedoch etwas mehr vom Leben verlangte, fiel er hoffnungslos in die Fallstricke sogenannter Gesetze. Trotzdem war die Anzahl der Konvertiten ungemein gering, und die der katholischen Geistlichen, der Mehrzahl nach Angehörigen des Franziskanerordens, nahm ebenfalls nicht ab, weil das selbst darbenende Volk mit diesen armen Teufeln sein Letztes teilte. Räuberbanden, die „Rapparees“ und „Tories“, welche letztere Bezeichnung merkwürdigerweise mit der Zeit von diesen Ausgestoßenen auf die konservative Oberschicht Großbritanniens überging, gab es natürlich genug, aber zu Aufständen gegen die Unterdrücker ist es erst sehr viel später gekommen, als die Häupter der Französischen Revolution und nächstdem Napoleon I. die Insel in den Bereich ihrer Pläne einzubeziehen angingen. In den Jahren 1797 und 1798 brachen solche endlich aus, allein die versprochene Invasion des Nachbarlandes brachte den Rebellen nur ungefähr dasselbe Glück, welches in allerneuester Zeit die Expedition nach Saloniki den betrogenen Serben gebracht hat, und im Blute wurden diese kurzen Anläufe rasch erstickt. Der „Geheimbund der vereinigten Irländer“ wurde aufgelöst.

Gewaltsame Auflehnung gegen das Angelsachsentum und gegen die mit ihm auf gleichem Boden stehende englische Hochkirche gab es somit nicht mehr, aber in voller staatlicher Loyalität arbeitete das irische Element unausgesetzt an einer

Verbesserung seiner trübseligen Lage. Das war ihm freilich aufs äußerste erschwert durch die Ausschließung von der gesetzlichen Landesvertretung, die ja, wie wir wissen, eigens dafür zugeschnitten war. Lord Stanhopes Absicht (um 1740), eine Milde rung der sog. „Unfähigkeitsgesetze“ einzuleiten, gelangte infolge raschen Sturzes seines Ministeriums nicht zur Verwirklichung. Erst Lord Chesterfield fand 1745 das treffende Wort: „Poverty ist schlimmer als Popery.“ Man schaffte zwar die harten Ausnahme gesetze für die Papisten nicht ab, aber man hielt mit der rigorosen Ausführung inne. Und in wirtschaftlicher Beziehung fuhr das „Mutterland“ fort, die Tochterinsel plangemäß zu unterdrücken. Die zu guten Hoffnungen berechtigende Textilindustrie legte man lahm, so eifrig auch zu ihren Gunsten das — selbst protestantische — Parlamentsmitglied Molynaux eintrat, und da der Statthalter immer nur ein anglikanischer Aristokrat sein konnte, der selber gar nicht nach Irland kam, sondern sich, mit Churchill zu reden, „gut bezahlter Untätigkeit“ hingab und die „Lords Obergerichter“ nach Belieben schalten und walten ließ, so drang kein Moisschrei zu den Ohren der besser denkenden Engländer. Irische Fonds dienten dazu, an sich schon reiche Herren durch Pensionen noch reicher zu machen, und auch Damen scheuten sich nicht, derartige Geschenke ihrer fürstlichen Gönner entgegenzunehmen. Leider haben auch Deutsche, Hannoveraner und Hannoveranerinnen, an diesem fluchwürdigen Geschäft lebhaften Anteil genommen. Das Gute indessen hatte diese verderbliche Regierungsweise, daß nach und nach auch die protestantischen Ansiedler, in erster Linie die doch von den Katholiken am weitesten abstehenden „Dissenters“, sich als Irländer zu fühlen begannen und so mit den Entrechteten mehr Mitgefühl zeigten. Konstitutionelle Zwiste zwischen den beiden Reichshälften kamen schon in der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts mehrfach vor. Die berühmten „Briefe eines Tuchhändlers“, die anonym gedruckt waren, aber, wie sich viel später erst herausstellte, keinen Geringeren als Swift zum Verfasser hatten, gewannen auf beiden Inseln zahlreiche aufmerksame Leser. Bei Georgs III. Regierungsantritt sagten nachdenkende Briten von Irland, der alte Gegensatz Protestant — Katholik sei durch eine neue politische Bildung, Hofpartei — Landpartei, abgelöst worden.

Und im Zusammenhange mit dieser Umgestaltung stand es auch, daß agrarische Unruhen mehr und mehr eine bedeutsamere Rolle als religiöse Kämpfe zu spielen anfangen, die freilich eben durch die Zurücksetzung eines so zahlreichen Bruchtheiles der Bevölkerung mitbedingt waren. Die „Weißburschen“ trieben ihr räuberisches Unwesen zuerst im Bezirk Tipperary, wohin auch in jener Zeit von England ein weiter Weg war. Es waren das verzweifelte Menschen, deren Organisation große Ähnlichkeit mit derjenigen hatte, die nachmals in Italien zur „Mafia“ und „Camorra“ führte. Regierungstreue Pächter, die pünktlich ihren Behnten entrichteten, mußten gewärtigen, daß sie von Verkappten aus dem Hause geholt und zwar nicht ermordet, aber arg gepeinigt wurden. Gewöhnlich gehörten diese Menschen dem Papismus an, aber es gab auch eine evangelische Abart in den „Eichburschen“ von Ulster. Einigermassen besserte sich

die Sachlage, als von 1767 an der Vizekönig zur dauernden „Residenz“ in Dublin verhalten und auch das irische Parlament genötigt wurde, in kürzeren Sitzungen die Geschäfte zu erledigen. Auch machte man bald nachher in London einige handelspolitische Zugeständnisse, gegen die von den englischen Fabrikanten selbstverständlich eine verbissene Opposition gemacht worden war. Auch veranlaßte die Furcht, Irland könne am Ende in die Fußstapfen der nordamerikanischen Kolonien treten, zu einigem Nachgeben in der bislang wenigstens theoretisch festgehaltenen Einschünkung der Katholiken, denen durch die Bill von 1778 ein erster Hoffnungsschrahl leuchtete. Der Urheber war Edmund Burke (1729—1797), einer der edelsten und vorurteilsfreiesten Staatsmänner, die das Britentum je gehabt hat, wie ihn auch die Epigonen von 1915 so nötig brauchen könnten. Daß er aus Irland selbst stammte, mag ja seine reformatorischen Neigungen teilweise verursacht und gefördert haben. Doch trug zur Beseitigung des schlimmsten Druckes auch die Gründung des „Korps der irischen Freiwilligen“ bei, die zwar von der Regierung nicht gerade willkommen geheißen, aber doch zugelassen wurde, weil die Finanzlage jämmerlich, eine brauchbare Landesverteidigung überhaupt nicht vorhanden war. Um diese Freischär mit Gewehren zu versehen, mußte der Vizekönig seinem Herzen erst einen argen Stoß geben — die Not der Zeit ließ keinen andern Ausweg zu. Verlangten doch diese jungen Leute sogar keinen Sold von einer Regierung, die nicht einmal ihre Beamten zu bezahlen vermochte. Und nun erschien auch zuerst im Dubliner Parlament der Mann, der vielleicht am meisten dazu beitrug, sein engeres Vaterland auf eine höhere Stufe zu heben. Henry Grattan (1746—1820), dessen vollstimmliches, durch und durch uneigennütziges Wirken selbst den Vollblut-Engländern derart imponierte, daß man ihm eine Ruhesstätte in der Westminster-Abtei anwies, errang sich 1779 in der Adreßdebatte die Aufmerksamkeit von Freund und Feind und setzte ein Jahr später die irische „Rechtserklärung“ durch, ein Seitenstück der altberühmten englischen „Declaration of Right“. Und wieder drei Jahre nachher glückte ihm die Erringung eines wichtigen Sieges, indem er die legislative Unabhängigkeit Irlands durchsetzte. An parlamentarischer Beredsamkeit muß er nach allen Zeugnisaussagen alle berühmten Debatter jener an hervorragenden Kräften reichen Epoche übertroffen haben. Der neue „Ordnung des heiligen Patrick“ sollte sozusagen diesen großen Augenblick auch äußerlich festlegen.

Leider war allerdings mit diesem Erfolge noch kein gesichertes Ziel erreicht. Auf die mancherlei Zwischenfälle, die bald darauf eintraten, so vor allem auf den Zwist zwischen den beiden Unterhausführern Flood und Grattan, kann hier nicht näher eingegangen werden; es genüge, zu sagen, daß in wirtschaftlicher Hinsicht der Friedenszustand noch lange nicht herbeigeführt war, und daß die Gleichberechtigung der beiden Parlamente in London und Dublin gerade nach dieser Seite hin auch empfindliche Nachteile im Gefolge hatte. Die Neuwahl von 1790 ließ Grattan seinen Dubliner Sitz erneut behaupten, und 1793 durfte er sich der Hobart-Bill erfreuen, durch die endlich den Katholiken das aktive

Wahlrecht für Staat und Gemeinde eingeräumt wurde. Aber der erste Versuch, einen direkt katholikentfreundlichen Statthalter in der Person Lord Fitzwilliams zu ernennen, schlug fehl, weil beide Teile sich noch zu wenig verstanden. Positiv einen Fortschritt in der Behandlung der römischen Kirche bedeutete einzig der Entschluß des Premierministers Pitt, ein Seminar zur Heranbildung von Priestern auf Staatskosten ins Leben treten zu lassen. Alle weiteren Schritte unterblieben wegen der uns bereits bekannten Bedrohung der Insel durch die Franzosen. Auch Grattans Loyalität erfuhr bei dieser Veranlassung eine herbe Verdächtigung, und man ging so weit, seinen hochgeachteten Namen aus der Liste des Geheimen Rates zu streichen.

Zunächst schien damit jede Hoffnung auf eine gründliche Beruhigung der staatsstreuen Irländer geschwunden zu sein, und wenn nicht die Niederlage der Sansculotten eine so vernichtende gewesen wäre, wie sie es tatsächlich war, würde vermutlich gar nichts mehr geschehen sein. Glücklicherweise jedoch sah der jüngere Pitt (1759—1806), der in jenen kritischen Tagen das Staatsruder handhabte, klarer als seine meisten Zeitgenossen und entwarf den Plan einer vollständigen Union zwischen England und Irland. Die Katholiken stimmten zu, und obschon auch eine lebhaftige Gegenagitation einsetzte, brachte der Minister den Unionsentwurf im Jahre 1800 durch die Häuser. Die persönliche Antipathie des halb unzurechnungsfähigen Königs Georg IV. schob dem Versöhnungswerke einen neuen Niegel vor, denn die antikatholische Gesinnung dieses Monarchen ließ ihn gegen die Ausöhnung der Glaubensbekenntnisse als „jakobinisches“ Unterfangen Stellung nehmen, und Pitt gewann es nicht über sich, dieser Schrulle eines für wahres Christentum sonst sehr gleichgültig gesinnten Mannes entgegenzutreten. So verschwand allerdings mit dem 1. Januar 1801 das irische Parlament, aber die Katholiken blieben von der Erreichung der Rechtsgleichheit aller Staatsbürger ausgeschlossen.

Es wird angezeigt sein, die große Wendung, die mit dem ersten Tage eines neuen Jahrhunderts eintrat, zum Gegenstande einer gleichzeitig rück- und vorschauenden Betrachtung zu machen. In so mancher Hinsicht war die Beseitigung der Sonderstellung Irlands ein Gewinn für das Reich selbst und für seine einzelnen Teile; sonst hätte ein Patriot, wie Grattan, nimmer eingewilligt, das bestehende Recht umgestalten zu lassen. Er tat es mit großer Selbstüberwindung, wie aus seiner letzten in Dublin gehaltenen Rede zu schließen ist. Wir könnten bei alledem in der Neuordnung Pitts einen erheblichen Vorteil auch für die stets stiefmütterlich behandelte Insel selber erblicken, wenn eben nicht das Bleigewicht der konfessionellen Unterdrückung dem Geseße angehängt geblieben wäre. Furchtbar sollte sich diese unselige Verkennung des Wertes der Stunde rächen, denn nun blieb das ganze neue Jahrhundert hindurch der Antagonismus zwischen Iren und Engländern in voller Kraft bestehen. Wer weiß, ob das Verlangen, Homerule zu erhalten, die hohe Tragweite der Folgezeit erlangt haben würde, hätte eine königliche Laune nicht dem Ausöhnungswerke eines trotz aller Fehler genialen Ministers die Spitze abgebrochen. Wenn Irland mit vollen Rechten,

ohne ängstliche Scheidung zwischen den Bewohnern, ein mit England und Schottland auf gleichem Rechtsboden stehendes Glied des britischen Reichsorganismus ward, dann konnten Sonderwünsche nicht mehr zu einer das Ganze gefährdenden Bedeutung gelangen.

Schon im zweiten Jahre der Union zeigten sich die Früchte der von Georg III. beliebten Politik. Die Katholiken bildeten Schutz- und Agitationsvereine, um allen Widerständen zum Troste sich zu erklämpfen, was sie als Emanzipation bezeichneten, und 1825 entstand aus diesen kleineren Zirkeln die mächtige „Irish Catholic Association“, die tatsächlich eine Gefahr für den in bürgerlichen Unruhen geradezu aufgewachsenen Staat in sich schloß. Ihr traten, vorab in Ulster, die an Wilhelms des Drapiers Namen sich anlehenden protestantischen Drangistenverbände („Drangelogen“) entgegen, und blutige Scharmügel zwischen diesen beiden Parteien begannen wieder auf der Tagesordnung zu erscheinen. Von größeren und ernsteren Gesichtspunkten ließ sich Daniel O’Connell (1775—1847) leiten, dessen Rührigkeit die Bill von 1829 zu danken war. Durch sie wurde die Emanzipation legislatorische Tatsache; der Anhänger der römischen Kirche konnte jetzt zu jedem Amte, das des Vorkanzlers ausgenommen, den Zugang sich eröffnen, und auch das Parlament öffnete ihm seine Tore. Demgemäß trat O’Connell 1830 ins Unterhaus ein, und als er 1832 wiedergewählt ward, schlossen sich um ihn vierzig von den in Irland gewählten Abgeordneten als eine mit ihrem Führer durch dick und dünn gehende Gruppe zusammen.

Raum aber war diese Etappe genommen, so erhob auch wieder die Homerulefrage ihr Haupt, die damals übrigens noch eine andre Bezeichnung führte. Man nannte sie „Repeal“ (Widerruf), weil die Bill von 1800, d. h. die Union zwischen England und Irland, widerrufen werden sollte. Unter O’Connells Leitung entstand die „Loyal National Repeal Association“, die durch die Unterstützung der katholischen Geistlichkeit in Bälde eine so furchtbare Macht zu werden schien, daß die Regierung ängstlich wurde und den der Reaktion jeder Erdzone geläufigen Weg der Waffenanwendung betrat. Die Volksversammlung von Clontarf wurde durch die Truppen unmöglich gemacht, und der Einberufer, eben der zum Bürgermeister der Hauptstadt gewählte O’Connell, sah sich in einen Staatsprozeß verwickelt, der mit seiner Verurteilung zu einjährigem Gefängnis und einer hohen Geldbuße endigte. Formfehler versetzten das Höchstgericht der Peers in die mutmaßlich sehr angenehm empfundene Zwangslage, den Prozeß zu kassieren, und neu aufgenommen wurde er nicht. Momentan stand der Einfluß des Volkstribunen auf seiner Höhe, allein er war nicht imstande, sich auf dieser zu erhalten, denn, wie so oft, nahm ihm, der das Weiswort loyal nicht bloß der Form halber, sondern in vollem Ernste für seine Parteibildung gewählt hatte, eine radikalere Richtung den Wind aus den Segeln. Im Mai 1847 starb er auf einer Reise nach Italien, und sein Sohn John (1808—1858) suchte zwar in die Aufgabe des Vaters sich einzuleben, mußte aber bereits 1852 die Assoziation sich auflösen lassen und trat dann in den Staatsdienst ein, als dessen Organ er rasch der Vergessenheit anheimfiel.

Die Erben O'Connell's in der Volksgunst waren die Vorkämpfer der Bewegung, welche sich als „das junge Irland“ die Sympathien weiter Kreise errang. Schwere wirtschaftliche Notstände, Hunger und Volkskrankheiten, ebneten den O'Brien, Meagher usw. den Weg zu einer in dieser Form noch nicht erlebten Verehrung der altirischen Oppositionellen, denn der erstgenannte hieß beim Volke Südirlands allgemein „König von Munster“. Weit gefährlicher aber war der keltische Edelmann Fergus Edward O'Connor (1796—1855), der sich nicht auf die Heimatinsel beschränkte, sondern nach England selbst hinübergrieff und hier, den nationalistischen Gedanken mit dem sozialistischen vereinigend, den sog. Chartismus zustande brachte. In einer Birminghamer Versammlung 1838 geschaffen, zog dieser weite Kreise in sein kühnes Programm herein und konnte nur mit Blutvergießen bezwungen werden. Einzelne Anführer fielen, andre wurden nach Australien deportiert, und nur O'Connor selbst entrannte der gerichtlichen Verfolgung; allerdings nur, um ein noch schlimmeres Geschick zu erleiden. Zwischen Wiederaufnahme der Chartistenbewegung und Versuchen, das Feuer in Irland neu zu entfachen, schwankte er unsicher hin und her, bis ihn 1852 eine englische Irrenanstalt aufnahm. Der seit 1880 im Unterhause sitzende Thomas O'Connor, der im wesentlichen auf gleichem Boden stand, scheint kein Verwandter von Fergus Edward gewesen zu sein.

Auf der Insel, zu deren Heile alle diese Vorgänge dienen sollten, sah es vor sieben und acht Jahrzehnten traurig aus. Die von Cromwell mit Zwangsmaßnahmen begonnene, nach der Limericker Konvention halb freiwillig fortgesetzte Auswanderung entwickelte sich in noch nie dagewesener Weise. Fast alle Emigranten wandten sich den Vereinigten Staaten zu, wo man auf Volksgenossen, die früher das Meer überschritten hatten, mit Sicherheit rechnen durfte. Und von hier aus sollte die Rückwirkung auf Europa in ebenfalls gewaltigem Ausmaße erfolgen. Denn hier bildete sich 1861 der auf Losreißung einer zu gründenden irischen Republik von England abzielende Geheimbund der Fenier, die in der Heimat und in Kanada Putsch versuchten und ihren obersten Zweck natürlich nicht durchsetzten, wohl aber mittelbar ihrer Insel Vorschub leisteten. Denn denkende britische Staatsmänner, deren es um 1870 mehr als 1915 gab, begannen sich nunmehr die Frage vorzulegen, ob denn nicht der fenische Aufstand doch von einer teilweise vernünftigen Grundlage ausgehe, ob nicht tiefgehende Unzufriedenheit unter dem Volke bestehe und ihre innere Berechtigung habe. Die katholische Sache hatte ja als solche zu bestehen aufgehört, aber fortzeugend hatte die Summe böser Taten, die früher vom herrschenden Staate begangen worden waren, gar viele Uebel geboren, die noch fast ungeschwächt fortbestanden und nur durch ehrliches Zusammenwirken von Vaterlandsfreunden beider Lager der Heilung hätten entgegengesührt werden können. Solche hat es denn auch tatsächlich gegeben, und allgemein sah man auch in England ein, welche Hauptkrebsschäden eine Beruhigung der irischen Bevölkerung so gut wie unmöglich machten. Diese waren — und sind teilweise noch heute — die Präponderanz der anglikanischen Kirche in einem vorwiegend katholischen, aber auch

recht viele „Niederkirchliche“ umfassenden Lande und der Druck der auf der Insel selbst so gut wie unbekannten Latifundienbesitzer, denen gegenüber die armen Pächter fast rechtlos waren. Diesen beiden größten Uebelständen furchtlos ins Auge geschaut zu haben, war unleugbar das Verdienst des 1868 aus Ruher gekommenen Ministeriums Gladstone.

Man hat in Deutschland William Ewart Gladstone (1809—1897) recht häufig falsch beurteilt, indem man ihn als Idealisten und Träumer verspottete und dabei ganz über sah, welch schwere Stellung ein Mann seiner Art in einem fast immer von hartherzigen Realpolitikern geleiteten Staate von Anfang an hatte. Wir Deutsche hätten wahrlich alle Ursache, das Gedächtnis dieses groß denkenden Staatslenkers in Ehren zu halten, wenn wir an Asquith, Grey, Bonar Law und tutti quanti denken. Ihm war es vergönnt, die Entstaatlung der irischen Hochkirche unter Schwierigkeiten aller Art durchzusetzen, und auch das „Landgesetz“ von 1870 brachte eine Reihe wohlthätiger Verbesserungen. Der neuen Partei, welche auf der in solchen Bildungen unerschöpflichen Grünen Insel erstand, tat Gladstone freilich nicht genug, so daß er sie mit den ihm überaus unerwünschten Repressivmaßregeln zu bekämpfen nicht umhin konnte. Die „Homerulers“ knüpften an O'Connell's Ideentreife an, nahmen aber auch die weitergehenden Forderungen der „Jungirländer“ in ihre Plattform auf und liebäugelten anfänglich sogar mit den Feniern, was selbstverständlich auch von einem großherzigen, aber nur mit offenen Karten spielenden Staatsmann verurteilt werden mußte. An sich wäre das Verlangen der Autonomisten kein unsinniges gewesen, denn es ging nur auf nationale Selbständigkeit im Zusammenhange des britischen Reiches. So war wenigstens die Meinung des ersten Parteileiters, Isaac Butt, dem aber nachgerade durch einen radikalern Flügel, der direkt englandfeindlich war, das Heft aus der Hand gewunden ward. Dessen Häuptling war der vielgenannte Charles Stewart Parnell (1846—1891), ein Agitator von seltener Gewandtheit, aber dabei von laxen sittlichen Grundsätzen, die ihn denn auch stürzten, als 1890 eine Anklage wegen Ehebruches gegen ihn erhoben wurde.

Die Begeisterung, welche er lange Zeit seinen Landsleuten einflößte, kann desto mehr Verwunderung erregen, weil ihm die allen seinen Vorgängern von der Natur verliehenen Eigenschaften fehlten. Wohl stand seine Wiege auf irischem Boden, aber er war zugleich Vollblutengländer und Protestant, hatte in dem jedem Kelten sprößling verschlossenen Cambridge studiert und verstand nicht einmal die Sprache des niedrigen Volkes.¹⁾ Aber seine zündende Art zu sprechen glückte solche Mängel ganz und gar aus. Auch das schadete ihm nicht,

¹⁾ Man darf nicht vergessen, daß die uralte keltische, d. h. gälisch-irische Sprache einzig nur von verstreuten Volksresten im Westen der Insel gesprochen wird, wogegen sie sich in Hochschottland, auf der Insel Man und in der Bretagne noch lebenskräftig erhalten hat. Die überwiegende Mehrzahl der Irländer redet gegenwärtig nur noch Englisch, freilich in jener breiten Aussprache, die dem Kenner sofort beweist, daß er, wie man sagt, einen „Mac oder O“ vor sich habe.

daß er 1882 nach der Entlassung aus der Haft, in die ihn seine aufreizende Tätigkeit gebracht hatte, mehr Wasser in seinen Wein tat und sogar mit den Tories sich verschwor, um Gladstones Whigministerium zu Fall zu bringen. Kaum jedoch war das geschehen, so wandte er sich wieder der aufgehenden Sonne zu, half ihr das Kabinett Salisbury beseitigen und nahm Gladstones Homerulevorlage als eine wertvolle Abschlagszahlung hin. Die heimtückische Anklage der von jeher mit allen Hunden gehegten „Times“, Parnell habe um die im Mai 1882 erfolgte Ermordung der Regierungsmitglieder Burke und Cavendish gewußt, erwies sich als schändliche Unwahrheit. Allein Gladstones ausgesprochene Gegnerschaft und der vorhin besprochene dunkle Punkt im Privatleben des Volkstribunen schwächten seine Machtsfülle doch so sehr, daß er ein Auseinanderfallen seiner irischen Fraktion in die Antiparnelliten und die an Kopfszahl zurückstehenden Parnelliten nicht mehr zu verhindern in der Lage war. Als er vom Schauplatz abtrat und bald darauf aus dem Leben schied, durfte er immerhin von sich sagen, daß die Besserung der Rechtsverhältnisse der irischen Kleinpächter seinen rastlosen, wenn auch nicht immer einwurfsfreien Anstrengungen zuzuschreiben sei.

Auch Gladstone war nicht vom Glücke begünstigt. Weder seine erste noch seine zweite Homerulebill drangen im Unterhause durch, und im Oberhause, wo die Landlords beisammen saßen, wäre ihr ohnehin der Untergang sicher gewesen. Auch bei der Beurteilung dieses Reformgesetzes sind von der deutschen Presse, die vielfach kritiklos die Aussprüche der englischen wiederholte, schwere Irrtümer begangen worden. Man sprach von einer „Verletzung der Reichseinheit“, ohne sich klar zu werden, daß, was für Großbritannien Gesetz werden sollte, nichts anderes als das war, was im Deutschen Reich anstandslos als Grundlage der Verfassung bestand. Sene irische Volksvertretung, die Gladstone einzurichten beabsichtigte, hätte sich kaum eines solchen Maßes von Partikularrechten erfreut, wie sie etwa der bayerische Landtag besitzt. Im Bewußtsein seiner guten Absichten legte denn auch „the grand old Man“ die Hände nicht in den Schoß, sondern trat mit einem neuen, einheitlicher gestalteten Homeruleplan auf, den er endlich im Hause der Gemeinen zum Siege gelangen sah. Die hohen Herren der Oberen Kammer lehnten ihn 1893 von neuem ab, und damit erklärte der unermüdliche, in die Achtziger gelangte Kämpfer seine Wirksamkeit für abgeschlossen. Irland erkannte, daß man ihm nicht helfen wolle, und die Konservativen begannen wieder mit Zwangsgesetzen zu regieren. Diesen verstanden indessen die Nationalisten dadurch erfolgreich zu begegnen, daß sie über ihre im Lande weilenden Gegner eine Art studentischer Berrufserklärung verhängten und ihnen auch im Handel und Wandel nach Kräften schaden. Der erste Gutsbefitzer, dem diese Methode das Leben sauer machte, soll ein Gutsbefitzer Boycott gewesen sein, und seitdem ist das Boycottieren in der ganzen Welt Sitte geworden. London rief den Papst dagegen zu Hilfe, und es erschien auch eine zur Mäßigung ermahnende Enzyklika, allein bei aller Verehrung vor dem Statthalter Christi ließen die Irländer nicht locker und führten den alten Kampf nach dem

neuen Verfahren weiter. Unter trüben Auspizien brach das zwanzigste Jahrhundert an.

Die angeblich liberalen Minister, die nun schon längere Jahre Großbritanniens Schicksale bestimmen, vom wahren Geiste einer liberalen, gleiches Recht für alle heischenden Weltanschauung aber so weit wie möglich entfernt sind, griffen neuerdings auf Homerule zurück. Inwieweit sie es ehrlich meinten, entzieht sich unsrer Nachprüfung. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß sie eben nur darauf ausgingen, sich die irischen Stimmen zur Stütze ihrer wankenden Sessel zu sichern; jener hohe Idealismus, der den Altmeister Gladstone in der Zeit des „business as usual“ auszeichnete, kann unmöglich die heutige Generation von angeblichen Volksmännern beseelen, die in heiterer Frivolität einen Weltkrieg vom Zaune brachen. Die Irländer waren auch niemals so vertrauensselig, die Zusagen, die man ihnen freigebig gab, für bare Münze zu nehmen. Ihr Oberhaupt Redmond genoß früher ein großes Ansehen im Volke, aber unter der wohlwollenden Beeinflussung der maßgebenden Herren ließ er immer deutlicher wahrnehmen, daß die im Rechte waren, welche ihm Talent, aber wenig Charakter zusprachen. Jedenfalls war er nicht dazu geeignet, es mit Carson, dem Abgott der protestantischen Ulsterleute, aufzunehmen.

Der Zeitungsleser unsrer Tage weiß, daß kurz vor dem Kriege die höchste Gefahr bestand, Irland in zwei getrennte Heerlager sich spalten zu sehen. Die Orangisten bewaffneten sich; Carson ließ in Belfast und Londonderry ganze Bataillone vor sich exerzieren. Und die Regierung, die doch Homerule auf ihre Fahne geschrieben hatte, ließ diese „loyalen“ Rebellen ruhig gewähren. Hätte Redmond auch nur einen Funken von dem Feuer gehabt, welches einen O'Connell und Parnell durchglühte, so wäre es zum Ausbruch des Bürgerkrieges gekommen. Zu Anfang des Jahres 1914 stand er vor der Tür.

Da kam der auswärtige Krieg. Man kann gewiß sein, daß mit ihm den Drahtziehern in London ein Stein vom Herzen fiel, und es hat nicht an Stimmen gefehlt, denen zufolge die strupellose Kriegserklärung Englands an Deutschland großenteils mit dem irischen Ragenjammer des Ministerkollegiums zusammenhing. Nun war man schön heraus, und zwar um so schöner, als Redmond den chauvinistischen Deutschenhasser herauskehrte und womöglich den bisherigen Widersacher Carson noch patriotisch übertrumpfte. Auch daß letzterer ins Kabinett eintrat und den hohen Richterposten annahm, der sich für einen Demagogen a. D. besonders gut schickte, genierte den Rationalisten durchaus nicht. Jetzt hat Carson, der neben vielen Schattenseiten doch wenigstens den Vorzug, ein ehrlicher Mann zu sein, beanspruchen zu dürfen scheint, seiner Ministerwürde wieder Valet gesagt, aber Redmonds Treue, durch einen Besuch an der Front zu kriegerischem Fanatismus entflammt, bleibt denen um Sir Edward Grey unter allen Umständen gewahrt.

Sehr beträchtlich dürfte die Zahl seiner Anhänger wohl nicht mehr sein, aber in Irland regiert „der weiße Schrecken“, der Terrorismus einer Regierung, die sich nicht mehr auf festem Boden fühlt. Andersdenkende riskieren das

Schlimmste vom Londoner „Liberalismus“, und so kann Redmond noch für geraume Zeit den Vertreter seines engeren Vaterlandes spielen. Die geographische Lage der Insel läßt es als ausgeschlossen erscheinen, daß der Weltbrand auch in diese entlegene Erdgegend hinüberzünge, und so ist diese auf Gnade und Ungnade denen ausgeliefert, die sich dereinst als ihre Freunde bewundern ließen und nunmehr sich achselzuckend von ihr abwenden. Weshalb soll auch Hibernien besser als Belgien und Serbien behandelt werden?

Glücklicherweise ist die große Masse der amerikanischen Iren bereit, dort mit den Deutschen zusammenzugehen und gegen die Neutralitätsversündigungen Stellung zu nehmen, wie sie von der Union in so reichem Maße begangen wurden und begangen werden. Und hier könnte der Stodengländer an seiner Achillesferse getroffen werden. Wie ernst er die von der andern Seite des großen Wassers ihm drohende Gefahr einschätzt, darüber hat uns der „Fall Casement“ zur Genüge belehrt, denn er zeigte, daß kein Verbrechen scheußlich genug ist, wenn es gilt, die Devise „Right or Wrong — my Country“ durch die Tat zu erhärten. Blättert man in den Jahrbüchern der Geschichte nach, so überzeugt man sich, daß verwandte Fälle kaum zu den Ausnahmen gehören. Eine unmittelbare Folge kann das gigantische Völkerringen der Gegenwart für Irland kaum nach sich ziehen, aber die Hoffnung ist berechtigt, daß einem geschwächten Britenreiche gegenüber, und als ein solches sieht es trotz aller Prahlerei schon jetzt da, das Parialand mit mehr Aussicht auf Erfolg seine Rechtsansprüche werde geltend machen können. Freilich müßte ihm da auch ein anderer Führer erstehen als Redmond, dieser kaum erreichbare Typus vollendetster Charakterlosigkeit.

Die Finanzen Deutschlands und seiner Gegner in Krieg und Frieden

Von

Eberhard Gothein

Professor an der Universität in Heidelberg

(Schluß)

Bliden wir nun endlich auf Deutschland, so könnte es ja fast wundernehmen, daß dieses Reich mit seinem konfusen Finanzsystem, das im Frieden nicht zurechtkommen konnte, jetzt im Krieg das Beste leistet, daß es am meisten der Störung der Volkswirtschaft trotz ihrer Absperrung von allen Seiten entgangen ist, und daß es im Vergleich zu seinen Leistungen am billigsten wirtschaftet. Vergessen wir dabei das Wort des berühmtesten französischen Finanzmannes, des Baron Louis, an seine Ministertollegen nicht: „Faites moi de bonne politique et je vous ferai de bonnes finances!“ Ja, die Erfolge unsrer Heere und Heerführer habe das Beste dazu getan, um jenes Vertrauen

des Volkes zu heben, das sich im Umlauf des Geldes, im Umsatz der Volkswirtschaft und der Bereitwilligkeit, dem Reich Kredit zu gewähren, äußert! Aber damit dieses Vertrauen sich in richtiger Weise äußern konnte, mußte die geeignete finanzielle Organisation vorhanden sein. Sie wurde für Geld- und Finanzangelegenheiten sofort gefunden und gleichmäßig durchgesetzt, während die notwendigen übrigen volkswirtschaftlichen Organisationen, insbesondere jene für Regelung der Preise und der Konsumtion bei der völligen Neuheit der Sache vielfach tastende Versuche blieben, die bald Verschärfungen, bald Milderungen erlitten.

Wenige klare Gesichtspunkte genügten: Man hat gerade den Zwangskurs der Noten dazu benutzt, den Umlauf der Zahlungsmittel durchaus regelmäßig zu gestalten und jede Inflation zu vermeiden, man hat den Goldschaff gewahrt, aber wo es not tat und möglich war, einzelne Auslandszahlungen aus ihm bewilligt — man könnte vielleicht durch einen besonderen, hierzu bestimmten Fonds die Schwankungen unsrer Valuta im Ausland auf ein Geringstmaß zurückführen —; man hat von der schwebenden Schuld, dem Betriebskredit des Staats, nur einen bescheidenen Gebrauch innerhalb der vom Reichstag jedesmal festgestellten Grenzen gemacht und sie nach jeder neuen Milliardenbewilligung sofort durch die Rentenschuld ersetzt; man hat ohne Zögern sogleich zum festen Kredit, zur Kriegsanleihe gegriffen und in den gegebenen, sicher vorhergesagten Zeitabschnitten sie wiederholt; man hat endlich zu ihrer Erleichterung ebenso wie zur Beschaffung der nötigen kleineren Umlaufsmittel die Reichsdarlehenskasse gegründet.

Der Erfolg dieser vereinigten Maßregeln war überraschend. Der Ernst der Zeit schließt es von vornherein aus, daß man unnütze Scheinmanöver einer blendenden Ueberzeichnung, wie sie Frankreich früher beliebte, wie sie aber deutsche Staaten immer verschmäht haben, auführte; die reale Zeichnung und Einzahlung war erforderlich und allein zugelassen; aber auch die Vermittlung der Großbanken, die große Posten zu festem Preise übernehmen, um sie dann in geeigneter Weise ins Publikum zu bringen, war entbehrlich, während selbst England diesmal nicht ohne sie auskommt und auf Herrn Morgans Bereitwilligkeit angewiesen ist — ich glaube auch nicht, daß man es bei den neuen Anleihen nötig haben wird —; man konnte sich unmittelbar an die Kapitalbesitzer, ja mehr als das, an das ganze Volk wenden. Mit Stolz hat der Reichsschatzsekretär verkünden können, daß $4\frac{1}{2}$ Millionen der Zeichner auf solche unter 3000 Mark Einkommen entfallen, daß die Spartassen einen großen Teil der Anleihe unmittelbar und einen weiteren, noch größeren für ihre Sparer gezeichnet haben.

Die Reichsdarlehenskasse, die Waren und Effekten zu einem angemessenen Wertanschlag beleih und auf Grund dieser mehr als ausreichenden Deckung kleine Kassenscheine ausgibt, ist eine Einrichtung, die der preußische Staat bereits zu wiederholten Malen mit großem Erfolg in Krisen und kritischen Zeiten, zuerst 1848, angewandt hat, um den stochenden Kredit zu beleben und dem versickernden

Geldumlauf zu Hilfe zu kommen. Diesmal sollte sie den Besitzern von solchem Kapital, das sie nicht veräußern wollen oder ohne Schaden nicht veräußern können, die Möglichkeit gewähren, einen Teil ihres Besitzes für die Anlage in Kriegsanleihe flüssig zu machen — ein durchaus reguläres Geschäft, das sich sonst bei jeder größeren Emission der privaten Lombardierung bedient. Es bedeutet keineswegs jenes „Papier auf Papier legen“, das uns die Engländer vorhalten, die doch durch die Beleihung ihrer Anleihestücke seitens der Bank eine viel weniger offene, zur Verschleierung des wirklichen Zinsfußes dienende Lombardierung zum gleichen Zweck ins Werk gesetzt haben. Der ganze Unterschied besteht darin, daß jene zum Zweck der Kapitalbeschaffung für die Anleihe nachher, wir vorher lombardieren. Es hat sich aber herausgestellt, daß überhaupt die Darlehensklasse in einem erstaunlich geringen Maße in Anspruch genommen wird; nur 1600 Millionen Mark von 25¹/₂ Milliarden sind durch sie begeben worden. Die Darlehensklassenscheine, die uns jetzt schon so gewohnt und beliebt geworden sind, werden rasch wieder verschwinden in demselben Maße, wie die Pfänder wieder eingelöst werden; das Reich wird es nicht für nötig finden, eine besondere Lombardanstalt zu errichten; die kleinen Banknoten von 20 Mark aber werden bleiben und gleich der englischen Currenchnote unser normales Geld werden.

Der Eifer, mit dem sich unser Volk zur Zeichnung der Kriegsanleihen drängt, steht im Gegensatz zu den kümmerlichen Erfahrungen, die noch 1870 der preußische Staat mit seiner Kriegsanleihe machen mußte, obwohl doch damals die nationale Begeisterung um nichts geringer war als heute. Er ist sehr erfreulich, aber als ein besonderes Zeichen von Patriotismus haben wir ihn nicht einmal anzusehen; den bewährt unser Volk auf ganz andern Gebieten. Eine Anleihe zu 5 Prozent, bei der die Kündigung auf zehn Jahre ausgeschlossen ist, für einen siegreichen Staat zu zeichnen, ist ein gutes Geschäft, das sich als solches auch in dem ausgezeichneten Kurs geltend macht, so daß wir bei der letzten Anleihe zu einem Ausgabekurs von 99, der also den Paristand beinahe erreicht hat, gelangen konnten. Keine andre Nation hat einen ähnlichen Erfolg aufzuweisen; und, was das Wichtigste ist, diese Anleihe ist durchaus aus eignen Mitteln aufgebracht worden.

Mit Recht hat man hierauf den größten Nachdruck gelegt im Hinblick auf die Schwierigkeiten, denen selbst England im Kriege bei seinen Auslandsanleihen begegnet. Der Reichtum Deutschlands an verfügbarem Kapital hat uns selber überrascht, obwohl die Volkswirte und Statistiker längst darüber lächelten, wenn sie die altgewohnte Redensart vom armen Deutschland und vom reichen Frankreich hörten. Wir sehen, einen wie bedeutenden Anteil die Sparkassen allein zu stellen vermochten, die doch deshalb auf die Erfüllung ihrer regelmäßigen Aufgaben und ihre Liquidität nicht verzichteten. Viel Kapital lag zurzeit auch brach, trotz der glänzenden Flankenschwenkung, die unsere Industrie gemacht hat, um sich den gegenwärtigen Produktionsbedingungen anzupassen. Man denke nur an das Stocken unseres Auslandhandels, an den Stillstand unseres Baumarckts während des Krieges. Es strömte gern, der Natur des mobilen Kapitals gemäß,

in diese gewinnbringende Anlage; die Besitzer waren ja sicher, daß sie diesen Besitz sogleich wieder mit Vorteil veräußern können, sobald sie ihr Kapital zu anderm Zwecke bedürfen. Auch das fixierte Kapital, wo es sich im Kriege voll beschäftigt sah, konnte sogar in höherem Maße als früher seinen Kredit anspannen. Wie konnte man besser Abschreibungen und Reserven, mit denen unsre vorsichtige Großindustrie in so großem Maße vorgegangen ist, festlegen als in der neuen Reichsanleihe? Die hohen Ziffern, mit denen jedesmal bei den einzelnen Emissionen die Großindustrie eintrat, legen dafür Zeugnis ab. Nicht zuletzt: es wurde im Kriege verdient, viel verdient. Es ist gewissermaßen eine stillschweigende Voraussetzung, daß diese Gewinne auch wieder dem Reiche zugute kommen. Das jetzige Sperrgesetz, das alle Gesellschaften verpflichtet, 50 Prozent ihres Mehrgewinnes in deutscher Reichsanleihe oder in Staatsanleihen vorläufig festzulegen, bringt dies nur zu gesetzlichem Ausdruck. So haben wir die Lehre, daß eine Anleihe auf Kosten des produktiven, in der Gütererzeugung und besonders im Arbeitslohn umgeschlagenen Kapitals erfolge, durch die Tat glänzend widerlegt, und wir bekennen, daß es gerade die Anleihe ist, die nicht nur dem Reich die Mittel zum Existenzkampf zu Gebote stellt, sondern die gesamte Volkswirtschaft im richtigen Gange erhält.

Was vollzieht sich also eigentlich bei einer solchen Anleihe? Machen wir uns den Vorgang allgemein — um nicht zu sagen theoretisch — klar: Der Staat erhält eine weitgehende Verfügung über die Güter und die Arbeitskräfte der Volkswirtschaft zur Befriedigung seiner Bedürfnisse. Er kauft diese, entlohnt jene in der gewöhnlichen Weise und gibt dadurch reichliche Gelegenheit zur Beschäftigung, die sonst bei der Störung der normalen Wirtschaft durch den Krieg vielfach fehlen würde; er hält zugleich durch Unterstützungen den Stand der Lebenshaltung der Familien der Kriegsteilnehmer und damit Zufriedenheit und Arbeitskraft aufrecht. Er bringt, wie das Volk sagt, „das Geld unter die Leute“, d. h. er erhält den gleichmäßigen Umlauf der Wirtschaft. Er nimmt den einen Teil der Industrie, die sonst Bedürfnisse, die jetzt unnütz oder minder begehrt sind, herstellt, in seinen Dienst; dieser schaltet sich um und stellt Kriegsbedarf her, während der andre Teil für diesen, für die Soldaten im Feld, für das gesamte Volk die dauernd notwendigen Güter in ausreichendem Maße zu besorgen hat. Für beide bedeutet dies eine ungewöhnliche Anspannung, eine Mobilisierung von Kräften, die sonst weniger beansprucht werden, da die besten Kräfte jetzt ihre Arbeit auf dem Schlachtfeld leisten. Alles kommt darauf an, daß der Gang der Volkswirtschaft, daß der Erwerb möglichst wenig gestört wird. Der Staat als der Hauptarbeitgeber, als der Regulator des gesamten Marktes muß hierzu auch das bedeutendste Kapital in seiner Hand haben. Dieses erhält er vorgeschossen durch die Anleihen. Die ersten ihm so zur Verfügung gestellten Mittel sind real da. Die eingezahlten Summen entsprachen wirklichen Werten, stillliegenden Kapitalien oder solider Beleihung, die der Staat selber fördert. Die späteren sind schon wieder neu gebildetes Kapital, Kriegsgewinne, Sparguthaben. Das Spiel kann weitergehen mit denselben Geldzeichen,

die hin und her wandern und doch immer neu nachwachsendes Kapital repräsentieren. Nur wenn der Staat seine eignen Schuldverschreibungen in Zahlung nimmt, wie es jetzt Frankreich tut, ist es altes Kapital, das schon einmal von ihm verbraucht worden ist, und wenn er statt der Anleihe seine Notenpresse in Bewegung setzt, ist es ein Scheinkapital und eine Verminderung statt einer vorgespiegelten Vermehrung des nationalen Vermögens.

So ist Arbeit und Kapitalbildung gesichert für die Gegenwart, die Last aber ist auf die Zukunft gelegt, die jene Vorschüsse verzinsen und rückzahlen muß. Der Staat hat nicht das vorhandene volkswirtschaftliche Kapital verzehrt, er hat es sogar durch seine Beschäftigung erhalten und Anlaß zur Bildung von neuem gegeben, wo die andern Wege hierzu versperrt waren. Dagegen hat er auch nicht neues Kapital geschaffen, wohl aber zahlreiche Rententitel, die zwar privatwirtschaftlich Kapital heißen, sozial auch als solches wirken, indem sie im Dienste der Vermögensakkumulation stehen, es volkswirtschaftlich jedoch nicht sind. Für die Gegenwart ist diese Verschiebung eine Erleichterung und für den Staat eine Notwendigkeit; für die Zukunft kommt es darauf an, ob sie als tote Last, als Besteuerung produktiver Arbeit durch bloße Konsumenten mitgeschleppt werden soll oder ob ihre Erträge produktiv verwendet werden, ob sie vielleicht selber, bis sie der Staat ablöst, dazu dienen soll, fremdes fruchtbares Kapital in unsre Volkswirtschaft zu ziehen. Denn ohne Zweifel werden nach einem endgültigen Siege, der Deutschlands Ansehen und Kredit auch bei den Widerwilligen sehr heben wird, diese Obligationen ein international vielbegehrtes Anlagepapier werden. England muß jetzt im ungünstigsten Zeitpunkt von Amerika borgen, wir werden unsre Staatsobligationen später im günstigsten dahin absetzen. Denn so gut es ist, den Hauptteil des nationalen Kapitals im eignen Lande zu haben und festzuhalten, so nützlich ist es doch in Zeiten des Aufschwungs, denen wir entgegengehen, eigne Rententitel gegen fremdes produktives Kapital einzutauschen. Ein Volk braucht trotz ungeheuren Rentenschulden, mit denen es sich selber belastet, keine müßige Rentnerklasse im Uebermaß in seinem eignen Innern zu schaffen. Die Gefahr freilich ist da und muß nach Möglichkeit vermieden werden. Frankreichs Beispiel steht warnend da.

Die Nützlichkeit der Staatsschulden im Kriege leuchtet wohl ebenso ein wie die Bedenken, die ihre enorme Vermehrung für den Frieden mit sich führt. Wenn sie nun auch eine soziale Verschlechterung nicht an und für sich mit sich bringen, wie es einst für England behauptet wurde, wenn es nicht ohne weiteres richtig ist, wie kürzlich bei uns gesagt wurde, daß im Kriege die Reichen immer reicher, die Armen ärmer werden, so sind deshalb doch die andern Gründe, die dort zu einer Einkommensteuer gedrängt haben, stets vorhanden. Die Gefahr, daß solche Personalsteuern, die nach der Leistungsfähigkeit abgestuft sind, der Kapitalbildung, die dem Staat selber zugute kommt, schädlich sein könnten, ist doch eben nur dann vorhanden, wenn jene Grenze der Leistungsfähigkeit überschritten wird. Schon beginnen die einzelnen Staaten, die durch eigne Anleihen in dieser Zeit die des Reiches nicht durchkreuzen können, ihrerseits mit beträcht-

lichen Steuerzuschlägen, um das Gleichgewicht ihres Haushalts nicht zu gefährden; es wäre unnatürlich, wenn man nur sie auf solche, das Reich aber ausschließlich auf Schulden verweisen sollte. Auch das Reich muß jetzt, zumal eine seiner Haupteinnahmequellen, die Zölle, versagen, zu Steuern greifen. Wir müssen zum Ende des Krieges das tun, was England am Anfang getan hat.

Gewiß ist dieser Weg der richtigere. Englands Volkswirtschaft war mindestens anfangs viel weniger gestört als die unsrige, die eines blockierten Landes; wir mußten die Steuerkraft schonen und das Kapital, das dies nicht ohne Entgelt tat, in den Dienst des Staates nehmen. Jetzt dagegen, wo sich unser ganzes Wirtschaftsleben auf den Krieg eingerichtet hat, wo höchst ungleichmäßig verdient wird, wo zugleich die Sorge, wie das Zinsverfordernis der Zukunft aufzubringen ist, näher rückt und wir die Zinsen der früheren Anleihen nicht aus den Beträgen der neuen zahlen wollen, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wenigstens einen Teil der Kosten durch Steuern aufzubringen.

Der allgemeine, immer stärker werdende Ruf ging dahin, die Kriegsgewinne hoch zu besteuern. In Finanzsachen gilt das Wort „Vox populi vox Dei“ nicht; denn nirgends läßt sich die Volkstimme so leicht durch den äußeren Schein bestimmen wie in diesen schwer durchsichtigen Angelegenheiten; aber im Kriege ist sie eine Macht, und hier gab sie den instinktiven Ausdruck für die Bemessung der Last nach der Leistungsfähigkeit wieder. Das einzig Konsequente war freilich der Antrag der Sozialdemokratie, der eine neue Erhebung des Wehrbeitrags vorschlug; denn durch diese Verbindung von Vermögens- und Einkommensteuer bei rigoröser Ermittlung würde die Leistungsfähigkeit am besten getroffen werden. Aber radikale Parteien haben es leicht, konsequent zu sein. Der alte Wehrbeitrag läßt sich nicht weiter erheben, da sich alle Verhältnisse durch den Krieg verschoben haben; eine neue Einschätzung ist unmöglich, weil die große Masse der männlichen Bevölkerung im Felde steht, weil die Bewertung wichtiger Vermögensstücke auf Schwierigkeiten stößt, weil im Kriege selber eine billige Rücksicht auf die Einzelstaaten, die ohnehin stärker aus ihren Steuerquellen schöpfen müssen, zu nehmen ist. So ergibt sich denn eine Besteuerung des Vermögenszuwachses, eine „Kriegsgewinnsteuer“ in der Tat als einzige Möglichkeit.

Auch sie unterliegt den mannigfaltigsten, jedoch nicht unüberwindlichen Schwierigkeiten, und weder über die Art und Weise ihrer Durchführung noch über ihre wahrscheinlichen Erträge läßt sich irgend etwas Bestimmtes sagen. Ein Antrag der Reichspartei hat die Einschätzung der privaten Kriegsgewinne alsbald gefordert. Eine solche ist selbstverständlich, aber die Aufgabe sogleich durchzuführen, stellt sich als unmöglich heraus; man muß sich erst einen Anhaltspunkt schaffen. Einen solchen glaubt man in den Kriegsgewinnen der Erwerbsgesellschaften zu haben, und so entschloß man sich, dieses Steuergesetz, wie man gesagt hat, in Etappen durchzuführen, indem man einstweilen ein „Sperrgesetz“ in Angriff nimmt, durch das alle jene Gesellschaften verpflichtet werden, die Hälfte ihrer Kriegsgewinne in Reichsanleiheobligationen einstweilen festzulegen.

Damit würde das Höchstmäß späterer Besteuerung gegeben sein. Schon die Beratungen im Ausschuß für den Reichshaushalt und die Erörterungen in der Presse haben aber gezeigt, welche Hindernisse etwa im Wege stehen und Rücksicht erfordern.

Nur einige von ihnen seien herausgehoben. Es sind die einer jeden Steuerkajuitik: 1. Was ist Kriegsgewinn? Der Mehrertrag über den durchschnittlichen Gewinn normaler Zeiten. Damit sind aber ganz offenbar Werte, die schon früher gut rentiert haben, begünstigt vor jenen, die dazu nicht in der Lage waren, jetzt aber bei der allgemeinen Umschichtung der Industrie auch einmal reichlich verdienen können. Für sie ist die Differenz eine ganz andre, und das Bibelwort kommt wieder einmal, wenn auch indirekt, in Anwendung: „Wer da hat, dem wird gegeben.“ 2. Wie ist der Durchschnitt normaler Zeiten anzusehen? Sind die schlechtesten und die besten Jahre auszuschalten? Aus wie vielen ist der Durchschnitt zu machen? Diese überall wiederkehrende Schwierigkeit ist leichter zu lösen. 3. Wie sind Amortisationen und Reserven zu behandeln? Hier sind die Schwierigkeiten um so größer; denn die Politik der Gesellschaften war in diesem Punkte sehr verschieden, je nach dem Maß ihrer Vorsicht oder auch nach dem Wunsch, den Kursstand zu beeinflussen. Schon die reguläre Amortisation von Maschinen verändert sich nach dem Maß ihrer Ueberanstrengung; Maschinen, die neu eingestellt sind und nach dem Kriege keine weitere Verwendung finden, ja ganze Betriebe dieser Art — z. B. für künstlichen Kautschuk usw. — ergeben schließlich trotz großer Verdienste nur einen Scheingewinn, hinter dem sich eine Verlustarbeit verstecken kann, sie kommen also überhaupt nicht in Betracht. Vollends aber die stillen Reserven, das Hauptgeheimnis solider Aktiengesellschaften, aber doch immer ein zufällig schwankender Teil des Ertrags! Welcher Teil ist als Mehrgewinn, der nur der Vermögensbildung dient, heranzuziehen, welcher als Ersatz und Verstärkung des Betriebskapitals, als notwendiger Rückhalt desselben anzusehen? Eine allgemeingültige Antwort läßt sich darauf kaum geben. 4. Welche Gesellschaften sind als Erwerbsgesellschaften anzusehen? Da die Gesellschaftsformen, in sich schon mannigfaltig, für die verschiedensten Zwecke benutzt werden, ist die Beantwortung dieser Frage fast die schwierigste und führt schon jetzt zu unliebsamen Erscheinungen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß gemeinnützige Gesellschaften wegfallen, aber schon bei den Konsumvereinen ist die Sache nicht klar. Ihre Gewinne sind eine bloße Rückerstattung am Kaufpreise, und es scheint darüber Einigkeit zu bestehen, daß sie, soweit sie nach dem Rohumsatz verteilt werden, nicht unter das Gesetz fallen, sondern nur soweit ihre Verteilung nach den Geschäftsanteilen, die bekanntlich jedes Mitglied zu erwerben genötigt ist, erfolgt. Diese Scheidung ist aber nicht leicht durchzuführen. Oder sollten sie als gemeinnützig ganz freigelassen werden? Diesen Charakter werden ihnen die Konkurrenten heftig bestreiten. Die Schwierigkeiten wiederholen und vergrößern sich bei den Produktivgenossenschaften, die nur einen Teil des Gesamtbetriebes ihrer Teilnehmer herausgehoben haben, um ihn gemeinsam zum Vorteil der Einzelbetriebe zu vollziehen, die also nicht als besondere Unternehmungen aufgefaßt werden. Dahin gehören z. B. Molkereigenossenschaften. Läßt man sie

völlig frei, so könnte es aber dahin kommen, daß ein großer Betrieb dieser Art, der alle Vorteile der juristischen Person genießt, zwar bedeutenden Gewinn erzielt, aber in lauter kleine Lose unter den Teilnehmern ausschüttet, die sich von der Besteuerung nicht erfassen lassen. Zu solchen Betrieben gehören vor allem auch die Syndikate als bloße Verkaufsbureaus ihrer Mitglieder. Wo sind die vielleicht ungeheuren Gewinne, die sie machen, zu erfassen? Sind sie an der Quelle, sind sie bei den Teilnehmern, von denen viele sich gar nicht der Gesellschaftsform bedienen, zu sperren? Und jene Arten der G. m. b. H., die nur als bequeme Form der Kapitalbeschaffung an große Privatunternehmungen locker angeknüpft waren; denn es war so verführerisch, unbeschränkt zu verdienen und beschränkt zu haften? Was hat mit ihnen zu geschehen? Schon soll eine wahre Flucht aus dieser Form der Unternehmung beginnen in Aussicht auf jenes kommende Gesetz, und auch allergrößte Industrielle gehen bereits damit vor, diese ihre Außenposten aufzulösen und ihre Truppe in ihrem eignen privaten Hauptbetrieb, der dem Sperrgesetz nicht unterliegt, zu konzentrieren. 5. Hat ein starker Abzug von den Gewinnen, die der Staat seinen Lieferanten zahlt und zubilligt, nicht auch seine Bedenken? Nimmt er ihnen damit nicht aus der einen Tasche, was er in die andre gesteckt hat? Ist die Gefahr, daß diese Steuer, wenn sie erst einmal feststeht, ja schon, wenn sie droht, nicht im Preise seiner Bezüge auf ihn zurückgewälzt werde, ganz ausgeschlossen? Es wird wie bei jeder Ueberwälzung darauf ankommen, wer den andern nötiger hat. Der Versuch wird schon gemacht werden. 6. Unterliegt nicht endlich auch die Festlegung in Reichs- oder Staatsanleihe einigen Bedenken, weil sie das Betriebskapital in einem Augenblick, wo man es sehr nötig brauchen könnte, schmälert? Gerade diese Befürchtung ist gleich anfangs ausgesprochen worden. 7. Wie ist endlich überhaupt die Doppelbesteuerung, die immer vorhanden ist, wenn die Gesellschaft und die Teilnehmer zugleich mit dem vollen Betrag ihres Mehrgewinnes betroffen werden, in möglichst billigen Grenzen zu halten? Denn die Berufung auf die höhere Leistungsfähigkeit des assoziierten Kapitals dürfte bei der geringen Rentabilität vieler Gesellschaften und der enormen mancher privater Riesenbetriebe etwas antiquiert sein. Völlig vermeiden läßt sie sich nicht. Die Kommunen haben seinerzeit damit beginnen müssen, weil sie sonst gerade die größten Betriebe, die von ihnen den höchsten Nutzen ziehen, hätten steuerfrei ausgehen lassen müssen. Dann hat Miquel erklärt: „Was den Kommunen recht sei, sei dem Staat billig“; und er hat damit allgemeine Beistimmung gefunden. Das ging wohl an, solange trotz der Staffelung des Steuertarifs seine Sätze noch mäßig waren; es wird zu unverhüllter Konfiskation bei hohen Steuersätzen. 50 Prozent bei den Gesellschaften und weitere 50 Prozent bei den Teilhabern würden 75 Prozent ausmachen. Das hat man der Reichsbank zumuten können, die tatsächlich ein öffentliches Institut ist; man kann es nicht von Aktionären eines Hüttenwerks verlangen. Die Möglichkeit des Abzuges ist zwar gegeben; ihre Durchführung, bei der ein Teil des Einkommens oder Vermögenszuwaches frei bliebe, ist auch nicht leicht.

Es ist ein Zeichen für die Gründlichkeit, mit der die beteiligten Faktoren der Gesetzgebung alle finanziellen Angelegenheiten behandeln, daß bereits im Ausschuß alle Möglichkeiten und Fährlichkeiten einer solchen Sperrmaßregel erwogen worden sind, daß aber auch gerade im Hinblick auf das feindliche Ausland ihre Notwendigkeit anerkannt worden ist. Die eigentlichen Schwierigkeiten werden erst kommen, wenn das Gesetz selber im März beraten wird. Wenn es dann verabschiedet worden ist, werden die vielerlei Umstände und Beanstandungen bei der Einschätzung der Privaten sich ergeben. Die völlig gleichmäßige Durchführung ist unerläßlich, denn die Steuerfreudigkeit erlahmt sofort, sobald der Belastete sieht, daß sein Nachbar in gleicher Lage nicht betroffen wird. Man bedarf keiner besonderen Prophetengabe, um vorauszusagen, daß weite Berufskreise nach Möglichkeit bestrebt sein werden, sich überhaupt keinen Kriegsgewinn herauszurechnen. Auch einer halb legalen Defraudation wird man nachgehen müssen. Schon jetzt, mitten im Kriege, werden, nach guten Informationen, von ängstlichen Leuten große Summen in Perlen und Silbergeschirr angelegt — die übelste Art der Thesaurierung. Es ist nicht anzunehmen, daß vor dem Ende des nächsten Sommers die Erhebung selber stattfinden wird. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß diese Kriegsgewinnsteuer dann schon die erste Friedensabgabe sein wird. Sie ist und bleibt ein Nothelfer; hat sie einmal ihre Schuldigkeit getan, so verschwindet sie von selber.

Ja, es ist dem vorzubeugen, daß sie dann bei der notwendigen Neuordnung aller Verhältnisse nicht etwa zu einem Hemmnis einer richtigen, dauernden Steuerreform werde. Daß eine solche, eine Reformation an Haupt und Gliedern, wie man in früheren Zeiten sagte, kommen muß, das machen schon die notwendigen Ausgaben der Friedenszeit nötig. Die Verhältnisse dieses Krieges lassen keinen Vergleich mit denen der Jahre 1870 und 1871 zu. Wir werden gut tun, eine Kriegssentschädigung in Geld nicht von vornherein in Rechnung zu setzen. Auch im Falle eines vollständigen Sieges, nach dem wir unsere Bedingungen diktieren könnten, würde von Rußland und Frankreich kaum noch viel herauszuholen sein. England müßten wir ganz anders fassen können, als es bislang den Anschein hat, wenn es, leistungsfähig wie es ist, für sich und seine Verbündeten an uns Entschädigungen zahlen soll. Aber auch, wenn wir solche erhalten sollten, würden sie zur Wiederherstellung der Kriegsschäden, zur Neubewaffnung und zur Neumontierung, nachdem wohl auch die letzten Garnituren nur noch reif zur Wiedererstellung als Kunstwolle sind, draufgehen müssen. Es scheint, als ob die alte Befestigungskunst ihre Rolle ausgespielt hat; das bedeutet aber nur, daß eine neue, die gewiß um nichts billiger sein wird, einsetzen muß. Der Rest etwaiger Kriegssentschädigungen gäbe vielleicht einen Zuschuß zur Invalidenversorgung — mehr nicht.

Unter allen Gefahren des Friedens sind gewiß die einer plötzlichen Inflation des Kapitalmarktes wie 1871 am wenigsten dringend. Im Gegenteil ist es sehr wahrscheinlich, daß unmittelbar nach dem Friedensschluß, wenn wir unsern Vorrat an Rohmaterialien, Wolle, Baumwolle, Kupfer, wieder ergänzen, das

bare Metall stark abströmen wird, weil es sich seiner natürlichen Bestimmung als internationales Zahlungsmittel wiedergegeben sieht. Es wäre gar nicht so übel, wenn wir, da ja doch dieser ganze Krieg eine Art von Rückfall in die Naturalwirtschaft ist, uns etliche Kriegsentschädigungen in Rohmaterialien der Industrie vergüten ließen. Schon jetzt wird als einer der Gründe, weshalb unser Devisenkurs sich verschlechtert, angeführt, daß große Anläufe von solchen in überseeischen Ländern, z. B. Wolle in Argentinien, im voraus gemacht wurden. Es wird eine der vornehmsten Aufgaben unsres Bankwesens, das sich im Kriege so vorzüglich bewährt hat, zu bilden haben, das internationale Zahlungswesen im Sinne der Unabhängigkeit von fremden Zahlungsplätzen und zu dauernder Stärkung unsres Goldvorrats zu erhalten.

In den Finanzen eines Staates geben immer die Ausgaben, die ihm aus seinen notwendigen Aufgaben erwachsen, das Tempo für die Beschaffung der Einnahmen an. Diese Ausgaben der Zukunft liegen klar vor Augen, und es wäre Torheit, sich vor ihnen zu verschließen. Verzinsung und Amortisation der neuen Reichsschulden werden mindestens 2 Milliarden Mark betragen, die Unterstützung der Hinterbliebenen und der in ihrer Erwerbsfähigkeit Geschädigten, auch wenn man sie nach Möglichkeit in geeignete Berufe überleitet, eher mehr. Wir haben schon jetzt mit einer Erhöhung des Reichsetats um etwa 5 Milliarden Mark zu rechnen. Setzt sich der Krieg über den Sommer fort, so steigen natürlich die Kosten und die Notwendigkeit ihrer späteren Deckung in proportionalem Maße.

An eine Kapitalfundierung der Invalidenversorgung, wie sie 1871 durch den Invalidenfonds, der aus der französischen Kriegsentschädigung abgezweigt wurde, stattfand, ist diesmal bei der so viel größeren Zahl nicht zu denken. Eine angenehme Aussicht ist es nicht, etwa eine Million Staatsunterstützte zu erhalten. Es ist klar, daß Zufriedenheit, die kein Erbteil des Deutschen ist, bei ihnen nicht einkehren wird. Der Staat hat eben wie der wahre Christ das Rechte zu tun, nur weil es richtig ist. Dankbarkeit erhält für ihre ideellen Leistungen nur die Kirche, Aber hier liegt die unerläßlichste aller Ehrenpflichten vor; und wenn nach Menschenaltern der Staat dem letzten Invaliden des großen Weltkrieges noch seine Rente gewährt, wird er wie eine heilige Reliquie angesehen werden. Diese Ausgabe amortisiert sich freilich von selber; aber es ist trotzdem nicht geraten, sie auf amortisierbare Anleihen zu nehmen. Im Gegenteil müssen wir dahin sehen, die ungeheure Schuldenlast, die ohnehin auf 35 Milliarden anwachsen wird, im Lauf der Zeit auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Ihre Konversion nach Verlauf von zehn Jahren ist vorgesehen. Vielleicht könnte man ihre Tilgung mit der allmählichen natürlichen Verringerung der Invalidenunterstützung in Zusammenhang bringen, so daß stets die gleiche Summe an Steuern für diese beiden Zwecke zugleich aufzubringen wäre und diese beiden Hauptausgaben in umgekehrtem Verhältnis, einander sich bedingend, auch gleichzeitig verschwänden. Vergessen wir nicht, daß auch die Einzelstaaten und besonders die Kommunen aus der Kriegszeit und aus den Anforderungen

der ersten Friedenszeit mit erhöhten Schulden und Ausgaben hervorgehen. Wir können uns in Deutschland alles in allem auf einen Mehrbetrag an Steuern von $5\frac{1}{2}$ bis 6 Milliarden gefaßt machen.

Zugleich werden wir aber große Kapitalien nötig haben, nicht nur um unsre frühere weltwirtschaftliche Stellung, die im Kriege durch die englische Absperrung verloren gegangen ist, wieder zu erwerben, sondern auch um von den neuen Gebieten des Absatzes und der Unternehmung, die uns der Krieg erschlossen hat, den rechten Erfolg zu ziehen. Denn unsre Verbündeten, mit denen uns wechselseitige Dankbarkeit fortan auch weiter verbinden wird, sind zwar für eine wirtschaftliche Annäherung an Deutschland sehr eingenommen; aber es ist ihnen nicht zu verdenken, daß sie dabei ihren Vorteil im Auge haben. Was sie brauchen, ist unser Kapital. Von der Türkei versteht sich das ganz von selbst; und schon vor dem Kriege war neben unseren deutschen Instruktionsoffizieren das deutsche Kapital, das so bescheiden überall nur hilft, mäßig verdienen und nirgends herrschen will, der Förderer unsrer Freundschaft. Aber auch Oesterreich und besonders Ungarn gibt uns deutlich genug zu verstehen, was es von der wirtschaftlichen Annäherung hofft. Es ist auch gut so. Unser Kapital muß so bald als möglich wieder hinaus in alle Welt zu weltwirtschaftlicher Arbeit; mit unsern Schuldbobligationen selber sollen wir zunächst zu diesem Zweck uns auch fremdes Kapital ins Land holen. Nicht das ist der Sinn dieses Krieges, nicht das der Vorteil unsrer heimischen Kapitalfundierung, daß wir ein „geschlossener Handelsstaat“ im Sinne Fichtes zu werden begehren.

Noch weniger aber könnte und dürfte Deutschland zu einem Rentnerstaat im Sinne Frankreichs werden. Wir sind nicht für den müßigen Genuß feststehenden und automatisch sich vermehrenden Vermögens geschaffen! Es sei nochmals auf diesen wichtigen Punkt hingewiesen. Eine gewisse Gefahr liegt vor, denn zunächst vermehrt sich das bloße Rentenskapital durch die Reichsschulden um 35 Milliarden Mark — eine ungeheure soziale Verschiebung! Jedermann redet heute von der Notwendigkeit dauernden sozialen Friedens, von der günstigeren Stellung, die dank der Kriegsereignisse und dank der Bewährung der Gewerkschaften die arbeitenden Klassen in der Gesellschaft und der Politik einnehmen werden, falls sie eine törichte Minorität zurückdrängen und sich auch weiterhin zu tätiger Mitarbeit entschließen. Aber zunächst liegt es auf der Hand, daß der Krieg, der mit Anleihen geführt worden ist, eine große Stärkung gerade des Rentenskapitals schon mit sich gebracht hat, und daß die kommenden wirtschaftlichen Aufgaben eine weitere Stärkung des produktiven Kapitals mit sich bringen müssen. Hoffentlich bedeutet dieser Krieg den Anfang einer Versöhnung; aber eine Schwächung der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet er nicht. Wenigstens dürfen wir also in Zukunft unsre Finanzen nicht danach einrichten, daß sie eine Bewirtschaftung zugunsten von Staatsrentnern werden. Mehr wie je müssen wir unsre Steuerpolitik unter soziale Gesichtspunkte stellen!

Damit lehren wir zum Ausgang zurück. — Ist es möglich, mit einem Steuersystem, das schon in friedlichen Zeiten steigenden Wohlstands unzulänglich war,

in der Zukunft bei so gewaltig gesteigerten Ausgaben auszukommen? Und wenn nicht: welche Konsequenzen müssen für die Gestaltung der Reichseinnahmen und folgerichtig auch für das Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten gezogen werden? — Wie die Antwort auch ausfalle, jedenfalls muß, was geschehen soll, sofort geschehen. Das Eisen muß geschmiedet werden, solange es heiß ist. Solange die Begeisterung nach dem Kriege noch wach ist, solange grundsätzliche Änderungen noch im Zusammenhang vollzogen werden können, müssen sie auch durchgeführt werden. Nach den Freiheitskriegen hat Goethe mit Recht gespottet:

„Begeisterung ist keine Fingerringware,
Die man einpöfelt auf etliche Jahre.“

Wenn unsere Reichsfinanzen so verfahren sind, so liegt es eben daran, daß ihre Grundlagen schief waren und nie mehr haben zurechtgerückt werden können. Mit dem bloßen Suchen nach neuen Steuerquellen, wobei man ja schon eine gewisse Virtuosität erworben hat, allein ist es wahrhaftig nicht geschehen.

Man setzt vielfach seine Hoffnung auf Monopole. Von solchen ist ein Zigarettenmonopol, da es sich hier um die Verstaatlichung einer bereits konzentrierten Industrie handelt, unschwer zu erreichen, kostet freilich zunächst Geld, und das Reich muß sich rechtzeitig den Bezug des Rohmaterials sichern. Ein allgemeines Tabakmonopol ist nach wie vor durch die Zersplitterung der Zigarrenindustrie, von der ganze, wichtige Landschaften wie die Pfalz abhängig sind, ausgeschlossen. Ein Branntweinmonopol ließe sich wohl durch Verstaatlichung der Zentrale für Spiritusverwertung, die die einheitliche Regelung bereits vollzogen hat, erreichen; allein der Staat dürfte wenig Lust bezeigen, diesen komplizierten Verwaltungsapparat mit den vielen Rücksichten, die nach allen Seiten zu nehmen sind und die ihm nichts als Klagen und Belästigungen seitens der verschiedenen Interessenten eintragen würden, selber zu übernehmen. Hier wie dort wird man sich begnügen, die Steuergesetze formell zu vereinfachen und die Steuerbeträge zu erhöhen. An ein Elektrizitätsmonopol in den Händen des Reichs ist nicht zu denken, da die großen Zentralen sowieso immer mehr in die Hände der Kommunen, Kreise, Provinzen übergehen und dahin auch gehören. Ein Petroleummonopol wird man wohl um so eher versuchen, als ein solches schon in den letzten Jahren vorbereitet war. Freilich haben sich schon damals große Schwierigkeiten gezeigt, die nicht nur in der Kontermine im eignen Lande und der Unterstützung, die sie bei einer großen Partei fand, liegen. Wenn der Staat ein Monopol einführen will, dann muß er auch sicher sein, die Gegenstände desselben rasch und mit möglichst geringen Kosten in seine Hand zu bekommen. Eine lange parlamentarische Vorbereitung, die so gut wie vor den Augen der Öffentlichkeit geführt wird, ist dazu der am wenigsten geeignete Weg, namentlich wenn man wie beim Petroleum genötigt ist, die Stoffe vom Ausland zu beziehen und dort mächtigen Organisationen gegenübersteht, gegen die man notgedrungen erst die Außenseiter sammeln muß.

Daß man die Erträge eines Petroleummonopols nicht übermäßig anspannen darf, da es sich um die Beleuchtung minder leistungsfähiger Klassen handelt,

daß die andern Leuchtstoffe verhältnismäßig besteuert werden müssen, ist von vornherein klar.

Andre Monopole sind eher mit Kosten als mit Nutzen verbunden. Wenn man von einem Stickstoffmonopol geredet hat, so würde es eher den Zweck haben, die Werte, die im Frieden die Konkurrenz des natürlichen Salpeters nicht mehr aushalten könnten, zu entschädigen; im übrigen müßte der Staat im Interesse der Landwirtschaft gerade den Stickstoff möglichst billig abgeben. Er ist kein Gegenstand fiskalischer Ausnützung. Von einem Getreidemonopol reden wir erst gar nicht. Jedermann, Produzenten, Handel, Konsumenten, wird die Rückkehr des früheren Zustandes begrüßen. Die Kriegsgetreidegesellschaft, die doch auch noch kein Staatsmonopol ist, war bei allen aner kennenswerten Leistungen ein Nothelfer; schon jetzt, wo es sich wiederum um erweiterte Möglichkeiten des Bezuges handelt, beginnt ihr Nutzen zweifelhaft zu werden.

Ein Monopolbetrieb, der wichtiger als alle andern wäre, der in den Händen des Reichs die größten Vorteile für die Volkswirtschaft zeitigen könnte, kommt neuerdings wieder in Frage: der Erwerb der Eisenbahnen für das Reich. Der alte, unermüdlche Vertreter des Gedankens der Eisenbahngemeinschaft, der frühere Unterstaatssekretär Kirchhoff, der einst im Amt selber die preußischen Bahnen geleitet hat, tritt jetzt mit der Begeisterung des Jünglings für Reichseisenbahnen ein, weil unsrer großen Zeit nur ganze Arbeit gezieme, weil jetzt oder nie noch einmal der Augenblick gegeben sei, um Bismarcks größten wirtschaftlichen Plan zur Wahrheit zu machen, nachdem die, welche ihn einst scheitern ließen, durch schlimme Erfahrungen selber belehrt sind. Ich fürchte, der Zeitpunkt ist längst verpaßt. Allzu ungleich ist die Rentabilität, sind die Anlagelosten; zu sehr ist jetzt seit langem der preußische Staatshaus halt auf die Eisenbahneinnahmen gebaut; zu stark dürfte auch jetzt noch in Bayern, das über ein im wesentlichen selbständiges Netz verfügt, das von Umgehungen nicht viel leidet, das Bewußtsein des Sonderdaseins sein. Finanziell aber würde der Erwerb der Bahnen durch das Reich zunächst doch nur eine weitere immense Vermehrung der Schulden sein; der Vorteil würde ganz auf Seiten der schwächeren Einzelstaaten liegen. Hoffen wir, daß durch eine lebhaft e Agitation, die wir jenem verdienten Staatsmann danken wollen, wenigstens die Eisenbahngemeinschaft, die ja im Kriege schon Tatsache geworden ist, daß eine Einheitlichkeit in der Verwaltung, eine billige Verteilung des Reinertrags zustande kommen. Auch das würde schon ein beträchtliches finanzielles Opfer Preußens, dem als Geschäftsführer des Verbandes dafür ein Zuwachs an Einfluß zufallen würde, bedeuten. Für das Reich könnte dabei als Mehreinnahme nur etwa eine Erhöhung der ihm zustehenden Verkehrsgebühren herauskommen.

Gerade hiermit aber dürften Finanzleute und Volkswirte sehr vorsichtig sein. Die Erfahrung hat uns jetzt zur Genüge belehrt, daß es mit der Erhöhung von Verkehrssteuern ein heißes Ding ist, daß man an keinem Teil des verwickelten volkswirtschaftlichen Organismus mit dem Aderlaß vorsichtiger ansetzen muß, weil eine Belastung gar zu leicht dahin ausschlägt, daß die Verkehrs-

handlung selber unterlassen wird. Von solchen Gebühren dürfte nur eine ganz sicher unschädlich sein, jene, an die bisher der Reichsfiskus nicht herangegangen ist trotz Englands und Frankreichs Vorbild: die Quittungssteuer, von jeder Rechnung über 10 Mark je 10 Pfennig! Man wird doch unsern Ladenverkäufern so viel Ehrlichkeit zutrauen wie den französischen!

So wird das Reich zunächst doch zur Erhöhung derjenigen Einnahmen schreiten, die ihm ohnehin bereits ganz oder zum großen Teil zustehen: der Zölle und inneren Konsumtionssteuern. Es macht sich schon jetzt niemand ein Hehl daraus, daß alle Gegenstände des Luxuskonsums und vor allem die des breiten Volksluxus, Kaffee, Tabak, Getränke, stark belastet werden müssen, wie es England schon während des Krieges getan hat. Nur findet eben die Belastung ihre Grenze im Rückgang des Verbrauchs; und es bedarf immer der sorgfältigsten Kalkulation, um das Optimum des Ertrags bei möglichst geringer volkswirtschaftlicher Einbuße herauszufinden; sonst schlachtet man die Henne, die die goldenen Eier legt.

Zur Erhöhung der Salzsteuer wird man ohnehin nicht schreiten, wohl aber das Kartell unter schärfere staatliche Kontrolle nehmen und die leistungsunfähigen ausschalten. Auch der Zucker ist kein besonders gutes Steuerobjekt sowohl aus Rücksichten der Volksernährung wie der Landwirtschaft.

Wenn man aus diesen sämtlichen Monopolen und Konsumtionsauflagen drei viertel Milliarden Mehrertrag herausbringt, so dürfte das schon ein guter Erfolg sein. Ein Wachstum der Bevölkerung wird ihren Ertrag steigern. Ist aber ein solches so bald nach dem Kriege wahrscheinlich? Andererseits bringt die Sparjamkeit, um nicht zu sagen die Knappheit, des Verbrauchs, die noch auf längere Zeit einsetzen muß und die durch die Steuerlast noch erhöht wird, eine starke Beeinträchtigung des Ertrags der Aufwandsteuern mit sich. Wir bedürfen also zu ihnen noch einer weiteren indirekten Steuer, die in jedem Fall gezahlt werden muß, die sich weder ersparen noch hinterziehen läßt. Eine solche dürfte gegeben sein in einer Kohlensteuer, denn eine weitere Besteuerung notwendiger Lebensmittel ist ausgeschlossen, wie der Reichsschatzsekretär bereits erklärt hat als das einzige, was sich jetzt schon bestimmt sagen läßt. Bei der Kohle läßt sich die Preisgestaltung so leiten, daß einerseits die Entrichtung der Steuer durch den Verbraucher selbst unzweifelhaft ist, während die Ueberwälzung der Getränkesteuern keineswegs sicher ist, daß andererseits eine stark fühlbare Belastung des kleinen Verbrauchers doch vermieden wird. Im Burenkriege hatte England einen Kohlenausfuhrzoll eingeführt, in der Hoffnung, daß durch ihn ein erheblicher Teil der Kriegskosten auf jene Länder, die es mit Kohlen versorgt, abgewälzt werden könne. Es hat damals keine besonderen Erfolge zu verzeichnen gehabt, da es damit nur unserer Konkurrenz einen Vorstoß leistete. Wahrscheinlich wird England jetzt den gleichen Weg einschlagen; eine allgemeine Verteuerung der Kohle wird eintreten, und wir brauchen deshalb auch bei einer inländischen Kohlensteuer nicht über den Weltmarktpreis hinauszugehen.

Die Preise bei uns werden durch die großen Kartelle bestimmt; auch für die Konkurrenz der Steinkohle, das Braunkohlenbritt, gilt dies. Im Kriege haben sich die Kartelle trefflich bewährt, und es scheint dabei nicht einmal ein besonderer Druck der Regierung nötig gewesen zu sein. Jenes Schachspiel, wie es Regierung und Kartelle mit Vor- und Rückzügen vor dem Krieg ausführten, wird und muß in Zukunft aufhören. Auch ist in den drei großen Kohlengebieten die Machtstellung des Vergfiskus schon so groß und wird durch den jetzt endlich bevorstehenden Erwerb der Hibernia noch so viel größer werden, daß das gemeinsame Verfahren sich von selber ergibt. So kann die Preisbildung und wohl auch in noch höherem Maße als bisher die Verteilung der Förderung auf den einzelnen Zechen in so rationeller Weise geschehen, daß auch unsre Industrie, die von jeher den Kartellen für die Gleichmäßigkeit der Preisbewegung dankbar war, die Mehrkosten der Besteuerung ausgleichen kann. Eine allgemeine Verstaatlichung aber ist jetzt weniger angezeigt als je; denn unsre Kohle muß heraus; wir müssen die uns gebührende Rolle auf dem Weltkohlenmarkt spielen und dürfen den Auslandsabsatz nicht bloß als verlustbringenden Ausgleich des inneren ansehen. Dazu kann nur der Handel in Verbindung mit der Schifffahrt dienen. Die Interessenvereinigung der gemischten Gesellschaften, die sich in der Politik der kommunalen Eigenbetriebe so vortrefflich bewährt, wird wohl auch hier das Beste zu leisten vermögen. Nicht damit wollen wir jedoch rechnen, daß eine solche Kohlensteuer eine dauernde Einrichtung bleibt. Es wäre bei ihr vielmehr notwendig, sie auf die bestimmten Zwecke, um deren willen sie eingeführt wird, zu beschränken. Eine solche besondere Foundation unsrer Reichsschulden neben der allgemeinen Steuerfoundation schadet in keinem Falle; und wenn wir ein bewegliches, dem Bedarf anzupassendes Element in unsre Steuerfassung erhalten, wie es England besitzt, so ist das nur ein Vorteil.

Nicht völlig stehen bisher die Konsumtionssteuern in der Befugnis des Reichs. Zwei der wichtigsten Getränke, Bier und Wein, unterstehen noch zum Teil der Gesetzgebung und den Finanzen der Einzelstaaten. Es ist auch schwer einzusehen, wie sich das ändern soll, da in unserm mannigfaltig entwickelten Land und Volk Produktion wie Konsumtion dieser Genußmittel landschaftlich überaus verschieden sind. Preußen wird sich mit Rücksicht auf seine Winzer kaum entschließen, eine Weinststeuer wieder einzuführen, und die süddeutschen Staaten können auf eine Sonderbesteuerung des Bieres nicht verzichten. Oder wer wollte es riskieren, daß die Bayern bei einer völligen Gleichmäßigkeit der Bierbesteuerung zugunsten des Reichs sich beständig beklagen würden, daß sie dem Reich im Verhältnis zu andern zu viel zahlen?

So notwendig die Erhöhung der Konsumtionssteuern, mit denen auch das als sozial gerühmte Steuersystem Englands bereits vorangeht, an sich ist, so sicher es ist, daß man nur mit ihr zu den breiten Volksmassen gelangen kann, so liegt doch unzweifelhaft in der Zukunft auf ihnen weder der Nachdruck noch bereiten sie die größeren Schwierigkeiten. Es herrscht völlige Uebereinstimmung

darin, daß hohe Personalsteuern dem Reich den gebührenden Anteil an seinen Ausgaben fortan tragen helfen müssen. Die soziale Gleichmäßigkeit, die selbstverständliche Forderung, daß nicht der Masse des Volkes, den Konsumenten, die ganze Bürde auferlegt werden darf, nachdem sie im Kriege die Opfer an Menschenleben und Kraft gebracht, die Tatsache, daß diese Steuern zum großen Teil zugunsten der besitzenden Klasse der Staatsgläubiger aufgebracht werden müssen — alles rückt diese Frage in den Mittelpunkt des finanziellen und des sozialen Interesses. Hier aber werden auch die organischen Fragen des Verhältnisses von Reich und Einzelstaaten erst brennend.

Eine erste Möglichkeit ergibt sich, auf den Bülow'schen Plan zurückzugreifen und wieder eine allgemeine Erbschafts- und Erbanfallsteuer vorzuschlagen. Es würde dies die geringste Aenderung des bestehenden Zustandes sein; die Steuersysteme der Einzelstaaten, die sich auf Einkommen und Vermögen der Pflichtigen gründen, könnten ziemlich ungeändert bestehen bleiben. Auch sind Anfänge zu einer solchen Reichsbesteuerung schon vorhanden. Die politischen Animositäten, die einst Bülow's Politik vereitelten, sind gehoben; die Bedenkllichkeiten der Konservativen, einem aus allgemeinem gleichem Wahlrecht hervorgegangenen Parlament die Verfügung über Personalsteuern und damit über den Geldbeutel der einzelnen anzuvertrauen, sind antiquiert, und die einzelstaatlichen Landtage werden wohl in Zukunft sich im Wahlrecht nicht mehr sehr vom Reichstag unterscheiden. Dennoch scheint bei genauerer Betrachtung dieser Weg nicht gangbar. Erbschaftssteuern, wie sie auch im einzelnen konstruiert sein mögen, sind nur erträglich, wenn sie nicht zu hoch sind. Sie werden sonst zu einer unbilligen und ganz willkürlichen Konfiskation, zu einer Bestrafung des frühen Todesfalls und einer Prämierung der Langlebigkeit. Nur bei einem mäßigen Satz sind diese unausweichlichen Schwächen zu ertragen.

Sie passen überhaupt nur für ein Volk mit vielen reichen Leuten; denn je größer das Vermögen des einzelnen, um so leichter werden sie selbst bei einer Staffelung ertragen. Wo Millionen an die Erben verteilt werden, die sowieso im voraus nicht wissen, was sie bekommen werden, da kommt es auf den Abzug von ein paar tausend Mark mehr oder weniger nicht an. Darum traten schon bei der Miquel'schen Steuerreform die rheinischen Kapitalisten für eine Erbschaftsteuer statt der Vermögenssteuer ein. Darum hatte aber auch schon der Bülow'sche Plan einer Reichserbschaftsteuer bei kleinen Erbschaften eine solche Verteilung des Steuerbetrags auf eine lange Reihe von Jahren vorgesehen, daß dies System sich bereits einer Vermögenssteuer bedenklich näherte. Denn für den Bauern wie für den kleineren Fabrikanten, kurz, für alle mittleren Vermögen, die in ihrem ganzen Umfang als Betriebskapital verwendet werden müssen, ist der Augenblick des Erbschaftsüberganges zu allen Zeiten auch der kritische Moment gewesen, in dem sie den Aberlaß seitens des Staates am wenigsten vertragen. Für Summen in der Höhe, wie sie in Zukunft durch Personalsteuern aufzubringen sind, kann also eine Erbschaftsteuer nicht in Betracht kommen. Auch ist die Vergleichen mit England und Frank-

reich nicht zulässig. Denn in England sind die vielseitig ausgebildeten Erbschaftssteuern nur eine Ergänzung der Einkommensteuer; sie ersetzen dort also in einer sehr vollkommenen Weise nur die preussische Ergänzungssteuer für das fundierte Einkommen. In Frankreich vollends sind sie der einzige Ersatz für die sonst völlig mangelnden Personalsteuern, sie stellen sich gleichsam als der aufgesammelte Betrag von Summen, die bei Lebzeiten nicht gezahlt wurden, dar. Bei uns aber haben Staat und Kommunen im Wettstreit die Personalsteuern ausgebildet. Eine kleine Erbschaftsteuer ganz allgemeiner Art wird allerdings nötig sein als einzige wirklich wirksame Kontrollmaßregel einer Vermögenssteuer. Eine solche Kontrolle ist bei einer hohen Steuer erforderlich, da diese bei den Pflichtigen, wenn nicht die unmittelbare Hinterziehung, so doch jedenfalls eine sich selber möglichst schonend behandelnde Vermögensabschätzung von selber hervorruft.

So bleibt denn doch eine kombinierte Vermögens- und Einkommensteuer das Gegebene. Der Wehrbeitrag hat zwar nicht das Muster, aber die erste Skizze und damit die Einleitung hierzu gebracht; die Kriegsgewinnsteuer darf nur den Uebergang bilden. Schon sind durch beide die einzelstaatlichen Finanzverwaltungen an die Eingriffe des Reichs in das Gebiet, das sie sich bisher ängstlich vorbehielten, gewöhnt worden. Wird diese Lösung gewählt, dann werden freilich die bisher geltenden direkten Steuern der Staaten im gleichen Augenblicke unhaltbar. Denn es ist ein Ding der Unmöglichkeit, zweierlei verschiedene Steuern derselben Art, womöglich mit verschiedener Einschätzung, nebeneinander zu haben. In Preußen sind im Anfang die kommunalen Einkommensteuern neben der des Staates einhergegangen; aber sie haben naturgemäß bloßen Zuschlägen zu dieser das Feld geräumt. Nicht anders wird es den einzelstaatlichen direkten Steuern in Zukunft ergehen; auch tritt ihr Erfordernis neben dem des Reichs fortan in Schatten. Die Durchführung und Verwaltung wird den besonderen Staatsverwaltungen bleiben, nicht so die systematische Festsetzung und Gliederung. Vorteilhaft würde es sein, wenn auch das Prinzip der Miquel'schen Steuerreform, die Ertragsteuern allein den Kommunen zu überweisen, überall durchgeführt würde; doch ist das schließlich eine Sache der einzelnen Staaten.

Ist es nun ein besonders großer Verzicht, der selbst den größten Gliedstaaten des Reiches hiermit zugemutet würde? Ihre finanzielle Selbstständigkeit war doch bisher schließlich mehr Schein als Wirklichkeit! Auf die Höhe der Matritularbeiträge hatten sie keinen Einfluß; sie wurden ihnen zudiktirt, und sie mochten sehen, wie sie sie aus ihren Mitteln aufbrachten und mit ihren Finanzen vereinbarten. Die Festsetzung der Zuschläge bliebe ihnen auch in Zukunft durchaus unbenommen, und ihre wirklichen produktiven Leistungen würden ihnen nicht nur unverkummert bleiben, sondern besser gesichert werden. Auch der Verzicht auf die eigenen Branntweinsteuern und die Gewinnbeteiligung an der des Reiches ist ihnen nur zum Guten ausgefallen. Die fruchtbaren Gedanken der Bismarck'schen Steuerpolitik drängen auf eine solche Art von Betriebsgemeinschaft der

Finanzen auch auf dem Gebiet der direkten Steuern. Vom Reich bis zu den Kommunen würde sich eine Einheitlichkeit ergeben, auf deren Grundlage sich die Mannigfaltigkeit der Verwendungen und Zwecke erst recht entfalten könnte. Nur so würde auch Klarheit darüber geschaffen werden, was denn wirklich das deutsche Volk an Personalsteuern für öffentliche Zwecke aufbringt. Scheuen wir uns nicht, wenn sich dabei herausstellen sollte, daß die Deutschen das höchstbesteuerte Volk sind; es würde das doch nur bedeuten, daß nirgends sonst Reich, Staat und Selbstverwaltung so große produktive Leistungen übernommen haben und durchführen wie bei uns.

Die Geschichte zeigt, daß auch die größten Finanzreformer niemals ihre Pläne ganz durchgeführt haben, daß auf diesem Gebiete noch mehr als auf andern Kompromisse ihre Geltung haben. Auch die am besten durchgearbeiteten Finanzsysteme sind und bleiben historische Gebilde, die mit dem Staat, seiner Verfassung und seiner Volkswirtschaft geworden sind und sich mit ihnen verschieben müssen. Aber die Geschichte zeigt auch, wie schwer hier Grundfehler der Organisation nachträglich zu verbessern sind. Der gute Wille, an dem es zurzeit in Deutschland nirgends fehlt, langt nicht aus; die volkswirtschaftliche Einsicht ist das Entscheidende. Sie hat die glänzenden Leistungen unsrer Finanzen im Kriege bewirkt; hoffen wir, daß sie auch ihre organischen Fehler im Frieden heben wird. So nur wird sich die finanzielle und volkswirtschaftliche Kraft Deutschlands sichern lassen. Wir haben sie für die Arbeit des Friedens ebenso nötig wie für die des Kampfes.

Anmerkung. Die im vorstehenden gegebenen Zahlen beziehen sich meistens auf den Stand im Monat November. Seitdem hat der erste Kenner der Finanzstatistik, D. Schwarz, im Januar-Heft des „Bankarchivs“ den Stand der Kriegskosten beim Bierverband und ihre Dedung beim Jahresluß eingehend dargelegt. Ich trage daraus nur noch nach, daß Rußland augenblicklich 24 Milliarden Mark Kriegskosten hat; davon wurden aufgebracht 1 Milliarde durch Barreserven, 1 durch Steuern, 5,8 (= 24,1 Prozent) durch langfristige Anleihen, 1,7 durch kurzfristige Anleihen im Inland und 4 Milliarden im Ausland und (schwebende Schuld bei Publikum und Privatbanken), 8,7 (= 36,2 Prozent) durch Banknoten 1,8 durch Staatspapiergeld. Die gesamten Kriegsausgaben des Bierverbandes stellten sich bisher auf 80,6 Milliarden Mark, wovon auf England 30,4, auf Frankreich 21, auf Rußland 24, auf Italien 5,2 entfielen.

Die gute Türkei

Von

General İzzet Fuad-Pascha

Wie überall, gab es auch in der Türkei zwei Kräfte: eine materielle und eine moralische. In den Ländern des Westens wurden diese beiden wesentlichen Faktoren des Daseins in normaler Weise ausgenützt und ihre Fortschritte gingen nebeneinander her. Wir möchten das — mit einem militärischen Ausdruck — bezeichnen als das „Alignement der taktischen Einheiten der Zivilisation“ neben dem der „strategischen Einheiten der Zivilisation“, als die uns die moralischen Faktoren gelten.

Verwöhnt durch die Natur, verwöhnt durch unsere einzigartige geographische Lage, verwöhnt durch die fortwährende Rivalität unserer Neider, haben wir lange Jahrhunderte hindurch ein solches Alignement nicht gehabt, wir waren Verschwender, die alle ihre besten Kräfte in nutzlosen Sturzbächen ausströmen ließen . . .

Eine sehr unzulängliche Auffassung der Gesetze des Islamisismus, eine irrtümliche und ungesunde Auslegung der Ideen des Propheten, eine furchtbare männliche Kraft, die in dem Egoismus der Menschen und in einem Fanatismus wurzelt, der zu dem Zweck geschaffen ist, die Köpfe und die erzieherische Weltkraft: die Frau zu beherrschen, führten zum dauernden Bestand dessen, was man ehemals in Europa Kirche und Staat nannte.

Im Westen kam es — nach langen Zwistigkeiten — zur Trennung, zur Scheidung.

Bei uns ließ das Interesse die Verbindung, die gefährliche Liaison fortbestehen.

Wir können in dieser kurzen Skizze uns nicht ausführlich über die großen Ursachen und ihre Wirkungen verbreiten; wir beabsichtigen in einer kleinen Reihe von Studien die gute Türkei zu schildern, indem wir sie von jener trennen, die zu allen Zeiten systematisch als die schlechte dargestellt worden ist.

*

Recht lange Jahrhunderte hindurch hat die Geschichte nur von eroberten Gebieten und Festungen zu berichten gewußt, ohne uns zu sagen, was unsere berühmten siegreichen Heerführer zu tun gedachten, um diese ungeheuren Länder zu erhalten; denn man darf nicht vergessen, daß man nicht nur Länder zu erobern wissen, sondern auch die Kunst verstehen muß, das festzuhalten, was so ruhmreich erworben worden ist.

Der Irrtum war, daß man sich einbildete, das Erhalten sei ausschließlich Sache des Damaskener Säbels.

„Verwalten“, „verbessern“ waren während einer langen Zeit der Vergeubung unsrer besten Kräfte leere Worte und belanglose Größen. Im übrigen war jeder Gedanke an eine Aenderung dazu angetan, den großen Egoisten und den nicht weniger großen Despoten zu mißfallen, deren Vorrechte nur durch das Weiterbestehen der Vorurteile fortbauern konnten.

Man hatte nicht die Zeit, über irgend etwas nachzudenken, und es kam niemand in den Sinn, daß das Eigentum und die Freiheit die beiden Angeln des Fortschrittes und der Zivilisation sind . . . Uebrigens dachte man im Parorgysmus des Absolutismus nicht daran, daß die Völker ein Recht auf ein Ideal haben und daß ihre Wünsche über eine unterwürfige Knechtschaft hinausgehen könnten!

Und so galoppierten denn, als durch die weiten Länder unsre schönen Vollbluthengste dahingaloppierten, die Fehler und die Sorglosigkeit mit uns, an unsrer Seite. Es war ein entsetzlicher Ritt dem Chaos entgegen!

Die Folgen dieser Sorglosigkeit machten sich bald nicht nur im Gang der Dinge, sondern auch in unsern großen militärischen Eigenschaften fühlbar. Zum großen Unglück führte man das alles auf tausend Ursachen zurück, die nicht die richtigen waren, und natürlich kam auch unsre militärische Kraft zum Stehen vor den großen Fortschritten der Feinde, die um uns her empormuchsen . . . Von diesem Augenblick an bedrängten die fremden Einflüsse und Einmischungen den, der in so verhängnisvoller Weise seine eignen Lebensinteressen vernachlässigte.

Der schrecklichste aller dieser Feinde, derjenige, dessen Macht nicht gerade in Qualität und Ausbildung, wohl aber in der Quantität und in den Massen einen ständig drohenden Zuwachs an riesigen Kräften erhielt, waren die Russen . . . und gegenüber diesem Kolos mit den klaren und bestimmten Zielen trafen wir keinerlei Vorsichtsmaßregeln! . . .

Welche Vorsichtsmaßregeln hätten das sein können und welche hätten es sein müssen?

Die Antwort ist leicht: eine gute Verwaltung und der absolute Respekt vor dem Gesetz.

Obwohl ich Militär bin, muß ich zugeben, daß der Staatsmann den Vortritt vor dem Manne des Schwertes haben muß, die Gesetze vor den Eroberungen, der Reformator vor dem Kriegsmann!

Wer wird wohl in der Geschichte jener glückliche Herrscher sein, von dem man wird sagen können: „Sein unvergänglicher Ruhm ist es, daß er der Menschheit keine Tränen gekostet hat.“

Das alles ist wieder und wieder gesagt worden, und unser Zweck ist nicht, über die Fehler der Vergangenheit zu klagen — denn die Zeit des Herumtastens und des Erstaunens ist vorüber —, sondern unsre Blicke der Hoffnung zuzuwenden.

Die Türkei kann sich mit einer unerforschten, einer fiderischen Welt vergleichen . . . einer physisch und geistig unbekannten Welt. Einer Welt, die gewiß

die Fehler ihrer Vorzüge hat, die aber mehr von den letzteren als von den ersteren befißt.

Wer konnte schließlich die einen wie die andern in ein helles Licht setzen?
Das Unglück!

Vom Balkankrieg her kam das Erwachen, und von einem Tage zum andern öffnete der ganze denkende Teil der Nation — die durch die Keulenschläge des vorausgegangenen Regimes betäubt war — die Augen . . . wenigstens will ich es glauben und es hoffen . . .

Aber wenn wir von diesem Erwachen zu den großen Fortschritten übergehen wollen, werden wir noch einen letzten mächtigen Strom überschreiten und dabei unser Gleichgewicht vollständig bewahren müssen, selbst wenn irgendeine starke Freundeshand uns in diesem sozialen und wirtschaftlichen Kampfe zu Hilfe kommt, welche uns in den Finsternissen, die uns umgaben, die Tore öffnen könnte zu einer leuchtenden und zauberhaften Glückseligkeit.

Wir — die guten Türken — wollen keine Stacheln, keine Dornen mehr auf unserm Wege haben! . . . Für uns sollen alle Rosen einer blühenden Zukunft dasein! . . . Für uns alles Lächeln, für uns das Licht! Es soll keine Finsternis mehr geben, keine verwickelten und verzögernden Gedanken mehr! . . . Vorwärts! Vorwärts! die verlorenen Distanzen wieder einzubringen!

Ach, was umschließt die unbekannte gute Türkei nicht alles! Und wie leicht hätte sie längst schon alle diese Stacheln und alle diese Dornen vermeiden können! Aber das war bei der trostlosen Stagnation des Denkens unmöglich. Die Ideen kamen nicht vorwärts . . . Rünftighin werden sie vorwärts kommen . . . Hoffen wir es, o Gott! . . . Heutigestags scheint es uns, daß wir — gut beraten und gut geführt wie wir sind — unsern Kennern nur die Zügel zu lassen brauchen, um alle Hindernisse zu nehmen, und so werden wir ins wahre nationale Paradies kommen!

Wenn wir nach diesem Kriege in die Laufbahn eines normalen Daseins einlenken werden, was für Ueberraschungen, wieviel Begeisterung wird es dann in aller Welt geben!

Dann werden wir, entzückt über unsre Reichtümer, uns selbst zu würdigen beginnen, und dann werden wir uns auch alle Fehler, die wir bisher begangen haben, freimütig vor Augen halten.

Die Liebe zum Vaterlande und der Durst nach dem Fortschritt sind zwei voneinander unzertrennliche moderne Gefühle, und die guten Türken von heutzutage haben — wie ich bestimmt hoffe — diese unumstößliche Wahrheit verstanden! . . . Diese Wahrheit verpflichtet uns, die sozialen Zukunftsfragen bei uns nicht einfach als pathologische, sondern als solche, die den Chirurgen angehen, anzusehen.

Es muß einem wahrhaft schwindeln, wenn man daran denkt, was wir durch den Mangel einer methodischen und logischen Ausbeutung unsrer Rasse und unsrer unermesslichen Reichtümer eingebüßt haben.

Wertwürdig ist es, nebenbei festzustellen, wie sehr wir zu allen Zeiten nach Art gewisser Schmetterlinge, die das Licht bezaubert, anlockt und tötet, durch bodenlose Abgründe angezogen wurden.

Für den gegenwärtigen verhängnisvollen Krieg haben wir uns in ungeheure Schulden gestürzt, und unsre erste Sorge nach dem Kriege wird augenscheinlich sein, diese Schulden zu bezahlen.

Doch so gewaltig diese Summen auch sein mögen, sie sind nur ein — augenblicklich unbequemer — Spaß neben unsern ganzen unausgebeuteten Schätzen.

Nicht Hunderte von Millionen, sondern riesige Milliarden sind es, die uns die Arme öffnen!

Doch es gilt, sie eiligst zu suchen und sie herauszuholen, ohne Zeitverlust und mit Mitteln, von denen man alle orientalischen Winkelzüge fernhalten muß!

Ich will heute nicht von unsern übriggebliebenen wundervollen Provinzen sprechen, in denen das „große Glück“ in tiefem Schlafe liegt. Ich möchte mich begnügen, mit ein paar Worten zu bemerken, daß die herrliche Stadt Stambul und der anatolische Teil der Provinz Konstantinopel (die das Parallelogramm: Stambul—Mündung des Schwarzen Meeres—Schile—Ismid—Skutari bildet) in wenigen heiteren Jahren Milliarden liefern und zugleich einen Anblick und einen Aufenthalt bieten kann, wie sie zu keiner Zeit und in keiner Phantasie auch nur erträumt worden sind!¹⁾

Gestern wurde das alles als Utopien, als Luftschlösser angesehen; morgen könnte das alles eine strahlende Wirklichkeit werden . . . Und von diesen dunkeln, aber stolzen Bergen aus, deren Umrisse ineinander verschwimmen und die man im Süden des Marmarameeres (von Gemlik bis Boz-burun und von da nach Karamursal) kaum zu unterscheiden vermag, wenn man im Auto mitten durch dieses heute unbekannte Paradies fährt — so unbekannt, als läge es auf einem andern Planeten —, wird das entzückte Auge in einem blendenden Gesamtbild ein neues Babylon mit seiner herrlichen Umgebung erschauen, einer neuen Sonne gleich, die kluge Astronomen ihrer lieben neuen Türkei geschenkt haben.

¹⁾ Meine zahlreichen Pläne in dieser Richtung sind in den Konstantinopler Blättern zur Zeit der Einführung unsrer Verfassung erschienen.

Literarische Berichte

Führer und Helben. Federzeichnungen von Karl Bauer. Leipzig, B. G. Teubner.

Es ist ja kein Mangel an Bildern unsrer großen Heerführer und Helben, aber die Bildnisse, die uns Meister Bauer darbietet, verdienen ganz besonders hervorgehoben zu werden. Bauer, dessen „Charakterköpfe zur deutschen Geschichte“ und „Aus Deutschlands großer Zeit vor hundert Jahren“ berechtigtes Aufsehen machten, versteht es wie kaum einer, den Kern der Persönlichkeit zu packen und lebensvoll in ihrer Eigenart vor Augen zu stellen. Das hat er in der neuen Sammlung wiederum bewiesen: Das Bild Kaiser Wilhelms z. B. ist von solch packender Auffassung und von einer solchen Technik, daß es eines Meisters würdig wäre. Bauer hat inzwischen eine zweite Sammlung folgen lassen, über die wir uns ebenso gefreut haben wie über die erste.

Die Lebensversicherung. Von Dr. F. X. Jahnbrecher. Sammlung Köfel. Kempten und München, J. Köfel. Geb. M. 1.—.

Trotz den Riesentapitalien, die in den deutschen Lebensversicherungen fließen, und obgleich die deutsche Privatversicherung und besonders die Lebensversicherung eine hohe Bedeutung im Wirtschaftsleben einnehmen, genießt sie im großen Publikum noch bei weitem nicht die verdiente Würdigung. Das obige Bändchen, das in vollständigster Darstellung den großen wirtschaftlichen und sozialen Wert der Lebensversicherung auseinandersetzt und nach allen Seiten beleuchtet, kann daher nur bestens empfohlen werden. Zumal die praktischen Winke, die der Verfasser in dem Kapitel „Die Lebensversicherung im täglichen Leben“ gibt, verdienen allseitige Beachtung. E. M.

Paul Verlaine. Seine Kunst und sein Glaube. Rede an des Kaisers Geburtstag von Eduard Wechsler. (Marburger akademische Reden Nr. 29.) Marburg, H. G. Ewert. 50 S.

Verlaines Dichtungen stehen der deutschen Gemütsart nahe genug, um auch nach dem Völkerringen Bedeutung und Wert für uns zu behalten. Mag die Herkunft ihres Verfassers aus dem keltisch-germanischen Grenzland ihre Art mitbestimmen, jedenfalls werden französische Verse von solchem Stimmungszauber und solcher Gefühlstiefe uns immer mehr sagen als alle rechnerischen Kunststücke, die das gewöhnliche Kennzeichen französischer Dichtung sind. Der Marburger Gelehrte

würdigt in wissenschaftlich gründlicher, künstlerisch nachempfindender Art die Dichtungen Verlaines; in der Beurteilung des Menschen ist er ein menschlich mitteilvoller Richter. H. Brömse.

Mit Herz und Hand fürs Vaterland! Zeitbilder des Weltkrieges. Ein Kriegsgedenkbuch. Herausgegeben von Dr. Otto Thießen. Köln, Verlag von J. P. Bachem. Preis geb. M. 3.60, geb. M. 4.60.

In dem Buche ist eine Auswahl aus dem Besten vereinigt, was die „Kölnische Zeitung“ in den Kriegsmontaten des Jahres 1914 an patriotischen Aufsätzen, Gedichten, Schilderungen und inhaltsreichen Selbstpostbriefen usw. gebracht hat. Es entspricht einem Bedürfnis, denn der Wunsch, derartige Aufsätze für spätere Zeiten aufzubewahren, ist allgemein; aber wie leicht verwehen lose Blätter und Ausschnitte. Für alle diejenigen aber, die die „Kölnische Zeitung“ nicht gelesen haben, ist das Buch eine Chronik von besonderem Wert. Ein weiterer Band soll noch erscheinen.

Der Tauchbootkrieg. Wie Kapitän Sirius England niederzwang. Von A. Conan Doyle. Vollständige deutsche Ausgabe von Konteradmiral a. D. Sta. Schanzer. Verlag von Robert Luz in Stuttgart. 90 S. M. 1.—.

Wie diese kurz vor Beginn des Krieges zuerst veröffentlichte Erzählung sogleich allgemeines Aufsehen erregte, wird sie wegen der spannenden Darstellung, der Sachkenntnis und Schergabe des Verfassers noch auf lange Zeit hinaus beachtenswert bleiben — auch wohl noch, wenn Sherlock Holmes vergessen sein wird. Die vorliegende deutsche Ausgabe, die auch die Gutachten der englischen Marinefachverständigen bringt, verdient Empfehlung. Br.

Luther im Lichte der neueren Forschung. Ein kritischer Bericht von Heinrich Boehmer. Dritte Auflage. („Aus Natur und Geisteswelt“, Bd. 113.) Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. Geb. M. 1.25.

Der Marburger Kirchenhistoriker Boehmer hat im Titel dieses Werkes sehr viel versprochen, aber er hat auch alles gehalten. Es ist tatsächlich der ganze Luther, den er uns vorführt, nicht bloß der Reformator, sondern zugleich der Gelehrte, der innere Mensch, der Denker und der Prophet, und daß uns das alles in beständiger kritischer Begründung auf die neueste Forschung, in

beständiger Auseinandersetzung mit Barge, Denifle u. a. gezeigt wird, ist der Hauptvorzug des außergewöhnlich gehaltreichen Werkes. Auch die gebrängte Eigenart, mitunter selbst reizvolle Eigenwilligkeit der Darstellung bringen uns die Schrift dieses frisch zupackenden Gelehrten, der auch den peinlicheren Problemen der Lutherforschung ohne Zaubern und Zagen zu Leibe rückt, bei der Lektüre bald nah und näher.

Dr. Hans Zimmer.

Kriegsbrot für die Seele. Aus den Werken des Abraham a Santa Clara. Dargeboten von Dr. Karl Bertsch. Freiburg i. B., Herbersche Verlagsbuchhandlung. Preis M. 1.—.

Abraham a Santa Clara und der Krieg, das scheint sich gar nicht zusammenzureimen. Aber dieser Redegewaltige hat sich öfter und eingehender mit dem Kriege und dem Soldatenleben befaßt, er hat im Jahre 1683 einen Kriegsauftrag erlassen, der Aufsehen erregte, hat in einer Predigt über den Ritter Georg „Merkt wohl, Soldat“ usw. manches beherzigenswerte Wort gesprochen, das wert ist, heute noch gehört zu werden. Zumal: Wir verlangen heute nach kräftiger Geistesnahrung, und so ist uns diese Auslese sehr willkommen.

Der Mönchsbund. Eine Erzählung von Heinrich Steiniger. München, Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H. 134 S.

Wenn man der Einbildungskraft des Verfassers einige Zugeständnisse macht, ihm besonders glaubt, daß in dem Martinslied die Bistümer niemand, auch kein Gebildeter, eine Ahnung davon hat, was ein Mönchsbund ist, so wird man diese gut vorgetragene Erzählung als eine vorzügliche Vereinerung unseres humoristischen Schrifttums gelten lassen. Auch die ernstesten Abschnitte sind durchaus gelungen. Das Buch verdient gelobt und gelesen zu werden.

Dr.

„Die Deutsches Reich für immer!“ Eine Geibelauswahl für Deutschlands Jugend und Volk. Herausgegeben vom Verein für das Deutschtum im Ausland. Preis geb. M. 2.—. Berlin, Verlag von Martin Warnke.

Es war ein glücklicher Gedanke, gerade gegenwärtig eine Auswahl von Geibels Gedichten den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Geibel ist nicht nur der deutsche Sänger, in dessen Liedern die Reinheit und Tiefe deutschen Lebens, die Innigkeit deutschen Heimatgefühls und die Lust am deutschen Wandern sich widerspiegeln, sondern er ist auch der Prophet und Herold deutscher Reichs- und Kaiserherrlichkeit. Heute, da wir unser Reich in tausendfachen Todesopfern verteidigen und behaupten gegen eine

Welt von Hassern und Reibern, heute muß Geibel wieder zu uns sprechen als kampfesüchtiger Helfer. Allen, die deutsch fühlen in Heimat und Fremde, werden die Gedichte ein leben- und fleghabender Gruß sein.

F. Sch.

Napoleon im Spiegel der Dichtung.

Von Oskar Hellmann. Glogau-Leipzig, Verlag Hellmann. M. 2.—.

Die vorliegende Auswahl von Napoleongedichten zeigt, wie mannigfach sich die Figur des französischen Kaisers in der Dichtung spiegelt. Freund und Feind, Anhänger wie Gegner kommen in ihr zum Wort. Nicht weniger als achtundvierzig Dichter, deutsche wie Ausländer, sind darin mit einem oder mehreren Gedichten vertreten. Man erkennt in dieser chronologisch nach dem Leben Napoleons angelegten Anthologie die mächtige Einwirkung Napoleons auf die deutschen Dichter von Gleim bis zu Gerhart Hauptmann, Karl Bleibtreu und andern lebenden Poeten.

Dr. E. M.

Die Rhein- und Moselzeitung. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der katholischen Presse und des politischen Katholizismus in den Rheinlanden von Friedrich Rindmeier, Dr. phil. Bonn, A. Marcus und E. Weber (Albert Ahn). 153 S. M. 4.—.

Auch für weitere Kreise dürfte diese geschichtliche Sonderuntersuchung Wert haben. Sie will die Anfänge des politischen Katholizismus auf dem Gebiet der Presse aufdecken helfen und behandelt besonders die Jahre 1844 bis 1848. Das eigentümliche Zueinandergreifen von Gegensätzen und Berührungspunkten zwischen dem rheinischen Katholizismus und dem Liberalismus wird mit hinreichender Klarheit vor Augen geführt, ebenso die doppelte Strömung, die sich innerhalb des Katholizismus bis auf unsere Tage erhalten hat: die liberal-demokratische und die konservative Richtung. Solche historische Betrachtungsweise kann wohl dazu dienen, auch über gegenwärtige Zustände größere Klarheit zu verbreiten.

Dr.

Roms Kampf um die Weltherrschaft.

Von Prof. Dr. J. Romayer. Mit 4 farb. Karten. Sammlung: Aus Natur und Geisteswelt. Leipzig, B. G. Teubner. Geb. M. 1.25.

In fesselnder Schilderung führt uns der Verfasser in diesem Bändchen alles vor, was von den Ergebnissen seiner Expedition nach Italien und Afrika zur Erforschung der Schlachtfelder der Punischen Kriege auch weitere Kreise zu interessieren vermag. Ungemein anschaulich bringt er den Wendepunkt in den Geschicken der Siebenhügelstadt und

der Mittelmeerländer: das Ringen zwischen Hannibal und Rom, zur Darstellung, indem er besonders den elementaren, völkerverpsychologischen Charakter betont, der der römischen Eroberung des hellenistischen Ostens zugrunde lag, so daß wir darin einfach eine historische Notwendigkeit erkennen. Besonders bemerkenswert ist seine Charakteristik Hannibals und die Darstellung seiner ganzen Politik wie seiner Ziele und Kriegspläne, in der er uns die von der bekannten Auffassung Mommsens wesentlich abweichenden Ergebnisse neuerer Forschung vermittelt. E. M.

Quellen zu König Lear. Herausgegeben von Rudolf Fischer, o. Professor an der Universität Innsbruck. Bonn, A. Marcus und E. Webers Verlag (A. Ahn). 183 S.

Das Buch erscheint im Auftrag der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft als erster Band einer Sammlung von Shakespeare-Quellen, die eine vollständige, dem heutigen Standpunkt der Forschung entsprechende Neuauflage der Quellen sowohl in der Originalsprache wie in deutscher Uebersetzung enthalten soll. So dient sie zugleich dem weiteren Kreise von Freunden des Dichters und den Fachgelehrten, vor allem auch den Studierenden. Sie verzichtet auf alle beschwerenden Einleitungen und Erläuterungen

— vielleicht hätte mancher Leser doch gern gelegentliche Erklärungen mit in Kauf genommen — und gibt außer einer Uebersichtstafel über die Entwicklungslinie der Fabel nur zweisprachig die Quellenchriften selbst. Der vorliegende Band, der von Galfrieds Geschichte der Briten bis zu Shakespeares Arcadia sechs Quellen zu „König Lear“ darbietet, ist ein Muster deutscher Gelehrtenarbeit. Br.

Der Kriegszug der Sieben Schwaben.

Von Ludwig Aurbacher. Neu herausgegeben von Heinrich Mohr. Freiburg i. B., Herbersche Verlagsbuchhandlung. Preis M. 1.—.

Es sollte eigentlich nicht mehr nötig sein, auf Aurbachers Buch aufmerksam zu machen, denn es gehört zu den besten deutscher Erzählerkunst und kann als ein Seitenstück zu Heibels Schatzkästlein bezeichnet werden. Heinrich Mohr hat sich ein Verdienst erworben, daß er das Buch gerade jetzt neu herausgegeben hat, es eignet sich ganz besonders zur Lektüre für unsere Soldaten und wird ihnen manche frohe Stunden bereiten, denn es bringt ihnen einen gesunden Humor, der erfrischend wirkt. Der Herausgeber hat auch ein Buch „Kriegsschwänke aus alter Zeit“ zusammengestellt, auf das wir ebenfalls aufmerksam machen möchten.

Eingefandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Alten, Georg von, Handbuch für Heer und Flotte. Dieg. 86. Berlin. Deutsches Verlagshaus Bong & Co. à M. 2.—.

Bächtel, Dr. Hermann, Die nationalpolitische Kritik in der Schweiz. Basel, Benno Schwabe & Co. M. 1.—.

Bauer, Wilhelm, Die unterseeische Schifffahrt. Bamberg, C. C. Buchners Verlag. M. 1.50.

Bauer, Dr. Wilhelm, Der Krieg und die öffentliche Meinung. Tübingen, J. C. B. Mohr. Geh. 75 Pf.

Becker, Carl, Religion in Vergangenheit und Zukunft. Berlin, Hugo Steinig Verlag.

Beiträge zur Geschichte der neueren Mythik und Magie. Heft 4: Silberer, Herbert. Durch Tod zum Leben. Leipzig, Wilhelm Heims. M. 1.—.

Bilder für Naturschutz und Heimatpflege. 1. Jahrg. Nr. 10. Berlin, Walter Bende. à 50 Pf.

Boehm, Dr. Max Hilbert, Die Kritik des deutschbaltischen Menschen. Berlin, Verlag der Grenzboten G. m. b. H. 50 Pf.

Braun, Dr. Adolf, Internationale Verbindung der Gewerkschaften. Tübingen, J. C. B. Mohr. Geh. 80 Pf.

Briefe aus dem Felde 1914/15. Herausgegeben von der Zentralfstelle zur Sammlung von Feldpostbriefen im Märkischen Museum zu Berlin. Oldenburg, Gerhard Stalling. M. 7.50.

Consentius, Dr. Ernst, Meister Johann Diez erzählt sein Leben. Ebenhausen bei München, Wilhelm Langewiesche-Verandt.

Der Tropenpflanzer. Wohltmann, F.: Die Lage der Landwirtschaft in unseren Kolonien. Berlin, Geschäftsstelle der Zeitschrift „Der Tropenpflanzer“.

Deutsche Kriegsschriften. 20. Heft: Kriegropsychologisches von Dr. M. Hirschfeld. Bonn, A. Marcus & E. Webers Verlag. 80 Pf.

Dichter-Biographien. 10. Band: Emanuel Geibel von Max Mendheim. Leipzig, Philipp Reclam jun. 20 Pf.

Dörerbund. 149. Heft: Classen, Die deutsche Familie und der Krieg. 150. Heft: Seibitz, Das erste Jahr des Kulturkrieges. München, Georg D. W. Callwen.

Enden, Dr. R., Die Neugestaltung Oesterreichs und der Zweibund. Selbstverlag des Verfassers.

Ernst, Paul, Der Weg zur Form. Berlin, Hyperionverlag. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Fischer, Max, Heinrich Heine der deutsche Jude. Stuttgart, J. C. Cotta'sche Buchh. 80 Pf.

Flemmings Spezialkarte von Polen, Kriegs-
karte Nr. 15. M. 1.—.

— **Spezialkarte der südlichen Westfront,**
Kriegskarte Nr. 24. M. 1.—.

— **Karte von Serbien und Mazedonien,**
Kriegskarte Nr. 27. M. 1.—.

— **Karte des Generalgouvernements Bel-**
gien. M. 1.—. Berlin, Carl Flemming Ver-
lag A. G.

Frankfurter, Dr. C., Mitteilungen des Vereins
der Freunde des humanistischen Gymnasiums.
Wien, Carl Fromme Ges. m. b. G.

Fullerton, Georg Stuart, The Truth about
the German Nation. München, R. Oldenbourg.
M. 1.50.

Grautoff, Dr. Otto, Kunstverwaltung in Frank-
reich und Deutschland. Bern, Ab. Buchh. von
Mag. Drechsel. M. 3.—.

Greiner, Wilh., Die Verheißung unserer Zeit.
Berlin, G. Rosenbergs (Hugo Memois.) 60 Pf.

Großer Bilderatlas des Weltkrieges. 1. Bd.
2. Fg. 1—10. München, F. Bruckmann A. G.
à M. 2.—.

Hefetiel, C., Das Buch vom Fürsten Bismarck.
1. Bd. u. 2. Bd. Leipzig, Philipp Reclam jun.

Hettner, Dr. Alfred, Die Kriegsschauplätze.
2. Heft: Der franz.-belg. Kriegsschauplatz von
Dr. H. Philippson. Geh. M. 1.80. 3. Heft:
Der östl. Kriegsschauplatz von Dr. J. Partsch.
Geh. M. 2.—. Leipzig, W. G. Teubner.

Jacobskötter, Ludwig, David, Ein Schauspiel
aus großer Zeit. Leipzig, Gustav Schloßmanns
Verlag. M. 2.60.

Johann, Magnus, Theodor Körner, der schwarze
Jäger. Freiburg, Herdersche Verlagshandlung.
M. 1.—.

Jerschberger, Carl, Ingenieur, Das Deutsch-
österreichisch-ungarische Wirtschafts- und Zoll-
bündnis. Berlin, Julius Springer. 80 Pf.

Jung-Frühling, Berlin, 2. Jannasch.

Kerler, Dietrich Heinrich, Deutschlands Ver-
letzung der belgischen Neutralität eine sittliche
Notwendigkeit. Ulm a. D., Heinrich Kerler
Verlags-Conto. 50 Pf.

Koppin, Richard D., Singendes Erz. Weimar,
Weidner-Verlag.

Löw, Freiherr v., Kraftwagen-Betrieb mit
Inlands-Brennstoffen. Wiesbaden, C. W.
Freibels Verlag. M. 1.80.

Meincke, Fr., & Bigener, Fr., Historische
Zeitschrift. 115. Bd. 3. Folge. 19. Bd. 2. Heft.
München, R. Oldenbourg.

Montanus-Bücher. 7. Bd.: „Die Kriegs-
gefangenen in Deutschland.“ M. 2.—. 8. Bd.:
„Deutschlands Taten zur See.“ M. 2.—.
Siegen i. Westf., Hermann Montanus.

Mud, Richard, Die Gebote der Friedenszeit.
Wien, Karl Gerold's Sohn.

Mühlbrecht, S., Zeitspiegel. Heft 12: Das
Endziel des Weltkrieges. Berlin, Puttkammer
& Mühlbrecht. M. 3.—.

Nadhern, Moritz, Josef v., Der Rosen-
Zoni. Meran, F. W. Gümenreichs Verlag.

Narvus, Die Glode, Sozialistische Halbmonat-
schrift. Heft 1 bis 6. München, Verlag für
Sozialwissenschaft G. m. b. H. à 25 Pf.

Pastor, Ludwig v., Conrad von Hagenborn.
Ein Lebensbild. Freiburg i. Br., Herdersche
Verlagshandlung. Kart. M. 1.40, geb. M. 2.—.

Pastor, Ludwig v., Die Stadt Rom zu Ende
der Renaissance. Freiburg i. Br., Herdersche
Verlagshandlung. M. 4.50.

Peitschifter, Georg, Deutsche Kultur, Katholi-
zismus und Weltkrieg. Eine Abwehr des
Buches „La Guerre Allemande“. Freiburg i. Br.,
Herdersche Verlagshandlung. M. 5.—.

Polen, Wochenschrift für polnische Interessen.
Nr. 55 bis 57. 2. Jahrg. Wien 1, Redaktion
von „Polen“. à 50 Pf.

Rantes Meisterwerke. Band 9: Geschichte
Wallensteins. Band 10: Kleinere Schriften.
München, Dunder & Humblot.

Rieppel, Dr. H. v., Der Ingenieur als För-
derer der Volksbildung. Berlin, Zeitschrift des
Vereins deutscher Ingenieure.

Schmid, Hermann, Die Leute von Kluden-
dorf. Potsdam, Stiftungsverlag. 50 Pf.

Sellmann, Prof. Dr., Auf Posten, Jung-
deutschland. Witten-Ruhr, Verlag „Edart“.
H. Nijhuis. 15 Pf.

Ulmer, Friedrich, Sturmgeboren. München,
Paul Müller. M. 1.20.

Unger, Hermann, Sturm im Osten. Chemnitz,
Gottlob Rozele. M. 1.—.

Volckher, Ernst, Kriegsbildertagebuch. München,
F. Bruckmann A. G. M. 12.—.

Vorträge der Sehe-Stiftung zu Dresden.
8. Bd. 1916. Heft 1: C. Marks, Der Imperial-
ismus und der Weltkrieg. Leipzig, W. G.
Teubner. Geh. 60 Pf.

Weltkultur und Weltpolitik. 6. Folge. Mari-
milian v. Hagen: Geschichte und Bedeutung des
Helgoland-Vertrages. München, F. Bruckmann
A. G. M. 1.—.

Wiedenfeld, Kurt, Moderne Wirtschaftsge-
staltung. Heft 3: Sibirien in Kultur und Wirt-
schaft. Bonn, A. Marcus & C. Webers Verlag.
M. 2.20.

Wismann, Dr., Seminaradministrator, Herzog
Ernst II. und Gustav Freytag, Sonderabdruck
aus den „Mitteilungen für Gothaische Geschichte
und Altertumsforschung. Gotha, F. A. Perthes.

== Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue“ sind nicht an den Herausgeber, sondern aus-
schließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten. ==

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal
in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

== Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung un-
verlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Heraus-
geber anzufragen. ==

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Sasach in Sasach, Württemberg

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Berausgegeben von • • • • •

Richard Fleischer

Einundvierzigster Jahrgang. Zweiter Band
April bis Juni 1916



Stuttgart und Leipzig

1916

Deutsche Verlags-Anstalt

Inhalt

des

Zweiten Quartal-Bandes des Jahrgangs XLI

(April bis Juni 1916)

	Seite
Dr. Freiherr v. Jettel: Wie Rußland zu Bessarabien kam	1
Kurd v. Schlözer: Jugendbriefe	9
Wahrheit und Lüge	19
Maria Wassiltschiloff: Die Ermordung des Großfürsten Sergej	21
D. Freiherr von der Goltz: Die inneren Grundlagen der deutschen Wehrkraft	29
Dr. Erich Pequet (München): Briefe von Jakob Burckhardt und Paul Heyse	41
Prof. Dr. A. Boche (Freiburg i. Br.): Seelische Massenerscheinungen im Kriege	57
Bedarf es der Gewinnung überseeischer Stützpunkte, um den Verkehr künftighin gegen maritime Absperrmaßregeln Englands zu sichern? Von einem österreichisch-ungarischen Diplomaten a. D.	70
Prof. Dr. Adolf Menzel, dz. Rektor der Universität Wien: Zur Psychologie des Staates	74
Prof. Dr. S. Wohltmann (Halle a. S.): Der deutsche Ackerbau im Kriegsjahre 1916	81
Königin Elisabeth von Rumänien oder Carmen Sylva. Nach Selbst-erlebtem von J.	88
Baron Bengelmüller: Die diplomatische Vorgeschichte des Krieges der Vereinigten Staaten gegen Spanien	93. 164
Freiherr von la Valette St. George: Kriegswirtschaft an der galizischen Front	107
General der Infanterie v. Moynovich (Wien): Der Krieg einst und jetzt	121
Östwärts den Bliid	133
A. v. Brauer: Petersburg vor vierzig Jahren	136. 262
Wilson's Niederlage	143
Dr. J. Lulvès, Archivrat in Hannover: Bismarck und die römische Frage	145. 289
Vom guten und schlechten Diplomaten	158
Englands Schädigung aus der Luft	163
Conrad Borchhat: Das bewaffnete Handelsschiff im neueren Völkerrechte	179
Dr. Kurt Sander, Geh. Regierungsrat, vorm. Generaldirektor der Anatol. Eisenbahn: Die Türkei und Mitteleuropas wirtschaftliche Schützen-gräben?	184

Universitätsprofessor Dr. Grober (Jena): Die Ernährung der deutschen Jugend, besonders der Schulkinder, im Kriege	198
Professor Dr. R. D. Spörris (Athen): Genosse Liebknecht und deutsche Freiheit	208
H. Wittmaack: Der Postkrieg	214
Professor Dr. Theobald Ziegler: Der Krieg und das deutsche Geistesleben	220
Erich Unger: Prolegomena zu einer Theorie der Politik	231
Philipp Hillebrandt: Italiens falsche Rechnung	241
Der Weltkrieg, Japan und die amerikanische Union. Von einem österreichisch-ungarischen Diplomaten a. D.	268
Admiral z. D. Dietl: Entgegnung auf den Aufsatz des April-Hefes: „Bedarf es der Gewinnung überseeischer Stützpunkte, um den Verkehr künftighin gegen maritime Absperrungsmaßregeln Englands zu sichern?“	277
Dr. Wilhelm Szatmári: Die Stellung Serbiens zwischen dem Dreibunde und dem Dreiverbände vor dem Kriegeausbruche	280
Universitätsprofessor Dr. Hatschel (Göttingen): Die Rechtstechnik des Kriegesozialismus	303
Dr. Freiherr v. Jettel: Metternich und List	317
Else Marquardsen-Kamphoever: Die neue Türkei und die alttürkische Tradition	326
Dr. A. Aippoldt, Observator am Kgl. Observatorium zu Potsdam: Ueber die Zeit, Zeitsinn und Sommerzeit	336
Martha Schiff: Erinnerungen an Paul Ehrlich	340
Adolf Teutenberg (Weimar): Ein holländischer früherer Minister über die Probleme des Krieges	346
Frau Geheimrat Paasche: Land oder Stadt	350

Berichte aus allen Wissenschaften

Prof. Dr. H. G. Ziegler (Stuttgart): Tierpsychologie: Buchstabierende Tiere	112
Prof. Dr. Albert Adamkiewicz: Physik: Das Gesetz von der „Erhaltung der Materie“	354

Kleine Revuen

Literarische Berichte	117. 234. 356
Eingefandte Neuigkeiten des Büchermarktes	239. 359

Wie Rußland zu Bessarabien kam

Von

Dr. Freiherrn v. Sottel

Die heutige Zeit scheint wenig geeignet, den Blick statt in die Zukunft nach rückwärts zu wenden, und doch liegen die Reime mancher Probleme, die heute nach Lösung verlangen, in früheren Ereignissen, die damals nicht zu einer endgültigen Entscheidung heranzureifen vermochten. Eine solche Zeit großer territorialer und politischer Umwälzungen war die verhältnismäßig kurze Periode von Napoleons Aufstieg bis zu seinem Niedergange. Während in jenen Jahren Mitteleuropa den Schauplatz fast ununterbrochener Kämpfe bildete, stand der unermüdliche Drang Rußlands nach dem Besitze Konstantinopels und der Meerengen nicht still. Einmal durch Versprechungen oder wirkliche Dienste, die es der Türkei leistete, dann wieder mit den Waffen in der Hand näherte sich das große nordische Reich mit zielbewußter Beharrlichkeit der Verwirklichung seiner Träume.

Napoleons Zug nach Aegypten bot Rußland den erwünschten Anlaß, der Pforte seine Hilfe anzubieten. Am 23. Dezember 1798 wird ein Bündnisvertrag unterzeichnet, in dem Rußland verspricht, der Türkei zwölf Kriegsschiffe zur Verfügung zu stellen, wogegen diese der russischen Flotte die freie Durchfahrt durch die Meerengen gestattet. Der Vertrag sollte durch acht Jahre, also bis 1806, in Kraft bleiben. Kurz vor seinem Ablauf erhielt der russische Vertreter in Konstantinopel, Stalinsky, den Auftrag, wegen dessen Erneuerung mit der Pforte in Verhandlung zu treten. Nach den erhaltenen Instruktionen sollte er das Hauptgewicht auf drei Punkte legen, nämlich, daß die Türkei in intimere Beziehungen zu Rußland trete, daß sie der Koalition gegen Frankreich sich anschließe, endlich, daß sie Rußland das Recht einräume, zugunsten ihrer christlichen Untertanen zu intervenieren. Ferner sollte sich die Türkei verpflichten, gegen die Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Meerengen auf dem Wege nach den damals von Rußland besetzten Ionischen Inseln keinen Einspruch zu erheben. Stalinsky dachte weiter, als seine Weisungen gingen; ihm war vor allem darum zu tun, das bezüglich der Meerengen in dem früheren Vertrage gemachte Zugeständnis schärfer zu fassen und wenn möglich zu erweitern. Es ist ja bekanntlich nichts Seltenes, daß russische Diplomaten Politik auf eigne Faust machen.

In einem Berichte, den er am 4./16. April 1805 an seine Regierung erstattete, heißt es: „Ich glaubte diesen Artikel (betreffend die Meerengen) beibehalten zu sollen, weil sonst die Engländer, die ungeachtet dieser Stipulation wiederholt versucht haben, mit ihren Kriegsschiffen ins Schwarze Meer einzubringen, wie Nelson es erst unlängst getan hat und vor ihm Lord Elgin, unfehlbar trachten würden, von der Türkei dieselbe Konzession zu erlangen, ein Beispiel, das dann die Franzosen gewiß nachahmen würden.“ Am 11./23. September 1805 wird der neue Vertrag unterzeichnet. Er enthält in Artikel 7 die Bestimmung, daß beide Teile das Schwarze Meer als Mare clausum ansehen und die Einfahrt eines fremden Kriegsschiffes mit allen Kräften verhindern wollen. Den russischen Kriegsschiffen dagegen solle die Durchfahrt durch den Kanal von Konstantinopel gestattet sein, allerdings laut Artikel 4 nur so lange, als sich russische Truppen auf dem Gebiete der Republik der Ionischen Inseln befinden würden. Der neue Vertrag war für neun Jahre geschlossen. Stalinsky sollte seines Erfolges nicht froh werden. Noch bevor der Vertrag ratifiziert ist, ruft Napoleon die Türkei zum Rachezug gegen Rußland auf. Er verweist sie auf die russenfreundliche Haltung der Hospodare der Moldau und der Walachei, Ypsilanti und Morussi; sein Gesandter Sebastiani verspricht ausgiebige Unterstützung jeder Art. Die Erfolge Napoleons (Dreikaiserjoch bei Austerlitz) ermutigen die Pforte, Rußland Troß zu bieten. Sie gibt Stalinsky zu erwägen, daß das Bündnis unter der Voraussetzung eines gemeinsamen Defensivkrieges geschlossen worden sei; jetzt aber würde es sich darum handeln, daß Rußland die französischen Besitzungen am Adriatischen Meere (Illyrien) angreifen wolle, also um eine Offensive. Die Pforte würde sich somit, während sie neutral zu bleiben wünsche, mit Frankreich verfeinden. Am 18./30. April 1806 berichtet Stalinsky ausführlich über den Stand der Dinge. Obwohl die Pforte kein formelles Verlangen nach Beglaffung der Meerengentlausel gestellt, sondern nur die Erwägungen dargelegt habe, die ihr dies wünschenswert erscheinen ließen, sei es doch ihre offenbare Absicht, den einzigen interessanten Artikel des Bündnisses außer Wirksamkeit zu setzen, und zwar gerade in einem Augenblicke, wo die Umstände mehr denn je die Durchfahrt von bewaffneten Schiffen notwendig machen würden. Stalinsky meinte übrigens, man solle abwarten, ob die Türkei eintretendenfalls der Durchfahrt russischer Schiffe mit Gewalt sich widersetzen würde. Die Gelegenheit dazu sollte bald eintreten. Am 24. Juni landet die russische Brigg „Sajon“ mit der Bestimmung nach Korsu im Hafen von Konstantinopel; ihr folgt am 23. Juli die Fregatte „Kildum“. Der Reis-Efenbi protestiert beide Male gegen die Einfahrt. Daraufhin wird Stalinsky angewiesen, „da die Pforte sich weigere, die Rußland gegenüber eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten“, seine Pässe zu fordern. Gleichzeitig erhält General Michelson den Auftrag, in die Moldau einzurücken. Zufolge einer Depesche vom 12. November sollte Stalinsky von der türkischen Regierung eine feierliche Erklärung verlangen, daß sie niemals wieder russischen Schiffen die freie Durchfahrt durch die Meerengen verweigern werde. Allein der Kurier, der diese Weisung überbringt, trifft Stalinsky nicht

mehr in Konstantinopel an; er hatte die Stadt bereits auf einem englischen Dampfer verlassen. Französischen Einflüsterungen Gehör schenkend, erklärt nun am 27. Dezember 1806 die Türkei ihrerseits Rußland, gleichzeitig aber auch England den Krieg. In St. Petersburg gibt man deshalb das Spiel noch nicht verloren. In einem Briefe vom 20. Februar 1807 teilt der russische Minister des Aeußern, Baron Bubberg, dem Großwesir mit, daß Rußland nur die Absicht habe, die Türkei dem französischen Drucke zu entziehen. Es sei bereit, die inzwischen besetzten Donaufürstentümer zu räumen, sobald die Pforte den französischen Gesandten Sebastiani verabschiedet und die bestehenden Verträge erneuert habe. Auf dieser Grundlage sollte Oberst Pozzo di Borgo mit der Pforte verhandeln. Rußland hatte ein um so größeres Interesse, zu einer Verständigung zu gelangen, als es von der Ankunft englischer Kriegsschiffe im östlichen Mittelmeer und von der Absicht Großbritanniens erfuhr, sich der Meerengen zu bemächtigen. Tatsächlich passiert bald darauf eine englische Flotte unter dem Befehl des Admirals Duckworth, ohne von den überraschten Türken daran gehindert zu werden, die Dardanellen und geht in St. Stefano im Bosporus vor Anker. Der englische Admiral verlangt die Abtretung der Dardanellen und die Auslieferung der türkischen Flotte. Allein die Türkei rafft sich zum Widerstand auf. Während sie die Verhandlungen hinauszögert, wird Konstantinopel unter der Anleitung Sebastianis in Verteidigungszustand gesetzt, die Befestigungen an den Meerengen werden armiert, Kriegsschiffe versammeln sich vor dem Goldenen Horn, 1200 Geschütze richten ihren Schlund gegen die englischen Schiffe. Duckworth zieht vor, der drohenden Gefahr zu weichen. Am 1. März lichtet er eilends die Anker, passiert unter dem Feuer der türkischen Festungen die Meerengen und büßt sein kühnes Unternehmen mit dem Verluste von zwei Korvetten und 600 Mann. Frankreich hatte gesiegt, aber auch Rußland konnte mit dem Ausgange der Sache zufrieden sein.

Inzwischen hatten die Ereignisse auf dem großen Kriegsschauplatz ihren Fortgang genommen und das Glück war auch weiter Napoleon hold geblieben. Bei den Friedensverhandlungen zu Tilsit nehmen die orientalischen Fragen einen breiten Raum ein. Napoleon übernimmt die Vermittlung des Friedens zwischen Rußland und der Türkei. Die Feindseligkeiten sollen eingestellt werden, die russischen Truppen sich aus den Fürstentümern zurückziehen. Am 7. Juli 1807 kommt ein Allianzvertrag zwischen Rußland und Frankreich zustande, dessen Artikel 8 bestimmt, daß, „wenn die Pforte die französische Mediation nicht annehmen oder eine Verständigung innerhalb dreier Monate nicht zustandekommen sollte, beide Teile sich über die Mittel und Wege verständigen werden, wie die europäischen Provinzen des Osmanischen Reiches, mit Ausnahme von Konstantinopel und Rumelien, den Bedrückungen der Türken zu entziehen wären“. Durch ein aus Tauroggen datiertes Restript des Zaren vom 28. Juni hat inzwischen General Michelson bereits den Auftrag erhalten, mit dem Großwesir wegen Abschlusses eines Waffenstillstandes in Verbindung zu treten und seine Truppen aus der Moldau und Walachei zurückzuziehen. Am 22. Juli trifft

der russische Geheimrat Laschkarew zu den Friedensverhandlungen in Bukarest ein und begibt sich von da in das nahegelegene Slobodzia, wo er mit dem türkischen Bevollmächtigten Saib Mehmed Halib Efendi und dem französischen Obersten Guilleminot zusammentrifft. Am 12./24. August wird ein Waffenstillstand unterzeichnet, wonach innerhalb fünfunddreißig Tagen sowohl die russischen als die türkischen Truppen die Fürstentümer zu räumen haben. Ferner soll Rußland den Türken die Insel Tenedos, sowie die ihnen während des Krieges abgenommenen Schiffe zurückstellen. Allein der Zar ist mit mehreren Bestimmungen des Waffenstillstandes nicht einverstanden, und da die türkischen Delegierten davon nicht abgehen wollen, verweigert er die Ratifikation. Ein Jahr nachher, am 12. Oktober 1808, begegnen sich Kaiser Alexander und Napoleon auf dem Fürstentage zu Erfurt. Es kommt zwischen ihnen zu einer Vereinbarung, die für Rußland wertvolle Zugeständnisse enthält. Zunächst verzichtet Frankreich auf die Vermittlung des Friedens mit der Türkei, sodann stimmt Napoleon der Erwerbung der Donaufürstentümer durch Rußland zu. Bereits drei Tage später, am 15. Oktober, werden dem neuen russischen Oberkommandanten, Marschall Prinzen Prozorowski, mittels einer aus Weimar datierten Weisung des russischen Ministers des Aeußern, Grafen Rumianzow, die Bedingungen mitgeteilt, unter denen er mit der Türkei über den Frieden zu verhandeln hätte. Eine Klausel über die Meerengen ist darin nicht enthalten. Sie verträge sich nicht mit den in Tilsit getroffenen Vereinbarungen, heißt es in der Weisung, und sei nur wegen des Verkehrs mit den Ionischen Inseln in den Vertrag von 1805 aufgenommen worden. Dem Beispiel Stalinskys folgend, glaubte aber auch Prozorowski sich an die Instruktionen seiner Regierung nicht halten zu müssen. Er nimmt in den Entwurf des Friedensvertrages ohne weiteres eine Bestimmung über die freie Durchfahrt der russischen Kriegsschiffe durch die Meerengen auf, allerdings mit der Beschränkung, daß den Kanal von Konstantinopel und die Dardanellen nie mehr als drei Schiffe auf einmal passieren dürfen. Sein Vorschlag fand die kaiserliche Genehmigung. Prozorowski bemühte sich, der Pforte die Unbedenklichkeit einer solchen Vereinbarung klarzumachen, indem er zugleich ihr Mißtrauen gegen Napoleon wachrief, der sich die Türkei für den Fall eines Krieges mit Rußland oder Oesterreich in Reserve halten wolle. Daß in Tilsit die Frage einer Teilung der Türkei sehr ernstlich erörtert worden war, daß sich aber die Verhandlungen nur deshalb zerschlugen, weil Napoleon zu weitgehende Forderungen gestellt hatte, wußte man wohl in Konstantinopel nicht. Bei diesen Besprechungen spielte übrigens die Frage der Halbinsel von Gallipoli eine hervorragende Rolle. Der russische Minister Rumianzow legte ihr den Namen „Langua de Chat“, die Raßenzunge, bei.

Die Annäherung Rußlands an Frankreich hatte inzwischen die Aufmerksamkeit Englands erregt, und es trachtete, sobald als möglich sich mit der Pforte zu vergleichen. Am 5. Januar 1809 wurde in Konstantinopel der Friedensvertrag unterzeichnet. Auf Wunsch der Pforte, die einer zweiten Auflage der Expedition Dackworth vorbeugen wollte, wird in den Vertrag als Artikel 11 folgende Be-

stimmung aufgenommen: „Da es zu allen Zeiten den fremden Kriegsschiffen untersagt war, in den Kanal von Konstantinopel, d. h. in die Meerengen der Dardanellen und des Schwarzen Meeres, einzufahren, und da diese „alte Regel des Osmanischen Reiches“ künftighin auch in Friedenszeiten gegenüber allen Mächten beobachtet werden soll, verspricht der britische Hof, sich auch seinerseits diesem Grundsatz zu unterwerfen.“ In dieser Bestimmung wird also zum erstenmal der Ausdruck „*ancienne règle de l'Empire Ottoman*“ gebraucht, der die Grundlage aller späteren völkerrechtlichen Abmachungen über die Meerengen bildet.

Während dieser ganzen Zeit hatten die russischen Bevollmächtigten in Jassy vergebens auf das Eintreffen der türkischen Kommissäre gewartet. Erst durch den Obersten Paskeiwitsch, den Prozorowski nach Konstantinopel geschickt hatte, um die Abberufung des englischen Botschafters zu verlangen, erfuhren sie, daß die Türkei inzwischen Rußland den Krieg erklärt habe. Er dauerte mit wechselndem Glück durch mehrere Jahre und hätte vielleicht zu einem vollen Erfolge für Rußland geführt, wenn das heranziehende Gewitter der „großen Armee“ Napoleons den Zaren nicht veranlaßt hätte, so rasch als möglich mit der Türkei ins reine zu kommen. Ließ doch Kaiser Alexander sogar in Moskau ein Tedeum für einen baldigen Friedensschluß abhalten. Am 10. Mai 1812 wurde der Vertrag unterzeichnet.

Die russischen Präliminarien enthielten abermals eine Bestimmung über die freie Durchfahrt der russischen Kriegsschiffe durch die Meerengen. Darauf gingen aber die Türken nicht ein und verstanden sich nur zur Aufnahme eines Artikels, wonach die zwischen Rußland und der Pforte geschlossenen Vereinbarungen bestätigt werden, „jedoch mit Ausnahme jener Artikel, die im Laufe der Zeit Veränderungen erfuhren“. Dieser siebenjährige Krieg brachte also Rußland dem Ziele, wegen dessen er begonnen worden war, nicht näher. Das ihm in den Verträgen von 1798 und 1805 gemachte Zugeständnis der freien Durchfahrt durch die Meerengen wurde nicht erneuert. Wohl aber trug der Friedensvertrag Rußland wertvolle Gebiets Erweiterungen ein. Es erwarb Bessarabien vom Pruth bis zum Kiliaarm der Donau. Ferner wurde ihm das Recht eingeräumt, die Donaufürstentümer noch durch drei Monate besetzt zu halten. Schließlich erhielt es noch ein kleines Almosen für seine Glaubensgenossen in Serbien. Die Türkei versprach, „gegen das serbische Volk im Gefühle der Barmherzigkeit Mäßigung zu üben“. Die serbischen Festungen wurden aber der Pforte zurückgestellt, auch Belgrad, das vom Februar 1811 bis zum August 1812 von 800 Russen besetzt gewesen war. Endlich sollte Rußland seine Erwerbungen in Asien bis zum Phasis, dem heutigen Rion, der Türkei zurückstellen.

Die errungenen Vorteile befriedigten Rußland keineswegs. In einem Schreiben des Zaren an den russischen Unterhändler, Admiral Tschitschagow, heißt es, man habe einen sehr wichtigen Punkt übersehen, nämlich die russischen Konzessionen von dem Abschluß einer Offensiv- und Defensivallianz mit Rußland abhängig zu machen. Nur eine solche Allianz könne für die schiefe Stellung

(gêne) entschädigen, in die Rußland infolge dieses Friedens zu den Serben und andern slawischen Nationen geraten sei. Wenn es noch ein Mittel gäbe, um die Allianz mit der Pforte und seine Kooperation, insbesondere mit Hilfe der Serben und der andern slawischen Nationen, gegen Frankreich und seine Alliierten zu erreichen, solle man nichts versäumen, um zu diesem Ziele zu gelangen (Gorjainow, Le Bosphore et les Dardanelles).

Serbien war die Rolle zugebach, Frankreich in Syrien, aber auch Oesterreich an seinen Südostgrenzen zu beunruhigen. Es hatte während all dieser Zeit immerhin eine Rolle gespielt, wenn auch nur die eines Episodisten. Der Krieg zwischen Rußland und der Türkei kam ihm begreiflicherweise sehr gelegen. Kara Georg schickte Unterhändler an den russischen Befehlshaber in Bukarest und nach Petersburg mit der Bitte um Unterstützung; er wandte sich an Napoleon, verhandelte aber auch mit dem österreichischen Kommandanten in den Grenzprovinzen. In Wien war man aber sehr zurückhaltend. „Konnte Serbien nicht österreichisch werden“, so lautete die Ansicht der maßgebenden Persönlichkeiten, „sollte es lieber türkisch bleiben; denn ein unabhängiges Serbien wäre nur ein Tummelplatz französischer und russischer Intrigen“.

Auch in Rußland zeigte man wenig Mitgefühl mit den serbischen Brüdern. Kara Georg erhielt zwar den russischen Georgsorden, aber damit war Serbien nicht geholfen. In einem Schreiben des Fürsten an den österreichischen General Simbschen vom 21. September 1810 heißt es, von der Glaubenseinheit der Russen und Serben halte er nicht viel. Sie hätten Serbien nur geholfen, wenn es in ihrem Interesse lag. Immerhin erweckten die Schicksalsschläge, die Napoleon im russischen Feldzug erlitten, bei den Serben neue Hoffnungen, und der serbische Oberbefehlshaber in Schabaz äußerte seine Freude darüber angeblich in den Worten: „Der Allmächtige lasse die Russen siegen, und Syrmien ist unser!“ Der Bukarester Frieden brachte den Serben eine schwere Enttäuschung. Rußland überließ sie ihrem Schicksal. Sie mußten die von ihnen besetzten Festungen wieder räumen und sich mit Zugeständnissen in betreff der inneren Verwaltung begnügen. Man hatte in Belgrad der russischen Politik von vornherein mißtraut, und die nach Petersburg entsandten serbischen Delegierten Simo, Gruic und Nenadovic gaben ohne weiteres ihrer Befürchtung Ausdruck, daß Serbien geopfert würde. Sie standen mit dieser Ansicht nicht allein. Auch der türkische Delegierte bei den Friedensverhandlungen, Galib-Bei, meinte, die Russen würden, wenn sie länger in Serbien blieben, das Land nur noch mehr zugrunde richten, als sie es bisher getan.

So schloß, was Serbien anbelangt, der Krieg mit der Wiederherstellung des von der Wiener Staatskanzlei stets hochgehaltenen Status quo. Man hatte zwar in Wien die Anerbietungen Kara Georgs zurückgewiesen und sich so die Gelegenheit entgehen lassen, in Serbien festen Fuß zu fassen. Aber auch Rußland war unter dem Drucke des Krieges mit Frankreich genötigt, sich zurückzuziehen. Insofern konnte man also mit den Bestimmungen des Bukarester Vertrages halbwegs zufrieden sein. Um so unwillkommener waren die Zugeständnisse, die Rußland von der Pforte in andern Punkten gemacht worden waren.

Rußland, das anfangs den Sereth als Grenze und damit die östliche Hälfte der Moldau verlangt hatte, drang auf Grund des Vülarester Friedens bis an den Pruth und an die untere Donau vor. Es sollte ferner die Donaufürstentümer noch durch drei Monate besetzt halten dürfen. Diese Zugeständnisse beunruhigten in Wien aufs höchste. Metternich richtete an den russischen Gesandten Grafen Stadelberg, der sich trotz des Kriegszustandes in Baden bei Wien aufhielt, am 31. August 1812 einen Brief, in dem er seiner Empörung über diese Stipulation in den Worten Ausdruck verlieh, die jetzt in Rußland am Ruder befindlichen Staatsmänner hätten in unverantwortlicher Weise der Monarchie die Donau, ihren natürlichen Abhauweg, entzissen. Diesen Gedanken hatte übrigens Metternich bereits zwei Jahre früher in einer Unterredung mit Napoleon ausgesprochen. Es liegt ein Bericht vor, den er über dieses Gespräch, das am 28. Juli 1810 in Paris stattfand, an Kaiser Franz erstattet hat. Metternich machte dabei Napoleon aufmerksam, daß man in Wien wegen der möglichen Verwicklungen an der Dnigrenze infolge des Russisch-Türkischen Krieges sehr beunruhigt sei. Der kleinste Kaufmann ziehe mehr oder weniger die große Bedeutung des Verkehrs auf der Donau in Rechnung. Der Verlust dieses Flusses wäre ein so schwerwiegender, daß er in allen Zweigen unsrer nationalen Industrie empfunden würde. Napoleon erwiderte, er begreife das vollkommen. Er habe an Coulaincourt, den damaligen französischen Vertreter in Petersburg, einen Kurier expediert, um ihm aufzutragen, daß er dem russischen Kanzler Grafen Rumianzow erkläre, der Kaiser könne sich zwar, getreu seinen in Erfurt eingegangenen Verpflichtungen, der Einverleibung der Fürstentümer nicht widersetzen, einem weiteren Vormarsch der Russen würde er aber nicht zustimmen. Die Besetzung der Festungen am rechten Donauufer, ein Protektorat über die Serben werde er nicht dulden. Serbien müsse eines Tages Oesterreich gehören. Die Pforte möge mit den Serben Frieden machen und ihnen einen Fürsten ihres Volkes geben, der unter Oesterreichs Schutz und Garantie zu stehen hätte; was er aber nicht zugeben könne, wäre ein Fürst unter russischem Protektorat oder die geringste Usurpation am rechten Donauufer. Wenn Rußland dort nur eine einzige Festung behielte, würde er, Napoleon, das so ansehen wie die Eroberung Konstantinopels. Die Donau sei für die Russen ein großes Hindernis. Sie habe bisher ihren Vormarsch aufgehalten. Nur ein Fußbreit am rechten Ufer wäre so viel wie die Zerstörung des Osmanischen Reiches. Napoleon hatte übrigens schon früher einmal in einer Unterredung mit Metternich vom 26. Januar 1808 seiner Ansicht Ausdruck gegeben, daß Oesterreich bei einer Teilung der Türkei ein lebhaftes Interesse besitze, die Hand im Spiele zu haben. Es habe durchaus gerechte, auf seiner geographischen Lage beruhende Ansprüche auf den Lauf der Donau.

Nicht minder als Rußland grüßte Metternich der Türkei wegen ihrer Nachgiebigkeit. Er machte aus seiner Verstimmung kein Hehl. Am 31. Juli 1812 schreibt er an den damaligen österreichischen Internuntius, Grafen Stürmer, Oesterreich habe es stets abgelehnt, auf die Erörterung von Teilungsplänen

bezüglich der Türkei einzugehen und erst unlängst (bei der Zusammenkunft in Dresden Mai 1812) Napoleon veranlaßt, die Integrität der Türkei zu verbürgen. Deshalb habe Oesterreich auch die ihm von Rußland und Frankreich angebotene Erwerbung der Donaufürstentümer abgelehnt. Was habe die Pforte bestimmen können, ihre eignen Interessen und die einer befreundeten Macht durch die Abtretung eines Theiles ihrer schönsten Provinzen und die Zulassung einer mehrmonatigen Okkupation hintanzusetzen? In einem späteren Erlasse an Stürmer vom 19. August beschwert sich Metternich insbesondere über die Rußland erteilte Erlaubniß, die Donau bis zur Pruthmündung mit Kriegsschiffen zu befahren.

Man wird sagen können, daß Metternich, wenn er der Erhaltung des Status quo an der unteren Donau so großen Wert beilegte, folgerichtig sich hätte entschließen müssen, der Türkei in ihrem Kampfe mit Rußland zu Hilfe zu kommen. Allein Oesterreich war seit fast zwanzig Jahren in opfervolle Kriege verwickelt, finanziell und militärisch erschöpft und wäre deshalb nicht in der Lage gewesen, den Türken mehr als diplomatischen Beistand zu leisten.

So gelangte denn Rußland in den Besitz von Bessarabien, ja es gewann durch den Frieden von Adrianopel vom 14. Dezember 1829 noch das zwischen der nördlichen, der Kiliamündung, und der südlichen, der St.-Georgs-Mündung, gelegene Donaudelta dazu. All dies verlor es infolge des unglücklichen Ausganges des Krimkrieges durch den Pariser Frieden vom 30. März 1856. Es mußte nach Artikel 20 in eine „Rektifikation seiner Grenzen in Bessarabien“ willigen. Die neue Grenze zog sich vom Schwarzen Meer einen Kilometer ostwärts vom See Burna Sola bis zu einem Punkte bei Katamori am Pruth, welcher Fluß von da an stromaufwärts wieder die Grenze zu bilden hatte. Erst durch den Berliner Frieden vom 13. Juli 1878 gewann Rußland das Verlorene wieder. Im Artikel 45 heißt es: „Das Fürstentum Rumänien tritt an den Kaiser von Rußland jenen Teil des infolge des Pariser Vertrages von Rußland losgelösten Gebietes von Bessarabien wieder ab, welcher im Westen durch den Talweg des Pruth, im Süden durch den Talweg des Kiliaarmes und die Mündung von St. Georg begrenzt wird.“ Als Ersatz erhielt das Fürstentum die das Donaudelta bildenden Inseln sowie den Sandschat von Tultscha, ferner das im Süden der Dobrudscha gelegene Gebiet bis zur Linie Silistria—Mangalia. Rußland gelangte also neuerdings an die Donau und in den Besitz der Häfen von Reni und Ismail, von denen aus, wie erinnerlich, Serbien während des Balkankrieges und auch später mit Kriegsmaterial versehen wurde. Rußland von dieser großen Verkehrssader wieder abzudrängen, muß ein anstrengenswertes Ziel bleiben. Wer dessen Erbschaft anzutreten berufen ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Wenn Rumänien seine wahren Interessen zu Rate zieht, wenn es von seinen Sympathien für Frankreich wie von seiner Furcht vor Rußland sich zu befreien vermag, ist ihm der Weg gewiesen. Die Gelegenheit, das Unrecht, das ihm 1878 zugefügt wurde, wieder gutzumachen, wird nicht so bald wiederkehren. Was man von der Minute ausgeschlagen, gibt keine Ewigkeit zurück.

Jugendbriefe

Von

Kurd v. Schölzer

(Fortsetzung; vgl. Februar-Heft 1915.)

18. August 1845.

Während die Preisverteilung in der Académie das Interesse der musikalischen Welt von Paris in Anspruch nahm, beschäftigt eine andre Angelegenheit die ganze Bevölkerung vom Pair bis zum nächstlichen Einbrecher: die Speculation mit Eisenbahnactien! Man sieht und hört hier jetzt nichts andres als „Action“ — „argent“ — „gagner“! Mittags um 1 Uhr steht der große Platz vor der Börse voll von alten Weibern und zerlumpten Kerlen, die ihre letzten Sous zusammenlegen, um sich vom reichen Rothschild eine Aktie zur Nordbahn zu erbetteln. Der arme Thurneisen hat 20 000 Aktien unterschreiben müssen, eine Arbeit, die ihn 14 Tage hindurch von 7 Uhr morgens bis Mitternacht beschäftigte. Für eine derartige gymnastische Anstrengung heimsen die Finanzgrößen allerdings Millionen ein. Ich beneide sie nicht darum, denn man sieht diesen Herren an, wie die Jagd nach dem Gold ihnen mehr und mehr allen Frohsinn, jede Lebensfreude untergräbt.

Nach dem Tod des großen Finanzpolitikers Lafitte¹⁾ hat inzwischen der Niederbruch seines Vermögens, dessen Millionen dem Bürgerkönig den Weg zum Thron geebnet hatten, neue Sensationen gezeitigt. Der wichtige Comte Balby fand da für seine „Mode“, das Leibblatt der Legitimisten, einen guten Bissen. „Weg mit dem Plunder!“ ruft er unwillig aus, „zur Versteigerung mit den Sesseln, auf deren Polstern jene Deputierten der Juliversammlung zuerst die Idee ausbrüteten, dem Herzog von Orleans die Krone anzubieten! Zur Versteigerung die Kronleuchter, welche den Beratungen jener Herren leuchteten! Arme Juli-Revolution! Herr von Talleyrand hat gesagt, die Revolution würde „par hasard“ enden. Herr von Talleyrand hat sich getäuscht. Sie endet mit einer Versteigerung!“ So muß zum Schluß die Witwe des Mannes, der sein ganzes Vermögen opferte, um einem undankbaren Fürsten die Krone aufs Haupt zu setzen, jetzt ihr Mobiliar alten Trödlern feilbieten.

*

Paris, 25. August 1845.

Nach einigen regnerischen Wochen stellt sich jetzt das schönste Wetter ein. Gestern eine himmlische Partie nach Epinay! Die Tage vorher: St. Germain, das alte Jagdschloß Franz' I. und später Heinrichs II., mit seiner stolzen Gemahlin Katharina von Medici, die schließlich den Reizen der schönen Diana von Poitiers weichen mußte. Und nun Versailles! Bis St. Cloud ist der Weg einsörmig, dann aber wird die Gegend belebter. Sèvres mit seinen Por-

¹⁾ Jacques Lafitte (1767—1844), Bankier und Staatsmann.

zellanfabriken lagert anmutig am Eingange des lieblichen Tales, an dessen Ausgang Ludwig XIV. inmitten von Prachtgärten jenes herrliche Lustschloß hinauberte, das Unsummen verschlang und so eng mit der Geschichte Frankreichs verwebt ist. Nicht zum wenigsten hat dieser Palast den Boden für die Revolution vorbereitet und wurde dann auch der Schauplatz der ersten Schreckensszenen. Die zahllosen Bilder der Montespan, Pompadour und andrer Schönen, zu deren Füßen die mächtigen Könige schmachteten, bezaubern noch heute den Künstler — dem hungernden Volk sagte ihr Anblick allerdings etwas andres. Jede dieser Maitressen hatte ihr eignes Palais, mit aller nur erdenklichen Pracht ausgestattet und ausgestattet. Viele Meilen weit erstrecken sich die Gartenanlagen, wohin das Auge reicht, sieht man üppig grüne Waldungen, in denen einst die Herrscher Frankreichs mit schönen Amazonen den Hirsch heßten. Dazwischen schlängeln sich Kanäle und Flüsse, deren Wassermassen den Kastluden und Fontänen des Partes meilenweit her zueilen. Unter dichten Bäumen ragt das marmorne Standbild Ludwigs XIV., von fünf seiner schönsten Favoritinnen umgeben, gleich den andern Gruppen wunderbar erhalten.

Im Bauber der üppigen Barockzeit, der in diesem Park herrscht, leben tausend Erinnerungen auf an das prunkende, frivole Hofleben des „Roi Soleil“ und seines Nachfolgers! Da birgt jede Grotte, jedes Boskett Mysterien der Vergangenheit. In den langen, schönen Alleen wogen Studenten, Grijetten, Handwerker auf und ab, überall Uniformen, Gendarmen, dazwischen die gebräunten Gesichter der afrikanischen Sieger. Doch vergeblich bemüht sich diese moderne Staffage, uns festzuhalten in der Gegenwart — in Gedanken lebt man in früheren Jahrhunderten — sucht nach den tapferen Schweizern, die das Schloß vor den wütenden Heldinnen der Hallen und dem hungrigen Pöbel verteidigen — sieht zwischen den steifgeschnittenen Taxushecken die schwärmerische Maintenon an der Seite ihres großen Monarchen wandeln, ahnt beim leisen Plätschern der Quellen im Rosengebüsch verborgen Ludwig XV., zärtlich umschlungen von den weißen Armen der bezaubernden Dubarry.

Vor dem Schloß kreuzen sich Rufe. Schwerfällig knirschen die Räder vergoldeter Karossen. Läufer, Mohren und Heidenen fliegen die breiten Freitreppen hinunter, umschwärmen übermütig scherzende Hofkavaliere in Allongeperücken und flatternden Seidenschleifen bis in die Prunksäle des Schlosses — in welche wunderbaren Träume verliert man sich hier!

In jener Nacht, als das erbitterte Volk scharenweise nach Versailles hinauszog, um die königliche Familie nach Paris zu holen, hat es im Park nichts zertrümmert. Nur einzelne Bronzesäulen mit den drei königlichen Lilien hatte man aus den Parkanlagen geholt, um sie zu Kanonen umzugießen. Dagegen wurde das Schloß selbst geplündert und aller Möbel beraubt. Dann diente es jahrelang als Kaserne. Erst Louis Philipp hat es wieder hergestellt und die ungeheuren Räume mit Gemälden geschmückt. Von den ältesten Zeiten an ist hier jede Schlacht, jedes kleinste Scharmügel, bei dem Franzosen beteiligt waren, durch die ersten Maler Frankreichs verherrlicht. Mehrere Stunden hin-

durch ließ ich diesen farbigen Geschichtsunterricht an mir vorüberziehen, sich darin zu vertiefen, blieb keine Zeit. Nur die von Horace Vernet verewigten afrikanischen Schlachten haben mich gefesselt. Wollte man auch nur flüchtig die Gemälde der übrigen hundert Gemächer betrachten — man müßte dort Tage verweilen. Napoleon ist unter den Pestkranken in Saffa dargestellt; auf seinem Gesicht liest man bereits die massenmörderischen Pläne, die damals sein Inneres beschäftigten. In jenem berühmten Ballsaal, aus dem einst Mirabeaus Nachtworte¹⁾ in ganz Europa widerhallten, ist jetzt für Vernet ein Atelier eingerichtet. Er kommt direkt vom Schlachtfeld von Issly. Ob er auch die Laten des Obersten Pélistier und die künstliche Grottenerstickung der 800 Rabhlen verherrlichen wird?

Nächstertags besuche ich Rouen, fahre auf den lieblichen Biegungen der Seine nach Havre. Später geht's nach Orleans, um die herrlichen Ufer der Loire zu bereisen. Bei diesen wunderbaren Mondscheinnächten wird mir selbst das weite Paris zu eng! Ich muß in die freie Natur hinaus!

*

20. August 1845.

Den Sitzungen der Pairs und Deputierten habe ich öfters beigewohnt. Wie anziehend, die Persönlichkeiten zu sehen und zu hören, von denen täglich die Zeitungen reden! Noch vor einigen Tagen war eine höchst interessante Verhandlung. Soult sprach über die afrikanischen Angelegenheiten, der Duc de Broglie über den Sklavenhandel, Guizot stand in der Vorhalle, unterhielt sich längere Zeit mit einem Deputierten, so daß ich genau sein ernstes Auge betrachten, in seinen Mienen lesen konnte, welche Kraft und Wahrheit diesen Mann beseelen, um einer ungeheuren Unpopularität und stets neuen Angriffen Troß zu bieten.

Zum Arbeiten bin ich natürlich noch nicht gekommen, habe dafür — was vielleicht wertvoller ist — viele interessante Menschen kennen gelernt. Beray, der berühmte Hofprediger der Herzogin von Orleans, ist mir höchst sympathisch. Unser hanseatischer Gesandter, Rumpff, ein alter, unterrichteter Mann, in diplomatischen Geschäften ergraut, hat manches erlebt und weiß interessant zu erzählen. Dagegen ist der russische Geschäftsträger, Botschaftsrat Risseleff, ein junger, höchst unbedeutender Streber, der sich nicht einmal ein „air“ hochpolitischer Wichtigkeit zu geben weiß, das sonst den Diplomaten doch gewöhnlich so leicht wird.

Sehr oft besuche ich das „Théâtre Français“. Dort werden die Stücke älterer und neuer Meister unübertrefflich gespielt. Dort vereinigt sich alles, uns auf die Höhen des Parnas zu versetzen: Grazie der Damen, schöne Deklamation und Sprache, feinsinniges Spiel! Ich sah „Tantred“ von Voltaire und den „Médécin malgré lui“. Die Tragödie gefiel mir weniger. Dieses Deklamieren erscheint mir für unsre Tage doch recht unnatürlich, ein blendender

¹⁾ „Catilina ist vor den Thoren und man beratschlagt noch!“

Anachronismus! Man braucht während der pompös dahinrauschenden Verse nur einen Blick auf die Reihe sinnloser, simpler Fracks im Zuschauerraum zu werfen, um den ganzen Kontrast zu empfinden. Die Rampe trennt hier nicht nur Schauspieler und Publikum, sondern alte und neue Zeit. Freilich — vor einer feierlichen Versammlung von Allongeperücken, da muß die rhetorische Gespreiztheit eines Racine wundervoll gewesen sein. Desto mehr hat mich der „Médécin“ begeistert. Welch ungeheure Wahrheit in diesem Molière! Es ist, als hätte er gestern geschrieben, mit welcher Naturtreue bringt er die Lächerlichkeiten und Schwächen der Menschen auf die Bühne!

Im Theater „Palais Royal“ sieht man nur moderne französische Lustspiele, die dem Publikum das Pariser Leben, alle Geheimnisse der hiesigen Gesellschaft enthüllen. Verhältnisse, von denen man sich in Deutschland kaum eine Vorstellung macht, werden hier mit einer Freiheit und Naivität behandelt, die mich anfangs wirklich in Staunen setzte. Auch fehlt es nicht an geistreichen, die Schwächen unsrer Zeit geißelnden, mitunter recht boshaften Anspielungen, so daß dieses Theater in gewisser Hinsicht den attischen Komödien zur Seite gestellt werden kann.

*

Mittwoch, 2. Oktober 1845.

Heute betrat ich zum erstenmal das prachtvolle Palais, das Lutteroths am Eingang zur Rue Royale bewohnen. Bis jetzt hatte ich diese liebenswürdige Familie nur auf ihrem gemüthlichen Landsitz in Epinay besucht, heute sollte ich sie in glänzender Umgebung sehen. Und als ich nun abends von ihrem üppigen Gastmahl, aus dem blendenden Glanz venezianischer Lüster auf die „Place de la Concorde“ trat, mit ihren rauschenden Fontänen, Tausenden von Flammen, überglänzt von einem strahlenden Vollmond, da war es ein Anblick, als ob hier ein Märchenstück zur Wirklichkeit geworden sei.

Ich vermag diesen Platz nie ohne Bewunderung zu betreten. Die letzten Könige Frankreichs haben gewetteifert, ihn zu verschönern; sicher hat keine Stadt der Welt etwas Aehnliches aufzuweisen. Steht man den Tuileries zugewandt, so blickt man in die wundervollen dunklen Baumpartien des Gartens, durch den eine breite Allee gerade zum Schloß leitet. Nach der entgegengesetzten Richtung findet sie ihre Verlängerung in der prachtvollen Avenue der „Champs Elysées“, die sich bis zum fernen „Arc de Triomphe“ erstreckt. Nach links schweift dann das Auge zur einfach-majestätischen Fassade der Deputiertenkammer, zu der eine prächtige Brücke über die Seine führt, dahinter glänzt in der Ferne die goldene Kuppel des Invalidendoms. Wendet man sich nach rechts, so erblickt man am Eingang der breiten Rue Royale links das Marineministerium, rechts das Lutterothsche Palais, zwei kolossale, ganz gleichartige Bauten. Am Ende der majestätischen Straße aber erhebt sich ein Fundament, dessen breite Treppentufen zur doppelten Säulenreihe der Madeleinekirche emporsteigen, eines getreuen Abbildes des Theseion. Napoleon ließ diesen Bau zu einem Ruhmes-tempel für die „Große Armee“ umwandeln. Ludwig XVIII. gab ihn dem Kultus zurück.

Gerade in der Mitte des Weltkompasses, genannt „Place de la Concorde“, ragt feierlich der Obelisk von Luvor, ein prächtiger, aus einem rosa Syenitblock gemeißelter Monolith, der Jahrtausende hindurch den Platz vor Thebens Tempel zierte. Nur die Spitze ist beschädigt. Dieses Denkmal des größten ägyptischen Despoten, dem Heilatomben von Menschenleben nicht kostbar genug erschienen, um die Laune eines Augenblicks zu befriedigen, steht gerade auf derjenigen Stelle, die durch die Wut und Tyrannei einer ganzen Nation für ewige Zeiten gebrandmarkt ist. Denn dort errichtete vor einem halben Jahrhundert das fanatisierte Volk dem eignen König die Guillotine.

Welche Gegensätze in dieser Welt!

Der „Platz der Eintracht“, ursprünglich Place Louis XIV. genannt, sah während der Schreckenstag 3000 Häupter fallen. Er wurde damals in Place de la Révolution umgetauft und erhielt erst später die heutige Bezeichnung. Richtiger würde er wohl „Place de la Discorde“ heißen.¹⁾

*

Paris, 22. Oktober 1845.

Jeder sonnige Tag des Monats September, der nach anhaltendem Regen den schönsten Spätsommer brachte, vereinte mich mit Bekannten in den weiten Hallen des Embarcadere, diesem grandiosen Bahnhof, aus dem die zahllosen Züge so ungeduldig fauchend nach allen Himmelsrichtungen stürmen, als könnten sie nicht erwarten, hinauszukommen in die Freiheit, in die göttliche Luft des lieblichen Seinetals. Im Fluge wurden wir an den Fuß der waldigen Höhen versetzt, die sich in weiter Ferne um die Riesenstadt herumziehen. Ihr Dunkel birgt ehrwürdige Schlösser, Ueberreste der Fürstenpracht versunkener Jahrhunderte, daneben steigen stattliche Landhäuser auf, die Anlagen der mit jedem Jahr üppiger und selbstbewußter auftretenden Pariser Bourgeoisie. Wir waren in Rouen, dem getreuen Abbild einer alten deutschen Reichsstadt, mit gotischen Kirchen und Giebelhäusern, eilten nach Havre, bestiegen die Höhen von Ingouville, schauten über die schaumbesprigten, wie eine düstere Brustwehr sich empor-türmenden Falais auf die wogende, grüne Fläche des Atlantischen Ozeans. Dann glitten wir die Seine hinauf, vorüber an denkwürdigen Abteien und Burgen, freundlichen Dörfern, lieblichen Landschaften. Der Leichtsinn, den ich in dieser Zeit entwickelte, gab dem meiner Gefährten nichts nach, und nur selten kam ich so weit zur Besinnung, daß ich der mahnenden Worte Maria Theresias und des braven Großvaters gedachte: Was wird der Schölzer dazu sagen!

Ich wandere jetzt täglich zum altersgrauen „Hôtel de Soubise“ und schwelge dort in den wichtigen Korrespondenzen der Fürsten aus allen Hoflagern mit ihren Ministern, in den Berichten der französischen Gesandten und Geheim-

¹⁾ Zwei Jahre, nachdem der Verfasser dieser Briefe Paris verlassen hatte, endete die Julimonarchie auch wieder am Obelisken. In zwei unscheinbaren Coupés, die dort den Bürgerkönig erwarteten, wurde seine Flucht aus der aufständigen Hauptstadt bewerkstelligt (1849). D. S.

agenten, die z. B. von den Wiener, Petersburger, Berliner Höfen, sogar aus Konstantinopel ihrem Herrn und Meister Choiseul die wichtigsten Rapports erstatteten. Auch über die Regierungszeit Peters des Großen und Katharina's II. habe ich hochinteressante Sachen gefunden.

Das religiöse Leben steht in Frankreich auch heute noch trotz der Hinterlassenschaft Voltaires und der großen Revolution im Vordergrund des Interesses. Der junge Lutteroth z. B., ein höchst interessanter Mensch, hat sich hier an die Spitze einer religiösen Partei gestellt. Er schreibt viel, hat eine eigne Zeitschrift gegründet, die das Organ seiner Ansichten ist, und arbeitet gegen das Stagnieren des katholischen Kultus und vor allem für Vereinfachung des Ritus. Gewiß wird man ihn sehr bald auf den Bänken der Deputiertenkammer erblicken. Die Rongeschen¹⁾ Bewegungen sind hier auch nicht ohne Einfluß geblieben. Ob im Zusammenhang damit, ob nicht, ist noch ungewiß, genug, kürzlich haben sich in der Umgegend von Paris sechs große Bauerngemeinden vereinigt, um die bisherige Form des Gottesdienstes abzulegen. Ein neues Bethaus ist ihnen eingerichtet, und von der Lutterothschen Seite wurde ein Geistlicher gesandt. Es ist merkwürdig, mit welchem Interesse man hier allen deutschen Angelegenheiten folgt und wie allmählich durch gründlichere Kenntnis und objektivere Auffassung die falschen, oft so lächerlichen Ansichten über unser Vaterland geläutert werden, an denen seit Olms Zeiten die Mehrzahl der Franzosen krankt. Die Gerüchte von den französischen Niederlagen in Afrika und bald darauf die Triumpberichte des Marschalls Bugeaud, jetzigen Herzogs von Isly, an die sich schnell die sanguinische Hoffnung reihte, den großen Franzosenhasser Abd-el-kader als Gefangenen am Triumphwagen seines Besiegers durch Paris ziehen zu sehen, hatten nur für einen Augenblick die Aufmerksamkeit von den Stolzenseiler und Bonner Festen abgelenkt. Doch jetzt füllen sich die Spalten aller Journale von neuem mit kritischen Aufsätzen über Ronge, Zollverein, preussische Konstitution usw. Eine einzige Gesellschaftsschicht bleibt bei allen diesen politischen Erscheinungen und Problemen völlig indifferent. Das sind die Bewohner des Faubourg St. Germain in ihrem, vom übrigen Frankreich durch das Gitter des Legimitätsprinzips abgeschlossenen Quartier jenseits der Seine. Während die ganze übrige Welt sich mit den wichtigsten Fragen der Zukunft beschäftigt, freut man sich in jenem aristokratischen Stadtteil, daß der Herzog von Montebello, der Botschafter des neuen Regime, keine Audienz beim Zaren erlangt hat, und gab große Feste zur Feier des Tages, an dem sich die Tochter des Herzogs von Berry mit einem unbedeutenden Prinzen vermählte. Ils n'ont rien appris, ils n'ont rien oublié.

Du fragst nach der Rachel! Ein geheimnisvoller Schauer geht durch den Zuschauerraum, wenn sie — die verkörperte Tragik der antiken Welt — auf die Szene tritt, ihre düsteren, visionären Augen sich über das Publikum hinweg wie in weite Fernen richten. Du willst von der Persiani hören, deren Stimme

¹⁾ Johannes Ronge, Kaplan, Urheber der deutschkatholischen Bewegung.

uns in Rosinens Arie wie Sirenenfang umschmeichelt, von dem Bartolo par excellence, dem wunderbaren Lablache, der schon zwei Generationen bezaubert hat und das Aussehen eines alten ungeschlachten Oger mit einer so glöcklichen Bassstimme verbindet, daß alles Gezischel, das jedesmal sein Erscheinen begleitet, atemloser Stille Platz macht, sobald der erste Ton dieses Phänomens das Theater durchzittert. Soll ich Dir erzählen, wie Giulia Grisi durch ihre klassische Schönheit und berausenden Gesang jeden Abend Tausende von Menschen in die Oper lockt, um sie, wenn der Vorhang zum hundertstenmal fällt, wie Tollhäusler zu entlassen, soll ich Dir die Valentinibälle beschreiben, wo die Grisetten zu Bacchantinnen werden und sich den wildesten Tänzen überlassen, von den blutigen Auftritten erzählen, die jetzt täglich auf der Börse unter den Geschäftsleuten stattfinden, deren Champions, die Rothschilds, Thurneizens und andre Baghalze, in wenigen Stunden viele Millionen gewinnen, während Hunderte von Familien an den Bettelstab gebracht werden? — Genug! Genug! Es wäre unmöglich, alle Details des hiesigen Lebens wiederzugeben.

*

Paris, 9. Februar 1846.

Die Kammern sind eröffnet, die Salons glänzen, eine Bekanntschaft jagt die andre, im Conservatoire brillieren die ersten Künstler der Welt mit den Werken unsers Beethoven und Haydn, und während Guizot und Thiers im Palais Bourbon mit Donnerkeilen um sich werfen, bröhlen die heiligen Mauern der Notre-Dame von den fanatischen Predigten des Père Lacordaire wider. Jeden Sonntag nach beendigem Gottesdienst hält dieser Dominikaner vor einem ungeheuren Publikum seine in stiller Klosterzelle ausgebrüteten Predigten über Königswürde, Regierung, Stellung der Frauen in der Gesellschaft und andre passende Themas. Das Volk hat dann schon von morgens an alle Eingänge der Kirche umlagert, um sich einen Platz zu erkämpfen. Ein Bekannter verschaffte mir mehrere Male einen Sitz, so wurde es mir möglich, jenen merkwürdigen Mann zu hören, der, wie mir ältere Leute versichern, in Vortrag, Stimme, Bewegung Robespierre gleicht.

Dazu kommen tausend andre Attraktionen: Alle die Kunstausstellungen, die wie Pilze aus der Erde schießen, das Théâtre Français mit seiner ewig neuen Anziehungskraft, der alte Père Messard mit seinem Hölleorchester, das jeden Sonnabendabend 10 000 tanzlustige Pariser und Pariserinnen auf dem Parkett des Opernhauses herumwirbeln läßt — da muß der vernünftigste Mensch toll werden! Mit einem triumphierenden, fast schadenfrohen Augenzwinkern beobachtet denn auch der Einheimische, wie die Fremden, die zum erstenmal in den Pariser Trubel geraten, von der Macht dieser rauschenden Lebenssymphonie betäubt, überwältigt von einem Eindruck zum andern taumeln.

Die Saison fing an mit dem 27. Dezember, wo die Kammer eröffnet wurde. Zu den Eigentümlichkeiten des Pariser Lebens gehört auch die Unmöglichkeit, Villets zur Séance Royale zu erhalten, weil sie nur den höchsten Chargen gegeben werden. Selbst die Diplomaten bekommen eine ganz beschränkte Anzahl.

Und doch hat unser Gesandter mit gewohnter Freundlichkeit mir eine Karte zu verschaffen gewußt, die er mir durch Kurier noch spät abends zusandte. So häufig lese ich nun schon die nichtsagendsten Thronreden und die sich immer gleichbleibenden Beschreibungen solcher Feierlichkeiten; ich ging daher mit geringen Erwartungen hin. Um 12 Uhr füllte sich allmählich der Saal, das Diplomatische Korps und die Crème der Gesellschaft besetzte die Tribünen, während sich unten die Pairs und Deputierten versammelten. Neben mir saß ein höchst liebenswürdiger Franzose, der mir alle berühmten Redner zeigte. Der kleine Thiers ging unruhig von einem Platz zum andern. Odilon Barrot folgte ihm wie sein Schatten. Da sah ich Lamartine, Barante, meinen dicken Freund Comte St. Priest, der bei uns in Israelsdorf war und schon damals unter der Last seines Schmerbauches fast zusammenbrach. Auch jetzt konnte er nur mit Hilfe eines jüngeren Pairs auf seinen Platz gelangen. Da war Emile de Girardin, Baron Fain, Sekretär des Königs, usw. Endlich um 1 Uhr erschien die Königin nebst den Prinzessinnen, wenige Minuten darauf trat der König in den Saal mit seinen vier stolzen, schönen Söhnen, umgeben von einem glänzenden Hofstaat, der alte Namen aufbewahrt, wie vielleicht kein anderer in Europa. Nachdem die Minister, geführt vom corpulenten Soult, ihre Plätze eingenommen, stieg der greise Louis Philipp festen Schrittes die Stufen des Thrones hinan. Das war ein merkwürdiger Augenblick. Sei es der geschichtliche Nimbus, der einen König von Frankreich umgibt, sei es das Interesse gerade an diesem Mann, dessen ganzes Leben auf so wunderbare Weise in die Ereignisse der letzten fünfzig Jahre der französischen Geschichte hineinverwebt ist — in dem ganzen Vorgang lag entschieden etwas Dominierendes. Der Monarch setzte sich unter fortgesetzten Vivatrufen fest auf den Thron, stülpte übermütig seinen mächtigen Federhut aufs Haupt und zog dann sein Pergamentblatt aus der Brusttasche. Mit sonorer Stimme verkündete er, wie reich und gesegnet der Zustand seines Reiches sei. Es war ein seltsamer Gegensatz! In einem Lande, wo alles nach Vernichtung des monarchischen Nimbus strebt! Und dennoch übt bei solcher Gelegenheit die Macht, die ruhmreiche Erinnerung, die den Namen eines Herrschers mit seinem Lande verknüpft, ihren alten Zauber.

Mit dem Beginn der parlamentarischen Saison hat auch das eigentliche Pariser Leben begonnen. Jetzt öffnen sich alle Salons, ein jeder, der es nur irgend möglich machen kann, richtet seine kleinen Gemächer zum Empfang für bestimmte Abende her und lädt die Leute zu Hunderten ein. Je mehr, je besser. Alle musikalischen Talente werden in Bewegung gesetzt; wer etwas leisten kann, sei es auch das Unbedeutendste, begibt sich, je nach seinem Temperament, in pompöser Haltung oder mit einer entschuldigend unter die Anwesenden geworfenen Flostel ans Klavier und wird zum Schluß mit einem „Ravissant!“ oder „Délicieux!“ belohnt. Da die Appartements im allgemeinen sehr klein und kostspielig sind, so muß jeder Winkel benutzt werden. Ihr Schlafzimmer mit zu den Empfangsgemächern zu ziehen, scheut sich keine Pariserin, selbst wenn sie zur großen Welt gehört. Es macht einen höchst lächerlichen Eindruck, wenn sich die

ganze Gesellschaft, die Herren mit ausgesuchter Höflichkeit die Damen führend, um das geräumige prachtvolle Ehebett herumbewegt, das bei uns als geheimes Heiligtum allen profanen Blicken entzogen wird. So noch lehtertags bei Madame Verhuelle, Schwiegertochter des kürzlich verstorbenen Admirals,¹⁾ eines intimen Freundes von Napoleon. Er war eine interessante politisch-militärische Persönlichkeit und zwang 1805 die englische Flotte zum Rückzug. Das ist ein prächtiges Haus, in dem ich so bekannt bin, als wäre ich zehn Jahre in Paris.

Den späteren Sitzungen, besonders den Abreßdebatten, welche die ersten Redner auf die politische Bühne riefen, habe ich mehrere Male beigewohnt. Das Amendement von Mémusat und seine Bemängelung des französischen Kabinetts, das nur ein Schleppenträger des englischen sei, wurde vom kleinen Thiers durch eine fulminante Rede unterstützt, in der er die brillantesten Witze und die größten Schmähungen an die Adresse von Guizot einfließen ließ. Als aber dieser alte Kämpfer sich erhob: „Je donne le monopole du bon sens et du bon mot à l'honorable Mr. Thiers,“ und nach dieser bitteren Einleitung mit dem ihm eignen durchbringenden Verstande in markanten Worten seine politischen Ansichten auseinandersetzte — da wandte sich ihm die gesamte Kammer zu. Der Exminister mußte sich auf die äußerste Linke flüchten, um den triumphierenden Blicken des Zentrums zu entgehen. Es ist erstaunlich, wie solche Talente — Guizot, Lamartine, Odilon Barrot und zahllose andre — sich oft stundenlang auf der Rednerbühne halten können, ohne zu befürchten, die Kammer zu ermüden. Die Art und Weise aber, wie die Verhandlungen geleitet werden, dieses oft mutwillige Lärmen und Tosen, die freche Art, mit der sich die Gegner vor den Ministern hinstellen und ihnen die größten Niederträchtigkeiten vorwerfen — wobei es dann oft nicht ausbleibt, daß sie, um ihren Worten Ausdruck zu verleihen, mit geballten Fäusten herumschütteln — dann die Intrigen gerade der unbedeutendsten Mitglieder, die oft, um irgendeine Brücke oder ein Stadttor für ihre Bezirke zu ergattern, ihre Stimmen den Ministern für die wichtigsten Verhandlungen verkaufen — das alles macht doch den Eindruck einer widerlichen Komödie.

Mit Aschermittwoch hört der gesellschaftliche Trubel auf, ich suche bis dahin noch so viel wie möglich mitzumachen und ziehe in dieser Stadt der Kontraste meine Kreise durch die verschiedenartigsten Welten. Bei unserm Gesandten traf ich bei einem ausgezeichneten Diner die gros bonnets des Diplomatischen Korps: Apponyi, österreichischer Botschafter, Lord Cowley, Bruder des Herzogs von Wellington, den Gesandten Graf Arnim, ferner verschiedene andre unsrer Diplomaten, an denen es hier nicht fehlt. Man mache sich nur klar, daß allein von deutschen Einzelstaaten fünfzehn Gesandte in Paris akkreditiert und meist miteinander verfeindet sind. Nur wenige dieser Posten sind zurzeit nicht besetzt.

¹⁾ Carel Henril Verhuelle, Graf van Zevenaar (1764—1845), Marineminister und Reichsmarschall.

Auch Rothschild war an der Tafel, in einer überlebensgroßen weißen Strawatte und einer Perücke, unter der stets neue kolossale Finanzkombinationen keimen. Leider ist kürzlich Apponyi's Schwiegersohn Esterházy gestorben, so daß die prächtigen Salons der österreichischen Botschaft für diesen Winter geschlossen sind. Dagegen versetzt der marokkanische Gesandte das ganze große Paris in Aufregung. Man begafft ihn wie die im Jardin des Plantes herumspazierenden Giraffen, und er wiederum steht mit aufgesperrten Augen und Ohren vor dieser europäischen, ihm ganz unbegreiflichen Wunderwelt. Wenn er, durch die Salons schreitend, einer auffallend schönen Dame begegnet, wendet er sich gleich zu seinem Begleiter mit den Worten: „Elle a dû coûter bien cher!“ Vor wenigen Tagen sind auch die königlichen Equipagen abgegangen, um den alten ägyptischen Pascha Ibrahim, den Besieger der Türken, den Verwüster des Peloponnes, feierlich einzuholen.

Ich treibe jetzt eifrig Neuarabisch bei Mr. Caussin de Peruvall in einer sonderbar zusammengewürfelten Gesellschaft: um den Tisch, an dem der Gelehrte uns in das Verständnis des Orients einführt, sitzen zwanglos Unteroffiziere in bunten Zavenuniformen, Studenten und sogar zwei junge Damen, die ihren Liebhabern wohl nach Afrika folgen wollen.

Außerdem komme ich wöchentlich mit einem ehrwürdigen Geislischen aus Mossul zusammen, rauche bei ihm den Tschibuk, schlürfe türkischen Kaffee und radebreche die Sprache Abu Dolefs in ihrer modernen Form.

Er heißt Dhanna Musallih und ist ein Mann in den Bierzigern, von hoher Statur, mit schönem, lang herabwallendem Bart. Alle Sitten und Gebräuche der Mohammedaner hat er sich so sehr bewahrt, daß mir schon in dieser Hinsicht seine Bekanntschaft höchst interessant ist.

Ich mag den weisen Mann auf seiner Mansarde besuchen, wann ich will: das Mokkatäschchen und der lange Tschibuk fehlen nie. Dann regitiert er Sprüche der Weisheit, Suren aus dem Koran, die mit den blauen Kringeln aus dem Pfeifentopf wie arabische Schnörkel durch das niedrige Zimmer ziehen.

Dhanna spricht nur gebrochen Französisch, die Unterhaltung gibt daher manchmal Rätsel auf. Für die Deutschen hat er, wie alle Orientalen, eine große Vorliebe. Während in seiner Heimat Franzosen, Russen und Engländer als eroberungslüchtige Nationen gehaßt werden, schätzt man die Deutschen, weil sie in modernen Zeiten mit dem Halbmond niemals in feindliche Berührung geraten sind, in die Sprachen des Orients eindringen und Achtung vor den Eigenheiten des Muselmans und seiner religiösen Empfindungen beweisen.

An der Universität höre ich jetzt die höchst geistreichen Vorträge von St. Marc Girardin über französische Literatur. Auch lernte ich die Rorphyäe der französischen Historiker, Mignet,¹⁾ kennen, in dem ich ebenso den Gelehrten

¹⁾ François Auguste Marie Mignet (1796—1884), Historiker und Direktor der Archive im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu Paris.

wie den Staatsmann bewundere. Welche Persönlichkeit! Wie klassisch sein ganzes Leben! In starken Zügen beschrieb er eine politische Umwälzung, und zur selben Zeit bereitete er eine solche vor, trat selbst handelnd in der großen Tragödie des Jahres 1830 auf. Er ist einer der wenigen französischen Akademiker, der mir Ehrfurcht und Bewunderung einflößt. Er machte mich auf venezianische Gesandtschaftsdepeſchen aufmerksam, die sich auf der hiesigen königlichen Bibliothek befinden. Sie stammen von Gesandten, die im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert das Moskowiterreich besuchten.

Wahrheit und Lüge

Auch der wütendste Deutschenhasser wird, falls er sich noch einen ganz kleinen Rest von Wirklichkeitsſinn bewahrt hat und falls er nicht nur Tagesblätter der Entente ſeine geiſtige Gegenwartsnahrung entnimmt, gewiſſe Dinge nicht ganz in Abrede ſtellen können, wenn er ja freilich auch eine unmittelbar bevorſtehende Aenderung ſeinem Geſchmack gemäß als zweifellos anſehen wird.

Solche Dinge ſind die erfolgte Einnahme dreier Königreiche durch die Mittelmächte, die Beſetzung weiter Landſtrecken in Rußland und Frankreich durch dieſelben, das Vorhandenſein „noch nicht völlig verhungert“ und mit Munition ausgerüſteter Landheere, die recht unbequeme Tätigkeit deutſcher und öſterreichiſch-ungariſcher U-Boote und andre greifbare Tatſachen. Daß wird auch der verbiffenſte Ententeler den Mittelmächten als (natürlich nur augenblicklich!) wahr einräumen müſſen. Weitere ſolche Wahrheiten beziehen ſich auf den Zuſtand bei der Entente ſelbſt. Sie ſind um ſo bitterer, als eben dieſer Zuſtand nach neunzehn Kriegsmonaten ein ſo ganz anderer iſt, wie man ihn bei Kriegsbeginn nicht nur vorausſehen zu dürfen glaubte, ſondern ganz beſtimmt erwartete. Trotz ungeheurer Maſſenopfer ihrer Völker hat die Entente in dieſem Weltkriege an den entſcheidenden Stellen eigentlich nur fortgeſetzte Niederlagen mit furchtbaren Menſchenverluſten erlitten. Dem Ehrgeiz und dem ſtrupelloſen Eigenſinn ihrer Führer verdanken es die irregeleiteten Völker der Entente, daß ſie nicht zu erkennen vermögen, wie ſie militäriſch nichts mehr erreichen können. Ihre Preſſe verſchließt ihnen die Wahrheit, daß die Drahtzieher ihrer Politik die größte Tyrannei und Grausamkeit gegen ihre eignen Völker ausüben, wenn jene Gemütsmenſchen den Krieg mit weiteren großen Niederlagen und ungeheuren blutigen Verluſten fortſetzen.

Daß ſich die Ententevölker eine ſolche Tyrannei gefallen laſſen würden, wenn ſie ſich ihrer bewußt wären, iſt nicht anzunehmen. Hier aber kommt die Herrſchaft der Lüge zum Ausdruck. Mit den über die Welt verbreiteten Hilfsmitteln, deren beſonders England ſich bedient, werden die eignen Landſleute und die Angehörigen neutraler Länder im Dunkel gelaffen über Mißerfolge

und Zukunftsaussichten. Bis in die höchsten Spitzen reicht die mangelhafte, falsche Orientierung. Ganz besonders scharf tritt diese Unkenntnis darin hervor, was in den Westmächten — einschließlich Italiens — einerseits und Rußland andererseits über einander bekannt oder nicht bekannt ist. Beiden Teilen gemeinsam ist die Unkenntnis von der Lage der sie trennenden Gegner, also der Mittelmächte. Wirklich unterrichtet von der Lage sind natürlich die Drahtzieher, d. h. die leitenden Staatsmänner, einschließlich des Präsidenten der französischen Republik. Da sie aber jahrelang die Kriegsbeher gewesen sind, fürchten sie jetzt ihre Falschrechnung einzugestehen und lügen unentwegt weiter. Nur so ist ja der Inhalt der Ministerreden in den Ententestaaten aus dem Februar zu begreifen. Allein mit dem Nervenschok durch Zeppelinangriffe und U-Boots-erfolge war der Blödsinn doch nicht zu erklären, den diese Staatsmänner sich geleistet haben.

Die Lüge, die Unterdrückung der Wahrheit, muß übrigens doch ein Mittel sein, dessen sich der Unterliegende gern bedient. Meister in diesem Verfahren war bekanntlich Napoleon I. im Feldzuge von 1812, und vor fünfundvierzig Jahren machten's die Franzosen auch nicht anders. Ich will nicht auf die Bedeutung der Wendung eingehen: „Er lügt wie ein Bulletin der Großen Armee“ (1812), will auch nicht auf Gambetta-Freycinet'sche (1870/71) Nachrichten mich beziehen, nur einen Fall aus der französischen Presse will ich anführen. Am 28. Januar 1871 wurde bekanntlich der Waffenstillstand zu Versailles abgeschlossen, der die Unterschriften „Bismarck“ und „Jules Favre“ trägt. Vor mir liegt ein Exemplar des „Moniteur de la guerre“ vom 31. Januar 1871 (ab 1. Februar „Moniteur du peuple“). Das Blatt trägt an seiner Spitze einen Satz aus dem Rundschreiben des Ministers für auswärtige Angelegenheiten, also desselben Jules Favre. Dieser Satz lautet: „Wir werden weder einen Zoll unseres Gebiets noch einen Stein unsrer Festungen abtreten. Ein schimpflicher Friede wäre ein Vertilgungskrieg innerhalb kurzer Frist“ (une guerre d'extermination à courte échéance). Ein Mann, wie Jules Favre war, kann die Lage seines Landes nicht so verkehrt aufgefaßt haben, und die französische Presse kann sich nicht darüber im unklaren gewesen sein, welcher Friede die Folge dieses Waffenstillstandes sein würde. Das französische Volk aber wurde noch am 31. Januar in Unkenntnis erhalten; man log 1871, wie man es 1916 tut.

Die Ermordung des Großfürsten Sergej

Von Maria Wassiltschikoff

Aus ihren unveröffentlichten Erinnerungen

In Moskau angekommen, fuhr ich vom Bahnhof direkt zum Njestsuschnyjpalais. Ich fand den Großfürsten Sergej allein beim Tee; die Großfürstin war bei der Gräfin Mengden, die ernstlich krank war. Der Großfürst war in sehr trüber Stimmung.

Ich war zwei Tage nach Weihnachten gekommen, trotzdem ging ein Regen von Geschenken über mich nieder. Während dieses Aufenthaltes im Njestsuschnyjpalais leistete ich öfter im Laufe des Tages allein dem Großfürsten Gesellschaft beim Tee, da die Großfürstin die Tage bei der Gräfin Mengden verbrachte. Der Großfürst sprach mit mir viel und ernst über die Zustände in Rußland. Er war darüber sehr genau unterrichtet. Er war der Ansicht, daß der Augenblick gekommen sei, Änderungen herbeizuführen, daß man aber Schritt für Schritt vorgehen müsse. Fürst Swiatopolk-Mirski, damals Minister des Innern, hatte eine wahre Freiheitslawine losgelassen, und die Lawine verursachte leider ein Unglück nach dem andern.

Der Großfürst sagte: „Wir sind bereits in voller Revolution,“ und die Katastrophen des Krieges steigerten die öffentliche Unzufriedenheit. Da Großfürst Sergej sah, daß es nicht mehr so fortgehen konnte, legte er sein Amt als Generalgouverneur von Moskau nieder, obwohl ihm dieser Entschluß sehr schwer wurde. Das Volk war sehr aufgebracht gegen den Großfürsten, da es glaubte, daß er es sei, der den Kaiser in der Ausführung seiner nur allzu liberalen Pläne hemme. Es ist sicher, daß der Großfürst diese Bewegung beklagte. Eines Tages, als von der Großfürstin die Rede war, sagte ich: „Die Großfürstin ist so gut.“ Er blickte mich mit einem trüben Lächeln an und erwiderte: „Gut?! — meine Frau ist ein Engel.“

Wir hatten das neue Jahr 1905 wie immer mit einem Ledeum in der kleinen Kapelle des Njestsuschnyjpalais begonnen. Der Großfürst wurde zum Oberbefehlshaber der Truppen des Moskauer Bezirks ernannt, oder vielmehr er behielt dieses Kommando, während das Amt des Generalgouverneurs davon abgetrennt wurde.

Am 1. Januar erhielt er das Porträt des Kaisers Alexander III., wegen des Krieges ohne Diamanten. (Das Porträt wurde erst später gesandt, da der Rahmen nicht fertig war.) Am Abend des 2. Januar reiste der Großfürst nach Petersburg, um dem Kaiser zu danken. In dem Augenblick, als er sich in den Wagen setzte, wurde auf den Polizeimeister, General Trepoff, ein Pistolenschuß abgefeuert, dem zwei weitere folgten. Glücklicherweise trafen die drei Schüsse niemand. Der Täter, ein ganz junger Mann, wurde verhaftet. Als am nächsten Morgen die Großfürstin von dem Attentat hörte, fuhr sie mit mir

zum General Trepoff, der noch in großer Aufregung war und dessen Frau heiße Tränen vergoß. Der Großfürst kehrte am 4./17. Januar von Petersburg zurück.

Am 9./22. Januar sollte ich nach Petersburg abreisen. Die Großfürstin befand sich in einem Wohltätigkeitskonzert, und ich verbrachte den Abend mit dem Großfürsten. Wir spielten Karten. Der Großfürst sagte mir, daß er alle seine Möbel und Bilder nach Petersburg in sein Palais schicken werde, und bat mich, wenn alles ausgepackt sein würde, die nötigen Anweisungen zu geben, wohin die Möbel gestellt und wo die Bilder aufgehängt werden sollten; ich möchte alles nach meinem Geschmack einrichten. Er dachte mit Bedauern an die Notwendigkeit einer Uebersiedlung nach Petersburg. Er hatte sich eine schöne Bibliothek in seinem Palais eingerichtet, aber das alles interessierte ihn nicht mehr. Er war traurig, wie ich ihn nie gesehen hatte. Der Großfürst ließ anspannen, um mich nach dem Bahnhof zu fahren, ging mit mir die Treppe hinunter und führte mich bis zur Vorhalle; dort küßte er mir die Hand und sagte mir Lebewohl bis zum 3. oder 4. Februar. Er hatte vor, mit der Großfürstin nach Petersburg zu kommen und dort zwei bis drei Wochen zu verbringen. Er wollte auch der Eröffnung der vom Großfürsten Nikolaus Michailowitsch arrangierten Ausstellung russischer Porträts beiwohnen und sagte mir, ich möchte ihm das genaue Datum der Eröffnung schreiben. Ich dachte nicht, daß ich den guten, lieben Großfürsten, der mir immer ein so wahrer und treuer Freund gewesen war, zum letzten Male gesehen hatte, und daß einen Monat später von seinem Wagen, der mich zum Bahnhof brachte, nichts mehr übrig und der arme Kutscher Andrej Rubinkin tödlich verwundet sein würde!

Der Kutscher fuhr mich immer durch kleine Straßen und eigentlich auf einem Umweg zum Bahnhof; das wunderte mich, und erst später ist mir der Gedanke gekommen, daß er die großen Straßen mied, weil der Wagen des Großfürsten mit den kaiserlichen Kronen und den weißen Zügeln nur allzu bekannt war!

Ich kam am 10./23. Januar zu Hause in der Sergiewskaja Nr. 6 an. Tags zuvor hatten große Unruhen unter den Arbeitern stattgefunden. Mehrere tausend Menschen zogen unter Führung des Priesters Gapon, des nichtswürdigen Revolutionärs, vor das Winterpalais und wollten dem Kaiser eine Bittschrift überreichen. Die Arbeiter selbst wußten nichts Genaues über den Inhalt derselben. Sie war von dem Schurken Gapon geschrieben, sie verlangte die Abschaffung der Selbstherrschaft, uneingeschränkte Freiheit und die Trennung der Kirche vom Staat. Dieser Gapon, ein völlig gewissenloser Mensch, war Religionslehrer an einer Schule; er hatte sich an einer der Schülerinnen vergangen und war der schlimmste Anarchist. Er war die Hauptursache dieser Erhebung. Eine Anzahl von Studenten, die als Priester, und andre, die als Frauen verkleidet waren, schlossen sich der Menge an und begannen, mit dem Zaren und der Armee anfangend, gegen die bestehende Ordnung loszuziehen. Truppen wurden herbeigerufen, und als man sah, daß die Menge sich nicht

aufhalten ließ und immer bedrohlicher wurde, ward der Befehl erteilt, zu schießen. Die Menge zog sich sofort zurück; sie ließ 96 Tote und an 300 Verwundete auf dem Plage. Gewehrschüsse fielen in den verschiedenen Stadtteilen, die von den Truppen gegen die feindliche Menge verteidigt wurden. Am nächsten Tage nahmen die Unruhen ihren Fortgang, und General Trepoff aus Moskau wurde zum Generalgouverneur von Petersburg mit sehr großen Vollmachten ernannt.

Dem Wunsche der Kaiserin Alexandra Feodorowna gemäß begann ich wieder in ihrem Atelier im Winterpalais zu arbeiten.¹⁾ Der Hof befand sich in Jarosloje Sjelo. Am 18./31. Januar wurde mir telephonisch mitgeteilt, daß die Kaiserin mich zu sehen wünsche. Sie war bezaubernd und behielt mich über eine Stunde bei sich, wobei sie viel von den Zeitverhältnissen sprach. Ich wagte ihr zu sagen, daß der Kaiser und sie mehr Menschen, besonders die aus den Provinzen kommenden Leute, bei sich sehen, Diners und Soireen geben müßten, zu denen außer den hohen Beamten der Provinzadel, die Gouverneure, die Bischöfe, Gelehrte, Forschungsreisende, Maler, Musiker usw. eingeladen würden. Die Kaiserin sagte mir, daß der Kaiser gerade diesen Winter eine Reihe von Diners zu geben gedenke. Sie fragte mich viel über den Großfürsten Sergej und sagte, sie höre davon reden, daß man so schlecht gegen ihn gestimmt sei, und das beunruhige sie.

Der Ablatus des Großfürsten Sergej, Herr Alexander Bulhgin, wurde zu dieser Zeit zum Minister des Innern ernannt.

Am 1./14. Februar soupierten der Großfürst und die Großfürstin Wladimir, Graf und Gräfin Berchtold,²⁾ Lady Hardinge,³⁾ Graf Trautmannsdorff,⁴⁾ Prinz Hohenlohe,⁵⁾ Castro,⁶⁾ Lowenörn,⁷⁾ Knorring, Miß Hnaga und Graf Czetonies⁸⁾ bei mir, und es wurde Bridge gespielt. Am übernächsten Tage dinierte ich bei dem Großfürsten Wladimir; man war in bester Stimmung.

Am 4./17. Februar ging ich wie alle Tage in das Atelier im Winterpalais, um zu arbeiten. Ich hatte einige Tage zuvor dem Großfürsten Sergej geschrieben, daß die Eröffnung der russischen Porträtausstellung auf den 16. Februar verschoben worden sei. Gegen 4 Uhr kam Prinz Georg Trubezkoi, der Adjutant des Kaisers, totenbleich in den Saal, in dem ich arbeitete, nahm mich beiseite und sagte mir, aus Moskau sei eben die telephonische Meldung gekommen, daß

¹⁾ Es wurden dort von Damen der Gesellschaft Wäsche und Verbandzeug für die Soldaten und Lazarette hergestellt.

²⁾ Graf Leopold Berchtold, Botschaftsrat bei der österreichisch-ungarischen Botschaft, der spätere Minister des Auswärtigen.

³⁾ Gemahlin des englischen Botschafters.

⁴⁾ Oesterreichisch-ungarischer Botschaftssekretär.

⁵⁾ Prinz Gottfried Hohenlohe, österreichisch-ungarischer Militärattaché, jetzt Botschafter in Berlin.

⁶⁾ Portugiesischer Gesandter.

⁷⁾ Dänischer Gesandter.

⁸⁾ Von der österreichisch-ungarischen Botschaft.

der Großfürst Sergej durch eine von einem Anarchisten geschleuderte Bombe getötet worden sei. Ich beschloß, sofort nach Moskau zu reisen. Ich übergab meine ganze Arbeit der Baronin Nadine v. Meyendorff, die mit mir arbeitete, und nachdem ich die Prinzessin Marie Galizin benachrichtigt hatte, daß ich abreisen wolle, verließ ich das Palais. Als ich am Palais des Großfürsten Wladimir vorüberkam, ließ ich mich bei der Großfürstin anmelden, da ich von ihr Näheres zu erfahren hoffte. Ich fand die Großfürstin allein, sie wußte noch nichts; als sie mich mit so verstörtem Gesicht und roten Augen eintreten sah, fragte sie mich, was mir zugestoßen sei, und nun erzählte ich ihr die schreckliche Nachricht. Die Großfürstin wurde bleich und brach in Tränen aus. In diesem Augenblick trat Großfürst Wladimir ins Zimmer, und die Großfürstin teilte ihm schonend den Tod seines Bruders mit. Er weinte lange und sagte, indem er mich umarmte: „Ich weiß, daß Sie in Sergej einen wahren Freund verlieren.“ Da klingelte das Telephon auf dem Tisch der Großfürstin, und sie bat mich, zu fragen, wer spreche. Es war der Kaiser in Zarstoje Sjelo, die Großfürstin ging zum Telephon und sagte dem Kaiser, daß sie eben durch mich die schreckliche Nachricht erfahren habe. Die Großfürsten kamen einer nach dem andern herein. Der Großfürst ließ den General Trepoff kommen, der nicht mehr wußte als ich, nichts Näheres. Großfürst Wladimir sagte mir, er werde sofort Totengebete anordnen — aber ich konnte nicht bleiben, denn ich mußte mich fertig machen, um abends mit dem 8-Uhr-Zuge nach Moskau abzureisen.

Ich kam am nächsten Morgen 9¹/₂ Uhr an und fuhr direkt in den Nikolai-palast im Kreml, wo der Großfürst und die Großfürstin seit zwei oder drei Wochen wohnten; als sie das Njestschnjypalais verlassen hatten, waren sie nicht wieder in das Haus des Generalgouverneurs gezogen.

Freitag den 4./17. Februar 1905 war der Großfürst Sergej in sehr guter Stimmung, fast heiter, was bei ihm in der letzten Zeit selten der Fall gewesen war. Der Feldjäger hatte aus Petersburg das Porträt des Kaisers Alexander III. gebracht, wegen des Krieges nicht mit Diamanten eingefast, aber in einem goldenen Rahmen, der einen Lorbeerfranz darstellte. Diese Sendung war des Großfürsten letzte Freude. Das Dejeuner dauerte länger als gewöhnlich. Ehe der Großfürst fortfuhr, fragte Oberst Lahming, der Gouverneur des Großfürsten Dimitry Pawlowitsch, ob der kleine Großfürst eine Mandoline für seine Schwester kaufen dürfe, was der Großfürst erlaubte. Die beiden Kinder aus der ersten Ehe des Großfürsten Paul wohnten, seit dieser sich mit Frau v. Bistohlfors wiederverheiratet hatte, ganz bei dem Großfürsten Sergej. Hierauf gab der Großfürst seinem Diener Ribatoff den Auftrag, Belewstys telephonisch zum Diner einzuladen, am Vormittag den Kindern (Marie und Dimitry) die frischen, vom Gute Minsky gekommenen Eier servieren zu lassen und telephonisch mitzuteilen, daß er in das Haus des Generalgouverneurs fahre, um Befehle wegen der Verpackung verschiedener Effekten zu geben, und daß er dort ein russisches Bad nehmen werde. Während er das Vorzimmer durchschritt, sagte er etwas zu Fräulein Toroptschaninoff, die mit der Groß-

fürstin ausgehen sollte, irgendein Scherzwort, aber sie verstand ihn nicht recht. Er setzte sich in den Wagen, und kaum eine Minute später hörte man eine furchtbare Detonation und sah durch das Fenster, wie Menschen einherliefen. Die Großfürstin eilte hinunter und rief: „Sergej! Sergej!“ Sie schickte jemand fort, um sich zu erkundigen, was geschehen sei; eine Sekunde später kam der Stallmeister des Großfürsten, Sotoloff, ins Palais, die Großfürstin setzte sich in seinen Schlitten und fuhr nach dem Platz der Katastrophe, ganz nahe beim Nikolaipalast. Die Menge war bereits so dichtgedrängt, daß die Großfürstin nicht vorwärts konnte und den Schlitten verließ. Ein paar Frauen in der Menge sagten zu ihr: „Täubchen, geh nicht hin!“ Ein entsetzlicher Anblick bot sich den Augen der unglücklichen Großfürstin. Der verstümmelte Körper des Großfürsten war ohne Kopf, die ganze linke Seite weggerissen, eine blutige Hand lag an der Stelle des Kopfes. Die Großfürstin warf sich darüber und küßte unaufhörlich diese teure Hand. Von allen Seiten sammelte man, was von dem Körper übrig war. Die Großfürstin kniete im Schnee, ohne Hut, in einem Pelz, den man ihr über die Schultern geworfen hatte. Fräulein Toropischaninoff, Graf Mengden, Korniloff umgaben sie. Sie schickte Fräulein Dschunkowitsch (die Gouvernante der kleinen Großfürstin Marie Pawlowna), die herbeigeeilt war, zu den Kindern. Die Offiziere des Regiments Setaterinoslaw bildeten eine Kette um die Großfürstin. Eine Tragbahre wurde gebracht und die kostbaren Ueberreste dessen, der noch vor wenigen Minuten voll Leben gewesen war, darauf geborgen. Die Bahre wurde in das Kloster Tschudoff gebracht, die Großfürstin half sie tragen, und dort wurde sie neben dem Grabe des Metropoliten Alexij aufgestellt. Es wurden sofort Totengebete veranstaltet; der Körper war mit einem Soldatenmantel bedeckt. Die Großfürstin, deren Gesicht und Hände voll Blut waren, zitterte am ganzen Körper, und als sie sich von den Knien erhob, blickte sie die Umstehenden einige Sekunden lang mit einem Blick voll Entsetzen und Leiden an. Sie schickte nach dem Bischof Trifon (Fürst Turkestanoff); er sprach noch einige Totengebete und blieb lange bei der Großfürstin. In der Nacht balsamierten die Aerzte den Leichnam des Großfürsten ein und legten ihn in den Sarg; während dessen saß die arme Großfürstin auf den Stufen, die vom Nikolaipalast in das Kloster Tschudoff führen (der von der kaiserlichen Familie benutzte innere Durchgang). Vorher hatte sie gebeichtet, ebenso das ganze Gefolge, und am nächsten Tage nahmen alle das heilige Abendmahl; die Großfürstin sagte: „Da er vor seinem Tode nicht das heilige Abendmahl hat nehmen können, tun wir es für ihn.“

Ich kam in dem Augenblick an, da die Großfürstin aus der Messe gekommen war und sich in ihre Gemächer begeben hatte. Ich fand sie ganz weiß geteilet, blaß wie eine Lilie, mit dem Ausdruck einer Heiligen, die sie ja ist! Sie weinte viel. Sie erzählte mir einige Einzelheiten; sie sagte mir, daß sie schon eine Katastrophe gefürchtet habe; sie hatte anonyme Briefe bekommen und meinte, auch der Großfürst müsse solche erhalten haben, aber er hatte niemals zu ihr darüber gesprochen und war in der letzten Zeit sogar ausgefahren, ohne

ihr etwas davon zu sagen. Der Kutscher des Großfürsten, Andrej Rudinkin, war tödlich verwundet worden, er hatte neunundsiebzig Wunden erhalten und war in das Jauzahospital gebracht worden. Dort starb er zwei Tage später. Doch am Tage der furchtbaren Katastrophe selbst hatte die Großfürstin die Kraft, zu ihm zu gehen; sie sagte ihm, sie komme vom Großfürsten, denn man hatte ihm dessen Tod verheimlicht. An dem Begräbniß des Kutschers nahm die Großfürstin teil, sie setzte sich neben seine Witwe und folgte dem Leichenzug bis zum Bahnhof; denn die Witwe hatte gewünscht, daß er in seinem Dorf bei der Stadt Serpuchow beigesetzt würde.

Am übernächsten Tage nach dem Tode des Großfürsten ging die Großfürstin in das Gefängniß, um den Mörder zu sehen. Als sie in die Zelle des Verbrechers, der sich noch immer weigerte, seinen Namen zu nennen,¹⁾ eintrat, fragte er sie: „Wer sind Sie?“ Sie erwiderte: „Die Frau dessen, den Sie getödet haben,“ und fragte ihn, was ihm der Großfürst Böses getan habe. Der Mörder sagte, er habe nach seinen Ueberzeugungen gehandelt, und als er es getan, habe er gebetet (!!), daß die Großfürstin nicht im Wagen sein möchte. Das Gespräch dauerte etwa zwanzig Minuten. Die Großfürstin gab ihm ein Heiligenbild und sagte ihm, im Namen des Großfürsten und für sich selbst vergebe sie ihm diesen Mord, aber er müsse nach den Gesetzen des Landes abgeurteilt werden. Der Glende schluchzte. Als die Großfürstin fortging, sah man ihn vor dem Stuhl, auf dem sie gesessen hatte, knien, den Kopf in den Händen verborgen.

Am Samstag, dem Tage nach dem Tode des Großfürsten, trafen der Großfürst Konstantin Konstantinowitsch — den andern Großfürsten war verboten worden, Petersburg zu verlassen, weil die Panik so groß war —, Jussupoff und Olga Buljgin ein.

Am Dienstagmorgen kamen Prinzessin Vittoria von Battenberg, die ältere Schwester der Großfürstin, und am Abend desselben Tages Großfürstin Maria Alexandrowna (Herzogin von Koburg) mit ihrer jüngsten Tochter, der Prinzessin Beatrice, an, am Mittwochmorgen direkt von Paris der Großfürst Paul. Der Kaiser erlaubte ihm, nach Rußland zurückzukehren, und verlieh ihm seine Generaladjutantenuniform wieder, die ihm nach seiner Heirat mit Frau v. Bistohlors entzogen worden war.

Donnerstag 8^{1/2} Uhr morgens trafen der Großherzog und die Großherzogin von Hessen ein. An demselben Tage um 11 Uhr fand die Beisetzungsfeier statt. Eine große Anzahl Personen von Rang, hohe Zivilbeamte und Offiziere kamen von St. Petersburg an. Der Trauergottesdienst war sehr schön, der Gesang herrlich. Das Ganze dauerte von 11 bis 2 Uhr. Es war herzerreißend, die Großfürstin in dem Augenblick zu sehen, als der Sarg geschlossen wurde, in dem man nur die Brust des Großfürsten sehen konnte, bekleidet mit der Uniform des Kiemer Regiments, dessen Chef er gewesen war. Der Platz, wo der Kopf hätte

¹⁾ Er hieß Kaljwin und wurde in St. Petersburg gehängt.

liegen müssen, war mit weißem Atlas bedeckt, die übrigen Teile des Sarges waren mit einer Decke von herrlichem Silberstoff verhüllt. Der Sarg wurde bis zu der ganz in der Nähe gelegenen und mit der großen Kirche verbundenen Sankt-Andreas-Kirche getragen. Dort blieb er bis zum Augenblick der endgültigen Beisetzung. Vierzig Tage lang wurde dort täglich um 11 Uhr Messe gelesen und um 7 Uhr abends Totengebete gesprochen.

Am neunten Tage nach dem Tode des Großfürsten gingen die Großfürstin Elisabeth Feodorowna, die Großfürstin Maria Alexandrowna und wir alle zur heiligen Kommunion. Zur Erinnerung daran schenkten wir der Großfürstin ein Bild des heiligen Abendmahles. Ich wurde beauftragt, es zu kaufen. Ich hatte das Glück, diese Darstellung, die man in Rußland ziemlich selten sieht, zu finden; ich ließ es mit einem silbervergoldeten Rahmen mit Emailschmuck versehen, und auf der Rückseite wurden alle unsre Namen auf eine gleichfalls silbervergoldete Platte graviert.

Die Prinzessin Mary Wassiltschikoff, geborene Issakoff, und Frau Warinka Mialteff, geborene Bibitoff, waren ebenfalls nach Moskau gekommen und reisten nach dem neunten Tage wieder ab.

Die Großfürstin bat mich, noch bei ihr zu bleiben. Ich schrieb alle Abende an die Kaiserin und gab ihr aufs eingehendste Nachricht über ihre unglückliche Schwester. Ich telegraphierte ihr sofort den Wunsch der Großfürstin und bat um die Erlaubnis, zu bleiben, da mich im Atelier die Baronin Mehendorff, geborene Ragatoff, vollständig ersetze. Die Kaiserin antwortete, sie sei glücklich, mich bei ihrer Schwester zu wissen.

Telegramme und Briefe für die Großfürstin kamen von allen Enden des Erdballs. Es waren sehr rührende darunter, aber auch viele Bitten um Geld. Die Großfürstin beauftragte mich mit der Beantwortung, las aber selbst jeden Brief, jede Depesche durch und korrigierte sie oft. Ich gestehe, daß ich fast den ganzen Tag schrieb. Die Großfürstin war bewundernswürdig, einzig, so gut und so liebevoll, wie sie sich selbst um alles kümmerte und sich dafür interessierte. Nie kam ein Wort der Klage von ihren Lippen. Die Großfürstin begab sich mit ihrer Schwester, der Prinzessin Viktoria, nach Illinsty und nach Ussowo, um die Papiere des Großfürsten zu ordnen, und vor allem in der Hoffnung, dort ein Testament zu finden; denn der Großfürst hatte im Sommer gesagt, daß er sein Testament niederschreiben wolle, und hatte auch zu mir davon gesprochen — es wurde aber nichts gefunden. Es war nur ein Brief vorhanden, den er an seinen Bruder, den Großfürsten Paul, geschrieben hatte, und worin er von seinen Wünschen für den Fall seines Todes sprach.

Herr Sokoloff, der Stallmeister des Großfürsten, hat mir erzählt, daß er vor dem Tode des armen Kutschers Andrej diesen, der bei vollem Bewußtsein war, mehrere Male gesehen habe. Andrej sagte ihm, er habe, da er wußte, daß man den Großfürsten töten wollte, jedesmal, wenn er sich auf den Boß setzte, das Gefühl gehabt, daß es das letztemal sei und daß er nicht mehr nach Hause zurückkehren würde. Gewöhnlich sagte ihm der Großfürst, durch welches Tor

des Kreml er fahren wolle; diesmal, am 4./17. Februar, gab er ihm den Befehl, zum Hause des Generalgouverneurs zu fahren, ohne den Weg anzugeben. Als er den Nikolaipalast verließ, fragte sich Andrej im stillen, welchen Weg er einschlagen solle, und da nach dem Nikolaitor zu niemand zu sehen war, entschloß er sich, diese Richtung einzuschlagen. Plötzlich sah er einen Menschen daherkommen, der einen Gegenstand von der Gestalt eines schwarz eingebundenen Buches in der Hand hielt, ihn über seinen Kopf erhob und so auf den Wagen losstürzte. Andrej schrie ihm zu: „Was tust du?“ und peitschte die Pferde... dann fühlte er, wie er in die Luft geschleudert wurde, und stürzte, einen heftigen Schmerz verspürend, neben einem Gitter zu Boden. Dort wurde er, bereits bewußtlos, aufgehoben. Herr Sokoloff glaubt, daß der Großfürst den Mörder gesehen und den Schrei des Reiters gehört haben muß, aber das Ganze dauerte eine Sekunde, denn in demselben Augenblick wurde die höllische Bombe geworfen und explodierte! —

Welch traurige Zeit! Die Unruhen im Inneren des Landes nahmen immer mehr zu, die Niederlagen im Kriege gegen Japan dauerten fort; an Stelle Kuropatkins,¹⁾ aus dem man einen Helden gemacht hatte, ehe er noch Petersburg verlassen, wurde der General Linewitsch zum Oberkommandierenden der Armee ernannt. Wie es doch dann abwärts geht! Die Anarchisten sind überall! Unglücklicherweise fehlt es aller Welt, von den Ministern bis zum kleinsten Beamten, an Pflichtgefühl. Vor allem spart man nicht mit dem Geld des Staates. Beweis der Minister des Innern Sipjagin, der ebenfalls von einem Anarchisten getötet worden ist. Er war ein sehr sympathischer und intelligenter Mann, aber als er Minister geworden war, hielt er es für unerlässlich, das Gebäude des Ministeriums an der Fontanka, in das er übersiedelte, herrichten und verschönern zu lassen. Dieses „Herrichten“: Bronzegeländer auf der Treppe, fünf prächtige Lüster im Ballsaal, vergoldete Wände mit einem Freskogemälde, das die Thronbesteigung des ersten Romanow, des Zaren Michael, darstellt, goldgepreßte Ledersühle usw. — kostete den Staat 700 000 Rubel; dazu kamen 300 000 Rubel Ausgaben für den Ankauf eines Hauses in der Furschadistskaja für die aus dem Ministerium ausquartierten Beamten, denn Sipjagin wollte das Gebäude allein mit seiner Familie bewohnen!

Am 15./28. März, dem vierzigsten Tage nach dem Tode des Großfürsten, nahm die Großfürstin ganz allein in der Kirche des Generalgouvernementsgebäudes das Abendmahl. Der Großfürst hatte die Kapelle vollständig erneuern und im altrussischen Stil herrichten lassen; sie war entzückend. Nachdem am Sarge des Großfürsten Totengebete gesprochen waren, begaben wir, die Großfürstin mit den Kindern des Großfürsten Paul, die Großfürstin Maria Alexandrowna mit der Prinzessin Beatrice und das ganze Gefolge, darunter ich, uns alle ins Kloster des heiligen Sergej, wo abermals Totengebete gesprochen wurden. Am Abend lehrten wir nach Moskau zurück.

¹⁾ Kriegsminister und Oberkommandierender der russischen Armee.

Am 17./30. März reiste die Großfürstin nach Petersburg und von da nach Zarstoje Sjele und nahm mich mit. Ich lehrte in meine hübsche kleine Wohnung an der Sergiewskaja zurück und fuhr von dort fast täglich nach Zarstoje zu der Großfürstin. Dort sah ich mehrere Male die junge Kaiserin sowie ihre Schwester, Prinzessin Irene von Preußen. Der Großherzog und die Großherzogin von Hessen waren bereits von Zarstoje abgereist, wo sie den besten Eindruck hinterlassen hatten. Eines Tages begegnete ich, als ich durch die Säle des Alexanderpalaſtes ging, der Kaiserin-Mutter, die mit großer Anmut auf mich zu kam, mit mir vom Großfürsten Sergej sprach und viele Tränen vergoß. Sie sagte mir, sie habe sofort nach Moskau reisen wollen, aber man habe sie nicht fortgelassen, man habe Angst gehabt.

Zu Beginn des April packte ich meine Sachen, um nach Korallowo zu reisen. Am Tage vor meiner Abreise ließ die junge Kaiserin mich nach Zarstoje kommen. Sie empfing mich im Zimmer der Kinder, wo der kleine Thronfolger sein Bad nahm, während der Kaiser dabei stand. Der Kaiser war blaß und mager. Der kleine Zarewitsch war ein prächtiges Kind, dick und rund, ein einziges Lächeln. Sobald er aus seinem Bad genommen war, kam er, in ein weißes Flanelltuch eingewickelt, auf meine Arme; er hatte gar keine Furcht vor der fremden, schwarzgekleideten Gestalt mit dem Gräpohut und lachte. Der Kaiser zog sich bald zurück. Die Kaiserin behielt mich über eine Stunde bei sich, und ich hatte kaum Zeit, meinen Zug zu erreichen.

Ende April alten Stils, nach der Vermählung meines Vettters Grafen Wasił Olsufjeff mit der Gräfin Olga Schuwaloff, reiste ich ins Ausland . . .

Die inneren Grundlagen der deutschen Wehrkraft

Von

D. Freiherrn von der Goltz

Friedrich der Große wehrte sich gegen ganz Europa und behauptete Schlefien. Deutschland steht gegenwärtig in einem Kampf fast mit der ganzen Welt. Seine Kampffront reicht von der Nordsee bis nach Mazedonien, ja seine Offiziere stehen in Bagdad ebenso wie in Flandern auf ihrem Posten. Jeder von uns weiß, was es bedeutet, daß wir uns gegen die gewaltige Uebermacht nicht nur behauptet haben, sondern weite Gebiete des Feindes besetzen konnten; auch werden es uns alle unsre Bundesgenossen bezeugen, welch wesentlichen Anteil die deutschen Truppen auch an den Erfolgen in den Karpathen und in Serbien und an den Dardanellen gehabt haben. Selbst der Verrat Italiens und die nahezu feindliche Geschäftspolitik Amerikas haben an dieser Ueberlegenheit Deutschlands nichts ändern können.

Welches sind die Grundlagen für solche gewaltige Wehrkraft? Es ist unmöglich, etwa nur auf die Truppenzahl hinzuweisen. Denn an Zahl sind uns die Gegner überlegen. Auch heißt das die Frage nur verschieben. Denn was macht es uns möglich, solche Millionenheere aufzustellen und zu unterhalten?

Ist es die vorzügliche Organisation — so fragen wir wieder — wer hat sie uns gelehrt? Technik und Industrie haben uns geholfen. Aber wer stellte alle ihre Kräfte ohne jede Schwierigkeit in den Dienst des Staates? Welch unheimliche Zaubermacht befähigte unser Volk, so viele Milliarden aufzubringen, wie es die Geschichte noch nicht erlebt hat?

Betrachte man die Größe Deutschlands auf der Karte und vergleiche sie mit Rußland, dem Kolonialreich Großbritanniens und Frankreich. Für eine oberflächliche Betrachtung erscheint es wie ein Rätsel, was Deutschland vermag — ein Rätsel, an dem englische Minister sich vergeblich den Kopf zerbrechen.

Unser alter Kaiser Wilhelm hat einmal im Hinblick auf die großen Erfolge seiner Heere gesagt: „Und das alles verdanken wir dem alten Vögen.“

In der Tat hat dieser Mitarbeiter und Vollen der Scharnhorstschen Armereform, der Schöpfer der allgemeinen Wehrpflicht, die Grundlagen für unsere heutige Wehrmacht geschaffen. Die deutsche Wehrmacht von 1914/15 ruht auf der preussischen Wehrorganisation, die zur Zeit der Freiheitskriege geschaffen wurde. Eine ausreichende Antwort zur Erklärung der gewaltigen Erscheinung gegenwärtiger Machtentwicklung ist das aber auch nicht. Ohne das Werk Scharnhorsts und Vögens zu verkleinern, muß es in einen größeren Zusammenhang hineingestellt werden. Die inneren Grundlagen der deutschen Wehrkraft sind aus mehr als einem Quaderstein gefügt.

Es darf zuerst daran erinnert werden, daß alles, was in der Geschichte groß ist, auch auf große Persönlichkeiten zurückweist. Ideen und Kräfte, die, im Geiste eines großen Mannes geboren, mit starkem Willen in die Geschichte eingeführt werden, sind immer die treibenden Mächte in der Menschheitsentwicklung. Wer wollte daran zweifeln, daß dieses persönliche Moment in der allmählichen Entwicklung deutscher Wehrkraft bei den Fürsten aus dem Hause Hohenzollern zu suchen ist! Schon die Gestalten des Kurfürsten Friedrich I. und seiner Söhne zeigen etwas von der soldatischen Tüchtigkeit, der zielbewußten Energie des Herrscherwillens, der die Kräfte des Landes ebenso benutzt wie sammelt, von der Stetigkeit und Treue der Pflichterfüllung, um das Land wehrhaft und stark zu machen. Der Große Kurfürst schuf dann das stehende Heer mit Offizieren aus dem Adel des eignen Landes und gründete die Macht seines Staates auf seine wachsende Wehrhaftigkeit. Im Kampf mit Franzosen, Schweden und Polen gründete er den brandenburgischen Staat und gewöhnte sein Volk an außergewöhnliche Leistungen für Heer und Verwaltung. Der Einfluß seiner kraftvollen Persönlichkeit ist dabei so überwiegend, daß seine Generale Burgsdorf, Sparr und Derfflinger wirklich nur als seine Helfer erscheinen. Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. hat dann die innere Zusammengehörigkeit von Steuer-

pflicht, Wehrpflicht und Schulpflicht erkannt. Er hat sein Volk, zum Teil mit rauen Methoden, zur Erfüllung dieser Pflichten erzogen und seinen persönlichen Einfluß nach jeder Richtung geltend gemacht. Wer wollte dem König dieses eigenste Verdienst um Preußens Wehrkraft bestreiten? Auf Grund dieser Leistung allein hat sein großer Sohn sich gegen eine Welt von Feinden behaupten können. Was aber Friedrich des Großen Persönlichkeit bedeutete, das leuchtete aus seinen Augen, begeisterte seine Offiziere, hielt seine Soldaten im Bann. Der König selbst war die Seele seines Heeres und die innerste Kraft seines Offizierkorps. Selbst einem so friedliebenden und im Grunde wenig kriegerischen König wie Friedrich Wilhelm III. ist das persönliche Verdienst nicht zu bestreiten, daß er Männern wie Scharnhorst, Gneisenau und Bogen ihre große Armee reform möglich machte und durch sein persönliches Interesse den Fortgang der Arbeit schützte. Wie Wilhelm I. seine Neuordnung preussischer und deutscher Wehrkraft durchsetzte, ist in aller Erinnerung. Auch seine Mitarbeiter an dem großen Werk, Roon und Bismarck, haben es immer bezeugt, wie groß der persönliche Anteil des Königs an diesem Werke gewesen ist. Er hat in schärfstem Konflikt mit der Volksvertretung Thron und Leben für seine Armee reorganisation auf Spiel gesetzt. Daß wir unserm jetzigen Kaiser es verdanken, daß wir unsre Feinde wohlgerüstet erwarten konnten, und daß der Ausbau der Flotte sein eigenstes Verdienst ist, weiß alle Welt. So ist schon in der äußeren Entwicklung unsrer Wehrkraft das ganz persönliche Verdienst unsrer Herrscher nicht gering. Mehr noch hat die Gewissenhaftigkeit und Steigigkeit ihrer Pflichterfüllung, ihr hoher idealer Sinn, die Kraft ihres Willens und die Kontinuität einer zielbewußten Weiterführung des Werkes von Geschlecht zu Geschlecht dazu beigetragen, den unentbehrlichsten Faktor für die Entwicklung siegreicher Macht, den einer begeisternden persönlichen Führung, immer sicherzustellen. Dabei haben sie es wohl verstanden, persönliche Kräfte zu gewinnen und oft auch gegen den Willen der öffentlichen Meinung solche Männer festzuhalten, die ihnen ihr Werk auszuführen halfen. „Die Feldherren Napoleons I.“, sagte Treitschke einmal, „waren alle unselbständige Kreaturen, kaum zu unterscheiden durch Namen und Nase. Die Generale Friedrichs des Großen waren prachtwolle Charakterköpfe, jeder einzelne in seiner Eigenart einer Biographie würdig.“ — Auch die Namen Scharnhorsts, Gneisenaus und Bogens werden ebenso wie die von Roon und Tirpitz als Meister der Rüstkammer in der Geschichte deutscher Wehrhaftigkeit unvergänglich bleiben.

Neben den Personen aber sind es die sittlichen Ideen, die ein Volk groß und stark machen. Welch andre Idee aber beherrscht so sehr die preussische und die neuere deutsche Geschichte als der Gedanke der Pflicht! Der erste Hohenzoller nannte sich schon „Gottes Amtmann am Fürstentum“, und dieser Gedanke bleibt allen Hohenzollern eigen. Von den Zeiten des Großen Kurfürsten an wird diese Idee das Leitmotiv für Offiziere und Beamte. Natürliche selbstische Interessen pflegen ja zunächst bei den Menschen überall im Vordergrund zu stehen. Es ist nicht immer leicht gewesen, die Untertanen zu einer

andern Auffassung des Lebens zu erziehen, zumal der Gedanke des Staates selbst erst allmählich verstanden wurde.

Friedrich Wilhelm I. konnte damals nicht daran denken, sein Heer nur aus Landestkindern zusammenzusetzen. Er sandte seine Werber überallhin — so aber kamen auch Soldaten aus allen deutschen Gauen unter preußische Disziplin, und seine Leute erfuhren nicht nur die rauhe Seite seines Regiments, sondern auch seine väterliche Fürsorge und den Segen der Ordnung. Vor allem aber verstand er den Dienst mit der Waffe für die Söhne des einheimischen Adels zur Ehrensache zu machen, so daß die alten Familien des Landes mit Staat und Heer auf das engste verbunden wurden. Noch heute mag in ihnen manche Einseitigkeit des Herrenmenschentums oder des wirtschaftlichen Egoismus verborgen sein. Aber der Geist der Pflichttreue, der unbedingten Hingabe an König und Vaterland hat sich in ihnen auch in der Gegenwart wieder herrlich bewährt,¹⁾ auch wenn gewiß heute andre Stände mit ihnen solche Eigenschaften teilen.

Es konnte ja nicht ausbleiben, daß alle Kreise des Volkes von diesem Geist der Disziplin und Ordnung beeinflusst wurden. Der Sinn für treue Pflichterfüllung wurde dadurch überall geweckt, und es ist wohl kein Zweifel, daß der große Philosoph von Königsberg, Immanuel Kant, in seinem „kategorischen Imperativ“ nur den geistigen Gewinn des friderizianischen Zeitalters auf eine allgemeingültige Formel gebracht hat: „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“ Damit ist jeder wirtschaftliche oder politische Egoismus ausgeschlossen. Auch der Gehorsam gegen den Staat ist nicht mehr abhängig von Nützlichkeitsbetrachtungen. Ueber jeder Nützlichkeitsbetrachtung, über dem Staat, ja über dem König steht ein absolutes Gesetz, dem zu gehorchen eine selbstverständliche Pflicht der freien Menschen ist. Wie der bestirnte Himmel, so sagte Kant, dem natürlichen Empfinden Ehrfurcht und Bewunderung einflößt, weil der Mensch sich seiner natürlichen Nichtigkeit bewußt wird, so ist auch das moralische Gesetz in mir, das Gefühl der Pflicht, eine erhabene Größe, die nichts Einschmeichelndes hat, um zu gewinnen, nichts Drohendes, um zu zwingen, und doch sich von innen heraus Beugung und Verehrung erwirbt. Gerade weil dieser „Imperativ“ ein „kategorischer“, ein schlechterdings nirgends bedingter ist, macht er den Menschen frei von jeder andern Abhängigkeit. Diese Kantischen Gedanken haben auch, abgelöst von seinem philosophischen System, ihren bleibenden Wert behalten. Sie bringen den Geist des „Preußentums“ zum Ausdruck und sind im neuen Deutschen Reich zur inneren Grundlage seiner Wehrkraft geworden. Oder ruht nicht die unbedingte Zuverlässigkeit der deutschen Beamten, die sichere Promptheit jeder militärischen Bewegung in unserm Heere auf diesem innerlich begründeten Pflichtgefühl? Vom Kaiser bis zum geringsten „Schipper“ weiß jeder, was er zu

¹⁾ Von der Holsteinischen Familie, die dem Staate 30 Generale gestellt hat, dienten z. B. unter Friedrich dem Großen 67, im Kriege der Gegenwart sind 37 unter den Waffen.

tun hat, und jeder erfüllt seine Pflicht, nicht weil es ihm selbst nützt oder Vergnügen bereitet, sondern weil er weiß, daß nur so das Ganze gedeihen kann. Wohl hat es eine Zeit gedauert, bis solch Pflichtgefühl zu einem herrschenden Faktor wurde, und noch heute hat es im politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Leben immer wieder neu um seine Oberherrschaft zu kämpfen. Es mag manchem nur als „leere Form“ oder blasse Idee erscheinen, und doch hat diese Idee, realisiert im Geist des deutschen Heeres, einen weltgeschichtlichen Einfluß bekommen. Der gute Geist Preußens, „die Pflicht“, von dem Königsberger Philosophen zum Grundsatz des allgemeinen menschlichen Handelns erhoben, hat in seiner nüchternen Einfachheit und schonungslosen Unerbittlichkeit alle Weichlichkeit, alle Genußsucht und Bequemlichkeit, allen wirtschaftlichen und sozialen Egoismus, auch alle Sentimentalität vom deutschen Heere ferngehalten. Ob's wehe tut oder nicht, ob Kunstdenkmäler oder andre Werke zugrunde gehen oder nicht, ob der Soldat selbst hungern, entbehren oder sterben muß, der deutsche Soldat tut seine Pflicht und baut dadurch nicht nur seines Volkes, sondern der Menschheit Größe.

Verwandt mit diesem soldatischen Pflichtgefühl ist der kriegerische Sinn, der, zuerst im preußischen Volk gepflegt, jetzt zum deutschen Gemeingut geworden ist. Er wird von unsern Feinden ebenso wenig verstanden wie der Gedanke der Pflicht. Denn wird der Gehorsam von ihnen als Sklavensinn betrachtet, so gilt ihnen der kriegerische Sinn als Eroberungslust oder das Bestreben, Handel in der Welt anzufangen. Beides hat gar nichts miteinander zu tun. Keiner der preußischen Könige hat seine Untertanen gebrüht und mißhandelt, wenn er auch Gehorsam forderte, keiner hat den Krieg gesucht, auch wenn er ihn tapfer zu führen wußte. Aber unentbehrlich für die Kraft des deutschen Volkes ist in der Tat die innere Bereitwilligkeit und Tapferkeit, auch mit Lust und Geschick das Schwert zu führen, wenn es sein muß. Einem weltfernen Idealisten mag man es verzeihen, wenn er vom „ewigen Frieden“ schwärmt. Wer in der Welt der Wirklichkeit lebt, weiß, daß Kriege im Völklerleben unentbehrlich sind und immer bleiben werden. Dann ist es aber auch eine Tugend, wenn sich ein Volk den Sinn für kriegerische Tüchtigkeit erhält, wenn es seine Freude hat an Kriegstaten und Soldatenleben. Es würde ein Unglück für unser Volk sein, wenn ihm dieser Sinn abhanden käme, und der Weltkrieg der Gegenwart sorgt dafür, daß Soldaten das liebste Spielzeug deutscher Knaben bleiben und daß deutsche Frauen ihre Ehre dareinsetzen, daß ihre Männer beteiligt sind am Kampfe für Freiheit und Recht. Könige, die vom Pferde fallen, wenn die Truppen Hurra rufen, können wir nicht gebrauchen, und Staatsoberhäupter, die im schwarzen Rock und Zylinder Paraden abnehmen, wären bei uns unmöglich. Alle Stände setzen ihre Ehre darein, an der Kriegsführung beteiligt zu sein. Auch die Theologen haben es, wenigstens in der evangelischen Kirche, abgelehnt, vom Dienst mit der Waffe ausgeschlossen zu werden. Wir alle haben jetzt etwas von der Größe des Krieges erfahren, von der Wucht des Staatsgedankens, von der Heiligkeit der Vaterlandsliebe, von der Macht brüderlicher Kameradschaft,

selbst von dem Segen des Burgfriedens unter den streitenden Parteien. So viel Grausiges auch ein Krieg mit sich bringt, es überwiegen doch die Segensmächte solcher Zeit eines heiligen, gerechten und unvermeidlichen Kampfes. Allzulange Friedenszeiten haben einem Volke nie Gutes gebracht — auch der Krieg der Gegenwart hat uns große sittliche Kräfte erneuert.

Daher weg mit all der weichlichen und weibischen Friedensduselei! Das deutsche Volk will allezeit ein ritterliches und kriegstüchtiges Volk bleiben. Unsere Armee ist und bleibt die populärste Erscheinung des öffentlichen Lebens, und das soll so bleiben. Das allein macht es möglich, auch den ungedienten Landsturm, soweit es irgend möglich ist, als Ersatzreserve zu verwenden, weil jeder Deutsche, wie es Friedrich Wilhelm I. von seinen Preußen sagte, für die Waffen geboren ist. Keiner von uns, die wir es jetzt erleben, wird diese Zeit wieder vergessen können, da er Professoren, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter, Leute jeden Standes und jeden Alters miteinander in der Front stehen sah, und täglich zeigt uns das Straßenbild dieselbe erhebende Erscheinung: das deutsche Volk in Waffen.

*

Freilich werden wir es unsern Feinden zugeben müssen: diese durch eiserne Disziplin und Gehorsam zusammengehaltenen Massen unter einheitlicher Führung und von einer durch Generationen hindurch gelübten kriegerischen Tüchtigkeit könnten zu einem Schrecken der Menschheit werden, wenn sie nicht zugleich befeelt wären von hohen menschlichen Idealen. Wir werden zwar jetzt als Barbaren verschrien, und doch weiß die ganze Welt, daß sie es nicht nur mit einer wohldisziplinierten Masse von Stahl und Eisen zu tun hat, sondern mit einem Volk, das auch in Waffen ein Volk der Dichter und Denker bleibt. Neben wir daher von den inneren Grundlagen der deutschen Wehrkraft, so darf diese innere Welt der Gedanken nicht vergessen werden.

Schon allein die Tatsache, daß jeder Soldat weiß, wofür er kämpft, weil „Vaterland“ und „Freiheit“, „Recht“ und „Menschenwürde“ keine leeren Worte, sondern lebendige Ideale sind, bedeutet eine ungemeine Stärkung unserer Widerstandsfähigkeit.

Auch die deutsche Kaiseridee, die deutsche Treue, die deutsche Einigkeit sind zu unauslöschlichen Gemütswerten geworden, die dem Soldaten das Herz stark machen. Sie gehören zu den inneren Grundlagen der deutschen Wehrkraft. Wie sind sie in unserm Volke mächtig geworden?

Hat bisher „Preußen“ immer im Vordergrund unserer Betrachtung gestanden, so haben an dieser ideellen Rüstung alle deutschen Stämme mitgearbeitet, und vielleicht sind Mitteldeutsche und Süddeutsche darin dem nüchternen, aber kulturarmen Norden überlegen gewesen. Wir müßten die ganze deutsche Geistesgeschichte uns vergegenwärtigen, wollten wir erkennen, wie tief der Baum deutschen Wesens gewurzelt ist, der uns das Edelholz liefert, aus dem unsere Soldaten geschnitten sind. Es mag in diesem Zusammenhang genügen, darauf hinzuweisen, was uns auch für die vaterländische Entwicklung unsere großen

klassischen Dichter gewesen sind, die im Zeitalter Friedrichs des Großen und der Freiheitskriege lebten. Freilich scheinen gerade die größten unter ihnen dem vaterländischen Gedanken fernzustehen. Goethe lächelte noch im Frühjahr 1813 über Theodor Körners Waffenbegeisterung und meinte: „Ihr werdet es nicht zwingen, er ist euch zu groß,“ und selbst Schillers Gedanken bewegten sich mehr in der allgemeinen Richtung auf Freiheit und Würde des Menschen, so viel flammende Worte er auch für die vaterländische Begeisterung im „Wilhelm Tell“ gefunden hat. Trotzdem sind beide Dichter deutsch bis ins Mark. Nicht nur, daß sie der deutschen Sprache neue Flügel geliehen haben und das deutsche Gemütsleben auf tiefste beeinflussten: sie haben auch, im Gegensatz zur französischen Aufklärung, das Ideal der Freiheit und der Menschenwürde in deutscher Weise zur Darstellung gebracht. Indem sie den Sinn für antike Heldengröße wieder weckten und zugleich die höchsten Ideale des freien Menschentums erneuerten, haben sie den Boden geschaffen für das Ideal des freien deutschen Mannes, wie es uns dann Ernst Moritz Arndt in einer vaterländisch orientierten Form vorgehalten hat.

Schiller hat uns den tiefen Gedanken, der sich jetzt von neuem bewährt, zu eigen gemacht: die Weltgeschichte ist das Weltgericht, und hat uns unveräußerliche ethische Maßstäbe gereicht, an denen wir das Weltgeschehen messen. Der „Rüttelschwur“ im „Wilhelm Tell“:

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr,
Wir wollen frei sein, wie die Väter waren,
Eher den Tod, als in der Knechtschaft leben,
Wir wollen trauen auf den höchsten Gott
Und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen“

ist unserm Volk zur Losung geworden, und sein flottes Reiterlied in „Wallensteins Lager“ mit seinem Schluß:

„Und sehet ihr nicht das Leben ein,
Nie wird euch das Leben gewonnen sein!“

hat den Ton angeschlagen für die vaterländische Soldatenpoesie der Freiheitskriege, die in Theodor Körner ihren besten, heute von neuem wirksamen Sänger gefunden hat. Goethe hat dem schwunghaften Pathos der Volksbegeisterung ferner gestanden, und doch hat gerade seine innere Vertiefung deutschen Wesens Gestalten geschaffen, die unvergänglich sind. Er hat dem oft nivellierenden Geist preussischer Ordnung das geistige Gegengewicht gegeben in der geistigen Persönlichkeitskultur des freien Menschen. Er hat die Seele der Deutschen wieder erfüllt mit dem Glauben an Wahrheit und Schönheit und zugleich die Lebenskunst gezeigt, wie wir in der rauhen Welt der Wirklichkeit unsere höchsten Ideale behalten. Herder aber hat das deutsche Volk wieder erinnert an seine alte Volkspoetik und die Romantiker haben alte Sage und Dichtung wieder lebendig gemacht zur Stärkung des Heldennutzes und der tiefempfundenen Begeisterung.

Wir müssen der Versuchung widerstehen, hier auf dies große Stück deutscher Geistesgeschichte näher einzugehen. Aber auf den inneren Zusammenhang mit der Gestaltung deutscher Wehrkraft mußten wir hinweisen. Hier liegt auch die Widerstandskraft in schwerer Zeit. Ein Wort der Königin Luise, kurz vor ihrem Tode geschrieben, drückt die ideale Gesinnung jener Zeit, die auch Fichtes Reden beseelte und Schleiermachers Predigten ihre Kraft gab, am schönsten aus: „Ich glaube fest an Gott, also auch an eine sittliche Weltordnung. Diese sehe ich in der Herrschaft der Gewalt nicht: deshalb bin ich der Hoffnung, daß auf die jetzige böse Zeit eine bessere folgen wird. Ganz unverkennbar ist alles, was geschehen und geschieht, nicht das Letzte und Gute, wie es werden und bleiben soll, sondern nur die Bahnung eines Weges zum besseren Ziele hin. Dieses Ziel scheint aber in weiter Entfernung zu liegen: wir werden es wahrscheinlich nicht erreicht sehen und darüber hinstirben. Wie Gott will! Alles, wie er will! Aber ich finde Trost, Kraft und Mut und Heiterkeit in dieser Hoffnung, die tief in meiner Seele liegt. Ist doch alles in der Welt nur Uebergang! Doch wir müssen durch! Sorgen wir nur, daß wir mit jedem Tage weiser und besser werden.“ In diesen Worten ist christlicher Vorsehungsglaube, Schillerscher Idealismus und Goethesche Seelenvertiefung miteinander vereint. Aus diesem Geiste heraus haben auch die Männer gearbeitet, die uns in der schwersten Zeit des Niedergangs die Grundlage für die deutsche Wehrordnung schenkten. Männer wie Scharnhorst, Gneisenau und Bohn hatten wohl den preußischen Grundgedanken in sich aufgenommen, wie Gneisenau ihn formulierte:

„Begeistere du das menschliche Geschlecht
Für seine Pflicht zuerst, dann für sein Recht.“

Aber sie haben gewußt, daß den Pflichten auch Rechte entsprechen. Ihre Armee-reform, die jeden waffenfähigen Staatsbürger für eine Zeit zum Heeresdienst für das Vaterland bestimmte, war ja nur ein Glied in der großen Umgestaltung des Rechtslebens durch die Steinische Gesetzgebung. Der alte Reichsfreiherr aus dem Nassauer Land arbeitete ja mit Bewußtsein darauf hin, alle Untertanen in die Selbstverwaltung mit hineinzuziehen und ihnen in einer allmählichen Entwicklung reichere Interessen, mehr Rechte und dadurch auch mehr Freude am vaterländischen Leben zu geben. Zugleich sollte durch die Förderung des Schulwesens und die Entwicklung der Universitäten die allgemeine Durchschnittsbildung des ganzen Volkes gehoben werden. So wurde die allgemeine Wehrpflicht gleichzeitig mit der Erhöhung der wirtschaftlichen Selbständigkeit auf dem Lande, mit einer Erweiterung der Selbstverwaltung in den Städten und mit einer Reform des Heeres selbst eingeführt. Letztere bezog sich auf die Ergänzung des Offizierkorps auch aus bürgerlichen Kreisen, auf die Beseitigung der ausländischen Werbung und die Abänderung der militärischen Strafen in Rücksicht auf ein verfeinertes Ehrgefühl. So allein konnte das Heer ein Volksheer werden, in dem zu dienen jedem Mann ohne Unterschied zur höchsten Ehre gereicht. Schon bald nach dem Frieden von Tilsit (1807) wurde mit dieser Reform begonnen, und gleich nach dem Kriege von 1814 konnte die allgemeine

Wehrpflicht zum Gesetz erhoben werden. Scharnhorst und Gneisenau hatten das Werk begonnen, Boyen gelang es unter vielen Schwierigkeiten, die nicht zum wenigsten auch von dem alten Adel herkamen, die Sache durchzuführen. Die alten Offiziere aus der Zeit Friedrichs des Großen konnten sich gar nicht in die neue Zeit finden. Auch Bedenken, die jetzt in England erhoben werden, es leide unter der allgemeinen Wehrpflicht die wirtschaftliche Kraft des Landes, sind auch damals in Preußen erhoben worden. Man hat den Mut gehabt, über sie hinwegzugehen. Am 3. September 1814 wurde das Wehrgesetz unterzeichnet. Im nächsten Jahre wurde es durch die Landwehrordnung ergänzt. Das Ganze ruhte damals auf dem idealistischen Vertrauen, daß sich das preußische Volk in diesen Dienst einleben würde und daß die Wehrordnung Hand in Hand mit der politischen und wirtschaftlichen Reform ein großes, starkes Staatswesen zu begründen geeignet sei. Nicht alle diese Hoffnungen sind auf einmal in Erfüllung gegangen — aber den Enkeln ist geglückt, was den Vätern versagt blieb. Das Heer hat seinen Charakter bewahrt, auch das Offizierkorps hat sich seinen alten Ehrbegriff erhalten; die ideellen Hoffnungen, welche die Reformer im Auge hatten, dem selbständigen freien deutschen Mann Freude an dem Vaterland zu geben, das er zu verteidigen berufen war, sind doch wenigstens mit der Zeit verwirklicht worden. Nur in Verbindung mit den von ihren Begründern von vornherein ins Auge gefaßten idealen Zielen hat die preußische Wehrordnung zur wesentlichsten Grundlage der deutschen Wehrkraft werden können.

In unmittelbarer Nachwirkung der religiösen und sittlichen Erneuerung des deutschen Geisteslebens, wie sie durch Fichte, E. M. Arndt, Schleiermacher und W. v. Humboldt herbeigeführt wurde, war es zuerst die Schulreform, die der preußischen Staatsverwaltung gelang. Eine staatliche Schulpflicht hatte Preußen schon seit 1717; auch hatte die pädagogische Reformbewegung des achtzehnten Jahrhunderts bereits eine Fülle neuer Anregungen für die Entwicklung des Schulwesens gegeben, besonders unter Pestalozzis Einfluß. Nun aber machte die preußische Regierung diese Ideen für das Volksschulwesen wirksam. Die durchschnittliche Höhenlage der Volksschule wurde wesentlich gehoben; der Lehrerstand erhielt eine methodische feste Ausbildung, und die Volksschule wurde auch in finanzieller Richtung wohl versorgt. Ebenso entfalteten die Gymnasien ein reiches Leben unter dem Einfluß der Erneuerung des Verhältnisses für das klassische Altertum. Die Universitäten aber, voran die neugegründete Universität der Hauptstadt, wurden zu Mittelpunkten reichen geistigen Lebens. Dadurch wurde auf allen Stufen der Volksbildung ein so hoher Durchschnittsstand erreicht, wie es bis dahin ganz unbekannt gewesen war. Man hat deshalb schon nach der Schlacht bei Königgrätz davon gesprochen, der preußische Volksschullehrer habe eigentlich den Sieg gewonnen. Ist das auch übertrieben, so kann es doch keine Frage sein, daß die allgemeine Hebung der Volksbildung, wie sie jetzt ein Gemeingut Gesamtdeutschlands geworden ist, die allgemeine Wehrkraft wesentlich erhöht hat. Kann doch fast jedem Soldaten ein gewisses Maß selbständigen Handelns anvertraut werden, und die Unteroffiziersbildung

reicht so weit, daß im Notfall auch die Führung eines Zuges oder gar einer Compagnie solchem Mann anvertraut werden kann.

Die Universitäten und Technischen Hochschulen sind zu Hauptpflegestätten vaterländischen Geistes geworden, und die studentische Jugend versagt nie, wo es die Verteidigung des Vaterlandes gilt. Die höhere Bildung ermöglicht es, das Reserveoffizierkorps ausreichend zu ergänzen. So ist die Entwicklung des Schul- und Bildungswesens auf allen seinen Stufen eine der wichtigsten Grundquadern in dem Aufbau der vaterländischen Wehrkraft geworden.

Selbstverständlich ist mit der wachsenden Bildung auch der Anspruch auf ein politisches Mitverwaltungsrecht für den Staatsbürger größer geworden. Schon nach den Freiheitskriegen drängte alles auf Ausführung dieser selbstverständlichen Folge der Einführung allgemeiner Wehrpflicht. Es war eine schwere Enttäuschung gerade für die gebildeten Kreise der Nation, daß diese Entwicklung unter dem Einfluß des Bundes mit Rußland und Oesterreich sich so langsam vollzog. Auf diesem Gebiete versäumte es die Regierung, die Führung selbst zu übernehmen. Sie ließ sich drängen und schließlich zwingen zu dem, was sie hätte geben müssen. Aber es hat vielleicht auch sein Gutes gehabt, daß die Entwicklung eine gehemmte und daher langsamere war. Durch das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht erkannte Bismarck die Folgerungen an, welche die Reorganisation des Heeres unter Wilhelm I. von neuem haben mußte.

Es liegen schwere Mängel in diesem Wahlrecht des neuen Deutschen Reiches, aber sie werden aufgehoben durch den Vorzug der Anerkennung gleicher staatsbürgerlicher Rechte aller Wehrpflichtigen. Die Haltung aller Parteien hat es bewiesen, daß in den großen Entscheidungsstunden sich niemand mehr den großen Notwendigkeiten des Staatslebens entziehen kann. Die neue Aufschrift, die jetzt das Reichstagsgebäude erhält, „Dem deutschen Volke“, gibt der Anerkennung dieses Rechts einen symbolischen Ausdruck. In dem Maße, als jeder Staatsbürger mitwirken darf, übernimmt er auch einen Teil der Mitverantwortung für die Interessen des Ganzen. Niemand soll politische Forderungen aus der Erfüllung seiner vaterländischen Pflicht ableiten — aber die Anerkennung der Volksrechte ist doch mit der Aufrichtung der allgemeinen Volkswehr im Prinzip gegeben. Die innere geistige Selbständigkeit unsrer Wehrleute, das Selbstgefühl des freien Mannes verträgt sich mit jedem Gehorsam im Dienst, nicht aber mit noch so wohlgemeinter patriarchalischer Bevormundung im politischen und wirtschaftlichen Leben. Daß unser Reichsheer ein Heer von freien, gleichgeachteten Männern ist, macht seine Disziplin so leicht und seine moralische Gewalt so stark.

Eng mit dieser politischen Entwicklung verbunden ist die ebenfalls durch die gesteigerte Allgemeinbildung geförderte wirtschaftliche Entfaltung. Nicht allein etwa der Wille des Herrschers, sondern die natürliche Ausbreitung des deutschen Handels und der Erwerb deutscher Kolonien hat die Ausdehnung unsrer Wehrhaftigkeit auch auf das Meer notwendig gemacht. Der immer erneute Ausgleich der Interessen von Industrie und Landwirtschaft durch die starke Hand der Regierung hat dazu geführt, die eigenständige Volksernährung durchzuführen und

zugleich die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reichs ins Ungemessene zu steigern. Unserer Industrie verdanken wir Geschosse aller Art, Ersatz des Salpeters und der Baumwolle und damit das Waffenarsenal für den Kampf gegen eine Welt von Feinden; der Landwirtschaft danken wir die Ernährung und Unterhaltung des Riesenheeres und der heimatischen Bevölkerung. Diese Dienste aber haben unserer Wehrkraft nur geleistet werden können, weil die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit Handel und Industrie gewährleistete blieb und zugleich der Arbeiterstand durch methodische Fürsorge kräftig erhalten wurde. Der fast allmächtige Sozialismus, in dem wir uns während des Krieges befinden, wird ja zugunsten der Freiheit der Eigenbewegung wieder eingeschränkt werden, ohne die Großen auf die Dauer nicht bleiben kann. Aber zunächst wird der Ausgleich wirtschaftlicher Interessen geschaffen, den wir brauchen, auf der auch die wahre Freiheit des Einzelnen beruht. Auch bis in die alten Hochburgen des Landadels wird sich diese Bewegung fortsetzen und die wirtschaftliche Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit jedes deutschen Mannes sichern.

Damit hängt es denn auch zusammen, daß ein hohes Maß der Ausgleichung der Standesunterschiede notwendig wird, nicht um Pflicht und Autorität zu verdrängen, um Männer und Frauen, Führer und Geleitete ohne Ueberlegung gleichzumachen oder alle Unterschiede der Geburt, der Erziehung und Bildung zu beseitigen. Aber die innere Gleichachtung der Stände untereinander ist so eng mit der Allgemeinheit und Gleichheit der Wehrpflicht verknüpft, daß eine freie innere Gleichachtung jeder Arbeit und jedes Standes alle Vorurteile beseitigen und das gegenseitige Vertrauen der Volksklassen zueinander heben muß. Es ist ja kein Zweifel, daß die Aufnahme des Bürgertums in den Offizier- und Beamtenstand diesem nicht geschadet hat; ebensowenig wird es jetzt unserm Heere schaden, wenn viele aus den mittleren Klassen in Offizierstellen eingerückt sind oder wenn gelernte Arbeiter sich eine neue Stufe im sozialen Leben erworben haben. Wird daraus keine schablonenhafte Gleichmacherei, werden die alten Ueberlieferungen der Offiziersfamilien geehrt und geachtet, behalten Bildung und Gesinnung ihren maßgebenden Wert, so kann auch jede ehrliche Arbeit ihre Anerkennung im sozialen Leben finden. Der soziale Frieden und die Wehrkraft des deutschen Volkes steigen oder fallen miteinander. So mag der Krieg der Gegenwart dazu dienen, uns dem sozialen Frieden auch mit der arbeitenden Klasse näherzuführen, wie er vor hundert Jahren uns mit der allgemeinen Wehrpflicht auch die Aussöhnung zwischen Adel und Bürgertum brachte, ohne doch ihre geschichtliche Eigenart zu verwischen.

Sind wir damit am Ende? Läßt sich über die Grundlagen der deutschen Wehrkraft reden, ohne der Religion zu gedenken:

„Wer ist ein Mann? Der beten kann
Und Gott dem Herrn vertraut!“

So hat es uns Ernst Moritz Arndt gesungen, und wir lassen dabei zunächst alle konfessionellen Unterschiede zurücktreten. Es ist nicht nur der Zwang des Burg-

friedens — es ist ehrliche Ueberzeugung, daß wir jetzt auch unseren katholischen Brüdern die Hand reichen, die mit uns das Vaterland verteidigen. Die Grundstimmung festen christlichen Gottvertrauens, die Ueberzeugung, daß Gott mit uns ist im heiligen Krieg, verbindet uns und läßt uns schweigen von dem, was uns trennt. Das alte Lutherlied: „Ein feste Burg ist unser Gott“ ist jetzt im Felde von evangelischen und katholischen Soldaten miteinander gesungen worden. Die herrlichen Psalmen des Bibelbuchs sind uns gemeinsam, und die Selbstbesinnung darauf, daß Gott nur einem frommen Volke helfen kann, ist in unseren Tagen eine weitverbreitete. Jede Konfession wird aber diese Frömmigkeit in ihrer Art ausgestalten und zum Ausdruck bringen. Wir Evangelischen können nicht anders: wir geben uns der vaterländischen Gemeinschaft ohne Vorbehalt; wir kennen auf Erden nur ein Oberhaupt. Das ist unser Deutscher Kaiser; wir haben keinen Herrn jenseits der Berge. Auch sind wir überzeugt, daß treue Vaterlandsiebe und freier Mannesmut des Wehrmanns da am tiefsten wurzeln, wo die Freiheit des Christenmenschen bekannt ist, die zum freien Herrn aller Dinge macht, niemand untertan und doch in der Liebe zugleich zum dienstbaren Knecht aller und jedermann untertan.

Wir sind auch bei der Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung davon überzeugt, daß es ein Segen gewesen ist, daß unsre Hohenzollern treue Schirmherren des evangelischen Glaubens wurden. In dem Unterbau, den der Große Kurfürst schuf, war der evangelische Grundcharakter seines Staats ein wesentliches Moment. Friedrichs des Großen Eigenart ist nicht denkbar gewesen ohne die protestantische Gewissensfreiheit; Friedrich Wilhelm III. und die Begründer der allgemeinen Wehrpflicht begründeten zugleich die evangelische Union, und Kaiser Wilhelm I., Moos und Bismarck sind unverstänlich ohne die feste Grundlage evangelischen Glaubens. Das hat auch unser Kaiser noch oft bezeugt. So lassen wir Evangelischen es uns auch nicht nehmen, daß wir den innersten Kern deutscher Wehrhaftigkeit nach unserer Ueberzeugung mit der Innigkeit und Festigkeit eines selbständigen persönlichen Glaubens in Verbindung setzen, der keinen andern Herrn kennt als Gott den Herrn selbst und keine andere Wahrheit als die innere Befreiung von Schuld und Tod durch unseren himmlischen Erlöser. Deshalb war Luther ein so guter Deutscher; deshalb wollen wir es bleiben, unserer Eigenart treu, ohne andersdenkende deutsche Brüder zu mißachten.

Hier verankert sich die deutsche Wehrhaftigkeit am tiefsten. Deshalb fand das Wort Bismarcks so lebendigen Widerhall: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts in der Welt.“ Unsre Krieger, das ganze deutsche Volk beweisen jetzt, daß sie die ganze Welt nicht fürchten. Wir wollen aber dafür sorgen, daß auch der erste Satz des Bismarckwortes wahr bleibt. Wir fürchten Gott und vertrauen ihm als dem Vater unsres Lebens.

Briefe von Jakob Burckhardt und Paul Heyse

Mitgeteilt von

Erich Pezet (München)

Wer das „Italienische Lieberbuch“ Paul Heyses kennt, wird nicht leicht die Widmung an den Verfasser des „Cicerone“ vergessen, die mit unvergleichlicher Anmut persönliche Erinnerungen mit einer feinsinnigen und klar umrissenen Zeichnung des Wesens und der Formen des italienischen Volksliedes verbindet. Dem großen Romanisten unter unsern Kunst- und Kulturhistorikern konnte kein entsprechenderes Angebinde gegeben werden von dem Dichter, der wie kein anderer das Schönheitsideal südlicher Kunst bewahrt und festgehalten hat. In ihrer warmen Liebe zu Italien, die übrigens doch nicht blind war für die naive fittliche Unbedenkllichkeit des Volkes und die daher seiner politischen Zuverlässigkeit in späteren Jahren kein volles Vertrauen mehr zu schenken vermochte, und in ihrer leidenschaftlichen Verehrung seiner großen Kunst, die ihnen immer gleich teuer blieb, stimmten beide völlig überein, und gemeinsam verlebte Tage in Rom hatten diese Uebereinstimmung noch fester begründet. Aber auch darüber hinaus waren sie einander enge verbunden durch die gemeinsame Treue gegen Franz Rugler, unter dessen Augen sie beide in Berlin die entscheidenden Grundlagen ihres geistigen Wirkens gelegt hatten, und gegen sein gastliches Haus, aus dem sich ja Heyse die erste Gattin geholt hatte, vor allem aber durch die sichere Erkenntnis, welche überragende Bedeutung der Persönlichkeit des andern zukam. Für Heyse war der große Baseler Humanist mit seinem gerne betonten Goetheschen Dilettantismus so recht ein Gelehrter nach seinem Herzen, dessen künstlerisch überlegene Gestaltung erst der umfassenden genialen Forschung den Ewigkeitswert verlieh. Burckhardt aber erkannte in dem Freunde den Typus des Künstlers, den er am höchsten stellte und der ihm in Raffael und Goethe verkörpert war; weil er seine Werke mit diesem hohen Maßstab messen und in einer Gegenwart unkünstlerischer Tendenzen als echt befinden konnte, darum bewahrte er ihnen eine sich immer wieder erneuernde Teilnahme, die auch in den schweigsameren späteren Lebensjahren nicht erlosch. Hierfür legen die folgenden Briefe¹⁾ berebtes Zeugnis ab. Sie wollen nicht aus der sturmbelegten Gegenwart heraus beurteilt, sondern aus ihrer Zeit verstanden werden; dann wird niemand verkennen, welcher dauernde Wert für die deutsche Geistesgeschichte des neunzehnten Jahrhunderts in ihnen liegt.

¹⁾ Der vollständige Briefwechsel zwischen Jakob Burckhardt und Paul Heyse soll, von Erich Pezet herausgegeben, im Laufe dieses Sommers im Verlage von F. F. Lehmann in München erscheinen.

1. Jakob Burckhardt an Paul Henke.

Basel, 16. September 1860.

Liebster Paul!

Hiermit sende ich Dir mein neuestes Opus,¹⁾ um Dir für Deine viele treue Freundschaft wenigstens ein kleines Sinnbild meiner Dankbarkeit zu stiften.

Excipe pacato, Caesar Germanice, vultu
Hoc opus etc.²⁾

d. h. ärgert euch nicht, ihr Deutschen, wenn ich den Welschen einige Prioritäten vindiziere, die ihnen gehören. Ich bin noch ziemlich vorsichtig gewesen und habe einiges weggelassen, was geschrieben stand, und andres in Baumwolle gehüllt, doch immer nur was den Ausdruck betrafte, denn die Sachwahrheit habe ich weder verhüllt noch weggestrichen.

Derjenige, welchen ich mit der Widmung heimsuchte, ist Oßionide,³⁾ mein alter Lehrer, Kollege und Freund. Wir haben uns inzwischen, wie viele vernünftige Leute, mit dem Hause Sardinien ralliiert⁴⁾ und fürchten nur, unsre guten Gefinnungen möchten par distance nicht viel helfen. Wir konnten uns mit Ehren ralliieren, da besagtes Haus nach Kräften seine eignen Wege geht.

Wird nun nicht ein gewisser Jemand⁵⁾ doch allgemach für euch Poeten reif? „Herr, er stinkt schon.“⁶⁾ Im übrigen wird die Welt jetzt sehr unterhaltend, so daß man mein Buch vielleicht wenig lesen wird. Dies ist mir aber, nun es einmal lanciert ist, gleichgültig. Das Fertigmachen und Herausgeben hat eine solche dumpfe Mattigkeit bei mir hinterlassen, daß ich an das Schicksal des Buches gar nicht denke. Mein Verleger hat freilich das Recht, andrer Meinung zu sein. Er hat das Ding nobel ausgestattet, so daß ihn das Papier allein per Exemplar über einen Gulden kostet.

Am 27. d. gedenke ich nach Paris abzureisen und Ende Oktober wieder zu kommen. Ich verspüre wieder einen heftigen Durst nach älteren Kunststücken und bedarf noch eines rechten Schluckes fremder Luft, ehe ich mich in das Wintersemester stürze. Die Abende sitze ich diesmal nicht in den Theatern, sondern im Kaffeehaus. Erstens spare ich Geld, zweitens erkälte ich mich nicht

¹⁾ „Die Kultur der Renaissance“. Basel 1860.

²⁾ Vgl. Ovids Fasti lib. I, V. 3 f., die Widmung an Germanicus.

³⁾ Deckname für Luigi Piccioni, Professor am Gymnasium und an der Universität Basel.

⁴⁾ Noch am 22. Februar 1859 mochte Burckhardt wie sein Freund Piccioni dem „Bonapartistisch-Cavourischen Lager“ nicht angehören. Nach dem Frieden von Villafranca aber, bei dem Napoleon die italienischen Hoffnungen so sehr enttäuschte, konnten sie beide in der Tat sich mit Viktor Emanuel um so mehr „ralliieren“, als dessen und Cavour's weitere Erfolge nicht mehr Frankreich zu verdanken waren, sondern im Gegensatz zu diesem mit schweren Opfern erkauft waren.

⁵⁾ Napoleon III.

⁶⁾ Vgl. Evangelium Johannis, Kap. 11, Vers 39.

beim Heimgehen aus jenen Glutöfen. Louvre und Kaffeehäuser sind mein ganzes bis jetzt bekanntes Programm, außerdem viel Spazierengehen.

Grüße schön Frau Klara¹⁾ und die ganze werthe Familie.

Wenn Geibel irgend Lust verspüren sollte nach meinem Buche, so schicke ich ihm auch ein Exemplar.

Auch noch eins: auf pag. 2 verspreche ich „in einiger Zeit“ ein zweites Werk über Kunst der Renaissance.²⁾ Damit hat es gute Weile, ich habe das Schreiben völlig satt und bereue jenes Versprechen schmerzlich.

Nun lebe wohl, liebster Paul, in Treuen Dein

J. Burckhardt.

P. S. Bei unserm Universitätsjubiläum³⁾ sah ich Windscheid⁴⁾ in kreisrotem Talar und Barett, worin er sich ganz vermünscht ausnahm. Ribbeck⁵⁾ sah ich nur sehr flüchtig, wie man die Leute bei diesen gargantuinischen Riesenfesten⁶⁾ sieht.

2. Paul Heyse an Jakob Burckhardt.

Mit schönstem Gruß erfolgt hierbei ein langer gedruckter Brief,⁷⁾ der schon längst reisefertig war, Dich aber noch nicht zu Hause anzutreffen glaubte.

¹⁾ Heyses Schwiegermutter, Klara Kugler, geb. Hsigg, die nach dem Tode ihres Gatten Franz Kugler (1808—1858) nach München übergesiedelt war.

²⁾ Das Werk über die Kunst der Renaissance, soweit es überhaupt ausgeführt wurde, ist erst 1867 als erster Teil des IV. Bandes von Kuglers Geschichte der Baukunst erschienen; Malerei und Plastik hat Burckhardt nach der freien Darstellung des „Cicerone“ nicht mehr systematisch behandelt.

³⁾ Die Universität Basel, 1459 vom Papst Pius II. (Aeneas Sylvius) gestiftet und 1460 eingeweiht, feierte im Jahre 1860 ihr vierhundertjähriges Stiftungsfest.

⁴⁾ Der Jurist Bernhard Windscheid (1817—1892), der zu den Freunden Paul Heyses zählte, war als Vertreter der Universität München, der er von 1857 bis 1871 angehörte, zu dem Feste gekommen; von 1847 bis 1852 war er Professor in Basel gewesen.

⁵⁾ Der Philolog Otto Ribbeck (1827—1898), der nächste Jugendfreund Heyses, war als Vertreter der Universität Bern, an der er von 1856 bis 1861 wirkte, zu dem Feste gekommen.

⁶⁾ Rabelais (1495—1553), in dessen satirischem Roman Gargantua und Pantagruel das animalische Wohlbefinden bei Völlereien und Gastereien eine so große Rolle spielt, war Burckhardt wohl vertraut, aber wenig erfreulich: „Nur ungern mischen wir diesen Namen in unsre Forschung; was der gewaltige, stets barocke Franzose gibt, gewährt uns ungefähr ein Bild davon, wie die Renaissance sich ausnehmen würde ohne Form und ohne Schönheit.“ („Kultur der Renaissance“. 1. Ausgabe 1860, S. 431.)

⁷⁾ Der lange gedruckte Brief Heyses ist seine Einleitung zum „Italienischen Liederbuch“, das bei Wilhelm Herz (1860) erschienen war. In dieser in Briefform gehaltenen Abhandlung heißt es: „Wenn der Waffenlärm jenseits der Alpen, der gegenwärtig mit den Musen auch den Gesang der Vögel, „die auf den Zweigen wohnen“, verscheucht, verschollen und die Frucht so vieler heroischer Mühen geerntet ist, werden in dem freien und einigen Italien die Blicke sicherlich nicht zuletzt auf die heimische Volkspoesie zurückgelenkt und die Forschungen im größeren Maßstabe wieder aufgenommen werden.“ (S. XXII f.)

Da Du Dich mit dem Hause Sardinien ralliiert hast, brauche ich mich wegen der einzigen kompromittierenden Stelle (welche die Augsburgerische Babylonierin¹⁾ mir ohne Zweifel aufmucken wird), den Passus meine ich von der „Frucht so vieler heroischer Mühen“, nicht zu entschuldigen.

Im übrigen, wenn Du es mir verübeln solltest, daß ich Deinen Namen unnützlich geführt habe, so kann ich nur bemerken, daß es von Herzen gerne geschehen ist und mir eine stille süße Schadenfreude gewährt, insbesondere wenn ich diese meine zwang- und formlose Zudringlichkeit²⁾ mit Deiner Aufschrift „Herrn Professor P. Heyse“ vergleiche. Wir Höflinge und Schranzen sind am Ende doch bequemere Menschen als ihr freie Schweizer, die ihr einen armen Poeten erst zum Professor machen müßt, ehe ihr ihm ein gelehrtes Buch gönnt.

Nun aber meinen erstaunlichsten, dankbarsten Dank für diesen Thesaurus, dessen Gewicht mir an so manchem leeren oder leichtfertigen Tage die Seele ins Gleichgewicht gebracht hat. Ich bin vorgestern endlich aus der Pfalz³⁾ zurück, wo ich die vier Wochen Herrendienst noch viel stümperhafter und innerlich unseliger zugebracht hätte ohne diesen Schatz. Im Innersten hat mich die Weite des Blicks, die einzige Frische und Unverfahrenheit des Urteils, und — was bei meiner Wenigkeit immer stark mitspricht — die Anmut Deines Stils — leichtschenklig, rasch, mit Lichtern sparsam und an der rechten Stelle mit allen Kunstmitteln zu plastischen Bildern freigebig — vor allem die hohe Ironie, die wie ein ätherisches Salz alle Poren durchwittert, wahrhaft bezaubert. Dieses ist eines von jenen Büchern, die eben nur Euer Liebben zustande zu bringen vermögen und deren Substanz ebensowenig veralten und jemals nach dem Schrank schmecken wird, wie die Bücher eines gewissen Gibbon⁴⁾ und Konforten, und wenn auch ganze Bibliotheken von alten Kodizes neu entdeckt würden. Denn was einmal mit jenem Salze gewürzt ist, — wie soll es je dumm werden? Klüger wird die Welt ja ohnehin nicht, wenn man ihr auch einen steten Fortschritt zum Guten und Sittsamen lassen muß.

An Spruner,⁵⁾ dem Geographen, hast Du einen sehr hitzigen Bewunderer gefunden. Das ist ein schweres Buch! rief er einmal übers andere. Sybel habe ich einstweilen davon nur zu naschen gegeben und ihm die Bähne lang gemacht.

¹⁾ So bezeichneten Burckhardt und Heyse die italienfeindliche, österreichfreundliche „Augsburger Allgemeine Zeitung“.

²⁾ Heyses Widmung lautet einfach: An Jakob Burckhardt in Basel.

³⁾ Ueber die Reise in die Pfalz, die Heyse auf Wunsch des Königs Maximilian II. in dessen Gefolge mitgemacht hatte, vgl. seine Jugenderinnerungen, Bd. I, S. 270—275.

⁴⁾ Mit Edward Gibbon (1737—1794) setzt auch Carl Neumann Jakob Burckhardt in einen geistvollen Vergleich. S. „Deutsche Rundschau“, Bd. 94 (1898), S. 383 f.

⁵⁾ General Karl Spruner von Merz (1803—1892), der sich als Historiker und Geograph große Verdienste erworben und sich auch als Dichter versucht hat, gehörte zu den Teilnehmern an den Symposien des Königs Maximilian II. Ebenso Heinrich v. Sybel (1817—1895), mit dem Heyse in freundschaftlichem Verhältnis stand.

Frau und Kind sind wohl, Frau Klara und die Jungen ebenfalls, Luise¹⁾ ist seit 14 Tagen bei uns, völlig übergesiedelt. Alle grüßen Dich aufs herzlichste. Geibel habe ich seit der Rückkehr noch nicht wiedergesehen. Leb wohl, mein Liebster, und nimm mit diesem hastigen Wisch vorlieb. Ich habe die Hast der Reise noch in allen Adern.

Dein

München, 12. November 1860.

Paul Heyse.

3. Jakob Burckhardt an Paul Heyse.

Basel, Freitag, 16. November 1860.

O lieber Paul, wie grenzenlos hast Du mich überrascht, daß ich heute den ganzen Tag präokupiert bin und mir es erst mit Mühe zurechtlegen muß, wie und wasmaßen Du mir dieses Meisterwerk dediziert hast! — Ich glaube, Du würdest hell auflachen, wenn Du sähest, wie dies mit meinem ganzen hiesigen Dasein kontrastiert; ich bin so sehr Philister als möglich, spiele mit Philistern Domino, gehe mit Philistern (und Kollegen, die sich ebenfalls bemühen, Philister zu sein) spazieren, trinke meinen Schoppen sans prétention, kannegießere und bin Sonntagabends ohne Ausnahme bei meinen Verwandten, halte meine Vorlesungen und Stunden schlecht und recht — und siehe, da fliegt mir die liebenswürdige Bombe ins Haus! Ach Paul, welchem Spott setzt Du mich aus mit dem Mythus von meinem Gesang!²⁾ bei unsern moquanten Leuten, die mich nie haben singen hören, ausgenommen wenn alle Welt singt, d. h. im fünften Akt unserer Kunstmäher und anderer Festessen; — es ist aber für mich noch etwas Bitteres dabei, indem ich mich ernstlich habe erinnern müssen, wie egoistisch und ungenießbar ich Anno 47 gewesen sein muß.

Freilich, die Vergeltung ist nicht ausgeblieben und ich bin jetzt so weit, daß bei jedem freundlichen Begegnen mein Herz sehr zur Dankbarkeit gestimmt ist. Es hat mir seit jenen Tagen gar zu oft auf den Hut geschneit. Irgendein apartes Glück begehre ich nicht mehr; wenn nur alles bleibt wie es ist.

Das Büchlein habe ich heut in meinem erschütterten Gemüt an manchen Stellen angelesen und bin einstweilen schon deshalb betroffen, weil ich sehe, wie viel mir noch fehlt, um die wahre Signatur des italienischen Geistes zu kennen.

¹⁾ Die Schwester Franz Ruglers. Sie blieb übrigens doch nicht dauernd in München, sondern zog wieder nach Bremen.

²⁾ In seinem Widmungsbriefe zum „Italienischen Lieberbuch“ erinnert Heyse den Freund an die gemeinsam verlebten Abende bei Franz Rugler: „Als wäre es gestern gewesen, stehen mir die Abendstunden vor der Erinnerung, wo ihr beide am Klavier einander abzulösen pflegtet. Noch klingt es mir im Ohr, wie Dein Liebling, die Luvisella, dem berühmten Te voglio bene assai fast den Rang ablief und die zierliche Serenade Buona notte amata bene gegen Pergoleses mutwilliges Morgenständchen einen schweren Stand hatte, bis wir uns aus den Orangenhainen des Südens nach unserm deutschen Wald zurücksehten und Rugler mit seiner tiefen, edlen Stimme die schönen Eichenborffschen Lieder sang, in denen des Knaben Wunderhorn von neuem erwacht zu sein scheint.“

Mir ist, ich müßte jetzt viele Stellen meines Buches ausmerzen und umschreiben; ich muß blind gewesen sein, um die ganz spezielle Verschmelzung von Geist und Leidenschaft nirgends in meinen bisherigen Studien so zu erkennen, wie diese Lieder Sammlung sie handgreiflich offenbart. Aber da schreibe einmal einer Kulturgeschichte, wenn man keinen Menschen um sich hat, der einen aufrüttelt und in die Ohren kneift. Oßionide hat mir zwar unbewußt viel geholfen, weil er mir das Maß eines feinalten, kerngesunden, liebenswürdigen Lombarden von großen literarischen Kenntnissen gab, allein auf unsere filtrierten Gesichtspunkte ist er eben deshalb nicht eingeschult, weil er naiv vor sich hinlebt.

Was ich Gutes habe, das habe ich doch am ehesten von Rugler, der auch in den vielen Gebieten, wo er nur Dilettant war, die Ahnung aller wesentlichen Interessen hatte und zu wecken verstand. Mein Gott, wie genügsam und wie dünnelhaft sind selbst die meisten großen Spezialgelehrten im Vergleich mit ihm! Ein panoramatischer Blick, wie der seinige war, würde sie freilich nur stören und ihnen ihre Sorte von Arbeit verleiden. Und was er für ein Spezialgelehrter in seinen eigentlichen Fächern war, das beliebten sie zu ignorieren. Genug von Sollichen! Sie werden es meinem Buch ebenso machen, und ich und mein Verleger sind darauf gerüstet. Billige Leute von einigem „Grütz“ werden vielleicht dafür zugeben, daß dieses Buch aus innerer Notwendigkeit geschrieben werden mußte, auch wenn die Welt keine Notiz davon nimmt.

17. November. — Die Lieder sind über alle Maßen merkwürdig, ja in ihrer Gesamtheit eine Haupturkunde. Ich würde freilich lange sinnen und studieren, bis ich den Nationalkontur, der sich daraus ergibt, in wenige Worte fassen könnte. Bei Deiner Einleitung wird mir jedesmal schwarz vor den Augen, weil sie zugleich an meine Wenigkeit ganz speziell adressiert ist. Es ist nicht recht, einen so urplötzlich zu verblüffen, und was werde ich erst noch leiden müssen. Du kennst die kleinen Städte nicht. Ich bin neulich vierzehn Tage in London und elf Tage in Paris gewesen, hauptsächlich um ein großes neutrales Wellenbad zu nehmen, unter lauter fremden Leuten englisch zu radebrechen und französisch zu schwätzen, denn letzteres kann ich wie eine Azei. Aber das bißchen Objektivität, das ich mit nach Hause gebracht, ist schon nahezu wieder verduftet, und die Pappenheimer, die ich kenne und die mich kennen, haben mich wieder in der Gewalt.

Apropos von London: gehe nicht hin, wenn Du nicht Geld genug hast, um beständig Kabriolett zu fahren. Acht Stunden Fußreise per Tag, wie ich, hältst Du nicht aus. Die Omnibusse helfen nicht so wie man denkt. Summa: ich bin ungeheuer froh, dort gewesen zu sein, aber zu bloßem Besuch gehe ich nicht mehr hin. Etwas anderes wäre es, einmal ein halbes Jahr dort zuzubringen: die Leute haben mir viel besser gefallen, als wenn man sie auf dem Kontinent sieht. Paris ist geistlos geworden und fürchtet sich vor seinem eignen Schatten. Der Rest ist Schweißen, Kartenspiel und Billard. In den Theatern

prädominiert die Feerie mit ihrem künstlichen Unsinn. Mich wundert, was Du dazu sagen würdest, u. a. zu Orphée aux enfers.¹⁾

Einstweilen möchte ich nur auch eine Idee haben, wie es Dir mit der Bühne geht. Aus den vereinzeltten Zeitungsnotizen erfährt man so gut als nichts. Gegenüber vom deutschen Theater war ich, wie Du weißt, immer ein Zweifler, weil ich das Publikum noch nie etwas andres als Zerstreuung haben sehen. Wenn ich Deinen admirablen lyrischen Geist in Betracht ziehe, so fürchte ich, Du vertrauest demselben zu wenig und hoffst von den Brettern zu viel. Wer diese italienischen Volkslieder so verdeutschen kann, für den ist es schade, wenn er das Theaterpublikum berücksichtigt.

An Herrn v. Spruner meine ehrerbietige Empfehlung; ich bin seit zwanzig Jahren für seinen Atlas²⁾ dankbar. — An Sybel will ich durch den Verleger ein Exemplar meines Buches schicken lassen, damit es in seiner Zeitschrift subtit. Literatur seinerzeit rezensiert werde.³⁾

Meine besten Grüße an die Frauen und an Geibel, namentlich auch an Louise, zu deren Uebersiedelung ich bestens Glück wünsche.

Nochmals tausend Dank von Deinem getreuen und verblüfften

J. Burckhardt.

4. Jakob Burckhardt an Paul Heyse.

Basel, 1. Januar 1862.

Lieber Paul!

Herzlichen Glückwunsch zum neuen Jahr! Ich höre von Ribbeck's, daß es der werten Frau besser geht und nehme vollen Anteil an Eurem Schicksal.⁴⁾ Gebe es der Himmel, daß recht bald eine völlige Genesung erfolge! — Ich denke recht viel an Euch, liebe Leute.

Meiner werten Person geht es insoweit gut. Wenn ich über das Jahr 62 so gut hinüberkomme wie über 61, so will ich gänzlich zufrieden sein. Ich habe doch im Sommer einen Ausflug in das Kastanien- und Freskenland machen können und bin keine Stunde krank gewesen. Jetzt habe ich sehr viel zu tun und muß selbst diesen Neujahrsmorgen der Arbeit abstehlen, aber ich sehe doch ein Ende der Ueberladung vor, nämlich den 15. Februar, an welchem Tage ein sehr mühsamer Extratours erlischt.

¹⁾ Offenbach's „Orpheus in der Unterwelt“ war im Jahr 1858 zuerst in Paris auf die Bühne gekommen.

²⁾ Spruner's historisch-geographischer Handatlas zur Geschichte der Staaten Europas war in Gotha von 1837—1850 erschienen.

³⁾ In Sybels historischer Zeitschrift, Bd. VI, S. 520—522 (1861), erschien dann eine Besprechung von Burckhardt's Buch.

⁴⁾ Paul Heyse's Gattin war im April 1861 nach ihrem vierten Wochenbette schwer erkrankt, und im September zog er mit ihr nach Meran, um dort den Winter zu verbringen.

Ribbeck hat mir Deinen Rafael¹⁾ zu lesen gegeben. Das Thema ist ungemein schön — die Künstlerin, welche noch vor dem Beginn ihres letzten Schicksals ihren Zeitstern kennen lernen will —, aber ich habe sonst einige Bedenken.

Nach der orthodoxen Rechnung der Leidenschaft können die Dinge nicht so enden. Rafael darf nicht entsagen, weil der Schwager ein desperater Satan ist; er ist zu weit in seinen Liebesausbrüchen vorgegangen, als daß die Sache mit Sonetten abgetan sein könnte. Außerdem bleibt nun, noch immer, für ihn die Pflicht bestehen, bei Julio II. ein sachttes Donnerwetter zu provozieren, der Papst muß die schon ins Kloster Aufgenommene (laut der poet. moral. Gerechtigkeit) gerade so gut von ihrem Gelübde entbinden können als am Tage vor der Aufnahme.

Zweites Bedenken: Jetzt wär's genug mit Künstlergeschichten! Ueber diesen Rafael und die feine Verschlingung des Schicksals von Künstler und Künstlerin bringst Du es doch nicht mehr hinaus: für das, was Du in historisch berühmte Meister hineinlegst, zerstört der übel wuchernde sog. historische Roman allmählich den feinern Sinn der Nation, und man dankt Dir's nicht mehr; — und was die unberühmten betrifft, so glaube ich, Ihr Dichter laboriert da an einem *πρωτον ψευδος*; nicht nur sind die Künstler im ganzen prosaischere Leute, als Ihr annehmt, sondern auch die sehr ausgezeichneten empfinden ihr Schicksal und ihre Leidenschaft usw. weniger schön, naiv und jugendlich als mancher sog. Philister. Ich glaube, die Künstler fragen sich bisweilen selber mit Verwunderung: woher es doch wohl komme, daß die Dichter sich so viel mit ihnen abgeben mögen? — Natürlich lassen sie sich's gefallen und helfen sich selber weiter poetisieren.

Drittes Bedenken: Wenn Du nicht Quellen hast, von denen Quatremère und Passavant²⁾ nichts wissen, so darfst Du dem Rafael nicht eigenmächtig auf zwei Sonette hin eine solche Geschichte, wie diese, oktroyieren. Mit Michelangelo³⁾ war es ein ganz andrer Fall. — Ueberlege nur die Konsequenzen: Wohin geriete der arme Rafael, der schon mit der urkundlichen Fornarina⁴⁾ bisweilen seine liebe Not gehabt haben mag, wenn ihn alle Dichter des Abendlandes Jahr um Jahr mit neuen Liebschaften beladen dürften? oder wenigstens mit Aventuren? Wo behielte er Zeit und Kraft zur Arbeit? (Ich glaube, er war un cuore

¹⁾ Rafael, eine Novelle in Versen, erschien zuerst in dem von Geibel herausgegebenen Münchener Dichterbuch (Stuttgart 1862), S. 299—360.

²⁾ Quatremère de Quincy, Histoire de la vie et des ouvrages de Raphaël. 3. ed. Paris 1835. Hier sind zwei Raphael zugeschriebene Sonette abgedruckt. S. 451. — J. D. Passavant, Rafael von Urbino und sein Vater Giovanni Santi. 3 Bände. Leipzig 1839—1858. Hier sind im VII. Anhang des I. Bandes, S. 523—525, „Entwürfe zu drei Sonetten von Rafael“ mitgeteilt.

³⁾ Heyse's „Michelangelo Buonarroti, ein Monolog“ (1852), war in den „Germen“ 1854 erschienen.

⁴⁾ Die „Fornarina“ wurde später ebenfalls von Heyse dichterisch behandelt, in einem Trauerspiel 1895.

d'angelo und fand wenig Widerstand, namentlich bei herzguten Frauen von zwanzig bis dreißig Jahren.)

Die Arbeit aber an dem Gedichte ist sehr schön und streng, und um des Stiles willen würde ich sie tale quale vom Stapel laufen lassen, da doch nicht mehr geändert werden kann, ohne das Ganze wesentlich zu stören. Ein paar Bagatellen¹⁾ sind: auf S. 1, Vers 7: Die Jahreszeiten haben hier nichts zu tun und können fortbleiben. — S. 2: Laß den Schirotto weg, er hat mit erhöhten Zuständen nie etwas zu schaffen. Ein Zephyr oder so was. — S. 11, Vers 10: Von Euch usw., den Vers verstehe ich nicht recht. — S. 41: Carlo Valori würde ich weglassen; ein nomen proprium stört hier. — Summa: Es ist besser, das Gedicht geht in die Welt, da es doch durch seine Vorzüge, namentlich auch durch die Schlußworte im ganzen bezaubert. Die vollkommene Unbefangenheit, mit der Du die Geschichte *tanquam re bene gesta* abschließt, als wäre alles in Harmonie, muß den Leser verblüffen und hat auch mich verblüfft. Dann kritisierte ich wieder, las wieder rückwärts und fand dann doch: Imprimatur!

Dein neuer Novellenband²⁾ ist süperb und wird Dich wieder um einen tüchtigen Ruß voran bringen. „Annina“, obwohl es eine Künstlernovelle ist und also unter meine allgemeine (siehe oben) Verdammung fällt, lieft sich doch ganz herrlich und rührt auf das Tiefste. In der Oekonomie der Lokalfarben finde ich große Weisheit, es ist kein Strich zuviel. Der naive Glaube und Aberglaube, der die Katastrophe begleitet und herbeiführen hilft, ist unendlich rührend. Aber jetzt mußt Du nicht nur die Künstler, sondern auch die italienischen Hauswirtinnen in Frieden lassen; in der früheren Sammlung war es die vortrefflich nuancierte florentinische Dichterin³⁾ mit ihrem schönen Schlußsonett, diesmal in einem Bande eine römische und eine venezianische Wirtin! Jetzt heißt es *claudite iam rivos etc.*⁴⁾ Uebrigens ist namentlich letztere samt Töchterlein famos gegeben.

Wer so lange Chambre garnie gewohnt hat wie ich, dem kommen übrigens allerlei nützliche Gedanken bei Anlaß solcher Figuren. — „Im Grafenschloß“ ist nach meiner Ansicht ganz vollkommen. Die Geschichte strömt dahin wie sie muß und gar nicht anders kann. Nur würde ich bei der nächsten Publikation ein paar Stellen ändern, wo die Alte zu gebildet spricht, es betrifft Kleinigkeiten. — „Andrea Delfin“ ist in Ton und Behandlung höchst vollkommen, hat

¹⁾ Die Bemerkungen Burckhardts zu einzelnen Versen sind von Heyse sämtlich berücksichtigt worden.

²⁾ Die vierte Sammlung der Novellen, Ivan Turgenjeff gewidmet, war Ende 1861 mit der Jahreszahl 1862 erschienen.

³⁾ Die Florentiner Dichterin, auf die Burckhardt anspielt, ist die nach dem Leben gezeichnete Signora Eugenia der Novelle „Erkenne Dich selbst“ (1856) — vgl. Heyse's Jugend Erinnerungen, Bd. I, S. 175 —, die römische Wirtin in „Annina“, die venezianische in „Andrea Delfin“.

⁴⁾ Vgl. Vergil, Ecloga IV. B. 111.

aber einen unrichtigen Schluß, denselben, welcher mich in Viktor Hugos „Le roi s’amuse“ (und in dessen Nachbild Rigoletto) immer von neuem stört.¹⁾ Ich würde, scheint mir, den Malapiero einfach durch Delfin töten lassen, nur daß dabei zum Vorschein kommen müßte, daß D. M.s unehelicher Sohn oder etwas der Art wäre. Ferner ist mir die Objektivität des Gesandtschaftsattachés um einen Grad zu edel und riecht zu wenig nach dessen Heimat. Das Leben überhaupt müßte mir noch um einige derbe Züge der Verlotterung reicher werden; es braucht ja nicht Casanova zu sein, wenn es nur dessen Voraussetzungen teilt. Delfin müßte allgemach entdecken, daß seine eigne Familie und seine Geburt mit all dem Wesen verflochten ist und daß, was er tut, einem Selbstmord zu gleichen beginnt. Seine Gestalt an sich ist höchst meisterhaft.

Ueberhaupt kommt mir vor, Du habest gewaltige Fortschritte in der Kunst gemacht, welche fast niemand mehr kann: nämlich den Charakter in der Handlung auszudrücken und wachsen zu lassen. — „Auf der Alm“ — auch dazu gratuliere ich und habe meinen heimlichen Spaß daran, daß also doch ein Berliner Kind hat kommen müssen, um die beste Bergnovelle zu schreiben. Deinem Rezensenten in der „A. A. Z.“ sah man auf die plästerlichste Weise den oberbayerischen Kerger an.²⁾

Nun muß ich aber schließen, statt weiter mit Dir plaudern zu können. Und die Widmung des italienischen Lieberbuches liegt mir noch auf dem Herzen und ich bin und bleibe ein armes Tier, das sich nicht revanchieren kann! — Herzliche Grüße und Glückwünsche an die werthe Frau!

Lebe wohl

Dein getreuer

J. Burckhardt.

¹⁾ In Viktor Hugos Trauerspiel „Le roi s’amuse“ und in Verdis Oper „Rigoletto“ fällt wie in „Andrea Delfin“ durch Irrtum ein unschuldiges Opfer an Stelle des beabsichtigten.

²⁾ In der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ (Beilage zu Nr. 361 vom 27. Dezember 1861) waren Heyfes Novellen ziemlich süßsauer besprochen worden, wobei von „Auf der Alm“ gesagt wird: „Den Schluß bildet eine ganz lebenswürdige Arbeit „Auf der Alm“, mit welcher der neue Landsmann einen sehr glücklichen Griff in die Charakterfülle des oberbayerischen Gebirgslebens getan hat. Einen Tadel, welcher bei einer nächsten Ausgabe wohl umgangen werden könnte, wollen wir jedoch dieser letzten Novelle nicht vorenthalten. In einem im Morgenblatt erschienenen Gedichte rühmte Paul Heyfe von sich, daß seine Sprache allzeit nur simples Hochdeutsch geblieben sei. Nun kam aber der Schriftsteller in vorliegender Almgeschichte mit seinem Programm etwas schief zu stehen. Infolge seines Bekenntnisses verschmähte er es, den Dialekt schriftgemäß zu stilisieren, konnte aber doch zuweilen der Verführung, vom simplen Hochdeutsch etwas seitab zu äugeln, nicht ganz widerstehen. Einiges wäre besonders leicht zu vermeiden gewesen, oder aber hat der „Verusene“ in seiner neuen Heimat noch keinen dialektfesten Freund gewonnen, der ihn darauf aufmerksam zu machen sich nicht entbrechen durfte, daß der altbayerische Dialekt Imperfektia und Plusquamperfektia nur in konjunktiver Bedeutung kennt, und daß seine innerlich so vortrefflichen Schnaderhüpfproben, welche meistens mit geringen Wendungen zu retten wären, in dieser Verballhornisierung des „simplen Hochdeutsch“ ein Gesicht schneiden als wären sie Freiherrn v. Strikows lebhaftige Uebersetzungen.“

5. Paul Heyse an Jakob Burckhardt.

Meran, 15. März 1862.

Liebster Freund, ich hätte nicht so lange gezögert, für „gnädige Strafe“ zu danken, wenn mir nicht daran gelegen gewesen wäre, zugleich mit der Versicherung, „daß ich's gewiß nicht wieder tun werde“, Beweise einer tätigen Reue vorzulegen. Diese werden nun in den nächsten Tagen auf dem langsamen, aber sicheren Buchhändlerwege zu Dir gelangen, in der bescheidenen Gestalt eines „den Bühnen gegenüber als Makulatur“ gedruckten Ludwig der Bayer,¹⁾ bei welchem ich die Verubigung habe, daß alles, was Fiktion an ihm sein mag, wenigstens urkundlich erlogen ist. Um die Einführung dieses Buches in die bayerischen Schulen darf mir also nicht bange sein, und da mein höchster Ehrgeiz nur darauf zielt, auf einem Gymnasialredeaktus durch die von zwei Terzianern deklamirte Trausnitzszene einen patriotischen Succès d'Estime davonzutragen, so kann ich über diese Sünde ruhiger schlafen, als über manche, die ich ferner noch zu begehen entschlossen bin. Dem Succès d'Ennui, den mir das Buch bei Dir eintragen wird, sehe ich nicht ohne Schadenfreude entgegen. Ich weis' Dir, daß Du lebhaft wünschen wirst, dieser Wiedermann hätte ebenfalls einige unorthographische Sonette hinterlassen, aus denen sich apokryphe Novellen hätten spinnen lassen. Wie traurig steht es um unser Handwerk, wenn es der Drang der Umstände fügt, daß wir uns nolentes volentes mit gebundenen Händen der historischen Wahrheit überliefern müssen, wenn wir für unser Tun und Lassen keine andre Entschuldigung haben als jenes: Ja, es ist wahr, es ist wirklich wahr, man hat mir's geschrieben!²⁾

Und doch drängt die liebe Kritik, die nicht weiß, was sie will, und doch zu wissen meint, was wir sollen, die gesamte historische Dramatik mehr und mehr zwischen die Hecken und Zäune unsrer modernen Wissenschaft, wo man keinen Ellbogen frei hat, ein unbequemes Motiv beiseite zu schieben und einer Figur, die sich schwerfällig in den Weg stellt, einen dramatischen Knüttel zwischen die Beine zu werfen. — Ich habe trotz meines eifrigen Studiums der Volksfeste Bayerns es noch nicht dahin gebracht, ein Sacklaufen mit zu erleben. Aber nach allem, was ich davon höre, muß es eine deutliche Satire auf unser historisches Drama sein. Gesunde und frische Glieder voll Lebenslust und drastischer Behendigkeit; aber der Sack sorgt dafür, daß sie nicht ungestraucht und nicht zu früh ans Ziel kommen.

¹⁾ „Ludwig der Bayer“, Schauspiel in fünf Akten, erschien, Emanuel Geibel gewidmet, Berlin 1862. — Ueber die Entstehungsgeschichte und über den unerwarteten Erfolg vgl. Heyse's Jugenderinnerungen, Bd. I, S. 261 und 288—291: anstatt daß das Drama an den bayerischen Schulen gelesen worden wäre, wurde es auf Betreiben der klerikalen „Patrioten“ wegen der Szene zwischen dem Kaiser und dem päpstlichen Legaten nach einer einzigen Aufführung am 29. April 1862 auf der Münchener Hofbühne vom Spielplan abgesetzt.

²⁾ Vgl. den Abschluß von Schillers Distichen über Ludwig den Bayern, „Deutsche Treue“: „Wahrlich! So ist's! Es ist wirklich so! Man hat mir's geschrieben!“ rief der Pontifex aus, als er die Kunde vernahm.

Wenn Du bedenkst, daß ich Jahr und Tag den Strich dieses Sacks an der Kehle fühlte, wirst Du mich noch loben über die Mäßigung, mit der ich von meiner Freiheit jenen Sonetten gegenüber¹⁾ Gebrauch gemacht habe. Ja, mich dünkt, der Rasus beim Michelangelo war ein viel heiklerer, die Nase, die ich der historischen Vittoria gedreht habe, eine viel schändlichere.²⁾ Und zu alledem habe ich mich noch viel sorgfältiger gehütet, meinen Raffael mit den Fetzen moderner Kunstphilosophie zu behängen, sondern ihn in dem bescheidensten Negligé eines liebenswürdigen Juvenils dargestellt. Daß er als solcher für unsre Phantasie immer noch einen beträchtlichen Vorsprung vor andern Mutterföhen hat, ist eine Tatsache, die man sich ja wohl zunutze machen darf. Wahrschastig nicht, weil die „Künstler“ schon eo ipso die geistreichere und interessantere Menschenorte sind, sondern weil man ihnen unbefehens die feinere und stärkere Sinnlichkeit zutraut, ein Liebesabenteuer mit besonderem Dank und gutem Erfolge durchzuführen.

Deine Anmerkungen zu den Novellen haben mir viel zu denken gegeben. Aber das Neue ist der Feind des Alten, und die Brutwärme dieses einsamen Winters hat ein halb Duzend junge Schößlinge, die jenseits des Brenner nur langsam Augen ansetzten, in so vehementen Trieb gebracht, daß ich meine liebe Not habe, sie mir nicht über den Kopf wachsen zu lassen, und nach älteren Jahrgängen gar nicht mehr umschauen kann. Am Delfin jedoch werde ich jedenfalls noch einmal bei einer Ausgabe letzter Hand nachhelfen müssen,³⁾ den Desterreicher schärfer und Andreas Ende breiter herausarbeiten. Nur meine „Wirtinnen“ bitt' ich, in ihren Würden zu lassen.

Ueberrnorgen abend erwarten wir unsre Kinder, und dann hätten wir so ziemlich alles hier, was uns von Münchnern in diesem Winter gefehlt hat. Diese Zugvogelexistenz hat ihren Nutzen und die Vogelperspektive klärt über vieles auf. — Wie wär's aber, carissimo Lei, wenn Du Die Frühlingsferien zu einem Ausfluge in unsern Rosengarten benutztest und hier mit unsrer Armut vorlieb nähmst? Die Mädchen von Passauer können's wohl einmal mit den Lombardinnen aufnehmen, der Terlaner Wein wird entschieden das Feld behaupten, nur was Fressen betrifft, die trägt das Land nicht. Ich habe großes Verlangen, mit Dir zu sprechen, obwohl mir bange ist, daß ich das Sprechen gar verlernt haben möchte. Auch das Lesen beinahe. Du wirst lachen, wenn Du meine Bücherei siehst! Drei Bände Schopenhauer, ein Band Shakespeare,

¹⁾ Die bei Quatremère und Passavant mitgeteilten Sonette Raffaels.

²⁾ Das Bedenken, das Heise hier gegen die freie Erfindung einer häßlichen Nase der Vittoria Colonna in seinem „Michel Angelo Buonarrotti“ äußert, setzte sich bei ihm später so sehr fest, daß er die bedeutende Jugenddichtung in seiner Gesamtausgabe der Epischen Dichtungen (2 Bände, Stuttgart und Berlin 1912) — sehr zu Unrecht — völlig wegließ.

³⁾ In späteren Ausgaben des „Andrea Delfin“ ist nichts gegenüber der ersten Fassung geändert; der Reiz der neuen Arbeiten war stärker als die kritischen Bedenken gegen die älteren.

Riccolo de' Lapi¹⁾ (den ich sehr schätzen gelernt habe), und mein teurer Giusti,²⁾ an dem ich in müßigen Stunden herumrätsele. Dagegen schwillt die *letteratura casareccia* immer bedenklicher an, denn „Dichten ist ein Uebermuth“,³⁾ und seit ich aus dem Elend des vorigen Jahres aufgetaucht bin, leb' ich con amore ins Zeug hinein, trotz meiner heut vollendeten zweiunddreißig Jahre, für die ich um stilles Weileid bitte. — Frau und Sohn grüßen aufs beste. An Ribbeck's einstweilen schönsten Dank für seinen Brief und die innigsten Wünsche, daß Frau Emma⁴⁾ baldigst wieder in alter, ewiger Jugend grünen und blähen möge. Sei herzlich umarmt von Deinem

Paul Heyse.

6. Jakob Burckhardt an Paul Heyse.

Basel, 22. April 1862.

Liebster Paul!

Während Ribbeck's nach dem Genfer See in Ferien gegangen sind, ergreife ich die Feder, um Dir für den Bayernfürsten zu danken, von welchem übrigens auch Ribbeck höchlichst erbaut ist. In Deinem werten Brief von Mitte März tagierst Du mich doch etwas nieder, wenn Du von einem „*Succès d'ennui*“ bei mir sprichst. Was ich schon Rugler gegenüber verfocht, war nur immer das, daß auch das beste historische Drama heutigestags nicht mehr durchschlägt, sondern beiseite gelegt wird, sobald der Tendenzphilister seine Nahrung daran gehabt hat...

Zuerst gebe ich Dir als Historiker das Zeugnis, daß Deine Pietät gegen die wirkliche Geschichte in der That unglaublich groß ist, mehr als diese „wirkliche Geschichte“ verdient. Es sind, ein paar chronologische und kausale Freiheiten abgerechnet, eigentlich lauter historische Bestandteile. — Höchst außerordentlich ist nun meines Erachtens, daß es Dir gelungen ist, den Ludwig nicht nur zu einem lebendigen und interessierfähigen Charakter, sondern ganz sichtbarlich zu einem mächtigen, die andern bestimmenden Menschen zu machen, neben welchem Leopold und Friedrich so deutlich als bloß bedingt und einseitig erscheinen. In jeder Szene strömt Ludwig lauter Kraft und Herrschaft aus und ist dabei völlig individuell, während man sonst bei solchen mittelalterlichen Leuten nichts als Harnische und Edelmuth zu genießen bekommt. (Wir pflegen hier gewisse Schlachtenbilder, die auf Ausstellungen nicht ganz selten sind, ein „Rittermus“ zu nennen, *marmelade de Chevaliers*.) Von Deinem Ludwig wird nirgends apart beteuert, daß er ein Hauptkerl sei, aber es geht sonnenklar und von selbst aus jeder Szene hervor. Sehr schön ist der Reflex seines Wesens auch im Benehmen der

¹⁾ Der 1841 erschienene Roman von Manzoni's Schwiegersohn Massimo d'Azeglio (1798—1866).

²⁾ Mit dem Studium und der Uebersetzung Giuseppe Giustis (1809—1850) beschäftigte Heyse sich schon seit Jahren, und die Uebersetzungsproben aus seinen politischen Gedichten, die er im März 1858 im Literaturblatte gegeben hatte, waren nur die Anfänge weiterer liebevoller Bemühungen um ihn.

³⁾ Vgl. Goethe, Westfälischer Diwan, Buch des Sängers: „Derb und tüchtig“.

⁴⁾ Frau Emma Ribbeck, geb. Baeyer.

Sprecher des Bürgertums geschildert, welche überhaupt meisterliche Figuren sind, ohne falsche Widerbigkeit. — Ich glaube, der einzige plausible Einwand, den man Dir machen wird, möchte der sein, daß mit dem vierten Akt die Hauptsache schon entschieden ist. Aber ich nehme hier doch Deine Partei mit einem Distinguo: im historischen Drama mag man die Bagage beschränken, so sehr man will, es ist nicht zu vermeiden, daß auch die sekundären Interessen ihren Ablauf, ihre Befriedigung oder Nemesis erhalten, und da kann die Peripetie nicht immer so liegen, wie sie z. B. in einem Drama aus der Phantasiwelt liegen könnte oder müßte.

Ein zweifelhaftes Motiv erscheint mir die Scheingefahr von seiten des Herzogs Albrecht, welches Dir dazu dient, die Münchener Bürger zu introduzieren und die Spannung zu steigern, die dann mit Friedrichs Erscheinen in die größte Ueberraschung übergeht. Ueberlege Dir's einmal, ob sich etwa durch Verschmelzung von Akt 4 und 5 etwas gewinnen ließe, aber so viel glaube ich doch zu ahnen, daß — doch nein, ich kann doch keine Idee geben, und wo ich nicht raten kann, da will ich lieber schweigen.

Eines fällt mir immer von neuem recht traurig auf's Herz: daß ein Meisterwerk wie dieses doch nur eine provinciale Möglichkeit bleiben soll und schon kaum über Stuttgart hinaus, geschweige denn über den Thüringer Wald gehen wird. Und Deutschland provincialisiert sich in diesen Dingen immer mehr. Und greift der Dichter auf Themen, die der allgemeinen deutschen Reichsgeschichte angehören, so wird der Lärm erst recht groß. Wenn Schiller heute mit dem Wallenstein käme, er würde von den Parteien zerrissen darob und hieße ein gemüthloser Achselträger.¹⁾

Von wegen der Künstlernovellen wollen wir einen Kompromiß eingehen: versprich mir, drei Jahre die Künstler in Frieden zu lassen — das ließe sich doch hören? Hernach erlaube ich Dir eine neue Reihe von diesem Stoff — dann wieder drei Jahre Ferien usw. Ich hätte dann meinen Spaß daran, die stufenweise Veränderung des Standpunktes auszuschnüffeln. Was den „Rasael“ betrifft, so habe ich trotz aller Bedenken mein *Lascia passare* mit vollem Nachdruck ausgesprochen. Er hat so souveräne Partien, daß seine sehr baldige Epiphanie dringend zu wünschen ist.

Ich hatte vor, dieses Jahr unsre vier Wochen Grundtagsferien auf eine Reise nach Wien zu wenden, rein nur um der Arbeit willen, mit vier bis sechs Stunden täglich Notizenmachen im Belvedere. Nun kommen aber wegen der Frage der eidgenössischen Universität²⁾ wieder ziemliche Unsicherheiten in unser

¹⁾ „Eudwig der Bayer“ ist in der That außer in München nur noch in Karlsruhe und Stuttgart, an beiden Orten aber mit gutem Erfolg, aufgeführt worden. Den von Burckhardt wieder gestrichenen Einwand wegen der Scheingefahr im V. Aufzug erhebt auch Heinrich v. Treitschke, dessen Urtheil im übrigen dem Burckhardts völlig widerspricht; vgl. seine Historischen und politischen Aufsätze, Bd. 4, S. 111—125 (1897).

²⁾ Die Frage einer eidgenössischen Universität fand eine negative Lösung; nur das Polytechnikum in Zürich wurde eidgenössisch, die Universitäten blieben den einzelnen Kantonen überlassen.

Dasein oder doch mindestens einige Unruhe, so daß ich mir [so!] doch wohl nur an einem unsrer Seen vor Anker legen werde, mit dem beständigen Vorbehalt, bei beharrlich schlechtem Wetter ins Fresken- und Kasanienland hinüberzuschlüpfen.

Gestern machte ich meine Aprilfahrt per Alamanniam, Säckingen, Lausenburg, Waldshut, halb Eisenbahn und halb per pedes.

Die Genesung Deiner werten Frau Gemahlin und die Versammlung der ganzen Familie in Meran hat uns mit großem Trost erfüllt. Hoffentlich wird auch Frau Emma frisch und gesund von Clarens heimkommen. Ihre Gesundheit war durchaus nicht wesentlich erschüttert, sie hatte nur Fieber von einer Erkältung.

Im übrigen lebe ich meine Jahre nun so hin und bin froh, wenn jeder Tag seine eigne, aber nur mäßige Plage hat und da und dort gute Tage dazwischen sind.

Mit liebevollem Gruß

Dein

J. Burckhardt.

P. S. Hier eine kleine Chicane de détail: Akt 5, Szene I: Anno damals gab's noch keine Kapuziner, und man mußte die Messe anderswo hören.¹⁾

7. Jakob Burckhardt an Paul Heyse.

Basel, 30. November 1862.

Mein lieber, guter Paul!

Ich will Dir keinen Kondolenzbrief schreiben, da es sich bei unsäglichen Verlusten wie der Deine doch nie um Trost handeln kann.²⁾ Oft aber denke ich an den betrübteten Winter, den Du nun mit Deiner Familie zubringen wirst, und muß mir auch die vortreffliche Frau Klara lebhaft vorstellen, wie sie nun von der Großmutter wieder zur Mutter werden muß. Der Himmel gebe Euch allen wenigstens die Gesundheit, um Euer Schicksal auszuhalten.

Wir haben also hier Ribbeck's verloren.³⁾ Ich muß mir nun hinterdrein sagen, daß ich mich ihnen hätte auch mehr widmen sollen usw., unnütze Klagen, da sie nun fort sind. Eine Kleinigkeit, gegen welche ich anfangs nicht lebhaft genug protestierte, war das Wohnen außerhalb der Stadt, welches eben doch sehr dazu beitrug, sie zu isolieren, zumal als Frau Emma krank wurde. Das reut mich nun, daß ich nicht stärker für eine sonnige Wohnung in der Stadt, nicht weit von der Universität, plädierte, als ich mit Ribbeck Logis besch. Da-

¹⁾ Die von Burckhardt zu Akt V, Szene 1 gegebene Berichtigung hat Heyse in der für ihn so trüben Zeit, in der sie an ihn gelangte — Burckhardt's Glückwunsch zur Genesung von Frau Grete war ein schmerzlicher Irrtum — einzufügen versäumt und auch später vergessen; der „Kapuzinerberg“ ist stehen geblieben.

²⁾ Am 30. September 1862 war Frau Grete Heyse, geborene Rugler, in Meran gestorben.

³⁾ Ribbeck war im Oktober 1862 nach Kiel berufen worden, nachdem er nur anderthalb Jahre an der Baseler Hochschule gewirkt hatte.

gegen lasse ich nichts auf unser Klima kommen, bei welchem wir alle gesund und alt werden: die guten Deutschen sind eben beide von Haus aus schwacher Gesundheit. — Für unsre Universität und Schule ist Ribbeck's Abgang ein sehr schwerer Verlust. In die Ernennung des Ersatzmannes habe ich glücklicherweise nicht zu reden, und bin froh, daß ich nichts weiß. Ich hörte schon Namen nennen, da klappte ich hübsch die Ohren zu. Mit zunehmendem Alter habe ich eine wahrhaft sonderbare Scheu davor, irgendwie in jemandes Schicksal einzugreifen.

Ich arbeite nun an der „Kunst der Renaissance“, die eigentlich ein Werk von zwei oder drei Bänden werden sollte, nun aber nur als einbändiger „Grundriß“ von höchstens fünfhundert Seiten ans Licht treten soll.¹⁾ Ich mag nicht die doppelte Zeit mit Schreiben und Korrigieren verderben und dem Verleger doppelte Kosten machen. Auch hätte ich die Arbeit wohl überhaupt liegen lassen, wenn nicht die Vorarbeiten in sauberer Vollständigkeit in meinem Schubfach gelegen und mich täglich gemahnt hätten. So entschloß ich mich denn, diesen Winter daranzuwenden und alle irgend entbehrlichen Stunden dafür zusammenzuspargen. In einer solchen Zeit pflege ich eigentlich nicht zu leben und schlage alles sonstige Dasein in die Schanze, um nur fertig zu werden. Auch tue ich hohe und heilige Gelübde, nie mehr eine Arbeit, welche Jahre verlangt, zu unternehmen. Das ist gut für unabhängige Leute, aber nicht für unfereinen.

Dagegen freue ich mich töricht lebhaft auf die Zeit, da ich die Lektüre eines Jahres für ein Programm oder einen Aufsatz von zwei bis drei Bogen mit Bequemlichkeit und Nachdenken werde vernutzen können. Ich habe so ein paar Themata vor Augen, die mich wahrhaft bezaubern. Das warnende Beispiel von Onkel Franz,²⁾ der eben doch an kolossalem systematischem Arbeiten gestorben ist, blieb für mich nicht verloren. Ich habe jetzt zwei volle Jahre, seit Sommer 60, nur das laufende gearbeitet und (außer den Vorlesungen des letzten Winters, der noch außerdem ein mühsames Semester war) keine große Anstrengung gehabt; deshalb will ich nun den „Grundriß“ machen, solange ich aufgesparte Kräfte habe — hernach aber nichts mehr von der Art.

Nun wage ich nach dieser egoistisch-gesprächigen Auseinandersetzung meiner Sachen gar nicht, auf das Deinige überzugehen. Was Du diesen Winter produzierst, wird ja durch Schmerzen geweiht sein, und noch in den spätesten Jahren wirst Du dann sagen: Dies und das schrieb ich in dem düsteren Winter 62/63! Für uns Draußenstehende ist es eine rechte Lehre, daß die Hervorbringungen des wahren Dichters eine Notwendigkeit sind. Wir sehen daraus, daß es geistige Kräfte der feinsten und höchsten Art gibt, die über dem Schicksal stehen. *Istas propitias nunc habeto!*

¹⁾ Der Grundriß der Kunst der Renaissance kam nicht zustande bis auf den Teil über die Architektur, der erst 1867 erschien.

²⁾ Franz Rugler.

Deinen Onkel¹⁾ habe ich zweimal verfehlt; wenn er jetzt bei Euch ist, so lasse ich ihn herzlich grüßen, dito Geibel, dessen Lieder aus Griechenland im „Münchener Dichterbuch“ für mich „der reine Zucker“ waren. Ich halte sie für vielleicht in Griechenland gedichtet, aber erst in der neuesten Zeit, auf der Höhe seines Stiles, umgedichtet. Oder irre ich mich?

Nun lebe wohl, liebster Paul, es denkt sehr viel an Dich und die Deinen
J. Burckhardt.

P. S. Dem Bernhard habe ich noch immer nicht für seine Abhandlung über die Fürsten von Antiochien²⁾ gedankt, da ich seinen Aufenthalt nicht wußte. Das ist eine bedeutende kritische Forschung, die sehr viel Zukünftiges verspricht. Für mich Erdilettanten war einige Demüthigung dabei, indem ich sah, welche Methode Sybel in seinen eignen Studien hat und seiner Schule beibringt. Ich werde nie eine Schule gründen!

Seelische Massenerscheinungen im Kriege³⁾

Von

Prof. Dr. A. Hoche (Freiburg i. Br.)

Ein vernunftbegabtes Wesen, welches, von einem fremden Weltkörper aus, alle Vorgänge auf unserm Erdball gleichzeitig aufzufassen vermöchte, würde im jetzigen Augenblick Zeuge eines der seltsamsten Schauspiele werden: Hunderte von Millionen der Erdbewohner aus ihrem normalen Geleise gerissen, erregte Massenunruhe und systematisirte Massentätigkeit, gegenseitige Vernichtung in einem Maßstabe, der alle Wirkungen elementarer Katastrophen der Erdgeschichte hinter sich läßt. Einen Sinn in dieser ungeheuerlichen Zerstörung von menschlichen Leben und materiellen, mühsam erworbenen Werten würde dieser fernstehende Beobachter so wenig zu entdecken vermögen, als wir in dem unruhvollen Gewimmel eines durch den Stich mit dem Spazierstock aufgeschreckten Ameisenhaufens.

Sein Erstaunen würde nicht geringer werden, wenn er gleichzeitig mit dem Bilde der äußeren Geschehnisse die seelischen Vorgänge in den bewegten Massen wahrnehmen könnte: die in bestimmten geographischen Abgrenzungen erkennbare, völlig gleichgerichtete Einstellung der Stimmung und des Denkens unter Aus-

¹⁾ Der Philolog Theodor Heyse, hielt sich von 1861 bis 1864 in Deutschland, meist in München, auf, um dann aber wieder nach Italien zurückzukehren.

²⁾ Bernhard Ruglers auf Sybels Anregung entstandenes Buch „Boemund und Tancred, Fürsten von Antiochien“, ein Beitrag zur Geschichte der Normannen in Syrien, war in Tübingen 1862 erschienen.

³⁾ Nach einem im „Deutschen Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien“ in Stuttgart gehaltenen Vortrag.

löschung von Vorstellungen und Gefühlen, die sonst einmal bestimmend waren, eine hoch ansteigende Flut von Zorn und Haß, von Lüge und Verleumdung, neben einer unerhörten Steigerung der allgemeinen seelischen Leistungen an aktiver Energie, an Dulden und Opfern.

Daß am wenigsten Verständliche würde aber für diesen objektiven Zuschauer der Umstand sein, daß alle diese gegeneinander wütenden Massen, jede für sich, vom festesten Glauben an die Gerechtigkeit ihrer eignen Sache getragen werden.

Wenn wir, die wir unlösbar in die Wirrnisse dieser Tage verstrickt sind, uns auch nicht auf den kühlen und fernen Standpunkt des Marsbewohners stellen können, wenn wir als selbst handelnde und leidende Einzelwesen überhaupt Mühe haben, den Dingen gegenüber, die uns in jedem Augenblick so nahe angehen, auch nur einigermaßen sachlich zu bleiben, so muß doch die wissenschaftliche Betrachtungsweise erstreben, eine von Stimmungen unbeeinflusste Auffassung der seelischen Vorgänge bei den Teilnehmern der großen geschichtlichen Geschehnisse zu gewinnen; wir müssen versuchen, uns gleichzeitig von außen als ein mitgerissenes Atom in einer Riesenwelle und von innen als bewußten Träger aller der psychischen Prozesse zu sehen, aus deren Summierung sich die gewaltigen Ströme des Völkervollens ergeben.

Dem Beobachter, der aus Neigung oder Beruf dazu disponiert ist, geistige Erscheinungen zu analysieren, bietet sich jetzt ein Schauspiel, dessen Wiederholung hoffentlich wenigstens der lebenden Generation erspart bleiben wird; der Weltkrieg macht am Seelenleben der Menschheit ein psychologisches Experiment in riesenhaften Dimensionen.

Ein Ausschnitt aus diesem Interessentreife soll uns heute hier eine Weile beschäftigen, die Frage nach dem Zustandekommen und der Art der seelischen Massenerscheinungen, wie sie uns heute von allen Seiten her entgegentreten.

Als Voraussetzung dürfen wir bei Prüfung dieser Frage die Ueberzeugung an die Spitze stellen, daß der europäische Mensch in den Grundlinien seines Wesens, in gewissen seelischen Eigenschaften, über die Jahrhunderte und Jahrtausende hinweg derselbe geblieben ist, so daß wir genügend Grund haben, in historisch überlieferten großen Bewegungen dieselben inneren Vorgänge für wirksam zu halten wie in unsern heutigen Erlebnissen; ebenso dürfen wir als feststehend betrachten, daß jenseits aller nationalen und rassemäßigen Unterschiede in dem modernen Erdbewohner ein großes Gebiet allgemeinsten menschlicher Gesetzmäßigkeiten anzunehmen ist, welche die inneren Beziehungen des Einzelnen zu seiner jebedmaligen geistigen Umwelt bestimmen.

Wir sehen bei uns ebenso wie bei unsern Feinden und den sog. Neutralen in gleicher Weise den merkwürdigen Vorgang der Zusammenschweißung vieler Millionen Exemplare von Einzelbewußtsein zu einem großen Volksammelbewußtsein, von dem der Einzelne viel mehr empfängt, als er zurückgibt, obgleich es doch sein Material nur aus den Einzelnen bezieht; die Ueberzeugungsstärke in diesem Sammelbewußtsein ist für jedes Volk die Quelle seiner Kraft im

Kriege, aber auch — bei dem Vorgang, den wir als nationale Verblendung bezeichnen — die Ursache seines schließlichen Unglücks. Diese allgemeine Ueberzeugungsstärke, die immer ein nicht geringes Kulturniveau voraussetzt, erwächst zum Teil selbsttätig als notwendiges Denkergebnis einer intelligenten Volksgemeinschaft, z. B. in einem Verteidigungskriege, wie er uns Deutschen aufgebrängt wurde, zum Teil in künstlicher Züchtung durch einen kleinen Kreis von Personen, welche die technischen Mittel besitzen, um in allen Gehirnen diejenigen Meinungen zu erwecken und zu unterhalten, die ihren Zwecken dienlich sind, wie in Frankreich oder England. Bei diesen großen und allgemeinen Vorgängen, ebenso wie bei dem Entstehen gleichgerichteter geistiger Strömungen in engeren Kreisen, ist das grundsätzlich Gemeinsame die Uebertragung seelischer Prozesse von bestimmender Stärke — Vorstellungen, Gefühle, Entschlüsse — in fremde Köpfe, dasselbe, was seit einigen Jahrzehnten Suggestion genannt wird.

Der Laie ist zunächst immer geneigt, hierbei nur an die hypnotische Suggestion zu denken. Diese verschwindet indessen, der Häufigkeit nach, vollkommen hinter der viel allgemeineren sog. Wachsuggestion, die uns auf Schritt und Tritt umgibt und uns viel mehr beeinflusst, als wir im allgemeinen wissen. Der Vorgang ist so alltäglich, daß er in der Regel übersehen wird.

Es bestehen zahlreiche Möglichkeiten, in das Bewußtsein eines andern psychische Vorgänge zu übertragen oder Vorgänge von einer bestimmten Richtung oder gewollten Art zu erwecken.

Eine der alltäglichsten Methoden bedient sich dazu der Einhämmern bestimmter Eindrücke durch die unausgesetzte Wiederholung. Ein großer Teil aller Reklamewirkungen beruht hierauf. Wenn der Straßenpassant genügend oft gedruckt gelesen hat, daß „Maggi's Suppenwürste die beste“ ist, glaubt er es schließlich und zieht daraus die Folgerungen, die Maggi wünscht. Die gleiche suggestive Absicht durch die Wirkung der Wiederholung liegt dem System zugrunde, bei politischen Wahlen diese oder jene Persönlichkeit durch allortn angeheftete Plakate u. dgl. besonders empfehlenswert erscheinen zu lassen, ebenso wie Greuellegenden schließlich geglaubt werden, wenn sie der Leser alltäglich vorgelesen erhält.

Die Wirkung der Wiederholung wird verstärkt, wenn sie mit lebhaften Sinnesindrücken verbunden wird, wie sie die abendliche Lichtreklame der Großstädte benutzt. Ein andermal wird die Wirkung auf das fremde Bewußtsein durch die besonderen Umstände, unter denen sie versucht wird, hervorgerufen, wenn z. B. ein Schauspieler dazu gewonnen wird, in einer seiner großen Rollen die Empfehlung irgendeines Arzneimittels einfließen zu lassen. Die katholische Kirche weiß sehr wohl, was sie tut, wenn sie lebhafteste Sinnesindrücke zur Erzeugung und Verstärkung von Stimmungen benutzt und dabei gleichzeitig durch den mystischen Schimmer der bunten Glasfenster, durch Musik und Weihrauch an drei verschiedene Sinne appelliert.

Der suggestiven Wirkung von Klangfarbe, überzeugtem Tonfall oder mitreißendem Pathos begabter Redner sind wir alle schon unterlegen. Was hätten

Wahlreden sonst für einen Sinn, wenn nicht diesen? Bekannt ist das energische Mißvergnügen des naiven Soldatenkönigs, als er sich von den gegeneinander plädierenden Anwälten in einem Prozesse von jedem in gleicher Weise überzeugt sah. Noch heute feiert die forensische Beredsamkeit ihre Triumphe der Beeinflussung fremden Denkens vor den Geschworenen, die nicht wie die Richter gegen die suggestive Wirkung der Advokatenzunge berufsmäßig abgehärtet sind. Wir wissen alle aus eigener Erfahrung, daß solche einmaligen suggestiven Wirkungen am Momente hängen und meist am nächsten Tage verflogen sind; wer für einen bestimmten Zweck, etwa zur Gründung eines Vereins, Mitglieder werben will, legt, wenn er klug ist, die Einzugslisten unmittelbar nach seinem Vortrag aus.

Die alltäglichen suggestiven Wirkungen auf uns wären nicht möglich, wenn nicht vermöge unsrer mitgebrachten Geistesanlage in uns die Empfänglichkeit dafür dauernd bereit läge.

Eines dieser vorbereitenden Momente ist in dem angeerbten allgemeinen Nachahmungstriebe gegeben, der durch die gegenseitige Abhängigkeit mimischer Äußerungen und seelischer Vorgänge auch auf das Innere zu wirken vermag. Es bedarf eines besonderen, bewußt gefühlten Willensaufwandes in uns, wenn wir uns in dem Tempo unsrer Schritte dem Rhythmus einer vorbeiziehenden Militärmusik entziehen wollen. Auf den Bahnhöfen wirken die mimischen Äußerungen der Eile andrer Reisender, die es tatsächlich eilig haben, auch auf diejenigen ein, der durchaus keinen Anlaß hätte, seine Schritte zu beschleunigen. Weitgreifende Strömungen in Sitte und Mode mit ihrer scheinbar zwingenden Beeinflussung der meisten Menschen beruhen auf diesem Herdeninstinkte der Nachahmung, so etwa, wenn in dem letzten Jahre vor dem Krieg unsre ganze Jungmannschaft anfang, nach englischem Vorbild ohne Hut herumzulaufen. Der Schauspieler, der sich eine Claque hält, tut dies nicht wegen des Beifallsgeräusches, das diese paar bezahlten Hände hervorrufen, sondern weil er weiß, daß der irgendwo im Theater losbrechende Beifall sich weiter fortpflanzt. Die suggestive Wirkung der Nachahmung bei den Selbstmorden ist genügend bekannt. An demselben Ballen eines Invalidenhauses in Paris hängten sich nacheinander fünfzehn lebensmüde Insassen; ein nennenswerter Prozentsatz von Selbstmördern in München bevorzugt eine bestimmte, besonders hohe Brücke; eine Zeitlang las man in den Zeitungen von aufeinander folgenden Selbstmorden in einem Nauheimer Teich, und in ähnlicher Weise pflegt ein in bestimmter auffallender Weise verübtes Verbrechen ähnliche Taten nach sich zu ziehen. Eine der Gefahren der Kinotheater, namentlich für jugendliche, nicht gefestigte, somit leichter beeinflussbare Individuen liegt in dieser Richtung.

Ein andres vorbereitendes Moment in uns liegt in dem Gemütszustande der Erwartung und Spannung, der sogar zu einer direkten Fälschung von Sinneswahrnehmungen führt. Die mystischen Vorbereitungen, die Dunkelheit bei spiritistischen Sitzungen disponieren zur Wahrnehmung dessen, was die Teilnehmer erwarten oder was ihnen angekündigt wird. Die Angst, die mehr wie

alle andern Gemütsbewegungen die geistigen Vorgänge störend zu beeinflussen vermag, wirkt in dieser Richtung am lebhaftesten. Der einsame Posten im Felde steht in beliebigen unbestimmten Schatten die erwartete Annäherung des Feindes; aber auch eine Vielheit von Menschen, wenn sie nur durch die gleiche Gemütsbewegung der Angst vereinigt werden, erlebt identische Ergründungen. Eine erzählt von der schiffbrüchigen Mannschaft, hinter deren Schiff eine Nacht hindurch der tags zuvor ertrunkene, durch sein Sinken auffallende Floß auf dem Meere gespenstisch nachzog, von allen mit Bestimmtheit erkannt, während das Tageslicht dann einen grauen Balken zeigte, der von den Wellen in auf und nieder gehende Bewegungen versetzt wurde. Auf demselben Boden der Erwartung und Spannung erwachsen die religiösen Massensinnestäuschungen, wenn ganzen Gemeinden die Muttergottes leibhaftig erscheint, oder wenn das Christusbild am Altare die Augen öffnet und schließt.

Diese letzten Beispiele zeigen uns nun schon den Einzelnen unter der Einwirkung einer Vielheit von Menschen, die sich in derselben Lage und Stimmung befinden. Während der Einzelne, auf sich allein gestellt, je nach seiner mitgebrachten seelischen Struktur leicht suggestibel oder mehr kritisch selbständig veranlagt ist, pflegen diese persönlichen Eigentümlichkeiten, wenn sie nicht ganz besonders stark ausgesprochen sind, unterzugehen, sobald der Einzelne Bestandteil der Masse ist.

Was heißt in diesem Zusammenhang „Masse“? Es genügt dazu nicht, daß eine gewisse Anzahl von Menschen sich gleichzeitig an einem übersehbaren Orte befindet; es genügt auch nicht, daß die gleichzeitig Versammelten eine bestimmte, etwa sehr große Zahl ausmachen. Es muß noch etwas andres dazu kommen.

Wenn wir uns ein großes, von 2000 Menschen besetztes Theater vorstellen, so haben wir im normalen Lauf der Dinge darin noch keine Masse vor uns. Es sind nichts weiter als eben 2000 verschiedene Individuen verschiedener sozialer Schichtung, die sich, wenn auch nur zum Teil, mit der Schichtung in verschiedene Ränge deckt, Individuen von dem verschiedensten Bildungsgrade, dem verschiedensten künstlerischen Geschmack und Urteil, in deren Köpfen das Stück, dem sie beizohnen, die verschiedensten seelischen Vorgänge: Zustimmung, Ablehnung, Begeisterung, Entrüstung oder Langeweile auszulösen vermag. Nun mag plötzlich auf der Bühne eine Kulisse in Brand geraten oder Rauch- und Brandgeruch in den Zuschauerraum eindringen, sofort wird aus diesen 2000 getrennten Einzelmenschen eine „Masse“, d. h. ebensoviele ihrer Hilflosigkeit bewußte Kreaturen, die von dem Gedanken der drohenden Gefahr und dem Wunsche nach Rettung des Lebens gleichmäßig in dieselbe Dentrachtung hineingezwungen und zu denselben, vielleicht sehr unzuweckmäßigen Fluchtbewegungen veranlaßt werden. Das Prinzipielle an diesem beliebig gewählten Beispiel finden wir immer dann wieder, wenn wir von Masse zu sprechen Anlaß haben: eine gemeinsame lebhaft seelische Regung von überragendem Einfluß auf das Denken des Einzelnen, unabhängig von der größeren oder kleineren Zahl. In diesem

Sinne ist es ebensosehr „Masse“, wenn 1000 Menschen nach einem Bautract oder dergleichen einen Sturm auf die Spartassen unternehmen, oder wenn 20 Mann sich zusammenfinden, die einen Neger aus dem Gefängnis ziehen und auf dem Wege der Lynchjustiz aufhängen.

Für die unter dem Einfluß der Angst in der Masse ausbrechende Sinnesverwirrung mit Verlust der Besonnenheit und des Urteils ist ja die Bezeichnung der Panik üblich geworden, ein Massenfeelenzustand, der übrigens nicht nur auf den Menschen beschränkt ist, sondern in gleicher Weise bei Tieren, z. B. Pferden (im Feldzug, bei Stallbränden usw.), auftritt. Es sind immer außerlesene geistige Persönlichkeiten, die bei Massenerlebnissen angstvoller Art sich nicht von dem allgemeinen Strome der Unvernunft mitreißen lassen.

Der Krieg mit seinen alles aufwühlenden Gemütsbewegungen ist ein besonderer Erzeuger des zur Panik disponierenden Geisteszustandes, dessen Wirkungen, wenn es sich um blinden Lärm handelt, für den psychologisch kühlen Zuschauer unter Umständen des Komischen nicht entbehren. Am Tage nach dem letzten Fliiegerangriff in Freiburg betrachtete eine vielhundertköpfige Menge die Stelle auf der Straße, an der eine Bombe einen großen Trichter in den Boden gerissen hatte. Plötzlich ertönte in der Ferne eine dumpfe Detonation, von der draußen vor der Stadt vorgenommenen Entzündung eines Blindgängers herührend. Obgleich jedermann, durch vielfache Erfahrung belehrt, sich sagen mußte, daß dies nach Richtung und Klang unmöglich ein Warnungsschuß sein konnte, wurde doch die ganze Masse unruhig, und als ein einzelner anfang davonzulaufen — was im übrigen gar keinen Sinn hatte, da im Falle wirklicher Gefahr die ringsherum offenen Häuser genügend Unterschlupf geboten hätten —, setzte sich die ganze Herde lautlos, aber schleunigst in Erab, alle in einer Richtung; nach wenigen Sekunden war die Straße leer.

Was sind das nun für merkwürdige Beziehungen zwischen der Vielheit der Köpfe, der Masse und dem einzelnen Bestandteil?

Nach Spencers Lehre sollen die Eigenschaften einer Masse gleich der Summe der Eigenschaften der Einzelbestandteile sein. Bei der unendlichen Vielgestaltigkeit der einzelnen Persönlichkeiten kann die Masse in ihrer Gesamttenenz nur das zum Ausdruck bringen, was wirklich allen Bestandteilen eigen ist. Gemeinsam in diesem Sinne sind, da die außerlesenen Persönlichkeiten immer nur eine kleine Minorität ausmachen können, nur die durchschnittlichen oder unter dem Durchschnitt liegenden Eigenschaften. Der Doppelsinn des Wortes „gemein“, der sowohl das Gemeinsame als das Minderwertige bezeichnet, ist ein Niederschlag dieses Sachverhalts. Nordau hat einmal den Gedanken geäußert, ob bei der Zusammenstellung einer Reihe hervorragender Persönlichkeiten, von denen jede auf ihrem Gebiete ersten Ranges und einzigartig sein möge, durch Abddierung etwas Besonderes herauskommen könnte. Wir werden ihm darin zustimmen müssen, daß, wenn wir uns etwa Goethe, Kant, Helmholtz, Darwin u. a. in einer solchen, etwa der Beratung einer bestimmten Frage dienenden Vereinigung denken, doch die hervorragenden Qualitäten jedes ein-

zeln durch die auf seinem Gebiete durchschnittlichen der anderen überstimmt und unwirksam gemacht werden würden.

Tatsächlich erleben wir ja bei dem Versuche der Zusammenfügung einer Anzahl von Köpfen zu einem bestimmten intellektuellen Zwecke Ergebnisse, die unter dem bleiben, was jeder einzelne geleistet haben würde, wie z. B. Geschworenengerichte gelegentlich mit genügender Deutlichkeit erkennen lassen.

Versammlungen fassen Beschlüsse, deren Unvernünftigkeit jedem einzelnen bei einsamem Nachdenken sofort eingeleuchtet haben würde. Schiller hat sehr recht mit seinem Distichon:

„Jeder, sieht man ihn einzeln, ist leidlich klug und verständig,
Sind sie in corpore, gleich wird euch ein Dummkopf daraus.“

Als altrömisch wird ein boshafter Satz in der Literatur weiterzitiert, dessen richtiger Kern davon nicht berührt wird, daß die sprachliche Fassung den altrömischen Ursprung wohl ausschließt:

„Senator homo bonus, Senatus autem mala bestia.“

Und Sokrates warf schon, noch dazu ohne den heutigen Parlamentarismus zu kennen, die Frage auf, wie man sich das denn denke, daß eine Anzahl von Männern durch gegenseitiges Hin- und Herreden nach einiger Zeit klüger würden, als sie anfangs gewesen seien.

Wieviel Richtiges an diesen über die Jahrtausende reichenden epigrammatischen Zuspißungen ist, erkennt jeder, der einmal mit Humor Zeuge der Hilflosigkeit gewesen ist, mit der eine Versammlung versucht, gemeinsam den Wortlaut von Vereinsstatuten oder eines Telegramms an den Landesherrn zustande zu bringen. Wenn derartige Dinge gelingen sollen, muß sie ein Einzelner machen und vorschlagen, wie es denn ja auch von einsichtigen Vorsitzenden geschieht.

Ein Zeichen des Gefühls dieser Gesamtnfähigkeit großer Vereinigungen ist die Neigung, Einzelfragen einer „Kommission“ zu überweisen. Daß dies dann sehr häufig nur ein ehrenvolles Begräbnis dieser Frage darstellt, beruht darauf, daß die meisten Kommissionen immer noch zu viel Köpfe enthalten. Mich hat immer ganz besonders die testamentarische Bestimmung eines alten Menschenkenners erfreut, welcher der Stadt, in der er starb, eine große Summe zur Errichtung eines monumentalen öffentlichen Kunstwerks hinterließ, mit der Einschränkung, daß die Stiftung hinfällig würde, sobald man mit der Ausführung seines Wunsches eine Kommission betraue. —

Wer sich selbst zu beobachten gelernt hat, vermag einzelne der psychischen Beeinflussungen direkt wahrzunehmen, denen er als Bestandteil einer größeren oder kleineren „Masse“ unterliegt.

Daß unmittelbar am deutlichsten Erkennbare ist die Minderung des Verantwortungsgefühls, dessen Linie sich im umgekehrten Sinne zu der Zahl der gleichzeitig Mitverantwortlichen bewegt.

Ein Zweites ist eine unbewußte Mehrung des Machtgefühls, wobei in einer nur festzustellenden, aber nicht näher zu zerlegenden Weise atavistische

Trieb, bis zur Grausamkeit, wach werden, Grausamkeit, die das Tier, der Wilde und der moderne Mensch als Kind in gleicher Weise besitzen und die in unserm heutigen Gesellschaftsleben nur noch in der abgeschwächten Form der Freude an Stierkämpfen, Ringkämpfen und Boxerduellen auftritt, welche die Analoga zu den antiken Gladiatorenkämpfen und der Opferung von Menschen an wilde Tiere darstellen.

Ein weiteres, oben schon gestreiftes Moment in der Masse ist der elementare Nachahmungstrieb, die ungeheuerlich ansteckende Wirkung lebhafter mimischer Aeußerungen, bei denen allerdings beträchtliche nationale Unterschiede bestehen. Es ist nicht ohne Grund, daß gerade die romanischen Völkerschaften mit ihrer lebhaften mimischen Ansprechbarkeit in Europa und in Amerika am meisten zu dramatisch verlaufenden politischen Bewegungen öffentlicher Art disponiert sind („Herrschaft der Gasse“).

Zu alle dem kommt die gesetzmäßige Erscheinung, daß mit zunehmender Zahl der Einzelbestandteile der Masse die Stärke der Gefühle proportional steigt. Jeder Redner, der sich über die Technik seiner eignen rhetorischen Wirkungen klar ist, weiß, daß er die gefühlsmäßige Einstellung seiner Worte je nach der Zahl der Hörer wesentlich verschieden wählen muß. Eine auf die Erweckung gewisser Stimmungen berechnete Rede, die für ein Auditorium von einigen tausend Köpfen durchaus geeignet wäre, würde im kleinen Kreise vielleicht unwiderstehlich komisch wirken.

Alle diese Momente würden noch nicht erklären, warum die Ergebnisse einer seelischen Massenwirkung in intellektueller Beziehung immer hinter den sonstigen Wirkungen zurückbleiben müssen. Der Grund hiervon liegt darin, daß sich Gefühle, Stimmungen und Gefühlsäußerungen durch Summierung steigern lassen, verstandesmäßige Leistungen dagegen nicht. Ein Beherzter kann, soweit seine Stimme und sein Eindruck reichen, tausend andern Mut machen, der Ausdruck des Entsetzens in einem Gesicht kann hundert andre in die gleiche Stimmung mitreißen, aber keinerlei Aeußerung einer Intelligenz schafft um sich her hundert neue Intelligenzen. Die Gefühle in der Masse fördern sich gegenseitig, die intellektuellen Vorgänge heben sich gegenseitig auf. Ein zufälliger Eindruck, ein glückliches Wort, ein bedeutsames Symbol kann eine Masse zur Höhe der Begeisterung führen, aber keinerlei Vorgang auf dieser Welt kann in gleichem Maße die Intelligenz der Beteiligten steigern. Die Masse kennt deswegen Höhen der Stimmung, die dem einzelnen, auf sich selbst gestellten Individuum versagt sind; dafür aber ist ihr die geistige Höhe der besten in ihr vertretenen Bestandteile gänzlich verschlossen.

In dieser Verteilung der psychischen Kräfte in der Masse ist der Grund zu suchen für ihre Unberechenbarkeit, ihre Neigung zum Extremen nach der einen und nach der andern Seite, ebenso wie für das fortgesetzte Bereitliegen der Gefahr einer plötzlichen Explosion, die durch ein vielleicht zufälliges Moment, einen lebhaften Sinnesindruck, etwa den Schrei irgendeines Frauenzimmers in einem hysterischen Anfall, die „zwei Schüsse“, die in den

deutschen revolutionären Szenen des vorigen Jahrhunderts eine Rolle spielten, ausgelöst werden kann.

Für die historische Betrachtung ist die Kenntnis der seelischen Massenerscheinungen unerläßliche Vorbedingung. Seit menschliches Geistesleben existiert, hat es sicherlich immer auch seelische Massenwirkungen gegeben, für die in der kulturgeschichtlichen Darstellung die Ausdrücke „seelische Volkskrankheiten“, „psychische Epidemien“ gebraucht werden. Beide Bezeichnungen sind irreführend insofern, als es sich nicht eigentlich um krankhafte Vorgänge handelt; das tertium comparationis, das diesem Vergleiche eine gewisse Berechtigung sichert, liegt in der rasch und über große Bezirke hin sich fortpflanzenden ansteckenden Wirkung bestimmter Ideentreife, Stimmungen oder Impulse.

Die landläufige Meinung, daß das Mittelalter und die Jahrhunderte der Religionskriege eine besonders bevorzugte Epoche solcher psychischer Epidemien gewesen seien, eine Meinung, zu deren Bestätigung man auf die Kindertreuzüge, das Flagellantentum, die Judenverfolgungen, die Bewegung der Wiedertäufer und vieles andre hinweist, ist irrtümlich. Seelische Epidemien von grundsätzlicher Ähnlichkeit, wenn auch in immer neuen Gewandungen, reichen auch in unsere Tage hinein. Die Epidemie des Zungenredens in Cassel und Umgebung, die Gesundbeteri, die Seltenbildungen der verschiedensten Art wären hier zu erwähnen. Für den Kundigen war von vornherein zu erwarten, daß die besondere Erregung der Gemüter mit ihrer hochgradigen Spannung und Unruhe, wie sie in den Augusttagen 1914 herrschte, einen günstigen Nährboden für seelische Massenerscheinungen abgeben würde. Wenn es im Mittelalter die Juden waren, die durch Brunnenvergiftung die Pest hervorriefen, so waren es 1914 die russischen Studenten, die Cholerabazillen in unsere Wasserleitungen praktiziert haben sollten. Und wer damals Zeuge der Spionenjagd in unsern größeren Städten gewesen ist, wird nicht ohne Beschämung daran zurückdenken.

Eine gewisse allgemeine Erregung ist zu allen Zeiten disponierendes Moment gewesen, mochte es nun ein Komet oder ein angekündigter Weltuntergang oder ein großes wirkliches Unglück in Form einer Seuche sein, das die Allgemeinheit in länger dauernde Erregung versetzte.

Heute lebt ein großer Teil der Kulturlwelt in dem Ausnahmezustand einer besonderen seelischen Dauererregung, die nach außen hin in ihren charakteristischen Rationaleigentümlichkeiten dadurch so besonders deutlich wird, daß alle Kulturvölker, soweit sie an dem Kriege aktiv oder gefühlsmäßig beteiligt sind, in merkwürdiger Weise jedes für sich zu einem einheitlichen Organismus verwandelt worden sind.

Ich habe dabei nicht nur die wirtschaftliche Organisation im Auge, die wenigstens bei uns in Deutschland sich erfolgreich bemüht, nach der Art eines ökonomisch arbeitenden belebten Tier- oder Menschenkörpers jedem Teil und jedem Organ das für seine Existenz notwendige Minimum an Nährstoff zu sichern und zuzuführen, sondern noch viel mehr die durch die Technik ermöglichte einheitliche und gleichzeitige Schwingung der Bewußtseinsbestandteile, die wir

mit dem Sammelnamen der Volksseele bezeichnen. Wir können uns in unsrer jetzigen Epoche, in welcher Telegraph, Telephon, drahtlose Telegraphie, Rotationspresse usw. fast alle zeitlichen und räumlichen Hemmungen der geistigen Uebermittlung aufgehoben haben, kaum eine Vorstellung davon machen, wie es in früheren Kriegen in diesem Punkte bestellt war. Die Nachricht von der Schlacht bei Jena hat Tage gebraucht, bis in Berlin etwas Authentisches darüber bekannt wurde, und gleichzeitige Schriftsteller klagen darüber, daß die durch den optischen Zeigertelegraphen übermittelten Nachrichten, etwa von der französischen Revolution, immer dann gerade durch Nebel unterbrochen wurden, wenn die entscheidenden Punkte der Meldung kommen sollten.

In unserm modernen Volksorganismus sind die Telephon- und Telegraphendrähte in mehr als bildlichem Sinne die Nerven, durch welche fast im gleichen Augenblick bis zu den äußersten Teilen des Körpers hin dieselben Wellenbewegungen hindurchschwingen. Fast im gleichen Augenblick, mit ganz geringer zeitlicher Verschiebung, bewegt sich in ganz Deutschland jedes Einzelbewußtsein in der Freude an der Nachricht über einen versenkten englischen Kreuzer oder in der Entrüstung über eine neue anmaßende amerikanische Note.

Diese Vereinheitlichung der einzelnen Nationen bewirkt es, daß wir mit ziemlicher Bestimmtheit voraussagen können, was der einzelne Vertreter eines fremden Volkes, dem wir begegnen, zu dieser oder jener Frage für eine Stellung einnehmen wird. Auch die ganze Publizistik rechnet in ihrer Sprechweise mit diesem einheitlichen Charakter der Nationalorganismen.

Das Hauptmittel, vermöge dessen national einheitliche seelische Massenzustände hervorgerufen werden, ist natürlich die Presse, namentlich wenn sie, wie es jetzt der Fall ist, durch eine auch wieder national abgestufte Zensur nur die nach Meinung der Machthaber dem Zwecke der Einheit dienlichen suggestiven Wirkungen in die Einzelsöpfe fließen lassen darf. Mit welchem Erfolg dieses Werkzeug bei genügender Strupellosigkeit durch Verschweigen und Lügen zur Züchtung beherrschender Ideen und ganzer Gedankentriebe verwendet werden kann, zeigt ja jeder Blick in die Zeitung des feindlichen Auslands.

Alle diese Vorgänge lassen jetzt die verschiedenen Nationaltypen durch das Hervortreten der charakteristischen Züge, durch die Nivellierung aller übrigen Eigenschaften gewissermaßen in Reinkultur erscheinen. Die Summierung schafft den Typus. Der Krieg bringt ja in dieser Richtung auf geistigem Gebiet nichts Neues hervor, aber er enthüllt, er unterstreicht, er verstärkt in gutem und bösem Sinn alle seelischen Qualitäten. Wenn deutsche Spruchweisheit annimmt, daß man seine näheren Familienmitglieder erst dann kennen lernt, wenn man mit ihnen zusammen eine Erbschaftsteilung durchgemacht hat, so können wir jetzt sagen, daß erst diese kriegerische Auseinandersetzung uns unsre näheren und ferneren Nachbarn feindlicher und sog. neutraler Richtung kennen gelehrt hat.

Wenn wir in Deutschland überhaupt auf diesem Gebiete belehrbar sind, was noch nicht ausgemacht ist, so haben wir heute die Gelegenheit zum Lernen.

Von unsern Feinden mag von den Russen in diesem Zusammenhang am wenigsten die Rede sein. Wir haben es nicht nötig, Rußland die Ehre anzutun, es zu den europäischen Staaten zu rechnen, und wir wissen ja, daß die dortigen Regierungs- und Verwaltungsgebräuche ein wirkliches Bild der russischen Volksseele doch nicht deutlich werden lassen.

Auch in bezug auf Italien haben wir kaum etwas Neues zu lernen. Der unbefangene dort Reisende hat nie den Standpunkt der gelehrten Italienschwärmer geteilt, die aus den Kulturverdiensten des Altertums und der Renaissancezeit einen genügend großen Mantel schnitten, um damit die Blößen des heutigen italienischen Charakters zu decken; er hatte recht daran, wenn er nicht geneigt war, in der Unzuverlässigkeit, der Neigung zum Betrug usw. nur wohlwollend zu belächelnde Reste naiven Heidentums zu sehen; den meisten wäre Italien weit lieber gewesen, wenn sie seinen Reiz ohne — Italiener hätten haben können.

An den heutigen Franzosen sehen wir in merkwürdiger Weise die unter bestimmten Umständen über Jahrtausende hinweg reichende Konstanz des Volkscharakters, wenn wir Cäsars Schilderungen der Gallier mit unsern heutigen Eindrücken vergleichen. Ihre ewige Unruhe, das Bedürfnis nach Wechsel, die reizbare Eitelkeit, ihre Fähigkeit, durch Phrasen sich hinreißen zu lassen, ist als dauernde Disposition der französischen Massenseele durch die Jahrhunderte rückwärts zu verfolgen. Am erstaunlichsten ist uns heute vielleicht die große, allgemeine Selbsttäuschung, in der das angeblich „freie“ französische Volk sich durch Vorenthalten von Tatsachenmaterial und klingende Worte ohne Inhalt durch die Handvoll Advokaten, die sich als seine Regierung bezeichnen, halten läßt, die Selbsttäuschung, in der das einmal stolze Nationalbewußtsein unempfindlich geworden ist gegen das Gefühl der Rolle, in die es England erfolgreich hineingebracht hat; es sind noch immer dieselben Franzosen, die noch nach der Schlacht bei Sedan als Friedensbedingungen für möglich hielten: unbehelligter Abzug der deutschen Heere aus Frankreich und Zahlung einer Kriegszuschädigung durch Deutschland. Ich habe im Laufe des Krieges vielfach Gelegenheit gehabt, mit gefangenen intelligenten und historisch interessierten französischen Offizieren auch höherer Grade eingehend zu diskutieren, und immer wieder mit Erstaunen die Gleichmäßigkeit der politischen Ueberzeugungen uns gegenüber feststellen können: Deutschland seit vierzig Jahren auf dem Sprunge, Frankreich zu überfallen, die Geschichte der letzten Jahre eine fortgesetzte Reihe von Versuchen, Frankreich zu demütigen, der deutsche Kronprinz die treibende Kraft aller deutschen Kriegswünsche, und so fort. Ein charakteristischer, die nationalen Unterschiede der Anschauungen scharf beleuchtender Einzelzug war mir die französische Unfähigkeit, die Unzulässigkeit des Franktireurwesens und die Selbstverständlichkeit der unsererseits daraus zu ziehenden Konsequenzen einzusehen; es erinnert dies an die halb anerkennende, halb verächtliche Art, mit der Napoleon feststellte, daß ihm 1812 von seinen durch Deutschland ziehenden Flüchtlingen aus dem russischen Winter kein einziger durch unsre Bevölkerung erschlagen worden sei. Auf wie wenig Verständnis deutsche

Regungen von Gerechtigkeit und politischer Anständigkeit drüben zu rechnen haben, zeigt der eingehend begründete Gedankengang eines französischen, geistig hochstehenden Majors: wenn Deutschland wirklich des Sieges so sicher wäre, wie es sagt, würde es in bezug auf Friedensbedingungen nicht so bescheiden sein, wie die bisherigen Äußerungen erkennen lassen. Das alte Lied — wenn wir gutmütig sein wollen, empfindet der Franzose das als ein Zeichen der Schwäche. —

Die bittersten Enttäuschungen hat zahlreichen Deutschen sicherlich die Enthüllung der englischen Massenseele gebracht; selbst die lebhaftesten Bewunderer sind — wenigstens für eine Weile — stille geworden, diese Bewunderer englischen Wesens nach allen Richtungen, deren Hauptbeweismittel meist die Qualität der von ihnen in England genossenen Gastfreundschaft war, wobei es ihnen nicht zum Bewußtsein kam, daß nur auf dem Hintergrunde der üblichen deutschen geringen Selbsteinschätzung anständige Behandlung in England für sie so hoch im Preise stehen konnte.

Der heutige Zustand der englischen Massenseele ist ein lehrreiches Beispiel für die Wirkung geographischer Besonderheiten — der insularen Lage — auf psychisches Wesen eines Volkes; zwischen Shakespeare und dem heutigen Engländer liegt die ganze Hinwendung des nationalen Denkens auf die Handelsgefahrpunkte und die Ersetzung geistiger Interessen durch materielle Motive; es liegt aber auch Cromwell dazwischen, dessen Nachwirkungen viel einschneidender sind als etwa die des ersten Napoleon. Cromwell, selbst noch ein ehrlicher, überzeugter Mann, ist der Abnherr der heuchlerischen Verquickung religiösen Scheines mit politischer Unmoral geworden, die uns so von Herzen widerwärtig ist. Wir verachten die paar verkommenen Kapitäne, die im Barolong-Fall und gegenüber der Mannschaft von „L. 19“ ihre privaten Qualitäten enthüllten; aber was wir weit tiefer empfinden, ist der rohe Gemütszustand der Geistlichen, die von der Kanzel diese Taten preisen, und der Damen, die zugunsten der Täter Sammlungen veranstalten. Hastbar sind uns nicht jene armfeligen Verbrecher auf ihren Schiffen, sondern die englische Gesamtpsyche; es ist nicht geschmackvoll, als ständigen Gruß die Formel: „Gott strafe England“ zu gebrauchen; aber eines ist gewiß: wir verdienen es, daß Gott uns strafe, wenn wir jene Dinge jemals vergessen. —

Noch weniger verständlich als die Psychologie unsrer Feinde ist uns zu unsrer schmerzhaften Ueberraschung die neutrale Massenseele; die oft aufgeworfene und in verschiedener Weise beantwortete Frage: „Warum hassen uns die Völker?“ ist nur allzu berechtigt angesichts des kalten Sumpfes von Unfreundlichkeit, absichtlichem Nichtverstehen und offener Abneigung, der von allen Seiten um uns aufsteigt. Auch wenn wir von denjenigen Nationen absehen, die bewußtermaßen nur scheinbar neutral sind oder aus Angst vor England oder aus geschäftlichen Motiven Stellung nehmen, bleibt noch genug des Schwer zu Verstehenden übrig. Zum Teil erkennen wir aus der jetzigen Stimmung erst, was in diesen Seelen vor dem Krieg an unbemerkten Strömungen vor-

handen war: die Angst vor dem zu groß werdenden Deutschland, die Abneigung gegen das fleißig arbeitende Volk, das die Maßstäbe der im Wettbewerbe notwendigen Anstrengungen in so unbequemer Weise verschob; auch ohne direkten Anlaß zu feindlicher Stellungnahme hatten manche Neutrale sicherlich angesichts der deutschen Kriegsnöte dasselbe Gefühl der Befriedigung, das die Mehrzahl der Schüler empfindet, wenn der brave Musterknabe der Klasse auch einmal in Schwierigkeiten gerät. Alles das würde eines noch nicht erklären: die durchschnittliche ästhetische und ethische Stumpfheit der Neutralen gegenüber dem Schauspiel — rein als Schauspiel genommen —, das der deutsche Riesenkampf der Welt bietet, wenn dabei nicht derselbe seelische Mechanismus wirksam würde, der die durch eine Vernadigung um den Reiz einer Hinrichtung gebrachte Volksmenge in Schimpfreden gegen den Vernadigten ausbrechen läßt; wir bringen, so leid es uns tut, die Neutralen um die Freude, dem großen Sensationsdrama unsern Untergang zu betwohnen zu können. —

Von unsrer eignen deutschen Massenseele wollen wir heute nicht allzuviel reden; das ist im Laufe dieser Kriegsmonate mit deutscher Gründlichkeit genügend geschehen; nur einzelne Punkte mögen herausgegriffen sein.

Es ist schon Mode geworden, das Abflauen des schönen Schwunges aus den Augusttagen 1914 mit dem Tone des Vorwurfs zu beklagen; diejenigen, die aus dieser an sich nicht zu bestreitenden Tatsache Anlaß zu trüben Betrachtungen ableiten, sind schlechte Kenner seelischer Möglichkeiten. Alle unsre Gemütsbewegungen haben ihren gesetzmäßigen Ablauf; ein Höhepunkt der Stimmung kann nie über längere Zeiten hin festgehalten werden — zu unserm eignen Heil; wohin sollten wir kommen, wenn nicht auch unsre Trauer dem Gesetze langsamen Abklingens unterworfen wäre? Es ist in der Ordnung und auch ganz genügend, daß der anfängliche Enthusiasmus von einer kalten und besonnenen Entschlossenheit abgelöst worden ist. Viel bedenklicher wäre es, wenn der jetzige Vorsatz, die im Kriege gewonnenen Einsichten in bezug auf unser Verhältnis zur übrigen Welt nicht zu vergessen, alsbald wieder der deutschen Michelhaftigkeit Platz machen sollte, die noch immer und zum Teil schon wieder ihr Haupt erhebt. Wie unwürdig die wiederkehrenden Ueberschriften in einzelnen Zeitungen: „Englisches Lob deutscher Tapferkeit“ — „Ein Schwede über Deutschlands wirtschaftliche Kraft“ usw.! Warum müssen wir unsre Selbstschätzung erst vom Auslande approbiert erhalten, wie leider schon Kleidermoden oder Klubgewohnheiten!

Schon jetzt wieder bei Erörterung der Friedensbedingungen die alten deutschen Erbfehler: doktrinaire Anschauungen, theoretisch konstruierte Bedenken, Mitleid am falschen Orte, Idealismus ohne Augenmaß, törichte Vermengung der Gesichtspunkte privater und staatlicher Moral. Für den Staat gelten die zehn Gebote nicht; er hat, wie Rümelin einmal sagt, keine Eltern, die er ehren müßte; er muß Instrumente zum Töten herstellen; es muß ihn gelüsten nach seiner Bürger Gelb; und „Nächstenliebe“ in den Beziehungen der Staaten untereinander ist ein unsinniger Begriff. Es schadet gar nichts, wenn einzelne

Kreise in ihren Forderungen für den Friedensschluß enthusiastisch über die Linie des Möglichen oder Zweckmäßigen hinausgreifen; es ist im Gegenteil eine notwendige Kompensierung der herabziehenden Tendenz der Pessimisten. Es ist nicht jedem gegeben, mit elastischem Herzen den Druck der Zeit zu tragen, und diejenigen sind durch sich selbst schon gestraft, die auch jetzt noch ihr eignes trübes Medium nicht verlassen können. Aber eines dürfen wir von den Pessimisten verlangen: daß sie schweigen.

Des alten Kant Grundsatz, sein Tun so einzurichten, daß seine Maxime Gesetz des allgemeinen Handelns werden könne, gilt jetzt mehr wie je für jeden einzelnen, der sich zwar als Atom, aber doch als verantwortlichen Mitträger aller Schwingungen der deutschen Massenseele fühlt.

Bedarf es der Gewinnung überseeischer Stützpunkte, um den Verkehr künftighin gegen maritime Absperre-maßregeln Englands zu sichern?

Von einem österreichisch-ungarischen Diplomaten a. D.

So viele große Kriege unsern Erdteil durchtobt haben, seitdem die napoleonische Herrschaft auf dem Schlachtfeld von Waterloo der vereinten Kraft Preußens und Englands gegenüber endgültig zusammengebrochen war, so hat doch das britische Reich an keinem dieser weiteren Kriege mehr aktiv teilgenommen. Wohl geschah dies im Krimfeldzug, wo neben französischen, türkischen und piemontesischen Truppen auch ein bedeutendes britisches Kontingent auf europäischem Boden mitfechtend zu der Eroberung von Sebastopol beitrug, allein ebenso nach dem Schauplatz jenes Unternehmens wie nach dessen Organisation und schließlichem Ergebnis beurteilt, trägt es doch weit eher die Merkmale eines überseeischen Kolonialfeldzuges als eines eigentlichen Festlandskampfes. Auf diese Weise vollzogen sich die historischen Ereignisse, welche im Lauf des letzten Jahrhunderts die politische Karte unsers Weltteils wesentlich veränderten, vor allem die nationale Einigung Italiens, die Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs und der Umschwung der Dinge auf der Balkanhalbinsel, ohne daß England durch andre als durch bloß diplomatische Mittel darauf Einfluß genommen hätte. Ehedem, vermöge der Personalunion mit Hannover bis zu einem gewissen Grad auch eine europäische Kontinentalmacht, sah England mit dem Regierungsantritt der Königin Viktoria dieses lockere Band gelöst und konnte, nunmehr zum reinen Inselstaat in Europa geworden, seiner direkten Festlandsinteressen ledig, um so ungehinderter die vielgepriesene Politik der splendid isolation sich zur Richtschnur nehmen und seine ganze Kraft in andern Weltteilen zur Geltung bringen. Der Erfolg dieser

Betätigung war groß; trotz manchen Rückschlägen wurde der britische überseeische Besitz fast ins Ungemessene ausgedehnt. Erst der jetzige Weltkrieg machte es klar, daß diese Politik dem Londoner Kabinett zugleich das Mittel schuf, die Gestaltung der Dinge auf dem europäischen Kontinent weit stärker zu beeinflussen, als dies in den Tagen Wellingtons und Nelsons geschehen konnte. Freilich galt England auch schon in jener Zeit als die erste Seemacht und konnte nach dem Sieg bei Trafalgar diesen Rang gewiß unbestrittener beanspruchen als in der Gegenwart angesichts der Heldentaten der deutschen Kreuzer und Unterseeboote. So sehr der Besitz des Inselreichs in Asien und Afrika während der letzten Jahrzehnte sich vergrößerte, so gewaltig die zahlenmäßige Ueberlegenheit der englischen Marine noch immer ist, so andauernd die Anstrengungen Englands sind, im Weltkrieg Millionenarmeen zu improvisieren — nicht zu reden von seinem allerdings auch schon Zeichen beginnender Erschöpfung zeigenden Reichtum, so gewinnen diese Faktoren doch erst durch einen besonderen Umstand ihr volles Gewicht, der auch die führende Rolle Englands in der Reihe der Ententemächte erklärlich macht. Diesen Umstand finden wir in der Tatsache, daß die Verkehrsverhältnisse und die Lebenshaltung der gegenwärtigen Generation von jenen, die zu Anfang des vorigen Jahrhunderts herrschten, sich so wesentlich unterscheiden. Auf keinem Gebiet haben die technischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte revolutionierender gewirkt als im Verkehrswesen. Im Zeitalter der Schnelldampfer und der Expresszüge, des Telegraphen und des Telefons aufgewachsen, gewohnt, die Erzeugnisse der fernsten Erdteile fast ebenso zu den Alltäglichkeiten des Lebensbedarfs zu rechnen wie die heimischen Produkte, fühlen die Menschen von heute sich räumlich einander so nahegerückt, daß die Erinnerung an Verhältnisse, die noch unsern Großeltern geläufig waren, anmutet, als riefen sie Bilder aus mittelalterlichen Zeiten in unser Gedächtnis. In diesen heutigen Verhältnissen, die uns zur zweiten Natur geworden sind, ist durch die Teilnahme Englands am Weltkrieg und durch die Absperrungsmaßregeln, welche diese seebeherrschende Nation rücksichtslos anwendete, um die Zentralstaaten niederzuzwingen, ein großer Riß entstanden. Nach dem Plane der britischen Machthaber sollte Mitteleuropa mit seinen 120 Millionen Menschen vom Weltverkehr abgeschnitten, durch Aushungerung jener Erfolg erzielt werden, der den Waffen Englands und seiner Alliierten bisher versagt geblieben ist. Wie harmlos scheint im Vergleich mit dieser Maßregel die vom ersten Napoleon gegen England dekretierte Kontinental Sperre, die wohl den Handel, nicht aber die Existenz des Britenvolks bedrohen konnte!

Die englischerseits praktizierte Hemmung des Verkehrs scheute vor der Verletzung der Interessen der Neutralen in keiner Weise zurück; sie stellte sich in offenen Gegensatz zu dem klaren Buchstaben von internationalen Abmachungen, die längst anerkannte Grundsätze des Völkerrechts geworden waren. Die Akte brutaler Willkür, welche England durch seine maritimen Machtmittel zur Anwendung bringt, begründen die seitens seiner Gegner aus Notwehr dagegen ergriffenen Repressalien. So trägt England in erster Linie schuld an der

steigenden Erbitterung, die zu den beklagenswertesten Begleiterscheinungen des Völkerdramas gehört und deren Nachwehen bedauerlicherweise noch lange nach dem Friedensschluß zu verspüren sein werden.

Es sollte sich bald zeigen, daß die wenn auch bis zum Äußersten verschärften Absperrverfügungen Englands sich als untaugliches Mittel für den angestrebten Zweck erwiesen. Allerdings ließen ihre Folgen kaum irgendwelche Bevölkerungs-freie unberührt; Industrie und Handel, der Wohlhabende wie der wenig Begüterte mußten selbstverständlich die Störung empfinden, welche die Unterbindung des Verkehrs, das Ausbleiben des Nachschubs an überseeischen Rohstoffen, Nahrungsmitteln u. dgl. nach sich zog. Allein rascher, als zu erwarten war, konnte der bössartige Anschlag vereitelt werden. Der gute Wille der Völker Mitteleuropas, der Unbequemlichkeit der Lage ungeachtet durchzuhalten und auf so manche gewohnte Bequemlichkeit zu verzichten, das Geschick, welches die leitenden Stellen an den Tag legten, um durch entsprechende Organisation mit den vorhandenen Mitteln das Auslangen zu sichern, der Erfindergeist, dem es gelang, ausreichende Ersatzstoffe für das Fehlende zu schaffen, wirkten harmonisch zusammen mit dem Ergebnis, daß die Berechnung unsrer Feinde vollkommen fehlschlug. Angesichts dieses überzeugenden Beweises der auf ihrer inneren wirtschaftlichen Kraft beruhenden Stärke der beiden Kaisermächte kann wohl selbst England auf einen positiven Erfolg der Absperrung nicht mehr ernstlich hoffen, zumal seitdem infolge der Herstellung des Verkehrsweges nach dem Orient der Bannkreis so bedeutend erweitert und dadurch der Austausch wichtiger Gebrauchsgegenstände namhaft erleichtert worden ist.

Unter solchen Umständen ist die englischerseits als Kriegsmittel ausgedachte Maßregel in ihrer praktischen Wirkung gleich Null und einer bloßen Schifane gleichzuachten. Dennoch oder vielmehr gerade deswegen empfinden wir das Unternehmen der britischen Regierung als eine Unerträglichkeit. Sollen zwei Staaten wie Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die auf hundert Schlachtfeldern ihre militärische Ueberlegenheit gegenüber einer Welt von Feinden erwiesen haben, mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß ein Machtpruch Englands wieder einmal eine Situation gleich der heutigen schaffe? Welchen Schutz gegen eine solche Eventualität vermöchten künftige internationale Verträge zu gewähren angesichts der hinsichtlich der Mißachtung bestehender Rechtsnormen gemachten trübten Erfahrungen? Die britische Seeherrschaft ruht auf zwei starken Pfeilern, deren einer die mächtige Kriegs- und Handelsflotte, der andre die den wichtigsten maritimen Verkehrsstraßen entlang angelegte Reihe von besetzten Häfen, Kohlenstationen und Arsenalen ist. Die Technik des modernen Dampferverkehrs hat zur Folge, daß er weit mehr als seinerzeit die Segelschiffahrt solcher Stützpunkte bedarf. An Tonnengehalt ist zwar die englische Kriegs- und Handelsmarine unbestritten die erste, die deutsche strebt aber rüstig nach, hat in bezug auf Qualität von Mannschaften und Material gewiß keinen Vergleich zu scheuen und erweist in der Organisation der großen Schifffahrtsgesellschaften eine unbestreitbare Ueberlegenheit.

Diese Tatsachen begründen die Annahme, daß, wenn das Deutsche Reich über ähnliche maritime Stützpunkte zu verfügen gehabt hätte wie England, der Versuch einer Aushungerung unmöglich gewesen wäre. Auch darf in diesem Zusammenhang auf die enorme Benachteiligung verwiesen werden, welche die Soldaten der „Emden“ sowie des Kreuzergeschwaders des ruhmreichen Vizeadmirals Grafen Spee unter den bestehenden Verhältnissen erdulden mußten.

Die Frage drängt sich auf, ob Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Interesse der Sicherung ihrer zukunftsreichen Handelsbeziehungen mit dem fernen Osten ihre Aufgabe nicht darin erblicken sollten, wenigstens an einzelnen Punkten des Indischen Ozeans festen Fuß zu fassen, um dort durch die Anlage von Handels- und Kriegshäfen einige Zwischenstationen für den Schutz der deutschen Schifffahrt zu schaffen. So verlockend dieser Gedanke auch sein mag, und angenommen selbst, daß seine Ausführung, etwa in der Form einer Gebietsabtretung nach siegreicher Beendigung des Krieges, durchsetzbar wäre, scheinen doch gewichtige Bedenken allfälligen Kombinationen und Plänen solcher Art entgegenzustehen.

Zunächst ist es wohl ohne weiteres klar, daß, wenn vielleicht die Erwerbung englischer Kolonien, wie Hongkong oder Singapore, ins Auge gefaßt werden sollte, die beide von China wie von Japan als deren Interessentkreis zugehörend angesehen werden, der Nachfahr des gegenwärtigen Besitzers mit dem entschiedenen Uebelwollen jener beiden Staaten, vor allem Japans in seiner Rolle als Vormacht Ostasiens, zu rechnen hätte. Der stagnierende Zustand der alten französischen und portugiesischen Niederlassungen in Ostindien ließe eine Ansiedlung der Zentralmächte auf dem dortigen Boden wohl kaum begehrenswert erscheinen, und nicht wesentlich anders würde sich die Sache verhalten, wenn an Stellen der ostafrikanischen oder südarabischen Küste zum Zweck der Schaffung eines derartigen Seestützpunktes gedacht werden sollte. Alle Projekte solcher Art weisen ein gemeinsames Merkmal, nämlich die Schwierigkeit auf, den von den heimatischen Hilfsquellen weit entfernten Stützpunkt im Falle des plötzlichen Eintretens kriegerischer Verwicklungen festzuhalten. Die jüngst mit Kiautschau und andern überseeischen Niederlassungen gemachten Erfahrungen sprechen davon nur zu deutlich.

Müssen wir daher vielleicht mit verschränkten Armen einer künftigen abermaligen Verhängung von Sperrmaßregeln zur Unterbindung unsers Außenhandels gewärtig sein? Sicherlich nicht; die Zentralmächte sind vielmehr unsers Erachtens sehr wohl in der Lage, der Seetyrannie Englands wirksam zu begegnen, und zwar in doppelter Richtung, durch materielle wie durch moralische Mittel.

In ersterer Hinsicht wäre der Suezkanal vermöge seiner außerordentlichen verkehrspolitischen Bedeutung in Betracht zu ziehen. Als Großaktionär des Unternehmens und im angemessenen Besitz Ägyptens stehend, verfügt England gegenwärtig nach alleinigem eignen Ermessen über diesen Verkehrsweg. Den jetzigen Zustand der Rechtswidrigkeit zu beseitigen, die Internationalität des

Kanals sicherzustellen, läge im augenscheinlichen Interesse aller andern seefahrenden Staaten. Die militärische Kraft der mit der Türkei verbündeten Mittelmächte, die ausreichte, um den Anschlag auf die Dardanellen glänzend zu vernichten zu machen, wird gegebenenfalls auch am Suezkanal Ordnung zu schaffen wissen. Dadurch wäre zugleich das Hauptzugangstor zu dem Verkehr nach dem fernen Osten zum allgemeinen Besten dauernd eröffnet.

Die zweite Aufgabe, mit der Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich zu befassen hätten, bedarf zu ihrer Lösung keines kriegerischen Aufgebots; sie bestünde vielmehr darin, die durch tendenziöse Darstellungen der Entente-Pressen irreführende Meinung des Auslandes auf den richtigen Weg zurückzuführen, sie zur Einsicht zu bringen, daß, wenn die Kaiserermächte für die Freiheit der Meere eintreten, sie dadurch ebenso wie die eignen auch die Interessen der Allgemeinheit verfechten. Ist es einmal gelungen, dieser durch alle Entstellungen des gegnerischen Lagers auf die Dauer nicht zu verdunkelnden Wahrheit Geltung zu verschaffen, dann wird das moralische Gewicht der Interessensolidarität der seefahrenden Nationen sich genügend stark zeigen, um der unerträglichen Alleinherrschaft einer einzelnen Macht ein Ende zu machen, das *Rule Britannia* in die gebührenden Schranken zu verweisen.

Mitte Februar 1916.

Zur Psychologie des Staates¹⁾

Von

Prof. Dr. Adolf Menzel,

dg. Rektor der Universität Wien

Die gewaltigen geschichtlichen Ereignisse, die sich vor unsern Augen abspielen, ergreifen nicht nur unser Herz und Gemüt, sie geben auch viel zu denken für denjenigen, welcher mit dem Auge des Forschers an sie herantritt. Es gibt kaum eine Wissenschaft, welche von den welthistorischen Vorgängen unsrer Zeit tiefer berührt wird als die Staatslehre; ist doch der Staat wieder in den Mittelpunkt der menschlichen Kultur gerückt. Es sind Wandlungen im Aufbau des Staates und in seiner Wirkungsweise hervorgetreten, deren Bedeutung von jedem gefühlt wird, der die Augen offen hält. Aufgabe der Wissenschaft ist es nun allerdings, nicht nur diese Wandlungen zu schildern, sondern auch ihre inneren Ursachen festzustellen, sie in den geschichtlichen Verlauf einzureihen und mit aller gebotenen Vorsicht Schlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu ziehen.

Der Staatsgedanke hat in der jüngsten Zeit eine Macht erlangt, welche ihm seit vielen Jahrhunderten nicht innewohnte. Man muß auf die Zeit der

¹⁾ Rede zum Antritt des Rektorats der Universität Wien, gehalten am 23. Oktober 1915. Als Sonderdruck (mit den hier weggelassenen Anmerkungen) zu beziehen durch den Verlag von A. Holzhausen, Wien.

antiken Republik zurückgehen, wenn man eine so großartige Konzentration aller physischen, geistigen und moralischen Kräfte in der politischen Gemeinschaft auffinden will. Insofern ist uns das klassische Altertum mit seinem Kultus der Staatsidee wieder ein Stück lebendiger Gegenwart geworden. Seinen Feldherren und Staatsmännern, seinen Dichtern und Denkern fühlen wir uns näher gerückt. Das ist — nebenbei bemerkt — kein schlechtes Argument für die Beibehaltung des humanistischen Gymnasiums.

Die Staatsidee hat wieder einen unbestrittenen Sieg über alle Strömungen davongetragen, die sich ihr im Laufe der geschichtlichen Entwicklung entgegen gestellt haben. Diese Opposition kommt hauptsächlich von zwei Seiten, vom Egoismus des Einzelmenschen, welcher selbstherrlich und unabhängig seine Interessen verfolgen will, aber auch vom Egoismus der gesellschaftlichen Klassen, welche das Interesse ihrer Gruppen zum Leistern ihres Handelns erheben. Diese Gruppen bilden zusammen das, was man als Gesellschaft im Gegensatz zum Staate zu bezeichnen pflegt. Ihre Bedeutung im Kulturleben der Neuzeit tritt schon darin hervor, daß die Wissenschaft von der Gesellschaft sich in den letzten Jahrzehnten einer außerordentlichen Pflege erfreute, während die eigentliche Staatslehre verhältnismäßig in den Hintergrund trat.

Gegenwärtig erscheint jedoch nicht nur der einzelne Staatsbürger in seiner individuellen Betätigung erheblich eingeschränkt, sondern wir können auch beobachten, wie die gesellschaftlichen Klassen in ihrer gegenseitigen Kampfesstellung und in ihrem Ringen um die politische Macht vom Schauplatz zurückgedrängt sind. Dies gilt nicht nur von den Interessenverbänden innerhalb des Staates, sondern auch von jenen, welche dessen Grenzen überschreiten. So hat namentlich der Internationalismus der organisierten Arbeiterpartei seine Bedeutung zurzeit völlig eingebüßt. Auch die geistigen und kulturellen Gemeinschaften verblasen jetzt gegenüber der Allgewalt des Staatsbewußtseins. Gewiß hat das religiöse Gefühl nichts von seiner hohen Bedeutung verloren; man könnte mit mehr Recht eine Verstärkung desselben feststellen. Aber die kirchliche Gemeinschaft als solche übt keine politische Wirkung aus; sie stellt keine Scheidewände auf, welche verschieden wären von den staatlichen Grenzen. Noch markanter ist die Abschwächung, welche der bis vor kurzem noch so mächtige Gedanke der nationalen Gemeinschaft gegenüber der Staatsidee erfahren hat; der Nationalismus als treibendes politisches Prinzip scheint seine Rolle vorläufig ausgespielt zu haben. Welche geringe Bedeutung anderseits die Idee des Weltbürgertums oder der Menschheit als eines Gesamtverbandes derzeit in praktischer Beziehung besitzt, bedarf kaum einer näheren Ausführung. So erscheinen gegenwärtig alle der Staatsidee im Laufe der Geschichte entgegentretenden Hemmungen — Individualismus, Klasseninteresse, Nationalismus, Kosmopolitismus — überwunden. Man mag diese Erscheinung beklagen oder begrüßen, jedenfalls ist sie eine unbestreitbare Tatsache.

Ein weiterer Charakterzug in der neuesten Entwicklung des Staates liegt in der Verstärkung jener Eigenschaft, welche Aristoteles als Autarkie (Selbst-

genügen) bezeichnet, namentlich in der wirtschaftlichen Abschließung, in der Versorgung der Staatsbürger mit den Produkten des eignen Landes, in der Lösung von der Weltwirtschaft. Auffallend ist ferner, daß die gesamte Staatsgewalt in jenem Organe vereinigt erscheint, das man als Exekutive bezeichnet; die gesetzgebende Gewalt hat selbst in solchen Staaten, die als streng parlamentarisch gelten, nur einen dekorativen Charakter. Genauer ausgedrückt ist es die militärische Gewalt, welche alle Fäden des Staatslebens in sich vereinigt. So wie das Staatsvolf gegenwärtig überwiegend in der Gestalt des Heeres in die Erscheinung tritt, besitzt auch der Inhaber der Militärgewalt ohne Rücksicht auf die Art der Staatsverfassung die volle Souveränität, die Jura majestatis. Von ihr hängt es auch ab, wie weit die noch in Geltung stehenden Freiheiten der Staatsbürger, insbesondere die Freiheit der Meinungsäußerung praktischen Wert besitzen. Die tiefen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, beispielsweise die Beschlagnahme von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die teilweise Verstaatlichung der industriellen Produktion, die scharfe Kontrolle über Handel und Verkehr, seien nur andeutungsweise erwähnt, um das Bild zu vervollständigen, welches die Allmacht des Staates gegenwärtig bietet.

Gewiß haben wir es hier zum Teile mit vorübergehenden Erscheinungen zu tun, welche bei Eintritt friedlicher Verhältnisse verschwinden werden. Dies gilt von den Einschränkungen der bürgerlichen Freiheitsrechte und der Zurückdrängung der gesetzgebenden Gewalt. Es ist zu erwarten, daß die Idee des Rechtsstaates wieder feste Wurzeln fassen wird. Auch die Militarisierung der Volkswirtschaft wird größtenteils beseitigt werden. Allein es ist nicht zu bezweifeln, daß die ange deuteten Erscheinungen länger andauernde Nachwirkungen ausüben werden. Dies gilt vor allem von dem Uebergewichte der Staatsidee über die nationalen und gesellschaftlichen Gemeinschaften. Eine so einschneidende Veränderung im Seelenleben der Völker, wie sie der Weltkrieg mit sich brachte, kann nicht in enge, zeitliche Grenzen gebannt werden. Das zum Heere organisierte Volk wird auch nach Eintritt des Friedens nicht sofort jene seelische Verfassung annehmen, in welcher es sich vor dem Ausbruche des Krieges befunden hat. Daher wird auch der Staat noch eine geraume Zeit jenen Charakterzug an sich tragen, den ihm die weltgeschichtlichen Ereignisse gegeben haben. Denn der Staat ist ein Erzeugnis des menschlichen Seelenlebens; in ihm und nicht in den äußeren Veranstaltungen hat das politische Gemeinwesen seine eigentlichen Wurzeln. Das ist bisher nicht genügend gewürdigt worden. Es ist charakteristisch, daß in einer übrigens vorzüglichen Darstellung der allgemeinen Staatslehre nur eine einzige Seite des umfangreichen Werkes diesem Thema — der psychologischen Theorie des Staates — gewidmet wird, noch dazu unter dem unzutreffenden Gesichtspunkte der Lehre von der Rechtfertigung des Staates. Mit der allgemeinen Feststellung, daß der Staat auf psychischer Wechselwirkung beruhe, ist noch wenig gewonnen. Dies trifft mehr oder weniger ja für alle Kulturercheinungen zu, auch für Religion und Sprache. Es müssen die spezifischen seelischen Erscheinungen der politischen Gemeinschaft

herausgearbeitet werden. Dazu ist aber vor allem nötig, ihre Struktur ins Auge zu fassen.

Der Aufbau des Staates beruht auf zwei sich durchkreuzenden Veranstellungen, auf der genossenschaftlichen und auf der herrschaftlichen Verbindung, oder, wie man auch sagen kann, auf Solidarität und Autorität, auf Gemeinschaft und Unterordnung. Keines dieser beiden konstruktiven Elemente erscheint entbehrlich; das Stärke- und Mischungsverhältnis derselben zeigt jedoch im Laufe der geschichtlichen Entwicklung die mannigfaltigsten Abstufungen; hierauf beruht die bunte Formenfülle in der politischen Organisation. So zeigt z. B. das Altertum neben der orientalischen Despotie, in der das herrschaftliche Prinzip auf das höchste gesteigert ist, die klassische Republik, in welcher die genossenschaftliche Struktur überwiegt. Doch enthält die römische Verfassung in dem Imperium der Magistrate ein autoritatives Element, welches kein Vorbild in der griechischen Polis findet. Bekannt ist der genossenschaftliche Grundzug des mittelalterlichen Staates; er ist so ausgeprägt, der Mangel einer einheitlichen Autorität so fühlbar, daß — allerdings mit Unrecht — die staatliche Natur dieses Gemeinwesens in Zweifel gezogen wurde. Der neuzeitliche Absolutismus bringt jedoch das volle Uebergewicht der herrschaftlichen Struktur des Staates. Erst der moderne Verfassungsstaat trägt wiederum in den Institutionen der Volksvertretung und der Selbstverwaltung in erhöhtem Maße dem genossenschaftlichen Gedanken Rechnung, jedoch in verschiedener Stärke, entsprechend den geschichtlichen Traditionen und dem Volkscharakter.

Diese beiden Gestaltungsprinzipien der staatlichen Gemeinschaft sind zwar schon bisher in der Wissenschaft beachtet worden. Allein man beschränkte sich doch zumeist auf die Beschreibung der äußeren Formen, ohne ihre inneren Ursachen näher zu erforschen. Diese liegen nun vornehmlich — neben der geographischen und historischen Umwelt — in der seelischen Konstitution der zum Staate vereinigten Menschen. Verstandesmäßige Erwägungen spielen dabei eine sehr geringe Rolle; Utilitätsgründe geben selten den Ausschlag. Vielmehr sind besondere Vorstellungen, Gefühle und Willensregungen kollektiver Natur als die Träger jener staatlichen Organisationsprinzipien zu bezeichnen.

Die genossenschaftliche Vereinigung beruht auf der Vorstellung der Einheit, auf dem Gefühle der Sympathie und auf dem Bestreben, im Interesse des Ganzen Opfer zu bringen. Der herrschaftliche Grundzug im Staate beruht auf der Vorstellung der Ueber- und Unterordnung, auf dem Gefühle der Ehrfurcht vor den führenden Persönlichkeiten und auf dem Willen, den anerkannten Autoritäten zu gehorchen.

Auf Seiten der Herrschenden findet sich hinwieder neben dem Bewußtsein der Macht, mindestens in jedem echten Gemeinwesen, das Gefühl der Verantwortung. Das seelische Bild wäre unvollständig, wenn man nicht auch die oppositionellen Strömungen berücksichtigen würde, unter welchen das individuelle Freiheitsgefühl die wichtigste Rolle spielt. Es ist die Aufgabe der Staatspsychologie, die Entstehung dieser seelischen Erscheinungen, die Ursachen ihrer

Verstärkung und Abschwächung sowie ihre politischen und kulturellen Wirkungen auf geschichtlicher Grundlage zu erforschen. Es gilt auch den Zusammenhang der einzelnen Staatsformen mit den seelischen Dispositionen der verschiedenen Völker und Zeiten nachzuweisen, worüber bereits Montesquieu in seinem „Geist der Gesetze“ einige, allerdings ziemlich oberflächliche Betrachtungen angestellt hat. Einen großen Fortschritt bedeuten in dieser Richtung die Forschungen des jüngst verstorbenen hervorragenden Historikers Karl Lamprecht, wenn auch ihre Ergebnisse noch nicht vollkommen befriedigen.

Im Mittelpunkt solcher Untersuchungen liegt natürlich jene Seelenstim-mung, welche man als Patriotismus zu bezeichnen gewohnt ist. Mit ihm be-sitzt einerseits das dynastische Gefühl, anderseits das Heimatgefühl, letzteres gewissermaßen der psychische Reflex des staatlichen Territoriums, eine innige Verwandtschaft. In zusammengesetzten Staaten bestehen doppelte Gefühle dieser Art, indem sich sowohl die Zugehörigkeit zu dem engeren politischen Verband, als jene zum großen Gesamtstaate im Bewußtsein widerspiegeln. Je nach dem Ubergewichte dieser Stimmungen ergeben sich föderalistische oder unitarische Strömungen im politischen Leben solcher Staaten. Eine besondere Bedeutung hat im geschichtlichen Verlauf das Nationalgefühl erlangt, welches ur-sprünglich aus dem Bewußtsein gleicher Abstammung entsteht, später jedoch wesentlich durch die Sprach- und Kulturgemeinschaft bestimmt wird. Es kann mit dem Vaterlandsgefühle verschmelzen, aber auch unter Umständen auf dasselbe eine hemmende Wirkung ausüben. Seine größte politische Bedeutung hat das Nationalgefühl im neunzehnten Jahrhundert befaßen; gegenwärtig ist seine Macht, wie schon früher angedeutet wurde, erheblich zurückgedrängt. Die Staatspsycho-logie muß aber auch das der Religionsgemeinschaft entsprechende Solidari-tätsgefühl in seinen Beziehungen zum Patriotismus und zum Nationalgefühl auf geschichtlicher Grundlage untersuchen.

Hier hat die Wissenschaft noch manche Arbeit zu verrichten. Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können, möchte ich nur ein Grundgesetz erwähnen, das sich mir zu ergeben scheint, wenn man die Beziehungen zwischen den genannten sozialpsychischen Erscheinungen — Patriotismus, Nationalgefühl, religiöses Ge-meinschaftsgefühl — untereinander in Betracht zieht. Man könnte dieses Gesetz als die Enge des Bewußtseins in der Volksseele bezeichnen. Sobald nämlich eine der genannten Grundstimmungen eine gewisse Stärke erreicht hat, sei es das Nationalgefühl, das religiöse Gefühl oder der Patriotismus, können sich daneben die andern sozialpsychischen Erscheinungen nicht mehr zur Geltung bringen, gerade so wie in der Einzelseele eine herrschende Vorstellung, ein starkes Gefühl oder ein mächtiges Streben alle andern psychischen Regungen unter-drückt. So ließ die Uebermacht der religiösen Grundstimmung im Mittelalter und zur Zeit der Religionskriege jene Gefühle nicht aufkommen, welche wir als Patriotismus und Nationalgefühl bezeichnen. Die jüngste Gegenwart bietet das Bild eines durch die Bedrohung der staatlichen Existenz und durch die all-gemeine Wehrpflicht intensiv und extensiv aufs höchste gesteigerten Patriotismus.

Daß gleichzeitig die nationalen und religiösen Gemeinschaftsgefühle in den Hintergrund treten, beruht, wie schon erwähnt, auf der Enge des Bewußtseins in der Volksseele.

Wenn man auf geschichtlicher Grundlage in das Wesen des Staates tiefer eingedrungen ist, verliert die neueste Steigerung des Vaterlandsgedankens ihren überraschenden Charakter. Die Zusammenfassung aller im Volke schlummernden Energien ist in der Natur der politischen Gemeinschaft tief begründet. Nur bildet diese Konzentration der Kräfte in den Zeiten des Friedens einen latenten Zustand, der sich bei einem gesunden Staatswesen in volle Aktivität verwandelt, wenn seine Existenz bedroht erscheint. Dann tritt klar zutage, daß der Staat nicht bloß eine Schutzanstalt im Interesse der einzelnen Bürger, nicht nur ein Schiedsrichter ihrer widerstreitenden Interessen, sondern ein mächtiges Lebewesen mit selbständigen Zielen bedeutet, dem sowohl die Einzelnen als die gesellschaftlichen Klassen untergeordnet sind. Die neueste Entwicklung steht daher sowohl mit der individualistischen Staatslehre des alten Liberalismus als mit der sozialistischen Theorie der Klassenherrschaft, derzufolge der Staat nur Funktionär der herrschenden Klasseninteressen sei, in vollem Widerspruch. Auch die Anschauung eines berühmten Soziologen, wonach die menschliche Gesellschaft sich immer mehr vom militärischen Typus entferne, weil sie den industriellen Typus annehme, erscheint unhaltbar. Im Gegenteil hat der in den letzten Jahren emporgewachsene industrielle Charakter der Kulturnationen den staatlichen Willen zur Macht eher gesteigert als abgeschwächt; der Mechanismus des Krieges hat durch ihn eine Verstärkung erfahren, wie sie die Weltgeschichte bisher nicht aufzuweisen hat.

Die bisherigen Bemerkungen sind allgemeiner Natur; sie gelten für alle in den Weltkrieg verwickelten Staaten, zum Teile sogar für jene, welche neutral geblieben sind. Werden doch auch diese Staaten durch den Krieg in Mitleidenenschaft gezogen und zu einer Konzentration ihrer Kräfte, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, gezwungen. Von ganz besonderer Bedeutung erscheint aber die neueste Wandlung im Staatsleben für unser Vaterland. Die Abschwächung des Nationalgedankens ist zwar schon für die eigentlichen Nationalstaaten insofern von Wichtigkeit, als sie ihre äußere Politik jetzt mehr nach militärischen und nach wirtschaftlichen als nach rein nationalen Gesichtspunkten gestalten. Für einen national gemischten Staat, wie ihn Oesterreich darstellt, bedeutet aber die Mäßigung des Nationalismus noch unendlich mehr, man kann sagen, die Möglichkeit einer vollständigen Regeneration. Gewiß wäre es unzutreffend, zu behaupten, daß uns bisher ein einheitliches Staatsgefühl gefehlt habe; sicher ist es aber, daß es durch das Ueberwuchern des nationalen Gedankens in den letzten Jahren des öftern zurückgedrängt oder mindestens bedroht wurde. Es war eine der größten Ueberraschungen für unsre Feinde, daß die nationalen Gegensätze, welche das innere Leben unseres Staates vielfach gestört haben, bei der ungeheuren Kraftentwicklung nach außen zurzeit völlig verschwunden sind, daß die österreichische Staatsidee einen mächtigen Aufschwung genommen hat.

Wie kräftig auch die Union unser^s Staates mit den Ländern der Stephanskrone seelisch gewachsen ist, mehr als staatsrechtliche Formeln zum Ausdruck bringen, davon legen feierliche Kundgebungen der jüngsten Zeit bereites Zeugnis ab.

In diesem geschichtlichen Augenblicke, der vielleicht niemals wiederkehren wird, muß es als die Aufgabe weitblickender Staatsmänner bezeichnet werden, diese an den Tag getretene Energie patriotischen Fühlens nicht unbenußt zu lassen und solche äußere Einrichtungen zu schaffen, welche dem erhöhten Seelenleben der politischen Gemeinschaft entsprechen. Der Geist der Heeresorganisation, welcher so Wunderbares geleistet hat, muß auch in die innere Staatsverwaltung eindringen. Ich meine, daß auch hier eine auf einheitliche Ziele gerichtete Zusammenfassung aller Kräfte anzustreben ist, wobei jedoch den unteren Verwaltungsorganen ein größeres Maß von Selbständigkeit in der Durchführung ihrer besonderen Aufgaben, verbunden mit vollster persönlicher Verantwortung, zuzubilligen wäre. Ebenso sollte in der Richtung das Vorbild der Heeresorganisation maßgebend werden, daß die Auswahl der beamteten Personen und ihr Aufstieg in der Hierarchie der Verwaltung ausschließlich vom Gesichtspunkte der persönlichen Befähigung und der praktischen Bewährung im Dienste geleitet werden, wogegen jede andre Rücksicht zurücktreten müßte. Vielleicht könnte durch eine solche Reform der Verwaltung, welche nicht so sehr die Institutionen als die Personen ergreift, ein bisher ungenützter Schatz administrativer Begabung für den Staat fruchtbar gemacht werden. Von ganz besonderer Dringlichkeit ist jedoch die Regelung der Sprachenfrage vom Standpunkte der Bedürfnisse der Staatsverwaltung. Die Erfahrungen des Krieges haben es klar gemacht, was übrigens schon früher kein Geheimnis war, daß es ein Gebiet des Sprachenrechtes gibt, welches ausschließlich durch die allgemeinen Interessen einer geordneten Verwaltung bestimmt wird, ein Gebiet, für welches Rechte der Staatsbürger oder der Volksstämme gar nicht in Betracht kommen. Nur kurz andeuten möchte ich noch, daß nunmehr auch der staatsbürgerlichen Erziehung erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden sein wird, damit auch in den kommenden Generationen das Gefühl der staatlichen Einheit und die Erinnerung an die Großtaten unsrer Monarchie stets von neuem erweckt werden. In dieser Richtung hat die österreichische Unterrichtsverwaltung vor kurzem in dankenswerter Weise eine kräftige Initiative entfaltet.

Soll dieser Wiederaufbau des Staates gelingen, so bedarf es neben einer großzügigen Leitung der Regierungsgeschäfte auch einer verständnisvollen Mitarbeit des Volkes. Das deutsche Volk in Oesterreich ist sicherlich bereit, an einer solchen Regeneration des Vaterlandes mit allen seinen Kräften mitzuarbeiten. Es hat von jeher den österreichischen Staatsgedanken hochgehalten, wenn ihm auch die Mitarbeit am Staate nicht immer leicht gemacht wurde. In der Seele der Deutschösterreicher gibt es jetzt weniger als je einen Konflikt zwischen nationalem Fühlen und staatlicher Gesinnung. Sie haben das Bewußtsein, sich in den Dienst ihres Volkes zu stellen, wenn sie ihre politischen Kräfte dem Staatsleben zuwenden; Arbeit für den Staat ist ihnen zugleich nationales Wirken, da

Oesterreich durch unauflösliche, in Blutopfern geheiligte Bande mit dem großen deutschen Nationalstaate verbunden ist. Aber auch die rein kulturelle Tätigkeit für das deutsche Volk in Oesterreich kann in dem freudigen Bewußtsein fortgesetzt werden, daß dadurch dem Vaterlande Förderung zuteil wird. Dieser schöne Zusammenklang völkischen und staatlichen Fühlens muß als eine überaus glückliche Konstellation angesehen werden, bildet aber auch eine ernste Mahnung, uns mit nie ermüdender Kraft der großen Gemeinschaft zu widmen. Besonders wichtig erscheint in diesem Lichte die Aufgabe der deutschen Hochschulen. Mit vollem Eifer werden Lehrer und Lernende in diesen Brennpunkten des deutschen Geisteslebens ihre Kräfte entfalten; gilt es doch in den kommenden friedlichen Zeiten jene Störungen zu beseitigen, welche der Krieg auch an diesen höchsten Werkstätten der Bildung verursacht hat. Mit verdoppelter Energie werden wir alle an dem großen Werke mitarbeiten, aber auch darüber wachen, daß der nationale Charakter unsrer deutschen Hochschulen stets gewahrt werde, in dem erhebenden Bewußtsein, daß wir dadurch auch den Interessen unsres Vaterlandes den besten Dienst erweisen.

Der deutsche Ackerbau im Kriegsjahre 1916

Von

Prof. Dr. F. Wohltmann (Halle a. S.)

Die konservative Gesinnung des deutschen Landwirts erstreckt sich auch auf seinen Beruf. Daß er dabei Neuerungen und Aenderungen nicht grundsätzlich abgeneigt ist, beweist wohl die glänzende Entwicklung unsrer Landwirtschaft in den ganzen letzten hundert und vornehmlich in den letzten vierzig Jahren in trefflicher Weise. Aber der Landwirt tritt doch zumeist mißtrauisch, zögernd und sorgsam abwägend an eine jede Aenderung und Neuerung des Betriebes heran, und das mit Recht, weil solche nicht für sich allein zu betrachten sind, sondern stets im Rahmen des ganzen Betriebes, der durch jeden noch so kleinen Eingriff in seinem organischen Gefüge beeinflusst zu werden pflegt. Dazu kommt, daß das, was für einen Wirtschaftsbetrieb als Neuerung paßt, für einen andern grundfalsch sein kann. Nicht genügend erwogene Wirtschaftsänderungen haben sich daher schon oft genug als arge Mißgriffe erwiesen! So kommt es, daß der Landwirt an den alten erprobten Wirtschaftsmaßnahmen im allgemeinen gern festhält und sich nicht immer leicht für eine bessere gewinnen läßt. Dieses gilt nun auch besonders für den Fruchtanbau und den Fruchtwechsel! Nur schwerwiegende Gründe pflegen den Ackerwirt zu einer Aenderung hierin zu veranlassen. Ueber tausend Jahre wurde die Dreifelderwirtschaft befolgt, Jahrhunderte wird die Koppeltwirtschaft oder Feldgraswirtschaft in stets gleicher Form betrieben. Bestimmte Fruchtfolgen, welche auf die Verträglichkeit und Unverträglichkeit der

Früchte miteinander sowie auf die Pflanzenkrankheiten und ihre Uebertragungen sorgsamst Rücksicht nehmen, haben sich in den Rüben- und Kartoffel-, in den Sand-, Marsch-, Moor- und Lößwirtschaften u. a. ausgebildet, so daß man nicht gern an ihnen zu rütteln wagt. Aber „Rot bricht Eisen“, und die Kriegsnot stellt gerade an den Ackerwirt die schwersten Anforderungen, denen er, wenn irgend möglich, auch gerecht zu werden bestrebt ist.

Nachdem unsre Feinde zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß sie uns auf dem Schlachtfelde nicht bezwingen können, haben sie den Krieg fast ausschließlich auf das Wirtschaftsgebiet verlegt und versuchen, uns auf alle mögliche offene und geheime, erlaubte und nicht erlaubte Weise wirtschaftlich zu vernichten. Wenngleich hierbei auch die neutralen Staaten, welche uns angrenzen, in ihrer Selbständigkeit brutal vergewaltigt werden, so wird dieser Wirtschaftskrieg doch rücksichtslos durchgeführt, und wir müssen damit rechnen, auch ohne erhebliche fremde Zufuhren durchzuhalten. Leicht ist das nicht! Viele Industrien und Fabriken sind bereits oder werden vollständig lahmgelegt. Ihnen ist nicht oder kaum zu helfen! Wohl aber müssen wir Bedacht darauf nehmen, uns die notwendigsten Nahrungs- und Bekleidungsmittel im Lande selbst zu beschaffen, und daher treten an die Landwirtschaft sehr ernste Aufgaben heran, die um so schwieriger zu lösen sind, als dabei die Privatwirtschaft des Landwirtes mit der Volkswirtschaft in Konflikt geraten kann. Dem deutschen Landwirte liegt es heute ob, nicht nur die Ernährung der Bevölkerung und des Viehstandes sicherzustellen, sondern auch — wenn irgend angängig — wie einst vor fünfzig Jahren für Bekleidungstoffe zu sorgen. Dabei bezifferten sich die Einfuhrwerte aller landwirtschaftlichen Rohstoffe, welche wir vor dem Kriege aus dem Auslande bezogen, alljährlich weit auf über 4 Milliarden Mark; sie betrugen 1913: 71 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, wovon 42,56 Mark auf koloniale Stoffe und 28,52 Mark auf solche der gemäßigten Zone entfielen.

Da nun der deutsche Grund und Boden nicht mehr ausreichte, die heimische Bevölkerung genügend zu ernähren, so ist es sehr schwierig, zu bestimmen, welche Früchte jetzt der Landwirt beim Anbau zu bevorzugen hat. Eine staatliche Regelung ist hierin noch nicht eingetreten und auch kaum durchführbar, aber die Zeitungen bemühen sich, bald diese, bald jene Frucht dem Landwirt zum Anbau wärmstens zu empfehlen. Auch die landwirtschaftlichen Ministerien lassen es an Hinweisen nicht fehlen. Delsaaten sollen angebaut werden, um den Fettmangel zu lindern, andre empfehlen Hanf und Flachs, auch Nesseln, der Rübenbau soll erweitert oder wenigstens in der früheren Ausdehnung beibehalten werden, der Kartoffelbau soll vermehrt werden, nicht minder der Gemüse- und der Futterbau. Die Viehstände, welche vor dem Kriege für 1 Milliarde Mark Futterstoffe aus dem Auslande beanspruchten, sollen erhalten bleiben, damit es an Milch, Käse, Fleisch und Eiern in Zukunft nicht mangelt u. dgl. mehr. Wo bleibt bei allen diesen Wünschen der Getreidebau? Bulgarien, Rumänien und die Türkei sind nicht imstande, uns dauernd genügendes Getreide zu liefern, und unsre eignen Weizen- und Gersteernten reichen nicht aus! Wir sind daher nicht in der Lage,

zugunsten anderer Früchte den Getreidebau einzuschränken, sondern müssen an seinen früheren Flächen mindestens festhalten!

In der Praxis des Landbaues ist man bemüht, den Anbau bewährter Früchte zu wahren und jedes unsichere Experiment abzulehnen. Man tut recht daran! Die leitenden Gedanken sind hier etwa folgende:

1. Der Roggenbau muß in seinem früheren Umfange beibehalten und, wo angängig, noch erweitert werden, weil diese Frucht in Deutschland nicht nur die sicherste, sondern auch die wichtigste und Hauptbrotf Frucht ist. Unsere Ernte genügte früher und ließ sogar noch eine Ausfuhr von Korn und Mehl zu. Die Anbaufläche betrug 1914 6298956 Hektar und dürfte infolge der günstigen Herbstbestellung in diesem Jahre wohl wieder wie 1913 über 6400000 Hektar ausmachen, vielleicht 6500000 Hektar.

2. Der Weizenbau ist dort, wo er sicher ist und genügend Kraft im Boden vorhanden, gleichfalls beibehalten, sonst und wo es an Kunstdünger fehlt, durch Roggen ersetzt worden. Wir führten vor dem Kriege alljährlich 2 Millionen Tonnen Weizen ein und ernteten rund 4 Millionen Tonnen. Die Anbaufläche betrug einschließlich Spelz 1914 2265235 Hektar. Ich schätze sie für 1916 auf 2300000 Hektar, wenn der Winterweizen gut durchwintert.

3. Der Hafer ist nur dann eine sichere Frucht, wann und wo genügend Feuchtigkeit vorhanden. Er mißriet 1915 in erschrecklicher Weise. Das läßt sich 1916 vermeiden, wenn sein Anbau nur in feuchten Gegenden stattfindet. Wir bauten vor dem Kriege ungefähr so viel Hafer, wie wir zur Viehfütterung benötigten. Jetzt hat der Krieg bereits einen Teil unseres Pferdebestandes verbraucht, daher ist weniger Hafer als früher nötig. Sein Anbau kann 1916 unbedenklich von 4388146 Hektar (1914) auf 4000000 Hektar eingeschränkt werden, so daß rund 400000 Hektar für andre Früchte frei werden.

4. An Gerste hat es in Deutschland von jeher gefehlt, so daß auch die Brauereien auswärtige Gerste mit verbrauten und große Mengen Futtergerste, namentlich für die Schweinemast, eingeführt werden mußten (1913: 3080963 Tonnen für 364719000 Mark). Der Gerstenanbau ist daher zweckmäßig über die frühere Anbaufläche von 1600000 Hektar hinaus zu erweitern, vielleicht nahezu um jene Fläche, welche dem Hafer genommen wird. Gerste beansprucht zwar einen Boden in hoher Kultur, jedoch weniger hohe Düngergaben als der Hafer, und das ist bei der Knappheit an künstlichen Düngemitteln auch sehr beachtenswert. Gerste liefert obendrein wegen ihrer kurzen Wachstumszeit auch in trocknen Jahren, in denen der Hafer versagt, noch gute Ernten.

5. Der Anbau der Hülsenfrüchte ist nach Möglichkeit zu erweitern, weil diese mit ihrem hohen Eiweißgehalt bei dem Fleischmangel das tierische Eiweiß ersetzen müssen. Es kommt hinzu, daß die Hülsenfrüchte Stickstoffdüngungen entbehren können und diese alsdann dem Getreide und den Hackfrüchten zugute kommen. Was die Hülsenfrüchte an mineralischen Düngemitteln benötigen, kann ihnen 1916 geboten werden.

Auf Sandböden ist dem vermehrten Anbau der Lupinen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden!

6. Unter den Körnerfrüchten verdient auch der Buchweizen vermehrte Beachtung, da er ein ausgezeichnetes gesundes menschliches Nahrungsmittel darstellt, welches man in Norddeutschland, besonders in Schleswig-Holstein, sehr schätzt. Der Buchweizen, auch Heidekorn genannt, kommt mit sehr geringem Boden aus und gedeiht auch ohne Düngung, verschmährt sogar die Stallmistdüngung, verträgt eine sehr späte Aussaat noch Ende Mai und Anfang Juni, da er nur zehn bis zwölf Wochen Wachstumszeit nötig hat, und liefert bei günstigem Wetter verhältnismäßig sehr hohe Erträge.

7. Der Anbau von Delfrüchten war einst in Deutschland sehr beliebt und weit verbreitet. Er wurde bis auf geringe Flächen nach und nach eingeschränkt, weil uns aus den Tropen und Subtropen billige Delrohstoffe zugehen, welche unsere Delfrüchte zum Teil auch an Güte übertreffen. Da es uns zurzeit so sehr an Ölen und Fetten fehlt und auch in Zukunft weiter fehlen wird, wäre ein umfangreicher Delfruchtanbau im Lande sehr erwünscht. Er ist auch vom preußischen Landwirtschaftsministerium sehr befürwortet worden. Indessen verdient doch eigentlich nur der Winterraps und der Mohn diese warme Empfehlung. Rübsen und Sommerraps, auch Dotter, die noch in Frage kommen, liefern nicht genügend hohe Erträge. Wenn der Krieg noch über 1916 hinaus dauern sollte, dann müssen wir im Sommer 1916 einen umfangreichen Rapsbau ins Auge fassen, was im Sommer 1915 versäumt wurde. Für das Frühjahr kommt die Erweiterung des Mohnbauers in Betracht, und diese ist zu empfehlen! Auch der Leinbau ist zu erweitern, er liefert Del und Faser. Gleichfalls verdient der Senfbau etwas mehr Beachtung als früher.

8. Der Kartoffelbau hat sich von neuem als eine sichere Stütze der deutschen Volksernährung erwiesen. Er liefert auch in der Regel sichere und hohe Erträge und am meisten Stärkemehl auf 1 Hektar. Wir bebauten 1915 etwa 3500 000 Hektar mit Kartoffeln, und von dieser Ernte werden nach meiner Schätzung verbraucht:

Für menschliche Ernährung . . .	gegen 200 000 000	Doppelzentner
„ Viehfütterung	etwa 180 000 000	„
„ Aussaat 1916	„ 77 000 000	„
„ Brennerei und Stärkefabrikation	„ 30 000 000	„
Dazu Verlust durch Fäulnis . . .	„ 30 000 000	„

Gesamternte gegen 517 000 000 Doppelzentner.

Es empfiehlt sich, die Kartoffelanbaufläche 1916 noch zu erhöhen, wozu ein Teil der Neukulturen, welche durch die Kriegsgefangenen bearbeitet werden und wohl bereits 100 000 Hektar ausmachen, herangezogen werden können.

9. Der Zuckerrübenbau ist im letzten Winter viel umstritten worden. Man hatte 1915 die frühere Anbaufläche von 530 000 bis 570 000 Hektar auf

370 000 Hektar vermindert. Das war damals angesichts großer Zuckervorräte und Mangel an Kunstdünger sowie in der Hoffnung auf einen baldigen Friedensschluß auch nicht zu verurteilen. 1916 liegt die Sache jedoch anders! Die Zuckerüberschüsse früherer Jahre fehlen. Die Ernte von 1915 brachte nur etwa 16 000 000 Doppelzentner Rohzucker, welcher infolge des Fettmangels ausschließlich der Vorkernährung vorzubehalten ist. Es entfallen 1916 auf den Kopf der Bevölkerung etwa 24 Kilogramm Zucker, während sie 1913 20 Kilogramm verzehrte, und in England und Amerika alljährlich über 40 Kilogramm verbraucht werden. Die Behauptung, daß ein starker Zuckerverbrauch den Zähnen schädlich sei und namentlich kranke Zähne schneller zerfallen lasse, steht zwar einem großen Zuckerverbrauch entgegen. Aber bei richtiger Bemessung der Nahrung und vor allem bei genügender Mineralstoffzufuhr dürfte ein starker Zuckergenuß dem menschlichen Körper nicht schaden!

Die Zuckerrübe hat für uns nun aber nicht allein Wert als Zuckerlieferer, sondern sie bietet in ihren Nebenerzeugnissen, Blasse, Schnitzel und Melasse, nicht nur große, sondern auch sehr wertvolle Massen Viehfutter, die namentlich in den trockenen Gegenden Deutschlands mit unter 550 Millimeter Jahresniederschlag — in denen die Wiesen und Weiden mangeln — einen Hauptstützpunkt der Viehhaltung bilden. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn gerade aus diesen Kreisen der Landwirtschaft, welche zurzeit bei der Beschlagnahme eines Teiles der Schnitzel besonders leiden, die Forderung nach einer 1916 zu erweiternden Rübenanbaufläche laut geworden ist. Man verlangt, sie sogar auf 600 000 Hektar auszuweiten! Diese Forderung ist sicherlich wohlbegründet. Sie wird sich jedoch nicht voll durchführen lassen. Mag es auch mit Hilfe der Kriegsgefangenen möglich sein, die Arbeiten des Anbaues und der Ernte von 600 000 Hektar zu bewerkstelligen, mögen auch für Zucker und Rüben festgesetzte Preise den Landwirt zum vermehrten Anbau anreizen, es wird immer an dem erforderlichen Stickstoffdünger im Lande fehlen, den gerade die Zuckerrübe besonders reichlich und unbedingt beansprucht. Es muß nach Ansicht sachverständiger Schätzer damit gerechnet werden, daß dem deutschen Ackerbau in diesem Frühjahr gegen früher kaum die Hälfte stickstoffhaltiger Düngemittel geliefert werden kann, so sehr auch unsere Industrie bemüht ist, die neuen Stickstoffquellen für das Heer und die Landwirtschaft auszunutzen. Jene Tatsache bedeutet nun, den Anbau solcher Pflanzen nicht über Gebühr auszuweiten, welche besonders als Stickstofffresser bezeichnet werden, und hierzu gehört die Zuckerrübe. Nach meiner Ansicht sollte man für 1916 den Anbau von 500 000 Hektar Zuckerrüben anstreben, welche bei auch etwas verminderter Stickstoffzufuhr 20 000 000 Doppelzentner Rohzucker versprechen. Ich glaube übrigens, daß eine größere Fläche Zuckerrüben auch schon aus dem Grunde nicht angebaut werden wird, weil die Bewegung zur Vermehrung des Rübenbaues zu spät einsetzte. Die Rübe verlangt eine tiefe Pflugfurche, welche im Spätherbst und Winter zu bewerkstelligen ist. Die Zeit dafür ist jetzt verpaßt, und auf im Winter flachgepflügtem Acker Zuckerrüben anzubauen, dürfte in den meisten Fällen doch sehr bedenklich sein.

10. Von andern Wurzelgewächsen verdienen die Runkelrüben, vornehmlich die Mohrrüben und ferner Richorien 1916 noch besondere Anbauerweiterung, und schließlich der Gemüsebau. Man darf wohl sicher sein, daß hierfür so viel Flächen zur Verfügung gestellt werden, wie nur irgend zu bearbeiten sind. An Samen fehlt es für den Anbau nicht! Er könnte 1916 eine Vermehrung der früheren Flächen um 200 000 Hektar sehr wohl vertragen!

11. Am meisten Sorge macht eben die Viehfütterung und die Durchhaltung der deutschen Viehbestände. Daher täte 1916 ein stark erweiterter Futterbau, wie er in den Zeilen zuvor schon vorgesehen wurde, am meisten not. Aber woher die Flächen nehmen? Wollte man den starken deutschen Viehbestand ohne Einfuhr ausländischer Futterstoffe ernähren, so müßte die heimische Futterfläche um 2 000 000 Hektar erweitert werden. Daß dieses gänzlich unmöglich ist, lehrt die nachfolgende Zusammenstellung der landwirtschaftlichen Bodennutzung Deutschlands vor dem Kriege 1913:

Es betragen: das Acker- und Gartenland	26 059 200 Hektar
„ Wiesenland	5 991 700 „
die Weiden und Hutungen	2 592 500 „
„ Obstanlagen auf dem Felde . .	51 800 „
„ Weinberge	118 600 „

Zusammen 34 813 800 Hektar.

Von den 26 Millionen Acker- und Gartenland waren 1913 gewidmet:

	Gesamtfläche	in Prozent
dem Körnerbau (Getreide und Hülsenfrüchte)	16 250 900 Hektar	62,4
„ Hackfruchtbau	4 995 000 „ ¹⁾	19,2
den Gartengewächsen (Gemüsen)	128 300 „	0,5
„ Handelsgewächsen	112 300 „	0,4
„ Futterpflanzen	2 655 400 „	10,2
der Ackerweide und Brache	1 380 700 „	5,3
den Haus- und Obstgärten	536 600 „	2,0

Zusammen 26 059 200 Hektar 100,0

Aus diesem Bilde ergibt sich, daß, wenn wir die Ernährung unseres Viehstandes im Lande selbst sichern wollten, wir nicht nur die gesamte Brache (1913 etwa 2,5 Prozent) abschaffen, sondern auch noch etwa 6 bis 7 Prozent von den 62,4 Prozent der Körneranbaufläche zum Futterbau heranziehen müßten. Die Verminderung der Körneranbaufläche dürfte dabei auch nur die Brotfrüchte Weizen und Roggen betreffen, denn die andern Körnerfrüchte, Hafer, Gerste, Bohnen, Erbsen usw., dienen ja in der Hauptsache der Viehfütterung. Unsern

¹⁾ Hiervon entfallen auf den Kartoffelbau . . 3 412 201 Hektar
 „ „ Zuckerrübenbau . 532 843 „

Zusammen 3 945 044 Hektar.

Weizen- und Roggenbau, welcher 1914 zusammen über 8500 000 Hektar beanspruchte, irgendwie zu vermindern, ist ausgeschlossen. So bleibt uns 1916 nichts andres übrig, als eine starke Ertragssteigerung unsrer Futterflächen durch sorgsamste Kultur und starke Mineraldüngung nach Möglichkeit anzustreben. Ist die Witterung günstig, so kann 1916 sehr wohl mehr als das Doppelte an Klee, Heu und sonstigem Futter geerntet werden als in dem futterarmen Jahre 1915, schlägt sie fehl, dann bleibt nichts andres übrig, als unsern Rindvieh- und Schweinebestand — je nach dem Ausfall der Futterernte — zu vermindern. Damit müssen wir nötigenfalls rechnen! Auch bereits im Frühjahr 1916 werden wir diese Frage ernstlich zu prüfen haben, wenn Weideaustrieb und Grünfuttergewinnung nicht frühzeitig einsetzen. Im übrigen können wir hoffen, daß uns der Orient sowie Polen und Rurland 1916 bereits mit ihren Ernte- und Viehüberschüssen unterstützen.

12. Angesichts dieser Sachlage bedarf es wohl kaum einer breiten Erörterung, daß für den Anbau von Gespinnstpflanzen, wie Flach, Hanf, Nessel, für 1916, so bedauerlich es auch ist, nur wenig Raum in der deutschen Ackerwirtschaft übrig bleibt. Wo ihr Anbau noch betrieben wird, mag man ihn belassen, denn große Flächen werden ihm nicht mehr gewidmet. Aber die Landwirte anzuregen, den Anbau dieser Früchte, der doch auch immer erst neu erprobt werden muß und Lehrgeld kostet, vorzunehmen, ist nicht ratsam. Es mag der zukünftigen Friedenszeit vorbehalten bleiben, die Frage des Flach- und Nesselaues, deren Rohstoffe wie Fabrikate Stapelprodukte liefern, bei uns zu lösen!

13. Ebenso empfiehlt es sich zurzeit auch nicht, neuen Kulturpflanzen das Wort zu reden. Wenn uns die alten in diesem schicksalschweren Jahre 1916 treu bleiben und keine der seit Jahrhunderten erprobten versagt, dann werden wir mit Gottes Hilfe schon durchkommen; lassen sie uns im Stich, dann können uns auch die neuen nicht retten!

Nicht mit neuen Versuchen soll sich jetzt der Landwirt das Leben erschweren, sondern alles dransetzen, seinen gut fundierten Betrieb zur höchsten Entfaltung zu bringen, um der Natur in diesem Jahre alles abzurufen, was sie nur herzugeben vermag.

Aber alle Sorge und alle Arbeit der deutschen Landwirtschaft wird vergeblich sein, wenn nicht die ganze Bevölkerung willig alle Einschränkungen und Entbehrungen auf sich nimmt, welche dieser Wirtschaftskrieg erfordert. Sein Gewinnen hängt daher ebensosehr von der Entsagungsfähigkeit der deutschen Bevölkerung und der Charakterstärke und Sparsamkeit der deutschen Hausfrau ab wie von der Leistungsfähigkeit des deutschen Ackerbaues. Die deutsche Landwirtschaft ist sich der Schwere ihrer Aufgabe und Verantwortung voll bewußt, das Volk kann sich auf sie verlassen!

Halle a. d. Saale, den 22. Januar 1916.¹⁾

¹⁾ Anmerkung der Redaktion. Der Abdruck des Aufsatzes verzögerte sich durch zwingende äußere Umstände.

Königin Elisabeth von Rumänien oder Carmen Sylva

Nach Selbsterlebtem von J.

Es gibt nur ein Glück: die Pflicht.

Nur einen Trost: die Arbeit.

Nur eine Freude: das Schöne.

Elisabeth von Rumänien.

Man kann nicht darüber streiten, ob Elisabeth von Rumänien größer sei oder Carmen Sylva. Carmen Sylva ist nur groß geworden durch Elisabeth von Rumänien. Die Königin war ein großer Geist, sie war sehr bedeutend in allem, was sie tat. Als im Jahre 1889 das Denkmal des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern, von Meister A. Donndorf entworfen und hergestellt, enthüllt wurde, da waren auch König und Königin von Rumänien als Gäste auf dem fürstlichen Schlosse. Bei der Vorseier, zu welcher ich die Festrede hielt, saßen Donndorf und einige Freunde nachher noch gemütlich beisammen bei einem Glase Sekt. Es kam die Rede auf Carmen Sylva, und die Herren aus unsrer Gesellschaft konnten sich nicht genugtun, Carmen Sylva zu loben und bis in den Himmel zu erheben. Donndorf sagte kühl: „Wenn Carmen Sylva nicht Königin wäre, dann würde sie auch nicht so gelobt werden.“ Das reizte die Herren zum Widerspruch. Da wandte sich Donndorf zu mir und sagte in einem etwas ärgerlichen Tone: „Sie sagen gar nichts und kennen doch die Königin am besten von uns allen. Warum sprechen Sie nicht?“ Ich antwortete nur das eine: „Abwarten!“ Am andern Tage fand auf dem fürstlichen Schlosse großes Festmahl statt. Die höchsten Herrschaften sprachen mit den Eingeladenen. Auch die Königin zog mich in ein Gespräch. Plötzlich sagte sie: „Ist das nicht Donndorf, der bei Ihnen stand?“ Auf meine Bejahung antwortete sie: „Führen Sie ihn mir zu.“ Ich antwortete nicht ohne ein Lächeln: „Wenn Eurer Majestät Donndorf schon vorgestellt ist, ja, andernfalls darf ich das nicht tun, sonst würde mir Herr v. A. (der Hofmarschall) schöne Grobheiten machen.“ Die Königin entgegnete mit ihrem bestrickenden Lächeln: „So schicken Sie A. zu mir her, und nun will ich Donndorf sprechen.“ Ich winkte Donndorf herbei, und die beiden sprachen immer lebhafter miteinander. Die Königin hatte die Gewohnheit, wenn sie sich angeregt unterhielt, auf den Beinen zu wippen und um eine halbe Fußlänge dabei zurückzuschreiten. So kamen sie beide ungefähr in die Mitte des Saales, Donndorf wie in einem Bannkreise der Königin folgend. Der Hofmarschall kam schon einige Male und sagte der Königin mit einer Verbeugung: „Die Herrschaften warten auf Eure Majestät.“ Sie antwortete kurz: „Ich komme sofort.“ Als sie endlich Donndorf mit einem Kopfnicken und herzgewinnenden Lächeln verabschiedete, faßte dieser ihre Hand und drückte sie warm. Wie Donndorf zu uns kam, sagte ich nur das eine Wort: „Nun?“ Der sonst so ruhige Donndorf rief begeistert aus: „Wenn sie die

Pferde ausspannen an ihrem Wagen, dann ziehe ich den Wagen voran. Sie ist eine Frau voll Geist und Wissen, wie keine auf einem europäischen Throne sitzt. Glückselig das Land, das sie Herrscherin nennt."

Elisabeth war viereinhalb Jahre jünger als König Karl, der am 20. April 1839 zu Sigmaringen geboren ward. Sie hatte das Licht der Welt erblickt am 29. Dezember 1843 zu Neuwied. Am 12. Oktober 1869 trifft der Fürst von Rumänien mit der Prinzessin Elisabeth von Wied in der Flora zu Köln zusammen. Eine viel gelesene deutsche Zeitung hat in diesen Tagen, nach dem Tode der Königin Elisabeth, gemeldet, daß der Fürst schon seit 1864 mit Elisabeth von Wied verlobt gewesen wäre. Dem ist nicht so. Im Jahre 1861 hatten sich die beiden am königlichen Hofe zu Berlin zufälligerweise gesehen, ohne eine Ahnung zu haben, daß sie sich einstens nahe stehen würden. Es ist das eine Verwechslung mit König Karls flüchtiger Neigung, die er 1864 zu Paris am kaiserlichen Hofe zu einer französischen Prinzessin, einer Verwandten des Kaisers Napoleon III., gefaßt hatte.¹⁾ Man kann von Glück sagen, daß König Karl diese Prinzessin niemals zu seiner Frau machte. König Karl war, so sehr er auch seine neue Heimat Rumänien liebte, so stark er auch an Volk und Land, das er beherrschte, hing, doch im Herzen ganz deutsch geblieben, wiewohl er mit der Anerkennung, die er in Deutschland fand, nicht vollständig zufrieden war. Und das nicht mit Recht. Ich habe nie gefunden, daß die Bestrebungen König Karls ihm die Liebe, Hochachtung und Zuneigung der Deutschen nicht zugebracht hätten. Kaiser Wilhelm I. sowie Kronprinz Friedrich Wilhelm waren ihm mit herzlichster Freundschaft, die bei dem Kaiser etwas Väterliches hatte und bei dem Kronprinzen immer brüderlich genannt werden darf, zugetan. Aber hätte der König eine Französin geheiratet statt einer Deutschen wie Elisabeth, so würden naturgemäß die französischen Bojaren, ich meine die Bojaren in Rumänien, welche in ihrem Herzen immer mehr französisch waren, sich zu der Französin geneigt haben, und König Karl wäre es noch schwieriger geworden, seine deutschen Neigungen zu betätigen, wie er das noch in dem Staatsrat kurz vor seinem Tode getan hat.

Schon die erste Begegnung in der Flora zu Köln war für den Fürsten Karl entscheidend, wiewohl Fürst und König Karl eher langsam und bedächtig in seinen Entschlüssen genannt werden kann als rasch. „Punktator“ hieß ihn einmal ein deutscher Schriftsteller, und der König hat das nicht übel aufgenommen. Schon in Baden-Baden erfolgte bald darauf die Verlobung, und am 15. November 1869 fand im Schlosse zu Neuwied die Verheiratung des Paares statt.

Königin Elisabeth war eine Deutsche, mit jeder Faser ihres Herzens hing sie an Deutschland, an ihrem Vaterlande, an ihrer Heimat.

„Siehst die Männer so frei, die Frauen so frank,
Als wär' es ein adlig Geschlecht,“

¹⁾ Vgl. S. 175 in „Fürst Karl Anton von Hohenzollern. Ein Lebensbild“. Deutsche Verlags-Anstalt.

so singt Karl Simrock in seinem unübertroffenen Rheinlied. Und so war die Königin Elisabeth. Wer sie nur einmal sah, erkannte sofort die Deutsche in ihr. Wohl hat sie, von dem Weihrauch umgeben, der ihr als Carmen Sylva gestreut wurde, sich dem französischen Einfluß nicht zu entziehen gewußt. Ein Loti, der Schöngeist in französischer Seeoffiziersuniform, und ein französischer Senator haben die Carmen Sylva bis in den Himmel erhoben. Ob sie dabei die Königin meinten oder Carmen Sylva, lasse ich dahingestellt. Ob sie, indem sie Carmen Sylva lobten, die rumänische Herrscherin auf ihre Seite bringen wollten, wagen wir nicht zu entscheiden. Nach den Vorgängen von 1914 bis 1916 ist es wahrscheinlich.

Zu Anfang der 1870er Jahre war die Fürstin mit ihrem Gemahl im Herbst auf der Weinburg. Fast täglich wurden nach Tisch gemeinschaftliche Ausflüge gemacht, wobei man einen großen Teil des Weges zu Fuß zurücklegte. Eines Tages kehrten wir von Altfstätten her nach der Weinburg zurück. Plötzlich kam der Erbprinz Leopold von Hohenzollern zu mir und rief mich zur Fürstin Elisabeth. Diese begann: „Sie sind aus Bonn, Sie sind also Rheinländer,“ und fügte hinzu: „dann sind wir ja Landsleute. Auch ich bin vom Rhein, bin eine Deutsche, eine Rheinländerin, und liebe mein Vaterland sehr.“ Nach einer Pause, als wäre der Eindruck, den sie machgerufen, auf sie eingedrungen, hub sie wieder an: „Sie sind auch in Bonn auf der Universität gewesen?“ Als ich es bejahte, fragte sie mit der Lebhaftigkeit, die sie bis in ihr hohes Alter beibehielt: „Dann können Sie auch Studentenlieder singen. Nun wollen wir zusammen singen, lauter Studentenlieder, ich kenne sie alle.“ Und wir sangen in den wundervollen Abend hinein alle Studentenlieder, die mir einfielen, und sie begleitete mich getreulich. Man sah ihr die Liebe zur Sache an. Ich fragte sie, ob sie auch Studentenstreiche kenne. Sie antwortete: „Nein, aber ich habe viel davon gehört; erzählen Sie.“ Im Gespräch kam ich dann auch auf die damalige Sitte des Studentenlebens zu sprechen, die schon im Absterben begriffen war und den bemoosten Häuptern als „Onkeln“ bekannt ist. Sie antwortete lebhaft: „Jawohl, das kenne ich. Das kommt auch bei den alten Studentenfahrern vor.“ Ich erzählte ihr dann von drei Studenten, welche sich von der Universität, da ihr Wechsel ganz erschöpft war, nach Hause „geonkelt“ hatten. Eines Tages kamen sie zu einem Pfarrer, der sie gern aufnahm und nur zur Entschuldigung angab, daß er ein Requiem zu halten habe, die Sänger seien aber mit allen Männern und Frauen zur Ernte aufs Feld gegangen. Einer von den Studenten entgegnete, daß sie singen würden. Kurz erzählt: Wer beschreibt des Pfarrers Erstaunen am Altar, als er lauter Studentenlieder von der Orgel herab in getragener, feierlicher Weise hörte: „Gaudeamus igitur, juvenes dum sumus“, und ferner: „Integer vitae scelerisque purus“ usw. Die alten Frauen, welche in dem Requiem waren, sagten in der Folgezeit, daß sie nie eine schönere Totenmesse gehört hätten. Die Fürstin lachte, daß sie sich schüttelte.

Wenn Gegensätze, zueinander gestellt, eine gute Verbindung geben sollen, dann durfte man die Ehe Karls von Rumänien mit Elisabeth von Wied sofort beim

Anfang eine gute heißen. Es können nicht leicht zwei solche Gegensätze im Charakter und im ganzen Innern gefunden werden, wie Karl von Rumänien und Elisabeth, seine Gemahlin. Karl war ruhig, ernst über sein Alter hinaus und für die rumänischen Bojaren, die in Paris ihre Bildung genossen, unbegreiflich einfach, nüchtern und wenig auf Freuden des Lebens bedacht. An lärmenden Gelagen, an leuchtenden Festen mit schönen Frauen fand er kein Gefallen. Alles diente ihm zum Zweck, und dieser Zweck war: die Größe seines Vaterlandes, der Aufschwung Rumäniens in jeder Beziehung, in landwirtschaftlicher, in militärischer und politischer Hinsicht. Das war den französischen Bojaren geradezu unbegreiflich. Elisabeth dagegen war schwärmerisch, impulsiv, von Jugend auf eine Dichterin (man kann ihre dichterischen Anlagen nicht bestreiten), aber pflichtgetreu und herzensgut. Wohl liebte sie den richtigen Glanz, doch nicht den Glitter. Bald ward sie Mutter eines Töchterchens, das sie aber schon im vierten Jahre seines Alters durch den Tod verlor. Der allzu frühe Tod des begabten Kindes hat auf die Eltern einen nie zu verwischenden Eindruck gemacht. Sie blieb kinderlos. Um so mehr wandte sie alle ihre Liebe, ihre Pflege und ihre Zuneigung den Kranken, den Armen und den Notleidenden ihres Landes zu. Als im Jahre 1877 der Fürst Karl auf verzweifelter Ruf der Russen jenen zu Hilfe eilte und Unsagbares sowohl durch den Hochmut der Russen als auch durch die Unbilden des Wetters, die grausame Härte des Krieges duldete, da war es Elisabeth von Rumänien, die in den großen rumänischen Krankenhäusern in Bukarest die Verwundeten pflegte, wo die verwundeten Russen die rumänischen Verwundeten an Zahl weit überstiegen, und sich keine Ruhe gönnte Tag und Nacht. Nach dem Kriege ließ sie nicht ab in ihrer Fürsorge für die Bedürftigen. Sie gründete viele Vereine, die nur das Wohl der Notleidenden im Auge hatten. Um nur eines zu nennen, so rief sie auch die „Vatra Luminoasa“ (Der leuchtende Herd) ins Leben. Und es ist in der Tat ein leuchtender Herd für die Blinden, die hier ein Asyl gefunden, und deshalb heißt es auch „Blindenasyl Königin Elisabeth“. Hier findet jeder sein Gotteshaus, mag er Christ — orthodox, Katholik oder Protestant — sein, mag er der jüdischen oder der türkischen Religion angehören; denn jedem Bekenntnis ist in der neuen Kirche daselbst Raum geboten für das religiöse Bedürfnis. Die Liebe zu den armen Menschen, die ihres Augenlichts beraubt sind, hat den Blinden ein eignes Heim geschaffen, das die rechte Würze erhält durch die Arbeit und die Hoffnung auf die Zukunft insofern, als die Blinden lernen, ihr eignes Brot zu verdienen. Da wird jede und jeder nach der ihm eigentümlichen Fähigkeit beschäftigt, und es gibt Blinde, die am Ende der Woche bis zu 10 Franken in ihr Sparsassenbuch eingetragen bekommen, eine Summe, die den Ertrag ihrer Arbeit um soviel überschreitet. Das ist nicht so sehr das Verdienst der Carmen Sylva, sondern der Königin Elisabeth.

Man lese nur ihr Testament, das der Justizminister kurz nach ihrem Tode eröffnete, und man wird finden, daß Elisabeth eine wahre Mutter ihres Volkes, der Rumänen, war, wie Karl I. *Pater patriae* genannt werden darf.

Wir haben zu Beginn unsers Aufsatzes ein Wort der Königin angeführt. Ich habe es von ihr selber, und der Augenblick, in welchem sie mir es gab, spricht wahrlich für sie. Im Jahre 1896 weilten König und Königin von Rumänien auf der Weinburg. Man machte eines Tages einen Ausflug nach Gais bei St. Gallen. Ein Teil der Gesellschaft ging zu Fuß über St. Gallen nach der Weinburg zurück, und mehrere Wagen brachten die übrigen nach Altstätten im Rheintal. Hier kam man zu früh an, der Zug war noch nicht da, die Königin war ernst gestimmt. Sie erzählte mir von dem schweren Dasein des Königs, das er geführt, besonders während des Krieges 1877, wie sie da erst die Leiden des Volkes erkannt habe. Ich vermag nicht alles wiederzugeben, was sie erzählte, nur schloß sie mit den tiefempfundenen Worten: „Glauben Sie mir, es gibt nur ein Glück, die Pflicht, nur einen Trost, die Arbeit, nur eine Freude, das Schöne.“ Sie schwieg und ging tief in Gedanken versunken hin und her. Plötzlich sah sie zwei barmherzige Schwestern da stehen, eine alte und eine junge. „Glauben Sie,“ wandte sie sich zu mir, „daß ich mit denen dort sprechen darf?“ — „Gewiß,“ entgegnete ich, „es wird den Schwestern wohlthun.“ — „Aber sagen Sie nicht, wer ich bin!“ befahl die Königin. Hierauf wandte sie sich an die Schwestern und begann mit ihnen zu sprechen mit der ihr eigentümlichen Liebenswürdigkeit, so daß den Schwestern sehr rasch ihre anfängliche Zurückhaltung schwand. Da hörte ich den Zug kommen und sagte der Königin leise: „Majestät, der Zug kommt.“ Sie reichte den Schwestern mit größter Freundlichkeit die Hand, die ihr verwundert nachschauten. „Darf ich den Schwestern nicht sagen, wer mit Ihnen gesprochen?“ fragte ich die Königin, „es würde ihnen sehr wohlthun, wenn es auch Schweizerinnen sind.“ — „Wenn Sie glauben, ja.“ Ich sagte es rasch der älteren Schwester, die schon zu dem Zuge geschritten war, in den sie einstieg, während die jüngere zurückblieb, wer mit ihnen gesprochen und wer die Dame sei. Darauf begab ich mich zu den Herrschaften. Da sah ich die jüngere Schwester gelaufen kommen, die Hand der Königin fassend und sie küssen. Die Königin schien etwas verwirrt zu sein, faßte sich aber sogleich wieder, nahm König Karl bei der Hand und sagte einfach und schlicht: „Und das ist mein Mann, der König.“

Carmen Sylva war zweifellos bedeutend, aber bedeutender, weit größer ist Elisabeth von Rumänien. Die Geschichte wird von ihr schreiben als der Wohltäterin Rumäniens, als der Gütäterin der Armen und Notleidenden, solange es eine Geschichte Rumäniens gibt, noch viel länger als der Stern von Carmen Sylva leuchtet, sie wird noch von ihr zu erzählen wissen, wann jener längst verblichen ist.

Und nun, nachdem Königin Elisabeth nicht mehr unter den Lebenden weilt, da auch König Karl nicht mehr lebt, wäre es vielleicht am Platze, auf das vielbesprochene Werk zu kommen: „Aus dem Leben König Karls¹⁾ von Rumänien“.

¹⁾ Aus dem Leben König Karls von Rumänien. Aufzeichnungen eines Augenzeugen. Stuttgart, Bd. 1 bis 4.

Wir sind sicher, wenn Fürst Karl Anton das Buch noch erlebt hätte, so würde er es gebilligt haben. Es entspricht ganz seinem Charakter und seiner Ansicht. Nicht alle Mitglieder des fürstlichen Hauses haben es gebilligt, daß es schon bei Lebzeiten König Karls das Licht der Welt erblickte. König Karl war weniger seinem Vater ähnlich geartet im Charakter als seinem Großvater, dem Fürsten Karl, während er in seinem Außern ganz der Großmutter, einer französischen Prinzessin, nachschlug, wiewohl seine Augen und seine Nase den Hohenzollern verrieten.

Und nun zu dem Buche! Meiner Ansicht nach — es ist nicht möglich, hier alle Gründe anzuführen — ist Fürst Karl im großen und ganzen der „Augenzeuge“, der Verfasser. Man muß seinen Fleiß, seine Fähigkeit, seine Arbeitskraft gekannt haben, um das fassen zu können. Darin war er ganz der Vater, der auch unglaublich viel schrieb — und das hatte alles Hand und Fuß. Der Enkel des Fürsten Karl Anton, Fürst Wilhelm, geht darin wieder in den Fußstapfen des Großvaters. Die Gräfin von Flandern sagte mir einmal: „Mein Neffe liebt ganz den Schreibtisch wie sein Großvater.“ Nun ist nicht ausgeschlossen, daß die Königin Elisabeth ihm vielfach geholfen hat. Das fertige Buch wurde abgeschrieben unter Aufsicht der Fürstin und dann gedruckt. Und Mite Kremnitz, die mit dem Werke viel in Verbindung gebracht wurde? Sie hat vielleicht die musterhafte Nachprüfung und das vortreffliche Inhaltsverzeichnis gemacht.

Die diplomatische Vorgeschichte des Krieges der Vereinigten Staaten gegen Spanien

Von

Baron Hengelmüller

Im Februar 1895 war in Kuba die letzte Insurrektion ausgebrochen, welche in ihrem Verlaufe zu dem unglücklichen Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien führen sollte. Ueber die Geschichte der früheren Insurrektionen und der von den Vereinigten Staaten Kuba gegenüber befolgten Politik war in der „Revue des deux Mondes“ im Jahre 1897 ein interessanter Artikel erschienen; über die Art der Herbeiführung des letzten Aufstandes hat einer von dessen Führern in der „North American Review“ vom Mai 1898 Veröffentlichungen gemacht.

Als dieser Aufstand ausbrach, war Mr. Cleveland Präsident der Vereinigten Staaten. Seine Politik war nicht auf die Unterstützung der Insurrektion gerichtet. Er wünschte weder die Annexion Kubas, noch glaubte er, daß die auf der Insel vorhandenen Elemente die Schaffung eines unabhängigen Staates unter für Ordnung und Zivilisation günstigen Umständen ermöglichten. Sein Staatssekretär, Mr. Gresham, hatte mir im April 1895 auseinandergesetzt,

daß die kubanische Bevölkerung ein schwer zu regierendes Element, die Annexion der Insel angesichts ihrer Schuldenlast für die Vereinigten Staaten ein schlechtes Geschäft wäre und die Errichtung eines unabhängigen Staates zur Vernichtung des weißen Elementes und Schaffung einer Negerrepublik führen würde.

Mr. Gresham hatte aber hinzugefügt, daß diese Anschauungen von der überwiegenden Mehrheit seiner Landsleute nicht geteilt würden; dessenungeachtet hat sich Mr. Cleveland bis zum Ende seiner Amtsführung von denselben leiten lassen. Er war eben ein sehr starker, unabhängiger Charakter und zugleich am Ende seines zweiten Präsidentschaftstermines, hatte also für seine politische Zukunft nichts mehr zu hoffen oder zu fürchten.

Spanien war zur Bekämpfung des kubanischen Aufstandes auf das Wohlwollen der Vereinigten Staaten angewiesen. Dieses ist ihm seitens der öffentlichen Meinung der Union stets versagt geblieben, und so gemäßigt auch die Gesichtspunkte der Cleveland'schen Administration waren, hat auch diese es nicht unterlassen, die Inferiorität der Lage Spaniens zur Erreichung wohlfeiler Triumphe auszubenten. Illustrationen hierzu bieten der „Allianza“-Zwischenfall im März 1895 und die Bezahlung des Mora-Anspruchs im darauffolgenden Sommer.

Am 12. März kam der amerikanische Postdampfer „Allianza“ aus Colon in Newyork mit der Meldung an, daß er auf der Höhe von Kuba von einem spanischen Kanonenboot angeschossen worden sei. Laut der Erzählung des Kapitäns soll die Begegnung der beiden Schiffe am 8. März ungefähr 6 Meilen von der Küste entfernt erfolgt sein, der amerikanische Dampfer zwar dem spanischen Kreuzer Salut geleistet, dessen Signale zum Weilegen aber nicht beachtet haben, worauf dieser zuerst blind, dann dreimal scharf gefeuert habe, ohne zu treffen, die „Allianza“ aber dank ihrer größeren Geschwindigkeit der Verfolgung entronnen sei.

Auf Grundlage dieses Berichtes erließ Mr. Gresham sofort eine sehr peremptorische Note nach Madrid, worin er von der spanischen Regierung die Desavouierung des Vorfalls, den Ausdruck ihres Bedauerns und die unverzügliche Erlassung von Instruktionen an ihre Schiffskommandanten zur Hintanhaltung jeglicher Behinderung des amerikanischen Handels in der Wasserstraße zwischen Kuba und dem Kontinent forderte. Er erklärte hierbei ausdrücklich, daß die amerikanische Regierung eine gewalttätige Unterbrechung der Fahrten ihrer Schiffe nicht dulden würde, ob sie nun innerhalb der 3 Meilen Jurisdiktion oder in einer größeren Entfernung an der Küste vorüberführen.

Die amerikanische Note war kaum geschrieben, als sie auch schon veröffentlicht wurde. Wie mir der damalige spanische Gesandte, Muruaga, mitteilte, erschien sie in den Zeitungen, bevor sie in Madrid übergeben sein konnte.

In Wirklichkeit scheint die „Allianza“ dem „Conde de Venadito“ 1 1/2 Meilen von der Küste begegnet und der letztere den gegründeten Verdacht gehabt zu haben, daß das amerikanische Schiff Waffen für die Insurgenten an Bord hatte. Mit der Erörterung dieser Frage sowie der näheren Umstände des Falles hielt sich indessen niemand auf, vielmehr feierte die gesamte amerikanische Presse das

Vorgehen des Staatssekretärs, daß echt amerikanische Metall seiner Rote und die verdiente Züchtigung spanischer Frechheit in langen Kolonnen.

Spanien tat, wie die Not gebot. Es fügte sich in alle amerikanischen Forderungen und verhing die seiner patriotischen Eigenliebe geschlagene Wunde mit der Erklärung, daß nach genauer Untersuchung des Falles die „Alianza“ zur Zeit, da sie angeschossen worden sei, sich beinahe 6 Meilen von der Küste, also außerhalb der spanischen Jurisdiktion befunden habe.

Daß die Insurgenten aus den Vereinigten Staaten Geld und Waffen erhielten, unterliegt keinem Zweifel, wie denn der ganze Aufstand seine Nahrung aus dem Boden der Union zog. Mr. Cleveland erließ zwar die korrektesten Neutralitätsproklamationen, aber deren Ausführung scheiterte an der Beschaffenheit der amerikanischen Institutionen nicht weniger als an den gegenwärtigen Sympathien seiner eignen Kabinettsminister und ihrer untergeordneten Organe. Ueberdies lebten auf dem Gebiete der Union an 40 000 Kubaner, deren Ueberwachung der Bundesregierung sehr unwillkommene Mühe und Kosten verursachte und deren Führer im Kongreß einflußreiche Gönner und Protektoren besaßen.

Im Juni darauf bezahlte die spanische Regierung 1½ Millionen Dollar für den sog. Mora-Claim. Dieser sehr zweifelhafte und auch von manchen angesehenen amerikanischen Politikern für anrüchig gehaltene Anspruch datierte aus dem kubanischen Aufstand der siebziger Jahre. Mr. Moret hatte ihn als spanischer Minister des Aeußern anerkannt, die Cortes aber den bezüglichen Kredit verweigert. Jetzt griff die Bundesregierung die Sache neuerdings auf und erzwang die Bezahlung.

Die Maßregeln, welche die spanische Regierung zur Niederwerfung des kubanischen Aufstandes ergriff, fielen nicht in das Gebiet meiner persönlichen Wahrnehmung und gehören nur insofern in den Rahmen der gegenwärtigen Erinnerungen, als sie auf die Politik der Vereinigten Staaten von Einfluß waren. Sie waren verschieden nach verschiedenen Epochen, und ihre Natur knüpft sich an die Namen der drei sukzessive nach Habana geschickten Generalkapitäne. Im ersten Jahre versuchte das Mutterland den Aufstand niederzuparlamentieren und betraute mit dieser Aufgabe den Marschall Martínez Campos. Im zweiten Jahre geschah der Versuch ernster und rücksichtsloser Belämpfung, welche General Weyler zuwege bringen sollte. Im dritten und letzten Jahre sollte General Blanco die zu spät bewilligten Reformen durchführen, wurde aber hieran durch den Ausbruch des Krieges verhindert. Ueber diese Materie gibt ein in der „Contemporary Review“ vom Juni 1898 erschienener Artikel von Dillon: „The ruin of Spain“ eine Fülle interessanter Aufschlüsse.

Während die spanischen Generale auf Kuba mit gleichem Mißerfolg parlamentierten, kämpften und reformierten, fiel dem spanischen Gesandten in Washington die Aufgabe zu, die Bundesregierung bei guter Laune zu erhalten, die verschiedenen Frictionen, welche sich aus den ewig auftauchenden Konflikten amerikanischer Staatsbürger mit den spanischen Behörden ergaben, zu glätten und zugleich den

Polizeidienst über das Tun und Treiben der kubanischen Junta auf amerikanischem Boden zu versehen. Diese Aufgabe erforderte nicht nur ein großes Maß von Takt und Geschicklichkeit, sondern auch von Selbstverleugnung, da die Sprache, welche nicht nur in der Presse, sondern vor allem im Kongreß gegen Spanien geführt wurde, auch das phlegmatischste und resignierteste Naturell in Entrüstung bringen mußte. Mr. Dupuy de Lome, welcher Spanien vom Frühjahr 1895 bis Februar 1898 in Washington vertrat, ist dieser Aufgabe bis zu seinem Sturze mit Geschick und Erfolg nachgekommen, und wenn er schließlich einem elenden Briefdiebstahl zum Opfer fiel, so war dies mit ein Teil des Verhängnisses, welches in der ganzen Frage gegen Spanien sich erklärt zu haben schien.

Im Dezember 1895 trat der Kongreß zusammen. Die Botschaft, welche Mr. Cleveland an denselben richtete, war der treue Ausdruck der mir von Mr. Gresham vor Monaten erklärten Politik. Er verkündete, seine aus den Neutralitätsgesetzen fließenden internationalen Pflichten unerschütterter erfüllen und nicht dulden zu wollen, daß der Boden der Union von den Insurgenten als Pivot zur Förderung des Aufstandes mißbraucht werde.

Die Majorität des Kongresses befand sich mit dieser Politik durchaus nicht im Einklange und war entschlossen, das Land und dessen Regierung in eine andre Richtung, und zwar die der aktiven Teilnahme für den kubanischen Aufstand, hineinzutreiben. Fürs erste kam der Gegensatz zwischen den beiden Gewalten nicht zum Ausbruch, weil der akute Stand der Venezuelafrage den Kongreß hinter dem Präsidenten scharte. Sobald aber diese Sache in ein ruhigeres Geleise getreten war, bemächtigte sich der Kongreß der kubanischen Frage und ließ dieselbe nie wieder zur Ruhe kommen. Das Mittel, dessen er sich zu diesem Zweck bediente, war die Einbringung von Beschlußanträgen zur Anerkennung der Insurgenten als kriegführender Macht, und wenn auch hiervon angesichts der Auffassung und des Charakters des Präsidenten ein praktischer Erfolg zunächst nicht erwartet werden konnte, so mußten doch die leidenschaftlichen Debatten über die Frage und die fortgesetzten Beschimpfungen Spaniens eine Verhezung der Gemüter auf beiden Seiten herbeiführen und die Agitation in Permanenz erhalten.

Es ist schwer zu beurteilen, welche Motive für die Haltung des Kongresses den Ausschlag gaben. Haß gegen Mr. Cleveland und der Wunsch, für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen politisches Parteikapital herauszuschlagen, haben sicher mitgespielt, aber ebenso sicher ist, daß sich unter dem Einfluß eines langen Friedens und dadurch beförderter materieller Erstarkung in den Vereinigten Staaten die Zingotendenzen mächtig entwickelt hatten. Eroberungslust lag diesen in keiner Weise zugrunde, ihnen war es nur um die Betätigung ihres Machtgefühls nach außen zu tun, sie wollten den Krakeel um des Krakeeles willen, und ihre Träger fühlten sich sicher, in der vorliegenden Frage die Mehrzahl ihrer Mitbürger für sich zu haben.

Die leidenschaftlichsten Kongreßdebatten über Kuba fanden in den Monaten Februar und März 1896 statt. Ich war damals in Kalifornien und las die

Berichte in den dortigen Zeitungen. Als ich in den letzten Märztagen nach Washington zurückkam, schien es schon ziemlich sicher, daß die Agitation diesmal noch im Sande verlaufen und der Präsident sich von seiner Politik nicht abdrängen lassen werde. Ich fand meinen spanischen Kollegen in zuversichtlicher Stimmung und voller Anerkennung über die seinem Vaterlande gegenüber nicht nur korrekte, sondern sogar freundliche Haltung der Bundesregierung. Mr. Olney, welcher Herrn Gresham im Juni 1895 als Staatssekretär nachgefolgt war, machte aus seiner Mißbilligung der agitatorischen und in die konstitutionellen Befugnisse des Präsidenten übergreifenden Haltung des Kongresses kein Hehl.

Indessen konnte Präsident Cleveland sich nicht verhehlen, daß die Politik des Kongresses der öffentlichen Meinung seines Landes sympathischer war als die seinige, noch auch, daß das Fortschleppen des Aufstandes die Durchführung der letzteren unmöglich mache und die Beziehungen beider Länder ernstlich bedrohe. Er ließ daher im April 1896 die spanische Regierung auf die Gefahren der Lage aufmerksam machen und legte ihr nahe, den Aufstand durch Reformen zu beenden und sich zu diesem Zwecke der Vermittlung der Vereinigten Staaten zu bedienen. Er wies darauf hin, wie die von Spanien in Aussicht gestellte rasche Niederwerfung der Insurrektion sich nicht verwirklicht, diese vielmehr ungeachtet aller Truppenverstärkungen und der Entsendung des besten spanischen Generals nicht ab-, sondern zugenommen habe. Er erklärte offen, daß die Vereinigten Staaten einer neuen zehnjährigen Verlängerung des Aufstandes nicht ruhig zuschauen würden, und riet zur Pazifikation der Insel durch friedliche Mittel, bevor dieselben als der Not und Schwäche abgerungene Konzessionen erscheinen würden. In Madrid perhorreszierte man aber nichts mehr als den Gedanken amerikanischer Vermittlung zwischen Spanien und seinen rebellischen Untertanen, und Herr Canovas de Castillo, der damals Spanien regierte, stellte sich auf den Standpunkt, daß Spanien dem amerikanischen Rate bereits durch die in der letzten Thronrede enthaltenen Reformversprechen zuvorgekommen sei, daß aber, bevor von deren Ausführung und Weiterentwicklung die Rede sein könne, die Insurgenten sich erst unterwerfen müßten. Mr. Cleverlands Anerbieten wurde Anfang Juni von seiten Spaniens höflich, aber entschieden abgelehnt. Die bezügliche Korrespondenz ist im amerikanischen Blaubuch, „Foreign relations of the U. S.“, Jahrgang 1897 (herausgegeben 1900), S. 540 ff., veröffentlicht worden.

Obgleich dem Schritt der Bundesregierung kein drohender Charakter innewohnt hatte und ihre Vorstellungen im freundschaftlichen Tone gehalten waren, scheint man in Madrid über die Sache doch erschrocken zu sein. Als ich Ende Mai in London ankam, wurde ich dort durch die Mitteilung überrascht, daß die spanische Regierung gegen die drohende amerikanische Intervention einen Appell an die europäischen Mächte zu richten beabsichtige und der englische Botschafter in Madrid um die Initiative zu einem in Entsprechung dieses Appells in Washington zu unternehmenden Schritt judenke. Noch mehr war ich bei meiner Ankunft in Wien überrascht, als ich sah, daß dort der Sache lebhaftes Interesse

entgegengebracht und für meine Rückkehr schon die Erteilung entsprechender Instruktionen in Erwägung gezogen wurde.

Aus dem ganzen Projekt ist glücklicherweise nichts geworden. Spanien hat jenen Hilferuf an die Mächte niemals gerichtet. Mr. Taylor, der amerikanische Gesandte in Madrid, hatte von der Sache Wind bekommen und die dortige Regierung auf deren Gefahren aufmerksam gemacht. Mir hat es immer erschienen, daß die Engländer das Projekt für ihre eignen Zwecke lanciert hatten. Jedenfalls zogen sie sich aus demselben heraus, sobald es ihnen nicht mehr in den Kram paßte. Im Frühjahr 1896 standen die Aussichten für die Beilegung des Venezuelakonflikts und die englisch-amerikanischen Beziehungen noch sehr zweifelhaft. Sie besserten sich im Laufe des Sommers; es entstand zuerst der spezielle, dann der allgemeine Schiedsgerichtsvertrag, und mit der Aenderung in den beiderseitigen Beziehungen änderte sich auch die englische Auffassung der kubanischen Frage und der englische Wunsch, den Vereinigten Staaten mit europäischen Mächten Verlegenheiten zu schaffen. Merkwürdigerweise erschien im Monat Dezember in den amerikanischen Blättern eine im ganzen wahrheitsgetreue Darstellung dieser Episode, in welcher nur Englands Anteil ganz unterdrückt und Oesterreich-Ungarn als der eigentliche Spiritus rector des Projekts hingestellt war.

Mittlerweile hatte in den Vereinigten Staaten die Präsidentschaftskampagne begonnen, welche mit dem Siege der Republikaner endigen sollte. In derselben spielten Fragen der auswärtigen Politik nur eine untergeordnete Rolle. Die leidenschaftliche Aufmerksamkeit des Landes war auf die Verfechtung oder Bekämpfung des von den Demokraten aufgestellten Programms freier Silberprägung und einer gegen das große Kapital berechneten sozialen Gesetzgebung gerichtet. Dennoch fanden es beide Parteien geboten, während der Wahlkampagne ihre Sympathien für die kubanischen Insurgenten zu betonen, und am entschiedensten taten dies die Republikaner, welche die Unabhängigkeit Kubas geradezu auf ihr Banner schrieben oder, wie die amerikanische Sprechweise lautet, eine auf diese Unabhängigkeit abzielende Planke in ihre Plattform aufnahmen. Wäre es indessen Spanien gelungen, in jenem Sommer oder Herbst mit dem Aufstand fertig zu werden, so wäre der amerikanischen Agitation das Feuer ausgegangen, und die Welt hätte aller Wahrscheinlichkeit nach längere Zeit von Kuba nichts gehört.

Das war aber nicht der Fall. General Weyler, welcher Marschall Martinez Campos als Gouverneur in Habana nachgefolgt war, hatte mit seinen energischen Maßregeln nicht mehr Glück, als jener mit seinen Versuchen einer Versöhnung. Spanien schickte Geld und Truppen, aber die Insurgenten behaupteten sich in den Bergen und östlichen Provinzen und machten sogar Streifzüge bis in die Nähe von Habana. Jeder partielle Erfolg, den sie errangen, wurde von den amerikanischen Zeitungen entsprechend aufgebauscht und gleichzeitig die Kampagne gegen die angeblichen Grausamkeiten General Weylers begonnen, dessen Name in den Vereinigten Staaten bald mit dem eines unmenschlichen Unholdes gleichbedeutend wurde.

Als ich nach der Präsidentenwahl im November 1896 nach Washington zurückkehrte, fand ich die Situation wesentlich verschlechtert. Mr. Olney erklärte mir, daß er mit dem Gang der Dinge auf Kuba sehr unzufrieden und es für die Vereinigten Staaten sehr hart sei, mit verschränkten Armen zuzuschauen zu sollen, wie die an ihren Toren gelegene reiche Insel durch einen end- und ergebnislosen Krieg verwüstet werde und ihre eignen Interessen hierbei erheblichen Schaden litten. Er gab mir auch zu erkennen, daß die Anschauungen, welche bisher für die Politik Mr. Cleveland's maßgebend gewesen waren, sich geändert hätten, und bemerkte, daß die neueren Berichte, welche die Bundesregierung aus Kuba erhalte, dahin lauten, daß auch der überwiegende Teil der weißen Bevölkerung auf seiten des Aufstandes, und diese stark genug sei, um ihre Stellung gegenüber dem farbigen Element auch für alle künftigen Eventualitäten zu behaupten.

Die präsidentielle Botschaft vom Dezember 1896 trug den Stempel des Eindrucks, welchen die lange Dauer des Aufstandes und die dadurch in den Vereinigten Staaten unterhaltene Gärung auf Mr. Cleveland's politische Auffassung gemacht hatten. Den wesentlichen Gesichtspunkten seiner früheren Anschauungen blieb er treu und erklärte auch jetzt noch, den Ausgleich zwischen der empörten Kolonie und dem Mutterlande unter Anerkennung der Souveränität des letzteren und Bewilligung weitgehender Autonomie für die beste aller Lösungen anzusehen. Aber er fügte hinzu, daß die Geduld der Vereinigten Staaten nicht ewig dauern würde und die weitere Fortsetzung des gegenwärtigen, aussichtslosen und verwüstenden Kampfes deren Intervention herbeiführen müsse.

Die von Mr. Cleveland gewünschte Lösung scheiterte an der Haltung Spaniens nicht minder als an der der Insurgenten. Mr. Canovas de Castillo beharrte auf seinem Standpunkt, daß die Rebellen sich vor allem unterwerfen müssen, und diese erklärten, keinen spanischen Versprechungen mehr trauen zu wollen. Diesem Einwurf wollte der Präsident durch eine von den Vereinigten Staaten für die Ausführung der Reformen zu übernehmende Garantie begegnen, aber eine solche Einmischung war Herrn Canovas ebenso widerwärtig wie die dadurch bedingte Rückkehr zum Gehorsam an das Mutterland den Insurgenten. In Madrid glaubte man eben nicht, daß die Amerikaner jemals bis zum Kriege schreiten würden, und die Insurgenten rechneten auf ihre Freunde im Kongreß und die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten.

Der Kongreß war kaum zusammengetreten, als er sich auch schon der kubanischen Frage bemächtigte und seiner Unzufriedenheit über die bezüglich die Politik des Präsidenten in allen Tonarten Ausdruck gab. Im Senat war das Jingo-tum noch stärker vertreten als im Repräsentantenhause, und demgemäß waren die dort geführten Debatten noch leidenschaftlicher und für Spanien beleidigender. Die eingebrachten Resolutionen gingen teils auf die Anerkennung der Insurgenten als Kriegsführende, teils auf die der Unabhängigkeit Kubas, teils auf die offene Kriegserklärung, hatten aber alle den gleichen Zweck, die Administration zur offenen Parteinahme für den Aufstand anzuweisen. Schließlich

kristallisierten sie sich in der Resolution des Senators Cameron, welche die kubanische Unabhängigkeit anerkennen und zugleich Spanien die Vermittlung der Vereinigten Staaten zur Herstellung des Friedens mit den Insurgenten auf dieser Basis anbieten wollte. Die Debatten über diese Vorschläge wurden mit berechneter Leidenschaftlichkeit und Rücksichtslosigkeit geführt, und die gegen Spanien und seinen unglücklichen Generalkapitän losgelassenen Beschimpfungen dürften in der Geschichte parlamentarischer Debatten kaum ihresgleichen finden.

Vorläufig war dies alles bloß Kolophoniumfeuer. Mr. Cleveland war entschlossen, sich aus seiner Haltung nicht herausdrängen zu lassen und die letzten Monate seiner Amtsführung nicht mit einer Kriegserklärung zu beschließen. Aber Spanien durfte die Bedeutung des grollenden Donners nicht überhören und sich keiner Illusion darüber hingeben, daß die ihm zur Bewältigung seiner Kolonie gewährte freie Hand nicht von langer Dauer sein werde. Mr. Cleveland war nur ein vorübergehendes, der Senat ein bleibendes Element in der politischen Konstellation, und wenn Gerechtigkeit, Mäßigung und staatsmännische Auffassung auf seiten des ersteren standen, so entsprachen die interventionslustigen, aggressiven und draußgängerischen Tendenzen des letzteren besser der im Lande herrschenden Stimmung.

Die letzten Monate der Cleveland'schen Administration vergingen in fortwährenden Reibungen zwischen Präsident und Senat. Der letztere drängte ihn nicht nur in der kubanischen Frage, er bekrittelte, amendierte und verwarf ihm auch seinen Schiedsgerichtsvertrag mit England. Und doch hat Cleveland's Behandlung der Venezuelafrage den Grund zur Herstellung der guten Beziehungen mit England gelegt, welche die Kriegspartei später in ihrem Vorgehen mit solcher Zuversicht erfüllt haben.

Am 4. März 1897 zog der neue Herr in das Weiße Haus ein. Außerhalb der Vereinigten Staaten war sein Name der Welt bis dahin nur durch einen der extremsten Zolltarife bekannt geworden, durch welchen Amerika die Erzeugnisse der andern Länder von seinem Boden auszuschließen bemüht war. In der Tat soll er aber gar nicht der wirkliche Vater dieses Tarifes gewesen, sondern nur durch eine Reihe von begünstigenden Umständen dazu geführt worden sein, demselben seinen Namen haben leihen zu können. Seine Nomination zum Präsidentschaftskandidaten der republikanischen Partei verdankte er einem mächtigen und geschickten Syndikat von Politikern und Finanziers, an deren Spitze der nachmalige Senator für Ohio, Mr. Hanna aus Cleveland, stand. In den eleganten Kreisen Newyorks galt er für einen Politiker gewöhnlichen Schlages, ohne starke Ueberzeugungen, und wenngleich er während der Kampagne das Panier der Goldwährung oder, wie es damals hieß, des „guten Geldes“, zu tragen berufen war, waren seine eignen Neigungen in dieser Frage nicht zu jeder Zeit außer Zweifel gestanden. Aber sein Glückstern hatte es so gefügt, daß das von seinem demokratischen Gegner aufgestellte Programm alle konservativen Elemente um sein Banner scharte, weil sie in Mr. Bryan die ökonomische und soziale Revolution verkörpert sahen.

Mr. Mac Kinley hatte die Plattform von St. Louis in allen Punkten unterschrieben; nichts deutet aber darauf hin, daß er das Weiße Haus mit ausgeprägten Anschauungen oder gar einem festen Programm bezüglich des kubanischen Problems bezog. Mr. Dupuy de Lome wollte in Erfahrung gebracht haben, daß er Mr. Cleveland zu den Ausführungen seiner letzten Botschaft seine Zustimmung ausgesprochen und erklärt habe, nach seiner Inaugurierung die gleiche Politik befolgen zu wollen. Ähnliche Versicherungen sollen gleich nach seinem Amtsantritt auch nach Madrid gegeben worden sein. In der Inaugurationsrede war Kuba mit keinem Wort erwähnt, jede Eroberungs- und Expansionspolitik aber zurückgewiesen worden. Dupuy de Lome trug wieder die Zuversicht zur Schau, daß alles beim alten bleiben, viel gesprochen und geschimpft, aber von der Bundesregierung nichts werde getan werden.

Diese rosige Stimmung sollte aber nicht lange währen. Wenn aus der ziemlich farblosen Inaugurationsrede irgend etwas mit Bestimmtheit hervorging, so war es das Bestreben Mr. Mac Kinleys, sich mit dem Kongreß gut zu stellen. Dessen Tendenzen standen aber nicht im Zweifel und sollten in wenigen Tagen eine neue Manifestation erfahren.

Am 15. März war der Kongreß zu einer außerordentlichen Session zusammengetreten zu dem ausschließlichen Zwecke, um einen neuen Zolltarif zu beraten. Im Senat wurde aber sofort ein neuer Antrag auf Anerkennung der Belligerenz der Insurgenten eingebracht und ungeachtet des hartnäckigen Widerstandes einer kleinen, aber durch Talent hervorragenden Minorität auch angenommen. Dem ungewöhnlichen Ansehen des Sprechers Reed und der strammen Parteidisziplin der Republikaner im Repräsentantenhause gelang es, zu verhindern, daß der Antrag dort zur Beratung gelangte. Im andern Falle wäre dessen Annahme keinem Zweifel unterlegen und Mr. Mac Kinley gleich zu Beginn seiner Präsidentschaft vor die Alternative gestellt worden, einen Kongreßbeschluß mit Veto zu belegen oder eine Maßregel zu sanktionieren, welche aller Wahrscheinlichkeit nach in Kürze zum bewaffneten Konflikt mit Spanien führen mußte.

In der Ungewißheit über die Widerstandskraft des Präsidenten gegen die mit Sicherheit zu erwartende fortgesetzte Pression des Kongresses bestand für Spanien die Gefahr der Lage. Der spanische Gesandte fühlte dieselbe, und ich hatte ihn bisher nie so besorgt gesehen wie in jenen Mai- und Junitagen. Mr. Sherman, der neue Staatssekretär, hatte sich geweigert, die im März in Madrid erteilten beruhigenden Versicherungen jetzt zu wiederholen und Herr Dupuy bemerkt, wie unangenehm es für den Präsidenten sei, Kubas wegen im Kongreß und in der Presse fortwährend angegriffen zu werden. Es war klar, daß die Beendigung der kubanischen Wirren der Bundesregierung drängender wurde, und daß, wenn sie auch nicht mit sich im reinen war, wie sie dieselbe herbeiführen würde, irgendein Schritt der Einmischung früher oder später zu erwarten stand.

Noch einmal gingen die Wolken vorüber. Der Kongreß votierte dem Präsidenten 50000 Dollar für in Kuba durch die Kriegseignisse notleidend

gewordene Amerikaner, Mr. Mac Kinley schickte einen Vertrauensmann nach der Insel, um über deren wahre Lage Bericht zu erhalten, und ernannte einen neuen Gesandten nach Madrid, den General Woodford. Bis zum Wiederzusammentritt des Kongresses im Dezember war der Friede gesichert, aber Spanien mußte sich fügen, daß es für die Niederwerfung des Aufstandes nur mehr eine Galgenfrist besäße.

Um diese Zeit tauchte auch das Projekt des Verkaufes Kubas seitens Spaniens wieder auf. Neu war dasselbe nicht. Schon General Grant und Marshall Prim hatten über dasselbe verhandelt, und vielen gemäßigt denkenden Amerikanern erschien es stets als das naturgemäße Ende der Streitfrage. Mr. Cleveland hatte es auch in seiner letzten Botschaft als eine der Berücksichtigung werthe Lösung bezeichnet, die nur der Einwendung ausgesetzt sei, daß sie Spaniens Einwilligung voraussetze, wofür bis jetzt keinerlei Indizien vorhanden wären. Nun kam Mr. Mac Cook aus Newyork, welcher ursprünglich für einen Kabinettsposten in der neuen Administration in Aussicht genommen war, nach Washington und machte dem Präsidenten den Vorschlag, den Ausgleich auf die Art herbeizuführen, daß die Insurgenten zuerst die Souveränität Spaniens anerkennen, dieses ihnen aber sodann dieselbe gegen eine von den Vereinigten Staaten zu garantierende Geldindemnität verkaufen solle. Als Preis wurden 200 Millionen Dollar genannt, und Mr. Mac Cook wollte das Geschäft finanzieren. Mr. Mac Kinley erwiderte dem freiwilligen Unterhändler, daß er nicht die Absicht habe, im gegenwärtigen Stadium der Frage zu intervenieren und an Spanien mit einem solchen Projekt heranzutreten. Sollte aber dieses demselben zuneigen, so würde er es gerne in sympathische Erwägung ziehen. Mac Cook begab sich sodann zu dem spanischen Gesandten, wo er indessen einen entschiedenen Korb erhielt. Dupuy de Lome bezeichnete alle derartigen Ideen für Illusionen und Hirngespinnste und fügte hinzu, daß, wenn sich wirklich eine spanische Regierung finden sollte, die geneigt wäre, auf ein solches Geschäft einzugehen, er der erste sein würde, ihr den Gehorsam aufzulegen.

Die spanischen Taten standen indessen mit diesen stolzen Worten nicht im Einklang. Obgleich die Spanier 200 000 Mann Truppen nach Kuba geschickt hatten, beherrschten diese tatsächlich nicht mehr Boden, als sie mit ihren Füßen einnahmen. Die Insurgenten waren nur eine Bande von Flibustiern, und ihre sogenannte Regierung existierte nur auf dem Papier. Aber die spanischen Truppen kamen ihnen in ihren Schlupfwinkeln nicht bei, die gegenseitige Verwüstung des Landes dauerte fort und wurde durch General Weylers Konzentrierungsorders auf die Spitze getrieben. Um den Insurgenten alle Zufuhr an Lebensmitteln und materiellem Bedarf zu entziehen, ersann der Generalgouverneur den Plan, die ganze Landbevölkerung in den Städten und um dieselben herum zu konzentrieren, ihre Plantagen zu zerstören und das Land in eine Wüste zu verwandeln. Der greifbarste Erfolg dieser Maßregel war aber der, der Agitation in den Vereinigten Staaten neue Nahrung zu geben, das natürliche Mitgefühl mit dem Elend der „Reconcentrados“ auch in die weiten,

bis jetzt indifferent gebliebenen Schichten der Bevölkerung zu tragen und Wasser auf die Mühle der Jingos zu treiben.

Im September 1897 kam der neue amerikanische Gesandte in Spanien an. Der Tenor seiner Instruktionen war kein unfreundlicher. Er war beauftragt, auf die Dringlichkeit der Beendigung des Aufstandes aufmerksam zu machen, die Abberufung des Generals Weyler und die Einführung gründlicher Reformen auf Kuba zu verlangen und die Vermittlung der Vereinigten Staaten anzubieten.¹⁾ Mr. Mac Kinley tat also damals nicht viel mehr als sein Vorgänger getan hatte, und das Kabinett der Liberalen, welches in Spanien bald nach Herrn Canovas' Ermordung ans Ruder gekommen war, setzte den amerikanischen Vorschlägen nicht mehr dieselbe starre Ablehnung entgegen. Von der Vermittlung der Bundesregierung wollte es zwar auch nichts hören, aber im übrigen zeigte es sich bereit, den Boden der Konzessionen zu betreten. General Weyler wurde abberufen, ein Autonomieprojekt ausgearbeitet und zu dessen Durchführung General Blanco als Generalkapitän nach Kuba geschickt. Die Situation erschien wieder in freundlicherer Beleuchtung. Mr. Sherman erklärte in Washington akkreditierten Diplomaten, daß die von Spanien gewährte Autonomie mehr sei, als die Insurgenten verdienten, Dupuy de Lome war des Lobes voll über die friedfertigen Gesinnungen Mr. Mac Kinleys und gab zu Ehren des hier nach Kuba durchreisenden früheren Justizministers Canalejas ein Bankett, an welchem alle in Washington weilenden Kabinettsminister und sonstigen politischen Comititäten teilnahmen.

Ueber diese Phase der Frage und die weitere Vorgeschichte des Krieges, von der Ankunft Woodfords in Spanien bis zur Verschlechterung der Lage im Januar, ist in den englischen Blättern im April 1898 eine Reihe diplomatischer

¹⁾ Mr. Woodfoord hat seither Veröffentlichungen gemacht, in denen er den versöhnlichen Charakter seiner damaligen Instruktionen mit dem ganz unvorbereiteten Zustande der amerikanischen Kriegsmacht motiviert hat. Er erklärte, es wäre ein großes Glück für die Vereinigten Staaten gewesen, daß das liberale Ministerium in Madrid auf der Weigerung des Herzogs von Tetuan, Weyler zu entlassen, nicht beharrt habe. Er habe Auftrag gehabt, im Fall der Nichterfüllung dieser Forderung seine Pässe zu verlangen, und in den amerikanischen Arsenalen hätten sich weder damals noch auch Mitte Februar, als die „Maine“ in die Luft flog, genügende Munition für Kanonen und Mannschaft befunden. Aus diesem Grunde habe er auch später die Dinge hinziehen müssen, da man in Washington erst bis Mitte April einigermaßen mit den Kriegsvorbereitungen fertig sein konnte.

Woodford scheint nicht zu fühlen, daß er seine eigene Regierung der Doppelzüngigkeit beschuldigt. Was er über den Mangel an Vorbereitung sagt, ist sicher wahr, ebenso auch seine Behauptung, daß seine Bemühungen, einen für Amerika vorzeitigen Ausbruch des Krieges zu verhindern, am meisten durch die spanische Saltlosigkeit unterstützt worden sind, aber unrichtig sind seine weiteren Erklärungen, als wäre ohne Englands Freundschaft und die Unterstützung Sir Henry Drummond Wolfes die Erfüllung dieser Aufgabe unmöglich gewesen. Keine einzige europäische Macht hat daran gedacht, Spanien zur Erklärung des Krieges zu drängen, keine einzige ihre Hilfe oder Parteinahme in Aussicht gestellt, und so sehr auch deren Sympathien auf spanischer Seite gewesen sein mögen, ihre Aktion in Madrid hat sich immer darauf beschränkt, zur Nachgiebigkeit zu raten.

Veröffentlichungen erschienen, welche den Sachverhalt wahrheitsgetreu und erschöpfend darstellte und den Beweis lieferte, daß die amerikanische Regierung von den spanischen Reformbestrebungen befriedigt und die Kriegsgefahr in die Ferne gerückt schien.

Im Dezember trat der Kongreß wie gewöhnlich zusammen, und die Botschaft, welche der Präsident über die kubanische Frage an denselben richtete, berechtigte zu der Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten ihre bisherige Haltung der Nichtintervention fortsetzen würden. Ihr wesentlicher Inhalt lief darauf hinaus, daß das Ministerium Sagasta dem amerikanischen Verlangen nach Herstellung eines dauernden Friedens auf Kuba durch Einführung von Reformen entsprechen zu wollen scheine und es ein Gebot der Gerechtigkeit sei, ihm zur Ausführung seiner Absichten Zeit und Gelegenheit zu gewähren. Mr. Mac Kinley sprach sich entschieden gegen die Anerkennung der Insurgenten als kriegsführender Macht aus und erklärte, daß, wenn später die Vereinigten Staaten in der Sache mit Gewalt zu intervenieren gezwungen sein sollten, dies auf eine Art geschehen müsse, welche ihnen die Zustimmung und den Beifall der ganzen zivilisierten Welt sichern würde. In der Form dürften die präsidentiellen Ausführungen über die Natur des spanischen Regimes in Kuba Spanien weniger angenehm berührt haben. Aber wenn man gerecht sein will, darf nicht übersehen werden, daß Mr. Mac Kinley nicht die spanische Eigenliebe, sondern vor allem die Stimmung seiner unmittelbaren Zuhörer zu berücksichtigen hatte und seinen internationalen Pflichten genug getan zu haben glauben konnte, wenn er dem aktionslüsternen Kongresse eine Politik des weiteren Zuwartens empfahl.

Ein kurzes Resümee des bisher Erzählten läßt die damalige Sachlage wie folgt erscheinen:

Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten hatte mit dem kubanischen Aufstande von allem Anfang an sympathisiert, und aus diesen Sympathien hatte derselbe immer neue Nahrung und Lebenskraft gezogen.

Die Bundesregierung war indessen dem Aufstande gegenüber neutral geblieben. Als derselbe aber ein Jahr gewährt hatte und seiner Beendigung nicht nähergerückt schien, war Präsident Cleveland in Madrid über die Gefahren der Lage vorstellig geworden und hatte seine Vermittlung zwischen Spanien und den Insurgenten angeboten.

Canovas de Castillo, welcher Spanien vom März 1895 bis August 1897 regierte, hatte diese Vermittlung immer perhorresziert und sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Aufstand vor allem militärisch niedergeworfen werden müsse.

Mittlerweile hatten seine Generale in Kuba nichts ausgerichtet, und die Führer der Aktionspartei im Senate, die Herren Morgan, Cullom, Davis, Lodge, Mason, Thurston, Money usw., immer mehr für den Krieg geschürt. Den sechtenden Insurgenten auf Kuba ging es nicht schlechter als sonst, ihren intriganten Führern von der Junta in Washington und Newyork aber viel besser.

Der neue Präsident stand der Session des Kongresses und seiner Parteianhänger nicht mit derselben Unabhängigkeit gegenüber wie sein Vorgänger und war zu der Ueberzeugung gekommen, daß er für Kuba etwas tun müsse.

Er griff daher den Cleveland'schen Vorschlag kubanischer Reformen und amerikanischer Vermittlung auf und instruierte seinen neuen Gesandten in dessen Sinne.

Dieser empfing die Antwort nicht mehr von Herrn Canovas, sondern von Herrn Sagasta. Spanien zeigte sich bereit, den Standpunkt unbedingter Niederwerfung des Aufstandes zu verlassen und den Versuch zu unternehmen, seine Kolonie durch Einführung eines autonomen und liberalen Regimes zu pazifizieren.

Es schien nun an den Vereinigten Staaten, Spanien zur Erprobung seines Versuches Zeit zu lassen, und dies war auch die Politik, welche Mr. Mac Kinley dem Kongresse empfahl. Bei der strammen Parteidisziplin der Republikaner im Repräsentantenhause und der immerhin ansehnlichen Minorität friedliebender, gemäßigter und dem Präsidenten ergebener Senatoren konnte Spanien im Dezember 1897 hoffen, daß die unmittelbare Kriegsgefahr noch einmal abgewendet sei und es über die bedenkliche Periode der Kongresssession hinüberkommen werde.

Die Dinge kamen aber anders. Rasch und unvermittelt trat ein Wechsel in der Stimmung der Bundesregierung ein, welcher vor allem in der verschiedenen Beurteilung der spanischen Reformmaßregeln Ausdruck fand. Waren dieselben früher für die Kubaner beinahe zu gut gewesen, so zweifelte man jetzt, ob von denselben überhaupt etwas herauskommen würde. Mr. Sherman malte mir im Januar die Lage in Kuba in den düstersten Farben, und zu derselben Zeit sprach sich Vizepräsident Hobart im vertraulichen Kreise sehr besorgt über die Situation aus und äußerte seine Zweifel an der Möglichkeit der Erhaltung des Friedens. Die neue Stimmung erhielt in den letzten Tagen Januar greifbaren Ausdruck durch den Beschluß, das Kriegsschiff „Maine“ nach Habana zu entsenden.

Es war hier eine psychologische Wandlung eingetreten, für deren Erklärung bis heute der positive Schlüssel fehlt. Keine neue Tatsache hatte sich ereignet, kein neues Element war in die Situation hineingetragen worden. In Habana hatten Demonstrationen der Spanien ergebenden Teile der Bevölkerung gegen das Autonomieprojekt stattgefunden und waren von den amerikanischen Heftblättern in sensationeller Weise aufgebauscht worden, sie waren aber rasch vorübergegangen, hatten keine amerikanischen Interessen verletzt, und weder ihre Natur noch ihr Umfang waren geeignet, über das Projekt den Stab brechen zu lassen und ein Abgehen von der Politik loyalen Abwartens zu rechtfertigen. Generalkonsul Lee stellte allerdings den Autonomieentwurf als wertloses Blech hin, berichtete, daß außerhalb des infolge desselben ernannten kubanischen Ministeriums es in Habana nicht dreißig Anhänger desselben gäbe, und tat das Seinige, um der Bundesregierung jeden Glauben an die Möglichkeit einer Pazifizierung der Insel durch Spanien zu benehmen. Aber den Ruf nach Kriegsschiffen hatte er auch schon früher ausgestoßen, ohne daß man es in Washington für nötig befunden hätte, demselben zu entsprechen. Die Junta in Newyork war von den

spanischen Konzessionen freilich nicht befriedigt, die gelbe Presse, allen voran „New York Journal“, hezten weiter zum Kriege, und der Kongreß fügte sich nur widerwillig in die von Mr. Mac Kinley empfohlene Politik. Aber diese Tatsachen waren weder neu, noch wohnte ihnen für den Moment eine zwingende Gewalt inne.

Kurz vor der Entsendung der „Maine“ nach Habana hatte im Repräsentantenhaufe eine neue kubanische Debatte stattgefunden, in deren Verlaufe auf die für Spanien bedrohliche Stimmung im Weißen Hause neues Licht fiel. Von seiten der Demokraten war Mr. Mac Kinley der Vorwurf gemacht worden, daß er nicht energisch genug und der kubanischen Sache nur lau zugeneigt sei. Mr. Pitt, Vorsitzender des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten und ein besonderer Vertrauensmann der Administration, verteidigte den Präsidenten mit dem Hinweis, wie dessen Sympathien mit denen des Kongresses im Einklang stünden, wie er von Spanien die bedingungslose Freilassung aller in Kuba verhafteten Amerikaner, die Abberufung des Generals Weyler und die Gewährung der Autonomie erlangt habe. Keine unabhängige Regierung würde sich Erklärungen, wie Mr. Mac Kinley selbst in Madrid habe abgeben lassen, anders als unter dem Zwange außerordentlicher Umstände gefallen lassen. Der Kongreß könne daher das feste Vertrauen haben, daß der Präsident in der bisher befolgten Richtung weitergehen werde.

Die Chancen des spanischen Versöhnungsversuches wurden durch die Absendung der „Maine“ sicherlich nicht gesteigert. Gelingen konnte derselbe überhaupt nur, wenn die amerikanische Regierung ihren Einfluß bei den Insurgenten für denselben verwendete. Dies hat sie nie getan. Indessen war auch Spaniens Haltung nicht geeignet, ihr den Entschluß zu solcher Einwirkung zu erleichtern. Zweimal hatte Spanien die angebotene amerikanische Vermittlung bei den Insurgenten zurückgewiesen, und noch anfangs Februar soll es neuerdings in einer Note erklärt haben, daß es lieber den Krieg akzeptieren als dieselbe zulassen würde.

Es ist schwer abzusehen, welchem wirklichen und wünschenswerten Zwecke die Absendung der „Maine“ nach Habana damals entsprechen sollte. Leben und Eigentum amerikanischer Bürger in Kuba waren nicht bedroht,¹⁾ und unter den Umständen konnte das Erscheinen des amerikanischen Kriegsschiffes nicht anders denn als eine Demonstration zugunsten der Insurgenten und als Bedrohung Spaniens aufgefaßt werden. Daß dasselbe im Hafen von Habana in die Luft fliegen würde, daran konnte allerdings niemand denken, aber der Staatssekretär des Außern hatte sich gefallen, mir auseinanderzusetzen, wie leicht aus der Landung betrunkenen amerikanischer Matrosen ein Konflikt mit spanischen Soldaten entstehen könne, und wie leicht es wäre, die „Maine“ von den Forts Habanas

¹⁾ Wie soeben erwähnt, hatte die spanische Regierung dem gleich nach dem Amtsantritt Mr. Mac Kinleys gestellten Begehren nach Freilassung aller in Kuba verhafteten amerikanischen Staatsangehörigen sofort bedingungslos entsprochen.

aus zusammenzuschießen. Wenn der Präsident, dessen Absichten die berechnete Herbeiführung eines Konfliktes sicherlich ferne lag, sich ungeachtet aller Bedenken zur Absendung entschloß, so war dies ein Beweis seiner Nachgiebigkeit gegenüber dem Kongresse.

Spanien machte gute Miene zum bösen Spiele, akzeptierte den Besuch der „Maine“ als Akt internationaler Courtoisie und erwiderte denselben durch den Gegenbesuch der „Viscaya“ in Neuport. Beide Schiffe liegen heute auf dem Grund der See. Indessen hätte Spanien wohl besser getan, auf seinem formellen Rechte in dieser Frage zu verharren und den Besuch des amerikanischen Schiffes abzulehnen; ebenso auch dem Generalkonsul Lee das Exequatur zu entziehen, statt dessen Abberufung als einen Akt der Freundschaft im Interesse der beiderseitigen guten Beziehungen in Washington zu erbitten. Man hat aber in Madrid im Verlauf der ganzen Frage niemals die richtigen Gelegenheiten zum Nachgeben oder Beharren zu wählen verstanden.

(Schluß folgt)

Kriegslandwirtschaft an der galizischen Front

Von

Freiherrn von la Valette St. George

Das Gelände, in welchem sich die Kämpfe um den Dnjestr, die Plota Lipa abspielten und heute noch an der Strypa fort dauern, ist eines der fruchtbarsten und landwirtschaftlich interessantesten der ganzen österreichisch-ungarischen Monarchie. Hochragende, gut gepflegte Eichenwälder, meist in botanischem Besitz, wechseln mit unübersehbaren Getreide- und Kartoffelfeldern, in den tief eingeschnittenen, von Nord nach Süd zum Dnjestr streichenden Tälern sieht man gute, wenn auch teilweise etwas versumpfte Weiden, durch die sich träge, schmutziggelbe Flüßchen schlängeln, deren riesige, seenartige Aufstauungen dem Landschaftsbilde ein charakteristisches Gepräge aufdrücken.

Kleine Landstädtchen mit edel geformten Barockkirchen, Regierungsgebäuden und Schulen erwecken Erinnerungen an die galizischen Kavalleriegarnisonen, die so oft literarisch geschildert worden sind. Als grüne Oasen in den weiten Getreideflächen oder im Mittelpunkt der Dorfschaften erblickt man die Meierhöfe der polnischen oder jüdischen Großgrundbesitzer, meist auch von jüdischen Pächtern verwaltet.

Die Dörfer selbst ziehen sich kilometerlang auseinander oder sind tief in die schluchtartigen Verzweigungen der Talmulden eingebettet. Bäuerliche Einzelgehöfte finden sich nirgendwo.

Der Boden trägt fast durchweg eine viele Meter tiefe, äußerst fruchtbare, weiche, schwarze Ackertrume auf sehr leicht verwitterndem kreidigem Kalkgrund. Infolge dieser Bodenverhältnisse, der starken Entwaldung, der sommerlichen

Hiße, der großen Feuchtigkeit im Frühling und Herbst und der starken Schneefälle im Winter bilden sich an den kahlen Berghängen viele Hundert Meter lange, 20 bis 30 Meter hohe und bis zu 100 Meter breite Wasserrisse. Die Wege sind infolge des schlechten Steinmaterials, falls überhaupt ein solches verwandt wird, bis auf wenige gut unterhaltene Reichsstraßen in trostlosem Zustande, tiefe Brunnen geben reichliches, aber nicht immer gutes Wasser. Cholera und Typhus dürften endemisch sein, waren es wenigstens in diesem Feldzuge. Auf den großen Gütern wird die Landwirtschaft fast durchweg mit modernen Maschinen betrieben, die Gebäude sind neu und geräumig, die Bauern arbeiten aber noch mit den primitivsten Mitteln und leben teilweise in den elendesten, schmutzigsten, mit Stroh gedeckten Hütten. Eine Ausnahme von der Regel macht gewöhnlich das schon an seinem Blechdache und kleinem Vorbau kenntliche Haus des Pfarrers und die Schule. Auf den großen Gütern werden zumeist Hafer, Gerste, Weizen, Kartoffeln und Bohnen in sehr großen Feldrainen angebaut, die Kleinbauern pflanzen auch sehr viel Mais, besonders in den geschützteren Tälern. Bohnen werden allein oder auch zwischen den Kartoffeln in großen Massen gezogen. Das vorgefundene Vieh war nicht gerade sehr guter Qualität, die Pferde sehr klein, aber zäh, Rindvieh und Schafe geringwertig, anstatt des rauhhaarigen, auf Fett gezüchteten ungarischen Schweines fanden wir magere, glatthaarige, mäßig große Tiere vor. Einzelne Gutshöfe hatten vor dem Kriege die Zucht hochrassiger, selbst arabischer Pferde unternommen.

Beim Einmarsch der Russen wurden die Grundbesitzer, soweit sie nicht, wie fast alle Deutschen, Juden und Polen, geflohen waren, zunächst geschont, ja die ruthenischen Bauern wurden sogar mit allen möglichen Lockungen und Versprechungen einer Aufteilung des polnischen Grundbesitzes verhätschelt.

Ein Grund mehr, um die Kleinbauern zu unausgesetzten Plünderungen und Verwüstungen des Großgrundbesitzes zu veranlassen. Ein Umschlag in der Stimmung trat erst ein, als die Russen kein Hehl mehr daraus machten, eben auf diesem Besitze rein russische Bauern — man sprach von 300 000 — anzusiedeln. Und beim Rückzuge aus den Karpathen gab es auch keine Schonung mehr gegenüber den ruthenischen Bauern, geschweige denn von dem, was man dem Großgrundbesitz gelassen hatte. Alles, was nicht niet- und nagelfest war, wurde mitgeschleppt, verbrannt, verstreut. Sämtliche 22 Brennereien und alle Mühlen der Kreise Zborow und Tarnopol gingen in Flammen auf, in sämtlichen Meierhöfen wurden Ställe, Scheunen, Strohmieten, landwirtschaftliche Maschinen niedergebrannt, die Besitzer selbst und fast alles Vieh weggeschleppt. Nur wenigen gelang es, durch bare Bestechungen die mordbrennenden Kosaken fernzuhalten. Das hochstehende Getreide wurde grün verfüttert oder selbst durch Kavallerie niedgetrampelt. Von einzelnen Höfen und Dörfern waren vielfach nur die Schornsteine als Wahrzeichen russischen Vandalismus stehengeblieben. In den Städten waren durchweg die Judenviertel dem Boden gleichgemacht worden.

Doch mitten unter den Kämpfen, die das galizische Land Habsburgs Zepter wiedergewannen, entstand der Gedanke, den herrlichen Boden dem Allgemeinwohl wieder nutzbar zu machen und zu retten, was noch zu retten war. Nicht zum wenigsten war es der Initiative des Generals der Kavallerie Freiherrn Marschall — wohlbekannt in Berliner Kreisen als ehemaliger Gardebataillonkommandeur und Generaladjutant Seiner Majestät — zu verdanken, daß bereits Mitte Oktober ein Wirtschaftsausschuß für den ganzen Bezirk des gleichnamigen Korps gebildet wurde. Dieser nahm nun zunächst die Organisation der in diesem Jahr außerordentlich reichen Kartoffelernte unter regster Beteiligung der fechtenden Truppen und Kolonnen in die Hand.

Nicht weniger als 133 000 Zentner Kartoffeln wurden in kurzer Zeit geerntet und eingemietet, bis der scharfe Temperaturwechsel den Arbeiten ein Ziel setzte.

Galizien hat nämlich ein reines Steppenklima, ähnlich wie Südrußland, Rumänien und in etwas milderer Form Ungarn. Sengende Hitze im Sommer, große Masse und scharfer Temperaturwechsel, teilweise mit eisigen Schneestürmen im Winter, charakterisieren die Art dieses Klimas. Wir erlebten 28 Grad Celsius Kälte, und Unterschiede von 20 Grad in der Tages- und Nachttemperatur sind keine Seltenheit.

Infolge dieser klimatischen Umstände mußte auch sehr bald die Pflügearbeit eingestellt werden, insbesondere auch, da keinerlei Dampfpflüge, die gerade bei den großen arrondierten Komplexen und dem leicht zu beackern den ebenen Boden ein gutes Feld der Tätigkeit gefunden hätten, vorhanden waren.

Daß diese reiche Kartoffelernte, worin die mindestens ebenso große der Kleinbauern nicht miteingerechnet ist, in der kurzen Zeit von wenigen Wochen geborgen werden konnte, ist in erster Linie der tätigen Beihilfe der Truppen zu verdanken, die sogar dicht vor der feindlichen Front nicht versagte. Weiter zurück wurden die unbeschäftigten Kleinbauern durch gute, bar ausgezahlte Löhne zur Mitarbeit — vielfach allerdings unter dem milden Zwange der Gendarmerie und geeigneter Unteroffiziere — angeregt und im Etappengebiet entsprechend die zahlreichen russischen Gefangenen beschäftigt. So wurden z. B. auf vier Meierhöfen des Grafen Potocki durch vier Unteroffiziere allein 17 000 Zentner Kartoffeln geerntet.

Die Lösung der Arbeiterfrage war zunächst eine recht schwierige gewesen. Den ruthenischen Bauern war es ja unter der Herrschaft der Russen, solange diese noch den Besitz Galiziens zu behaupten hofften, erträglich ergangen. Der Bauer zeigte infolgedessen wenig Neigung, auf den Gütern, wie in früheren Jahren, zu arbeiten. Obgleich er bereits sein Getreide und die Kartoffelernte eingebracht hatte und infolgedessen fast beschäftigungslos war, bedurfte es militärischer Anstrengungen, die Bauern zusammenzubringen und unter Aufsicht arbeiten zu lassen.

Das Generalkommando hatte die Löhne festgesetzt und die anordnenden militärischen Stellen unter Einrichtung monatlicher Lohnlisten für die pünktliche

Auszahlung der Löhne verantwortlich gemacht. Der Erfolg war der, daß die gut und regelmäßig bezahlten Arbeiter sich nunmehr sehr bald auch gerne selbst stellten.

Eine große Schwierigkeit ergab sich aus den ungeheuren materiellen Verlusten, welche die polnischen und jüdischen Großgrundbesitzer und Großpächter erlitten hatten, und zum Teil auch aus dem geringen Betriebskapitale, mit welchem diese zu arbeiten gewohnt waren, und dessen Reste jetzt kaum für ihre und ihrer Familien persönliche Bedürfnisse ausreichten. Manche waren dadurch so mutlos geworden, daß sie an ihrem Besitz und an ihrer Zukunft verzweifelten und kaum den Entschluß zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit aus eigener Initiative finden konnten. In solchen Zwangslagen griff die Militärverwaltung helfend ein. Der dem Wirtschaftsausschuß angehörende Intendanturbeamte beschlagnahmte Getreide und gab dem Besitzer Vorschuß oder er kaufte die Ernte für die Heeresverwaltung und bezahlte die Arbeitslöhne vom Kaufpreis. Den am meisten geschädigten Großgrundbesitzern kam man vielfach durch freihändigen Ankauf von Heu, Stroh, Kartoffeln und Brennholz aus ihren Wäldungen entgegen. Auch in dieser Beziehung dürfte sich die deutsche Heeresverwaltung, wie auch die musterhaft sich führenden Truppen, sehr im Gegensatz zu den mordbrennenden Russen, bei den Einwohnern des verbündeten Reiches ein dankbares Andenken erworben haben.

Die Truppen bezahlten selbstverständlich das in großen Mengen benötigte Brennholz stets, vielfach sogar in bar, aber auch das Holz zu den größeren Konstruktionen, Bedachungen, Barackenbau, Eisenbahnbrücken wurde nur gegen entsprechende Anweisung und Quittung entnommen. Leider ist dieser Teil von Galizien zum Schaden des Klimas, der Boden- und Wasserverhältnisse stark entwaldet. Die furchtbaren Stürme können ungebrochen und schrankenlos über die freie Hochebene brausen, sie mit meterhohem Schnee bedecken und alles Lebende vernichten. Ist es doch wiederholt bestätigt worden, daß nach einem dieser Schneestürme, Ende November 1915, 800 Leichen erfrorener Russen in einer feindlichen Stellung an der Strypa gefunden wurden.

Staats- und Kirchenforsten gibt es wenige, nur einige polnische Magnaten, wie besonders die drei Brüder Potocki, verfügen über einen vorzüglich verwalteten, an die Hunderttausende von Morgen zählenden Waldbesitz. Der Bestand setzt sich aus Eichen und Buchen und wenigen jüngeren Tannenschonungen zusammen und zählt ein gutes Drittel schlagbares Eichenholz. Die Bauernholzungen sind durchweg, wie auch in den Karpathen, in einem trostlosen Zustande. Soweit die Bauern nicht alles gerodet haben, findet man hier und da sinn- und planlos ausgeplänterte Buchenbrennholzbestände, mit Birken vermischt, oder mit Krüppelholz bestandene Weiden.

Galizien könnte eine Wildkammer Oesterreichs sein, wenn nicht durch die fortschreitende Entwaldung und die bauerliche Wildbieberei der Schutz des Wildes ein so geringer wäre. Sauen und Rehwild finden sich in den größeren Waldkomplexen noch in genügender Zahl, mit dem Niederwild sieht es schon

schlechter aus. Wachteln sind zahlreich, desgleichen an den großen, teilweise mit Schilf durchsetzten Stauseen Wassergeflügel aller Art. Rebhühner dagegen sind sehr selten und Fasanen überhaupt unbekannt, obschon gerade für diese vielfach alle natürlichen Bedingungen vorhanden sind. Außerordentlich zahlreich sind Raubvögel aller Art, unter denen besonders ein sehr großer Bussard auffällt, dessen helle Schwingen eine schwarze Zeichnung tragen, die fast wie das Eisene Kreuz auf den Tragflächen unsrer Flugzeuge aussieht. Hasen finden sich fast nur in den Waldungen oder in deren Nähe. Kaninchen sind unbekannt, dagegen Füchse äußerst zahlreich, machen sich auch bei der unglaublichen Mäuseplage dieser Gegend recht nützlich. Die Flüsse und Fließchen Ostgaliziens sind warm, schmutzig und wenig fischreich, wohl aber sind das die großen Stauseen, die unzählige Hechte, Karpfen und Schleien bergen.

Schonungslos haben die Russen durch vollständiges Ausfischen größtenteils diesen Fischbestand vernichtet, so z. B. auf dem Schlosse Ray, wo sie sich nicht einmal die Mühe gaben, die Schleusen zu öffnen, sondern einfach den gemauerten Damm des großen Forellenteiches durchbrachen. Wie gegenüber der eigentlichen Landwirtschaft, so hat auch in jagdlicher und fischereirechtlicher Beziehung das deutsche Oberkommando durch scharfe, einschränkende Bestimmungen eingegriffen, um wenigstens die Reste der von den Russen dezimierten Wild- und Fischbestände zu retten. Immerhin mußte diese Sorge gegenüber den weit größeren landwirtschaftlichen Notständen einigermaßen zurücktreten. So lag noch sehr viel ungedroschene Getreide, besonders Gerstenstroh, schlecht eingemietet auf den Feldern, und es mußten schleunigst Maßnahmen zum Dreschen getroffen werden. Nun waren aber alle Dreschmaschinen vernichtet, die meisten Metallteile der Lokomobilen zer schlagen und die Treibriemen sogar zu Stiefelsohlen von den Russen verarbeitet worden. Von 50 solcher Maschinen waren nur vier brauchbar. Man half sich durch Auswechseln der noch brauchbaren Teile und konnte schließlich eine Anzahl gut funktionierender Dreschfäße zusammenstellen.

Auf welcher originelle Weise man sich manchmal zu helfen wußte, beschreibt Leutnant Blumschein in einem Artikel über Kriegswirtschaft in der „Kriegszeitung“ des Korps Marschall: „Wo ein Wille ist,“ heißt es dort, „da ist auch ein Weg. Das beweist ein Beispiel: an einer Dreschmaschine fehlte der Körner-elevator, ein kleines Baggerwerk, das das vom Stroh gedroschene, von der Spreu getrennte und in einen Sammelkasten nach unten durchgefallene Getreide noch einmal zur besseren Reinigung auf eine oben angebrachte Windsege befördert. Dieser fehlende Bagger war nicht zu bekommen. Am billigsten in Galizien sind die Menschen, und so wurde ein lebendes Baggerwerk hergestellt. An die Maschine wurden zwei Leitern gestellt, auf der einen trugen die Leute die Körner in Körben hinauf, auf der andern gingen sie mit leeren Körben wieder herunter — so war der Körner-elevator ersetzt.“ Bis Anfang Dezember wurden auf diese Weise über 10 000 Zentner Getreide gedroschen, auf einem einzigen Gutshofe 4500. Und diesen Gutshof, auf dem auch noch 11 000 Zentner Kartoffeln geerntet wurden, hatte das Militär vollständig herrenlos vorgefunden,

durch einen Offizier in eigne Regie übernommen und endlich mit dem aus Wien zurückkehrenden Besitzer auf Grund genauester Buchführung abgerechnet.

Ein schönes Beispiel altpreußischer Ordnung und Gewissenhaftigkeit! Wie würden wohl die Russen, die in Galizien und Ostpreußen nur sinnlos verwüsten konnten, sich in einem ähnlichen Falle benommen haben?

Auf diesem Gutshofe, wo vor kurzem noch die Schloßherrschaft auf edlen orientalischen Pferden zur Hasenjagd mit Windhunden hegte, wurde, um auch der Viehzucht gebührend zu gedenken, eine Kartoffelmästerei für Rindvieh eingerichtet. Die edlen Pferde und Windhunde hatten allerdings die Russen nebst allen Wertobjekten über die Grenze geschafft.

Selbst auf industriellem Gebiete betätigte sich der Wirtschaftsausschuß. Die größte der zerstörten Brennereien wird demnächst wieder in Betrieb gesetzt werden können, und für die zerstörten landwirtschaftlichen Maschinen — meist englischen und amerikanischen Ursprungs — wird sich zum mindesten nach dem Friedensschlusse eine große Nachfrage, aber diesmal nach österreichischen und deutschen Fabrikaten, ergeben.

Der Frühling hat mit Macht in Galizien an die Türen geklopft, fast sommerliche Sonnentage waren uns schon im Februar beschieden. Hoffen wir, daß die Bodenbestellung auch im Bezirke des Korps Marschall weitere Fortschritte machen und uns wieder der Anblick fruchtbeladener grüner und goldener Auen in diesem köstlichen Erdenwinkel beschieden werde, wie im vergangenen Sommer und Herbst, zum Allgemeinwohl und zum Besten ihrer Besitzer und Landsleute, unsrer braven und tapferen Bundesgenossen von Oesterreich und Ungarn!

Berichte aus allen Wissenschaften

Tierpsychologie

Buchstabierende Tiere

Gewiß hat mancher Besitzer eines Hundes schon den Gedanken gehabt: Wenn das Tier sprechen könnte, so würde es oft seinen Gefühlen und Wünschen Ausdruck geben. Es ist aber unmöglich, einen Hund sprechen zu lehren, denn der Mund und Rachen des Hundes sind zum Aussprechen menschlicher Worte sehr wenig geeignet. Und doch ist das Problem in seinem wesentlichen Teile gelöst, indem Pferde und Hunde durch die neue Unterrichtsmethode zum Buchstabieren befähigt wurden. Es kommt ja vor allem darauf an, daß das Tier seine Gedanken kundgeben kann; ob dies durch Sprechen oder durch Buchstabieren geschieht, ist von untergeordneter Wichtigkeit.

Die neue Methode des Tierunterrichts hat wie jede bedeutende Entdeckung zuerst lebhaften Widerspruch hervorgerufen und wurde mit dem größten Mißtrauen aufgenommen. Aber nun sind so viele, so mannigfaltige und so interessante Ergebnisse erreicht worden, daß die Gegner und Zweifler ihre Einwände und Bedenken nicht aufrecht erhalten können. Das neue Verfahren gibt uns einen wunderbaren Einblick in das Denken und Fühlen des Tieres und ist für die tierpsychologische Wissenschaft von weittragender Bedeutung.

Unter dem Titel „Die Seele des Tieres“ hat die „Gesellschaft für Tierpsychologie“ vor kurzem eine Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse veröffentlicht.¹⁾

In dieser Zeitschrift habe ich schon früher über die merkwürdigen Leistungen der Elberfelder Pferde und des Mannheimer Hundes berichtet,²⁾ und möchte nun erzählen, wie die Methode des Buchstabierens der Tiere entstanden ist und wie sie sich bis in die neueste Zeit weiterentwickelt hat. Der Entdecker der neuen Methode des Tierunterrichts ist Wilhelm v. Osten, und die Leistungen seines Pferdes, des „klugen Hans“, haben bekanntlich vor etwa zwölf Jahren in Berlin großes Aufsehen gemacht. Aber man hielt die Sache für abgetan, als ein Berliner Psychologe in einer wissenschaftlichen Schrift die Behauptung vertrat, daß das Pferd gar keine eignen Gedanken äußere, sondern lediglich durch unwillkürliche Zeichen der vorführenden Person sich leiten lasse.³⁾ Die neueren Erfahrungen haben nun gezeigt, daß diese sog. „Entlarbung“ des klugen Hans ein Irrtum war.⁴⁾ Es sind ja in der Geschichte der Wissenschaften schon manche Fälle bekannt, in welchen die Entdeckung eines Laien von wissenschaftlichen Autoritäten verworfen wurde und sich nachher doch als richtig und wertvoll erwiesen hat.

Wilhelm v. Osten lehrte dem Pferde das Zählen und Rechnen, wobei das Tier die Zahlen mit dem Fuße auf den Boden stampfte. Nachher stellte v. Osten eine Tabelle auf, nach welcher jeder Buchstabe durch eine Zahl bezeichnet war. So wurde das Tier befähigt, durch Klopfen von Zahlen Worte zu buchstabieren. Die Tabelle enthielt 42 Felder (Fig. 1) und war also weit umständlicher, als es nötig gewesen wäre. Zur Bestimmung eines Buchstabens waren zwei Fragen erforderlich; zuerst wurde gefragt, in welcher Horizontalreihe der Buchstabe stehe, und dann folgte die Frage, welche Stelle er in der Reihe einnehme. Es zeigte sich, daß das Tier die Tabelle in seinem Gedächtnis behielt und ohne Betrachtung der Tabelle beliebige Namen oder sonstige Worte zu buchstabieren vermochte. Aber irgendeine selbständige Äußerung konnte der „kluge Hans“ nicht geben, weil zur Nennung eines Buchstabens stets die beiden eben genannten Fragen gestellt werden mußten.

11 a	12 ä	13 ai	14 äu	15 au	16 b	17 ch
21 d	22 d	23 e	24 ei	25 eu	26 f	27 g
31 h	32 i	33 ie	34 j	35 k	36 l	37 m
41 n	42 o	43 ö	44 p	45 q	46 r	47 r
51 s	52 sch	53 ff	54 ft	55 p	56 pt	57 t
61 h	62 u	63 ü	64 v	65 w	66 y	67 z

Fig. 1

Die Verbesserung der Methode ist Karl Krall zu verdanken. Er unterrichtete in Elberfeld mehrere Pferde und ließ zweifelhafte Zahlen in der Art klopfen, daß die Einer mit dem rechten Vorderfuß, die Zehner mit dem linken Vorderfuß angegeben wurden. Es waren also zur Bestimmung eines Buchstabens keine Fragen mehr nötig, und nun zeigte sich, daß die Tiere manchmal auch von sich aus Worte buchstabierten. Diese Tatsache ist

¹⁾ Verlag von W. Junf in Berlin, Preis M. 1.50.

²⁾ H. G. Ziegler, Die neuesten Versuche über den Tierverstand, „Deutsche Revue“, Dezember 1912. Ein Besuch bei dem denkenden Hunde, ebenda, Februar 1914.

³⁾ Oskar Pfungst, Das Pferd des Herrn v. Osten. Mit einer Einleitung von Prof. Dr. Stumpf, Berlin 1907.

⁴⁾ Ich verweise auf die Kritik der Zeichenhypothese in der obengenannten Schrift „Die Seele des Tieres“, S. 36—43.

	1	2	3	4	5	6
10	e E	n N	r R	s S	m M	c C
20	a A	h H	l L	t T	ä Ä	ch
30	i I	b B	g G	w W	j J	sch
40	o O	p P	f F	k K	ö Ö	y Y
50	u U	v V	z Z	x X	ü Ü	
60	ei	au	eu	z Z	q Q	

Fig. 2

graphischer Weise taten. Vielmehr gaben sie die Worte phonetisch an, d. h. sie buchstabierten nach dem Ränge des Wortes. Außerdem ließen sie jeweils diejenigen Vokale weg, deren Laut schon in dem Namen des vorhergehenden Buchstabens enthalten war, also z. B. gn statt gehen, hfr statt Hafer. So entstand eine originelle Schreibweise mit ganz unerwarteten Wortbildern.

Ich will nun nicht weiter bei den Elberfelder Pferden verweilen, über welche ich schon in meinem früheren Artikel¹⁾ berichtet habe, und über welche nun schon eine ziemlich große Literatur erschienen ist.²⁾

In bezug auf die selbständigen Äußerungen werden die Pferde von den Hunden übertroffen. Ich erzählte schon in einer früheren Mitteilung von dem Alredale-Terrier „Kolf“, welchen Frau Dr. Moedel in Mannheim unterrichtet hat und welcher durch seine Leistungen alle Besucher in Erstaunen setzt.³⁾ Dieser Hund buchstabiert nach seiner eignen Tabelle (Fig. 3), und zwar ebenfalls in phonetischer Weise. Merkwürdigerweise läßt er ebenso wie die Elberfelder Pferde diejenigen Vokale weg, welche schon in dem Namen des vorhergehenden Konsonanten enthalten sind. Dies erklärt sich aus einem Fehler des Unterrichts, welcher sowohl bei den Pferden als auch bei dem Hunde gemacht wurde, aber in der Schule unsrer Kinder auf Grund alter Erfahrung vermieden wird. Wenn man bei den Konsonanten die Namen derselben lehrt, statt

1 f	5 l	9 b	13 t	17 t	21 z
2 o	6 n	10 e, ei	14 f	18 u	28 j
3 r	7 h	11 g	15 p	19 m	
4 a	8 m	12 h	16 f	20 v	

Fig. 3

¹⁾ „Deutsche Revue“, Dezember 1912.

²⁾ Karl Krall, Denkende Tiere, Leipzig 1912. — Mitteilungen der Gesellschaft für Tierpsychologie, 8 Hefte, 1913—1915. — „Die Tierseele“, Zeitschrift für vergl. Seelenkunde, Jahrgang 1913/14. — „Die Seele des Tieres“, Berlin 1916.

³⁾ „Deutsche Revue“, Februar 1914.

besonders hervorzuheben, denn die eignen Äußerungen der Tiere haben weiterhin die größte Wichtigkeit erlangt.

Krall verbesserte auch die Buchstabiertafeln; seine erste Tafel war schon einfacher als diejenige von W. v. Osten, und eine spätere Tafel (Fig. 2) war wiederum vereinfacht. Mit staunenswerter Sicherheit behielten die Pferde die Buchstabiertafeln im Gedächtnis, und Krall konnte sogar von einer Buchstabiertafel zur andern übergehen, wobei die Tiere sich an die neue Tafel gewöhnten und nur ausnahmsweise einzelne Buchstaben noch nach der älteren Tabelle angaben.

Es ist begreiflich, daß die Elberfelder Pferde, wenn sie Worte buchstabierten, dieß nicht in ortho-

der betreffenden Saute, so ergibt sich naturgemäß die irrige Meinung, daß z. B. l = la, f = es, l = el, n = en sei, so daß man etwa das Wort essen einfach durch die zwei Buchstaben sn bezeichnen könnte.

Die Fähigkeit des Buchstabierens hat sich bei dem Mannheimer Hunde „Rolf“ zu einer staunenswerten Höhe entwickelt. Seine Äußerungen sind höchst mannigfaltig und eigenartig. Mit Fähigkeit an seinem Gedanken festhaltend, buchstabiert er mit bewunderungswürdiger Sicherheit und Ausdauer. Viele Gelehrte haben ihn arbeiten sehen und über seine Leistungen berichtet. Noch weit mehr Besucher wären des Tieres wegen nach Mannheim gekommen, wenn es Frau Dr. Moekel möglich gewesen wäre, sie anzunehmen und ihnen das Tier vorzuführen. Aber ihr schweres Leiden, welches sich allmählich zu einer lienalen Leukämie entwickelte, nötigte sie, viele Anmeldungen abzusagen, was oft Groll und Mißtrauen erzeugte. Nur ein einziges Mal konnte Frau Dr. Moekel ihren berühmten gewordenen Hund öffentlich zeigen; sie entschloß sich dazu, trotz ihrem damals schon bedenklichen Gesundheitszustande, in der Absicht, der Kriegsfürsorge und dem Verein für Sanitätshunde Mittel zuzuführen. Der Erfolg war glänzend; der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt, und die Leistungen des Hundes übertrafen alle Erwartungen.¹⁾ Aber leider trat in der Krankheit bald darauf eine Verschlimmerung ein. Die hochbegabte Frau, welche auch während ihres langen Leidens eine seltene Geisteskraft bewahrte, wurde am 25. November v. J. durch den Tod von ihren Schmerzen erlöst.

Ihre Entdeckung bleibt bestehen und wird nicht nur in der Wissenschaft zur Anerkennung kommen, in welcher es zurzeit noch manche Segner und Zweifler gibt, sondern auch von zahlreichen Tierfreunden verwertet werden. Frau Dr. Moekel hat zuerst gezeigt, daß man einem Hunde das Buchstabieren lehren kann, aber der Erfolg ist nicht an ihre Person geknüpft. Schon zu ihren Lebzeiten hat „Rolf“ auch ihrer Tochter und ihrer Mutter mittels der Klopfmethode Antworten gegeben. Außerdem wurden von dem berühmten Hunde Nachkommen gezogen, von welchen bis jetzt drei auch wieder gute Leistungen aufweisen. Der eine derselben kam in den Besitz eines Pfarrers, welcher ihn im Buchstabieren unterrichtete.²⁾ Eines Tages ging der Pfarrer mit dem Lehrer über Land, und als sie im Wirtshaus sich niedersetzten, kam der Hund heran und buchstabierte „geg“. Der Pfarrer wollte ihm das ausreden und sagte, es werde wohl keine Zecke sein, aber der Hund wiederholte „geg“, und wirklich wurde bei genauerem Suchen an seinem Körper die Zecke gefunden. — Der Pfarrer hatte in der Küche ein Hähnchen gehalten, mit dem der Hund eine Tierfreundschaft schloß. Als dann das Hähnchen geschlachtet wurde, weigerte sich der Hund, die Knochen zu fressen, und buchstabierte: „Mein lieb Rolfi dob.“

Ich weiß wohl, daß die Äußerungen der Hunde so überraschend klug sind, daß gerade dadurch das Mißtrauen wachgerufen wird. Aber das kommt nur daher, daß man bisher den Verstand der Tiere unterschätzt hat. Es wäre falsch, die Ergebnisse der Buchstabiermethode deswegen zu verwerfen, weil sie uns scheinbar unglaubliche Ergebnisse liefert. Wir müssen vielmehr unsere bisherige geringschätzigke Meinung von den möglichen Leistungen der Tierseele einer Revision unterziehen. Man muß der naturwissenschaftlichen Forschungsmethode folgen, welche niemals auf einer bestehenden Ansicht unbedingt verharret, sondern stets die Theorien mit den Beobachtungen, Erfahrungen und Experimenten in Einklang zu bringen sucht.

Es ist ratsam, die Seele des Tieres mit derjenigen eines Kindes zu vergleichen. Verkümmelterweise spricht man den Kindern ebenso die Vernunft ab wie den Tieren. Aber niemand wird bestreiten, daß ein Kind von fünf Jahren, ja selbst ein kleines von

¹⁾ Ein Bericht über die öffentliche Vorführung vom 11. Mai ist in der Schrift „Die Seele des Tieres“ (Berlin 1916) veröffentlicht.

²⁾ Ein Bericht von Dr. Dörschhausen ist in den „Mitteilungen der Gesellschaft für Tierpsychologie“ 1915, Nr. 4, veröffentlicht.

zwei oder drei Jahren doch schon Beweise seines Verstandes gibt. Also kann man bei vorurteilsloser Betrachtung auch einem Hunde oder Pferde einen solchen Verstand nicht absprechen.

Schließlich will ich nun über die neuesten Äußerungen des Mannheimer Hundes berichten, welche noch nicht veröffentlicht sind. Am 30. November, also fünf Tage nach dem Tode seiner Herrin, buchstabierte er folgenden Brief an Herrn Dr. Neumann, welcher in der letzten Zeit als Arzt oft an das Krankenbett gekommen war. Der Brief wurde von Fräulein Luise, der ältesten Tochter von Frau Dr. Moefel, aufgenommen: „Lib, arm Lol (d. h. Rolf) is draurig, weil mei lib mudr is dod. Du soln gonn drödn (solst kommen trösten) arm Lol. Lol wil wißn wie lang wardn (warten), biß gan gn dsu ir (biß kann gehen zu ihr). Wißn Du? (Weißt Du?); Gus (Ruß) von dei arm Lol.“

In diesem Briefe spricht sich nicht nur eine rührende Trauer aus, sondern auch eine beachtenswerte Unklarheit über das Wesen des Todes. Der Hund weiß wohl, daß seine Herrin gestorben ist, aber er hat in seiner Sehnsucht doch noch den Gedanken, daß er wieder zu ihr gehen könne.

Am 2. Januar d. J. besuchte ich Herrn Dr. Moefel in Mannheim und erhielt nur ausnahmsweise die Erlaubnis, mit „Rolf“ einen Versuch zu machen, da eine lehtwillige Verfügung verbietet, daß der Hund durch Vorführungen angestrengt werde. Ich hatte zwei Feldpostschachteln mitgebracht, deren Deckel mit einer Nadel durchlöchert waren, und in welche ich Käse und geräucherten Lachs, in Papier eingewickelt, gelegt hatte. Niemand wußte, was sich in den Schachteln befand. Rolf dachte sich wohl, daß ich ihm etwas zum Fressen mitgebracht hatte, aber er konnte auch nicht wissen, was es sei, um so weniger, als ich ihm bei früheren Besuchen Gebäck gegeben hatte.

Ich machte ihm klar, daß er an der Schachtel riechen solle und dann buchstabieren, was in der Schachtel sei. Er zeigte sich aber sehr ungeduldig und setzte sich nur ungern zum Buchstabieren neben Fräulein Luise hin; es ergaben sich die Worte: „Gb libr dsu fn“ (geb lieber zu essen!).

Aber ich verharrete auf dem Plan; der Hund mußte an der Schachtel riechen und wieder buchstabieren. Nun kam eine lange Äußerung: „Is Lags odr Bradn (Braten), weiß nid gnau (genau), weil Sagdl (Schachtel) arg rign (riechen).“ — Er konnte also nicht erkennen, was in der Schachtel war — es war Käse —, weil die Schachtel einen zu starken Geruch hatte; es ist daraus zu schließen, daß die Pappe einen für den Menschen weniger auffallenden, aber für den Hund stärker sich geltend machenden Eigengeruch besaß. Dasselbe bewies der zweite Versuch. Er roch an der zweiten Schachtel, welche Lachs enthielt, und buchstabierte: „Wird Wurßd sei.“ Er konnte also den Inhalt wiederum durch die Schachtel hindurch nicht ganz richtig erkennen. Ich öffnete nun den Deckel und ließ ihn an dem Einwickelpapier riechen. Nun kam die richtige Antwort: „Nigd (riecht) dog (doch) wi bei Lags.“

Jedenfalls ist es ein ziemlich gut gelungener, unbewußter Versuch; denn der Hund hat den Inhalt der Schachteln wenigstens annähernd richtig angegeben. Auch in dem letzten Falle konnte niemand wissen, was in dem Papier doppelt eingewickelt enthalten war, da ich mehrere Schritte von Fräulein Luise und den andern Personen entfernt stand, so daß kein Mensch eine Geruchswahrnehmung haben konnte. Einen ähnlichen Versuch hatte ich schon bei der erwähnten öffentlichen Vorführung gemacht, indem ich dem Hund einen Maikäfer aus Pappe zeigte, der mit Gebäck gefüllt war. Er erkannte den Inhalt am Geruch und buchstabierte „Meißt in Sagdl, inn was dsu fn, nid fesn“ (Maikäfer in Schachtel, innen was zum Essen, nicht fressen).

Nun frugen wir, ob der Hund meinen Namen noch wisse. Er antwortete: „Lib Dsigr aus Edugard.“ Dann sollte er sagen, wann ich zuletzt in Mannheim war; er antwortete: „Wo Lol (Rolf) aufdrebn is.“ Ich war nämlich im Mai, an dem Tage der öffentlichen Vorführung, zuletzt in Mannheim gewesen. Rolf bezeichnete also die damalige Veranstaltung wie ein Künstler als sein „Auftreten“.

Schließlich wollte ich noch einen unbewußten Versuch machen und nahm einen in der Nähe stehenden Band eines Konversationslexikons, schlug ein Bild auf, das sonst niemand sah — es waren schwarze Fühnerrassen — und wünschte, daß Rolf das Bild betrachte und darüber berichte. Aber Rolf war sehr unaufmerksam und lief im Zimmer umher. Herr Dr. Moetel versprach ihm nun etwas Gebäck, wenn er Antwort gebe. Daraufhin setzte er sich wieder hin zum Buchstabieren und sagte: „Wird mit sab (satt) son swards biren (Tieren) außs Bild; ir frsn (fressen) ganz dag.“ Diese Antwort war zwar nicht sehr höflich, aber vom Standpunkt des Hundes aus durchaus begreiflich. Er hatte die „schwarzen Tiere“ auf dem Bild wohl bemerkt, aber er hielt sein Buchstabieren für eine allzu brotlose Kunst, besonders da wir kurz vorher Tee und belegte Brötchen genossen hatten, was ihm in seinem Unwillen zu der etwas übertriebenen Behauptung Anlaß gab, daß wir „fressen den ganzen Tag“.

Seit es eine Tierpsychologie gibt, ist es niemals möglich gewesen, in solcher Weise die Gedanken der Tiere zu erfahren. Ich sehe daher die Erfindung der Buchstabiermethode als den größten methodologischen Fortschritt an, der auf diesem Gebiete je gemacht wurde.

Prof. Dr. F. E. Ziegler (Stuttgart).

Literarische Berichte

Einmal muß wieder Frieden werden. Von Ernst Zahn. Geheftet M. 2.40, gebunden M. 3.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Nach längerer Pause wendet sich der Schweizer Dichter wieder mit einer Gabe seines Schaffens an die große Gemeinde, die ihm seine ernste Kunst in seiner Heimat und bei uns in Deutschland geworben hat. In den vier Geschichten des Bandes erweist er sich wieder als der Meistererzähler, der auf knappem Raum, mit verhaltener Stärke der Empfindung erschütternde und erhebende Menschenschicksale vor uns so sicher und überzeugend hinstellen weiß, daß wir in ihrem Anschauen des allgemeinen Menschenlozes bewußt und über die eignen kleinen und großen Leiden hinausgehoben werden. Welche Stärkung und welchen Trost darum solche Kunst gerade in der heutigen Zeit bieten kann, die der Dichter, wie sein neues Buch in den Erzählungen wie in den sie begleitenden Klang- und kraftvollen Gedichten bezeugt, im tiefsten Herzen miterlebt, das braucht kaum weiter ausgeführt zu werden. Ernst Zahn hat aufs neue bewiesen, daß er als Dichter und als Mensch den edelsten Ueberlieferungen der deutschschweizerischen Dichtung treugeblieben ist.

Ehrene Sonette 1914. Gesamtausgabe von Richard Schaulal. München, Georg Müller.

Vorliegende Gesamtausgabe enthält 90 Sonette. Diese setzen sich zusammen aus 28 von den 30 der „Ehernen Sonette“, 57 von

den 69 der „Standbilder und Denkmünzen“, die wir früher in der „Deutschen Revue“ würdigten. Dazu kommen noch fünf neue Gedichte. Wir wünschen dieser Sammlung, die „den verbündeten Heeren“ gewidmet ist, dieselbe gute Aufnahme, die die Einzelausgaben gefunden haben. Dr. E. M.

Der Deutsche Krieg. Politische Flug-schriften, herausgegeben von Ernst Jädh. Heft 70—75. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis des Heftes 50 Pf.

Einen Beitrag zum Bevölkerungsproblem bietet Dr. med. H. Paull im 70. Heft der Sammlung unter dem Titel „Die neue Familie“. Immer neue Vorschläge werden gemacht, wie das unleugbare Vordringen des Zweikindersystems auch in Deutschland am besten zu bekämpfen sei; einen neuen Vorschlag macht auch Dr. H. Paull. Er sieht in einem großartigen, umfassend angelegten System einer „Familienversicherung“ das beste Mittel dagegen, daß bei zunehmender Kinderzahl die materiellen Verhältnisse der Familie sich nicht verschlechtern. — Ueber die Notwendigkeit der Ansiedlung von Kriegsinvaliden ist sich der Verfasser der Schrift „Ansiedlung von Kriegsinvaliden“, Dr. Hans Siegfried Weber (71. Heft der Sammlung), mit den vielen einig, die diese Forderung zuerst erhoben haben. Was aber den Betrachtungen Dr. Webers ihren besonderen Wert verleiht, ist der klare, praktische Blick, mit dem er seinerseits an die Sache herantritt. Er zeigt unwiderleglich, wie schädlich, ja verhängnisvoll eine ver-

allgemeinernde, schablonenhafte Durchführung des an sich so guten und gesunden Gedankens wirken müßte. Auf Einzelheiten der verdienstvollen Schrift kann hier nicht eingegangen werden; desto stärker sei betont, wie notwendig solche streng sachliche, auf praktischer Erfahrung und breiter Menschenkenntnis beruhende Betrachtung und Behandlung ist, wenn ein an sich guter und glücklicher Gedanke nicht durch Gemeinplätze und Schlagworte entwertet und verpfuscht werden soll. — „Imperialismus und Pazifismus in volkswirtschaftlicher Beleuchtung“ ist der Titel des 72. Heftes. Der Verfasser, Dr. Karl Rumpmann, gibt in großen Zügen einen Ueberblick über die bisherige Entwicklung des Imperialismus und des Pazifismus, wobei es auffällig hervortritt, wie eine Geschichte des Imperialismus sich im Reich der historischen Tatsachen bewegt, eine Geschichte des Pazifismus überwiegend eine Geschichte von Theorien ist, und gelangt zu der Feststellung, daß britischer und deutscher Imperialismus wesentlich verschieden und streng auseinanderzuhalten sind. Deutschland als „Träger des Bundesgedankens“, als Schutzmacht für den Zusammenschluß aller an einer freiheitlichen Weltentwicklung interessierten Nationen — das ist die Zukunftsforderung, in die Rumpmanns gedankenreiche kleine Schrift ausklingt. — Das Problem der „Ostjuden“ ist darum ein so besonders wichtiges und schwerwiegendes, weil die Gebiete, die von den verbündeten Heeren der Mittelmächte auf der Westflanke des russischen Reiches besetzt worden sind, die dichteste jüdische Bevölkerung aufweisen. Die Schrift von Dr. M. J. Bodmer: „Ein neuer Staatenbund und das Ostjudenproblem“ (Heft 73 der Sammlung), zeigt nicht nur den Umfang und die Tiefe des Problems, sie bringt auch sehr beherzigenswerte Vorschläge für dessen praktische Lösung im Sinne der großen Aufgabe, die den Mittelmächten in diesem Weltringen zugewiesen scheint: nämlich, im Gegensatz zu den verlogenen Phrasen der Vierverbandsstaaten, in Tat und Wahrheit den bisher von Rußland unterdrückten Nationalitäten eine größere geistige Atemfreiheit und menschenwürdige Existenzbedingungen zu verschaffen. — Die Frage nach der Deckung der Kriegskosten beschäftigt jetzt, da die neuen Steuerpläne der Reichsregierung veröffentlicht sind und demnächst im Reichstag zur Verhandlung kommen, die ganze Öffentlichkeit aufs stärkste. So kommt die Flugchrift: „Kriegskosten und Deckung“ von Amtsgerichtsrat Dr. Ludwig Herz (74. Heft der Sammlung) gerade zur rechten Zeit, um so mehr, als sie eine ganz ausgezeichnete Darlegung des Problems gibt, die, hoch über jedem engen Parteistandpunkt, einerseits die allgemeinen Gesichtspunkte

kräftig herausarbeitet, andererseits eine Fülle klärender und belehrender Einzelheiten bietet und darum als ein vortrefflicher Handweiser in den jetzt beginnenden Erörterungen um die künftige Steuerpolitik des Deutschen Reiches aufs wärmste empfohlen werden darf. — „Der Vierbund und das neue europäisch-orientalische Weltbild“ betitelt sich das 75. Heft der Sammlung, das Dr. Freiherrn v. Macay zum Verfasser hat. Dr. v. Macay stellt den Vierbund, die große Brücke „von Ostende nach Bagdad“, in historische und rassienpolitische Zusammenhänge, die weit in vergangene Jahrhunderte der Geschichte, ja in die vorgeschichtliche Zeit der Erbteile Asien und Europa zurückreichen. So kühn diese Betrachtungsweise zunächst anmutet, der Verfasser weiß seine Leser zu überzeugen, daß es sich hier nicht um künstliche Konstruktionen, sondern um Tatsachen handelt. Und mit dieser zuverlässigen Begründung aus Tatsachen der Vergangenheit weckt er auch das Vertrauen in uns, daß der Vierbund über die augenblicklichen Aufgaben hinaus, die der Weltkrieg ihm stellt, Großes im Dienste der Zukunft vollbringen wird.

1914/15. Kriegsnovellen. Gesammelt von Heinrich Goebel. Bd. 1: Deutsche Sturmflut. Bd. 2: Ost und West. Preis jedes Bändchens M. 1.—. Berlin, Verlag von Morawe & Scheffelt.

In den Novellen, die in den vorliegenden Bändchen vereinigt sind, spiegeln sich kleine Ausschnitte, die mehr oder minder mit dem Kriege in Zusammenhang stehen. Der Herausgeber hat besonders Gewicht darauf gelegt, nur Wertvolles zu bieten, und deshalb eine Reihe namhafter Schriftsteller, u. a. Ernst Jahn, Hermann Hesse, Herbert Eulenburg, Frida Schanz, Fr. W. v. Desteren, zu Mitarbeitern gewonnen. Wir können die Sammlung warm empfehlen, sie wird nicht nur von unsern im Felde stehenden Soldaten, sondern auch von den zu Hause gebliebenen gern gelesen werden. S.

Schule und Krieg. Sonderausstellung im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin. Mit 49 Abbildungen. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. M. 3.—.

Wer dieses Buch in die Hand nimmt, wird zuerst durch die geschickt ausgewählten und im technischer Beziehung vortrefflich gelungenen Abbildungen gefesselt, die, auch dem Humor zu seinem Rechte verhelfend, allein schon beweisen, welche Fülle des Interessanten und Lehrreichen in jener Ausstellung „Schule und Krieg“ zusammengetragen wurde. Geht man dann an die Lektüre — wirklich! an die Lektüre, denn das Buch ist nichts weniger als etwa nur ein dürrer Katalog! —

so erstaunt man immer von neuem, wie viele Seiten das Thema „Schule und Krieg“ doch hat, wie viele ganz neue Anregungen das große Völkerringen der Gegenwart den Pädagogen gebracht hat. Ueber alle diese Fragen, wie Kinderkriegszeichnungen, Kriegsaufsätze, Kriegsjugendschriften, Schulleben in der Kriegszeit, Krieg und jugendliches Seelenleben, militärische Vorbereitung der Jugend usw., geistvoll, feinsinnig und bedeutsam durch ausgezeichnete Sachkenner zu berichten und damit geradezu eine enzyklopädische Zusammenfassung von ihnen zu handlichem Gebrauche darzubieten, ist das große Verdienst des wertvollen Werkes.

Hans Zimmer.

Deutschland als geschlossener Handelsstaat im Weltkriege. Von Prof. Dr. Karl Diehl. Gebietet 50 Pf. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Die Absperrung Deutschlands vom Ausland und die großen Organisationen, die Staat und Private gebildet haben, um den schädlichen Folgen dieser Absperrung entgegenzuwirken, haben vielen, Gelehrten wie Laien, einen Vergleich der jetzigen Lage Deutschlands mit dem von Fichte entworfenen Bild eines „geschlossenen Handelsstaates“ nahegelegt und jene organisatorischen Maßnahmen als einen bedeutenden, ja entscheidenden Schritt zum Staatssozialismus erscheinen lassen. In der vorliegenden Broschüre weist der Freiburger Professor der Staatswissenschaften, Diehl, in sehr klarer und überzeugender Weise nach, daß die Parallele mit dem Fichteschen „Handelsstaat“ unzutreffend und irreführend ist, und daß all die Gesellschaften und sonstigen Einrichtungen, die der bestmöglichen Ausnutzung und Verteilung der im Land vorhandenen Vorräte dienen sollen, tatsächlich mit dem, was man bisher unter Staatssozialismus verstanden hat und verstehen muß, sehr wenig zu tun haben. Nachdem so der wahre Sachverhalt geklärt ist, zieht aus diesem der Freiburger Nationalökonom die praktischen und sittlichen Forderungen, vor die heute der Staat und die Einzelnen gestellt werden, um auch auf wirtschaftlichem Gebiet Deutschland zum endgültigen Sieg zu verhelfen.

Geschichte des Dreibundes. Von Arthur Singer. Leipzig, Rabinowitsch.

Es ist ein kühnes Unterfangen, die Geschichte des Dreibundes zu schreiben, über den die eigentlichen Akten größtenteils noch unter Verschuß liegen und von dem selbst der Grundtext nur teilweise bekannt ist. Gleichwohl hat Singer insofern kein unnützes Werk getan, als er das Material, das bisher bis auf Crispis Denkwürdigkeiten vorliegt,

zur Beleuchtung der Entstehung des Dreibundes verwertet und dann „Regesten“ angefügt hat, welche die parlamentarischen Aktenstücke im Auszug bündeln. Daraus gewinnt man immerhin nützliche Aufschlüsse. Ein Anhang von Hans Helmolt sucht in Form einer diplomatischen Untersuchung den Inhalt des Dreibundes zu ermitteln; durch das zweite österreichische Rotbuch wird diesen Darlegungen eine ganz neue Grundlage gegeben.

Allgemeine Biologie. Von Paul Kammerer. Erster Band des von Karl Lamprecht (†) und Hans F. Helmolt herausgegebenen großen Sammelwerkes „Das Weltbild der Gegenwart“. Subskriptionspreis des in Leinen gebundenen Bandes M. 6.—, Einzelpreis M. 7.50. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Der Verfasser dieser „Allgemeinen Biologie“, der ausgezeichnete Wiener Biologe Paul Kammerer, erzählt im Vorwort des Werkes, daß er die Arbeit daran ein paar Wochen nach der ersten Kriegserklärung des Sommers 1914 begonnen und sie im Februar 1915, kurz ehe er selbst zu den Waffen einberufen wurde, vollendet habe. Wenn uns das Vorwort andeutet, wie tief die Tatsache des Weltkriegs den Gelehrten ergriff, ja erschütterte, so verrät das Werk selbst nichts davon, dieses zeugt vielmehr nach Anlage und Ausführung von der denkbar stärksten Konzentrierung, von einer sozusagen leidenschaftlich sachlichen Hingabe. Ohne solche Eigenschaften wäre es schon fast unmöglich gewesen, den ungeheuren Stoff in einen zwar stattlichen, aber durchaus handlichen Band zusammenzudrängen und dabei mit der Hierarchy gebotenen Knappheit doch volle Klarheit der Darstellung zu vereinigen, eine Klarheit, die gleichermaßen auf der Allgemeinverständlichkeit der Sprache wie auf dem Reichtum an gutgewählten „klassischen“ Beispielen aus dem fast unübersehbaren Tatsachenmaterial beruht. In zehn Kapiteln (Urzeugung, Leben und Tod, Reizbarkeit, Bewegbarkeit, Stoffwechsel, Wachstum, Entwicklung, Zeugung und Vermehrung, Vererbung, Abstammung) ist der Stoff vollkommen übersichtlich und sachgemäß gegliedert. Die Klarheit der Darstellung erleichtert es auch dem Laien, dem Verfasser zu folgen nicht nur bei der Schilderung der Tatsachen, sondern auch bei der Vorführung und Nachprüfung der Theorien, mit denen sich naturgemäß auch die sachlichste Darstellung der allgemeinen Biologie auseinandersetzen muß. Eine große Reihe instruktiver Textabbildungen und vier sorgfältig ausgeführte farbige Tafeln beleben und erhöhen die Anschaulichkeit des Textes.

Hauptfragen der modernen Kultur. Von Emil Hammacher. Leipzig, Teubner. Preis geb. M. 12.—. IV, 351 Seiten.

Diese ebenso fleißige wie geistvolle Arbeit ist besonders als Zeugnis für die Stimmungen, wie sie in den Kreisen der höchsten, von Hegel unmittelbar befruchteten philosophischen Intelligenz vor dem Kriege geherrscht haben, von bleibendem Werte. Die pessimistische Beurteilung der „modernen Kultur“, zumal in Deutschland, erklärt sich besonders daraus, daß der Verfasser die Aufklärung, die verstandesmäßige Betrachtungsweise, den Rationalismus für eins der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Kennzeichen der modernen Kultur erklärt. Gegen den Rationalismus ist nun aber Hammacher, obwohl er Philosoph und obwohl er (oder weil er?) Hegelianer ist, von einer tiefen Abneigung erfüllt, so daß er sogar für die Mystik empfänglich wird, wie das merkwürdige Kapitel: „Zur Theorie der Mystik“ erkennen läßt. Von diesem Standpunkte aus sind die Werturteile des ersten Teiles im wesentlichen gebildet, die dann der Kritik der modernen Kultur des zweiten Teiles zugrunde liegen. Der Inhalt dieses zweiten Teiles zeigt von neuem den bewunderungswürdigen weiten Horizont des Verfassers. Doch hätten die politische und die wissenschaftliche Krise wohl noch mehr Beachtung verdient.

Zur Kritik der Hammacherschen Hauptthese wäre zu bemerken, daß seine Analyse der modernen Kultur den Herrschaftsbereich des Rationalismus offenbar überschätzt und zu einseitig hervorhebt und die entgegengegesetzten, dem Rationalismus feindlichen Strömungen zu wenig der Beachtung für wert hält. Gewiß hat erst der Krieg sie in breitem Ausmaße steigen lassen. Aber daß sie schon lange vor dem Kriege vorhanden gewesen sind, kann niemand leugnen. Nicht sowohl systematische Voreingenommenheit scheint den Verfasser zu dieser Einseitigkeit verführt zu haben, als nicht genügend geklärte Vorstellungen über die geistesgeschichtliche Entwicklung des neunzehnten Jahrhunderts, in der die Gefühlsreaktionen gegen die Tyrannei

des Verstandesmäßigen noch weit stärker hervorbrechen als im achtzehnten Jahrhundert.

Im übrigen muß man das inhaltreiche und fesselnde Buch selbst lesen, um sich von der Fülle von Anregungen, die es vermittelt, ein Bild zu machen. Neben den Arbeiten von Jonas Cohn, Adolf Dyroff, Karl Joël, Max Scheler, Georg Mehlis u. a. wird es als Zeuge eines hohen Idealismus seinen selbständigen Platz behaupten; es verdient auch jetzt während des Krieges und nach dem Kriege bei jedem, der den „Sinn“ des Krieges auch philosophisch zu ergründen sucht, die lebhafteste Aufmerksamkeit.

Bonn.

J. Sackhagen.

Unsere Jugend eine Wehrmacht. Von Lic. jur. S. Eycholz. Berlin, Concordia Deutsche Verlagsanstalt. M. 1.50.

Die t. und t. Majorswitwe, die in dieser energisch zupadenden Schrift das Wort ergreift, tritt lebhaft ein für das Recht des Staates, ungenützte Kräfte zur Erfüllung seiner Aufgaben heranzuziehen. Es sind die Kräfte der Jugend beiderlei Geschlechts, die sie dabei im Auge hat, und sie kommt zu dem Ergebnis, daß eine Vereinigung von Pflege, Erziehung und Berufsausbildung der Jugend mit der sozialen Fürsorge im weitesten Sinne nicht nur möglich, sondern durch die Entwicklung auf allen Gebieten im Interesse der Gesamtheit und des Einzelnen geradezu geboten sei. Wie die Verfasserin diesen Grundgedanken eines „obligatorischen Staatsdienstes“ auf den Sondergebieten der Vormundschaft, Berufsberatung, Kranken-, Armen-, Wöchnerinnen-, Säuglingspflege und so fort weiter ausführt, muß im Buche selbst nachgelesen werden: beachtlich ist er, namentlich für Regierungskreise, auf jeden Fall, zum mindesten deshalb, weil die hier vorgebrachten Vorschläge vielleicht eine wesentliche Verringerung der Kosten mit sich bringen können, die dem modernen Wohlfahrtsstaat aus der Erziehung der Jugend und der sozialen Fürsorge erwachsen.

Hans Zimmer.

== Regenstons-Exemplare für die „Deutsche Revue“ sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten. ==

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

== Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen. ==

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salech in Salech, Württemberg.

Der Krieg einst und jetzt

Von

General der Infanterie v. Woinowich (Wien)

Alle waffenfähigen Männer werden bei Kriegsbeginn entlang der bedrohten Grenze aufgestellt und verwehren dem Feinde den Einbruch.“ So stellte, halb scherzhaft, halb prophetisch, vor fast einem halben Jahrhundert ein geistreicher Militär den Zukunftskrieg dar, was damals fast komisch klang, heutzutage aber immerhin zu denken gibt.

Man könnte in der Tat leicht den Eindruck gewinnen, als ob sich der Krieg im Vergleich zu früheren Zeiten gründlich geändert hätte, namentlich wenn man nur die letzten Kriege in Betracht zieht. Dehnt man jedoch den Vergleich auf die entferntere Vergangenheit aus, so kommt man zur Ueberzeugung, daß sich im Laufe der Zeiten viele Erscheinungen des Kriegeß wiederholen und daß es meist nur Nebenumstände sind, welche in der allgemeinen Entwicklung ihren Grund haben, die dem gegenwärtigen Kriege in mancher Beziehung das Gepräge der Neuheit verleihen.

Man wird daher für den Krieg auch in der Zukunft noch Lehren aus der Vergangenheit zu schöpfen imstande sein; die Erfahrungen früherer Zeiten dürften niemals ganz wertlos werden. In dieser Erkenntnis hat schon Napoleon denjenigen, die das Wesen des Kriegeß gründlich kennen lernen wollen, empfohlen, möglichst viele — er sprach von hundert Feldzügen aller Zeiten und der größten Feldherren — zu studieren, denn nur auf diesem Wege — die persönliche Erfahrung reicht nicht aus — macht man sich mit einer Fülle von Erscheinungen bekannt, die sich wiederholen können, selbst wenn sie aus vergangenen Jahrhunderten stammen. Sind doch, um nur zwei Beispiele anzuführen, nicht nur die Handgranaten des achtzehnten Jahrhunderts, sondern selbst die Keulen der Urzeit im Weltkriege wieder zu Ehren gekommen.

Wollte man die Kriege von einst und jetzt miteinander eingehend vergleichen, so müßte man in der Geschichte sehr weit zurückgreifen. Es handelt sich jedoch bloß darum, im allgemeinen festzustellen, in welchen Beziehungen sich der gegenwärtige Krieg von seinen Vorgängern unterscheidet und ob und inwieweit solche Abweichungen neue Erscheinungen sind oder nicht. Zu diesem Zwecke scheint es unvermeidlich, vorerst einen Blick auf die friedlichen Beziehungen der Staaten

und Völker untereinander zu werfen, weil in ihnen zu allen Zeiten die Keime kriegerischer Verwicklungen zu suchen waren, die je nach ihrer Eigenart auf Verlauf und Intensität des Krieges Einfluß nahmen. Es waren dies vorzüglich Sucht nach Landerwerb, Bereicherung, religiöse Differenzen, Prestige und nationale Ansprüche. Im gegenwärtigen Kriege ist es die eingestandene Absicht der Ententeländer, Deutschland und das mit ihm verbündete Oesterreich-Ungarn niederzuringen, weil deren wirtschaftliche Entwicklung ihnen gefährlich schien. Oesterreich-Ungarn sollte bei dieser Gelegenheit zerstückelt und unter den heißhungerigen Nationalitäten verteilt werden. Der Kriegsgrund ist demnach so brutal wie jener, den Ludwig XIV. für seine Raubkriege oder wie jener, den Rom gegen Karthago in den Punischen Kriegen geltend machte. Den unmittelbaren Anlaß zum Kriege bot die Ermordung unseres Thronfolgers und seiner Gemahlin; also ein bestellter oder wenigstens gebilligter Mord, wie er in der Geschichte von Byzanz und des Erben seiner Kultur, Rußland, üblich war und noch ist. Der Weltkrieg ist also hauptsächlich auf das Streben nach materiellem Gewinn zurückzuführen, dem englische und russische Hypokrisie vergeblich ein nationales Mäntelchen oder die These von dem Schutze der kleinen Staaten umzuhängen bemüht waren. All dies, bis auf den Treubruch Italiens, war in der Geschichte früherer, finsterner Zeiten schon dagewesen, somit nichts Unerhörtes; wohl aber war es unerwartet nach dem hohen Stande der ethischen Kultur, den wir einzunehmen glaubten und als deren Vertreter sich insbesondere die Ententemächte betrachteten.

Völlig überraschend ist jedoch die fast unmenschliche Art, in der von der Seite der Entente wenigstens der Krieg geführt wird.

Wohl dürfte kaum jemand daran gezweifelt haben, daß künftige Kriege mit mehr Nachdruck und größerer Energie geführt werden würden, weil dies ja in Anbetracht des höheren Einsatzes natürlich schien. Die Erscheinungen jedoch, die uns der gegenwärtige Krieg zeigte, übertrafen die schlimmsten Befürchtungen. Verletzung aller Grundsätze des Völkerrechtes, des Privateigentums im See- und Landkriege, Neutralitätsbruch, völkerrechtswidrige Behandlung von Zivilpersonen ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter, Mißhandlung von Konsuln u. dgl. sind an der Tagesordnung. Die Behandlung von Gebieten, die zeitweilig durch den Gegner besetzt wurden, wie Ostpreußen und Galizien durch die Russen, erinnert an die Verheerungen, die Deutschland im Dreißigjährigen Kriege erlitt. Jegliche Mitterlichkeit im Verkehr der Kriegführenden untereinander scheint völlig geschwunden zu sein. Den Gipfel der Rücksichtslosigkeit hat jedoch England erklommen durch seinen Versuch, die Bevölkerung der Zentralmächte auszuhungern; diese Maßregel sucht wohl in ihrer kalten, berechnenden, grausamen Systematik in der Geschichte aller Zeiten ihresgleichen! Auch die in großem Maße betriebene Versorgung der Ententemächte mit Kriegsmaterial aller Art durch die „neutralen“ Vereinigten Staaten widerspricht allen bisherigen Begriffen von Neutralität, ist ein Novum und war angesichts unsrer Zivilisation kaum vorauszusetzen!

Die Vorgeschichte und die bisherigen Ereignisse des Weltkrieges bieten demnach einen traurigen Ausblick auf die künftigen internationalen Verhältnisse. Man muß sich angesichts dessen fragen, ob denn in absehbarer Zeit überhaupt ein dauernder Friede im Vertragswege zustande kommen könne, wo doch alle bisherigen Uebereinkünfte, wenn noch so feierlich beschworen, von unsern Gegnern gebrochen wurden? Wenn dies dennoch der Fall sein sollte, so wird das künftige Nebeneinanderleben der Staaten wohl nur in jener Weise möglich werden, die Bismarck seinerzeit mit dem Zusammentreffen mehrerer unbekannter Männer im finstern Walde verglich, von denen jeder des Ueberfalles durch den andern gewärtig sein muß.

Allerdings konnten auch die Verträge der berühmten Kongresse von Wien, Paris, Berlin nicht für ewige Zeiten Geltung haben, sie wurden aber doch im ehrlichen Bestreben geschlossen, wenigstens als Grundlage künftiger Vereinbarungen zu gelten. Dies kann aber in Zukunft, beispielsweise von einem Staate wie Italien, dem Treu und Glauben fremd sind, kaum erwartet werden! Wir scheinen somit zu jenen Zeiten zurückzukehren, in denen man nur im Besitze von Faustpfändern einige Sicherheit zu finden vermochte.

Wie lange es überhaupt währen wird, bis sich die durch die ungerechten Verleumdungen unsrer Gegner aufgepeitschten Leidenschaften der Völker wieder beruhigt haben werden, steht dahin. In der Vergangenheit läßt sich hierfür kaum ein Anhaltspunkt finden, weil die Völker noch niemals so gründlich verheßt waren wie gegenwärtig.

*

Wenden wir uns nun zu den Erscheinungen des Krieges selbst.

Die erste Frage ist jene nach der Dauer des Krieges. Der gegenwärtige, allerdings noch nicht abgeschlossene Krieg fällt durch überlange Dauer keineswegs auf, da wir eine große Anzahl von Kriegen kennen, die viel länger währten. Sieht man selbst vom Dreißigjährigen, vom Siebenjährigen und von den Erbfolgekriegen des Hauses Habsburg ab, so findet man in den französischen Revolutions- und in den Napoleonschen Kriegen, wenn man letztere im Zusammenhange betrachtet, Beispiele weit längerer Kriegsperioden. Selbst der Russisch-Japanische Krieg war nicht viel kürzer als der gegenwärtige. Die Ursachen der langen Kriege der Vergangenheit lagen vorwiegend in deren geringerer Intensität und in der schleppenden Kriegsführung. Der Friede trat meist erst durch Erschöpfung der zu jener Zeit allerdings noch geringeren finanziellen Kräfte ein. In der neuesten Zeit nahm die Dauer der Kriege im allgemeinen ab, weil die Anstrengungen der Kriegführenden in jeder Beziehung höher wurden. Wenn der gegenwärtige Krieg den Anschein gewinnt, länger zu währen als seine unmittelbaren Vorgänger, so ist das speziell den politischen Komplikationen zuzuschreiben, welche ihn eine stetige Ausdehnung gewinnen lassen, eine Erscheinung, die übrigens auch bei den Napoleonschen Kriegen beobachtet werden konnte.

Ein wesentlicher Unterschied hat sich in neueren Kriegen durch die geringere Beachtung der Jahreszeit für den Beginn und auch für die Fortführung des Krieges ergeben. Wohl noch in Reminiscenz an die feinerzeitige matte Condottieri-Kriegsführung in Italien, die Schonung von Mensch und Kriegsmaterial anstrebte, wichen die Kriegsführenden auch später womöglich dem Winter aus. Man begann die Feindseligkeiten im Frühjahr und stellte sie in der Regel bei Einbruch des Winters ein. Ausnahmen hiervon bewiesen nur die Regel oder die besondere Energie des Feldherrn. Die Heere waren damals bei der Geldknappheit ein kostspieliges Instrument, das gespart werden mußte. Hieran hielt man mit wenigen Ausnahmen bis zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts fest. Erst Napoleon brach mit dieser Anschauung, wenngleich auch er die Operationen im strengsten Winter gerne einstellte. 1870/71 jedoch geriet man, weil unausweichlich, in einen Winterfeldzug, ebenso 1877/78. Die Erfahrungen, die dabei gemacht wurden, überwandten endgültig die Scheu vor den Winterfeldzügen, so daß die Operationen im gegenwärtigen Kriege schon den zweiten Winter ohne Rücksicht auf die geographische Beschaffenheit des Kriegsschauplatzes, sofern es überhaupt die Elemente erlaubten, fast ununterbrochen fortgeführt wurden. Man hat den Wert von Schutzmitteln und sonstigen Behelfen gegen die Unbilden der Witterung kennen gelernt, welche es, wenngleich unter größerer physischer Inanspruchnahme, gestatten, auch im Winter Krieg zu führen.

Bevor zur Erörterung der Kriegshandlungen selbst geschritten wird, möge noch die Rolle des „Geldes“ im Kriege erwähnt werden. Man hat sie lange Zeit hindurch überschätzt. Gewiß ist Geld für die Kriegsführung unentbehrlich, wie schon Montecuccoli sagte — aber zu seiner Zeit war das Geld seltener und daher auch schwerer zu beschaffen; das Kreditwesen und die staatliche Finanzwirtschaft steckten noch in den Kinderschuhen. Heute belehrt uns die Erscheinung, daß selbst die ärmsten Staaten Geld und Kredit zum Kriegsführen finden, darüber, daß der Mangel an Geld Kriege kaum zu verhindern vermag. Rußland, Serbien und die Türkei fanden in ihren Alliierten kräftige Geldquellen. Eine andre Frage ist allerdings jene nach den volkswirtschaftlichen Folgen. Verliert der Kriegsführende sein Spiel, dann dürften sich diese höchst mißlich gestalten.

Entsprechend den gegenwärtigen Millionenheeren mit all ihren Erfordernissen erscheinen die einzelnen Kriegsschauplätze im Vergleiche zu früheren Zeiten räumlich sehr überlastet. War noch 1870 bei Beginn des Krieges die deutsche Armee nur in der preussischen Rheinprovinz und in der bayerischen Pfalz, die französische im Raume von Straßburg bis Metz aufmarschiert, so erstreckt sich die Bereitstellung der Streitkräfte im Weltkriege fast auf die ganze Grenzstrecke, also auf viele Hunderte von Kilometern, und zwar am westlichen Kriegsschauplatze vom Aermellanal bis Belfort, am östlichen von der Dniester bis zu den Karpathen. Hieraus erhellt, daß es gegenwärtig schon zu Beginn des Krieges an Raum für weit ausgreifende Operationen und Manöver gebricht, mit denen in früheren Zeiten die Feindseligkeiten so gerne begonnen wurden. Gerade, eng

massierte Vorstöße in den als entscheidend betrachteten Richtungen sind daher gegenwärtig und in Zukunft das Um und Auf der ersten Operationen.

Seit jeher war es ein Axiom der Kriegführung, dem Gegner im Angriffe zuvorzukommen. Man tat dies, selbst wenn man politisch in der Rolle des Verteidigers war, in der Ueberzeugung, daß man die eigene Absicht, selbst wenn sie nur in Erhaltung des Bestehenden gipfelte, nur durch Niederwerfung des Gegners erreichen könne. Man hoffte durch das Zuvorkommen mit dem Angriff die feindlichen Kräfte vielleicht noch nicht versammelt treffen, sie daher leichter schlagen und ihrer Hilfsquellen berauben zu können, was besonders für den an Zahl Schwächeren von Bedeutung war. Die Kriege Friedrichs des Großen und Napoleons waren Musterbeispiele hierfür. In Erkenntnis dessen entstand gegen Ende des vorigen Jahrhunderts unter den Großmächten ein förmlicher Wettstreit in der Vorbereitung zur raschesten Bereitstellung der Streitkräfte bei Kriegsbeginn. Die Raschheit in der Mobilisierung und im Aufmarsch zu Beginn des Weltkrieges wird wohl kaum mehr zu überbieten sein. In weniger als drei Wochen nach der Kriegserklärung brachen Millionenheere in Belgien, Frankreich, Galizien und Russisch-Polen ein. Diesmal jedoch erwies sich dieses Vorgehen, weil von allen Kriegführenden gleichzeitig angewendet, nicht mehr als ausschlaggebend. Man hatte der Stärke der Defensiv nicht genügend Rechnung getragen, welche diese infolge der Vervollkommnung der Waffen und durch die überraschend weitgehende intensive selbstmäßige Verstärkung des Kampfgebietes gewonnen. Bei diesen Einleitungskämpfen zeigte es sich ferner, daß die Bedeutung schlagbereiter strategischer Reserven, die man vielleicht für ein Rezept der alten Schule hielt, unterschätzt worden war. Die Offensive kam nämlich allerorts nach einigen Anfangserfolgen zum Stehen; wären starke Reserven zur Stelle gewesen, so hätten sie vielleicht in diesem Moment den Krieg entscheiden können; alles war aber eben, im Drange nach einem ersten Erfolge, in die vorderste Linie gestellt worden. Tatsächlich dauerte es nun Wochen und Monate, bevor im Hinterlande Reserven zur Aufstellung gelangten und an die Front gebracht werden konnten, um das schwere Ringen neuerdings zu beginnen. Hierin lag die erste der Ursachen für die langwierigen, hin und her wogenden Kämpfe, die diesen Krieg charakterisieren sollten.

Der Mangel an derlei organisatorisch vorbereiteten Reserven hat Oesterreich im Jahre 1866 schon nach sechswochiger Kriegsdauer, Frankreich 1871 nach halbjähriger zum Frieden genötigt. Auch Japan sah sich, nach siegreichen Kämpfen, aus gleicher Ursache genötigt, auf die Fortsetzung des Krieges zu verzichten. Diese Erfahrungen illustrieren die Bedeutung einer entsprechend weit ausblickenden Organisation der Streitkräfte schon in Friedenszeiten. Einer solchen ist wohl schon Frankreich während der großen Revolution im Prinzip vorangeschritten, ihre Ausgestaltung durch intensive Ausnutzung des vorhandenen Menschenmaterials erhielt sie aber erst in Preußen während der Befreiungskriege. Seit jener Zeit war es insbesondere dieser Staat, der zielbewußt bestrebt war, die allgemeine Wehrpflicht bis zur Heranziehung aller Wehrfähigen

auszugestalten. Aber nicht mehr auf möglichste Ausnutzung und kriegerischer Ausbildung des gesamten Menschenmaterials beschränkt man sich in der Folge allerorten; in Voraussicht des schon 1870 sich zeigenden geänderten Charakters der Kriegsführung und im Vorgefühle, daß sich die Intensität des Krieges in Zukunft noch wesentlich steigern werde, begann man in allen Staaten mit mehr oder weniger Glück und Geschick alle Zweige der Tätigkeiten unter dem besonderen Gesichtspunkt ihrer größtmöglichen Leistungsfähigkeit für Zwecke des Krieges zu organisieren. Daß dies in Deutschland besser als in den übrigen Staaten gelang, hat diesem Reiche den ungerechtfertigten Vorwurf des „Militarismus“ eingetragen. Ungeachtet dessen wird in Zukunft schon die allgemeine staatliche Organisation auf allen Gebieten den Zwecken des Krieges in erhöhtem Maße Rechnung tragen, namentlich aber die Sicherung der Volksernährung und der Erzeugung der Kriegsmittel ins Auge fassen müssen.

*

Aus dem Vergleiche der eignen mit den feindlichen Streitmitteln, und im Hinblick auf das anzustrebende Kriegsziel ergab sich in allen Kriegen die Art der Verwendung der Streitkräfte, ob offensiv oder defensiv, ihre erste Gruppierung und die Richtung ihrer Bewegung oder die Art ihres Verhaltens. Wie in der jüngeren Vergangenheit wird man auch in Zukunft bestrebt sein müssen, dem Gegner die Initiative zu entreißen. Nur in zwingenden Fällen — unser Verhalten gegen Italien — wird man sich, solange es eben sein muß, auf die reine Abwehr beschränken. Dadurch, daß sich im Weltkriege die Verteidigung als unerwartet stark erwiesen hat, darf man sich keineswegs zu ihrer Ueberschätzung verleiten lassen, ähnlich wie dies mit der Offensive zu Beginn des Krieges der Fall war. Angriff und Verteidigung wechseln eben auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen, oder auf jedem derselben, nach Bedarf, örtlich oder zeitlich, getreu dem Moltkeschen Grundsatz, daß der Krieg ein System von Aus- und Hilfen sei.

*

Wie bisher wird die Kenntnis der Kräfteverteilung beim Feinde die Grundlage der operativen Entschlüsse der Heeresleitung sein. Sie zu gewinnen war Aufgabe der vorgeschobenen Kavallerie. An deren Stelle tritt nun der Hauptsache nach die Aufklärung durch die Flieger, der Kavallerie bleibt nur der Aufklärungs- und Sicherungsdienst im näheren Bereich der Truppen. Die Ausdehnung der von den modernen Heeren bedeckten Räume hat erwiesen, daß die Kavallerie den strategischen Aufklärungsdienst, ohne sich aufzureiben, nicht zu leisten vermag. Die Kavallerie verliert dadurch durchaus nicht ihre Existenzberechtigung; nächst den erwähnten Aufgaben wird sie zu raschem Vortragen des Feuers, zur Verfolgung des geschlagenen Feindes wirksamere Verwendung als bisher finden müssen.

War in dieser Periode kriegerischer Tätigkeit früher der Kampf der beiderseitigen Kavallerien deshalb nötig, um den Schleier, der die Gruppierung des

Feindes verdeckte, gewaltsam zu zerreißen, so wird sich analog vor Einleitung der Operationen künftig ein Kampf in den Lüften entspinnen, von dessen Ausgang nicht nur die bessere Orientierung über die Kräfteverteilung des Gegners, sondern auch ein gewaltiger moralischer Vorteil über denselben, durch Erschütterung seiner Zuversicht und seines Vertrauens, abhängt. Wie sich dieser Luftkampf gestalten dürfte, wird von der weiteren Entwicklung dieses Kampfmittels bedingt werden. Gegenwärtig scheint es, als ob in dieser ersten Phase des Krieges Luftschiffe die Beunruhigung des feindlichen Hinterlandes, der Bevölkerungszentren, der Eisenbahnen, Munitionserzeugungsstätten zur Aufgabe haben dürften, während den Fliegern die Beobachtung der feindlichen Heeresmasse obzuliegen hätte.

*

Von großem Interesse ist die Rolle der Befestigungen im Kriege, weil sie auf den Gang der Kriegsführung wesentlich Einfluß nimmt. Zu Ende des siebzehnten Jahrhunderts schuf Frankreich an seiner Nord- und Ostgrenze einen mehrfachen Gürtel von festen Plätzen in der Absicht, sichere Ausgangspunkte für den eignen Angriff oder Stützpunkte für die Verteidigung zu besitzen, um den Einbruch des Feindes verhindern zu können. Der Angreifer wurde dadurch genötigt, durch Wegnahme eines oder mehrerer fester Plätze in den Gürtel eine Bresche zu schlagen, bevor er die Offensive ins Feindesland trug. An Grenzstrecken, wo solche Plätze nicht vorhanden waren, behalf man sich mit mehr oder weniger ausgedehnten besetzten Linien (in Nachahmung der alten römischen Grenzsicherungswälle), wie beispielsweise der Weißenburger und Stollenhofer Linie, an denen sich mitunter auch tatsächlich langwierige Kämpfe entspannen. Gelang der Durchbruch eines solchen Festungsgürtels oder solcher Linien, dann genügte jedoch in den meisten Fällen, um den Gegner zum Frieden zu zwingen, schon die Drohung mit dem weiteren Vormarsche ins Feindesland. Immerhin war dieser Festungs- oder Stellungskrieg sehr zeitraubend und wenig entscheidend. Trotzdem folgten im achtzehnten Jahrhundert dem Beispiele Frankreichs auch Oesterreich mit den böhmisch-mährischen, Preußen mit seinen schlesischen Festungen. Gegen die Türkei entstand ein förmlicher Festungskordon. Von diesen festen Plätzen versprach man sich im Kriege eine große Rolle. Auf sie baute man alle Operationspläne auf. Sie versagten jedoch in den folgenden Kriegen völlig, denn wenn man von den ersten Stadien der französischen Revolutionskriege absieht, spielten nur sehr wenige von den mit großen Kosten geschaffenen permanenten Befestigungen während der napoleonischen Epoche eine besondere Rolle. In dieser Hinsicht ging Napoleon ganz neue Wege. Er ließ sich in seinen Plänen nur wenig durch die bestehenden permanenten Befestigungen einengen, sondern schuf sich erst während der Operationen in den eben in Betracht kommenden Abschnitten nach Bedarf felbmäßige oder provisorische Befestigungen, die den jeweiligen Anforderungen besser entsprachen und weniger Geld und Truppen verschlangen; er richtete sich somit sein Kriegstheater selbst her, z. B. in Zentralpolen 1806/07, an der Elbe und Oder 1813. Napoleon

tat somit den ersten praktischen Schritt zur eigentlichen fortifikatorischen Herichtung der Kriegsschauplätze, indem er Punkte, Linien und Räume besetzte, die er tatsächlich brauchte, und seine Operationen nicht in ein System schon vorhandener Befestigungen einzwängte. Die Epigonen Napoleons schritten im neunzehnten Jahrhundert, wie sie glaubten, in seinem Sinn weiter fort, indem sie große permanente Lager-, Manövrier- und Armeefestungen an wichtigen strategischen Punkten und Linien erbauten, die nach ihrer Meinung im Kriege nicht außer acht gelassen werden konnten. So entstanden auf Grund der Kriegserfahrung das italienische Festungsviereck, die Rhein-, Mosel- und Maasbefestigungen, dann jene in Russisch-Polen und Galizien, vor allem aber die großartige Befestigung von Paris. Aber auch diese entsprachen im Bedarfsfalle nur unvollkommen den in sie gesetzten Erwartungen, ja einige waren sogar schuld an Katastrophen, wie z. B. Metz, Sedan. Die Erkenntnis hiervon führte gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts dazu, es bei den Grenzbefestigungen nicht mit der Fortifizierung einiger Punkte bewenden zu lassen, sondern ganze weite Räume, die voraussichtlichen Schlachtfelder, in die Befestigung einzubeziehen. So entstanden in Frankreich die besetzten Räume von Belfort, Verdun, Reims usw., die miteinander durch eine Reihe fortifizierter Plätze verbunden sind. In Russisch-Polen wurde die Gegend zwischen Weichsel, Bug und Narew zu einem großen Manövrier- und Kampfraum hergerichtet, Belgien zur Wahrung seiner Neutralität in ein förmliches besetztes Heerlager umgewandelt.

Doch der Weltkrieg wies auch hierin neue Wege.

Der überraschende Zusammenbruch der belgischen und russischen Festungen ist allerdings der unerwarteten artilleristischen Ueberlegenheit der Centralmächte zuzuschreiben, doch auch das unleugbar geistreich ersonnene und gut durchgeführte französische Verteidigungssystem entsprach nicht gänzlich den Hoffnungen, die man auf dasselbe gesetzt; selbst diese grandiose, für Angriff und Verteidigung bestimmte Schöpfung, unterstützt durch eine vorzügliche, zahlreiche Artillerie, gestützt auf die lebendige Kraft der starken französischen Armee, erwies sich nicht als ausreichend, um mit völliger Sicherheit dem methodischen, stets anwachsenden Druck des Feindes zu widerstehen. Die allerdings noch nicht abgeschlossenen Kämpfe bei Verdun lassen wenigstens darauf schließen. Besser als alle permanenten Befestigungen hingegen haben auf allen Kriegsschauplätzen die erst im Bedarfsfall geschaffenen Improvisationen auf selbstfortifikatorischem Gebiete entsprochen. Sie haben geradezu Verblüffendes geleistet. Allerdings stellen auch sie keine neuen Ideen dar. Toblin (Nowo-Georgiewsk), Bultust, Dresden, Hamburg hatten schon zur Zeit Napoleons gezeigt, was man in dieser Hinsicht zu leisten vermag; die Kämpfe in den Karpathen, an der Nibda, an der Strypa, vor allem aber jene in Flandern und am Tponzo werden jedoch die Kriegsführung der Zukunft bahnbrechend beeinflussen, wenn sie auch nicht, wie man glauben möchte, zum Stellungskrieg zurückführen dürften. Gegen letzteren spricht der gelungene Durchbruch der russischen Stellungen bei Gorlice und jener der Serben bei Ravne im November 1914, die Erfolge der deutsch-österreichischen

Heere in Polen und Litauen, welche lehren, daß die Möglichkeit des Erfolges im offensiven Verfahren noch immer bestehe, wenngleich die Durchführung schwieriger und langwieriger geworden ist.

*

Während die Offensive in den Feldzügen des letzten halben Jahrhunderts und selbst noch zu Beginn des Weltkrieges in Belgien, Nordfrankreich, Galizien und Russisch-Polen ein rasches Fortschreiten zeigte oder wenigstens versuchte, änderte sich im Verlaufe des gegenwärtigen Krieges ihr Wesen und insbesondere ihr Tempo. Das kam folgendermaßen: Solange die Feuerkraft des Verteidigers, namentlich seine Artilleriewirkung, noch nicht auf der gegenwärtigen Stufe stand und noch nicht durch feldmäßige Befestigungen in bisher noch nie dagewesener Stärke, Art und Ausdehnung gestützt wurde, konnte auf das Vortragen des taktischen Angriffes bis zur Entscheidung, gewissermaßen in einem Zuge, also an ein und demselben Tage oder in wenigen Tagen gerechnet werden. Das ist gegenwärtig nicht mehr durchführbar. Die Feuerlinien können nicht längere Strecken wie früher durchheilen, sie müssen Sprung für Sprung vorgehen, das erfordert Zeit, oft mehrere Tage, selbst Wochen. Sie müssen, bevor sie ihr Angriffsziel erreichen, wiederholt Zwischenstellungen schaffen, sich dort festsetzen und den weiteren Angriff vorbereiten. Dieses Verfahren besitzt viel Ähnlichkeit mit dem früher nur im Festungskriege üblichen Vorgang, bei dem auch Sappe und Mine, wie heute im Feldkriege, angewendet wurden. Dadurch kommt es zum schleppenden Gange des Angriffes, der überdies noch zur Voraussetzung hat, daß er noch durch langwieriges Artilleriefeuer vorbereitet werden muß. Bei unserer ersten Offensive in Serbien 1914 währte es dergestalt über sechs Wochen, bevor der Angriff bis auf Sturmabstand an die feindlichen Linien an der Marva herangelangt war. Das nimmt aber naturgemäß auch auf die Dauer der Kämpfe, das Tempo der ganzen Operation und selbst auf die Dauer der Kriegsführung im großen einen verzögernden Einfluß. Es kommt eine Art Methobit in den Krieg, die sich schon im Russisch-Japanischen Krieg, ganz besonders aber im gegenwärtigen zeigte und die an die Zeit der Stellungskriege erinnert. Der Unterschied besteht aber gegenwärtig darin, daß man damals, selbst nach Brechung des feindlichen Widerstandes, nur selten daran dachte, den errungenen Vorteil zu einer Fortsetzung der Offensive auszunutzen, was allerdings mit den geringeren Kriegszielen, den kleineren Armeen, der Abhängigkeit von den Magazinen u. a. mehr zusammenhing, während gegenwärtig, sobald als nur möglich, wieder zum Angriff geschritten wird.

*

Die Schlachten dauerten in früheren Kriegen selten länger als ein oder zwei Tage. Erst mit der Zunahme der Heeresstärken wuchs ihre Dauer, weil die Heranbringung der größeren Massen auf das Schlachtfeld längere Zeit beanspruchte. Die Kämpfe um Leipzig währten dergestalt vom 14. bis zum

20. Oktober 1813. Im Russisch-Japanischen Kriege kamen infolge der schon berührten Umstände auch längere, oft wochenlang dauernde „Schlachten“ vor, die aber durch jene des gegenwärtigen Krieges noch weit übertroffen werden. Obgleich es auf den Namen nicht ankommt, sei hier doch bemerkt, daß derlei Aktionen in ihrer Gesamtheit mit Unrecht als „Schlachten“ bezeichnet werden. Als solche könnte eigentlich nur eine Teilaktion der gegenwärtig oft Wochen dauernden, auf Hunderten von Kilometern entbrannten Kämpfe bezeichnet werden. Das Charakteristikon der Schlacht bleibt doch nach dem bisherigen Sprachgebrauche die Begrenzung in Zeit und Raum. So sind z. B. die Affären von Krasnit, Komarow, Lemberg Schlachten im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Gesamtheit der Aktionen in Galizien und Russisch-Polen vom 26. August bis 11. September z. B. wäre demnach richtiger als „Kämpfe“ in Galizien und Russisch-Polen zu bezeichnen. Wie dem auch sei, diese langwierigen Kämpfe und Schlachten sind ein besonderes Merkmal des Weltkrieges und eine der Hauptursachen seines bisherigen schleppenden Verlaufes.

*

Ebenso wie in entfernter Vergangenheit Masseneinbrüche in unverteidigte Länder, z. B. der Türken nach Ungarn und Oesterreich, der Franzosen nach Deutschland, Verteidigungsmaßnahmen an den Grenzen schufen, die sich mit der Zeit immer mehr ausgestalteten, so daß sie endlich den Angriff zum Positionskrieg erstarren ließen, zeigte sich gegenwärtig in gewissen Momenten fast an allen Fronten eine ähnliche Erscheinung, indem die großen Angriffsbewegungen an oft erst während des Krieges geschaffenen Verteidigungslinien zum Stillstand kamen — der Angriff hat somit heute, wenn man den Ausdruck gebrauchen darf, einen kürzeren Atem bekommen wie früher. Die längsten derlei Bewegungen waren jene von Dunajec und der Nibba bis an die polnischen Sümpfe und jene durch Serbien, Montenegro nach Albanien. Zu der Erscheinung der an verschiedenen Fronten hin und her wogenden Kämpfe trägt ohne Zweifel auch der Umstand bei, daß durch die intensive Ausnutzung eines wohl ausgebildeten Eisenbahnnetzes, das selbst den Massenschnellzugsverkehr gestattet, Truppen in verhältnismäßig kurzer Zeit innerhalb einer Front, z. B. von einem Flügel zum andern, aber auch von einer Front auf die andre geworfen werden können, z. B. von der deutschen Ostfront auf die Westfront oder umgekehrt. Derlei überraschende Veränderungen, die oft eine völlige Veränderung in der Kriegslage mit sich bringen, kannten frühere Kriege naturgemäß nicht.

*

Der Bewegungskrieg im Sinne der großen Feldzugsaktionen der Napoleonischen Ära und der Kriege 1866 und 1870 gehört aber deshalb keineswegs zu den abgetanen Dingen, im Gegenteil, er wird immer wieder eintreten müssen, wenn man zur Entscheidung gelangen will, man wird ihn nur gezwungen unterbrechen, wenn die Verteidigung des Gegners nicht in einem Zuge niederzuringen ist. Es

ist demnach ein Irrtum, zu glauben, daß der Clausenwitsche Satz: „die Verteidigung sei die stärkere Form“ in Zukunft in dem Sinne aufgefaßt werden wird, daß durch die Verteidigung allein ein positiver Erfolg möglich sei; das ist völlig ausgeschlossen, nur die Offensive vermag eine Entscheidung herbeizuführen. Die Defensive vermag aber allerdings unter Umständen ein wichtiges Hilfsmittel der Kriegsführung abzugeben, indem sie den Gegner schwächt und für den Angriff reif macht. Das war z. B. bei unsrer Defensive 1915 in den Karpathen der Fall; ohne sie wäre der spätere Durchbruch bei Gorlice schwerlich gelungen. Auch das ist übrigens keine neue Erscheinung; stets war es klug und verständig, in dieser Art vorzugehen, und die Kriegsgeschichte aller Zeiten bietet hierfür zahlreiche lehrreiche Beispiele.

*

Die Ausnutzung des Sieges durch die Verfolgung auf dem Fuße schien lange Zeit hindurch in Vergessenheit geraten gewesen zu sein. Sie lebte erst wieder beim Auftreten zahlreicherer Heere auf. Daß sie den Sieg eigentlich erst vervollständigt, darüber besteht kein Zweifel. Sie setzt aber bei der obersten Führung einen mitleidlosen Willen voraus, der nicht häufig zu finden ist. Im gegenwärtigen großen Kriege finden wir zwei Musterbeispiele hierfür. Die Verfolgung des an der Drina und in der Macva geschlagenen serbischen Heeres im Spätherbst 1914 bis über die Kolubara hinaus, welches dadurch fast an den Rand des Verderbens gebracht wurde (der später eingetretene Rückschlag hatte besondere Ursachen), und die Verfolgung der russischen Massen nach dem Durchbruch bei Gorlice. Letztere ist nächst der Verfolgung des preussischen Heeres nach der Schlacht bei Jena wohl das glänzendste Beispiel dieser Art.

*

Wenn wir uns zum Schluß dieser Betrachtungen an das dornenvolle Gebiet der obersten Heeresleitung selbst heranwagen, so geschieht das wohl nur unter allen Kautelen, die in diesem Falle dem Theoretiker zur Pflicht werden. Die oberste Heeresleitung entbehrt heutzutage eines Momentes, das sie früher beherrschte und das ihr in hohem Maße dienlich war, und zwar des unmittelbaren persönlichen Kontaktes mit den Kämpfenden. Bis zu einem gewissen Grade wird sie hierfür wohl durch die modernen Verbindungs- und Verständigungsmittel, Telegraph, Telephon usw., entschädigt, ungeachtet dessen dürfte aber im gegenwärtigen Kriege wohl jedes höhere Kommando und insbesondere die oberste Heeresleitung gar manchmal bedauert haben, nicht auch mit dem physischen Auge sehen zu können, wie dies die in dieser Beziehung glücklicheren Feldherren früherer Zeiten konnten. Einen großen Vorteil bietet dafür der obersten Heeresleitung gegenwärtig, wie schon angedeutet, die großartige Ausgestaltung des modernen Verkehrs wesens, namentlich zu Zwecken des Nachschubes, aber auch für überraschende größere Truppenverschiebungen. Dieser Umstand mag wohl der einzige gewesen sein, welcher so weittragende Entschlüsse in etwas zu

erleichtern vermochte, wie sie an unsre Heeresleitung herantraten nach den Septemberschlachten 1914 bei Lemberg und später im November hinsichtlich Aufgebens der Offensive und Rückzuges in rückwärtige Linien, welche die Wiederaufnahme der Offensive in einem geeigneten Moment ermöglichten, Entschlüsse, die an die Charakterfestigkeit der Leitung wohl die größten Anforderungen stellten.

*

Unerwartet — weil durch die bisherigen Kriege eher zweifelhaft — war die Möglichkeit der Durchführung solcher grandioser Manöver wie das letzt-erwähnte vom heerespsychologischen Standpunkt. Hatte man doch, auf die bisherigen Erfahrungen gestützt, allgemein den „ersten Erfolgen“ eine durchschlagende Bedeutung für den Verlauf des ganzen Krieges beigemessen. Der Weltkrieg hat die Richtigkeit dessen, wie das angezogene Beispiel zeigt, verneint, obwohl man hätte glauben können, daß die gegenwärtige Struktur der Wehrkraft — meist kürzere Zeit dienende Leute — die Befürchtung eher zu verstärken geeignet sei, daß die ersten Erfolge auf die Moral der Kämpfenden einen noch intensiveren Eindruck machen würden als in früheren Zeiten. Zum Teil muß man den Grund hierfür wohl in der nachhaltigen Begeisterung unsrer Völker suchen, die sich durch die Wechselfälle des Krieges nicht nachteilig beeinflussen ließen, in der Hauptsache liegt aber der Grund in der militärischen Erziehung unsrer Völker und in der gründlichen organisatorischen Vorbereitung unsrer Wehrkraft, die es gestattete, für alle Verluste einen entsprechend zahlreichen und ausgebildeten Ersatz zu schaffen, endlich in der intensiven Pflege aller Kräfte auf den mannigfachen Gebieten, um sie rechtzeitig in die erforderlichen Bahnen zu lenken, damit sie im Kriege als einheitliche, unwiderstehliche Kraft zur Gesamtwirkung zu gelangen vermögen. Dies wird in künftigen Friedenszeiten eine Hauptaufgabe nicht nur der militärischen, sondern auch der staatlichen Organisationsarbeit sein müssen.

*

Wir glauben somit gezeigt zu haben, daß die großen Lineamente der bisherigen Kriegsführung gegenwärtig und höchstwahrscheinlich auch in Zukunft im großen so ziemlich dieselben geblieben sind. Wo sie eine Aenderung erfahren haben, sind äußere Umstände die veranlassenden Ursachen hierfür. Diese wechseln aber auch in Zukunft und können sonach wieder zu Erscheinungen zurückführen, die schon dagewesen sind. Dem verständigen Kriegsmann, der aufmerksamen Auges allen Peripetien der Kriegsführung, allen Evolutionen in der Entwicklung des Krieges gefolgt ist, stieß auch im gegenwärtigen Weltkrieg nur wenig auf, was völlig unerwartet war. Ueberrascht konnte nur werden, wer sich bisher überhaupt keine Rechenschaft über Ursache und Wirkung kriegerischer Erscheinungen gegeben hatte.

Ostwärts den Blick

Die bürgerlichen Parteien des Reichstages haben kürzlich Anträge gestellt, aus welchen mehr oder weniger deutlich das Verlangen hervorgeht, daß die Reichsleitung sich in einer bestimmten Frage der Kriegführung den Wünschen der parlamentarischen Mehrheit unterordne. Es ist nicht an der Zeit, bei dieser betrübenden Erscheinung sowohl sachlicher wie schwerwiegender grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zu verweilen. Vielmehr soll gern anerkannt werden, daß nur eine Vereinigung von tiefster Ueberzeugung und heißester Sorge um das Wohl des Vaterlandes solches Vorgehen eingegeben haben kann. Dies vorausgeschickt, darf man aber doch fragen: Wie erklärt es sich, daß hier die Volksvertreter, unter ihnen auch die Konservativen, einseitig die Stimme eines Ressorts zur Geltung brachten, während es in so ernststen Augenblicken hätte näher liegen sollen, derjenigen Stelle zu folgen, welche über den Ressort steht? Die Lösung dieses Rätsels ist nicht nur in gegenwärtigen Unstimmigkeiten zu suchen; es bedarf dazu auch eines kurzen Rückblickes auf die geschichtliche Entwicklung unsrer Flotten- und Kolonialbewegung. Können wir uns doch nicht verhehlen, daß eben diese Bewegung durch den Kanal der Presse und Vereinstätigkeit einen bestimmenden Einfluß auf die öffentliche Meinung zu gewinnen verstanden hat. Die Flotte wurde das Schoßkind aller Patrioten, Kiautschau, dies Wunder deutschen Fleißes, und die andern Stätten kolonialer Tätigkeit wurden der Gegenstand wärmsten Interesses. Aber diese Sympathien, so berechtigt sie an sich waren, hatten auch eine gewisse Einseitigkeit zur Folge. Denn je heller jene Zukunftsmöglichkeiten, die auf dem Wasser und jenseits des Wassers lagen, beleuchtet wurden, desto greller traten bis dahin ungelannte Reibungsflächen zwischen Deutschland und England zutage, desto geringere Aufmerksamkeit aber schenkten wir unsern festländischen Existenzbedingungen und der von Osten drohenden Gefahr, nämlich der immer mehr in den Bann der panslawistischen Propaganda gezogenen russischen Politik, desto besser verstand aber auch die letztere das sie bedeckende Halbdunkel zu nützen, um die Stühle so zu verrücken, daß wir keinen mehr fanden, sondern zwischen den Stühlen Platz nehmen mußten. Unsre etwas zu offenerzig zur Schau getragene Vorliebe für die eignen Kolonien und ihre Erweiterung, sowie für die Marine und ihre Ziele zeitigte drüben Mißtrauen, hier aber Ansprüche, welche nicht genügend vorbereitet waren, um in ihrem vollen Umfange verwirklicht werden zu können. Die so entstandene Mißstimmung aber suchte und fand einen Sündenbock: die schwächliche deutsche Diplomatie. Denn die öffentliche Meinung vergibt vielleicht solche Fehler am schwersten, an welchen sie selbst beteiligt ist. Aufgeklärte Kolonialfreunde dürften zugeben, daß unsre mannigfachen Verhandlungen mit England hätten glücklicher ablaufen können, wenn wir dem Beispiel eines klugen Käufers gefolgt wären, welcher, wenn er einen Gegenstand billig erwerben will, es zu verschweigen versteht, wieviel er ihm wert ist, und durch Geduld und

Beharrlichkeit zum Ziele kommt. Diese Dinge, welche, nicht ohne Mitschuld der Presse, uns zweifelsohne ganz überflüssige Demütigungen eingetragen haben, werden in der Geschichtschreibung unter dem Kapitel „Ursachen des Weltkrieges“ ihre Erwähnung finden müssen. Sie liegen aber weit zurück, und die Verantwortung dafür nicht zeitlich zu begrenzen, sondern dem Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches als solchem aufzubürden, ja das Ansehen seiner derzeitigen Vertreter darunter leiden zu lassen, ist eine jener traffen Ungerechtigkeiten, an welche die Regierungen aller Völker gewöhnt sind, seitdem es Druckerschwärze gibt, um Tatsachen zu verdunkeln.

Neben diesen Rückwirkungen früherer Fehler auf den Kredit unsrer heutigen Reichsleitung liegt eine weitere Ursache für die augenblickliche Stellungnahme der bürgerlichen Parteihäupter gegenüber der Regierung in einer Ueberschätzung der Rolle Englands in diesem Weltkriege. Die „Tägl. Rundschau“ und andre Blätter ihrer Richtung drücken dies etwa folgendermaßen aus: England ist das Rückgrat unsrer Feinde, folglich müssen wir es brechen, um zu siegen. Das Bild stellt die feindlichen Kräfte als einen Körper dar, dessen Bewegungen von Kopf und Rücken aus geleitet werden. Man hat sich also, wenn man das Bild weiter ausführen will, wohl unter den Armen und Beinen die russischen und französischen Heere zu denken. Das ist durchaus zutreffend. Denn so etwa haben die Machthaber an der Themse sich in der Tat den Hergang vorgestellt. Sie wußten, daß die Wegnahme von Kamerun und andern Kolonien die Grundlage unsrer Weltmachtstellung nicht erschüttern kann, und brauchten deshalb die langen Arme des russischen Millionenheeres, um uns zu fassen, zu umklammern und zu schwächen.

Und diese Rechnung hat getäuscht! Was wollen aber Kopf und Rückgrat ausrichten, wenn die Arme versagen? Sind sie dann nicht ohnmächtig? Jene Schlußfolgerung, daß man das Rückgrat brechen müsse, um eine Entscheidung herbeizuführen, erscheint also kaum beweiskräftig, um so weniger, als den Engländern die wirtschaftliche Absperrung Deutschlands nicht gelungen ist. Lehrt uns nicht vielmehr eine altbewährte Regel der Kriegskunst, den Feind nicht dort anzugreifen, wo er uns am stärksten erscheint, sondern dort, wo wir ihn am sichersten zu schlagen hoffen? Und weist die Anwendung dieser Regel nicht auf den Osten hin, wo große Erfolge eines ebenso sicheren wie vorsichtigen Führers und mannigfache Schäden des Gegners auch vertrauensvollen Ausblick in die Zukunft erlauben?

Gleichwohl ist vom Osten heute auffallend wenig die Rede. Warum? Glaubt man, daß Rußland bereits besiegt ist oder daß man es nunmehr zum Freunde gewinnen könnte — vielleicht gar gegen England? Oder hält man es für unbesieglich und deshalb eine Defensivde geboten, welche uns wenigstens vor Enttäuschungen bewahren soll? Sowohl jener Optimismus wie dieser Pessimismus müssen den Kennern Rußlands gleich irrtümlich gelten. Das Rußland der Heiligen Allianz und des Drei-Kaiser-Bündnisses ist tot und begraben. Zu seinen Totengräbern gehören auch seine Zaren, Alexander II., welcher dem

Panslawismus die ersten Zugeständnisse machte, Alexander III., welcher ihm folgte, und Nikolaus II., welcher ihm unterlag. Behe uns, wenn wir Geisterbeschwörern Glauben schenken wollten, die ein Gespenst zu uns reden lassen, um uns dadurch zu betören! Es kann und darf nicht unsre Aufgabe sein, durch einen billigen Frieden die Stellung der konservativen Kräfte des russischen Reiches befestigen zu helfen. Sie würden diese Stellung nicht behaupten können und sehr bald den Stürmern und Drängern überlassen müssen. Diese aber würden die Vorteile einer durch unsre Großmut gewährten äußeren Lage bald ausnützen, um sich aufs neue aggressiv gegen uns und Oesterreich-Ungarn zu wenden; solch ein Frieden würde daher keinen Verzicht auf das panslawistische Programm bedeuten, sondern nur seine Verwirklichung vertagen und somit den Zwecken des deutsch-österreichischen Bündnisses und den Zielen unsrer gesamten Balkan- und Orientpolitik schnurstracks zuwiderlaufen.

Aber auch die Pessimisten haben unrecht. Denn wer an die Unüberwindlichkeit des russischen Kolosses glaubt, berücksichtigt zu wenig die faulen Stellen im inneren Organismus des Reiches und die organisatorische Impotenz der führenden Kreise, berücksichtigt nicht den dem Slawen eigentümlichen Mangel an Ausdauer und jene halborientalische Fähigkeit des Russen, gelassen nachzugeben, wenn er energisch bedrängt wird.

Eine nüchterne Vergleichung nicht nur der materiellen, sondern auch der moralischen Eigenschaften unsrer Gegner dürfte überhaupt von einigem Nutzen sein. Würden wir dann nicht entdecken, daß der Angelsachse, im schroffsten Gegensatz zu seinem slawischen Freunde, eine Widerstandskraft besitzt, deren Fähigkeit in dem Maße wächst, als er gereizt wird und seine Lage gefährdet sieht?

Die Engländer sind ja die Bestgehaften unter unsern Feinden. Es bleibe dahingestellt, inwieweit solche Unterscheidungen berechtigt sind. Die Politik fragt nicht nach Moral, sondern nach Zweckmäßigkeitsgründen; sie darf sich weder von Gefühlen des Großen verführen, noch von dem Schlagworte der Befreiung der Meere — wäre nicht die Befreiung der Balten ein positiveres Ziel? — blenden lassen, sondern muß das Erreichbare ins Auge fassen. Wenn nun dies Erreichbare gleichzeitig das Allernotwendigste und zugleich so bedeutungsvoll ist, daß es auch das Gesamtergebnis entscheidend beeinflussen muß, so sollte auch der öffentlichen Meinung die Wahl der Front, auf welcher sie die Entscheidung fallen sehen möchte, nicht schwer werden. Würde das nicht auch dem sittlichen Empfinden insofern entsprechen, als es die Rückkehr zum Ausgangspunkt des Krieges bedeutet? Denn wir haben diesen Krieg auf uns genommen, weil Oesterreich-Ungarn von unserm östlichen Nachbarn angegriffen wurde. Oesterreich-Ungarn, „dessen Erhaltung als einer unabhängigen starken Großmacht für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts ist, für das der Friede Europas mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann“. Der Angreifer war Rußland, während, soweit der akute Fall in Frage kommt, die beiden andern Teilnehmer durch die automatische Wirksamkeit der Bündnisse fortgerissen wurden.

Gegen solche Folgerungen wird, wie gewöhnlich, der Einwand erhoben werden, daß sich während des Krieges die Dinge verschoben haben, daß sich der dritte Teilnehmer als schlimmster Feind offenbart hat. Hier kommt viel auf die Wahl der Worte an: Gewiß der stärkste, weil am schwersten verwundbare, und auch der zähste Feind mag England sein; aber diese Tatsache macht die englische Gefahr nicht zur bedrohlichsten. Dazu würde die Fähigkeit gehören, uns tödlich zu treffen. Und diese bleibt dem Inselreich versagt. Denn an die Wurzeln unsrer Großmachtsstellung, welche auf dem Festlande liegen, reicht es gar nicht heran. Das vermöchte nur sein jetziger Bundesgenosse Rußland, wenn wir ihn so stark und uns so schwach werden ließen, daß seine Armeen die unsrigen aus dem Felde schlugen. Und hierin liegt nach den gemachten Erfahrungen Veruhigung nach der einen, Ermutigung nach der andern Seite.

Petersburg vor vierzig Jahren

Von

A. v. Brauer

Es war im Frühjahr 1875, als ich bei Eydtkuhnen erstmals die Grenze Rußlands überschritt. Seit zehn Jahren führte ein ununterbrochener Schienenstrang von Berlin bis zur russischen Hauptstadt, so daß man nicht mehr, wie noch Bismarck, einen Teil des Weges im Schlitten oder Wagen zurücklegen mußte. Aber man fuhr hübsch gemächlich. Man brauchte achtundvierzig Stunden, um die Strecke zurückzulegen, die man jetzt in sechsundzwanzig Stunden durchfahren kann.

Der preußische Grenzkommissar, der mich zur russischen Grenzstation Wirballen begleitete, wurde von den zahlreichen russischen Bahn- und Zollbeamten und Gendarmerieoffizieren als guter Freund begrüßt und willkommen geheißen. Alle Grenzformlichkeiten wurden glatt und rasch erledigt. Man setzte mich in ein vorbehaltenes Abteil, und bald fuhr der Zug in das weite Rußland hinein. Ich hatte noch kaum das Gefühl gewonnen, in einem fremden Lande zu reisen. Sprachten doch alle diese höflichen Beamten an der Grenze etwas Deutsch und sahen doch diese strammen russischen Gendarmen in ihren spitzen Helmen und blauen Waffenröcken fast wie preußische Soldaten aus. Ausländisch an ihnen berührte nur, daß die Knöpfe schlecht gepußt waren und daß die Säbel nach Rosenart (mit dem Korb nach oben) an der Seite hingen.

Schlafwagen und Speisewagen gab es damals noch nicht. Aber bequeme, mit Holzöfen behaglich erwärmte Wagen, die wegen der größeren Spurweite und der langsamen Fahrt sehr ruhig liefen, machten die lange Reise ganz erträglich.

Petersburg, diese neuzeitige Stadt, die Peter der Große in den Sümpfen an der Newamündung erbaute und seinen Russen zur Hauptstadt aufzwang, hat entfernt nicht jenes eigenartige Gepräge der echten russischen Städte, das für

das Auge des Europäers so fremdartig und halbasiatisch anmutet. Es fehlen hier die zahllosen kleinen, vielkürmigen Kirchen, während der prächtige Isaakskathedrale fast wie westeuropäische Kultstätten in die Höhe ragen. Auch viele „ausländische“ Kirchen (eine deutsch-lutherische, deutsch-reformierte, finnländische, armenische usw.) schmücken die schönsten Straßen der Stadt. Der Basar („Gostinnij Dvor“), der in Rußland wie im Orient den Mittelpunkt des Kleinhandels bildet, ist in Petersburg mehr zur Seite geschoben und stört nicht die europäische Wesenheit des Stadtbildes. Die Russen hatten deshalb nicht unrecht, wenn sie Petersburg ärgerlich eine halbdeutsche Stadt nannten. Auf der Straße hörte man viel Deutsch reden, und wenn man die russischen Buchstaben der Ladenausschriften entzifferte, stieß man auf manchen Müller oder Schulze oder sonstigen deutschen Namen.

Die Zahl der als Hauptsprache Deutsch redenden Bewohner Petersburgs schätzte man damals auf 50 000, also fast ein Zehntel der Einwohner. In dieser Zahl sind Balten und deutschrussische Kolonisten, Deutschösterreicher und Deutschschweizer inbegriffen. Die Reichsdeutschen wurden auf 12 000 geschätzt.

Den angesehensten Teil der deutschen Kolonie bildeten die reichen Großkaufleute, die mit Engländern und wenigen Russen den Ein- und Ausfuhrhandel Rußlands beherrschten. Von Bedeutung waren auch die zahlreichen deutschen Handwerksmeister, die in „ausländische Ämter“ nach ihren Zünften vereinigt waren. Uhrmacher, Bäcker und Wurstler waren fast alle Deutsche, nicht minder die Apotheker. Peter der Große hatte ausdrücklich bestimmt, daß kein Russe Apotheker werden dürfe. Er kannte seine Landsleute und traute ihnen nicht die Aufmerksamkeit und Pünktlichkeit zu, die diese Handtierung erheischt.

Die deutschen Handwerker waren sehr gesucht und beliebt. Hier hatte das Handwerk noch einen goldenen Boden. „Njemezkaia Rabóta“ (deutsche Arbeit) sagte man von jeder Art Handwerksleistung, die man als sorgfältig und dauerhaft ausgeführt bezeichnen wollte.

Im russischen Staatsdienst, in der Politik und in der Heeresleitung hatten die Deutschen seit Peters Zeiten eine Rolle gespielt, die in gar keinem Verhältnis stand zu ihrer doch vergleichsweise kleinen Zahl. Das war auch noch so unter Alexander II. Man konnte oft aus russischem Munde die bittere Klage hören, daß der Zar die Deutschen ganz ungerechtfertigt bevorzuge. Indessen war die deutsche Abstammung als solche wohl niemals ein Freibrief für gute Beförderung. Die Deutschen verdankten ihr rascheres Aufsteigen in leitende und schwierige Ämter meist ihrer größeren Tüchtigkeit und Mührigkeit. Sie waren im Durchschnitt fleißiger, ehrlicher, gewissenhafter, wohl auch von tieferer Bildung als ihre slawischen Mitbewerber.

Eine russische Zeitschrift gab 1876 den Stellenanteil der Deutschen im Reichsrat auf 36 Prozent an, im Senat auf 33 und unter den Staatssekretären gar auf 43 Prozent. Den diplomatischen Dienst sah der baltische Adel fast als sein Eigentum an. Unter den Gesandten und Konsuln soll damals genau

die Hälfte von deutschem Blut gewesen sein. Ähnlich auch im Heer. Bei einer kaiserlichen Truppenschau hatte ich im Frontrapport der Generale und Regimentskommandeure der Garde 20 Offiziere mit deutschem, 20 mit russischem und 2 mit polnischem Namen gefunden.

Freilich war der Deutschklang des Namens nicht immer entscheidend. Manche dieser deutschen Abstammlinge hatten den orthodoxen Glauben angenommen und waren ganz verrückt, suchten auch wohl nach Renegatenart ihre deutsche Herkunft durch besondere Deutschfeindlichkeit und — Unehrlichkeit vergessen zu machen. „Der Deutsche ist fast immer ehrlich; stiehlt er aber, treibt er's toller als wir,“ sagte mir ein Russe, der es wissen konnte. Aber wenn man von diesen Ausnahmen abließ, blieb doch noch immer ein hoher Verhältnisatz russischer Beamten und Offiziere übrig, die ihr Deutschtum, ihre Religion und ihre guten deutschen Eigenschaften sich gewahrt hatten.

In den höheren Kreisen der Gesellschaft wurde Deutsch viel und gern gesprochen. Galt es doch als das untrüglichste Zeichen höherer Bildung, „die drei Sprachen“ zu kennen. Darunter verstand man Deutsch, Französisch und Englisch. Französisch galt freilich als die wichtigste und vornehmste und wurde den andern Sprachen weit vorgezogen. Aber der gebildete und höfliche Russe legte Wert darauf, auch dem Deutschen oder Engländer in dessen Sprache antworten zu können.

Bismarck („Gedanken und Erinnerungen“ I, 219) will diese Bildung und Höflichkeit nur noch in der ältesten Generation gefunden haben. In der Tat waren unter den jüngeren Herren des Militär- und Zivildienstes vielfach weniger gute Formen, Ueberheblichkeit und antideutsche Gesinnung zu beobachten. Man mißgönnte uns in diesen Kreisen die Erfolge von 1870 und wies mit Stolz darauf hin, daß das einzige Großheer des europäischen Festlandes, das von Preußens Waffen nicht besiegt worden (und auch nicht besiegt werden könne, wie man wohl hinzufügte), das russische sei.

Aber derartige Stimmungen waren doch noch vereinzelt. Die Wühlarbeit der Askow und Genossen und die Ideen des Panславismus lagen erst in den Anfängen. Die Vorliebe der wohlhabenden Russen für Paris, für französische Romane und französische Lebensweise hatte noch wenig Einfluß auf die politische Gesinnung. Man hätte auf die Petersburger Gesellschaft beinahe ein bekanntes Goethewort in der Abänderung anwenden können: ein echter Russe kann die französische Republik und Politik nicht leiden; doch liebt er Paris — und Weiber, Weine und Waren, die aus Frankreich kommen. Man lebte ja noch in der Zeit der „turmhohen“ Freundschaft zwischen Kaiser Wilhelm I. und seinem Neffen Alexander II. Es war die Zeit des Dreikaiserbündnisses und des besonders innigen politischen Einvernehmens zwischen dem Reich und Rußland.

Die russische Politik leitete noch immer Fürst Gortschakow, der ihr schon seit 1856 die Richtung gab. Auf Grund seiner unzweifelhaften Verdienste um die Neugestaltung Rußlands nach dem Krimkrieg und seiner Geschicklichkeit in der Aus-

nutzung europäischer Gruppierungen hatte er sich im In- und Ausland ein Ansehen zu geben gewußt, das ihn der damaligen Welt doch wohl größer erscheinen ließ, als der Wirklichkeit entsprach. Allerdings war es seiner Gewandtheit allein zu danken, daß der Besiegte des Krimkriegs nach Friedensschluß von den Siegern wie den Neutralen als ein besonders begehrenswerter Verbündeter hofiert wurde. Ebenso verstand er es, in den sechziger Jahren die Differenzen Preußens und Oesterreichs, später Deutschlands und Frankreichs geschickt zu benutzen, um das Schwergewicht der russischen Politik bald dieser, bald jener Macht fühlbar zu machen.

Bismarck hütete sich wohl, in dieser Zeit des deutschen Verdegangs den Alten an der Newa zu reizen. Er schrieb ihm liebenswürdige Briefe, ging auf seine Wünsche und Anregungen ein und packte ihn an seiner schwächsten Seite, der Eitelkeit, indem er sich seinen Schüler nannte. Trotzdem war Bismarck Gortschatows Unglück. Denn hätte es einen Bismarck nicht gegeben, so hätte Gortschatow so gut der größte Staatsmann der zweiten Hälfte des Jahrhunderts geheißen wie Metternich der der ersten. Das vergaß der eitle Mann niemals. Er, der „Richelieu des Nordens“, sollte sich von diesem Junker aus Pommernland in den Schatten stellen lassen? Unerträglich. Da glaubte er (gerade zur Zeit meiner Ankunft in Petersburg) den Augenblick gekommen, seinem „Schüler“ den Meister zu zeigen. Der französische auswärtige Minister, Herzog von Decazes, war durch übertriebene Berichte seines Botschafters in Berlin und durch einen angeblich offiziellen Artikel der „Post“ ängstlich geworden und bat in Petersburg um „Schutz“ gegen einen, wie er glaubte, bevorstehenden kriegerischen Angriff Deutschlands. Gortschatow benutzte mit Freuden die Gelegenheit, nach Berlin eine ganz überflüssige Mahnung zum Frieden ergehen zu lassen und dann von dort aus, wohin er im Mai im Gefolge des Kaisers Alexander gekommen war, das berühmte telegraphische Rundschreiben zu erlassen, das mit den prunkvollen Worten begann: „La paix est assurée.“

Wie der russische Staatsmann, der sich in der Rolle eines europäischen Friedensengels so wohl gefiel, demnächst von Bismarck hart angelassen wurde, ist in den „Gedanken und Erinnerungen“ (II, 173) ergößlich nachzulesen.

Einige Zeit nach diesem Zwischenfall lernte ich Gortschatow kennen. Der Botschafter hatte mich zu einer Besprechung mitgenommen, um mich ihm vorzustellen. Der Fürst benahm sich ganz so, wie ihn Bismarck schilderte: ein geistreicher, glänzender Redner, der es liebt, sich als solcher den fremden Diplomaten zu zeigen. Es war wirklich ein Genuß, wenigstens ein sprachlicher, den wohlgedrehten Redebäumen seines eleganten Französisch zuzuhören. Er verbreitete sich u. a. über die russischen Erfolge in Mittelasien, die damals zu seiner besonderen Freude den verhassten Engländern auf die Nerven gingen. Zur Erläuterung wollte er nach einer in der Nähe liegenden Karte greifen, erhob sich halb auf seine wackeligen Beine und wäre umgefallen, wenn ich nicht rasch zugeflogen wäre und ihn aufgefangen hätte. „Merci, jeune homme,“ sagte er, und indem er den Krückstock wie drohend gegen mich erhob, fügte er hinzu:

„Mais ne vous plaisez pas à croire que les bases de la Russie soient aussi fragiles que les miennes!“

Die schwungvolle Redewendung machte ihm sichtlich großes Vergnügen. Später soll er sie noch öfters wiederholt haben.

Es ging jetzt rasch bergab mit dem alten Fürsten. Erst körperlich, dann auch geistig. Doch konnte er sich nicht entschließen, seinem Amte und seiner Machtstellung zu entsagen. Und der gutmütige Kaiser wollte den verdienten Staatsmann nicht wider seinen Willen in den Abschied zwingen. Noch mußte man ihn auf sein dringendes Verlangen zum Berliner Kongreß ziehen lassen. Dort war er indessen unschädlich, weil die wirklichen Geschäfte vom Grafen Peter Schuwalow besorgt wurden, der auch das Ohr des Kaisers hatte.

Nach dem Kongreß wurde dem Fürsten Gortschakow in Herrn v. Giers ein dem Kaiser unmittelbar verantwortlicher „Gehilfe“ bestellt. Aber nur mit großer List konnte der Alte von den laufenden Geschäften ferngehalten werden. Es gelang ihm immer wieder, dem guten Giers das Leben recht sauer zu machen. Er sonnte sich jetzt im Glanze vollstümlicher Beliebtheit. Die von ihm beeinflusste Presse mußte ihn als den Befreier der Slaven vom Türkenjoch feiern und immer wieder erzählen, wie die Ergebnisse des Krieges noch viel günstiger gewesen wären, wenn das eifersüchtige Deutschland, vorab der böse Bismarck, dies nicht verhindert hätte. Infolge dieser dauernden Pressefälschungen hat das russische Volk auch heute noch nicht die Wahrheit erkannt: daß es lediglich England war, das durch seine drohende Sprache die Ausföhrung des Vorfriedens von San Stefano verhinderte, und daß Bismarck es war, der auf dem Berliner Kongreß die englischen Begehren beschnitt und den russischen Wünschen vielfach zur Anerkennung verhalf.

Giers machte durchaus ehrliche Politik. Er war stets bestrebt, an der alten Tradition festzuhalten und die Beziehungen zu Deutschland zu pflegen. Bismarck jagte wohl einmal in ärgerlicher Stimmung: „Ich sehe in Giers nichts als das Schafskleid für die wölfischen Instinkte der russischen Politik.“ Im Grunde war er ganz zufrieden mit ihm, und Giers blieb auch, solange Bismarck im Amte war, dieser politischen Richtung treu. Dann mußte auch er der inzwischen übermächtig gewordenen Strömung folgen und die russisch-französische Verbrüderung vermitteln.

*

Eine Reichsduma oder sonst etwas, das einer europäischen Verfassung auch nur ähnlich gesehen hätte, gab es damals nicht im russischen Reiche. Der Kaiser aller Rußländer war unbeschränkter Selbstherrscher, der mit seinem riesigen Beamtenheere, das Peter erdacht und geschaffen hatte, den Staat nach seinem Gutdünken lenkte. Wohl hatte man „Gesetze“ und Einrichtungen nach westeuropäischem Vorbilde. Neben dem dirigierenden Senat, dem Reichsrat, dem Heiligen Synod und den vier Abteilungen von „Seiner Majestät Eigener Kanzlei“ gab es wie in einem Rechtsstaat allerlei Ministerien, die die laufenden Geschäfte

zu besorgen hatten. Aber die Gewalt des Kaisers war in Theorie und Praxis eine derart unumschränkte, daß eigentlich von einem russischen Staatsrecht nicht füglich geredet werden konnte. Es gab wohl eine Professur für dieses Lehrfach an allen Rechtsschulen. Aber der Lehrer pflegte, wenn er von den Rechten der Untertanen, den Grenzen der Beamtenzuständigkeit, der Unabhängigkeit der Gerichte usw. sprach, stets hinzuzufügen: „Dies ist Rechtsens, sofern nicht eine allerhöchste Entschließung in anderm Sinn ergangen ist.“ Der Schlußsatz stellte das ganze Lehrgebäude in Frage; aber er entsprach durchaus der Rechtslage. Solche, dem gemeinen Recht zuwiderlaufenden kaiserlichen Willensäußerungen wurden denn auch oft genug kundgegeben, besonders durch die berühmte „Dritte Abteilung“.

Die Dritte Abteilung! Was ist über sie nicht alles geschrieben und gefaselt worden, über deren unsichtbar wirkende Macht die kühnsten Sagen gingen, die jedem gefährlich werden konnte und von jedermann gehaßt und gefürchtet wurde!

„Seiner Kaiserlichen Majestät Allerhöchsteigene Kanzlei. Dritte Abteilung“. Dies war die Amtsbezeichnung, die mit keiner Silbe verriet, welche Macht hier vereinigt war: die geheime und politische Polizei mit ihrem riesigen Zubehör. An ihrer Spitze stand „der Chef“, stets ein als tatkräftig bewährter General, der das besondere Vertrauen seines Kaisers hatte. Er war das Oberhaupt der politischen Polizei, der eigentliche Leiter der inneren Politik Rußlands. Täglich erstattete er dem Kaiser Bericht über alles, was in Rußland geheim oder öffentlich, amtlich oder häuslich vor sich ging. Die zahlreiche, über ganz Rußland verbreitete, streng militärisch gegliederte Gendarmerie war das sichtbare, eine unermessliche Schar bezahlter und freiwilliger Spione und Geheimagenten das unsichtbare Rüstzeug seiner Macht. Er war zu Zeiten mehr gefürchtet als der Kaiser, der nicht so gut bedient war und nicht so rasch und still zugreifen konnte als der Chef seiner Dritten Abteilung.

Sämtliche Fäden des ausgedehnten Spionagesystems liefen in der Kanzlei des Chefs zusammen. Von da verteilten sie sich in alle Schichten der Bevölkerung. Nichts durfte ihm verborgen bleiben. Kein noch so unschuldiger Verein, der nicht einen Spion oder mehrere unter seinen Mitgliedern gehabt hätte, kein Stand, der nicht seine standesgemäßen Aufpaffer hatte. Selbst Damen der Gesellschaft und der Halbwelt waren in Sold genommen; sie sollen nicht die schlechtesten Kundschafter gewesen sein.

Auf der untersten Stufe des ausgebildeten Spitzelwesens stand, er allein sichtbar und kenntlich, der Dwornik, zu deutsch Hausknecht. Aber dieser Dwornik, deren jedes Haus mindestens einen haben mußte, unterschied sich von seinem deutschen Kollegen dadurch, daß er sozusagen ein obrigkeitliches Amt bekleidete: er war wohlbestallter Spion und Polizeiagent für sein Haus. Er war für die richtige Anmeldung sämtlicher Hausbewohner verantwortlich und mußte über alles Auskunft geben können, was im Hause vorging. Kam Ungehöriges vor, das der Dwornik nicht gemeldet hatte, flog er ins Loch oder bekam seine wohl-

gemessenen Prügel. Wollte ein politisch Verdächtiger, der verhaftet worden, seinen Namen nicht nennen, mußten alle Dwornike der Stadt vor ihm erscheinen, und wenn er irgendwo auch nur eine Schlafstelle hatte, ward er sicher erkannt.

Die Dwornike waren meist geriebene Burschen, die der Geheimpolizei vortreffliche Dienste leisteten. Wollte man sie bestechen, nahmen sie wohl das Geld, verrieten aber den Geber doch an die Polizei. Für Hausbewohner, die ihnen schlechte Trinkgelber gaben, konnten sie recht gefährlich werden, wenn sie sie aus Bosheit der Polizei als politisch verdächtig anzeigten.

Der Chef der Dritten Abteilung hatte sich und andre daran gewöhnt, alles, was ihm gefiel (und besonders, was ihm nicht gefiel) in seinen Machtbereich zu ziehen. Die Veranstaltung öffentlicher Vorträge oder Schaustellungen bedurfte seiner Gutheißung, in der Provinz der Genehmigung des Chefs der Gendarmen des betreffenden Gouvernements, der dort im kleinen dieselbe wichtige Rolle spielte wie sein hoher Vorgesetzter in Petersburg. Mit den Theaterstücken westeuropäischer Einfuhr ging man streng ins Gericht. Ein Drama wie „Wilhelm Tell“ (in dem auf die Obrigkeit geschossen wird!) war selbstverständlich verboten; ebenso „Die Räuber“ und „Julius Cäsar“. Die Rossinische Oper „Tell“ durfte von den Italienern zwar gesungen werden, aber nur unter dem Namen „Carlo il Temerario“ und dementsprechender Umarbeitung. Die „Grande duchesse de Gerolstein“ prangte auf den Theaterzetteln unter dem Namen „Le sabre de mon père“, und die „Grande duchesse“ (Bezeichnung der russischen Großfürstinnen) wurde zu einer beliebigen Prinzessin aus dem Märchenland gemindert.

Die Zensur der Zeitungen wurde ebenfalls sehr streng geübt. Fast alle Artikel ausländischer Zeitungen über russische Verhältnisse wurden ganz oder teilweise geschwärzt. Oder man schnitt einen Teil der Zeitung einfach weg, bevor sie die Post dem Abonnenten auslieferte. Die fremden Botschafter und Gesandten erhielten ihre Zeitungen natürlich ohne Zensurstriche. Diese ungeschwärzten Zeitungen wurden von der Post in dicke Umschläge verhüllt, damit das Gift nicht weiterfressen konnte. Neugierige Leute kamen zuweilen mit ihren Zeitungen auf die Botschaft und baten um Einsicht in das ungeschwärzte Blatt. Sie waren meist enttäuscht, weil die geschwärzten Stellen lange nicht so anzüglich oder staatsgefährlich waren, als sie erwartet hatten.

(Schluß folgt)

Wilsons Niederlage

Im März=Heft Ihrer geschätzten Zeitschrift hatte ich die Ansicht ausgesprochen, daß die „Lusitania“-Angelegenheit höchstwahrscheinlich zu keiner ernstern Komplikation, noch zum Kriege zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika führen würde. Seitdem sind mehrere neue Momente hervorgetreten, welche mich in meiner ruhigen Auffassung der möglichen Folgen selbst des verschärften U-Bootkrieges bestärken.

Vor allem hatte der Kongreß Gelegenheit, in dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Das Staatsdepartement in Washington schien ferner für einen Augenblick sich dem deutschen Standpunkte nähern zu wollen, da Mr. Lansing in einer Note den Alliierten vorschlug, in Zukunft die Handelschiffe nicht mehr zu offensiven Zwecken zu bewaffnen. In beiden Häusern des Kongresses wurden sodann Resolutionen vorgeschlagen, welche dieser Auffassung gerecht wurden, indem sie an den Präsidenten die Aufforderung richteten, amerikanischen Staatsbürger vor der Benützung armerter Handels- oder Passagierdampfer der kriegführenden Mächte ausdrücklich zu warnen. Außerdem wurde ein Gesetzesvorschlag eingebracht, wonach alle Handelschiffe, von welcher Nationalität immer, die in einen amerikanischen Hafen einlaufen respektive aus demselben auslaufen wollen, nicht mit von Marinesoldaten bedienten Kanonen armiert werden dürfen. Indessen hatten die Regierungen der Alliierten die Anregung Mr. Lansings unter dem nichtigen Vorwande, daß ihre Handelschiffe nur zur Verteidigung gegen U-Boote armiert würden, abgelehnt — eine Behauptung, welche durch die geheime Instruktion der englischen Admiralität Lügen gestraft wird. Mr. Wilson trat nun sofort den Rückzug an. Er erklärte in einem bombastischen — wenn ich nicht irre — an den demokratischen Senator Stone, Vorstand des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, gerichteten Briefe, mit Rücksicht auf die Weigerung Großbritanniens und Frankreichs könne das international anerkannte Recht, Handelschiffe zu armieren, einseitig nicht aufgehoben werden. Die Selbstachtung und Ehre der Nation stehen auf dem Spiele! Würde er heute ein einziges im Völkerrecht begründetes Recht aufgeben, so könnte morgen das ganze Völkerrecht zertrümmert werden. Merkwürdig ist dabei, daß das amerikanische Gesetz die Armierung der eignen Handelsdampfer verbietet und daß in keinem Völkerrechtshuche das von Mr. Wilson so hochgehaltene Recht besonders besprochen wird.

Angeichts des nur zu bekannten Eigensinns des Präsidenten lief die amerikanische Nation Gefahr, durch dessen starres Festhalten an imaginären Rechten in einen akuten Konflikt mit Deutschland zu kommen. Zum Glück ließen die eingehenden Debatten im Kongreß keinen Zweifel darüber bestehen, daß die überwiegende Mehrzahl der Volksrepräsentanten und zum mindesten eine starke Minorität im Senat das Scharfmachen des Präsidenten entschieden ablehnte. Vor

allem betonten die demokratischen Wortführer, daß es sich gar nicht um eine Rechtsfrage, sondern eine Frage reiner Opportunität handle; daß das tollkühne Aufspiellernen des eignen Lebens auf bewaffneten Schiffen der kriegführenden Nationen seitens amerikanischer Staatsbürger durchaus unpatriotisch, eine Art moralischen Verrates an ihrem Vaterlande sei, welches sie in grenzenlosem Leichtfinn den größten Gefahren aussetzen.

Der Umstand, daß die Mr. Wilson feindlichen Resolutionen in beiden Häusern des Kongresses nicht zur Annahme gelangten, sondern daß die Abstimmung über dieselben vertagt wurde, bedeutet keineswegs einen Sieg für den Präsidenten. Letzterer wollte im Gegenteil die Entscheidung erzwingen und versuchte durch die Androhung des Vetos gegen ihm nicht genehme Beschlüsse in gewohnter eigenmächtiger Weise die Volksrepräsentanten zu terrorisieren. Charakteristisch für das Verhältnis zwischen der Legislative und dem Chef der Exekutive ist es, daß ein republikanischer Senator eine Resolution vorschlug, derzufolge jede die nationale Ehre berührende Frage, ein zu stellendes Ultimatum oder der beabsichtigte Abbruch der diplomatischen Beziehungen, zunächst dem Kongreß vorzulegen seien; es widerspreche den Grundsätzen der demokratischen Verfassung der Vereinigten Staaten, daß die Nation durch die Handlung eines einzigen Menschen in den Krieg gestürzt werde. Hier zeigt sich also offenes Mißtrauen gegen das persönliche Regime des Präsidenten, welcher sich auch durch sein improvisiertes Rüstungsprogramm in offenen Gegensatz zu seiner Partei gestellt hat.

Durch das unzweideutige Eintreten des Kongresses für eine friedliche, verständliche Politik wurde Mr. Wilson die Möglichkeit genommen, ersteren vor eine vollzogene Tatsache zu stellen und das Land durch seine von Eigendünkel geleitete Schroffheit an den Rand des Krieges zu bringen. Für eine wirklich neutrale, Deutschland gegenüber inaggressive Politik treten zahlreiche Vertreter der südlichen, mittleren und westlichen Staaten ein. Die Deutschamerikaner, Irländer, die Arbeitergewerkvereine (Unions), die Bergwerksarbeiter, die Sozialisten, die Friedensfreunde, Bryan und sein engerer demokratischer Anhang sind unter den Adepten dieser friedlichen Politik zu finden. Das Votum dieser Millionen von Wählern ist auch für Mr. Wilson, der Tag und Nacht an seine Wiederwahl denkt, von viel zu großer Bedeutung, als daß er es wagen würde, durch eigenmächtiges Vorgehen den Bruch mit den Zentralmächten unvermeidlich zu machen. Demgemäß verlautet es denn auch, daß, falls bei der Torpedierung des Dampfers „Suffex“ ein Amerikaner ums Leben gekommen sein sollte, die Frage der von Deutschland zu erheischenden Sühne vorerst dem Kongreß unterbreitet werden würde.

Von besonderem Gewicht zugunsten der vorsichtigen Behandlung der U-Bootfrage ist aber die neueste mexikanische Verwicklung. Die Expedition des Generals Junston mit einer ganz unzulänglichen Streitmacht, welche nicht über eine Eisenbahnlinie für den sicheren Nachschub von Munition und Proviant verfügt, kann jeden Augenblick zu einer lokalen Katastrophe und somit zum Kriege mit Mexiko

führen. Es ist ein Gebot elementarer Klugheit für die Vereinigten Staaten, welche nur eine rückständige Flotte und ein Landheer von 60000 Mann besitzen, wovon höchstens 25000 Mann im Auslande verwendbar sind, jede neue internationale Komplikation zu vermeiden.

Bismarck und die römische Frage

Von

Dr. S. Lulvès, Archivrat in Hannover

Bismarcks hundertster Geburtstag ist mitten in die Zeit des großen Weltkriegs gefallen! Dieses Zusammentreffens hat es wirklich nicht bedurft, um in uns die Erinnerung an die Persönlichkeit und das Wirken des gewaltigen Mannes in den einzelnen Phasen des gigantischen Kampfes bei den großen Fragen, die dieser aufgerollt hat, wach zu erhalten.

Zu den großen Fragen gehört unstreitig und nicht in letzter Linie die sog. „römische“: die Regelung der Stellung des Papsttums; sie hat sich seit dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg als unumgänglich notwendig ergeben.

Wie stand unser Bismarck zu dieser Frage? Daß er sich in den verschiedensten Perioden seines Lebens sehr eingehend mit ihr zu befassen hatte, ist bekannt.

Im folgenden seien seine charakteristischsten Meinungsäußerungen zur eigentlichen römischen Frage wiedergegeben.

Die Anerkennung des Königreichs Italien, das bereits ansehnliche Provinzen aus dem weltlichen Staate des Papstes in sich aufgenommen, hatte durch Preußen schon im Sommer 1862 stattgefunden, kurz ehe Bismarck Ministerpräsident geworden war. Weder damals noch während des Krieges von 1866, in welchem Italien sogar als Verbündeter an Preußens Seite stand und Früchte von dessen Siege einsammeln durfte, hat Bismarck Veranlassung genommen, sich an maßgebender Stelle über die römische Frage zu äußern oder zu ihr politische Stellung zu nehmen. Wohl aber erließ er — auf die Klage Pius' IX. (Ende 1862) über die zunehmenden Umtriebe Italiens, um in den Besitz Roms zu kommen — eine Note nach Turin mit der Mahnung, von allem weiteren Verlangen abzustehen: Nur „sous toute réserve“ sei das Königreich Italien von Preußen anerkannt worden.

Fünf Jahre später, am 2. November 1867, erklärte Bismarck dem englischen Botschafter Lord A. Loftus gegenüber hinsichtlich der zukünftigen Stellung des Papstes: Dieser müsse ein unabhängiger Souverän sein, wäre er auch nur der Besitzer von zehn oder hundert Morgen Land. Das Haupt der katholischen Kirche könne niemals der Untertan irgend eines Fürsten sein. Die Frage der Einkünfte zum Unterhalt des päpstlichen Stuhles müsse

von Italien durch Entschädigung des Papstes in derselben Art geregelt werden, wie der König von Hannover durch Preußen entschädigt worden sei. Der Papst müsse genügendes Einkommen haben, um die päpstliche Herrschaft in gehöriger Weise aufrecht erhalten zu können.¹⁾

Acht Tage darauf machte Bismarck, anlässlich des Zuges Garibaldis gegen Rom, den Vertreter Italiens darauf aufmerksam, daß Frankreich mit Recht Grund habe, den Papst bei der Verteidigung der Staaten des Heiligen Stuhles zu unterstützen. Auch dem französischen Botschafter Benedetti gegenüber hielt er als Vorbedingung zu der damals von Napoleon III. gewünschten Konferenz über die römische Frage die Forderung des Papstes für berechtigt, daß ihm seine ganze souveräne Macht garantiert werde.²⁾

Wohl hatte Bismarck die Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas bereits 1869, wenigstens indirekt, zu hindern gesucht; denn er sah folgenschwere Entwicklungen voraus, wenn auf dem Vatikanischen Konzil bindende Beschlüsse gefaßt würden über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, ohne daß ersterer „als gleichberechtigter Faktor zur Beratung gezogen“ würde. Um solchen Konflikten vorzubeugen, dachte er an eine gemeinsame Einwirkung aller deutschen Regierungen auf die Kurie. Er schrieb demgemäß an den Gesandten des Norddeutschen Bundes in Rom, Harry v. Arnim, und an den bayerischen Ministerpräsidenten Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe, ohne jedoch auf seine Idee einer etwaigen Kollektivprotestation einzugehen (26. Mai und 11. August 1869). Für den schlimmsten Fall glaubte er „in der parlamentarischen Gesetzgebung eine durchschlagende Waffe gegen jeden ungerechten Uebergriff der geistlichen Gewalt“ zu haben.

Er veranlaßte den Kultusminister v. Mühler zu einem vertraulichen warnenden Schreiben an die preußischen Bischöfe (vom 10. Oktober). Auf deren Vorgehen in Rom baute er in erster Linie. Dieses zu unterstützen empfahl er dringend dem Gesandten v. Arnim; dessen Vorschläge über eine offizielle Vertretung der Regierung im Konzil hatte er abgelehnt. Tatsächlich hatten die Bischöfe bereits in einem gemeinsamen Hirtenbrief zu Fulda Stellung genommen gegen die drohende Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas. Sie richteten im Januar 1870 im Verein mit den österreichisch-ungarischen Bischöfen an den Papst eine entsprechende Petition, die sich formell gegen die von ihm aus eigener Machtvollkommenheit erlassene Geschäftsordnung wandte.

Papst Pius IX. ignorierte die Petition vollständig!

Bismarck beobachtete weiter Zurückhaltung und Duldsamkeit.

Er beschränkte sich anfangs darauf, seinem Gesandten „eine möglichst ermutigende und stärkende Einwirkung auf die Bischöfe“ zu empfehlen (5. Januar 1870).

¹⁾ Loftus, *Diplom. reminisc.* I, 2, S. 196; vgl. F. v. Poschinger, *Fürst Bismarck und die Diplomaten* (1900), S. 87, 265 ff.

²⁾ Ueber Garibaldis vergebliche Versuche, im Sommer 1867 mit Bismarck in Verbindung zu treten, vgl. Th. v. Bernhards, *Zwischen zwei Kriegen* (1901), 65 ff., und Poschinger, a. a. O., 267.

Später aber unterstützte er ein warnendes Memorandum, das die französische Regierung Ende April an die Kurie richtete, durch eine Depesche an den Kardinalstaatssekretär Antonelli. Er wies darauf hin, daß die Konfessionen sich in Deutschland einander so genähert hätten, daß man hoffen dürfe, „alle lebendigen Kräfte der christlichen Bevölkerung zu vereinigen, um gemeinschaftlich die Irrtümer zu bekämpfen, deren Einfluß sich heute zum großen Schaden aller religiösen Gefühle geltend macht“.

Eindringlich gehaltene „Vorstellungen“ der preussischen und sonstigen Bischöfe der Minderheit vom 10. April, vom 8. Mai und endlich vom 17. Juli konnten den Gang der Ereignisse auf dem Konzil nicht mehr aufhalten. Am 18. Juli 1870 ward die päpstliche Infallibilität als Dogma proklamiert, dem sich bald auch die deutschen Bischöfe unterwerfen sollten.

Am Tage darauf (19. Juli) begann mit Napoleons III. Kriegserklärung der Kampf zwischen Deutschland und Frankreich. Er führte zu dem herrlichen Siege bei Sedan, dem der Einmarsch der italienischen Truppen in den Kirchenstaat am 11. September folgte.

Die Stellung des jungen Königreichs Italien, des Verbündeten von 1866, flößte Bismarck in diesem Kriege berechtigtes Mißtrauen ein. Es war ihm nicht verborgen geblieben, daß König Viktor Emanuel II. sich seit Mai 1869 auf Verhandlungen eingelassen hatte, die ein französisch-österreichisch-italienisches Bündnis erzielen wollten. Der König trug dabei nicht bloß dem Andenken an die Waffenbrüderschaft von Magenta und Solferino Rechnung, die ihm die Lombardei 1859 eingebracht hatte. Er hoffte, auf dem gleichen Wege die Lösung der römischen Frage beschleunigen zu können. Wohl war diese der Grund, weshalb Napoleon III. letzten Endes es nicht über sich gewinnen konnte, sich zu binden, gegenüber den kategorischen Forderungen des italienischen Ministeriums nach Wiederherstellung der Septemberkonvention von 1864, nach Abberufung der französischen Truppen aus Rom. Es war die Rücksicht auf seine innere Politik, auf die Mlerikale Partei; mit ihr wagte es Napoleon, wie stets,¹⁾ nicht zu verderben. Bei diesem Zaudern sollte er dann auch den günstigen Augenblick unbenutzt vorübergehen lassen.

Die drohende Gefahr der Abschwenkung Italiens zu Napoleon hatte bei Ausbruch des Krieges König Wilhelm I. sichtlich bedrückt. Die fessellose Begeisterung, welche ihn damals umjubelte, hatte von solchen Sorgen wenig geahnt. Jene Gefahr und der selbst nach Napoleons Sturz weiter währende Unmut über Italiens geringe Zuverlässigkeit beherrschten Bismarcks Empfindungen, beeinflussten seine Maßregeln, machten ihn wenig geneigt zur Unterstützung der italienischen Absichten auf Rom, auf die völlige Depossidierung des Papstes als weltlichen Souveräns — trotz allem Groll, den er diesem wegen der Unfehlbarkeitserklärung nachtrug.

¹⁾ Vgl. meinen Aufsatz: „Frankreichs Widerstand gegen die letzten Einheitsbestrebungen der Italiener“ im April-Heft der „Deutschen Revue“ 1915, S. 61 f.

Zwei entgegengesetzte Gefühle waren also bei Bismarck in der Politik gegenüber dem Papsttum mächtig.

Venes fand eine gewichtige Unterstützung in den Empfindungen seines Königs. Wilhelm I. fühlte als Mensch herzliches Mitgefühl mit dem greisen Papste; als Monarch, als geborener Vertreter des monarchischen Prinzips, betrachtete er die Okkupation Roms als „Gewalttat Italiens“.

Demgegenüber trat bei Bismarck hinsichtlich des Papsttums das bittere Gefühl zurück, das genährt war durch die Erkenntnis der Absichten der vatikanischen Politiker bei Entstehung des französischen Krieges.

Klar hat sich Bismarck darüber in der Reichstagsitzung vom 5. Dezember 1874 geäußert: „Daß der Krieg im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist und daß das Konzil deshalb abgekürzt ist, daß die Durchführung der Konzilsbeschlüsse, vielleicht auch ihre Vervollständigung, in ganz anderm Sinne ausgefallen wäre, wenn die Franzosen gesiegt hätten, daß man damals in Rom wie auch anderswo auf den Sieg der Franzosen als auf eine ganz sichere Sache rechnete, daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die römisch-politischen jesuitischen Einflüsse, die dort in berechtigter oder unberechtigter Weise tätig waren, den eigentlichen Ausschlag für den kriegerischen Entschluß gaben, einen Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde, und der ihn fast überwältigte, daß eine halbe Stunde der Frieden dort fest beschlossen war und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Prinzipien nachgewiesen ist: über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können.“

Auf dieses Thema ist Bismarck später in seinen „Gedanken und Erinnerungen“¹⁾ noch einmal ergänzend zurückgekommen:

„Den Krieg vorausgesetzt, mußte der damalige Papst damit rechnen, daß der Sieg Frankreichs über das evangelische Preußen die Möglichkeit bieten werde, den Vorstoß, den er selbst mit dem Konzil und der Unfehlbarkeit gegen die katholische Welt und gegen nervenschwache Katholiken gemacht hatte, zu weiteren Konsequenzen zu treiben. Wie das kaiserliche Frankreich und besonders die Kaiserin Eugenie damals zu dem Papste standen, ließ sich ohne gewagte Berechnung annehmen, daß Frankreich, wenn seine Heere siegreich in Berlin ständen, bei dem Friedensschlusse die Interessen der katholischen Kirche in Preußen nicht unberücksichtigt lassen würde. . . Es würden sich die gesta Dei per Francos vielleicht um einige neue Fortschritte der päpstlichen Macht bereichert haben, und die Entscheidung der konfessionellen Kämpfe, die nach der Meinung katholischer Schriftsteller (Donoso Cortes de Valdegamas) schließlich

¹⁾ Bd. II, 168, ähnlich dort S. 83: „... Ultramontane Einflüsse, welche hofften, daß Frankreichs Siege, gesta Dei per Francos, die Ziehung weiterer Konsequenzen des Vatikanums in Deutschland, gestützt auf Allianz mit dem katholischen Oesterreich, erleichtern würden. Ihre ultramontanen Tendenzen waren der französischen Politik in Deutschland förderlich, in Italien nachteilig, da das Bündnis mit letzterem schließlich an der Weigerung Frankreichs, Rom zu räumen, scheiterte.“

„auf dem Sande der Mark Brandenburg“ auszufechten sind, würde durch eine übermächtige Stellung Frankreichs in Deutschland nach verschiedenen Richtungen hin gefördert worden sein. Die Parteinahme der Kaiserin Eugenie für die kriegerische Richtung der französischen Politik wird schwerlich ohne Zusammenhang mit ihrer Hingabe für die katholische Kirche und den Papst gewesen sein.“ —

Als in der zweiten Augushälfte die italienische Regierung dem Gedanken einer Besetzung des päpstlichen Gebiets näher trat, erhielt der Gesandte Harry v. Arnim den Befehl, seinen derzeitigen Urlaub abubrechen und sich sofort auf seinen Posten nach Rom zu begeben.

Der Vermittlungsversuch, den dieser, nach mehreren anderen, noch am 17. September 1870 zwischen Kurie und Italienern, übrigens ebenfalls vergeblich, machte,¹⁾ erfolgte ohne spezielle Ermächtigung seiner Regierung; aber er dürfte den allgemeinen Verhaltensmaßregeln entsprochen haben, die Bismarck dem Gesandten für jenen leicht vorauszu sehenden Fall gegeben hatte. Allerdings enthielten sie den Satz, „daß die Sympathien Preußens für den Heiligen Vater und der Wunsch, daß Seine Heiligkeit fortfahre, eine unabhängige und geachtete Stellung zu haben, ihre natürliche Grenze fänden in den guten Beziehungen Preußens und Italiens.“²⁾

Am 20. September erfolgte dann die Besetzung Roms durch die Truppen Viktor Emanuels.

Anfang Oktober richtete der Kardinal-Staatssekretär Antonelli an den Gesandten v. Arnim die offizielle Frage, ob der Papst für den Fall, daß er Rom verlassen wolle, auf die Unterstützung des Königs von Preußen rechnen könne, daß man ihn ungehindert und in schicklicher Form abreisen lasse.

Hierauf erwiderte Bismarck am 8. Oktober durch einen doppelten Erlass,³⁾ einmal an v. Arnim: „Seine Majestät der König habe befohlen, diese Frage bejahend zu beantworten;“ sodann an den Gesandten des Norddeutschen Bundes beim König von Italien, Graf Brassier de Saint Simon in Florenz, nach Mitteilung jener Antwortnote, „daß die Freiheit und Würde des Papstes von der italienischen Regierung unter allen Umständen und auch dann geachtet werden wird, wenn der Papst wider Erwarten eine Verlegung seiner Residenz beabsichtigen sollte. Der König beauftragt Eure Excellenz, diese Hoffnung auszusprechen. Seine Majestät der König hält den Norddeutschen Bund nicht für berufen zu unaufgeforderter Einmischung in die politischen Verhältnisse anderer Länder, glaubt aber, den norddeutschen Katholiken gegenüber zur Beteiligung an der

¹⁾ R. Cadorna, *La liberazione di Roma nell' anno 1870* (1889), p. 171. — Ueber Graf v. Arnims Vermittlungstätigkeit in jenen Tagen vgl. auch das 1895 herausgegebene Grünbuch: *Roma, Settembre—Ottobre 1870*, p. 13, Nr. 7, und G. Goyau, *L'Allemagne religieuse*, IV (1909), p. 365 sqq.

²⁾ H. Wiermann (H. Robolsky), *Geschichte des Kulturkampfes* (1885), S. 4 ff.

³⁾ Ueber die Stellung der übrigen Mächte zu jener Frage vgl. meine soeben erschienene Schrift: „Die Stellung des Papsttums im Weltkriege“ („Der Deutsche Krieg“, herausgegeben von E. Jäsch, Heft 76), S. 15 f.

Fürsorge für die Würde und Unabhängigkeit des Oberhauptes der katholischen Kirche verpflichtet zu sein“.

Die Antwort der italienischen Regierung versicherte, „man würde die Stellung des Papstes durchaus achten und danach verfahren, wenn er fort wollte“.¹⁾ Dem italienischen Gesandten in Berlin, Grafen Launay, drückte Staatssekretär v. Tiele die Hoffnung aus, daß Italien in seinem eignen Interesse wie in demjenigen der ganzen Welt und zumal Deutschlands nichts unversucht lassen werde, um sich mit dem Papste auszusöhnen.

Nach dem Entgegenkommen, das Bismarck dem Vatikan gegenüber bereits gezeigt hatte, war es durchaus nicht überraschend, daß sehr bald von der gleichen Seite der Versuch gemacht wurde, den Leiter der preussischen Politik für ein Eintreten zugunsten der Wiederherstellung des Kirchenstaats zu gewinnen.

Ein derartiges Anliegen war der Gegenstand einer Adresse, welche der Erzbischof von Posen und Gnesen, Mieczislas Halka Graf Ledochowski, am 8. November 1870 — also einen Monat nach der Einverleibung des Kirchenstaates in das Königreich Italien — im Hauptquartier zu Versailles Bismarck überreichte.²⁾ Sie wollte den König zugunsten des Apostolischen Stuhles nicht bloß zu einer diplomatischen Intervention, sondern gegebenenfalls auch zu einem militärischen Einschreiten gegen Italien veranlassen. „Die Wiederherstellung des Kirchenstaats, die Befreiung des Heiligen Vaters aus der Gefangenschaft“ bezeichnete sie als „eine Verpflichtung, die allen Mächten, auch den nichtkatholischen, obliege. Denn der Kirchenstaat sei Eigentum der Christenheit, und niemand sei es gestattet, ohne schreiende Verletzung der Rechte von 200 Millionen Katholiken dieses Besitztum anzutasten. Die Macht des Deutschen Reichs gegen Italien zu lehren, um es zur Herausgabe seines Raubes zu zwingen, sei der König von Preußen den vielen Millionen Katholiken schuldig, welche unter seinem glorreichen Szepter wohnten.“

Eine solche Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Landes, die unberechenbare Folgen haben mußte und völkerrechtlich schwer zu begründen war, konnte nicht im Interesse der preussischen Regierung liegen. Das brachte bei allem Mitgefühl für die Lage des Papstes der König selbst dem hohen Prälaten gegenüber zum Ausdruck, wenn er als evangelischer Monarch einen derartigen Protest ablehnte, ihn berechtigterweise den katholischen Mächten überlassen wollte. Verstanden diese sich zu einem solchen, „so würde Preußen erwägen, ob es sich diesem Schritt anschließen werde“.³⁾ Entsprechend mußte der italienische Gesandte am 10. November nach Florenz zu berichten, die preussische Regierung suche die Empfindlichkeit ihrer katholischen Untertanen zu schonen; sie wolle sich durchaus nicht in die innere Politik Italiens einmischen, anderseits aber sich in allem, was die internationalen Beziehungen angehe, ihre Freiheit wahren.

¹⁾ M. Busch, Graf Bismarck und seine Leute, I, 337.

²⁾ G. Kohl, Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, V (1893), 200.

³⁾ Denkwürdigkeiten des Fürsten Otho von Hohenlohe-Schillingensfürst, II (1907), 28.

Bismarck schob Ledochowski gegenüber die Entscheidung hinaus. Durch einen direkt abschlägigen Bescheid wollte er ihn und seine Auftraggeber nicht verletzen. „Ob die weltliche Herrschaft für die Kirche nötig sei,“ soll er nach Hohenlohes Aufzeichnungen bemerkt haben, „könne doch nicht er, sondern müsse der unfehlbare Papst entscheiden. Also müsse der Papst erst sagen, was denn in dem Protest enthalten sein solle.“ — Der Ueberzeugung, daß der Papst „Souverän bleiben müsse“, hatte er kurz zuvor Ausdruck gegeben: „Nur fragt sich's, wie?“

Die Unterredungen mit Erzbischof Ledochowski am 8. und 9. November 1870 müssen auch die Absicht Pius' IX.; gegebenenfalls Rom und Italien zu verlassen, berührt haben.

Am Abend des 9. November soll Bismarck, nach Buschs Aufzeichnungen,¹⁾ die Angelegenheit im intimen Gespräch eingehender behandelt haben. Erst aus der Mitteilung des Grafen Hatzfeld, „daß die Italiener in den Quirinal eingebrochen sind“, ergab sich die Vermutung Bismarcks, daß der Papst „doch vielleicht wird gehen müssen. Wohin aber? . . . Ich habe ihm — Bayern vorgeschlagen. Es bleibt ihm nichts als Belgien oder Norddeutschland. Es ist in der Tat schon angefragt, ob wir ihm ein Asyl gewähren könnten. Ich habe nichts dagegen einzuwenden: Köln oder Fulda. Es wäre eine unerhörte Wendung, aber doch nicht so unerklärlich, und für uns wäre es recht nützlich, wenn wir den Katholiken als das erschienen, was wir in Wirklichkeit sind, als die einzige Macht gegenwärtig, die dem obersten Fürsten ihrer Kirche Schutz gewähren könnte und wollte.“²⁾

Dann, hinsichtlich der Befürchtung einer darum zunehmenden Ausbreitung des Katholizismus, die leicht humoristische Bemerkung: „In Deutschland, wo man den Papst vor Augen hätte als hilfessuchenden Greis, als guten alten Herrn, als einen der Bischöfe, der wie die andern ist und trinkt, eine Prise nimmt, wohl gar auch seine Zigarre raucht — da hat's keine so große Gefahr. Na, und schließlich, wenn nun auch etliche Leute in Deutschland wieder katholisch würden — ich werd's nicht —, so hätte das nicht viel zu bedeuten, wenn sie nur gläubige Christen wären. Die Konfessionen machen's nicht, sondern der Glaube. Man muß toleranter denken.“

Daß Bismarck „das Verlassen Roms für einen ungeheuren Fehler Pius' IX.“ hielt, erfahren wir ausdrücklich aus den „Tagebüchern“³⁾ des preußischen Kronprinzen, des späteren Kaisers Friedrich III. Der Kronprinz selbst und sein königlicher Vater waren entschieden gegen eine Uebersiedlung des Papstes nach

¹⁾ M. Busch, Graf Bismarck und seine Leute, I (1878), 337 f.

²⁾ Auch nach Beust (Aus drei Vierteljahrhunderten II, S. 478) waren die ursprünglichen Absichten Bismarcks nach dem Kriege sehr wohlmeinend. Er rechnete darauf, an der römischen Kurie eine Stütze zu finden. Der Vorschlag Kölns hatte viel Ansprechendes. Ein alter erzbischöflicher Sitz, eine berühmte Kathedrale, eine katholische Bevölkerung, ein sehr katholischer rheinischer Adel; dazu sollten vorzugsweise katholische Regimenter die Garnison bilden.

³⁾ Herausgegeben von M. v. Poschinger (1901), S. 120.

Deutschland, weil sie mit Recht politische Verwicklungen fürchteten. Bismarck hingegen „sieht nur den politischen Vorteil“, wie Hohenlohe zutreffend beobachtete,¹⁾ „unterschätzt die Wirkung, welche der Aufenthalt des Papstes auf die Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens haben wird, und glaubt den Papst dann für seine Zwecke benutzen zu können“.

Diese Zwecke waren die schnellere Herstellung eines Friedens; den sollte der Papst durch Beeinflussung seiner Bischöfe in Frankreich vermitteln, Ledochowski sollte für die Sache gewonnen werden. „Die päpstliche Einwirkung auf die französische Geistlichkeit im Sinne des Friedensschlusses erschien,“ äußerte Bismarck später, „wertvoll genug, um die Verstimmung der deutschen Protestanten und der italienischen Nationalpartei und der letzteren Rückwirkung auf die zukünftigen Beziehungen beider Völker mit in den Kauf zu nehmen, die das Ergebnis eines öffentlichen Eintretens für die päpstlichen Interessen bezüglich Roms sein mußte.“ Wichtig war ihm ein baldiger Frieden, bei seiner Besorgnis, daß eine Einmischung der neutralen Mächte ihm die Früchte der Siege verkümmern könne.

Dem polnischen Erzbischof widmete Geheimrat Heinrich Abeken unverhohlene Anerkennung²⁾ wegen der „weiten beschwerlichen Reise hierher auf das Kriegstheater, um dem König und dem Minister die Wünsche der Katholiken in betreff des Papstes auseinanderzusetzen. Das muß man immer anerkennen, für ihn war sein Kommen wenigstens eine physische Unbequemlichkeit; für den König allerdings gewissermaßen eine moralische. Aber Graf Bismarck meinte, es hätte auch seine Vorteile, einmal mit dem Manne, der ja ein kluger Mann sei, selbst zu sprechen und ihn sich selbst überzeugen zu lassen, was möglich sei und was nicht, auch von ihm zu hören, was er sich als möglich denkt.“³⁾

Jener erzbischöfliche Besuch im königlichen Hauptquartier zu Versailles zeitigte jedenfalls zwei bemerkenswerte Ergebnisse: Er ward durch Bismarcks Initiative

¹⁾ Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, II, 28.

²⁾ Hedwig Abeken, Heinrich Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit (1898), S. 448. Vgl. „Gedanken und Erinnerungen“, II, S. 123 f.

³⁾ Eine andre Auffassung über die Reise Ledochowskis geben die „Hamburger Nachrichten“ vom 28. Februar 1892: „Ledochowski war dorthin (d. h. nach dem Deutschen Hauptquartier) beschieden worden, um ihm mitzuteilen, daß, wenn Deutschland dem Papst einen Dienst leisten solle, es Gegendienste verlange, eine Hand wasche die andre. Ob er die Gegendienste gewähren könne und ob er dazu die Macht habe, das wolle man daran erkennen, ob auf den französischen Klerus dahin Einfluß geübt werde, daß dieser auf die französische Regierung im Interesse des baldigen Friedensschlusses einwirke. Ledochowski erklärte sich zu dem Versuche bereit und trat mit den französischen Bischöfen in Verbindung, erhielt aber einen totalen Refus, indem sich herausstellte, daß die französischen Bischöfe ihre nationalen Beziehungen höher stellten als ihre Neigung, dem Papst einen Dienst zu erweisen. Erst nachdem auf diese Weise die Impotenz des Papstes und seine Machtlosigkeit den französischen Geistlichen gegenüber festgestellt worden war, erfolgte deutscherseits die Ablehnung der Forderung, für seine Interessen einzutreten. Wenn es richtig ist, daß Ledochowski damals eine andre Richtung eingeschlagen hat, so lag dies in der Erkenntnis, daß der Papst nicht stark genug war, Deutschland die erforderlichen Gegendienste zu leisten.“ (Vgl. Hofmann, Fürst Bismarck 1890—1898, II (1913), S. 25.)

die Veranlassung zu Bemühungen Ledochowskis und des Papstes, einen Frieden zu vermitteln, sodann ward er die Ursache von Hoffnungen bei der Kurie, die auf eine schnelle Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft gerichtet waren. Recht bald sollten sie sich als übertrieben, weil schlecht begründet, herausstellen.¹⁾ Vorerst wurden sie aber gestärkt durch die papstfreundliche Tätigkeit des Gesandten v. Arnim, die in einem auffallenden Gegensatz zu der Wirksamkeit seines Kollegen am italienischen Hofe in Florenz, des Grafen Brassier de Saint Simon, stand.

Die Veröffentlichung der selbstverständlich wenig italienfreundlichen Adresse Ledochowskis in mehreren deutschen Zeitungen, die Stärkung der sich jetzt organisierenden katholischen Partei bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus beunruhigten in gleicher Weise die italienische Regierung. Sie veranlaßte ihren Gesandten in Berlin, Graf Launay, deshalb den Staatssekretär v. Thiele zu interpellieren. Letzterer beschränkte sich auf den Hinweis, daß eine Antwort des Königs auf jene Adresse noch nicht erfolgt sei, und daß es im allseitigen Interesse läge, dem Papste durch geeignete Vorkehrungen den Aufenthalt in Rom unter den veränderten Verhältnissen möglichst erträglich zu machen.²⁾

Bismarck selbst war in jenen Monaten gegen Italien wieder sehr verstimmt durch die ihm und vielen anderen unverständliche kriegerische Tätigkeit Giuseppe Garibaldis in Frankreich. Allerdings mußte der Kanzler damals wohl kaum, daß Garibaldi schon gleich nach seiner Ankunft in Tours durch den ihm dort bereiteten Empfang so enttäuscht worden war, daß er nach eigenem Geständnis am liebsten sofort nach Italien zurückgekehrt wäre. Schlimmere, für den Rest seines Lebens unverwindbare Beleidigungen sollten ihm in der Nationalversammlung zu Bordeaux erst noch beschieden sein.

Bismarcks Verstimmung kam noch in einer Landtagsrede vom 24. April 1873 zum Durchbruch:³⁾

„Gerade um jene Zeit waren wir in Spannung mit der italienischen Regierung, weil wir glaubten, sie hätte das Vorgehen Garibaldis mit mehr Energie verhindern können, als sie es in der Tat getan hat, daß wir sehr lange geteilter Ansicht waren, ob Garibaldi als Soldat zu behandeln sei.“⁴⁾

Ähnlich hatte sich der Fürst bereits am 10. März 1873 im Herrenhause über Garibaldis Vorgehen geäußert, dort im Zusammenhange mit der gesamten Politik gegenüber Italien und der Kurie:

¹⁾ Die in Italien und Frankreich verbreitete Befürchtung, daß Preußen für die Wiederherstellung des päpstlichen Temporalen eintreten werde, eine auch von dem Philosophen Terenzio Mamiani aufgestellte Ansicht, bemühte sich Mommsen in einem offenen Briefe sowie der französische Publizist Henri de Saclière in einer besonderen Broschüre („Le pouvoir temporel du pape et le roi de Prusse“) zu entkräften.

²⁾ R. Cadorna, La liberazione di Roma nell' anno 1870 (1889), p. 491.

³⁾ S. Kohl, Politische Reden, V, 402.

⁴⁾ Vgl. die „Hamburger Nachrichten“ vom 8. März 1892: „Ueber die Erbitterung gegen Garibaldi, der an der Spitze der italienischen extrem-nationalen Bestrebungen, im Dienste der Abhängigkeit Italiens von Frankreich uns wie ein toller Hund anfiel, war damals nicht bloß im diplomatischen, sondern auch im militärischen Hauptquartier groß.“

„Es hat vielleicht kaum einen Moment gegeben, wo man, abgesehen von allem übrigen, wenn die Regierung nicht angegriffen worden wäre, geneigter war zu einer Verständigung mit dem römischen Stuhl, als gerade am Schluß des französischen Krieges... Unsere sonst naturgemäß guten Verhältnisse zu Italien unterlagen während des ganzen Krieges, ich will nicht sagen einer Trübung, aber doch einer Verstimmung, die bis zum Schluß des Friedens blieb. Es war die ganze Haltung von Italien, in welcher nach unsrer Ansicht die Liebe zu den Franzosen stärker war als das eigne Interesse des Landes.“

Nach Ledochowski fand sich der päpstliche Nunzius Ghigi in Versailles ein; er hatte eine lange Unterredung mit Bismarck und reiste dann nach Tours zur „Regierung der nationalen Verteidigung“ weiter. Der Bundeskanzler scheint sogar auf Kardinal Antonellis Ankunft, die von katholischen Kreisen Deutschlands bestimmt erwartet wurde, eine Zeitlang vorbereitet gewesen zu sein. Wenigstens soll er geäußert haben: „Daß Antonelli sich am Ende noch auf die Reise macht und hierher kommt, will manchem gar nicht einleuchten.“¹⁾ In Wirklichkeit blieb Antonelli fern; er bemühte sich nicht um ein Asyl in Deutschland.

Für den Frieden war Pius IX. bereits beim Ausbrechen des Krieges eingetreten. Um letzteren noch zu hintertreiben, hatte er am 22. Juli 1870 seine Vermittlung den kriegsführenden Monarchen angeboten. In einer höflichen Erwiderung mußte König Wilhelm die Verantwortung und das Angebot von Friedensbürgschaften auf Napoleon III. abwälzen;²⁾ von diesem konnte der Papst nur einen frostigen Bescheid erhalten.

Jetzt war die Anregung zu einer Friedensintervention von Bismarck ausgegangen. Pius leistete ihr sofort Folge. Kaum drei Tage nach Ledochowskis Besuch in Versailles, am 12. November, richtete er an den Erzbischof von Tours, den späteren Kardinal Guibert, die Aufforderung, bei der derzeitigen Regierung Frankreichs für Friedensideen zu wirken, und machte am 16. November dem König davon Mitteilung. Er plante die Durchführung eines vierzehntägigen Waffenstillstandes. Auf eine Verproviantierung von Paris, die damit verbunden werden sollte, konnte sich König Wilhelm nicht einlassen. Aus Bordeaux erschien kein bevollmächtigter Unterhändler der dortigen Nationalversammlung, und so führten die Vermittlungsbemühungen des Papstes zu keinem Ergebnis. Zudem waren sie in dieser Form nicht nach Bismarcks Absichten. Für die von ihm gewünschte Einwirkung auf die französische Geistlichkeit und durch letztere auf die französische Bevölkerung ließ sich eine päpstliche Intervention nicht gewinnen. Aus dem Mißerfolge Ledochowskis und des Erzbischofs Bonnehose von Rouen beim französischen Klerus entnahm Bismarck, „daß es der päpstlichen

¹⁾ S. Robolsky, Bismarck nach dem Kriege, S. 13. Vgl. G. Goyau, Bismarck et l'Eglise, I (1911), p. 129.

²⁾ S. Han, Fürst Bismarck, II (1878), 67 f.

Macht entweder an Stärke oder an gutem Willen dazu fehlen müsse".¹⁾ Hatte Pius IX. geglaubt, wenn er Frankreich zu Gebietsopfern bewegen würde, daß er dann eine günstigere Lösung der römischen Frage erlangen könnte, so war das eher im Sinne v. Arnims als in dem Bismarcks gewesen.

Die Erfüllung der Hoffnungen des Papstes auf diesem Wege hatte sich nicht ermöglichen lassen. Nun sollte es sich sehr bald zeigen, daß sie auf andern mit um so größerer Energie wenigstens versucht werden würde. Die Versuche wurden von drei Seiten um die Mitte Februar 1871 im deutschen Hauptquartier zu Versailles unternommen; sie bewiesen, daß damals die Ansicht verbreitet gewesen sein muß, die Zukunft der weltlichen Herrschaft des Papstes läge in Bismarcks Händen! Aus diesem Gefühl heraus ist des Kanzlers Tischbemerkung vom 13. Februar verständlich: „Ich hoffe, es auch noch zum Vertrauensmann der katholischen Kirche zu bringen. Nichts kann törichter sein, als mich für einen Feind des römischen Stuhles zu halten. Für mich ist der Papst an erster Stelle eine politische Figur, und ich habe einen angeborenen Respekt vor allen realen Mächten und Gewalten. Ein Mann, der über die Gewissen von zweihundert Millionen Menschen verfügt, ist für mich ein großer Monarch, und ich würde nicht das mindeste Bedenken tragen, geeignetenfalls in politischen Dingen auch die Vermittlung und selbst auch den Schiedsspruch des Papstes zu provozieren.“²⁾

Vom 13. bis 16. Februar weilte im Hauptquartier der bereits erwähnte Erzbischof von Rouen, Kardinal de Bonnechose. Für Bismarcks Friedensidee hatte er sich, ebenso wie Ledochowski selbst, beim französischen Episkopat bemüht, aber nur eine kühle Ablehnung gefunden. Jetzt trug er in Versailles eine spezielle Idee vor: Das neue deutsche Kaisertum sollte überall in Europa die Revolutionen setzen und auf der Apenninhalbinsel die alte Staatenzusammenstellung wiederherstellen: „Dem Papst den ihm durchaus nötigen Länderbesitz wiedergeben, Italien auf Lombardei und Venetien beschränken, den König von Neapel und den Großherzog von Toskana wiedereinsetzen“ usw. Das alles durch Napoleons III. Universalmittel, durch einen Kongreß — wie der Kronprinz, nach seiner Unterredung mit dem Kardinal, am 14. Februar in seinem Tagebuch notiert hat.³⁾

¹⁾ Ähnlich äußert sich ein Artikel Bismarcks in den „Hamburger Nachrichten“ vom 8. März 1892: „Wir glauben noch heute, daß, wenn der Papst damals die Macht und den Willen gehabt hätte, den Zielen der deutschen Politik seinen Beistand zu widmen, Deutschland auch nicht abgeneigt gewesen sein würde, das päpstliche Interesse bei dem damaligen Italien zu vertreten, wenn es auf diesem Wege die schnellere Sicherung der deutschen nationalen Einigung hätte erreichen können.“ (Vgl. Hofmann, a. a. O., II, S. 29.)

²⁾ S. v. Poschinger, Fürst Bismarck, Neue Tischgespräche und Interviews, I, 68. Ueber das Papsttum als „politische Macht“ hat sich Bismarck noch im Landtage am 10. März 1878 (Polit. Reden, V, 284 f.) eingehend ausgesprochen; vgl. auch M. Busch, Unser Reichskanzler, X, 189.

³⁾ M. v. Poschinger, a. a. O., S. 134.

Aus seiner Audienz beim Kaiser meinte Bismarck den Eindruck gewinnen zu dürfen, daß Wilhelm I. sich zu einer energischen Genugtuung für die katholische Welt verpflichtet fühlte. Von Bismarck berichtet er den vielleicht in seinem Sinn absichtslos gefärbten Bescheid: „Zurzeit können wir Italien nicht angreifen. Niemals werden sich für den Papst deutsche Protestanten niederschließen lassen. Andre Mittel werden sich finden, um Pius IX. unterstützen zu können und schließlich triumphieren zu lassen.“

Die Wiederherstellung des päpstlichen Temporalen mit Hilfe der deutschen Reichsregierung war ferner Gegenstand zweier Adressen von deutscher Seite an den Kaiser. Die eine kam vom Malteserorden. Eine Deputation, geführt vom Herzog von Ratibor, dem Bruder von Fürst und Kardinal Hohenlohe, und vom Freiherrn Schorlemer-Overhagen, überbrachte sie am 8. Februar Wilhelm I.; sie ward mit dem tröstlichen Bescheide beantwortet: Des Kaisers Gesinnungen für den Papst, „als den kirchlichen Oberherrn seiner katholischen Untertanen“, seien noch stets dieselben. Er sehe in der Okkupation Roms „einen Gewaltakt sowie eine Annäherung von seiten Italiens“, und er würde nach Beendigung des Krieges in Gemeinschaft mit den andern Fürsten Schritte dagegen in Betracht ziehen.¹⁾

Die andere kam von der soeben nach Abschluß der preussischen Landtagswahlen Ende 1870 gestifteten katholischen Fraktion des Abgeordnetenhauses, an deren Spitze der unverföhnliche Welfe L. Windthorst neben Savigny und bis 1874 neben H. v. Mallinckrodt getreten war. Die am 18. Februar durch den Bischof Ketteler von Mainz überreichte Adresse von 56 Abgeordneten der neuen Zentrumsparthei forderte „als eine der ersten Taten kaiserlicher Weisheit und Gerechtigkeit die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des römischen Stuhls“.²⁾

„Deutschlands siegreiche Abwehr sahen wir in der Mißachtung alles Rechtes von einer fremden Macht benutzt, um den Katholiken unerträgliche Gewalt und den beleidigendsten Hohn anzutun . . . Der Papst seiner weltlichen Herrschaft beraubt, die älteste der legitimen Mächte der Christenheit vernichtet. — Für das Papsttum gibt es keine andre Unabhängigkeit als die Souveränität; nur in ihr ist seine Würde vollkommen gesichert.“

Die Adresse verwies zum Schluß auf „die notwendige Wiederaufrichtung der weltlichen Herrschaft des römischen Stuhles, zu welcher auf dem Kongreß zu Wien Guer Majestät Vater, König Friedrich Wilhelm III., so hervorragend mitgewirkt“.

Der endgültige Bescheid, die völlige Absage, welche Bismarck dem Erzbischof v. Ledochowski persönlich zu geben unterlassen hatte, erfolgte dann auf alle derartigen Versuche, die Macht des neuen Deutschen Reichs den Interessen des Papsttums dienstbar zu machen, aus dem Munde des Monarchen durch die

¹⁾ H. Rüst, Reichskanzler Fürst Chlodwig zu Hohenlohe (1897), 667.

²⁾ Politische Reden, V, 201.

Thronrede bei Eröffnung des ersten Deutschen Reichstags am 21. März 1871. Sie verwahrte „Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauche seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller andern Staaten und Völker, der schwachen wie der starken. Das neue Deutschland wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eignen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren.“

Die kategorische Erklärung der Thronrede, sich nicht in die Angelegenheiten fremder Staaten und damit auch nicht in die Italiens mischen zu wollen, fand die volle Zustimmung der Mehrheit des ersten Reichstags. In der von ihr als Antwort angenommenen Adresse aus der Feder Rudolf v. Bennigsens kam sie durch folgende Worte zum Ausdruck:

„Die Tage der Einmischung in das innere Leben andrer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren.“

Die Zentrumsparlei versagte mit 63 Stimmen dieser Adresse die Zustimmung: Aus der Debatte hatte sich ergeben, daß sie im Grunde weiter das Einschreiten Deutschlands für die Wiederherstellung des Kirchenstaats wünsche. Das war somit vom Reichstag abgelehnt worden.¹⁾

Die erfolgte Proklamation des deutschen Kaiserreichs hatte Bismarck nicht versäumt, Pius IX. durch ein kaiserliches Schreiben zu notifizieren. Er behandelte den Papst damit als Inhaber wirklicher Souveränität, ohne Rücksicht auf den Verlust seiner weltlichen Herrschaft. Hierdurch angenehm berührt, antwortete Pius IX. am 6. März mit einem freudigen Glückwunsch und mit der Wiedergabe der Hoffnung, daß das große Ereignis „nicht allein für Deutschland, sondern für ganz Europa zum Heil gereichen wird,²⁾ daß der Ausdruck der kaiserlichen Freundschaft nicht wenig beitragen werde zum Schutze der Freiheit und der Rechte der katholischen Religion“.

Nach dem Vorstoß der deutschen Zentrumsparlei zugunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes und nach dem Antrage, die kirchenpolitischen Artikel 12, 15, 27 bis 30 der preußischen Verfassungsurkunde als „Grundrechte“ der deutschen Reichsverfassung einzuverleiben, begann sich der Streit zwischen der katholischen Partei und der Regierung allmählich zu entwickeln, der sog. Kulturkampf.

Noch glaubte Bismarck, daß die Haltung der neuen Partei, wie sie sich weiterhin ergab, nicht mit den wirklichen Absichten der Kurie übereinstimme. Auf ausdrückliche Anfragen hin wußte der bayerische Gesandte und zeitweilige Geschäftssträger des Deutschen Reichs in Rom, Graf Tauffkirchen, an Bismarck

¹⁾ Polit. Reden, V, 202; L. Sahn, Fürst Bismarck, II, 344 f. — Ueber die damaligen Absichten der Zentrumsfraktion äußerte sich bald darauf eingehend einer ihrer Führer, Aug. Reichensperger, in der „Revue générale“, vgl. L. Pastor, Aug. Reichensperger, II (1899), 84 ff.

²⁾ L. Sahn, Fürst Bismarck, II, 396.

am 21. April bzw. 10. Mai 1871 allerdings zu berichten, daß Kardinal Antonelli „die Haltung der katholischen sog. Zentrumsfraktion im Reichstage als taktlos und unzeitgemäß mißbillige und beklage“, der Papst sie „als inopportun und unpraktisch bezeichne und beklage“.

Als aber diese Äußerungen in der Öffentlichkeit bekannt wurden und dem Bischof Retteler am 28. Mai 1871 zu einer Rückfrage beim Kardinalstaatssekretär Veranlassung gegeben hatten, berichtete dieser in seiner Antwort den Sinn seiner Worte dahin, daß er „die Absicht, den Reichstag zu einer Meinungsäußerung über eine zum Schutze der weltlichen Herrschaft der Kirche zu beschließende Intervention zu veranlassen, nur für verfrüht erachte“. Er habe „durchaus nicht das Bestreben der katholischen Abgeordneten getadelt, das Wohl der Kirche zu fördern und die Rechte des Heiligen Stuhles zu schützen“.

Diese Richtigstellung, die fast einem Widerspruche gleichkam, hat Bismarck später in einem Artikel der „Hamburger Nachrichten“¹⁾ mit der Betrachtung erklärt: „Schon damals fand die neue Fraktion eine wirksame Unterstützung bei einer neben dem Papsttum in der katholischen Kirche starken Macht von erheblicher Wirksamkeit, bei den Jesuiten.“²⁾

Während Bismarck noch am 19. Juni 1871 in einem Schreiben an den Abgeordneten Grafen Frankenberg die „Mißbilligung der Haltung der Zentrumsparthei“ durch den Kardinalstaatssekretär und den Papst selbst, wie sie ihm mitgeteilt worden sei, bestätigte, diese gleichzeitig durch einen Artikel in der „Kreuzzeitung“ verwarnte, hielt am folgenden Tage Pius IX. eine tröstende Ansprache an eine Deputation aus dem Elsaß. Auf die früheren Äußerungen Wilhelms I. zurückgehend, hob er hervor, daß der Kaiser die Respektierung der päpstlichen Rechte wolle, daß er zugunsten des Heiligen Stuhles einzutreten beabsichtige. Aber deutschfreundlich war sonst der Hauptinhalt dieser Rede nicht.³⁾

(Schluß folgt)

Vom guten und schlechten Diplomaten

Vor einigen Monaten veröffentlichte die amerikanische Zeitschrift „Political Science Quarterly“ einen Artikel des Professors der Rechte an der Columbia-Universität und Doktor der Universitäten Göttingen und Löwen, Munroe Smith, welcher den „Gegensatz zwischen Strategie und Diplomatie zu Bismarcks Zeit und seither“ behandelt. Unter Benützung der „Gedanken und Erinnerungen“ sowie Bismarckscher Reden wird darin dem Fürsten-Reichskanzler

¹⁾ 21./22. März 1891, vgl. H. Hofmann, a. a. O., I, S. 345.

²⁾ Vgl. auch den Artikel vom 28. Mai 1891 in den „Hamburger Nachrichten“. (H. Hofmann, a. a. O., S. 361 f.)

³⁾ Pasquale de Franciscis, Discorsi del Sommo Pontefice Pio IX. (1872), p. 145.

ein hohes Lob gesungen, das sich um so besser von dem dunklen Hintergrunde der heutigen deutschen Diplomatie abhebt, an der (natürlich!) kein guter Faden gelassen wird. Die Ausführungen Munroe Smiths laufen auf die zum Ueberdruß abgeleierte Melodie hinaus, daß an dem gegenwärtigen Kriege der „preußische Militarismus“ die Schuld trage, während zu Bismarcks Zeiten für die Führung der deutschen auswärtigen Politik ausschließlich politische Momente maßgebend gewesen seien. Zur Bekräftigung seiner These verweist der Verfasser auf Bismarcks Verhalten gegenüber dem während der Luxemburger Frage (1867) und der russisch-französischen Intrigen von 1875 zum Kriege treibenden Molke, sowie auf des Fürsten bekannte Äußerungen über die Bedenken, die gegen bloße Präventivkriege sprechen. Er zitiert insbesondere die Äußerung des Fürsten, im Generalstabe der Armee gebe es nicht nur jüngere, strebsame Offiziere, sondern auch erfahrene Strategen, die das Bedürfnis haben, die Tüchtigkeit der von ihnen geleiteten Truppen und die eigne Befähigung zu dieser Leitung zu verwerten und in der Geschichte zur Anschauung zu bringen („Gedanken und Erinnerungen“, II, 105). Daß es zwischen den mit der Führung der auswärtigen Politik betrauten Persönlichkeiten und den militärischen Autoritäten leicht zu Meinungsverschiedenheiten über die Frage von Krieg und Frieden kommen kann und schon öfter gekommen ist, soll nicht bestritten werden, und die von Munroe Smith erwähnten Differenzen zwischen Bismarck und Molke sind keine vereinzelten Erscheinungen. Ganz ähnliche Konflikte sollen sich erst unlängst in Oesterreich-Ungarn abgespielt haben. So heißt es, daß der österreichisch-ungarische Generalstabschef Freiherr Conrad v. Hözendorf bereits während der bosnischen Annexionskrise sich dafür ausgesprochen habe, den serbischen Umtrieben ohne weiteres Jögern mit bewaffneter Macht ein Ende zu bereiten. Auch ist es eine bekannte Tatsache, daß Freiherr Conrad v. Hözendorf den Libyschen Feldzug dazu benutzen wollte, mit Italien und seinen Balkanplänen abzurechnen. Beide Male stieß er auf den Widerstand des damaligen Ministers des Außern Grafen Aehrenthal, und er sah sich deshalb veranlaßt, von seinem Posten zurückzutreten. Die Gesichtspunkte, von denen der Minister des Außern und der Generalstabschef die Sachlage beurteilen, können begreiflicherweise nicht immer dieselben sein. Ebenso klar ist es aber, daß kein Minister auswärtige Politik machen kann, ohne hinter sich eine schlagfertige Armee zu wissen. Dieses Bewußtsein ist sein stärkstes Argument. Gerüstetsein ist alles. Weil es nicht gerüstet war, mußte Rußland die Annexion Bosniens über sich ergehen lassen. Daß man wohl mit weit mehr Recht von einem russischen als von einem preußischen Militarismus sprechen kann, das zeigen die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit. Am 29. Juli 1914 gibt der russische Generalstabschef dem deutschen Militärattaché „in der feierlichsten Form sein Ehrenwort“, daß nirgends eine Mobilmachung erfolgt sei. Am folgenden Tage telegraphiert der Zar an Kaiser Wilhelm, die in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen seien schon vor fünf Tagen beschlossen worden, und am folgenden Tage gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß doch noch alles friedlich enden könne. Inzwischen hatten Großfürst Nikolaus

Nikolajewitsch und die Militärpartei hinter dem Rücken des Zaren Tatsachen geschaffen, die einen Rückzug nicht mehr zuließen.

Nach dieser Abschweifung kehren wir zu dem Artikel Munroe Smiths zurück. Er hat sich seine Aufgabe leicht gemacht, indem er zunächst die Verdienste Bismarcks um eine Politik des Friedens ins hellste Licht setzte, ohne freilich das Thema zu erschöpfen, und dann sein Wirken in Vergleich zog mit dem Verhalten der heutigen deutschen und österreichisch-ungarischen Diplomaten. Diesem Geistesheroen seine Epigonen gegenüberzustellen, ist ein billiges Vergnügen. Es sind, bei allem Respekte muß es gesagt werden, inkommensurable Größen. Derartig überragende, epochale Persönlichkeiten, wie Bismarck eine war, werden nicht alle Jahre geboren. Wie aber ein Vergleich der jetzigen Diplomaten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mit den Männern aussiele, die heute die auswärtigen Angelegenheiten Rußlands, Frankreichs, Englands, Italiens usw. leiten, davon schweigt des Dichters Höflichkeit.

Die Klagen über die Unzulänglichkeit der Diplomatie, die sich in den Parlamenten aller Länder in gewissen Intervallen zu wiederholen pflegen, sind nur selten berechtigt. Man schiebt die Schuld gewöhnlich darauf, daß die auswärtigen Vertreter mit Vorliebe gewissen bevorzugten Klassen entnommen werden, übersieht aber dabei, daß manche für den auswärtigen Dienst besonders wünschenswerte Eigenschaften gerade dort am häufigsten gefunden werden, daß ferner die gesellschaftliche Stellung eines Diplomaten, wenigstens in monarchischen Ländern, nicht ohne Einfluß auf das Vertrauen bleiben kann, das er an dem betreffenden Hofe genießt. Man vergißt endlich, daß viele Diplomaten erst während ihrer Laufbahn geabelt werden. Uebrigens sind die Fälle nicht selten, wo Outsiders, insbesondere Angehörige der militärischen Karriere oder Männer aus dem Handelsstande, auf diplomatische Posten ernannt wurden. Beispielsweise war Oesterreich während des Krimkrieges in Konstantinopel durch den früheren Lloydpräsidenten und Handelsminister Bruck vertreten und gewiß nicht schlechter als durch einen zünftigen Diplomaten.

Die Anforderungen, die an einen auswärtigen Vertreter gestellt werden müssen, sind keine geringen. Er ist das Organ seines Ministers oder richtiger, er stellt dessen Sinnesorgane vor, sein Auge, sein Ohr, seinen Mund. Ihm obliegt es, die Verhältnisse des Staates, bei dem er beglaubigt ist, seine Interessen, seine Machtmittel, die Stimmung der Bevölkerung zu studieren. Er soll Einblick gewinnen in das innerste Leben des Landes, wohin er geschickt wurde, ohne aber das Verständnis für seine heimatischen Interessen zu verlieren, ohne in dem Gedankenkreise des andern Staates aufzugehen, eine der gefährlichsten Klippen dieses Berufes. Die Berichte der diplomatischen Vertreter bilden für den Leiter der auswärtigen Politik die wesentlichste Unterlage seiner Entschlüsse. Falsche Informationen, eine unrichtige Abschätzung der gegnerischen Machtmittel können auf die Orientierung der auswärtigen Politik von dem unheilvollsten Einflusse sein. Wenn beispielsweise der weltfremde Sir Edward Grey in seiner Unterhausrede vom 3. August 1914 die Meinung äußerte, Eng-

lands Interessen würden durch einen Krieg, in den es verwickelt wird, kaum mehr leiden, als wenn es außerhalb desselben bliebe, so hat es ihm, als er diese Worte sprach, offenbar an dem richtigen Augenmaß, an der für einen Staatsmann unerläßlichen Voraussicht gefehlt. Heute würde er wohl nicht mehr so sprechen. Welch schöne Rolle hätte England spielen können, wenn es abseits geblieben wäre, Deutschland und Rußland sich gegenseitig hätte schwächen lassen, um schließlich, um all das Geld, die Schiffe und die Menschen, die ihm der Krieg bisher gekostet hat und noch kosten wird, reicher, als Unparteiischer zwischen die Kriegführenden zu treten. Diese Rolle hat sich der englische Staatskanzler wohl auch für den Fall zurechtgelegt, daß England doch am Kriege teilnehmen würde. Daraus läßt wenigstens eine Äußerung schließen, die er dem deutschen Botschafter, Fürsten Bichnowski, gegenüber fallen ließ, als sich dieser von ihm am 4. August verabschiedete. Der Krieg werde England ermöglichen, meinte er, Deutschland beim Friedensschluß wertvollere Dienste zu leisten, als eine neutrale Haltung ihm gestattet hätte. Er dachte eben nicht anders als an einen Sieg der Entente. Aus den Äußerungen Sir Edward Grey wie seiner Kollegen über Deutschland spricht eben immer wieder ein Dünkel, eine Geringschätzung, die nur mit ungenügender Sachkenntnis entschuldigt werden kann und dringend nach Belehrung verlangt. Auf denselben Fehler unrichtiger Voraussetzungen ist es zurückzuführen, daß Italien trotz dem Widerstande des Königs und vieler maßgebender Kreise in den Krieg eingriff. Gewiß haben dazu die Verlockungen der Entente wesentlich beigetragen, den Ausschlag gab aber wohl die Versicherung des italienischen Militärattachés in Wien, daß es sich nur um einen militärischen Spaziergang handle. Er stand mit dieser Auffassung nicht allein. Weder in London noch in Paris, weder in St. Petersburg noch in Rom zweifelte man daran, daß der Vierverband, vor allem Rußland mit seinem unerschöpflichen Menschenmaterial, England mit seiner alle Meere beherrschenden Flotte, seinen seit Jahrhunderten aufgehäuften Reichtümern, binnen kurzem das „arme Deutschland“ und das „zerfallende Oesterreich-Ungarn“ auf die Knie zwingen werde. Sie sind längst eines Besseren belehrt, und doch wollen sie von einem Friedensschluß nichts hören. „Ils ne sont pas encore assez battus,“ wie ein französischer Diplomat sich einem Freunde gegenüber äußerte. Allerdings meinte er die „Boches“.

Ein flüchtiger Vergleich der Diplomatie Rußlands und Oesterreich-Ungarns, der alten Gegenspieler auf dem Schachbrett der Balkanhalbinsel, möge den Abschluß dieser kritischen Betrachtung bilden.

Die Tätigkeit der russischen Diplomatie würde eine besondere Behandlung verdienen. Namen wie Ignatiow, Tarylow, Pitrowo, Hartwig und — last, not least — Iswolsky sprechen für sich. Und trotz aller Schlaueit und Verlogenheit ihrer Vertreter gleitet die heutige russische Politik von Mißerfolg zu Mißerfolg. Zwar gelang es dem unter russischer Patronanz gestifteten Balkanbunde, der Türkei den größten Teil ihres europäischen Besitzes zu entreißen, allein bei der Verteilung der Beute wurde Bulgarien in der brutalsten Weise

benachteiligt und um die Früchte seiner Siege beraubt. Dennoch gab man sich in Petersburg der Hoffnung hin, Bulgarien, das man ein Jahr vorher so schmachlich im Stich gelassen hatte, werde sich durch die Aussicht auf einen Gebietszuwachs verführen lassen, dem russischen Diktat zu gehorchen, seine Beziehungen zu den Mittelmächten abubrechen und im Verein mit dem von ihm gehaßten Serbien und mit Griechenland sich neuerdings einem Kreuzzuge gegen die Türkei anzuschließen. Das eroberte Konstantinopel hätte es dann wie ein gut dressierter Jagdhund Rußland zu Füßen zu legen. So hat die russische Balkanpolitik in den letzten Jahren vollkommen versagt. Sie hat Fehler auf Fehler gehäuft, die nie wieder gutzumachen sind. Bulgarien und die Türkei, mit den Mittelmächten verbündet, bilden in Zukunft eine unübersteigliche Barriere gegen Rußland, während seine Schützlinge, Serbien und Montenegro, zu Boden gestreckt sind. Alle schönen Reden Saffonows ändern nichts an diesen Tatsachen. Man hätte in St. Petersburg besser getan, die Mahnungen Kuropatkins zu beherzigen, der im Jahre 1910 die prophetischen Worte niederschrieb: „Wenn Rußland dieser Einmischung in eine ihm fremde und zu gleicher Zeit für Oesterreich ein naheß Lebensinteresse bildende Sache nicht ein Ende setzt, so kann man im zwanzigsten Jahrhundert der serbischen Frage wegen den Ausbruch eines Krieges zwischen Rußland und Oesterreich erwarten.“

Ein weitaus besseres Zeugnis wird man der österreichisch-ungarischen auswärtigen Politik ausstellen können. Auf den Traditionen des Fürsten Kaunitz, für den Maria Theresia das Palais auf dem Ballhausplatz erbauen ließ, und Metternichs fußend, haben eine Reihe bedeutender Persönlichkeiten ihren Einzug in das „graue Haus“ gehalten. In aller Erinnerung sind noch Graf Andrassy, der Unterzeichner des Bündnisses mit Deutschland, der Wegweiser der neueren österreichisch-ungarischen Balkanpolitik, Graf Kalnozy, der Widerpart Rußlands zur Zeit des ostrumelischen Kummels, und der zu früh verstorbene Graf Aehrenthal. War es nicht ein diplomatisches Meisterstück, wie er nach der Annexion Bosniens mit drei offenen Gegnern und einem heimlichen fertig wurde, wie er Schritt für Schritt den russischen Konferenzvorschlag seines Inhalts beraubte, bis dieser schließlich als leere Hülle zu Boden fiel?

In der seit langer Zeit erwarteten Auseinandersetzung mit Rußland, die Oesterreich-Ungarn und seinem treuen und mächtigen Bundesgenossen so große militärische Erfolge einbrachte, hat sich auch die Diplomatie der beiden Kaiserreiche ihrer Aufgabe würdig gezeigt. Und so wie diese große Zeit ihre großen Feldherren gefunden hat, wird sie auch ihre großen Staatsmänner finden, die das nach dem Kriege zurückbleibende Chaos entwirren werden zu Nutz und Frommen ihres Vaterlandes. Wir können mit Zuversicht erwarten, daß der Wunsch, den nach den Napoleonischen Kriegen Blücher äußerte, die Federn der Diplomaten mögen nicht wieder verderben, was das Volk mit so großen Anstrengungen errungen, und der auch jetzt auf aller Lippen schwebt, in Erfüllung gehen wird, wenn die Zeit dafür gekommen ist.

Englands Schädigung aus der Luft

Schon im Dezember 1914 bemerkte „New York World“ gelegentlich des Vorstoßes deutscher Kreuzer nach der englischen Küste vom 16. Dezember (Hartlepool): „Der Krieg ist nun auch den Engländern nahe vor die Augen gerückt, wie den übrigen Kombattanten.“ Diese praktische Belehrung ist seitdem in erhöhtem Maße fortgesetzt worden. Unsere Flotte hat ungeachtet Englands „Beherrschung der Meere“ mehrere recht drastische Beweise von ihrem Vorhandensein abgelegt, und den Unterseebooten im besondern sind allein 379 Dampfer, 31 Segelschiffe der englischen Handelsflotte seit Kriegsbeginn zum Opfer gefallen. Ganz besonders aber haben unsere Marineluftschiffe dazu beigetragen, England die Leiden des Krieges am eignen Leibe fühlen zu lassen. Von der Themse bis Firth of Forth ist am Beginn des April den Briten in fünf Nächten die Tatsache neuerdings wie schon oft wieder vor Augen geführt worden, daß der Stahlpanzer ihrer Schiffe und die insulare Lage vor recht erheblichen Verlusten durch unsere Luftschiffe nicht schützen können. Kanonen, Maschinengewehre, Flieger und Soldaten sind weit verteilt zur Abwehr aufgestellt. 100 000 Mann sollen auf diese Art der Front entzogen sein. Die „Rölnische Zeitung“ schrieb zu diesen neuesten Lustangriffen:

„Keine Entfernung schützt mehr die Insel, auf der die verruchteste Herrschgier der Weltgeschichte eine Heimstätte gefunden hat. Die Engländer mögen die Lehre beherzigen, die diese drei (inzwischen sind es fünf) Nächte ihnen erteilen. Die deutschen Luftschiffe kommen immer häufiger und tiefer nach England hinein. Sie kommen mit immer furchtbareren Waffen und lernen bei jedem neuen Besuche besser, wie sie den feindlichen Gegenmaßregeln entgehen. Die Engländer sind es, die das Ende des furchtbaren Krieges verhindern und prahlen, daß sie noch auf Jahre hinaus weiterkämpfen wollen. Nun wohl, sie mögen aus diesen drei Nächten lernen, daß die Fortsetzung des Krieges ihnen immer furchtbarere Ueberraschungen bringen wird.“

Die englischen Berichte bemühen sich natürlich, die Wirkung der Lustangriffe in Abrede zu stellen. Geringe Menschenverluste werden zugegeben, alte Weiber und Kinder besonders hervorgehoben. Von all den Treffern in Londoner Docks, Munitionsfabriken und sonstigen wichtigen Baulichkeiten, „von den gewaltigen Bränden, heftigen Explosionen mit ausgedehnten Einstürzen“ wird nichts gesagt, dagegen die Zerstörung einer Möbelfabrik betont. Doch das ist, wie gesagt, erklärlich, denn die Bekanntgabe, das Einräumen schwerer Schädigung oder Vernichtung könnte uns ja nur zu immer erneuten derartigen Angriffen veranlassen, würde auch die Bevölkerung Englands noch mehr beunruhigen.

Die Herren Asquith und Grey aber werden besser Bescheid wissen. Man könnte sich wohl denken, daß sie trotz aller großsprecherischer Redensarten ernste Besorgnisse vor erneuten Besuchen hegen, denn dann würde vielleicht auch ihre Vertuschungs- und Lügenmacht gebrochen werden. Sie würden sich gezwungen

sehen, die Wahrheit zu bekennen. Das englische Volk aber würde an diesen „Vätern der Lüge“ Rache nehmen für die Leiden, welche von diesen Gentlemen verursacht sind, die an dem ganzen Kriege so wesentlich Schuld tragen. Um diese Erkenntnis beim Volke hinauszuschieben und aus Furcht vor persönlicher Strafe wird deshalb — solange es möglich ist — weiter gelogen.
G.

Die diplomatische Vorgeschichte des Krieges der Vereinigten Staaten gegen Spanien

Von

Baron Hengelmüller

(Schluß)

Von dem Momente der Sendung der „Maine“ an trat das Verhängnis in die Szene und unterstützte mächtiger als alles andre die seit langem für den Krieg wirkenden Tendenzen. Drei Jahre hatte Mr. Dupuy de Lome mit verzweifelter Anstrengung gegen Wind und Wetter gekämpft, um die guten Beziehungen beider Länder auf dem laufenden zu erhalten. Nun sollte seine eigne Person zum weitem Stein des Anstoßes für dieselben werden. Ein Privatbrief, den er an seinen Freund Canalejas nach Habana geschrieben hatte, war dort gestohlen worden, bevor er in die Hände des Adressaten gelangt war, und erschien anfangs Februar in den amerikanischen Zeitungen. In demselben nannte Dupuy den Präsidenten Mac Kinley einen Politiker niederer Sorte, schwach, dem Pöbel schmeichelnd, und von dem Wunsche geleitet, sich die Türe nach beiden Seiten offen zu halten und mit den Jingos seiner Partei gut zu stehen. Ueberdies wies er darauf hin, wie es zweckmäßig wäre, für die Handelsvertragsfrage, wäre es auch nur zum Scheine, zu agitieren, und erklärte gleichzeitig die spanische Sache auf Kuba ohne militärische Erfolge für verloren. Der Brief gelangte in die Hände der kubanischen Junta in Newyork, welche ihn im Originale Mr. Mac Kinley schickte und gleichzeitig in den Zeitungen veröffentlichte. Mr. Mac Kinley sandte den Untersstaatssekretär Day mit dem gestohlenen Brief in der Tasche zu Dupuy, um ihn über die Anerkennung seiner Autorität zu befragen, und ließ sodann in Madrid dessen sofortige Abberufung verlangen. Dieser hatte aber selbst die Konsequenzen seines Unfalls gezogen und seine Enthebung noch am Vorabend der Entrevue mit Mr. Day telegraphisch erbeten. Die amerikanische Regierung wurde dadurch des Vergnügens beraubt, einen weiteren Gesandten zum Lande hinauszumerfen, aber für Spanien war der Zwischenfall eine Demütigung sowohl wie ein Unglück, und von der amerikanischen Jingopresse wurde er natürlich nach Kräften ausgebeutet.

Das Interesse an demselben sollte aber rasch durch größere Ereignisse in den Hintergrund gedrängt werden. Am 15. Februar gegen 10 Uhr abends flog

die „Maine“ im Hafen von Habana in die Luft, und der größere Teil ihrer Besatzung, ungefähr 260 Personen, fand hierbei den Tod. Die Ursachen der Explosion sind bis heute unerklärt geblieben und werden es wohl für alle Zukunft bleiben. Aber der Verdacht, daß nicht ein Zufall, sondern spanischer Frevel das Unglück herbeigeführt habe, entsprang in Amerika sofort, verbreitete sich blitzschnell über das ganze Land und wurde nach Veröffentlichung des Befundes der amerikanischen Untersuchungskommission zum Dogma.

Die spanische Regierung hatte gewünscht, die Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe gemeinschaftlich führen zu lassen, aber von amerikanischer Seite ist man hierauf nicht eingegangen. Mr. Mac Kinley ernannte zu diesem Zweck eine spezielle Kommission von amerikanischen Seeoffizieren, welche nach Untersuchung des Wracks, Einvernehmung der geretteten Offiziere und anderer Sachverständiger zu dem Befunde gelangte, daß die Explosion von außen, am wahrscheinlichsten durch eine unterseeische Mine, herbeigeführt worden sei. Ueber die Frage, wen hierfür die Schuld treffe, enthielt sich der Kommissionsbefund jeglicher Schlüsse, die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten war darüber nicht im Zweifel, daß, möge die Schuld wen immer treffen, die Verantwortung für dieselbe der spanischen Regierung zufalle, und grimmig kochte in ihr der Wunsch nach Abrechnung.

Der Befund der Untersuchungskommission gelangte erst am 25. März nach Washington. Mittlerweile herrschte dort schwüle Ruhe. Der Kongreß folgte sich der Einwirkung der Administration und enthielt sich vorläufig jeder weiteren Agitation der Frage. In Privatziakeln sprach man aber von nichts anderem, man fühlte, daß sofort nach dem Eintreffen des erwarteten Berichtes das Gewitter losbrechen werde, und der Glaube an die Unabwendbarkeit des Krieges wurde immer fester und allgemeiner. Bereits am 9. März hatte der Kongreß ohne Debatte einen Kredit von 50 Millionen Dollar zu Rüstungszwecken votiert und dessen Verwendung dem Befinden der Exekutive anheimgegeben. Diese traf militärische Maßnahmen, kaufte zwei Kriegsschiffe in England, errichtete zwei neue Artillerieregimenter und zog ihre Flotte bei Key West, gerade gegenüber von Habana, zusammen.

Mr. Mac Kinley konnte sich keinen Illusionen darüber hingeben, daß die Fügbarkeit, mit der ihm der Kongreß in jenen Tagen die Führung überließ, sowie die Fülle des Vertrauens, welches ihm in der Presse sowohl als in andern öffentlichen Manifestationen dokumentiert wurde, auf der Erwartung beruhten, daß seine Politik die von der überwältigenden Majorität der Bevölkerung gehegten Wünsche verwirklichen werde. Diese waren aber auf die Entfernung Spaniens aus Kuba gerichtet, weil nur diese volle Sühne für den von Neunzehntel aller Amerikaner geglaubten spanischen Frevel zu bieten schien. Der mit der stetigen Gewalt eines mächtigen Stromes auf ihn wirkenden Preßion der öffentlichen Meinung hatte der Präsident wenig entgegenzusetzen, und er zermartete vergebens seinen Kopf, um eine Lösung zu finden, welche sein Land befriedigen und doch nicht zum Kriege mit Spanien führen würde. Die erste

Idee, welche sich ihm darbot, war die Anerkennung der Unabhängigkeit Kubas; aber nach den Berichten, die ihm von kürzlich aus Kuba zurückgekehrten verlässlichen Männern über die wahre Beschaffenheit und Organisation der Insurgenten gemacht wurden, ließ er dieselbe wieder fallen. Dann dachte er an die Einleitung einer Hilfsaktion der Vereinigten Staaten für die durch die Weyler'schen Konzentrierungsordern dem Elend und Hunger preisgegebenen Kubaner und hatte schon eine Botschaft an den Kongreß fertig, um zu diesem Zwecke eine Bewilligung von 500 000 Dollar zu verlangen. Aber die Stimmung des Kongresses war nicht derart, um sich mit solchen Maßregeln zufrieden zu geben. Der Mantel der Humanität und des Mitleides für die armen Kubaner hing den Senatoren von der Schulter, aber in ihren Gemütern lodte der Rachedurst für die „Maine“. Die Verhandlungen, welche Mr. Mac Kinley hinter den Kulissen mit den Führern beider Häuser pflog, lehrten ihn, daß er entschiedener Schritte ergreifen müsse, um die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen und die Führung in Händen zu behalten. In dieser Lage unternahm er einen nochmaligen Versuch, um von Spanien im diplomatischen Wege neue und positive Konzessionen zu erlangen, welche der erregten öffentlichen Meinung seines Landes Genugtuung gewähren und ihn Zeit gewinnen lassen sollten.

Was der Präsident in Madrid verlangen ließ, war die sofortige Proklamierung eines Waffenstillstandes auf Kuba, die Zustimmung zur amerikanischen Unterstützung der Konzentrados, die Erweiterung der bereits zugesagten Autonomie und das Einverständnis, daß, wenn die weiteren Verhandlungen zwischen der spanischen Regierung und den Insurgenten bis zum 1. Oktober nicht zum definitiven Frieden führen sollten, die ganze Frage dem Schiedsspruche des Präsidenten der Vereinigten Staaten anheimgegeben werden solle. In der Frage der „Maine“ stellte Mr. Mac Kinley keine positive Forderung. Er begnügte sich, den Bericht seiner Kommission in Madrid mitteilen zu lassen, es der spanischen Regierung überlassend, welche Folgerungen sie aus demselben ziehen wolle.

Von spanischer Seite war mittlerweile auch eine Kommission zur Untersuchung der Ursachen der „Maine“-Katastrophe eingesetzt worden, welche im Gegensatz zur amerikanischen zu dem Schluß gelangte, daß die Explosion des Schiffes durch einen Zufall von innen bewirkt worden sei. Ihrem Berichte schenkte aber in den Vereinigten Staaten niemand die geringste Beachtung. Ebenfalls nahm die Bundesregierung von dem Ansinnen Spaniens, die Entscheidung über die Frage nach der Ursache einer internationalen Kommission von Seeoffizieren dritter Mächte zu unterbreiten und alle Konsequenzen deren Wahrspruches auf sich zu nehmen, Notiz. Für sie war mit dem Befunde ihrer Kommission die Herbeiführung der Explosion durch eine äußere Ursache erwiesen, und damit blieb die Frage zwischen beiden Nationen unbereinigt.

Am 28. März legte der Präsident dem Kongresse den Kommissionsbefund vor; aber seine Botschaft, welche sich auf die Konstatierung der erhobenen Tatsachen beschränkte und eine weitere Aktion nicht erwähnte, rief Unzufriedenheit

hervor. Die Lage in Kuba wurde zum Gegenstand neuer Debatten im Senate, bei denen der Zorn gegen Spanien scharf hervortrat. Mr. Hearst, der Eigentümer des „New York Journal“, hatte eine Yacht nach Kuba gemietet und den Senat zur Fahrt dahin eingeladen. Die drei Senatoren, Money, Thurston und Gallinger, welche von der Einladung Gebrauch gemacht hatten, erwiderten die Höflichkeit ihres Gastherrn durch im Sinne seines Journals gehaltene Brandreden. Den größten Eindruck im Lande machte aber eine Rede des Senators Proctor, der die Reise nach Kuba für sein eigenes Geld gemacht hatte und nun die dortige Lage mit anscheinend kalter Unparteilichkeit, aber in den düstersten Farben schilderte.

In allen jenen amerikanischen Kreisen, wo man den Krieg nicht um des Krieges willen oder aus bloßem Rachegefühl wollte, erschien damals der Verkauf Kubas seitens Spaniens als die für alle Teile vorteilhafteste Lösung des so akut gewordenen Konfliktes. Nicht nur Staatssekretär Sherman, sondern auch viele Senatoren und andre einflußreiche Politiker sind mir auf diesen Vorschlag zu sprechen gekommen und haben sich in der Auseinandersetzung seiner Vorteile ergangen. Als Kaufpreis wurde stets die Summe von 200 Millionen Dollar genannt, und angesichts der späteren Ereignisse und des zutage getretenen traffen Unvermögens Spaniens, seine überseeischen Besitzungen zu schützen, liegt wohl die Frage nahe, ob es nicht besser getan hätte, auf diese Lösung einzugehen. Zweifellos lag dem Begehren Mr. Mac Kinleys, wodurch die Entscheidung über das Schicksal Kubas bis zum 1. Oktober aufgeschoben werden sollte, die Hoffnung zugrunde, daß sich Spanien mittlerweile für jenen Ausweg gewinnen lassen werde.

In Madrid fühlte man sich hilflos, aber die amerikanischen Forderungen wollte oder konnte man nicht annehmen. Bezüglich der Erweiterung der Reformen war man zwar bereit, weitgehende Zusagen zu machen, und auch die noch anfangs März so perhorreszierte amerikanische Hilfsaktion für die Rekonzentrados wollte man jetzt zulassen. Aber den Waffenstillstand wollte die spanische Regierung nur unter der Bedingung gewähren, daß die Insurgenten vorerst um denselben ansuchen und nachher die in Key West versammelten amerikanischen Kriegsschiffe aus den kubanischen Gewässern zurückgezogen werden sollten, und das Verlangen der eventuellen Unterwerfung der ganzen Frage unter den Schiedsspruch Mr. Mac Kinleys erschien ihr ganz undiskutierbar. In seinem Stolz getroffen und seiner Schwäche bewußt, wandte sich Spanien an die europäischen Mächte, um ihnen den ihm drohenden Angriff zu signalisieren und ihre Vermittlung zu dessen Abwehr zu erlangen.

Europa hat in jenen Tagen eine klägliche Rolle gespielt. Vielleicht wäre es richtiger, zu sagen, daß es nur einen neuen Beweis seiner Nichtexistenz als politischer und moralischer Einheit gegeben hat. Die Zeiten, wo das konservative Ruhebedürfnis in allen Staaten stärker war als die nationalen Aspirationen, und wo es für die leitenden Staatsmänner der einzelnen Mächte ein Leichtes war, jeder auftauchenden Störung desselben gegenüber ein allgemeines Ein-

verständnis in dem Sinne zustande zu bringen, damit alles beim alten bleibe, waren lange vorüber. In den amerikanischen Köpfen war aber die Vorstellung von jenem Europa lebendig geblieben und der aus dem bewußten Gegensatz politischer Institutionen und sozialer Struktur entsprungene, ursprünglich zumeist für den Bedarf der inneren Politik verwendete Geist des Widerspruches gegen daselbe immer angriffslustiger geworden. Verschiedene Umstände hatten hierzu beigetragen. Das politische Zentrum des Landes war von der atlantischen Küste weg nach dem Innern des Landes gezogen, alle wirklichen Elemente der Macht waren in großem Maße gewachsen, und wahrer Patriotismus wie nationale Eitelkeit lehnten nach voller Anerkennung dieser Machtstellung seitens des Auslandes. Auf territoriale Expansion waren die aggressiven Tendenzen der Vereinigten Staaten nicht gerichtet gewesen, hatten sich aber bei jeder Gelegenheit, wenigstens der Form nach, manifestiert, wo politische oder ökonomische oder selbst nur gewöhnliche Fragen des internationalen Privatrechtes mit europäischen Mächten zur Erörterung kamen. Es gibt wohl kaum eine europäische Macht, welche ähnliche Manifestationen nicht an sich erfahren hätte. Alle zusammen fühlten aber ihre Interessen durch die amerikanische Tarifgesetzgebung bedroht. Die Monroedoktrin, ursprünglich als defensives Schild gedacht, war durch die Auslegung, welche sie seitens der öffentlichen Meinung des Landes erfahren, und die Erweiterung, welche ihr Mr. Cleveland in der Venezuelaaffäre gegeben hatte, zum Angriffsschwert gegen alle europäischen Interessen in der westlichen Hemisphäre geworden. Jetzt standen die Vereinigten Staaten im Begriffe, die gewaltsame Delogierung eines europäischen Staates aus Amerika vorzunehmen, und wie immer man über die Motive des beginnenden Krieges denken mochte, so mußte es jedem denkenden politischen Kopfe klar sein, daß dessen Folgen nicht auf die amerikanisch-spanischen Beziehungen beschränkt bleiben, sondern sich auf alle Fragen der Weltpolitik ausdehnen würden.

Von allen europäischen Großmächten gab es indessen wohl keine, deren eigne direkte Interessen bei der Frage so wenig ins Spiel kamen, wie die Oesterreich-Ungarns. Das Interesse, welches wir an der Abwehr des Krieges und der Herbeiführung einer europäischen Vermittlung zu diesem Zweck nahmen, beruhte daher nicht auf politischen Gründen, sondern ausschließlich auf Rücksichten persönlichen Mitgeföhles für die Königin-Regentin Maria Christina. Diese hatte bereits am 13. März sich flehentlich an den Kaiser Franz Joseph gewendet, um durch seinen Einfluß eine gemeinsame Einwirkung in Washington zur Erhaltung des Friedens zustande zu bringen. Dem ganz menschlichen Mitgeföhle des Kaisers für die bedrängte Lage seiner Cousine ist die diplomatische Aktion des Grafen Goluchowski zugunsten Spaniens bei allen europäischen Kabinetten entsprungen, welche schließlich zu einem allerdings sehr schwächlichen Ergebnis geführt hat.

Die politische Konstellation Europas und die Beziehungen der einzelnen Mächte zueinander waren dem Zustandekommen einer gemeinsamen ernstern Aktion, wie solche in Washington allein von Erfolg hätte sein können, nicht

günstig. Frankreich war bei der Sache *con amore* dabei, Deutschland wäre vielleicht bereit gewesen, sich einer allgemeinen Intervention anzuschließen, wenn sie in ernster Weise zu erwirken war, hatte aber keine Lust, sich allein die Finger zu verbrennen. England aber trachtete die Situation für eine Annäherung an die Vereinigten Staaten auszunützen, und Rußland trug die größte Indifferenz zur Schau.

Schon Anfang März hatte der hiesige englische Botschafter der amerikanischen Regierung erklärt, daß die guten Dienste Englands zur Erhaltung des Friedens den Vereinigten Staaten auf ihren Wunsch zu jeder Zeit zu Gebote ständen, Mr. Sherman aber geantwortet, daß England Amerika allerdings einen sehr wertvollen Dienst leisten könne, wenn es Spanien zum Aufgeben seiner Herrschaft über Kuba bewegen wollte. Mr. Cambon hatte in gleichem Sinne gesprochen und sich dabei auf die Erklärungen Mr. Hanotaux' in der französischen Kammer berufen. Die amerikanische Regierung hatte indessen auf diesen Anwurf ebensowenig reagiert, und es stand sicher, daß sie eine Einmischung der europäischen Mächte in ihren Streit mit Spanien nicht anders als gezwungen annehmen würde. Einer allgemeinen Intervention, die mit voller Entschlossenheit für die Konsequenzen der Weigerung geführt worden wäre, hätte sie sich gefügt, aber mit bloßen Vorstellungen und Redensarten war in Washington nichts auszurichten. Mr. Sherman, der den Krieg nicht wollte, fragte mich damals, warum wir denn nicht zugunsten des Friedens vermitteln wollten, aber er war bereits zur bloßen Ziffer im Kabinett geworden. Jedenfalls nahm ich Anstand, diesen Wink ohne Bestätigung seitens des das Vertrauen des Präsidenten genießenden Mr. Day ernst zu nehmen, und erhielt auch von diesem die Antwort, daß Mr. Mac Kinley jeden derartigen Versuch zurückweisen würde.

Das Berliner Kabinett hatte Spanien und dessen Freunde wiederholt auf die Vermittlung des Heiligen Stuhles hingewiesen, und im Vatikan war man sehr gern bereit, dieselbe eintreten zu lassen, wenn sie zur Bewahrung des Friedens beitragen konnte. Die Bedingungen lagen aber wesentlich anders als in dem Streite um die Karolinen zwischen Deutschland und Spanien im Jahre 1885, da es von vornherein ausgeschlossen war, daß die Bundesregierung den Schiedsspruch des Papstes akzeptieren würde. Die Kurie mußte selbst in der Art ihres Herantretens an die Bundesregierung sehr vorsichtig sein, um nicht die aggressiven Elemente des amerikanischen Protestantismus gegen sich ins Feld zu rufen und die eignen katholischen Interessen zu gefährden: Spanien, welches in allen Phasen der Frage vom Unglück verfolgt war, tat auch diesmal das Seinige, um die Bemühungen des päpstlichen Stuhles zu kompromittieren, indem es auf Grund einer ihm von seinem Botschafter in Rom gewordenen unrichtigen Meldung die Nachricht in die Welt sandte, Mr. Mac Kinley ersehne die Vermittlung des Papstes und habe um dieselbe angesucht. In Wirklichkeit hatte der Heilige Vater den Erzbischof von St. Paul, Mgr. Ireland, *persona gratissima* bei Mr. Mac Kinley und mit dem Vorstehenden des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten, Senator Davis, befreundet, mit der Mission be-

traut, in Washington für den Frieden zu wirken, und mit bewunderungswürdigem Mut und Beharrlichkeit hat dieser Kirchenfürst durch drei schwere Wochen an der ihm erteilten Aufgabe gearbeitet. Der Reihe nach hat er seine Hebel bei dem Präsidenten, dem Kongreß, den Vertretern Spaniens, Oesterreich-Ungarns und Frankreichs und zuletzt selbst bei der kubanischen Junta und den mit ihr in Verbindung stehenden Finanziers eingesetzt, aber alle seine Mühen und Hoffnungen scheitern gesehen. Wenn der robuste Optimismus seiner Natur mitunter auf seine Beurteilung der Chancen seines Werkes eingewirkt hat, so hat dies sicherlich nur seinen Eifer gefördert und der Möglichkeit seines Erfolges keinen Eintrag getan. Was zu leisten war, hat der Erzbischof geleistet, aber das Gelingen seiner Mission war einfach unmöglich.

Auf unsern Rat hatte Königin Maria Christina direkt an die Königin Viktoria um deren Hilfe und Vermittlung geschrieben. Die Antwort ließ auf sich warten; als sie eintraf, war sie sehr sympathisch und teilnehmend gehalten, ging aber natürlicherweise über Versicherungen des besten Willens nicht hinaus. In England selbst waren die Anschauungen in der Frage gespalten, und die Rückwirkung der verschiedenen Strömungen machte sich auch im Kabinett geltend. In den Kreisen der oberen Zehntausend empfand man vielfach Widerwillen gegen die amerikanische Aggression und Sympathie für Spanien. Die breiten Schichten der Bevölkerung standen aber in ungeheurer Mehrheit auf seiten der Vereinigten Staaten. Die Regierung hätte zweifelsohne am liebsten allein zwischen den beiden Teilen vermittelt; da dies nicht gewünscht wurde, ließ sie sich schließlich für einen gemeinsamen Schritt in Washington zugunsten des Friedens gewinnen, knüpfte aber ihre Einwilligung an die Bedingung, vorher den Präsidenten über die Aufnahme der beabsichtigten Demarche zu sondieren und sich seiner Zustimmung zu versichern. Die Idee einer Pression auf die Vereinigten Staaten war überhaupt ausgeschlossen, aber England kam in die Lage, den Amerikanern seine Teilnahme an dem gemeinsamen Schritt als Zügel für den Eifer der andern Mächte erscheinen zu lassen.

Am 3. April erhielt ich vom Grafen Goluchowski den Auftrag, im Einvernehmen mit meinen Kollegen der fünf Großmächte, deren gleiche Instruierung mir in Aussicht gestellt war, bei der amerikanischen Regierung eine bringende Demarche zu unternehmen und unter Berufung auf die bekannten Gefühle der Humanität und Mäßigung des Präsidenten die letzten spanischen Vorschläge einer wohlwollenden Prüfung zu empfehlen, nachdem sie den amerikanischen Forderungen zum größten Teil Rechnung trügen und daher eine geeignete Basis für eine definitive Verständigung zwischen den beiden Mächten böten. Ich sollte hinzufügen, daß wir, um das Unglück eines Krieges zu verhüten, aus humanitären Gründen bereit seien, unsre guten Dienste den beiden beteiligten Regierungen zur Verfügung zu stellen, in der Ueberzeugung, daß, da beide von gleichen Gefühlen der Mäßigung und Willigkeit erfüllt seien, es möglich sein müsse, zu einem Einvernehmen zu gelangen, welches den Frieden sichere und gleichzeitig die nötigen Garantien für Herstellung der Ruhe und Ordnung auf Kuba enthalte.

Im Laufe der nächsten zwei Tage erhielten meine sämtlichen Kollegen gleiche Instruktionen, England jedoch hielt seine Reserve des vorgängigen Einvernehmens mit der Bundesregierung aufrecht. Mr. Day erwiderte dem englischen Botschafter, daß der beabsichtigte Schritt dem Präsidenten nicht unwillkommen wäre, wenn er den Charakter eines freundschaftlichen Appells an seine Friedensliebe und nicht den eines Vermittlungsantrags trüge. Wir einigten uns sohin über den Entwurf einer dem Präsidenten zu übergebenden Note im Sinne unsers Auftrages, ließen aber auf Mr. Days Sir Julian ausgedrückten Wunsch die Empfehlung der spanischen Vorschläge aus derselben fort, weil die amerikanische Empfindlichkeit dieselbe als Parteinahme für Spanien deuten konnte. Wir kamen auch überein, eine Kollektivaudienz zur Ueberreichung unsrer Note von Mr. Mac Kinley zu erbitten, welche uns anstandslos gewährt wurde und am 7. stattfand. Mr. Mac Kinley empfing uns allein, Sir Julian Pauncefote verlas unsre Note, der Präsident seine Antwort, der er die vertrauliche Bemerkung hinzufügte, daß wohl noch niemand härter an der Erhaltung des Friedens gearbeitet habe als er. Damit war die Audienz zu Ende und auch jegliche Aktion der europäischen Mächte.

Die Antwort des Präsidenten beschränkte sich auf Allgemeinheiten, ebenso wie unsre Note. Er erklärte, die freundlichen Intentionen der Mächte anzuerkennen und deren Hoffnung auf Beendigung der Lage in Kuba unter Aufrechterhaltung des Friedens zu teilen, durch Gewährung der notwendigen Garantien für die Herstellung der Ordnung auf der Insel, deren chronische Wirren die Interessen der Vereinigten Staaten schädigen, ihre Ruhe bedrohen und ihre Gefühle der Humanität beleidigen. Er fügte hinzu, daß die Vereinigten Staaten den humanitären Charakter des Schrittes der Mächte anerkennen, aber das Vertrauen hegen, daß auch diese ihre ernstesten und selbstlosen Bemühungen zur Beendigung einer unerträglich gewordenen Lage würdigen werden. Der Präsident sprach ohne Ueberhebung, aber mit dem Selbstgefühl des Oberhauptes einer großen Macht. Die Vertreter Europas standen als Bittende, nicht als Fordernde vor ihm da.

Mittlerweile hartete der Kongreß mit immer wachsender Ungebuld auf die weiteren Schritte des Präsidenten. Seine von Tag zu Tag erwartete Botschaft erlitt öfteren Aufschub. Zuerst hieß es, daß sie unmittelbar nach dem Bericht über die „Maine“-Katastrophe erscheinen und den Vorschlag der offiziellen Hilfsaktion für die kubanischen Rekonzentrados enthalten würde. Die Ausführung dieser Idee wurde zunächst auf den 31. verschoben und dann ganz fallen gelassen. Dann wartete man, förmlich mit der Uhr in der Hand, auf die Entscheidung aus Madrid über die letzten amerikanischen Forderungen, und als deren unbefriedigende Natur bekannt geworden war, wurde die Botschaft definitiv für Mittwoch, den 6. April, angekündigt. Eine ungeheure Menschenmenge belagerte alle Treppen und Zugänge zum Kapitol, die Galerien und Bänke beider Häuser waren gefüllt, aber die Botschaft erschien nicht, ihre Absendung war im letzten Moment verschoben worden, und die aus Regierungskreisen stammenden Rommuniquees der Zeitungen motivierten den Aufschub mit der Wegbringung der

angeblich in ihrer Sicherheit gefährdeten Amerikaner aus Habana, obgleich es für jedes Kind klar sein mußte, daß, wenn dieser Grund wirklich bestanden hätte, seine öffentliche Proklamierung einer Aufforderung an die Habanesen gleichkam, sich mit der Massakrierung des Generalkonsuls Lee und der übrigen Amerikaner zu beeilen.

Nach der spanischen Antwort vom 31. März hatten die direkten Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen aufgehört, die beiderseitigen Gesandten waren aber auf ihren Posten verblieben, der Nunzius in Madrid und Erzbischof Ireland in Washington arbeiteten an der Herbeiführung eines Ausgleichs, die Aktion der Mächte sollte beginnen, und Mr. Mac Kinley hatte die Hoffnung auf weitere spanische Konzessionen noch nicht ganz aufgegeben. Als das erste und notwendigste erschien ihm das Fallenlassen jeglicher Bedingung für die Gewährung des Waffenstillstandes, und je weniger die verschiedenen Friedensvermittler in Washington ausrichten konnten, um so mehr bombardierten sie Spanien, um es zu diesem weiteren Zugeständnis zu vermögen. Es ist schwer verständlich, warum man in Madrid, wo man schon so vieles geschluckt hatte, gerade an diesem Bissen so lange würgte, und noch unverständlicher, warum, während man in Madrid sich nicht erklären wollte, die neue autonome Regierung Kubas mit einem Male einen Waffenstillstand proklamierte und die Insurgenten zu brüderlicher Umarmung einlud. In Washington betrachtete man indessen die autonome Regierung wie ihre Proklamation als eine bloße Farce. Am Karfreitag entschloß man sich in Madrid zum Nachgeben, und am Ostersonntag stand die Nachricht von der Gewährung bedingungslosen Waffenstillstandes schon in den hiesigen Blättern. Ihre Wirkung fiel aber flach. Die Bundesregierung hatte den Fehler begangen, in der öffentlichen Meinung den Glauben großwachsen zu lassen, daß sie von Spanien den Verzicht auf die Souveränität über Kuba begehrt habe, und als nun die Wahrheit bekannt wurde, erschien der errungene diplomatische Erfolg gering und brachte keine Milderung in der unerträglich gewordenen Spannung der Lage hervor.

Mir erschien dieselbe so verzweifelt, daß ich mich entschloß, auf eigne Faust einen Schritt bei dem mir befreundeten Vizepräsidenten der Republik zu unternehmen, um womöglich die amerikanische Regierung zur Würdigung der spanischen Konzessionen zu veranlassen. Mr. Hobart empfing mich in seinem Arbeitszimmer, in Gegenwart seines beiläufig vierzehn Jahre alten Sohnes und eines Maschinenschreibers, und ließ sich dann über Spanien, die „Maine“, den Präsidenten, den Kongreß und die Friedenschancen aus. Während dessen las der Sohn an einer Zeitung und fingerte der Schreiber an seiner Maschine. Mr. Hobart erklärte mit Bestimmtheit, daß die Waffenstillstandskonzession nicht genügen werde, um den Kongreß von der Kriegserklärung abzuhalten, der Präsident in seinen Bemühungen für den Frieden ohnehin schon weiter gegangen sei, als Erabition und politische Klugheit es gestatteten, daß er höchstens die Partei spalten könne, das Land den Krieg wolle und Rache für die „Maine“ das leitende Motiv sei. Ich betrachtete nach unsrer Entrevue die Sache des Friedens für verloren.

Am selben Tage geschah noch ein andrer Versuch der Versöhnung. Mr. Wilson, eine in der New Yorker Gesellschaft und Finanzwelt wohlbekannte Persönlichkeit, war nach Washington gekommen und hatte dem englischen Botschafter auseinandergesetzt, wie die „Maine“-Angelegenheit der Hauptgrund der herrschenden Erbitterung wäre und man der spanischen Regierung allgemein den allerdings ungerechten Vorwurf mache, dießfalls nicht einmal eine Manifestation des Bedauerns anher gerichtet zu haben. Wenn Spanien sich zu einer solchen entschloße und an die Notifizierung des Waffenstillstandes die Versicherung knüpfte, daß Kuba ein eben solches Regime erhalten werde, wie es Kanada genieße, so würde dieß den besten Eindruck machen und zur Milderung der Situation wesentlich beitragen. Es gelang dem englischen und französischen Botschafter, unsern spanischen Kollegen, der in diesen Tagen wirklich eine schwere und jammervolle Aufgabe hatte, zu einer derartigen Demarche zu bewegen; aber die Aufnahme, welche dieselbe bei Mr. Day fand, war eine niederschlagende. Dieser nahm die in einem Memorandum niedergelegten Erklärungen des spanischen Gesandten schweigend entgegen und fragte ihn sodann, ob seine Regierung geneigt sei, das amerikanische Begehren der eventuellen Anheimstellung der ganzen kubanischen Frage an den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu akzeptieren. Auf Herrn Polos verneinende Antwort bemerkte ihm Mr. Day, daß der Präsident dem Kongreß vom Waffenstillstand Kenntniß geben werde, und schickte später ein trocken abgefaßtes Memorandum, worin diese Erklärung wiederholt und hinzugefügt war, daß der Präsident es ablehne, über seine früheren Begehren hinaus noch Vorschläge zur Lösung der Frage zu machen. Da Herr Polo de Barnabé die Annahme dieses Schriftstückes verweigerte, zog es Mr. Day mittels Telephon zurück, und damit endete der letzte diplomatische Verkehr zwischen den beiden Regierungen.

In Europa war man inzwischen gerade an jenem Tage sanguinischer Hoffnungen voll. Niemand hatte an der Erwirkung der spanischen Konzeßion härter gearbeitet, niemand an deren Wirkung für die Sache des Friedens größere Hoffnungen geknüpft als Erzbischof Ireland. Diese hielt er nun für realisiert und telegraphierte in diesem Sinne nach Rom. Da ich Sonntagabend nach Wien gemeldet hatte, daß mir die Lage schlechter schiene als je, war ich nicht wenig erstaunt, am nächsten Morgen in den Blättern zu lesen, daß Kaiser Franz Joseph den Heiligen Vater zum Erfolge seiner Friedensvermittlung beglückwünscht habe.

Am Ostermontag erging endlich die Botschaft des Präsidenten. Sie brachte aber nicht die Entscheidung, sondern übertrug deren Fällung an den Kongreß.

Mr. Mac Kinley relapitulierte die ganze Geschichte der kubanischen Frage, berichtete über alle von ihm zu deren Schlichtung unternommenen Schritte, erklärte, daß seine Anstrengungen erschöpft wären, die Entscheidung nunmehr beim Kongresse sei und er bereit stehe, die ihm von der Konstitution auferlegten Pflichten zu erfüllen.

Die Botschaft trug den Stempel der Zweifel und Verlegenheiten, die in den letzten Wochen Mr. Mac Kinleys Geist gepeinigt hatten. Er machte einen

schwachen Anwurf für die Sache des Friedens, indem er der letzten spanischen Konzessionen, als gerechter Erwägung würdig, gedachte und für sich die Vollmacht für weitere Schritte zur Beendigung des Kampfes auf der Nachbarinsel erbat. Entschieden sprach er sich nur gegen die Anerkennung der gegenwärtigen insurrektionellen Regierung auf Kuba aus. Im übrigen wusch er sich die Hände und übertrug die Verantwortung an den Kongreß.

So war nach manchen Peripetien die Frage wieder dahin zurückgelangt, wo deren treibende Kraft von Anfang an gefessen hatte.

Hier verliefen die Dinge rasch. Senatoren und Repräsentanten waren in ihrer Majorität darüber einig, daß sie den Krieg wollten und was sie zu dessen Herbeiführung zu tun hatten. Die präsidentielle Botschaft war mit kalter Stille aufgenommen und von beiden Häusern ohne Debatte an die Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten zur geschäftsordnungsmäßigen Berichterstattung geleitet worden. Zwei Tage später brachten diese ihre Anträge ein.

Aus der Verschiedenheit der von den beiden Komitees eingebrachten Resolutionen ist damals viel Aufhebens gemacht worden, und unverbesserliche Optimisten haben an dieselbe neue Hoffnungen geknüpft. In Wahrheit hat es sich nur um die Soße gehandelt, in der Spanien gegessen werden sollte. Das Senatskomitee war einstimmig für den Krieg, und seine Anträge gingen auf dessen unmittelbare Herbeiführung, indem sie den Präsidenten anwiesen, Spanien sofort zum Aufgeben seiner Herrschaft auf Kuba aufzufordern und zur Erzwingung dieses Begehrens die Streitkräfte der Union zu Land und zur See zu verwenden. Die einzige Differenz unter seinen Mitgliedern bezog sich auf die Frage der Anerkennung der Insurgentenregierung, hinsichtlich derer die Majorität von nur einer Stimme sich nicht mit Mr. Mac Kinley in offenen Antagonismus stellen wollte.

Die Anträge des Hauskomitees waren im Einvernehmen mit der Administration zustande gekommen. Sie verpflichteten den Präsidenten gleichfalls zur sofortigen Intervention, um in Kuba unter freier Aktion der Bevölkerung eine stabile und unabhängige Regierung zu schaffen. Sie gewährten aber seiner Diskretion einen gewissen Spielraum, indem sie ihm zur Erreichung des angestrebten Zweckes die bewaffnete Macht zur Verfügung stellten, ohne ihn zu deren sofortiger Anwendung zu verpflichten. An diese Divergenz klammerten die Freunde des Friedens ihre Hoffnungen.

Im Repräsentantenhause geboten die Republikaner über eine kompakte, gut disziplinierte Majorität, welche zwar ebenfalls für den Krieg, aber zugleich für Erhaltung der Parteieinigkeit und in gewöhnlichen Zeiten Wachs in den Händen des Sprechers Reed war. Dieser war für den Frieden, konnte aber für denselben bei der Stimmung des Landes nicht mehr offen arbeiten und unterstützte die Wünsche des Präsidenten bezüglich der taktischen Führung der Sache. Im Hause wurden denn auch die Anträge des Komitees ohne eigentliche Debatte mit überwältigender Majorität angenommen. Die Demokraten hatten zwar den Versuch gemacht, ihre Kraft an einer kubanischen Anerkennungsresolution zu erproben,

aber diesfalls in zwei Abstimmungen geschlagen, stimmten sie selbst für die Komiteeanträge.

Die Debatte im Senate hat vier Tage gedauert, und 42 Senatoren haben sich an derselben beteiligt. Nur drei haben den Mut gehabt, offen für den Frieden und gegen eine gewaltsame Intervention aufzutreten, aber es waren dies Senatoren ohne Einfluß, auf die nichts ankam. Die einflußreichen Freunde friedlicher Wege, welche in andern Fragen die eigentlichen Führer des Senates waren, bedienten sich einer andern Taktik und arbeiteten für die Annahme der Hausbeschlüsse. Ostenfibel kämpften sie zumeist gegen die Anerkennung, konnten aber nicht einmal damit durchdringen, denn mit 51 gegen 37 Stimmen nahm der Senat dieselbe in seine Resolution auf und votierte diese selbst schließlich mit 67 gegen 21 Stimmen.

24 Republikaner stimmten für die extremsten Beschlüsse und damit gegen den Präsidenten. Im Senat war die Partei durch den persönlichen Antagonismus des Senators Foraker gegen seinen Kollegen Hanna, den Präsidentenmacher, gespalten. Tatsächlich war das Votum des Senates kein Parteivotum. Rachebucht herrschte in dieser Körperschaft mehr als politische Erwägungen vor, und wie wenig letztere von den meisten Senatoren damals berücksichtigt wurden, beweist die ganz überflüssigerweise in die Resolution aufgenommene Uneigennützigkeitserklärung, welche in nicht ferner Zukunft zu einem Stein des Anstoßes für die Entscheidung über das künftige Schicksal der Insel werden sollte. So war die Stimmung des Senates derart beschaffen, daß nach meiner festen Ueberzeugung von demselben damals unter keinen Umständen ein Votum für die Annexion Kubas zu erlangen gewesen wäre.

Auch in dieser Stunde gab es noch hoffnungsfreudige Gemüter, welche von dem Zwiespalt der beiden Häuser einen günstigen Erfolg erwarteten. Deren Einigung erfolgte aber rasch. Die gerade auf den Krieg zusteuernde Haltung des Senates hatte den Keil der Zwietracht unter die Republikaner des Hauses getrieben, und deren Führer sahen, daß sie die Partei nur durch Konzessionen an diese Strömung einig erhalten konnten. So ließ denn gleich zu Beginn der entscheidenden Sitzung das Haus seine eignen, angeblich dem Frieden günstigen Beschlüsse fallen und nahm die des Senates mit 179 gegen 156 Stimmen an, jedoch mit Weglassung des auf die Anerkennung der kubanischen Republik bezüglichen Passus. Der Senat beharrte noch den ganzen Nachmittag auf dieser Anerkennung und gab erst um 3 Uhr morgens nach, da er noch vorher dem Hause das Zugeständnis abgepreßt hatte, daß die Erklärung der Freiheit und Unabhängigkeit Kubas nicht nur als etwas, was erst werden soll, sondern als etwas bereits Bestehendes formuliert werde.

Die Behandlung der Sache im Kongresse hatte gerade eine Woche gedauert.

In dieser letzten Stunde wurde noch ein Versuch gemacht, den Ausbruch des Krieges durch eine Intervention Europas zu verhindern oder wenigstens aufzuhalten. Die Initiative zu demselben ging aber nicht von den Kabinetten, sondern von ihren Vertretern in Washington aus.

Mr. Mac Kinley hatte dem Kongresse mitgeteilt, daß die bevorstehende gewaltsame Intervention der Vereinigten Staaten in Kuba unter dem Beifall der gesamten zivilisierten Welt erfolge. Diese Erklärung war entschieden unrichtig, denn so wenig die europäischen Regierungen an eine gewaltsame Verhinderung der amerikanischen Aggression auf Spanien dachten, so billigten doch weder sie noch die öffentliche Meinung ihrer Länder das amerikanische Vorgehen. Mir schien es, daß die Erklärung des Präsidenten den Mächten eine vortreffliche Handhabe zu einer gegenteiligen Manifestation bot und eine solche hier doch entschieden Eindruck machen und damit wenigstens Zeit gewonnen werden könnte. Ich begegnete mich mit dem englischen Botschafter in der gleichen Auffassung, und dieser ergriff infolge unsrer Konversation die Initiative, um die sechs Vertreter zu einer Beratung über Möglichkeit und Art der Ausführung eines derartigen Schrittes zu versammeln. Am 14. April fand unsre neue Konferenz auf der englischen Botschaft statt, in welcher wir uns über Absendung eines identischen Telegrammes an unsre Regierungen einigten. Wir erklärten in demselben, daß die Haltung des Kongresses nur wenig Aussicht auf Erhaltung des Friedens übrig lasse und die öffentliche Meinung Amerikas an den Beifall der Großmächte an dem beabsichtigten Kriege glaube. Das Memorandum des spanischen Gesandten böte eine billige Basis für ein Arrangement und benehme jeden Grund zum Kriege. Der Moment wäre gekommen, um den hier genährten Irrtum zu zerstreuen, und wir schlugen daher vor, die Aufmerksamkeit der Bundesregierung nochmals auf das erwähnte Memorandum zu richten und ihr zu erklären, daß die Mächte der ihnen nicht gerechtfertigt scheinenden bewaffneten Intervention ihre Approbation nicht geben.

Auch diese letzte Friedensbemühung scheiterte an dem Mangel an Einigung unter den europäischen Mächten. In Deutschland hielt man jede Demarche für aussichtslos, solange die Mächte nicht darüber schlüssig wären, welche Maßregeln sie im Falle amerikanischer Weigerung ergreifen würden, und war der Ansicht, daß ohne vorgängige Einigung über diesen Punkt das Ansehen der Mächte nutzlos kompromittiert werden würde. In England zog man sich, schließlich aber telegraphierte Mr. Balfour an Sir Julian, daß die beabsichtigte Demarche im Hinblick auf die divergierenden Beschlüsse der beiden Häuser des Kongresses nicht opportun scheine und England ihr auch prinzipiell nur mit dem Vorbehalt zustimme, daß sie auf Stärkung der Hand des Präsidenten berechnet sei. Mr. Hanotaux hatte die Chancen des Vorschlages von Anfang an skeptisch beurteilt. Angesichts der deutschen und englischen Erklärungen ließen auch Frankreich und Oesterreich-Ungarn denselben fallen.

In Amerika ist damals die Legende entstanden, als seien die europäischen Kontinentalmächte begierig und bereit gewesen, die Vereinigten Staaten an dem Angriff auf Spanien mit Gewalt zu verhindern, und von der Ausführung dieser Absicht nur durch Englands amerikafreundliche Haltung abgehalten worden. Die englische Presse ist zu jeder Zeit bemüht gewesen, den Glauben an diese Legende zu nähren, und so hat dieselbe auch glücklich den Krieg überlebt. Wie sich aber

aus der vorgehenden *sine ulla ira et studio* geschriebenen Darstellung ergibt, ist sie grundfalsch. Zu keiner Zeit haben die ersten Vorbedingungen für eine derartige Intervention bestanden, keine einzige europäische Macht hat daran gedacht, das Schwert für Spanien gegen die Vereinigten Staaten zu ziehen, keine hat sich bemüht, die andern zu einem solchen Kreuzzug zu bewegen. Wenn England auf der Landkarte gar nicht existiert hätte, wäre das Resultat aller Wahrscheinlichkeit nach kein andres gewesen. Sympathie für die amerikanische Aggression hat es in Europa allerdings sehr wenig gegeben. Für eine solche wäre auch gar kein Grund vorhanden gewesen, und die Amerikaner haben sich im allgemeinen sehr wenig um Gewinnung europäischer Sympathien bemüht. Aber von der unsympathischen Beurteilung des Vorgehens einer andern Macht bis zu dessen gewaltsamer Verhinderung ist auch im Falle des Könnens ein weiter Schritt.

In Wahrheit hatten die Vereinigten Staaten Spanien gegenüber zu jeder Zeit leichtes Spiel. Sie sind von seiten Europas nie von etwas anderm bedroht gewesen als von freundschaftlichen Vorstellungen, und diesen gegenüber konnten sie sich nach Gefallen in die Brust werfen. Mr. Mac Kinley hatte Europa durch die Entgegnahme unseres Anrufes am 7. April sicher kein tiefes Kompliment gemacht. Dennoch wurde ihm dasselbe im Kongresse wie in der Presse verübelt und Europa daran erinnert, daß Washington nicht Konstantinopel sei und Amerika sich die Verpflanzung der dortigen diplomatischen Gewohnheiten auf seinen Boden nicht gefallen lassen werde. In seiner Botschaft an den Kongreß hatte der Präsident unsre Demarche vollkommen ignoriert. Daß die Fabel von den feindseligen Absichten der europäischen Kontinentalmächte und von dem großen Dienst, den England den Vereinigten Staaten geleistet, bei den letzteren so leicht Eingang finden und sich so festsetzen konnte, zeugt nur für die politische Schulung der englischen Presse und die Leichtgläubigkeit des amerikanischen Publikums.

Am 19. April sind die Kongreßbeschlüsse an den Präsidenten gelangt, und am 20. hat er unterzeichnet. Die Würfel waren gefallen. Die nächsten Schritte bis zum Beginne des Krieges waren bloße Formsache. Der amerikanische Gesandte in Madrid wurde mit der Stellung eines Ultimatus beauftragt, welchem die spanische Regierung durch Zusendung seiner Pässe zuvorkam. Mr. Polo verlangte die feinen, und der Krieg begann.

Washington, November 1898, revidiert Januar 1901.

Nachtrag

Der auf Seite 175 und 176 meiner vorgängigen Darstellung geschilderte letzte Versuch, durch eine diplomatische Intervention der europäischen Mächte den Ausbruch des Krieges aufzuhalten, hat im vorigen Winter zu einer leidenschaftlichen Preßfehde zwischen England und Deutschland Anlaß gegeben, in welche auch die beiderseitigen Regierungen eingriffen. Veranlaßt wurde dieselbe durch eine Interpellationsbeantwortung im englischen Parlament seitens

Lord Cranbourne, in welcher derselbe erklärte, daß England niemals den Versuch einer Intervention gegen die Vereinigten Staaten unternommen hätte, vielmehr die Interventionsgelüste andrer Mächte an dessen Haltung gescheitert wären. (Der Text der Worte Lord Cranbournes liegt mir im Momente des Schreibens nicht vor, kann aber in allen Zeitungen jener Epoche, 20. Januar 1902, nachgelesen werden.) In Deutschland erregten die Erklärungen des englischen Unterstaatssekretärs um so größere Erbitterung, als die Interpellation offenbar eine bestellte war und den Wunsch vermuten ließ, den Effekt der bevorstehenden Reise des Prinzen Heinrich von Preußen auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zu verderben. In Berlin griff man daher die Sache sofort auf, und da man auf englischer Seite in der Abrede jedes Interventionsversuches beharrte, ließ schließlich die deutsche Regierung das Telegramm ihres hiesigen Botschafters vom 14. April 1898 veröffentlichen, in welchem er unsern auf Lord Pauncesotes Initiative erfolgten Vorschlag seiner Regierung gemeldet hatte. Lord Pauncesote, welcher hierzulande stets für einen wesentlichen Träger und ein überzeugtes Organ der anglosächsischen Verbrüderungspolitik gegolten hatte, fühlte sich durch diese Enthüllung empfindlich bloßgestellt. Er war damals schon schwer leidend, kam aber in nicht unbedeutender Aufregung zu mir und berief sich auf mein Gedächtnis, wie doch ich ihn vor der Konferenz am 14. April aufgesucht und ihm nahegelegt hätte, noch einen Schritt zur Erhaltung des Friedens zu tun. Er fand es hart, jetzt eines Schrittes wegen angegriffen zu werden, der doch nicht seiner alleinigen Eingebung, sondern einem gemeinsamen Beschlusse aller hiesigen Vertreter entsprungen sei.

Lord Pauncesotes Anruf an mein Gedächtnis entsprach vollkommen der Wahrheit. Obgleich ich seit meiner Entrevue mit Mr. Hobart am Ostersonntag die Sache des Friedens für verloren hielt, hatte ich mich doch bemüht, meine Kollegen für den Versuch eines neuen Schrittes zu gewinnen, zu welchem die wiederholt erwähnten Erklärungen Mr. Mac Kinleys vom Beifall der zivilisierten Welt eine geeignete Handhabe zu bieten schienen. Ich hatte in diesem Sinne mit den Botschaftern Frankreichs, Deutschlands und Englands gesprochen. Herr Cambon war für die Sache im voraus gewonnen, Herr v. Holleben verhielt sich ihr gegenüber sehr skeptisch, zu meiner angenehmen Ueberraschung fand sie aber bei Lord Pauncesote sympathische Aufnahme. Unsere bezüglichlichen Besprechungen führten zu der Konferenz am 14., in welcher das identische Telegramm beschlossen wurde. Es ist also vollkommen wahr, daß ich mich um das Zustandekommen des Schrittes bemüht hatte, aber ebenso sicher, daß vom Momente der Einberufung der Konferenz an meine Initiative hinter der des englischen Botschafters vollständig verschwunden und in dem identischen Telegramm nur von letzterer die Rede war. In der Konferenz hatte auch Lord Pauncesote das Wort zur Sache geführt und den Text des Telegramms entworfen, den Mr. Cambon sodann ins Französische übersetzte.

Die Motive, welche Lord Pauncesote bei seinem damaligen Vorgehen geleitet haben, sind bis heute unbekannt geblieben und könnten eine Aufhellung nur

durch Veröffentlichung seiner Korrespondenz mit seinem Chef in London erlangen. Während aber die deutsche Regierung das Telegramm Herrn v. Hollebens vom 14. April veröffentlicht hat, hat das Londoner Auswärtige Amt dies mit der gleichzeitigen Meldung Lord Pauncefotes nicht getan, und so bleibt der Erzähler der damaligen Ereignisse hinsichtlich seiner Motive nur auf Vermutungen angewiesen. Daß der englische Botschafter bloß aus Gefälligkeit für mich sich zu einem solchen Schritte hätte verleiten lassen, ist bei einem so erfahrenen und besonnenen Diplomaten wie Lord Pauncefote wohl ebenso ausgeschlossen wie die Annahme, daß er etwa Politik auf eigne Faust habe treiben wollen. Der vom amerikanischen Staatsdepartement infolge der deutschen Enthüllungen unternommene Versuch, Lord Pauncefote vor der öffentlichen Meinung dadurch zu entlasten, daß die Urheberchaft des verunglückten Schrittes (nebenbei gesagt in der höflichsten Form) auf meine Schultern geschoben wurde, ist denn auch mißlungen, da sich in der Presse genug Stimmen fanden, welche darauf hinwiesen, daß es schwer sei, jemand eine so hypnotische Ueberredungsgabe, wie die mir zugemutete, zuzutrauen.

Man wird schwerlich fehlgehen, wenn man Lord Pauncefotes Haltung mit dem Hilferuf der Königin Christine an Königin Viktoria und dem Wunsche der letzteren, für die unglückliche Regentin und Mutter irgend etwas zu tun, in Verbindung bringt. Der englische Botschafter war sicherlich im Rechte, wenn er annahm, sich vor seiner Königin wie vor seinem Land ein Verdienst zu erwerben, falls es ihm gelingen sollte, zur Erhaltung des Friedens beizutragen, ohne sich mit den Vereinigten Staaten zu überwerfen. Da dies nicht möglich war, fiel die ganze Sache zu Boden und wäre in England am liebsten in ewige Vergessenheit begraben worden.

November 1902.

Das bewaffnete Handelsschiff im neueren Völkerrechte

Von

Conrad Bornhak

Die Handelsschiffe im Kriege gegen das Anhalte-, Durchsuchungs- und Beschlagnahmerecht des Gegners sich gewaltsam zur Wehre setzen dürften, war in der neueren völkerrechtlichen Literatur beinahe unerörtert geblieben. In der That schien die Frage ganz bedeutungslos zu sein. Denn die Privattaperei durch amtlich ermächtigte Handelsschiffe war durch die Pariser Seerechtsdeklaration von 1856, der allerdings die Vereinigten Staaten und Spanien nicht beigetreten waren, abgeschafft. Die Durchsuchung und Wegnahme feindlicher Handelsschiffe konnte nur noch durch Kriegsschiffe des Gegners erfolgen. Und einem Kriegsschiffe gegenüber war der bewaffnete Widerstand eines Handelsschiffes ganz zwecklos.

Erst in neuester Zeit vollzog sich ein Wandel der Dinge, der im Weltkriege besonders klar zur Erscheinung kommt. Es ist nämlich Sitte geworden, Handelsschiffe durch Bewaffnung in Hilfskreuzer zu verwandeln und ausschließlich für Zwecke des Seekrieges zu verwenden. Das erste Abkommen der Haager Konferenz vom 18. Oktober 1907 über die Umwandlung von Rauffahrtsschiffen in Kriegsschiffe erkennt dies ausdrücklich als zulässig an. Ja bei dem Baue mancher Handelsschiffe ist, wie das sechste Abkommen Art. 5 hervorhebt, schon von vornherein auf ihre künftige Zweckbestimmung als Hilfskreuzer Rücksicht genommen worden. Einem Schiffe gegenüber, das von Hause aus auch nur Handelsschiff ist, erscheint nun die Verteidigung nicht ganz so aussichtslos wie gegenüber einem Kriegsschiffe, vorausgesetzt, daß das angegriffene Handelsschiff selbst bewaffnet ist. Und gegenüber einem kleinen U-Boote kann sich ein bewaffnetes Handelsschiff auch mit Erfolg zur Wehr setzen, wenn es jenes nur rechtzeitig bemerkt.

In England hatte der erste Lord der Admiralität, Winston Churchill, bereits vor dem Kriege, am 26. März 1913, im Unterhause die Absicht angekündigt, die großen Handelsschiffe mit Geschützen und Munition zu versehen und die Bedienungsmannschaften ausbilden zu lassen, damit sie sich gegen Angriffe fremder Hilfskreuzer verteidigen könnten. Die Frage der Berechtigung eines solchen Verfahrens war damit wieder aufgeworfen. Denn selbstverständlich ist nicht schon ohne weiteres Völkerrecht, was England dafür ausgibt. Schon im August 1913 beschäftigte sich die Oxforder Tagung des Institut de droit international, einer Privatvereinigung hervorragender Vertreter des Völkerrechtes aus allen Ländern, mit der Angelegenheit. Gegen die deutsche Auffassung nahm die Versammlung den Satz an, daß es zwar allen Schiffen der Kriegführenden, die nicht Kriegsschiffe oder in solche umgewandelt seien, verboten bleibe, feindliche Handlungen gegen den Feind vorzunehmen, daß ihnen aber die Gewaltanwendung zur Verteidigung gestattet werde. Eine völkerrechtlich verbindliche Vorschrift konnte natürlich durch diesen Beschluß nicht geschaffen werden. Deutscherseits ist die Berechtigung des Widerstandes stets bestritten worden. Der Beschluß ist aber auch innerlich unhaltbar, da sich, wie später darzutun sein wird, eine logische Grenze zwischen Angriff und Verteidigung überhaupt nicht ziehen läßt.

Je nach der Entscheidung der Berechtigung in dem einen oder dem andern Sinne ergeben sich wichtige praktische Folgerungen. Ist der Widerstand berechtigt, so hat man es mit einem ehrlichen militärischen Gegner zu tun. Daher ist die Bemannung des Handelsschiffes, das trotz der Verteidigung in die Hände des Feindes fällt, als kriegsgefangen zu betrachten. Die auf dem Schiffe befindliche neutrale Ware, soweit sie nicht Konterbande ist, muß nach der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 dem berechtigten Eigentümer herausgegeben werden. Ist dagegen der Widerstand unberechtigt, so bildet er eine Beteiligung von Privatpersonen am Kriege, die mit dem Franktireurtume im Landkriege auf eine Stufe zu stellen ist. Wird also das Handelsschiff trotz der Verteidigung

genommen, so ist es als Seeräuber zu behandeln, die Bemannung kann am nächsten Mastbaum aufgehängt werden. Auch die Neutralen können nicht auf Herausgabe der Ware rechnen, die sie einem Seeräuberschiffe anvertraut haben. Wenn der Nehmestaat nicht alle diese Folgerungen zieht, namentlich die Bemannung am Leben läßt und nur in Kriegsgefangenschaft führt, so geschieht das nur, weil die Bemannung sich im guten Glauben und im Vertrauen auf die Anordnungen ihrer Staatsgewalt verteidigt hat. Völkerrechtlich geboten wäre ein solches Entgegenkommen nicht.

Die Bewaffnung der Handelsschiffe fällt aber mit der Frage ihres Widerstandes zusammen. Denn die Bewaffnung erfolgt nur zu dem Zwecke der Bekämpfung des Gegners. Ein bewaffnetes Handelsschiff ist also von vornherein zum Kampfe bestimmt.

Nun hat England beinahe seine sämtlichen Handelsschiffe bewaffnet und den angriffsweisen Gebrauch der Geschütze angeordnet. Die deutsche Regierung hat mit der Denkschrift vom 8. Februar 1916 den neutralen Regierungen Photographien der englischen Befehle zugestellt. Eine Ausübung des Anhalte-, Durchsuchungs- und Beschlagnahmerechts englischer Handelsschiffe in der Weise, wie sie bisher durch Kriegsschiffe erfolgte, ist damit den deutschen U-Booten unmöglich gemacht. Zu dieser Bewaffnung der englischen Handelsschiffe, verbunden mit Angriffsbefehlen, kommt die mißbräuchliche Anwendung neutraler Flaggen. Frankreich und Italien sind dem englischen Vorbilde mit der Bewaffnung ihrer Handelsdampfer gefolgt.

Die Bewaffnung der englischen Handelsdampfer wirkt nun zurück auf Deutschlands Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Bei Erledigung des Lusitaniafalles ist deutscherseits die Zusicherung erteilt worden, daß feindliche Handelsschiffe nicht mehr ohne Warnung und ohne den Fahrgästen Gelegenheit zur Rettung zu geben, versenkt werden würden. Diese Zusicherung bezieht sich natürlich nur auf unbewaffnete Handelsschiffe, da nach deutscher Auffassung der Widerstand eines Handelsschiffes überhaupt unberechtigt ist.

Die deutsche Denkschrift vom 8. Februar 1916 erklärte daher, daß alle feindlichen bewaffneten Handelsschiffe künftig als Kriegsschiffe behandelt werden würden. Sie dürfen also ohne Warnung angegriffen und versenkt werden. Das ist die praktische Bedeutung der Erklärung. Damit ist eine reinliche Scheidung herbeigeführt. Das bewaffnete Handelsschiff ist in der Tat nichts anderes als ein Hilfskreuzer. Wenn es gleichwohl unter Handelsflagge fährt, so ist das ein Flaggenbetrug wie mancher andre. Die Neutralen, an die sich die Denkschrift vor allem richtet, wissen nun aber, woran sie sind. Wenn sie Personen oder Ware einem bewaffneten Handelsschiffe anvertrauen, so ist dies dasselbe, als wenn sie sich einem Kriegsschiffe eines der Kriegführenden im Kriegsgebiete anvertrauen.

Nun hat aber England die Bewaffnung aller seiner Handelsschiffe angeordnet und nach der dem amerikanischen Staatssekretär überreichten deutschen

März-Deutsche an das amerikanische Volk diese Bewaffnung für nahezu sämtliche Handelsschiffe durchgeführt. Die Vermutung spricht also dafür, daß ein englisches Handelsschiff bewaffnet ist. Wenigstens kann deutscherseits jedes feindliche Handelsschiff als bewaffnet angesehen werden, bis die allgemeine Anordnung der Bewaffnung aufgehoben wird. Davon ist man natürlich wieder in England weit entfernt.

Damit erführe der Lieblingsport der Amerikaner, auf Handelsschiffen der Kriegführenden — beileibe nicht auf neutralen — im Seekriegsgebiete herumzufahren, eine wesentliche Beeinträchtigung. England könnte anderseits seine Handelsschiffe nicht mehr dadurch schützen, daß es auf jedes ein paar dumme Amerikaner setzt, die sich für diesen Zweck von England mißbrauchen lassen. Die deutsche März-Deutsche hebt besonders hervor, England habe den Grundsatz der amerikanischen Regierung, ihre Bürger von feindlichen Handelsschiffen nicht fernzuhalten, dazu benutzt, Handelsschiffe für den Angriff zu bewaffnen. Denn so könnten Rauffahrteischiffe die U-Boote leicht zerstören und sich im Falle des Mißglückens ihres Angriffes durch die Anwesenheit amerikanischer Bürger gesichert glauben.

Die deutsche Absicht, die bewaffneten feindlichen Handelsschiffe als Kriegsschiffe zu betrachten, ist eine sehr milde. Da der Widerstand nach deutscher Auffassung unzulässig ist, könnte man sie ebensowohl für Seeräuberschiffe erklären und entsprechend behandeln. Gleichwohl begegnete die deutsche Absicht nicht nur dem Widerspruche Englands, an den wir uns natürlich nicht zu kehren brauchen, sondern auch dem des neutralen Amerika, an den wir uns nach amtlicher Erklärung nicht lehnen werden.

Es wird der Einwand erhoben, die Handelsschiffe seien nur zur Verteidigung bewaffnet, und Verteidigung sei erlaubt. Zunächst einmal zugegeben, der Einwand entspreche der Wahrheit, was nicht der Fall ist.

Was ist denn aber Verteidigung? Die Frage ist schon beantwortet in dem berühmten Artikel 140 der Carolina, der peinlichen Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. von 1532 von der Notwehr. Da heißt es: „Item so ehner jemant mit eynem tödtlichen waffen oder wehr überlaufft, anfsicht oder schlecht, vnd der benöttigt kan flüchlich an ferlichkeyt oder verletzung seines leibs, lebens, ehr vnd guten leumunts nicht entweichen, der mag sein leib vnd leben on alle straff durch eyn rechte gegenweer retten, vnd so er also den benöttiger entleibt, ist er darumb nichts schuldig, vnangesehn, ob es geschriben rechten und gewonheytten entgegen war.“ Das gilt ganz besonders für den Seekrieg. Wie soll sich denn ein Handelsschiff gegen ein Unterseeboot verteidigen können, wenn es dessen Angriff abwartet? Sobald das Unterseeboot sein Geschöß abgefeuert hat, ist es für das Handelsschiff zu spät. Es kann sich gegen das Unterseeboot nur verteidigen, indem es seinerseits das Unterseeboot angreift und vernichtet. Soll nun etwa das Unterseeboot diesen Angriff abwarten, um seinerseits zu beweisen, daß das Handelsschiff sich nicht bloß verteidigt, sondern angegriffen hat? Dieser Beweis würde für das Unterseeboot auf dem Meeresgrunde kaum noch Be-

deutung haben. Kurz, die Unterscheidung von Angriff und Verteidigung ist unhaltbare, graue Theorie. In jeder guten Verteidigung liegt der Angriff enthalten.

Es ist aber auch gar nicht wahr, daß die Handelsschiffe bloß zur Verteidigung bewaffnet sind. Nach den der deutschen Denkschrift vom 8. Februar 1916 in photographischer Vervielfältigung beigegebenen englischen Befehlen ist der angriffsweise Gebrauch der Geschütze angeordnet. Die Führer der Handelsschiffe sind angewiesen, unter Gebrauch falscher Flaggen die Unterseeboote zu rammen. Für eine solche Tat erhalten die Führer Gelbbelohnungen und Ehrenzeichen. Wenn England jetzt, um amerikanische Hilfe zu gewinnen, anders tut und erklärt, die Bewaffnung diene nur der Verteidigung, so ist das eitel Heuchelei. In England würde man sich über die Dummen lustig machen, die das glauben.

Zwischen Angriff und Verteidigung gibt es keinen Unterschied. Ist ein Handelsschiff bewaffnet, so dient es der Kriegsführung und wird zum Kriegsschiffe. Unsere Feinde haben die Bewaffnung aller ihrer Handelsschiffe angeordnet. Somit haben wir es künftig nur noch mit feindlichen Kriegsschiffen zu tun, wenn wir die bewaffneten Handelsschiffe nicht als Seeräuber ansehen wollen.

Der von Deutschland durch Vermittlung der Vereinigten Staaten gemachte Vergleichsvorschlag, den U-Bootkrieg, für den es keine völkerrechtlichen Regeln gibt, den Bestimmungen des älteren Völkerrechtes anzupassen, wenn England dafür seine Aus Hungerungspläne gegen Deutschland aufgebe und Lebensmittel für die nichtkämpfende Bevölkerung zur Verteilung unter amerikanischer Aufsicht zulasse, ist von England abgelehnt worden. Im Gegenteil hat England eine dem älteren Völkerrechte entsprechende Ausübung des U-Bootkrieges durch Bewaffnung seiner Handelsschiffe unmöglich gemacht. Es bleibt also dabei, daß bewaffnete Handelsschiffe Kriegsschiffe sind.

Die Neutralen wissen aber durch die deutschen Denkschriften, wonach sie sich zu richten haben. Griechenland hat bereits die Folgerungen gezogen und seine Untertanen vor der Benutzung bewaffneter Handelsschiffe der Kriegsführenden gewarnt. Es hat damit den deutschen Standpunkt als berechtigt anerkannt. Ob die andern neutralen Mächte, ob insbesondere die Vereinigten Staaten diesem Beispiele folgen werden, ist schließlich gleichgültig. Denn es wäre doch der Gipfel der Torheit, wenn die Angehörigen der neutralen Staaten ihr Leben Kriegsschiffen der Kriegsführenden anvertrauen wollen in der Hoffnung, daß im Falle ihres Todes ihr Staat eine Entschädigung erlangen werde.

Besonders erschwert wird die Sachlage freilich durch den Mißbrauch der neutralen Flagge. Einem solchen Mißbrauch entgegenzutreten ist das eigenste Interesse der Neutralen, die die Macht dazu haben. Denn dem berechtigten neutralen Handel droht der Untergang, wenn seine Flagge betrügerisch dem Schutze der Kriegsführenden dient.

Die Türkei und Mitteleuropas wirtschaftliche Schützengräben?¹⁾

Von

Dr. Kurt Sander,

Geß. Regierungsrat, vormalß Generaldirektor der Anatolischen Eisenbahn

Was zwischen Weichsel und Vogesen liegt, was zwischen Galizien und Bodensee lagert — diese Fläche sollt ihr als Einheit denken, als ein vielgegliedertes Bruderland, als einen Verteidigungsbund, als ein Wirtschaftsgebiet!“

Kein Geringerer als Friedrich Naumann verkündet dies als Forderung der Stunde. Sein vom herrlichsten Idealismus getragenes Werk: „Mitteleuropa“ findet vielseitigen Widerhall bei uns und mehr noch jenseits der schwarzgelben Pfähle.

Wessen Herz schlägt nicht höher, wenn er Naumanns Werk liest oder seinen begeisterten und begeisternden Vorträgen lauscht? Dabei unterschätzt er nicht die Schwierigkeiten, welche sich der Durchführung seines Gedankens entgegentürmen. Er weicht ihnen nicht aus. Mutig greift er auch da zu, wo geschichtlicher Partikularismus — sei es politisch, wirtschaftlich oder in religiöser Beziehung — die Erfüllung seines Ideals zu verhindern droht. So kommt es, daß ihm von links und rechts Miststreiter erstehen. Allerorten bilden sich Verbände (der deutsch-türkische, der deutsch-bulgarische, der Wirtschaftsverband der Zentralmächte), Vorträge werden gehalten, Versammlungen hier und in Oesterreich. Die ganze Presse haßt von Naumanns „Mitteleuropa“ wider, und die eigens zu diesem Zwecke gegründete „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte“ schreibt die Propagierung seines Gedankens auf ihre Fahne. Selbst eine politische Tageszeitung, bei welcher Voreingenommenheit für Naumann von allem Anfang an ausgeschlossen ist, legt Wert darauf, zu betonen, daß gegen den Naumannschen Mitteleuropagedanken an und für sich nichts einzuwenden ist.²⁾ Mit allen sonstigen Vorbehalten kommt das gleiche Blatt sogar zu dem Wunsche, die Naumannsche Idee einer dauerhaften Verbindung Berlin—Wien—Budapest zum mindesten noch auf Sofia ausgedehnt zu sehen. Naumann selbst ist in dieser

¹⁾ Die nachstehenden Ausführungen behandeln die Bedeutung, welche die Türkei als Import- und Exportgebiet für uns besitzt oder gewinnen könnte. Der Verfasser — einer der deutschen Vorkämpfer in dem Kampf um die Erlangung der Bagdadbahnkonzession — steht seit 1889 den türkischen Verhältnissen nahe. Lange Jahre in der Türkei selbst anwesend, hat er in einer ganz besonderen Vertrauensstellung mit den Behörden und mit der Bevölkerung, und zwar sowohl in Konstantinopel als auch im Innern des Landes, zusammen gearbeitet und in dieser langen Zeit ihre bei uns viel zu wenig gekannte und deshalb viel zu wenig gewürdigte Eigenart verstehen und schätzen gelernt.

²⁾ „Deutsche Tages-Zeitung“ Nr. 137 vom 15. März 1916.

Sinnsicht bedächtiger. Er will die kleineren Mitteleuropastaaten nicht von vornherein in seinen Plan als feste Größen einsetzen. Nach ihm wollen und müssen sie erst mit Augen sehen, ob der Kern von Mitteleuropa sich bildet, ob das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn sich finden. Hinsichtlich der Türkei, welcher er im übrigen mit Recht die sympathischsten Worte widmet, ist der Verfasser noch vorsichtiger. Wenn er sie auch als brüderlichen Kampfgenossen grüßt und hofft, daß wir weiterhin mit ihr gemeinsame Geschichte erleben, so gehört die Türkei zunächst nicht in die von ihm beabsichtigte Organisation des Kerns von Mitteleuropa herein. Auch hier müsse die Kristallisation selbst erst da sein, ehe über Anschlußbedingungen erfolgreich gehandelt werden könne. Dieser Leitsatz und seine Begründung durch die geographische Lage der Türkei und durch die besondere Art ihres Volks- und Wirtschaftsgebietes kann nur rüchhaltlos unterschrieben werden.

Sonne und Klima, Luft und Licht sind dort anders als bei uns. Die knappe Korrektheit des Nordländers und das durch Sonne und Südwind bedingte Jawasch, Jawasch des Türken sind diametral entgegengesetzt.¹⁾ Solche Gegensätze verlangen, daß beide Teile sich besser kennen zu lernen suchen und sich darum bemühen, sich gegenseitig zu verstehen und die guten Eigenschaften des andern richtig zu würdigen.

Wer Divergenzen solcher Art staatsrechtlich und wirtschaftlich unter eine Formel bringen will, muß schon ein großer Völkerpsychologe sein.

Nun ist ein lebhafter Kampf der Meinungen u. a. auch darüber entbrannt, wie es zu ermöglichen ist, die materiellen Interessen der Staatenglieder dieses künftigen Zentralbundes gemeinsam gegen das Ausland zu schützen und untereinander den versöhnenden Ausgleich unvermeidlicher Konkurrenz zu finden.

Was Raumann in dieser Hinsicht bringt, ist mindestens insofern verdienstvoll, als überhaupt einmal die Frage aufgerollt wurde. Jetzt sollen unsere Führer im wirtschaftlichen und politischen Leben ihr Rüstzeug hervorholen! Nur im Kampfe der Meinungen kann die Frage zur Lösung heranreifen. Können z. B. deutsche Vorzugszölle zugunsten Oesterreich-Ungarns (und vice versa) das Problem lösen? Kann für Deutschlands Interessen — und diese sind doch zunächst für jeden Deutschen die maßgebendsten — die durch das Schlagwort „Berlin-Bagdad“ kenntlich gemachte Kontinentalpolitik mit den wirtschaftlichen Schützengraben nach Ost und West erstrebenswert sein? In der Reihe der Faktoren, welche zur Beantwortung dieser Frage entscheidend sind, ist einer der nicht ganz unwichtigen die wirtschaftspolitische Bedeutung, welche die Türkei für Deutschland besitz.

Ist das, was wir fast täglich über die „Handelsbeziehungen zur Türkei“, „die türkischen Handelszentren“, „die ungehobenen Schätze der Türkei“ zu lesen und zu hören bekommen, geeignet, die Entschlüsse ernster Männer — ins-

¹⁾ Siehe meinen Artikel in der „Deutschen Revue“ vom Oktober 1909: „Türkei, Rück- und Ausblicke“.

besondere auch der leitenden und ihrer Verantwortung sich bewußten Männer unsrer Regierung — in solche wirtschaftlichen Bahnen zu lenken, wie Ballin, der kluge und weitsichtige Führer der Hamburg-Amerika-Linie, in einem jüngst erschienenen Artikel es zu befürchten scheint?¹⁾

Sicher ist das Programm: „Die Handelsbeziehungen der Türkei zu Deutschland enger zu knüpfen und deren Handelszentren mit denen Deutschlands in engere Verbindung zu setzen“, ein verdienstvolles. Ebenso ist es ohne Zweifel ein erstrebenswertes Ziel, wenn durch das Kulturwerk der Bagdadbahn die „ungeheuren Massen ungehobener Schätze der Türkei“ zur Geltung gebracht werden.

Die Bagdadbahn geht ihrer Vollendung entgegen; in militärischer Hinsicht hat sie schon jetzt, selbst in ihrem unvollendeten Zustande, den Beweis für die Weitsichtigkeit des auch sonst sehr unterschätzten Sultans Abd ul Hamid erbracht. Wirtschaftspolitisch ist sie schon heute ein wichtiger Faktor für die Türkei und wird es mit jedem Kilometer Schienenstrang mehr, der in das Innere des Landes vorgestreckt wird.

Sich ein ganz zutreffendes Bild der türkischen Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten zu machen, wird etwas schwierig sein, da statistisches Material bezüglich der Türkei nur äußerst dürftig vorhanden ist. Vielleicht wird Furcht und Hoffnung, die sich je nach der Stellung des Einzelnen an diese Möglichkeiten knüpfen, auf ein verständiges Maß zurückzuführen, am ehesten gelingen, wenn man sich an der Hand nüchternen Zahlen über folgende Punkte Klarheit zu verschaffen sucht:

1. Was kann die Türkei hervorbringen und über ihren eignen Bedarf hinaus an uns abgeben?
2. Hat die Türkei Bedürfnisse oder können ihr solche entstehen, die vorzugsweise von uns zu befriedigen wären?

Die erste Frage ist kurz dahin zu beantworten, daß die Türkei in ihrem heutigen Zustande fast nur als Produzent von Rohstoffen in Frage kommt. Eine Industrie in unserm Sinne existiert überhaupt nicht. Die wenigen Ausnahmen (Teppichfabriken, Mühlen, Ziegeleien, Brauereien) kommen für einen Export aus der Türkei — abgesehen etwa von den Teppichen — nicht in Betracht. Die erste Stelle unter den Rohprodukten nimmt das Getreide ein, von welchem weiter unten ausführlich geredet werden soll. Daneben bilden Obst und Gemüse, besonders in erreichbarer Nähe von der Hauptstadt, lohnende Erzeugnisse des Bodens. Doch dienen sie fast ausschließlich dem inländischen Bedarf. Die wundervollen Erdbeeren, Kirschen, Trauben, die Äpfel von Amasia, die Birnen von Gümüş-Hané und Sabandja und die Melonen, sowie die frischen Salate und Spargel kommen für den Export nicht in Frage. Dagegen ist die Feige ein Exportartikel, der auch für Deutschland von Bedeutung werden

¹⁾ Vgl. „Vossische Zeitung“, Nr. 658.

kann, ohne konkurrierende Interessen bei uns zu schädigen. Heute schon exportiert Smyrna allein an 18 000 Tonnen Feigen pro Jahr. Von dem bisherigen Bedarf Deutschlands an Feigen (9000 Tonnen) wird zurzeit nur etwa ein Drittel aus der Türkei gedeckt.

Von gewisser Bedeutung können auch die Orangen werden. Von diesen werden heute schon aus Saffa jährlich bis zu 2 Millionen Kisten ausgeführt. Deutschlands ganzer Bedarf an Apfelsinen und Mandarinen übersteigt fürs Jahr 140 000 Tonnen mit einem Werte von mehr als 23 Millionen Mark. Also auch hier ist Bedarf auf deutscher Seite und Produktionsmöglichkeit auf türkischer Seite vorhanden.

Daneben sind noch zu erwähnen als Genußmittel, die aus der Türkei zu uns gelangen und in erhöhtem Umfange gelangen können: Haselnüsse (bisher etwa 3000 Tonnen = 2 500 000 Mark jährlich) und Rosinen (bislang etwa 16 500 Tonnen = 9 400 000 Mark jährlich); ferner als Gebrauchsmittel: für Gerbereien die Knupperreiche (Valoné), deren Eicheln wegen ihres hohen Gehaltes an Gerbstoff äußerst gesucht sind, und die levantinischen Galläpfel. Von ersteren führt Smyrna mehr als 40 000 Tonnen jährlich aus.

Ein gewisses Interesse besteht auch noch für Arzneipflanzen, speziell Opium, welches im Werte von 2 bis 3 Millionen Mark jährlich aus der Türkei, besonders aus der Gegend von Afium Karahissar, dem Knotenpunkt der Anatolischen Bahn und der Smyrna-Kassaba-Bahn, nach Deutschland ausgeführt wird; der Gesamtimport Deutschlands an Opium belief sich im Jahre 1913 auf etwa $5\frac{1}{2}$ Millionen Mark.

Der türkische Tabak, eine der größten Einnahmequellen der Türkei, ist an dem deutschen Import nur mit zirka 8000 Tonnen unbearbeiteter Tabakblätter im Werte von etwa 19 Millionen Mark beteiligt.

Zwei Quellen können ferner noch der Türkei neue große Einnahmen bringen oder doch zur Herabminderung von Ausgaben an das Ausland beitragen. Die eine ist die Baumwolle. Ihr Anbau ist im südlichen Kleinasien an der Merzifina-Awana-Bahn in vollster Entwicklung. Für einige Millionen Mark dortiger Baumwolle geht jetzt bereits nach Deutschland. Die zielbewußte und von der Regierung unterstützte Leitung dieser Industrie läßt beste Hoffnungen hegen. Insbesondere, wenn es gelingt, sie gegen die Schädlinge, welche sie bedrohen, die Heuschreckenplage, erfolgreich zu schützen. Die andre Quelle kann die Zuckerrübe werden. Die bisher angestellten Versuche haben an den verschiedenen Orten glänzende Resultate hinsichtlich des Zuckergehaltes ergeben. Der Bedarf an Zucker selbst ist in der Türkei ein gewaltiger. Zum Beispiel hat die Anatolische Bahn für die von ihr alimentierten Gebiete im Jahre 1913 mehr als 20 000 Tonnen Zucker transportiert. Bisher wurde das Bedürfnis an Zucker in der Hauptsache von Oesterreich aus gedeckt. Von uns kamen kaum 2 Millionen Mark als Export in Betracht. Gelingt der Anbau der Zuckerrübe im großen, so ist für die Anlage von Zuckerfabriken in der Türkei selbst bis zu einem gewissen Grade vernünftige Existenzmöglichkeit gegeben.

Die gesamte heutige Getreideproduktion der Türkei kann hoch gerechnet auf nicht mehr als etwa $4\frac{1}{2}$ bis 5 Millionen Tonnen jährlich geschätzt werden. Das heißt, es kommt — bei rund 20 Millionen Einwohnern — auf den Kopf nur ein Durchschnittsquantum von etwa 250 Kilogramm pro Jahr. Kartoffeln¹⁾ fehlen in der Türkei gänzlich; alle Anbauversuche im großen sind bisher infolge der Boden- und klimatischen Verhältnisse fehlgeschlagen. Demgegenüber wolle man beachten, daß der Ernteertrag Deutschlands an den wichtigsten Naturfrüchten für Menschen und Vieh im Jahre 1914 (ganz abgesehen von 29 Millionen Tonnen Wiesenheu) 72 Millionen Tonnen überstieg, bei einer Bevölkerungsziffer von 65 Millionen.

Bei solchen Ziffern auf beiden Seiten wird die Besorgnis vor einer Ueberflutung Deutschlands mit türkischem Getreide für absehbare Zeit als unbegründet gelten müssen. Dies um so mehr, als nach langjährigen Erfahrungen von Zeit zu Zeit mit Mißernten²⁾ und Hungersnot gerechnet werden muß.

In den deutschen Einfuhrziffern findet sich türkisches Getreide überhaupt nicht verzeichnet; weder Roggen, noch Weizen, noch Gerste, noch Hafer. Im Gegenteil begann im Jahre 1913 Konstantinopel, welches vormals hauptsächlich russisches Mehl bezogen hatte, deutsches Weizenmehl im Betrage von etwa 3 Millionen Mark zu importieren. Hafer ist in der Türkei fast unbekannt. Soweit Getreide als Viehfutter verwandt wird, dient hierzu die Gerste. Aber der Hauptteil der türkischen Gerstenernte aus der Smyrnaer Gegend geht nach England, dort als Braugerste besonders hochgeschätzt. Es lohnte sich für unsere Brauereien, die früher mit der anatolischen Gerste angestellten Untersuchungen und Analysen wieder aufzunehmen. Denn der deutsche Bedarf an Gerste wird durch die inländische Produktion auch nicht annähernd gedeckt. Die Einfuhr fremder Gerste in Deutschland überstieg im Jahre 1913 3 Millionen Tonnen im Werte von annähernd 400 Millionen Mark. (Im Jahre 1912 kamen allein aus Persien (!) 60 757 Tonnen Gerste im Werte von 8 800 000 Mark nach Deutschland.)³⁾ Also, Bedarf auf deutscher Seite und Befriedigungsmöglichkeit auf türkischer Seite ist auch hinsichtlich Gerste vorhanden. Es müßten sich denn doch auch Mittel und Wege finden lassen, die türkische Gerste, die an sich Qualitätsware ist, für die Herstellung nicht nur des englischen, sondern auch des deutschen Bieres begehrenswert zu machen.

Ebenso wenig wie ein Getreideimport kann, unter den gegenwärtigen Verhältnissen wenigstens, ein Viehimport aus der Türkei nach Deutschland für unsere

¹⁾ Abgesehen von Lugskartoffeln nach Art der Malteserkartoffel.

²⁾ Es wird eine der vornehmsten Aufgaben der Regierung sein, den Folgen solcher Mißernten in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht durch Ansammlung angemessener Kornreserven vorzubeugen. Hier bietet sich für deutsche Ingenieurkunst und Technik ein gewisses Feld der Betätigung. Die türkische Regierung wird bei den erforderlichen Anlagen gern auf deutsche Mitarbeit und Hilfe bedacht sein. Hat doch deutsche Arbeit bei den großen Speicherbauten in Dérindjé und bei den Siloanlagen in Saidarpascha vor den Augen der türkischen Bevölkerung sich in dieser Beziehung bereits glänzend bewährt.

³⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch f. d. D. R. für 1915, S. 183.

Volkswirtschaft von Bedeutung werden. Schweine gibt es in der Türkei nicht. Auch Rindvieh nicht in der Qualität, wie es für einen Export verlangt werden müßte. In der Türkei selbst dient Rindvieh nicht als Nahrungsmittel. Hauptsächlich kommen die Zugtiere als Arbeitskraft in Betracht. Hinsichtlich der Schafe, neben der Ziege der Hauptbestandteil des türkischen Viehreichthums, verhindern die hohen Transportspesen erfolgreichen Export nach Deutschland.¹⁾ Vielleicht kann umgekehrt, sobald einmal die türkische Regierung den Wunsch hat, die Rindviehrasse durch guten Zuchtimport zu verbessern, dies zu einem gewissen Absatz aus Deutschland nach der Türkei Gelegenheit bieten.

Ist heute aber die Türkei — mit Ausnahme der Berge — noch nicht Kornreich genug, um fremden Ländern von ihrem Ueberschuß abzugeben, so wäre es doch denkbar, daß genügend Neuland unter Kultur genommen wird, um solchen Ueberschuß demnächst zu schaffen. Kulturfähiges Land ist in der Türkei im Ueberfluß vorhanden! Die Schätzungen gehen dahin, daß von dem ganzen Gebiet in Kleinasien 80 Prozent kulturfähig sind, hiervon aber noch $\frac{5}{8}$ der Erschließung harren. Zu einer solchen fehlt es indessen an mancherlei, in erster Linie an Wasser und an Arbeitskräften. Mit der Bewässerung hat die türkische Regierung, bzw. die Anatolische Bahn für sie, in der Koniaebeene unter Aufwendung von rund 20 Millionen Franken einen ersten, erfolgversprechenden Versuch gemacht. Ein zweites, kühn angelegtes und viel weiter ausgreifendes Projekt des Engländers Wilcox in Mesopotamien ist durch den Krieg zum Stillstand gebracht. Es kann hier unerörtert bleiben, was seine Ausführung politisch zur weiteren Folge gehabt hätte. Immerhin wäre mit der Ausführung solcher Projekte allein, so segensreich sie an sich sind, die Frage der Zuführung genügender und richtig regulierter Feuchtigkeit nur zum Teil gelöst. Der andre Teil der Lösung würde fehlen so lange, als nicht die türkische Regierung zugleich damit die bis heute dem türkischen Geiste noch völlig fremde Frage der Aufforstung in ihre Hand nimmt und energisch durchführt. Jahrhundertelanger Raubbau in den Wäldern, zusammen mit der Ziegenwirtschaft (das Wilajet Angora allein zählt z. B. auf 75 000 Quadratkilometer 1 230 000 Ziegen) hat Berg und Wald des Baumbestandes entkleidet. Der Regen hat die Erdschicht von den Bergen abgespült. Die heilsame Regulierung der klimatischen Faktoren durch große Walddistrikte, wie wir uns ihrer in Mitteleuropa erfreuen, fehlt dort gänzlich.

Zur zielbewußten und energischen Leitung der heutigen türkischen Regierung darf man das volle Vertrauen haben, sie werde auch diese Frage am rechten Ende anpacken und zum guten Fortgang führen. Will sie sich dabei des Zusammenarbeitens mit deutschen Organen bedienen, so wird dies um so mehr Erfolg versprechen, als wir in Deutschland nicht nur eine geordnete Forst-

¹⁾ Ob unsre Schifffahrt durch ähnliche Einrichtungen wie für die Einführung des australischen Gefrierfleisches den anatolischen Hammel für Deutschland importfähig machen wird, kann dahingestellt bleiben.

wirtschaft und praktisch sowie theoretisch hochgebildete Fachmänner besitzen, sondern gerade schon auf gleichem Gebiet und unter fast gleichen Verhältnissen, nämlich in Kleinasien, ganz Hervorragendes geleistet haben.

Zu diesen Schwierigkeiten tritt ferner noch der überaus fühlbare Mangel an Arbeitskräften. Zwar ist die große Mehrzahl der Bevölkerung, soweit sie nicht in der Beamten- und Offizierskarriere oder in den geistlichen Betätigungen Unterkunft sucht, in der Landwirtschaft tätig. Zum mindesten wohl 80 Prozent der Bevölkerung leben in und von ihr. Frau und Kinder bestellen den Acker in Kriegszeiten nicht minder als in Friedenszeiten. Aber die gesamte Bevölkerung des türkischen Reiches beträgt ja heute nur knapp 20 Millionen, d. h. bei einem Flächeninhalt von 1 800 000 Quadratkilometern noch nicht 11,5 pro Quadratkilometer gegen 120 Einwohner pro Quadratkilometer in Deutschland!

Hier wäre also nun das längst ersehnte Feld gegeben, in welches unser Bevölkerungsüberschuß demnächst geleitet werden könnte, wenn, ja: „wenn . . .!“ Solcher „Wenns“ gibt es aber eine ganze Zahl. Zunächst ist es mit der Leitung eines Auswandererstromes ein eignes Ding. Meist haben Menschen, die dem Vaterlande den Rücken kehren, ihren Kopf für sich. Sie wandern häufig aus, weil sie nach ihrer Ansicht daheim nicht zu wenig, sondern zu viel geleitet wurden.

Aber abgesehen davon, kann vor einer Besiedelung türkischen Gebietes mit deutschen Ansiedlern oder gar vor deutschen Kolonien in Kleinasien gar nicht genug gewarnt werden. Das wäre sicher ein nicht wieder gutzumachender Fehler, den unsre Feinde mit vollem Erfolg gegen uns ausnützen würden, wollten wir uns den Türken bei dem Werk der Wiedergeburt ihres Landes aufdrängen. Dieses gilt für etwaige Siedelungspläne wie nicht minder bei der militärischen Reorganisation und der geplanten Umformung von Zivilverwaltung, Finanzen, Handel und Verkehr. Der Osmane, einesteils stolz und selbstbewußt, eine Herrennatur, ist durch den jahrhundertlangen Druck der Fremdmächte empfindlich und mißtrauisch geworden. Dem muß man billig Rechnung tragen. Nichts wäre verkehrter, als wenn wir den Türken, sei es wo immer, helfen wollten, ohne daß sie uns darum ersuchen. Kommt einst der Tag, wo wir dießbetreffend um unsre Unterstützung im großen angegangen werden, so wird es Sache unsrer leitenden Persönlichkeiten sein, für jeden Zweck nur die geeignetsten Männer — an Wissen, praktischem Können und besonders auch an Takt — auszusuchen, wobei besonderer Nachdruck auf das Wort „Takt“ zu legen ist. Denn so wohlthuend deutsche Ordnung und deutscher Schneid, jedes an seinem Plage, wirkt, so ist es doch damit allein im Orient nicht abgetan.

Der Boden für die kommenden Männer wird dann schon gut vorbereitet sein; denn das soll nicht vergessen werden und vergißt der Türke nicht, was Deutsche in seinem Lande seit langen Jahren zum Wohl der Türken geschaffen und was sie als Lehrer und Vorbilder gewirkt haben. Von Mollate angefangen die lange Reihe von Militärs wie v. Ramphöener-Pascha, Auler-Pascha, v. Rüdgisch-Pascha, Imhof-Pascha, Kalau vom Hofe der Admiral. Dann die große Anzahl deutscher Ingenieure mit dem Altmeister Mackensen an der Spitze;

ferner der unermüdlche Geheime Baurat Rapp v. Gölbstein, der auch fast sämtliche Bahnen gebaut hat, welche von den Franzosen finanziert worden sind. Alsdann, um aus der Reihe unsrer Eisenbahner einige zu nennen, an erster Stelle: v. Kuhlmann, wohl der beste Kenner der Türken und von diesen geschätzt und verehrt wie selten jemand. Neben Kawerau, Regierungsbaumeister Prohl, zurzeit Hauptmann im Felde, in Friedenszeiten Mitinhaber der rühmlichst bekannten und für das Deutsche Reich in Afrika bauenden Firma Briste & Prohl; dann der Regierungsbaumeister Habich, heute Direktor der deutschen Ostafrikabahn, Rothschuh, der Erbauer der Berliner Untergrundbahn Nord—Süd, der flott arbeitende Regierungsrat Denicke, nach der Türkei in Afrika tätig, jetzt Mitglied der Königlichen Eisenbahndirektion Münster mit seiner ebenso hübschen wie energischen Gattin und Gefährtin in allen wissenschaftlichen und technischen Expeditionen. Hagenbeck, ferner Galwesti, jetzt Direktor bei Philipp Holzmänn & Cie., und der leider zu früh verstorbene geniale Philipp Holzmänn selbst nebst seinem Nachfolger, dem Geheimrat Riese, dessen energischer Geschäftsleitung die zielbewußte Förderung der Bauarbeiten an der Bagdadbahn zu danken ist. Auf medizinischem Gebiet Professor Kieber, der Gründer des großen Krankenhauses in Haïdar-Pascha, der bei Besichtigung des Hochbaues vom zweiten Stockwerk in die Tiefe stürzte, beide Beine, Arme und die Rippen brach, sich das Rückgrat verstauchte und trotzdem durch die Kunst seiner Kollegen so am Leben erhalten wurde, daß er später in Bonn wieder eine Professur übernehmen konnte — und heiratete. Zu gleicher Zeit mit ihm Professor Deicke, heute einer der ersten Lepraforcher. Professor v. Dühring, der die Seuchen der Geschlechtskrankheiten in Anatolien zu bekämpfen suchte, und Wieting-Pascha, der Organisator des vorbildlichen türkischen Krankenhauses in Gülhané, Generalarzt der türkischen Armee. Von Gelehrten Humann und Schliemann, deren Werk jedes deutsche Herz höher schlagen läßt, sowie Wiegand, der Entdecker von Priene, jetzt Direktor an den Königlichen Museen in Berlin. Auf dem Gebiete des Schulwesens: Professor Schwallo, langjähriger Leiter der deutschen Schule in Konstantinopel, jetzt am Königlichen Wilhelms-Gymnasium in Berlin und zurzeit Hauptmann bei der Garde, der trotz zweimaliger schwerer Verwundung heute schon wieder im Felde steht und unsern Feinden erfolgreich die „deutsche Grammatik“ more militari einpaukt. Zum Schluß, ohne hier alle einzeln nennen zu wollen, auf finanziellem Gebiet: v. Siemens, v. Gwinner, v. Kaulla und — auch der Schatzsekretär Helfferich hat dort einige Zeit an leitender Stelle der Anatolischen Bahn seine Kenntnisse und seine Energie zugunsten der Türkei verwerten können, gerade auch hier, wie nachher als Direktor der Deutschen Bank, Erfahrungen sammelnd, die ihm für seinen heutigen Posten den Blick geweitet und schätzenswerte Dienste für die Kenntnis der türkischen Volksseele geleistet haben.

Wird also die Türkei von Deutschland die Hergabe von Kräften erbitten, um auf den verschiedenen Gebieten vorbildlich und befruchtend zu wirken, so wird es dann Pflicht unsrer Regierung sein, dafür zu sorgen, daß alle Vorbedingungen für eine erfolgreiche Tätigkeit unsrer Volksgenossen gegeben sind.

Dazu wird dereinst für landwirtschaftliche Kolonisten vor allem tatsächlicher und rechtlicher Schutz des Eigentums und der Person gehören. Die bisherigen Schwierigkeiten bilden ein besonderes Kapitel. Der Umstand allein, daß etwa 70 Prozent allen angebauten Landes dem Erbf, d. h. den frommen Stiftungen gehören, die es auf längere oder kürzere Zeit in eine Art Pacht geben, läßt einige der Schwierigkeiten ahnen, denen die türkische Regierung zu begegnen haben wird. Dazu das Steuersystem der Zehnten, welches in seiner früheren Anwendung jeder Erpressung Tür und Tor öffnete. Aber auch hier gilt die Losung der jungen Türkei: „Nunquam retrorsum.“ Was ich im Oktober-Heft der „Deutschen Revue“ von 1909 hierüber schrieb, wird eine ernste und eine der wichtigsten Aufgaben der türkischen Regierung bilden.

Wir kommen jetzt zu den Bodenschätzen, Mineralien und Petroleum. Es muß anderweiter Erörterung vorbehalten bleiben, dieses Kapitel eingehender zu entwickeln. Nur so viel sei hier erwähnt, daß heute schon Silber und Blei in ausgiebiger Weise gefunden und ausgebeutet wird. Auch Schwefelkies, Zink, Boraxfalk und Schmirgel, dazu die Wallererde, von der z. B. auf der Anatolischen Bahn an 4000 Tonnen jährlich transportiert wurden. Neben dem Chromeisenstein, dessen Quantität und Gehalt besonders gerühmt wird, interessiert zurzeit am meisten das Vorkommen von Kupfer. Hier besitzt die Türkei in Arghana Maden einen ergiebigen Reichtum. Das Bergwerk liegt an den Quellen des Tigris, nördlich von der Hauptstrecke der Bagdadbahn, mit dieser in Zukunft durch die von Tell el Helis über Diarbekir nach Karput führende Zweigbahn verbunden. Schon heute bei den ganz unzulänglichen Verbindungen ein wertvolles Moment bei der Beschaffung der Kriegsbedürfnisse der Türkei, wird dieses Bergwerk, an den Weltverkehr angeschlossen, in absehbarer Zeit eine besondere Bedeutung gewinnen.

Aber auch hier wird es fraglich sein, ob über den eignen Bedarf der Türkei hinaus nennenswerte Mengen befördert werden können, welche bei den hohen Transportkosten in Europa überhaupt konkurrenzfähig wären.

Ein anderer Faktor, welcher im Wirtschaftsleben der Türkei eine große Rolle zu spielen berufen ist, sind die Kohlen. Braunkohlen sollen an vielen Stellen vorhanden sein, meist allerdings nach Qualität und Quantität wenig abbauwürdig. Immerhin verdient jedes derartige Vorkommen bei dem Mangel an Brennholz besondere Beachtung. Geht doch dieser Mangel an Brennholz so weit, daß die Exkremente des Viehes nicht zu Dünger verwendet werden können, weil der Mensch sie als Feuerungsmaterial in Ermangelung von Holz während des strengen anatolischen Winters dringend benötigt. Braunkohle wird bei Biletschil heute schon in den Seidenspinnereien verwandt und soll sich auch in der Gegend von Karput in großen Mengen finden. An Steinkohlen sollen ungeheure Lager vorhanden sein. Ich fürchte, daß es mit dieser Angabe ähnlich steht wie mit sonstigen Zahlenangaben im Orient. Tatsache aber ist, daß bei Heraklea am Schwarzen Meer ein großes, bisher von einer französischen Gesellschaft betriebenes Steinkohlenbergwerk sich befindet, dessen Produktion sich

jährlich auf über 100 000 Tonnen belaufen soll. Die Schiffe der türkischen Regierung heizen zum Teil mit dieser Kohle. Auf den Eisenbahnen hat sie bis vor dem Kriege gegen die englische Kohle nicht aufkommen können.¹⁾

Was das Petroleum²⁾ anbetrifft, so haben kostspielige Studien bereits stattgefunden. Ueber das endgültige Resultat wird erst in späterer Zeit zu sprechen sein. Doch darf heute schon bezweifelt werden, ob Petroleum aus der Türkei jemals zur Befriedigung von Deutschlands Konsum in Frage kommen wird.

Unter richtiger Führung durch ihre Regierung und bei Aufwendung ausreichender Geldmittel für die erforderlichen Installationen wird also die Türkei eine gewisse Reihe von Artikeln hervorbringen können, welche sie für ihren eignen Bedarf benötigt und für deren Beschaffung sie bisher dem Auslande tributpflichtig war. Selbst aber ins Ausland zu exportieren, wird sie, mit wenigen Ausnahmen, in nennenswertem Umfange auf Jahre hinaus kaum in der Lage sein. Dies um so weniger, als auch hier jetzt der Zeiger der sozialen Uhr, welcher jahrhundertlang stille stand, weitergeht. Schon sehen wir in der Türkei sich Arbeiterkoalitionen und Syndikate bilden, die mit dem neuen Zeitalter auch neue Probleme in das Wirtschaftsleben schleudern! Die Tabakindustrie in ihrer alle Erwartungen überschreitenden Entwicklung absorbiert eine Unzahl Arbeiter zum Nachteil andrer Arbeitsgebiete und steigert die Ansprüche der Arbeiter in gleichem Maße, als sie die Arbeitskräfte an sich zieht.

Wenden wir uns nun dem zweiten Kapitel zu, so muß vor allen Dingen darauf hingewiesen werden, daß die türkische Bevölkerung Bedürfnisse überhaupt kaum kennt. Für einen Europäer ist ihre Bedürfnislosigkeit fast staunenswert. Ein Stück Brot, etwas weißer Biegentäse, grüner Salat oder rohe Früchte genügen den Ansprüchen des Landmannes, hin und wieder dazu gelegentlich ein Stück Hammelfleisch. Dies gilt für die heimische Bevölkerung auf dem Lande wie in den Städten. Auch der Ausländer muß sich allmählich seiner heimatischen Lebensgewohnheiten für Essen und Trinken entwöhnen, will er nicht den klimatischen Einflüssen zum Opfer fallen (besonders Typhus). Nur so ist es zu verstehen, daß die gesamte Einfuhr nach der Türkei im Jahre 1910/11 nur zirka 750 Millionen Mark betrug. Bedt nun die neue Zeit neue Bedürfnisse in der türkischen Bevölkerung, und zwar solche, die durch uns und unsre Industrie zu befriedigen wären? Zunächst sicher das Bedürfnis nach solchen Artikeln, die mit dem Klima im Zusammenhang stehen, also z. B. Eismaschinen, Filter für Trinkwasser. Sodann kleinere Heizöfen und Beleuchtungsartikel. Die

¹⁾ Einer unsrer ersten Kohlenmagnaten von Rheinland-Westfalen hat während des Krieges an die Türkei 40 000 Tonnen Kohlen geliefert.

²⁾ Schon Plutarch erwähnt in seiner Schilderung Alexanders des Großen, wie dieser auf seinem Zuge durch Babylonien das tiefe Erdbloch bei Elbatana bewunderte, aus welchem ohne Unterbrechung Feuer hervorbrach wie aus einer Quelle. Ebenso wunderte sich Alexander über den großen Bach von Naphtha, das in der Nähe jenes Erdblochs wegen seiner Menge einen See bildet.

Elektrifizierung der größeren Städte wird mit Notwendigkeit ihren weiteren Weg gehen. Aber auch in den kleineren Städten und auf dem Lande wird die Beleuchtung, die heute noch im argen liegt, manche Verbesserung verlangen. Auch für Motoren aller Art wird nach dem Kriege die Zeit gekommen sein, im Handwerk und in der Landwirtschaft. Rollendes Material und Baumaterial für Bahnen und Häfen, Last- und Personenautomobile für den Verkehr in den Städten und auf den neuen Zubringerstraßen,¹⁾ welche das Land im Innern an die Schienenstränge anschließen sollen. Hierneben alles, was mit Heer und Marine zusammenhängt.

Alsdann folgen diejenigen Artikel, hinsichtlich deren die Türkei heute schon aufnahmefähig ist und bei welchen eine wesentliche Steigerung erzielt werden kann. Die erste Stelle in unsrer Ausfuhr solcher Artikel nach der Türkei nehmen die *Wollgewebe* mit 10 bis 15 Millionen Mark ein. Daneben *Baumwollgewebe*, und zwar gefärbte, gedruckte und buntgewebte mit 6 bis 9 Millionen Mark. Bei dem hochentwickelten Stand unsrer diesbetreffenden Industrie ist nicht anzunehmen, daß die Türkei hiergegen erfolgreich durch Errichtung eigener Fabriken konkurrieren kann. Vielmehr wird der Mehrbedarf an solchen Stoffen, welcher durch die Entwicklung der Türkei und ferner infolge der Zurückdrängung der Volkstrachten durch die moderne europäische Kleidung nötig wird, auch in Zukunft aus dem Auslande gedeckt werden. Vom ästhetischen Standpunkte aus ist die Verdrängung dieser malerischen Volkstrachten durch das moderne europäische Gewand nur zu bedauern. Gegen den Ansturm der uniformierenden Massenfabrikation kann indessen das am eignen Webstuhl geschaffene Volkskleid nicht mehr standhalten. Will unsre Großkonfektion für männliche und weibliche Kleidung sich in der Türkei betätigen, so wird sie ein weites Feld finden. Doch wird sie hierbei in unsern Bundesgenossen, den Oesterreichern, auf einen scharfen Konkurrenten stoßen, der schon jahrelang vor ihr an Ort und Stelle war, Land und Leute kennt, mit den Kreditverhältnissen vertraut ist und zudem den Vorteil kürzeren Transportweges genießt.²⁾

Die menschliche Kleidung gilt dem Türken nicht als vollkommen, wenn er nicht mindestens ein Paar Ledergaloschen sein Eigen nennt. Nichts Unhöflicheres und Ungefitteteres, als in Stiefeln mit dem Staub der Straße in ein Haus

1) Selbst während des Krieges hat die Regierung eine Anzahl dieser Straßen fertigstellen können, auf denen jetzt der Nachschub von Munition, Proviant, Wasser, Geschützen usw. durch Lastautomobile mit staunenswerter Schnelligkeit erfolgt. Im ganzen hat das Programm, welches das erste Arbeitsministerium der neuen Ära im Jahre 1926 aufstellte, ein zu bauendes Netz solcher Straßen von 30 000 Kilometern vorgesehen. Was aber dieser beinahe phantastisch klingenden Ziffer zu einer realen Wirklichkeit zu verhelfen geeignet ist, das ist der Umstand, daß auch für einen erheblichen Teil der erforderlichen Baukosten die Einnahmequellen durch die sog. Wegebauprästationen in Friedenszeiten flüssig gemacht werden können.

2) Analoge Kollision mit österreichischen und ungarischen Handelsinteressen im Orient findet sich auf vielen andern Gebieten. Hier den richtigen Ausgleich zu finden, wird eine der schwierigsten Aufgaben sein.

oder gar in eine Moschee zu treten. Aus Deutschland ist bisher in diesem Artikel, der ein Massenartikel ist, wenig geschehen. Es wird sich fragen, ob es sich nicht empfiehlt, eine durch die Größe des Konsums und durch das Vorhandensein des Leders schon von Anfang an in ihrer Rentabilität ziemlich sichergestellte Fabrik von Stiefeln und Ledergaloschen in der Türkei selbst einzurichten. Von der türkischen Regierung wird jede Förderung zu erwarten sein.

Strumpfwaren werden einen immer größeren Absatz in der Türkei finden. Schon im Jahre 1913 betrug die Ausfuhr aus Deutschland nach der Türkei an baumwollenen Strümpfen und Unterleibern etwa 3 Millionen Mark. Bemerkenswert ist, daß von Posamentierwaren, in denen Deutschland jährlich mit zirka 50 Millionen Mark exportiert, Nennenswertes nach der Türkei nicht geht.

Bei allen diesen Erwägungen wird immer wieder darauf zurückzukommen sein, daß der Hauptteil der Bevölkerung auf dem Lande lebt. Städte in unserm Sinne mit einer Bevölkerung von über 100 000 Einwohnern sind fast an den Fingern einer Hand herzuzählen. Außer Konstantinopel mit rund 2 Millionen Einwohnern noch

Damaskus	mit	250 000
Smyna	"	250 000
Aleppo	"	200 000
Beirut	"	140 000
Bagdad	"	125 000
Erzerum ¹⁾	"	120 000.

Im ganzen werden Ortschaften, welche noch als Städte anzusprechen wären, knapp 200 zu nennen sein, davon etwa zehn mit einer Bevölkerung bis 100 000 Einwohnern (Trapezunt, Mekka, Medina, Mossul, Adana, Aidin, Jerusalem, Diarbekir), alsdann etwa 20 Städte unter 70 000 Einwohnern (z. B. Estlikschir, Bassora, Angora und Konia mit etwa 40 000), weitere 30 Städte zählen unter

¹⁾ Erzerum hat in den letzten Jahrzehnten in den Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei wiederholt eine bedeutsame Rolle gespielt. Die jetzige Niederlage der Türken konnte vermieden werden, wenn man in Konstantinopel Ende der 90er Jahre den dringenden Warnungen eines unsrer tüchtigsten Offiziere gefolgt wäre. Nach persönlicher Inspektion an Ort und Stelle wies er immer wieder auf die Notwendigkeit hin, dies Bollwerk gegen Rußlands Angriffslust mit den neuesten und besten Verteidigungsmitteln zu versehen, sowie für gute Verbindungswege Sorge zu tragen. Es gehört zu den merkwürdigsten Treppenvissen der Weltgeschichte, daß nicht nur seitens des russischen Botschafters — von dem man es verstehen konnte —, sondern auch deutscherseits alles aufgeboten wurde, diesen Bestrebungen entgegenzuwirken, und zwar leider mit Erfolg. Als dann der gleiche Offizier die Vermessenheit hatte, unter Billigung seines Chefs und mit Zustimmung Abd ul Hamids eine türkische Manöverübung so zu leiten, daß er dabei einen Angriff russischer Truppen auf Konstantinopel von der Meerseite her supponierte, wurde er auf deutsches Betreiben, veranlaßt durch die Vorstellungen des russischen Botschafters, in höchster Ungnade abberufen und mußte die Folgen dieser Ungnade bitter tragen. Auf die Dauer hat ihm diese Episode allerdings nicht geschadet; heute ist er in gerechter Würdigung seiner Fähigkeiten Heerführer im Osten.

30 000 Einwohner, während der Rest eine erheblich geringere Einwohnerzahl aufzuweisen hat, so z. B. Alexandrette 12 000, Eregli im Kupferbecken am Schwarzen Meer 6000 und ebensoviel Arghana Maden (Kupfer).

Nach glücklichem Ausgange dieses Krieges wird sich auch hier ein Wandel von selbst vollziehen. Der Orient wird das „neu entdeckte Land“ werden, und neben manchem Abenteuerer wird ernste Arbeit dort einen Platz suchen. Auswärtiges Kapital wird in das Reich fließen.¹⁾ Die Städte werden sich vergrößern und verschönern. Die Versorgung mit allen notwendigen und nützlichen Einrichtungen wird rapide vor sich gehen. Die Bautätigkeit wird gewaltig steigen.

Die Entwicklung auf dem flachen Lande wird gleichfalls stark einsetzen. Hier bietet sich für unsre Industrie in Kunstböden²⁾ ein weites Gebiet der Betätigung. Vielleicht sind wir auch der Zeit nicht fern, wo die Türkei sich ihre eigne Luftstickstoffanlage zur Versorgung des Landes mit künstlichem Dünger selbst errichtet. Die dazu erforderlichen Faktoren, Luft, Wasser, Kohle und Kalk sind in der Türkei genügend vorhanden. Wichtiger noch als der Dünger, welcher in den Distrikten der humusbedeckten Flußtäler noch entbehrt werden kann, sind die landwirtschaftlichen Maschinen. Bei der großen Arbeiternot wird für die Türkei gerade diese Frage von besonderer Bedeutung werden. Schon jetzt ist es teilweise gelungen, die Landbevölkerung mit deren Anwendung vertraut zu machen. Den Hauptteil von diesem Export trugen bisher die Engländer. Wenn unsre Industrie auf dem Posten ist, so wird sie auch hier ein großes Feld erobern können. Erforderlich ist, daß nicht nur gute Vertretung durch ein deutsches Haus in der Türkei gefunden wird, sondern noch eine Reihe andrer Faktoren. An erster Stelle die Einrichtung von Reparaturwerkstätten an verschiedenen, leicht erreichbaren Orten im Innern des Landes, sowie deren Ausrüstung mit genügenden Reserveteilen und Besetzung mit geschultem und zuverlässigem Personal.

In allen den oben erwähnten Spezialitäten wird eine Erhöhung unsrer Ausfuhr nach der Türkei möglich und von unsrer Industrie zu erstreben sein; auch manches neue Gebiet wird mit Erfolg in Angriff genommen werden können. Will die Türkei ihrerseits zu gleicher Zeit mit Ernst und Energie sich eine ihren Bedürfnissen angepaßte Industrie im eignen Lande schaffen, und erfüllt sie alle für die Prosperität einer solchen notwendigen Voraussetzungen, so sollten wir es an unsrer Hilfe, technisch, finanziell und organisatorisch nicht fehlen lassen.

Fragt man sich aber, ob wir durch unsre politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen mit den Balkanländern zu einer rein kontinentalen Politik zurück-

¹⁾ Vgl. meine ersten Warnungen, die Administration de la Dette Publique Ottomane vor jeder Schwächung zu bewahren. Sie bildet das Rückgrat des türkischen Staatskredits! (Novemberheft der „Deutschen Revue“ 1909. Zander, „Türkei, Rückblick und Ausblick.“) — Die in den letzten Tagen umlaufenden Gerüchte bewahrheiten sich hoffentlich nicht.

²⁾ Wie auch sonst in Chemikalien, pharmazeutischen Artikeln usw.

geführt werden sollten und in dem Schienenstrang „Berlin—Bagdad“ das Symbol eines solchen Kriegszieles zu erblicken ist, so genügt es, sich zu vergegenwärtigen, daß der Gesamtimport der Türkei im Jahre 1911 nur etwa 750 Millionen Mark betrug, daß Deutschland hieran nur mit etwa 113 Millionen beteiligt war, daß ferner Deutschlands Anteil an dem Gesamthandel der fünf Balkanstaaten Rumänien, Griechenland, Bulgarien, Serbien und der Türkei im Jahre 1911 sich insgesamt nur auf 504 Millionen Mark belief, während im gleichen Jahre unser Anteil an dem französischen Gesamthandel 1 120 000 000 Mark erreichte und unser Anteil an dem Gesamthandel Englands und Rußlands für jedes der beiden Länder allein fast viermal so groß als unser Handelsanteil in allen fünf Balkanstaaten zusammen war.

Aber Bagdad ist ja gar nicht das Ende der sog. „Bagdadbahn“, sondern zu Lande die Küste des Persischen Golfes, und von diesem weiter zu Wasser durch den Persischen Golf und die Straße von Hormus der Indische Ozean! Das ist es, was die Engländer fürchten. Bagdad selbst ist vom Meer noch rund 700 Kilometer entfernt, d. h. weiter als Frankfurt von Berlin. Mit einer türkischen Bahn unter deutschem Uebergewichte bis Bagdad hätten die Engländer sich zur Not abzufinden gewußt. Aber die Möglichkeit einer Weitererstreckung deutschen Einflusses bis an den Persischen Golf gilt ihnen als Bedrohung ihrer Stellung in Indien und als Gefährdung ihrer Seegeltung im Indischen Ozean mit Rückwirkung auf Persien und auf Afghanistan, auf Afrika, Australien und selbst China und Japan. Dies, trotzdem die Straße von Hormus von dem Sultanat Oman aus fast ganz unter englischer Kontrolle steht, und zurzeit wenigstens ohne große Mühe von England geschlossen werden kann. In Maskat, der Hauptstadt von Oman, residiert ein englischer politischer Agent sowie ein britischer Konsul, und britisch-indische Truppen „unterstützen“ die Herrschaft des dortigen Sultans.

Mag die Besorgnis der Engländer auch übertrieben sein, so war doch ihr Widerstand gegen die Bagdadbahn unter diesem Gesichtspunkt verständlich. Ihre Feindseligkeit hat vom Anfang der Konzessionsverhandlungen an mit starken Mitteln eingesetzt. Niemals ließen die Engländer in dieser Hinsicht einen Zweifel. Hat doch z. B., als unser Kaiser im Jahre 1898 seinen Weg nach Jerusalem über Konstantinopel nahm und hierbei der Anatolischen Bahn seinen Besuch abstattete — ein für damalige türkische Verhältnisse fast unglaubliches Ereignis, welches die türkische Bevölkerung zu höchster Begeisterung entflammte —, hat doch schon damals eine als Gast im Hause des Verfassers weilende Engländerin, Tochter eines der mächtigsten englischen Minister, in dürren Worten namens ihres Vaters erklärt: „Falls Deutschland sich am Persischen Golf festzusetzen beabsichtigt, so bedeutet das Casus belli für England.“

Wenn die Lösung: „Berlin—Bagdad“ auch von den Unsern im weiteren Sinne verstanden wird, so mag man sich dies immerhin gefallen lassen können. Denn dann ist Berlin—Bagdad nicht das Kriegsziel, welches Deutschland zur rein kontinentalen Politik zurückführt. Sondern dann kann diese Lösung einen

neuen Weg zum Weltverkehr und zum Ueberseehandel weisen, wenn auch auf völlig andern Bahnen als den bisherigen und unter gänzlich veränderten Voraussetzungen. Denn das darf bei allen Hoffnungen und Wünschen nicht vergessen werden, daß von Deutschland bis zum Persischen Golf „ein langer Weg“ ist.

Aber auch sonst müssen alle diese Hoffnungen und Wünsche unerfüllt bleiben, wenn wir uns nicht ständig vor Augen halten, daß die Türkei den Türken gehört, und daß nicht lediglich unsre Wünsche maßgebend sein können, sondern unter wohlverstandener Abwägung der beiderseitigen Interessen das gemeinsame Beste beider Reiche. Bildet dies die Richtschnur auf beiden Seiten, so wird die Türkei im alten Glanze neu erstehen und wird dann dem Deutschen Reiche für seine politischen, militärischen und, nicht zum wenigsten, wirtschaftlichen Beziehungen ein wichtiger und mächtiger Bundesgenosse sein und bleiben können — auch ohne wirtschaftliches Schützengrabenbündnis.

Die Ernährung der deutschen Jugend, besonders der Schulkinder, im Kriege

Von

Universitätsprofessor Dr. Grober (Sena)

Den aus der Heimat entfernten Ärzten des Feldheeres ist die Beschäftigung mit dem Gesundheitszustande ihrer Klientel zu Hause vielfach Gegenstand eingehender Erwägungen. Der Volkswirtschaftler und der volkshygienisch durchgebildete Arzt finden sich in dem Gedanken, daß auch für die künftige Entwicklung des siegreichen Deutschland der Bestand an gesunder, leistungsfähiger Jugend von ausschlaggebender Bedeutung sein muß. Wir halten daher die gesundheitliche Versorgung der deutschen, in der Heimat gebliebenen Bevölkerung, namentlich der unter dem militärpflichtigen Alter befindlichen, für weit wichtiger und notwendiger, als z. B. den Betrieb der Säuglingsfürsorge bei der Zivilbevölkerung der besetzten Länder und überhaupt die gesundheitliche Fürsorge für diese, soweit sie nicht den Interessen der Besatzungstruppen dient. Wir wissen auch aus einzelnen Zuschriften und öffentlichen Erklärungen, daß zahlreiche Eltern, die Schule und hiefür interessierte Genossenschaften die Frage der möglichst günstigen gesundheitlichen Aufzucht unsrer Jugend unter den besonderen Verhältnissen des Kriegszustandes ernst erwägen und erörtern. In erster Linie und auch den einzelnen Haushalt am nächsten und merkbarsten angehend steht da die Frage nach der Ernährung unsrer Jugend.

Die allmählich sinkende Zunahme der Bevölkerungszahl Deutschlands hat, wie in der Öffentlichkeit bekannt, veranlaßt, daß man versucht hat, durch Ber-

ringcrung der in Deutschland immer noch hohen Säuglingssterblichkeit diesen Ausfall auszugleichen. Sind wir in der Säuglingsfürsorge trotz Förderung von hoher Seite und trotz ernstcr Anstrengung bisher nur an einigen Mittelpunkten des Lebens zu wirklichen Erfolgen gelangt, so muß sich die Jugendfürsorge, soweit sie die körperliche Gesundheit im Auge hat, im wesentlichen nur mit den Wünschen einzelner begnügen und hat noch keine allgemeine Beachtung und namentlich noch keine öffentliche Organisation erfahren. Erst ganz neuerdings sind Anregungen gegeben worden, sie in die Wege zu leiten. Und doch bedarf es nur einer ganz kurzen Ueberlegung, um die durchschlagende Bedeutung dieser Frage für die Zukunft des Volkes einzusehen, die auch dem einfach Denkenden ohne weiteres klar werden muß. Wir hegen die Hoffnung, daß, angeregt durch die Kriegszeit, die Jugendfürsorge eine ebenso allgemein anerkannte Notwendigkeit und ein ebenso eifrig betriebenes Gebiet freiwilliger Tätigkeit werden wird, wie es die Säuglingsfürsorge auf dem besten Wege ist zu werden.

Vom Staatsstandpunkt aus ist klar, daß heute zwei Teile der Bevölkerung des Deutschen Reiches den Anspruch haben, bei Mangel an notwendigen Lebensbedürfnissen bevorzugt zu werden. Das ist unser Heer und unsre Jugend. Für die letztere hat namentlich die Schule auch schon in Friedenszeiten Anweisung der Eltern zur verständnisvollen und richtigen Ernährung verlangt. Die Schulärzte haben immer wieder Gelegenheit, auch bei nicht eigentlich kranken Schulkindern die Folgen unrichtiger Ernährung zu beobachten. Einzelnen, wenn auch erheblich seltener, werden die gleichen Fragen von den Eltern erwogen und uns Ärzten zur Beantwortung vorgelegt. Hierbei zeigt sich wieder der bedenkliche Nachteil des Fortfalls der alten Einrichtung des Hausarztes, die durch die immer größere Neigung des Publikums, sich jeweils mit einzelnen Leiden nur an Spezialärzte zu wenden, ungemein bedauerlich in den Hintergrund gedrängt worden ist. Wie jede soziale Vereinigung, Staat und Gemeinde, es für notwendig erachtet, sich eines gesundheitlichen Beraters auch in nicht kranken Tagen zu vergewissern, so ist das auch für die Familie nötig. In Zeiten, die kaum ein oder zwei Jahrzehnte zurückliegen, war es selbstverständlich, daß der Hausarzt mit fachmännischem und fachgemäßem Rat die Entwicklung und Ernährung auch der gesunden Kinder überwachte. Dabei muß noch zugegeben werden, daß damals bei der größeren Einfachheit der Sitten erheblich weniger Fehler in dieser Beziehung gemacht wurden. Vom Standpunkt der öffentlichen Gesundheitspflege aus wäre die Wiedereinführung des Hausarztes in alle Familien dringend erwünscht. Denn, wenn man auch, wie wir im folgenden versuchen wollen, allgemeine Regeln für die Ernährung des heranwachsenden Kindes geben kann, selbst unter den besonderen Verhältnissen des Krieges, so bietet doch jedes einzelne Kind, auch wenn es nicht krank ist, so viele Eigentümlichkeiten seiner Entwicklung, daß ihre Berücksichtigung bei seiner Aufzucht nicht dem Laien, sondern nur dem Arzt überlassen werden kann.

Wir trennen das Kindesalter nach dem körperlichen und geistigen Wachstum in verschiedene Abschnitte. Vom Säuglingsalter, das höchstens bis zur Mitte

des zweiten Lebensjahres reicht, sehen wir hier ab. Ein zweiter Abschnitt wird gegeben durch den Beginn der Schulpflicht, der seine so natürliche gesundheitliche Begründung besitzt. Die Beendigung der Schulpflicht fällt zusammen mit dem Einsetzen der Pubertätserscheinungen, die nach Geschlecht und Einzelwesen verschieden lange Zeit andauern. Die volle Entwicklung des menschlichen Körpers zum Erwachsenen wird in unseren Breiten vom männlichen Geschlecht durchschnittlich im zwanzigsten, von dem weiblichen im achtzehnten Lebensjahre erreicht. Für das erstere ist damit im Beginn der militärischen Dienstpflicht ein richtiger Abschluß der Jugendzeit gegeben. Praktisch trennen wir für unsere Zwecke vom Säuglingsalter die eigentliche Kinderzeit bis zum sechsten Lebensjahre, die Schulzeit bis zum vierzehnten und die Reifezeit als Abschluß der Entwicklung.

Während der eigentlichen Kinderzeit machen die Verdauungsorgane des menschlichen Körpers eine Reihe von wesentlichen Veränderungen durch, die sich nicht nur auf dem Umfang der Organe beziehen, wie das besonders augenfällig im schulpflichtigen und Pubertätsalter in Betracht kommt, sondern die auch die Art ihrer Leistungsfähigkeit angehen.

Da ist zunächst, auch dem Laien bekannt und äußerlich sichtbar, das Erscheinen der Zähne zu nennen. Damit gibt die Natur selbst zu erkennen, daß der Körper des Kindes festerer Nahrung und nicht mehr lediglich der Flüssigkeit bedarf. Es ergibt sich daraus die einfache Schlußfolgerung, daß gesunde Kinder mit Zähnen nicht mehr von der Mutter genährt werden sollen. Da diese sogenannten Milchzähne innerhalb einer Reihe von Monaten, manchmal von Jahren erscheinen, muß sich die Festigkeit der gereichten Nahrung nach ihrer Zahl richten. Da sie ferner nur lose in die Kiefer eingefügt sind und ihnen Wurzeln im eigentlichen Sinne fehlen, dürfen an sie zum Zerbeißen der Nahrung nicht die Anforderungen gestellt werden wie bei Erwachsenen.

Die chemischen Leistungen des Verdauungsapparates stellen sich erst im Verlaufe der eigentlichen Kinderzeit, manchmal langsamer, manchmal rascher, auf die Höhe des erwachsenen Alters ein. Das bezieht sich sowohl auf die Menge der abgeforderten Verdauungssäfte wie auf ihre chemische Leistungsfähigkeit. Die meisten von ihnen haben die Aufgabe, gewisse Nahrungsmittel aus einer unlöslichen Form in eine für den Körper lösliche überzuführen, so der Speichel, der Magensaft, der Darmsaft, der Saft der Bauchspeicheldrüse und die Galle. Bei der letzteren können wir die allmählich wachsende Leistungsfähigkeit zahlenmäßig bestimmen, wenigstens nach einer Richtung hin: die in ihr enthaltenen desinfizierenden Gallensäuren nehmen an Menge mit den Kinderjahren zu. Demzufolge werden Bakterienwucherungen im Darm, die im ersten und zweiten Lebensjahre häufig lebhaftere Gärungen des Darminhalts hervorrufen und krankhafte Erscheinungen entstehen lassen, im Laufe der späteren Kinderjahre immer seltener.

Die Darmschleimhaut erfährt im Laufe der Kinderjahre außerdem allmählich eine Steigerung ihrer Dichtigkeit. Je jünger das Kind ist, um so durchlässiger ist seine Schleimhaut für eine Anzahl dem Körper giftiger, in der Nahrung enthaltener oder in ihr entstehender Stoffe. Aus diesem Grunde ist eine Ueber-

schwemmung des kindlichen Körpers mit bestimmten Nahrungsstoffen, z. B. mit Eiweißkörpern, zu gewissen Zeiten un Zweckmäßig, während eine reichlichere Zufuhr später sogar erwünscht, weil nützlich ist.

Die Menge der Nahrung, die ein Kind erhalten muß, richtet sich sowohl nach dem Fassungsraum der Verdauungsorgane wie nach der Menge der Nahrungsstoffe, die der kindliche Körper braucht; dabei ist naturgemäß zu bedenken, daß er nicht nur, wie der Erwachsene, seine täglichen Ausgaben für den Betrieb des Körpers zu decken hat und nicht nur die der Abnutzung unterworfenen Teile ersetzen muß, sondern daß er die Nahrung auch zum Aufbau der wachsenden Organe benutzt. Der Fassungsraum der Verdauungsorgane hat einen Maßstab an der Größe des nicht überdehnten Magens. Dieser faßt beim Erwachsenen etwa $\frac{3}{4}$ Liter und wächst bis zu dieser Größe vom zweiten Lebensjahr an, wo er etwa 400 Kubitzentimeter umfaßt. Daraus ergibt sich ein Maßstab für die Größe der einzelnen Mahlzeiten. Ähnlich wie der Magen wächst auch im Laufe der Kinderzeit das Verhältnis zwischen Darmlänge und Körpergröße. Wir sind alle durchschnittlich an eine zu reichliche Speisenaufnahme auf einmal gewöhnt. Das noch unverdorbene Hungergefühl des noch gesunden Kindes läßt den genau Beobachtenden meist gut erkennen, wie groß die einzelne Mahlzeit selbst sein muß.

Der Zuwachs an Körpersubstanz im kindlichen Leben ist nicht in allen Jahren gleich und wächst auch nicht etwa im einfachen Verhältnis zum zunehmenden Gewicht oder zum zunehmenden Alter. Vielmehr zeigt seine Kurve ganz erhebliche Schwankungen. Eine besonders auffällige Steigerung des Bedarfs an Nahrungsstoffen erfährt der Körper während der Pubertät. Dem liegt die Tageszunahme des kindlichen Körpers in dieser Zeit zugrunde: er wächst vom neunten bis zehnten Jahr täglich um 4 bis 5 Gramm, vom elften bis zwölften täglich um 7 bis 8 Gramm, im dreizehnten und vierzehnten aber um 14 Gramm täglich; also eine Steigerung von fast 300 Prozent. Außer der Gewichtszunahme kommt aber in dieser Zeit auch die vermehrte Drüsentätigkeit des Organismus als ein Umstand, der den Verbrauch steigert, in Betracht.

Aus diesen Verhältnissen ergibt sich ohne weiteres, daß die Nahrungsmenge des heranwachsenden Kindes ebenfalls nicht im einfachen Verhältnis zum zunehmenden Alter, sondern entsprechend den Schwankungen des Bedarfs, wie eben hervorgehoben, zunehmen muß. Es ist nun gar keine Frage, daß hier schon durch die natürlichen Triebe, die wir als Hungergefühl und Appetit bezeichnen, eine sicherlich nicht un Zweckmäßige Regelung einsetzt. Allerdings muß man dabei auch mit Durchschnittswerten rechnen. Denn sowohl Erkrankungen als auch falsche Gewöhnungen spielen gerade in diesem Punkt oft eine verderbliche Rolle. Ueber die Einzelerfordernisse für ein heranwachsendes Kind wird je nach den besonderen Verhältnissen der Hausarzt den sorgsamen Eltern befriedigende Auskunft geben können, während es falsch sein würde, ein für allemal gültige Regeln aufzustellen. Der Beurteilung und Entscheidung des Arztes kann von den Eltern in zweckmäßiger Weise vorgearbeitet werden. Wie bei jeder Diagnose

und Behandlung einer Krankheit die Beobachtung und Darstellung des Verlaufs von größter Wichtigkeit ist, so auch die Beobachtung des Verlaufs der Entwicklung des gesunden Kindes für diese Zwecke. Wir haben in der Festlegung des wachsenden Gewichtes und der Längenzunahme des Körpers ein ausgezeichnetes Mittel in der Hand, uns an den beiden Zahlenreihen ein klares Bild der Entwicklung zu verschaffen. Daher gehört in jedes Kinderzimmer ein Bandmaß und eine Waage, soweit nicht die Schule regelmäßig solche Bestimmungen übernimmt. Man darf zwar nicht sagen, daß einem bestimmten Alter auch ohne weiteres bestimmtes Gewicht und bestimmte Größe entspricht. Wenn man aber die Art der Zunahme der drei Zahlenreihen kennt, kann der Fachmann daraus wichtige Schlüsse ableiten. Man wiege und messe nicht zu oft; es gibt Eltern und — Kinder, die darüber nervös werden. Eine monatliche Bestimmung beider Größen genügt. Nur muß sie regelmäßig ausgeführt werden, d. h. in ganz bestimmten innezuhaltenden Abständen.

Es liegt besonders für ängstliche Eltern nahe, aus diesen Darstellungen zu schließen, daß man am besten dem Kinde eine überreichliche Menge von Nahrung zur Verfügung stelle, aus der dann der Körper das, was er brauche, entnehmen könne. Diese Anschauung ist grundfalsch und führt nur dazu, daß die Kinder überfüttert werden und daß mindestens der Körper mehr Verdauungsarbeit leistet, als er eigentlich nötig hat, also zu einer Kraftverschwendung. Schon die Erwachsenen neigen an und für sich zu der üblen Angewohnheit, durch zu reichliches Essen Magen-, Darm- und Verdauungsdrüsen zu überlasten. Als Folgen kennen wir zahlreiche Erkrankungen. Es wird uns Ärzten häufig entgegengehalten, daß man sich bei dieser Ueberfütterung doch nur an das natürliche Gefühl des Appetits und Hungers halte. Hierzu ist zu bemerken, daß diese beiden als „natürlich“ angesehenen Triebe durch die Gewöhnung stark verändert werden können. Das Hungergefühl ist wahrscheinlich, jedenfalls zu einem gewissen Grade, von den Spannungsverhältnissen der Magenwand abhängig; wird diese durch Ueberfütterung gedehnt, so tritt das Hungergefühl eher auf als bei gesundem Magen. Das gleiche gilt für die Abhängigkeit des Hungers und Appetits von dem Tätigkeitsgrad der Verdauungsdrüsen. Diese beiden Triebe dürfen also entweder gar nicht oder in sehr beschränktem Maße und unter ärztlicher Aufsicht zur Prüfung des Nahrungsbedarfs herangezogen werden.

Auf der andern Seite ist es naturgemäß falsch, dem heranwachsenden Kinde etwa nur das Mindestmaß an Nahrungsstoffen zur Verfügung zu stellen, das gerade zur Befriedigung der notwendigsten Ausgaben für Wachstum des Körpers und Betrieb seiner Organe ausreicht. Denn einen gewissen Vorrat an nutzbarer Kraft bedarf der Körper für Notfälle, wie plötzlich erforderliche Höchstleistungen, Krankheiten oder sonstige Aenderungen seiner Ausgaben. Allzu fettgepolsterte Kinderkörper sind ebenso unnatürlich und der Gesundheit unzutraglich wie ganz hagere, nur muskulöse Körper. Wenn schon vorher auf die besonderen Verhältnisse des einzelnen Kindes hingewiesen ist, so trifft das hier besonders zu. Die Kinder unterscheiden sich sehr wesentlich, ebenso wie das ja von den Er-

wachsenen bekannt ist, in ihrer Anlage zur Fettleibigkeit und zur Magerkeit. Zu entscheiden, was in einem Falle nützlich, im andern schädlich ist, muß immer Sache der Einsicht des Arztes bleiben.

Eine unumgänglich notwendige Forderung, die auch für die Schule von Bedeutung ist, bezieht sich auf die Regelmäßigkeit der Mahlzeiten, sowohl was ihre ungefähre Menge wie namentlich ihre Zeit anlangt. Diese soll unbedingt eingehalten werden. Besondere Angaben über die Tagesstunden der Mahlzeiten zu machen, ist naturgemäß unmöglich. Nur in einer Beziehung läßt sich etwas Bestimmtes sagen: Die Abendmahlzeit soll mindestens eine Stunde vor Schlafengehen eingenommen werden. Es ist eine üble und streng zu meidende Gewohnheit, Kinder mit vollem Magen ins Bett zu schicken. Die Hauptmahlzeit ist zweckmäßigerweise die um die Mittagzeit. Sie auf den Abend oder die späten Nachmittagstunden zu verlegen, ist für Kinder nicht angebracht. Auch der Laie kann begreifen, daß man für die nächtliche Ruhezeit keine große Nahrungszufuhr bedarf. Außerdem sollte auch den sonst unermüdblich tätigen Verdauungsorganen einmal im Laufe des Tages eine Ruhepause zugestanden werden. Dagegen empfiehlt es sich durchaus, das erste Frühstück auch bei Kindern reichlicher zu gestalten, als das vielfach üblich ist. Denn diese Nahrungsaufnahme soll den Körper für die Hauptarbeitszeit des Körpers instandsetzen. Mit der leidigen Angewohnheit vieler Kinder, zu dieser Mahlzeit nur eine geringe Menge von Milch oder sogar nur Milchcafee und weniger Brot zu genießen, muß gebrochen werden.

Zur regelrechten Ernährung des Kindes gehört auch die Sorge für regelmäßigen Stuhlgang. Die Darmentleerung erfolgt bei Kindern normalerweise einmal am Tage; die Eltern sollten bestrebt sein, das Kind auch hierin zur Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit zu erziehen. Ebenso wie es falsch ist, dem Kinde eine allzugroße Bewertung dieser körperlichen Betätigung einzuprägen, ist es auch unrichtig und unrecht, sei es aus Bequemlichkeit oder falsch verstandenem Schamgefühl, die Beachtung derselben zu unterlassen.

Die Zusammensetzung der Nahrung hat die besonderen Verhältnisse des kindlichen Körpers zu berücksichtigen. Dieser gewinnt erst, wie wir schon oben gesehen haben, allmählich die Verdauungsfähigkeiten des Erwachsenen. Der Laie unterscheidet nach richtigem Gefühl leicht und schwer verdauliche Speisen. Das, was für den Erwachsenen unzuträglich, ist es für das Kind in erhöhtem Maße. Schwer verdauliche Speisen sind: hartes und fettes Fleisch, pflanzliche Nahrungsmittel mit viel Faserstoff (Zellulose), alle Fette, die erst bei höherer Temperatur schmelzen, und endlich die Gewürze. Diese Nahrungsstoffe sollten namentlich dem jungen Kinde, d. h. bis zum Beginn der Pubertät, ferngehalten oder nur ausnahmsweise gereicht werden.

Die Frage der Fleischnahrung der Kinder muß in der Praxis oft erörtert werden, weil sowohl zu viel wie zu wenig gegeben wird. Vor dem Beginn des vierten Lebenshalbjahres kann man sehr gut ohne Fleisch auskommen. Später, bis zur Beendigung der Pubertätsjahre, kommt das gesunde Kind ohne Schwierig-

keiten mit einer Ernährung aus, in der nur einmal am Tage, mittags, Fleisch gereicht wird. Im übrigen läßt sich die notwendige Eiweißmenge leicht aus Vegetabilien, Milch und Eiern, beschaffen. Bezüglich der letzteren muß vor zu reichlicher Verwendung bei jungen Kindern gewarnt werden, weil die Eierfette nicht leicht verdaulich sind. Mehr als ein Ei am Tage soll, namentlich dem Kinde unter sechs Jahren, nicht gereicht werden. Die übrige Nahrung setzt sich zusammen aus der Milch und ihren Produkten sowie aus Pflanzenstoffen. In erster Linie stehen darunter die Mehle, die Gemüse und das Obst, in zweiter die Hülsenfrüchte. Unter den Körnerfrüchten finden in Deutschland Mais und Reis noch nicht die wünschenswerte Verwendung.

Bekanntlich haben die Aufgüsse von Kaffee, Tee und Kalao nur geringen Nährwert, der durch Milch- und Zuckerzusatz etwas gesteigert wird. Die in ihnen enthaltenen Anregungsmittel sind für Kinder durchaus unnötig. Wir würden viel besser daran tun, wenn wir den Kindern des Morgens regelmäßig an Stelle des Kaffees einen Milchbrei von Grieß, Reis oder ähnlichem vorsetzten. Leider sträuben sich viele Mütter dagegen, oft unter der Angabe, daß die Kinder auf die Dauer diese Nahrung nicht nähmen. Das ist selbstverständlich nicht richtig. Unsere Vorfahren haben es mindestens zweitausend Jahre nicht anders gekannt. In England und Amerika hat sich auch für Erwachsene als erste Mahlzeit der Hafermehlbrei (Porridge) erhalten oder wieder eingebürgert.

Vielfach wird gegen eine derartige gleichmäßige Kost eingewendet, daß das Kind eine gewisse Abwechslung verlange. Es ist sicherlich falsch, auf etwa vorhandene solche Wünsche der Kinder, die meist von ihnen nur deshalb geäußert werden, um an der Kost der Erwachsenen teilzunehmen und als Erwachsene zu gelten, irgendwie Wert zu legen. Die Mittagmahlzeit mag die einzige sein, die täglich eine Abwechslung bringt; im übrigen können ohne Schaden alle Mahlzeiten täglich die gleiche Zusammensetzung haben.

Das zweite Frühstück besteht zweckmäßig aus einer geringen Menge von Brot mit Obstmus, Schmalz oder Butter, dazu Obst oder einem kleinen Glas Milch. Eine regelmäßige Flüssigkeitszufuhr in geringen Mengen zu jeder Mahlzeit ist erwünscht; das Obst mit seinem hohen Wassergehalt kann für die Flüssigkeit eintreten.

Mittags ist der vielfach übliche Teller Suppe für Kinder unnötig; es genügt ein Gang mit mäßig viel (100 bis 120 Gramm) Fleisch und reichlicher Menge von Kartoffeln und Gemüse oder Hülsenfrüchten oder Mehllarten in jeder Form. Als Nachtiisch kommt Obst gekocht oder frisch in Frage, ist aber nicht notwendig.

Die Nachmittagsmahlzeit entspricht dem zweiten Frühstück; nur kann man an Stelle der Fette hier besonders Fruchtmus verwenden.

Zur Abendmahlzeit eignet sich am besten eine dicke Suppe (Brei) mit Brotzulage.

Es entsteht nunmehr die Aufgabe, Klarheit über die einzelnen Bestandteile der Nahrung zu gewinnen, insonderheit über die Nahrungsmittel, die uns Natur

und Industrie bieten. Auf dieses Angebot übt der Krieg seinen starken Einfluß aus, wir werden uns daher an diesem Punkte der Darstellung mit dem Ausgleich der Schädigungen, die er bringt, zu befassen haben. Wir wiederholen uns, daß Heer und Jugend Anspruch darauf haben, am besten versorgt und von minderwertigen Ersatzmitteln verschont zu werden.

Von alters her sind wir gewohnt, die Eiweiße an die erste Stelle zu setzen, wenn von Nahrungsbedürfnissen gesprochen wird. Sie stehen uns im wesentlichen zu Gebote in Fleisch und Eiern, Milch und Milcherzeugnissen, Körner- und Hülsenfrüchten. Eiweißstoffe sind für den Betrieb des Körpers nur in geringem, für den Aufbau in größerem Umfang notwendig. Im allgemeinen genießen wir Erwachsenen viel mehr davon, als wir notwendig haben. Das gleiche trifft auf das Kindesalter zu, namentlich was die ersten Lebensjahre anlangt. Um diese Zeit nämlich ist eigentlich nur das Milcheiweiß gut verwendbar, dann das Eiweiß der Körnerfrüchte und endlich erst die beiden andern Eiweißarten. Namentlich wird den meisten Kindern viel zu früh Fleisch-eiweiß gegeben, ohne das sie in den ersten beiden Lebensjahren gut auskommen können. Es genügt aber auch in den späteren Jahren bis zur Vollendung der Pubertät, wie schon oben besprochen, eine einmalige Darreichung von Fleisch.

Während die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch bisher wesentliche Schwierigkeiten nicht erlebt hat, auch die Zufuhr von Körner- und Hülsenfruchteiweiß in keiner Weise Veranlassung zu Befürchtungen hat geben können, so liegen die Verhältnisse bezüglich der Milch und Milcherzeugnisse für den täglichen Einkauf zweifellos schlechter. Wenn auch gesagt wird, daß von einer Milchnot nicht die Rede sei, so ist doch der Milchpreis wesentlich gestiegen. Das ist für die Kinderernährung, nachdem einmal die Milch zu den wertvollsten Nahrungsmitteln der Jugend gehört, von sehr erheblicher Bedeutung. Ersatzmittel für die Milch gibt es nicht. Auch die eingedickte Milch läßt sich infolge der Veränderungen, die ihre Bestandteile während der Haltbarmachung erlitten haben, nicht wieder in den ersten Zustand zurückführen. Immerhin bietet sie für ältere Kinder, etwa von Beginn der Schulzeit ab, Möglichkeiten, die mehr ausgenutzt werden sollten wie bisher. Dem steht aber ihr Preis entgegen, wahrscheinlich auch die Schwierigkeit ihrer Beschaffung in größeren Mengen. Es kommt hinzu, daß die Herstellung vielerwärts mit feindlichem Gelde betrieben wird, namentlich in der Schweiz, was immerhin ein gewisses Hindernis ihrer Verwendung darstellt. Eine andre Möglichkeit, den Milchinhalt für unsre Jugend nutzbar zu machen, bietet der noch lange nicht genug gewürdigte Käse, den uns das neutrale Ausland aus nicht mit englischem Gelde gehaltenen Fabriken in Menge zu liefern imstande ist: Dänemark, Holland, Schweiz, Schweden und Norwegen. Die Zahl der Wärmeeinheiten und die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Bestandteile ist beim Käse von größter Bedeutung gerade für den jugendlichen Körper. Das darf natürlich nicht hindern, daß mit allen Mitteln nach einer Vermehrung der Milcherzeugung im eignen Lande gestrebt werden muß.

Im Käse ist zu einem erheblichen Prozentsatz Fett enthalten. Wenn von einem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei einem Nahrungsmittel die Rede sein kann, so ist es jetzt bei den Fettarten der Fall. Für die Kinderernährung gilt, daß die schwer verdaulichen Fette, diejenigen mit hohem Schmelzpunkt, ausgeschaltet werden müssen. Jetzt werden wir vom schulpflichtigen Alter ab nicht so wählerisch sein dürfen wie im Frieden. Eine Ernährung der Jugend ganz ohne Fett wird sich aus gesundheitlichen Gründen kaum durchführen lassen. Doch sind die geringen Mengen, die der Körper von diesem hochwertigen Nahrungsstoff verlangt, in vielerlei Arten von Nahrungsmitteln vorhanden: in Fleisch, Eiern, Milch und Milcherzeugnissen, sowie in einer großen Anzahl von pflanzlichen Nahrungsmitteln, unter denen eigentlich nur das Gemüse und das Obst ausfällt. Selbst wenn wir dem Kinde die Butter für das Brot und ihren Ersatz in Gestalt von Margarine oder Schmalz streichen und durch Obstmus ersetzen, so enthält die gewöhnlich verabreichte Nahrung so viel Fett, daß das Kind Ausgaben und Wachstum davon bestreiten kann, unter der Voraussetzung, daß ihm neben der geringen Menge notwendiger Eiweißstoffe die erforderlichen Wärmeeinheiten als Kohlehydrate, die man vielleicht am besten mit „Stärkestoffe“ übersetzt, zugeführt werden. Die Hauptvertreter dieser Stärkestoffe sind der Zucker und das Mehl. Beide sind auch unter den jetzigen kriegerischen Verhältnissen in genügender Menge vorhanden und für die Kinderernährung nutzbar zu machen.

Von großer Bedeutung für das Wachstum des kindlichen Körpers ist die Zufuhr von gewissen Salzen, die überall in der Natur vorkommen, aber in bestimmten Nahrungsmitteln reichlich, in andern knapp enthalten sind. Zu den letzteren gehört die große Menge von Mehlsorten. Darauf muß bei der Kinderernährung Rücksicht genommen werden. Besonders große Mengen dieser Salze enthalten die Gemüse, das Obst und das Fleisch. Sie werden durch das Kochen dieser Nahrungsmittel in die Brühe übergeführt, die daher der Kinderernährung nicht entzogen werden sollte. Andererseits ist ein Uebermaß jener Salze schädlich und ein besonderer Zusatz derselben zur Nahrung, wie er häufig in markt-schreierischer Art in den Zeitungsanzeigen empfohlen wird — es ist da von „Nährsalzen“ die Rede, obwohl diese Salze nicht den geringsten Nährwert haben — kann nur als besondere ärztliche Verordnung bei kranken Kindern in Betracht kommen.

Das führt uns zur Bedeutung der Gewürze und der Reizstoffe für die Kinderernährung. Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß die letzteren, zu denen Alkohol, Tabak, Kaffee, Tee und in gewissem Sinne Kakao zu rechnen sind, für das Kind schädlich wirken, in seiner Ernährung keinen Platz haben und daher verboten bleiben müssen. Bezüglich der Gewürze wird vielfach ein gleicher Standpunkt eingenommen. Ich kann mich dem nicht ganz anschließen, schon im Frieden nicht und erst recht nicht im Kriege. Freilich, eine Würzung der Speisen, so wie wir Erwachsene sie uns angewöhnt haben, halte ich für die Kinder für unangebracht. Alle stärkeren Gewürze, insbesondere Pfeffer und

Senf, möchte ich überhaupt vermieden wissen. Etwas anders steht es meiner Ansicht nach mit Kochsalz und Essig, sowie mit den mannigfaltigen Gewürzkräutern, die unsere Küche im Vergleich zu der unserer Vorfahren vernachlässigt hat. Ich kann von einem mäßigen, nicht übertriebenen und dem wachsenden Alter des Kindes angepassten Gebrauch dieser Gewürze einen Schaden nicht erkennen. Vielmehr glaube ich, daß sie geeignet sind, der unter den Kriegsverhältnissen vorwiegend vegetabilischen und daher in ihren Grundlagen einförmigen Kost (Mehlspeisen, Kartoffeln, Kohl) Abwechslung zu verleihen. Jedes Uebermaß ist selbstverständlich zu vermeiden.

Vielfach begegnet man falschen Vorstellungen über die Flüssigkeitszufuhr bei der Kinderernährung. Der menschliche Körper und ganz besonders der des wachsenden Kindes bedarf unbedingt einer täglichen Zufuhr von Flüssigkeit, die etwa ein bis höchstens zwei Liter in vierundzwanzig Stunden betragen soll. Ein großer Teil dieser Menge wird bereits durch den breiigen Zustand der Nahrung gedeckt. Immerhin liegt gar kein Grund vor, jüngeren und älteren Kindern zu ihrer Nahrung nicht noch Flüssigkeit als Getränk zu reichen. Wenn man durchschnittlich rechnet, daß zu jeder der fünf Mahlzeiten außer der eigentlichen Nahrung, wenn sie nicht ganz flüssig oder breiig ist, noch an Getränken bis zu 150 bis 200 Kubikzentimeter gereicht werden, so befindet man sich auf durchaus richtigem Wege. Da Alkohol wegfällt, so handelt es sich nur um Wasser mit Zusätzen; selbstverständlich ist hierher auch die Trinkmilch zu rechnen: Es besteht kein Grund, den Kindern eine bestimmte Zeit des Trinkens, vor oder, was häufiger der Fall ist, nach dem Essen, vorzuschreiben. Man kann ihnen das überlassen: das Natürliche ist die Aufnahme der Flüssigkeitsmenge während des Verlaufes der Mahlzeit. Zu vermeiden bleibt eine Ueberfüllung des Magens, weshalb das „Hinuntergießen“ der Getränke nicht erlaubt werden darf.

Mit der Ernährung des Kindes und ihrer gesundheitsmäßigen Ueberwachung hängt auf das engste die Zahn- und Mundpflege zusammen. Dank der unermüdblichen Befürwortung und des energischen Betreibens des Leiters der Medizinalabteilung des Preussischen Ministeriums des Innern ist die Schulzahnpflege auf dem besten Wege, hier sehr Nützliches zu schaffen. Aber das Elternhaus muß sie dabei unterstützen. Von gesunden Zähnen hängt nicht nur der Appetit, sondern auch die Nahrungsaufnahme, also ihre Verwertung ab.

Ein sehr wesentliches Erfordernis, das vielen Kindern und auch Erwachsenen nicht geläufig ist, ist das gründliche Zerkauen der Speisen, die zu einem gleichmäßigen Brei verarbeitet sein müssen, ehe sie hinuntergeschluckt werden. Mangelhaftes Kauen bewirkt nicht nur schlechte Verarbeitung der Nahrung, sondern auch Erkrankungen des Magens und des Darmes. Das kann den Kindern gar nicht gründlich genug eingeprägt werden.

Daß endlich die allgemeine Körperpflege dem jugendlichen Körper ganz besonders nützlich ist und wesentlichen Einfluß auf die Ernährung hat, bedarf heutzutage auch für den Laien kaum besonderen Hinweises. Es sei aber

doch an dieser Stelle hervorgehoben, daß dazu neben einem zehnstündigen Schlaf, der höchstens auf acht Stunden herabgemindert werden darf, täglich langdauern-der Aufenthalt in der freien Luft, ausgiebige Körperbewegung und regelmäßiges Bad gehört.

Wir dürfen hoffen, daß es auf Grund unsrer naturwissenschaftlichen Einsicht in die Verhältnisse und Bedingungen des Wachstums des menschlichen Körpers gelingt, auch unter den heutigen schwierigen Verhältnissen die Aufzucht der Jugend, der wir einst das Ergebnis dieses Krieges als ein Geschenk überantworten werden, gesundheitsgemäß zu gestalten. Elternhaus, Hausarzt, die öffentliche Gesundheitsbehörde und die Schule müssen zusammenarbeiten, letztere namentlich auch unter Aufgabe oder doch Hintansetzung aller möglichen Sonderwünsche der einzelnen Schularten, unsern Nachwuchs so zahlreich und so kräftig wie nur möglich zu erhalten, damit das künftige Geschick des Vaterlandes in die Hände eines lebenskräftigen Geschlechtes gelegt wird.

Genosse Liebknecht und deutsche Freiheit

Von

Prof. Dr. R. D. Sphyris (Athen)

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Liebknecht kann sicherlich nicht als ein „homo novus“ des Weltkrieges bezeichnet werden. Dagegen wurde er schon in der alten guten Friedenszeit zu einem Menschen von Weltruf erhoben, nicht etwa durch seine wohl bedeutende parlamentarische Begabung, sondern durch die ganz eigentümliche Eigenschaft eines Potsdamer Volksvertreters, für die ihn die Ironie des Schicksals bestimmt zu haben scheint.

Seit Kriegsausbruch aber genießen wir das interessante Schauspiel, daß die Organe der feindlichen Presse sich bemühen, den Potsdamer Genossen als den echten Vertreter der Volksmeinung und des Volkswillens vorzustellen und seine hartnäckige Opposition gegen den Krieg als das Zeichen einer ernststen Uneinigkeit der ganzen Welt vorzuführen.

Der bewährte Sozialdemokrat hat tatsächlich in offenem und vollem Gegensatz zu Partei und Reichstagsfraktion eine eigene Meinung behaupten und einen eigenen Weg gehen wollen; er lehnt prinzipiell jeden Kriegskredit jedesmal ab, protestiert fortwährend gegen den Krieg und hört nicht auf, die ganze Kammer mit einer Fülle von Anfragen und Ergänzungen zu belästigen. Bei jeder wichtigen Reichstagsitzung haben wir bestimmt den Namen Liebknechts zu lesen, der geradezu in den Momenten der höchsten welthistorischen Bedeutung seine alte Eigenschaft bekunden und als die Verkörperung des Klassenkampfes und Klassenhasses erscheinen will.

Wir haben kein Recht und keinen Grund, irgendein scharfes Wort gegen die Person irgendeines Dissidenten auszusprechen oder uns in die inneren Angelegenheiten der mächtigen Sozialdemokratie einzumischen. Wir wollen aber einzig als neutrale Beobachter feststellen, daß wir bei dem Falle Liebknecht mit einem Menschen zu tun haben, der eine ganz sonderbare Ausnahme in seinem gesamten Auftreten darbietet. Denn er richtet sich ohne Zweck als unversöhnlicher Feind der bestehenden Ordnung und jedes Kompromisses auf und protestiert gegen Beschlüsse und Entschlüsse eines Volkes, welches wie ein Mann sich siegreich gegen den gemeinsamen Feind aller Klassen in einem defensiven Kriege wehrt. Er erhebt sich nutzlos gegen die Gesamtheit und bemüht sich, in blinder Wut den Klassenkampf noch jetzt wiederzubeleben, in einer Zeit, wo der deutschen Arbeiterklasse, wie es die sozialdemokratische Mehrheit richtig aufsaßt, Arbeiter und Arbeitgeber der feindlichen Länder jede Möglichkeit nicht etwa eines besseren Lebens, sondern des Lebens überhaupt, rauben wollen, indem sie den Krieg bis zur Vernichtung Deutschlands trotz allen Niederlagen zu führen entschlossen sind. Er vergift sogar dabei vollständig, was leider auch bei den Dissidenten geschieht, daß die Sozialdemokraten der geschlagenen Bierverbandsmächte sich für die Eroberungspläne ihrer Regierungen in bezug auf organische Bestandteile des Deutschen Reiches ganz offen und mindestens in vollem Widerspruch zu den Tatsachen aussprachen.

Diese kuriöse Ausnahme könnte an und für sich nicht sehr schwer erklärlich sein, wenn sie auf ein einseitiges Hervortreten und einseitige Hypertrophie guter deutscher Eigenschaften in dem betreffenden Ausnahmssubjekt zurückgeführt werden dürfte.

Ein solcher Fall kann vielleicht bedeutend befremden, ohne aber die gewagte Behauptung genügend zu rechtfertigen, daß er als eine pathologische Erscheinung bezeichnet werden soll. Wir haben es aber hier ganz sicher nicht mit einer solchen Erscheinung zu tun, wie sie so oft als komplizierte psychische Krankheit vorkommt, die wir bei sehr schweren Fällen als eine Kombination einer „Zwangsvorstellung“ mit der spezifischen Form einer „geistigen Exhibition“ zu diagnostizieren haben.

Diese „Exhibitio mentalis“, wie wir sie nennen wollen, kann man ganz vorwiegend bei Südvölkern, und zwar bei gealterten Kulturvölkern des Südens, als eine soziale Krankheit finden. Sie tritt manchmal bei günstigen Verhältnissen als eine „furchtbare Epidemie“ mit geradezu verheerenden Folgen auf. Das französische Volk bietet den besten Boden für ihre Reinkultur, und die große Französische Revolution das typische Bild einer unheilvollen Epidemie. Das deutsche Volk weist aber glücklicherweise keine günstigen Kultivierungsverhältnisse für solche soziale Krankheit auf.

Jedenfalls interessiert uns das Betragen Liebknechts und sein Fall weiter nicht. Wir wollen uns nur mit der Feststellung der Tatsache begnügen, daß ein beliebiger Abgeordneter des Reichstags, unbekümmert um Vaterland und um wirkliche Interessen des deutschen Proletariats, einen derartigen Fall dar-

stellt. Diese und ähnliche Tatsachen sind derartiger Natur, daß wir ihnen die größte Wichtigkeit in soziologischer und politischer Hinsicht beizumessen haben. Sie erlauben uns einen vortrefflichen Aufschluß in den inneren Bau des ganzen sozialen und staatlichen Organismus der deutschen Gesamtheit zu gewinnen und geben uns speziell die besten „Proben“, um die Möglichkeit überhaupt einer „Reaktion“ dieses Ganzen auf derartige „Reize“ und deren Art feststellen zu können. Dabei können wir die passenden Vergleiche mit analogen Erscheinungen anderer Staaten und Völker vornehmen und daraus interessante Schlüsse ziehen.

Wir befassen uns also mit solchen Fällen nicht um ihretwillen, sondern um das Verhalten des Ganzen ihnen gegenüber zu studieren und die damit verbundenen soziologisch-politischen Folgerungen zu ziehen.

Und zwar haben wir folgendes zu bemerken: Regierung und Volk werden nicht enttäuscht, nehmen keine drohende Haltung an. Das Leben des Friedensstörers ist ebenso sicher wie dasjenige des Reichskanzlers. Man „duldet“ einen Liebtnecht, man duldet die neuerschienenen Dissidenten. Die Sozialdemokraten verkünden im Parlament mit Ruhe ihre Friedensabsichten und erklären sich mit Bagemut gegen jede Annexion. Die Dissidenten gehen bei ihrem ersten Auftreten sogar so weit, daß sie jeden Kriegskredit zur Fortsetzung des Krieges ablehnen. Das blutende Volk protestiert nicht einmal dagegen und beschränkt sich darauf, trotz den großen Siegen und den großen Opfern, darüber nur ruhig zu diskutieren. Man kommt gar nicht auf den Gedanken, jemand das Recht des Sprechens und Fühlens zu verbieten.

Auf der französischen Seite aber haben wir geradezu die entgegengesetzten Beobachtungen zu machen. Am Anfang des Krieges wird der Sozialistenführer Jaurès ermordet. Das Volk und die Presse schweigen vollständig darüber, zur Ueberraschung der ganzen Welt, welche noch frisch die Lärm- und Skandal-schreiberei und die sensationellen Straßenszenen und Wahlkundgebungen anlässlich der Affäre Caillaux-Calmette in Erinnerung behielt. Sie scheinen dagegen die Tat des Mörders als eine „schöne patriotische Geste“ zu billigen, wie heute die Heldentaten des besiegten Generals in Saloniki. Die Regierung applaudiert heimlich dabei und gibt sich jede Mühe, um jeden Skandal beim Prozeß zu vereiteln. Der Prozeß soll sogar „aus Rücksicht auf den öffentlichen Frieden“ für unbestimmte Zeit vertagt sein!

Volk, Presse und Regierung verbieten jedes gemäßigte Gespräch, wetteifern in der Verwendung schöner Namen für den großen Gegner und dulden keine Aufklärung über die tatsächliche politische und militärische Lage. Die offizielle Sozialdemokratie, im Gegensatz zu ihrer deutschen Schwester, läßt sich vom Milieu völlig beherrschen, weist jeden Friedensvorschlag auf das entschiedenste ab, vertönt in gleichem Maße wie das Publikum die ganze Lage. Der Pariser Sozialistkongreß stimmt mit Jubel den Eroberungsplänen der Regierung zu und erläßt eine Resolution, welche jede Rede und jeden Erlaß der ehrwürdigen Patrioten Briand, Poincaré, Viviani, Joffre und Galliéni an Schärfe, Täuschung, Lüge und Beschimpfung noch übertrifft!

Diese elementaren Vergleiche vollziehen sich ganz automatisch im Kopfe jedes vernünftigen Neutralen.

Die französische Demokratie ist also der reaktionäre Antipode des deutschen Kaiserreiches, wie die Formfreiheit derjenige der echten Freiheit. Wir dürfen aber uns gar nicht darüber wundern. Diese einzelnen Fälle bestätigen die schon bekannte Wahrheit.

Der deutsche Sozialorganismus besteht aus Individuen mit tiefem innerem Leben und innerer Spannungskraft, welche ihm ein inneres Gefüge zu verleihen vermögen. Darum findet man Drang nach innerer Freiheit bei den Einzelnen, Drang nach sozialer Freiheit bei dem Ganzen. Darum findet man eine weitgehende und zweckmäßige Differenzierung der einzelnen Glieder und Gliederkomplexe in vollster Harmonie mit der größten Integrierung des Gesamtorganismus. Diese Harmonie beruht auf dem konzentrischen Gesamtstreben der inneren Spannungskräfte der einzelnen Glieder mit ihren zielbewußten Teilendenzen nach einem Gesamtziele, welches in der fortschreitenden Ausbildung und weiteren Funktionierung eines festgefügtten inneren Soziallebens besteht.

Der französische Sozialorganismus besteht dagegen aus Individuen ohne inneres Leben und ohne Tiefe, welche ihm nichts andres als nur ein immer loses Gefüge zu geben vermögen. Deshalb beobachtet man einen Drang nach unbeschränkter äußerer Freiheit einer oberflächlichen und auf Aeußeres abzielenden zuchtlosen Selbstsucht bei den Einzelnen, einen Drang nach formaler Freiheit und Form bei dem Ganzen. Es fehlt jede wirkliche Harmonie und jede bindende innere Kraft, es fehlt das Bewußtsein der Notwendigkeit eines zielbewußten Gesamtstrebens. Das Bindemittel und das Abersystem des entnervten Gesamtorganismus bilden nur ein „herzschlagartig“ auftretender und wirkender Augenblicksenthusiasmus und ein unerträglicher und beleidigender Ueberchauvismus, der durch alle erdenklichen äußerlichen Formeigenschaften einer oberflächlichen Selbstsucht, wie z. B. durch den Drang nach äußerem Ansehen der Außenwelt gegenüber, nach Wohlstand und durch Eitelkeit hervorgerufen und belebt wird.

Demgegenüber herrscht bei dem deutschen Volke Freiheit des Denkens und Fühlens, Freiheit der Religion, Respekt vor dem einzelnen Individuum und vor allen sozialen Gruppen des In- und Auslandes, der befreundeten und feindlichen Länder. Dies alles heißt „Toleranz“.

Das Deutsche Reich funktioniert dabei nicht etwa auf Grund von Formen, sondern auf der realen Grundlage der Tatsachen und der wahren Interessen des Einzelnen und der Gesamtheit. Wir beschränken uns nur auf Erwähnung folgender Hauptzüge: Dezentralisation und freiere Entwicklung der einzelnen Glieder; soziale Geseßgebung von musterhafter Form und freie Fortentwicklung der echten Sozialdemokratie; Freiheit der Religion und Förderung der individuellen Persönlichkeit durch freieren Unterricht; zielbewußtes Eingreifen zur Bekämpfung der aus der heutigen Form des Lebens erwachsenen Tendenz der Einseitigkeit und Mechanisierung durch das geeignete Schulwesen, durch die Förderung des Vereinswesens und einer ernstten, vielseitigen und allgemein-

bildenden Presse, durch die Schaffung und Unterstützung bezüglich der sozialer Einrichtungen, und im allgemeinen durch die richtige Ausnützung der bei einer solchen Tendenz natürlich entstehenden Reaktion des individuellen Kerns des an und für sich immer starke innere Individualität aufweisenden deutschen Individuums; der Internationalismus der Hochschulen und Universitäten, deren freierer Geist und freieres Studiensystem; das Dulden von offiziellen antideutschen Nationalparteien der nichtdeutschen Minoritäten im Reichstage nicht eines Rußlands, sondern eines Staates, der zu den einheitlichsten Staaten der Welt gezählt werden kann; die unbestrittene Ueberlegenheit in bezug auf den gewerblichen Rechtsschutz und überhaupt die rechtliche Behandlung der Angehörigen feindlicher Staaten im Kriege. Dies alles ist das Ergebnis einer sozialen Freiheit. Tatsache, nicht Form.

Im Gegenteil herrscht bei dem französischen Volke keine wirkliche Freiheit des Denkens und Fühlens, keine wirkliche Freiheit der Religion, sondern nur Gewalt gegen die Dissidenten. Es herrscht weiter kein Respekt vor dem Mitmenschen, ein Glauben aber dabei an Autoritäten. Es wohnt ihm eine unerträgliche Selbstüberhebung und Mißachtung anderer Völker und Staaten inne. Jeder unbefangene Neutrale, der französischen Boden betritt, fühlt sich sogar gezwungen, wegen der überchauvinistischen, blinden und jeden Widerspruch verbietenden allgemeinen Verachtung gegen alles Deutsche (wir sprechen natürlich von Friedenszeit!) ein solches Volk geradezu zu hassen, welches man sonst in der Ferne nur verachten und bemitleiden könnte. Dies alles ist Intoleranz und Macht der Gewalt.

Der französische Staat funktioniert nur auf der Grundlage der Formen. Er wird genügend durch folgende Hauptzüge in bezug auf seine freiheitlichen Tendenzen charakterisiert: Zentralisation, Konzentrierung des ganzen Lebens in Paris und dabei Verhinderung der freien Entwicklung der Staatsglieder der Peripherie, keine der deutschen ebenbürtige Sozialgesetzgebung, keine wirkliche Freiheit der Religion, sondern heute eine Nichtduldung der Katholiken und gestern eine Verfolgung der Freidenker; eine Hemmung der Entwicklung von individuellen Persönlichkeiten mit tatsächlicher Tiefe durch die innere Ausgestaltung und Ausübung des Unterrichts und durch das keine freie Wahl zulassende und keine selbständige Geistesentwicklung fördernde Studiensystem der Hochschulen und Universitäten; ein großkapitalistisches und ungerechtes Steuersystem (ewige Debatten über Einkommensteuer!). Dies alles ist die Phrasenfreiheit und das Vergewaltigungsregime eines immer schwankenden Staatsschiffes.

Trotzdem gilt heute noch Deutschland als das Land der Barbarei und des Mittelalters und als der Herd der Unfreiheit und Unkultur, Frankreich dagegen als der Vertreter der Menschenfreiheit, der Menschenrechte und der Kultur und als der Beschützer der kleinen Nationalitäten, denen wohl auch das brutal und zynisch vergewaltigte Griechenland angehören will. Dies alles ist gerade eine Folge des Nachtheiles, den innere Freiheit und inneres Leben gegenüber der Form und der Phrase haben!

Im Namen und unter dem Schutze der Phrasenfreiheit ist dem edlen Frankreich von heute gestattet, Griechenland seiner Hoheitsrechte zu berauben, es zu terrorisieren und trotz allem Entgegenkommen in verbrecherischem Einvernehmen mit seinen Verbündeten und unter deren Mitwirkung zum Aus-hungerungstod verurteilen zu wollen. Im Namen der Phrasenfreiheit und für die Kultur vollzieht schließlich die dritte Republik durch den stolzen Sozialdemokratengeneral der geschlagenen Landungstruppen die glorreichen Verhaftungen in Saloniki und durch die stolzen Kreuzer die ruhmreiche Besetzung von Kastelorizo und Korfu und begeht dadurch die undenkbarsten Verbrechen gegen Menschenrechte, Völkerrechte und Courtoisie und gegen die letzten Reste der Ehre und Würde eines neutralen, zivilisierten europäischen Staates. Im Namen des Rechtes, der Menschlichkeit und der Existenzberechtigung der kleinen Nationalitäten wagt die tapfere französische Marine, die Flagge auf dem Privateigentum des Deutschen Kaisers auf einer (durch Verträge) neutralisierten Insel eines neutralen Staates zu hissen und in dem unglücklichen Land trotz dem Protest und der Entrüstung des griechischen Königs die Cholera durch die Ausschiffung und Installation der Trümmer der Armee des besiegten Serbiens zu verbreiten. Es ist nebenbei zu bemerken, daß dies alles geschieht in einer Zeit, wo die Deutschen den besten Teil des französischen Bodens besetzt halten, und unter einer Regierung, die unter der Leitung eines Renegaten der Sozialdemokratie steht und unter ihren Mitgliedern echte und treue Sozialisten zählt.

Im Namen der Phrasenfreiheit war es auch den Helden der großen Revolution gestattet, jeden Bürger zu ermorden und jene Schandtaten gegen jedes Menschenrecht zu verüben, welche jede erdenkliche Greuelthat übertreffen und dabei noch Bewunderer finden.

Man darf jedoch die Form nicht ohne weiteres verurteilen. Nein! Sie kann als ein sehr wichtiger Faktor in Erwägung gezogen werden, solange sie nicht ausschließlich oder ganz vorwiegend den Einzelnen und die Gesamtheit beherrscht. Darum können wir nicht leugnen, daß wir im individuellen und sozialen Leben des Deutschland meist diejenige Berücksichtigung des Formalen und Äußereren vermissen müssen, welche ihnen verliehen werden sollte, soweit sie nur die nötige äußere Hülle und die äußere Ergänzung ohne Schaden des Ganzen und des Innern bilden könnten. Dann hätten wir aber den idealen Typus des Menschen, wie er ganz ausgesprochen sich im Leben des deutschen Goethe widerspiegelt, und die ideale Form der Gesellschaft, wie sie uns nie von einem Formvolke gegeben werden kann!

Im großen und ganzen findet man nun auf der deutschen Seite inneres Leben — innere Freiheit — Toleranz (trotz der häufig auftretenden Abschwächung bei den jüngeren Generationen, welche hoffentlich als eine vorübergehende Erscheinung dieser Uebergangsperiode gelten kann); dagegen auf der französischen Seite äußeres Leben — formale Freiheit — Terrorismus.

Demnach hat das deutsche Volk die Reformation hervorgebracht, welche den Sieg der inneren Freiheit und der Toleranz bedeutete und den Weg der

geistigen Freiheit und der freien Entwicklung des Geistes öffnete, welcher zu der heutigen Kultur zu führen vermochte.

Das französische Volk hat dagegen die große Revolution geschaffen, welche fast ausschließlich auf das Äußere sich bezieht und beziehen mußte. Dieses stolze Kind des Volkes der Formen und der Wortfreiheit ist nichts anderes als der Sieg der Intoleranz und der brutalen Gewalt gegen Vernunft, Gefühl und Recht und als der Triumph der Form und des Moments gegen die wirkliche Freiheit. Sie hat uns konsequenterweise die Napoleons, die kapitalistisch-formalistische Republik und die Sarraills und Briands geschenkt.

Der Fall Liebknecht gibt nun einen sprechenden Beweis für die deutsche Toleranz ab, welche als die Hauptäußerung der inneren Freiheit eines Volkes mit innerem Leben betrachtet werden kann.

Immerhin hat Genosse Liebknecht nichts anderes als seine Pflicht, wie er sie auffaßt, zu erfüllen versucht. Er leistet aber dabei dem deutschen Volke einen Dienst, der derartig groß ist, daß der unverbesserliche und immer argwöhnische Franzose in der ewigen Opposition des aufrichtigen Sozialdemokraten nur ein Spiel der preußischen sounoisserie und der verbrecherischen List des „preußischen Militarismus“ entdecken könnte.

Dies sind einfache Betrachtungen, denen alle Neutrale ohne weiteres zustimmen müssen, soweit sie sine ira und unbefangen urteilen wollen.

Inner-Arosa (Schweiz), Februar 1916.

Der Postkrieg

Von

H. Wittmaack

Die englische Regierung läßt neutrale Postdampfer auf der Fahrt zwischen neutralen Häfen anhalten und in einen englischen Hafen bringen, hier die Ladung durchsuchen und Postpakete zurückhalten. Wie verhält sich dieses Verfahren zu dem Völkerrecht?

Der Artikel 1 des Haager Abkommens über gewisse Beschränkungen in der Ausübung des Beuterechts im Seekriege vom 18. Oktober 1907 lautet: Die auf See (en mer) auf neutralen oder feindlichen Schiffen vorgefundenen Briefpostsendungen (correspondance postale) der Neutralen oder der Kriegsführenden, mögen sie amtlicher oder privater Natur sein, sind unverleglich. Erfolgt die Beschlagnahme des Schiffes, so sind sie von dem Beschlagnehmenden möglichst unverzüglich weiter zu befördern.

Die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes finden im Falle des Blockadebruchs keine Anwendung auf die Briefsendungen, die nach dem blockierten Hafen bestimmt sind oder von ihm kommen.

Artikel 2. Die Unverletzlichkeit der Briefpostsendungen entzieht die neutralen Postdampfer nicht den Gesetzen und Gebräuchen des Seekriegs, welche die neutralen Rauffahrteischiffe im allgemeinen betreffen. Doch soll ihre Durchsuchung nur im Notfall, unter möglichster Schonung und mit möglichster Beschleunigung vorgenommen werden.

Dieser Vertrag ist von allen hier in Betracht kommenden Staaten ratifiziert.

Die Unverletzlichkeit wird in diesen Bestimmungen nur für die Briefpostsendungen gewährleistet. Im übrigen finden während des Krieges die gewöhnlichen Regeln für Rauffahrteischiffe und deren Ladungen auch auf die Postdampfer und deren Ladungen Anwendung. Es ist dieses bezüglich der Postschiffe selbst ausdrücklich bestimmt. Auch wenn man diese Bestimmung auf die Ladung der Postdampfer, insbesondere die Postpakete, nicht sollte beziehen wollen, so würden doch die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, von denen eine Ausnahme hier nicht gemacht ist, zu dem gleichen Resultat führen.

Die Londoner Deklaration bestimmt nun, Artikel 30, daß die absolute Konterbande, d. h. Gegenstände, die ausschließlich für den Krieg verwendet werden, auch in neutralen Schiffen auf der Fahrt zwischen neutralen Häfen der Beschlagnahme unterliegen, wenn ihre Bestimmung das feindliche oder vom Feinde besetzte Gebiet ist. Danach kann man der englischen Regierung nicht wohl das Recht absprechen, auch die Postdampfer anzuhalten und die auf denselben befindlichen Postpakete nach der Richtung hin zu untersuchen, ob sie absolute Konterbande enthalten, und ob die Bestimmung solcher Postpakete das feindliche Gebiet ist. Ist zu diesem Behufe die Einbringung in einen englischen Hafen erforderlich, so müssen die Eigentümer der Schiffe und der Postpakete sich solches gefallen lassen. Ein besonderer Verdachtsgrund dafür, daß absolute nach dem feindlichen Gebiet bestimmte Konterbande an Bord ist, kann nach der Praxis und nach den Verhandlungen auf der Londoner Konferenz wohl nicht als notwendig angesehen werden. (Vgl. über diese Fragen den Artikel im Januar-Heft 1916, S. 105 ff.) Der Umstand, daß die Konterbande sich in einem Postpaket befindet, ist unerheblich. Sie hat dasselbe Schicksal zu erfahren wie Konterbande, die auf andre Art befördert wird. Die sog. relative Konterbande, d. h. solche Gegenstände, die für kriegerische wie für friedliche Zwecke verwendbar sind, unterliegen nach Artikel 135 der Deklaration der Beschlagnahme nur, wenn sie auf einem Schiffe vorgefunden werden, das sich auf der Fahrt nach dem feindlichen oder vom Feinde besetzten Gebiet oder zur feindlichen Streitmacht befindet. Diese Voraussetzung trifft bei neutralen Postdampfern, die auf der Fahrt von einem neutralen Hafen zu einem andern angehalten werden, nicht zu. Die Deklaration ist nicht ratifiziert und die englische Regierung hat sie nur mit einigen Modifikationen für den gegenwärtigen Krieg angenommen. Zu diesen Modifikationen gehört insbesondere die Bestimmung, daß relative Konterbande auch auf einem neutralen Schiffe auf der Fahrt nach einem neutralen Hafen genommen werden dürfe, wenn der Destinatar sich in feindlichem Gebiet aufhalte. Danach nimmt die englische Regierung auch bezüglich

der relativen Konterbande auf neutralen Schiffen das Recht in Anspruch, zu untersuchen, ob sie nicht für eine Person im feindlichen Gebiet bestimmt sei. Dieses ist zwar nach dem Völkerrecht unrichtig, allein die englische Regierung handelt nach ihren Grundsätzen. Die relative Konterbande setzt aber voraus, wie dieses auch grundsätzlich von der englischen Regierung angenommen wird, daß die Waren für den Gebrauch der Streitmacht oder der Verwaltungsstellen des feindlichen Staates bestimmt sind. Befindet sich der Destinatar im feindlichen Gebiet, so ist es seine Sache, den unschuldigen Charakter der Waren, d. h. darzutun, daß sie nicht für den Gebrauch der Streitmacht oder der Verwaltungsstellen des feindlichen Staates bestimmt sind.

Diese Regeln genügen aber nicht, um das Verhalten der englischen Regierung vollständig zu erklären. Es ist der Versuch gemacht, die Erlaubnis zur Einfuhr von kondensierter Milch aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland zu erwirken, um zu verhüten, daß deutsche Kinder aus Mangel an der erforderlichen Nahrung zugrunde gehen. Die französische Regierung soll hiergegen Einspruch erhoben haben und infolgedessen die Sendung unterblieben sein. Die französische Regierung hat selbstverständlich jenen Standpunkt nicht eingenommen, ohne eines gleichen Verhaltens seitens der englischen Regierung sicher zu sein. Man hat der französischen Regierung wohl deshalb den Vortritt gelassen, damit die Demokraten und Sozialisten, die jetzt das Geschick Frankreichs leiten, zeigen könnten, daß sie, wenn auch einige von ihnen unter Umständen die Botschaft von der allgemeinen Brüderlichkeit verkündet haben, doch nicht minder wie die englische Regierung entschlossen sind, den Kampf für Zivilisation, Kultur und Menschlichkeit auch mit unmenschlichen Mitteln zu führen. Bei aller Gewandtheit der Präsenrichter würde es ihnen doch wohl schwer fallen, festzustellen, daß die kondensierte Milch für die deutschen Streitkräfte oder für eine deutsche Verwaltungsstelle bestimmt sei. Das Verfahren der englischen Regierung bezüglich der Postpakete muß sich auf die sog. Blockadeverordnung vom 11. März 1915, der sich auch die französische Regierung angeschlossen hat, gründen. Danach können auch auf neutralen Schiffen, die auf der Fahrt zwischen neutralen Häfen begriffen sind, alle Güter, die eine feindliche Bestimmung haben oder feindliches Eigentum oder feindlichen Ursprungs sind, mit Beschlagnahme belegt und zurückgehalten werden. Diese Bestimmung ist eine ausnahmslose und trifft auch auf Postpakete auf neutralen Schiffen zu. Man sieht, daß es dadurch ermöglicht wird, Postpakete, welchen Inhalt sie auch haben, auf unbestimmte Zeit zurückzuhalten. Haben sie keinen feindlichen Charakter, so muß doch erst untersucht werden, ob sie nicht unter die Blockadeverordnung fallen. In dieser Weise wurden namentlich Wertpapiere, die von Holland auf neutralen Schiffen mit der Post nach Nordamerika befördert wurden, von der englischen Regierung angehalten, weil sie mit einem deutschen Stempel versehen waren und hieraus der allerdings offenbar unrichtige Schluß gezogen wurde, daß sie deutsches Eigentum seien.

Es bedarf keiner Ausführung, daß die Vorschriften der sog. Blockadeverordnung völkerrechtswidrig sind. Die Blockade muß, wenn sie Gültigkeit haben

soß, effektiv sein, d. h. durch eine Streitmacht aufrecht erhalten werden, die hinreicht, den Zugang zur feindlichen Küste wirklich zu verhindern. Wie wenig dieses der Fall ist, hat vor kurzem erst die Fahrt der „Möwe“ gezeigt.

Die skandinavischen Staaten sind auf der Londoner Konferenz nicht vertreten gewesen. Sie würden daher rechtlich in der Lage sein, sich auf die alte, bis zum Jahre 1900 auch von England anerkannte Regel zu berufen, daß Waren auf einem neutralen Schiffe, welches auf der Fahrt zwischen zwei neutralen Häfen begriffen ist, niemals Konterbande sind. Dänemark und Norwegen werden schwerlich geneigt sein, ihre Phäakenexistenz, die durch den Krieg besonders glänzend geworden ist, durch einen Konflikt mit England zu gefährden oder zu schmälern. Schweden hat sich in Erinnerung an seine große Vergangenheit nicht so geneigt gezeigt, sich die völkerrechtswidrige Behandlung von seiten Englands ruhig gefallen zu lassen. Es hat zu Vergeltungsmaßregeln gegriffen, indem es englische Postsendungen, die über Schweden nach Rußland bestimmt waren, zurückgehalten hat. Ob dieses etwas nützen wird, ist zweifelhaft. England scheint es als seine nächste Aufgabe anzusehen, Deutschland niederzuringen, und da es dies im Kampfe nicht kann, die Ausshungerung mit allen möglichen Mitteln zu versuchen. Ist Deutschland bezwungen, kann England mit den kleinen Staaten kurzen Prozeß machen.

Das Haager Abkommen gewährleistet die Unverletzlichkeit nur für Briefpostsendungen, für Correspondance postale, wie es in dem maßgebenden französischen Text heißt, nur für schriftliche Mitteilungen. Andre Gegenstände, die mit den schriftlichen Mitteilungen zusammen verpackt sind oder sich allein in einem briefähnlichen Umschlage befinden, haben auf die Unverletzlichkeit keinen Anspruch. Man kann daher einer kriegsführenden Macht wohl kaum das Recht bestreiten, die Briefumschläge in der über See gehenden Post zu öffnen, um zu untersuchen, ob sie wirklich nur schriftliche Mitteilungen und nicht auch andre Gegenstände enthalten. Auf diese Weise ist es der englischen Regierung gelungen, in den Besitz von den verdächtigen, mit einem deutschen Stempel versehenen Wertpapieren zu gelangen, die auf einem holländischen Postdampfer nach den Vereinigten Staaten befördert werden sollten. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sich andre verpönte Gegenstände in kleinen Dosen in einem Briefumschlage befinden. Dieses erscheint zwar bedeutungslos, aber nach dem Ausrottungsstandpunkt der Ententemächte ist es erklärlich, daß sie jeder Schmutzgelei, die imstande ist, einem Deutschen, wenn auch nur einem Kinde, eine gewisse Erleichterung in den mit dem Kriege verbundenen Entbehrungen zu verschaffen, entgegentreten und auch die Briefumschläge deshalb öffnen, um festzustellen, ob sich nicht solche Gegenstände darin befinden. Nach dem Haager Abkommen muß man aber annehmen, daß eine Öffnung der Briefpostsendungen auf hoher See zu derartigen Zwecken nur gestattet ist, wenn besondere Verdachtsgründe vorliegen. Die Entscheidung der Frage, wann dies der Fall ist, hängt allerdings von dem Ermessen ab, und es ist selbstverständlich, daß ein solches

Ermeßsen anders ausgeübt wird von englischen und französischen Behörden, als es bei deutschen der Fall sein würde.

Das Haager Abkommen hat eine Art Hintertür offen gelassen, vermittelt deren eine kriegsführende Macht unter Umständen auch an über See gehende Briefpostsendungen herankommen kann. Der Artikel 1 betrifft nur die auf See (en mer) vorgefundenen Brieffschaften. Unter dem Ausdruck en mer kann man nur das offene Meer, die hohe See, verstehen. Es ist nämlich anerkannt, daß das Meer bis zu einer bestimmten Entfernung vom Ufer in gewissem Maße der Souveränität des Uferstaates unterliegt. Insbesondere ist das Recht zur Fischerei oder zur Gewinnung andrer Produkte des Meeres, z. B. Bernstein, im Interesse der Anwohner den Uferstaaten ausschließlich vorbehalten. Die Uferstaaten sind auch verpflichtet, innerhalb der Uferzone für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen und insbesondere auch zu verhüten, daß im Falle eines Krieges zwischen andern Staaten innerhalb derselben Feindseligkeiten stattfinden. Ueber die Breite des Küstenmeeres fand früher viel Streit statt, indem einzelne Staaten sich beizubringen, ihre Hoheit über die See möglichst auszudehnen. Anfang des achtzehnten Jahrhunderts stellte der holländische Jurist Wynkerhoeft die Regel auf, daß die Staatshoheit über die angrenzende See sich nicht weiter als bis zur Kanonenschußweite erstrecken dürfe. Die Kanonen trugen damals zirkla 3 Seemeilen (1 Seemeile = 1851,852 Meter). Daraufhin hat sich die Praxis gebildet, daß das Küstenmeer sich auf 3 Seemeilen vom Ufer, vom niedrigsten Stand des Wassers zur Ebbezeit an gerechnet, erstrecke. In bezug auf die Rechte des Uferstaates an den Territorialgewässern herrscht keine Uebereinstimmung der Meinungen. Man kann es aber als feststehend ansehen, daß die Schiffe aller Nationen berechtigt sind, auch das Küstenmeer zur Durchfahrt zu benutzen, insofern dadurch kein Schaden veranlaßt wird, und daß sie bei der Durchfahrt, wenn sie in dem Küstenmeer keinen Aufenthalt nehmen, der Souveränität des Territorialstaates nicht unterliegen.

Im Jahre 1876 fand innerhalb dreier Seemeilen von der englischen Küste vor Dover ein Zusammenstoß des Hamburger Dampfschiffes „Franktonia“ mit dem englischen Schiffe „Strathclyde“ statt. Dabei kam ein Passagier des letzteren ums Leben. Es wurde in England ein Verfahren wegen fahrlässiger Tödtung gegen den Kapitän der „Franktonia“ eingeleitet. Die Gerichte kamen aber zu dem Resultat, daß ein Gerichtsstand für solche Vorgänge im Küstenmeer nach der englischen Gesetzgebung nicht begründet sei. Um diese Lücke auszufüllen, wurde im Jahre 1878 ein englisches Gesetz über die Gerichtsbarkeit in den englischen Küstengewässern (Territorial Waters Jurisdiction Act) erlassen. Darin wird der britischen Regierung die Befugnis zur strafrechtlichen Verfolgung aller in den britischen Territorialgewässern, und zwar in dem Küstenmeer bis auf 3 Seemeilen begangenen strafbaren Handlungen, auch wenn die Begehung an Bord oder mittels eines fremden Schiffes stattgefunden hat, beigelegt. Bei der Verhandlung über dieses Gesetz im Oberhause erklärte der Lordkanzler ausdrücklich, daß das Recht fremder Schiffe zur Durchfahrt durch das englische

Territorialmeer innerhalb der angegebenen Grenze eine Konzession der britischen Regierung sei, so daß diejenigen, die sich dieser Konzession bedienten, die Rechte der Regierung, welche die Konzession erteile, nicht verletzen dürften. Es handelte sich dabei um die gewöhnliche Fahrstraße der Schiffe durch den Kanal.

Der Artikel beschränkt seine Bestimmung ausdrücklich auf die hohe See, man hat also die Territorialgewässer hiervon ausschließen wollen. Bezüglich der Beschlagnahme von Briefpostsendungen auf neutralen Schiffen innerhalb englischer Territorialgewässer hat eine Auseinandersetzung zwischen der englischen und der niederländischen Regierung stattgefunden. Wenngleich die englische Regierung das Recht der Unverletzlichkeit der Briefpostsendungen auf hoher See, wie solches durch den Artikel gewährt wird, anerkennt, so will sie doch dieses Recht auf die Briefpostsendungen, die auf hoher See angetroffen werden, beschränken. Sie beansprucht dagegen, was die Territorialgewässer anlangt, das Recht, die Schiffe, die diese Gewässer zur Durchfahrt benutzen, ebenso zu behandeln wie den Verkehr über das Landterritorium. Zur Zeit der Haager Friedenskonferenz war der englische Standpunkt in betreff der Benutzung der Territorialgewässer zur Durchfahrt allgemein bekannt. Man hat es unterlassen, diesen Standpunkt zu mißbilligen oder die Sicherstellung der Briefpostsendungen vor der Anhaltung und Durchsuchung in diesen Gewässern abzumachen. Der Weltpostvertrag von 1906 trifft hierüber keine Bestimmungen. Er enthält nur die Vorschrift, daß der Transit von Postsendungen über das Gebiet der zum Verein gehörigen Länder gestattet sei (Artikel 4). Man hat an die Durchfahrt von Postschiffen durch die Territorialgewässer nicht gedacht, oder es als selbstverständlich angesehen, daß diese ungehindert erfolgen dürfe. Der Standpunkt der englischen Regierung läßt sich daher nicht wohl als in klarem Widerspruch mit dem Völkerrecht stehend bezeichnen. Wenn der Artikel 1 des Haager Abkommens sich nur auf die auf hoher See und nicht auf die in den Territorialgewässern vorgefundenen Briefpostsendungen bezieht, so kann man daraus schließen, entweder daß man den allgemein bekannten Standpunkt der englischen Regierung als berechtigt hat anerkennen oder daß man über die Frage, wie es sich mit den in den Territorialgewässern vorgefundenen Briefpostsendungen verhalten solle, eine Bestimmung nicht hat treffen wollen. Im ersteren Falle würde die englische Regierung berechtigt sein, in den Territorialgewässern die Briefe auf allen Schiffen anzuhalten und zu durchsuchen, um sich zu überzeugen, ob der Inhalt ungesetzlich oder englischen Interessen schädlich sei. Im letzteren Falle würde die Entscheidung der Frage von einer völkerrechtlichen Kontroverse abhängen, die bereits vor dem Kriege bestand. Wenngleich der englische Standpunkt wohl als unrichtig bezeichnet werden muß, so ist doch zuzugeben, daß keine Regierung bisher dagegen Protest erhoben hat.

Die niederländische Regierung befindet sich England gegenüber in einer heiklen Lage. Bei den in England herrschenden Expansionsbestrebungen muß die Versuchung, den gegenwärtigen Krieg zur Aneignung der niederländischen Kolonien zu benutzen, eine große sein. Diese Aneignung würde sich auch

mit den englischen Grundsätzen, die kleinen neutralen Staaten vor Unterdrückung und Vergewaltigung zu bewahren, leicht vereinigen lassen. England nimmt die holländischen Kolonien zum Schutz gegen Deutschland einstweilen in Verwahrung und nach dem Friedensschluß findet es, um die Kolonien dauernd vor deutscher Vergewaltigung zu sichern, Holland mit einer Geldentschädigung ab. Man darf daher wohl annehmen, daß die holländische Regierung sich wegen der Anhaltung und Oeffnung der Briefpostsendungen auf holländischen Schiffen auf freundschaftliche Vorstellungen beschränken wird.

Der Krieg und das deutsche Geistesleben¹⁾

Von

Prof. Dr. Theobald Ziegler

Wir haben in unserer Jugend gelernt, daß im Waffenlärm nicht bloß die Gesetze, sondern auch die Musen schweigen, und müssen nun auch darin, wie in so vielem, umlernen und uns durch den gegenwärtigen Krieg eines andern belehren lassen. Während draußen gelämpft wird, wird bei uns zu Hause nach wie vor Wissenschaft getrieben und studiert, Schule gehalten und gelernt, gedichtet und gesungen, gebaut und gemalt, und alles das geht dank der unvergleichlichen Tapferkeit unsrer Truppen in der Heimat seinen altgewohnten Gang. Und das Wort ist doch wahr: inter arma silent artes; unsre Stimmung ist eine andre, ist nach den ersten lauten Wochen der gewaltigen Erregung und der lobenden Begeisterung wirklich eine stillere geworden. Sie ist der Stille zu vergleichen, wie sie Michelangelo an der Decke der Sixtinischen Kapelle den auf die Ankunft Jesu wartenden Vorfahren in Gesicht und Seele gelegt hat: auch wir warten inmitten unserer täglichen Arbeit und Pflichterfüllung still und hoffend auf das, was kommt. Daher ist der Burgfriede, der unter uns herrscht, nicht bloß ein erzwungener, von oben herab befohlener, er entspricht durchaus jener unsrer eignen Seelenstimmung. Wenn einer im Reichstag, im Landtag, in der Presse starke Worte braucht, durch schrilles Reden, heftiges Schreien und Kreischen die Stille mißtönend unterbricht, so verlegt er uns nicht sowohl durch das, was er sagt, sondern wir empfinden das Laute und Schreiende als geschmacklos und stilwidrig. Wenn Krieg draußen ist, wollen wir Frieden im eignen Haus. Das Horazische „Favete linguis!“ verstehen wir erst heute ganz.

Mit dieser Aenderung unsrer Stimmung und Seelenlage ist aber auch eine Umwertung der Werte, ein Wandel in unserm Geistesleben ein-

¹⁾ Vortrag, gehalten im „Deutschen Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien“, Landesverband Württemberg, in Stuttgart am 11. März 1916.

getreten, den wir freilich vorerst mehr nur ahnend und tastend erfassen als deutlich greifen und in Worte kleiden können. Daher ist es so schwer, heute vom deutschen Geistesleben zu sprechen, viel schwerer jetzt im zwanzigsten als im ersten oder zweiten Monat des Kriegs. Wir wissen allenfalls, wie das deutsche Geistesleben unmittelbar vor dem Krieg gewesen ist: das gehört der Geschichte an, freilich einer so neuen Geschichte, daß es selbst einem geschulten Historiker schwerfallen dürfte, darüber *sine ira et studio* objektiv und sicher zu urteilen. Und wie sich gar das geistige Leben unsres Volkes nach dem Kriege, morgen oder übermorgen, gestalten wird, kann niemand voraussehen — in einem Augenblick, wo noch blutig und heiß um die Entscheidung gerungen wird. Wenn wir die Siegeszuversicht in den zwanzig Monaten auch keinen Augenblick verloren haben, so wissen wir doch nicht, wann dieser Sieg kommt, wie lange der Krieg noch dauert und wie der Friede aussehen wird: es soll ein deutscher Friede sein, kein Kongressfriede wie vor hundert Jahren, ein ehrenvoller und dauerhafter Friede — gewiß, das erwarten wir von ihm, und das ist es allein, was wir während des Krieges aussprechen können und aussprechen dürfen. Aber was danach sein wird — noch einmal, das wissen wir, oder bescheidener, das weiß ich nicht.

So versprechen Sie sich nicht allzuviel von dem, was ich Ihnen heute abend zu sagen habe. Ich rede nicht als Prophet, sondern nur als Historiker und Philosoph; und das sind beides rückwärts gewendete Berufe: bei der Geschichte versteht sich das von selbst; aber auch als Philosophie „beginnt die Gule der Minerva erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug“; wenn eine Gestalt des Lebens alt geworden ist, dann erst läßt sie sich erkennen. Aber dieses Absterben eines Altwerdenden und das Kommen eines Neuen läßt sich vielleicht doch da und dort im Flug ergreifen, und das eben möchte ich versuchen, wobei ich mir freilich wohl bewußt bin, daß es durch das In-Worte-Fassen festere und derbere Konturen annimmt, als sie der Wirklichkeit entsprechen.

So müssen Sie sich mit zweierlei begnügen: einmal mit Bruchstücken nur aus dem Ganzen dessen, was war und ist, und zweitens mit ein paar Ausblicken — nicht auf das, was sein wird, sondern auf ein Sollen, mit der Andeutung von Aufgaben und Forderungen; Weissagen dagegen und prophezeien kann ich nicht. Und noch eines lassen Sie mich voranschicken, ein einziges Wort nur: schon die Anordnung, um nicht zu sagen die Rangordnung der geistigen Werte und Mächte ist durch den Krieg verschoben worden. Das geistige Leben — erschrecken Sie nicht — fängt heute mit dem Staat an.

Und da sehen wir freilich eines mit voller Deutlichkeit vor unsern Augen sich vollziehen, haben es gesehen in jenen großen gewaltigen Augenblicken des Kriegsausbruchs, als in jähem Ansturm alle jene Gefühle des Schrecks, des Zorns, der Begeisterung hervorbrachen und unser ganzes Volk über sich selbst hinaushoben auf stolze Höhe, und wir sehen es jetzt als eine stille Flamme weiterbrennen und weiterglühen, in deren Läuterungsfeuer dem einen zum Schmerz, dem andern zur Freude gar viele Scheinwerte verbrennen und zu Asche

werden: unser Verhältniß zum Staat hat sich gewandelt, gründlich gewandelt. Gewiß sang man auch vor dem Krieg von Vaterland und Volk; aber der Staat spielte in unserem Geistesleben eine recht bescheidene Rolle, und selbst die Politiker, die sich *ex officio* mit ihm zu befassen hatten, dachten — wir können es nicht leugnen — mehr an die Partei, der sie angehörten, als an den über den Parteien stehenden und sie alle umfassenden Staat. Dieser erschien als etwas Kaltes und Rahles, etwas Nüchternes und allzu Realistisches, als ein Ding, von dem man so wenig als möglich sprechen sollte, fast gar wie eine Verlegenheit, zum Geistesleben rechnete man Staat und Staatsbewußtsein überhaupt nicht. Und doch hätte in dieser Gleichgültigkeit, in dieser Abneigung und Ablehnung uns humanistisch Gebildete wenigstens der Umstand stutzig machen können, daß gerade der Dichterphilosoph Platon schon vor mehr als zweitausend Jahren das Hohelied vom Staat gesungen hat. Allein wir Deutsche sind durch den Gang unsrer Geschichte erst langsam zum Staat und noch langsamer zum Staatsgedanken durchgedrungen; auch als die Hohenzollern längst schon mit dem Bau des preußischen Staates begonnen hatten, dachte zu Goethes Zeit die Welt noch immer nur fritzisch, nicht staatlich preußisch, und über der einzigartigen Persönlichkeit des großen Königs vergaß man sein Wort, daß er nur der erste Diener seines Staates sei, oder man führte es nur mit dem Männerstolz vor Königsthronen gegen die Fürsten im Munde, ohne daraus die wahrhaft demokratische Lehre zu ziehen, daß somit jeder auch von uns andern ein Diener und nichts als ein Diener seines Staates zu sein habe. Selbst ein Wilhelm v. Humboldt und ein Schiller sahen im Staate lange Zeit nur ein notwendiges Uebel, und daß er uns möglichst wenig geniere, diese individualistische Diogeneshaltung gegen den Staat war bis tief in das neunzehnte Jahrhundert herein die allgemeine Stimmung ihm gegenüber. Und doch hatte schon vor hundert Jahren ein Deutscher, ein Schwabe, zum zweitenmal nach Platon das Hohelied auf den Staat angestimmt — Hegel in seinen 1821 erschienenen Grundlinien der Philosophie des Rechts. Aber so hoch alles, was humanistisch dachte, Platons Bücher vom Staat bewunderte, der Hegelsche Hymnus wurde vielmehr wie etwas Mißtönendes aufgenommen, und man spottete und schalt, daß hier das schöne antike Standbild einen widerlich schwarzweißen und reactionären Anstrich bekommen habe. Und doch hatte Hegel damit recht und nur recht, daß er den Staatsgedanken wieder einmal in seiner Tiefe gedacht, den Staat als die Verkörperung des Volksgeistes, der sittlichen Idee eines Volkes, als den Reif erfaßt hat, der alle geistigen Gebiete und alle überindividuellen Mächte eines Volkes, seine Geschichte, seine Kunst, seine Religion, seine Wissenschaft umspanne und zur Einheit zusammenfasse; und wenn er ihn ein Irdisch-Göttliches, geradezu den Gott auf Erden nennt, so meint er damit, daß auch im Staat Vernunft, Logos und göttlicher Wille lebendig ist, und daß es der Wille Gottes selber ist, daß Staat sei. Wir haben beim Staat so vielfach nur an die Beamten und die Bureaucratie, an das Heer und an den Militarismus, und — das unangenehmste — an die Steuern und an das Steuerzahlen ge-

dacht und haben darüber vergessen, daß der Staat Macht, d. h. die machtvolle Zusammenfassung aller, auch der geistigen Kräfte eines Volkes ist, daß in ihm sich die Sitte, die geschriebenen nicht nur, sondern auch die ungeschriebenen Gesetze der Griechen, der Romos, verkörpern, und daß der Einzelne, von ihm losgerissen, ein nichtiges Atom nur sei im Weltall, das nirgends zu Haus ist, nirgends wurzeln und gedeihen kann, und daß — sagen wir es nur frei heraus — der Einzelne auch nicht sittlich sein kann, sondern ohne den Staat ein ungeselliger Wilder, ein unsozialer Mensch, ein von Egoismus und Geistesenge umdrohtes und ihnen verfallendes Wesen ist. Die Probleme: Politik und Moral, Masse und Individuum, Individualismus und Sozialismus — sie lösen sich nur auf dem Boden des Staates. Weil unsre Moral von Haus aus individualistisch ist und trotz oder wegen des kategorischen Imperativs lange Zeit individualistisch geblieben ist, kam die Politik schlecht weg, und die Staatenmoral verkümmerte unter den zu kurzen Maßstäben der Privatmoral. Weil wir vergessen hatten, daß wir alle Diener des Staates seien, wußten wir nicht mehr, daß jeder mit seiner Kraft, der Große mit großer, der Kleine und Schwache mit kleiner und schwacher Kraft sich in den Dienst des Staates zu stellen die Pflicht habe. Weil wir das Individuum losgelöst vom Staate dachten und nicht begriffen, daß wir Persönlichkeiten nur werden können durch die Unterordnung unter das eherne Gesetz der Gleichheit, unter Autorität, Zucht und Sitte, so glaubten wir unsre Individualität nicht mehr geschützt gegen den uns zerdrückenden Sozialismus und hielten diesen für den Feind. Und doch hatte schon Hegel gezeigt, daß es eine Staatsmoral gibt, die etwas anderes ist als die Privatmoral des einzelnen; daß der große Mann der ist, der, was seine Zeit will, ausspricht, ihr sagt und vollbringt; und auch der Gedanke des Staatssozialismus, der uns vor dem Sozialismus schützt und uns mit ihm versöhnt, war schon in der Hegelschen Rechtsphilosophie angelegt, indem er zwischen Familie und Staat das System der Bedürfnisse und das Kapitel von der Arbeit in die Staatslehre einfügte.

Uns aber lösen sich alle diese Probleme heute praktisch. Wir wissen, der Kampf geht um den deutschen Staat, ihn gilt es zu schützen und zu erhalten im Kampf gegen eine Welt; und mit ihm deutsche Gesittung und deutsche Art, die zu behaupten unser Recht und unsre Pflicht ist. Daher ist heute der Staatsgedanke in den Vordergrund des deutschen Geisteslebens getreten, wir wissen, was wir am Staat haben, wir wissen, warum wir für ihn alles daran setzen, unsre Heerführer und Soldaten draußen an der Front und wir Zurückgebliebenen zu Hause an dem Platz, auf dem jeder steht. Und wir erleben, wie auch die alltäglichen Lebensnotwendigkeiten und ihre Befriedigung eine allgemeine Angelegenheit sind, daß jede Hausfrau und jedes Dienstmädchen heute gerade so gut wie der Soldat und wie der Beamte und wie der König Diener des Staates sind. In der Brotkarte und in der Butterkarte steckt der Staatsgedanke, und in der Art, wie wir sie aufnehmen und mit ihnen umgehen, steckt unser Maß von Staatsbewußtsein. Und die, die nur gelernt haben, die Kon-

junktur ausnützen, die noch nicht gelernt haben, daß auch Verkaufen und Einkaufen ein Dienst am Staat ist, die gilt es mit diesem neuen Geist zu erfüllen und ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß all unser Tun Pflichterfüllung ist gegen den Staat. Und es wird gelten, wenn der Krieg vorbei ist, diesen neuen Geist auch am Alltag unserem Volk zu erhalten — durch staatsbürgerliche Erziehung, die aber nicht nur ein Unterrichtsfach mehr werden darf in unsern Schulen, sondern die sich weit über die Schulzeit hinaus vor allem auch unsre Presse und — will's Gott — auch unsre politischen Parteien künftig angelegen sein lassen müssen. Jeder Zeitung, jeder Partei müssen wir die Gretchenfrage vorlegen: Wie hältst du's mit dem Staat? und jeden Arbeiter und Beamten, jeden Professor und Künstler fragen: Wie stehst du zum Staat? Freilich auch den Staat fragen: Was tust du, Staat, um dich dem Volk unentbehrlich und wertvoll zu machen und sein Herz zu gewinnen? fragen, ob er im Sinn der Botschaft vom 17. November 1881 rastlos weiterarbeite an der „positiven Förderung des Wohles“ der Massen? So ist das neue Staatsbewußtsein und der neue Geist beschaffen, der heute da ist und dessen Wehen wir verspüren auf Schritt und Tritt, und die große Aufgabe der Zukunft wird sein, ihn nicht wieder einschlafen, sondern weiter da sein zu lassen und ihn fest und fester zu machen als die unser ganzes Geistesleben durchziehende und tragende Macht: wir können hinfort nur noch Menschen brauchen, die sich ihrer Verantwortung und ihrer Pflicht gegen den Staat bewußt sind.

Ist diese unsre positive Stellung zum Staat etwas ganz Neues in unserm Geistesleben, in dem ein bis dahin fast gar Nebensächliches und Untergeordnetes und Unbequemes zur Hauptsache und zu einem allgemein als wertvoll Anerkannten geworden ist, so ist es mit der Religion anders. Es ist noch der alte Gott — Gott ist nicht tot, wie Nietzsche gehöhnt hat; und es ist noch die alte Religion, an der die Menschen nach wie vor hängen, und es bewährt sich wieder einmal die Wahrheit des alten Worts, daß die Not beten lehrt. Aber deuten wir dieses Wort auch richtig? Und liegt nicht gerade hier die Gefahr für die Religion, daß, wenn dann die Not vorüber ist, das Beten wieder aufhört, die Religion bei vielen wieder verdrängt oder doch an die Peripherie hinausgedrängt wird?

Wir singen: „Mit unsrer Macht ist nichts getan, wir sind gar bald verloren“. Darauf beruht der Gedanke Schleiermachers, daß die Religion das Gefühl schlechtbiniger Abhängigkeit sei. Wie wahr das ist, empfindet heute jeder — das Gefühl der Demut, das Gefühl der Abhängigkeit des einzelnen vom Schreiten Gottes in der Weltgeschichte: wieviel Glück, wieviel Einzelleben, wieviel Wertvolles und scheinbar Unerseßliches an Kulturgütern hat der Krieg in diesen neunzehn Monaten schon vernichtet und wird er weiter vernichten? Und so quälen sich viele ab mit dem Problem, wie das alles vereinbar sei mit der göttlichen Gerechtigkeit und der göttlichen Liebe. Und doch kommt dieses Problem nur daher, daß jenes Wort Schleiermachers zwar wahr, aber eben doch nicht die ganze Wahrheit ist. Wir heute wollen Not und Tod und Elend

von uns und unserm ganzen Volk abhalten, dazu brauchen wir Kraft und dazu brauchen wir eine starke und starkmachende Religion. Und nun ist das Wort vom schlechthinigen Abhängigkeitsgefühl glücklicherweise nur die halbe Wahrheit; denn das Gefühl der Stärke und der Kraft ist auch in ihr, ja, wir können geradezu sagen: wir haben so viel Gott, als wir Kraft haben, und haben so viel Kraft, als wir an Gott teil, als wir von Gott in uns haben. Wollten wir uns nur von ihm abhängig fühlen, nur auf seine Hilfe warten, dann freilich würden wir, da von Freund und Feind gebetet wird, Gott sozusagen in eine schwierige Lage bringen, wem er helfen sollte. Dagegen hat schon Friedrich der Große, glaube ich, das rechte Wort gesprochen, daß Gott immer mit den stärksten Bataillonen sei. Das ist nicht, wie man gemeint hat, ein frivoles, sondern ein echt religiöses Wort. Gott ist wirklich eine feste Burg, ein gute Wehr und Waffen, und darum, Mensch, einige dich mit Gott, nimm die Gottheit auf in deinen Willen, setze diesen Gott in deinem Willen in Kraft und in Tat um, dann bist du ein Gotteskind, dann bist du stark und fürchtest, deines Gottes voll, nichts in der Welt und von der Welt! Das ist der Glaube, der Berge versetzt — nicht als ob sie Gott für uns durch ein Wunder versetzte, sondern daß wir in der Kraft Gottes selber die Berge versetzen, selber die Brücken bauen, selber die Feinde schlagen sollen. Hilf dir selber, dann hilft dir Gott! oder wie Schiller sagt: „Dem Mutigen hilft Gott.“

Diese Erkenntnis löst auch allein das schwierige Problem „Krieg und Religion“. Das sind keine Gegensätze, wie ängstliche Gemüter und schwache Gewissen meinen, weil Gott und Kraft keine Gegensätze sind und gerade im Krieg diese Gotteskraft im Menschen sich zum Ungemeinen erhebt. Nicht die Rückkehr zu Wotan und Donar ist die germanische Form der Religion, sondern die Hinwendung zu unsrer christlichen Religion als einer Religion der Stärke und der Kraft, der Gedanke, daß Gott in den Schwachen mächtig ist und daß wir so viel Kraft haben, als wir Gott haben. Das ist die weltzugekehrte Seite unsrer Religion: Kraft, Wille, Tat! und das ist die gottzugekehrte Seite der Religion: Der Gott in uns, der uns nichts fürchten läßt, und wenn die Welt voll Teufel wär! Daran müssen wir deshalb über den Krieg hinaus festhalten: wir Deutsche — das hat uns der Krieg gelehrt und wird uns ein noch lange auf die Spitze des Schwertes gestellter Friede lehren — können keine sentimentale, schwächliche und schwach machende, sondern nur eine kraftvolle, den Willen in Tat umsetzende Religion brauchen, wie sie, und nun kommen wir doch wieder auf ihn zurück, der tapfere Prediger an der Dreifaltigkeitskirche in Berlin, wie sie Schleiermacher vor den Befreiungskriegen furchtlos verkündigt und wie er durch seine anfeuernden Worte seinen Zuhörern Mut und Stärke und den Willen zur Befreiung des Vaterlandes in die Seele gelegt hat.

Daß auch die Stellung des einzelnen zur Kirche eine andre wird, versteht sich von selbst. Nicht „raus aus der Kirche“, wie vorher in frivolem Uebermut an den Vitsaßsäulen zu lesen war, sondern Gemeinschaft auch im Religiösen! Denn unser Gott ist auch ein sozialer Gott. Und darum muß uns der Gedanke

an das Kommen und Aufrichten des Reiches Gottes auf Erden wichtiger sein als die Frage des reichen Jünglings nach sich und seiner eignen persönlichen Glückseligkeit. Und zuerst Religion, dann erst Konfession! 1817 brachte uns die Union zwischen Lutheranern und Reformierten: es wäre natürlich phantastisch und utopisch, zu meinen, daß uns 1917 die Union von Katholiken und Protestanten bringen werde. Aber im Schützengraben haben unsre Männer doch — Katholiken und Protestanten — zusammen singen gelernt: „Ein' feste Burg ist unser Gott“, und an Soldatengräbern stehen betend und segnend gemeinsam der katholische Priester und der evangelische Pfarrer. Und daß die deutschen Katholiken sich den deutschen Protestanten näher fühlen, als jene den französischen Katholiken und diese den französischen Protestanten, das haben ihrer beider Erklärungen deutlich gezeigt, damit sind wir einen Schritt wenigstens losgekommen von der vermeintlichen Internationalität von Religion und Christentum und Kirche und einen Schritt näher gekommen dem, was wir unbeschadet des Gefühls, daß wir Menschen alle Brüder sind oder sein sollen, als fromme Deutsche alle miteinander gemein haben und als Deutsche gemeinsam pflegen können und wollen.

Und nicht anders ist es mit der Internationalität der Wissenschaft. Trotz der Binsenwahrheit, daß die Wahrheit nur eine ist, ist auch das ein Dogma, das der Krieg erschüttert hat: die Wissenschaft sei international! Zunächst, die Tatsachen sprechen dagegen. Die Wissenschaft steht heute mehr als je im Dienst des Vaterlandes, des Staatsgedankens, sie arbeitet für den Staat, auch sie denkt und fühlt national. Und wir haben teils schauernd, teils lachend erlebt, wie sich Universitätslehrer und Akademien der feindlichen Länder hin und her befiehlt, sich aus der gegenseitigen Gemeinschaft ausgeschlossen haben oder freiwillig ausgetreten sind und alle Bande zwischen sich zerschnitten und durchrissen haben. Aber ist das nicht gerade das Falsche und das Verkehrte? Ich will nicht davon reden, daß jene internationalen Verbindungen und Verbrüderungen, Ehrungen und Anerkennungen vielfach nur äußerlich, vielfach nur der Ausfluß gegenseitiger Eitelkeit und darum sachlich wertlos gewesen sind. Aber daß das Internationale hier wie bei der Sozialdemokratie nicht das Höhere, sondern vielmehr etwas Künstliches, ein Firnis ist, der abfällt und abfiel am ersten Tag, an dem die Völker wider einander aufstanden, das ist doch wohl allen sichtbar geworden. Ich könnte dabei noch einmal auf den Staat zurückkommen und an jenes stolze Wort erinnern, das bei der Gründung der Universität Berlin Wilhelm v. Humboldt dem König Friedrich Wilhelm III. auf die Lippen gelegt hat, daß die Kraft Preußens in der Kraft der Intelligenz ruhe und die neue Universität die Solidarität des preussischen Staates und der geistigen Bildung verkörpern solle. Aber auch die Wissenschaft selbst ist weit weniger international, als man sich eingeredet hat. Wir sprechen doch nicht mit Unrecht von einer griechischen, einer französischen, einer deutschen Wissenschaft. Und der Unterschied liegt in der nationalen Verschiedenheit der Methoden, in der von Volk zu Volk sich besondernden Art des wissenschaftlichen Arbeitens, wodurch diesem

und damit auch den Ergebnissen dieser Arbeit und ihren Formulierungen ein nationaler Stempel aufgedrückt wird. Schon das macht den Unterschied, daß bei uns meist Professoren an Hochschulen, also Lehrer, die Träger der Wissenschaft sind, in England von Bacon bis Darwin freie Gelehrte, daher konnte von jenem — ob als Lob oder als Tadel — gesagt werden: er philosophiere souverän wie ein Lordkanzler und Grandseigneur; und in Frankreich ist es der Conférencier, der besonders geschätzt wird und der mehr blenden und hinreißen als belehren will. Ich könnte es an meiner Wissenschaft, an der Philosophie, deutlich machen, wenn ich den Nestor der deutschen Philosophie, den mehr als achtzigjährigen Wilhelm Wundt, in seiner schlichten Sachlichkeit dem Blender Bergson gegenüberstellte, oder wenn das zu grausam sein sollte, dem französischen Aufklärer Voltaire, der Verkörperung des französischen Esprit, den deutschen Aufklärungsphilosophen Wolff, von dem Kant gesagt hat, er sei der Urheber des Geistes der Gründlichkeit in Deutschland. Aber vielleicht tritt der Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Nationalstaat noch deutlicher hervor in der Geschichte der Archäologie. Da zog 1841 Schönborn hinaus zur Erforschung der griechischen Kunst in Kleinasien, „ein schlichter, mittelloser, vielleicht etwas unpraktischer deutscher Schulmann, der allein, ohne ein anderes Instrument als einen Taschenkompas und ein Siedethermometer, ohne einen anderen Rückhalt als die tiefe Leidenschaft des Autodidakten für Wissenschaft und Altertum, in eiserner Ausdauer beobachtend umherzog. Und gleichzeitig drei in ihren Mitteln nicht beschränkte, vorzüglich ausgerüstete, in ihrem Wissen gut zusammenpassende Engländer, ein Militär, ein Naturforscher und ein Landschaftszeichner, die in dieser seltenen Vereinigung schneller erreichen, energischer erledigen und sicherer mitteilen konnten, was der Deutsche einsam und mühsam sich in dunklem Drang fast wie zu unveräußerlichem persönlichem Eigentum erwarb“. Denn was er fand, war für Deutschland natürlich verloren. Nach 1870 aber war das erste Friedenswerk des jungen Reichs die Aufdeckung von Olympia, der bald die von Pergamon folgte. Das mit privaten Mitteln ins Leben gerufene Archäologische Institut in Rom hat König Wilhelm am 25. Januar 1871 im Schloß zu Versailles zur preußischen Staatsanstalt erhoben, und 1873, im selben Jahr mit der Errichtung einer Reichsschulkommission, ist es unter die Reichsanstalten übernommen worden. So spiegelt sich hier nationaler Tiefstand, nationaler Aufstieg und nationale Höhe im Schicksal einer Wissenschaft wider. Das haben wir vor dem Krieg im Glauben an die Internationalität der Wissenschaft fast gar vergessen und uns darum allzu beflissen um Professorenaustausch und wissenschaftliche Zusammenarbeit, um internationale Historiker- oder gar Philosophentongresse bemüht, bei denen wissenschaftlich nichts Erhebliches herauskommt, sondern die in Wahrheit nur Jahrmärkte der Gelehrteneitelkeit sind. Und nun haben wir im Krieg gelernt, daß Austauschprofessoren nicht schützen vor Munitionskisten und gemeinsames Suchen nach Wahrheit nicht schützt vor häßlichster Verleumdung und Lüge, alles das internationale Mittun und Nachlaufen uns nicht geschützt hat vor dem abschätzigen Urteil über unser Barbarentum.

Aber am klarsten wird dies doch an der Wissenschaft des Internationalen selbst, an der Lehre vom Völkerrecht. Hier stand die Wissenschaft vor dem Krieg geradezu im Dienst zwischenstaatlicher Organisation und mühte sich praktisch ab, die Völker einander näher und in ein gegenseitiges Rechtsverhältnis zueinander zu bringen. Und was ist das Völkerrecht heute? Nicht nichts, wir stehen ja heute abend hier unter dem Zeichen des völkerverbindenden roten Kreuzes. Aber ein wirklicher Rechtszustand ist es doch auch nicht, sondern ein wüstes Trümmerfeld mit einzelnen da und dort noch aufrecht stehenden Säulen und die Erkenntnis, daß dem Völkerrecht just das fehlt, was Recht zu Recht macht, die Möglichkeit, seine Durchführung zu erzwingen, und die Einsicht, daß nach dem Krieg die Arbeit wieder, vielleicht erst recht wieder von vorn anfangen müsse, und daß diese Arbeit der der Penelope gleicht, die bei Nacht jedesmal wieder auftrennte, was sie am Tag mit fleißiger Hand gewoben hatte. Eine tiefe Steppis gegen alles Internationale ist die Folge davon. Aber dafür haben wir, denke ich, gelernt, daß es auch in der Wissenschaft für uns Deutsche nur eines gibt, nun erst recht wir selbst zu werden und zu sein und zu bleiben; und diese deutsche Art wissenschaftlicher Arbeit soll heißen: Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, Objektivität und Sachlichkeit, Gründlichkeit und Tiefe — und fügen Sie auch hinzu: Gerechtigkeit!

Endlich die Kunst! Es ist heute — soll ich sagen: Einsicht oder Mode, daß wir bei der Kunst und beim Künstler soviel vom Erleben und vom Erlebnis reden und sie fast gar für das Wichtigste halten am künstlerischen Schaffen. Nun, der Krieg ist ein so großes und so eindrucksvolles Erlebnis, daß wir von ihm und nach ihm einen gewaltigen Aufschwung der Kunst sollten erwarten dürfen. Und wirklich haben wir einmal einen solchen unmittelbaren Zusammenhang von Krieg und Kunst erlebt, bei dem ersten großen Ringen auf der Schicksalshalbinsel des Balkan zwischen Orient und Okzident — nach den Perserkriegen vor 2400 Jahren. Da haben vier Jahre nach der Befreiungsschlacht bei Salamis Pheronichos und acht Jahre nachher Aeschylos, selbst einer der Mitkämpfer in jener Schlacht, den Fall dieser Großmacht in gewaltigen Tragödien dargestellt. Und von den Söhnen der Marathonkämpfer wurde die Akropolis zu jener Wunderstätte für die Kunst des Phidias ausersehen; und Phidias war der Freund des größten Staatsmannes der Griechen. Aber muß das so sein, und können wir daher ohne weiteres erwarten, daß es auch nach diesem unserm Kriege ähnlich sein werde? Ein noch größeres Erlebnis als die Perserkriege war die Völkerwanderung. Und das große Epos, in dem, vermischt mit germanischer Göttersage, der Untergang der Burgunden besungen wurde und die Heldengestalten eines Hzel und Dietrich von Bern ihren Dichter gefunden haben, das Nibelungenlied, kommt erst 700 oder 800 Jahre später. Und die große Dichtung vom Helden des Dreißigjährigen Kriegs, die Trilogie des Wallenstein, liegt wenigstens 160 Jahre von den Geschehnissen ab. Und warum das? Weil beim Tode Wallensteins nicht wie nach dem Perserkriege ein Aeschylos da war, der das Erlebnis sofort künstlerisch gestalten konnte, weil das Erlebnis erst auf seinen Dichter warten mußte; denn nicht das Erleben macht den

Dichter, sonst wären wir heute alle Dichter, so wenig einer ein Maler ist, der ohne Hände geboren ist, sondern wie der Name sagt: das Können und nur das Können macht den Künstler aus und ist die Hauptsache in aller Kunst. Soll aber der Begriff des Erlebens allgemeiner, weniger direkt gemeint sein und verstanden werden — ich habe während des Krieges, zur Zeit des ersten lodernen Hasses gegen England, mit Sekundanern die Hermannsschlacht von Kleist gelesen und bin doch nicht hinweggekommen über die gräßliche Szene im Bärenzwinger, in den die wutschnaubende Thuknelba den römischen Diplomaten hineinlockt, und habe trotz dem großen Namen Kleist doch nicht aufgehört, sie als unmenschlich und abscheulich, als unerträglich und häßlich zu empfinden. Und ebenso wenig kann ich in einer Zeit, wo deutsche Spione als Helden zu sterben wissen, das Flehen und Winseln des Prinzen von Homburg um sein Leben eines Soldaten und eines Helden würdig und groß finden.

Und wieder ein andres. Wir haben das Festspiel Gerhart Hauptmanns zur hundertjährigen Feier der Befreiungskriege erleben müssen, das ebenso unkünstlerisch wie unhistorisch wie religiös falsch die gottvertrauenden Helden jener Tage zu Marionetten Gottes erniedrigte, statt sie mit der Gotteskraft auszustatten, in der sie den Kampf wagten und den Sieg davontrugen. Und statt daß dieses Machwerk vom ganzen deutschen Volk abgelehnt wurde, hat sich die Parteileidenschaft seiner angenommen und es durch Volksbeschlüsse für ein großes Kunstwerk erklären lassen. Und heute — man nehme an, es wollte ein Dichter Hindenburg zu einer Marionette machen und ein Pazifist ihn im Namen des Völkerfriedens zum alten Blunder werfen! Oder Frenssens Bismarckepos zur Feier seines hundertsten Geburtstags, und darin Bismarck verunglimpft als der Hagen, der böse Dämon, der Lügner und Trüger seines Königs und seines Volkes; Frenssen hat Bismarck erlebt und hat ihn doch so kläglich und so jämmerlich verzerrt und entstellt. Also noch einmal — nicht auf das Erleben kommt es an, auch bei der Menschheit großen Gegenständen nicht, sondern auf den Künstler, ob er da ist und ob er etwas kann. Und daher können wir nicht prophezeien, daß einer kommt und wann einer kommt, sondern müssen warten, ob uns und wann uns der Genius unsres Volkes zum großen Erleben den großen Rönner schickt. Ich glaube, daß es nicht unbescheiden und überkritisch ist, wenn ich sage, daß es von denen, die heute schon als künstlerische Gestalter des großen Krieges hervorgetreten sind, keiner sein wird: selbst in der sangbaren Lyrik — an das Ein' feste Burg ist unser Gott, an das altniederländische Dankgebet, an das Schillersche Reiterlied, an das Arndtsche: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, an den Uhlandschen Guten Kameraden — reicht keiner von ihnen heran.

Die bildende Kunst aber geht, wie Lessing sagt, nach Brot. Ob wir nach dem Krieg ein reiches Volk sein werden, ich glaube, das wagt heute niemand zu bejahen. Aber vielleicht wird uns auch das gut tun — gut auch in der Kunst. Es wird sie, hoffe ich, über die flache Konvention hinaus und vom Uebermenschentum herab zur Einfachheit und Schlichtheit, zur Natur zurückführen. Unfre Maler werden sich dann freilich nicht mehr den Luxus

erlauben können, als Expressionisten und Symbolisten den Wald veilchenfarben und den Himmel grün und die Wiesen rot zu malen. Sachlichkeit, Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit wird auch hier an die Stelle eines blut- und geistesarmen Aesthetentums zu treten haben, das mit seinen kleinen Erlebnissen und seinen armseligen Gefühlen prunkt, und das törichte *l'art pour l'art* wird vollends verdrängt werden müssen durch den Gedanken, daß auch der Künstler auf nationalem Boden und im Dienste von Volk und Staat steht: dann und nur dann wird, wie zur Zeit des Perikles, die Kunst eine Angelegenheit unsers deutschen Volkes werden können.

In diesem Zusammenhang hätte am Ende auch die Schule genannt werden müssen. Allein sie führt nicht im Geistesleben, sondern sie vermittelt nur, was an Kulturgütern vorhanden ist, von der einen an die andre Generation. Daher steht sie freilich in diesem Augenblick, wenn wir über die Zeit des Krieges hinaus an die Zukunft unsers Volkes denken, im Vordergrund des Interesses. Aber die Jugendbildung ist um dieser ihrer Wichtigkeit willen ein Kapitel für sich, das nicht so nebenbei und anhangsweise besprochen werden kann. Lassen Sie mich daher nur zweierlei sagen: unsre Schule hat sich gerade im Krieg über alles Hoffen und Erwarten bewährt, sie hat gezeigt, daß wir mit ihr durchaus auf dem richtigen Wege sind: also lehnen wir allen Radikalismus und alles Grundstürzende ab, selbst wenn es aus dem Schützengraben an uns kommt. Die Schule wird aber darum doch ganz besonders feinhörig sein müssen für alle Wandlungen unsers geistigen Lebens während des Krieges, damit sie sich ihnen alsbald anpasse und auf der Höhe bleibe, auf die wir Deutsche allen Grund haben stolz zu sein.

Dagegen haben Sie vermutlich ein Wort vermißt, das heute fast so häufig ist wie das Wort „Mode“, über die ja in allen Zeitungen wahre Ströme von Druckerchwärze vergossen werden, was doch mit ihrer Harmlosigkeit in den Augen der Zensur und mit ihrer tatsächlichen Wichtigkeit für gewisse Zweige der Industrie und des Handels nicht völlig zu erklären und zu entschuldigen ist. Ich meine das Wort „Idealismus“. Ich liebe es nicht, weil es ein so vieldeutiges Wort ist und weil mit keinem so viel Mißbrauch getrieben werden kann und getrieben wird als gerade mit ihm. Auch klingt mir die Warnung im Ohr, daß der Mensch von der Tugend am meisten zu reden pflege, die er — nicht hat. Deshalb sollten wir Deutsche vorsichtig sein und uns hüten, uns selbst immer wieder als Idealisten zu bezeichnen. Und endlich, ich weiß wirklich nicht, ob Ihnen meine heutigen Ausführungen idealistisch oder realistisch gellungen haben. Ich meine so: natürlich steckt in unserm deutschen Geistesleben, und nicht erst seit Kant und Fichte, seit Schiller und Humboldt, ein starker idealistischer Einschlag; das hat auch der Krieg wieder offenbar gemacht. Aber daneben doch glücklicherweise auch viel gesunder Realismus, das zeigen unsre Unterseeboote und unsre Luftschiffe, zeigen Namen wie Hindenburg und Zeppelin und zeigt unsre Anpassungsfähigkeit an die Wirklichkeit selbst. Darum wollen wir an dem Zusammen von beiden, am Idealismus und Universalismus unsrer Dichter

und Denker und am schlichten Idealismus treuer Pflichterfüllung auf der einen Seite und am Realismus, wie ihn uns Bismarck als Eisen ins Blut gegeben und wie uns doch auch schon Goethe auf die wohlgegründete dauernde Erde realistisch fest und sicher gestellt hat, wir wollen daran gerade auch jetzt im Kriege festhalten. Denn zum Siegen brauchen wir den Idealismus, festen Glauben und tiefinnere Kraft, und zum Friedensschließen brauchen wir einen Realisten im Stil Bismarcks, dem sogar etwas vom Realisten Mephistopheles beigemischt sein muß. Und nach dem Frieden brauchen wir ohnedies beides, den die Welt umspannenden, hinaus in die Weite und den ganz innerlichen, hinab in die Tiefe führenden Idealismus, und daneben einen weltoffenen, anpassungsfähigen Realismus voll Tatkraft und Arbeitswillen und voll Andacht auch zum Kleinen und Kleinsten.

Mit diesen Bruchstücken lassen Sie mich schließen und nehmen Sie vorlieb: daß es nur Bruchstücke gewesen sind, was ich Ihnen bieten konnte, weiß niemand besser als ich.

Prolegomena zu einer Theorie der Politik

Von

Erich Unger

Wenn es die Formel des Deutschen ist: das Volk zu sein, dem, tiefer als andern, die Idee nicht der bloße Widerschein der wirklichen Dinge, sondern deren bewegende Macht ist, so erklärt sich das immer deutlicher werdende Verlangen, die Gegebenheiten der Politik anzuschließen an den Bereich des reinen Denkens.

Das beunruhigend Vorläufige, Nichtendgültige jeder Einzelwissenschaft bewirkt, daß auf einem Felde, wie dem der Politik, auf dem wie auf keinem andern Schicksal entsteht, gerade die Besten sich nicht mit den Weisungen und Begründungen begnügen können, die innerhalb der Grenzen dieses Sonderwissens zu finden sind; das unabsehbare Gewicht des Gegenstandes treibt sie zu Erfassungsversuchen, die auch von tiefer her ihre Kraft beziehen.

So wird die Aufmerksamkeit verständlich, mit der das geistige deutsche Publikum das Auftreten von Gedanken verfolgt, die den Weg von der Erfahrung zur Idee und umgekehrt zurückgelegt haben, wie J. J. Ruedorffers „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart“.¹⁾ Das Werk selbst steht mehr inmitten der realen Vorgänge, aber es weist überall auf ein System hin, auf dem letzten Endes das Verständnis der „Grundzüge“ ruht, und in dem wir den gleichsam theoretischen Unterbau des Ruedorfferschen Denkens zu erblicken haben — auf Kurt Riezlers „Erforderlichkeit des Unmöglichen“.

Dieser Mann ist einer der Seltenen: ein Handelnder, der den Blick nicht verloren hat; jemand, der sich der bannendsten Suggestion, die es überhaupt gibt — der des Handelns — aussetzt, ohne benommen zu werden. Von solcher Verbindung ist im Prinzip alles zu erwarten. In diesem Einzelfall scheint uns folgendes von lebendiger Bedeutung.

Das Buch heißt: Die Erforderlichkeit des Unmöglichen²⁾ — man würde hinter dieser paradoxen, künstlerischen, dieser Fahnenaufrufst geradezu nicht einen lantisch langsamen

¹⁾ Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

²⁾ Kurt Riezler, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Prolegomena zu einer Theorie der Politik und zu andern Theorien. München, Georg Müller.

Denker vermuten, den die überaus subtilen, weithin verlaufenden Abstraktionen alsbald entthüllen.

Die überraschende Wendung, daß aus der Unerreichbarkeit jedes Höchsten nicht die Resignation folgen müsse, ist natürlich der Spruch eines Pathos, nicht einer Erkenntnis. Ob das weniger sei, steht dahin, denn er erklärt sich aus der Ewigkeit eines Triebes, dessen Aufhören zwar jederzeit behauptet werden kann, der aber seit des Menschengeschlechtes Anfängen jedenfalls die gleiche Unererschütterlichkeit bewiesen hat wie das widerstehende Objekt.

Kiezler sieht den Formniedererschlag dieses unendlichen Dranges und aller lebendigen Kraft, die auf die Erforderlichkeit eines unmöglichen Höchsten zurückgeführt wird, und sieht zugleich die Handhabe des Geistes, das Wesen dieses Strebens, als das ihm die Welt erscheint, zu vermitteln, in dem Gebilde und dem Begriff der Zwedeinheit.

Zwedeinheit — des Aristoteles Entelechie — können wir an der Struktur eines Ganzen feststellen, in dem „Jedes mit Jedem wie Zweck und Mittel verbunden ist, das Ganze aber als der gemeinsame Beziehungspunkt aller Zwecke und Mittel, also als das gedacht wird, von dem aus gesehen alle Teilzwecke erst Zwecke sind, also als Mittel erscheinen“. Zweckmäßigkeit in sich, die keines andern, von dem aus gesehen sie erst Zweck wäre, bedarf, jene Form (um etwas Konkretes zu bieten), unter der man seit langem diejenigen Komplexe der Erfahrung, die wir die „organischen“ nennen, zu begreifen versuchte, zu begreifen mit diesem finalen Prinzip, weil die im Gegensatz dazu lediglich kausal operierende Erfassungsweise diesen Gebilden nicht reslos gerecht werden konnte und sie in ihrem Wesentlichen unergeschlossen stehen lassen mußte. Bleibt auch die kausale Methode — als die den Konstitutionen unseres Verstandes allein entsprechende — die einzig exakte, ja die einzig mit Anschauung erfüllbare, so vermag sie dennoch nichts Endgültiges gerade mit denjenigen Gegebenheiten anzufangen, die uns zu innerst interessieren, gerade mit denen nicht, in denen das Problem des Daseins wuchert: allem Lebendigen und insbesondere dem Menschen als dem Element der Politik. An ihm also und an all den andern Einheiten der Menschenwelt: Staat, Familie, Kirche, Volk — die Kiezler nun als jene Entelechien begreift — deren Wesen und Gesetzmäßigkeit bisher so hartnäckig jedem naturwissenschaftähnlichen — kausalen — Bewältigungsversuch widerstanden — an ihnen soll die Idee von der Zwedeinheit ihre Fähigkeit zu orientieren erweisen.

Freilich nicht mehr, dies lehnt Kiezler in seinem Entwurf bewußt ab: zu ändern. Ja man trifft vielleicht eher auf eine Umkehrung der gemeinlich dem politischen Theoretisieren zugrunde liegenden Absicht. Die Bewegung der Wirklichkeit ist ihm nicht ein chaotisches Material, dem die Richtung erst aufgebrängt werden mußte, sie ist ihm eher das (notwendig das letzte Wort behaltende) Experiment, das seinerseits einem System seiner gedanklichen Erfassung erst die Bestätigung gibt. Hier ist ein brennender Punkt, und die Geister werden sich scheiden.

Dennoch scheint mir dies nicht der letzte Vorzug der Idee Kiezlers, ein heuristisches Prinzip zu sein, das sehr oft bligartig das halbbewußt aufgeführte Gebäude des intuitiv handelnden Praktikers erleuchtet und diesem eine sonst nirgends erlangbare Sicherheit zu gewähren in der Lage ist; nicht zu reden davon, daß Ergebnisse, auf der Höhe dieses Standortes gewonnen, von allen auf derselben Ebene um die politischen Probleme Bemühten auf das freudigste begrüßt werden können.

So die herrliche Abfertigung der Pazifisten, die das oberste Gesetz der Völker, die Feindschaft, durch die nicht leugbare Möglichkeit einer allumfassenden Gemeinschaft entthronen zu können glauben, indem sie übersehen, daß der einheitliche Organismus, zu dem sich die schließlich die ganze Menschheit umfassenden Staatengemeinschaften umbilden müßten, wie jeder Organismus „ein Prozeß wäre, der einer feindlichen Umwelt bedarf, gegen die er in Aktion und Reaktion sich entfaltet, indem er sich betätigt.“ — „Auch die geeintesten Staaten zerfallen, wenn ihnen kein andres entgegensteht.“ Eine Absfuhr, die mit den unwiderleglichen Sätzen schließt: „Gäbe es eine wirklich isolierte Insel, so könnte diese nie

unter einem Staate geeint sein. Die Isolierung der Erde setzt der Möglichkeit der Bildung von Staatensystemen eine unüberschreitbare Grenze. Die Pazifisten werden den Frieden auf der Erde erst einziehen sehen, wenn der Krieg gegen die Bewohner des Mars möglich und nötig geworden.“

Wenn das die Lust reizt, so ist es kein Wig der Betrachtungsweise, sondern die wichtiger zu nehmende Komik der Welt selbst.

So der Licht in das dunkle Gewühl der innerstaatlichen Kämpfe werfende Gedanke von der Zweideutigkeit der zwischen Staat und Individuum wachsenden Gebilde: Partei, Gesellschaft, Vertretungskörperschaft.

Dies und vieles andre sind scharfe und befriedigende Projektionen der politischen Geselligkeit; indessen nichts in dem Riezlerschen Entwurf geht darauf aus, die unmittelbaren faktischen Entscheidungen der politischen Gewalten zu beeinflussen.

Gespannter als in jeder Wissenschaft erwartete man seit je, und besonders in demjenigen Teil des heutigen jungen Deutschland, dessen erster und letzter Gedanke die Beziehung des Geistes und der äußeren Macht ist — erwartet man in der Ordnung des Zusammenlebens der Menschen eine Unterweisung durch den rein erkennenden Geist für die Gestaltung des Einzelfalles, gläubiger als irgendwo sonst in ihm das Heil vermutend. Aber Riezler erklärt, daß keine Theorie hinabreiche in die Ebenen des augenblicklichen Handelns: „Es gibt keine politische Theorie und wird niemals eine geben, aus welcher der Politiker ableiten könnte oder sich vorschreiben lassen müßte, was im einzelnen zu tun sei.“ Doch kann solche Selbstbeschränkung in dem Falle nicht übel gedeutet werden, da, wie hier, das Vorhandensein des Problems nicht eskamotiert, sondern zugestanden wird.

Ich weiß nicht, ob Riezler Kenntnis hat von diesen Bewegungen des heutigen Deutschland, die nichts mit dem repräsentativen oder halbrepräsentativen Parteilieben unsers Volkes zu tun haben. Wenn nicht, so mag er des folgenden gewiß sein:

Daß ihm das Bild, als das er Dasein der Völker und Individuen sieht, ein Reflex ist, zurückgeworfen aus der Tiefe der letzten Sichtbarkeiten, scheint uns die erste Erlösung aus dem Getriebe unheimlich lebensloser, nach Verlust des Zusammenhangs mit dem Ganzen gleichsam nur noch mechanisch surrender Kräfte. Die zweite, daß er den Blick auf die ewige, weil aus der Struktur unseres Verstandes folgende Irrationalität der Gebilde des menschlichen Zusammenlebens gelenkt hat, uns durch den Respekt vor deren denkmäßig nicht restloser Auflösbarkeit vor den Nationalismen und Versimpelungen der Ideen von Staat und Staatszweck durch englische und Rousseausche Geister bewahrend.

Zum Dritten: Seine Theorie ist wirklich eine Theorie, d. i. die Formen der Welt behandelnd, formal. Mit Wissen und Willen. Aber ich glaube: Gerade der Formalist, der extreme und bewußte Formalist vermeidet den Fehler, Formales und Inhaltliches zu konfundieren, und behält so den reinen Blick auch für die Inhalte; er vermeidet es, Formen für Inhalte auszugeben und mit vielem Gepränge Aenderungen zu proklamieren, die keine sind, sondern nur Verwirrungen der Perspektive. Gerade der radikale Formalist wird für die Inhalte und Elemente der politischen Gegebenheiten einen ähnlich reinen und ungetrübten Instinkt bewahren wie der radikale Praktiker, beide voraus dem Gesichtspunkte vermengenden Parteitheatetiker, der vermittelt, wo entweder das Kompromiß das Prinzip oder das Prinzip die Konkretisierung ausschließt.

Gerade der auf die Spitze getriebene Formalismus wird die leghin überall entscheidende Bedeutung des Inhalts — gerade heraus: des Materials zu würdigen wissen, das für die Ausfüllung der politischen Formen, sei es Republik oder Tyrannis, zur Verfügung steht und hierin mit der Intuition des Praktikers übereinkommen: „Die Staatsform allein kann nichts ausrichten, und die beste Verfassung gibt keine Gewähr, wenn nicht eine Gesamtgeffnung im einzelnen lebt“ und „aus einem einzelnen, der gegen eine Welt von Zeitungen steht, kann das Volk sprechen, und schließlich ist es Sache einer besonderen Gnade, ob das Ethos der überindividuellen Gemeinschaft und das Wissen um deren rechten Weg

sich im einzelnen Individuum investiert, einer Gnade Gottes, der die Parlamente nicht minder bedürfen wie die Könige. Schließlich scheint es, als sei eine jede Staatsform gegen die Gefahren der andern gerichtet und habe ihre eignen in sich. Die Völker, welche den Einfluß des Gesamtinteresses auf die Leitung des Staates gegen zur Vertretung von Teilinteressen ausartende Dynastien durch Parlamente schützen wollten, sehen diese selbst zur Deute von Teilinteressen geworden, suchen durch Wahlrechtsänderungen das Teilinteresse, das sich des Parlaments bemächtigt hat, ebenso zu entthronen, wie sie vorher die Dynastien entthront haben; sie wollen auf die eine oder die andre Weise jenen tieferen Volkswillen zur Herrschaft führen und können ihn doch durch keine Institutionen fassen, wenn er nicht in den Individuen lebendig ist.“ Sätze von äußerstem Formalismus, die gerade die so schmächtig übersehene Materie der politischen Gestaltung, die tatsächlich durch keine Staatsform reiflos zu umschreibende Struktur des Einzelnen und des Volkes wieder zur endgültig entscheidenden Instanz einsetzen und eben darum dem Praktiker etwas geben.

Schließlich aber und aus allem diesem folgend scheint uns, wenn schon überhaupt eine Formel für den Gang eines Staates gefunden werden soll, der Richtungsgebante Kiezlars für die Entwicklung der deutschen Nation gerade die Sehnsucht des heute jugendlichen Teils Deutschlands wiederzugeben — also in der Tat die Tendenz dieses Volkes in sich zu tragen:

„Zu verhüten, daß die politische Form, die Deutschland endlich gefunden, mit ihren eignen Bedürfnissen und ihren wirtschaftlichen Folgen das tiefere Wesen des Volkes, das in einer unpolitischen Kultur sich geprägt hat, nicht nur umbilde, sondern unterbinde und langsam zerstöre, an seine Stelle aber nichts als eine äußerlich tüchtige Mittelmäßigkeit zu setzen vermöge, damit trotz Weltpolitik und Reichtum auch der Deutsche der Zukunft den unendlichen Drang sich bewahre und den Zusammenhang mit einem Tiefsten und Höchsten.“

Literarische Berichte

Rurland und die Dunafront. Von Fritz Wertheimer. Geheftet M. 2.—, gebunden M. 3.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Von Dr. Wertheimer, dem ausgezeichneten Kriegsberichterstatter der „Frankfurter Ztg.“, liegt eine neue Sammlung von Berichten aus dem Feld vor, die sich den früher erschienenen Bänden „Im polnischen Winterfeldzug mit der Armee Radenski“ und „Von der Weichsel bis zum Dnepr“ würdig anschließt und die, gleich jenen, auch eine Reihe interessanter Illustrationen nach eignen Aufnahmen des Verfassers enthält. Mehr noch als in diesen beiden ersten Bänden war dem Verfasser bei den Briefen über Rurland und die Dunafront die Schilderung des Landes, seiner Geschichte und seiner Bewohner eine Hauptsache. Nur der erste Teil des Bandes „An der Dunafront“ ist eigentliche Kriegsberichterstattung; die beiden andern, „Rurische Städtebilder“ und „Wirtschaftspolitik und Nationalitätenfrage in Rurland“, wollen, wie schon die Ueberschriften zeigen, den Leser mit dem „Gottesländchen“ vertraut machen, in der deutschen Heimat Interesse erwecken

für uraltes deutsches Kolonialland, das hoffentlich nicht länger in den Händen russisch-asiatischer Unkultur verbleiben wird. Und diesen guten Zweck wird Wertheimers Buch sicherlich bei jedem Leser erreichen. Von den schönen Städte- und Landschaftsbildern abgesehen, gewinnen wir außerordentlich belehrende Einblicke in die nationalen und sozialen Probleme, die das Schicksal der Ostseeprovinzen beherrschen und zu deren Lösung hoffentlich unser Volk berufen sein wird.

Eine neue Form des Wahlrechts auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Ein Kaiser-Jubiläums-Aufruf „An das deutsche Volk“ von F. Dloff. Berlin, Buttkamer & Wühlbrecht. 132 S. M. 2.—.

Ein Bremer Großkaufmann ergreift hier das Wort über allerlei brennende Fragen des politischen Lebens, über Sozialdemokratie und Kapitalismus, über die Reichsfinanzreform, über Krieg und Frieden, am eindringlichsten über die im Titel bezeichnete Frage. Er schlägt ein eigenartiges Proportionalverfahren vor: man lasse die Wahl-

freie ganz fortfallen und diejenigen Männer, bis zu vierhundert, die die meisten Stimmen auf sich vereinigten, als die Vertreter des Volkes gelten. Im Reichstag soll dann jeder Abgeordnete für eine bestimmte Zahl von Stimmen, etwa tausend, je eine Stimme erhalten. Den nächstfolgenden Gewählten, auf die in einem oder mehreren Wahlkreisen mindestens tausend Stimmen gefallen sind, soll das Recht oder die Pflicht zustehen, die auf sie entfallende Stimme einem ihnen genehmen Abgeordneten zu übertragen. Auf diese Weise würde jede Abstimmung im Reichstage ein fast photographisch getreues Bild der Volksmeinung ergeben. Dieser Vorschlag erscheint bestechend einfach, ist aber doch bedenklich. Von mancherlei Gegenständen mag nur angeführt werden, daß schließlich in den Beschlüssen des Reichstages ja doch nur wie bisher die Meinung der Mehrheit zum Ausdruck kommen würde; auch wäre wohl bei solchem Wahlverfahren eher eine berufsständische als eine wirkliche politische Vertretung des Volkes zu erwarten. Br.

Erbe, Eigen und Liebe. Gedichte. Von Julius Franz Schütz. Leipzig, Zenienverlag.

Unter einem etwas seltsamen Titel hat Schütz seine Gedichte aus verschiedenen Zeiten veröffentlicht. Offenbar ist viel Erlebtes, Eigenes darunter, dem er dichterischen Ausdruck verliehen hat. Seine Muse ist vielseitig. Doch überwiegt die Lyrik, und hier die Liebeslyrik. Auch manche volkstümliche sangbare Gedichte finden sich in der Sammlung. Die Verse sind gut gebaut und fließen leicht dahin. E. M.

Halle a. S. Von Max Sauerlandt. Leipzig, Klinckschmidt & Biermann. M. 3.—.

Die von Georg Biermann herausgegebene hochangesehene Sammlung „Stätten der Kultur“ hat mit diesem ihrem 30. Bande eine sehr willkommene Bereicherung erfahren. In schöner Verbindung von ernster Wissenschaftlichkeit mit geschmackvoll allgemeinverständlicher Darstellung ist hier, unterstützt durch dreihundneunzig geschickt ausgewählte und vorzüglich wiedergegebene Abbildungen, die geschichtliche wie kultur- und vor allem kunstgeschichtliche Entwicklung der alten Hallenstadt geschildert, und daß immer die Fühlung mit den allgemeinen geschichtlichen Bewegungen gewahrt ist, mag als besonderer Vorzug des liebenswürdigen Werkes angesprochen werden. J.

Gedichte von Heinrich Baron v. Tiesenhäusen. Mita, E. Bruhns. M. 1.75.

Ein schönes Zeugnis des baltischen Deutstums liegt in diesen Gedichten vor. Der Verfasser (wo mag er wohl jetzt weilen?) versteht es, in schlichter, einfacher, an Mörike

und G. Keller erinnernder Weise seine Gedanken und Empfindungen zum Ausdruck zu bringen. Form und Inhalt bedeen sich. Seine Lyrik verdient auch bei uns bekannt zu werden. E. M.

Kunstgeschichtliche Grundbegriffe. Das Problem der Stilentwicklung in der neuen Kunst. Von Heinrich Wölfflin. Geheftet M. 10.—, gebunden M. 12.—. München, F. Bruckmann N.-G.

Ein neues Buch von Heinrich Wölfflin, das füglich ein Ereignis in der kunstwissenschaftlichen Literatur genannt wird. Was der feinsinnige Gelehrte sich als Ziel seiner jüngsten Arbeit gesetzt hat, mögen am besten folgende Sätze aus dem Vorwort des Buches zum Ausdruck bringen: „Es muß endlich eine Kunstgeschichte kommen, wo man Schritt für Schritt die Entstehung des modernen Sehens verfolgen kann, eine Kunstgeschichte, die nicht nur von einzelnen Künstlern erzielt, sondern in lückenloser Reihe zeigt, wie aus einem linearen Stil ein malerischer geworden ist, aus einem tektonischen ein atektonischer usw. Diese Entwicklung in der Figurenzeichnung, Gewandzeichnung, Baumzeichnung nachzuweisen, wäre noch nicht die ganze Aufgabe, es müßte die veränderte Bildgestaltung im Allgemeinen, der Wechsel der Bildvorstellung überhaupt dargelegt werden, und die Schilderung bliebe immer einseitig und wacklig, wenn nicht Architektur und Dekoration zu den darstellenden Künsten hinzugenommen würden. An solche weitreichende Darlegungen aber ist jetzt, mitten im Krieg, nicht zu denken. Darum habe ich meine Meinung auf einen möglichst kurzen und einfachen Ausdruck gebracht und unter Verzicht auf alle Zwischenwerke nur die Grundbegriffe der Entwicklung festzulegen versucht. Nichts bezeichnet eindrücklicher den Gegensatz zwischen alter Kunst und der Kunst von heute als die Einheitlichkeit der Sehform dort und die Vielfältigkeit der Sehformen hier.“

In einer Weise, die einzig ist in der bisherigen Kunstgeschichte, scheint das Widersprechendste sich miteinander vertragen zu können. Man schwärmt für Reliefsbühne und baut gleichzeitig mit baroden tiefen Wirkungen. Die plastisch-lineare Kunst hat ebenso Geltung wie jene malerische, die auf den bloßen Augeneindruck hin arbeitet. In jedem Kunstblatt durchläuft die Zeichnung fast alle Möglichkeiten. Was bedeuten daneben einzelne auseinandergehende Richtungen der Vergangenheit! Nur ein im Grund historisches Zeitalter hat diese Weitzerzigkeit großziehen können. Aber die Einbuße an Kraft gegenüber der einseitigen Stärke vergangener Epochen ist unermesslich. Es ist eine schöne Aufgabe der wissenschaftlichen Kunstgeschichte, wenigstens den Begriff eines derartigen einheitlichen Sehens lebendig zu erhalten, das

verwirrende Durcheinander zu überwinden und das Auge in ein festes und klares Verhältnis zur Sichtbarkeit zu bringen. In dieser Richtung liegt das Ziel des vorliegenden Buches. Es befaßt sich mit der inneren Geschichte, sozusagen mit der Naturgeschichte der Kunst, nicht mit den Problemen der Künstlergeschichte. Daß nicht alle kunsthistorischen Begriffe zur Sprache kommen, ist schon im Titel ausgedrückt. Das Buch gehört aber überhaupt nicht zu den abschließenden, sondern zu den tastenden und eröffnenden, die möglichst bald durch gründlichere Einzelstudien überholt werden wollen.“ Diesem Versuch Böllings an der Hand seines mit vortrefflichen Abbildungen ausgestatteten Buches zu folgen, bietet hohen Genuß, selbst da, wo der Leser dem Autor nicht in allen Einzelheiten beizustimmen vermag.

Seebold. Erzählungen aus meinem Seemannsleben. Von John William Rylander. Aus dem Schwedischen überseht von Ottilie v. Farling. Leipzig, Georg Meiseburger. 244 S. M. 2.50 (3.50).

Ein finnischer Seemann, der zugleich ein guter Beobachter und ein künstlerisch empfindender Mensch ist, bietet hier Seegeschichten, die den Eindruck großer Echtheit machen und nicht nur getreue Darstellungen der Wirklichkeit, sondern zugleich feine Stimmungsbilder sind. Zu wirklich abgerundeten Kunstwerken wollen sie sich allerdings nicht recht formen. Jedenfalls erheben sie sich durch ihre ursprüngliche Art über bloße Unterhaltungsware und verdienen auch bei deutschen Lesern Beachtung. Der finnische Staat hat den Verfasser durch einen Literaturpreis ausgezeichnet.

Br.

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Herausgegeben von Friedrich Thimme und Carl Legien. Leipzig, Verlag von C. Hirtzel.

In einer vorher nicht für möglich erachteten Kraft und Stärke hat sich das Gefühl der Zusammengehörigkeit im deutschen Volke geoffenbart, als die ungeheure Welle des Weltkriegs über uns hereinbrach. Wird es möglich sein, diese Einheit als dauerndes Gut zu erhalten? Davon, daß diese Frage bejahend beantwortet wird, hängt unendlich viel ab, vor allem der volle, ungeteilte Kräfteinsatz für die Ausnutzung unseres mit Sicherheit erwarteten Sieges. Soll eine positive Lösung gefunden werden, so müssen die Grundlagen klar erkannt werden, auf denen sich die dahin abzielende Arbeit aufzubauen hat, und um die Klarheit hierüber zu schaffen, haben sich bürgerliche und sozialdemokratische Schriftsteller zusammengetan. Prof. Dr. Onden (Heidelberg) weist nach,

daß der Krieg uns auf den Weg zur vollen Einheit und Freiheit geführt hat oder führen wird; nicht als ob ein Teil der Nation für sein Verhalten einen Lohn zu fordern hätte, sondern weil Staat und Nation nur gewinnen können, wenn die Massen zu Mitträgern der Staatspersönlichkeit mit seinem Verantwortlichkeitsgefühl erzogen werden. Daß das durch Erfüllung der Gleichheit geschehe, fordert der Sozialdemokrat Rostke und droht, wenn es im Guten nicht gehe, mit unerbittlichem Kampfe. Friedrich Meinede untersucht die Frage der Friedensziele, in deren Verantwortung er sich mit Schippel einig findet; keinen Frieden schließen, der uns ohne Not Erbfeinde schüfe, aber auch keinen, der uns nicht sturmfrei gegen neue Angriffe macht. Außerordentlich radikale Änderungen der Reichsverfassung verlangt Anschütz: Der Bundesrat, der mit 61 Köpfen für eine Regierung viel zu schwerfällig ist, soll Oberhaus und Staatsrat, der Kaiser alleiniger Träger der Reichsregierung werden; in Preußen ist das Reichswahlrecht zu gewähren, bei dem das Reich noch immer bekommen hat, was es brauchte (wirklich immer?); geht es nicht sofort ganz, so nimmt Anschütz auch Teilzahlungen unter Festhaltung des Endziels an. Die Art, wie die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben des Reichs beteiligt werden können, untersucht Frände; auch er fordert Anerkennung der Arbeiter als vollgültiger Volksgenossen. Für die Gewerkschaften nimmt Legien ungehinderte Ausübung des Koalitionsrechts in Anspruch, wobei er sich dagegen verwahrt, daß die Gewerkschaften jemals den Streik um des Streits willen geführt hätten; sie wollen dem Interesse der Allgemeinheit dienen. Das Verhältnis der Kirche zu der Sozialdemokratie prüft Tröltzsch; die Kirchen müssen einsehen, daß ihre politische Herrschaft unabhängig zu Ende ist, und sich auf Gesinnung, Ueberzeugung, innere Seelenhaltung und stillige Lebensgrundsätze werfen, was selbst die katholische Kirche in Amerika fertig bringt. Die Sozialdemokraten, welche religiöses Interesse haben, kann und soll man ebenso in Kirchenvertretungen aufnehmen, wie man sie als Mitglieder von Schuldeputationen bestätigt. Den Dissidenten, soweit sie nicht auf Schwächung der Kirchen abzielen, muß das Vereinsrecht gewährt und auf Nabelstiche verzichtet werden. Das sind einige der wichtigsten Beiträge und Forderungen, welche wir in dem Buche vertreten finden; auf alles einzugehen, fehlt uns der Raum. Wie man sieht, ist die Grundrichtung eine sehr entschieden fortschrittliche, manchmal sogar radikale (auch bei bürgerlichen Autoren), für die gewichtige Erwägungen sprechen mögen, denen aber auch andre, deren Darlegung wir vermissen, entgegenstehen. E.

Das europäische Problem. Von Alex. Redlich. Gebestet 60 Pf. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Wie schon der Titel andeutet, erscheinen dem Verfasser der vorliegenden Schrift der eigentliche Ursprung des Krieges und seine Ziele unter dem Gesichtspunkt des Gegensatzes zwischen dem europäischen Kontinent und dem Weltreich Englands. England will sein seit Jahrhunderten angelegtes und ausgebauten wirtschaftliches Weltreich zu vollem Abschluß bringen; hierbei trat ihm die mächtig aufsteigende wirtschaftliche Stärke Deutschlands hindernd in den Weg. Es sind aber außer England auch Rußland, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan zu solchen wirtschaftlichen Weltreichen prädisponiert. Gegenüber diesen riesigen Gebilden können nach Redlichs Ansicht die übrigen Staaten Europas sich nur durch ein wirtschaftliches Bündnis behaupten. Mit geschichtsphilosophischen wie praktischen national-ökonomischen und politischen Gründen sucht der Verfasser diese Ansicht zu belegen und ihre Durchführbarkeit nachzuweisen.

Henrik Ibsen. Von Alfred Wien. Mit 33 Abbildungen und einem farbigen Umschlagbild. Bielefeld und Leipzig, Velhagen & Klasing. (Velhagen & Klasing's Volksbücher, Nr. 106). 34 S. 60 Pf.

Das mit trefflichen Abbildungen geschmückte Heft bietet alles, was man billigerweise von einer so knapp zusammengedrängten Darstellung fordern kann. Es zeigt klar und liebevoll den Menschen und Dichter in seiner Entwicklungsgeschichte, in der fortschreitenden Verwirklichung seiner Lebensaufgabe: „Das Volk zu weiden und zu lehren, groß zu denken.“ Bei jedem Drama weiß der Verfasser in klugen Bemerkungen auf die wesentlichen Rüge aufmerksam zu machen; wer mehr in die Tiefe geführt werden möchte, wird der Schrift gewiß nicht das Lob versagen, daß er gerade durch ihre fesselnde Art dazu angeregt worden ist. Seltjam berührt die gelegentliche Bemerkung, daß im Jahre 1864 Norwegen untätig zuschaute, „wie ein Brudervolk im Kampfe um Freiheit und Autonomie verblutete“; doch handelt es sich vielleicht nur um eine stilistische Unebenheit. S. Brömse.

Zeitgemäße Betrachtungen über die deutsche Kultur. Von Prof. Dr. Albert Dietrich. („Zeitspiegel, Sammlung zwangloser Abhandlungen zum Verständniß der Gegenwart“, herausgegeben von S. Mühlbrecht, Heft 1). Berlin, Puttkamer & Mühlbrecht. M. 1.—

Welche Kulturstellung nimmt Deutschland den übrigen Völkern gegenüber ein? — Das ist das Problem der gewandt und fesselnd geschriebenen, anregenden Schrift. Auf Grund

eines geschichtlichen Ueberblicks legt der Verfasser in geistvoller Weise dar, wie in Folge einer besonderen Ungunst der Verhältnisse die Ausbildung einer eigenartigen deutschen Volkskultur Jahrhundert hindurch hintangehalten und erschwert worden sei, so daß Deutschlands Kultur noch nicht die Reife aufweise wie die der älteren Völker, die früher zu einer Sammlung und Verschmelzung der verschiedenen Volksbestandteile gelangten. Aber Dietrich glaubt, daß die Erhebung des deutschen Geistes im gegenwärtigen Kriege unserem Volke die Zukunft einer hohen Kulturbllüte verheißt. Schon den grundsätzlichen Ausführungen über den Begriff „Kultur“, auf denen diese beiden Gedanken aufgebaut sind, wird man nicht unbedingt zu folgen brauchen, aber vom vollstumswissenschaftlichen Standpunkt könnte man überdies, ohne in Rousseaus Bahnen zu wandeln, wohl einwenden, daß die deutsche Kultur schon jetzt den Vorzug vor der übrigen Völker verdiene, weil sie nicht rückständiger, sondern dank dem deutschen Anpassungs- und mehr noch Auscheidungsvermögen reiner, eigenständiger und damit zugleich frischer, ursprünglicher (unsre Gegner nennen es „barbarischer“) geblieben sei. Es dürfte als Hauptwert der Dietrich'schen Schrift, vielleicht nach dem Willen ihres Verfassers sogar als ihre Hauptabsicht, anzusehen sein, den Leser, gleichviel, zu welchen Ergebnissen er gelangt, zu solchen Erwägungen anzuleiten. Hans Zimmer.

Hohe Sonnentage. Von R. Welten. Ein Ferienbuch aus Provence und Tunesien. 384 S. mit 8 Bildern. Rempten und München, Verlag Jos. Köfelsche Buchhandlung. Preis geh. M. 4.—, geb. M. 5.—

In dem Buch begleiten wir den Verfasser auf seiner Reise durch die Provence und Tunis. Seine Ausführungen sind Stimmungsbilder, bald erzählt er uns von den provenzalischen Dichtern, deren Studium er sich besonders eingehend gewidmet hat, bald hängt er seinen Gedanken nach, bald gibt er Augenblicksbilder der Reise, bald regt ihn ein Bauwerk zu längeren kulturhistorischen Betrachtungen an. Die gewandte, bilderreiche Darstellung verdient besonders hervorgehoben zu werden.

Dr. Joh. Riebel.

Raja und andre Novellen. — Dovernia! Novellen. — Eine Maitresse. Novellen. Von Wilhelm Stenzel. Leipzig, Jenienerverlag. M. 2.— (3.—), M. 3.— (4.—), M. 3.— (4.—).

Daß die rund fünfzig Geschichten und Geschichten, die uns der Verfasser in diesen drei Bänden beschert, gelegentlich durch eine bestimmt umrissene Gestalt, ein gut gesehenes

Augenblicksbild, einen nachdenklichen Satz Aufmerksamkeit verlangen dürfen, soll nicht gelehrt werden. Aber im ganzen sind sie keine Bereicherung unseres Schrifttums. Es sind meistens Nichtigkeiten, die dadurch nicht gehaltvoller werden, daß sie, wie es häufig geschieht, einen trassen Abschluß finden. Müde, niedrige, unsaubere Seelen bevölkern allzu zahlreich diese Erzählungen, und ihre Erlebnisse und Gedanken sind wirklich nicht so bemerkenswert, wie es sich der Verfasser vorzustellen scheint. Häufig macht sich ein gezielter und schwülstiger Stil breit, der auch nicht dazu beiträgt, die Werke erfreulicher zu machen. Dr.

Der Herzog von Reichstadt. Ein Lebensbild von Eduard v. Wertheimer. Zweite Auflage. Stuttgart, J. G. Cotta.

Die erste Auflage dieser Biographie ist 1902 erschienen und hat wegen der erschöpfenden Darstellung des kurzen Lebens Napoleons II. viel Beifall gefunden. Die zweite Auflage verwendet die seitdem angewachsene Literatur; beigelegt sind sechs Lichtdruckbilder und das Facsimile eines Briefes. Wertheimer weiß wohl, daß der Glanz, der auf dem Herzog von Reichstadt liegt, vor allem von dessen Vater ausgeht, aber er vertritt die Ansicht, daß der Sohn des Vaters nicht unwert und von hohen Anlagen war, deren Entfaltung der frühe Tod verhindert hat. E.

Fürst Karl Euseb. von Liechtenstein als Bauherr und Kunstsammler. Von Viktor Fleischer. Wien und Leipzig, C. W. Stern.

Die vorliegende Schrift, der 1. Band der Veröffentlichungen der Gesellschaft für neuere Geschichte Oesterreichs, gibt auf Grund genauester Kenntnis und Reproduktion der noch erhaltenen Nachrichten ein Bild vom Leben und der Tätigkeit des Fürsten, der sich als Mäzen einen Namen machte und für die österreichische Kunstgeschichte von nicht geringer Bedeutung geworden ist. Den breitesten Raum nimmt der Abdruck seiner bedeutendsten literarischen Arbeit ein, des „Werkes von der Architektur“, das, im Stile des Kunstliebhabers für Laien geschrieben, den Nachfolgern eine praktische Anleitung zu fruchtbarer baulicher Wirksamkeit geben sollte. — Eine Reihe von Katalogen zeitgenössischer Kunstsammlungen ist beigelegt. D. W.

Nordgriechische Skizzen. Von Otto Kern. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. 128 S.

Der Verfasser hat im Büchlein fünf kleinere, größtenteils schon früher veröffentlichte Aufsätze zusammengeheftet, die uns zugleich in das heutige und in das klassische Nordgriechenland einführen. Die feine Darstellung läßt sie zu einer ebenso fesselnden Lektüre werden, wie sie der gebiegene Inhalt zu einer anregenden macht. So versteht es der von innigster Liebe zum Griechentum durchdrungene Verfasser, dem Leser einen Teil seiner Begeisterung einzuhauchen und auch dem gleichgültigen Leser rege Anteilnahme an seinen archäologischen Studien, die ihn nach Nordgriechenland geführt haben, zu erwecken. Vielleicht setzt aber der Verfasser eine Kenntnis der griechischen Mythologie voraus, die nur dem ehemaligen Gymnasiasten eigen sein wird, diesem aber wird das Büchlein wahre Freude bereiten.

Dr. Joh. Riedel.

Mit Ballasch und Lanz. Ein Niederstrauch, den deutschen und österreichischen Reitern ins Feld gesendet von Generalmajor Burgbaum. Kart. M. 1.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Es war ein glücklicher Gedanke, in einem handlichen, schmucken Bändchen, das sich auch zum Hinaussenden oder Mitnehmen ins Feld eignet, die schönsten und ansprechendsten deutschen Gedichte zu sammeln, die der Verherrlichung von Reitergeist und Reiterthat gewidmet sind. An Blüten für einen Niederstrauch, der den deutschen und österreichisch-ungarischen Reitern gewidmet werden sollte, war kein Mangel; es gehörte vielmehr ein feiner Sinn und eine geschickte Hand dazu, aus der sich bietenden Fülle von Stoff für solche Sammlung das dichterisch wertvolle, sangbar Volkstümliche und so recht Reitermäßige auszuwählen. Dies ist dem Herausgeber in vollem Maße gelungen. Man staunt beim Betrachten des dem Deutschen Kronprinzen gewidmeten Bändchens, wieviel Dichter der Sammler hier in engem Raum zu vereinigen wußte, wie vielfache Töne diese Dichter zu Lob und Preis der Reiterei und der berühmtesten Reiterführer angeschlagen haben. Der poetische Wert vieler dieser Gedichte wird der Sammlung auch außerhalb der Kreise, für die sie zunächst bestimmt ist, manche Freunde erwerben.

Eingefandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Vespreehung einzelner Werte vorbehalten)

Aicher, Dr. M., Gullivers Neue Reise. Berlin, Concordia, Deutsche Verlags-Anstalt. M. 1.50.

Aus Natur und Gesellschaft. Bd. 129: Karl Theodor Feigl, Politische Hauptströmungen in Europa im 19. Jahrhundert. 8. Auflage. Bd. 246: Theodor Witterauf, Friedrich der Große. Sechß Vorträge. 2. Auflage. Bd. 471: Prof. Dr. Rudolf von Scala, Das Griechentum in seiner geschichtlichen Entwicklung. Bd. 486: F. B. Brünner, Die germanische Heltenlage. Bd. 495: Dr. Edgar Jstel, Die moderne Oper vom Tode Wagners bis zum Weltkrieg (1888—1914). Bd. 511: P. Joachimsen, Vom deutschen Volk zum deutschen Staat. Leipzig, B. G. Teubner. Geb. pro Band M. 1.25.

Becker, Marie Luise, Ein Beitrag zur Aufklärung der feindlichen Greuelberichte. Berlin, Concordia, Deutsche Verlags-Anstalt. 50 Pf.

Bein, Dr. Wih., Die Kapitulationen (Sonderabdruck aus den Preussischen Jahrbüchern). Berlin, Georg Stelle.

Berg, Paul L., Dr. jur. Eb. Karlmeyers Sorge für die Hinterbliebenen und Kriegsversorgung. Wiesbaden, Emil Abigt. M. 1.—.

Begel, Dr. v., Bismarck und das deutsche Gemüt. 3. Aufl. München, Müller & Fröblich. 25 Pf.

Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft. Herausgeber Prof. Dr. Fr. v. Mammen. Heft 7: Deutschlands zukünftige Zoll- und Handelspolitik. Von C. Frischa. M. 1.20. Heft 10: Viehlose Landwirtschaft. Von Sigurd Socuffon. M. 1.20. Heft 11: Die Bedeutung des Waldes insbesondere im Kriege. Von Fr. v. Mammen. M. 1.50. Dresden, Globus-Verlag.

Bischoff, Dietrich, Die unsichtbare Kirche. Leipzig, Bruno Zschel. M. 1.50.

Bleed-Edelmann, C., Allah il Allah. Mit den Siegesfahnen an den Dardanellen und auf Gallipoli. Leipzig, D. Gust. Zehrfeld. Geb. M. 1.—, in Leinen M. 2.—.

Böttger, Dr. Hugo, Deutsche Stimmen. Berlin, Schriftenvertriebsstelle der Nationalliberalen Partei. 28. Jahrgang. Halbjährlich M. 3.—.

Bratter, C. A., Die armenische Frage. Berlin, Concordia, Deutsche Verlags-Anstalt. 50 Pf.

Chamberlain, S. St., Hammer oder Ambos. München, F. Bruckmann. 70 Pf.

Dammert, R., Der serbische Feldzug. Leipzig, Bernh. Tauchnitz. Geb. M. 3.—.

Deutsche Feld- und Heimat-Bücher. 1. Bändchen: Kiebesell, Mathematik im Kriege. 2. Bändchen: Gagemann, Physik im Kriege. 3. Bändchen: Henze & Dr. Gagemann, Natur und Krieg. 4. Bändchen: Collischonn, Freund und Feind in der Geschichte. 5. Bändchen: Altmann, Die Entstehung des Weltkrieges. 6. Bändchen: Endres, Das deutsche Heer. 7. Bändchen: Arndt, Die Mobilmachung des Geldes. 8. Bändchen: Liebrecht, Die Kriegsfürsorge. Frankfurt a. M., Geschäftsstelle des Rhein-Raiffischen Verbands für Volksbildung.

Die Gedenkammer. Norddeutsche Monats-

hefte. 20. Jahrgang. Bremen, Verlag Kaffeehag. Jahresabonnement M. 5.—, Einzelheft 50 Pf.

Die Weltsprache. Ein Ruf an die Gesamtmenschheit. Dresden, G. Pierfons Verlag. 80 Pf.

Glaser, P. Dr., England, Antwerpen und die belgische Barriere. Hamburg, Lucas Gräfe & Sillem. M. 1.—.

Engelhardt, A. Freih. v., Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands. München, Georg Müller Verlag. Geb. M. 3.—, geb. M. 4.—.

Esien, Léon van der, A short history of Belgium. Leipzig, R. B. Pierfemann. 1.—.

Falsche Propheten. Ein Rückblick auf die Stimmungsmache der Entente im Herbst und Winter 1914/15. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geb. 25 Pf.

Fleischer, Dr. Oskar, Vom Kriege gegen die deutsche Kultur. Ein Beitrag zur Selbstkenntnis des deutschen Volkes. Frankfurt a. M., Heinrich Keller. M. 1.—.

Friedrich, C., Vor den Dardanellen auf altgriechischen Inseln und auf dem Alboz. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. M. 3.—.

Fulkerton, George Stuart, Die Wahrheit über Deutschland. München, H. Oldenbourg. Geb. M. 1.50.

Großer Bilderatlas des Weltkrieges. 11. Lieferung: Antwerpen, Flandern, Artois. 12. Lieferung: Champagne, Argonnen, Vogesen. 13. Lieferung: Der Durchbruch in Gallien. München, F. Bruckmann. Lieferung à M. 2.—.

Hallfröm, Ber., „Der Volksfeind“. Vier zeitpolitische Aufsätze. München, F. Bruckmann. M. 1.—.

Historische Zeitschrift. Herausgegeben von Fr. Meisner & Fr. Wigen. 115. Band. 8. Folge. München, Verlag H. Oldenbourg.

Hönger, Dr. Alfred, Zeugnisse zum deutschen Aufstieg 1750—1914. Eine Lesebuch für den Deutschen. Nach Karl Lamprechts gleichnamiger Schrift herausgegeben. Götting, A. Berthes A.-G. Geb. M. 2.—.

Jacobsohn, Hermann, Rußlands Entwicklung und die ukrainische Frage. Cassel, Willard & Augustin. 75 Pf.

Jäger, Karl, Deutschlands Frauen und Deutschlands Krieg. Ein Rat, Tat- und Trostbuch. Stuttgart, Robert Luz. Geb. M. 2.50, geb. M. 3.50.

König, C. Käthe, Während des Weltkrieges. Skizzen und Novellen einer Frau zur großen Kriegszeit. Dresden, Reinhold & Söhne. M. 1.—.

Königsberger Woche. Hindenburg-Nummer. 8. Jahrgang. Nr. 28. Königsberg, Ostpreuß. Druckerei und Verlagsanstalt A.-G. Volksausgabe 10 Pf. Sonderausgabe M. 1.—.

Koppin, C. M., Aus Tiefen und Tempeln gesammelte Strophen. Weimar, Weidm.-Verlag. Geb. M. 1.80.

Kruger, Government and Politics of the German Empire. New York, World Book Company.

- Landauer, Dr. G.**, Der Berruf des Fremden. „Gott strafe England“. Die Nacht an der Donau. Wien, Manz-Verlag. M. 1.—.
- Meyers Historisch-Geographischer Kalender** für das Jahr 1916. Leipzig, Bibliographisches Institut. M. 2.—.
- Michaëlis, Dr. Paul**, Aus dem deutschen Osten. Berlin, Georg Reimer. M. 2.—.
- Neßelt, Wilh.**, Briefwechsel Joh. Caspar Blunischli mit Savigny, Niebuhr, Ranke, Jakob Grimm und Ferd. Meyer. Frauenfeld, Huber & Co. Brosch. M. 5.50.
- Opitz, C.**, Karte des Italienischen Kriegsschauplazes mit den angrenzenden Teilen von der Schweiz und Oesterreich-Ungarn. Lissa, Oskar Gulzig Verlag. 80 Pf.
- Otto, Friedrich**, Blätter des Lebens. Leipzig, Zenien-Verlag. M. 1.—.
- Pfersche, Dr. Emil**, Die Parteien der Deutschen in Oesterreich vor und nach dem Weltkrieg. München, Dunder & Humblot. 80 Pf.
- Pienze, Prof. Dr. Johann**, 1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes. Berlin, Jul. Springer. M. 3.60.
- Pienze, Prof. Dr. Johann**, Aus dem Leben einer Idee. Begleitwort zu einer Denkschrift über eine Unterrichtsanstalt zur Ausbildung praktischer Volkswirte. Münster, Borgmeyer & Co. M. 1.—.
- Pienze, Prof. Dr. Johann**, Der Krieg und die Volkswirtschaft. 2. Auflage mit dem Zusatzkapitel: Zwischen Zukunft und Vergangenheit nach 16 Monaten Wirtschaftskrieg. Münster, Borgmeyer & Co. M. 1.50.
- Polen**, Wochenschrift für polnische Interessen. 2. Jahrgang. Wien, G. Goldschmidt. Das Heft 50 Pf.
- Praktische Bibelerklärung**. 8. Alttestamentliche Lyrik von P. Fleischmann. 1.—5. Tausend. Tübingen, J. C. B. Mohr. Geh. 50 Pf., geb. 80 Pf.
- Riß, Johann**, Das Friedewünschende Teutschland. Ein Schauspiel aus dem Dreißigjährigen Kriege. In neuer Fassung herausgegeben von Heinrich Stümke. Gotha, F. A. Perthes N.-G. M. 1.—.
- Ritter, Dr. Albert (Winterketten)**, Der organische Aufbau Europas. Berlin, Concordia, Deutsche Verlags-Anstalt. 80 Pf.
- Salm, Carl**, Geist der Lat. Kriegsgebichte. Weimar, Biedrup-Verlag. M. 1.—.
- Schander-Brieg, Dr.**, Feldmarschall Hindenburg zur Ehr! Ein Flugblatt. Berlin, Concordia, Deutsche Verlags-Anstalt. 40 Pf.
- Schaufal, Rich.**, Kriegsliteratur aus Oesterreich. 2. und 3. Heft. München, Georg Müller.
- Schriften des Sozialwissenschaftlichen Akademischen Vereins in Czernowitz**. Heft 8: Nationalgefühl und Staatsgefühl. Von Prof. Dr. Alfred Amonn. München, Dunder & Humblot. M. 1.—.
- Schumacher, Dr. Hermann**, Meistbegünstigung und Zollunterscheidung. Betrachtungen über eine Neugestaltung der deutschen Handelspolitik nach dem Kriege. München, Dunder & Humblot. M. 1.80.
- Sellmann, Prof. Dr.**, Kriegsverwundet. Ein Wort an unsere Kriegsbeschädigten. Feldpostbrief. Witten, Verlag „Edart“ G. Nyhuis. 15 Pf.
- Stall, A. Prof.**, Aus Emanuel Seibels Schülerzeit. Cassel, Pillardy & Augustin. 75 Pf.
- Tanner, Major**, Frontberichte eines Neutralen. 1. Polen und Karpathen. 2. Galizien und Bukowina. Berlin, Verlag August Scherl. à M. 3.—.
- Deen, Edmund v.**, Zur Erkenntnis der Vorzeit. Das Rätsel des Hundrücks. Düsseldorf, Berg-Verlag.
- Weltkultur und Weltpolitik**. Ern. Hauslit: Die neue Weltkulturgemeinschaft Heft 2: M. 1.50. Heft 3: M. 1.—. Heft 4: M. 1.50. Heft 8: N. Goldmann: Von der weltkulturellen Bedeutung und Aufgabe des Judentums. München, F. Bruckmann. M. 1.—.
- Widmann, Josef Viktor**, Jugendeselei und andere Erzählungen. Bern, A. Francke. Geb. M. 1.60.
- Wiedenfeld, Kurt**, Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten. München, Dunder & Humblot. M. 2.—.
- Wiese, Leopold v.**, Gedanken über Menschlichkeit. München, Dunder & Humblot. Geb. M. 3.—.
- Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich v.**, Reden aus der Kriegszeit. Viertes Heft. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. 50 Pf.
- Winterer, Dr. Hermann**, Ägypten, seine staats- und völkerrechtliche Stellung zu England, den Mächten und der Türkei. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. M. 4.—.
- Wißman, Hanns**, Der Deutsche Sieg. Ein Beweis. Berlin, Concordia, Deutsche Verlags-Anstalt. M. 2.—.
- Wormann, Geh. Rat Prof. Dr. Karl**, Geschichte der Kunst aller Zeiten und Völker. 2. Auflage. Erster Band: Die Kunst der Urzeit. Die alte Kunst Ägyptens, Mesopotamiens und der Mittelmeerländer. Leipzig, Bibliographisches Institut. Geb. M. 14.—.

== Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue“ sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten. ==

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal
in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

== Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen. ==

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Italiens falsche Rechnung

Von

Philipp Siltebrandt

Ich glaube nicht, daß auf die internationalen Beziehungen alle die strengen Regeln der Moral, die die privaten Beziehungen regeln müssen, anwendbar sind. Dennoch gibt es gewisse Prinzipien der Moral, die selbst die Nationen nicht ungestraft verletzen . . . Meine Herren, die Strafe für die Verletzung des großen Prinzips der Dankbarkeit läßt nicht lange auf sich warten . . .

(Cavour am 25. März 1861.)

I

Salandra gegen die Interventisten und den Krieg gegen Deutschland

Nach der wüsten Heße, die in der Zeit der zehnmonatlichen Neutralität in den großen italienischen Zeitungen, auf Volksversammlungen und durch Demonstrationen unter auffallender Schonung Oesterreichs gegen Deutschland geführt worden war, hätte ein oberflächlicher Beobachter leicht zu der Ansicht kommen können, daß die Intervention Italiens sich in erster Linie gegen das Deutsche Reich richten werde. Aber das gerade Gegenteil ist eingetreten: die allgemein erwartete Kriegserklärung an Deutschland blieb aus, und trotz aller Mahnungen, die aus den Ententeländern kamen, trotz aller Drohungen der Interventisten widersezt sich dasselbe Ministerium Salandra-Sonnino, das im Mai 1915 mit Hilfe der nationalistisch-demokratischen Parteien und des Straßenpöbels die konstitutionellen Gewalten und die große Majorität der Bevölkerung terrorisiert und in den Krieg gerissen hatte, jetzt bereits ein Jahr lang mit auffallender Energie seinen bisherigen Helferz Helfern und verweigert hartnäckig die von ihm geforderte Umwandlung des „nationalen Krieges“ in den „gemeinsamen Kulturkampf“. Und als die Bundesgenossen der Cafés und der Gasse zudringlicher wurden, trug Salandra kein Bedenken, mit dem „großen Verräter“ Giolitti, den er im vergangenen Jahre durch die Presse mit dem Hochverratsprozeß hatte bedrohen lassen, in Verbindung zu treten, und, auf die giolittianische Mehrheit gestützt, nach der Kammereröffnung mit der Parlamentsauflösung zu drohen, falls die Interventisten auf ihrem Willen beharrten. Und die Schreier verhielten

sich merkwürdig ruhig. Bissolati, der am heftigsten gedrängt, ließ sich belehren, und der Führer der Nationalisten, der sich einige tadelnde Worte gegen das Ministerium erlaubt hatte, erhielt vom Ministerpräsidenten eine gehörige Zurechtweisung. Weder die Cafés noch die Piazza gerieten in Aufregung, und mit einer ungeheuren Majorität ging das Ministerium aus der Abstimmung hervor.

Die Frage ist jetzt, was wird die Regierung tun, nachdem sie von neuem mit einem Vertrauensvotum der Nation ausgestattet worden ist. Offenbar wagt weder sie noch das Land, aus schwerwiegenden Gründen, die vollen Konsequenzen aus der im Mai 1915 eingeschlagenen und mit der Unterzeichnung des Londoner Vertrages fortgesetzten Politik zu ziehen. Dann aber widerspricht ihre Haltung heute mehr denn je der Logik der Tatsachen, denn, nachdem das direkte Mittel, der nationale Krieg, das Italia farà da sé, von neuem am Tsonzo fehlgeschlagen ist, bietet der gemeinsame Kampf gegen Deutschland auf dem Boden Frankreichs die einzige Möglichkeit, um wenigstens indirekt vielleicht noch in den Besitz der „unerlösten“ Provinzen zu kommen. Ohne dieses Mittel versucht zu haben, wäre man auf halbem Wege stehen geblieben. Oder will man, nachdem man bereits 500 000 Mann geopfert, die vergeblichen Angriffe am Tsonzo fortsetzen, auf die Gefahr hin, daß sich die Tragödie des russischen Heeres in den Karpaten am Fuße der Alpen an der italienischen Armee wiederholt? Ce serait plus qu'un crime, ce serait une hêtise. Oder glaubt man, daß Mangel an Geld und Lebensmitteln die Zentralmächte trotz aller ihrer Siege zur Kapitulation zwingen wird? Diese Hoffnung ist in Italien bei aller zur Schau getragenen Sicherheit nicht mehr vorhanden: man hat, wie in den übrigen Ententeländern, schließlich die einfältige Wahrheit des Sages erkannt, daß, wenn man die Zentralmächte besiegen will, man sie eben — besiegen muß, und daß die neue, bisher so systematisch durchgeführte Kriegsmethode der gloriosen Rückzüge doch nicht zum Siege führt. Oder ist vielleicht die italienische Regierung zu der schweren und nüchternen, aber ehrenvollen Einsicht gelangt, daß, nachdem alle Aussichten des Sieges geschwunden und ihre Rechnung sich als falsch erwiesen, sie bei weiterer Fortsetzung des nutzlosen Kampfes das bescheidene Maß von menschenwürdigem Dasein, das sich die große Masse des italienischen Volkes durch jahrzehntelange mühselige Arbeit im Lande der Malaria oder in den trübseligen Vorstädten Amerikas unter tödlichen Gefahren oder bitteren Demütigungen schwer erworben hat, vollkommen in Frage stellt! Daß es endlich an der Zeit ist, die Politik des Sacro Egoismo gegen ihr eignes Volk zu erfüllen und die der Santa Ingenuità, der heiligen Einfalt, im Dienste seiner unnatürlichen Bundesgenossen zu lassen! Daß man sich heute mit Recht auf den früher so oft und mit Unrecht gebrauchten Ausspruch Bismarcks beriefe: „Keine Großmacht kann auf die Dauer im Widerspruch mit den Interessen ihres eignen Volkes an dem Wortlaut irgendeines Vertrages leben; sie ist schließlich genötigt, offen zu erklären: die Zeiten haben sich geändert, ich kann das nicht mehr!“! Prophezeiungen aufzustellen ist bei der ganz auf Illusionen aufgebauten italie-

nischen Politik unmöglich, aber antwahrscheinlich wäre diese Erkenntnis nach den schweren Erfahrungen, die die italienische Regierung seit dem Mai 1915 gemacht hat, nicht.

II.

Die Politik Salandra-Sonninos

Betrachtet man heute rückblickend die Politik des Ministeriums Salandra-Sonnino, man könnte wahrlich zur der Ansicht kommen, daß die Weltgeschichte sich nicht aus historischen Notwendigkeiten, sondern aus politischen Torheiten zusammensetzt.

Es war Italien geboten, eine unvergleichliche Position in der großen europäischen Krisis einzunehmen. Sie glich derjenigen, die England bisher immer innegehabt und die Bismarck mit allem seinem Genie vergebens für Deutschland angestrebt hatte: es war in der beneidenswerten Lage, bei dem europäischen Kartenspiel in der Hinterhand zu bleiben. Es brauchte an dem schrecklichen Kriege als einzige europäische Großmacht nicht teilzunehmen; schon dieses war im Hinblick auf die Staatsfinanzen auch ohne jeglichen Gebietsgewinn ein ungeheurer Vorteil. Aber selbst dieser wurde ihm geboten. In Deutschland hatte man ihm die Neutralitätserklärung vollkommen verziehen. Sie war niemand überraschend gekommen, da man die gefährliche Lage Italiens kannte, das auf die englische Kohle angewiesen und der britischen Kriegsflotte, die damals noch eine unbekannte Größe war, ausgesetzt ist, und viele hielten im Hinblick auf den deutschen Handel eine wohlwollende Neutralität Italiens sogar für Deutschland für vorteilhafter als seine Teilnahme am Kriege. Und als dann in Italien immer lauter der Ruf nach österreichischen Gebietsabtretungen erhoben wurde, ging Deutschland mit der Entsendung seines angesehensten Staatsmannes auch auf diesen Wunsch ein, und Oesterreich erklärte sich schließlich zu schmerzlichen Opfern bereit. Was Italien geboten wurde, überstieg an Bedeutung weit den realen Wert der gemachten Konzessionen. Zu Lande erhielt Italien mit dem Gewinn des Trentino und der Sponzolinie mit Görz seine natürliche Grenze und strategische Sicherheit. Zur See gewann es mit dem Besitz von Valona und dem Desinteressement Oesterreichs in Albanien die Vorherrschaft in der Adria. Die irredentistische Frage wurde auf Grund des Prinzips der Nationalität gelöst, indem alle Gebiete Oesterreichs, in denen die Italiener ungetrennt von dem großen italienischen Volkskörper und unvermischt mit fremden Nationalitäten saßen, an das Königreich fielen. Mit dem Irredentismus wäre ein organischer Fehler des Dreibundes beseitigt gewesen und damit die Basis gewonnen worden für ein aufrichtiges und ungestörtes Zusammenarbeiten mit Oesterreich, das, nachdem sich die Feindschaft der beiden Westmächte gegen den aufstrebenden Mittelmeerstaat seit dem Jahre 1912 immer unverhüllter gezeigt hatte, nach dem Urteile aller politisch denkenden Italiener im Interesse ihres Vaterlandes für dringend notwendig erachtet wurde. Die jahrzehntelang vergebens angestrebte Forderung der Ausdehnung des Dreibundvertrages auf das Mittelmeer wäre von selbst in Erfüllung gegangen.

Heute begreift man es weniger denn je, wie die Italiener, nachdem sie durch eine meisterhafte diplomatische Technik zu diesem großen Ergebnis gelangt waren, plötzlich mit der Ablehnung der österreichischen Angebote von dem Wege, auf dem sie bisher alle ihre Erfolge errungen hatten, dem diplomatischen, abzuweichen und den beschreiten konnten, auf dem sie sich immer am schwächsten gezeigt, den militärischen.

III.

Motive der italienischen Politik

Die Gründe hierfür sind weit mehr psychologischer, allgemein-politischer und persönlicher Art denn rein sachlicher.

1. Man hielt ein Verbleiben Italiens im Dreibunde nach dem Verhalten, das man seit dem Ausbruche des Weltkrieges eingenommen hatte, moralisch nicht mehr für möglich: man hatte ein schlechtes Gewissen. Dieses Gefühl war in Italien verbreiteter, als man annehmen sollte: die gehässigen Beschuldigungen gegen die Zentralmächte, die Verherrlichung des „kleinen und heroischen“ Belgiens, die Phrasen von der Not der „Unerlösten“ in Oesterreich dienten zum Teil nur dazu, um es zu beschwichtigen und die Neutralität in den eignen Augen zu rechtfertigen. „Was wird man in Deutschland von uns denken?“ sagte mir ein Abruzzese eines abgelegenen Gebirgsdorfes. „Kann man sich in Deutschland, ohne als „Verräter“ beschimpft zu werden, noch sehen lassen?“ fragte mich ein Universitätsprofessor in Bologna im November 1914. Als ich ihn auf die Haltung der öffentlichen Meinung in Deutschland hinwies, erwiderte er mir, gerade ihre auffallende Ruhe wirkte in Italien unheimlich: man handle nach Verabredung und werde hinterher Italien seine Haltung hüßen lassen. Möchte man formal mit der Neutralitätserklärung noch so sehr im Rechte sein, man sagte sich doch im stillen, daß nicht Oesterreich, sondern Rußland, das mit Hilfe der großserbischen Agitation die Großmachtsstellung der Monarchie untergraben wollte, in Wirklichkeit der Angreifer war, und daß Deutschland um seiner Lebensinteressen willen Oesterreich in seinem Existenzkampfe nicht verlassen konnte. Man hatte das Bewußtsein, daß man Deutschland, dem man einen vierundvierzigjährigen Frieden und die politische und ökonomische Selbständigkeit gegenüber Frankreich in hohem Maße verdankte, in entscheidender Stunde nach mehr als dreißigjährigem Bündnis im Grunde nur aus Schwäche im Stiche gelassen hatte. Und deshalb hielt man nach der Neutralitätserklärung den Dreibund moralisch für aufgelöst.

Diese Ansicht wurde nun im Verlaufe der Verhandlungen mit Oesterreich noch verstärkt. Ein freiwilliges und sofortiges Nachgeben Oesterreichs, ein generoso atto oder bel gesto dell'Austria, den San Giuliano und später auch Sonnino wünschten, der Italien als Kompensation für die mit Sicherheit zu erwartende Veränderung des Status quo auf dem Balkan und für die hohen Kosten der bewaffneten Neutralität den größten Teil der unerlösten Brüder und den Hausschlüssel an seiner nordöstlichen Grenze gab, hätte

vielleicht der irredentistischen Agitation die Spitze abgebrochen und eine Rekonstruktion des Dreibundes auf haltbarer Grundlage in letzter Stunde noch möglich gemacht. Indem die italienische Regierung dann aber, um Oesterreich auf Grund des § 7 zum Nachgeben zu zwingen, durch Rüstungen und Presse einen Druck ausüben zu müssen glaubte, nahm ihre Politik den häßlichen Charakter eines gegen den in Not befindlichen Bundesgenossen ausgeübten Erpressungsversuches an. Als Oesterreich dann endlich nachgab, hielt man das an sich schon zerrüttete Verhältnis zu den Centralmächten für gründlich vergiftet. Man konnte den Verdacht nicht loswerden, daß Oesterreich, sobald es dazu in der Lage sei, sich das Verlorene wieder holen werde, und alle Gründe, die dagegen angeführt wurden, vermochten das in der Seele des doktrinären und misanthropischen Sonnino fest eingewurzelte Mißtrauen nicht zu entfernen.

Zu diesem auf schlechtem Gewissen beruhenden Mißtrauen gegenüber den Centralmächten kam eine abergläubische Furcht vor England und der sichere Glaube an den Sieg der Entente. Selbst ein Mann wie der Botschafter Vissani, der Deutschland kannte und ein überzeugter Anhänger des Dreibundes war, hielt es für gänzlich ausgeschlossen, daß die von der englischen Marine vom Weltmeere abgeschlossenen Centralmächte auf die Dauer den unendlich überlegenen Mitteln der Entente an Menschen und Geld widerstehen könnten, und der deutsche Rückzug von der Marne und die österreichischen Niederlagen in Galizien schienen diese Ansicht zu bestätigen. Die Donaumonarchie, keine einheitliche Nation, sondern ein „Mosaik von hadernden Nationalitäten“, kein selbstbewußter Staat, sondern nur eine „Verwaltung in den Händen einer rückständigen Clique von klerikalen Aristokraten“, war bestimmt, als „prähistorischer Anachronismus“ zu verschwinden. *Austria è un cadavere* — dieser Satz wurde schon vor dem Falle von Przemyśl zum politischen Dogma der Italiener. Nach dem Zerfalle Oesterreichs aber kamen Italien nach angeblichem historischen und nationalen Rechte alle Küstländer der Adria zu. Waren diese aber ohne aktive Gegenleistung von der siegreichen Entente zu erhalten, zumal da sie von ihr bereits dem künftigen Großserbien zugesprochen waren, das bei seiner nationalen Geschlossenheit und seinem Rückhalt an Rußland im Bunde mit dem verhassten Griechenland ein ganz anderer gefährlicher Gegner für Italien geworden wäre als das „altersschwache“ Oesterreich? Das schien den Italienern unmöglich. Ja, würde das nach seinem Siege allmächtige England überhaupt den gegen sein Placet abgeschlossenen italienisch-österreichischen Vertrag, durch den sich Italien faktisch wieder an die Seite der Centralmächte gestellt hatte, anerkennen? Das war wenig wahrscheinlich.

So bot die Fortsetzung der Neutralität nach der Meinung der Italiener einen in doppelter Hinsicht unsicheren Gebietszerwerb, die Gefahr eines großserbischen Staates an der Adria und die politische Isolierung Italiens in Europa. Der Eintritt in den Krieg an der Seite der Entente dagegen brachte den „sicheren“ Gewinn von ganz Südtirol, Triest, Istrien und Dalmatien mit der Alleinherrschaft in der Adria und der Zwölfsinseln nebst Abulia mit der Vorherrschaft im

Aegäischen Meere: er befreite Italien von der Gefahr politischer Isolierung und verschaffte ihm den Eintritt in die Allianz der liberalen Westmächte.

Hielt man ihnen entgegen, daß sie durch ihre Intervention gegen Oesterreich sich ganz in die Hände Englands gäben und auf Kosten Deutschlands, das bisher die beste Stütze ihrer Unabhängigkeit gegenüber den Westmächten gewesen war, das panslawistische Rußland in Europa allmächtig machten, dann antworteten sie: Allora provedremo un' altra volta (dagegen werden wir dann ein andres Mal Fürsorge tragen). Sie waren der Ueberzeugung, daß Deutschland bei seiner inneren Stärke im Kerne ungeschwächt aus dem Kampfe hervorgehen und sich von seiner Niederlage bald wieder erholen würde: für den Verlust von Elsaß-Lothringen und Ostpreußen konnte es durch die deutschen Provinzen Oesterreichs reichlich entschädigt werden. Von seinem „Militarismus und Imperialismus“ befreit und mit dem westlichen Parlamentarismus beglückt, konnte das „moderne“ Deutschland dann in den Bund mit den drei liberalen Mächten treten und mit ihnen gemeinsam die Gefahr einer russischen Hegemonie über Europa verhindern. England hatte aber nach seinem Siege ein Interesse daran, Italien gegen Frankreich und Deutschland gegen Rußland stark zu erhalten. Für das Gleichgewicht auf dem „alten Kontinent“ und für die Unabhängigkeit des in seiner Macht und Würde nach innen und nach außen gewaltig gestärkten Italiens war also im künftigen Europa aufs beste gesorgt.

2. Zu diesen scheinbar so einleuchtenden Erwägungen der äußeren Politik traten nun die schwerwiegenden Bedenken der inneren, die ebenfalls mit absoluter Notwendigkeit zum Anschluß an die Entente zu drängen schienen.

Um ihrer diplomatischen Position auf Oesterreich Nachdruck zu geben, hatte sich die italienische Regierung in den gefährlichen Bund mit den nationalistischen und demokratisch-republikanisch-anarchistischen Parteien eingelassen und ihre Agitation nach Möglichkeit selbst noch geschürt. Je länger Oesterreich mit seinen Zugeständnissen zögerte, um so heftiger wurde diese nationalistisch-revolutionäre Bewegung: sie bildete schließlich für die Regierung selbst eine Gefahr. Zweifellos wäre das Ministerium imstande gewesen, sie mit Waffengewalt niederzuhalten, aber die Anwendung dieses Mittels war ihm aus zwei Gründen versagt. Das Ministerium selbst hatte diese Geister gerufen und konnte sich jetzt nicht ohne weiteres gegen sie erklären, ohne sich aufs schwerste zu kompromittieren. Und ferner: jene Parteien vertraten die beiden geistigen Mächte, die das dritte Italien begründet hatten: Nationalität und Revolution. Von ihnen getragen, hatte das Haus Savoyen trotz aller Niederlagen die Krone Italiens erlangt: Karl Albert, der sich ihnen verschrieben, war zwar bei Novara geschlagen worden, aber sein Sohn Viktor Emanuel war in Rom und Neapel eingezogen. Gegen sie glaubte der schwache König nicht Gewalt gebrauchen zu können, ohne Gefahr zu laufen, sein Leben zu verlieren oder dem Schicksal der andern italienischen, vertriebenen und vergessenen Fürsten anheimzufallen. Diese beiden Mächte aber verwarfen den „elenden Schacher“ mit Oesterreich, sie lachten über den Piatto di lentichie (Linsengericht) oder die Mancina (Trintgelb), die Fürst Bülow für die

italienische Neutralität bot. Die Demokraten und Revolutionäre forderten den Anschluß an die demokratischen Mächte des Westens zum Kampfe für die heiligen Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegen das barbarische und autokratische Deutschland. Sie verlangten den Krieg gegen Oesterreich, mit dem im Kampfe die Märtyrer der italienischen Freiheit gelitten und die Helden des Risorgimento gesiegt hatten. Und die Nationalisten priesen in dithyrambischen Phrasen die „Süßigkeit“ des Todes fürs Vaterland und die tragische „Schönheit“ des männermordenden Krieges. Sie, die politischen Futuristen des heutigen Italiens, erhofften von ihm die innere Erneuerung und Stählung des italienischen Volkscharakters und seine Erlösung aus den Banden des utilitaristisch-opportunistischen und moralisch zersetzenden Giolittismus.

In diesem Punkte trafen sich ihre moralpolitischen Anschauungen mit denen Salandras und ihre Feindschaft mit dem Haß Sonninos gegen seinen alten Rivalen. Giolitti politische Taktik lief darauf hinaus, durch Salandra-Sonnino von Oesterreich das berühmte Parecchio („mancherlei“) mit allen Mitteln herauspressen zu lassen. Er glaubte dann, nachdem das Maximum erreicht, hart am Rande des Krieges, im Vertrauen auf seine parlamentarische Machtposition, das Ministerium, das ja ursprünglich nur sein Platzhalter war, ohne Schwierigkeit in der Verjagung verschwinden lassen zu können und hoffte somit mit einem „Noch etwas“ zum „Mancherlei“ in den Händen vor der Nation als Erhalter des Friedens und Vollender der italienischen Einheit dazustehen. Diesen Ruhm wollte ihm jedoch Sonnino, der schon so oft für ihn umsonst gearbeitet hatte, nicht gönnen. Der Sieg über den bitter gehaßten Gegner war aber nur möglich, wenn er das von Giolitti erhoffte Resultat überbot oder die Intervention Italiens durchsetzte. So ist es der persönliche Gegensatz zwischen den beiden parlamentarischen Rivalen Giolitti und Sonnino in letzter Linie gewesen, der den Krieg zwischen Oesterreich und Italien schließlich ausgelöst hat.

3. Wie aber ist es gelungen, das italienische Volk bei der Stimmung, die es noch bis in die ersten Tage des Mai beherrschte, in den Krieg zu treiben? Es war in seiner gewaltigen Majorität friedlich gesinnt, glaubte an den Krieg nicht und wollte vom Krieg nichts wissen. Man bezeichnete ihn als die Grande Pazzia, den großen Wahnsinn, dankte Gott, daß man nicht daran teilzunehmen brauchte, und hatte nur den einen Wunsch, daß er bald enden möge. Zwei Drittel des Parlaments, beinahe der ganze Senat, die Industrie und, nach den Berichten der Präfekten, die ungeheure Mehrheit des Landes waren gegen die Intervention. Dies versicherte mir noch am 30. April ein bekannter Parlamentarier in einem Gespräch, das ich, da es damals von mir noch häufig gehörte Ansichten am drastischsten wiedergibt, in folgendem in seinen Hauptpunkten wörtlich mitteile. Als ich ihm erzählte, daß ich auf dem Wege sei, meinen Reisepaß zu holen, fragte er erstaunt: „Aber weshalb?“ Auf meine Antwort, daß er besser denn jeder andre wisse, daß es Krieg gäbe, erwiderte er scheinbar überrascht: „Gegen wen?“ Als ich ihn darüber aufklärte, blickte er mich wegen meiner Aengstlichkeit mit mitleidigem Auge an und sagte mir in

väterlich beruhigendem Tone: „Caro mio, ma stia tranquillo, tranquillissimo. Se ci sarà la guerra, sarà la guerra contro la Francia. Verrà con la stessa necessità naturale et inevitabile, colla quale è venuta la guerra tra la Germania ed Inghilterra.“ („Aber, mein Lieber, da seien Sie ruhig, ganz ruhig. Wenn es Krieg gibt, dann ist es der Krieg gegen Frankreich. Er kommt mit derselben natürlichen und unvermeidlichen Notwendigkeit wie der Krieg zwischen Deutschland und England.“) Er legte mir dies in einer längeren Ausführung an einer Reihe von Gründen dar und meinte am Schluß, Italien müsse natürlich mit aller Vorsicht vorgehen, denn „Inghilterra, lo deve sapere, ci fa una formidabile pressione, ci costringe il petto.“ („England — das müssen Sie wissen — übt auf uns einen furchtbaren Druck aus: es preßt uns die Brust.“) Als ich ihn auf die Haltung der öffentlichen Meinung hinwies, erwiderte er: „Ma non dia retta all'apparenze: sono chiacchiere d'irresponsabili. Creda pure, malgrado di tutte le gesticolazioni, il popolo Italiano è un popolo freddamente calcolatore.“ („Aber geben Sie doch nichts auf Neußerlichkeiten, es handelt sich um Geschwätz von Unverantwortlichen: glauben Sie es mir, das italienische Volk ist trotz aller Gesticulationen ein kalt berechnendes Volk.“) Und er zeigte mir an mehreren Beispielen aus seiner jahrzehntelangen politischen Erfahrung, wie leicht man die öffentliche Meinung in den Zeitungen umstimmen könne. Als ich ihm dann beim Weggehen aus Höflichkeit scherzend erklärte, ich wolle auf seine Garantie hin den für mich schweren Gang auf das Konsulat noch einige Tage hinausschieben, versicherte er mir lebhaft: „E fa bene, benissimo, ci ripareremo, a rivederci!“ („Sie tun gut daran, sehr gut, wir werden uns wieder sprechen. Auf Wiedersehen!“)

Ich habe ihn weder wieder gesprochen noch wiedergesehen, denn nach fünf Tagen erfolgte die Kündigung des Dreibundes, und 25 Tage später stimmte derselbe Abgeordnete für den Krieg — gegen Oesterreich.

Nur aus der genauen Kenntnis der italienischen Verhältnisse heraus ist es möglich, diesen erstaunlichen Umschwung zu erklären. Das sog. „Volk Macchiavells“ besteht im wesentlichen aus einer großen Herde von solchen, die sich um die Politik nicht kümmern wollen, den sog. Panciafichisti (solchen, die nur an den Bauch denken), und solchen, die sich um die Politik bei ihrem Bildungsgrad nicht kümmern können, den sog. Ignoranti. Während bei den letzten Wahlen in Deutschland sich über 80 Prozent der Stimmberechtigten beteiligten, waren es in Italien bei der dort herrschenden Indolenz kaum über 40 Prozent. Bei denen aber, die sich mit der Politik beschäftigen, herrscht ein erschreckender Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl einerseits und eine schlappe Furcht vor Einschüchterung und Unpopularität anderseits. Ein achselzuckendes „Ebbe. cosa vuol fare“ ist die resignierte Lebensart, mit der sie alles über sich geduldig ergehen lassen. „Die subversiven Vereinigungen, hervorgegangen aus revolutionären Minoritäten, tyrannisieren heute die große Majorität des Landes, die sich aus Leuten zusammensetzt, die die Ordnung lieben und das ruhige Leben schätzen, und die vor allem in schlaffer und feiger Weise

Angst vor der ihnen von den Revolutionären angedrohten Unpopularität haben. Die moralisch und sozial Italien am meisten bezeichnende Tatsache ist die beinahe allgemeine Einschüchterung, die die Masse, die Majorität schweigend, ja fast als normales Faktum über sich ergehen läßt und die von den überall permanenten Streiks und den Versammlungen weniger Schreier, die sich als Stimmen der Nation ausgeben, in alle Formen und Milieus unsers öffentlichen Lebens übergegangen ist, bis in die gegen die Ministerien rebellischen Beamtenvereine, bis in die Schülerversammlungen, die ihre Lehrer absetzen, bis in die Presse, die ihren Willen dem Parlament und der Regierung auferlegt und ganz allein, wie eine öffentliche, auf sich gestellte Gewalt, über Krieg und Frieden, über unsre internationale Politik, kurz, über die Geschicke Italiens verfügen will.“

Wie zutreffend diese von dem Senator Barzellotti mit prophetischem Blick entworfene Schilderung des moralisch-politischen Zustandes des heutigen Italiens ist, hat sich im Mai 1915 erwiesen.

IV.

Der Umfall der konstitutionellen Gewalten

Eine kleine, strupellose, aber energische Minorität von vielleicht hunderttausend Mann wußte diese große faule und willenlose Masse in den Krieg zu treiben wie die Hunde die Lämmer zur Schlachtbank. Der König, persönlich ehrlich und von gutem Willen erfüllt, im übrigen aber ein tragikomisches Fragment, scheute sich in der Angst um Thron und Leben, das Blut derer zu vergießen, die im Namen der Prinzipien, denen er seine Krone verdankte, auftraten. Er vergaß, daß sein Großvater, der Re Galantuomo, diese Kräfte für seine Ziele zwar benutzt, sie aber auch mit derselben Entschiedenheit bekämpft hatte, als sie eine nationale Gefahr wurden, daß er den Führer der Demokratie, Mazzini, hatte verfolgen und den Nationalhelden Garibaldi unbedenklich gefangen setzen lassen. Er über sah, daß der König der Großmacht Italien nicht einfach die Politik des Königs des Kleinstaats Piemont fortsetzen konnte. Giolitti, von ihm im Stiche gelassen, als Verräter im Solde Oesterreichs gebrandmarkt, verlor zum erstenmal in seinem Leben die Fassung: er erkannte, daß er zu spät eingegriffen hatte, und suchte das Weite. Seine jetzt kopf- und führerlose Parlamentsmajorität, vom Pöbel, der in Monte Citorio eingebrochen war, mit Stockprügeln und Ohrfeigen bedroht, wagte dieser stürmischen Manifestation nicht zu widerstehen und fügte sich dem Willen des „souveränen“ Volkes. Der Druck auf das Parlament, die verfassungsmäßige Repräsentation der Nation, bedeutete aber den Druck auf den Knopf, durch den man Armee und Volk in Bewegung setzen konnte. Ohne Enthusiasmus, aber auch ohne Widerstreben ist das italienische Volk in den Kampf gegangen. Man hatte ihm in letzter Stunde noch die Ueberzeugung beigebracht, daß die Intervention Italiens die Entscheidung und das Ende des europäischen Krieges bedeute. Es litt in den zehn Monaten der italienischen Neutralität schwer unter den Folgen der großen europäischen Krisis. Die

Fremden, die eine halbe Milliarde jährlich ins Land gebracht hatten, kamen nicht mehr, ganze Zweige der Fremdenindustrie lagen brach. Die halbe Million italienischer Arbeiter, die jährlich im Auslande lohnenden Verdienst gefunden und eine weitere halbe Milliarde nach Italien geschickt hatten, konnten nicht auswandern, lagen ohne Beschäftigung zu Hause und verzehrten ihre geringen Ersparnisse. Non possiamo più, che finisca presto! (Wir können nicht mehr, wenn es nur bald ein Ende nähme!), war die allgemeine Klage, die man immer wieder hörte. Für die Zentralmächte zu kämpfen, hätte ihm im Innersten widerstrebt: denn der Kaiser, Guglielmone, wie er vom Volke genannt wurde, der nach allgemeinem Glauben um seiner wahnwitzigen Weltbeherrschungspläne willen den schrecklichen Krieg verursacht hatte, war ja der Urheber aller seiner großen und kleinen Leiden. Oesterreich aber „marterte“ die italienischen Brüder und trieb mit Giolitti dunkle Machinationen zum Verderben Italiens, durch die man sich beunruhigt fühlte und die man nicht dulden wollte. Der Kampf gegen den halbtoten Erbfeind wurde für eine leichte Sache gehalten: er galt als eine *Passaggiata storica a Vienna*, als historischer Spaziergang nach Wien. Ein kräftiger Stoß der italienischen Armee mit den wackeren *Versaglieri* an der Spitze genügte, um der habsburgischen Monarchie das letzte Lebenslicht auszublasen, die Unerlösten zu befreien und den europäischen Frieden zum Heile des italienischen Volkes wiederherzustellen. Man war dann mit einem Schlage von allen seinen Leiden befreit.

In dem Augenblick, da diese Anschauung in die Massen übergang und allgemeiner Glaube wurde — es geschah in den drei Tagen vom 14. bis 16. Mai —, hatte das Ministerium auf der ganzen Linie gesiegt. Die Nation war einig zu dem großen Kampfe, der dem Italien der Zukunft seine innere Geschlossenheit und politische Erneuerung, seine natürliche Grenze und strategische Sicherheit, die Befreiung der Unerlösten und die Herrschaft des Löwen von San Marco in der Adria und der Levante bringen, der Menschheit aber nach dem schrecklichsten aller Kriege den Frieden, die Freiheit und das Recht wiedergeben sollte.

Das Rom des dritten Italiens, so glaubte man, hatte die Bahn seiner welthistorischen Mission beschritten, würdig der großen Vergangenheit der Stadt der antiken Cäsaren und mittelalterlichen Hierarchen.

Was hatte das Deutschland des verhassten Kaisers all diesem erhofften Glanze gegenüber zu bieten? Das „elende“, durch Erpressung gewonnene „Mancherlei“ des „Verräters“ Giolitti. Es bedurfte der ganzen kaltblütigen diplomatischen Kunst und der bis zum letzten Augenblick nicht verzagenden Energie des Vertreters der deutschen Interessen, um sich auf dem wankenden, von Fiebernebeln bedeckten Boden dieser politisch-moralischen Zustände noch monatelang zu behaupten. Fürst Bülow erntete die volle Bewunderung selbst seiner Gegner, aber seine warnende Stimme der Vernunft verhallte wirkungslos unter dem fanatischen Geheul der Gasse: „Guerra o Rivoluzione! Abbasso l'Austria! Abbasso la Germania! Fuori i Barbari!“

V.

Die falsche Rechnung

Niemals ist das Für und Wider eines Krieges so lange und so ängstlich hin und her erwogen und niemals ein Krieg schließlich so leichtfertig und aller Voraussicht bar unternommen worden.

Winnen kurzem erwies sich die ganze politische Rechnung des Ministeriums Salandra-Sonnino in ihren Voraussetzungen und ihrem Ergebnis als vollkommen verfehlt.

1. Man hatte mit Sicherheit angenommen, daß die Intervention Italiens mit zwei Millionen frischer Truppen das Zeichen zum Losbruch der Balkanvölker gegen Oesterreich und die Türkei sein würde, und Leonidas Bissolati, der auswärtige Minister des römischen Lokaltages „Messaggero“, sah Italien bereits an der Spitze des neuen Balkanbundes. Aber die lateinische Schwester an der Donau wollte die nationale Einheit nicht um den Preis der russischen Oberherrschaft erkaufen: das Ministerium Bratiano folgte nach dem siegreichen Durchbruch in Galizien dem Beispiel Griechenlands und Bulgariens und verhielt sich fernerhin abwartend neutral. Serbien aber war darüber verstimmt, daß die erhofften, von seinen Stammesbrüdern bewohnten Gebiete von Dalmatien, Istrien und Triest von der Entente den Italienern zugesprochen waren: es schloß eine Art stillschweigenden Waffenstillstands mit Oesterreich und ließ zu, daß dieses einen großen Teil seiner bosnischen Armee nach dem Sponzo abtransportierte. Montenegro, das seit Jahren von den Italienern wirtschaftlich ausgebeutet wurde, verweigerte die Befestigung des Lovtschen mit italienischer Artillerie: es fürchtete, die Bucht von Cattaro dauernd in die Hände Italiens zu geben.

Wie der Balkantraum Italiens, so nahm auch der von der Levante ein rajches Ende. Der „kranke Mann“ behauptete sich siegreich an den Dardanellen und die Erhebung der tripolitaniſchen Eingeborenen im Heiligen Kriege brachte Italien nahezu um die mit dem Opfer von so vielen Milliarden Geldes und Tausenden von Soldaten erworbene Mittelmeerkolonie.

Die peinlichste Ueberraschung aber kam von der Seite Oesterreichs. Durch den italienischen Stoß erwachte der „Kadaver“ zu neuem Leben. Die slawischen Nationen, die nur mit dem äußersten Widerwillen gegen die russischen und serbischen Brüder gefochten hatten und bei längerer Dauer des Krieges vielleicht eine Gefahr für die Monarchie geworden wären, warfen sich mit einer fanatischen Begeisterung in den nationalen Kampf gegen den frechen und verräterischen Erbfeind, der das Slawentum von seinem einzigen warmen Meere, der Adria, abdrängen wollte. Mit ihnen wetteiferten begeistert die Deutschen in der Verteidigung Südtirols, des einzigen Plazes an der südlichen Sonne, der dem Germanentum noch geblieben war. Die österreichischen Italiener aber waren der ungerufenen „Befreier“ von vornherein überdrüssig: sie wollten weder in Orient noch in Triest die politische „Erlösung“ mit wirtschaftlichem Ruin erkaufen: sie fuhrten fort, einen großen Teil der Mannschaften für die vortreff-

liche österreichische Artillerie zu stellen, die ihre Tüchtigkeit auf allen Schlachtfeldern und vor allen Festungen bewiesen hat. Statt der von Italien erhofften Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns trat das gerade Gegenteil ein: der italienische Krieg gewann für die Einigung der Donaumonarchie eine ähnliche Bedeutung wie der französische Krieg von 1870 für die Einigung Deutschlands. Das Programm der Irredenta erlebte an dem Wall der Alpen seinen blutigen Zusammenbruch. Dort stellten die Truppen der Monarchie dem General Cadorna auf dem Wege nach dem Trieste Intangibile ein „Niemaß!“ entgegen, das er nicht, wie sein Vater das berühmte „Jamais“ Rouher's an der Porta Pia, zu überwinden vermochte. Und während die österreichischen Regimenter am Sponzo alle in so ungeheurer Uebersahl und unter furchtbaren Opfern unternommenen Angriffe der Italiener abschlugen, bereitete die Armee des Ungarn Röveß den italienischen Adriaplänen mit der für unmöglich gehaltenen Erstürmung des Lomischen und der Eroberung des unwegsamen Berglandes von Montenegro und Nordalbanien ein klägliches Ende.

So vermögen die italienischen Zeitungen nach fast einjähriger Kriegsdauer von den Taten der zur Eroberung der Irredenta, der Adria und der Levante ausgezogenen Armee in ihren noch immer auf den Ton der Marcia Reale gestimmten Artikeln nichts andres zu rühmen als die „heroische Verteidigung“ Italiens gegen die Invasion der Barbaren und den „glorreichen“ Rückzug aus Durazzo. Chi si contenta, gode (Wer sich begnügt, genießt), sagt ein römisches Sprichwort.

2. Und ein ähnliches Debatel, wie mit seinem Eroberungsprogramm, erfuhr Italien mit seiner neuen Bündnispolitik, wenn hier das negative Ergebnis auch noch nicht so offenkundig vor Augen liegt. Um der mit Unrecht befürchteten Isolierung zu entgehen, begab man sich in die Hände der Mächte, die Italiens Aufkommen im Mittelmeer aus Gründen elementarer Selbsterhaltung selbst beim besten Willen einfach nicht dulden können, und deren mehr oder weniger versteckte Feindschaft den Italienern selbst in den letzten zwei Jahren vor der europäischen Krisis, wie die damals erschienenen Zeitungsartikel und Schriften beweisen, zum klaren Bewußtsein gekommen war. Dieser Gegensatz ist unter der Decke der „Freundschaft“ unvermindert bestehen geblieben; trotzdem die neue Bundeslade fortwährend zwischen Rom, Paris und London hin- und hergetragen und in den Reden der Minister ein Tanz um sie aufgeführt wird, ist das Verhältnis zwischen Italien und der Entente ein Verhältnis gegenseitigen Mißtrauens und gegenseitiger Enttäuschung. In Rußland war man über die italienischen Ansprüche auf die slawischen Adriagebiete peinlich überrascht und über die geringe Wirkung der italienischen Intervention bitter enttäuscht: denn sie vermochte weder die Vertreibung der russischen Heere aus den westlichen Provinzen des Reiches, aus Galizien, Polen, Kurland und Litauen, zu verhindern, noch den vollkommenen Zusammenbruch des Panславismus auf dem Balkan, die Niederwerfung Serbiens und Montenegros, zu verhüten. Die Franzosen hatten gehofft, daß die italienische Armee sich wenigstens zum Teil in ein vergrößertes garibaldi-

nisches Hilfskorps verwandeln und auf den Feldern der Champagne für die Befreiung Nordfrankreichs und des kleinen heroischen Belgiens gegen die barbarischen Vöcher kämpfen würde. Und England erwartete, daß — Italien seine Pflicht tun und an der Seite seiner buntgescheckten, aus allen Erdteilen zusammengeholten Scharen an den Dardanellen und bei Saloniki fechten werde. Aber die Italiener blieben am Fuße der Alpen und handelten auf dem Marsche nach Wien nach dem römischen Grundsatz: *Chi va piano, va sano*. Cadorna unternahm seine aussichtslosen Angriffe und hörte nicht auf den Rat, Trient und Triest an den Dardanellen oder in der Champagne zu erobern. Weder in London noch in Paris konnte man begreifen, daß das Volk des *Sacro Egoismo* nur seinen eignen Krieg führen und mit Deutschland in Frieden bleiben wollte. „Italy is grinding her own axe and cares little what becomes of her Allies,“ sagte man in England, und in Frankreich wiederholte man im stillen den Satz: „L'Italie a trahi ses alliés, elle peut aussi trahir ses amis.“ Man argwöhnte, daß die Prima ballerina unter den europäischen Großmächten im geheimen bald ihre berühmten Extratouren mit — Deutschland tanzen werde. Die Unterzeichnung des Londoner Protokolls, durch die sich Italien verpflichtete, nur gemeinsam mit der Entente Frieden zu schließen, bot den Westmächten wenig, sie blieb militärisch ein rein platonischer Akt und politisch von zweifelhaftem Wert. Auch kannte man genau den Grund, der Italien zu seinem Entschlusse veranlaßt hatte: es wollte, nachdem es sich als unfähig erwiesen, die beanspruchten Gebiete aus eigener Kraft zu erwerben, diese mit der diplomatischen Unterstützung der Entente auf dem Kongreß nach dem Endsieg der Verbündeten gewinnen. Diese verlangen nun aber, daß Italien zu diesem Siege durch Entsendung von Truppen nach Saloniki und nach Frankreich beitragen soll. Hierzu kann sich aber die italienische Regierung — vorläufig wenigstens — nicht entschließen, und zwar auf Grund einer naheliegenden Ueberlegung. Denn man sagt sich: siegen die Westmächte in Frankreich mit Hilfe der italienischen Truppen über Deutschland, so bleibt es noch immer sehr zweifelhaft, ob Frankreich und England — die beide nur ein Interesse an der Schwächung Deutschlands haben — das von ihnen durch keine direkten Gegensätze getrennte Oesterreich, das sie gegen Rußland und Italien möglichst stark machen müssen, zur Herausgabe der irredentistischen Provinzen nötigen und damit Italien für eine ihnen gefährliche große Mittelmeerpolitik freimachen werden. Italien hat dann aber kein Mittel, sie hierzu zu zwingen, denn das Fundament seiner Selbständigkeit gegenüber den Westmächten, Deutschland, wäre dann ja mit seiner eignen Hilfe untergraben. Siegt aber die Entente trotz der italienischen Unterstützung, wie heute als wahrscheinlich anzunehmen ist, nicht, dann muß Italien bei der Schwächung seiner Armee gewärtig sein, durch einen überlegenen Angriff der Oesterreicher gefaßt und zu Boden geworfen zu werden. Dieser schweren Gefahr, die übrigens schon beim Abtransport italienischer Truppen nach Frankreich bestände, zögert man sich auszusetzen. In diese Einsicht will sich aber die Entente nicht fügen. Deshalb beantwortet man ihre sich immer

wiederholenden Forderungen in Italien mit der für England peinlichen Gegenforderung der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht: man klagt über die Undankbarkeit der Entente, die nur durch die italienische Intervention vor der sicheren Niederlage bewahrt worden sei, weist darauf hin, daß die Tapferkeit der italienischen Armee nur in den Berichten österreichischer Kriegskorrespondenten gerühmt werde, und beschwert sich über das geringe Entgegenkommen in der Kohlen- und Frachtenfrage und in der finanziellen Unterstützung Italiens.

Wenn Italien noch immer in der Lage ist, eine solche Sprache zu führen, seine selbständige Stellung gegenüber den Westmächten zu wahren und frei über die Verwendung seiner Armee zu verfügen, so verdankt es dies in erster Linie der deutschen Kriegsmarine und der fehlenden Kriegserklärung gegen Deutschland. England, das sich heute nur noch unter amerikanischem Protektorat zu halten vermag, besitzt, wie das Beispiel Griechenlands zeigt, nicht mehr die Macht, nach seiner von ihm beliebten Praxis auf Italien eine Pression auszuüben, denn seine Flotte ist durch die deutsche in der Nordsee festgehalten. „Ich bin die Herrin des Meeres, aber ich kann mich nicht bewegen“, läßt eine italienische Zeitung die englische Marine seufzend von sich sagen. Es darf aber auch nicht wagen, die Italiener durch allzu deutliche Schikanen auf dem Gebiete des Handels an ihre Bündnispflichten zu erinnern, denn diese könnten unter Berufung auf den in Italien so oft zitierten Bismarckschen Satz: „Kein Volk dürfe die Forderungen seiner Existenz auf dem Altar der Treue gegen einen Vertrag opfern“, noch immer jederzeit mit dem Rücktritt an die Seite Deutschlands drohen, und dieser bedeutete nach der heutigen Kriegslage das Ende der Mittelmeerherrschaft für England und den Verlust von Tunis für Frankreich. So kommt man trotz aller Konferenzen nicht von der Stelle, und all die blumigen Reden von dem „gemeinsamen Endsieg“ und „der einheitlichen Front“ verbergen nur kümmerlich den Gegensatz, der zwischen den Interessen Italiens und denen der Entente besteht, und schon jetzt kann man als sicher voraussetzen, daß sich die Westmächte auf der künftigen Konferenz trotz dem Londoner Protokoll ebensowenig um Italiens Wohl und Wehe bekümmern werden, wie letzteres es um das ihrige bisher getan hat. Und dies ahnt man in Italien: „Die Geschichte lehrt, daß es Wahnsinn wäre, sich allein auf den Beistand Englands zu verlassen zum wirksamen Schutz von Interessen, die für uns kapitale und dringende, für England aber sekundäre und fernliegende sind. England gemäß seiner Natur als Industriemacht, gemäß der Größe seines Weltreiches und der sich daraus ergebenden Vielheit seiner Interessen, legt viel zu großen Wert auf die Erhaltung guter Beziehungen zu Frankreich, als daß wir jemals hoffen könnten, daß es aus irgendeinem Interesse, das nicht direkt, klar und in erster Linie das eigene ist, diesen Bund in Frage stellte,“ so hat Sidney Sonnino einmal scharfsinnig die englische Politik charakterisiert. England wird sich vor der einfältigen Politik hüten, Italien durch Lösung des irredentistischen Knotens aus dem politischen Cul de Sac der Adria, in den es dieses glücklich gesteckt hat, wieder für das Mittelmeer frei zu machen, und Frankreichs Lebensinteresse wird es nach der

Anschauung Pinons und Hanotaux' stets bleiben, de réduire l'Italie à l'état d'une parapluie qu'on ne peut pas ouvrir nul part. Italien hat die Freundschaft der Centralmächte verloren, aber die der Entente trotz des großen Dienstes, den es ihr geleistet, nicht gewonnen. Seine Politik wird heute wiederum, wie nach dem Ausbruch des großen Krieges, durch das Bewußtsein der eignen Schwäche und durch das Mißtrauen gegen seine eignen Alliierten bestimmt.

3. So hat die Intervention Italiens schließlich nur das Ergebnis gehabt, daß der europäische Krieg, der im Herbst 1915 mit dem Siege Deutschlands beendet gewesen wäre, zum Verderben der europäischen Menschheit unter furchtbaren Opfern an Gut und Blut seinen tragischen Fortgang nahm, ohne daß bis heute ein Ende abzusehen ist. Die Folgen hat in erster Linie das italienische Volk zu tragen, das, von den europäischen das ärmste, ja gerade um der erhofften Herstellung des Weltfriedens willen in den Krieg gegangen war. Seine ökonomischen Leiden, die während der Neutralität bestanden, sind nach Kriegsausbruch um weitere vermehrt worden, und sie werden sich nach dem Friedensschluß ins Unerträgliche steigern. Der gesamte Bedarf an Kohle muß aus England bezogen werden, ihr Preis ist aber um das Siebenfache gestiegen. Dies muß zur Folge haben, daß das an sich geringe italienische Metallgeld allmählich nach England abwandert und die Portugalisierung Italiens schließlich das bittere Ende ist. Italien mag sich gegen diese diplomatisch mit noch so großem Geschick wehren: es kann bei längerer Dauer des Krieges nicht verhindern, daß es in die finanziell-kommerzielle Abhängigkeit seines großen Rivalen im Mittelmeer gerät, die die politische zur Folge haben muß. Man weiß in Italien natürlich ganz genau, wohin die Fahrt an der Seite Englands geht: dazu kennt man die alte Firma und ihre Geschäftspraktiken viel zu gut. Schon im Jahre 1882 (Rede vom 7. Dezember) hatte Sidney Sonnino vor der „platonischen Alliierten“ (la nostra platonica alleata Inghilterra) gewarnt, die jede politische Gelegenheit dazu benutze, um mit „philosophischer und ökonomischer Gemütsruhe“ (con filosofica ed economica serenità) kommerzielle Vorteile herauszuschlagen, und heute richtet von Zeit zu Zeit der erste Finanzmann Italiens, Luzzatti, seinen verzweiflungsvollen Grido di dolore an das unbarmherzig kalte England. Italien hat die beiden Hauptabnehmer seiner Ausfuhr, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, verloren, und es besteht wenig Hoffnung, sie nach dem Kriege wieder zu gewinnen, da sie die betreffenden Produkte ebenso gut und billig aus Spanien beziehen können, mit dem sie durch die Pflicht der Dankbarkeit verbunden sind. Wie aber der italienische Staat, der bereits vor dem Kriege die Steuerschraube aufs äußerste angezogen hatte, die Mittel aufbringen will, um die für Italien — dessen Nationalvermögen nur wenig größer als das belgische ist — ungeheuerlichen Kriegskosten zu decken, ist vollkommen unerfindlich. Erst dann wird sich erweisen, ob die durch den Krieg künstlich geschaffene, in allen Tönen politischer Lyrik gepriesene Einheit des italienischen Volkes standhält gegenüber den nach dem Friedensschluß mit verdoppelter Kraft auftretenden revolutionären Richtungen.

Dieses sind die Ergebnisse der Politik des Ministeriums Salandra-Sonnino, und es ist nicht verwunderlich, daß kein Mensch in Italien seine traurige Erbschaft antreten will. Mit heimlicher Schadenfreude zwingen die Giolittianer, unter Gewährung des in Italien üblichen Vermuth d'onore der beständigen Vertrauensvoten, das Ministerium, die von ihm selbst eingebrachte Suppe auszulöffeln: das Parlament hält das Ministerium — wie der Strich den Gehentken hält.

VI.

Auswege

Aber nicht jedes Uebel kommt, um zu schaden, sagt ein italienisches Sprichwort. Führt der Krieg mit seinen Lehren zu jener politisch-moralischen Wiedererneuerung, die die großen Männer des Risorgimento vergebens erhofften, dann sind seine Opfer nicht umsonst gewesen und der materielle Schaden bei einer jugendkräftigen und aufstrebenden Nation, wie der italienischen, nicht unerseßlich. Denn das, was zusammengebrochen ist, ist ja im Grunde nur die Politik, die geboren war aus der Mischung von feiger Schwäche und schlechtem Gewissen, die zu ihrer Durchführung der Vergewaltigung aller konstitutionellen Gewalten, auf denen der Staat beruhte, bedurfte, die zum Schaden des italienischen Volkes und seines natürlichen deutschen Verbündeten allein den geborenen Feinden Italiens nützte, und die im tiefsten gegen die großen Prinzipien verstieß, auf denen Cavour, der Gründer des modernen Italiens, dieses hatte aufbauen wollen, die Prinzipien der Nationalität, der Einheit und der Freiheit.

Angenommen, die italienischen Pläne wären zu erfolgreicher Durchführung gelangt, welches wären dann die Folgen gewesen?

1. Durch die Erwerbung der irredentistischen Provinzen hätte Italien die Grenzen des geschlossenen Nationalstaates überschritten und seine nationale Einheit durchbrochen. Denn Südtirol ist zum Teil von Deutschen und die übrigen beanspruchten Gebiete beinahe ganz von Slawen bewohnt. Die Italiener sind hier niemals mehr denn handeltreibende Kolonisten in slawischem Lande gewesen. Sie blieben auf die Städte beschränkt, und auch aus diesen werden sie heute durch den natürlichen kulturellen Aufstieg der Slawen verdrängt.

Bei seinem nationalen Charakter ist der italienische Staat nicht wie Oesterreich-Ungarn imstande, fremde Volkskörper in seinem Innern zu dulden: die Einverleibung jener fremden Elemente hätte also zu ihrer Unterdrückung und zum Entstehen einer umgekehrten Irredenta geführt. Die Vorgänge in Rhodos, wo die Griechen trotz aller schönen Versprechungen von den Italienern national drangsalirt werden, reden da eine allzu deutliche Sprache. Es ist aber klar, daß Italien sich mit einer solchen Politik gerade mit der Idee, auf der der eigne Staat beruht, in Widerspruch bringt.

2. Selbst die begeistertsten Anhänger des Nationalitätsprinzips in Italien, Cavour und Crispi, haben es offen ausgesprochen, daß das „Nationalitätsprinzip, so groß auch sein idealer Gehalt sein möge, niemals das allein konstituierende Prinzip der europäischen Staaten sein könne“, daß es vielmehr seine Grenze

finden müsse an der Frage der absoluten Notwendigkeit für das Bestehen des eignen Staates und an der Achtung der Lebensinteressen der benachbarten Staaten. Andernfalls wäre das Nationalitätsprinzip das revolutionärste Prinzip in Europa.

Für das von drei Seiten vom Meere umspülte Italien ist nun die Herrschaft über das Adriatische und Ägäische Meer keine absolute Notwendigkeit: für Oesterreich-Ungarn oder für Griechenland und die Türkei ist sie eine Lebensfrage. Die Besetzung der österreichischen Häfen und der griechischen Inseln hätte die Völker dieser Staaten in kommerzielle Abhängigkeit von Italien gebracht. Sie wären Ausbeutungsobjekt für den italienischen Handel, der aus sich heraus nur geringe Expansionskraft besitzt, geworden und ihrer ökonomischen Freiheit in hohem Grade verlustig gegangen.

Niemand hat diese Gedanken klarer ausgedrückt als Sidney Sonnino in seinem in der „Rassegna Settimanale“ (29. Mai 1881) erschienenen Artikel: „Der Besitz von Triest ist für Oesterreich-Ungarn von höchster Wichtigkeit; dieses würde bis zum Äußersten kämpfen, ehe es auf diesen Hafen verzichtete. Ferner ist Triest der geeignetste Hafen für das ganze deutsche Gebiet. Triests Bevölkerung ist gemischt, wie alle Bevölkerungen an der Grenze. Die Forderung Triests als Recht wäre eine Uebertreibung des Prinzips der Nationalität, ohne ein wirkliches Interesse für unsre Verteidigung zu haben. Trient dagegen ist italienisches Land und würde eine Vervollkommenung unsrer Verteidigung darstellen, ohne für Oesterreich die Bedeutung von Triest zu besitzen. Aber die Interessen, die wir in Trient haben können, sind zu klein im Vergleich zu denen, die in unsrer Freundschaft zu Oesterreich enthalten sind.“

3. Auch vom Gesichtspunkt der natürlichen geographisch-strategischen Einheit war die hyperirredentistische und imperialistische Politik Italiens ein Fehler. Der Begriff der natürlichen Grenze ist an sich völlig unbestimmt: die Italiener hatten, unbekümmert um gewichtige Einwände, die man gegen ihre Auffassung erheben konnte, die adriatische Wasserscheide als natürliche Grenze ihres Landes angesehen. Selbst wenn diese Ansicht wissenschaftlich zu Recht bestände, der Gewinn dieser Grenze wäre für Italien eher ein Nachteil denn ein Vorteil gewesen. Statt wie heute auf einer verhältnismäßig kleinen Front, hätte die italienische Armee in Zukunft auf der ungeheuer langen Linie vom Brenner bis nach der Bucht von Cattaro aufgestellt werden müssen, um das italienische Gebiet gegen die von ihrem Meere abgedrängten Völker zu verteidigen. Italien hätte den Rücken nicht frei bekommen für eine große Politik auf dem Mittelmeer, auf dem seine Zukunft liegt.

4. In Wirklichkeit müssen bei der Aufstellung der „natürlichen“ Grenze neben rein geographischen auch historische und ökonomische Gesichtspunkte beobachtet werden. Südtirol wie Triest, die mit Oesterreich so lange historisch verbunden sind — Triest hat sich vor 500 Jahren aus Feindschaft gegen Venedig freiwillig unter Oesterreich gestellt —, Südtirol und Triest wären durch die

Annexion durch Italien ökonomisch ruiniert gewesen. Die Trentiner Weinbauern, von Oesterreich durch die Zollgrenze abgetrennt, hätten nach dem weinreichen Italien kein Absatzgebiet besessen, und Triest wäre nach dem Verlust seines österreichischen Hinterlandes zu einem Hafen vom Range Anconas herabgesunken.

5. Völlig phantastisch und auf der Verleugnung der geographischen Verhältnisse beruhend waren die handelspolitischen Pläne Italiens auf dem Balkan. Schon Crispi hatte dies eingesehen. Als Bismarck ihm Albanien anbot, antwortete er mit der Frage: „Cosa ne facciamo?“ („Was fangen wir damit an?“) Seine Politik war es, auf dem Balkan fingierte Interessen zu betonen, um gegen ihre Aufgabe von Oesterreich die strategische Grenze, das Trentino und den Sponzo, zu erhalten. Reale Absichten auf dem Balkan lagen seinem scharfen Blicke fern. Denn alle Gebirge verlaufen dort mit der Adriaküste parallel, d. h. der Balkan ist von Oesterreich ebenso leicht wie von Italien schwer zugänglich. Die italienische Industrie konnte schon wegen der viel höheren Frachten mit der österreichischen niemals erfolgreich konkurrieren. Die Erfahrung, die die Italiener in dem montenegrinischen Hafen Antivari mit ihrer Kleinbahn nach dem Skutarisee gemacht haben, hätte sie vor weiteren Experimenten abschrecken sollen. Obwohl sie Montenegro zur Erbitterung seiner Einwohner ökonomisch ausbeuteten, rentierte sich die italienische Hafen- und Bahngesellschaft schlecht: die Kosten für den Bau der Anlagen waren infolge der örtlichen Schwierigkeiten viel zu hoch gewesen.

Wie man sieht: es handelte sich um eine für Italien unnatürliche Politik, die auf die Unterdrückung und Ausbeutung fremder Nationen hinauslief und die dem Lande in moralischer, politischer und finanzieller Hinsicht auf die Dauer noch weit größeren Schaden gebracht hätte als der heute verlorene Krieg.

Für ihre innere Unwahrscheinlichkeit gibt es keinen deutlicheren Beweis als die Vorgänge, die sich während der zehnmonatigen Neutralität in der italienischen Öffentlichkeit abgepielt haben. Die geschmacklosen Witze und barbarischen Zeichnungen der sog. Witzblätter, die von krankhaftem Größenwahn und böseartiger Verleumdung strotzenden Zeitungsartikel, die von politischer Lyrik und theatralischer Rhetorik erfüllten Reden, die bald kindischen,¹⁾ bald brutal-gewalttätigen Demonstrationen, die delirierenden Versammlungen und endlich das ekel-erregende Erscheinen des vom Auslande bezahlten poetischen Zuhälters an der Spitze der Nation der Renaissance und des Risorgimento — dies alles mußte in einem die Dinge mit der Ruhe eines Naturforschers betrachtenden fremden Beobachter die Vorstellung erwecken, als stehe er vor einem „in einer seltsamen Mischung von Narretei und Scheußlichkeit brodelnden Hergetessel“ (Otto Röse,

1) Wie kindisch sie vielfach waren, dafür nur ein von mir erlebtes Beispiel. Am 17. Mai passierte eine Demonstration unter wilden Rufen: „Abbasso l'Austria! Abbasso la Germania!“ die Cavourbrücke in der Dämmerung, als gerade der Mond aufging. Da rief einer der Demonstranten: „Abbasso la Mezzaluna!“ (Halbmond = Türkei), worauf dann die ganze Masse wie besessen den Mond anschrrie: „Abbasso la Mezzaluna! Abbasso la Mezzaluna!“

Im Römischen Hergentessel). Niemals ist ein Volk in einer so poffenhaften und karnevalistischen Weise in einen großen und gefährlichen Krieg gegangen: es war der Totentanz des Irredentismus.

Aus dieser futuristisch-nebelhaften Atmosphäre hysterischer Schwarmgeisterei, aus diesem politischen Bacchantentum, das die italienische Politik in eine sentimentale Phraseologie verwandelte, hat der Krieg die Italiener heruntergeholt in die schneidend klare Luft der Wirklichkeit. Mögen die italienischen Zeitungsredaktionen ihre Fenster noch so dicht gegen sie verschlossen halten und nach dem von Voltaire gezeigten Grundsatz seiner Gegner: *Il faut mentir, mes amis, non pas timidement, non pas pour un temps, mais hardiment et toujours*, fortfahren, die Illusion der *Vittoria finale* aufrechtzuerhalten, auf die Dauer wird selbst ihre virtuos ausgebildete Technik gegenüber der immer größer werdenden Schwierigkeit der Aufgabe versagen. Schon heute haben die rauen Tatsachen des Krieges unwiderleglich dargetan, daß Italien, auch mit der halben Welt im Bunde, trotz langer Vorbereitung, trotz der ungeheuersten Anstrengungen und Opfer, sein antiösterreichisches Programm nicht verwirklichen kann. Es ist künftighin nur an der Seite der Centralmächte in der Lage, eine aussichtsreiche Expansionspolitik zu treiben, die für das überbevölkerte Land eine Notwendigkeit ist. Und diese kann nur nach der Seite hin erfolgen, nach der die Natur, die Geschichte Roms, die sozialen Verhältnisse des Landes und die ethnische Zusammensetzung der unteritalienischen Bevölkerung nach den Mahnungen der großen italienischen Staatsmänner des vorigen Jahrhunderts weisen, nach der mittelländisch-afrikanischen. Die italienische Industrie wird, da ihr die einheimische Kohle und das Eisen fehlen, niemals einer großen, vom Auslande freien Entwicklung fähig sein: was Italien not tut, das sind Ackerbauländer für seine überschüssige Bevölkerung, und diese Gebiete sind für Italien nur an der ihm von Frankreich gegen jedes Recht entriessenen afrikanischen Küste von Tunis und Algier zu erwerben. Frankreich, das mit seiner niedergehenden Bevölkerung auf der Hälfte seines heutigen Gebietes leben könnte, das Kolonialpolitik nur aus Luxus, um der Gloire willen treibt, dessen Küsten zu beinahe drei Vierteln nach der atlantischen Seite liegen, hat, wie England, im Mittelmeer nichts zu suchen. Seine gesamte Mittelmeerpolitik der letzten sechzig Jahre beruhte auf der Niederhaltung und Vergewaltigung seiner beiden lateinischen Schwestern, Spanien und Italien. Nachdem sein Plan, Italien durch das Konföderationsprojekt in Schwäche und durch die Okkupation Roms in Abhängigkeit zu halten, mißglückt war, ist es ihm wenigstens im Jahre 1866 durch Vorenthaltung der von Bismarck dem Königreiche zugesagten natürlichen Grenze gelungen, Italien zur ungehinderten Durchführung einer großen Mittelmeerpolitik unfähig zu machen, es durch Lebendigerhaltung des Irredentismus sentimental gegen Oesterreich festzunageln und schließlich den gegenwärtigen für Italien verderblichen Krieg zu entfesseln. Magenta und Solferino hat es sich durch Savoyen und Nizza bezahlen lassen. Eine Schuld Italiens an Frankreich ist also nicht vorhanden, im Gegenteil,

dieses ist jenem für die in diesem Kriege geleisteten indirekten Dienste aufs höchste verpflichtet.

Nur auf diesem Wege kann Italien das fehlende Gleichgewicht gegen Oesterreich wiederherstellen, wenn dieses überhaupt für die realen Interessen notwendig ist. Denn die Centralmächte haben, nachdem die zwischen Oesterreich und Italien schwebenden Fragen durch den jetzigen Konflikt endgültig entschieden worden sind, zu ihrem früheren Alliierten keine schwerwiegenden Interessengegenstände mehr. Deutschland, das sich selbst während des Krieges als die stärkste Stütze der italienischen Unabhängigkeit erwiesen hat, muß von seinem rein realpolitischen, von dem Sentiment der Sympathie und Rache freien Standpunkt her wünschen, daß Italien gegen England und Frankreich so stark sei wie nur möglich. Niemand hat diese auf konstanten politisch-geographischen Faktoren beruhende Solidarität besser zum Ausdruck gebracht, als Bismarck in seinem bekannten Briefe an Mazzini, und niemand ist von ihr mehr überzeugt gewesen als letzterer, der Vater der italienischen Demokratie. „Ich halte einen Bund Italiens mit Frankreich gegen Preußen, das uns Venetien gegeben hat, für ein Verbrechen, das unsrer jungen Fahne einen unauslöschlichen Flecken aufdrücken würde,“ schrieb er am 17. November 1867 an Bismarck.

Und was Oesterreich anbetrifft, so gibt es schon wegen seiner inneren Verfassung keinen friedfertigeren Staat und für Italien besseren Nachbar. Seine Ziele liegen, nachdem es seine Existenz durch Vernichtung des Panislamismus auf dem Balkan und durch die erfolgreiche Verteidigung seines einzigen Zuganges zum Meer gesichert hat, einzig und allein auf dem Gebiete der inneren Politik, in der Erschließung der natürlichen Reichthümer seines Landes und in dem Ausgleich zwischen seinen zwölf Nationalitäten. Seine große historische, von Italien vertannte Aufgabe ist es, diesen die Teilnahme am Leben eines Großstaates und die freie Ausbildung ihrer nationalen Eigenart zu gewährleisten. Den Weg nach Saloniki hat es sich durch Großbulgarien verlegen lassen, und es hat niemals daran gedacht, die Zahl seiner inneren Schwierigkeiten noch durch die Wiedereroberung von Venetien zu vergrößern. Seine Politik gegen Italien war eine rein defensive, und Ideen, wie die Wiederherstellung des Kirchenstaates und Zertrümmerung Italiens, bestanden nur in der böswilligen Phantasie italienischer Journalisten.

Es kann heute, nachdem es seine Stärke Italien gegenüber erwiesen und die Treue seiner italienischen Untertanen erprobt hat, diesen ruhig alle jene Privilegien geben, die mit der Einheit der Monarchie und den Rechten der andern Nationalitäten vereinbar sind: es braucht die Erdrosselungspolitik der französischen Republik gegen das Italienertum in Nizza und Tunis nicht nachzuahmen.

Ist aber die irredentistische Frage auf Grund des historischen und nationalen Rechtes gelöst, dann darf man vielleicht auf den Tag hoffen, da Italien zu der Politik Cavour's und Crispi's zurückkehren und sich wieder zu dem Satze belehren wird, der in einem von dem jetzt verstorbenen Admiral der italienischen

Flotte, Bettolo, mit einer Einleitung versehenen, im Juni 1914 erschienenen Buche zu lesen ist:¹⁾

„Wenn Oesterreich nicht wäre, müßte es erfunden werden. Diese alte Monarchie, die trotz aller Prophezeiungen alle Niederlagen überstanden hat, ist heute mehr denn je für das europäische Gleichgewicht notwendig. Ihr Verschwinden wäre auch für uns ein schreckliches Unglück.“

Es sind Worte, die das wiederholen, was Sidney Sonnino schon vor dreißig Jahren mit unübertrefflicher Schärfe des Blickes ausgesprochen hatte: „Die Freundschaft mit Oesterreich-Ungarn bedeutet für uns die freie Verfügung über alle unsere Kräfte zu Wasser und zu Lande: sie bedeutet für uns — es ist unnütz, sich einer Täuschung darüber hinzugeben — die Geltung unserer Stimme im europäischen Konzert. Ist das von unserer Seite eine ernste Politik, die auf jeden Einfluß im Räte Europas verzichtet, um hinter dem Erwerb der irredentistischen Provinzen herzulaufen, der für uns kein großes Interesse darstellt? Wenn wir etwas in Europa gelten wollen, dann beginnen wir damit, selber erst einmal ernsthafte Leute zu werden und uns zu überzeugen, daß es eine kindische Politik ist, die uns zur Ohnmacht verdammt und nur das einzige praktische Objekt hat, die Mißhelligkeiten zu Oesterreich aufrechtzuerhalten. Die Freundschaft zu Oesterreich ist für uns eine unerläßliche Bedingung für eine zielbewußte und tätige Politik; pflegen wir sie also mit aller Sorgfalt“ (Chialla, *Pagine di Storia Contemporanea* III, 21).

Kommt aber diese Erkenntnis, die Marco Minghetti als einen „Triumph der politischen Klugheit und Vernunft über die Gewalt und als ein glänzendes Beispiel von „Civiltà“ bezeichnet hat, den Italienern trotz aller bitteren Erfahrung nicht, so antworten wir gelassen mit den Worten Mazzinis:

„Se no, no!“²⁾

Und fügen in Anlehnung an einen Ausspruch Crispiis hinzu:

„Italia faccia la sua via. Non fu nostra la colpa, se le sorti del popolo Italiano si precipiteranno.“³⁾

¹⁾ Vico Mantegazza, *L'Impero del Mediterraneo*.

²⁾ Wenn nicht, dann nicht!

³⁾ Italien gehe nur seinen Weg. Es war nicht unsere Schuld, wenn die Geschicke des italienischen Volkes dem Abgrund entgegenrutschen.

Petersburg vor vierzig Jahren

Von

A. v. Brauer

(Schluß)

Die Hauptkraft der Dritten Abteilung lag in ihrer Befugnis, unliebsame Personen „auf administrativem Wege“ nach Sibirien zu verschicken. Also ohne richterliche Mitwirkung, rein nach Gutdünken der Polizeibehörde. Wer eines politischen Vergehens beschuldigt war, wurde zwar in der Regel vor die Gerichte gestellt. Aber eine gerichtliche Freisprechung machte ihn noch lange nicht frei. Blieb er der Dritten Abteilung verdächtig, so empfing der Gendarm den Freigesprochenen vor der Türe des Gerichtssaals. Er verschwand in Sibirien.

So erging es namentlich den Nihilisten. Im Jahr meiner Ankunft fand der erste Nihilistenprozeß vor den Gerichten statt. Die Untersuchung hatte sich auf 3800 Personen erstreckt, aber „nur“ 193 wurden unter Anklage gestellt. Nach dreijähriger Untersuchung wurden 35 zu Zwangsarbeit oder Ansiedelung in Sibirien verurteilt. Die übrigen wurden gerichtlich außer Verfolgung gesetzt, größtenteils aber dennoch „administrativ“ nach Sibirien verschickt. Unter ihnen das Fräulein Perowsta, das später von dort entfloß, an der Ermordung des Kaisers Alexander Anteil hatte und demnächst durch den Strang hingerichtet wurde.

Noch mehr Aufsehen machte die Tat der Wera Cassulitsch. Diese junge Dame aus guter Familie beschloß, den Petersburger Polizeihauptmann, General Trepow, zu erschießen, weil er einen ihr bekannten Nihilisten im Gefängnis hatte prügeln lassen. Sie begab sich zum General, überreichte ihm ein Papier und schoß auf ihn, während er las. Er trug eine nicht unerhebliche Verwundung davon.

Die Verbrecherin wurde dem Geschworenengericht überwiesen und — freigesprochen! Das zahlreiche Publikum aus der höheren Gesellschaft klatschte Beifall. So wenig erkannte man damals noch den Ernst der Lage. Man freute sich harmlos über jede Schlappe, die die Regierung erlitt. In der gefährlichen Stimmung jener Zeit scheuten sich anständige Leute von freierer Anschauung nicht, der allgemeinen Unzufriedenheit durch Teilnahmebezeugung mit Mördern Ausdruck zu geben. Gehörte es doch zum guten Ton, über alle bestehenden Einrichtungen schonungslos abzuurteilen. Es war nicht verwunderlich, daß diese Stimmung in den mittleren und unteren Klassen bedenkliche Früchte zeitigte.

Die Tat der Wera Cassulitsch bezeichnet den Anfang der Herrschaftszeit des Nihilismus. Von da bis zur Ermordung des Kaisers Alexander und noch in die ersten Regierungsjahre seines Nachfolgers hinein waren die Nihilisten und ihre Anschläge der Schrecken der russischen Gesellschaft, die Verzweiflung des armen Kaisers, der Angelpunkt, um den sich die ganze innere Politik drehte.

Die verbrecherischen Thaten folgten jetzt rasch aufeinander. Am 16. August 1878 wurde der Chef der Dritten Abteilung, der gefürchtete General Graf Mesenzow, auf offener Straße und am hellen Tage von einem Nihilisten mit langem Messer umgebracht. Der Mörder entkam. Man sah ihn auf einem herrschaftlichen Einspänner in saufender Fahrt davoneilen.

Am Ostermontag des folgenden Jahres wurden auf den Kaiser selbst vier Revolvergeschüsse abgegeben, glücklicherweise ohne zu treffen. Noch am gleichen Tage wurde auf den Gendarmeriegeneral Schmidt ein Anschlag verübt. Im Herbst desselben Jahres wurde auf Mesenzows Nachfolger, General v. Drentelen, geschossen. Er wurde nur leicht verwundet. Der Täter, Mirski, ein hübscher junger Mann von guter Erziehung, der sich, angetan mit tadellosem Frack und weißer Binde, vor dem Kriegsgericht gewandt und nicht ohne Würde verteidigte, wurde zum Tode verurteilt. Damals war bereits General Gurko vom Kaiser mit diktatorischer Gewalt zur Niederwerfung des Nihilismus betraut worden. Er hatte die Schwäche, den Mörder zu begnadigen. — Zur selben Zeit wurde bei Moskau der Versuch gemacht, den Zug in die Luft zu sprengen, in dem der Kaiser aus Livadia zurückkehrte. Man hatte zum Glück den vorausfahrenden kaiserlichen Gepäckzug getroffen.

Am 17. Februar des folgenden Jahres fand die merkwürdige Explosion im Winterpalais statt. Eben wollte sich die kaiserliche Familie mit dem vor einer Stunde eingetroffenen Prinzen Alexander von Hessen zu Tisch setzen. Das erste fürstliche Paar hatte die Türe des Speisesaals gerade erreicht, als ein furchtbarer Knall die Luft erschütterte. Der Boden des Saales war mit Tischtisch, Stühlen und Geräten in der Tiefe verschwunden. Wäre der Ausbruch eine Minute später erfolgt, wären Kaiser und Gäste schwerlich mit dem Leben davon gekommen. Die Urheber des Anschlags sind meines Wissens nicht ermittelt worden.

General Gurko hatte sich als unfähig erwiesen, der Nihilistenthrannei ein Ende zu machen. Und der Kaiser hatte den Mut verloren, die Verantwortung für die Ausführung der jetzt allgemein als notwendig erkannten Gewaltmaßregeln selbst zu übernehmen. Man rief nach dem „starken Mann“. Den glaubte man in dem bisherigen Generalgouverneur von Charlow, General Loris Melikow, gefunden zu haben. Man holte ihn nach der Hauptstadt und bekleidete ihn mit unbefchränkten Machtbefugnissen. Er sollte nicht bloß, wie Gurko, Diktator von Petersburg sein, sondern als „Chef der höchsten Exekutivkommission“ ganz Rußland beherrschen. Der Kaiser stellte ihm die Aufgabe, der Revolution Herr zu werden. Mittel und Wege sollten völlig seine Sache sein.

Melikow suchte zunächst das Vertrauen der erschreckten und geängstigten Einwohner Petersburgs durch große Aufgebote von Polizei und Truppen wiederherzustellen. Man stieß jetzt überall in der nächtlichen Schneestille auf starke Kavallerieposten und Infanterieabteilungen, die bald ein ganzes Stadtviertel, bald einzelne Gebäude besetzt hielten. Kosaken mit ihren langen Lanzen, Dragoner mit schußbereiten Karabinern ritten lautlos über den Schnee, oft

Hunderte verhafteter Leute aller Stände mit sich führend. Wer nicht sehr notwendig draußen zu tun hatte, blieb mit der sinkenden Nacht hübsch zu Hause. Viele wohlhabende Leute fühlten plötzlich das dringende Bedürfnis, nach dem Ausland zu reisen.

Neben rücksichtsloser Tatkraft wußte sich der neue Diktator doch zugleich den Anschein eines liberalen Ideen zugeneigten Mannes zu geben. Unter dieser Maske setzte er beim Kaiser durch, daß der allgemein unbeliebte General Drentelen beseitigt und die Dritte Abteilung unter seine Leitung gestellt wurde. Dies machte überall guten Eindruck. Der „liberale Akt“ hatte aber für ihn den großen Vorteil, daß er den gewaltigen Polizeiapparat unmittelbar in seine Hand bekam und damit erst tatsächlich unumschränkter Machthaber wurde.

Indessen die Aufgabe der Unterdrückung des Nihilismus konnte der Bieltgewandte doch nicht lösen. Er war noch keine drei Tage im Amt, als schon von einem Nihilisten auf ihn geschossen wurde. Er trug eine leichte Verwundung am Fuß davon. Zwei Tage später baumelte der Täter am Galgen.

Auch die zahlreichen geheimen Druckereien zu entdecken, die das ganze Reich mit Flugschriften aufrührerischen Inhalts überschwemmen, ist dem Diktator nicht gelungen. Nach jedem Mordanschlag und nach jeder Hinrichtung erschienen nach wie vor „Proklamationen“ des geheimen „revolutionären Exekutivkomitees“, die in bombastischer Sprache verkündeten, weshalb dieser oder jener Würdenträger vom Komitee „zum Tode verurteilt“ worden sei, oder mit neuen Anschlägen wegen der Hinrichtung der „Brüder“ drohten. Die auf dünnem Papier schlecht gedruckten Kundgebungen trugen stets das „Wappen“ des Komitees: Dolch und Revolver gekreuzt. Sie wurden in großer Zahl verbreitet und auch den fremden Gesandtschaften zugesandt. Man fand die Drucksachen des Morgens im Hausflur; oft wurden sie auch als geschlossene Briefe durch die kaiserliche Post befördert. Unter den Postbeamten waren offenbar Gefinnungsgenossen.

Im November 1880 wurde die Dritte Abteilung endgültig unter das Ministerium des Innern gestellt. Sie hörte für immer auf, ein von der Regierung unabhängiges Dasein zu führen. Presse und Publikum begrüßten die Maßnahme fast so freudig wie seinerzeit die Aufhebung der Leibeigenschaft. Aber Spionage und Willkür waren darum noch lange nicht aus der russischen Welt verschwunden!

*

Die Dinge im Orient entwickelten sich damals keineswegs nach den russischen Wünschen. Schon die Entthronung des Sultans Abd ul Afis (30. Mai 1876) war für Rußland unerfreulich. Sie brachte Midhat-Pascha ins Großwesirat. Dieser fähige Staatsmann war Rußlands entschiedenster Gegner. Aus dem „bißchen Herzegowina“, wie Bismarck im Reichstag sagte, hatte sich zunächst der Krieg Serbiens und Montenegros gegen die Türkei entwickelt. Geschürt von den über ganz Rußland verbreiteten panslawistischen Komitees, unter nachsichtiger Duldung des alten Gortschalow, begann eine große Erregung sich der russischen Massen in Moskau und im Innern des Landes zu bemächtigen.

Russische Freiwillige eilten in hellen Scharen nach Serbien. Ein russischer General (Tschernajew) befehligte die serbischen Streitkräfte. Freilich mit wenig Erfolg. Sie wurden von den Türken mehrfach auf's Haupt geschlagen. Dadurch stieg noch die Aufregung in Rußland und die Teilnahme für die „unterdrückten Brüder“. Schließlich konnte auch der Kaiser der zunehmenden kriegerischen Stimmung nicht widerstehen, so wenig er selbst von ihr befeelt war. Ein Ulaß vom November 1876 befahl, sechs Armeekorps in Kriegsbereitschaft zu setzen. Aber erst im folgenden Frühjahr, nachdem die Pforte die demütigenden Forderungen des Londoner Protokolls abgelehnt hatte, wurde der Krieg erklärt. Die Panlawisten hatten über die Bemühungen der Mächte den Sieg davongetragen. Rußland konnte getrost gegen die vereinsamte Türkei ins Feld ziehen; denn durch eine geheime Abmachung hatte es sich der Neutralität Oesterreich-Ungarns versichert.

Während es im übrigen Rußland gärte und kochte, ging in Petersburg alles seinen gewohnten Gang. Die Kriegserklärung hatte hier weder Aufregung noch Begeisterung ausgelöst. Erst als es sich im Lauf des Sommers herausstellte, daß man die Kriegstüchtigkeit der streitbaren Osmanen doch sehr unterschätzt hatte und nun auch die Garde ins Feld nachrücken mußte, bekam die Sache auch für die Petersburger Bedeutung. Daß die unbekannten und gleichgültigen Provinztruppen die Türken schlagen sollten, hatte man in Ordnung gefunden. Aber es erschien doch ungemütlich, daß die schönen Garderegimenter, in denen der Adel seine Söhne als Offiziere und der Mittelstand als „Einsjährige“ stecken hatte, jetzt auch in den Kampf ziehen sollten. Man fühlte in Petersburg nun erst den Krieg am eignen Fleisch. Als noch die Landwehr einberufen wurde, verloren viele Häuser ihre Pfortner und Hausknechte. Das war doch recht unbequem. Der Krieg, dem man in der „unrussischen“ Hauptstadt von Anfang an kühl gegenübergestanden hatte, verlor vollends jede Beliebtheit.

Ich hatte der Abfahrt mehrerer Gardelavallerieregimenter am Bahnhof zugegesehen. Die Verladung der Pferde ging rasch und pünktlich vonstatten. Aber es herrschte bei Offizieren wie Mannschaft eine gedrückte Stimmung, die mich merkwürdig berührte, wenn ich an den hellen Jubel und die Begeisterung dachte, mit der unsre Regimenter sieben Jahre früher über den Rhein gezogen waren. Hier dagegen war weder Kriegslust noch Siegeszuversicht zu verspüren. Man hörte keine Jubel- oder Hurrarufe, weder bei den Abfahrenden noch bei den Zurückbleibenden. „Wie Gott will,“ sagten die Soldaten ergeben und bekreuzten sich.

Der Krieg verlief bekanntlich nicht so bequem und nicht so siegreich, als die Kriegsheger erwartet haben mochten. Wie gewöhnlich hatte der Russe die Kraft seines Gegners unterschätzt und seine eignen Schwächen und Mängel leicht hin übersehen, die dann während des Krieges sich gründlich offenbarten. So war es früher im Krimkrieg gewesen, so war es später im russisch-japanischen und so ist es auch im gegenwärtigen Weltkrieg. Erst mit Hilfe des rumänischen Heeres, dessen Beistand man anfangs hochmütig abgelehnt hatte, konnte man

endlich Plewna bezwingen und bis San Stefano vorrücken, mußte sich aber auf dem Berliner Kongreß einen erheblichen Teil der Kriegsziele von Europa beschneiden lassen.

Nach dem Kongreß trat mählich der Umschwung ein in den russisch-deutschen Beziehungen und in der Stimmung gegenüber dem Deutschtum. Noch hielt freilich das amtliche Rußland mehr oder minder ehrlich an der deutschen Freundschaft fest. Man wußte sehr wohl, daß der Zar für die „neue Richtung“ noch nicht gewonnen war und auch schwerlich gewonnen werden würde. Wenn hohe fürstliche Besuche aus Deutschland kamen, werden sie in der lebenswürdigen Aufnahme gegen früher kaum einen Unterschied gefunden haben. Abordnungen preussischer Regimenter, die zu irgendeinem Feste nach Petersburg kamen, wurden in den Offiziermessen der russischen Garde immer noch als „Waffenbrüder“ gefeiert und nicht minder stürmisch begrüßt, als in späteren Jahren die französischen Abordnungen. Es gab noch viele „echte“ Russen, die ehrlich die Verdienste der Balten und anderer Deutschen um die Kulturentwicklung Rußlands anerkannten und den zunehmenden Deutschenhaß verwarfen und für schädlich hielten. Aber wie in der Politik, besonders durch Gortschatows Schuld, das alte Vertrauen nicht mehr bestand und die „Mißverständnisse“ sich mehrten, so fing auch die öffentliche Meinung an, mehr und mehr gegen Deutschland Uebelwollen zu zeigen. Die Presse ward immer ausfallender und heftiger in ihrer Sprache. Die sonst so eifertige Zensur sah sich nicht bemüht, dagegen einzuschreiten. Der Kaiser war alt und kränklich geworden. Man begann seine Augen auf den Thronfolger zu richten, von dem man zu wissen glaubte, daß er der russischen Staatskunst eine entschieden antideutsche Färbung geben werde. Die Pan-slawisten und Slawophilen gewannen an Bedeutung. Sie waren grundsätzliche Gegner des Deutschtums, und die Verhältnisse erleichterten ihnen die Wühlarbeit. Denn die vielen Russen aller Stände, die im Staatsdienst oder im Wirtschaftskampf einem fleißigeren oder geschickteren Deutschen hatten nachstehen müssen, waren nur zu geneigt, in den Ruf der Heßblätter einzustimmen, daß alles Unglück, das seit Peters Zeiten über Rußland gekommen, lediglich den Deutschen zu danken sei, diesen Strebern, Ausländern und Ausbeutern, deren verderblichen Einfluß man brechen müsse. Es waren in dieser Strömung manche verwandte Wesenszüge mit dem damals in Deutschland aufgekommenen Antisemitismus. Ähnliche Ursachen und ähnliche Wirkungen.

Diese deutschfeindliche Gesinnung in den herrschenden Schichten der russischen Gesellschaft war natürlich nicht über Nacht gekommen, hatte sich vielmehr sehr allmählich vorbereitet und erlangte überhaupt erst unter den Nachfolgern Alexanders II. gefährliche Bedeutung und praktische Wirksamkeit. Es bedurfte noch jahrzehntelanger eifrigster Heßereien, ehe die russische Volksseele bis zum Verfolgungswahnsinn von 1914 erhitzt und ein russischer Zar bis zur Umtaufe seiner Hauptstadt gebracht werden konnte!

Der unglückliche Mordanschlag vom 13. März 1881, der dem Kaiser Alexander II. das Leben kostete, ist oft erzählt worden. Die Einzelheiten sind

so bekannt, daß ich sie um so mehr übergehen kann, als ich doch nur nach Mitteilungen andrer berichten könnte.

An jenem Sonntag — der 1. März nach dem russischen Kalender — schien bei geringer Kälte eine behagliche Sonne vom Himmel. Auf der Eisbahn im Tuffupowgarten fand ein vielbesuchtes Schlittschuhfest statt. Plötzlich brach mitten in einem fröhlichen Walzer das Spiel ab. Die Militärmusiker packten eilig ihre Instrumente zusammen und liefen weg. Man hörte das Gerücht, es sei wieder einmal auf den Kaiser geschossen worden. Mehr konnte ich im Garten nicht erfahren. Ich fuhr rasch nach der Botschaft, wo man den traurigen Ausgang schon kannte. Der Botschafter war sofort ins Winterpalais gefahren; ich eilte auf den großen Platz vor dem Schlosse. Eine ungeheure Volksmenge war hier versammelt. In musterhafter Ordnung und ehrfürchtiger Stille standen die Leute Kopf an Kopf dicht gedrängt und starrten nach den Fenstern des Schlosses. Gegen 4 Uhr senkte sich die Kaiserflagge auf Halbmast. Der Kaiser hatte ausgelitten. Alle Männer entblößten ihre Köpfe und betrauerten sich. Tausende fielen auf die Knie, viele weinten bitterlich, andre sprachen laute Gebete. Es war ein ergreifender Anblick, dieses in echten Schmerz versunkene Volk, das sonst so harmlos fröhlich sein konnte.

Die Einzelheiten der traurigen Begebenheit gingen von Mund zu Mund und wurden rasch allgemein bekannt. Namentlich hörte man mit schmerzlichem Bedauern, daß der Kaiser wahrscheinlich gerettet worden wäre, wenn er nach dem ersten Bombenwurf dem Rat seines alten Leibkutschers gefolgt wäre, der ihm flehentlich zurief: „Bleib sitzen, Väterchen, ich bring dich sicher ins Winterpalais!“ Aber der Kaiser stieg nach der ersten Explosion aus dem Wagen und gab nun erst dem zweiten Verschworenen Gelegenheit, ihm eine Bombe gerade vor die Füße zu werfen.

Schon am andern Tage fand man überall die übliche Kundgebung des nihilistischen Exekutivkomitees. Sie trug die Ueberschrift: „An Europa!“ und verkündete in frecher Sprache die erfolgte „Hinrichtung“ des „Verräters Alexander“.

Aber die Stadt blieb ruhig. Kleine Versuche aufrührerischer Putzche wurden überall leicht und ohne Aufsehen unterdrückt. Es fehlte offenbar die Leitung. In der That war es Boris Melikow in den letzten Tagen gelungen, die führenden Köpfe der revolutionären Bewegung dingfest zu machen, besonders Scheljadow, den man wohl mit Recht als das Haupt der Terroristenpartei ansah. Nirgends stieß man auf Widerstand, als schwarze Herolde in mittelalterlicher Tracht, gefolgt von Abteilungen der Chevaliers-Gardes, durch die Straßen zogen und auf allen Plätzen und an verkehrreichen Straßentkreuzungen den Tod des zweiten und die Thronbesteigung des dritten Alexander verkündeten.

Der Prozeß gegen die Mörder begann am 9. April vor der „besonderen Behörde zur Aburteilung von Staatsverbrechen“. Sie war aus Mitgliedern des dirigierenden Senats gebildet. Angeklagt waren vier Männer und zwei

Frauen. Nach dreitägiger Verhandlung wurden sie zum Tode durch den Strang verurteilt.

Die Angeklagten waren alle in der Hauptsache geständig und entwickelten in ruhiger Sprache ihre unreifen und unheimlichen kommunistischen und anarchistischen Anschauungen. Mit Stolz verkündete Scheljabow, daß sich sieben- undvierzig Mitglieder der Partei freiwillig zum Raismord gemeldet hätten, aus denen die Angeklagten ausgewählt worden seien.

Die Hinrichtung erfolgte wenige Tage später auf den Wällen der Festung, für das Volk in der Ferne sichtbar. Der Henker machte wie gewöhnlich seine Sache schlecht. Er soll betrunken gewesen sein. Bei mehreren hatte er den Knoten ungeschickt geschlungen und mußte lange am Körper zerrn, um ihn zur Erstickung zu bringen!

Wenige Wochen später wurde ich von Petersburg abberufen. In den sechs Jahren meines dortigen Aufenthalts hatte sich die Lage Rußlands von Grund aus verändert. Bei meiner Ankunft stand es auf dem Gipfelpunkt seiner inneren Entwicklung und Machtfülle nach außen; eine glückliche Zukunft schien ihm zu winken. Einige gute Getreideernten, die Fertigstellung tief ins Innere reichender Eisenbahnen, ein zwanzigjähriger äußerer und innerer Frieden hatten den Wohlstand mächtig gefördert, kluge Reformen die Zufriedenheit mit den bestehenden Zuständen gemehrt. Da kam der russisch-türkische Krieg, der das mühsam errungene Gleichgewicht im Staatshaushalt wieder zerstörte und den Rubel entwertete. Der Berliner Vertrag erhöhte noch die Unzufriedenheit. Es folgte die Schreckensherrschaft der Nihilisten; Mordanschläge reichten sich an Mordanschläge, bis der Kaiser selbst den Terroristen erlag.

Welche Wandlung in den Geschicken eines Volks in diesen kurzen sechs Jahren! Es begann jetzt die Zeit der allmählichen Abwendung der russischen Politik von der deutschen, des zunehmenden Deutschenhasses in der russischen Gesellschaft, des überragenden Einflusses der Panlawisten, der Hinneigung zu Frankreich, die nach Bismarcks Sturz zum förmlichen Bündnis führte, — eine Politik, deren unheilvolle Fehler das russische Volk im gegenwärtigen Weltkrieg zu büßen hat.

Der Weltkrieg, Japan und die amerikanische Union

Von einem österreichisch-ungarischen Diplomaten a. D.

Den schicksalsschweren ersten Augusttagen des Jahres 1914, wo das Unheil des Weltkriegs plötzlich wie mit elementarer Gewalt über unsern Erdteil hereinbrach, war eine langandauernde Periode der Spannung in den Beziehungen der europäischen Staaten vorausgegangen. Seit der Monarchenbegegnung von Reval verallgemeinerte sich das Empfinden, daß der Druck einer schwülen politischen Atmosphäre gefährlich geworden sei. Zu wiederholten Malen schien

die Entladung der drohenden Gewitterwolken unmittelbar bevorstehend; insbesondere aus Anlaß der Annerionskrise und später, nach dem Balkankrieg, stand die Erhaltung des Friedens unter den Großmächten nur auf des Messers Schneide.

Als dann der gigantische Kampf Deutschlands und Oesterreich-Ungarns gegen Rußland, Frankreich, England und deren Satelliten mit überstürzender Raschheit entbrannt war, dachten wohl nur die wenigsten an die Möglichkeit, daß auch die jüngste Großmacht im fernen Osten an dem Krieg teilnehme. Die geographische Lage Japans, ebenso wie der Mangel eines unmittelbaren Interesses dieses Staates an den europäischen Verwicklungen schienen vielmehr die Annahme zu rechtfertigen, daß derselbe ihnen gänzlich entrückt bleiben werde. Diese Erwartung sollte sich aber sehr bald als trügerisch erweisen. Die Regierung des Mikado beeilte sich, durch ihr überraschend an Deutschland gerichtetes Ultimatum die sofortige Räumung von Kiautschou zu fordern, eine Provokation, die selbstverständlich einer offenen Kriegserklärung gleichkam. So rasch das Inselreich sich bereit fand, seine Waffen mit jenen der Entente zu vereinigen, so nichtig waren die Gründe, mit denen die Staatsmänner in Tokio ihren nicht zu gewärtigenden Beschluß zu rechtfertigen versuchten. Der im anglojapanischen Allianzvertrag stipulierte *Casus foederis* lag augenscheinlich nicht vor, denn nach der Lage der Dinge konnte eine Gefährdung des englischen Besitzstandes in Ostasien durch die Zentralmächte keineswegs in Betracht kommen. Auch ist die Bedeutung von Kiautschou, im Vergleich zu jener der ausgedehnten Gebiete, die Japan im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte erwarb — Formosa, Korea, Sachalin und die südliche Mandschurei —, doch nicht groß genug, daß es gestattet wäre, der japanischen Politik lediglich das Motiv nackter Eroberungslust zu unterstellen.

Zugegeben, daß die Blüte der deutschen Niederlassung in China den Japanern ein Dorn im Auge war, weil die Regeneration des Reichs der Mitte, deren verheißungsvolle Anfänge unter deutscher Führung wahrnehmbar wurden, die selbststüchtigen Pläne des Inselstaates zu durchkreuzen drohte, so hatte doch vor allem England ein unmittelbares Interesse daran, daß die Deutschen aus Kiautschou vertrieben werden. Es galt offenbar, sie des Hafens von Tsingtau, ihres einzigen maritimen Stützpunktes im Osten, zu berauben und zugleich der japanischen Flotte die Aufgabe der Sicherung des Seeverkehrs in den von britischen Streitkräften fast entblößten Meeresgebieten zu überweisen. Als dieses Ziel erreicht war, sah sich das Geschwader des Admirals Grafen Spee, sahen sich die „Emden“ und die andern, bereits zum Schrecken der feindlichen Handelsschiffe im Indischen und Pazifischen Ozean gewordenen deutschen Kreuzer einem mehrfach stärkeren Gegner gegenübergestellt; aller Hilfsquellen entbehrend, konnten die exponierten deutschen Kriegsschiffe einem sichern, ihrer Flagge allerdings zur höchsten Ehre gereichenden glorreichen Untergang nicht entgehen.

Die der Geschichte angehörnden Großtaten dieser schwachen Schiffseinheiten lassen ahnen, zu welchen noch viel bedeutenderen Leistungen sie befähigt gewesen

wären, hätte eine gesicherte Flottenbasis wie Tsingtau die fortlaufende Nachschaffung des Bedarfs an Munition, Kohlen und sonstigen Ausrüstungsgegenständen ermöglicht.

Gutes durch Böses vergeltend, hat Japan gerade gegen jene Macht Partei ergriffen, die einen so hervorragenden Anteil an dem geistigen und materiellen Aufschwung des Inselstaates genommen hatte — nicht zuletzt an der imponierenden Entwicklung seiner militärischen Machtmittel — und dem Dreiverband vermöge der Aktion gegen Kiautschou, sowie seither durch Lieferung von Kriegsmaterial, wertvolle Dienste geleistet; dafür hat der Inselstaat zweifellos sich einen entsprechenden Gegenwert gesichert. Ebenso gewiß ist es, daß der japanische Ehrgeiz ungleich weiter gesteckten Zielen nachstrebt, als es die einfache Besitznachfolge in jener Kolonie wäre. Welche Kompensationen die Regierung des Mitado als Entgelt ins Auge gefaßt hat, wird erst in einem späteren Zeitpunkt zu beurteilen sein, aber niemand, der die nüchterne Berechnung japanischer Politiker kennt, kann bezweifeln, daß sie mit Erfolg bemüht gewesen sein werden, sich die entsprechenden Garantien zu verschaffen, damit ihr Land bei dem Geschäft nicht zu kurz komme.

Im Bewußtsein ihrer unverbrauchten Volkskraft, stolz auf das ohne Beispiel dastehende rapide Aufsteigen ihres Landes zur Großmacht und auf die glänzenden Erfolge in zwei siegreichen Feldzügen, dann aber auch in der Erkenntnis des Mißverhältnisses, das zwischen der raschen Zunahme der Einwohnerzahl zu dem heimischen Kulturboden besteht, sind die Japaner von einem je nach Umständen mehr oder minder offen zur Schau getragenen, darum aber nicht weniger ihr ganzes Denken und Sinnen erfüllenden Drang zur Expansion nach außen erfüllt. Der traditionelle Heldengeist des Bushido, welcher bis in die jüngste Vergangenheit, in den Jahrhunderten japanischen Rittertums, den Zweischwertermännern die bedingungslose, wenn erforderlich, bis zur Selbstvernichtung reichende Hingabe des Einzelnen für die Sache des Feudalherrn zur heiligsten, freudig geleisteten Pflicht machte, lebt im modernen Japan ungeschwächt fort. An Stelle der schwärmerischen Anhänglichkeit der waffenfähigen Stammesangehörigen an die einstigen Teilfürsten finden wir heute in allen Schichten der Bevölkerung den glühendsten Opfer Sinn für Kaiser und Reich. Verklärt durch die Literatur wie durch Produktionen der Bühne, wird dieser nationale Enthusiasmus noch besonders wirksam durch die im ganzen Land verbreiteten Aufstellungen von Siegestrophäen gefördert. Kein öffentlicher Garten und Platz, kaum einer der zahllosen Tempelhaine, wo nicht Beutestücke aus den letzten Feldzügen, da eroberte Geschütze aller Kaliber, dort in Gruppen gereichte Hieb- und Stichwaffen, anderswo Sprengstücke von Torpedos oder von Schiffsbestandteilen der Schaulust des Publikums leicht zugänglich wären; häufig sind ganze Klassen der Schuljugend vor diesen Trophäen zu beobachten, die den Erklärungen der sie führenden Lehrer oder Offiziere mit Andacht und Ergriffenheit zuhören. Der Einfluß eines solchen Anschauungsunterrichtes auf das empfängliche Herz der heranwachsenden Generation, als Mittel, um patriotische Begeisterung unter den

künftigen Kriegern zu pflegen und sie vorzubereiten, dereinst der glorreichen Tradition ihrer Vorfahren sich würdig zu erweisen, ist gewiß nicht zu unterschätzen. Auf solche Weise werden Charaktere herangebildet, deren Heroismus den Vergleich mit den leuchtendsten Vorbildern der Geschichte aller Zeiten und Völker nicht zu scheuen braucht. Als Beispiel solchen Heldentums möge folgender Vorfall, der bezeichnend ist für den in der japanischen Wehrmacht herrschenden, zu wahrhaft antiker Größe heranreichenden Geist der Pflichttreue bis zum Äußersten, kurz erwähnt werden.

Ein japanisches Unterseeboot war bei einer Friedensübung infolge eines unglücklichen Zufalls gesunken. Als es — zu spät für die Rettung des Lebens der Besatzung — gehoben werden konnte, fand man den Kommandanten, einen jung verheirateten Offizier, auf seinem Posten, in der erstarrten Hand eine Aufzeichnung, die er bis zu dem von ihm notierten Augenblick, wo zunehmende Atemnot ihm das Weiterschreiben, wie er bemerkt, unmöglich machte, fortgesetzt hatte. Die Notizen, zuletzt mit zitternder Feder zu Papier gebracht, enthalten die an den Kaiser gerichtete Bitte um Verzeihung für den Verlust von Mannschaft und Schiff, einen Appell im Interesse der Familien seiner Leute und eine bis in jedes Detail eingehende Schilderung des Vorfalls, damit wenigstens — so meldet der dem unentrinnbaren, qualvollen Tode unerschrocken ins Auge blickende Held — die von ihm gemachte Erfahrung der kaiserlichen Marine zu Nutzen komme.

Den Beweis, in seiner von solchem Geist erfüllten, dabei auch mit den modernsten Kampfmitteln ausgerüsteten Land- und Seemacht einen jedem Rivalen imponierenden Kriegsapparat verfügbar zu haben, braucht Japan nicht erst zu erbringen. Sicher ist weiter, daß die Regierung, wenn einmal die Frage an sie herantritt, nach welcher Richtung gegebenenfalls diese Kraft eingesetzt werden soll, nicht bloß politische, sondern auch wirtschaftliche Gesichtspunkte in Betracht ziehen muß.

Bei einer Einwohnerzahl von rund 53 Millionen im eigentlichen Japan und einer Bodensfläche von 380 000 Quadratkilometern, ist das Land dichter bevölkert als das Deutsche Reich. Dabei beträgt der jährliche Geburtenüberschuß fast $\frac{3}{4}$ Millionen, während das kulturfähige Areal im Norden durch die Rauheit des Klimas, in den andern Landesteilen durch deren teilweise Hochgebirgsnatur bedeutend eingeengt ist. Unter solchen Verhältnissen bildet die Volksernährung trotz der großen Anspruchslosigkeit der breiten Massen ein ernstes Problem für das Land. Politischer Ehrgeiz und die Sorge um die Subsistenz sind also die Faktoren — es wäre schwer zu entscheiden, welcher der beiden an Stärke überwiegt —, deren Einfluß die auswärtige Politik des Landes in den letzten Jahren bestimmte und auch weiterhin dafür maßgebend sein wird.

Das fremde Gebiet, wo Japan mit mehr oder weniger Grund im Verdacht steht, sei es territoriale Erwerbungen, sei es die Durchsetzung gewisser Vorteile für seine Angehörigen, im Auge zu haben, ist überaus ausgedehnt, es umfaßt die kontinentalen Küstenländer des Pazifischen Ozeans sowie dessen Inselwelt.

Daß die Regierung in Tokio an derlei Maßlosigkeiten keinen Teil hat und speziell nicht daran denken kann, von Ländern Besitz zu ergreifen, die zur Domäne der weißen Rasse gehören, wie von der Ostküste Amerikas oder von Australien, leuchtet ohne weiteres ein. Anders liegt die Sache dort, wo Japan in der Lage wäre, die Rolle des Befreiers der den Fremden unterworfenen Völker von der europäischen Herrschaft zu spielen. Das Schlagwort: „Asien den Asiaten“ hat unter dem Eindruck der japanischen Siege über Rußland starke Resonanz bei den Eingeborenen gefunden, es übt unter ihnen eine stille, aber darum nicht weniger fühlbare Werbekraft aus. Das Ergebnis jenes Feldzugs versetzte dem Prestige der Europäer in den Augen so vieler Millionen Asiaten einen heftigen Stoß, es zerstörte die Legende von der Unüberwindlichkeit der fremden Macht-haber. Wie mit Blindheit geschlagen, wichtige eigne Interessen preisgebend und nur das eine Ziel, Deutschlands Vernichtung, im Auge, ziehen jetzt England und Frankreich ihre farbigen Kontingente als Hilfsstruppen im gegenwärtigen Weltkrieg heran, machen sie zu Zeugen der erlittenen Mißerfolge und untergraben auf diese Weise die bereits weniger fest als ehemals aufragenden Stützen ihrer Stellung in Asien. Die Rückwirkung einer so kurzfristigen Politik wird nicht ausbleiben. Sie wird dazu beitragen, daß Japan in den noch selbständigen Staaten Ostasiens — China und Siam — mehr und mehr Ansehen gewinnt, in erster Linie aber wird sie zum Schaden Englands, Frankreichs, der Niederlande sowie der nordamerikanischen Union in dem asiatischen Besitz dieser Länder das Selbstbewußtsein des eingeborenen Elementes stärken und dadurch die Aufgaben der fremden Verwalter jener Gebiete erschweren.

Immerhin sind dies Probleme einer vielleicht entfernten Zukunft. Von größerer Aktualität ist die Frage, welche Aussichten sich in der Gegenwart für Japan eröffnen, d. h. welche Ziele der Regierung in Tokio vorgeschwebt haben mögen, als sie beschloß, an dem Weltkrieg teilzunehmen, und welcher Art der Preis sein kann, den die Ententemächte ihr dafür zusagten.

Im Portsmouther Frieden hatte Rußland einen guten Teil seiner „Pachtgebiete“, d. i. Port Arthur mit Kwantung und den südlichen Teil der Mandchurie, seinem siegreichen Rivalen abtreten müssen. Seither hat Japan sich in den Besitz von Korea gesetzt und dadurch an der Ostküste Chinas noch fester Fuß gefaßt. Eine Zeitungsmeldung der allerletzten Tage besagt, daß der japanische Ministerpräsident Graf Okuma gegenüber einem Mitarbeiter des Tokioter Blattes „Dschidshi“ sich wie folgt habe vernehmen lassen: Japan sei in das Gewirr des Weltkrieges geraten und habe Rußland durch Lieferungen große Dienste geleistet; daraufhin hätten beide Staaten die Grundsätze ihrer fernerer Zusammenarbeit in Ostasien feststellen können; die japanische Gesellschaft werde rechtzeitig von dem russisch-japanischen Bündnis Kenntnis erhalten. Das englisch-japanische Abkommen habe man einer Revision unterziehen müssen; der Bündnisvertrag enthalte verschiedene Konzessionen Rußlands für Japan.

So wenig präzise diese Aufklärungen auch lauten, so gestatten sie doch eine gewisse Orientierung über das bezüglich Ostasiens unter den drei dort am meisten

beteiligten Großmächten angeblich erfolgte Uebereinkommen. Sei es nun, daß man in Petersburg und London bereit war, zuzustimmen, daß Japan sein Pachtgebiet definitiv annektiere, sei es, daß Rußland noch einen weiteren Teil der Mandschurei den Japanern überlasse, was einem endgültigen Verzicht auf seinen Drang nach Osten gleichkäme (vielleicht mit der Hoffnung, dafür den Zutritt zum freien Meere in Südpersien einzutauschen), sei es endlich, daß es sich um Kiautschou und um andre europäische Niederlassungen am Pazifischen Ozean handeln mag, alle diese Kombinationen, einzeln oder vereint genommen, wären eine weitere Etappe auf dem Wege, den das Inselreich längst beschritten hat, um die Vormachtstellung in Ostasien zu erringen, und für Japan um so wertvoller, wenn es bei Verwirklichung dieses Zieles auf die Konnivenz seiner ehemaligen Rivalen rechnen könnte.

Aber wenn auch stets eifrig auf die Verfolgung eines solchen Planes voller unabsehbarer Perspektiven bedacht, ließ Japan doch die Interessen seiner Landesfinder im amerikanischen Westen nicht aus den Augen. Die inferiore Stellung, die ihnen die dortige, durch Rassenvorurteile ebenso wie durch wirtschaftliche Rücksichten geleitete Lokalgesetzgebung anweist, wird in Tokio schon längst mit Bitterkeit empfunden. Die öffentliche Meinung des Inselstaates verlangt einmütig, schon als Postulat der nationalen Würde, den Wegfall der Beschränkungen, denen die japanischen Ansiedler in den pazifischen Staaten der Union in bezug auf den Erwerb von Grund und Boden, auf den Besuch der Unterrichtsanstalten usw. unterliegen. Dieselben Rechte und Freiheiten, die den Amerikanern in Japan zustehen, sollen den Japanern in den Unionstaaten nicht länger versagt bleiben. Wie man sieht, handelt es sich für Japan um die befriedigende Lösung eines Prinzipienstreites, um die Beseitigung einer Situation, die nach japanischer Auffassung ein Unrecht ist. Die Schwierigkeit der Verständigung über Fragen, die, zum Teil ideeller Natur, das nationale Selbstgefühl berühren, darf nicht unterschätzt werden. Die Erfahrung lehrt, daß der Ausgleich materieller Interessengegenstände oft leichter gelingt als die friedliche Applanierung von Konflikten, gleich jenem, dessen Gegenstand die in der selbstbewußten jungen Großmacht sehr empfindliche Saite der eignen Würde in Schwingung versetzt. Anscheinend ist Japan nunmehr gewillt, seine dieser heiklen Angelegenheit gegenüber seit Jahren beobachtete temporisierende Haltung aufzugeben. Die „Morning Post“ meldet nämlich aus Washington unter dem 21. April folgendes:

„Der japanische Botschafter überreichte im Staatsdepartement einen Einspruch gegen das Einwanderungsgesetz, das asiatische Einwanderer ausschließt. Das Gesetz liegt nun nach Erledigung durch das Repräsentantenhaus dem Senat vor. Die japanische Regierung erhebt Einspruch, weil das Gesetz gegen die Würde des japanischen Volkes verstoße und den guten Glauben der japanischen Regierung in Frage stelle. Der japanische Einspruch hat in Regierungskreisen eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen.“

Obiger Meldung zufolge würde also der japanische Protest ebenso sehr gegen den meritorischen Inhalt der Gesetzesvorlage wie gegen den darin erkennbaren Mißtrauensbeweis Amerikas gerichtet sein.

Dieses letztere Gravamen wird verständlich, wenn man sich an den früheren Verlauf der zwischen Tokio und Washington gepflogenen Verhandlungen über die Einwanderungsfrage erinnert. Als nämlich die amerikanischen Weststaaten begannen, durch ihre Lokalgesetzgebung das Zufließen asiatischer Immigranten zu hemmen, was japanischerseits zu ernststen Vorstellungen bei der Bundesgewalt Anlaß gab, hatten beide Regierungen erkannt, daß die Verständigung über die Prinzipienfrage angesichts der Volksstimmung in pazifischen Staaten Amerikas besondere Schwierigkeiten biete, und waren übereingekommen, diesen auf die Weise in der Praxis aus dem Weg zu gehen, daß Japan durch interne Vorschriften die Auswanderung seiner Staatsangehörigen nach dem Westen zu verbieten hätte. An diese vor Jahren gegebene Zusage hat die Regierung des Mikado sich gehalten, und es leuchtet ein, daß sie auch im Hinblick auf diese Sachlage das erwähnte Gesetzesprojekt als kränkend empfinden muß.

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist seit dem Tage verstrichen, wo der amerikanische Kommodore Perry mit der seinem Befehl unterstellten kleinen Eskader vor Yokohama erschien, um im Auftrag seiner Regierung die Eröffnung einiger Hafenplätze des bis dahin streng verschlossenen Inselreiches durchzusetzen. Dieses Ereignis war für Japan von größter Bedeutung. Es führte zum Sturz des schon morsch gewordenen Schogunats und bildet den Ausgangspunkt der mit staunenswerter Raschheit und Energie durchgeführten Umwälzung, die den alten Feudalstaat in kurzer Frist zur modernen Großmacht umgestaltet hat. Eine merkwürdige Ironie der Geschichte wäre es unstreitig, wenn umgekehrt nunmehr Japan in die Lage käme, die Schranken niederzulegen, welche der Ansiedlung seiner Staatsangehörigen in der großen Republik des Westens entgegenstehen.

Vom japanischen Standpunkt aus betrachtet, ist der Zeitpunkt des bei der Unionsregierung unternommenen Schrittes als günstig gewählt zu bezeichnen. Ist doch Japan von den in den Weltkrieg verwickelten Großmächten die einzige, welche ihre Streitkräfte intakt erhalten hat und nach der Lage der Dinge in voller Freiheit darüber verfügen kann, auch seine Finanzen, der schwache Punkt des Landes, dürften infolge der Beschäftigung der Industrie für die erwähnten Lieferungen an Rußland wie durch die Steigerung der Frachtraten der Schifffahrt sich erheblich gebessert haben.

Freilich sind die materiellen Hilfsmittel der amerikanischen Freistaaten unter allen Umständen ungleich größer, allein die amerikanische Regierung würde dennoch es gewiß als eine Ungelegenheit empfinden, wenn sie gezwungen wäre, gerade jetzt einen Streit mit dem Inselreich ins Auge zu fassen. Abgesehen nämlich von den Wirren in Mexiko, die unter Umständen einen bedeutenden militärischen Kraftaufwand der Union erforderlich machen könnten, ist deren volle Aufmerksamkeit, wie sich von selbst versteht, in erster Linie ihrer Stellungnahme gegenüber den beiden großen im Weltkrieg einander sich bekämpfenden Mächtegruppen zugewendet. In Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn herrscht vollste Einmütigkeit darüber, daß Amerika nur dem Scheine nach neutral ist, in Wirklichkeit aber auf der Seite ihrer Feinde steht, und daß ohne die Unterstützung,

welche diese fortgesetzt von dorthier erhielten, das blutige Ringen schon längst zu Ende gekommen wäre. Diese parteiische Haltung mußte in allen Volkskreisen der Mittelmächte einen tiefen, wohlberechtigten Unmut hervorrufen. Dennoch begegnete die letzte in der Unterseebootfrage nach Amerika gerichtete Mitteilung der deutschen Regierung, dieses Meisterstück von Entgegenkommen und würdevollem Ernst, allgemeinem Beifall, da ja bis zum äußersten an der Hoffnung festgehalten werden soll, Präsident Wilson werde trotz so viel Enttäuschungen, die seine Haltung bisher auch so vielen seiner eignen Landsleute bereitet hat, schließlich doch der erhabenen Pflicht sich entsinnen, die Amerika in dieser welt-historischen Zeit zum Segen der ganzen Menschheit zu erfüllen berufen ist. Den ihrerseits stets mit so viel Emphase betonten guten Willen der amerikanischen Regierung, ihre Bereitwilligkeit vorausgesetzt, gleiches Recht für alle zu üben, scheint die deutsche Note so recht geeignet, die von allen Friedensfreunden heiß ersehnte Wendung zu erleichtern. Der Gedanke wäre nicht zu fassen, daß das vernichtende Feuer des Weltkriegs, so wie es im ersten Monat im äußersten Osten ausloderte, er jetzt, im 22. Monat, von Westen aus neue Nahrung finden und die ungeheure Tragödie noch opfervoller gestalten sollte.

Diese neue Katastrophe — so darf im Hinblick darauf, daß deutscherseits den Amerikanern eine goldene Brücke zur Verständigung über die brennendste Tagesfrage gebaut wurde, zuversichtlich erwartet werden — wird der so schwer leidenden heutigen Generation erspart bleiben. Immerhin kann es, wo so Ungeheures auf dem Spiel steht, ein Zuviel an Garantien gegen Möglichkeiten, seien sie auch noch so wenig wahrscheinlich, nicht geben.

In dieser Hinsicht nun würde sich eine Intervention Japans zugunsten seiner Auswanderer zweifellos als wirksamer Dämpfer für die Gelüste jener amerikanischen Politiker erweisen, die, gleichviel von welchen Beweggründen geleitet, den Krieg an der Seite der Ententemächte zu ihrem Programm gemacht haben. Auch sie werden zur Mäßigung neigen, das Unsinnige und Gefährliche ihrer fanatischen Agitation erkennen und notgedrungen ihrer Draufgängerei eine andre Richtung weisen, wenn es sich zeigt, daß Japan seine Forderung mit Nachdruck vertritt. Möglich, daß Japan überdies bei der gleichen Gelegenheit den Hebel ansetzt, um in den Philippinen sowie auf dem hawaiischen Archipel der amerikanischen Herrschaft zugunsten seiner eigenen ein Ende zu bereiten. Die Interessen des Inselstaates sind dort bedeutend, und der in Kiautschou leicht erzielte Erfolg mag Japan aneifern, seine Expansionspolitik nach jener Richtung zu lenken. Weiter ist nicht zu vergessen, daß wesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kabinetten von Washington und Tokio bezüglich der praktischen Anwendung des Prinzips der offenen Tür in den von Japan besetzten chinesischen Gebietsteilen bestehen. In der Absicht, diesem Grundsatz zunächst auf dem Gebiet des Transportwesens Geltung zu verschaffen, hat Amerika vor einigen Jahren die Internationalisierung der Mandschurischen Bahn angeregt; dieser Schritt zielte dahin, die Privilegien des japanischen Handels auf diesen Verkehrswegen und mittelbar auch die Vorzugsstellung Japans in den okkupierten

chinesischen Gebietsteilen einzudämmen. Ein analoges Verlangen hatte Staatssekretär Knox damals hinsichtlich des russischen Pachtgebietes auch nach Petersburg gerichtet, und es ist bekannt, daß seine sowohl in Japan wie in Rußland als höchst unliebsam aufgenommene Intervention einer glatten Ablehnung begegnete.

So fehlt es also nicht an Gegensätzen verschiedener Art zwischen den beiden durch den Stillen Ozean getrennten Großmächten, Gegensätzen, die, wenngleich jahrelang zurückgestellt, doch ungeschwächt im verborgenen fortdauern und tiefgehend genug sind, um in einem gegebenen Zeitpunkt, wie es eben der gegenwärtige sein könnte, Anstoß zu offenem Konflikt zu geben.

Nehmen wir indes an, in Uebereinstimmung mit der erwähnten Zeitungsmeldung, daß Japan zurzeit nur die Aufhebung der den Zufluß der japanischen Immigration nach den Weststaaten der Union hemmenden Vorschriften der Lokalbehörden und somit die Gleichstellung seiner Staatsangehörigen mit den Weißen beansprucht. Nicht nur Gründe der Reziprozität, sondern auch der Wortlaut der bestehenden Verträge geben Japan unbestreitbar das Recht, auf dieser Forderung zu beharren. Aber gerade dieses Verlangen ist es, das die breiten Volksschichten der anglo-amerikanischen Welt stets nachdrücklichst zurückweisen, demgegenüber sie die Empfindung haben, das höchste Recht bedeute für sie das äußerste Unrecht. Mit dieser öffentlichen Meinung wird das Staatssekretariat in Washington wie bisher so auch jetzt rechnen müssen. Dazu kommt, daß die Verfassung der amerikanischen Union den Einzelstaaten eine weitgehende Autonomie einräumt, was zur Folge hat, daß die Bundesregierung, um ihre Kompetenz nicht zu überschreiten, häufig auch in internationalen Fragen sich auf die Rolle eines bloßen Vermittlers beschränken muß.

Die weitere Entwicklung der Dinge wird demnach weniger vom guten Willen des Präsidenten und seines Staatssekretärs als von dem Maß von Energie abhängen, welches Japan aufwendet, um seiner Reklamation Gehör zu verschaffen. Wäre es auch gewiß verfrüht, den Ausbruch einer ernststen Verwicklung zwischen Inselstaat und Amerika, geschweige denn die Chancen eines bewaffneten Zusammenstoßes der beiden Mächte in Kombination zu ziehen, so ist es doch außer Zweifel, daß schon die entfernte Möglichkeit des Auftauchens einer Differenz mit Japan die Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierung voll in Anspruch nehmen, ihre jede Lust, den Konflikt mit Deutschland auf die Spitze zu treiben, gründlich aus dem Sinn schlagen mußte.

Anfang Mai 1916.

Entgegnung

auf den Vuffas des April-Heftes: „Bedarf es der Gewinnung überseeischer Stützpunkte, um den Verkehr künftighin gegen maritime Absperrungsmaßregeln Englands zu sichern?“

Von

Admiral z. D. Die

Der Gedankengang des Aufsatzes ist in aller Kürze folgender: Die britische Seeherrschaft ruht auf den beiden starken Pfeilern der mächtigen Kriegs- und Handelsflotte und der an den wichtigsten maritimen Wasserstraßen entlang angelegten Reihe von befestigten Häfen, Kohlenstationen und Arsenalen. Man kann daher der Meinung sein, daß der glücklicherweise nicht zum Ziel führende englische Aushungerungsversuch überhaupt nicht hätte unternommen werden können, wenn das Deutsche Reich über ähnliche maritime Stützpunkte wie England zu verfügen gehabt hätte. Die Frage, ob deshalb nun Deutschland und Oesterreich-Ungarn zur Sicherung ihrer zukunftsreichen Handelsbeziehungen mit dem fernen Osten nicht wenigstens an einzelnen Punkten des Indischen Ozeans zur Anlage von Handels- und Kriegshäfen festen Fuß fassen sollten, ist jedoch zu verneinen, weil, abgesehen von allgemeinen politischen Gesichtspunkten, solche von den heimischen Hilfsquellen weit entfernten Stützpunkte im Falle des Krieges schwer zu halten sind. Die Centralmächte haben aber andre Mittel, um einer abermaligen Unterbindung des Außenhandels durch die Seetyrannie Englands wirksam zu begegnen.

Sie bestehen in:

Der Wiederherstellung der Internationalität des Suezkanals durch Verdrängung Englands aus dem angemessenen Besitz Ägyptens und aus seiner Stellung als Großaktionär des Kanals und in der mit der Zeit sicher herbeizuführenden Erkenntnis des durch die Entente-Preffe irregeleiteten Auslandes, daß das Eintreten der Kaiserermächte für die Freiheit der Meere auch das Interesse der Allgemeinheit vertritt. Das moralische Gewicht der Interessensolidarität der seefahrenden Nationen wird sich dann genügend stark zeigen, um die unerträgliche Alleinherrschaft Englands in die gebührenden Schranken zu verweisen.

Ich kann mich dieser Schlußfolgerung nicht anschließen und will meine Meinung unter Beobachtung der durch die Zeitumstände gebotenen Zurückhaltung kurz begründen.

Zweifellos wäre es für die verbündeten Kaiserermächte von erheblichem Nutzen, wenn England aus Ägypten und aus seiner Stellung als Großaktionär des

Suezkanals wieder verdrängt werden könnte. Die Türkei würde dann für die im Kriege gebrachten Opfer durch einen großen greifbaren Gewinn entschädigt, der für ihre politische und wirtschaftliche Erstarkung, also die sichere und schnelle Erreichung des ihren Führern vorschwebenden Zieles, von wesentlicher Bedeutung sein würde. Für die Bundesgenossen insgesamt aber entstände der Vorteil einer erheblichen Verbreiterung ihrer wirtschaftlichen Basis, was unter der selbstverständlichen Voraussetzung einer ausreichenden militärischen Sicherung des neuen Gebietes für die Wiederkehr des gleichen oder eines ähnlichen Kriegsfalls hoch einzuschätzen wäre.

Ob dieser Krieg in seinem weiteren Verlauf zur Verwirklichung des Gedankens führen wird, steht dahin, zurzeit läßt sich jedenfalls eine ausreichend begründete Ansicht darüber nicht aussprechen. Aber selbst im bejahenden Fall würde die Ausnützung des Suezkanals als große Handels- und Zufuhrstraße für die Kaisermächte — hierauf kommt es dem Verfasser nach meinem Verständnis seiner Ausführungen doch wesentlich an — noch keineswegs sichergestellt sein. Hierfür wäre gleichzeitig eine solche Verschiebung der Seemachtverhältnisse im östlichen Mittelmeer einschließlich des Roten Meeres, des Golfs von Aden und des Persischen Meerbusens erforderlich, daß eine Blockade der nördlichen und südlichen Zugänge des Kanals unmöglich sein würde. Wenn auch anzunehmen ist, daß die Türkei sich auch den allmählichen Ausbau ihrer Seemacht angelegen sein lassen wird und daß Oesterreich-Ungarn auf dem in dieser Beziehung beschrittenen Wege planmäßig fortschreitet, bleibt es doch immerhin eine offene, jetzt jedenfalls nicht zu übersehende Frage, ob dieser Zustand des maritimen Gleichgewichts in den betreffenden Gebieten in absehbarer Zeit oder überhaupt eintreten wird. Auf eins sollte man sich jedenfalls nicht ohne weiteres verlassen, daß nämlich bei einer Internationalisierung des Kanals durch völkerrechtliche Verträge nach Art des Vertrags von Konstantinopel vom 29. Oktober 1888 das englische oder feindliche Interesse an seiner Benutzung seine Blockade oder die Nichtbelästigung der ihn passierenden neutralen oder eignen Schiffe mit Sicherheit ausschließen würde.

Dies führt mich zu dem zweiten Mittel, der Interessensolidarität der seefahrenden Nationen. Ich muß ganz offen sagen, wenn etwas mein aus dem Studium der Geschichte gewonnenes Mißtrauen gegen moralische Hemmungen im Völkerbewußtsein unsrer Gegner verstärkt hat, so ist es der Verlauf dieses Krieges, in dem der Feind unter Englands Führung allen fortgeschrittenen völkerrechtlichen und humanitären Bestrebungen zum Trotz von seinen Machtmitteln den gleichen rücksichtslosen Gebrauch macht, wie er uns auf jedem Blatt der englischen Kriegsgeschichte entgegentritt. Die Ansicht des Verfassers scheint dahin zu gehen, daß die Interessensolidarität der seefahrenden Nationen es zu einer allgemeinen völkerrechtlichen Anerkennung der Freiheit der Meere im Sinne der Londoner Deklaration oder in einem gar noch weitergehenden Maße bringen müsse. Gesezt den Fall, daß dies gelänge, würde damit auch die Sicherheit gegeben sein, daß diese völkerrechtlichen Grundsätze dann in einem großen Kriege

um nationale Daseinsfragen tatsächlich beobachtet werden würden? Hiermit könnte man doch nur rechnen, wenn die Neutralen sich einmal im Interesse dieser Beobachtung, also gegebenenfalls zur Erzwingung derselben, zusammenschließen, und wenn sie ferner über die nötige Macht verfügten, ihrem Willen den entsprechenden Rückhalt zu geben. Auf die jetzige Kriegslage oder eine spätere derselben Art angewendet, würde es sich also um einen Bund der Neutralen unter der Führung der Vereinigten Staaten handeln. Es muß jedem überlassen bleiben, sich hierüber seine Meinung zu bilden. Nicht außer acht lassen darf man dabei aber, daß ein solcher Zusammenschluß infolge der gerade im Kriege leicht auseinanderlaufenden Interessen in der Praxis nicht so leicht und einfach ist, wie es in der Ruhe und unter den Anschauungen des Friedens scheinen mag. Zum mindesten bleibt es jedenfalls zweifelhaft, ob die allgemeine Entwicklung der Menschheit in absehbarer Zeit die für einen solchen Fall aus reichende Vollkommenheit erreichen wird, bei der dann ja eigentlich eine Wiederholung eines so großen Völkerringens überhaupt ausgeschlossen sein müßte.

Auf ein alleiniges Vorgehen der kleineren neutralen Staaten kann man noch weniger rechnen, weil das leicht mit einem unerträglichen Risiko für sie verknüpft sein würde. Man stelle sich nur den Fall vor, wenn im jetzigen Kriege Holland und die nordischen Staaten dadurch auf England einzuwirken suchten, daß sie zur Erschwerung der englischen Versorgung das Anlaufen englischer Häfen verböten. Die voraussichtlich eintretenden Folgen brauche ich angesichts der durch die geographischen Verhältnisse so außerordentlich begünstigten englischen Praxis nicht anzuführen.

Ich bin also der Meinung, daß die beiden oben angeführten Mittel keine in realem Sinne einwandfreie Lösung des angeschnittenen Problems darstellen. Zur Sicherstellung nationaler Lebensfragen genügen papierene Garantien im jetzigen Zustand der Menschheit — und ich möchte glauben, auch für eine spätere Zukunft — nicht. Also Freiheit der Meere auf der immer verlässlichen Grundlage eigener ausreichender Macht muß das zu erstrebende Ziel sein. Daneben können dann allgemeine völkerrechtliche Verträge nur begrüßt werden, weil sie beim Bestehen der Feuerprobe des Krieges die Kriegsführung menschlicher gestalten, bei Nichtbefolgung seitens unsrer Feinde uns aber wenigstens keinen ernstlichen Schaden zufügen können.

Die Stellung Serbiens zwischen dem Dreibunde und dem Dreiverbände vor dem Kriegsausbruche

Von

Dr. Wilhelm Frañói

In mitten des Weltkrieges wirkt die unermessliche Tragweite und die gigantische Kraftanstrengung der Kämpfe in erhöhtem Grade auf den Geschichtschreiber, der gewöhnt ist, Ursachen, Zusammenhang und Folgen der Ereignisse zu erforschen. Er befindet sich jetzt in der Lage des Ingenieurs, der angesichts der Verheerungen einer Ueberschwemmung, scheinbar unbekümmert um Leben und Gut, das von den Fluten mitgerissen wird, an die Stelle eilt, wo der Durchbruch des Dammes erfolgte, um festzustellen, wie die Katastrophe hätte verhindert werden können, wie ihre Wiederholung zu vermeiden sei.

In dieser Richtung beabsichtigt der Verfasser dieses Aufsatzes, nachdem er der fernen Vergangenheit die Arbeit eines halben Jahrhunderts gewidmet hatte, nach dem Friedensschlusse mit seinen „Kritischen Studien zur Geschichte des Dreibundes“ einen bescheidenen Versuch zu wagen.

Die Stelle des Durchbruches befindet sich bekanntermaßen in Serbien, wo die Konflikte kleinlicher Ambitionen und geringfügiger Interessen schon lange vorher den Weltfrieden bedrohten; da, gleichwie in der Natur, auch in der Geschichte der Menschheit Ursachen und Folgen nicht immer im geraden Verhältnisse zueinander stehen.

Wie des Seemanns geübte Augen in dem Wölkchen, das am klaren Horizonte aufsteigt, den Vorboten gewaltigen Sturmes erkennen, sah Fürst Bülow schon im Jahre 1908 voraus, daß die provokatorische Haltung Serbiens den „Weltkrieg“ heraufbeschwören werde.

Es ist demnach heute besonders anziehend und lehrreich, die Beziehungen dieses Landes zu den Mächten des Dreibundes und Dreiverbandes, wie sie vor dem Ausbruche dieses Weltkrieges bestanden, zum Gegenstande einer objektiven Studie zu machen.

Die vom österreichisch-ungarischen Ministerium des Aeußern im Jahre 1914 veröffentlichten „Diplomatischen Aktenstücke, betreffend die Ereignisse am Balkan“, die vom 13. August 1912 bis zum 6. November 1913 nicht weniger als 926 Nummern umfassen, bieten uns eine ergiebige Quelle.

I

Der 30. Oktober 1912 ist ein denkwürdiger Tag in der Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie. Er ist der Wendepunkt in der Balkanpolitik, die seit dem Rücktritte des Grafen Andrássy von der Leitung des auswärtigen Amtes (1880) befolgt worden ist.

Angeichts der gewaltigen Ereignisse des Balkankrieges ist man in Wien im Ballplatzpalais zu der Auffassung gelangt, daß das starre Festhalten an dem territorialen Status quo unmöglich geworden sei; man rechnete sogar mit der Möglichkeit, daß eine förmliche Aufteilung der europäischen Türkei unabwendbar sein werde.

Der Minister des Aeußern, Graf Berchtold, hielt es demnach für notwendig, daß die Bundesgenossen des Dreibundes unverzüglich in einen Gedankenaustausch darüber eintreten, wie sie ihre Politik der neuen Situation anpassen, etwaige Nachteile für ihre Interessen hintanhalten könnten. Am bezeichneten Tage informierte er die Kabinette in Wien und Berlin über die Gesichtspunkte, die für seine Haltung den siegreichen Balkanstaaten gegenüber maßgebend sein würden.

Mit achtungsgebietender Einsicht und Selbstverleugnung verzichtete er darauf, neue Vorteile für die Monarchie zu erringen, und war nur darauf bedacht, ihre „vitalsten Interessen“ sicherzustellen. Er formulierte sein zukünftiges Balkanprogramm in folgenden vier Punkten: Freie Entwicklung Albaniens; Zurückweisung des Bestrebens Serbiens nach einer Gebietserweiterung bis an die Adria; Befriedigung der berechtigten Wünsche Rumäniens; Sicherstellung wichtiger wirtschaftlicher Interessen Oesterreich-Ungarns, insbesondere betreffs der Bahnverbindung mit dem Ägäischen Meere.

Die deutsche Regierung, die am Balkan keine eignen Interessen verfolgte und nur die der beiden Bundesgenossen ins Auge faßte, hielt es für überflüssig, das Programm eingehender Erwägung zu unterziehen. Als dasselbe vom österreichisch-ungarischen Botschafter dem Staatssekretär v. Riederlen-Wächter mündlich mitgeteilt wurde, erklärte dieser sogleich, daß er den Standpunkt Berchtolds würdige und mit seiner Darlegung vollkommen einverstanden sei.

Zu dieser Zeit, anfangs November, befand sich der italienische Minister des Aeußern, Marchese di San Giuliano, in Berlin und erhielt dort Kenntnis von dem Programme des Wiener Kabinetts; er gab die Erklärung ab, daß er es genau studieren wolle, schon aber jetzt sich dahin aussprechen könne, daß die italienische Regierung damit einverstanden sein werde, besonders finde er die Erfüllung der serbischen Wünsche auch mit den italienischen Interessen unvereinbar.

Serbien war auf eine solche Haltung der Dreibundmächte gefaßt. Es beabsichtigte deshalb, dieselben vor eine vollendete Tatsache zu stellen. In den ersten Tagen des November rückte eine serbische Kolonne gegen Durazzo vor, indessen montenegrinische Truppen San Giovanni di Medua und Alessio besetzten, mit der Absicht, diese beiden Hafenorte an den serbischen Verbündeten abzutreten.

Gleichzeitig wendete sich die serbische Regierung um Unterstützung an die Ententemächte.

Rußland, das stets den Aspirationen Serbiens seinen Schutz angeheißen ließ, fand diesmal den Augenblick nicht geeignet, um mit den Dreibundmächten einen Konflikt zu provozieren, und nahm sich des serbischen Wunsches nicht

gerade mit großer Wärme an. Der Ministerpräsident Kotowzow machte selbst den Versuch, zu vermitteln. Er fragte den österreichisch-ungarischen Botschafter, ob es nicht möglich wäre, Serbiens berechtigten Wunsch nach einer handelspolitischen Bewegungsfreiheit derart zu erfüllen, daß die lange projektierte Donau-Adria-Bahn ausgebaut und sowohl diese wie auch der als Endpunkt gewählte Hafen unter internationale Verwaltung gestellt werde?

Die Vertreter der französischen und der englischen Regierung richteten zwar am 6. November an den deutschen Staatssekretär die Frage: ob das serbische Verlangen wegen eines Hafens am Adriatischen Meere auf keinen Widerspruch bei den Großmächten stoßen würde?, hüteten sich aber, dieses Verlangen direkt zu befürworten. Herr v. Riederlen antwortete ganz offen: Es sei ganz außer Zweifel, daß Oesterreich-Ungarn einem solchen Verlangen sich entschieden widersetzen und dabei volle Unterstützung bei Deutschland und Italien finden würde.

Um einer Komplikation vorzubeugen, trachtete Graf Berchtold in freundschaftlicher Weise Serbien von der Ausichtslosigkeit seiner Bemühungen zu überzeugen. Der Gesandte, Herr v. Ugron, gab in Belgrad die Versicherung, daß man Serbien das größte Wohlwollen entgegenbringe und einer bedeutenden Vergrößerung desselben keine Hindernisse in den Weg zu legen beabsichtige, sogar die Berechtigung des Wunsches einer Verbindung nach dem Meere anerkenne; aber die territoriale Ausdehnung an die Adria verbiete die Tatsache, daß die in Betracht kommenden Gebiete ausschließlich von Albanern bewohnt seien, ihre Inkorporierung an Serbien also dem von den Balkanstaaten aufgestellten Prinzip der ethnischen Autonomie widersprechen und die damit herbeigeführte Zerstückelung des albanischen Gebietes das Zustandekommen eines lebensfähigen albanischen Staates verhindern würde.

Diese von dem deutschen und dem italienischen Gesandten unterstützten Vorstellungen blieben wirkungslos. Der serbische Ministerpräsident Pafitsch antwortete mit kühner Bestimmtheit: „Serbien könne auf einen Hafen im Adriatischen Meere absolut nicht verzichten, die Erlangung desselben sei eine Existenzbedingung.“

Es gelang ihm auch, seine Beschützer zu bewegen, im Interesse Serbiens einen neuen Versuch zu machen.

Die russische und die französische Regierung traten mit dem Vorschlage auf, Serbien solle den Hafen von San Giovanni di Medua mit einem dahin führenden ganz schmalen Landstreifen erhalten, doch sollten Hafen und Landstreifen unter europäischer Garantie neutralisiert werden, so daß im Hafen keine Befestigungen gebaut werden, keine Kriegsschiffe Aufenthalt nehmen dürfen. Diesem Vorschlag stimmte auch der englische Staatssekretär bei und empfahl ihn dem Kabinett in Wien mit der Bemerkung, die als Versuch einer Pression dienen sollte, daß er über diese Angelegenheit einen Gedankenaustausch zwischen den Großmächten für das zweckmäßigste halte, was so viel bedeutete, daß ihnen die Entscheidung anheimgestellt werden sollte.

Graf Berchtold fand den Vorschlag unannehmbar; einerseits weil derselbe die Konstituierung des selbständigen Albaniens hindere, andererseits das künstliche Gebilde eines „Korridors“ zu ständigen Reibungen und Grenzstreitigkeiten Anlaß bieten würde.

Die deutsche und die italienische Regierung schlossen sich dieser Auffassung an.

Nun trat England, im Interesse Serbiens, mit dem Konferenzprojekte auf. Sir Edward Grey, der englische Staatssekretär, teilte am 29. November der deutschen Regierung mit, er habe die Absicht, den Kabinetten der Dreibund- und Dreiverbandmächte die Einberufung einer Votschafterkonferenz vorzuschlagen, die sich nur mit drei Gegenständen: der Konstituierung Albaniens, der Rückgabe der von Italien okkupierten Ägäischen Inseln und dem Wunsche Serbiens nach Zulassung an die Adria beschäftigen sollte.

Die Trennung der beiden engverbundenen Fragen, der Schaffung des selbständigen Albaniens und des serbischen Wunsches, schien schon im vorhinein die Berechtigung und die europäische Bedeutung des letzteren anzuerkennen.

Die deutsche Regierung sollte in Wien vertraulich sondieren, ob man dort auf einen solchen Vorschlag eingehen würde. Herr v. Riederlen, um Englands Empfindlichkeit zu schonen, begrüßte die Anregung „sympathisch“ und erbot sich, die Frage an den Bundesgenossen zu stellen.

Graf Berchtold gab seine Zustimmung zu den Beratungen der Votschafter der sechs Großmächte, aber nur unter der Bedingung, daß sie einen „unverbindlichen Charakter“ besitzen und seinem Standpunkt nicht präjudizieren würden. Den englischen Staatssekretär setzte er mit klarer Bestimmtheit davon in Kenntnis, daß Oesterreich-Ungarn und Italien entschlossen seien, die Ausgestaltung Albaniens mit seiner ganzen Küste zu einem selbständigen Staate durchzusetzen, dementsprechend würde sein Vertreter sich an einem Gedankenaustausche bezüglich des serbischen Wunsches nur insofern beteiligen, wie für den Handel Serbiens ein wirtschaftliches Ausfalltor an der Adria geschaffen werden könnte, während er sich von einer Diskussion, welche die territoriale Ausbreitung Serbiens an die Adria bezweckte, fernhalten mußte.

In diesem Sinne erteilte er dem Grafen Mensdorff seine Instruktionen, in welchen er aber auch betonte, „er wünsche durch großes Entgegenkommen ein für allemal der Mär ein Ende zu bereiten, als wolle Oesterreich-Ungarn das Nachbarreich wirtschaftlich erdroffeln“. Er machte demnach den Vorschlag, daß Serbien durch Ausbau einer kurzen Bahnstrecke auf seinem Territorium durch Bosnien die Verbindung an das Meer erhalte; überdies könnte auch der Ausbau der Donau-Adria-Bahn ins Auge gefaßt werden.

Die energische Stellungnahme der Monarchie, die auf die Unterstützung der beiden Bundesgenossen sicher rechnen konnte, bestimmte die Dreiverbandmächte, daß sie den Gedanken, in London den serbischen Wunsch zu vertreten, aufgaben.

In der am 17. Dezember abgehaltenen ersten Sitzung der Londoner Votschafterreunion wurde auf Antrag des russischen Votschafters der Beschluß ge-

faßt, „Serbien den wirtschaftlichen Zugang zu einem freien und neutralen Hafen in Albanien zu sichern, so daß dahin eine unter europäischer Kontrolle und dem Schutze eines internationalen militärischen Korps stehende internationale Eisenbahn führen würde mit der Freiheit des Warentransportes, Kriegsmunition mitinbegriffen“.

Am folgenden Tage teilte Sir Edward Grey der Botschafterreunion mit, der serbische Gesandte habe ihm zur Kenntnis gebracht, Serbien gebe seine Ansprüche bezüglich des direkten Zuganges an die Adria auf, falls dies die Großmächte fordern würden. Der Staatssekretär fragte, ob er als Erwiderung dieser Demarche den gefaßten Beschluß dem Gesandten mitteilen könne? Er wurde ermächtigt, die Mitteilung in der Form zu machen, daß „die Autonomie Albaniens und der wirtschaftliche Zugang Serbiens an die Adria beschlossen worden sei“.

Die öffentliche Meinung Serbiens fügte sich leichter, als man vermutete, in die erlittene Niederlage. Herr v. Ugron berichtet am 27. Dezember, daß zwar einzelne Zeitungen klagen, Oesterreich-Ungarn habe die Existenz Serbiens erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht, da das Land ohne eignen Hafen nicht bestehen könne; aber die Frage werde nicht mehr mit großer Leidenschaft erörtert, und man vertröste sich mit der Hoffnung auf Entschädigung, die dem Lande anlässlich der Abgrenzung des künftigen Albaniens zuteil werden könne. In dieser Tatsache fand er die Vermutung bestätigt, daß das serbische Verlangen nach dem Adriahafen eine von auswärts suggerierte Idee gewesen sei.

Wahrscheinlicher ist es, daß die Idee dem panserbischen Größenwahn entsprungen und von auswärts genährt worden sei.

Dem Grafen Berchtold war es voller Ernst, den zugunsten Serbiens gefaßten europäischen Beschluß ehestens der Verwirklichung entgegenzuführen. Schon am 25. Dezember übermittelte er der russischen Regierung seine Vorschläge bezüglich des Baues der Eisenbahn, des Verkehrs auf derselben und der Neutralisation des Hafens, der zum Endpunkte bestimmt werden sollte. Der russische Minister des Aeußern nahm nur einem Punkte gegenüber eine ablehnende Haltung ein, indem er die projektierte Beschränkung, daß auf der Bahn Kriegsmaterial nur zu Friedenszeiten befördert werden dürfe, dem Beschlusse der Konferenz nicht entsprechend fand. Graf Berchtold ließ die Beschränkung ohne weiteres fallen.

Man durfte also annehmen, daß Serbien und auch dessen Schutzherr in betreff der Intentionen Oesterreich-Ungarns beruhigt sein würden.

Auch Italien trat in die Fußstapfen Berchtolds. Der Minister San Giuliano verkündete am 22. Februar 1913 im Abgeordnetenhaus das neue Evangelium: „Der Balkan den Balkanvölkern“.

Aber die Balkanvölker selbst führten neue Komplikationen herbei.

Als die serbische Regierung am 9. Januar 1913 in London die Erklärung abgab, daß sie sich im Interesse des Weltfriedens vor den Beschlüssen der Großmächte beuge und die okkupierten Küstengebiete räumen werde, betonte sie mit

pathetischen Worten „die übermenschlichen Anstrengungen und die enormen Opfer“ des serbischen Volkes und drückte die Hoffnung aus, daß man weitere Opfer, d. h. Räumung der unmittelbar an Serbien grenzenden Gebiete, nicht fordern werde.

Tatsächlich kümmerte man sich in Belgrad um die Londoner Beschlüsse gar nicht. Serbische Truppen, mit den montenegrinischen vereinigt, setzten die kriegerischen Operationen weiter fort.

Am 1. März unterbreitete Graf Berchtold der Botschafterreunion den Antrag, daß man Serbien zur unverzüglichen Räumung der an Albanien zugesprochenen Gebiete auffordere. Der Beschluß wurde gefaßt und ausgeführt. Erst nach langem Zögern, anfangs April, wurde die serbische Armee von der Belagerung Stutari zurückgezogen und in den ersten Tagen des Mai die Räumung Durazzos vollzogen. Aber andre albanische Gebiete blieben trotz wiederholter Aufforderung in serbischem Besitz.

II

Unterdessen gerieten die Balkanstaaten bei der Verteilung der den Türken abgerungenen Beute miteinander in Hader. Bulgarien sträubte sich, die Forderungen der Nachbarstaaten zu erfüllen, ließ es auf einen Krieg ankommen und mußte, nachdem es schwere Niederlagen erlitten hatte, im Bukarester Friedensschlusse bedeutende Gebietssteile an Serbien, Griechenland und Rumänien abtreten.

Die Dreibundmächte machten vergeblich Anstrengungen, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern, und nun stand Oesterreich-Ungarn Serbiens Machtzuwachs gegenüber, der die Monarchie bedrohte.

Das Wiener Kabinett versuchte zwar bei den Großmächten die Revision der Bukarester Friedensbedingungen durchzusetzen, konnte aber an diese Aktion keine große Hoffnungen knüpfen. Es beschäftigte sich demnach mit dem Gedanken, mit Waffengewalt am Balkan einen Zustand zu schaffen, der die Interessen der Monarchie und des Weltfriedens sichern sollte.

Der günstige Zeitpunkt für ein solches Unternehmen war zwar versäumt worden, aber an Gründen, welche dasselbe rechtfertigten, fehlte es nicht.

Die serbische Regierung beharrte nämlich bei der Weigerung, die besetzten albanischen Gebiete zu räumen, und nahm eine Haltung ein, welche die Dreibundmächte als beleidigend und provozierend betrachten mußten. Als am 10. Juli die Vertreter Oesterreich-Ungarns und Italiens in Belgrad neuerdings die Räumung forderten, antwortete der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, er sei sehr überrascht, zu hören, daß sich noch immer serbische Truppen auf albanischem Gebiete befinden, und bemerkte, daß die darüber erlassenen Befehle noch nicht eingelangt seien. Nach zwei Wochen waren die beiden Diplomaten gezwungen, ihren Schritt zu wiederholen. Am 4. August mußte Herr v. Ugron der serbischen Regierung in „eindringlicher Weise“ vorhalten, daß ihre Truppen aus Albanien noch immer nicht zurückgerufen seien, ja daß sie sogar behaupteten, sich dort auf serbischem Gebiete zu befinden.

Fünf Tage nachher teilte nun Graf Berchtold der deutschen und der italienischen Regierung die Absicht mit, daß die Monarchie ihre Armee in Serbien einrücken lassen wolle. Als jedoch der Plan bei den Bundesgenossen keine günstige Aufnahme fand, wurde er fallen gelassen.

Graf Berchtold mußte sich damit begnügen, daß er die Großmächte bewog, einen Kollektivschritt in Belgrad auszuführen. Der Regierungschef des siegreichen Serbiens erteilte bei dieser Gelegenheit den Vertretern Europas die gnädige Antwort: er wolle dem Verlangen der Großmächte nachkommen, sich sofort mit dem Generalstabe ins Einvernehmen setzen, und hoffe, daß nunmehr alle Reibungen aufhören werden.

Es geschah nichts. In der zweiten Hälfte des September wurden sogar früher schon geräumte strategische Punkte in Albanien neuerdings von serbischen Truppen besetzt und militärische Maßnahmen getroffen, welche die Absicht einer gegen das autonome Albanien gerichteten größeren Aktion verrieten.

Nun wandte sich Graf Berchtold an die beiden Bundesgenossen der Monarchie, um in einem gemeinschaftlichen Auftreten die Belgrader Regierung „vor den Folgen des von ihr gegen die Londoner Beschlüsse beabsichtigten Verstoßes zu warnen“.

Die Demarche der Dreibundmächte erfolgte am 1. Oktober. Minister Spalajkowitz beruhigte die Diplomaten mit dem Versprechen, Serbien werde gegenüber den albanischen Angriffen eine defensive Haltung beobachten, Beweise großer Mäßigung geben, denke nicht an Erwerbung albanischen Gebietes und sei entschlossen, die Beschlüsse der Großmächte zu respektieren.

Zu dieser Zeit machte Ministerpräsident Pasitsch einen offiziellen Besuch in Wien. Es wurde ihm ein freundlicher Empfang zuteil. Das „Fremdenblatt“ konstatierte in einer halbamtlichen Veröffentlichung, er könne sich überzeugen, daß seine Wünsche nach Verständigung vollster Würdigung begegnen; zugleich wurde angedeutet, die Herstellung normaler Verhältnisse sei nur unter der Voraussetzung möglich, daß die von ihm kundgegebene freundschaftliche Haltung Serbiens andauern werde. Diese Skepsis erwies sich als berechtigt.

Nach seiner Rückkehr am 7. Oktober empfing Pasitsch den österreichisch-ungarischen Geschäftsträger, desavouierte seinen Vertreter und gab zu, daß das Vorrücken serbischer Truppen in Albanien beabsichtigt sei, dieses werde zwar lediglich provisorischen Charakter haben, aber er meinte, die Grenzkommission werde bei ihren Arbeiten vielleicht einen besseren Grenzzug vermitteln, womit er die Hoffnung verriet, daß die provisorisch besetzten Gebiete definitiv im Besitze Serbiens bleiben würden.

Legationsrat v. Storf erinnerte sich nun trotz seiner bescheidenen amtlichen Stellung daran, daß er eine Großmacht vertrete. Er ließ den Ministerpräsidenten nicht weitersprechen. Er unterbrach ihn und erklärte, daß die Grenze genau nach der in London fixierten Linie gezogen werden müsse; von Transigieren könne keine Rede sein.

Pasitsch versprach nun, daß Serbien die von der internationalen Grenzkommission zu bestimmende Linie strikte achten würde. Trotzdem rückten am

10. Oktober serbische Truppen jenseits dieser Linie ein und begannen ihre kriegsrische Aktion damit, daß sie 28 Dörfer grausam einäscherten.

Infolgedessen ließ Graf Berchtold am 15. Oktober in Belgrad erklären, daß eine auch nur zeitweilige Besetzung albanischen Gebietes mit der von Serbien zugesagten Respektierung der Londoner Beschlüsse im Widerspruch stehe, und stellte die Frage, ob Serbien bereit sei, die auf albanischem Gebiete befindlichen Truppen binnen einer bestimmten kurzen Frist zurückzubeordern, denn von der Beantwortung dieser Frage und der Einhaltung der früheren serbischen Erklärungen müsse die Monarchie ihr weiteres Verhalten abhängig machen, indem sie entschlossen sei, die unbedingte Respektierung der in London gefaßten Beschlüsse mit allen ihr geeignet erscheinenden Mitteln sicherzustellen.

Dies war eine offene Drohung. Aber Pasitsch, gewöhnt, solche oft zu hören, glaubte nicht an ihren Ernst. Er sagte, der Befehl zur Einstellung eines weiteren Vormarsches der serbischen Truppen nach Albanien sei bereits erteilt; aber die Bestimmung des Zeitpunktes, wann die schon auf albanischem Territorium stehenden Truppen zurückgezogen werden sollten, werde von der Entwicklung der Verhältnisse abhängen; solange die Albaner kampfbereit seien, werde sie nicht erfolgen. In einem insolenten Tone bemerkte er dann, die Erklärung, daß die Monarchie entschlossen sei, die Respektierung der Londoner Beschlüsse mit allen ihr geeignet erscheinenden Mitteln sicherzustellen, „nehme er zur Kenntnis“.

Die Aufforderungen des deutschen und des italienischen Gesandten, dem „billigen Verlangen Oesterreich-Ungarns nachzugeben“, blieben gleichfalls wirkungslos.

In Wien verlor man nun die Geduld. Unverzüglich, ohne auch nur den Rat der Bundesgenossen einzuholen, richtete man ein Ultimatum an Serbien. In höflicher, aber bestimmter Form drückte Graf Berchtold die Hoffnung aus, Serbien werde nicht zögern, innerhalb acht Tagen zur vollständigen Räumung des albanischen Gebietes zu schreiten, denn im gegenteiligen Falle würde die Monarchie, zu ihrem Bedauern, sich in die Notwendigkeit versetzt sehen, die Mittel zu ergreifen, die geeignet seien, die Durchsetzung ihrer Forderung zu sichern.

Die beiden Bundesgenossen billigten rückhaltlos diesen Schritt. Marchese di San Giuliano betonte „in stärkeren Ausdrücken als gewöhnlich“ seine Uebereinstimmung mit den Endzielen des Wiener Kabinetts und hielt es für dringend notwendig, die öffentliche Meinung in Italien auf die möglichen Folgen des Ultimatus vorzubereiten. Am Tage der Ueberreichung ließ er in die Spalten des „Popolo Romano“ folgende Mitteilung einrücken: „Falls verblendeter Widerstand und hartnäckige Nichtachtung der europäischen Entscheidungen ein entschlossenes Eingreifen Oesterreich-Ungarns unvermeidlich machten, müßte Italien ohne Zögern seinem Verbündeten folgen, weil beide Mächte in der albanischen Angelegenheit nicht getrennt handeln könnten.“

Dieser letzte Satz gibt Aufklärung darüber, warum die offensiven Pläne des Grafen Berchtold bei San Giuliano im Monat August eine unbedingte ab-

lehnende, im Oktober eine unbedingt zustimmende Aufnahme fanden. Im August, nachdem Serbien die Adriaküste geräumt hatte, standen italienische Interessen nicht in Frage. Im Oktober, als Serbien noch einmal versuchen wollte, sich an der Adria festzusetzen, forderte das Interesse Italiens die Vereitelung dieses Vorhabens.

Rußland wünschte die friedliche Beilegung des Konfliktes. Pasitsch mußte also zum Rückzuge blasen. Am 20. Oktober meldete der serbische Gesandte in Wien dem Grafen Berchtold, daß die Räumung Albaniens innerhalb der achtstägigen Frist stattfinden werde. Am 25. Oktober war sie schon vollzogen.

Um die Aufregung und Unzufriedenheit, die das Scheitern der imperialistischen Pläne in Serbien hervorbrachte, zu dämpfen, ließ Pasitsch in einer veröffentlichten Note erklären, daß er den Ratschlägen der Dreiverbandmächte gefolgt sei und daß nun, um Serbien gegen die albanischen Horden zu schützen, an Stelle der zurückgezogenen serbischen Truppen ein Heer der Großmächte in Albanien einziehen werde, „eine Lösung, die in Wien schwerlich behagen wird“.

Die russische Regierung andererseits suchte sich gegen die Annahme zu schützen, als wäre Rußland gezwungen gewesen, vor dem Dreibunde zurückzuweichen. Der Ministerpräsident Kolozwow, der sich im November 1913 in Berlin aufhielt, ermächtigte dort die Vertreter der russischen Presse, zu verkünden, daß „Serbien bei seiner Absicht, sich in Albanien festzusetzen, zu keiner Zeit auf eine russische Unterstützung rechnen konnte, und darum das Vorgehen der Donaumonarchie als nicht genügend begründet angesehen werden könne“.

Graf Berchtold bemühte sich nun, die Wunden, die er dem Größenwahn Serbiens geschlagen hatte, mit Beweisen des Wohlwollens zu heilen.

Am 19. November machte er in der Ausschußsitzung der ungarischen Delegation die Mitteilung, daß er dem benachbarten Königreiche gegenüber schon Schritte unternommen habe, um gute wirtschaftliche Beziehungen herzustellen, die auch als Unterpfand eines freundschaftlichen Verhältnisses dienen sollten, und gab der Hoffnung Ausdruck, es werde bald eine neue Ära anbrechen, eine Ära des lebhaften wirtschaftlichen Verkehrs und der vertrauensvollen Beziehungen.

Diese Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung. Serbien, ermutigt von seinen Erfolgen, erbittert von seinen Enttäuschungen, blieb der Herd gefährlicher Gärungen.

Es ist fraglich, ob die von Erfolg gekrönte Stellungnahme Oesterreich-Ungarns und Italiens gegenüber Serbien opportun war.

Drei Argumente wurden gegen die serbischen Wünsche geltend gemacht.

Das erste, „man dürfe an der Adria keine Machtverschiebung gestatten“, war wohl eine inhaltslose Phrase, da die Festsetzung Serbiens an einem Punkte der albanischen Küste in absehbarer Zukunft das Gleichgewicht an der Adria nicht gefährden konnte.

Der Hinweis auf das Nationalitätenprinzip, mit dem es unvereinbar sei, einen von Albanern bewohnten Hafenort Serbien zu überlassen, konnte nicht als stichhaltig betrachtet werden, da England, Deutschland, Frankreich und Italien

unzählige Hafenorte besaßen, deren Bewohner fremden Nationalitäten angehörten. Diesen Großmächten gefellte sich Montenegro zu, das im Jahre 1880 das von der Türkei ihm abgetretene Dulcigno, trotz dem energischen Widerstande der albanischen Bevölkerung, mit Unterstützung Deutschlands und Frankreichs in Besitz nahm. Dieser Präzedenzfall erschien wie eine lockende Sirene vor den gierigen Augen Serbiens.

Die Möglichkeit der Reibungen zwischen Serben und Albanern war zweifellos vorhanden; aber ihr gegenüber stand die Gewißheit ernstlicher Konflikte, welche der unbefriedigte Ehrgeiz Serbiens heraufbeschwören mußte.

Der serbische Ministerpräsident verkündete am 28. Mai 1913 in der Skupschina, daß die Großmächte infolge der Abweisung des serbischen Wunsches auf eine definitive Lösung der Balkanfrage verzichteten und so einen Zustand geschaffen hätten, der für sie jahrelang die Quelle von Sorgen und Unannehmlichkeiten bleiben müsse.

Pasitsch war kein Prophet. Er verriet nur seine eignen Entschlüsse und die seines Schutzherrn.

Bismarck und die römische Frage

Von

Dr. J. Lulvès, Archivrat in Hannover

(Schluß)

Der sog. Kulturkampf — auf den wir im übrigen hier nicht einzugehen haben — entbrannte in zunehmend heftigerem Maße. Bismarck nahm vorläufig nicht mehr Gelegenheit, sich über die eigentliche „römische Frage“, über die weltliche Herrschaft des Papstes, öffentlich zu äußern.

Das Verhältnis zum Oberhaupte der katholischen Kirche ward immer gespannter. Der Kanzler hielt, wie er am 14. Mai 1872 ausgeführt hat, „für eine der hervorragendsten Ursachen der gegenwärtigen Trübungen auf konfessionellem Gebiete die unrichtige, entweder durch eigne Aufregung oder durch schlimmere Motive getriebene Darstellung über die Lage der Dinge in Deutschland und die Intentionen der deutschen Regierungen, die an Seine Heiligkeit den Papst gelangt sind“. Wie er deshalb die Beglaubigung eines päpstlichen Nuntius am Berliner Hofe im Prinzip befürwortete, so hoffte er, von der „Wahl eines Botschafters, der von beiden Seiten volles Vertrauen hätte, einmal in bezug auf seine Wahrheitsliebe und Glaubwürdigkeit, dann in bezug auf die Versöhnlichkeit seiner Gesinnungen und Haltung“, — „daß sie als ein Pfand unserer friedlichen entgegenkommenden Gesinnungen aufgefaßt, daß sie als eine Brücke der Verständigung benutzt werden würde“.

Kardinal Gustav Prinz zu Hohenlohe ward in der zweiten Aprilhälfte 1872 zum deutschen Botschafter beim Heiligen Stuhle ernannt, die Ernennung

aber vom Papste zur größten Ueberraschung für viele Kreise mit dem Bauern abgelehnt, „einen Kardinal . . ., auch wegen der augenblicklichen Verhältnisse des Heiligen Stuhles, zur Annahme eines so delikaten und wichtigen Amtes nicht autorisieren zu können“. Bismarck dagegen behauptete, gerade in einem Kardinal die Garantie dafür zu sehen, daß er „kein brauchbares Werkzeug zur Vertretung feindlicher Tendenzen gegen den Papst sein würde“, wie er sich am 28. April 1872 in einem Schreiben an den Grafen Harry v. Arnim, damals Botschafter in Paris, aussprach. Am 14. Mai nahm er bei der Etatsberatung im Reichstage bei der Position für jene Gesandtschaft das Wort zu der Rede, die den berühmten Satz: „Nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig“, bringen sollte.¹⁾ Er drückte vorerst seine Freude darüber aus, „daß ein Antrag auf Absetzung dieser Position nicht gestellt ist, denn er würde der Regierung unwillkommen gewesen sein.“²⁾ Die Aufgaben einer Gesandtschaft bestehen ja einerseits im Schutze ihrer Landsleute, anderseits aber doch auch in der Vermittlung der politischen Beziehungen, in welchen die Reichsregierung zu dem Hofe, bei dem ein Gesandter akkreditiert ist, steht. Nun gibt es keinen auswärtigen Souverän, der nach der bisherigen Lage unserer Gesetzgebung berufen wäre, so ausgedehnte, der Souveränität nahe kommende und durch keine konstitutionelle Verantwortlichkeit gedeckte Rechte innerhalb des Deutschen Reiches vermöge unserer Gesetzgebung zu üben. Es ist daher für das Deutsche Reich von wesentlichem Interesse, wie dasselbe sich zu dem Oberhaupte der römischen Kirche, welches diese für einen auswärtigen Souverän so ungewöhnlich umfangreichen Einflüsse bei uns ausübt, wie es sich auf diplomatischem Wege dazu stellt“.

Allerdings war Hohenlohe deshalb keine ganz geeignete Persönlichkeit, weil er durch sein Verhalten während des letzten Konzils das Mißtrauen vatikanischer Kreise erregt hatte. Das konnte Bismarck nicht verborgen geblieben sein.

Die Möglichkeit, eine engere Fühlung mit der Kurie durch einen hohen deutschen Kirchenfürsten als Botschafter zu haben, war nun hintertrieben. Es scheint, daß Bismarck bei seinem Vorschlage vor allem die nach menschlichem Ermessen bevorstehende Papstwahl im Auge gehabt hat. Um bei einer solchen die Interessen der deutschen Regierung zu wahren, mußte er jetzt zu einem andern Mittel greifen. Am Tage jener denkwürdigen Reichstagsitzung versandte er einen vertraulichen Erlaß an die Vertreter des Deutschen Reichs bei den fremden Mächten:³⁾ Sie sollten bei deren Regierungen eine gegenseitige Verständigung anregen über die gelegentlich einer künftigen Papstwahl einzunehmende Haltung und über die Bedingungen, von denen jene eventuell die Anerkennung einer Wahl abhängig machen würden. Denn zweifellos seien die Regierungen, so hieß es dort, „ehe sie dem durch Wahl konstituierten Souverän, der berufen ist, so weitgreifende, in vielen Stücken nahe an die Souveränität grenzende

¹⁾ Politische Reden, V, 336 ff.

²⁾ Der Abgeordnete v. Bennigsen hatte sich für die Absetzung der Gesandtschaftsposition ausgesprochen, aber ohne einen Antrag deshalb zu stellen.

³⁾ Politische Reden, V, 345 ff.

Rechte in ihren Ländern auszuüben, diese Rechte faktisch zugestehen, verpflichtet, gewissenhaft zu erwägen, ob sie die Wahl anerkennen können". Durch die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils „über die Unfehlbarkeit und über die Jurisdiktion des Papstes" sei dieser in die Lage gekommen, „in jeder einzelnen Diözese die bischöflichen Rechte in die Hand zu nehmen und die päpstliche Gewalt der bischöflichen zu substituieren. Die ganze Fülle der bischöflichen Rechte ruht in seiner Hand . . . Die Bischöfe sind nur noch seine Werkzeuge, sie sind den Regierungen gegenüber Beamte eines fremden Souveräns geworden, und zwar eines Souveräns, der vermöge seiner Unfehlbarkeit ein vollkommen absoluter ist — mehr als irgendein absoluter Monarch in der Welt . . . Dazu kommt noch, daß gerade unter den jetzigen Verhältnissen nicht mit Sicherheit zu erwarten steht, daß auch nur die Garantien, mit welchen in früherer Zeit ein Konklave umgeben war, . . . zur Anwendung kommen werden".

Der Erlaß scheint keine praktische Folge gehabt zu haben; als er im Verlauf des Arnim-Prozesses bekannt wurde, machte er naturgemäß besonders in katholischen Kreisen ungeheures Aufsehen.¹⁾ Jedenfalls ist er wertvoll zur Beurteilung der damaligen Anschauungen Bismarcks über die päpstliche Souveränität als ergänzender Beleg zu der eben besprochenen Reichstagsrede. Auf die Papstwahl kam der Reichskanzler ein Jahr später in der gleich zu erwähnenden Reichstagsrede noch einmal zurück, und zwar mit der Erklärung:²⁾ „Wir wollen uns jeder Einwirkung auf die Papstwahl enthalten und eine solche gar nicht versuchen. — Unsere Aufgabe kann es nur sein, daß wir unsererseits prüfen, ob sie unserer Ueberzeugung nach vollständig legitim vollzogen sei, so daß der Gewählte nach unserer Ansicht berechtigt ist, in Deutschland diejenigen Rechte zu üben, die einem römischen Papst ohne Zweifel zukommen".

Die römische Gesandtschaftsposition kam in dem nämlichen Jahre, 1873, in der Periode der „Maigesetzgebung", bei der Etatsberatung im Reichstage am 9. Juni zur Sprache.³⁾ Vom Abgeordneten Loewe war der Antrag auf dauernde Absetzung der Position gestellt worden, da der Papst nach dem Verlust seiner weltlichen Herrschaft nicht mehr als ein Souverän zu betrachten sei und darum die Aufrechterhaltung von Gesandtschaften beim Päpstlichen Stuhle dem völkerrechtlichen Brauche widersprechen würde. Das Deutsche Reich, das in dem Augenblicke entstanden sei, da die weltliche Herrschaft des

¹⁾ Einer Anregung Bismarcks ward die Broschüre zugeschrieben, welche wenige Wochen später, im Juli 1872, unter dem Titel erschien: „Ein Wort über die Papstwahl"; sie erörterte das Ausschließungsrecht der Mächte beim Konklave und stellte das Verlangen auf, die Kurie müsse, wofern sie die Ausübung jenes Rechtes vermeiden wolle, danach trachten, vor der Wahl mit den maßgebenden Regierungen zu einer Verständigung über die Person des zukünftigen Papstes zu gelangen. Nach E. v. Berthelmer, Graf Julius Andrássy, II (1918), S. 218, hatte der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Bismarck dabei im Verdacht, daß er im geheimen eine Papstwahl außerhalb Roms wünsche, damit sie zu Protesten und zur Nichtanerkennung des Neugewählten Anlaß gebe (!?).

²⁾ Politische Reden, VI, 72.

³⁾ Politische Reden, VI, 69 ff.

Papstes verschwand, habe zum Papste keine Beziehungen, also noch weniger Verpflichtungen gegen ihn.

Bismarck führte zu dem Antrage u. a. aus:

„Es ist richtig, daß dieser Posten, solange das Deutsche Reich besteht, noch nicht faktisch wirksam geworden ist . . . Aber das Fortbestehen des Postens möchte ich doch nicht mit dem Herrn Abgeordneten Loewe ausschließlich abhängig machen von der Frage, ob der Papst eine Territorialsouveränität ausübt oder nicht.

Wenn wir zurückblicken in die Geschichte unserer dortigen Mission, so finden wir, daß die Geschäfte, die wir mit dem Papste als Souverän des früheren Kirchenstaates gehabt haben oder die geschäftlichen Verührungen, in welche wir mit dem Papste als Territorialherrscher gekommen sind, bei weitem das geringere Maß der Tätigkeit der Gesandtschaft in Anspruch genommen haben, im Vergleich mit denjenigen Geschäften, welche der preussische Staat zur Regelung seiner Beziehungen zur katholischen Kirche gehabt hat. Das Bedürfnis, insoweit es hierauf begründet ist, besteht fort, wenn auch einstweilen mehr im Prinzip als in der Praxis. Wir sind augenblicklich praktisch dort nicht vertreten. Es hat das Gründe, die ja mehr äußerlicher Natur sind, die in Verbindung stehen mit der augenblicklichen Lage der konfessionellen Frage in Deutschland . . . Es sind das aber wandelbare Bedingungen . . . Es kann ja auch darin eine Aenderung eintreten. — In dieser Hoffnung möchte ich gerne einen Faden, der sich wieder anknüpfen läßt, nicht abschneiden, eine Fühlung, die augenblicklich praktisch erloschen ist, doch nicht vollständig zu den Toten werfen . . .“

Die dort zum Ausdruck gebrachte „versöhnliche und hoffende Stimmung“ konnte anderthalb Jahre später „nicht mehr aufrecht erhalten werden, ohne Mißdeutungen ausgesetzt zu sein“, das erklärte der Reichskanzler am 5. Dezember 1874. Indem er nunmehr für die Einziehung der deutschen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle eintrat, sagte er:¹⁾

„Wir sind ja weit entfernt, den Papst nicht mehr anerkennen zu wollen als das Haupt der katholischen Kirche; wir erkennen ihn auch in dieser Eigenschaft vollkommen an. Aber es ist die Eigenschaft, das Haupt einer Konfession zu sein, welche in Deutschland Befenner hat, noch kein Grund, einen diplomatischen Vertreter bei einem solchen Haupte zu haben. Ich wüßte nicht, daß wir bei dem Haupte irgendeiner anderen Konfession uns diplomatisch vertreten ließen —, daß z. B. der Kaiser von Rußland bei dem armenischen Patriarchen eine diplomatische Vertretung unterhielte, obschon die armenischen Untertanen Rußlands auch wohl nach Millionen zählen mögen . . . Sollte sich jemals wiederum das Bedürfnis herausstellen, eine dauernde diplomatische Vertretung in Rom zu haben, so würde es auch gelingen, die gesetzgebenden Faktoren von diesem Bedürfnis zu überzeugen.“²⁾

¹⁾ Politische Reden, VI, 229 ff.

²⁾ Einige Äußerungen dieser Rede über die tieferen Ursachen des französischen Krieges sind bereits (Mai-Heft, S. 148) behandelt worden; vgl. auch unten S. 296, Anm. 2.

Damit hatte Bismarck dem Papste die Qualität eines Souveräns abgesprochen, während ihm das italienische Garantiegesetz vom 13. Mai 1871 wenigstens die Vorrechte eines solchen gelassen hatte.

Für den Leiter der deutschen Politik bedeutete sodann die an die preussischen Erzbischöfe und Bischöfe gerichtete Enzyklika vom 5. Februar 1875 eine endgültige Kriegserklärung: Pius IX. proklamierte die Ungültigkeit der Maigesetze und verhängte über die von der Regierung eingesetzten Pfarrer die größere Exkommunikation.

In einer solchen Situation sah sich der allmächtige Kanzler des gewaltigen Deutschen Reichs dem Papste persönlich gegenüber machtlos.¹⁾

Des überragenden Staatsmanns Groll hat eine Idee gezeitigt, die in der wissenschaftlichen Welt, und zwar von Völkerrechtslehrern, vielfach erörtert worden ist; sie hat ihren Niederschlag in einem eignen Literaturkreis gefunden.

Bismarck wollte für die Angriffe gegen die preussische Regierung in den Ansprachen und Enzykliken des Papstes, für seine Aufreizung preussischer Geistlicher gegen ihre Staatsbehörde die Regierung seines Landes verantwortlich machen, nämlich den italienischen Staat. Letzterer hätte dem Papst wohl sein Land genommen, ihn selbst aber durch ein spezielles Gesetz aus der Reihe seiner Untertanen herausgehoben, ihm die Vorrechte eines Souveräns belassen bzw. sie ihm ausdrücklich bestätigt und garantiert durch jenes sog. „Garantiegesetz“. Der italienische Staat wäre verpflichtet, auf seinem Territorium keine feindlichen Akte gegen eine befreundete Macht zu dulden!

„Ueber die rechtliche Unverantwortlichkeit und Verantwortlichkeit des römischen Papstes“ erschien in der von Paul Lindau, dem bekannten Schriftsteller, zu Berlin herausgegebenen Zeitschrift „Die Gegenwart“ (Nr. 8 bis 10 vom 19. Februar bis 4. März 1876) eine scharfsinnige Untersuchung aus der Feder eines der ersten damaligen Völkerrechtslehrer, J. C. Bluntschli's. Er beantwortete die Frage im Sinne Bismarcks: „Wenn aber die zornigen Worte sich in feindliche Taten umgestalteten, wenn der Papst von dem Ayl des Vatikans aus . . . die verlorene Herrschaft über den Kirchenstaat mit fremden Waffen wiederzuerobern versuchte, dann würde sich sofort auch in Italien zeigen, daß das Privilegium der Immunität nicht standhält.

Italien darf dem Papste nicht gestatten, daß er fremde Staaten widerrechtlich und gewaltsam angreife. Es darf den italienischen Boden

¹⁾ Bismarcks Risikmut soll nach dem Zeugnis des Grafen Andrassy bereits in einer Unterredung, welche die beiden Minister am 19. Oktober 1873 zu Wien miteinander gehabt hatten, sehr augenfällig zum Ausdruck gekommen sein. Die Darstellung, welche über seine starken Zornesaussbrüche wegen des „Unheils, daß dem Papsttum Rom und der Kirchenstaat entzogen, daß es dadurch jedem Zwange unerschrocken sei“, Ludwig Doczy 1906 in der „Neuen Freien Presse“ gegeben hat, ist von den „Hamburger Nachrichten“ (in Nr. 834 vom 27. November 1906) als „erschütterlich unsinnig“ bezeichnet worden. Sie hoben hingegen hervor, „daß sich Fürst Bismarck dem Papst gegenüber stets konziliant gezeigt und mit dem Papsttum immer als mit einem wichtigen Faktor gerechnet hat“ vgl. Poschinger, „Also sprach Bismarck“, II (1911), S. 198).

nicht dazu hergeben, daß die Kurie denselben als eine sichere Festung benutze, um einen Feldzug gegen einen fremden, mit Italien in Frieden und Freundschaft lebenden Staat zu unternehmen . . . Der Staat Italien würde durch solche Konnivenz und einen solchen völkerrechtlichen Schutz die Verantwortlichkeit für die rechtswidrigen und feindlichen Handlungen des Papstes auf sich selber nehmen."

"Sowohl Rechtsgründe als politische Gründe sprechen dafür, daß die Staaten, um anmaßenden Uebergriffen und feindseligen politischen Handlungen der Päpste zu wehren, die Erteilung des Rechtsprivilegiums an die Päpste an die Bedingung knüpfen, daß die Päpste ihrerseits die verfassungsmäßige Rechtsordnung der Länder respektieren und keine von dem Völkerrecht als Friedensbruch verbotene Handlung wider die Staaten üben.

Wird diese Bedingung nicht erfüllt, so ist jeder Staat berechtigt, dem Papste diesen Rechtsschutz und ein solches Privilegium zu entziehen."

Man wußte, daß der Verfasser der Abhandlung, Professor J. C. Bluntschli, in näheren Beziehungen zu Bismarck stand und von diesem geschätzt wurde. Kein Wunder, daß die Vermutung aufkam — ein englisches Blatt sprach sie unumwunden aus —, die Schrift sei „im Auftrage des Fürsten Bismarck geschrieben worden".

"Ich muß diese Ehre ablehnen," versicherte Bluntschli im Vorwort der Sonderausgabe. „Obwohl es mir zu großer Befriedigung gereichen würde, zu erfahren, daß der Inhalt meiner Studie von dem Fürsten gebilligt werde, so habe ich dieselbe doch aus eigenem Antrieb unternommen und unbefangenen Sinnes durchgeführt."

In den nach seinem Tode bekannt gewordenen Aufzeichnungen, „Denkwürdiges aus meinem Leben", ist, soweit sie im Druck vorliegen, diese Arbeit und ihre Entstehung nicht behandelt worden. Bluntschli's unsers Erachtens zutreffende These von der Verantwortlichkeit Italiens ist bis heute Gegenstand lebhafter Kontroverse geblieben.¹⁾

Bismarck hat, wenigstens in der Öffentlichkeit, auf sie nicht zurückgegriffen. Vielleicht hatte er es ursprünglich beabsichtigt. Die Vermutung in Kreisen italienischer Parlamentarier, er habe eine diplomatische Note entsprechenden Inhalts an das italienische Auswärtige Amt, die „Consulta", gerichtet, ward auf eine parlamentarische Anfrage Crispien hin vom Ministerpräsidenten Marco Minghelli als unrichtig bezeichnet.²⁾

¹⁾ Diese Verantwortlichkeit, die auch Jörn (in den Preussischen Jahrbüchern 42 (1878), S. 548, Aem. L. Richter, R. Dove, W. Kahl (Kirchenrecht, 8. Auflage, S. 401) annehmen, bezweifeln Palma (Questioni costituzionali, 1885, p. 413) und auch v. Martens (Völkerrecht II, S. 117). Direkt in Abrede wird sie von Racioppi und Brunelli gestellt (Commento alto Statuto del Regno, 1909, I); sie darf nach Fr. Lissé (Völkerrecht, 1915, S. 50) jedenfalls nicht von denjenigen Staaten in Anspruch genommen werden, „die durch Unterhaltung diplomatischer Beziehungen mit der Kurie deren extranationale Stellung anerkannt haben".

²⁾ Casella, La posizione giuridica del Sommo Pontefice (1887), p. 68.

Inoffiziell aber soll der Reichskanzler seine Meinung den italienischen Staatsmännern nicht verhehlt und gelegentlich einer Zusammenkunft der Monarchen an Minghetti und Visconti-Venosta die Bemerkung gerichtet haben, welche ersterer geschickt zu einem Lobe zu wenden mußte: „Ihr Garantiegesetz hat den Papst unverleßlich und unantastbar gemacht; denn er ist damit zu einer souveränen, jedoch nur geistigen Macht geworden. Als er noch eine weltliche Macht war, hätte ihn ein deutsches Kriegsschiff vor Civitavecchia zu einem milderen Vorgehen gegen Deutschland veranlaßt.“¹⁾

Bismarck beschuldigte damals (1875) die italienische Regierung der Selbstsucht; anstatt das Garantiegesetz einer Aenderung zu unterziehen und Deutschland im Kampf gegen Rom zu unterstützen, wolle sie diesen vielmehr im eignen Interesse, im Sinne einer Annäherung an den Vatikan ausbeuten. „Wir sind Italien gegenüber absolut indifferent geworden,“ sagte der Kanzler dem Grafen Károlyi in einem solchen Moment des Unmuts.²⁾ —

Erst die Wahl Papst Leo's XIII. als Nachfolger Pius' IX. am 3. März 1878, die versöhnlichen Schreiben Leo's an den Kaiser leiteten neben andern Momenten, in denen die Verschiebungen der politischen Parteien im Parlamentsleben Deutschlands nicht die letzten waren, eine Annäherungspolitik zwischen Bismarck und der Kurie ein. Sie ward des weiteren vorbereitet durch Besprechungen des Reichskanzlers mit dem Münchener Nunzius Masella in Riffingen Ende Juli und Anfang August 1878.

Dr. Falk, der für die Maigesetze verantwortliche Kultusminister, mußte am 13. Juli 1879 seine Entlassung nehmen. Schrittweise Zugeständnisse auf beiden Seiten führten zu einer Wiederanknüpfung der diplomatischen Verbindung mit der päpstlichen Kurie am Ende des Jahres 1881.³⁾ Der Reichskanzler begründete sie am 30. November 1881 im Reichstage⁴⁾ mit der Wahrnehmung der Interessen der katholischen Untertanen „in Rom auch vom Standpunkt der weltlichen Gewalt“ . . . „nicht als eine Vertretung bei einer auswärtigen Macht, sondern als eine Vertretung bei dem Haupt einer Kirche. Ich habe mir dabei

¹⁾ L. Luzzatti, Bollettino del Circolo Giuridico di Roma, pag. 19. — Mit unwesentlichen Varianten ist der Ausdruck bei Racioppi e Brunelli, Commento allo Statuto del Regno, I, pag. 96, wiedergegeben. Auch dort ist Luzzatti, seine Vorlesungen an der Universität Rom als Quelle, er sogar als Zeuge genannt. Das von Luzzatti angegebene Jahr 1875 könnte sachlich zutreffen. In der Tat fand vom 18. bis 23. Oktober jenes Jahres eine Zusammenkunft der beiden Monarchen in Mailand statt, bei der aber Bismarck fehlte. Viktor Emanuels Reise nach Berlin fiel hingegen in das Jahr 1873 (22. bis 26. September).

²⁾ v. Wertheimer, a. a. O., II (1913), S. 220.

³⁾ Bereits im Sommer zuvor (1881) war der damalige deutsche Gesandte in Washington, Rudb. v. Schlözer, im Auftrage Bismarcks nach Rom gereist, um in der ihm wohl bekannten „ewigen Stadt“ ganz privatim Personen und Verhältnisse am Vatikan zu sondieren, behufs Anbahnung eines kirchenpolitischen Ausgleichs. Schlözer ward nunmehr Gesandter beim Heiligen Stuhl.

⁴⁾ S. Kohl, Die politischen Reden, IX, 162.

die Frage vorgelegt: Kann ich die katholische Kirche in Deutschland als eine ausländische Institution betrachten, die dem rein diplomatischen Verkehr unterworfen ist? Ich habe geglaubt, diese Frage verneinen zu sollen.¹⁾ . . . Ich rechne . . . die Institution der katholischen Kirche in Deutschland mitsamt der päpstlichen Spitze, die zu ihr gehört, für eine einheimische Institution der deutschen Bundesstaaten resp. des Deutschen Reichs.“ . . . „Die römische Kirche ist von jeher nicht bloß eine geistliche und kirchliche, sondern auch eine politische Macht gewesen, — das Papsttum ist, wie jede Kirche gelegentlich, eine sehr starke politische Macht gewesen.“²⁾

Bei der früheren Verteidigung jener Gesandtschaftsposition vor ihrer Aufhebung hatte Bismarck der einstigen weltlichen Souveränität des Papstes Erwähnung getan, jetzt bei der Wiedereinführung unterblieb eine solche. Er ließ dabei die von seinem Vorredner, Professor Virchow, berührten Befürchtungen unerörtert, nämlich, daß von deutscher Seite die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papsttums unterstützt werden könnte, oder gar, daß der Papst mit der ganzen Kurie in Deutschland seinen Sitz aufschlüge.³⁾

Und doch dürfte sich Bismarck gerade in diesen Tagen mit der römischen Frage näher beschäftigt haben. In der Berliner „Post“, die damals „als eine von der deutschen Reichskanzlei inspirierte Zeitung galt“,⁴⁾ erschienen im Dezember 1881 drei auffehererregende Artikel über das Papsttum.

Infolge der Tumulte, welche bei der nächtlichen Ueberführung der Leiche Papst Pius' IX. in Rom am 12./13. Juli 1881 vorgefallen waren, hatte Leo XIII. im Konistorium und bei einem großen Pilgerempfang von der Möglichkeit einer Verlegung der päpstlichen Residenz gesprochen, war in dem vatikanischen Organ, der „Unità cattolica“, und in Bischofskreisen die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft, das „Temporale“, erörtert worden. Da setzten die Artikel der „Post“ ein:

¹⁾ Auf den gleichen Gedanken kam Bismarck fünf Jahre später, am 21. April 1887, im Reichstage zurück mit den Worten: „Denn, wenn ich Katholik wäre, glaube ich nicht, daß ich die Institution des Papsttums als eine ausländische betrachten würde, und von meinem paritätischen Standpunkt, den ich als Vertreter der Regierung innehalten muß, gebe ich das zu, daß das Papsttum eine nicht bloß ausländische, eine nicht bloß weltallgemeine, sondern weil sie eine weltallgemeine ist, auch eine deutsche Institution für die deutschen Katholiken ist.“ (Politische Reden, XII, 361, 384.)

²⁾ Ähnlich, aber schärfer in den Reden vom 10. März 1873 und 5. Dezember 1874: „Der uralte Machtkampf zwischen Königtum und Priestertum“, „der im Mittelalter das Deutsche Reich zersetzte und seine Spaltungen erzeugt hat“, auf den Bismarck gesprächsweise noch 1883 zurückgekommen ist (M. Busch, Unser Reichskanzler, II, 139); er bildete das Grundmotiv in dem welthistorischen Kampfe, der seinen glänzendsten Niederschlag in Bismarcks großen Reden gefunden hat. (Zu erwähnen hier noch die vom 24. April 1873 und 14. April 1875.)

³⁾ Politische Reden, VI, 166. Vgl. L. Chiala, *Pagine di Storia contemporanea*, III², 167, N. 1.

⁴⁾ v. Berthheimer, a. a. O., II (1913), 228; eine gleiche Beurteilung bei H. Schultheß, *Europäischer Geschichtskalender* 1881, 285, und L. Chiala, a. a. O., 222, 224, 252.

Der erste, vom 2. Dezember 1881 (in Nr. 331), „Die Lage des Papstes“ betitelt, nahm seinen Ausgang von einer aus kuraler Feder stammenden Broschüre; unter dem Titel: „La situation du pape et le dernier mot sur la question romaine“, hatte sie die Unhaltbarkeit der Lage des Papstes in Rom beweisen wollen.

Der Artikel kommt zu folgendem Ergebnis:

„Nehmen wir einmal an, daß die Kurie sich nicht von den Eingebungen eines verstandlosen und hoffnungslosen Fanatismus, sondern von dem Verständnis der Weltituation und ihrer heutigen bewegenden Kräfte leiten läßt — welches Mittel kann sie anbieten, um wieder in den alleinigen Besitz Roms zu gelangen? Sie hat die mächtige Waffe des selbstgewählten Exils! . . . Es wäre die Waffe der Zerstörung gegen die italienische Monarchie. Die Feindschaft zwischen dem Priestertum, dessen Haupt sich im Exil befände, und dem Staat, der es exiliert haben sollte, würde in helle Flammen ausbrechen. Der Radikalismus würde auf die Vernichtung des Priestertums dringen, und die atheïstische Republik würde ihr Haupt erheben. Denn in Italien . . . ist der Katholizismus trotz alledem die Stütze der besonnenen Behandlung der Lebensmächte, die sich auf politischem Gebiet in der Monarchie verkörpert. — Das Papsttum besitzt in dem Exil . . . eine gewaltige Waffe, mit der es auf die Dauer die italienische Monarchie zu zerstören, mit der es nach kurzer Dauer hoffen kann, von der Monarchie zurückgerufen zu werden, um den Preis einer anderen Existenz in Rom als die jetzige.“

Am 11. Dezember folgte ein zweiter Artikel: „Die Krisis im Papsttum“ (in Nr. 340). Er ging von der Zeitungsmeldung aus, daß der Papst den Kaiser von Oesterreich um einen gastlichen Aufenthalt in Tirol gebeten habe, und richtete folgende Mahnung nach Rom:

„Der Zeitpunkt ist für die Kurie gekommen, ernstliche Schritte zur Aussöhnung mit dem Königreich Italien zu tun oder, wenn man glaubt, einen würdigen Modus dieser Aussöhnung nicht erreichen zu können, Rom zu verlassen. Die Kurie kann freilich auch das Dritte wählen, in dem bisherigen Zustand ausharren . . . Aber diese Wahl wäre die gefährlichste. — Einmal mit dem Exil Ernst gemacht, würde die öffentliche Meinung Italiens doch begreifen, daß Italien sich selbst schlagen würde, wenn es den Vatikan und die Peterskirche verwaissen ließe. Wenn die jetzige italienische Regierung wiederholt so stark betont hat, daß die Frage des päpstlichen Schutzes eine innere Angelegenheit Italiens sei, so wird man sich, wenn es sich um die Aufhebung eines Exils handelt, doch zu der Einsicht bequemen, daß diese Frage alle Staaten mit katholischen Bevölkerungen angeht. Die internationale Regelung dieser Frage aber könnte wiederum nicht ohne Einfluß bleiben auf die verschiedenen innerstaatlichen Beziehungen der römischen Kirche . . .“

Ein dritter Artikel schloß, als bedeutungsvoller, in Nr. 347 am 18. Dezember 1881 die Serie mit dem Titel: „Die römisch-deutsche Frage“. Wir heben folgende Betrachtungen heraus:

„Die erste Frage ist die seit der Vollenbung des Königreichs Italien nicht regulierte Stellung des Papsttums zu der europäischen Gesamtordnung, deren Schutz und Feststellung die Aufgabe der Großmächte ist. Das Königreich Italien hat sich der Staaten bemächtigt, deren Souverän nach europäischer Ordnung einst der Papst war. Nach der Natur der Dinge scheint der Papst, der Italien nicht verlassen hat, damit ein Untertan des Königs von Italien geworden zu sein. Die italienische Regierung hat jedoch den schroffen Ausdruck dieses Verhältnisses für sich selbst nicht unbedenklich gefunden und daher den Versuch gemacht, das tatsächliche Verhältnis hinter einem von Italien erlassenen Garantiegesetz zu verbergen, welches die Rechte des Papstes auf italienischem Boden feststellt. Da aber dieses Garantiegesetz, wie neuerlich immer nachdrücklicher betont wird, lediglich als Akt der inneren Souveränität Italiens aufgefaßt wird, so zeigt sich klar, daß der Papst der italienischen Gesetzgebung unterworfen ist, und tatsächliche Vorgänge der neuesten Zeit haben nicht minder gezeigt, daß Auslegung und Anwendung des Garantiegesetzes, wie es nicht anders sein kann, von dem Geschick und dem guten Willen der italienischen Behörden abhängen...

Aber die Folgerung, daß der Papst Untertan des Königs von Italien werden müsse, hat Europa bisher nicht gezogen. Das Verhältnis des Papstes zu dem Königreich Italien ist vielmehr eine ungelöste Frage. Eine andre Frage ist, wie lange Europa einer gemeinsamen Lösung dieser Frage ausweichen und ob es dieselbe wie bisher den beiden Mächten, die sich in derselben zunächst berühren, der Kurie und der italienischen Regierung, immerfort allein überlassen kann.

Die Entkleidung des Papstes vom weltlichen Besitz, die ihn tatsächlich zum Untertan einer einzelnen europäischen Regierung macht, kann dahin führen, das Ansehen des Papstes allerorten zu schwächen und damit die Festigkeit und den Einfluß der römischen Kirche zu verringern oder auch eine Verfassungsänderung in dieser Kirche herbeizuführen... Es ist also eine durchaus ernsthafte Frage, ob es der europäischen Gesamtordnung förderlich ist, das Papsttum und damit das Schicksal der römischen Kirche von einer Anzahl Lokalentscheidungen, d. h. von den Gesetzgebungen der Einzelstaaten abhängig zu machen, und selbst die Frage nach der persönlichen Unabhängigkeit des Papsttums als Lokalfrage zu behandeln. Der Weg der gemeinsamen Regelung würde allerdings zu keiner Zeit leicht gewesen sein und begegnet heute ganz besonderen Schwierigkeiten... Am wenigsten wollten wir eine europäische Intervention zugunsten der weltlichen Papstherrschaft gegen Italien herbeiführen. Dagegen haben wir ausgeführt und halten diese Ausführung noch für richtig, daß der Papst das Königreich Italien vor die Frage stellen könne, ob es dem Papst eine anders geartete Existenz als die jetzige auf italienischem Boden sichern oder ihn nötigen wolle, Italien zu verlassen. Wir sind noch ebenso der Ueberzeugung, daß Italien dazu kommen würde, einen Teil der päpstlichen Forderungen anzunehmen. Aber der Entschluß zum Exil bleibt ein heroischer, und wir haben sehr gut gewußt,

daß die Kurie heute mehr als je von heroischen Entschlüssen entfernt und dem alterproben Mittel zäher Passivität allein sich zuzuwenden fähig ist . . ."

Wiederholt war in jenen Artikeln der „Post“ „auf die kritische Bedeutung des Augenblicks für das Papsttum hingewiesen“ worden, daß „eine kritische Wendung im Leben des Papsttums die Geschichte auf alle Fälle von den Dezembertagen dieses Jahres (1881) datieren wird“. Wohl ging damals, angeregt durch die „Post“-Artikel, durch die deutschen und durch ausländische Zeitungen das Gerücht, daß zwischen den Mächten bereits Unterhandlungen über die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes oder doch eines Teils derselben im Gange seien. Man wollte darin „einen Fühler des Reichskanzlers erblicken“. Ihm speziell wurde die Absicht nachgesagt, durch einen Kongreß oder durch andere Mittel auf jeden Fall der Freiheit des Papstes eine festere Garantie verschaffen zu wollen. Das veranlaßte den altkatholischen Kirchenrechtsprofessor J. F. v. Schulte in Bonn, dessen Beziehungen zu Bismarck bekannt waren, zu einer Untersuchung der Fragen, ob „überhaupt eine auswärtige Regierung das Recht habe, die Freiheit des Papstes zum Gegenstand einer diplomatischen Intervention zu machen“, und ob „eine solche im Interesse Deutschlands läge“. ¹⁾

Schulte verneinte diese Fragen, verneinte ebenso das Vorliegen einer Veranlassung für das Deutsche Reich, „zur Herstellung des Kirchenstaats je einen Schritt zu tun“. Schon weil ein derartiger Schritt, der eventuell zum Kriege mit Italien führen würde, „notwendig eine Unterwerfung des betreffenden Intervenienten unter die Forderungen des Ultramontanismus enthielte“. — War hier wirklich die Ansicht des Reichskanzlers zum Ausdruck gekommen, so hatte sie sich seit dem Frühling des Jahres 1871 merklich gewandelt!

Auch die italienischen Politiker und Zeitungen ereiferten sich über die Angelegenheit, bis dann eine allgemeine Ruhe eintrat, als der Vertreter Italiens in Berlin auf eine Erklärung des dortigen Auswärtigen Amtes hinweisen konnte, welche eine angebliche Initiative der deutschen Regierung, um eine Aenderung der Stellung des Papsttums anzuregen, ausdrücklich in Abrede stellte: Derartige Gerüchte basierten nur auf den sanguinischen Hoffnungen kirchlicher Kreise. Die zwischen der Regierung und dem Vatikan schwebenden Unterhandlungen bezögen sich einzig und allein auf innere, die preußische Gesetzgebung betreffenden Fragen.

Jedenfalls besserten sich die Beziehungen zwischen Leo XIII. einerseits, Kaiser Wilhelm und seinem Kanzler anderseits von Jahr zu Jahr in erfreulich

¹⁾ Der Aufsatz erschien in der „Deutschen Revue“ VII, 1 (1882), S. 146 ff. unter dem Titel: „Die Freiheit des römischen Papstes“. — Auch der Historiker Heinrich v. Treitschke besprach damals in seinen „Preussischen Jahrbüchern“ (Bd. 48, S. 320, 635 f.) das „wahrscheinliche Wiederaufleben der römischen Frage“ und das „freiwillige Exil als letztes Mittel des Papstes“, ohne sich jedoch derartig zum Interpretieren bismarckscher Ideen zu machen, wie das in Italien angenommen wurde.

fortschreitendem Maße, weniger rasch die zwischen der deutschen Regierung und dem Zentrum.¹⁾ Die von Bismarck schon lange betriebene Erweiterung des Zweibunds der Centralmächte zum Dreibund mit Italien, welche am 20. Mai 1882 erfolgte, hatte keine Spitze gegen den Vatikan. Wiederholt hat Bismarck ausdrücklich in Abrede gestellt, daß dabei irgendwie Italien der Besitz Roms gegenüber dem Papste garantiert sei: „Wir haben unsererseits versprochen, die Integrität Italiens nur gegen das Ausland zu verteidigen.“²⁾

Allerdings hatte der Reichskanzler gelegentlich, wie vor der Stiftung des Dreibunds, die römische Frage als Druckmittel gegenüber der italienischen Politik verwandt. So hatte er in einem Briefe an den Prinzen Reuß aus Varzin am 28. Januar 1880 die Meinung geäußert,³⁾ die österreichische Regierung möge, da die italienische Regierung die Forderung zwar nicht gerade fördere, aber doch gewähren lasse, die Vereine und die Presse in Oesterreich, die ein Interesse an der Wiederherstellung des Kirchenstaates und des Königreichs Neapel hätten, etwas mehr zu Worte kommen lassen, um Italien gewissermaßen in die Verteidigung zu drängen, auch im deutschen Interesse. Denn die gegenwärtige Haltung Italiens erschien ihm als eine konstante Ermütigung für die Kriegspartei in Rußland. —

Das auf gegenseitiger Achtung und wirklicher Wertschätzung beruhende persönliche Verhältnis zwischen Papst und Kanzler kam zum beredtesten Ausdruck anlässlich des Streites über den Besitz der Karolineninseln. Zwischen Deutschland und Spanien schlug Bismarck in genialer Weise den Papst als Schiedsrichter vor. Es war die späte Verwirklichung eines Gedankens, den er einst, am 13. Februar 1871, gesprächsweise zum Ausdruck gebracht hatte.⁴⁾

Der Papst fühlte sich auf das äußerste durch den Vorschlag geschmeichelt, der an längst vergangene Glanzzeiten des Papsttums erinnerte. Dieses erschien wenigstens als weltlich-politische Macht wiederhergestellt. In geschicktester Weise mußte sich Leo XIII. der Vermittlungsaufgabe zu entledigen, zur vollen Zufriedenheit beider Parteien. Seine Anerkennung für die ihm zugewiesene welthistorische Aufgabe sprach er Bismarck durch ein rühmendes Schreiben aus unter Verleihung des Christusordens in Brillanten.⁵⁾ Der Reichskanzler erwiderte mit einem Dankbrief (vom 13. Januar 1886) in französischer Sprache. Er brachte

¹⁾ Auf die einzelnen Phasen dieser Friedensentwicklung ist der Reichskanzler wiederholt in seinen Reden zurückgekommen, so im Reichstage am 8. Dezember 1884, im Herrenhause am 12. April 1886, am 23. März 1887 und im Landtage am 4. Mai 1886 und 21. April 1887 usw.

²⁾ De Olivart-Mac Swiney, *Le pape, les états de l'église et l'Italie* (1897), p. 63, und Goyau, *Bismarck et l'Eglise*, IV, p. 153.

³⁾ M. Busch, *Tagebuchblätter*, III (1899), 354.

⁴⁾ Vgl. *Mai-Fest*, S. 155.

⁵⁾ Daß der Papst sogar ein Porträt Bismarcks von der Hand Lenbachs zu besitzen gewünscht hat, erzählt dieser in seinen „Gesprächen und Erinnerungen“, mitgeteilt von W. Wyl (1904), S. 98.

in gewinnenden Worten seine persönliche Hochschätzung für das Oberhaupt der katholischen Kirche zum Ausdruck; gewinnender als all das war die von ihm gewählte Anrede: „Sire.“ Damit erstattete er dem Träger des Papsttums an Anerkennung der Souveränität von seiten der deutschen Regierung reichlich wieder, was er ihm einst, zwölf Jahre zuvor, in seiner Begründung bei Aufhebung der Gesandtschaftsposition versagt hatte.

Für Leo XIII. bedeutete das die Erfüllung eines seiner höchsten Wünsche, für Bismarck eine gewisse Resignation hinsichtlich seiner Kulturkampfbestrebungen!

Besagte Anrede als Majestät und die Anrufung als Vermittler sind von kurialen Vertretern des Völkerrechts als Beweise für das Vorhandensein und die Anerkennung der echten Souveränität des Papstes herangezogen worden.¹⁾ —

Gegenüber der Hoffnung auf eine günstige Lösung der römischen Frage, welche nach einem Besuche Crispi bei Bismarck im Oktober 1887 kirchliche Blätter zur Sprache brachten, gab der italienische Staatsmann die Erklärung ab, eine solche Frage gebe es nicht, speziell Bismarck betrachte das Verhältnis des Papstes zu Italien als eine interne Angelegenheit des Königreichs. In seinen Memoiren hatte Crispi von jenem Besuche folgende Äußerungen des „Eisernen Kanzlers“ überliefert:²⁾ „Die Versöhnung mit dem Papste ist eine Frage, die uns nicht interessiert und mit der wir uns nicht zu beschäftigen brauchen. Ich kann Ihnen sogar sagen, daß kein Kardinal jemals mit mir über die Wiederherstellung der weltlichen Macht gesprochen hat, da alle wohl nur zu gut meine Antwort voraussahen.“ — Aus mehreren inneren Gründen erscheint es fraglich, ob diese Äußerung ganz richtig aus der Erinnerung wiedergegeben ist. Ebensowenig sicher sind im Wortlaut die Äußerungen, welche der Reichskanzler im März 1887 und im März 1888 über die römische Frage an Leos XIII. Spezialgesandten,³⁾ Monsignore L. Galimberti, nach dessen Angabe gerichtet haben soll: Entschloß sich Italien zur Rückgabe Roms, so würde es selbst, durch den Wegfall dieser Streitfrage, an Stärke nur gewinnen. Ohne Territorium besäße der Papst keine wahre Unabhängigkeit, — Zugeständnisse, die keine unmittelbaren Hoffnungen erwecken sollten; denn: „Jeder Tag hat seine Arbeit“, oder wie Galimberti 1888 vieldeutig zu hören bekam: „Man muß zu warten verstehen“, jedoch mit dem Hinweis, daß die Rückgabe Roms für Italien die Revolution herbeiführen dürfte. Für den Fall, daß Italien Republik würde, sowie bei etwaigem allgemeinen Sieg der konservativen Elemente in Europa schien

¹⁾ Zum Beispiel von De Olivart-Mac Swiney, a. a. O., p. 57, und Van Duerm, *Vicissitudes politiques du Pouvoir temporel des Papes* (1899), p. 443; Ed. Soderini, *Clericali e monarchia in Italia* (1897), p. 38. Vgl. E. Lefebvre de Béhaine, *Léon XIII. et le prince de Bismarck*, p. 189.

²⁾ F. Crispi, *Memoiren* (1912), 281. — A. Singer, *Geschichte des Dreibundes* (1914), S. 86.

³⁾ Gelegentlich des neunzigsten Geburtstags bzw. der Beisetzung Kaiser Wilhelms I. Vgl. Crispolti e Aureli, *La politica di Leone XIII.* (1912), p. 158, 354, 356, 443.

Bismarck der Wiederherstellung der weltlichen Papstherrschaft seine Mitwirkung in Aussicht zu stellen, allerdings eine nebelhaft ferne Aussicht!

Unklar und widerspruchsvoll sind auch die Nachrichten über Kaiser Wilhelms II. ersten Besuch bei Leo XIII. am 11. Oktober 1888 und die ihm vorausgegangenen Verhandlungen hinsichtlich der römischen Frage. Daß eine Berührung des heißen Themas bei einer solchen Begegnung möglichst vermieden werden sollte, dürfte in den Absichten des Reichskanzlers gelegen haben, ohne daß verbürgte Äußerungen von seiner Seite bis jetzt darüber bekannt wären. — Bismarcks Name ward dann in Verbindung mit einer Wiederherstellung des päpstlichen Temporale noch einmal genannt, als in Rom eingehend der Vorschlag erörtert wurde, dem Papst wenigstens einen Stadtteil Roms, den Leoninischen, mit dem Vatikan und einen Landstreifen von dort am rechten Tiberufer entlang bis zu einem Hafen am nahen Meeresgestade als weltliches Miniaturreich zu überlassen. Der Vorschlag erinnerte allerdings etwas an die oben berührte, aber der Öffentlichkeit wohl unbekannt gebliebene Äußerung des deutschen Kanzlers aus dem Jahre 1867: „Der Papst müsse ein unabhängiger Souverän sein, wäre er auch nur der Besitzer von zehn oder hundert Morgen Land.“¹⁾

Der einst von Bismarck zum Botschafter bei Papst Pius IX. ausgewählte Kardinal Hohenlohe soll mit anderen höheren Geistlichen versöhnlicher Tendenz, wie Galimberti und Pater L. Tosti,²⁾ sich für diesen von Bonomelli, dem späteren Bischof von Cremona, in seinem aufsehenerregenden Buche: „Roma e l'Italia e la realtà delle cose“ 1889 behandelten Vorschlag begeistert haben. Man suchte in jenen Kreisen einen Modus vivendi zwischen Leo XIII. und Italien zu vereinbaren, möglicherweise mit Hilfe diplomatischer Vermittlung Deutschlands. Francesco Crispi schien im Hinblick auf seine Zusammenkunft mit Bismarck (1887) darauf hinweisende Anspielungen noch in einem Artikel zu machen, den die „Contemporary Review“ im August 1891 brachte; er hob hervor, daß

¹⁾ Aus dem gleichen Jahre (30. Oktober 1867) dürfte eine Instruktionsbepfehle Bismarcks an den preussischen Gesandten v. Ufedom am italienischen Hofe zu Florenz stammen, die mir nachträglich, nach einer Wiebergabe in der „Germania“ (Mitte März 1911), von einem bekannten Reichstagsabgeordneten gütigst zur Verfügung gestellt worden ist: „Die katholische Bevölkerung Deutschlands hat denselben Anspruch wie die evangelische auf die Berücksichtigung ihrer religiösen Ueberzeugung. Diese Rücksicht verbietet einem Staat mit gemischter Bevölkerung, gegen das Oberhaupt der katholischen Kirche in einer Weise vorzugehen, welche die Herzen der gläubigen Katholiken verletzen würde. Eine der Vorbedingungen, um uns zum Einvernehmen . . . zu befähigen, würde die Versicherung sein, ob dem Papsttum, nach der italienischen Auffassung . . . seiner Zukunft, eine Stellung bleibt, welche auch von den Katholiken deutscher Nationalität in ihrer Mehrheit als eine würdige anerkannt würde.“

²⁾ Luigi Tosti's programmatische Schrift: „La conciliazione“ soll von Leo XIII. durchgesehen und mit dessen Korrekturen vor der Veröffentlichung Crispi vorgelegt worden sein. — Daß jener Vorschlag in Berlin 1887 Gegenstand von Besprechungen gewesen ist, zum mindesten zwischen Galimberti und dem Schwiegersohn des greisen Kaisers, dem Großherzog von Baden, sagt dieser in einem an jenen gerichteten Briefe vom 1. Februar 1894.

der Papst im Konsistorium vom 23. Mai 1887 zum erstenmal das übliche Thema der vollen Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft vermieden habe.

Französische Umtriebe vereitelten die Erfüllung aller dieser Wünsche und Pläne. Auf Leo XIII. gewann der Frankreich freundlich gesinnte Kardinalstaatssekretär Rampolla zunehmend wachsenden Einfluß.

Es ist uns unbekannt, ob überhaupt Bismarck den damaligen Bestrebungen hinsichtlich der Versöhnung Italiens mit der Kurie und einer eventuellen teilweisen Wiederherstellung des päpstlichen Temporale tatsächlich nahegestanden hat. Immerhin hatte er sich bei den früheren Gelegenheiten durchaus nicht als Gegner der weltlichen Herrschaft des Papstes gezeigt. Im Gegenteil, vergleicht man seine hier zusammengestellten Äußerungen über die römische Frage, so ergeben sich lediglich Ansichtswandlungen im einzelnen wie hinsichtlich der Souveränitätsfrage.

In Bismarcks grandiosem Ringen mit der katholischen Weltkirche ursprünglich eine Hauptveranlassung des Kampfes, war in seinem Verlauf die römische Frage ganz in den Hintergrund getreten.

Stets im Hinblick auf die Interessen des preußisch-deutschen Vaterlandes politisch rechnend, wenn auch als überzeugter Protestant ohne ausreichendes Verständnis für die katholische Kirche, für ihre lebensgewaltige Organisation, für ihre unerstickbar wirkenden inneren Kräfte, zeigte sich Bismarck geneigt, gegebenenfalls zur Wiederherstellung der weltlichen Papstherrschaft die Hand zu reichen. Aber nur so lange, als er nicht mit dem Katholizismus selbst in Kampf geraten war. Jedenfalls wird man den großen Begründer der deutschen Einheit den Staatsmännern zuzählen dürfen, welche, wie Napoleon I., Metternich, Guizot, Palmerston usw., sich der bedenklichen Lage des Oberhauptes der Kirche in weltlicher Abhängigkeit, auch im Hinblick auf ihre eignen Landsleute jener Konfession, wohl bewußt gewesen sind.

Die Rechtstechnik des Kriegssozialismus

Von

Universitätsprofessor Dr. Satschek (Göttingen)

I

Während des Krieges sind eine Reihe tiefgreifender wirtschaftlicher Maßnahmen vom Bundesrat getroffen worden, welche darauf hingingen, den Plan unfreier Gegner, die uns aushungern wollen, zu verhindern. Diese Maßnahmen sind von doppelter Art: die einen betreffen die sog. Produktionsregelung. Durch sie soll verhindert werden, daß die Erzeuger und Versertiger von Waren in blinder Weise, nur in ihrem privatwirtschaftlichen Interesse handelnd, solche Waren in großer Menge hervorbringen, die für unsre Lebenserhaltung

weniger wichtig sind als andre Waren, deren Erzeugung aber für den einzelnen Unternehmer vielleicht gewinnbringender wäre. Mit einem Worte, die Produktionsregelung ist zugleich eine Beschränkung des Produzenten, dem nun nicht gestattet wird, bloß nach seinem privatwirtschaftlichen Interesse draußlos zu produzieren und die Erhaltung der gesamten Volkswirtschaft von ihrem Hauptziel abzulenken, welches Hauptziel kein andres sein kann, als die wirtschaftliche Erhaltung aller. Zur Produktionsregelung gehört auch die Festsetzung von Höchstpreisen, die Beschlagnahme der Rohstoffe und die Verteilung dieser an alle Produzenten, um die Einschränkung des Rohstoffbedarfs, die ja eine naturnotwendige Folge dieses Weltkrieges ist, wenigstens gleichmäßig auf die Schultern aller Produzenten abzuwälzen. Das Gegenstück dieser Produktionsregelung ist die Regelung und Beschränkung des Verbrauchs: die Konsumtionsregelung. Jeder einzelne der deutschen Staatsgenossen soll seinen Bedarf an den zum Lebensunterhalt notwendigen Mitteln auch erhalten, aber er soll auch nicht mehr erhalten. Er muß seinen Verbrauch zugunsten seines Mitbürgers einschränken. Die Kaufkraft allein soll nicht entscheidend sein, denn sonst würde der Reiche viel, der Arme wohl nichts verzehren können. Diese Beschränkung des Verbrauchs ist nur eine notwendige Folge dieses Weltkrieges, der uns durch die Gewalt der Feinde zum isolierten Staate macht. Das Deutsche Reich, das im Frieden einen ansehnlichen Teil von Getreide und Fetten aus dem Auslande einführen mußte, sieht sich von alle dem abgeschnitten. Es steht nur ein beschränktes Quantum dieser notwendigen Mittel des Lebensunterhalts zu Gebote, und das Reich hat es übernommen, dieses beschränkte Quantum mit Hilfe der Kommunalverbände auf den einzelnen Verbraucher nach gleichem Maße zu verteilen.

Unter den Nationalökonomen herrscht Streit, ob diese neuen Maßnahmen als Kriegssozialismus zu bezeichnen sind. Der eine sieht in diesen Maßnahmen die Vorläufer eines gewaltigen Staatssozialismus, an denen man auch nach dem Kriege werde festhalten müssen, der andre findet darin nur Maßnahmen sozialer Art, welche an dem Eckstein des privatwirtschaftlichen Systems, das allein höchste Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft verbürge, nicht zu rütteln vermöchten. Ohne in diesen Streit der Nationalökonomen einzugreifen, mag es dem Juristen gestattet sein, die Formen der Rechtstechnik, welche diesem Kriegssozialismus zugrunde liegen, näher ins Auge zu fassen und dann die Frage zu stellen, ob diese juristischen Maßnahmen auch nach dem Kriege Sinn und Bedeutung behalten könnten. Was den Streit der Nationalökonomen anlangt, so will es den Anschein haben, als ob der Mittelweg zwischen beiden angeführten Meinungen vielleicht der richtige ist. Die kapitalistische Wirtschaft, aufgebaut auf dem Prinzipie des Privateigentums und des Privatvertrags, hat zweifellos die Weltkatastrophe in einer Weise überstanden und sich in schwierigen Zeiten als so leistungsfähig bewährt, daß man nicht ohne weiteres über sie den Stab brechen darf, um gleich in die Abgrundtiefe eines Staatssozialismus mit leichtem Herzen hineinzuspringen. Schon die privatwirtschaftliche Organisation vor dem Kriege hat Maßnahmen aus sich erzeugt, und das darf man keineswegs vergessen,

welche Anknüpfungspunkte für die gegenwärtige Maßnahmen des Kriegssozialismus boten: Kartellierung der Produzenten, Gewerkschaftsbildung, Konsumgenossenschaften. Selbst die Regelung der Höchstpreise knüpft an die Preisbildung des freien Marktes an und beschränkt bloß seine weitere Aufwärtsbewegung. Die Monopole, welche zugunsten der neuen bevorrechtigten Bezugsgenossenschaften des Kriegssozialismus von Staats wegen angeordnet sind, halten sich sorgfältig an die von den privaten Unternehmern bisher ausfindig gemachten Bezugsquellen, kurz, die wirtschaftlichen Maßnahmen des Kriegssozialismus sind nur eine Weiterbildung der Reime, welche bereits in der nach privatwirtschaftlichem System aufgebauten Volkswirtschaft der Friedenszeit gelegen haben.

Wir werden nun im folgenden sehen, daß die Rechtstechnik des Kriegssozialismus ebenfalls nur Institute weiter ausbildet, welche bereits in Friedenszeiten vorhanden waren. Eines steht aber jedenfalls fest. Alle diese Maßnahmen machen den Produzenten und Kaufmann von heutzutage zu einem öffentlichen Funktionär, zu einem Träger des Staatsgedankens, der nicht bloß auf seinen Privaterwerb bedacht sein darf, sondern die Pflicht hat, den Staatswillen auszuführen, den Staatswillen, der dahin geht, daß jeder Verbraucher gleichmäßig zu den Gütern gelange, welche ihm zum notwendigsten Lebensunterhalt dienen. Diese öffentliche Funktionsnatur der güterverteilenden Klasse genügt allein schon, um festzustellen, daß wir es jedenfalls auf den Wirtschaftsgebieten, die der Verbrauchs- und Produktionsregelung von Staats wegen unterworfen sind, mit Maßnahmen zu tun haben, welche man ruhig mit dem Worte Kriegssozialismus bezeichnen kann.

II

Sehen wir die rechtlichen Maßnahmen näher an! Zunächst die Maßnahmen der Produktionsregelung. Als typisches Beispiel hierfür mag die Regelung der Zuckerversorgung ins Auge gefaßt werden.

Die Zuckernerzeugung ist wegen des Rückgangs der Anbaufläche und des Mangels an Personal in den Fabriken auf ein Höchstmaß beschränkt (ungefähr 35 Millionen Zentner). Eine Anzahl von Fabriken war infolge des Mangels an Personal und aus andern Gründen, namentlich wegen Zurückhaltung von Rüben durch die Landwirte für die Zwecke der Viehverfütterung, geneigt, den Zuckerbetrieb einzuschränken. Man sah sich demnach genötigt, durch staatliche Festsetzung des Rohzuckerpreises den Rübenzuckerfabriken eine angemessene Bezahlung der Rüben und zugleich einen lohnenden Betrieb zu sichern. Setzte man aber für den Rohzucker einen Höchstpreis, so mußten auch die Zuckerraffinerien mit einem Höchstpreis für Verbrauchszucker bedacht werden, und es mußte dafür gesorgt werden, daß diese Zuckerraffinerien ein genügendes Quantum Rohzucker von den Fabriken zugestellt erhielten. Die Rechtstechnik, um dies zu erreichen, war die folgende.

Eine Reichsverteilungsstelle, die der Reichskanzler bestimmt, verteilt das im Jahre hergestellte Rohzuckerquantum auf die Verbrauchszuckerfabriken. Jeder Fabrikhaber einer Rohzuckerfabrik ist verpflichtet, den Rohzucker auf Verlangen

der Verteilungsstelle zu liefern. Diese bestimmt die zu liefernde Menge, den Zeitpunkt der Lieferung und die Stelle, an die zu liefern ist. Die Verbrauchszuckerfabriken sind zur Abnahme und Verarbeitung der zugeteilten Rohzuckermengen verpflichtet. Der Reichsanzler kann vorschreiben, welche Sorten von Verbrauchszucker herzustellen sind. Daneben wird ein Höchstpreis sowohl für den Rohzucker wie für den Verbrauchszucker festgestellt, außerdem erfolgt eine sog. Kontingentierung des zu erzeugenden Verbrauchszuckers. Bei den Raffinerien, welche stets auf fremden Rohzucker, auch in Friedenszeiten, angewiesen waren, ergab sich diese Kontingentierung von selbst durch die Verteilung des fremden Rohzuckers. Um aber zu verhüten, daß diejenigen Fabriken, welche ihre Rüben in einem Arbeitsgange auf Weißzucker verarbeiten, oder die Zuckerfabriken, die selbst Rohzucker herstellen, ungerechtfertigte Vorteile gegenüber den mit fremdem Rohzucker arbeitenden Raffinerien erhalten, ist auch für jene beiden ersten Gattungen von Fabriken eine Kontingentierung der Herstellung von Verbrauchszucker angeordnet.

Handelt es sich bei dieser Regelung der Zuckerversorgung vorwiegend um eine Höchstpreisfestsetzung und um eine Absatz- und Produktionsbeschränkung, so kann die Rechtstechnik noch um einen Schritt weitergehen. Sie schafft zugunsten einer bevorrechtigten Gesellschaft von Produzenten ein Absatzrecht und für eine andre Gruppe von Produzenten derselben Gattung eine Absatzpflicht, welche jenem Absatzrecht entspricht. Als Beispiel hierfür mag die Errichtung von Betriebsgesellschaften für den Steinkohlen- oder Braunkohlenbergbau dienen. Die Staatsgewalt hat die Besitzer von Steinkohlen- und Braunkohlenbergwerken für bestimmte Bezirke oder bestimmte Arten der Bergwerkserzeugnisse ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften vereinigt.

Die Organe der Gesellschaft stellen die Beteiligung der Gesellschafter an der Förderung und am Absatz fest. Die Gesellschafter müssen ihre Produkte der Gesellschaft überlassen. Wir sehen an diesem Beispiel, wie die Rechtstechnik des Kriegssozialismus den Trutzgedanken der Friedenszeit sich zunutze macht.

Nicht immer brauchen aber die so zusammengezwungenen Produzenten derselben Erwerbskategorie anzugehören. Produkte des einen Erwerbszweigs können Rohstoffe für einen andern Erwerbszweig darstellen. Die Produzenten der einen Gruppe werden zu einer bevorrechtigten Gesellschaft zusammengetan und erhalten ein Abnahmerecht auf die Produkte der andern Gruppe. So hat z. B. der Kriegsausschuß für Erbsafutter, G. m. b. H., ein Abnahmerecht gegenüber dem Leimlederproduzenten (unter Leimleder werden sämtliche Abfälle verstanden, die bei der Bearbeitung von Rohhaut entstehen). Ähnlich hat die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, ebenfalls eine G. m. b. H., ein Abnahmerecht auf alle zuckerhaltigen Zuckermittel sowie Körnerfutter, Abfälle der Stärkefabrikation, Delfuchen, tierische Produkte und Abfälle u. a. Die Eigentümer dieser Futtermittel sind verpflichtet, auf Verlangen der Gesellschaft ihr Eigentum abzugeben; sie unterliegen also der Pflicht, ihre Produkte an andre Produzenten abzugeben. Freilich haben sie auch das Recht, innerhalb einer bestimmten Frist

die Abnahme dieser Produkte durch die bevorrechtigte Gesellschaft zu verlangen: sonst erlischt ihre Absatzpflicht.

Am weitesten geht die Rechtstechnik des Kriegssozialismus, wenn sie statt der Schaffung von Absatzpflichten und Abnahmerechten die Erzeugnisse bestimmter Produzentengruppen beschlagnahmt und sie einer andern Produzentengruppe zur Verfügung stellt, sei es unmittelbar, sei es durch Vermittlung einer Reichsverteilungsstelle. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Tätigkeit der Reichsfuttermittelsstelle, der für die Ausführung der Verteilung von Hafer und Gerste die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung und für die Verteilung der Kleie, der zuckerhaltigen und Kraftfuttermittel die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte zur Seite steht. All die hier in Frage kommenden Urprodukte sind zugunsten der Reichsfuttermittelsstelle beschlagnahmt. Ein Teil dieser Urprodukte geht an die Heeresverwaltung, ein anderer Teil wird an die landwirtschaftlichen Produzenten, meist durch Vermittlung von Kommunalverbänden, dann aber auch an industrielle Betriebe, z. B. Nahrungsmittelfabriken zur Herstellung von Haferflocken, Hafergrütze, an Bierbrauereien, Breibäckereien, Gerstefabriken usw., verteilt. Die Oberverteilung nimmt die Reichsfuttermittelsstelle vor nach einem ziemlich komplizierten Schlüssel. So wird z. B. das Quantum zuckerhaltiger Futtermittel, welches zur Verfügung steht, zur Ernährung von Pferden, die nur eine ungenügende Haferration erhalten, wie folgt verteilt: Für jedes der hierbei in Betracht kommenden Pferde wird der volle Betrag eines Normallebensgewichts von 400 Kilogramm berücksichtigt, Rinder kommen hingegen bloß mit einem Zehntel des Normallebensgewichts von 300 Kilogramm (da sie auch durch Knollenfrüchte und Rauhfutter ernährt werden, und Schweine mit der Hälfte ihres Normallebensgewichts von 50 Kilogramm in Betracht. Diese Rechnung wird für jeden Bundesstaat aufgemacht. Von der Reichsfuttermittelsstelle werden die Futtermittel auf die Bundesstaaten je nach der Summe dieses Lebensgewichts verteilt. Die Unterverteilung auf die Kommunalverbände jedes einzelnen Bundesstaats nehmen das Ministerium oder, bei größeren Staaten, die Provinzialbehörden vor. Die Verteilung auf die Urproduzenten ist in der Hauptsache den Kommunalverbänden überlassen. Hand in Hand mit jener Beschlagnahme, die den Eigentümer der beschlagnahmten Gegenstände in seiner Verfügungsfreiheit beschränkt, geht dann die Enteignung vor sich, welche gemäß der Verteilung und Unterverteilung dem Urproduzenten jene Kraftfuttermittel zuführt, die ihm zugewillt sind. Meist ist die Enteignung zugunsten der Kommunalverbände (vgl. z. B. § 10 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 28. Juni 1915) angeordnet.

Nicht immer geht aber die Rechtsordnung diesen umfassenden Weg. Sie begnügt sich zuweilen bloß mit der Festsetzung von Höchstpreisen (wie z. B. in der Bekanntmachung zur Regelung der Preise für Schlachtpreise und Schweinepreise vom 14. Januar 1916) oder bloß mit der Beschränkung der Produktion (wie z. B. das Schlagfahneverbot oder das Verbot weitbäuschiger Frauenkleidung) u. dgl. mehr. Besonders interessant ist die Produktionsbeschränkung

bei der Herstellung von Fleischkonserven und Wurstwaren: die gewerbsmäßige Herstellung von Konserven aus Fleisch oder unter Zusatz von Fleisch, die durch Erhitzung haltbar gemacht sind, ist verboten. Zur gewerbsmäßigen Herstellung von Wurstwaren darf nicht mehr als ein Drittel des Gewichts ausgeschlachteter Rinder, Schweine, Schafe verwendet werden. Die Verarbeitung der inneren Teile und des Blutes ist jedoch zulässig ohne jede Beschränkung.

Stellt schon die Festsetzung eines Höchstpreises eine staatlich angeordnete Vorteilsausgleichung dar, ähnlich wie die Entschädigungssumme, welche bei der Enteignung gezahlt wird, so nimmt die Vorteilsausgleichung mitunter auch die Form einer Umlage an, ohne daß es sich um eine wirkliche Steuer zu handeln brauchte. Ein Beispiel hierfür ist die Art, wie der Staat darangeht, die Privatindustrie für die Erzeugung von Schwefelsäure zu gewinnen. Der Kriegsschweefel-Aktiengesellschaft in Berlin wird eine Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft angegliedert. Die Privatindustrien, die an der Schwefelsäureerzeugung beteiligt sind, arbeiten aber mit verschiedenen Produktionsverfahren, weshalb die Produktionskosten an sich verschieden werden. Um nun einen Einheitshöchstpreis zu schaffen, legt man die Gestehungskosten des teuersten Produktionsverfahrens zugrunde. Eine solche Preishöhe würde jedoch eine ungerechtfertigte Bereicherung der billiger produzierenden Industrie bedeuten. Um diese auszuschließen, haben diese mit billigeren Kosten arbeitenden Unternehmungen eine entsprechende Umlage zu zahlen, welche die Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft erhebt.

III

Ähnlich wie die kriegssozialistischen Maßnahmen zur Beschränkung der Produktion sind die zu Konsumtionsbeschränkungen angelegt. Auch hier arbeitet man mit Höchstpreisen, z. B. für Butter, Wurstwaren, Fleisch u. dgl. mehr. Auch hier kennt man die Beschränkung des Verbrauchs der Konsumenten; ein Beispiel hierfür sind die fleisch- und fettlosen Tage oder die Beschränkung des Milchverbrauchs u. a. mehr. Auch die Beschränkung der Absatzfreiheit findet sich, und ein typisches Beispiel hierfür ist die Art, wie die Mühlen sich den Anordnungen über das Ausmahlen von Brotgetreide zu unterwerfen haben. Sie haben nämlich das Brotgetreide, das die Reichsgetreidestelle oder der Kommunalverband ihres Bezirks ihnen zuweist, zu vermahlen, das Mehl zu verwahren und „pfläglich“ zu behandeln. Weigert sich eine Mühle, den Anforderungen nachzukommen, so kann die zuständige Behörde die Arbeiten auf Kosten der Widerspenstigen durch einen Dritten vornehmen lassen, und zwar mit den Mitteln, welche dem widerspenstigen Mühlenbetrieb zu Gebote stehen.

Am tiefsten schneidet aber die Verbrauchsversorgung der Konsumenten dort ein, wo sie mit den Mitteln der Beschlagnahme, Enteignung und Verteilung des Quantum nach gleichem Maße an die Konsumenten vorgeht. Dies ist bei der Brot- und Mehloverversorgung der Fall. Die rechtstechnische Maschine ist hier: Einrichtung einer Reichsverteilungsstelle, Unterverteilung an die einzelnen Kommunalverbände und Verteilung der dieser zu Gebote stehenden Mengen an Vädern,

Konditoren und Kleinhändler, welche jedoch nur gegen Brotmarken den Konsumenten ihre Wochenration (für alle gleich) verkaufen dürfen. Auch hier arbeitet der Rechtsmechanismus mit Beschlagnahme und Enteignung und Ausgleichung von Ueberschüssen des einen Kommunalverbands gegen den in andern Kommunalverbänden vorhandenen Mangel. Ähnlich steht es bei der Verteilung von Kartoffeln. Auch hier sind die Reichskartoffelstelle, die Kommunalverbände tätig. Auch hier findet eine Beschlagnahme statt, nur sind Kartoffelkarten nicht eingeführt. Für die Verteilung des Fleisches sind ähnliche Maßregeln getroffen.

IV

Es entsteht nun für die Juristen die Frage, ähnlich wie wir sie bei den Nationalökonomien antraten: Haben wir es hier mit einem Novum zu tun? Sind die angeführten Maßnahmen rechtstechnischer Natur etwas, was das Verwaltungsrecht bisher nicht gekannt hat?

Im Sommer 1893 — so berichtet ein hervorragender Jurist (Biermann, „Privatmann und Polizei“, S. 212) — trat infolge anhaltender Trockenheit in einem Teil der Berliner Vororte, der sein Leitungswasser von den Charlottenburger Wasserwerken bezieht, ein großer Mangel an Leitungswasser ein, nicht ohne Schuld der Werke, die es versäumt hatten, rechtzeitig entsprechende Vorbeugung zu treffen. Infolgedessen untersagte der Landrat des Kreises Teltow durch Polizeiverordnung den Grundbesitzern innerhalb gewisser Orte, Leitungswasser zum Besprengen ihrer Gärten und Höfe während der Tagesstunden zu verwenden. Biermann fühlt sich noch verpflichtet, die Frage zu untersuchen, ob dies zulässig gewesen. Solche Verbrauchsbeschränkungen sind aber auch später häufig vorgekommen. Der Verfasser dieser Zeilen erinnert sich, daß während seines Aufenthalts in Posen (1907) die Polizeibehörde eine Beschränkung gleichen Inhalts zur Verhütung des Wassermangels getroffen hatte.

Man nennt dies in der Theorie und Praxis des Verwaltungsrechts das Notstandsrecht und setzt es auf eine Stufe mit dem Recht der Staatsgewalt, bei einer Feuersbrunst Häuser einzureißen, um die Verbreitung des Feuers zu hindern, oder um den Spritzen einen Weg oder einen Platz zur Aufstellung oder den bedrohten Menschen einen Weg zur Rettung zu verschaffen. Unter dieselbe juristische Kategorie fällt bei Ueberschwemmungen die Öffnung eines Weges, um die Rettung zu erleichtern.

Ähnlichkeit mit unsern kriegssozialistischen Maßnahmen hat bloß die zuerst angeführte Beschränkung des Wasserverbrauchs. Daß all die angeführten Fälle aber mit der Etikette des Notstandsrechts versehen werden, hat vor allem einen historischen Grund: in der Gestalt dieses Notstandsrechts übte der alte Polizeistaat alle Beschränkungen, Eigentumsübertragungen u. dgl., wenn es die allgemeine Wohlfahrt oder die Staatsnot verlangte. Man nannte dieses Recht auch *jus eminens*. Mit Hilfe dieses Rechts konnte der Staat durch seine Polizeigesetzgebung sich über wohlerworbene Rechte hinwegsetzen, Besteuerungen, Enteignungen und polizeiliche Beschränkungen vornehmen. Mit Hilfe dieses

jus eminens erweiterte sich in Deutschland die bloß auf Regalien zugeschnittene Landeshoheit zur Staatsgewalt. Aber dieses jus eminens, insbesondere die Enteignungsgewalt (sog. dominium supereminens), wurde in ihrer Ausübung nur gegen Entschädigung durch den Staat zugelassen. Bei der Ungeschiedenheit des landesfürstlichen und Staatsvermögens in dieser Zeit war man in der Zubilligung einer allgemeinen Entschädigungspflicht für Akte des jus eminens nicht zu engherzig.

Diese Rechte- und Pflichtenverschiebung, welche der absolute Staat ohne jede gesetzliche Ermächtigung vornahm, hatte den Charakter der Willkür an sich und paßte in dem modernen Rechtsstaat, in dem wir alle leben, nicht mehr. Der Schutz des Eigentums war zu einem Grundrecht erwachsen, die persönliche Freiheit durfte nur auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden. Deshalb verlangte der moderne Rechtsstaat für jede Betätigung eines Staatsgrundrechts, für jede öffentliche, d. h. von der öffentlichen Gewalt vorgenommene Verschiebung von Rechten und Pflichten eine gesetzliche Ermächtigung. Dazu kam aber noch eine andre Schranke der Staatsgewalt, welche der moderne Verfassungsstaat aufbrachte. Im alten Polizeistaat, in welchem Fürstengut und Staatsvermögen ungetrennt waren, wo die Verwaltung auch ohne weiteres Ausgaben machen durfte, ohne durch eine Volksvertretung beauftragt zu werden, hatte die Theorie leicht den Grundsatz aufstellen können, daß man für jede Betätigung des Staatsnotrechts die Staatsbürger entschädigen müsse. Im modernen Verfassungsstaat, wo die Verwaltung keinen Pfennig Geldes ohne gesetzliche Ermächtigung leisten darf, ist es schwierig, eine solche allgemeine Entschädigungspflicht wegen Ausübung des Staatsnotrechts anzuerkennen. Nur wo der Gesetzgeber diese Entschädigungspflicht des Staats ausdrücklich anerkannt hat, ist sie vorhanden, sonst nicht. Der Reichsgesetzgeber hat eine solche Entschädigungspflicht des Staats wiederholt anerkannt. Entschädigungen für Rayonbeschränkungen, Manöverbeschäden, Quartierlast und Requisitionen, nachträgliche Schließung genehmigter Fabriken, Inanspruchnahme patentierter Erfindungen, Tötung verseuchten Viehs, Vernichtung reblausverdächtiger Weinberge, dazu Entschädigung unschuldig Verurteilter. — Ein Beispiel aus dem preussischen Recht: die Entschädigung für die Kleider und Gegenstände, welche auf Grund polizeilicher Anordnung nach dem preussischen Gesetz, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 28. August 1905 (§ 8 und 11), gezahlt wird (§ 14 des Gesetzes).

Aber über die alte Marke des Staatsnotrechts ist allmählich im modernen Staat der Gedanke der von der Staatsgewalt verfügten Rechte- und Pflichtenverschiebung hinausgewachsen. Schon der an sich einfache Fall der Enteignung von Grundstücken im öffentlichen Interesse, der auch eine Rechte- und Pflichtenverschiebung im öffentlichen Interesse darstellt, hat eigentlich nichts mit einer „Staatsnot“ zu tun. Noch mehr aber wird dies bei einigen Instituten klar, die der sozialen Fürsorge entspringen. Man kann den ihnen zugrunde liegenden Gedanken in folgenden Satz zusammenfassen: Ueberall dort, wo die von der Rechtsordnung gesetzten jeweiligen Träger von Rechten und Pflichten aus sozialen Gründen

versagen und ungeeignet sind, darf die Staatsgewalt als Verwaltungstätigkeit auch ohne gesetzliche Abänderung der bestehenden Rechtsordnung eine Rechte- und Pflichtenverschiebung vornehmen, wobei sie denjenigen, zu dessen Ungunsten diese Rechte- und Pflichtenverschiebung vorgenommen wird, entschädigen kann, aber nicht entschädigen muß. Zwei Institute sind insbesondere hier zu nennen: das Recht des Unterstützungswohnsitzes, das jetzt in ganz Deutschland herrscht, und die Fürsorgeerziehung. Bei dem Recht des Unterstützungswohnsitzes werden zunächst die Unterstützungs- und Alimentationspflichten, die die Träger dieser Pflichten nicht genügend erfüllen, vorläufig auf einen Armenverband übertragen, wo sich der Unterstützte zunächst aufhält, um von jenem Armenverband auf den endgültig verpflichteten Armenverband des Unterstützungswohnsitzes abgewälzt zu werden. Wir sehen, nicht bloß das Eigentum kann im Wege der Rechte- und Pflichtenverschiebung auf einen andern Träger verschoben werden, sondern auch Pflichten des Familienrechts, wie die Alimentationspflicht. Aber noch mehr. Auch die familienrechtliche Gewalt des Familienoberhauptes kann diesem durch Akt der Staatsgewalt genommen werden und an einen Kommunalverband übertragen werden. Das ist das Wesen der Fürsorgeerziehung. Nicht immer aber braucht die Rechtsordnung so weit zu gehen. Der Staat kann, und das ist einer der häufigsten Fälle des hier in Betracht kommenden Instituts, zu seinen Gunsten, d. i. im Interesse der Allgemeinheit, die Verfügungsfreiheit des Einzelnen beschränken. Zunächst die Verfügungsfreiheit über seine eigne Person, auf die der Einzelne ein „Grundrecht“ hat. Nehmen wir als Beispiel folgenden Fall. In einem geschlossenen Raum eines Hauses, der dem Einzelnen Zugang zu den übrigen Räumen des Hauses bietet, soll eine Versammlung stattfinden. Würde diese Versammlung abgehalten, so könnten die Hausbewohner, sagen wir z. B. im Fall einer Feuersbrunst, in Lebensgefahr geraten. Nach § 1 Abs. 2 des Reichsvereinsgesetzes ist dies aber kein Grund für ein Versammlungsverbot, denn das Gesetz verlangt das Vorliegen einer unmittelbaren Gefahr für die Versammlungsteilnehmer. Dies liegt nun zweifellos nicht vor. Gefahr liegt nur für die Hausbewohner vor. Es kann nun den Hausbewohnern verboten werden, ihre Wohnung während der Dauer der Versammlung zu benutzen. Hier beschränkt der Staat die Verfügungsfreiheit des Einzelnen über seine Person im Interesse eines höheren öffentlichen Interesses: der Möglichkeit, mit andern das Versammlungsrecht zu betätigen. Aber auch die Verfügungsfreiheit über seine Sachen kann der Staat dem Einzelnen gegenüber beschränken. Ein Beispiel hierfür ist die oben angeführte Beschlagnahme von Hafer, Brotgetreide, Mehl, Metallen usw. Auch die Vertragsfreiheit des Einzelnen kann im öffentlichen Interesse beschränkt werden. Die Vorschrift, wonach die Mühlen verpflichtet sind, das ihnen während des Krieges zugewiesene Mehl zu mahlen, ist eine solche Beschränkung der Vertragsfreiheit im öffentlichen Interesse. Die Auferlegung von Absatzpflichten, wie wir sie oben als Last bestimmter Unternehmergruppen und als kriegsozialistische Maßnahme kennen gelernt haben, fällt gleichfalls darunter. Mit der Bezeichnung als polizeiliche

Maßnahmen sind diese Gebote und Verbote durchaus nicht zu erfassen, denn ein Hauptgrundsatz des Polizeirechts ist, daß niemand zur Förderung von Polizeipflichten anderer Personen zu verhalten ist. Altruistisch braucht niemand der Polizei wegen zu handeln. Solcher Altruismus wird aber bei all jenen Maßnahmen verlangt (die kriegssozialistischen eingeschlossen!). In Wirklichkeit handelt es sich hierbei nur um Ausschnitte aus dem dem Einzelnen zustehenden Individualrecht der persönlichen Freiheit oder der Vertragsfreiheit zugunsten der Allgemeinheit, d. i. des Staats. Es findet eine Rechteübertragung von dem Einzelnen auf den Staat statt, der das an ihn übertragene Recht an einen Dritten weitergeben kann. Ganz deutlich kommt dies z. B. in der Aufstellung von Absatzpflichten (siehe oben unter II) oder in der Bekanntmachung des Bundesrats über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl vom 28. Juni 1915 zum Ausdruck:

„Die Mühlen haben das Brotgetreide zu mahlen, das die Reichsgetreidestelle oder der Kommunalverband, in dessen Bezirk sie liegen, ihnen zuweist. Sie haben das ihnen zugewiesene Brotgetreide und das daraus ermahlene Mehl zu verwahren und pfleglich zu behandeln.“

Weigert sich eine Mühle, so kann die zuständige Behörde die erforderlichen Arbeiten auf deren Kosten mit den Mitteln des Mühlenbetriebs durch einen Dritten vornehmen lassen.“

Die Rechtstheorie hat das hier in Frage stehende Institut der öffentlichen Rechte- und Pflichtenverschiebung verkannt. Entweder sah sie darin nur die Lehre, daß der Staat bei Eingriffen der öffentlichen Gewalt in die Privatrechte aus „Billigkeitsgründen“ Entschädigung zu leisten habe, und blieb so bloß bei der Auffassung des alten Polizeistaats. Das Ideal für sie war deshalb auch der § 75 der Einleitung zum Allgemeinen Landrecht Preußens. Oder sie faßte die hier berührten Fragen als sog. „Vorteilsausgleichung“ zusammen, was wieder nur eine Seite des Problems ist, die, wie wir übrigens noch sehen sollen, nicht immer zutage tritt. Die Theorie der Vorteilsausgleichung zeigt, wie in einer großen Reihe von Fällen der Bürger für bestimmte besondere Vorteile und Nutzungen, die ihm aus öffentlichen Anstalten und Einrichtungen des Staates und der Gemeinden zufließen, ein besonderes Entgelt als Ausgleichung für die ihm zugewendeten Sondervorteile schuldet. Dadurch, daß diese Theorie diese Sondervorteile bloß als aus öffentlichen Anstalten und Einrichtungen des Staates und der Gemeinde herfließend betrachtet, nicht aus dem allgemeinen Gesichtspunkt der öffentlichen Rechte- und Pflichtenübertragung als Verwaltungstätigkeit, verschwinden bei ihr die Grenzen dieser Verwaltungstätigkeit gegenüber der Besteuerungsgewalt.

Für uns ist der ganze Komplex von Rechtsfragen durch das Institut der öffentlichen Rechte- oder Pflichtenverschiebung zu erklären. Dies ist jene staatliche Verwaltungstätigkeit, die auf Grund gesetzlicher Ermächtigung die nach geltendem objektivem Recht bestehenden subjektiven Rechte und Pflichten unter Zuhilfenahme der Vorteilsausgleichung von einem Rechtssubjekt auf ein andres überträgt.

1. Die öffentliche Rechte- und Pflichtenverschiebung ist eine Verwaltungstätigkeit. Dort, wo der Gesetzgeber bestehende Rechte und Pflichten verschiebt und anders lagert, handelt es sich nicht um unser Rechtsinstitut. Daher ist die ganze Arbeiterversicherung, welche die nach Privatrecht bestehenden Fürsorgebeziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter verschiebt und Rechte und Pflichten öffentlicher Natur für Arbeiter und Arbeitgeber neu begründet, kein Anwendungsfall unsers Rechtsinstituts, während die Fürsorgetätigkeit für Arme, wie wir oben sahen, die sog. Armenpflege, auf der Grundlage des Unterstützungswohnsitzes einen weiten Raum für die Anwendung unsers Rechtsinstituts darbietet. Ein hervorragendes Beispiel für diese Anwendung ist auch die durch Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 angeordnete Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl während der Kriegszeit. Getreide und Mehl werden entweder für die Kriegsgetreidegesellschaft, eine Korporation des öffentlichen Rechts oder für Kommunalverbände beschlagnahmt und enteignet. Diese Enteignung beschränkt sich aber nicht bloß darauf, wie man es von den Enteignungen bisher erwarten konnte, dem Enteigner das enteignete Gut im öffentlichen Interesse zuzuführen, sondern dieser Enteigner hat es in seiner Hand, das enteignete Gut weiterzugeben, es der Unterverteilung an Bäcker, Konditoren und Kleinhändler zuzuführen. Umgekehrt ist er verpflichtet, über überschüssige Mehlvorräte Auskunft zu geben und auf Anweisung einer öffentlichen Behörde, der sog. Reichsverteilungsstelle, an andre Stellen, die das Mehl brauchen könnten, weiterzugeben (sog. Ueberschußverbände, § 24 der Verordnung), welche zur Uebernahme verpflichtet sind. Hier sehen wir ganz deutlich die Mehl und Getreide hin und her schiebende, also eine Rechte und Pflichten verschiebende staatliche Verwaltungstätigkeit.

2. Es muß sich um die Verschiebung von Rechten und Pflichten handeln, die nach dem bestehenden Recht als solche anerkannt sind. Eine bloße Verschiebung von wirtschaftlichen Vorteilen, wie sie namentlich jeder sozialpolitischen Steuer-gesetzgebung zugrunde liegen, kommt nicht in Betracht. Die Rechte und Pflichten, die so verschoben werden, können öffentlich-rechtlicher Natur sein. Die Pflicht des vorläufig verpflichteten Armenverbands wird auf den endgültig Verpflichteten des Unterstützungswohnsitzes abgeschoben. Ein besonders interessantes Beispiel der Verschiebung öffentlicher Rechte und Pflichten ist die Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Kreisen bei der Veränderung der Kreisgrenzen und der Bildung neuer Kreise nach preußischem Recht (§ 2 des preußischen Zuständigkeitsgesetzes). Diese Auseinandersetzung der beteiligten Kreise ist in Wirklichkeit, selbst wenn sie durch das verwaltungsgerichtliche Verfahren hindurchgeht, kein Akt der Rechtsprechung, sondern ein Akt der öffentlichen Rechte- und Pflichtenverschiebung. Die Ausgleichung bezieht sich auf Fragen der Entschädigung des einen Kreises, der mit kommunalen Pflichten infolge der Auseinandersetzung mehr belastet ist oder dessen Steuerbelastung infolge der Grenzveränderung erhöht wird, auf Kosten des andern Kreises. Sehr deutlich zeigt sich diese Verschiebung öffentlicher Rechte und Pflichten in der preußischen Land-

gemeinderechtsordnung für die östlichen Provinzen, wenn es sich um Auseinandersetzungen handelt, die im Zusammenhange in der Veränderung der Gemeindegrenzen und Gutsbezirksgrenzen nötig werden.

„Bei dieser Auseinandersetzung sind erforderlichenfalls Bestimmungen zur Ausgleichung der öffentlich-rechtlichen Interessen der Beteiligten zu treffen. Insbesondere können einzelne Beteiligte im Verhältnis zu andern Beteiligten, welche für sich allein Fürsorge getroffen haben, oder solche Beteiligte, welche vorwiegend Lasten in die neue Gemeinschaft bringen, zu Vorausleistungen verpflichtet werden. Auch kann, wenn eine Gemeinde oder der Besitzer eines Gutsbezirks durch die Abtrennung von Grundstücken eine Erleichterung in öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen erfährt, der Gemeinde, welcher, oder dem Gutsbezirke, welchem jene Grundstücke einverleibt werden, ferner der neuen Gemeinde oder dem neuen Gutsbezirk, welche aus letzteren gebildet werden, eine Beihilfe zu den ihnen durch die Bezirksveränderung erwachsenden Ausgaben bis zur Höhe des der andern Gemeinde oder dem Gutsbesitzer dadurch entstehenden Vorteils zugewilligt werden.“

Der Hauptanwendungsfall unsers Instituts ist aber die Verschiebung von Rechten und Pflichten, die auf Grund der Privatrechtsordnung bestehen. Einige davon haben wir oben im Zusammenhang mit den kriegssozialistischen Maßnahmen dargestellt: Absatzpflicht, Beschlagnahme, Mahlpflicht der Mühlen, Kontingentierung der Produktion u. a. m. Einige andre Fälle seien hier noch hinzugefügt. Vor allem gehört hierher das Privateigentum: die Enteignung ist ein Fall der Rechtsverschiebung kraft öffentlicher Gewalt. Aber nicht bloß das Eigentum, auch ein Ausschnitt desselben, ein Verpachtungsrecht, kann verschoben werden. Ein Beispiel hierfür ist § 7 der Jagdordnung vom 5. Juni 1907 (G.-S. S. 207): Diejenigen Grundflächen, welche von einem über 750 Hektar im Zusammenhange großen Walde, der eine einzige Bestzung bildet, zu mindestens 90 Prozent begrenzt werden, müssen dem Eigenjagdbezirk, zu dem dieser Wald gehört, auf Verlangen seines Inhabers angeschlossen werden. Die Jagdpolizeibehörde ordnet den Anschluß an, und ein Verwaltungsstreitverfahren (§ 105 Z.-G. Ziff. 3) ist zulässig.

3. Die Rechte und Pflichten, welche verschoben werden, können an Privatpersonen oder juristische Personen verschoben werden. Die kriegssozialistischen Maßnahmen arbeiten vorwiegend mit der Verschiebung an juristische Personen: bevorrechtigte Bezugsgesellschaften, Kommunalverbände.

4. Die Verschiebung selbst als Verwaltungstätigkeit des Staats darf nur auf Grund gesetzlicher Ermächtigung erfolgen. Für die kriegssozialistischen Ausnahmen hat der Bundesrat die Ermächtigung durch § 3 des Gesetzes vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 327) erlangt.

5. Die öffentliche Rechte- und Pflichtenverschiebung ist gewöhnlich, aber nicht immer, mit einer Vorteils- und Nachteilsausgleichung verbunden, und zwar nur dann, wenn das Gesetz diese ausdrücklich vorschreibt. Eine allgemeine öffentlich-rechtliche Entschädigungspflicht des Staats für die rechtmäßige Hand-

habung der Staatsgewalt wird sowohl von der Theorie als auch von der Praxis der Gerichte abgelehnt. —

Die öffentlich-rechtliche Vorteilsausgleichung, die mit der öffentlichen Rechte- und Pflichtenverschiebung verbunden ist, könnte ebenso gut Nachteilsausgleichung heißen, denn bei jeder Rechteverschiebung erhält der eine einen Vorteil gegenüber dem andern, dem das Recht genommen ist, und bei jeder Pflichtverschiebung wird der Entlastete bevorteilt, der Belastete benachteiligt. Wir verwenden den Ausdruck Vorteilsausgleichung im Anschluß an das privatrechtliche Institut gleichen Namens, die *compensatio lucri cum damno*. Bei dieser Vorteilsausgleichung kommen, je nachdem es der Gesetzgeber will, entweder allgemeine Vor- und Nachteile zur Ausgleichung oder nur die besonderen, d. h. diejenigen, welche über den Durchschnitt hinaus das eine oder andre Individuum treffen.

Die öffentlich-rechtliche Vorteilsausgleichung vollzieht sich als Verwaltungstätigkeit, nicht von selbst, durch das Gesetz oder ihm gleichkommende Ortsstatute. Daher ist die Auflegung von Anliegerbeiträgen (nach § 15 des preußischen Straßenfluchtliniengesetzes) keine Vorteilsausgleichung, sondern ein Akt der Besteuerung. Wie aber derselbe Verwaltungszweck auch auf dem Wege der Vorteilsausgleichung erreicht werden kann, zeigt der Vergleich des preußischen mit dem französischen Recht. Nach preußischem Recht (§ 15 des Gesetzes) werden die Anlieger einer neu angelegten Straße in der Weise beitragspflichtig, daß ein Ortsstatut diese Beitragspflicht einführt und die Grundzüge für die Berechnung der Kosten der gesamten Straßenanlage und deren Unterhaltung ebenso feststellt wie den Beitragsfuß (nämlich nach Verhältnis der Länge der die Straße berührenden Hausgrenze oder nach einem andern Maßstabe, z. B. nach der bebauungsfähigen Fläche u. a. m.). Diese Beiträge treffen auch den Anlieger, der aus der Herstellung der Straße keinen Vorteil zieht. Härten sind eine Folge dieser starren Steuergesetzgebung. Anders das französische Recht. An Stelle der durch Gesetz bewirkten starren Steueraufgabe führt es eine von Fall zu Fall die konkreten Verhältnisse des Wertzuwachses berücksichtigende und bemessende Gegenleistung des Privaten ein. Es wird eine besondere Schätzungskommission gebildet, die für jeden begünstigten Straßenanlieger den ihm zugute kommenden Wertzuwachs und die von ihm dafür zu entgeltende Gegenleistung (*contribution*) berechnet. Das ist eine richtige Vorteilsausgleichung, keine Steueraufgabe. Ebenso steht es mit der oben erwähnten kriegsjozialistischen Maßnahme, die wir bei der Schwefelsäurefabrikation kennen gelernt haben. Wie oben erwähnt, handelt es sich darum, bei Feststellung des Einheitspreises, welcher den Fabriken für die Herstellung der Schwefelsäure gezahlt wird, das teuerste Produktionsverfahren zugrunde zu legen. Nun arbeiten einige Fabriken billiger. Diese werden, um den unverdienten Vorteil, den sie genießen, auszugleichen, mit einer Umlage belegt, welche die ihnen vorgesezte Reichsverwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft nach näherer Bestimmung des Reichskanzlers, also durch Verwaltungstätigkeit, festsetzt. Sieht man diese Anordnung näher

an, so findet man, daß die Verwaltungsstelle für jede Schwefelsäurefabrik auf Grund ihrer Auskünfte eine Rohstoffgrundzahl bestimmt, welche dem Werte der verarbeiteten Rohstoffe oder vorrätigen Mengen von Schwefelsäure und Öl, einschließlich Abfallsäuren, „angepaßt“ ist. Diese Rohstoffgrundzahl dient dem Umlagepflichtigen zur Berechnung seiner Umlage (§ 3 der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung vom 13. November 1915). Der Ausdruck „anpassen“ deutet darauf zur Genüge, daß die Verwaltungsstelle hier individualisierend vorgeht. Im Einzelfalle kann sie auch bei der Festsetzung der Rohstoffgrundzahl einen Aufschlag zu den Rohstoffselbstkosten gewähren, wodurch sich die Umlage natürlich vermindert. Wir haben es also nicht mit einer richtigen Steuer, sondern mit einer Vorteilsausgleichung zu tun.

V

Was wird nun von all diesen sozialistischen Maßnahmen nach dem Kriege bestehen bleiben? Für die Uebergangsjahre, welche uns in ruhigere Wirtschaftsverhältnisse hinübergeleiten sollen, wohl das meiste. Denn es ist wohl kaum anzunehmen, daß dem freien Wettbewerb anheimgegeben werden darf, in rücksichtsloser Weise draußlos zu wirtschaften und nach dem Auslande Güter abzugeben, die man im Inlande viel besser und für die Gesamtheit nützlicher verwenden kann. Auch in unsrer Volkswirtschaft selbst wird durch die Abgeschlossenheit unsers Wirtschaftsgebiets nicht bloß durch hohe Zölle, sondern auch durch das hohe Agio der ausländischen insbesondere der amerikanischen Valuta, die Neigung zur Trustbildung vorhanden sein, und da muß man natürlich verhindern, daß diese Trustgesellschaften im Inland teuer und im Ausland um so billiger verkaufen, nur um den wirtschaftlichen Gegnern Konkurrenz zu bieten. Die Sicherung eines Mindestbedarfs für das Inland wird also nach Art des Kriegssozialismus bestehen bleiben. Aber nicht bloß der Produktions-, sondern auch der Konsumtionssozialismus des Krieges wird in Zeiten der Not wieder zur Geltung kommen. Bis wir im Vereine mit Oesterreich-Ungarn unsern Eigenbedarf an landwirtschaftlichen Produkten decken werden, wird es noch eine geraume Zeit dauern. Daß wir aus dem Auslande um schweres Gold die notwendigen Mengen einkaufen, damit jeder einzelne nur üppig leben kann, ist schwer anzunehmen. Wir werden unsre Bedürfnisse, unsre Vorräte an Lebensmitteln, um den technischen Ausbruch zu gebrauchen, „strecken“ müssen, und die „Streckung“ bedeutet die Beibehaltung kriegssozialistischer Maßnahmen. Schließlich wird auch bei uns der reichere Volksgenosse lernen müssen, seine Bedürfnisse, namentlich wenn Lebensmittel in Frage stehen, einzuschränken und dem Armeren nicht das vor der Nase wegzukaufen, was dieser zur Erhaltung seines Lebens notwendig braucht. Der gleiche Anteil an dem Lebensmittelvorrat, der zur Erhaltung der menschlichen Existenz dient, wird jedem Volksgenossen gesichert sein müssen: das Recht auf Brot!

Metternich und List

Von

Dr. Freiherrn v. Sessel

Der Gedanke einer wirtschaftlichen Zusammenfassung aller Länder deutscher Zunge schwebte bereits den Männern vor, die das von Napoleon über den Haufen geworfene europäische Staatengebäude wieder aufbauen oder wenigstens restaurieren sollten. Im Art. XIX der deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 heißt es: „Die Bundesglieder behalten sich vor, bei der ersten Zusammenkunft der Bundesversammlung in Frankfurt a. M. wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten (sowie wegen der Schifffahrt nach Anleitung der auf dem Kongresse zu Wien angenommenen Grundsätze) in Beratung zu treten.“ Ein feindseliges wirtschaftliches Verhältnis zwischen den Bundesstaaten hielt man wohl für unvereinbar mit dem innigen politischen Zusammenschlusse. Ob man damals an eine förmliche Zollvereinigung dachte, ist zweifelhaft. Freiherr v. Wessenberg, der zweite Delegierte Oesterreichs auf dem Kongresse, schrieb am 24. Januar 1851 an den Erzherzog Johann, die dreizehn ersten Artikel der Bundesakte sowie der neunzehnte seien zum größten Teil sein Werk. Ueber die Tragweite dieser Bestimmung spricht er sich nicht aus. Sicher ist, daß die Bundesversammlung, deren Tätigkeit zunächst durch Konstituierungsarbeiten und Privatrellamationen mannigfachster Art völlig in Anspruch genommen war, wenig Eile zeigte, sich mit wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen. Allein die liebe Not der Zeit klopfte an die Fenster ihres Beratungszaales. Es gebrach damals in vielen deutschen Staaten an den nötigsten Lebensmitteln, vor allem an Getreide und Schlachtvieh. Die Länder aber, die davon genug hatten, glaubten sich ihren Besitz durch sehr energische Abschließungsmaßregeln sichern zu müssen. Aus diesem Zustande heraus erging an die Bundesversammlung ein Schmerzensschrei der Minderbegünstigten, die Abhilfe verlangten. In der 29. Sitzung der Bundesversammlung am 19. Mai 1817 regte der württembergische Gesandte die Aufhebung aller Beschränkungen des Verkehrs mit den notwendigsten Lebensmitteln an. Auf den Vorschlag des österreichischen Vertreters wurde ein fünfgliederiger Ausschuß mit der Beratung dieses Gegenstandes betraut, der bereits nach vierzehn Tagen in der 32. Sitzung Bericht erstattete. Namens der Kommission beantragte der bayerische Gesandte den Abschluß einer Uebereinkunft zwischen sämtlichen deutschen Bundesstaaten in betreff der Freiheit des Handels mit Getreide und Schlachtvieh. In den nächsten Sitzungen erfolgten Beitrittserklärungen einer Anzahl von Bundesstaaten: der beiden Mecklenburg, Preußens, Hannovers, Braunschweigs, Nassaus, der freien Städte. Dagegen erklärte der Vertreter Oesterreichs am 14. Juli, seine Regierung sei leider nicht in der Lage, sich schon jetzt mit Bestimmtheit zu äußern; sie bedürfe dazu der Weisungen des

zurzeit von Wien abweisenden Kaisers, und zwar um so mehr, als sich die Vereinbarung auch auf die nicht zum Bunde gehörigen Königreiche erstrecken sollte. Gerade an diesen Gebieten lag aber den Bundesstaaten am meisten, denn es handelte sich um Ungarn, Venetien und Posen.

Inzwischen war der Entwurf der Uebereinkunft, die bereits am 1. Oktober ins Leben treten sollte, der Wiener Geheimen Hof- und Staatskanzlei, wie damals das Ministerium des Aeußern hieß, vorgelegt worden, die darüber das Gutachten der zuständigen innern Behörden einholte. Am 30. Juni fand eine Sitzung statt, an der Vertreter der Hofkanzlei, der Kommerzhofkommission, der allgemeinen Hofkammer und der Hof- und Staatskanzlei teilnahmen und bei der sich ein einstimmiges Votum zugunsten dieses Abkommens ergab. Auch der Staatsrat, an den die Angelegenheit hierauf geleitet wurde, erklärte sich für den Beitritt Oesterreichs. Nur zwei Staatsräte, die Grafen Wallis und Bichy, sprachen sich dagegen aus. Zu ihren Gunsten entschied der Kaiser. Die vom 13. August datierte Entschließung über den Vortrag Metternichs lautete: „Da es die Verhältnisse der österreichischen Monarchie nicht erlauben, einen unbedingt freien Verkehr mit Getreide und Schlachtvieh mit den angrenzenden Staaten für alle Zeiten zu gestatten, und da ich ohnehin geneigt bin, das, was hiervon entbehrlich ist, allenthalben und mithin auch an die deutschen Bundesstaaten ausführen zu lassen, finde ich, der auf dem Bundestage vorgeschlagenen Uebereinkunft aller deutschen Bundesstaaten zum immerwährenden freien Verkehr mit Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Schlachtvieh nicht beizutreten. Sobald es mit dem Wohl meiner Untertanen vereinbarlich sein wird, soll der Ausfuhr von Getreide und Schlachtvieh aus meinen Staaten in jene des Deutschen Bundes kein Hindernis entgegengesetzt werden.“ Gleichzeitig richtete der Kaiser an den Staats- und Konferenzminister und Obersten Kanzler Grafen Ugarte ein Handschreiben folgenden Wortlautes: „Ich will, daß Sie bei der reichlichen Ernte, welche heuer in allen Teilen meiner Monarchie stattfindet, mit den betreffenden Hofstellen ungesäumt in die Erwägung nehmen, ob es nicht an der Zeit sei, entweder jetzt oder zu welchem andern Zeitpunkte die bestehende Getreidesperre aufzuheben und die Ausfuhr in das Ausland zu gestatten, allgemein oder an einigen Punkten und an welchen, wie auch mit welchen Zöllen. Das Resultat dieser Beratung ist mir sobald als möglich vorzulegen.“

Der erste Versuch, den im Art. XIX der Bundesakte schlummernden Gedanken einer Zollvereinigung ins Leben treten zu lassen und wenigstens für einige Artikel die Zollschranken zu beseitigen, war zunächst an agrarischen und bureaukratischen Schwierigkeiten gescheitert. Der Gedanke sollte aber nicht wieder einschlafen. Es fand sich für ihn ein begeisterter Apostel in der Person des damaligen Professors an der Universität Tübingen, Friedrich List. In einer Eingabe an den König von Württemberg vom 29. April 1819 erzählt er, mehrere deutsche Fabrikanten und Kaufleute seien in Frankfurt a. M. an ihn mit dem Ersuchen herangetreten, ihnen wegen Aufhebung der Zölle im Innern Deutschlands eine Petition an die Bundesversammlung zu verfassen. Zugleich sei er

mit der Führung der Geschäfte des Deutschen Handels- und Gewerbevereins betraut worden, der sich auf der Frankfurter Ostermesse gebildet hatte. Daß er diese Stellung annahm, sollte List teuer zu stehen kommen. Nicht nur, daß er seine Professur verlor, auch bei seinen späteren Unternehmungen war es ihm, wie wir sehen werden, entschieden hinderlich, daß er als Konsulent eines „Vereines“ auftrat. List ging sofort an seine Aufgabe. Am 14. April 1819 war der Entwurf einer Adresse an den Bundestag um Handelsfreiheit vollendet, sie trug die Unterschrift von etwa 1000 Kaufleuten und wurde am 20. Mai ihrer Bestimmung zugeführt. In den Protokollen der Bundesversammlung heißt es: Professor List aus Tübingen als Bevollmächtigter des Allgemeinen Deutschen Handels- und Gewerbevereins überreicht eine Vorstellung mit der Bitte um Aufhebung der Zölle und Mauten im Innern Deutschlands und um Anlegung einer allgemeinen Zolllinie an Deutschlands Grenzen. Bereits in der am 24. Mai abgehaltenen 19. Sitzung der Bundesversammlung berichtete der Gesandte Hannover's, v. Martens, über die Eingabe. Zunächst werden in dem Referate formelle Mängel hervorgehoben; es fehle die staatliche Genehmigung des Vereins und irgendein Nachweis, daß die Unterzeichner tatsächlich als Bevollmächtigte eines ganzen Standes anzusehen seien. Was aber das Meritum der Sache anbelange, könne die Bundesversammlung über den Vorschlag einer Abschaffung der Zölle, der in der Theorie sehr vorteilhaft erscheine, nicht beschließen. Die Bittsteller mögen sich mit ihrem Anliegen an ihre Souveräne wenden. Der einstimmig gefaßte Beschluß ging dahin, daß die Bundesversammlung sich vorbehalten, bei der bevorstehenden Beratung über Art. XIX der Bundesakte auch diesen Gegenstand einer reiflichen Prüfung zu unterwerfen und das einzuleiten bemüht sein werde, was wahrhaft zur Förderung des deutschen Handels, vereinigt mit dem Gemeinwohle des Ganzen, gereicht. List ließ sich den gegebenen Rat gesagt sein. In Gesellschaft der Kaufleute Schnell aus Nürnberg und Weber aus Gera begab er sich zunächst an die süddeutschen Höfe, nach München, Stuttgart und Karlsruhe, wo sie die entgegenkommendste Aufnahme fanden. Auch in Berlin gab man freundliche Zusagen. List hatte inzwischen die Reise nach Wien angetreten, wo er am 5. Januar 1820 eintraf.

Um diese Zeit fanden in Wien Ministerialkonferenzen der deutschen Bundesstaaten „zur Ausbildung und Befestigung des Deutschen Bundes“ statt. In der am 10. Januar 1820 abgehaltenen Sitzung wirft der Vorsitzende, Fürst Metternich, die Frage auf, „wie die hier angekommenen Individuen, die sich Deputierte des Deutschen Handelsvereins nennen, im Falle sie sich bei ihm oder bei andern Konferenzmitgliedern in dieser Eigenschaft melden sollten, zu behandeln sein werden. Da bereits im Bundestag erklärt worden sei, daß der sog. Handelsverein als eine durchaus illegale und unzulässige Verbindung zu betrachten sei, so wurde einstimmig beliebt, von dieser Erklärung nicht abzugehen und den gedachten Individuen zu ihrer Beruhigung zu eröffnen, daß man sich mit den Wünschen und Bedürfnissen des Handelsstandes in den verschiedenen deutschen Ländern beschäftige, zugleich aber anzudeuten, daß man sie auf keine Weise als

für diese Angelegenheit bevollmächtigt anerkenne und daher auch mit ihnen nicht in Verhandlung treten könne“.¹⁾ Was Metternich vorhergesehen hatte, geschah. Am 15. Februar 1820 gelangte an die Ministerkonferenz eine von List, Schnell und Weber unterzeichnete Eingabe, worin die Aufhebung der zwischen den Bundesstaaten bestehenden Binnenzölle und die Schaffung von Schutzzöllen gegen die englische und französische Einfuhr verlangt wird. „Die Lage der deutschen Länder, die ökonomischen Verhältnisse und Verbindungen der deutschen Völker, ihre Sprache, ihre Sitten, ihre Literatur, ihre seit einem Jahrtausend bestehende Verfassung, der gegenwärtige Zustand von Europa und die Macht der sie umgebenden Nationen machen den Bund der Deutschen zur Naturnotwendigkeit, einen Bund, wodurch sie sich zu einem großen Ganzen vereinigen, um nach außen die Rechte einer europäischen Nation zu wahren, im Innern aber Wohlstand und Volk zu befriedigen,“ so heißt es in der Eingabe.²⁾ Gleichzeitig mit der Eingabe an die Ministerkonferenz wendeten sich List und seine Genossen an den Kaiser. In der Bittschrift führen sie aus, welchen Nutzen eine Zolleinigung unter allen deutschen Staaten für die österreichische Industrie mit sich brächte. „Durch eine gemeinsame Zolllinie würden die Seidenfabriken Wiens in den Besitz jenes Absatzes gelangen, welchen bisher die Fabriken von Paris und Lyon in West- und Norddeutschland behaupteten. Wien würde so in den Stand gesetzt, an Stelle des Auslandes die Moden anzugeben und den Norden mit Seidenwaren zu versehen.“ Am 6. März wurde List von Kaiser Franz empfangen und bewilligte die Audienz, um sein Anliegen mündlich zu unterstützen und in beweglichen Worten für die Zusammengehörigkeit Oesterreichs und Deutschlands einzutreten. Der Kaiser erwiderte, er werde gerne allem beitreten, was das Wohl des deutschen Vaterlandes befördern könne, ohne das Wohl der eignen Untertanen zu gefährden. Er werde die überreichten Aktenstücke prüfen und die Sachverständigen hören. Metternich übermittelte die Eingaben Lists an den Präsidenten der Kommerzhofkommission, Herrn v. Stahl, der wieder ein Gutachten zweier Fachleute einholte, des ehemaligen Direktors des Rheintroy Eichhoff und des Herrn Adam Müller.

Adam Müller von Mistelbach, wie er mit seinem vollen Namen hieß, war ein sehr fruchtbarer, geistreicher, etwas phantastisch veranlagter Schriftsteller. Im Jahre 1779 von protestantischen Eltern geboren, wurde er 1805 Katholik, begab sich 1811 nach Wien, wo er durch Genß mit hohen Kreisen in Verbindung gebracht wurde, und trat 1815 in kaiserliche Dienste, in denen er bis zu seinem Tode, zuletzt als Hofrat in der Staatskanzlei, verblieb. Als Schriftsteller wie als Redner kämpfte er mit Begeisterung gegen die Revolution, für das monarchische Prinzip und die Religion. In seiner Denkschrift, in der er sich gegen das „Unwesen der großen Fabriken“ wendete und beklagte, daß die alten

¹⁾ Regidi, Die Schlußakte der Wiener Ministerialkonferenzen. 1869.

²⁾ Näheres über Lists Tätigkeit bei seinem Biographen Häußer und bei Beer, Oesterr. Handelspolitik im neunzehnten Jahrhundert.

vaterländischen Webstoffe, Leinen und Wolle, durch die Baumwolle verdrängt worden seien, gab er der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Aufhebung der Winnenzölle und die Errichtung einer allgemeinen Zollunion die Not der Industrie nicht nur nicht mindern, sondern eher steigern werde. Schon vor List's Eintreffen hatte sich Müller zum Fürsten Metternich über die Bemühungen List's sehr abtrügglich geäußert. In einem vom 6. Dezember 1819 datierten Berichte heißt es: „Die Reizen und Zudringlichkeiten der sog. Deputierten des Deutschen Gewerbevereins sind demagogische Umtriebe im eigentlichen Sinne des Wortes.“ Mit teilweiser Benützung der Gedanken, die Eichhoff und Müller in ihren Gutachten ausgesprochen hatten, erwiderte Stahl am 20. Dezember Metternich's Schreiben. Der Antrag, heißt es in der Antwort, zwischen den achtunddreißig Bundesstaaten eine allgemeine Zollunion zu begründen und Retorsions-(Absperrungs-)maßregeln vorzüglich gegen England und Frankreich auszuüben, sei praktisch unmöglich und würde das Uebel nur vermehren. Die Anregungen List's und seiner Genossen bezeichnet Herr v. Stahl als das Gerede und das Geschreibe einiger elender neuerungslüchtiger deutscher Schwindeltöpfe. Der Verein habe alle politischen und merkantilistischen Reaktionen übersehen, die selbst von Amerika, Frankreich und Rußland zu besorgen wären, wenn Deutschland ein so allgemeines Aufsehen erregendes, schon an und für sich schädliches und unhaltbares System annähme. Diese Auffassung der zunächst zuständigen Stelle konnte auf das Verhalten Metternich's begreiflicherweise nicht ohne Einfluß bleiben, er gewann daraus die Ueberzeugung, daß ein allgemeines deutsches Handelsystem vorerst nur als frommer Wunsch zu betrachten sei.

Angeichts des schlechten Standes seiner Sache wandte sich List am 20. April 1820 mit einer neuen Eingabe an den Staatskanzler, worin er unter Berufung auf die wohlwollenden Äußerungen des Kaisers geltend machte, daß die Witssteller ja nur die Ausdehnung des österreichischen Merkantilsystems auf ganz Deutschland verlangen. „Die österreichische Industrie werde nicht durch jene der übrigen deutschen Staaten, sondern durch die Industrie der Engländer und Franzosen gefährdet. Die österreichische Douane könnte neben der Bundesdouane bestehen bleiben, als Kontrolle gegen die auswärtige Bundesdouane und als Schutzmittel gegen Deutschland in Ansehung jener Fabrikate, in welchen Oesterreich mit den übrigen deutschen Ländern nicht sogleich konkurrieren zu können glaube und die es bis zur weiteren Vervollkommenung von dem freien Verkehre ausschließe. Es lasse sich mit Bestimmtheit voraussehen, daß Oesterreich nach wenigen Jahren den völligen freien Verkehr selbst wünschen werde.“ Schließlich stellte List die Bitte, sein Gesuch möge nicht von einer einzelnen Behörde, sondern kollegialisch behandelt werden. Metternich übermittelte am 9. Mai diese Denkschrift zur Begutachtung an die Kommerzhofkommission, bei der sie aber keine freundlichere Aufnahme fand als alle früheren Anregungen gleicher Art. Herr v. Stahl bezeichnete das Verlangen nach einer Zolleinigung als eine ganz unverdaute, nach Deutschtum riechende Idee, die bei den österreichischen Ministerien nie den entferntesten Eingang gefunden habe. List betrachtete

das ganze Geschäft als Quelle seines guten Auskommens. Das ganze Benehmen dieses Mannes sei bedenklich. Zuguterletzt wird List noch dem berühmten Präsidenten der Polizeihofstelle Grafen Sedlnitzky als verdächtig denunziert. Sedlnitzky beeilt sich denn auch, „die Beobachtung, welcher er List gleich bei seiner Ankunft in Wien unterziehen ließ, zu verschärfen“ und versichert, „er werde alles aufbieten, um die Ränke dieses bedenklichen Fremblings möglichst zu paralyfieren“.

Am 13. Mai berichtet Metternich dem Kaiser über das Ergebnis der Ministerkonferenzen. Er bezeichnet es als wünschenswert, wenigstens bezüglich des freien Verkehrs mit Lebensmitteln, für den sich alle Bevollmächtigten ausgesprochen hätten, ein günstiges Resultat zu erzielen. Oesterreich würde sonst das Odium auf sich nehmen, der einzige Staat zu sein, der einem so nützlichen Uebereinkommen im Wege steht. Die übrigen den deutschen Handel betreffenden Verhältnisse wären erst von der Bundesversammlung in Beratung zu nehmen. Metternich drang mit seinem Vorschlage nicht durch, er hatte mächtige Gegner. Wenige Tage später erstattet Stahl Vortrag über das Gesuch Lists. Die Aufhebung der Binnenzölle und die Anwendung der Retorsion gegen Frankreich und England wären unpraktisch, führt er aus, und würden das Uebel nur vermehren. Oesterreich könne sein Prohibitivsystem ohne Erhebung des bedenklichsten Mißvergnügens nicht aufgeben. Am 26. Juni erfolgt die Allerhöchste Entschließung, wonach der Kaiser die Auskünfte zur Kenntnis nimmt und die gestellten Anträge genehmigt.

Nach dem Gesagten hätte es fast den Anschein, als ob überwiegend formale Bedenken oder die Persönlichkeit jener Männer, die der Zolleinigung das Wort redeten, für die Haltung der Bundesversammlung und der leitenden Wiener Behörden maßgebend gewesen wären. Es gab aber mindestens nebenbei auch sehr ins Gewicht fallende sachliche Momente, die sich österreichischerseits einer Zollunion mit den Bundesstaaten in den Weg stellten. In erster Linie kam der Umstand in Betracht, daß Ungarn, Galizien und die italienischen Besitzungen nicht zum Deutschen Bunde gehörten und nicht einmal mit den übrigen österreichischen Ländern zollgeeint waren. Ueberdies waren es tiefgehende Verschiedenheiten im Zoll- und Steuersystem, im Monopolwesen, in der Währung, die sich einer Vereinigung vorerst hindernd in den Weg stellten.

Während all dieser fruchtlosen Versuche, die österreichische Regierung umzustimmen, benutzte Preußen die Zeit, um das Problem der Zolleinigung Schritt für Schritt in seiner Art der Lösung näherzubringen. Ausgehend von dem neuen preußischen Zollgesetz von 1818, das bereits Handelsverträge mit den andern deutschen Staaten ins Auge faßte, traten zunächst Hessen-Darmstadt (1828) und Kurhessen (1831) der Preußischen Zollordnung bei, denen sich dann am 22. März 1833 der ebenfalls im Jahre 1828 gegründete bayerisch-württembergische Verein anschloß. Im selben Jahre traten dann Sachsen und der Thüringische Handels- und Zollverein, 1835 Homburg, Nassau und Baden, 1841 Braunschweig und Hannover, und später Oldenburg und Schaumburg-

Lippe dem Zollvereine bei. So war die angestrebte Zolleinigung ohne, ja gegen Oesterreich zustandegekommen. In Wien konnte man sich nicht länger dem Ernst der Lage verschließen. Im Juni 1833 erstattete Metternich über die Angelegenheit längeren Vortrag an den Kaiser. Er führte darin folgendes aus: Eine Reihe von Jahren nach dem Zusammentreten des Bundesrats sei der Art. XIX der Bundesakte unvollzogen geblieben. Die großen Schwierigkeiten, die die Verschiedenheit der Zoll- und Steuerverfassungen in den einzelnen deutschen Ländern dem Unternehmen entgegenzusetzen drohen, schreckten von demselben ab. Ein unmittelbar dringendes Bedürfnis, sich demselben zu unterziehen, bestand nicht oder schien wenigstens nicht zu bestehen. Niemand wollte mit Vorschlägen hervortreten, die für jeden zuvörderst Opfer irgendeiner Art zur Folge haben würden, und selbst bei den Wiener Konferenzen 1820 kam man über Handel und Verkehr nicht weiter als zu einem allgemeinen Artikel, der abermals nur halbige gründliche Vornahme des Gegenstandes seitens des Bundestages verhiess. Erst bei dem Umsichgreifen des Preussischen Zollvereines sei bei mehr als einem Bundesstaate die Ueberzeugung erwacht, daß nur in dem Einverständnis aller ein Mittel liege, die eigennützigen Pläne einzelner zu paralysieren. Zu diesem Zwecke schlug Metternich eine Modifikation der bestehenden Zoll- und Mautgesetze vor, um Oesterreich in den Stand zu setzen, zur Erfüllung des Art. XIX B.-A. im Sinne des hannoversischen Antrages vom 9. August 1832 mitzuwirken und durch solches Entgegenkommen zu einer Neutralisierung des Preussischen Zollvereines den Grund zu legen. Dieser hannoversische Antrag war auf Erweiterung und Beförderung des Aukthandels und Verkehrs in Deutschland mit Rohprodukten und Fabrikaten gerichtet. Fürst Metternich beantragte schließlich die Einholung eines Gutachtens der Fachministerien über diese Frage. In der hierüber verfaßten Denkschrift spricht sich die Hofkammer gegen den Anschluß Oesterreichs an den Zollverein aus, weil damit der Uebergang zum Freihandel und ein Entgang an Zollerträgnissen verbunden und dem deutschen Mitbewerbe Thür und Thor geöffnet werden; höchstens könne man daran denken, dem Zollvereine tarifarijche Zugeständnisse zu machen. In der kaiserlichen Entschließung über diesen Vortrag vom 13. Juli 1834 heißt es: Derartige Konzessionen könnten nur gemacht werden, wenn die Initiative von den fremden Regierungen ausginge und uns Kompensationen geboten würden. Ueberdies finde es Seine Majestät nicht rätlich, dem Zollverein mit Maßregeln entgegenzukommen, deren Erwiderung zweifelhaft wäre und die im Auslande den Eindruck der Nötigung hervorrufen könnten. Damit war die Sache auch für diesmal abgetan.

Erst nach Jahren kam Metternich auf die handelspolitischen Fragen zurück. Von einem längeren Aufenthalt in Deutschland heimgekehrt, schrieb er am 20. Oktober 1841 an den Hofkammerpräsidenten Baron Rübeck, die Beobachtungen, die er auf seiner Reise gemacht, hätten ihn in seiner Ansicht über den Aufschwung des deutschen Handels und der deutschen Industrie und über die Wichtigkeit der Entwicklung des deutschen Zollvereins bestärkt und ihn mit dem lebhaften Gefühl erfüllt, daß ein ferneres Verharren Oesterreichs in der bisher

eingehaltenen Stellung Folgen nach sich ziehen müsse, deren voller Umfang nicht leicht zu berechnen sein dürfte. Unsrer bisherige Haltung habe einen Zustand von Passivität herbeigeführt, der auf die Entwicklung und den Wohlstand unsrer Provinzen höchst nachtheilig einwirkte. Er glaube, daß ein Mittel, dieser bedenklichen Entwicklung vorzubeugen, auf dem Wege eines mit dem Zollverein zu schließenden Vertrages gefunden werden könnte (bekanntlich kam es dazu erst zwölf Jahre später). Vor der Errichtung des Zollvereins sei in Deutschland nichts mehr vorhanden gewesen, was den Namen eines deutschen Handels verdient hätte. Durch den Zollverein sei aufs neue ein kommerzieller Gemeingeist geweckt worden, hätten sich die Handelsstendenzen einer fernen Vergangenheit wieder geäußert. Man habe erkannt, daß der Vorteil jedes einzelnen Theiles am besten unter dem Schutze der Größe der Gesamtheit zu erreichen und zu bewahren sei. Er habe während seiner Reise die Kräfte beobachtet, die sich allenthalben regen, und es habe sich in ihm ein lebhaftes Gefühl des Nachtheiles entwickelt, in dem sich Oesterreich befinde. So war unter dem Drucke der Ereignisse aus dem Saulus ein Paulus geworden. Aber Metternichs Mahnruf stieß auf kein Verständnis. In einer vertraulichen Ministerialberatung, die am 17. November 1841 abgehalten wurde, siegte die Anschauung, daß vorerst ohne Abschluß eines förmlichen Handelsvertrages ein Einverständnis über eine allmähliche Modifikation der Zollsätze anzubahnen wäre. Die Schaffung einer Zolleinheit mit den deutschen Bundesstaaten wurde vertagt mit Rücksicht auf die schon früher erwähnten sachlichen Schwierigkeiten. Nur bezüglich der von Metternich ebenfalls angeregten Eisenbahnanschlüsse nach Norden, Westen und Süden fand eine Einigung statt. In einem späteren, an Rübner gerichteten Schreiben vom 10. Dezember desselben Jahres kam der Staatskanzler speziell auf die Frage einer wirtschaftlichen Annäherung an die italienischen Staaten zu sprechen, offenbar in dem Gedanken, dadurch ein Gegengewicht gegen den Preussischen Zollverein zu schaffen, wengleich es in seiner Note heißt, daß durch eine solche Maßregel „den Bestrebungen revolutionärer Sekten entgegen gewirkt und jene flachen Träumereien von politischer Verschmelzung und Unabhängigkeit beschwichtigt“ werden könnten.

Zwei Jahre später finden wir List neuerdings in Wien. Im Sommer 1843 benutzte er einen Aufenthalt in Ischl, um beim Fürsten Metternich Audienz zu nehmen und ihm allerlei Eisenbahnpläne zu unterbreiten, aber auch seine Ansichten über die Nothwendigkeit zu entwickeln, den Zuständen in Ungarn eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. List war mit diesen Verhältnissen wohlvertraut und stand seit längerer Zeit mit hervorragenden Ungarn, so mit Apponyi, Majláth, Andrássy, Batthyányi, Széchenyi, Pulszky und Kossuth in brieflichem Verkehr. Von dem letzteren stammen eine Anzahl Abhandlungen, die 1842 im „Pesti Hirlap“ erschienen und in denen er sich gegen eine Zolleinigung aussprach. Auch gelangten Artikel aus der Feder von Lufács und Pulszky durch Lists Vermittlung in die „Allgemeine Zeitung“. Metternich forderte List auf, seine Ansichten schriftlich niederzulegen. Diesem Winkte entsprechend, ließ sich

List in mehreren Denkschriften aus, in denen er mit gewohnter Begeisterung für eine Verständigung der österreichischen Regierung mit Ungarn eintrat. Er knüpfte an eine Charakteristik der Politik Rußlands als eines reinen Erobererstaates an und warnte vor den Gefahren, die daraus entstehen könnten. Gegenwärtig sei Rußland im Begriffe, eine Reihe von Barbarenländern in sich aufzunehmen, sich an die Spitze aller Barbaren von Europa und Asien zu stellen; die Deute sei bereits aller Widerstandskraft bar und es bleibe nur noch übrig, jene zu lähmen, die dagegen nachdrücklichste Einsprache zu erheben vermöchten, und unter diesen stehe Oesterreich infolge seiner geographischen Lage, seiner nächsten Interessen und seiner Macht in erster Reihe. Jede Bewegung in Frankreich könne Oesterreich und Preußen nötigen, ihre Blicke von Osten nach Westen zu wenden. Wäre nun die ungarische Wunde bis dahin noch offen, heißt es dann wörtlich, so wäre nichts natürlicher, als daß die ungarische Oppositionspartei diese günstige Gelegenheit beim Schopfe fasse, um im Augenblick der größten Verlegenheit ihre Forderungen aufs höchste zu spannen. Das wäre nun der günstige Augenblick für Rußland, um in der Rolle des Vermittlers zwischen Oesterreich und Ungarn aufzutreten. List verbrachte im folgenden Jahre mehrere Monate in Budapest. Bei seiner Rückkehr nach Wien wurde er von den verschiedensten Kreisen gefeiert. Er hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag im juridisch-politischen Leseverein, und am 23. Dezember 1844 gab man ihm zu Ehren ein glänzendes Festessen. Erst im Juli 1845 kehrte List in die Heimat zurück. Er sollte es nicht erleben, daß der Samen, den er ausgestreut, zur Ernte heranreifte. Des Kampfes müde, ein geheftetes Wild, an Leib und Seele lahm, „der Verzweiflung nahe“, wie er an Freund Kolb schreibt, machte er am 30. November 1846 seinem Leben selbst ein Ende. Aber auch Metternich, der allgewaltige Staatskanzler, wurde nicht viel später von dem ersten Sturm der Märzrevolution hinweggefegt. Welche Umwälzung dieses Ereignis in den Anschauungen selbst der maßgebenden Wiener Kreise in betreff des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Deutschland hervorrief, läßt ein Artikel entnehmen, der im Juli 1848 in der offiziellen „Wiener Zeitung“ erschien: „Mitteleuropa vom Rhein zum Schwarzen Meere, von der Nord- und Ostsee bis zu den Apenninen und dem Balkan,“ heißt es darin, ist erfüllt von der jetzigen Bewegung. Es besitzt alle Bedingungen zu einem selbstständigen organischen Ganzen. Ganz Mitteleuropa kann mit Beibehaltung aller Landeseigentümlichkeiten und teuren Heimatsformen trotz der Verschiedenheit seiner Völker ein starker Staatenbund werden, dessen Länder und Regenten alle nebeneinander und keiner über dem andern stehen.“ Könnten diese Worte nicht ebensogut heute geschrieben sein?

Noch war man an die Regelung der wirtschaftlichen Fragen nicht herangetreten. Da kam in Wien ein Mann ans Ruder, Karl Ludwig Bruck, der die Zügel, die List entwichen waren, in seine feste Hand nahm und die Frage der Zollvereinigung durch alle Klippen der inneren und äußeren Widerstände dem Ziele entgegenzuführen suchte. In Wien war zu jener Zeit der Wunsch nach einer Zollvereinigung mit Deutschland ein sehr lebhafter. Um so abgeneigter zeigte man

sich dem Plane in Berlin. Bismarck bezeichnete es, wie er in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ (Ausgabe von 1913, I, 98—99) erwähnt, weder damals (1852) noch später für ratsam, dem Streben nach einer Zolleinigung entgegenzukommen. „Zu den notwendigen Unterlagen einer Zollgemeinschaft gehöre ein gewisser Grad von Gleichartigkeit des Verbrauches. Zwischen Ungarn und Galizien einerseits und dem Zollverein andererseits sei die Verschiedenheit des Verbrauches zollpflichtiger Waren zu groß, um eine Zollgemeinschaft durchführbar erscheinen zu lassen. Der Verteilungsmaßstab für die Zollerträge würde stets für Deutschland nachteilig bleiben, auch wenn die Ziffern es für Oesterreich zu sein scheinen. Letzteres lebe in Zis- und noch mehr in Transleithanien vorwiegend von eignen, nicht importierten Erzeugnissen.“ Der Februarvertrag von 1853, der eine Anzahl von Rohstoffen und Fabrikaten vom Zolle befreite und ihn bei andern stufenweise herabsetzte, überdies die Durchfuhr freigab, bedeutete unter diesen Umständen immerhin einen Fortschritt. An einen weiteren Ausbau des begonnenen Werkes nach Ablauf des Vertrages im Jahre 1865 war aber nicht zu denken. Die erbitterten Verfassungskämpfe zwischen Oesterreich und Preußen schlossen ein friedliches Zusammenwirken aus, und in den nächsten Jahrzehnten kam es infolge der überhandnehmenden schutzzöllnerischen Tendenzen eher zu einer Verschärfung der Gegensätze.

Und abermals nach hundert Jahren klopft das Problem der Zolleinigung zwischen den beiden verbündeten Kaiserreichen vernehmlich an unsre Pforten. Ob die Hindernisse, die sich ihm bisher in den Weg gestellt haben, heute noch bestehen und ob sie unüberwindbar sind, wird sich bald herausstellen müssen.

Die neue Türkei und die alttürkische Tradition

Von

Else Marquardsen-Ramphoevener

Der große Kampf, den die Türkei seit vielen Jahrzehnten intra muros führt, ist in Wahrheit der Kampf der alten gegen die neue Zeit. Was jetzt auf den Schlachtfeldern, die mit türkischem Blute getränkt werden, ansgesocht wird, bedeutet eigentlich schon den Sieg des Neuen — den Untergang des Gewesenen.

Es gab bisher kein Land innerhalb der Grenzen Europas, welches so völlig in einem andern Jahrhundert lebte, wie die Türkei; keines, dessen Leben so traumverloren, so sonnenwarm, so weltentrückt, so himmelsnahe war. Und jeder, der dieses Traumleben mitleben durfte, fühlt mit Schmerz, wie nun das Ende dieses geheimnisvoll tiefen, reichen und warmen Seins gekommen ist, das die Politik mit „Alttürkentum“ bezeichnet. Allerdings will die Politik mit diesem Wort etwas völlig andres gesagt haben, als was ich soeben andeutete;

denn wenn so gesprochen wird, ist politisch der gesegnete Schlendrian gemeint, der weder Rechts noch Links unterschied, weder Mein noch Dein, weder Recht noch Unrecht. Dieser Schlendrian, der, um seine Lumpen zu verhüllen, sich das königliche Kleid orientalischer Würde umhing und es so vermochte, viele über das eigentliche Wesen des Orientalen zu täuschen.

Wieviele gibt es auch heute noch bei uns, die selbst jetzt sich noch nicht ganz von dem Erstaunen erholt haben über die Kriegstächtigkeit unsrer Bundesgenossen und es gar nicht begreifen können, wieso die gleichen Menschen im Balkankriege von Niederlage zu Niederlage getrieben werden konnten, die jetzt stolz und ruhig von Sieg zu Sieg schreiten. Um dieses Rätsels Lösung zu finden, werden dann unsre Offiziere angeführt, und es heißt, sie machten eben da unten alles. Ferne sei es von mir, das Verdienst unsrer Offiziere zu schmälern; ich weiß es wohl, sie leisten sehr viel, wie sie es überall tun, wo ernste Mannesarbeit ihrer harret. Da aber mein eigener Vater sechsundzwanzig Jahre lang als Militärreformer in der Türkei war und ich mit ihm, so vermag ich zu beurteilen, inwieweit die Tätigkeit deutscher oder andrer fremdbländischer Offiziere das Verhalten der Türken zu beeinflussen vermochte. Ich behaupte deshalb, daß die ganze Arbeit unsrer Offiziere im gegenwärtigen Kriege für unsre gemeinsamen Interessen bei den Türken nutzlos wäre, wenn nicht die Türken selbst eine vollkommene Umwälzung in ihrem staatlichen Sein und Denken aus ihrer eignen Mitte heraus hätten eintreten lassen.

Es mag Völker geben, beispielsweise die romanischen, in die der Funke von außen hineingetragen werden kann: Völker, deren starke Eigentümlichkeit sich im Weltverkehr schon abgeschliffen hat, oder solche, deren Entzündbarkeit sie jedem geschickt gestellten Worte preisgibt, so es zur rechten Zeit mit entsprechender Emphase vorgebracht wird.

Beim Osmanen sind diese Möglichkeiten nicht gegeben.

Seit Jahrzehnten buhlen die Großmächte um die Türkei und bieten alle Mittel auf, um sie fest in die Hand zu bekommen, aus dem einzigen Grunde, um im entscheidenden Augenblick Konstantinopel nehmen zu können. Die Türkei, welche überall in Europa mitleidig als „der kranke Mann“ bezeichnet wurde, nahm alle Propositionen mit gleicher Geschmeidigkeit entgegen, fügte sich den Forderungen, wo sie nicht anders konnte, und lachte sich im übrigen ins Häuschen. Diese Tatsache schien jedoch nur wenigen und dann nur vorübergehend aufzufallen; die Ueberzeugung von der politischen Abhängigkeit der Türkei den Großmächten gegenüber brachte auch eine gewisse politische Nichtachtung mit sich. Man war überzeugt, die Türkei füge sich nur deshalb allen Forderungen, weil sie am letzten Ende ihrer Kraft angelangt sei und ihre eigne Schwäche eingesehen habe. Man glaubte, sie werde sich noch einige Zeit schlecht und recht lebendig halten mit allerlei Kunstmitteln, um eines Tages eines natürlichen Todes zu verblaffen, worauf dann seitens der lachenden Erben die Rauferei um die Perle in Europas Krone, um Konstantinopel, beginnen konnte.

Es gab auch keinerlei Möglichkeit, diese Ueberzeugung den Beteiligten zu nehmen, denn die kulturelle Ueberhebung Westeuropas ist so unsinnig und groß, daß sie blind und taub macht gegen alle Beweise, welche dieses eingebildete Prärogativ angreifen könnten.

In Wirklichkeit aber lagen die Verhältnisse für den, der es vermochte, durch den Schleier hindurchzusehen, der im Orient alles Geschehen verdeckt, wie folgt:

Die Kraft wie auch die Schwäche des Osmanen liegen im Koran.

Seine Schwäche, vom Standpunkte des modernen Staatswesens aus betrachtet deshalb, weil es außerordentlich schwer ist, ihn davon zu überzeugen, daß Verhältnisse eintreten können, welche von einem gläubigen Moslem ein Zuwiderhandeln gegen dieses oder jenes Gebot des Koran verlangen, zum Besten seines Landes und seines Volkes. Das wenig politisch geschulte Denken der Allgemeinheit der Osmanen vermag diesen Zwang erst dann einzusehen, wenn Katastrophen eingetreten sind und es zu spät ist. Solange die Katastrophe nur droht, werden solche Anschauungen oft als Mangel an Vertrauen in Gottes Güte und Weisheit angesehen, als ein unehrerbietiges Hervorheben menschlichen Denkens, das so viel kleiner und niedriger als das Gottes ist, wie die Erde niedriger als der Himmel. Man kann sich auf diese Weise in einen Kreis gebannt sehen, aus dem es kein Entrinnen gibt und dessen Verfolgung Verzweiflung heißt, denn auf das Argument von Gottes höherer Weisheit gibt es keine Antwort. Hierin liegt, staatsmännisch gesprochen, die Schwäche, welche für den Osmanen aus seinem tiefen Verwachsensein mit dem Koran hervorgeht.

Unendlich viel größer aber ist die Kraft, die er aus diesem Buche zieht, welches ihm die lebendige Offenbarung Gottes ist und das unlösliche Band, das seinen Himmel an diese Erde der Vergänglichkeit fesselt. Diese Kraft hat sich schon unzählige Male negativ bewiesen durch das, was man an übergetretenen Moslems sieht, auch wenn sie schon seit Generationen als Volksgemeinschaft den Christenglauben angenommen haben. Ich habe da speziell die ägyptischen Kopten und die syrischen Araber im Auge; alle Unzuverlässigkeit, Hinterhältigkeit, Unehrllichkeit und Vertommenheit, deren der Orientale in schlimmsten Fällen fähig ist, scheint sich in Art und Wesen dieser Leute auszudrücken, denen der Boden genommen ward, auf welchem im Orient die guten und edlen Eigenschaften wachsen.

Denn eben das ist das Charakteristische des Islam: er ist kein Kult, er ist eine Religion. Damit will ich sagen, daß dem Ungebildeten im Volke nicht über die Religionsübungen die Religion selbst aus den Augen kommt, sondern daß sie allein und ihr Inhalt immer das Wesentliche bleibt. Was Koran und Hadith — das sind die heiligen Bücher, Kommentare zu Mohammeds Lehre — sagen und sind, greift in alle Lagen des Lebens ein, weiß für alle Lagen Rat und Hilfe, leitet Fühlen und Denken des Gläubigen, was immer ihm geschehe. Und die Einfachheit und Tiefe des Gesagten ist so vollendet, daß selbst der kritische Gebildete sich gefangen gibt und sein Leben nach den Lehren des Propheten

und seiner Nachfolger einrichtet, als ein Lobopfer für Gott den Höchsten, dessen Güte und milde Gerechtigkeit ihn umgibt, wohin er sich auch wende. Da nun der Koran selbst in seinen Lehren von der Bewertung irdischer Taten im Jenseits wiederholten und nachdrücklichen Wert darauf legt, daß nicht das Wie wichtig sei, sondern das Was, so sucht der Moslem sein Handeln so einzurichten, daß nach außen von allem, was er tut und leistet, möglichst wenig Geschrei gemacht werde, dafür aber desto mehr Intensität nach innen vorhanden sei. Daraus resultiert eine Erinnerung und Läuterung alles Strebens, ein Zusammenhalten alles ethischen Wollens im Schrein des Inneren, welches eben als gesammelte Kraft erscheint und wirkt.

Und diese Kraft ist auch Sicherheit allen Lebenslagen gegenüber, da das eigentliche und Hauptaugenmerk auf ein transzendentes Gelingen gerichtet ist, weniger auf ein zeitliches. Dieses Abwenden vom Zeitlichen, das in seiner höchsten Potenz bei den Buddhisten zu finden ist, zeigt sich auch schon hier im nahen Orient, und es ist, als habe Mohammed, dieser kluge und weitblickende Mensch, die süße Gefahr erkannt, die ein Versinken in unendliche Sonnenfernen bedeutet, denn er mahnt:

„O ihr Gläubigen, verbietet nicht die Annehmlichkeiten dessen, was Gott euch erlaubt hat; seid keine Uebertreiber, denn Gott liebt die Uebertreibenden nicht.“ (Sure 5, 89.)

Darum eben sagte ich, es sei der Islam kein Kult, sondern eine Religion, weil er in so schöner Weise das alltägliche Leben zum Gottesdienst zu machen versteht. Und weil der Moslem mit dem Koran denkt und fühlt, ist ihm auch das Treiben und Tun der Westeuropäer so fremd und unverständlich, da der Hintergrund des Ewigleits- und Gottesgedankens, der für ihn beherrschend ist, beim Westeuropäer, was das alltägliche Leben anlangt, fehlt.

Darum auch und nur darum ist dem Osmanen Hast und Eile so zuwider, weil alles Hastige dem Begriff des Göttlichen, so wie er es erfährt, entgegen ist. Darum und nur darum erscheint ihm der Westeuropäer so töricht und unwesentlich, weil all sein Trachten auf den gegenwärtigen Tag sich bezieht, auf das Heute und das Morgen, wenn es weit geht, noch auf das Uebermorgen. Was aber ist im Angesichte der göttlichen Ewigkeit das Heute und das Morgen? Was selbst des eignen Landes Not, da doch das göttliche Bestimmen über diesem Lande waltet?

Anderß freilich wird es, wenn der Glaube angegriffen wird, wenn das Reich, das auf den Stufen von Allahs Throne ruht, dem Ueberfall der Ungläubigen ausgesetzt ist. Dann ist es der Ruf Gottes, der ergeht und dem jeder Moslem zu folgen hat, denke er, was er wolle von den Ereignissen. Wann aber ergeht dieser Ruf Gottes?

Das eben war das Problem, welches das jungtürkische Regime zu lösen hatte: wie war das staatsmännische Interesse des türkischen Reiches zu vereinigen mit den Geboten des Koran? Wie war es so einzurichten, daß der gläubige Moslem zur selben Zeit den Ruf Gottes vernahm, wie es die politische

Notwendigkeit zur Erhaltung des Staates erforderte? Dieses Problem konnte niemals gelöst werden mit den Mitteln westeuropäischer Klugheit; nur aus dem tiefsten Wissen osmanischen Fühlens heraus vermochte man an dasselbe heranzutreten.

Was nützten da Englands Versprechungen, seine Verleumdungen andrer? Was halfen Rußlands Drohungen? Was auch Frankreichs Schmeicheln? Es handelte sich darum, das eigne Volk in langsamer, unermüdblicher Arbeit hinzuleiten auf den Punkt, wo es dann selbst ausrief, hier gelte es des Islams Größe.

Dieses war seit Jahrzehnten das Ziel alles jungtürkischen Strebens, und so seltsam es klingen mag, in diesem Streben unterstützte das Jungtürkentum am wirksamsten der Sultan Abdul Hamid und seine Politik. Denn es war ja nicht abzuleugnen, daß ein gewisses Etwas im Volke lebte, welches hinaus und fort strebte aus den bestehenden Verhältnissen, und es wäre wohl kaum möglich gewesen, die morsche Minderwertigkeit dieser Verhältnisse krasser zu demonstrieren, als es die Regierungsform des Sultans Abdul Hamid tat.

Völlig auf dem Boden alter Traditionen stehend, zeigte Leben und Herrschen des Sultans Abdul Hamid allen denen, die es sehen wollten, wie ungeeignet das Verharren auf diesen alten Traditionen war, wenn die Türkei im Konzert der Mächte mitspielen wollte. Denn diese alten Traditionen bargen nicht nur allen Reiz und alle Schönheit vergangener stiller Zeiten, da der Weg nach Westeuropa nur ideell existierte, sie bargen auch alle Enge, alle Härte, alle gewaltsame, gedankenlose Tyrannei der alten Zeiten. Und derjenige, der am besten zu zeigen vermochte, wohin die konsequente Einhaltung alter Traditionen führte, war der Sultan selbst, der keine Stunde des Tages und der Nacht sich seines Lebens sicher fühlte, sondern als unumschränkter Herrscher und Kalif ein armes, zitterndes Geschöpf war und blieb, das die Minute segnete, die seinem Herzen das lebendige Schlagen ließ. Und was nützte es ihm, wenn er alle Handhaben anwandte, die ihm die vielen Möglichkeiten dieser alten Traditionen an die Hand gaben? Was half es ihm, wenn in ihm sich geistige und weltliche Gewalt vereinte, von allem Reiz, Glanz und Schimmer umgeben, wie ihn nur in alten Tagen der Orient zu schenken vermochte? Ein armes, zitterndes Menschen- geschöpf war und blieb er — jenes unglückliche Opfer historischer Evolutionen, das auf der Schwelle zwischen der alten und neuen Zeit alle Schuld seiner Vorfahren zu büßen hat.

Wäre Abdul Hamid nicht so völlig der reaktionäre Herrscher gewesen, der er war, wer weiß, ob dann die Jungtürken so bald es vermocht hätten, das schlummernde Kraftbewußtsein des Volkes zu wecken. Aber hier war ein geradezu klassisches Beispiel gegeben, um immer wieder so sprechen zu können:

„Seht ihr, wohin kommen wir nun mit all dem Hüten des Hergebrachten? Keiner ist seines Lebens und Rechtes sicher, das Augenzucken eines gemeinen Spions kann heute den Besten stürzen. Und warum hat der Spion die Macht dazu?“

Weil er mit der Angst des Padischah zu arbeiten vermag, der alles zugibt, wenn es gilt, einen Verdächtigen zu entfernen.

Und warum ist die Angst des Padischah so groß, daß er dadurch jedem ausgeliefert wird?

Weil er seine Gewalt mißbraucht um seiner selbst willen, um seiner eignen Macht zu dienen, nicht aber für die Größe des Landes.

Und warum kann er seine Macht so mißbrauchen?

Weil er seine Rechte herleitet aus den alten Zeiten, da er der Nachkomme des Propheten hieß, weil er Kalif ward; und da er Kalif wurde, wenn sie ihn den Nachkommen des Propheten glaubten. Damals aber war unser Volk klein, und der einzige Kampf, den es auszusechten hatte, war der gegen die Ungläubigen rings um uns, die uns den Frieden unsres Glaubens nicht lassen wollten. Und so kämpften wir, an unsrer Spitze der Kalif, und wurden groß und mächtig und gewaltig, viel mehr, als wir es jetzt sind. Im Kampfe aber und für ein kriegerisches Volk, das sich den Boden seines Reiches erst erwerben soll, ist es gut, wenn der Herrscher voll Gewalt ist, ja, sei es auch voll Härte. Nun aber, meine Brüder, ist unser Reich erworben und es gilt, es zu festigen gegen Rum (Europa), auf daß uns unsre Macht nicht entgleite.

Wie aber kann sie uns entgleiten?

Wenn wir nicht sehen, daß die Zeiten gewachsen und geworden sind seit damals, wenn wir nicht begreifen wollen, daß es am besten ist, einen, den wir besiegen wollen, mit eben den Künsten niederzuwerfen, mit denen er uns zwingen will.

Wen aber wollen wir besiegen?

Die Franken (Europäer), die in unser Land kommen.

Warum aber wollen wir sie besiegen?

Weil wir nicht Herren in unserm Lande sind, wenn sie bleiben.

Warum aber sind wir nicht Herren in unserm Lande?

Weil jene es wissen, wie man in den heutigen Tagen die Gewalt und die Herrschaft erwirbt, wir aber wissen es nicht.

Warum aber wissen wir es nicht?

Weil wir unsre Seelen richten auf das leuchtende Bild eines kommenden herrlichen Seins und des gegenwärtigen vergessen. Nun aber sagt der Prophet:

„Erhebet euch leicht und schwer (gerüstet) und kämpfet mit eurem Gut und Leben auf Allahs Wegen! Das ist besser für euch, wenn ihr Einsicht habt.“ (Sure 9, 41.)

Ihr sehet also, meine Brüder, es ist nicht gut und ist nicht Gottes Wille, daß man müßig zusehe, in Betrachtung des Ewigen versunken, wenn das Reich, das Allah seinen Gläubigen gab, in Gefahr ist, seine Macht zu verlieren. Nur wenn wir Macht und Kraft behalten wie in früheren großen Zeiten, vermögen wir es, für die Größe von Allahs Namen zu kämpfen, gleich wie es der Prophet uns gebet. Auf darum, meine Brüder, und helfet uns die Macht von Allahs Namen mit dem Schwerte des Rechtes verkünden!“

Mit solchen Argumenten konnte das Jungtürkentum arbeiten, und täglich fanden sich neue Beispiele von allerlei Geschehnissen, um die Wahrheit des Gesagten dem Volke zu bestätigen. Die historische Gerechtigkeit wollte es, daß der überzeugteste Vertreter alttürkischer Traditionen, der erbarmungsloseste Verfechter des absoluten Herrschergebantens alles, was er verfocht und worin er lebte, zum Stürzen brachte eben durch die vollendete Art, wie er eine dem Tode geweihte Sache zur lebendigen Tat machte.

Den Schlußstein aber setzte er auf dieses sein ihm selbst unbewußtes Lebenswerk, indem er, nachdem die Verfassung gezwungenermaßen von ihm beschworen worden war, wortbrüchig wurde und in einer Gegenrevolution versuchte, seinen alttürkischen Ideen aufs neue Geltung zu verschaffen. Da hatte nach der kurzen Zwischenzeit eines wenn auch abgeschwächten jungtürkischen Systems mancher, der vorher schwankend gewesen war, Gelegenheit, dieses neue System mit dem zurückkehrenden alten zu vergleichen. Ungleich umfangreicher, stärker, gewaltiger als die erste war die zweite jungtürkische Revolution, welche den Sturz des Sultans herbeiführte.

Und dann setzte nun im Ernste das Jungtürkentum die Hebel an, begann es seine Theorien ungehemmt in Wirklichkeit zu verwandeln. Ich sage „ungehemmt“, denn so glaubten es damals die Führer der Bewegung selbst, als sie begannen, alle die alten würdigen Herren aus ihren Sinsekuren herauszuschmeißen, als sie unverdiente Titel und Orden einzogen und versuchten, einige Ordnung in das Finanzwesen zu bringen. Aber es war eine Täuschung.

Trotz allen äußeren Anzeichen war das Volk doch noch nicht reif für die große Umwälzung, die in jedem Einzelnen eintreten mußte, wollte er die Staatsidee verwirklichen helfen, die dem türkischen Patrioten vorjuchelte. Daß das Volk noch nicht reif war, bewies der Balkankrieg mit seinem unglücklichen Ausgang.

Auch damals schon hatten jahrzehntelang deutsche Offiziere in der Türkei gearbeitet, waren jahrzehntelang türkische Offiziere nach Deutschland zur Ausbildung geschickt worden. Es wäre also wohl, hätte man nur gewollt, die Möglichkeit einer Kriegsführung in deutschem Geiste gegeben gewesen.

Aber es stanken in der Armee, wie im ganzen Volke, unter den Führern noch zu viele Gedanken, die in der alten Zeit wurzelten; zu viel Unfertiges, Unausgereiftes lebte noch in ihnen.

„Kriegsführen?“ dachten sie. „Ah, warum denn nicht? Wir werden natürlich siegen, wie wir im Griechentriege gesiegt haben. Wenn uns der oder jener gesagt hat, dieser Griechensieg sei für uns verhängnisvoll gewesen, weil er uns zu große Sicherheit gab, so ist das böswillige Torheit, wie diese Franken (Europäer) sie so gerne reden. Führen wir also Krieg und kehren wir als Sieger heim, es kann uns nur leicht werden!“

Das war der Geist, in welchem dieser Krieg begonnen wurde von der größten Mehrzahl der Offiziere, welche nur halb dem neuen Regime gehörten, ein Viertel dem alten und ein großes Viertel dem Wunsche, sich selbst zu nützen.

In dieser ersten Zeit des Jungtürkentums wurden die führenden Stellen, auch in der Armee, nach Maßgabe der politischen Ueberzeugung besetzt, weniger nach der Tüchtigkeit.

Auch dieses war, wenn es selbst nicht zugestanden wird, ein Ueberrest alter Anschauungen; es wurde auf die Befähigung des Mannes für seine Stelle da weit weniger Gewicht gelegt als auf sein Krebo in bezug auf die herrschende Gewalt. Daß in die neue Zeit hinein dieser letzte Fegen alter Ideen mit hinübergenommen wurde, kostete der Türkei viele ihrer Söhne und einen großen Teil ihres europäischen Besitzes. Doch dieser bittere Preis mußte bezahlt werden, sollte die Ueberzeugung reifen, daß in Wahrheit ein neues Leben in einer neuen Zeit beginnen müsse, wenn die Türkei das werden sollte, was die, die sie liebten, für sie ersehnten. Und dieses bitteren Preises bitterster Inhalt war wohl die Einsicht, daß der Staat noch nicht reif sei, um ganz der Hilfe Westeuropas zu entbehren; daß man gezwungen sei, zu wählen unter den Völkern Europas, um eines zu finden, dessen Hilfe ehrlich genug gemeint sein würde, um dem Osmanenreiche seine volle Unabhängigkeit zu lassen.

Es war eine Kraftprobe der herrschenden Gewalten, diese gewonnene Ueberzeugung auch dem Volke gegenüber durchzusetzen, welches sich sagte, nun beginne wohl wieder das süßsame Liebäugeln mit Westeuropa. Doch diese Kraftprobe mußte gewagt werden; und als sie gelang, starb zur selben Stunde — die alte Tradition.

Sie starb eines jähen und gewaltsamen Todes, und mit ihr zugleich sank viel von dem wundervollen Reiz des Orients in das stille Grab der Zeiten hinab.

Es ist gar keine Frage und bedarf keinerlei Diskussion, daß viel, viel verloren ist, was niemals wiederkommen kann, was unwiderbringlich der Vergangenheit angehört. Ich meine damit nicht „die gute alte Zeit“, nicht den geliebten Schlenbrian vergangener Systeme; ich meine etwas viel Tieferes, Schöneres, Geheimnisvolleres — die weltenferne Gottesnähe, in der das Volk der Osmanen lebte.

Ganz ausgeschlossen wird es für ein Volk in Zukunft sein, diese beschauliche, friedliche Sonnenversunkenheit zu behalten, wenn es in den neuen Wettstreit der Kräfte mit eingetreten ist. Und dieser Wettstreit wird einfach fordern, daß der, der an ihm teilnimmt, sich ihm ganz hingibt. Es ist unmöglich, in der dämmerigen Halle einer Moschee zu sitzen und den Worten eines Auslegers des Koran zu lauschen, oder sich selbst in den Koran zu versenken, wenn man weiß, rings arbeitet ein jeder an der Wiederaufrichtung der Größe des Reiches, wie es der Prophet verordnete. Das würde die Beschaulichkeit des Geistes nehmen, die zu solchen Dingen gehört. Ich führe hier nur ein besonders charakteristisches Beispiel an, welches sich auf alle Volkstreife anwenden läßt.

Beim Gebet in der Moschee steht hoch und nieder zusammen; der hohe Offizier in Uniform, der Staatsmann neben dem Lastträger, dem Bettler; der Begriff des Standesunterschiedes existiert nicht. Wie wird sich das in einem modernen Staate durchführen lassen, bei dem ein gewisses Trennen der Interessen

notwendigerweise eintreten muß, um eine höchstmögliche Ausarbeitung der Leistungsfähigkeit zu erzielen?

Ein sehr bekanntes Bild war es, einen Offizier gegen Abend heimgehen zu sehen mit einem Fisch an einem Bastbündchen, denselben fröhlich und harmlos hin und her schwenkend.

Wie wird das zu vereinigen sein mit der Stellung, die in der zukünftigen Türkei der Offizier einnehmen wird?

Es ist natürlich kein Verlust an Reiz, wenn der Fisch auf andre Weise als an dem Bastbündchen heim in die Pfanne befördert wird, aber es macht etwas aus, ob der Offizier sich bewußt wird, zu gut zu sein, um wie seine Brüder den Fisch so heimzutragen.

Eine ganz andre Anschauungswelt steigt aus dem modernen Staatengebilde auf, für die Allgemeinheit wie für den Einzelnen, und diese Anschauungswelt ist notwendigerweise der Welt feindlich, welche bisher vom Halbmond bestrahlt wurde.

So wird, fürchte ich, nach und nach die große majestätische Ruhe des Orientalen der Hast des modernen Menschen und seines Erwerbslebens weichen müssen; und was ich noch mehr fürchte, die neue Zeit wird ihm kaum Freiheit lassen, den Lehren des Koran entsprechend zu leben, wie er es bisher konnte. Wenn z. B. ein junger gläubiger Moslem sich auf einer Geschäftsreise in Westeuropa befindet, bei der es sich darum handelt, einen besonders gerissenen Konkurrenten auszustechen, so wird er sich ganz gewiß des Abendgebets nach Sonnenuntergang nicht erinnern. Sollte es ihm aber doch einfallen, so wird er es ganz sicher nicht verrichten können, da die Körperbewegungen unbedingt dazugehören; es wird ihn vielmehr, in der Gesellschaft seiner Geschäftsfreunde, eine Scham anwandeln, er wird fürchten, sich lächerlich zu machen.

Und das ist es, worauf ich hinaus wollte: wenn die Scheu vor dem Sich-lächerlichmachen erst einmal beginnt, dann ist ein starkes Loch gerissen in den Schleier, der dem Osmanen vom Himmel herabhängt, ihm die Welt nackter Tatsachen verhüllend. Bisher war es einem Mohammedaner ganz gleich, wer ihm zusah; kam die Stunde, verrichtete er sein Gebet und vergaß die Gegenwart des andern völlig.

Das sind Gefühle, die am Glauben und allem, was er bedeutet, festhalten; der moderne Mensch scheut sich, in sein Inneres zu blicken, er tut auch gewiß recht daran, was könnte er dort wohl Schönes sehen? Der Osmane scheute sich bisher nicht, denn er fand in seinem Innern das gleiche wie in der Welt um sich: Gottes Güte und Gerechtigkeit.

Wird ihm die moderne Zeit dieses herrliche Besitztum rauben?

Der patriotische Osmane sagt heute, es sei besser, aller Reiz seines Landes und Lebens verschwinde, und es entsände eine neue, starke, große, einige Türkei.

Sein Standpunkt ist zu verstehen, denn er erstrebt nur seines Vaterlandes Größe, aber wird es möglich sein, daß der Nationalcharakter des Osmanen sich so stark erweist, um selbst über den nivellierenden Einfluß der modernen Zeit Herr zu werden und aus dem, was die Türkei war, sie neu zu schaffen als modernen Staat?

Ich glaube allerdings, daß die starke, unverbrauchte, reine Kraft, die nun seit so langem im Osmanen schlummert, ohne zur Tat aufgerufen worden zu sein, daß diese Kraft noch auf viele Jahre hinaus westeuropäischer Kultur Trost bieten wird, und auf diese Tatsache baue ich große Hoffnungen. Denn was auch ferne Zeiten aus der Türkei machen mögen: zerstört wäre sie erst dann, wenn ihre ihr eigentümliche Kultur von Westeuropa niedergezwungen würde. Entgöttert stände sie dann da, und ihre Söhne fänden keine Kraft mehr, ihre Töchter keinen Frieden. Ich weiß es wohl, daß ich sehr anstoßen werde mit dem, was ich hier sage, denn aller Eifrigen liebster Wunsch ist es jetzt, eine neue Kultur nach der Türkei zu tragen.

Noch macht mich die Verwirrung, die sie anzurichten versuchen werden, nicht besorgt, denn noch ist das Osmanische Reich stark und kraftvoll ruhend in seinen alten und geheiligten Traditionen, soweit sie sich auf das Tiefste des Menschen beziehen. Und eben deshalb sagte ich eingangs, der Islam sei kein Kult, sondern eine Religion, weil man ihn ebensogut die Kultur des Osmanen nennen könnte. Kultur nun aber ist das aus dem Leben und Sein des Volkes hervorgewachsene notwendige innere Fühlen und Denken des Einzelnen wie der Allgemeinheit mit Bezug auf die Dinge der sichtbaren und der unsichtbaren Welt. Da wo die Religion dem Volke die Kultur bedeutet, ist, theoretisch gesprochen, ein Zustand der Vollkommenheit erreicht.

Aus allem diesem erhellt, daß es ein Unding wäre, unsre Kultur, die im idealen Sinne die des Christentums ist, gewaltsam verpflanzen zu wollen in ein Land, wo die Kultur des Islam segenbringend herrscht.

Heute gehen wir Hand in Hand, die Türken und wir; heute kämpfen wir um ein gemeinsames Ziel. Die Türken waren durch das Leiden ihres Landes und Volkes in sich selbst gereift und erstarrt und sahen klar das Ziel vor sich, das sie zu erreichen haben; sie vermochten es über sich, einzusehen, daß sie der Hilfe eines Freundes bedurften, und sie wählten zum Freunde diejenige der Großmächte, deren Ziele den ihrigen am nächsten kamen, deren Gesamtgesinnung ihnen gegenüber die sauberste war. Mit diesem Freunde gemeinsam suchen sie jetzt ein Bollwerk zu errichten gegen die Gewalten, die alles erdrückend vorgehen wollen, schon solange die Türkei als gefestigter Staat besteht. So konnten wir den Türken helfen, weil sie reif waren, unsre Hilfe anzunehmen, und reif wurden sie dadurch, daß sie sich aus ihren alten Traditionen herausarbeiteten, wie aus Moorboden, und sich durchrangen zum Erfassen der neuen Zeit. Aber schwer ist es ihnen geworden und wird es ihnen noch lange sein, diese neue Zeit als die ihrige zu erkennen und auch aus ihr den Ruf Gottes zu vernehmen. Wenn auch Gottes Stimme im Donner der Schlachten ebenso klar, ja fast noch klarer vernommen wird wie im gesegneten, sonnenlichten Schweigen andächtiger Stille — wird sie denn auch vernommen im hastenden Getriebe modernen Lebens, diese tiefe, herrliche, gewaltige Stimme des Gottes, der in uns ist und um uns?

Ueber die Zeit, Zeitsinn und Sommerzeit

Von

Dr. A. Nippoldt,

Observator am Rgl. Observatorium zu Potsdam

Der Krieg, der in alle unsre Angelegenheiten des täglichen Lebens so oft energisch und tief einschneidet, bringt uns jetzt auch eine neue Zeit: die „Sommerzeit“, und rückt damit an einem Begriff, der dem flüchtig Denkenden überhaupt jenseits der menschlichen Beeinflussung stand. Die Zeit scheint etwas, das für sich selbst fortschreitet, unaufhaltsam leider und unhemmbar, dem menschlichen Willen gänzlich entrückt. Der Faustsche Satz an den Augenblick: „Verweile doch, du bist so schön“ scheint unerfüllbar. Und doch trifft dies nicht voll zu. Unentrinnbar und unwiederbringlich ist nur die „objektive“ Zeit, d. h. jene Zeit, nach welcher alles Naturgeschehen abläuft. Die „subjektive“ Zeit dagegen wird in unsrer menschlichen Vorstellung aus der Erfahrung gebildet, daß die Ereignisse eben hintereinander eintreten oder, besser gesagt, hintereinander einzutreten scheinen. Die Zahl der Ereignisse ist uns das Maß der Zeit. Das erklärt, warum uns die Zeit um so kürzer vorkommt, je mehr Erlebnisse wir in ihr gehabt haben. Umgekehrt können wir aber auch, indem wir dafür sorgen, daß die Geschehnisse möglichst lange andauern, für unsre Zeitvorstellung erreichen, daß sie künstlich ausgedehnt wird. Hundertfältig geschieht dies im Leben: Wir haben ein erhebendes Buch vor uns, in das wir uns vertiefen, wir rasen auf einer Wanderung, versenkt in die Schönheit der Natur, oder wir lassen wie Faust ein Phantasiebild in unserm Innern entstehen: dann sind wir zeitlos, subjektiv verweilt der Augenblick, die Zeit steht still. Ja, durch die Kraft der Rückerinnerung können starke Vorstellungskräfte vergangene Zeiten wieder herbeirufen; die Blüte solcher Denkleistungen sind unsre großen historischen Romane. Auch die Aufführung im Theater, sogar die Vorstellungen im Kino können uns ganz der Gegenwart entziehen. Kurz, wir sehen, das subjektive Zeitgefühl ist nicht unabhängig vom menschlichen Willen.

Die Einführung der Sommerzeit ist aber nun offenbar ein Eingriff in die objektive Zeit, werden manche Leser sagen. Das ist jedoch nicht wahr, denn was wir ändern, ist nur die Zeitzählung. Wie wir die Zeit zählen, ist eine Art Verabredung zwischen den Völkern oder, genauer ausgedrückt, die wahrscheinlich von den Sumeriern um das sechste Jahrtausend v. Chr. geschaffene Einteilung des Tages in 24 Stunden, und die weitere Unterteilung durch die Zahl 60 in Minuten und Sekunden ist mit dem Wandern der sie umgebenden Kultur von allen andern Völkern angenommen worden. Wir hatten ja mit tausend Wurzeln in jener uralten Kultur des Zweistromlandes und mit allen astronomischen und Zeitvorstellungen ganz besonders stark. Und doch stammt das richtige Zeit zählen erst aus neuerer Zeit; denn erst mit Erfindung der Uhr war die Möglichkeit gegeben, das Zählen wirklich zu besorgen. Vordem konnte man nur ganze Tage zählen, denn nur der Aufgang und der Untergang der Sonne waren Ereignisse, die scharf genug eintraten, um Beginn und Ende einer Zeitspanne festzulegen. Namentlich der Sonnenaufgang, der zugleich vom Dunklen ins Helle führte und vom Schlaf des Menschen in das wache Leben der Sinne, war es, der von einer grundlegenden Bedeutung nicht nur für die Zeitzählung wurde, sondern für das geistige Leben der alten Völker überhaupt: die Richtung nach dem Ort der aufgehenden Sonne, welche für die alten Kulturzentren Mesopotamien, Aegypten und Hellas das ganze Jahr hindurch wenig von dem wahren Osten abweicht, galt als heilig, als die Normalrichtung, nach der sich alles Irdische zu regeln hat. Bis in unsere Tage hinein zeigt sich das, indem das Wort, mit welchem wir das Zurechtfinden in unmittelbarem oder in übertragenem Sinn bezeichnen, das Wort „orientieren“ ist, d. h. „die

Ostrichtung suchen“. Und wenn wir heute noch unsre Kirchen mit dem Chor nach Osten ausrichten, so ist dies auch nichts andres als eine solche uralte Ueberlieferung, ein Relikt, wie der Geologe sagen würde, ein Rudiment des Anatomen, ein stets wieder durchlaufener Embryonalzustand der menschlichen Kultur.

Als die Chaldäischen und ägyptischen Priester dann statt durch die Sonne die Zeit durch das Beobachten des Wandels der andern Sterne festlegten, war das schon eine Weiterentwicklung, die statt des lauten Ereignisses des Sonnenaufgangs (man denke an die gewiß nicht stumme, abgedämpfte Begrüßung des Sonnenaufgangs durch die um ihren Opferstein schon die ganze Nacht versammelten Germanen) den lautlosen und darum so geheimnisvollen, magischen Gang des Sternenhimmels verstehen lehrte. So bildete sich aus dem praktischen Bedürfnis nach einem Maß der Zeit die Grundlage aller Astronomie, die Weisheit des Magiers.

Diese alten Magier waren auch die ersten, welche, wenn auch nach vielen Jahrhunderten erst, an Stelle der nicht immer sichtbaren Gestirne ein Instrument setzten, das die Zeit auf künstliche Weise zählen konnte, also eine Uhr. Die frühesten Uhren waren Sonnenuhren, in der einfachsten Form ein senkrechter, schattenwerfender Stift — das Gnomon — mit den sog. indischen Kreisen. Hiermit ließen sich nicht nur ganze Tage zählen, sondern auch die Stunden. Späteren Bedürfnissen genügten die Sonnenuhren; nicht mehr, da das Fortrücken des Schattens zu langsam und schleichend vor sich geht, und man erfand dann Wasser- und Sanduhren und schließlich die Räderuhr. Erst Mitte des siebzehnten Jahrhunderts folgte die Pendeluhr und Ende des achtzehnten das Chronometer, womit wir denn so weit gekommen sind, entweder nach dem Schlag des Pendels oder jenem der Unruhe die Sekunden zu erkennen, die Zeit durch das ewige Gleichmaß der Sekundenschläge zu zählen. Will man noch kleinere Zeitabschnitte verfolgen, so bedient man sich des Chronographen, auf dessen rasch bewegtem Schreibband entweder eine Uhr den Ablauf der Zeit vermerkt oder ein regelmäßig schwingender Körper, wie etwa die Stimmgabel.

Die Grundlage aller dieser Zeitzählungen ist der Tag oder die Zeitspanne, welche die Erde braucht, um sich einmal um ihre Achse zu drehen. Diese Zeit hat sich, wenigstens für die 8000 Jahre, seitdem sie durch astronomische Beobachtungen gemessen wird, als unveränderlich herausgestellt, doch darf man nie vergessen: sie legt nur die Zeitdauer, nicht aber den Zeitaugenblick fest. Der Tag ist zwar überall gleichlang auf der Erde, die gezählte Zeit stimmt aber nur an wenigen Orten überein, nämlich nur an solchen, die auf demselben Meridian liegen. Jeder Grad weiter nach Osten bedeutet, daß die Sonne für ihn um 4 Minuten früher aufgeht. Da das Deutsche Reich etwa 17 Grad Längenausdehnung aufweist, so herrscht in ihm ein Unterschied der Zeiten von einer Stunde und 8 Minuten. Jahrhundertlang ist diese Tatsache dem Volke nicht ins Bewußtsein gedrungen, und zwar natürlich deshalb, weil man früher keine raschen und damit auch weiten Reisen in kurzer Frist kannte. So waren die Zeitunterschiede nicht merkbar genug. Als aber die Eisenbahnen kamen und immer größere und größere Geschwindigkeiten annahmen, war das anders. Bei einem Zug, der nach Osten führe, müßte der Lokomotivführer etwa alle 65 Kilometer seine Taschenuhr um 4 Minuten vorstellen, um mit den Uhren der Orte übereinzustimmen, auf einer Fahrt nach Westen hätte er sie um ebensoviel nachstellen müssen. Führe der Zug nach Südwest, Nordost oder einer andern Himmelsrichtung, welche gegen die Ostwestlinie schief liegt, so hätte er je nach der Schiefe mehr als 65 Kilometer zu fahren, bis er die Verstellung um 4 Minuten vornehmen dürfte. Nur in der Nord-Südrichtung wäre gar keine Verbesserung anzubringen gewesen, denn in ein und demselben Meridian ist die Zeit stets dieselbe, wie wir schon bemerkt haben. Eine solche unübersichtliche, von der Fahrtrichtung und -geschwindigkeit abhängige Korrektur anzubringen, kann man den Zugführern in der Praxis nicht zumuten, und doch muß der Beamte die fahrplanmäßige Ankunftszeit genau innehalten. Diese Schwierigkeiten waren es hauptsächlich, welche auf eine Anregung der ungarischen Staatsbahnen hin in ganz Mitteleuropa die M. C. Z., d. h. die Mittel-

europäische Zeit, einführen ließen. Als Ausgangspunkt wurde die Zeit der Sternwarte zu Greenwich genommen, und zwar so, daß als M. E. Z. die Zeit des Meridians von 15 Grad östlicher Länge von Greenwich galt. Die neu eingeführte Sommerzeit ist nichts anderes als die osteuropäische, d. h. jene des 30. Grads östlicher Länge von Greenwich. Die alte, jedem Ort nach seinem Längengrad zukommende Zeit heißt die mittlere Ortszeit.

Während die künstlichen Einheitszeiten durch ein großes Gebiet hin die gleichen sind, ändert sich die Ortszeit von Meridian zu Meridian und ist nur für alle Orte, die im selben Meridian liegen, gleich. Alle Meridiane treffen sich jedoch in den beiden Polen der Erde, im Nordpol und im Südpol. Diese beiden Punkte haben also zugleich alle Zeiten des Tages. Es ist dort zugleich Mitternacht und Mittag, Abend und Morgen. Wenn ein Mensch, noch etwas abseits vom Pol, nach Westen um ihn herumgeht, so kann er mit wenigen Schritten vom Nachmittag zum Mittag, zum Morgen des Tages und so schließlich in den Tag hineinwandern, der gestern gewesen ist. In seinem geistreichen Roman „Auf zwei Planeten“ schlägt deshalb Kurd Laßwitz den Polreisenden vor, sich statt mit einem Abreißkalender mit einem Anklebekalender zu versehen.

An den Polen versagt also unsere Zeitählung. Trotzdem ist es natürlich durchaus möglich, auch für diese Orte genau festzustellen, zu welchem Augenblick irgendein Ereignis eingetreten ist: der Beobachter wählt sich einfach eine der Normalzeiten aus, etwa die Greenwicher oder die M. E. Z. oder irgendeine andre, richtig sind sie alle, und bestimmt sie nach seiner Uhr. Schwierig wird die Sache erst, wenn die Uhr nicht richtig geht, denn er besitzt kein Hilfsmittel, aus dem Sonnen- oder dem Stand der Sterne den Fehler seiner Uhr zu messen. Es gibt aber doch auch hier noch astronomische Verfahren, die ihm helfen können, so z. B. die Momente, wo die Monde des Jupiter hinter seiner Scheibe oder in seinem Schatten verschwinden, denn dieser in weiter Ferne ablaufende Vorgang ist für alle Punkte auf der Erde bis auf eine kleine, zu berechnende Verbesserung zur gleichen Zeit zu erblicken.

Aus den Tagen entsteht das Jahr, aber während der Tag mit dem Aufleuchten des ersten Sonnenstrahls scharf und klar beginnt (die Zählung von der Mitternacht an ist erst ein Verfahren höherer Kultur), sind Anfang und Ende des Jahres durch keine ausgeprägte Naturerscheinung gekennzeichnet. Ein Jahr ist um, wenn die Sonne sich wieder an derselben Stelle des Himmels befindet, also etwa dieselbe Stellung gegenüber den Sternen wieder erreicht. Da man dann aber gerade die Sterne, auf die es ankäme, d. h. jene in der Nachbarschaft der Sonne, wegen deren Glanz nicht sehen kann, so kann nur ein Fachmann, ein Astronom, das Ende des Jahres feststellen. Daß der Begriff des Jahres trotzdem in das Kulturleben aller Völker eingedrungen ist, muß wohl in der Hauptsache auf die Verschiedenheit der Jahreszeiten gesetzt werden: die Unterschiede der warmen und kalten Jahreszeit und deren Einfluß auf Pflanzen- und Tierleben sind es, welche dem Menschen die Zeitspanne, welche wir das Jahr nennen, vor Augen geführt haben. Und wie tief ist gerade dies Auf und Ab im Leben der Natur in das Gefühl des Menschen eingebrungen! Fast überall finden wir es als Abbild des Menschenlebens selbst. Jugend und Frühling, Sommer und Manneskraft, Herbst und Greisentum, Winter und Tod, immer und immer wieder werden sie miteinander in Vergleich gesetzt. Aller Völker Göttermythen und Heroensagen sind voll von Parallelen zum Jahresablauf. Gewiß, auch der Tag tritt gelegentlich als Symbol des Lebens auf, so besonders bei den Ägyptern oder, uns vielleicht näher gelegen, in dem schönen 90. Psalm, wo es vom Menschen heißt, er sei gleich dem Gras, daß da frühe blüht und des Abends abgehauen wird und verdorrt. Aber im allgemeinen steht doch das Jahr hier an erster Stelle, denn nur in ihm sind die Unterschiede groß genug und die Dauer ausreichend, um das Menschenleben zu versinnbildlichen.

Aber was ist lang und was ist kurz? Ist nicht für die Eintagsfliege der Tag, was uns 70 Jahre sind? Und stehen wir nicht wieder zurück gegen manches Getier, den Schwan mit seinen 200 Jahren, den Elefanten, den Karpfen u. a. mehr? Geburt, Wachsen, Schaffen,

Absterben und Tod, das ist die wahre Zeitzählung für alle lebenden Wesen, nicht Jahre, Tage, Stunden und Minuten. Was besagt es doch im Grunde so wenig, wenn es heißt, dieser oder jener ist 40 Jahre alt! Der eine ist in diesem Alter noch mitten im Schaffen, der andre schon auf dem absteigenden Ast seiner Lebenskraft. In der That: der Sonnenlauf ist nur ein schlechtes Maß für das Alter des Menschen.

Und auch der Tag ist vom gleichen Standpunkt aus gar kein so wesentliches Zeitmaß für den Menschen; er scheidet nur Hell und Dunkel, nur Tag und Nacht, und da wir überwiegend mit dem Gesichtssinn arbeiten, so benutzen wir den Tag zum Leben und die Nacht zum Ersatz der verbrauchten Energie. Aber im Grunde teilen wir den Tag nicht nach dem Sonnenstand, sondern nach dem Gefühl für den Ernährungszustand, dem Hunger. Mir fällt da der schöne Kindervers ein:

Daß sich die Erde um die Sonne drehe,
Das hörte ich wohl in der Schule sagen;
Doch seit ich groß bin und allein da stehe,
Merk ich, es dreht sich alles um den Magen.

Diese angeborene Fähigkeit, die Veränderungen des körperlichen Zustandes zu empfinden, ist die Grundlage des sog. Zeitsinns, durch den wir auch ohne Sonne und Uhr uns über den Ablauf der Zeit Rechenschaft geben können. Er verfeinert sich an der Erfahrung, d. h. wir wissen allmählich durch die stete Wiederholung, wie viel Zeit auf unsre Handlungen kommt, auch ohne daß wir die Uhr zu Rate ziehen. Allerdings ist auch der Zeitsinn, wie alle unsre Sinne, mannigfachen Täuschungen unterworfen und bei dem einen besser ausgebildet als bei dem andern. Wir haben eingangs gesagt, daß die Zeit nach den Ereignissen bemessen wird, die in ihr geschehen. Kommt es auf eine sehr genaue Zeitzählung an, wie etwa beim Astronomen, so sorgt man für sehr regelmäßige Ereignisse der Art, indem man den Fortgang der Zeit nach den Schlägen eines Halbselundenchronometers abzählt. Auch das Metronom des Musikers verfolgt dieselben Zwecke.

Auch in sich selbst hat der menschliche Körper ähnliche Hilfsmittel, um den Fortlauf der Zeit zu empfinden, nämlich die Atmung, den Herzschlag und das Gangtempo seines Schrittes. Aber nur selten finden sich diese Gradmesser in Schrift oder Sprache ausgedrückt, wohl aber ein anderer: der „Augenblick“. Wollte man die Länge des Augenblicks aus der täglichen Erfahrung bestimmen, so müßte man feststellen, daß er ganz ungeahnte Beträge erreichen kann, wenn z. B. bei einem Besorgungsang gar zu viel Neues zu hören ist, kann so ein Augenblick bis auf eine halbe Stunde und darüber währen. Man wird dann sagen, bei dem Betreffenden sei der Zeitsinn schlecht ausgebildet. Und doch trifft dieser Vorwurf uns hier alle, denn alle schätzen die Dauer des Augenblicks falsch ein, nämlich viel zu lange, denn die experimentelle, einwandfreie Untersuchung des Psychologen hat für ihn den Wert von $\frac{1}{25}$ Sekunde ergeben.

Dieser angeborene und anerzogene Zeitsinn wird voraussichtlich mit der neuen Sommerzeit in einen erheblichen Zwiespalt geraten. Denn die meisten sind gewohnt, zu einer bestimmten Stunde aufzustehen oder die Mahlzeiten einzunehmen. Erst eine längere Übung wird die neue Uhrzeit mit der innerlich gefühlten Zeit in Einklang bringen. Und wenn wir nach einem halben Jahr endlich das Ziel erreicht haben, müssen wir wieder umlernen. Da scheint es doch noch ein Glück zu sein, daß nicht ein Gesetz, sondern nur eine Verordnung die neue Zeit festgelegt hat. Einen Vorzug hat die Neuordnung auf alle Fälle: wenn einmal die Geschichte des großen Krieges geschrieben wird, kann man den Deutschen nicht vorwerfen, daß sie hinter ihrer Zeit zurückgeblieben wären, denn nun ist es dokumentarisch festgelegt, daß sie ihr zum wenigsten eine Stunde voraus waren!

Erinnerungen an Paul Ehrlich

Von

Martha Schiff

Eine Fülle von Nachrufen hat bereits Paul Ehrlich als Forscher gewürdigt, und die Wissenschaft wird es sich nicht nehmen lassen, dereinst eine umfassende Darstellung seines Lebenswerks zu geben.

Alein über der wissenschaftlichen Seite kommt leicht die menschliche zu kurz, und doch ist es außerordentlich reizvoll, bei einer bedeutenden Persönlichkeit den kleinen menschlichen Zügen nachzugehen und die scheinbaren Widersprüche zwischen dem Forscher und dem Menschen nach Möglichkeit aufzulösen.

Darum sollen hier ein paar persönliche Erinnerungen erzählt werden, die den gütigen Menschen zeigen, manch geistreiches, manch scherzhafte Wort von ihm festhalten sollen.

Angehörige und Freunde baten Ehrlich häufig, seine Lebensgeschichte niederzuschreiben oder einer geeigneten Persönlichkeit in die Feder zu diktieren. Immer vergeblich; denn es fehlte ihm zu diesem Beginnen nicht allein an Muße, nein! auch an Lust. Sein Sinn war allein auf seine großen Ziele gerichtet; daneben hatte nichts andres Raum; er stand noch mitten im Schaffen, war erfüllt von neuen Gedanken und Plänen, zu deren Ausführung ihm seit Ausbruch des Krieges — wie er häufig bedauernd äußerte — die jungen Hilfskräfte fehlten. Noch nicht war bei ihm, wie bei Goethe, als er seine Gespräche aufzeichnen ließ, „die Vergangenheit der ständige Wohnort seiner Seele geworden“.

Wenige Wochen vor seinem Tode — man ahnte damals nicht, daß seine Tage gezählt waren — drang seine Gattin wiederum in ihn, jetzt endlich mit der Aufzeichnung seiner Lebenserinnerungen zu beginnen. Scherzend antwortete er: „Goethe hatte es bequemer, der hatte seinen Eckermann.“

Doch am Abend dieses Tages, an dem er einem aufmerksamen Zuhörer viel Fesselndes aus seiner Vergangenheit erzählt hatte, sprach er zum erstenmal aus freien Stücken die Absicht aus, in Zukunft an bestimmten Tagen und zu bestimmten Stunden seine Erinnerungen zu erzählen und zu erlauben, daß das Erzählte, solange es noch frisch in der Erinnerung des Zuhörers haften, niedergeschrieben werde. Dieses Vorhaben, das so genußreiche Stunden versprach und für die Nachwelt fruchtbar geworden wäre, sollte nicht mehr zur Wirklichkeit werden; denn wenige Wochen später schied er für immer von uns.

Was er jedoch an jenem Sommernachmittag zwanglos, im Anschluß an verschiedenartige Gespräche, gesagt hat, sei hier mit seinen eignen Worten nach-erzählt:

„Ich bin praktisch,“ begann er, „ich habe immer nur gelesen, was mir nützen konnte; ich erkannte sofort, was aus einem Buche für mich herausspringt. Im zweiten Semester wußte ich meinen Weg; schon damals schlug ich die

Richtung der Therapie ein, die ich noch jetzt habe. Ich verfolgte nur meine eignen Gedanken und ging nicht mehr ins Kolleg; durch die Examina mogelte ich mich so durch. Ich fragte nie, was im Augenblick getrieben wurde; die Unterströmung muß man erkennen, das ist die Hauptsache! Das Salvarsan ist fein gemacht, das muß ich sagen. Vielleicht, ja sogar wahrscheinlich, wird es in zwanzig Jahren bessere Mittel geben, aber der Weg ist gewiesen."

Eben weil er den seinen so früh gefunden hatte, stand Ehrlich — wie viele große Forscher — auf dem Standpunkt, daß schöpferische Geister ihre größten Gedanken in der Jugend fassen. Die Familienüberlieferung will sogar wissen, daß er schon als Knabe von acht Jahren in Strehlen, seiner kleinen schlesischen Heimatstadt, zum Apotheker ging, um sich Hustenbonbons nach eigner Vorschrift zu bestellen.

Doch wie bestimmend auch die natürlichen Anlagen wirken mögen, die Entwicklung hängt zum Teil doch immer von äußeren Umständen ab, die das Schaffen fördern oder hemmen. Von ihnen sprach Ehrlich an jenem Tage.

"Großer Reichtum," meinte er im Hinblick auf einen jungen Mann, dem seine irdischen Güter zum Verhängnis wurden, „großer Reichtum stiftet zwar manchmal Unheil, aber für den, der ihn zu nützen versteht, bedeutet er Glück."

Ehrlich hielt es daher für eine Pflicht der Allgemeinheit, wissenschaftliche Leistungen reich zu belohnen und dadurch dem Schaffenden den Weg zu ebnen.

"Jenner," sagte er, „hat als Entschädigung für die Entdeckung der Pockenimpfung 600 000 Mark erhalten, was heute das Vierfache bedeutet. Was habe ich der Wissenschaft für pekuniäre Opfer gebracht!" Ehrlich spielte mit diesen Worten jedenfalls darauf an, daß er in jüngeren Jahren in Berlin seine Forschungen aus eignen Mitteln bestritt, weil ihm öffentliche nicht zur Verfügung standen.

Nach einer Pause fuhr er fort: „Die Musik ist ein sehr gefährliches Gebüsch. Ist ein Mediziner musikalisch, so setzt er sich abends hin und spielt, und seine Gedanken sind gefangen. Das dekonzentriert. Auch ich hatte Liebhabereien, z. B. die Mathematik machte mir Spaß, aber ich habe mich immer nur ganz dumm damit beschäftigt; denn das Gehirn hat — sagen wir 10 000 oder sagen wir 10 000 000 Ganglienzellen; sind die vollgepfropft, so geht nichts mehr hinein. Für Philosophie habe ich keinen Sinn. — Es ist mir auch gleich, ob sich die Sonne um die Erde oder die Erde um die Sonne dreht. Das würde mich nur interessieren, wenn ich mich ernsthaft mit Astronomie beschäftigte."

So sprach er im Juli des vergangenen Jahres, kurz vor seiner Abreise nach Homburg, wo er am 19. August, erst einundsechzig Jahre alt, die Augen schloß.

Wir saßen in hellen Korbsesseln auf der grünumrankten Veranda seines Hauses, von der man in das wohlgepflegte Gärtchen hinabsteigt. An der einen Längsseite stand ein Ruhebett, das ihn zum Liegen im Freien laden sollte; aber seine Geduld hielt nicht stand; immer wieder lehrte er zu uns an den Tisch zurück, wo Tee getrunken wurde und für ihn eine Glasanne mit Rahm bereit-

stand, der ihm zur Hebung seiner Kräfte verordnet war. Beinlich sorgte seine Gattin dafür, daß er verbotene Dinge — namentlich die geliebten Zigarren, die ständigen Begleiter seiner Arbeit wie seiner Muße — mied und nur die ihm vom Arzt verordneten Stärkungsmittel genoß. Ihm aber widerstanden die Speisen und wehmütig klagte er: „Kein Bier, keine Zigarre mehr, alles muß ich mir versagen. Und zum Essen muß ich mich zwingen. Der ärmste Mann ist besser dran als ich, dem schmeckt es doch wenigstens, wenn er etwas hat. Der verzehrt gierig seine Kruste Brot. Mir ist das Essen widerlich, und dabei pflegt mich meine Frau rührend, ersfinderisch.“

Während er sprach, flog ab und zu ein Buchfink aus dem Garten herauf und suchte sich eine vom Tisch herabgefallene Krume. Liebevoll blickte er den Tierchen zu, war ganz bekümmert, wenn sie nichts mehr fanden, und bat seine Gattin, ihnen Futter zu streuen. Denn dieser Forscher, der im Laboratorium mit kühlem Blut manch kleines Lebewesen um höherer Zwecke willen opferte, liebte die Tiere wie ein Kind. Wenn ein Vogel in seine Nähe kam, hielt er mitten im Sprechen inne, um ihn nicht zu verschrecken. Und am Fenster seines Schlafzimmers hingen alle Arten von Futterkästen für seine Lieblinge, während im Zimmer selbst, am schönsten Fensterplatz, ein großer Wasserbehälter stand, in dem ein Frosch sich seines Lebens freute. Man konnte Ehrlich eine große Freude bereiten, wenn man ihm in der fliegenarmen Zeit eine Fliege für seinen Frosch brachte!

Im letzten Jahre traf man ihn, wie auch an jenem Nachmittag, meistens zu Hause an, da ihm sein Zustand nicht mehr erlaubte, anhaltend im Laboratorium zu arbeiten. In früheren Jahren spielte sich sein Leben anders ab. Da kam er gewöhnlich aus dem Institut heim, wenn die Nachmittagsgäste im Gehen waren. Dort hatte er von 10 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags ohne Pause gearbeitet, und erst um diese späte Stunde kehrte er zur Hauptmahlzeit in sein Haus zurück. Aber wie anstrengend er auch geschafft hatte, immer betrat er in ungetrübter Laune sein Heim und freute sich über jeden Besuch. Seine erste Frage galt stets den Neuigkeiten des Tages, und konnte man seine Wißbegier durch ein harmloses Stadtgespräch, eine nette Verlobungsgeschichte befriedigen, so war er sichtlich erfreut.

Ich erinnere mich eines Besuches in seinem Hause, der vielleicht um drei Jahre zurückliegt. Es wurde 6, es wurde $\frac{1}{2}$ 7, da mußte ich gehen, ohne wie sonst auf ihn gewartet zu haben. Als ich die Stufen seines Hauses hinabstieg, bremste das Auto gerade vor der Tür und setzte ihn ab. In der Mitte des Vorgartens begrüßen wir einander, und gastfrei, wie immer, bittet er sofort: „Kommen Sie, essen Sie mit mir.“

„Ich kann nicht, Erzellenz, ich muß ins Kolleg.“

„Kollegs sind zum Schwänzen da,“ war die rasche Antwort, eine Lieblingswendung von ihm, die mir seit lange bekannt war.

„Nein,“ sagte ich, „diesmal geht's wirklich nicht.“

„Warum, was hören Sie?“

„Eine französische Vorlesung über Paris.“

Wir hatten damals noch friedliche Zeiten, und der Besuch einer französischen Vorlesung galt nicht für eine Schande.

„Paris!“ sagte er mit Achtung und zitierte das berühmte Wort des Eugenottenkönigs Heinrich IV.:

„Paris vaut une messe.“

Frankreich besaß für ihn von jeher Anziehungskraft; er schätzte nicht allein die großen Forscher des Landes, sondern liebte auch die französische Unterhaltungsliteratur. Nicht weniger Freude hatte er an dem Klang der französischen Sprache, und es gehörte zu seinen kleinen Späßen, häusliche Aufträge in schlechtem Französisch zu erteilen, dem er im Notfalle mit lebhaftem Gebärden-spiel nachhalf. Der dienende Geist im Hause, dem seine persönliche Bedienung oblag, war darauf so eingestellt, daß er ihn immer verstand.

Aber wenn er das Französische auch herzlich schlecht sprach, so las er es mit der allergrößten Leichtigkeit, und es war erstaunlich, eine wie bunte Gesellschaft französischer Erzähler sein schönes Bibliothekszimmer beherbergte. Da fanden sich Romane von Dumas, von Guysmans, André Gide, Claude Farrère; doch seinen guten Geschmack bewies er vor allem durch die Bevorzugung von Anatole France und Guy de Maupassant. Bei Ausbruch des Krieges bedauerte er es ungemein, daß Anatole France, dieser klare Denker, ebenfalls von der „Haß-psychose“ gegen Deutschland ergriffen sei.

Vor zwei Jahren entschloß sich Ehrlich endlich, Frankreichs Hauptstadt zu besuchen, und er verlebte dort mit seiner Gattin ein paar genussreiche Wochen im Hause der Baronin James v. Rothschild, einer geborenen Frankfurterin.

Ehrlich stand jedoch nicht nur mit den Gelehrten Frankreichs in regem Austausch, sondern auch mit denen Englands und Amerikas, ja der ganzen Welt. Und wie sie aus allen Ländern zu ihm pilgerten, so erwiderte er auch manchen dieser Besuche. Mehrfach reiste er mit seiner Gattin über den Kanal und einmal in Begleitung von Gattin und Tochter, die ihm als Dolmetscherinnen dienten, sogar nach Amerika.

Erholungsreisen — so nötig er sie gehabt hätte — waren nie nach seinem Sinn, und nur mit Mühe gelang es seinen Angehörigen, ihn zum Ausruhen an einem schönen Fleck Erde zu bestimmen; aber jene Fahrten, die durch Kongresse und ähnliche wissenschaftliche Zwecke veranlaßt waren, bereiteten ihm offenbar viel Freude, und er erzählte gern von ihnen.

In Amerika hatte die Stellung der Frau, namentlich der Dame des Hauses, seine Aufmerksamkeit erregt. „Dort ist die Hausfrau,“ so sagte er einmal, „mehr als in jedem andern Lande zum Schmuck des Hauses, zum Besuchempfangen, zum Staatmachen, zum Spazierengehen, kurz zum Vergnügen auf der Welt, während der Mann nur zum Geldverdienen, „for business“, geschaffen scheint.“

Wie schon aus seiner Vorliebe für die französische Unterhaltungsliteratur hervorgeht, hatte Ehrlich trotz der zielbewußten Einseitigkeit, die seine Stärke war, das Verlangen nach mannigfachem Lesestoff. Er bevorzugte Bücher mit

starker Spannung, die seinem unablässig mit großen Problemen beschäftigten Geist zur Ablenkung notwendig waren. Daher rührte jedenfalls auch seine Vorliebe für Detektivromane.

Auch die Musik war für ihn keineswegs, wie sie es für manchen Gelehrten ist, ein störendes oder unangenehmes Geräusch, wenngleich er der Sage nach aus dem einzigen klassischen Konzert, das er vor Zeiten einer befreundeten Künstlerin zuliebe besuchte, regelrecht fortgelaufen war. Eine Drehorgel war weit eher nach seinem Geschmack, und in jüngeren Jahren bestellte er sich eine Zeitlang zweimal wöchentlich einen Leiermann an seine Arbeitsstätte. Im Theater bevorzugte er gleichfalls die heitere Gattung, und auch das Variété verschmähte er nicht.

Nur ans Klavierspiel stellte er höhere Ansprüche, und seine Gattin mußte ihm an jedem Abend, den sie mit ihm allein zu Hause verbrachte, anmutige Weisen vorspielen. Tat sie es nicht von selbst, so bat er sie dringend darum. Am Samstag jedoch sprach er diese Bitte niemals aus; denn an diesem Abend erwartete er mit Spannung die neueste Nummer aus einer Folge von Detektivromanen, ein dünnes billiges Heftchen mit aufregendem Titelbild, das unerhörte Schauerlichkeiten versprach. Winkte diese Aussicht aber nicht, so konnte er sich nicht satt hören, und er äußerte häufig, daß er diesen musikalischen Abendunterhaltungen viele gute Einfälle für seine Arbeiten verdanke. Wie das zusammenhing, ist schwer zu erklären; jedoch hörte ich einmal aus dem Munde eines bedeutenden Chemikers eine ähnliche Bemerkung. „Meine beste Arbeit,“ so sagte er, „verdanke ich einem Opernabend.“ — „Wieso?“ fragte ich überrascht, weil mir Ehrlichs Äußerungen sofort einfielen. Und da ich eine Inspiration durch die Musik für möglich hielt, fuhr ich fort: „Sind Sie so musikalisch?“ — „Ach nein,“ meinte er fast wegwerfend, „von der Musik hatte ich nichts gehört, aber dieses völlige Losgelöstsein . . .“

Ehrlichs Arbeitsweise unterschied sich, wie er selbst erzählte, von der seines berühmten Fachgenossen Robert Koch dadurch, daß sich Ehrlich in seinem Institut soweit als möglich auf die Leitung der Arbeiten beschränkte, während Koch alles selbst ausführte.

Bei dieser Gelegenheit sei noch mit seinen eignen Worten nacherzählt, wie er Kochs Bekanntschaft machte.

„Ich arbeitete,“ so begann er, „als Student in Breslau unter meinem Vetter Karl Weigert (dem bekannten pathologischen Anatomen, der später lange in Frankfurt wirkte). Da empfing Weigert Kochs Besuch und stellte mich ihm mit den Worten vor: „Das ist mein kleiner Vetter Ehrlich, ein sehr tüchtiger Mensch, aber ein Examen wird er nie machen.“

Diese Erinnerung versetzte ihn in die fröhlichste Laune, und er fügte noch hinzu, daß Koch und er über diesen kleinen Vorgang später manchmal herzlich gelacht hätten.

Sein Verhalten den Menschen gegenüber kennzeichnete er mit den Worten: „Ich lasse mich immer vom Unterbewußtsein leiten. Wen ich nicht mag, den

lasse ich links liegen. Bin ich einmal von dieser Regel abgewichen, so habe ich es stets bereut."

Ehrlich hatte, wie dies bei seinem gütigen und geselligen Wesen begreiflich ist, viele Freunde, und auch die kleinen Leute, mit denen er in Berührung kam, verehrten ihn. Aber wie freundlich ging er auch mit ihnen um! Sein Bedürfnis zu plaudern kam ihm dabei zu Hilfe, und Droschken- oder Autolenker, mit denen er sich nicht unterhalten konnte, waren ihm ein Greuel. Freilich waren „die Kutscher“ für ihn eine besonders wichtige Klasse von Menschen; denn er ging niemals zu Fuß.

Daß er mit den Angestellten im Hause nicht weniger liebenswürdig verkehrte, veranschaulicht ein andrer Fall. Vor Jahren kam er einmal mit einer Magenverstimmung, übrigens aber in bester Laune, aus dem Institut heim. Auf der Treppe begrüßt ihn ein altes Faktotum des Hauses. Sofort erkundigt er sich, was ihm dieses bei seinem Zustand verordne. „Eine Brotsuppe,“ lautet die kurze und bündige Antwort. Und nun bestand Ehrlich, obwohl die kräftigste Fleischbrühe für ihn vorbereitet war, auf seiner Brotsuppe; denn er war ein erklärter Freund von Hausmitteln.

Trotz dem tiefen Ernst, der mit einem so stetig arbeitenden Kopf, einem so schöpferischen Geist notwendig verbunden ist, steckte ihm ein gut Teil Schalkhaftigkeit, eine gleichmäßig heitere Laune im Blut. Seine Gattin wurde das Staunen darüber nie los, daß er vom frühen Morgen, von dem Augenblick des Erwachens an, plaudern konnte, ein fast sicherer Beweis guter Nerven. Erst in den letzten Jahren, als seine letzte große Entdeckung seinen Namen in alle Winde trug und mit dem Ruhm auch Neid und Mißgunst ihren Höhepunkt erreichten — erst da bekamen seine Worte mitunter einen Einschlag von Bitterkeit, die seinem arglosen Gemüt bis dahin fremd geblieben war. Aber diese Bitterkeit hielt nicht stand; sie konnte ihm manche Stunde trüben, aber nicht sein ganzes Wesen verändern. Und bis in die allerletzte Zeit hinein trieb er seine kleinen Späße, die ihm selbst so viel Vergnügen bereiteten, die nur der Eingeweihte verstand. Eine solche Probe guter Laune gab er noch in den letzten Wochen seiner Lebenszeit an einem Frühlingsnachmittag. Ehrlich empfing die Besuche in seinem Bibliothekzimmer. Man sprach von Weimar, wo einer der Gäste soeben ein paar genussreiche Tage verlebt hatte. Jeder gab seine Eindrücke kund, jeder verweilte bei einer besonderen Erinnerung, als einer sagte: „Das Schönste in Weimar ist aber doch das Denkmal von Shakespeare.“ Einen Augenblick lang herrscht tiefes Schweigen; aber Ehrlich unterbricht die Stille mit den fast gleichgültig und scheinbar ernsthaft hingeworfenen Worten: „Das gehört sich auch, Weimar ist doch Shakespeares Geburtsort.“ Die Gattin, besorgt um seinen Ruf als Literaturkenner, ruft mit tiefem Vorwurf: „Aber Paul!“ Doch Ehrlich blickt unschuldig vor sich hin; denn es hätte ihm den größten Spaß bereitet, irgend jemand weiszumachen, er sei auf diesem Gebiet nicht beschlagen. Einer der Anwesenden aber geht auf seinen Scherz ein, und nun entspinnt sich zwischen ihm und Ehrlich eine rasche Wechselrede, in der das

Dichterhaus zu Stratford am Avon als ein Hirngespinnst der Engländer in das Reich der Fabel verwiesen und Shakespeares Wiege nach Weimar versetzt wird.

Immer freundlich, stets zu einem scherzhaften Wort, einer kleinen Mystifikation aufgelegt, barg Ehrlich hinter der Heiterkeit seines Wesens eine abgeklärte Weltanschauung, die auch den letzten Dingen mit philosophischer Ruhe entgegen sah. An eine Fortdauer nach dem Tode glaubte er nicht; wir aber sträuben uns gegen den Gedanken, daß so viel Geist und Güte vergehen soll, und mögen der Hoffnung nicht entsagen, die Goethe in einem Gespräch mit Eckermann in die Worte kleidet: „Ich habe die feste Ueberzeugung, daß unser Geist ein Wesen ist ganz unzerstörbarer Natur, es ist ein fortwirkendes von Ewigkeit zu Ewigkeit. Es ist der Sonne ähnlich, die bloß unsern irdischen Augen unterzugehen scheint, die aber eigentlich nie untergeht, sondern unaufhörlich fortleuchtet.“

Ein holländischer früherer Minister über die Probleme des Krieges

Von

Adolf Teutenberg (Weimar)

Wer die Anschauungen der politischen Stimmführer des neutralen Auslandes kennen lernen will, der darf an den „Staatskundige Briefen“ (Staatswissenschaftlichen Briefen) des ehemaligen holländischen Ministers Mr. S. van Houten (im Verlage von H. D. Tjeent Willink en Zoon, Haarlem) nicht achtlos vorübergehen. Es war im ersten Vierteljahr dieses Krieges, daß aus einem dieser Briefe eine bemerkenswerte Meinung zu uns herüberdrang. Damals vereinigte sich das Geheul aller Deutschlandhasser und Deutschlandverheßer zu jenem Con fuoco und Fortissimo, in welchem die Stimme der Vernunft sich auch bei den Neutralen vergebens Gehör zu verschaffen suchte, und ganz besonders war es der Rocher de bronze des preußischen Militarismus, gegen den der wütende Chor der entfesselten Leidenschaft immer wieder anbrandete. Mitten in dieser Raserei der Ohnmacht schrieb Herr van Houten jenen Brief über „Militarismus“, der sans phrase und an der Hand der großen europäischen Geschichtskurven feststellte, daß die Schmähredner des deutschen Militarismus wohl den Splitter im Auge ihres Todfeindes, nicht aber den Balken im eignen Auge sähen. England, so hieß es da, habe nicht das mindeste Recht, „sich über Militarismus erhaben zu dünken“. . . . „Im Gegenteile hat Englands Seemacht, und im besondern sein Seekriegsrecht, Jahrhunderte hindurch dem ausgesprochenen Zweck gedient, die Macht andrer seefahrender Länder zu brechen und ihrem Handel und ihrer Schifffahrt auf diese Weise Schaden zuzufügen.“ Dahingegen sei Deutschland „bis auf unsre Tage immer das Schlachtopfer des französischen

Militarismus gewesen in dem Sinne, daß Frankreichs Streben stets, und bis aufs Jahr 1870 auch mit guten Erfolgen, darauf gerichtet war, Deutschland daran zu hindern, durch Einswerdung seine volle Kraftentfaltung zu erreichen. Und in diesem Streben wurde Frankreich von Rußlands Seite regelmäßig unterstützt . . .“

Ich habe den Mann, der diese Sätze — die man in neutralen Ländern millionenfach verbreiten sollte —, im Angesicht eines tobstüchtigen Europa veröffentlichte und zu veröffentlichen wagte, in seinem Haager Hause besucht und bin bei dieser Gelegenheit in den Besitz auch der übrigen „Staatskundige Briefen“ gekommen. Es sind höchst bemerkenswerte Dokumente zur Zeitgeschichte, an denen der künftige Forscher nicht wird vorübergehen dürfen. Nicht, daß van Houten unsre deutsche Sache, die nicht sein Primum movens sein kann, zur seinigen machte! Er wird ihr stellenweise nicht einmal gerecht! Aber für uns Deutsche ist es ja schon ein wohlthuender Anblick heute, einen geistig bedeutenden Mann, dazu noch einen vom diplomatischen Fach, der selber am Webstuhl der Zeit Geschichte gemacht hat, Gedanken ausbreiten zu sehen, die zum wenigsten den Stempel der Unvoreingenommenheit an sich tragen. Mag in den Weltbetrachtungen des Herrn van Houten, der Kosmopolit als Holländer und Schopenhauerianer aus philosophischem Temperament ist, immerhin das Ideal eines Dauerfriedens auf rechtlicher Grundlage Anfang und Ende sein. Das kann uns Deutschen, denen Schopenhauer ein geistiger Führer, denen der Kulturkosmopolitismus eines Goethe ewige Sehnsucht und denen das Ideal des europäischen Friedens immer heilig-ernst gewesen ist, den nachbarlichen Friedensfreund auch jetzt nicht unlieb machen, da unser deutsches Schicksal aufs Schwert gestellt ist. Immerhin werden diejenigen Sätze in van Houtens Briefen, die der deutschen Sache am förderlichsten sind, gegenwärtig zuvörderst unser Ohr haben. Darum seien aus van Houtens politischen Briefen einige Gedanken herausgegriffen.

Wiederholt und mit Nachdruck legt der holländische Altminister den Finger auf eine Tatsache, die bei uns noch immer nicht allgemein genug als eine der allerstärksten treibenden Gewalten erkannt wird, die zu diesem Kriege führten: auf die unheilvolle Tatsache des Revanchestrebens Frankreichs. Van Houten stellt fest, daß „Frankreich sich nur aus Revanchelust Rußland angeschlossen habe“, daß diese Revanchelust „eine wesentliche Ursache der Furcht und Unruhe gewesen sei, die jahrzehntelang auf Europa lastete“; er weist darauf hin, daß „selbst die Ausbreitung des französischen Kolonialbesitzes in Tonking, Tunis und Marokko (die Deutschland in wohlmeinender Hoffnung auf Frankreichs endliche Beruhigung zuließ, ja förderte! Der Verf.), die alte Wunde nicht heilen konnte“; und es ist nicht ohne Genugtuung für uns, den neutralen Politiker in Konsequenz dieser Wahrheitsfeststellungen äußern zu hören, daß „Frankreich den Preis, den es England für die Mitwirkung am Revanchewerk angeboten, wohl nicht mehr werde zum zweiten Male zahlen wollen“ usw.

Nicht minder wohlthuend muß uns Deutsche berühren, wenn Altminister van Houten, der mit anklägerischen Wortwendungen sehr sparsam ist, Englands

Aushungerungskrieg einen Fehler nennt, der „ebenso groß wie inhuman“ sei und „die ganze Welt verstimmen“ müsse; denn Lebensmittel, solange sie nicht direkt für militärische Zwecke bestimmt seien, könnten ihrer Art nach nicht als Konterbande angesehen werden, und die Gleichstellung Deutschlands mit einer belagerten Stadt sei ein Vergleich, der „auf allen Seiten hinfie“. Im übrigen zählt van Houten den Aushungerungskrieg unter die Dinge, die Enttäuschungen für unsre Feinde bedeuteten. Solcher Dinge weiß er mehrere aufzuzählen, und es ist nicht uninteressant, an ihren Benennungen abzulesen, wie sich im Auge eines wirklich neutralen Zuschauers die Lage schon vor Monaten spiegelte, als die russischen Siege noch nicht erkämpft worden waren. „Als die Sache anfing,“ heißt es unterm 19. März 1915 in den Briefen, „glaubte England sicherlich nicht, daß die ganze so hinderliche deutsche Kriegsflotte noch so gut wie unversehrt nach sieben Kriegsmonaten vorhanden sein würde, und daß sie mit der für Englands Handel gefährlichsten Waffe, mit Unterseebooten, noch verstärkt werden könne. Als eine Vernichtung dieser Flotte durch eine Seeschlacht ausichtslos schien, hoffte es durch Aushungerung Deutschlands ihre Auslieferung erzwingen zu können. Auch diese Hoffnung scheint jetzt illusorisch zu sein... Und außerdem hat man beim Entwerfen dieses Kriegsplanes nicht darauf gerechnet, daß Deutschland sich zu Lande gegen Frankreich und Rußland so stark erweisen werde, daß zu einer Zeit, wo Hungersnöte in Deutschland beginnen sollten, beinahe eine Million Gefangener als Geiseln in deutschen Händen sich befinden würden“ ...

Noch lehrreicher ist es für uns — und mehr noch für die Englandvasallen unter unsern Feinden! —, den neutralen Minister über den Widerfinn der Ententebündnisse und Ententeziele reden zu hören. Diese Zusammenbringung konkurrierender Mächte müsse, meint der sehr erfahrene Diplomat, die erste und sicherste Folge haben, „England als Seemacht eine noch allmächtigere Stellung zu verschaffen“. Eine Tatsache, die „auf Frankreichs spätere Stellung gegenüber seinem jetzigen Bundesgenossen nicht ohne Einfluß bleiben“ könne. Van Houten erwartet darum, daß „die sog. Entente, soweit sie ein Zusammenwirken von Frankreich und Rußland mit England als Militärstaat zur See ist, mit dem Friedensschluß aufhören wird“. Eine weitere Unnatürlichkeit in dem politischen Zusammenspiel der Vierverbändler erblickt der holländische Staatsmann in dem Vorgehen gegen Konstantinopel. „Ich fürchte, keinen Widerspruch zu finden,“ schreibt er, „wenn ich behaupte, daß weder das englische Volk, als es sich zum Kriege bewegen ließ, noch das französische, als es sich aus Revanchelust an Rußland anschloß, auch nur von ferne daran gedacht haben, daß die Eroberung Konstantinopels für Rußland als Preis für dessen Teilnahme an der Erniedrigung Deutschlands könnte ausbedungen worden sein. Es wäre eine geradezu tolle Ironie der Geschichte, wenn nun Frankreich und England, die Bundesgenossen aus dem Krimkrieg, Arm in Arm zu Felde ziehen würden, um Konstantinopel für Rußland zu erobern, so daß, wer so etwas prophezeit haben würde, vermutlich mehr Gelächter als Entrüstung wachgerufen hätte, denn man

hätte solchen Propheten nicht ernst genommen . . .“ Man weiß, daß diese „Ironie der Geschichte“ Ereignis geworden ist. Aber man weiß auch, daß dieses Ereignis zugleich eine theatrale Vor Spiegelung war, die mittlerweile ein etwas sehr grotesk-komisches Gesicht angenommen hat.

Van Houten mußte kein Kind des Seefahrer volkes der Niederländer sein, wenn er die in diesem Kriege von England geübte Vergewaltigung der Handels-schiffahrt gutheißen konnte. In der Tat gehören die Vorschläge zur Reform des Seerechts, die er aus seinem Unmutgefühl über die Gewaltherrschaft Englands heraus macht, zu den stärksten Seiten seiner politischen Briefe. Van Houten hatte schon im Anfang des Krieges in einer besonderen Broschüre („Onze Internationale stelling“ — „unsre internationale Stellung“) die Abschaffung des Kaperrechts gefordert. In den Briefen geht er einen Schritt weiter. Die völkerrechtliche Festsetzung der Unantastbarkeit des privaten Eigentums zur See könne, heißt es da, gegenüber einer Regierung, die ihren weitgehenden Begriff von Konterbande nach subjektivem Ermessen zu dehnen pflege, in Zukunft nicht mehr genügen; denn auf diese Art werde sie die Möglichkeit, jedes beliebige Land von der Lebensmittelfuhr abzuschneiden, immer behalten. Es sei daher nötig, daß die offene See, die übrigens in völkerrechtlichem Sinne res nullius sei, absolut frei werde, so zwar, daß keine Macht hinfort den Herrn darüber spielen dürfe; Streitigkeiten der Benutzer der Meere sollen durch eine gemeinsame internationale Seepolizei geregelt werden. Van Houten verkennet nicht, daß die Meerengen und seenverbindenden Kanäle als sog. Territorialgewässer in die Eigentums-sphäre der Staaten fallen, die daran angrenzen (oder die sie geschaffen haben, was hinzuzusetzen vergessen wird). Gleichwohl soll auch ihre Benutzung allen Völkern freigegeben und durch die internationale Seepolizei überwacht werden. Wobei mit Recht auf die Unfreiheit des Mittelländischen Meeres, zu dem England die Schlüssel — Gibraltar und Suez — besitzt, als auf einen Zustand hingewiesen wird, der die anwohnenden Völker England gegenüber nahezu zur Ohnmacht verdammt.

Bedarf es einer besonderen Versicherung, daß diese holländischen Wünsche und Ziele auch diejenigen Deutschlands sind? Van Houten hat mit Genugtuung von Deutschlands amtlicher Feststellung, daß es den Kampf um die Freiheit der Meere auch für die kleinen Völker führe, Kenntnis genommen. Möchte diese Kenntnis zu einer Erkenntnis führen, die dem holländischen Nachbar die Augen darüber öffnet, wo seine natürlichen Freunde zu suchen sind!

Land oder Stadt

Von

Frau Geheimrat Paasche

Als menschliche Art sich allzusehr von der Natur und ihrem Willen entfernte, als Kino und Kabarett nötig waren, die Sinnenwelt zu beschäftigen, Humpelrücke und Nachtkleidung den Reiz der Modetorheiten bis zum Äußersten trieb, um noch Verblüffenderes denen zu bieten, die nicht begreifen können, wozu sie auf der Welt sind; als Schlemmerei und Alkoholismus an die Stelle der Ernährung traten und die Vergnügungssucht bis zum Tangowahnsinn gedieh, wurde auch bei uns die Welt für den Weltkrieg reif, und der Unschuldige mußte mit dem Schuldigen leiden. Die Stadtbevölkerung hatte sich ausgelebt, in ihrer Art, und glaubte nur darin einen wirklichen Lebenswert, einen höheren Lebensgenuß finden zu können.

Alle Begriffe von altbürgerlicher Sittsamkeit und Tugend wurden der heranwachsenden Generation verwirrt, die nicht begreifen wollte, daß Zucht und Ordnung und ihr eigenstes Wohl sie zwangen, auf manchen sog. Lebensgenuß zu verzichten.

Die willkommene Lehre, jeder habe das Recht, sich auszuleben, fand nur zu willige Anhänger, selbst in den Kreisen unsrer deutschen Frauen und Mädchen, deren Treue und Ehrbarkeit wir bis dahin als schönsten Schmuck gepriesen hatten.

Nur der fleißige Landmann nahm nichts an von der Ueberkultur derjenigen, für die er jahraus, jahrein der Mutter Erde das tägliche Brot abgewann. Nicht weil er schnell reich werden will, wie die Großstädter, sondern weil er aufgewachsen ist inmitten dieser Tätigkeit der Eltern, Großeltern und Verwandten. Den Naturgesetzen der wechselnden Jahreszeiten hat er Leben und Beruf angepasst und steht fest in klaren Grundsätzen der Pflichten, die Arbeit und Besitz ihm liefern.

Die sieben mageren und die sieben fetten Jahre des Ackerbaues bewahren ihn noch heute vor Uebermut und Verschwendung, und vom wetterwendischen Himmel bezieht er sein Gottvertrauen, wenn Mißernten seiner fleißigen Arbeit den wohlverdienten Lohn versagen.

Aus dem stillen Dorfe, dem engsten Familienleben, ist unser kräftigstes junges Deutschland hinausgezogen in den Krieg. Was wußten sie von den politischen Verwicklungen unsrer Weltpolitik, von den diplomatischen Intrigen der Nationen, die uns die Erfolge unsrer fleißigen deutschen Arbeit nicht gönnten!

Des Landmannes Leben ist ein friedliches. Sein Interesse hat das Fleckchen Erde, das ihm gehört, und das Stückchen Himmel darüber, von dessen Gunst oder Ungunst er abhängig ist. Nun liegen viele von unsern Dorfkindern in

fremder Erde, und noch mehr sind verwundet oder krank. Der alte Bauer, der seinen Sohn erzog zu seinem Nachfolger, ihm die Erfahrungen vererben wollte zum Gedeihen der eignen Scholle, kann sich schwer damit zurechtfinden, daß der seit mehr als hundert Jahren in der Familie sich befindende Besitz nun in fremde Hände übergehen soll, wenn seine Kräfte nicht mehr ausreichen.

Der Bauer verliert mehr als nur sein Kind, das Dorf mehr, als das Wort Einwohner verrät, der Staat mehr als den tapferen Soldaten des soundsovielten Regiments.

Alteingeseffene Bauernfamilien sind nicht so schnell zu ersetzen, sie bilden den soliden Stamm, der das Volk ernährt, der das Menschenmaterial ersetzt, das durch Industrie und Großstadt aufgerieben wird.

Durch Namen und Zahlen kann ich den Beweis erbringen, daß mehr als die Hälfte der in Friedenszeiten in die Großstadt ziehenden Landbevölkerung schon in der ersten Generation zugrunde geht.

Derjenige, der nach ländlichem Brauch das Gut übernimmt und seinen mit-erbenenden Geschwistern ihren Anteil am Gut in bar auszahlt, ist nachweisbar noch immer der Klügere gewesen.

Die Geschwister, die mit ihrem Gelde in die Städte zogen, wurden Handwerker; selten oder nie kommt einer empor. Viele kehren verarmt zurück zum Bruder und treten in seine Dienste, während der Bruder Bauer in Freud und Leid an seiner Scholle festhält und in schlechten Jahren sich mit der Familie einschränken kann, die guten bringen ihn dann vorwärts.

Die Zahl der Fleißigen, die im Schweiße ihres Angesichts für die Ernährung des Volkes arbeiten, wird immer geringer; die Last bleibt auf den Schultern der wenigen Idealisten der wirklichen praktischen Arbeit hängen, die noch Freude am Leben selbst finden, am selbstständigen Schaffen und Vollbringen, die instinktiv die gesündere praktische Arbeit in Gottes freier Natur dem puren Gelderwerb vorziehen.

Der deutsche Bauer, die deutsche Hausfrau, auf unsern Weltreisen hörte ich sie immer noch loben; sie galten beide in Amerika als die Pioniere der Neuen Welt.

Es ist germanische Eigenart, nach großen Umwälzungen und Erschütterungen der Völkergeschichte sich der alten Quelle der Volkskraft zu erinnern, die das Germanentum geschützt hat vor der Zersplitterung, vor den Folgen der Entartung, vor dem Industriestaat, der die Menschen zur Maschine, das Wohleben des Staates zum Rechenexempel macht.

Wer wollte bestreiten, daß die Großstadt die Vielzuvielen in ihrem Kampfe ums goldne Kalb, mit ihren Modetrantheiten die Menschen abstumpfen läßt für berechnigte persönliche Eigenart, denn alles ist nur auf Neußerlichkeiten, auf die Massen zugeschnitten.

Leichten Herzens und ohne Verantwortungsgefühl werden die unverdorbenen Landkinder durch allerlei Verlockungen in die Stadt gezogen und dann ihrem Schicksal überlassen.

Die sauberen Fassaden der Häuser, die reingefegten Straßen der Großstadt erzählen nichts von dem, was hinter den Mauern verklümmert. Die hellen Lichter der Straßen und Schaufenster leuchten nicht hinein in all die Hoffnungen, die zerschanden wurden bei denen, die vertrauensselig sich blenden ließen.

Die Lokalnachrichten bringen wohl einige Notizen über Lust-, Raub- und Selbstmorde, Vergiftungen, Messerstechereien, Ertrunkene und Betrunkene, aber die Fälle sind zu zahlreich, die Leser stumpfen ab, jeder hat mit sich selbst zu tun, Schlüsse werden daraus nicht gezogen.

Wer erhebt seine warnende Stimme vor dem Zuzug nach der Stadt, wer hat je eine Geschichte oder eine Statistik der gescheiterten Existenzen von Groß-Berlin herausgegeben? An Material fehlt es nicht.

Aber die warnende Stimme ist da, wenn jemand die Rückflut nach dem Lande vorschlägt. Keine war allerdings von Sachkenntnis getrübt.

Unsre Unzufriedenen wandern in die Städte, ohne Grund; sie müssen wohl die Unzufriedenheit als Hausinventar mitnehmen in die neue Wohnstätte. Die Reichstagswahlen der Großstädte geben uns kein Bild der Zufriedenheit. Die muß von innen heraus kommen, sie braucht Ruhe und Beständigkeit der Lebensbedingungen, Freude an der Arbeit, die man übernommen, Lust und Licht, wie der Körper selbst.

Aber: Säuglingsheime, Ziehkinder, Kinderhorte, Ferienkolonien, Erholungsheime, Jugendfürsorge, Waisenhäuser, Volkstüchen, Herbergen für Obdachlose, Gefängnisse, Irrenhäuser, Mietafernen, Schlafburschenwesen, Wohltätigkeitsfeste mit Spiel und Tanz (diese Charakteristika der modernen Großstadt), sie verraten, daß irgend etwas faul ist am Volkskörper, daß auch hier die Therapie einsetzen muß und vorjorgen.

Man darf sich in der Stadt nicht damit abfinden, daß es immer Arme gegeben hat, für die die andern mit sorgen müssen und dadurch das Selbstgefühl der Almosenempfänger lähmen. Gebt den Armen kein Geld, Gelegenheit gebt ihnen zum Selbstvertrauen auf die eignen Fähigkeiten, sich zu erhalten.

Schickt sie aufs Land! Hier werden sie wieder Gleiche unter Gleichen, Werkzeuge der Natur, die ihnen bei der Arbeit hilft.

In unserm Dorfe steht ein altes Blockhaus mit tiefem Dach. Der große Giebel ist der Straße zugekehrt, und seine Fenster mit den hellen Gardinen geben Myrtenbäumchen auf den Fensterbrettern das Sonnenlicht zum Leben. Rankender Efeu und freundliche Blumenbeete machen das altehrwürdige Blockhäuschen jedes Jahr wieder jung aussehend, wie die gute alte Zeit, an der sich der bunte Wechsel der neuen verjüngen soll. Die Besitzerin des Häuschens ist ein kleines, verwachsenes, altes Fräulein. Alle ihre Verwandten hat sie überlebt. Den kräftigen Bruder, der unverdorben und gesund in die blendende Großstadt zog — er kam als Trunkenbold wieder. Das krüppelhafte Mädchen und die achtzigjährige Mutter haben den „Sungen“, als er krank und ertwerbslos war, bis zum Tode gepflegt.

Hochbetagt starb die Mutter, nur von der Tochter erhalten und gepflegt, und alles dieses brachte die engbrüstige, stark verwachsene Herzleidende ohne fremde Hilfe oder Unterstützung fertig, weil sie ihren kleinen Besitz hatte, der einen Wert von zirka 3000 Mark darstellt.

Pflügte der Nachbar ihr das Kartoffelland, dann war sie zu stolz, das umsonst zu verlangen; sie schneiderte kunstgerecht und nähte der Bauernfamilie ein Kleidungsstück dafür.

Wohl nie habe ich diese Lebenskünstlerin bei der Arbeit getroffen, nie das Gefühl gehabt, daß ich störe. Aber kam man am frühesten Morgen, der Haushalt war blitzsauber, die kleine Wirtschaft in Ordnung, der Garten ein Putzästchen, als seien Heizerlmännchen hier zu Hause.

Nie habe ich hier Klage gehört über schlechte, teure Zeiten und nie die Bitte um Unterstützung (wohl aber um Bücher und Zeitschriften!).

Immer ist dieses verkrüppelte Wesen fertig geworden, mit ihrer Arbeit wie mit ihrer Trauer.

Wer vermag dieses Geheimnis zu ergründen? Es ist das eigne Häuschen, die eigne Scholle, der festererbte, schuldenfreie Besitz. Auf dieses alles haben diese friedlichen, anspruchslosen Menschen ihre Lebensweise und ihr Lebensglück eingestellt.

Ich habe gerade dieses starke Beispiel gewählt zum Beleg dafür, daß zum Menschen Haus und Land gehören; erst wenn das vorhanden ist, soll man an andres denken. Wir haben bei uns keine Unterstützungsbedürftigen, sobald die Leute ein eignes Heim besitzen, trotz dem östlichen, unsicheren Klima und dem teilweise sehr leichten Boden. Haus, Garten und ein bißchen Vieh — dann sind die Menschen nie obdachlos und brauchen nicht zu hungern.

Und die Rehrseite?

Im Winter leben wir in Berlin, meine dortige Näherin war verheiratet, jung, gesund. Ihr Mann gut bezahlter technischer Arbeiter an der Untergrundbahn, aber der „Bahltag“ mit anschließender Kneiperei nahm den Hauptverdienst des Mannes in Anspruch, die Frau mußte zuverdienen, obgleich sie nur für ein Kind zu sorgen hatten. Um sich nicht vom Kinde zu trennen, übernahm sie Heimarbeit und nähte fürs Geschäft — zwölf Blusen für 3 Mark. Als ich nach zwei Jahren mich nach ihr erkundigte, hatte sie sich lungenleidend genäht; sie starb.

„In unserm Dorfe aber steht ein altes Blockhaus“ (siehe oben), und man vergleiche!

So manche tiefgebeugte Landfrau meine ich sagen zu hören: Jahrelang habt ihr Städter uns gebraucht zu eurer Ernährung, jetzt brauchen wir euch und euer Verständnis für unsern Verlust, der auch euch zugute kam.

Das stumme, tränenlose Leid des Dorfes ist das ergreifendste des ganzen unnatürlichen Krieges.

Berichte aus allen Wissenschaften

Physik

Das Gesetz von der „Erhaltung der Materie“¹⁾

Das bekannte Gesetz von der „Erhaltung der Kraft“ des Heilbronner Arztes Mayer sagt, daß die Summe aller in der Natur vorhandenen Kräfte, also der gesamte Vorrat an mechanischer Kraft in der Natur, eine konstante Größe sei.

Diese Vorratskonstante an Kraft, lehrt Mayer weiter, ist die Summe zweier variabler Faktoren, der sog. „Spannkräfte“ einerseits und anderseits der „lebendigen Kräfte“.

Die Spannkräfte stellen denjenigen Teil des Gesamtkraftvorrats dar, welcher in den Stoffen enthalten ist, während die lebendigen Kräfte denjenigen Teil dieses Vorrates bilden, welcher als Wirkung der Kraft sich äußert und sich in Bewegung verwandelt, wenn die im Stoff eingeschlossenen Spannkräfte frei und verbraucht werden.

Beim Uebergang von Spannkräften in lebendige Kräfte ändern die Kräfte nur ihre Form, nicht ihren Inhalt. Daher ist die Menge von lebendiger Kraft, die aus einer bestimmten Menge von Spannkräften entsteht, stets dieser Menge gleich. Und die Summe von Spannkräften und lebendiger Kraft in der Natur bleibt immer die gleiche.

Die Richtigkeit dieses Satzes ist für eine bestimmte, in der Natur stark vertretene Art von Spann- und lebendiger Kraft durch direkte Maßbestimmungen exakt bewiesen worden. Helmholtz hat gezeigt, daß die Menge von Wärme, welche von der Kohle oder von kohlenstoffhaltigen Verbindungen bei der Verbrennung geliefert wird, immer zu dem Gewicht der Stoffe in einem festen Verhältnis steht, welche durch ihre Verbrennung die betreffende Wärmemenge geliefert haben. Gegenwärtig ist es die Elektrizität, die als lebendige Kraft eine große Rolle spielt und die durch Dampfkräften oder Verbrennung von Kohle erzeugt wird. Auch hier besteht zwischen der von einer gewissen Menge Dampf erzeugten Elektrizität und dem Gewicht von Kohle, durch deren Verbrennung jene Dampfmenge erzeugt worden ist, ein bestimmtes Verhältnis. Damit ist die Konstanz der Summe von Kohle und der durch sie künstlich erzeugten Elektrizität erwiesen.

Schon der Umstand, daß es natürliche Elektrizitätsquellen gibt, aus denen ohne Verbrennung von Kohle, ohne Dampfentwicklung und überhaupt ohne irgendwelchen Stoffverbrauch Elektrizität entsteht, wie aus dem Radium und andern radioaktiven Körpern, aus denen die Elektrizität als Eigenschaft oder Kraft emaniert, wie der Magnetismus aus dem Magneten oder der Duft von einer Blume: — schon diese Tatsache beweist, daß der Mayersche Satz von der „Erhaltung der Kraft“ nicht der Ausdruck eines allgemein gültigen, eines souveränen Naturgesetzes sein kann. Es hat wohl Gültigkeit dort, wo es sich um „Spannkräfte“ handelt, die frei werden und sich in „lebendige Kräfte“ verwandeln können. Aber es hat keine Gültigkeit dort, wo die Natur Kraftäußerungen vollführt und folglich lebendige Kräfte hervorbringt, ohne Spannkräfte zu verbrauchen.

Die Natur aber liefert solche Kräfte in einer alle menschlichen Vorstellungen weit übertreffenden Menge und Mannigfaltigkeit. Und gerade auf der Eigentümlichkeit dieser Kräfte und ihrer von Spannkräften ganz oder fast ganz unabhängigen „Eigenkraft“,²⁾ wie ich sie genannt habe, beruht die die Welt erhaltende Macht ihrer Komponenten.

Jeder anorganische Stoff besitzt eine nur ihm zukommende, nur ihn charakterisierende, ihm als Kraft entströmende Eigenschaft.

¹⁾ Aus meiner in Vorbereitung befindlichen Arbeit: Die Eigenkräfte der Stoffe, das Gesetz von der „Erhaltung der Materie“ und die Wunder im Weltall.

²⁾ Adamkiewicz: Die Eigenkraft der Materie und das Denken im Weltall. Wien 1906.

Und jede organische Materie vom formlosen Protoplasmaflümpchen bis zur gestalteten Zelle und von der Zelle bis zum Organ, zur entwickelten Pflanze, zum Tier und zum Menschen ist von dem Augenblick an, da sie entsteht und lebt, bis zu dem Augenblick, da sie vergeht, durch den Besitz dieser, jeder einzelnen Zelle, jedem besonderen Organ, jedem eigenartigen Wesen eigentümlichen, jedesmal andern Kraft, der „Eigenkraft“, ausgezeichnet, die nicht nur den Teilen die Selbständigkeit wahrt, sondern sie auch befähigt, mit andern sich zu verbinden und dadurch nicht nur ein Ganzes zu bilden, sondern auch das so gebildete Ganze zusammenzuhalten.

Zwischen den Eigenkräften des toten Stoffes und denen der organisierten Materie besteht jedoch ein gewaltiger Unterschied.

Die Eigenkraft jedes anorganischen Körpers tritt immer nur in einer und derselben, ewig unabänderlichen Form auf.

Die Eigenkraft der lebenden Materie dagegen äußert sich in zweifacher Weise: inaktiv als einfacher Lebensprozeß und aktiv als Funktion.

Im Lebensprozeß liefert der lebende organische Stoff inaktiv das Minimum seiner Leistung — eine Leistung ohne Wirkung — nur ein Schemen der Leistung.

Als Funktion erhebt sie ihre Eigenkraft aktiv zur positiven Arbeit, zur Leistung und, gegebenenfalls, bis zu einer weltbewegenden Kraft.

Die wichtigsten und vornehmsten Repräsentanten dieser beiden Formen der organischen Eigenkraftäußerungen sind die der höchst organisierten Substanz, der Ganglienzellen der Rinde des Großhirns, speziell derjenigen des Menschen.

Und diese Repräsentanten sind einerseits der Traum und andererseits das Denken.

Der Traum ist die inaktive, der Gedanke die aktive Form der Eigenkraftäußerung der Großhirnrinde. Und die Großhirnrinde speziell des Menschen ist, als das höchst organisierte Gebilde der Schöpfung, der Grobher in der Natur, der der schöpferischen Naturkraft von allen ihren Gebilden an Macht am nächsten steht und in die sie selbst einen Teil ihrer Souveränität und Majestät gelegt und vererbt hat.

Was das menschliche Denken als „lebendige Kraft“ leistet, was es hervorbringt durch die Kraft seines Willens, das steht in keinem Verhältnis zu den Substraten, also den „Spannkräften“, welche es verbraucht.

Diese Tatsache ist die klarste und gleichzeitig gewichtigste Widerlegung des Gesetzes von der „Erhaltung der Kraft“.

Unterstützt wird in dieser Widerlegung der Hauptrepräsentant der organischen Arbeit, der Gedanke, durch die Eigenkräfte derjenigen anorganischen Stoffe, welche sog. „lebendige Kräfte“ liefern, ohne Spannkräfte zu verbrauchen.

Dazu gehört vor allem das Radium — ein anorganischer Körper, der Licht und Elektrizität erzeugt, also lebendigste Kräfte von ungeheurer Energie, ohne nennenswerte Verluste an der eignen oder fremden von ihm verbrauchten Substanz zu erleiden.

Dem Gesetz von der „Erhaltung der Kraft“ stellt so das Radium eigentlich noch größere Rätsel entgegen als selbst die organische Substanz in Gestalt der Großhirnrinde, da diese, wenn sie durch den Gedanken die Welt bewegt, dem Stoff doch tributpflichtig bleibt, indem sie ihm den Tribut in Form der sie erhaltenden Nahrung entrichtet, die ihre Werkstätte, die Ganglienzelle, umkreist.

Und diese Tributpflichtigkeit erhält durch die Anlage eines den großen Bedürfnissen der Ernährung der Ganglienzellen dienenden, von mir im Jahre 1886 beschriebenen,¹⁾ eigenartigen Kreislaufapparates einen sprechenden physiologischen Ausdruck.

So strömt aus der anorganischen und der organischen Natur ununterbrochen ein Meer von lebendiger, freier, unbewegender Kraft in das Weltall ab, ohne dem Weltall Kennenswertes von seinem Bestande zu nehmen.

¹⁾ Der Blutkreislauf der Ganglienzellen. Berlin 1886, Hirschwald.

Schon hieraus ergibt sich, daß die Materie des Alls beständig ist, während die Menge der in sie jeweilig abfließenden und jeweilig vorhandenen Kraft wechselt.

Noch schärfer läßt sich dieses Ergebnis in folgender Weise ableiten.

Jede Kraft geht von der Materie aus und jede Kraft äußert sich in bewegter Materie.¹⁾

Es ist also die Materie der Ausgang und das Endziel der Kraft — also dasjenige, was die Kraft erzeugt und bestimmt —, folglich das Beständige, während die Kraft von Quelle und Ziel abhängt, also sich ändert.

Endlich ist folgendes zu erwägen:

Die beiden kardinalen Eigenschaften der Materie sind ihre Unzerstörbarkeit und ihre Unereschaffbarkeit.

Materie kann nicht zugrunde gehen, ist also unzerstörbar. Verschwindet folglich scheinbar eine Spur eines Stoffes, so erscheint diese Spur in anderer Gestalt wieder.

Und weil ein Etwas nicht aus einem Nichts entstehen kann, so ist auch die Materie unereschaffbar.

Ist aber die Materie unzerstörbar und unereschaffbar zugleich, dann ist sie ohne Anfang und ohne Ende und folglich beständig. Und schwanken kann nur die von ihr ausgehende Kraft.

Deshalb muß an die Stelle des Gesetzes von der „Erhaltung der Kraft“, wie ich das schon im Jahre 1906 in meiner oben zitierten Arbeit: „Die Eigenkraft der Materie und das Denken im Weltall“ ausgesprochen habe und hier hervorzuheben genötigt bin, das Gesetz von der „Beständigkeit des Stoffes“ treten. Und dieses Gesetz sagt uns, daß die unzerstörbare und unereschaffbare Materie des Weltalls die seit Ewigkeit spendende, in alle Ewigkeit nicht versiegende Urquelle aller der Kräfte war, ist und bleiben wird, welche das Weltall bewegen und erhalten und deren Gesamtheit wir die Naturkraft nennen.

Prof. Dr. Albert Adamkiewicz.

Literarische Berichte

Auf der Kriegszeit Bildungswegen. Ein goldner Gedankenschatz, gesammelt von Wilhelm Franz, Berlin, Concordia Deutsche Verlagsanstalt, G. m. b. H. Geh. M. 12.—, geb. M. 14.—.

Die großen Ereignisse des Weltkrieges, die wir erleben durften, liegen unverlierbar bewahrt in unserm Gedächtnis. Wie der Gedanke sie begleitet hat, befruchtet durch sie und sie selber befruchtend, das empfinden wir täglich, wenn wir die Tagesblätter, die Zeitschriften und auch nur einen Teil der kaum mehr zu überschenden Kriegsliteratur

lesen. Tiefe, vollgültige, dauernd wertvolle Gedanken aus dieser vom Weltkrieg hervorgerufenen Literatur herauszuheben und übersichtlich zu größeren oder kleineren Gruppen zu ordnen, war die Aufgabe, die sich Wilhelm Franz gestellt und mit nimmermüdem Fleiß, sicherem Blick für das Bedeutende, umsichtiger Beleuchtung aller Seiten der aufgeworfenen Probleme glücklich gelöst hat. Seine Auswahl ist natürlich subjektiv, aber die persönliche Note, die auf diese Weise in sein Buch gekommen ist, schmälert nicht, sondern erhöht dessen Wert, und daß trotz dieser subjektiven

¹⁾ Die Ansicht, daß „Elektrone“, also die Materie der aus dem Radium prasselnden Funken, aus Nichts und nur „durch Bewegung“ entstehen, istbarer Unsinn. Die aus dem Radium schießenden leuchtenden Punkte, die sog. „Elektrone“, setzen das Radium, also Materie, voraus und sind Teilchen dieser Materie, die sich explosionsartig von ihr lösen. Sie entstehen nicht durch die ihnen von ihrer Quelle durch deren Explosionen gegebene Bewegung, sondern sie werden durch diese Bewegung, die sie erhibt, nur sichtbar.

Auswahl, überhaupt trotz der bloßen, auf Vollständigkeit keinen Anspruch machenden Auswahl ein Werk von 800 Seiten großen Formats zusammengekommen ist, zeigt den Reichtum, die Kraft, die Vielgestaltigkeit, die Nachhaltigkeit der Anregung, die dem deutschen Gedanken durch die deutsche Tat während des Weltkrieges zuteil geworden ist. Könnte ein Engländer, Franzose, Russe oder Italiener aus den Äußerungen seiner Landsleute ein ähnlich gehaltvolles Buch zusammenstellen? Gewiß nicht! Und das läßt zugleich den Schluß zu, daß gerade der Deutsche nicht ganz im Kriege aufging, daß gerade er auch innerlich weiterarbeitete an sich, ja daß er gerade aus dem Kriege ganz neue Bildungsmittel gewann, die seinem jungen Nachwuchs bald reiche Früchte tragen werden. Damit erweist sich das Werk zugleich von hoher erzieherischer Bedeutung, und wie von der reiferen Jugend selbst, wird es auch von deren Lehrern mit großem Gewinn benutzt werden können. Indessen ist der Kreis derer, für die es bestimmt ist, viel weiter: jedem gebildeten Deutschen kann es, ein wahres Volksbuch, während des Krieges als eine Anweisung zum wirklichen innern Miterleben des großen Dramas dienen, nach dem Kriege aber als ein unerschöpflicher Schatz stolzer Erinnerung an diese gewaltigte Zeit der deutschen Geschichte. Unterschieden in der konfessionellen und politischen Überzeugung des Lesers spielen dabei keine Rolle: es ist das Deutsche schlechthin, das je den Deutschen angeht und packt, das hier allein und immer wieder zu Worte kommt. Dient so das Werk vor allem den Zwecken volkstümlicher Erhebung und volkerzieherischer Zukunftsarbeit, so muß doch auch auf seinen wissenschaftlichen Wert noch hingewiesen werden: namentlich für den Volkstumsforscher wird es eine ergiebige Fundgrube sein, zumal da es die Wesensgegensätze zwischen uns und unsern Gegnern gebührend betont. Vielleicht wird auch der Kenner und Ergründer deutscher Stileigenart in dem Buche die Beobachtung machen, daß selbst unsere sprachliche Ausdrucksweise durch den Weltkrieg anders geworden ist: frischer, freier, troziger, mehr aus sich herausgehend. Die Frage, ob es, bei aller Anerkennung der sachlichen Beweggründe dafür, urheberrechtlich ganz einwandfrei war, die Zitate ohne Verfasseramen und ohne Angabe der Fundstellen abzudrucken, mag hier nicht weiter verfolgt werden, aber eins wird der Benutzer des Buches auf jeden Fall schmerzlich vermissen: ein Register! Und dieser Tadel ist fast ein Lob: wäre das Werk nicht so reich an Gehalt, so könnte man leichtem Herzens auf das Register verzichten; so aber muß man's für alle folgenden Auflagen, die man gewiß dem stolzen und starken Buch prophezen darf, mit aller Entschiedenheit fordern. Hans Zimmer.

Archiv für Wirtschaftsforschung im Orient. Herausgeber: Reinhard Jung, unter Mitwirkung von Prof. C. F. Weder (Bonn), Prof. E. Jäch (Berlin), Prof. A. Philippson (Bonn), Prof. F. Schumacher (Bonn), Prof. Sering (Berlin), Gustav Kriepenhauer, Weimar. Preis für den Jahrg. M. 15.—, für das Heft M. 4.50.

Die engere Verknüpfung und Festigung unsrer Beziehungen zum Orient gehört auf jeden Fall zu den wichtigsten Aufgaben, die schon jetzt während der Dauer und noch mehr nach dem Abschluß des Weltkrieges dem deutschen Volk gestellt sind. Daß diese Beziehungen ihre materielle Grundlage auf wirtschaftlichem Boden haben müssen, ist ohne weiteres klar, und darum erscheint es gerechtfertigt, wenn jetzt eine eigne Zeitschrift zu wissenschaftlicher Erforschung des wirtschaftlichen Lebens im Orient gegründet worden ist. Das erste Heft dieser Zeitschrift liegt uns vor, und sein Inhalt bestätigt das günstige Vorurteil, das schon die Namen des Herausgebers und der ständigen Mitarbeiter wecken müssen. Außerordentlich sympathisch berührt gleich in dem Eröffnungsaufsatz, den der Herausgeber zum ersten Heft beisteuerte, die starke Betonung des ethischen Moments. Nicht eine Ausbeutung des nahen Orients im Tempo amerikanischen Raubbaus kann und darf unser Ideal sein, sondern ein Verkehr, der beiden Teilen Gutes bringt, eine erzieherische Einwirkung, die niemals die Schonung der berechtigten und sittlich wertvollen Eigenart der islamitischen Weltanschauung und Lebensführung außer acht läßt. In diesem Sinne ist vor allem auch der wertvolle Aufsatz von C. F. Weder, einer unsrer ersten Autoritäten auf dem Gebiet der Islamforschung, gehalten, der „Islam und Wirtschaft“ zum Gegenstand hat, während außerordentlich wichtige praktische Einzelfragen von C. A. Schäfer (Die mesopotamisch-persische Petroleumfrage) und von L. Schulmann (Die Pflanzungen der Fremdenkolonien Palästinas während des Kriegs) behandelt werden. Bibliographie, kleine Mitteilungen und Buchbesprechungen vervollständigen den reichen Inhalt dieses ersten vielversprechenden Heftes. n.

Deutsches Wesen. Ausgewählte Aufsätze von Houston Stewart Chamberlain. Preis geb. M. 3.—, geh. M. 4.—. München, Verlag von F. Brudmann.

Die „Kriegsaufsätze“ Chamberlains sind so allgemein bekannt, daß es wohl nicht mehr erforderlich ist, das vorliegende neue Buch eingehend zu charakterisieren, ein jeder weiß, was er von dem Verfasser zu erwarten hat. Chamberlain ist von glühender Begeisterung für deutsches Wesen erfüllt und von dem, was auf allen Gebieten von den großen

Deutschen geleistet wurde, dies kommt in den in dem vorliegenden Bande vereinigten Aufsätzen — wir nennen nur: „Erinnerungen aus dem Jahre 1870“, „Kaiser Wilhelm II.“, „Bismarck der Deutsche“, „Martin Luther“, „Immanuel Kant“, „Schiller als Lehrer im Ideal“ — voll zum Ausdruck. Wir machen auf das wertvolle Buch ganz besonders aufmerksam.

Die Genesiss der Emscher Depesche. Von Richard Fester. Berlin, Paetel. (IX, 240.) M. 4.—.

Das Interesse für den Krieg von 1870 ist keineswegs von den gegenwärtigen Ereignissen ausgelöscht worden. Im Gegenteil vergleicht man unwillkürlich den Gang des jetzigen Kampfes mit dem von damals und so auch die diplomatischen Vorgänge, die zu beiden Kriegen geführt haben. Den springenden Punkt in den Zuliverhandlungen von 1870 bildete nun bekanntlich die sog. Emscher Depesche, d. h. das Telegramm, mit dem Abelen im Auftrage des Königs am 13. Juli aus Ems an Bismarck über den Eindruck berichtete, den schließlich die französische Forderung einer Garantie, daß auch künftighin von der Kandidatur eines Hohenzollernprinzen in bezug auf den spanischen Thron nicht die Rede sein solle, beim Könige hervorgerufen hatte. Wie oft wurde behauptet, diese Depesche sei von Bismarck gefälscht worden! Aber dies konnte nur geschehen, solange man jenes Urtelegramm nicht kannte. Folglich ist auch wieder in der neuesten Zeit auf französischer Seite von dieser Fälschung des großen Staatsmannes mit Unrecht gesprochen worden, um den vorigen Krieg ebenso auf eine Verschulbung Deutschlands zurückzuführen, wie man es bekanntlich beim jetzigen Krieg mit der Anklage wegen der Verletzung der Neutralität Belgiens versucht. Werden Nachweis über den wirklichen Ursprung des berühmten Telegramms in einer Darstellung lesen will, die sich ebenso durch tühle Objektivität wie durch dramatische Anschaulichkeit auszeichnet, der greife zu dem oben genannten Buche. E. d. Königs.

Der griechische Roman und seine Vorläufer. Von Erwin Rohde. Dritte, durch einen zweiten Anhang vermehrte Auflage. Leipzig, Breitkopf & Härtel. 636 S. M. 15.— (18.—).

Das Werk, mit dem Rohde 1876 in die Reihe der ersten Philologen trat, hat bis heute seinen außerordentlichen wissenschaftlichen Wert und künstlerischen Reiz bewahrt und steht so lebenskräftig da wie am ersten Tag. Vergleicht man mit ihm, was spätere Forschung zu seinen Ergebnissen hinzugefügt hat, so erscheint sein Reichthum nur um so großartiger. Der Herausgeber der zweiten Auflage, Fritz Schödl, hatte Rohdes Ab-

handlung über die griechische Novellistik beigegeben und aus hinterlassenen Zusätzen des Verfassers die Anmerkungen vielfach ergänzt. Der neue Herausgeber, Wilhelm Schmid, bietet, um das Wesen des Ganzen getreulich zu erhalten, einen unveränderten Abdruck der zweiten Auflage und fügt einen Anhang hinzu, in dem eine knappe Uebersicht über die seit Rohdes Tod hervorgetretenen neuen Tatsachen und Fragen und weiter eine Zusammenstellung von Berichtigungen und Ergänzungen zu einzelnen Punkten des Werkes gegeben wird. Auch das Register ist erweitert worden. Besonders dankenswerth sind die Hinweise auf neue Forschungen über den Ursprung des griechischen Romans, über den Entwicklungszusammenhang zwischen Roman und Novelle, über das Verhältnis der Neu-sophistik zum Liebesroman u. a. So ist die neue Ausgabe des ausgezeichneten Werkes, das mit Recht weit über die Kreise der Fachgelehrten hinaus Beachtung gefunden hat, ein würdiges Denkmal des großen Gelehrten und ein schönes Zeugnis von dem Fortwirken seines Geistes. W.

Sommertage. Skizzen, Bilder, Schilderungen vom Bodensee. Von Wilhelm v. Scholz. Konstanz, Neuf & Jtta. 153 S.

Von den zwölf Aufsätzen, die das mit hübschen Bildern geschmückte Buch enthält, gibt die eine Hälfte fein geschnittene Schilderungen von Landschaftsbildern am Bodensee, die andre geschichtliche, philosophische, künstlerische Betrachtungen, deren Gestalten und Gegenstände in den Rahmen dieser Landschaft eingefügt sind. Ein eigenartig kühler Hauch schwebt über allem — etwas von Wasser, Nebel und Wind, wie der Verfasser es selbst in einem Geleitwort andeutet —, spürbar auch in den Kulturbildern, so besonders in der dem Skeptiker Fritz Rauthner gewidmeten Erörterung. Am wirkungsvollsten ist Scholz da, wo er mit gelassenen Miene von wilden Leidenschaften erzählt, in dem Abschnitt über mittelalterliche Judenverfolgungen in Konstanz.

H. Brömse.

Deutsche Form im Kriegsjahr. Jahrbuch des Deutschen Werkbundes 1915. Mit 168 Bilderseiten. Preis geb. M. 3.—. München, Verlag von F. Bruckmann.

Ein ganz vortreffliches und wundervoll ausgestattetes Buch, das außerdem zu einem so billigen Preise geboten wird, daß jeder Kunstfreund es erwerben sollte. Das Buch ist der Deutschen Werkbund-Ausstellung in Köln im Jahre 1914 gewidmet. Es erlangt dadurch eine besondere Bedeutung, daß die Ausstellung im Juli 1914 von der englischen Zeitung „The Standard“ einen „wirklich

tüchtigen Triumph deutscher Industrie, verbunden mit deutscher Kunst" genannt wurde, und daß „die Nachwelt ihre Wertbundermöbel, ihr Porzellan und ihre Wertbunderbücher gut verwahren wird, um damit genau so zu prahlen, wie sie vor langer Zeit mit dem Besitz von Hepplewhite und Chippendale, Dresdener und Worcester Waren und alten, von Mönchen geschriebenen Büchern geprahlt hat“. Nach dem Ausbruch des Krieges rafften die Engländer dann alles zusammen, was sie von Wertbunderzeugnissen besaßen, und stellten es in London aus, nicht um damit zu prahlen, sondern um neidvoll einzusehen, daß das englische Kunstgewerbe bei weitem durch das deutsche übertroffen worden sei und das englische Volk aufgerufen werden

müsse, diesen großen Vorsprung wieder einzuholen. Mögen unsre Feinde neiderfüßt „nachahmen“, so viel sie wollen, wir können mit berechtigtem Stolz auf die „deutsche Form im Kriegsjahr“ blicken.

Unter der Sonne. Gedichte. Von Richard Friede. Zweite Auflage. Leipzig, Kieniger Verlag.

Der Verfasser verbindet mit sittlichem Ernst eine heitere, sonnige Lebensanschauung. Er ist eine poetische Natur, und die Poesie ist seine Begleiterin durchs Leben. Allen seinen Erlebnissen und Empfindungen gibt er poetischen Ausdruck. Was er singt und sagt, ist echte Poesie, in schöne Form gekleidet. E. M.

Eingefandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Aus Natur und Geisteswelt. Bb. 262. Dr. Otto Hödel. Die deutsche Volkslage. Leipzig, B. G. Teubner. Geb. M. 1.25.

Baermann, Ernst, Mitglied des Reichstags. Leipzig, Reichsverlag Berlin. 75 Pf.

Bertholet, A., Aus heiligen Quellen. Ein Buchlein von Krieg und Sieg. München, F. Bruckmann V. G. 50 Pf.

Bissing, F. Wilh. Freiherr v., Die Universität Gent, Flandern und das Deutsche Reich. München, Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H. M. 1.—

Bode, Wilhelm, Weib und Sittlichkeit in Goethes Leben und Denken. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. M. 4.—

Böttcher, Max Paul, Jünger der Schönheit. Roman. Leipzig, Abel & Müller. M. 3.—

Brandenburg, Erich, Die Reichsgründung. Zwei Bände. Leipzig, Quelle & Meyer. Geb. M. 14.—

Braunweller, Dr. jur. Heinz, Die Brüder im Weltkrieg. Köln, Verlag und Druck von J. P. Bachem. Geb. M. 1.75, geb. M. 2.20.

Das lustige Büchel der Liller Kriegszeitung. Mai 1916. Druck und Verlag der „Liller Kriegszeitung“. M. 1.—

Das Weltkriegs-Bilderbuch Franzl-Richl-Mohammed. Text von Ludwig Pronold. Bilder von Albert Fenselmann. I. Teil. Straubing (Bayern). Cl. Utentofersche Buch- und Kunstdruckerei, Verlagsbuchhandlung. M. 2.80.

„Der Jude“. Eine Monatschrift. 1. Jahrgang, Heft 1. April 1916. Berlin-Wien, R. Levit Verlag. M. 1.— (R. 1.40).

Dieren, G. van, Gedanken eines Holländers über den Weltkrieg. Aus dem Holländischen übersetzt von Dr. F. Leviticus. Berlin, Concordia Deutsche Verlags-Anstalt. M. 1.80.

Dufmeyer, Friedrich, Die Deutschen in Russland. (Zeitpiegel, Heft 10.) Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. M. 2.—

Ehpen, Albert, Die Schule des neuen Deutschland. Winke und Ratschläge zur Vertiefung

des Unterrichtes. Berlin, Concordia Deutsche Verlags-Anstalt. M. 1.—

Gaupp, Robert, Wahn und Irrtum im Leben der Völker. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Geb. M. 1.—

Gopcevic, Graf Sp., Rußland und Serbien 1804—1915. München, Hugo Schmidt Verlag. Geb. M. 2.80, geb. M. 3.80.

Herrmann, Judith, Die deutsche Frau in akademischen Berufen. Leipzig, B. G. Teubner. M. 1.60.

Horwich, Dr. Hugo, Das Ich-Problem der Romantik. Die historische Stellung Friedrich Schlegels innerhalb der modernen Geistesgeschichte. München, Dunder & Humblot. M. 3.—

Hoehlin, Julius Konstantin v., Vaterlandsgefühl und Gottesbewußtsein. Berlin, E. M. Schmetzke & Sohn. 60 Pf.

Kaerß, Prof. Dr. Julius, Das geschichtliche Wesen und Recht der deutschen nationalen Idee. München, E. F. Weidische Verlagsbuchhandlung. M. 1.50.

Kania, Dr. Hans, Staatsbürgerkunde in vergleichenden Uebersichten über die Entwicklung der Grundlagen und Aufgaben des Staates. Leipzig, B. G. Teubner. Kart. M. 1.—

Kihling, Dr. Johannes B., Die Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reich. Dritter Band: Der Kampf gegen den passiven Widerstand. Die Friedensverhandlungen. Freiburg i. S., Herder'sche Verlagsbuchhandlung. Geb. M. 6.50, geb. M. 7.80.

Kjellen, Die politischen Probleme des Weltkriegs. Leipzig und Berlin, Verlag B. G. Teubner. Geb. M. 2.40, geb. M. 3.40.

Kreffe, Oskar, Deutsche Staatskunst nach dem Weltkrieg. Berlin, Wilhelm Köppler & Co. 60 Pf.

Kreffe, Oskar, Raslos aufwärts. Eine Ankündigung. Berlin, Verlag von Wilhelm Köppler & Co. 15 Pf.

Krensch, Stadtpfarrer, Mehr Särge als Wiegen. Studie. Karlsruhe, Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei.

- Kriegshefte aus dem Industriebezirk.**
Heft 15: Die Ukraine und die ukrainische Bewegung von Dr. Paul Ostwald. 80 Pf. Heft 16: Das Schicksal der Seefabel im Kriege und die Leistungen der Deutschen Seefabelindustrie in Vergangenheit u. d. Zukunft von G. H. Fröhe. M. 1.—. Essen, G. D. Baedeker, Verlags- handlung.
- Lorenz, Eduardo L.,** Der Krieg und das Recht. Aus dem Spanischen überfetzt von Aug. Strube. Hamburg, Verlagsbuchhandlung Broschke & Co. M. 1.—.
- Luda, Emil,** Grenzen der Seele. Berlin, Schuster & Loeffler. M. 9.—.
- Mehmann, Dr. Karl,** Der diplomatische Krieg in Vorderasien. Unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Bagdadbahn. Dresden, Verlag: Das Größere Deutschland. Geb. M. 3.50, brosch. M. 2.50.
- Molden, Ernst, Dr.,** Zur Geschichte des österreichisch-russischen Gegensatzes. Wien I, 2. W. Seidel & Sohn. M. 4.— (Rr. 4.80).
- Molo, Walter v.,** Den Sternen zu. Ein Schillerroman. Berlin, Schuster & Loeffler. M. 4.—.
- Murto, Dr. Matth.,** Das Serbische Geistesleben. München, Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H. M. 1.—.
- Raumann, Dr. Friedrich, und Dr. Gertrud Bäumer,** Kriegs- und Heimat-Chronik. Erster Band. August 1914 bis Juli 1915. Berlin, Georg Reimer. M. 5.—.
- Rorden, Dr. Frh.,** Das neutrale Belgien und Deutschland. München, F. Brudmann u. Co. M. 2.—.
- Rothradamus,** Die Franzosen, wie sie sind. Freiburg i. B., J. Bielefelds Verlag. Geb. M. 3.—, in Leinwandband M. 4.—.
- Reez, Alexander v.,** Europa aus der Vogelschau. Politische Geographie, Vergangenheit und Zukunft. Wien, Manz-Verlag. Rr. 3.—.
- Rauchberg, Dr. Heinrich,** Krieger-Heimstätten. Wien, L. u. L. Hof-, Verlags- und Universitäts- Buchhandlung. Rr. 1.20.
- Reich, Prof. Hermann,** Das Buch Michael, mit Kriegsaufsätzen, Tagebuchblättern, Gedichten, Zeichnungen aus Deutschlands Schulen. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. Geb. M. 4.—.
- Rohan, Karel J.,** Die richtige Ansicht über die Entstehung der menschlichen Handlungen. Aus dem Böhmischen überfetzt von dem Verfasser. Prag, Kommissions-Verlag Josef Pelcl. Rr. 2.24 (M. 1.50).
- Ruederer, Josef,** Das Erwachen. Ein Münchener Roman bis zum Jahre 1848. München, Süd-

- deutsche Monatshefte G. m. b. H. Geb. M. 6.—, geb. M. 7.50.
- Schindler, Hindenburg,** Ein Lebens- und Charakterbild in hundert Erzählungen. Dresden, Verlagsanstalt „Apollo“. Geb. M. 1.—, in Leinen geb. M. 1.80.
- Schinke, B.,** Verdeutschungsheft. Verzeichnis der gebräuchlichsten natur- und geisteswissenschaftlichen Fachausdrücke mit Erklärung der Ableitung zunächst für den Gebrauch an lateinlosen höheren Lehranstalten. Leipzig, B. G. Teubner. M. 1.—.
- Schlein, Gustav,** Erziehung zum Glück. Wien, H. Hartlebens Verlag. M. 1.50.
- Schneider, R. C.,** Mitteleuropa als Kulturbegriff. Wien und Leipzig, Orion-Verlag.
- Schafeparets Werke.** Uebersetzt von Schlegel und Zed. Herausgegeben nach dem englischen Text revidiert, mit Biographien und Einleitungen versehen von Prof. Dr. Wolfgang Keller. Berlin, Deutsches Verlagshaus Bong & Co. 15 Teile in 5 Leinenbänden M. 11.50.
- Siebert, Alara, Marie Ellenrieder als Künstlerin und Frau.** Mit 12 Bildern. (Gehört zur Sammlung „Frauenbilder“. Freiburg i. B., Herderische Verlagshandlung. M. 2.—, geb. in Leinwand M. 2.80).
- Socunich, Jón, Nonni.** Erlebnisse eines jungen Isländers, von ihm selbst erzählt. Mit zwölf Bildern. Freiburg i. B., Herderische Verlagshandlung. M. 3.60, geb. in Leinwand M. 4.80.
- Soldaten-Gräber, Krieger-Denkmal, Gräberungszeichen, Entwürfe und Vorschläge.** Herausgegeben vom Bayerischen Kunstgewerbe-Verein München. München, H. Oldenbourg. Kart. M. 3.60.
- Wasmann, Erich, Ernst Haedels Kulturarbeit.** Ergänzungshefte zu den Stimmen der Zeit. Erste Reihe: Kulturfragen. 1. Heft. Freiburg i. B., Herderische Verlagshandlung. M. 1.20.
- Weihelt, Johanna, Marburg.** Stimmungsbilder. Marburg a. d. Lahn, Verlegt bei Curt Neufelst. M. 1.20.
- Weiche, Dipl.-Ing. Karl, Max Gyth.** Ein kurzgefaßtes Lebensbild mit Auszügen aus seinen Schriften nebst Neubruck von „Wort und Werkzeug von Max Gyth“. Berlin, Selbstverlag des Vereins deutscher Ingenieure.
- „Welt-Literatur“.** Nr. 17: Georg Dirth-Nummer. München, Verlag: Weltliteratur Walthers C. F. Dirth. 10 Pf.
- Winkler, Wilhelm,** Wir von der Südfront. Ernstes und Heiteres aus den Kämpfen in Serbien und am Isonzo. Wien-Leipzig, Manz-Verlag. M. 1.— (Rr. 1.80).

== Regensburger Exemplare für die „Deutsche Revue“ sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten. ==

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

== Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereicher Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen. ==

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

RETURN
TO 

CIRCULATION DEPARTMENT

202 Main Library

LOAN PERIOD 1 HOME USE	2	3
4	5	6

ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS

1-month loans may be renewed by calling 642-3405

1-month loans may be renewed by calling 642-3405
 3-month loans may be recharged by bringing books to Circulation Desk
 Renewals and recharges may be made 4 days prior to due date

Renewals and recharges may be made 4 days prior to due date

DUE AS STAMPED BELOW

[illegible]

FORM NO. DD 6, 40m 10'77 UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY
BERKELEY, CA 94720

441481

Deutsche

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY

AP
30
D4
V.41:
1-2

